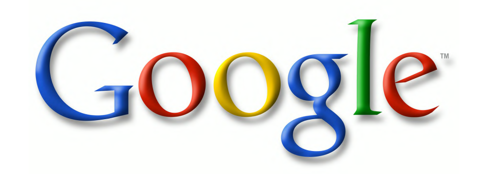
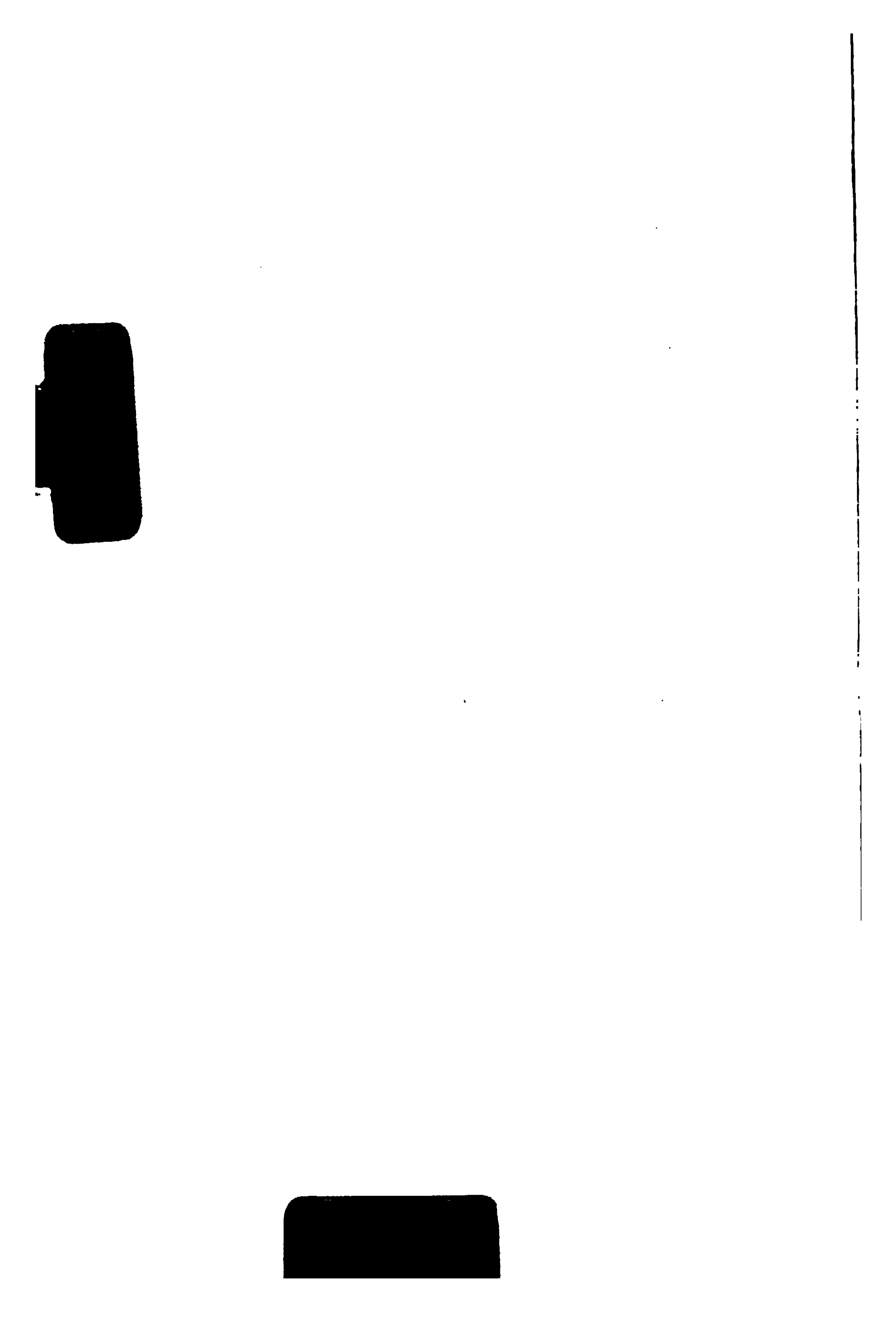








Sammluug

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des

staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

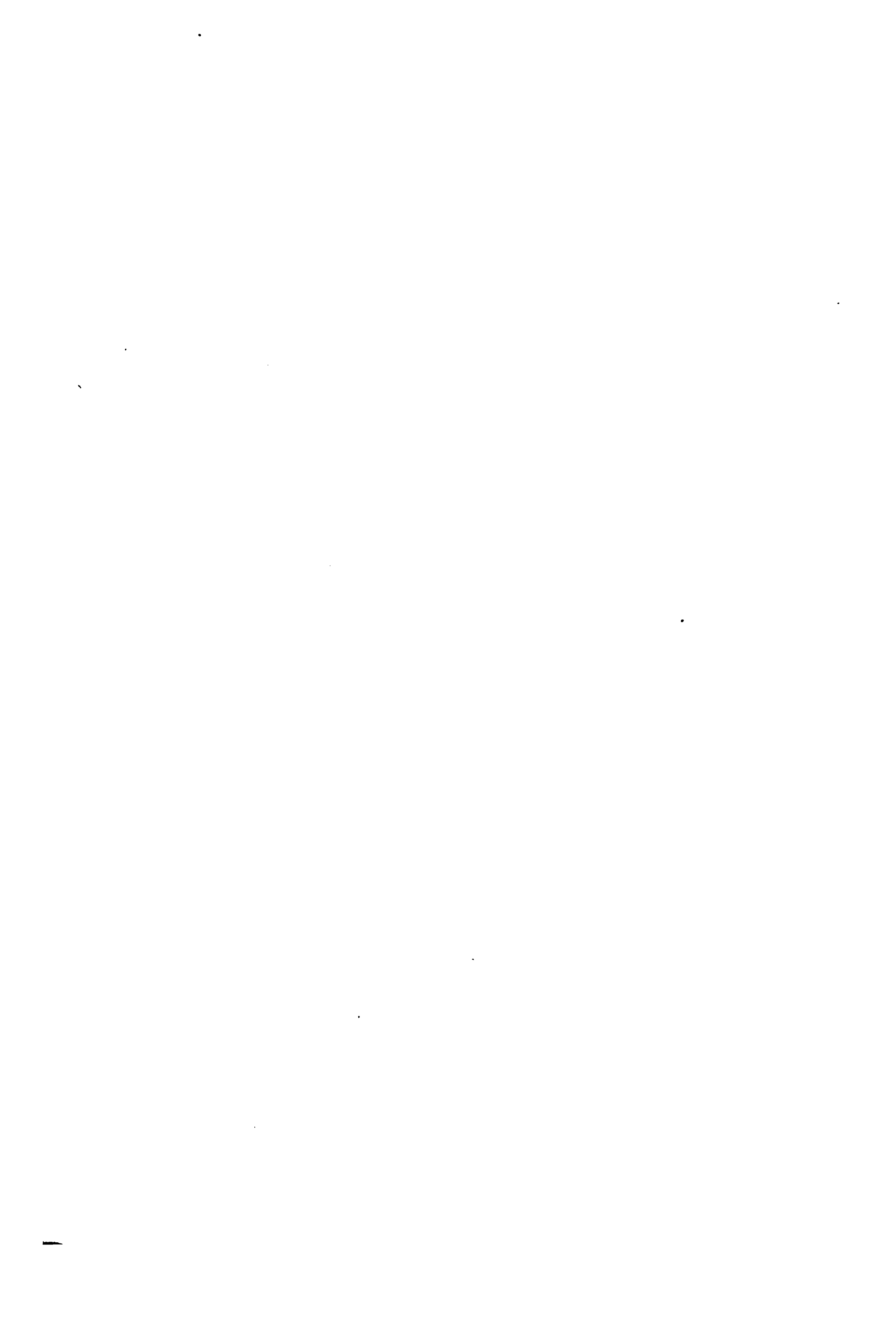
herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

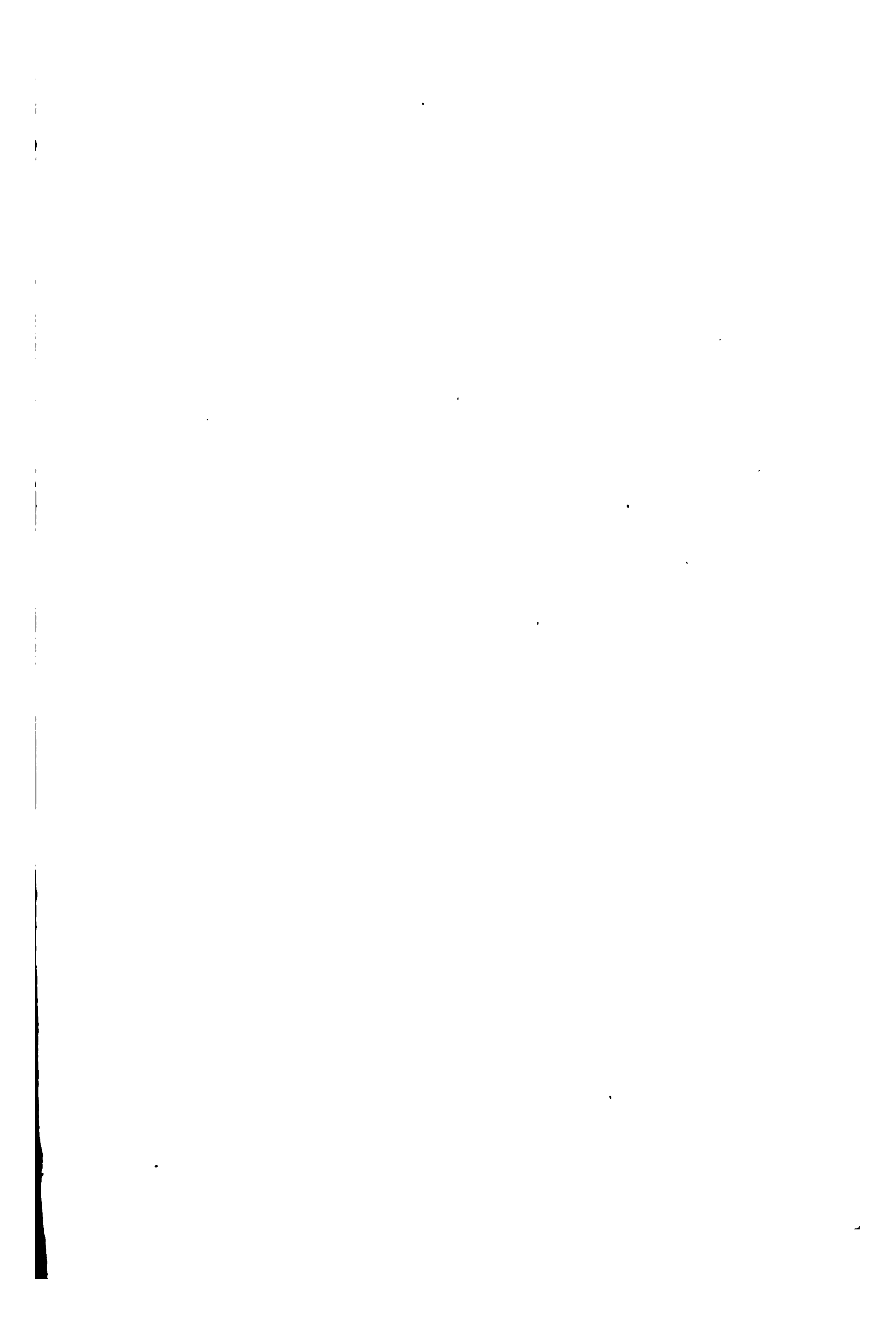
Vierter Band.

JENA,
Verlag von Gustav Fischer.
1885—1888.



Inhalt.





Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Erstes Heft.

Jena,
Verlag von Gustav Fischer.
1885.

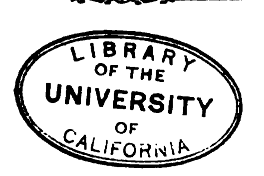
HENRY C. CAREY

ALS

NATIONALÖKONOM.

VON

DR. J. W. JENKS.



JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1885.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Das Careysche System bietet als Gegenstand eines besonderen Studiums in der Nationalökonomie einige Eigentümlichkeiten, die in den Werken anderer, noch gröfserer Fachmänner auf diesem Gebiet nicht zu finden sind. Denn die gröfsten Nationalökonomen sind Bürger der älteren Weltteile, und ihre Werke zeigen die Wirkung der Lebensweise in ihrem Lande. Ganz besonders ist dies der Fall bei den Engländern Malthus und Ricardo, deren Theorieen in der Neuen Welt kaum hätten entstehen können. Carey nun bildet mit seinen optimistischen Anschauungen, die er in seinem glücklichen Heimatsland empfing, einen sehr interessanten und nützlichen Gegensatz zu jenen. Es ist wahr, dafs er auch, trotz seiner vielseitigen Kenntnisse, in Einseitigkeiten geriet, aber nichtsdestoweniger bieten seine Schriften eine kaum anderswo zu findende Gelegenheit, die Anschauungen kennen zu lernen, welche in einem neuen, reichen Lande, durch die glückliche Lage des Volkes hervorgerufen werden. Gerade darum sind seine Schriften beachtenswert, ohne Rücksicht auf ihre Originalität und die Gröfse seiner wirklichen nationalökonomischen Leistungen.

Seine Hauptwerke sind schon lange in Deutschland wohlbekannt, und seine wesentlichsten Theorieen sind schon von Dühring, Held, Lange und andern Schriftstellern in den verschiedenen nationalökonomischen Zeitschriften erläutert und kritisiert worden, doch behandeln diese Schriften die Theorieen von besonderen Standpunkten aus, z. B. Held in Verbindung mit dem Merkantilsystem, Lange mit Rücksicht auf die sozialen Tendenzen derselben, während man, bei aller Anerkennung ihrer vielen Vorzüge, die Dühringschen Schriften als allzu parteiisch bezeichnen mufs. Ein sehr bedeutender Teil der

Careyschen Schriften erschien aber nur in Broschüren und Zeitungen, während seine Bücher sehr umfangreich sind, so dass eine kürzere Abhandlung, die sein System in gedrängterer Form, unter Berücksichtigung aller seiner Schriften, wieder zu geben sucht, für diejenigen, die ein gründlicheres Studium der Schriften selbst nicht unternehmen wollen, von Wert sein dürfte.

In deutscher Sprache ist unseres Wissens noch keine Schilderung des Lebens Careys gegeben worden. Da nun der Lebensgang einer hervorragenden Persönlichkeit immer von Interesse ist, hauptsächlich wenn ihr persönlicher Einflufs so bedeutend gewesen, wie es bei Carey der Fall ist; und, da die Haupteigentümlichkeiten seiner Methode, sowie einige seiner Doktrinen nur aus seinem Leben zu erklären sind, so hat es wünschenswert geschienen, am Anfange der Abhandlung eine kurze Schilderung seines Lebens zu geben und zu versuchen seinen persönlichen Einflufs, hauptsächlich in den Vereinigten Staaten zu beurteilen.

Was die bezügliche kritische Litteratur betrifft, so müssen wir hier Dühring, Held und Lange besonders erwähnen. Mit keinem von diesen aber haben wir in allen von ihnen berührten Punkten übereinstimmen können. Dühring hat Careys Bedeutung als Nationalökonom unzweifelhaft überschätzt, während Held und Lange, unseres Erachtens, in der Betonung seiner Fehler seine wirklichen Verdienste zuweilen übersehen haben, so dafs man auch durch sie allein eine falsche Meinung über ihn bekommen würde. Die kürzeren kritischen Bemerkungen von Roscher, Knies und anderen in den verschiedenen Handbüchern in englischer und deutscher Sprache, wie die Rezensionen in Zeitschriften und „Reviews" wurden natürlich auch berücksichtigt. Wo sie benutzt wurden, sind sie in den Anmerkungen citiert.

Wir haben regelmäfsig die englischen Ausgaben Careyscher Werke gebraucht, es ist aber auch zur Erleichterung der Arbeit die Adlersche Übersetzung „Lehrbuch der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft" an manchen Stellen verwandt worden, wo ein längeres Citat gegeben ist. Benutzt aber wurden seine sämtlichen Bücher, und die Schilderung seines Systems stützt sich auf sämtliche. Wo Careys Meinung in den verschiedenen Schriften sich geändert hat, da wurde das später Herausgegebene vorgezogen. In der Schilderung seines Geldsystems spielen seine späteren Broschüren eine besondere Rolle. Es war leider unmöglich alle seine Brochüren zu bekommen, denn einige der früheren sind gänzlich vergriffen und

nicht mehr zu erlangen. Die meisten aber, und darunter alle wirklich wesentlichen, haben uns vorgelegen.

Nach seinem Tode ward seine Privat-Bibliothek der „University of Pennsylvania“ übergeben; sie ist jetzt in der Universitäts-Bibliothek zu Philadelphia aufbewahrt. In der Bibliothek sind einige „Scrapbooks“, grosse Bände, worin er seine Zeitungsartikel zur Aufbewahrung eingeklebt hat, die wir durchgesehen haben. Es ist kaum wahrscheinlich, dafs sie seine sämtlichen Zeitungsartikel enthalten; aber sie zeigen wenigstens den Charakter derselben und sind für ein richtiges Urteil über dieselben von Wert. Aufser diesen fanden wir darin das nicht herausgegebene Buch „The Harmony of Nature“, ferner Rezensionen der amerikanischen Zeitungen über seine Werke und Berichte der „Receptions“, die ihm gegeben waren, als er seine Reise durch Pennsylvanien 1859 unternahm, Briefe von bedeutenden Männern der Vereinigten Staaten u. s. w., und aus dieser Quelle bezogen wir zum Teil das Material für die Beurteilung seines persönlichen Einflusses in Amerika.

Die Data für die Schilderung seines Lebens sind alle aus dem „Memoir of Henry C. Carey“ von seinem Freunde William Elder genommen, einer Denkschrift, die der Verfasser derselben der „Historical Society of Pennsylvania“ am 5. Januar 1880 vortrug. Auf dieser Denkschrift basiert auch die Schilderung seiner persönlichen Gewohnheiten u. s. w., und die angeführten Thatsachen sind uns auch durch persönliche Rücksprache mit seinen Freunden und Bekannten bestätigt worden.

Allen denjenigen, welche mir bei der Beschaffung des nötigen Materials sowohl, wie auch bei der Durchführung der Arbeit selbst beigestanden haben, sage ich hierdurch meinen verbindlichsten Dank. Besonders habe ich Herrn Prof. Dr. Conrad zu danken, der die Arbeit veranlafst hat, und ohne dessen sachverständige Kritik sie in viel mangelhafterer Form hätte erscheinen müssen.

Halle a/S., Mai 1885.

Der Verfasser.



Kapitel I.

Leben und Werke.

1.

Henry Charles Carey wurde zu Philadelphia in Pennsylvanien, U. S. A. am 15. Dezember 1793 geboren. Sein Vater Mathew Carey, ein Irländer, der aus politischen Gründen sein Vaterland verlassen hatte, war ebenfalls seinerzeit ein politischer Schriftsteller, der den Doktrinen des Protektionssystems huldigte, die sein Sohn in späterer Zeit in grofsartiger Weise ausführen und verteidigen sollte.

Fast von seiner Kindheit an war Carey Buchhändler und Verleger, bis er ein Vermögen erworben hatte, das ihm erlaubte, sich von dem Geschäft zurückzuziehen und sich ausschliefslich der schriftstellerischen Thätigkeit zu widmen. Als er eben zwölf Jahre alt war, schickte ihn sein Vater nach Baltimore, um dort ein Zweig-Geschäft zu leiten; und schon in dieser frühen Zeit zeigte sich deutlich sein grofses praktisches Talent, das ihm sein Leben hindurch fördernd zur Seite stand. 1814 wurde er Associé seines Vaters. Als im Jahre 1821 sein Vater von dem Geschäft zurücktrat, wurde Carey allein Chef der Firma „Carey and Lea“. Dies war seinerzeit die gröfste Verlagshandlung in Amerika. Unter verschiedener Firma setzte er nach der Assoziation mit neuen Kompagnons das Geschäft, welches unter seiner Leitung sehr blühte, fort, bis er 1835 nach längerer Thätigkeit aus demselben ausschied.

Seitdem er als Associé in das Geschäft eingetreten war, las er stets die Werke, welche der Verlagshandlung zur Herausgabe übergeben wurden, und gerade dieser Beschäftigung, ohne Hilfe wissenschaftlicher Lehrer, verdankt er für seine Bildung das meiste. Den Einflufs dieses Bildungsganges ersieht man leicht aus dem Reichtum von historischen und wissenschaftlichen, obwohl oft ungenauen Kennt-

nissen, die man überall in seinen Werken findet. Auf der andern Seite aber mufs man gerade diesem Mangel an streng wissenschaftlicher, systematischer Schulung die Schwächen in Careys Werken zuschreiben. So erklären sich am leichtesten die Trugschlüsse, die ein so origineller Denker, wie es Carey unzweifelhaft war, ziehen konnte, und die unlogischen Beweise, die man nur zu oft in seinen Werken findet und die im Laufe der Betrachtung deutlicher zu Tage treten werden.

Er verheiratete sich 1819 mit einer Schwester des Malers Charles R. Leslie.

Im Jahre 1825 besuchte er zum erstenmal Europa; später nochmals 1857 und 1859. Er blieb jedesmal etwa ein halbes Jahr daselbst, und wurde in dieser Zeit bekannt mit bedeutenden Nationalökonomen, Staatsmännern und Naturforschern, wie J. S. Mill, Graf Cavour, Prof. Bergfalk aus Schweden, Humboldt, Liebig, Chevalier und Ferrara. Mit den meisten derselben blieb er nachher durch Brief- und Bücherwechsel in dauerndem Verkehr.

Vom Jahre 1835 an war er mit schriftstellerischen Arbeiten sehr beschäftigt, wie die grofse Menge seiner Veröffentlichungen beweist. Im Jahre 1872, in seinem 80. Lebensjahre, wurde er zum Mitglied der Konstitutions-Konvention für die Revision der Verfassung des Staates Pennsylvanien gewählt und nahm einen bedeutenden Anteil an den Diskussionen.

Am 13. Oktober 1879 starb er in Philadelphia nach kurzer Krankheit im 86. Lebensjahre.

2.

Dreizehn Oktavbände enthalten die hauptsächlichsten Resultate von Careys wissenschaftlicher Arbeit, aber aufser diesen Bänden schrieb er noch viele Broschüren und Zeitungsartikel, die genügen würden, um noch viele Bände zu füllen. Seine Broschüren enthalten 3000 Oktavseiten und noch mehr; seine Zeitungsartikel würden wahrscheinlich zweimal soviel wie die Broschüren ausmachen. Alle seine Schriften haben es mit nationalökonomischen oder sozialen Fragen zu thun [1]).

Seine schriftstellerische Thätigkeit begann erst in seinem 42. Lebensjahre, also 1835, als er seinen „Essay on the Rate of Wages“ herausgab. Dieses kleine Buch, im Umfange von 255 Oktavseiten,

[1]) Ein Verzeichnis seiner Werke, soweit es Bücher oder Broschüren sind, wird in einem Anhang gegeben werden.

war gegen die Lohntheorie Seniors geschrieben. Der Stil ist besser als der seiner späteren Werke, denn er ist viel einfacher und nicht so weitschweifig. Die Schrift enthält viel Statistik, z. B. bei der Vergleichung der Löhne in England, Amerika, den Niederlanden, Frankreich, China u. s. w. Er ist schon hier ein Gegner der Malthusschen Theorie, wenigstens soweit sie eine wirkliche Gefahr für die Völker annimmt. Er glaubt nämlich, dafs im allgemeinen bei der natürlichen Entwickelung der Gesellschaft das Kapital schneller wächst als die Bevölkerung, und dafs also die Löhne der Arbeiter schneller steigen können als ihre Zahl, ferner, dafs die Löhne in Wirklichkeit schneller steigen würden, wenn nicht die folgenden Ursachen dies verhinderten[1]:

a. Unsicherheit der Person und des Vermögens,
b. schwere Steuerlast,
c. Behinderungen (Hindrances) der Freiheit, der Gewerbs-Thätigkeit oder des Handels,
d. Mangel an Beschäftigung (Industry).

Die Theorie kann vielleicht am besten, wie folgt, zusammengefafst werden:

Die Löhne hängen von der Gesamtproduktion ab.

Die Anteile der einzelnen Arbeiter sind bestimmt:

a. durch das Verhältnis ihrer Zahl zum Kapital,
b. durch die Steuer für die Regierung und die Art ihrer Erhebung.

Die Produktion steigt mit dem Zuwachs des Kapitals, und,

das Kapital hat die Tendenz, in normalen Verhältnissen schneller zu steigen als die Bevölkerung.

Also: die Lage der Arbeiter hat immer die Tendenz, sich zu verbessern.

Höhere Löhne zeigen, dafs die Arbeit produktiv ist, und es kommt auf dasselbe hinaus, ob man über die hohen Löhne oder über den Fleifs und die Geschicklichkeit der Arbeiter klagt. Er ist in diesem Buch Freihändler und Anhänger der Laissez-Faire-Theorie.

Darauf schrieb Carey ein Buch, das er „The Harmony of Nature" betitelt, und liefs es auch drucken; da er aber fühlte, dafs er das System der Sozialwissenschaft noch nicht beherrschte, zog er es vom Buchhändler wieder zurück und gab es nicht heraus.

Eine nähere Betrachtung des Buches zeigt, dafs er auch zu jener

---

[1]) Rate of Wages. S. 81.

Zeit noch ein höchst eifriger Freihändler war, und dafs er schon die Rolle des Propheten spielen wollte, eine Rolle, die ihm in späteren Zeiten, unseres Erachtens, häufig mifsglückte. Ein Satz wird seine Ideen über die Politik verdeutlichen. Er schrieb 1836, wo der Staat eine verhältnismäfsig freihändlerische Politik verfolgte, so dafs die Zollsätze sich schnell von Jahr zu Jahr verminderten, folgendes [1]):

„Wenn jene Zeit (1885) da sein wird, da werden die Vereinigten Staaten eine enorme Bevölkerung von 60 000 000 Einwohnern haben, und wenn sie nicht unglücklicherweise ihre Politik verändern, so werden sie auch noch Einwanderer von allen Ländern herbeiziehen, die den Reichtum geniefsen können, der ihnen als Lohn der Arbeit geboten wird. Auch werden die Vereinigten Staaten der Zufluchtsort der Unterdrückten sein, und aufserdem Sicherheit der Person und des Vermögens bieten mit einer noch unbeschränkteren Freiheit des Handelns als gegenwärtig; denn zu jener Zeit werden sie auf ihre Fahne den Kernpunkt des ganzen Systems der Nationalökonomie geschrieben haben, der in den drei Worten zusammenzufassen ist: „Laissez nous faire".

Obwohl er sich nicht getraute dieses Buch herauszugeben, fing er doch gleich an, ein neues und zwar ein selbständigeres Werk, als die früheren, zu schreiben, dessen erster Band schon 1837 unter dem Titel, The Principles of Political Economy, erschien. Dieses Werk, dessen zweiter Band 1838 und dessen dritter 1840 herausgegeben wurde, ist in vieler Hinsicht das befriedigendste, das er überhaupt geschrieben hat. Seine eifrigsten Schüler werden natürlich dieses Urteil bestreiten und sein umfassenderes Werk, The Principles of Social Science, worin neben dem wesentlichen Inhalt dieses noch viel Neues dazukommt, vorziehen.

In diesem Werk aber ist Carey noch bescheiden; er zeigt deutlich, dafs er sich noch nicht für den gröfsten Nationalökonomen der Welt hält, und, obwohl er den alten Theorieen nicht beipflichten kann, so behandelt er doch auch die anderen Autoren als wirklich beachtenswert. Wir hören nicht soviel von der Unmenschlichkeit u. s. w. seiner Gegner, wie in seiner späteren Zeit. Auch das Bewufstsein, eine neue Richtung eingeschlagen zu haben, machte ihn sorgfältiger: er schreibt in diesen Bänden mit einer Klarheit

[1]) Harmony of Nature, S. 380.

und Einfachheit, die im Vergleich zu der in vielen Fällen schwülstigen und unklaren Rhetorik seiner späteren Zeit angenehm berührt.

In dem ersten Bande ist zuerst seine Werttheorie behandelt, die in dem dritten Kapitel dieser Abhandlung zur Erörterung kommen wird. Hier zwar beschränkt er den Wert auf den Tauschwert, was er in den späteren Werken nicht gethan hat, aber es kommt im allgemeinen auf dasselbe hinaus. In den späteren Büchern spricht er von Wert meist im Sinne von Tauschwert, aufser in dem einzelnen Falle von Robinson Crusoe, und in den Fällen, wo er bildlich von dem Wert des Menschen spricht. Er hat aber den beschränkenden Ausdruck aufgegeben.

In engster Verbindung mit dieser Werttheorie und der Annahme einer zunehmenden Produktivität des Kapitals stellt er seine optimistische Lohntheorie auf, die gerade für jene Zeit und jenes Land sehr viel für sich hatte. Es fehlt auch hier aber, wie in seinen späteren Werken, eine klare Auseinandersetzung der Art und Weise, wie die Verteilung des Reichtums vor sich geht. Zwar führt er das ungenügende und keineswegs völlig beweisende Beispiel des Crusoe an, läfst aber alles über den Anteil des Unternehmers unberücksichtigt, obwohl er uns nebenbei zu verstehen gibt, dafs der Gewinn zu dem des Kapitals hinzu zu rechnen ist [1]).

Obwohl er noch nicht seine sogenannte „Entdeckung des Ganges der Ansiedelung oder Okkupation der Erde“ gemacht hatte, welcher er nachher seine optimistischen Ansichten zum gröfsten Teile zu verdanken hatte, so findet er doch schon hier Anhalte für seinen Optimismus. Er glaubt noch, dafs der Mensch infolge des Zuwachses der Bevölkerung und der Nachfrage nach Nahrungsmitteln vom besseren zum schlechteren Boden übergeht, aber er sagt, dafs der Mensch auf diesem schlechteren Boden einen gröfseren Gewinn erwarten kann, als wenn er auf dem besseren bliebe. Das ist ohne Zweifel richtig; denn sonst würde er mehr Kapital auf den besseren Boden anlegen und dort bleiben. „Ricardo,“ sagt er [2]), „ist der Ansicht, dafs die Notwendigkeit des Bebauens des schlechteren Bodens der Kraft, dieses Bebauen vorteilhaft zu machen, vorangeht,

[1]) Principles of Political Economy, Vol. I S. 338. „That portion which he (the laborer) retains is termed wages, and that which is received by the owner of capital is termed profits“.

„Profits of trade are a combination of profits of capital and wages of labor or superintendence“.

[2]) Principles of Political Economy, Vol. I S. 194.

während im Gegenteil in den Vereinigten Staaten und in England die Kraft dies zu thun, ohne einen Rückgang entweder des Lohnes oder des Gewinnes, der Notwendigkeit weit voranschreitet und immer vorausgehen wird, wo das Kapital sich ruhig vermehren darf und nicht für Armeen und Kriegsflotten vergeudet wird.“ Er hat, wie gewöhnlich, Ricardo mifsverstanden; denn dessen Meinung war, dafs die mit der Zunahme der Bevölkerung steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln entweder eine neue Anlage von Kapital auf dem alten oder das Bebauen des neuen und schlechteren Bodens notwendig machen würde, und dafs mit der Zeit das letztere Verfahren stattfinden würde, natürlich deshalb, weil es vorteilhafter wäre. Carey beurteilt hier auch, wie später, das Land und das Kapital völlig gleich, als ob sie ganz denselben wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen wären.

In dem zweiten und dritten Bande findet man die Hemmnisse des natürlichen Fortschreitens der Menschen angegeben, worunter der Krieg eine hervorragende Rolle spielt. Die Regierung soll möglichst wenig kosten und den Bürgern die gröfstmöglichste Freiheit lassen. Als Freihändler ist er schon etwas mäfsiger, und obwohl er das Laissezfaire-System noch befürwortet, nimmt er doch schon genügende Rücksicht auf das schon in geschützten Industrieen angelegte Geld und will eine sehr langsame Erniedrigung schon bestehender Schutzzölle eintreten lassen. Er untersucht in diesen Bänden auch das Banksystem Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, und gibt hier seine Ansichten über das richtige Banksystem an. Dies ist nach seiner Meinung das freie. The Past, the Present and the Future erschien 1848 zu Philadelphia. Dieses Buch, [1]) das innerhalb neunzig Tagen geschrieben war, bezeichnet den Wendepunkt in Careys nationalökonomischen Ansichten. Von dieser Zeit an steht er geradezu im schroffsten Gegensatz zu der herrschenden englischen Schule. Als er seine ersteren Werke schrieb, hatte er auf einige grofse Fehler der alten Schule aufmerksam gemacht; aber jetzt nach seinem sog. Beweise der Falschheit der Theorieen Ricardos und Malthus' steht er auf ganz anderem Boden und kann nicht scharf genug gegen diese Schule und gegen jene beiden Autoren polemisieren. In dem Vorwort seines „Principles of Social Science“ [2]) zeigt er uns, wie er noch früher geglaubt habe, dafs die

[1]) Seite V.
[2]) Wm. Elder: Memoir of Henry C. Carey, Philadelphia, 1880 S. 26.

Theorie Ricardo's nicht unbedingt wahr sei, und wie er später durch seine Entdeckung über den Gang der Besiedelung der Erde die Auffassung gewonnen habe, dafs sie im grofsen ganzen falsch sei, und dafs das richtige Gesetz gerade das Gegenteil des Ricardoschen enthalte. Die Widerlegung Ricardos enthält auch die des Malthus, und mit ihnen fällt nach seiner Meinung das politische Prinzip des Gehenlassens, das die alte Schule so eifrig verteidigte, während der Schutzzoll als ein ebenso allgemeingültiges Prinzip für den internationalen Verkehr zum Ausdruck kommt.

Interessant ist es zu verfolgen, wie das Gedeihen der Vereinigten Staaten unter den hohen Zöllen von 1828 (oder von 1824, obwohl Carey den Zoll von 1824 nicht immer als Schutzzoll gelten lassen will) und 1842 ihn auf den Gedanken brachte, dafs gerade der Zoll die Ursache dieses Gedeihens sein müfste, und ferner, wie nach vielem vergeblichen Nachdenken, um dies zu erklären, seine Entdeckung des Ansiedelungsganges s. A. n. alles aufklärte.[1]) Alle die aus jener Entdeckung folgenden Prinzipien sind erst in diesem Bande von 474 Oktavseiten ausführlich angegeben und erörtert, und dieser Band[2]) ist es also, der Careys sog. Umwälzung der Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft bewirkte, obwohl sein späteres gröfseres Werk „The Principles of Social Science" sein ganzes System in besserer Form darstellte; und darauf basieren die meisten Kritiken über Carey, wie z. B. die Dührings, Helds u. s. w.

Alle diese verschiedenen Fragen, Gang der Ansiedelung, Ricardosche und Malthussche Theorie, Schutzzollsystem u. s. w. werden von uns in späteren Kapiteln ausführlich erörtert werden.

Im Jahre 1848 wurde durch den Einflufs Careys und teilweise mit seinem Gelde die Zeitung The Plough, the Loom, and the Anvil gegründet. Sechs Jahre lang schrieb Carey die Leitartikel, und auch viele kleinere. Im Jahre 1852 gab er eine Auswahl von diesen Artikeln in einem Oktavband von etwa 230 Seiten heraus, unter dem Titel The Harmony of Interests, Agricultural, Manufacturing and Commercial. Darin suchte er zu zeigen, dafs das Protektivsystem den Vorteil aller Klassen der Bevölkerung und eine vollständige Harmonie der Interessen derselben bewirkte, und dafs

---

[1]) Principles of Social Science, Vol. I S. XIII.

[2]) Memoir of Henry C. Carey, by William Elder S. 26. a. a. O. „That book marks an era in the history of Political Economy, from which it may count its A. U. C., its Hegira, or its Declaration of Independence".

sicherlich „das wahre, vorteilhafte und einzige Mittel, um eine vollkommene Handelsfreiheit zu erreichen", das System sei, „welches den Webestuhl und den Ambofs dazu bringe, ihren natürlichen Platz unmittelbar an der Seite des Pfluges und der Egge zu nehmen".

In diesem Buche gibt er viel Statistik, mehr als irgendwo sonst, und gerade durch Zahlen will er beweisen, dafs das Protektionssystem in den Vereinigten Staaten immer vorteilhaft gewesen ist, während das Land, sobald eine Veränderung des Zolles in einer freihändlerischen Richtung vor sich ging, jedesmal mit schnellem Schritt auf den Weg des Verderbens geriet, bis das Volk, durch solche Aussichten erschreckt, das strengere Protektivsystem wieder einführte.

Er sucht weiter zu zeigen, dass dieses System nicht nur der Gesamtheit zu gute kommt, sondern allen verschiedenen Berufszweigen im Lande. Ja, die Schutzzollfrage ist hier alles im allem geschildert worden, viel mehr als die Farmerfrage, weniger als die Industriefrage. Selbst die Zwischenhändler, die er an andern Stellen so eifrig bekämpft hat, sollen unter dem Schutzzoll am meisten profitieren, denn unter ihm ist die zum Handel bestimmte, nach dem einheimischen Verbrauch übrigbleibende Gütermenge grösser als bei dem Freihandel.

Auch das geistige und moralische Leben des Volkes wird von diesem Standpunkt aus betrachtet, und die auch hierin vorteilhafte Wirkung des Schutzzolles geschildert. Kurz gesagt, das Buch ist jedenfalls der mühsamste Versuch, der je gemacht worden ist, die Wirkung eines Tarifs statistisch zu verfolgen, und daraus einen Beweis für die Vortrefflichkeit des Schutzzolles zu liefern. Der Wert der Beweise wird in einem späteren Kapitel, worin wir sein System behandeln, untersucht werden. Es genügt hier darauf hinzuweisen, dafs die Kraft eines solchen Beweises sehr geschwächt wird, wenn der Verfasser das Gedeihen respektive das Sinken der verschiedenen Industriezweige eines Landes, nur der Wirkung einer Ursache zuschreibt. Carey hat aber so geschrieben, als ob nur der Zoll den Zustand der Industrie beeinflusst hätte, ohne den Ernteausfall, den Zustand des Zirkulationsmittels — welches in jener Zeit lange ein immer schwankendes Papiergeld gewesen ist — und die andern Momente zu berücksichtigen, die unzweifelhaft von Einfluss gewesen sind. Selbst der Schutzzöllner Bolles gibt in seinem „Financial History of the United States" [1]) zu, dafs es unmöglich

[1]) Band II S. 463. New York, 1879, 1883. „What the government did for manu-

ist, mit Bestimmtheit zu sagen, was die verschiedenen Zölle für die Fabrikanten geleistet haben, und wir dürfen vielleicht zusetzen: noch weniger den Schaden, den sie der übrigen Bevölkerung zugefügt haben. Ja mit Recht schreibt er ausdrücklich eine ebenso starke Wirkung dem gewaltig entwerteten, immer schwankenden Papiergelde zu, als dem Tarif selbst[1]).

Wenn man bedenkt, dafs die meisten Banken 1837 zahlungsunfähig waren, dafs die Bank der Ver. Staaten 1841 ihre Noten nicht einlösen konnte, dafs die Regierung 1842 wieder ihre Noten einzulösen anfing und nicht aufhörte bis 1862 dies zu thun, so sehen wir, dafs die beste Geldlage, in diesem Falle wenigstens, mit der Zeit der hohen Zölle zusammenfiel.

Die Frauen Englands schickten 1853 eine Adresse an die Frauen Amerikas, worin sie die letzteren dringend baten, mit ihnen zu beten und ihr möglichstes zu thun, um die Sklaverei in Amerika zu beendigen. Carey sieht darin eine ihm gegebene Gelegenheit, seine Lieblingstheorie des Schutzzolles zu verkündigen: er gibt also ein Buch von 414 Oktavseiten heraus, worin er die wirkliche, früher vorhanden gewesene Sklaverei in den Kolonieen Englands und die Resultate der Abschaffung derselben untersucht, und dann beweist dafs die Lage der früheren Sklaven sich verschlechtert und nicht verbessert hat.

In diesem Buche, das er The Slave Trade, Domestic and Foreign betitelt, sucht er weiter zu zeigen, warum der Sklavenhandel noch existiere und wie ihm ein Ende gemacht werden könnte. Von der wirklichen Sklaverei aber geht er bald zu der Sklaverei der Armut über und schildert mit grofsem Mitgefühl die Lage der Armen — „Sklaven", — in Indien, in der Türkei und in Irland. Nach seiner Anschauung ist deren Lage noch schlimmer, als die der Negersklaven in den Südstaaten Nord-Amerikas, und das ist, soweit es die körperliche Lage betrifft, in sehr vielen Fällen unzweifelhaft wahr gewesen.

Die Ursache nun dieser Armut sowohl wie die der wirklichen Sklaverei in Amerika findet er in dem Freihandel, und das beste,

---

facturers, or failed to do, cannot be answered with perfect exactness, because there were always so many causes at work in harmony with or against its purpose".

[1]) Ibid S. 464. „Next to the foreigner, an artificially swollen money has been the manufacturers worst enemy. It has been powerful enough to neutralize the effect of every tariff, however well intended for protection".

sogar das einzige Mittel für die friedliche Abschaffung der Sklaverei in Amerika und die Entfernung der Armut in allen Ländern ist wie er auch durch Schilderung der Lage der schutzzöllnerischen Länder zu beweisen sucht, einfach ein Schutzzoll, und zwar ein effektiver, d. h. ein hoher Zoll. Die Hinweisung auf die Verbindung, die zwischen der Sklaverei und dem Freihandel existiert, und die Erörterung dieser Ansichten befindet sich in dem Kapitel über den internationalen Verkehr.

Sein gröfstes Werk, The Principles of Social Science, erschien 1858—59 in 3 Bänden. Dasselbe enthält eine Zusammenstellung aller seiner bisherigen Entdeckungen und nationalökonomischen Ansichten in einem vollständigen System.

Die folgende Schilderung seines Systems basiert meist auf diesem Werke, und der Inhalt wird, soweit es bis jetzt noch nicht geschehen ist, in dem Folgenden dargestellt werden.

1864 wurde The Manual of Social Science herausgegeben. Dieses Buch ist eine unter der direkten Aufsicht Careys von Mifs Mc Kean ausgeführte Abkürzung des gröfseren Werkes. Da Carey selbst die Aufsicht der Arbeit führte, da es ferner auch meistens wörtliche Auszüge aus dem grösseren Werke enthält, ist es durchaus als ein Werk Careys selbst zu bezeichnen. Es enthält also, was zu einer vollständigen Schilderung seines Systems wirklich wesentlich ist.

In der deutschen Übersetzung dieses Buches, welche bei der Abfassung dieses Aufsatzes immer zu Rate gezogen wurde, und aus welchem in mehreren Fällen Auszüge gemacht worden sind, hat der Deutsche ein sehr gutes Mittel, alle die wirklich wesentlichen Lehren Careys in kurzem Umriss zusammengefafst kennen zu lernen. Die Übersetzung scheint im allgemeinen genau zu sein, da, soviel das Buch für diese Arbeit gebraucht worden ist, nur ein Fehler, oder vielleicht besser ein unklarer, irreführender Ausdruck gefunden worden ist. Es ist a. betr. O. in einer Anmerkung darauf hingewiesen.

Das letzte Werk, das er im Buchform herausgab, ist The Unity of Law, as exhibited in the Relations of Physical, Social, Mental and Moral Science, welches 1872 in seinem 79. Lebensjahre erschien. Dieses Buch sollte wahrscheinlich eine Zusammenstellung der höchsten Resultate seiner Lebensstudien sein, obwohl er darin keinen Versuch gemacht hat, ein System der Sozialwissenschaft zu geben.

In allen seinen letzten Werken finden wir die Behauptung, dafs die physischen und sozialen Gesetze dieselben sind, und diese Behauptung scheint ihm eben manchmal als Beweis zu gelten, wenn er eine Ähnlichkeit zwischen einer physischen und sozialen Erscheinung vorführt. In der That findet man gerade hierin eine der gröfsten Schwächen von Careys Untersuchungen. In diesem Buche will er beweisen, dafs es eine Einheit von Gesetzen gibt, die für alle Zweige der Wissenschaft gilt.

Er spricht z. B. von der Pyramide als der sichersten Form eines Gebäudes und führt die Hügel, die Ameisenhaufen, die Biberhäuser u. s. w. als Beispiele an, um zu zeigen, dafs dies in der Natur die gesetzmäfsige, sicherste Form ist. Dann fährt er fort[1]: „In allen diesen Fällen wird dem oben angeführten Gesetz blind gehorcht, indem diese verschiedenen Tiere keine selbstbestimmende Kraft besitzen. Der Mensch dagegen kann, wenn er will, der Natur Trotz bieten und seinem Gebäude, ob finanziell oder architektonisch, die Form einer umgekehrten Pyramide geben, und dies mit dem vollen Bewufstsein, dafs er sich dadurch in Gefahr begibt. Dafs sehr viele dies thun, wird in jeder Handelskrisis bewiesen, wenn grofse Geschäftshäuser zusammenstürzen und in ihren Ruinen nicht nur ihre eigne Ehre, sondern auch das Vermögen und die Hoffnungen vieler mit ihnen in Verbindung stehender Männer begraben, und dadurch den Beweis liefern, dafs die kleinen Atome das grofse physikalische Gesetz in der Vereinigung bewahrt hatten, wodurch sie vorher beherrscht worden waren, und dafs seine Wirksamkeit in der sozialen Welt ebenso vollkommen, als sie früher in der materiellen gewesen war.“

Man braucht kaum zu sagen, dafs jedermann nach seiner subjektiven Meinung seine eigne Pyramide in bezug auf die Sozialwissenschaft bilden will. Der eine würde z. B., wie Carey, die Landwirtschaft als Fundament annehmen, während ein anderer die Industrie an diese Stelle setzen würde. Das ist ganz willkürlich.

Solche Stellen, in denen er die wirkliche Einheit der Gesetze behauptet, kommen häufig genug vor. Die Art der Einheit suchte er in dem folgenden Auszug aus seinem Buch „The Unity of Law“ (Seite 124) zu charakterisieren, und der Satz ist von seinem Biographen als die beste Erläuterung dieser Einheit citiert worden: „The unity of which we speak, as in all other instances in which the idea is

[1]) Unity of Law, S. 164.

used among men, is not identity or sameness, but the harmony of correspondence — unity by relation, fitness, or co-operation, effected by such continuity of character and force of all substances, through all spheres of being, and all adaptations of use, as alone can constitute a universe of the atoms and individualities which it embraces — of that one entire system whose body nature is, and God the soul".

Wenn dieser Satz irgend eine Bedeutung hat, so ist es die, dafs jeder Gegenstand in einem Verhältnis zu anderen Gegenständen steht und dafs dieser innere Zusammenhang mit anderen für alle Wissenschaften gilt. Um dies zu behaupten oder zu beweisen, braucht man kein Buch von mehr als 400 Seiten zu schreiben. Jeder Nationalökonom, ja jeder vernünftige Mensch würde dies ohne Widerrede sofort zugeben. Da Carey aber so weit geht zu behaupten, dafs die anziehende Kraft, welche die Planeten nach der Sonne zieht, und diejenige, welche die Menschen nach den grofsen Städten lockt, dieselbe ist, dafs also die Verteilung der Menschen zwischen grofsen und kleinen Städten durch das Gravitations-Gesetz bewirkt wird, so sieht man, dafs seine Auffassung der Einheit der Gesetze in der Luft schwebt [1]). Man kann kaum sagen, dafs er in allen diesen Fällen nur bildlich redet, weil er solche Analogieen geradezu zum Beweise braucht, und sie bilden einen nicht unwesentlichen Teil seiner Forschungsmethode.

Dafs die physischen und biologischen Gesetze auch die Gesellschaft beeinflussen, — und dies auch unmittelbar — kann man nicht bestreiten. Man mufs aber einen vernünftigen Gebrauch davon machen.

Dafs die Verschiedenheit der physischen sowohl wie der geistigen Natur der verschiedenen Menschen in hohem Grade die Arbeitsteilung in der Gesellschaft bewirkt, wird niemand leugnen.

[2])Das Gesetz der Besonderheit der Funktionen, welches die Arbeitsteilung unter den Ameisen und unter den Menschen bewirkt, ist in Wirklichkeit dasselbe, obwohl es natürlich in verschiedener Weise auftritt.

---

[1]) Social Science I. 42.

„Man tends of necessity to gravitate toward his fellow man. Gravitation is here, as everywhere else in the material world, in the direct ratio of the mass, and the inverse one of the distance". Solche Sätze, worin er ein mathematisches Prinzip in der Assoziation der Menschen findet, sind gewöhnlich.

[2]) Geddes: An Analysis of the Principles of Economics, London, 1885.

Auch erbt der Mensch unzweifelhaft die verschiedenen Eigenschaften, die seine Stellung in der Gesellschaft zum gröfsten Teil bestimmen [1]). Dies Naturgesetz kann also nicht in der Sozialwissenschaft unberücksichtigt bleiben, weil die Fragen des Pauperismus, des Verbrechens, der Schulbildung u. s. w. ohne dieses nicht wissenschaftlich behandelt werden können. Es ist insofern ebensowohl ein Gesetz der Sozialwissenschaft, wie der äufseren Natur. In diesem Sinne zwar kann man von einer Einheit der Gesetze reden, und eine Ahnung von dieser Art Einheit hat Carey vielleicht auch gehabt. Zum klaren Ausdruck ist es aber nicht gekommen, während die weitläufige Erklärung über die gleichen Gesetze, die die Planeten in ihrem Kurse und die Menschen in ihrer Assoziation beherrschen, sich überall in seinen Werken findet.

Die 57 Broschüren, die Carey herausgab, sind fast alle Gelegenheitsschriften entweder über den Tarif oder das Geld des Landes, die Banken u. s. w. Die über die Verträge zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten 1871 und 1874 geschriebenen sind von seinem protektionistischen Standpunkt aus verfafst und sagen uns nichts Neues über seine ökonomischen Ansichten.

1853 schrieb er eine Broschüre von 72 Seiten über das internationale Verlagsrecht, welche 1862 in einer zweiten Auflage herausgegeben wurde. 1872 schrieb er eine andere von 30 Seiten über denselben Gegenstand. Er ist, wie zu erwarten war, ein heftiger Gegner eines solchen Verlagsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, hauptsächlich mit England. Seine Beweisführung ist kurz die, dafs der ausländische Verfasser kein absolutes Recht besitzt, da die Gedanken selbst meist gemein sind, und er sie nur in eine originelle Form eingekleidet hat, zweitens dafs man mit einem solchen internationalen Vertrag Unrecht thun würde, weil die Verfasser, die wirklich etwas Neues vorbringen, populäre Bücher nicht schreiben, wie z. B. Humboldt. Ihnen also würde ein solcher Vertrag nichts helfen, während anderseits die populären Schriftsteller, die nur die alten Ideen in schöner Form aufputzen, dadurch reich werden würden. Drittens wäre ein solcher Vertrag nicht ratsam für die Vereinigten Staaten. Denn der ausländische, hauptsächlich natürlich der englische Autor würde ein Monopol auf dem inländischen Markt erwerben.

---

[1]) Das merkwürdigste Beispiel vielleicht, das man immer ausgeführt und befolgt hat, wird in „The Jukes“ by R. L. Dugdale, New York, 2. Auflage 1885, angegeben.

Die Bücher würden dadurch dem Publikum viel teurer werden, und die Tendenz würde also die sein, der Intelligenz oder Bildung des Landes zu schaden. Dieselbe Ursache würde die Übersetzung der Bücher in andere Sprachen verhindern, und dies mit demselben Resultat.

Er gibt zu [1]), dafs es richtig wäre, die Verfasser der ausländischen Bücher angemessen zu bezahlen, wenn dies möglich wäre; er denkt aber, dafs ein internationaler Verlagsvertrag den ausländischen Verlegern das Monopol geben würde, und das wäre weder gerecht noch ratsam.

In seinen späteren Broschüren, die, wie gesagt, meistens über den Tarif und die Bank- und Geldgesetze der Vereinigten Staaten handeln, führt er seine Prinzipien, die in seinen „Principles of Social Science" und anderen Büchern gegeben sind, bis zu ihren Konsequenzen durch. Er verteidigt also jede Erhöhung des Schutzzolles, und wir finden kein Wort gegen das Beibehalten des hohen Kriegstarifsatzes, wenn der Bürgerkrieg vorbei wäre. Seine Ansicht ging vielmehr dahin, dafs der Zoll zu Kriegs- und Friedenszeiten der höchstmöglichste sein sollte. Wenn das Staatseinkommen dadurch zu hoch wäre, so wäre es besser andere Arten von Steuern aufzuheben, als den Zollsatz zu erniedrigen [2]).

So bekämpfte er auch betreffs des Geldes soviel als thunlich die Emporhebung des Wertes der Greenbacks zum Nennwert und die Einlösung derselben [3]).

Um dies auszuführen, müsse man die Quantität des gesamten Geldes des Landes vermindern, und eine solche Verminderung wäre seiner Meinung nach das Verderben der Industrie. So befürwortete er auch die Bland-Silver-Bill, wie seine Schüler noch jetzt gegen die Aufhebung desselben protestieren. [4]) Er erstrebt eine Geld-Unabhängigkeit (Monetary Independence), ein unausführbares Geld [5]) (Nonexportable Currency) des Landes, weil er denkt, dafs man dadurch den Einflufs des Auslandes, hauptsächlich den schädlichen Einflufs zur Zeit der Krisen, vermeiden könnte.

---

[1]) Letters on International Copyright, 2nd Edition, S. 8.

[2]) Financial Crises, their Causes and Effects; The Farmer's Question; The Railroad Question u. s. w.

[3]) Contraction or Expansion? Repudiation or Resumption; Currency Inflation; Monetary Independence u. s. w.

[4]) Vergl. zu H. C. Baird; „The Silver Dollar" u. s. w., Philadelphia, 1883.

[5]) Monetary Independence, Letter to the Hon. Moses W. Field.

Diese Ansichten betrachten wir in der Schilderung seiner Systeme.

Carey schrieb, wie bereits bemerkt, seit Beginn seiner schriftstellerischen Thätigkeit sehr viel für die Zeitungen.

Von 1849—56 schrieb er regelmäfsig für die New York Tribune, vielleicht die extremste Protektionisten-Zeitung Amerikas, und in der That verfafste er einen grofsen Teil der protektionistischen Artikel. Auch war er von 1848—52 Mitarbeiter an der Zeitung „The Plough, the Loom, and the Anvil, auch an der Philadelphia North American, der Iron Age, der United States Magazine and Democratic Review und andern". Aufser einer langen Reihe von Artikeln an Railroad Monopoly [1]), welche er mit Erfolg gegen die Camden and Amboy Eisenbahn richtete, bilden diese Artikel meist eine Polemik gegen den Freihandel und eine eifrige und mächtige Verteidigung des Schutzzollsystems.

Wenn man alle Werke Careys ins Auge fafst, fällt zuerst ihr bedeutender Umfang auf und man mufs den grofsen Fleifs des Autors bewundern, um so mehr, wenn man die umfangreichen statistischen und allseitigen historischen Kenntnisse berücksichtigt, die er darin zeigt. Wenn man aber wieder bedenkt, dafs er mehr als 40 Jahre in der besten Manneskraft ruhig lebte und sich ganz diesem einen Gegenstand widmen konnte, so erklärt sich leicht der grofse Umfang der Werke und auch die häufig darin vorkommenden Wiederholungen. Auf der andern Seite kann man sich leicht die Ursache der Ungenauigkeit, die zuweilen, und den Mangel an streng wissenschaftlicher Methode und Beweisart, der häufig vorkommt, aus seiner mangelhaften Schulbildung erklären. Sein origineller Geist und sein grofser Fleifs hat so viel Wertvolles geleistet, dafs man um so mehr die Umstände bedauern mufs, die einen Mann wie Carey verhinderten, zur allseitigen Entwickelung seiner Fähigkeiten zu gelangen.

3.

Wenn die Lebensarbeit eines Mannes, der weitbekannt gewesen, vorüber ist, und wenn ein solcher Mann überdies noch ein Vorkämpfer neuer Ideen gewesen ist, so liegt die Frage nahe, wie grofs ist sein Einflufs gewesen und wie nachhaltig bewährt sich derselbe?

---

[1]) Letters to the People of New Jersey on the Frauds, Extortions and Oppressions of the Railroad Monopoly.

Die Frage nach Careys schriftstellerischer Wirksamkeit werden wir im Laufe der folgenden Betrachtung und in einem Schlufswort spezieller zu beantworten suchen. Hier am Ende dieser Skizze seines Lebens wollen wir seinen Einflufs im allgemeinen charakterisieren. Dafs seine Werke sehr populär gewesen, und dafs sie einen weitreichenden Einflufs gehabt haben, beweist schon die Thatsache, dafs die bedeutendsten in das Französische, Deutsche, Italienische, Schwedische, Portugiesische, Russische, Magyarische und Japanische übersetzt worden sind.

Seinen direkten Einflufs kann man unzweifelhaft an Bastiat aus seiner Werttheorie und vielleicht noch deutlicher an seiner Theorie der Verteilung des Reichtums, wie sie in seinen Harmonies économiques angegeben sind, ersehen, obwohl Dührings Anklage des Plagiats gegen Bastiat uns übertrieben scheint.

Noch andere Franzosen wie [1]) Baudrillart in seiner Renttheorie und Passy [2]) in der Theorie der Bevölkerung, stehen auch unter seinem Einflufs, wenn auch unabhängiger, als die vorhergenannten. Auch in Italien erkannte Professor Ferrara in der „Biblioteca dell' Economista“ seine Werttheorie als die richtige an, und damit auch die optimistische Theorie der Verteilung, wie Carey sie angibt.

Unter den deutschen Nationalökonomen hat Carey wenige Anhänger gefunden; nur einer, Dühring, lobt ihn mit einseitigem Eifer, der an einige ungebildete Schutzzöllner in Amerika erinnert, die Carey einmal mit Jubel als „Vater des Protektionssystems“ empfingen. Nicht als Protektionist schätzt Dühring ihn so hoch, sondern als einen genialen Denker, der eine Umwälzung der ganzen Wissenschaft eingeführt hat.

Unter den Verteidigern des Schutzzollsystems hatten die Deutschen schon in Friedrich List einen noch vernünftigeren als Carey, der in Amerika eine gleiche Stelle in dieser Hinsicht einnimmt, wie jener in Deutschland.

In England hat Carey einige Anhänger in Bezug auf manche Doktrinen [3]) gefunden, keinen aber, der wirklich ein Mann ersten Ranges wäre.

Sein Einflufs ist in Amerika natürlich am gröfsten gewesen, und es ist schwer zu bestimmen, ob dieser Einflufs jetzt noch wächst oder fällt. Besonders wegen des polemischen Charakters eines grofsen

[1]) Citiert in Principles of Social Science, S. 165.
[2]) Citiert in Principles of Social Science, S. 367.
[3]) Roscher: Geschichte der Nationalökonomie, München, 1874. S. 1013.

Teils seiner Schriften, und auch deshalb, weil sie in einer Form erschienen, wo sie blos einen mittelbaren Einflufs ausüben konnten, nämlich in Zeitungen und kleinen Broschüren, ist es natürlich noch schwieriger ein richtiges Urteil darüber zu fällen. Carey war in Amerika, wie List in Deutschland, Agitator (wenn auch in etwas verschiedener Weise); und gerade als Agitator in politischen Tagesfragen mufs man ihm den gröfsten Einflufs zugestehen. Ohne wissenschaftliche Anhänger ist er nicht, denn um einige der bekanntesten seiner Schule zu nennen, kann man in Pesphine Smith und in Prof. Thomson der University of Pennsylvania Schüler finden, die zugeben [1]), dafs ihre Handbücher auf die Careyschen Werke gegründet sind. Mit ihnen stimmt auch Prof. Denslow [2]) von Chicago in seiner Verehrung Careys überein, die an die Dührings erinnert. Die meisten Nationalökonomen Amerikas aber, wenigstens die Professoren und jene, die den Namen eigentlich verdienen, sind vielmehr geradezu Gegner Careys, und unter ihnen befinden sich die bedeutendsten. Aus dem Umstande, dafs Carey den Schutzzoll und das Papiergeld so eifrig verteidigt hat, und dass die Diskussion dieser Fragen alle Schichten der Bevölkerung durchdringt, so dafs es sogar rathsam wird, auch in den Universitäten diese Fragen nicht nur vom nationalökonomischen, sondern auch vom politischen Standpunkte aus zu betrachten, erhellt, dafs die Gegner vielleicht allzugeneigt sind, Careys wirkliche Verdienste zu unterschätzen; denn es ist unmöglich die Augen vor der Thatsache zu verschliefsen, dafs einige seiner Doktrinen wirklich in der Praxis ausgeführt, das amerikanische Volk sehr viel gekostet haben. Man kann z. B. in der Theorie zugeben, dafs ein mäfsiger Schutzzoll, vernünftig durchgeführt, einem Lande den gröfsten Vorteil bringen wird, und nichtsdestoweniger angesichts der grofsen Übertreibung dieses Systemes in den Vereinigten Staaten einen Grund für die Behauptungen der Politiker finden, welche meinen, dafs das System der Wohlfahrt des Volkes mehr geschadet habe, als ihr geholfen, und dafs die einzige praktisch segensreiche Politik für das Land in der Konzentrierung auf Finanz-Zölle liegt. Dieses Gefühl, dafs der Einflufs der „Lobby“ in der gesetzgebenden Gewalt so grofs ist, hat unzweifelhaft die Opposition gegen die Schutzzöllner erbittert. So hat man bei Carey als Leiter dieses Systems in Amerika seine anderen Verdienste oft übersehen.

---

[1]) Smith: Political Economy, Philadelphia, 1877, S. IV.
Thompson: Political Economy, Philadelphia, 1882, S. 8.

[2]) North American Review, July 1884.

Ohne Zweifel hat er einen grofsen Einflufs auf die Gesetzgebung ausgeübt. Er ist der persönliche Freund vieler der Kongrefs-Mitglieder gewesen, und unter anderen der Freund desjenigen Protektionisten, der vielleicht seit Jahren den gröfsten Einflufs in dieser Hinsicht im Repräsentantenhause gehabt hat, des William D. Kelley aus Pennsylvanien.

Im Repräsentantenhaus wurden schon 1859 folgende Worte über ihn gesprochen, die zeigen, dafs die Protektionisten, die ungefähr von jener Zeit an die Politik des Landes beherrschten, ihn wenigstens hoch genug schätzten [1]).

„Ich kenne unter den Schriftstellern über die politische Öconomie keinen gelehrteren, philosophischeren und überzeugenderen Beobachter über diesen Gegenstand als meinen ausgezeichneten Mitbürger Henry C. Carey. Die Werke, die er zur Unterstützung der schutzzöllnerischen Politik herausgegeben hat, sind ausgezeichnet durch ihre gründliche Untersuchung, umfassenden Gesichtskreis, seltene logische Scharfsinnigkeit und eine erschöpfende Geschichtskenntnis. Seine vor kurzem erschienenen Bände „The Principles of Social Science“ stellen ihn in die erste Reihe der Nationalökonomen und neben Adam Smith selbst, dessen Doktrinen darin zu einer höchstbefriedigenden Rechtfertigung der protektionistischen Politik verwertet sind.“

Wenn solche Worte von einem Mitgliede des gesetzgebenden Körpers gesprochen werden, so dürfen wir sicher annehmen, dafs dieselben Doktrinen, wenn sie die Zeitungen in das ganze zeitungslesende Volk verbreiten, viele Anhänger und die allgemeinste Beachtung gefunden haben werden. Noch heute findet man in den Leitartikeln der Zeitungen nicht nur die Argumente Careys, sondern auch seine Ausdrucksweise und ebenso in den Korrespondenzen der Zeitungen. Ein Arbeiter z. B. schrieb Feb. 1885 einen Brief an die „Philadelphia Press“, dessen Stil ganz an Carey erinnert und worin der Verfasser seine Meinung dahin ausspricht, dafs eine Erhöhung des jetzigen Zollsatzes um 20% zum Besten des Landes dienen würde! [2]) Der Redakteur war Protektionist genug, um den

[1]) House of Representatives Feb. 2. 1859: Rede von Hon. Edward Joy Morris.

[2]) Nation, No. 1026, Feb. 26, 1885.

To the Editor of the Nation:

Sir: I enclose the following cutting from the Philadelphia Press.

Sure Cure for Dull Times.

To the Editor of the Press.

Brief in die Zeitung mit der Überschrift „Sicheres Heilmittel für schwere Zeiten“ aufzunehmen.

Auch auf die Gesetzgebung über das Geldwesen war Careys Einflufs unzweifelhaft fühlbar, und die Amerikaner haben ihm einen Teil der Greenback-Agitation zu verdanken, die 1878 so verbreitet im Lande war, dafs die Partei mehrere Mitglieder für das Repräsentantenhaus wählen konnte. Diese spielt noch jetzt eine ziemlich grofse Rolle, obgleich die Wiederherstellung der Einlösbarkeit der Greenbacks der Partei die gröfste Kraft raubte. Auch seit der Zeit finden wir seine Schüler als Anhänger der „Silver Bill“, die noch jetzt eine Last und eine Gefahr für das amerikanische Volk ist. Auch neulich, nämlich am 2. April 1884, spricht sich Henry Carey Baird, ein Verwandter und vielleicht der eifrigste Schüler Careys, gegen die Aufhebung des Silver Bill aus[1]). In dieser Broschüre citiert er Carey, um seine Argumente zu stützen, wie überhaupt in allen seinen vielen Broschüren.

Wir sehen also, dafs Careys Einflufs noch ein lebendiger und starker ist, und, obwohl die Tendenz in den Vereinigten Staaten gegen die übertriebene Protektion, die in der Zeit nach den Kriegen geherrscht hat, sowohl wie gegen die gefährlichen Geldtheorieen, die einen so grofsen Anklang fanden, zu sein scheint, so ist doch noch viel in dieser Richtung zu leisten. Auf der anderen Seite mufs man nicht vergessen, dafs die Fehler Careys in dieser Hinsicht meist in Übertreibung bestanden, und dafs er damit viele wirkliche

---

Sir: I often see articles in your paper with regard to the improvement in trade which will occur, when the trade starts up. Now, it seems to me that the only thing to start trade is increased demand; the only way to increase demand is by increasing consumption; the only way to increase consumption is by increasing the wages, and the only way to increase the wages is by increasing the tariff. Add 20% to the present tariff, and before six months idle men will be hard to find. In our past history the depressions of 1837, 1847 and 1857 were all cured by increasing the tariff. If it cured then, why won't it now?

Yours truly, A. Workman.

Die Doktrinen des Briefes sind alle Careysche, selbst die einseitige Auffassung der Nachfrage, und der Beweis durch das Rückgreifen auf die früheren Zölle, ohne auf die anderen Faktoren des Problems Rücksicht zu nehmen, ist genau nach Careys Art. Es ist leider der Fall, dass viele, die eine bessere Bildung haben als die meisten Arbeiter, sich über das Niveau dieser Beweisführung nicht erheben können.

[1]) In einer Broschüre mit dem Titel „Mr. David A. Wells on Overproduction and Foreign Trade“, Philadelphia, 1884.

Dienste leistete. Der Geist des Agitators ist ein kampfmutiger, und es ist zu erwarten, dafs er Überschätzung und Einseitigkeit zum Vorschein bringt. Diese Übertreibungen haben öfters einen Kern der Wahrheit, der von grofsem Wert ist, und den sollte man wegen der Übertreibungen nicht unterdrücken.

Es hängt aber viel von der Art der Leser selbst ab, ob ein Buch eine gute oder eine schädliche Wirkung hat. Man sollte also immer den Einflufs auf die verschiedenen Kategorieen der Leser gesondert berücksichtigen, sonst gelangt man zu einem einseitigen Urteil.

Wie man nicht leugnen kann, dafs seine Lehre, in einigen Fällen wenigstens, einen schädlichen Einflufs auf das Volk ausgeübt hat, so kann man auch nicht leugnen, dafs sie für die Nationalökonomen von grofsem Vorteil gewesen ist, denn Carey inmitten seiner Übertreibungen hat noch sehr viele guten Gedanken, und wenn der Leser die Bildung und die Kenntnisse besitzt, den guten Kern auszusondern, so kann er seine Bücher mit grofsem Vorteil studieren. Dasselbe gilt, wenn auch in verschiedenem Grade für List, für die Merkantilisten und viele Andere.

4.

Im Anhang zu dem betreffs seines wissenschaftlichen Einflusses Gesagten ist es vielleicht angemessen, einige Worte über seine Persönlichkeit zu sagen, um dadurch seinen mehr persönlichen Einflufs zur Klarheit zu bringen.

Seine Person und sein ganzes Auftreten waren imponierend, der Ausdruck seines Gesichts, besonders seiner schwarzen Augen voll Genialität und Schönheit. Seine auffallende Ähnlichkeit mit dem Porträt Alexander von Humboldts ist oft bemerkt worden. Er liebte die Geselligkeit sehr, war Mitglied verschiedener Klubs und gab selbst häufig Gesellschaften, wo man immer die bedeutendsten Männer treffen konnte, hauptsächlich diejenigen, welche für das Wohl des Volkes entweder in der Regierung, oder irgendwie sonst, am einflufsreichsten waren. Oft waren auch bei ihm hervorragende Ausländer zu finden, die Amerika besuchten und seine Gastfreundschaft in Philadelphia genossen.

Seine intimsten persönlichen Freunde besuchten ihn regelmäfsig jede Woche. Diese Gesellchaften wurden „The Carey Vespers“ genannt. An diesen Abenden wurden gewöhnlich die wichtigsten

Fragen zur Erörterung gebracht, die das Leben des Volkes in der Zeit vor, während und nach dem grofsen Bürgerkriege berührten.

Es waren in dieser kleinen, ausgewählten Gesellschaft hervorragende Männer, und von ihnen ward unzweifelhaft ein nicht unbedeutender Einflufs auf die öffentliche Meinung ausgeübt.

Aufserdem war Carey Mitglied eines Klubs, der aus nur zwölf Mitgliedern bestand. Er war in seinen früheren Lebensjahren gegründet, und die Mitglieder afsen einmal jährlich gemeinschaftlich. In seinen späteren Jahren blieb er allein von allen Freunden am Leben, und an dem festgesetzten Tag afs er sein Diner allein zur Erinnerung der „Auld lang syne“.

Obwohl gütig und höflich im persönlichen Verkehr, war er gewöhnlich, selbst im kleineren Kreise, ernst und wenig zu Scherzen aufgelegt.

In der Debatte nahm er oft einen dogmatischen oder wenigstens didaktischen Ton an. Im Eifer brauchte er manchmal Epitheta, die im gesellschaftlichen Leben wenig üblich sind; aber die Kordialität seines Wesens und das Sympathische seiner Stimme und seiner Augen milderten die Herbigkeit und Härte seiner Worte erheblich.

Trotz der grofsen Zahl seiner Schriften war er kein „litterarischer Knecht“. Er schrieb impulsiv und schnell. Oft verarbeitete er den Gegenstand im Kopfe, während er durch die weiten Räume seiner Studierzimmer, Bibliothek und Gemäldesammlung spazieren ging, und schrieb sie dann schnell nieder.

In seiner freien Zeit las er unzählige Novellen, Zeitschriften und leichte Litteratur aller Art, aber er citierte sie nie, weder in der Konversation noch in seinen Büchern.

Die französische Sprache beherrschte er völlig, andere fremden Sprachen aber nicht.

Er erfreute sich immer einer guten Gesundheit. In der That kannte er vor seinem 80. Lebensjahr keine Krankheit, nicht einmal Kopfweh, was natürlich zum gröfsten Teil seiner Mäfsigkeit und seinem ruhigen Leben zuzuschreiben ist.

Er war immer ein treuer Freund, und seine Bekannten sprechen von ihm mit einer Ehrfurcht und zugleich Warmherzigkeit, die zeigt, wie gut er andere sich zu verpflichten wufste.

Durch die Überlegenheit seiner Persönlichkeit sowohl als durch die Liebenswürdigkeit und Aufrichtigkeit seines Charakters, und den Eifer, womit er seine Meinung verteidigte, war er ein ge-

borner Führer, und seine Jünger blickten, wie es scheint, zu ihm empor mit der Ehrfurcht, wie der Soldat zu seinem siegreichen General. Seine Ansichten sind von ihnen oft ohne weiteres als Worte der Weisheit ohne Kritik angenommen worden.

Bald vor seiner dritten Reise nach Europa, am 27. April 1859, wurde ihm von den leitenden Männern der Stadt Philadelphia und vielen andern von verschieden Orten ein grofses Diner gegeben, um seinen grofsen Diensten öffentliche Anerkennung zu bezeigen, wo bedeutende Männer als allen Klassen — Senatoren, Juristen, Mediziner, Bankiers, Kaufleute u. s. w. zusammenkamen, um ihn durch ihre Anwesenheit und Reden zu ehren. Gleich nachher unternahm er auf eine Einladung hin eine Reise durch die Fabrikgegenden Pennsylvaniens und wurde überall mit Musik und Festzügen empfangen und vom Jubel des Volkes begrüfst. Ob diese Bewillkommnung seitens der Fabrikanten auch zum Teil der Anerkennung seines besonderen Dienstes in der Befürwortung des Schutzzollsystems entsprang, so ist es doch gewifs, dafs sie alle, Volk und Fabrikanten, ihn als einen Mann anerkannten, der dieser besonderen Ehre würdig war. Dieser Glaube an seine persönliche Ehrwürdigkeit lebt noch und wird auch noch lange unter seinen Landsleuten leben, obwohl einige seiner Lieblingstheorieen schon zum Glück des Volkes zurücktreten und in kürzerer oder längerer Zeit ihren bedeutenden Einflufs verlieren werden.

Seinen Charakter mufs man bewundern, seine Originalität und Geisteskraft mufs man anerkennen, ebenso wie auch die grofsen Dienste, die er der Nationalökonomie erwies, während man zugleich nicht übersehen darf, dafs noch viele Schwächen und Fehler in seinen Theorieen zu finden sind.

Kapitel II.

Grundbegriffe.

5.

Der Wert.

Bei der Betrachtung der Careyschen Theorieen und Systeme erscheint es am besten, seine eigenen Worte über einige Hauptpunkte anzuführen, um die ihm eigne Methode und Beweisart vorzuführen und eine klare und unparteiliche Schilderung seines Systems zu geben.

Er legt selbst so viel Gewicht auf seine Werttheorie, welche die Basis seiner Lohntheorie und der Erklärung des internationalen Geldhandels bildet, daſs wir den Entwickelungsgang der Gedanken in dieser Theorie ausführlich in folgenden Auszügen angeben.

Bei der Betrachtung des Wertes seiner Untersuchungsweise stellt er uns Crusoe allein auf seiner Insel vor, und fährt dann fort:

[1]„Unser Crusoe fand sich auf seiner Insel von Früchten und Blumen, Vögeln und Tieren umgeben, zu denen er ohne fremde Beihilfe nicht gelangen konnte. Der Hase entwischte ihm durch seine gröſsere Geschwindigkeit, der Vogel konnte sich in die Luft erheben, der Fisch in die Tiefe des Ozeans tauchen, während Crusoe selbst im Angesicht dieser Nahrungsmittel in Gefahr war zu verhungern. Der Baum hätte ihm wohl ein Haus geliefert, wenn er nur eine Axt und eine Säge gehabt hätte; allein in Ermangelung derselben ist er genötigt, in einer Höhle zu wohnen. Da er anfänglich nur mit seinen Händen arbeitet, muſs er sich von den wildwachsenden Erdfrüchten ernähren.

Nachdem er späterhin einen Bogen oder ein Kanoe verfertigt

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 80 ff.
Principles of Social Science, Chap. VI.

hat, verschafft er sich ein wenig Fleischnahrung, welcher er wegen der Schwierigkeit sie zu erlangen grofse Wichtigkeit beilegte; und hier haben wir den Ursprung des Wertsbegriffs: es ist einfach die Schätzung des Widerstandes, der zu überwinden ist, ehe wir in den Besitz des begehrten Gegenstandes gelangen. Dieser Widerstand vermindert sich stets mit der Zunahme der menschlichen Kraft, über die immer unentgeltlichen Dienste der Natur zu verfügen, und es erklärt sich so, dafs wir in allen voranschreitenden Gemeinwesen eine stete Zunahme in dem Werte der Arbeit, nach Lebensbedürfnissen berechnet, und eine Abnahme in dem Werte der Lebensbedürfnisse, nach Arbeit berechnet, wahrnehmen.

Die Idee der Vergleichung ist unzertrennlich mit der Idee des Wertes verbunden; wir vergleichen die produzierten Lebensbedürfnisse mit der körperlichen oder geistigen Arbeit die wir dafür geleistet haben. Bei dem Tausche ist es das natürlichste, Arbeit für Arbeit zu geben, und jeder achtet sorgfältig darauf, dafs er nicht mehr Arbeit gibt, als er dafür empfängt."

Und dann weiter: „Nachdem es unserm Kolonisten" — Freitag ist inzwischen zu Crusoe gekommen — „gelungen ist, eine rohe Axt von Feuerstein zu verfertigen", tritt sogleich eine Veränderung im Werte der Häuser, Boote oder Baumaterialien ein, die früher produziert waren, weil sie jetzt mit weniger Arbeit reproduziert werden können; dagegen bleibt der Wert der Fische oder Kaninchen unverändert. Wenn jetzt einer von ihnen Fische abzugeben hat, während der andere einen Überschufs von Brennholz besitzt, so mufs der letzte zweimal soviel Holz geben wie früher, weil er jetzt mit Hilfe der Axt dieselbe Quantität mit der halben Arbeit reproduzieren kann.

Die Produktionskosten sind nicht länger der Mafsstab des Wertes, da die Reproduktionskosten infolge der Verbesserung der Arbeitswerkzeuge gefallen sind. Je langsamer solche Verbesserungen vor sich gehen, desto gleichmäfsiger bleibt der Wert des Eigentums im Vergleich zur Arbeit; je schneller sie eintreten, desto rascher ist die Zunahme der Akkumulationskraft und das Fallen des Wertes aller gebräuchlichen Werkzeuge im Vergleich zur Arbeit.

Die Verminderung im Werte des Kapitals hat eine Verminderung des Verhältnisteiles des Arbeitsprodukts zur Folge, der für die Benutzung des Kapitals von jenen bezahlt wird, die es nicht kaufen

können und deshalb nur entlehnen wollen. Wäre die erste Axt das ausschliefsliche Eigentum eines unserer Kolonisten gewesen, so würde er für das Ausleihen derselben mehr als die Hälfte des Holzes verlangt haben, das man damit fällen konnte. Obwohl sie ihn aber viel gekostet hatte, konnte sie doch nur wenig Arbeit verrichten, und obwohl der Verhältnisteil ihres Arbeitsproduktes, den er verlängern konnte, bedeutend war, mufste doch die Quantität, die er empfing, sehr gering ausfallen.

Jede Verbesserung, durch welche die Produktion erleichtert wird, hat nämlich nicht nur eine Produktion des Arbeitswertes aller vorhandenen Werkzeuge zur Folge, sondern auch eine Verminderung des Verhältnisteils der Arbeitstage, der für die Benutzung des Werkzeuges verlangt werden kann" [1]).

Zum Schlufs kommt er dann zu der Definition: „Der Wert ist das Mafs des Widerstandes, welcher zur Erlangung der zu unseren Zwecken erforderlichen Lebensbedürfnisse überwunden werden mufs — das Mafs der Übermacht der Natur über den Menschen."

Wenn man jetzt Careys Definition betrachtet, so tritt die Gefahr seiner Forschungsweise klar hervor. Er sucht eine Definition der Volkswirtschaft zu geben, und um diese zu erlangen, stellt er das Bild einer Einzelwirtschaft dar, nämlich Robinson Crusoes.

Robinson lebt in fortwährendem Kampf gegen die Natur, und so schliefst Carey, in Gedanken an diesen Kampf, die Gesetze der Volkswirtschaft an die Naturgesetze an und vergifst dabei ganz, dafs viele Faktoren in der Volkswirtschaft den volkswirtschaftlichen Verhältnissen selbst entstammen und mit der Natur als solcher gar nicht in Berührung kommen.

Gedanken, die Robinson in Lage isolirter hatte, hätte er in einer Volkswirtschaft gar nicht haben können — und bei dem Wert ist die menschliche Abschätzung ein unentbehrliches Moment.

Bei der Wertschätzung z. B. spielt in der Volkswirtschaft fast immer die Tauschbarkeit als wesentliches Moment eine hervorragende Rolle, während sie in der Einzelwirtschaft ganz ausgeschlossen ist. Robinson konnte die Dinge vergleichen; er konnte erfahren, dafs das eine zu seiner Erlangung mehr Arbeit gekostet hatte als das andere, und konnte es um so viel höher schätzen. Für ihn allein ist der

[1]) Auf diesen Paragraphen stützt sich seine Lohn- und Renten-Theorie, die nachher näher betrachtet werden wird. Sie haben mit der Wert-Theorie selbst nichts zu thun und werden in diesem Kapitel also nicht weiter betrachtet.

Wert in vielen Fällen ein Mafs des Widerstandes, aber eben hier nicht immer.

Man kann sich sehr leicht denken, dafs zwei Arten von nützlichen Früchten auf der Insel wuchsen, deren Erlangung gleich schwierig war und von denen die eine einen viel besseren Geschmack und eine gröfsere Nährkraft gehabt. In diesem Falle ist der Wert dieser gröfser, obwohl die Erlangungskosten dieselben sind, ebenso wie der Widerstand der Natur. Das Bedürfnis des Menschen, und die Fähigkeit der Natur,dieses zu befriedigen, spielen auch ihre Rolle.

Carey selbst kann nicht immer genau die Arbeit als Bestimmungsgrund des Wertes aufrecht halten. Wir finden, dafs er in einer Anmerkung [1]) sagt, dafs der wirkliche Wert eines Buches in dem Vergnügen und dem Nutzen besteht, die uns das Lesen gewährt. Die höhere Schätzung, die einem raren Buche beigelegt wird, ist eine rein imaginärer und kein wirklicher Wert. Er hat aber darin zugegeben, dafs die Nützlichkeit resp. der Gebrauchswert eine Rolle spielt, und dies an sich ist ein Widerspruch mit seiner Theorie, dafs die Arbeit allein die Ursache des Wertes sei. In der Volkswirtschaft ist ein solcher Ausdruck als Widerstand der Natur eine blofse Phrase und führt irre.

Wenn wir an sinnliche Gegenstände, an eine Axt, einen Ofen u. s. w. denken, so können wir noch einen Widerstand der Natur erkennen, obwohl unsere Auffassung desselben sehr unklar ist.

Wenn wir aber an die Arbeiten eines Juristen, eines Professors denken, die alle volkswirtschaftlichen Wert haben, was hat die Natur als solche mit ihnen zu thun? Sie sind Produkte der Volkswirtschaft als solcher.

Bastiat findet, wie Carey, dafs die Arbeit der Grund des Wertes sei, aber er hat sich betreffs der Wirtschaft präziser und besser durch sein Wort „services“ [2]) ausgedrückt. Obwohl eine Zweideutigkeit in dem Gebrauch des Wortes bei ihm zu finden ist, so drückt er sich doch über die volkswirtschaftliche Natur klarer aus als Carey.

Hierbei mufs man bemerken, dafs Carey mit Rodbertus und Marx in der Auffassung der Arbeit nicht übereinstimmt. Er legt gerade viel Gewicht darauf, dafs die intellektuelle Arbeit eine immer zunehmende Kraft in der Produktion von Werten ist [3]).

[1]) Principles of Social Science, Band I S. 160.

[2]) „La valeur, c'est la rapport de deux services echanges“. Harmonies économiques, S. 145.

[3]) Principles of Social Science, Vol. I S. 155.

Geht man vom volkswirtschaftlichen und nicht vom psychologischen Standpunkt aus, so hebt Carey richtig hervor, dafs eine Vergleichung bei der Wertschätzung notwendig sei. Der Wert, den man einem Gegenstande beilegt, blofs in Anerkennung der Thatsache, dafs er geeignet ist eins der Bedürfnisse zu befriedigen, ohne eine Vergleichung mit anderen Gegenständen vorzunehmen, — ist ein nur subjektiver, und dieser Wert ist in der Volkswirtschaft bedeutungslos. Eine Vergleichung mit anderen Gegenständen muss erst angestellt werden, ehe der Wert irgend eine Rolle in der „planmäfsigen Thätigkeit“ der Wirtschaft spielen kann.

Careys Vergleich zwischen dem Wertgegenstand und der zu seiner Produktion nötigen Arbeit zeigt wieder seine Überschätzung der Arbeit als Grund des Wertes.

Die Hervorhebung der Reproduktionskosten als des Mafsstabs des Wertes im Gegensatz zu den Produktionskosten, die Ricardo gegeben hat, zeigt einen neuen Standpunkt, der den Grund seiner optimistischen Ideen bildet.

Es ist wirklich kein Unterschied vorhanden; denn wie Dühring [1]) treffend sagt: „Die Reproduktionskosten sind... nur die Produktionskosten bezogen auf den gegenwärtigen Augenblick“, aber der Standpunkt ist der einer fortschreitenden Gesellschaft und nicht einer ruhenden.

In den Konsequenzen, die man daraus zieht, liegt eben ein sehr wesentlicher Unterschied. Dühring sieht die Hervorhebung dieses Umstandes und der daraus gezogenen Konsequenzen als eins der Hauptverdienste der Careyschen Werttheorie an, und dies mit Recht. Er hat aber vergessen hierbei auf die Einseitigkeit Careys hinzuweisen. Carey denkt, wie Held [2]) schon gesagt hat, zwar an die Veränderungen in der Gesellschaft, aber nur an die Veränderungen zum Bessern. Man mufs aber zugeben, dafs die meisten Veränderungen, soweit sie die wirtschaftliche Produktion betreffen, solche zum Besseren sind. Wenn er also sagt, dafs der Wert des Kapitals sowohl wie der Wert der Produkte im Vergleich zur Arbeit regelmäfsig sinkt, so mufs man ihm recht geben. Er hat aber nur die amerikanischen Verhältnisse vor Augen gehabt, wo alles überaus schnell vor sich ging; dabei übersah er die erheblichen Ausnahmen. Die Produkte der Erde, Getreide u. s. w., wie auch die Produkte der

[1]) Volkswirtschaftslehre, Berlin, 1866, S. 104.
So auch Marshall: Economics of Industry, London, 1881, S. 80. „The Expenses of Reproduction of a thing are in the long run the same as the Expenses of Production“.

[2]) Carey und das Merkantilsystem, Würzburg, 1866, S. 91.

Bergwerke sind eben grofse Ausnahmen. Es ist jedenfalls wahr, dafs die Produktionskosten in Amerika durch die Erfindungen von landwirtschaftlichen Geräten, und noch mehr durch die grofse Quantität billigen und fruchtbaren Landes im allgemeinen noch nicht gestiegen sind, eher wäre das Gegenteil zu behaupten. Wenn man aber dächte, dafs dies als Regel für alle Länder gelten könnte, wie Carey glaubt, so hiefse das die Thatsachen, zumal betreffs der Bergwerke verkennen. Die Natur der Sache selbst zeigt dies klar genug; es bedarf gar keines Beweises. Carey hat also seine an sich ganz haltbaren und erst von ihm betonten, wenn nicht (nach Held [1]) gar erst von ihm aufgestellten Lehren in übertriebener und unrichtiger Weise ausgenutzt.

Wie weit aber darf man der Behauptung, dafs die Reproduktionskosten den Wert eines Gegenstands bestimmen, Glauben schenken? Carey selbst hat den Marktwert aller Gegenstände im Auge, mit Ausnahme etwa derjenigen, die gar nicht zu reproduzieren sind, wie z. B. ein Madonnenbild von Raffael. Wenn eine Kopie zu machen wäre, die ebenso schön als das Original wäre, dann wäre nach ihm der wirkliche Wert blofs gleich dem der Copie. Alles Andere, wie wir gesehen haben, würde er als blofs imaginär betrachten. Was dies bedeutet, ist schwer zu verstehen. Er citiert zwar als Beispiel die Stimme einer grofsen Sängerin, wie Jenny Lind, und denkt, dafs, obwohl diese Stimme nicht zu reproduzieren, dennoch eine ebenso gute zu bilden sei, was praktisch dasselbe wäre. Der Preis der Stimme, oder der Lohn der Sängerin, wäre also durch diese Reproduktionskosten bestimmt. In dieser Ansicht stimmt auch Ferrara [2]) mit ihm überein, ferner Bastiat, dessen „ersparte Arbeit“ natürlich dasselbe ist.

Hierin hat er nun einen noch gröfseren Fehler gemacht, als Ricardo bei den Produktionskosten; denn Ricardo hat nicht von dem Marktwert gesprochen, er machte vielmehr gerade auf diesen Punkt aufmerksam [3]), dafs er nicht von dem Marktwert, sondern von

---

[1]) Ibid. S. 91.

Obwohl die von Held citierten Ausdrücke von Hermann und Ricardo zeigen, dafs sie von einer Veränderung des Preises bei Veränderung der Kosten überzeugt sind, so ist Carey doch der erste, der den regelmäfsigen Fortschritt der Gesellschaft in der Produktion und also das regelmäfsige Sinken des Preises klar ausgesprochen und auch, soweit man sehen kann, richtig aufgefafst hat.

[2]) Bibliotheca dell' Economista, vol. XII p. 117. citiert, Unity of Law, S. VI.

[3]) Ricardo's Works, London, 1881, S. 47.

dem Normalwert spräche, und aufserdem hat er auch die Seltenheit als ein wesentliches Moment erwähnt. Es ist wahr, dafs wenn ein Gegenstand leicht zu produzieren ist, die Produktionskosten das Angebot in hohem Grade regulieren, und wenn man unter Normalwert einen Satz versteht, nach welchem die Preise regelmäfsig gravitieren, so kann man dies zugeben. Man mufs hier aber unter Produktionskosten nicht nur die Arbeitskosten, sondern dazu noch Steuer und Versicherungskosten rechnen. Weiter ist zu betonen, dafs, wie Neumann sagt [1]), „Gravitation nach den Kosten, und ungefähre Übereinstimmung mit diesen" keineswegs zu identifizieren sind. „Man hat eine Regel vor Augen, wenn man sagt, dafs der Preis nach den Kosten" [im oben angegebenen Sinne des Wortes] „gravitiert, aber man hat es ebenfalls Regel und nicht Ausnahme zu nennen, dafs Preis und Kosten erheblich differieren", eine Thatsache, die Ricardo nicht betont hat, obwohl sie nach seiner Aussage nicht übereinstimmten.

Dafs der Marktpreis nicht durch die Reproduktionskosten reguliert werde, davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man an die Preise zur Zeit einer Überfüllung des Marktes, z. B. in einer Krisis denkt. Viele Gegenstände werden für viel weniger als die Reproduktionskosten zu solchen Zeiten verkauft. So zeigt auch eine Veränderung der Mode, hauptsächlich bei Damenkleidung u. s. w. dieselbe Erscheinung.

Fafst man den sogenannten Normalwert ins Auge, so sind die Produktionskosten vorzuziehen, denn, obwohl die beiden längere Zeit gleich sind, so macht doch der Ausdruck „Produktionskosten" auf den Weg aufmerksam, wie die Schwierigkeit der Produktion das Angebot bestimmt. Wenn die Produzenten überlegen, ob sie mehr Güter irgend einer Art auf den Markt bringen sollen, so vergleichen sie den wahrscheinlichen Preis mit den Produktions- und nicht mit den Reproduktionskosten. [2])

Carey redet weiter in vielen Fällen von einem Werte des Menschen, ein Ausdruck, der verwirrend genug klingt, wenn man sich an seine Definition des Wertes als des Mafses der Übermacht der Natur über den Menschen erinnert.

Er will hier wahrscheinlich nur betonen, dafs es neben den materiellen auch immaterielle Güter gibt; auch hat er wahr-

---

[1]) Schönbergs Handbuch, Tübingen, 1882, Band I. S. 227.

[2]) Marshall: Economics of Industry, a. a. O. S. 80.

scheinlich eine unklare Auffassung von der Theorie der produktiven Kräfte, die List mit solchem Erfolg aufgebaut hat.

Wenn man aber nicht von Sklaven redet, so ist der Ausdruck sehr unklar und führt leicht irre, anstatt einen neuen Gedanken zu bieten.

In seiner Werttheorie also findet man diese Betonung des Fortschreitens der Gesellschaft, die durch immerwährende Abnahme der Reproduktionskosten zum Vorschein kommt, als die einzige wirkliche Leistung, und diesen Standpunkt hat er durch seine Rücksichtnahme auf die amerikanischen Verhältnisse allein, in den daraus gezogenen Konsequenzen, weit überschätzt.

6.

Nützlichkeit und Reichtum.

Die Nützlichkeit ist nach Carey das Mafs der Macht der Menschen über die Natur, und steht in umgekehrtem Verhältnis zu dem Werte. „Die erstere wächst, der letztere fällt mit der Association unter den Menschen".

Dieses Gesetz wird, wie folgt, erklärt:

„Die Nahrungsvergeudung, die durch die verschiedenen Prozesse, denen man das Getreide unterwirft, um das Aussehen des daraus bereiteten Brotes zu verbessern, verursacht wird, wird auf ein Vierteil der ganzen Quantität geschätzt, und dieser Verlust beläuft sich in Grofsbritannien, das zwanzig Millionen Quarter verbraucht, auf fünf Millionen. Würde diese ganze Quantität gerettet, so würde man die Nützlichkeit des Getreides bedeutend vergröfsern, allein die entsprechende Zunahme der Leichtigkeit, Nahrung zu erlangen, würde ein bedeutendes Fallen des Wertes desselben erzeugen, und ebenso verhält es sich, wie wir sehen, mit allen anderen Lebensbedürfnissen und Gegenständen" [1]).

Diese Definition ist zunächst in vielen Fällen nicht zu verwerten. Denke man an die Nützlichkeit der Arbeit eines Geistlichen für eine Gemeinde: spricht man hier von einer Macht des Menschen über die Natur, so mufs man an die Sünden des unzivilisierten Menschen denken, und das korrespondiert nicht mit dem Sprach-

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 100.

gebrauch, wo man von dem Bedürfnisse des Menschen und der Befriedigung desselben ausgeht.

Was das Verhältnis zwischen Wert und Nutzen betrifft, so kann man ruhig zugeben, dafs dieses bei manchen Naturprodukten, wie Kohlen, Eisen u. s. w., bis zu einem gewissen Grade wahr ist. Bei vielen anderen Kategorieen ist es aber ganz falsch. Das Wachsen der Zivilisation verursacht das Sinken nicht nur des Wertes, sondern auch des Nutzens fast aller Gegenstände, die hauptsächlich Menschenprodukte sind. Denke man an Spinnräder, die im ersten Teil dieses Jahrhunderts eine so grofse Rolle spielten. Nicht blofs fast wertlos sind sie geworden, sondern auch überflüssig, also nutzlos.

Man denke weiter an die unzähligen Sachen, die durch neue Entdeckungen und Erfindungen nutzlos geworden sind.

Wenn wir die Rohstoffe beiseite lassen, so könnte uns ein solches Verhältnis entgehen. In der Volkswirtschaft ist ja das Gegenteil bis zu einem gewissen Grade richtig. Der Wert eines Gegenstandes (worunter wir in diesem Falle Tauschwert verstehen), hat einen Einflufs auf die Nützlichkeit desselben. Das schlagendste Beispiel ist natürlich das Geld, dessen Nutzen in gröfserem Mafse von seinem Wert abhängt, obwohl gewifs kein Verhältnis zwischen demselben zu bemerken ist. Wert und Nützlichkeit haben daher oft, wenn nicht immer, gegenseitig Einflufs auf einander, aber noch andere Faktoren treten oft in den Vordergrund, und das Verhältnis ist also kein regelmäfsiges. Wir haben schon gesehen, dafs C. den *wirklichen* Wert eines Buches aus dem Vergnügen und dem Nutzen bestehen läfst, die uns das Lesen desselben gewähren.

Er betont aber einen solchen Nutzen nicht, und zwar mit Recht; denn dies würde von selbst seine Regel von dem Verhältnis zwischen Wert und Nützlichkeit völlig aufheben. Sein Begriff ist vielmehr mit dem abstrakten Gebrauchswert Rau's zu identifizieren, aber eben hier sehen wir, dafs das behauptete Verhältnis zum Wert nicht als Regel gelten kann.

Mit seiner Auffassung der Nützlichkeit verbindet sich die des Reichtums, der, wie er sagt, in der Kraft besteht, über die stets unentgeltlichen Dienste der Natur zu verfügen.

Er verwirft mit Recht die Meinung derjenigen, die behaupten, dafs nur jene Werte als Reichtum betrachtet werden dürfen, die eine materielle Form annehmen, er schliefst vielmehr Moralität, Intelligenz, Glück des Gemeinwesens und alle Kräfte der Menschen ein. Der Reichtum eines Gemeinwesens steigt im Verhältnis zu dem

Fallen der Werte der Besitztümer. Dies folgt natürlich aus seinen beiden Definitionen und betrifft den positiven Reichtum, nicht den relativen unter den verschiedenen Besitztümern.

Man erkennt hier leicht die Ähnlichkeit seiner Auffassung mit der von List, der ein so grofses Gewicht auf die produktiven Kräfte gelegt hat.

List hat aber seine Ideen viel selbständiger und besser ausgeführt, und hat deutlich gezeigt, worin der Fehler derjenigen liegt, die den Reichtum auf die materiellen Güter beschränken, während Carey nur in marktschreierischer Weise auf die grofsen Verdienste bedeutender wissenschaftlicher Männer, auf die grofsen Erfindungen u. s. w, aufmerksam gemacht hat.

Wie Dühring[1]) und auch Eheberg in seiner vortrefflichen Einleitung zu Lists National-System[2]) gesagt haben, ist auch List in dieser Hinsicht zu einseitig, indem er die Vermittelung des Wertbegriffs zu einer Vergleichung des Reichtums verschiedener Leute und Völker einfach zurückweist, — ein Fall, wo dieser materielle Wertbegriff unbedingt nötig ist.

7.

Das Kapital.

1. Das Kapital ist nach Carey das Werkzeug, mittels dessen die Arbeit verrichtet wird, ob es nun in der Form von Grundbesitz — von Schiffen, Wagen, Häusern —, von geistiger oder körperlicher Kraft besteht.

2. „Die Tendenz zur Verbesserung steht in geradem Verhältnisse zur Zunahme des fixen im Vergleich zum umlaufenden Kapital.“

3. „Es wird behauptet“, sagt er weiter, „dafs ein Vermögen nur mittels Sparens geschaffen oder vermehrt werden könne. Wäre dies wahr, so müfsten wir in den Ländern, in welchen das Sparen am meisten geübt wird, die schnellste Vermehrung des Kapitals finden, und doch wächst es gerade hier am langsamsten. Diese Vermehrung ist nur der Ersparung männlicher Arbeit zuzuschreiben. Diese letztere Ersparnis ist aber eine Folge der Vervielfältigung

---

[1]) Volkswirtschaftslehre a. a. O., S. 97 ff.
[2]) Seite 175.

der Beschäftigungen und der daraus entspringenden Kombination der Thätigkeit.“ [1])

Wenn wir erst den dritten Punkt in Betracht ziehen, so sehen wir, dafs Careys Einwand gegen die früheren Nationalökonomen nur in einer Zweideutigkeit des Wortes „Sparen“ besteht.

Er will das Wort gleich Kargheit setzen, während Smith an eine solche Bedeutung nie gedacht hat. Smith hat das Wort bei Reichtum in demselben Sinne wie Carey bei Arbeit gebraucht; d. h. die Nichtvergeudung desselben, oder das Sparen zum Verbrauche, welches in beiden Fällen, weil sie ohne Bedarf verbraucht werden, dasselbe bedeutet, als das Sparen zum zweckmäfsigen Gebrauch.

Es ist wahr, dafs Smith und die Engländer im allgemeinen dies zu eng gefafst haben, aber Carey hat uns nicht viel weiter gebracht. Seine verkehrte Fassung von Smiths Ansichten ist fast unverzeihlich, und wenn er sagt, dafs die Kapitalbildung durch die Ersparung von Arbeit, welche ein Resultat der Vervielfältigung der Beschäftigungen ist, hervorgebracht wird, so ist dies blofs ein Hinweis auf sein Protektionssystem und erklärt gar nichts. Jedermann weifs, dafs die Kapitalbildung in einem sehr blühenden Lande schnell vor sich geht, aber wie? Die ersparte Arbeit kommt von dem vergröfserten Kapital, und nicht umgekehrt. Den Unterschied zwischen Produktion und Aufsparen von Produktionsmitteln anstatt von Genufsmitteln erkennt er nicht, aber hier liegt gerade der Kernpunkt. Smith hatte meistens an die Genufsmittel gedacht, er an Produktionsmittel, aber er sah den Unterschied nicht und sprach sich infolge dessen gegen alles Aufsparen aus. Wäre seine Litteraturkenntnis eine gröfsere gewesen, so hätte er viele Jahre zuvor von Herrmann die Grund-Prinzipien lernen können, durch welche die Ersparung von Arbeit durch Kapitalbildung möglich ist, aber wie die Sache stand, hat er in seiner Ausführung einfach Ursache und Wirkung verwechselt und Smith mifsverstanden.

Die zweite Behauptung, dafs die Tendenz zur Umwandelung von umlaufendem in stehendes oder fixes Kapital bei einem fortschreitenden Volke vorhanden sei, ist unzweifelhaft richtig, aber sein mathematischer Ausdruck ist ungenau. Es ist natürlich kein exaktes Verhältnis zu bemerken. Die zwei Gegenstände sind unvergleichbar.

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft S. 497, 500.

Seine Definition selbst schliefst Land und auch menschliche Fähigkeiten ein, die gewöhnlich ausgeschlossen sind.

Der gröfste Fehler dieser Auffassung ist ein praktischer und liegt darin, dafs sie die Erklärung der Verteilung des Reichtums erschwert, indem sie die verschiedenen Produktionsfaktoren nicht auseinanderhält. Seitdem aber Carey die Existenz einer Grund-Rente im Sinne Ricardos ganz leugnet und Unternehmergewinn unter Kapitals-Rente erörtert, ist dies bei ihm ganz natürlich.

Wir wollen diese Punkte in den folgenden Kapiteln erörtern und brauchen hier also keine weiteren Betrachtungen darüber anzustellen.

Kapitel III.

Der Mensch und die Gesellschaft.

8.

Um eine Definition der Sozialwissenschaft zu geben, und um den richtigen Ausgangspunkt für seine Betrachtung zu finden, untersucht Carey die Natur des Menschen, der den Gegenstand der Sozialwissenschaft bildet.

Dabei findet er, dafs der Mensch, wie das Tier, Nahrung, Schlaf u. s. w. braucht, aber dafs sein gröfstes Bedürfnis das der Assoziation mit seinen Mitmenschen ist. Zu diesem Zwecke hat er von Gott die Sprache erhalten, ohne welche jeder Fortschritt für ihn unmöglich wäre. Dieses Prinzip der Assoziation nun zieht die Menschen zusammen, gerade wie die Körper des materiellen Universums durch die Gravitation zusammengehalten werden; und die lokale Anziehungskraft allein ist es, welche verhindert, dafs die Menschen nicht alle in eine grofse Weltstadt zusammenlaufen, gerade wie es die lokale Anziehungskraft ist, durch welche die Planeten verhindert werden, alle aufeinander und auf die Sonne zu fallen!

Dieses grofse Gesetz nun der „molekulären Gravitation" oder der Assoziation ist die unerläfsliche Bedingung der Existenz des Menschen als solchen, ohne welche er in den Zustand der wilden Tiere zurückfallen würde.

Ein zweites charakteristisches Merkmal des Menschen ist die Individualität. Die Tiere einer Gattung im allgemeinen sind nicht untereinander nach Beschaffenheit oder Instinkt zu unterscheiden. Ein Fuchs, ein Wolf, ein Löwe haben im Grunde dieselben Eigenschaften wie die anderen Tiere derselben Gattung, und sobald man das eine Tier kennt, kennt man auch die anderen. Bei dem Menschen dagegen findet man eine unendliche Verschiedenheit der Eigen-

schaften und Gewohnheiten; diese Verschiedenheit wächst mit der Zunahme der Zivilisation und ist in der That eine notwendige Bedingung derselben, denn nur durch diese Verschiedenheit fühlt man die Abhängigkeit von seinen Mitmenschen und somit den Trieb zur Assoziation. Hätten alle Menschen dieselben Fähigkeiten und dieselben Bedürfnisse, so wäre jeder im stande seine eignen Bedürfnisse zu befriedigen, und seine Begabung könnte ihm nicht weiter dienen als zur Befriedigung seiner eignen Bedürfnisse. Durch diese Individualisierung hat der Mensch viele Bedürfnisse, die er selbst nicht zu befriedigen im stande ist. Er ist also genötigt, mit andern zu verkehren, während er auf der andern Seite in der Befriedigung der Bedürfnisse andrer Gelegenheit findet, seine Eigenschaften, so grofs oder mannigfaltig sie sein mögen, in der besten Weise zu verwerten.

Dieser Ansicht Careys ist nicht unbedingt beizupflichten. Hätten die Menschen alle gerade dieselben Bedürfnisse und Fähigkeiten, so würde auch eine Arbeitsteilung entstanden sein, wenn sie in gröfserer Zahl zusammengekommen wären. In der Befriedigung der höheren Bedürfnisse zwar ist das Vorhandensein dieser Verschiedenheit oft nötig, auch ist es wahr, dafs diese Verschiedenheit eine sehr grofse Rolle in der Zunahme der Zivilisation spielt. Carey hat ihr aber einen etwas zu ausgedehnten Einflufs zugeschrieben.

Dieses Faktum nun, dafs die Menschen durch ihre verschiedene Individualität die Fähigkeiten besitzen, ihren Mitmenschen helfen zu können, weckte in ihnen das Gefühl der Verantwortlichkeit, welche ein drittes charakteristisches Merkmal des Menschen, und besonders des zivilisierten Menschen ist. Jedes wilde Tier steht dem andern seiner Gattung unverantwortlieh gegenüber und braucht nur für sich selbst zu sorgen. So kann auch der Sklave, der einem andern gehört, dieses Gefühl nicht in hohem Mafse besitzen. Seine Kinder sind nicht die seinigen, sondern die seines Besitzers, der die Verantwortlichkeit für sie tragen mufs. Nur wenn der Mensch frei und ein selbständiges Individuum wird, kann er dieses Gefühl in vollem Grade erlangen, und die Entwickelung dieses Gefühls in einem Volke ist also ein Zeichen und Gradmesser der Civilisation desselben.

Endlich unterscheidet sich der Mensch von den Tieren durch seine Fortschrittsfähigkeit. Er allein sammelt die Resultate seiner Forschungen, um dadurch die Kentnisse seiner Nachkommen zu bereichern; er allein vermag das Wissen aller seiner Vorgänger

sich anzueignen; er allein ist es also, der durch alle Zeiten unaufhörlich fortschreiten kann.

„Der Fortschritt verlangt die Bewegung, die Bewegung kommt durch die Wärme, und die Wärme ist das Resultat der Assoziation; die Assoziation bringt mit sich die Individualität, Freiheit und Verantwortlichkeit, von denen jede die Entwickelung der anderen fördert, während sie durch die von den anderen gegebene Hilfe selbst gewinnt“ [1]).

Nach dieser Schilderung der menschlichen Fähigkeiten ist Carey im stande seine Wissenschaft zu definieren, und fährt folgendermaſsen fort [2]):

„Die Sozialwissenschaft betrachtet den Menschen in seinen Bemühungen zum Behufe der Erhaltung und Verbesserung seines Zustandes, und man kann sie jetzt als die Wissenschaft der Gesetze definieren, die den Menschen bei seinen Bestrebungen beherrschen, die höchste Entwickelung seiner Individualität und die gröſste Kraft der Assoziation mit seinem Mitmenschen zu erreichen.“

Von dieser Wissenschaft nun unterscheidet Carey die Nationalökonomie dadurch, daſs die letztere von den Maſsregeln handelt, die erforderlich sind, um die Bewegungen der Gesellschaft so zu koordinieren, damit jene Gesetze (d. h. die der Sozialwissenschaft) wirksam werden können [3]).

Der Unterschied ist also gleich er Artwie der gewöhnliche zwischen Volkswirtschaftlehre und Volkswirtschaftspolitik. Wir werden aber sehen, daſs Carey in seiner Sozialwissenschaft sehr oft in das Gebiet der Nationalökonomie hinübergreift, und es wird nötig sein, seine Ansichten zu schildern, ohne eine strenge Unterscheidung zu machen.

Wir haben schon oben von der übertriebenen Heranziehung der Ähnlichkeit zwischen der Natur- und Sozialwissenschaft gesprochen. Hierin finden wir wahrscheinlich die Ursache der eigentümlichen Bedeutung des Wortes „Assoziation“ bei ihm. Man kann vielleicht den auffallenden Mangel an Kenntnis verzeihen, den er zeigt, wenn er von der lokalen Anziehungskraft der Planeten, als der Ursache der Stabilität des Sonnensystems, spricht, gerade als ob diese Kraft, welche die Integrität jedes Planeten für sich erhält, auch die Kraft

---

1) Unity of Law, S. 113.
2) Unity of Law, S. 115.
Principles of Social Science, Vol. I S. 63.
Handbook of Social Science, S. 31.
3) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 689.

wäre, welche einen Fall auf die Sonne verhindert. Wenn er aber dieses Prinzip auf die Gesellschaft anwenden will, so gerät er sofort in Widersprüche.

Dieses Prinzip der Assoziation, welches die Menschen zum Verkehr untereinander treibt, ist ein Prinzip der Zentralisation, und wenn das Prinzip das bewirkte, was er es häufig bewirken lassen will, so würden alle Menschen an einen Ort zusammenlaufen. Er befürwortet in vielen Fällen den Zuwachs der Bevölkerung, und behauptet, dafs mit der Steigerung der Bevölkerung die Zivilisation wachse. Er setzt ferner keine Grenze für die Dichtigkeit der Bevölkerung, spricht sich sogar häufig so aus, als ob eine grenzenlose Verdichtung der Bevölkerung ein Segen wäre, und beklagt mit beredten Worten das Zerstreutleben einer dünnen Bevölkerung.

Seiner Ansicht nach ist der Hauptfehler Ricardos und der alten Schule überhaupt, dafs ihre sog. Naturgesetze nicht überall und immer gelten, dafs sie z. B. eine steigende Bevölkerung eine Zeitlang als einen Segen betrachten, und nachher von Übervölkerung sprechen. Dieses Prinzip soll also bei ihm überall und immer gelten. Sobald er aber das Wort „Zentralisation“ hört, ist er ein eifriger Gegner dieses Prinzips und — Dezentralisation allein gilt als richtig.

Man sieht leicht, dafs nach seiner Meinung die beste Form der Gesellschaft eine ziemlich dichte Bevölkerung wäre, die in vielen verschiedenen Städten und Dörfern lebte, ohne dafs irgend eine Stadt ein zu grofses Gewicht erlangte, — eine Ansicht, die unzweifelhaft vieles für sich hat.

Um dieses Resultat aber durch ein Naturgesetz zu erreichen, hat er das Prinzip der Assoziation erfunden. Doch dies Prinzip mufs nicht nur Zentralisation, sondern auch Dezentralisation bewirken, um zum gewünschten Resultat zu gelangen, und hier findet man einen Widerspruch. Entweder mufs es eine Zeitlang wirken und dann aufhören, was seiner Ansicht nach ebenso ein Widerspruch wäre oder aber eine Beleidigung Gottes, als ob man sagen würde, dafs der Herr kein allgemeingültiges und immer in derselben Richtung thätiges Gesetz geben könnte. Denn genau in diesem Geist spricht er von dem Maltusschen Gesetz.

9.

Von seiner Auseinandersetzung über die menschliche Natur wird es gut sein, zu seiner Schilderung der Geschichte der Entwickelung der Gesellschaft überzugehen, dann wird man erst im

stande sein, seine Theorieen betreffs der Anwendung der menschlichen Kräfte auf die Natur zum Zwecke der wirtschaftlichen Produktion klar und verständlich darzulegen.

In seinem Handbuch der Sozialwissenschaft (S. 136 ff.) findet man diese Entwickelungsgeschichte kurz zusammengestellt wie folgt:

„In dem frühesten oder Jägerzustande ist das Geschäft des Menschen blofse Okkupation; Früchte und wilde Tiere bilden seine Beute. In diesem Stadium gibt es weder Handel noch Industrie, noch Landwirtschaft.

„In der zweiten Ära, wo das Eigentum schon einigermafsen anerkannt ist, entsteht, gestützt auf diese Anerkennung, der Handel. Da in diesem Stadium die Ortsveränderungen durch die unvollkommensten Transportmethoden bewerkstelligt werden, sind Wasser und Luft die Naturkräfte, die man benutzt, indem das Kanoe und das Segelboot Flüsse und Wind nutzbar machen. Der Matrose und der Kaufmann, der Landtransporteur mit seinem Kamel, Ochsen oder Pferde, vielleicht auch mit einem Wagen bilden wichtige Teile des Gesellschaftssystems dieser Periode.

„Zunächst folgen die Gewerbe; denn unter den ersten Gegenständen, welche diese Epoche bezeichnen, sind die Mineralien wesentlich nötig als Stoffe und als Werkzeuge.

„Dieses ist das Stadium des wissenschaftlichen Fortschritts, und hier sehen wir demgemäfs, dafs — ebenso wie der Bebauer des fruchtbaren Bodens mit vermehrten Mitteln zu dem schlechteren zurückkehrt, um dessen latente Kräfte zu entwickeln — die Wissenschaft der späteren Periode die verborgenen Elemente der Tier- und Pflanzenwelt und die Eigenschaften der tropfbaren und elastischen Flüssigkeiten erforscht und sie der Herrschaft des Menschen unterwirft, wodurch seine Kraft bedeutend erhöht und der Widerstand gegen seine weiteren Bemühungen vermindert wird.

„Nun folgt als letztes Glied die Landwirtschaft, welche alle Entdeckungen der früheren Perioden in sich zusammenfafst. Indem sie sich die fertig gebildeten Elemente der Natur zueignet, gebietet sie über die Mitwirkung des Handels und Transports, während sie zugleich die von dem Zeitalter der Industrie gelieferten chemischen und mechanischen Kräfte in ihren Dienst passt und so die Fortschritte in allen vorhergegangenen Perioden verwertet."

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Carey die Landwirtschaft der früheren Periode nicht so ganz aufser acht gelassen hätte; denn in der dritten Periode, und in vielen Fällen auch noch früher,

existierte schon eine ganz beachtenswerte Landwirtschaft. In der That mufs sie mit dem Gewerbe zusammen aufwachsen, wenn es auch natürlich vollauf wahr ist, dafs der höchste Grad der landwirtschaftlichen Kultur nicht vor der letzten Periode eintritt.

List zwar hat sich über denselben Gegenstand noch präziser ausgedrückt in seinem Nationalsystem (Seite 11), wo er die normale Entwickelung der Völker durch fünf aufeinander folgende Stufen angibt: „I. Das Jägerleben ohne eigentliche Arbeitsteilung; II. das Hirtenleben, wo sich die Arbeitsteilung noch auf das Innere der Familie beschränkt; III. der Ackerbau, dessen Landrente die Gründung von Städten und Manufakturen erst möglich macht; IV. die Agrikultur-Manifaktur-Periode; V. die Agrikultur-Manufaktur-Handelsperiode, welche der völligen Reife entspricht, bis jetzt aber eigentlich nur in England recht durchgedrungen ist.“ [1])

List hat die wirkliche Bedeutung des Handels in der zivilisierten Welt richtig anerkannt, was bei Carey, wie wir sehen werden, nicht der Fall ist; aber auch List ist viel zu einseitig vorgegangen, indem er alle Völker denselben Entwickelungsgang durchmachen läfst, was keineswegs richtig ist. Hildebrand in seiner „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“ hat List richtig kritisiert, und seine Kritik wird ebenso auch für Carey gelten, denn auch er will einen natürlichen Entwickelungsgang aller Völker anerkennen. Hildebrand gibt nun das richtige Prinzip folgendermafsen an:

[2])„Jedes Volk durchläuft einen eigentümlichen ökonomischen Bildungsgang; das eine beginnt ihn mit dem Ackerbau, das andere mit der Viehzucht, ein drittes mit der Schiffahrt. Überall gibt die Natur die erste Anregung zu den Gewerben, und die Mannigfaltigkeit des Bodens und des Klimas, auf und unter welchem die Völker ihre historische Laufbahn beginnen, erzeugt überall Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit in der gegewerblichen Entwickelung und in der Aufeinanderfolge der einzelnen Industriezweige.“

---

[1]) Roscher: Geschichte der Nationalökonomie a. a. O., S. 979.
[2]) Nationalökonomie, Frankfurt a. M. 1874 S. 76.

Kapitel IV.

Produktion.

10.

In dem Fortschreiten von den niedrigsten Stufen der Gesellschaft zur höchsten Zivilisation hat der Mensch stets mit derselben Quantität des natürlichen Stoffs zu thun. Diese Quantität vermag er nicht zu vergröfsern oder zu verringern.

Produktion[1]) besteht in der Unterwerfung der Naturkräfte unter die Macht des Menschen, und dies kann nur durch Veränderungen des schon vorhandenen Naturstoffs geschehen. Diese Veränderungen zerfallen nach Carey in drei Teile, worunter er die Produktion erörtert: 1. Ortsveränderungen, 2. chemische und mechanische Formveränderungen, und 3. vitale Formveränderungen.

Durch seinen Versuch, die Sozialwissenschaft mit der Naturwissenschaft zu verbinden, hat er auch in diesem Punkte geirrt. Wir lesen (Handbuch der Sozialwissenschaft S. 483): „In der ganzen materiellen Welt sind Produktion und Konsumtion nur Teile derselben Operation: so wird Sauerstoff und Wasserstoff in der Produktion des Wassers, das Wasser wieder in der Reproduktion seiner Elemente konsumiert. In beiden Fällen wird Bewegung erzeugt, und diese gibt eine Kraft, deren Mafs in der Geschwindigkeit der Bewegung zu finden ist... Nicht anders ist es in der sozialen Welt; denn die in dieser vorhandene Kraft ist ganz und gar von der Zirkulation der körperlichen und geistigen Arbeiten der Personen abhängig, aus welchen dieselbe besteht."

Hier sehen wir wieder eine Überschätzung der Arbeit als Ursache des Reichtums. Auch ist es nicht wahr, dafs in der Sozial-

---

[1]) Principles of Social Science, Vol. III S. 18.

wissenschaft jeder Konsumtionsakt zugleich ein Produktionsakt in naturwissenschaftlichem Sinne ist. Ein Mann konsumiert schädliche Quantitäten von Tabak oder alkoholischen Getränken; vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus wird bei diesem Vorgange ebensoviel produziert als konsumiert; nur die Form ist verändert. Vom gesellschaftlichen Standpunkte aus aber wird so viel Reichtum konsumiert und fast gar nichts produziert — wenigstens ist dies im allgemeinen so, wenn Asche und Dünger nicht zur Verwendung gelangen.

Wenn man die Asche als Produkt auffafst, so geschieht dies nicht von dem naturwissenschaftlichen Gesetze aus, da nach diesem die Quantität des Stoffes nicht verändert ist. Hieraber ist der Wert fast vernichtet.

Den Unterschied zwischen dem Hervorbringen von Kraft oder Stoff und ihrer Vernichtung, und zwischen dem von Wert oder, nach Careys eignem Ausdruck, „von Nützlichkeit" hat er nicht scharf betont, sondern vielmehr zuweilen beides vermischt, und das ist natürlich ein wesentlicher Fehler seiner Auseinandersetzungen.

Durch seinen Wunsch, das Schutzzollsystem im glänzendsten Licht darzustellen, ist Carey in den über Produktion handelnden Kapiteln verleitet worden in das Gebiet der Volkswirtschaftspolitik überzugreifen. In der That sind einige Kapitel nur Predigten über die Vorteile des Schutzsystems und heftige Anklagen des Freihandels.

In seinen Forschungen durchwandert er alle Weltteile, und schildert, wenn auch in sehr einseitiger Weise, die Lage der verschiedenen Länder unter den beiden Systemen, um zu zeigen, dafs alle diejenigen Länder, die den Handel begünstigt haben, schon im Verfall begriffen sind, während auf der andern Seite diejenigen, die ihre Manufaktur im Inland eventuell auf Kosten des Handels (durch Schutzzölle) begünstigt haben, gerade in demselben Mafse gediehen sind.

Die Gefahr einer solchen Forschungsmethode, gerade für einen Parteikämpfer wie Carey, und der geringe Wert, den die meisten seiner historischen und statistischen Forschungen infolge kurzsichtiger und einseitiger Interpretation haben, ist schon angedeutet worden.

Es würde die Arbeit zu weit ausdehnen und aufserdem an sich nicht lohnen, seine weitschweifigen Schilderungen hier anzugeben und zu kritisieren. Vielmehr mag es genügen, seine Prinzipien betreffs

der Produktion hier zu untersuchen, und zwar ohne Rücksicht auf die Vorteile oder Nachteile des Protektivsystems [1]).

11.

In seiner Erörterung der Ortsveränderungen des Stoffs setzt Carey seine Definitionen des Handels und des Verkehrs voran [2]). Der Handel besteht in der Ausführung des Tausches mit anderen Personen und ist das vom Verkehr benutzte Werkzeug. „Der Verkehr besteht im Austausch von Diensten und Produkten oder Ideen durch die Menschen mit ihren Nebenmenschen."

Gegen seine Definitionen ist nichts einzuwenden, aufser dem etwas zu starken Gegensatze, der dem Sprachgebrauch zuwider ist. Goldschmidt [3]) hat seine Benutzung der Worte richtig kritisiert, obwohl der Unterschied in der Definition nicht enthalten ist. Goldschmidt sagt: „Unrichtig leugnet Carey, dafs der Handel selbst Verkehr sei; er ist Verkehr als Mittel, nicht als Selbstzweck", was im wesentlichen mit Roscher übereinstimmt, der unter Handel „das gewerbsmäfsig betriebene Kaufen zum Wiederverkauf" versteht. [4])

In der Anwendung seiner Definitionen aber legt Carey viel Nachdruck auf die Verschiedenheit zwischen beiden, und zwar schildert er den Handel meistens als ein Übel derselben Natur wie der Krieg, obwohl er zugibt, dafs er, wenigstens eine Zeit lang, ein notwendiges Übel sei. Obschon er in einigen wenigen Fällen einen Handel im Inlande, wie z. B. bei den Eisenbahnen, findet, so meint er bei dem Handel meistens nur den internationalen Handel, was natürlich eine ungeheure Einseitigkeit ist.

Wie Roscher bemerkt, beruht dieser Gegensatz, den Carey zwischen beiden findet, auf einem Mifsverständnisse des Unterschieds zwischen dem Volks- und dem privatwirtschaftlichen Nutzen des Handels.

Wenn es auch wahr ist, dafs der Handelsmann im allgemeinen einen möglichst grofsen Gewinn erzielen will, und dafs er manchmal auch einen solchen Gewinn auf Kosten der Produzenten und Konsumenten erzielen kann, so überschätzt Carey doch diese Gefahr in der auffallendsten Weise [5]), denn das Kapital der übrigen Gewerbe

---

[1]) Eine Erörterung, wie Carey diese Frage verteidigt, findet man im 8. Kapitel.

[2]) Principles of Social Science, Vol. III p. 74.

[3]) Handbuch des Handelsrechts, I a. 265.

[4]) Nationalökonomik des Handels und Gewerbfleifses, Stuttgart 1882 S. 57.

[5]) Lexis, Schönbergs Handbuch, Bd. I S. 1073.

steht dem des Handels gegenüber, so dafs ein durchgängiges Übergewicht des Handels nicht anzunehmen ist; auch zieht er gar nicht das wichtige Schutzmittel „einer lebhaften Konkurrenz unter vielen gleich wohlhabenden und gebildeten Kaufleuten“[1]) in Betracht, noch das vielleicht noch wichtigere, nämlich die Leichtigkeit, schnelle und richtige Berichte über den Stand des Marktes in allen Weltteilen zu bekommen, was in dieser Hinsicht sehr zu gunsten der Produzenten ist. Auch darf man nicht die Thatsache aufser Acht lassen, dafs der Eigennutz allein die Kaufleute durchaus nicht beherrscht, sondern dafs sie, und zwar hauptsächlich die Grofshändler, durch ihre geschäftliche Redlichkeit ausgezeichnet sind, eine Meinung, der zwar nicht alle beistimmen, die aber nichtsdestoweniger durch eine genauere Untersuchung im grofsen und ganzen unterstützt wird.

Man könnte auch hinzufügen, dafs die Geschäftsredlichkeit und der Eigennutz im wesentlichen zu demselben Resultat führen. Dies ist in zivilisierten Ländern, insbesondere bei dem Grofshandel, unbedingt richtig, wenn man den ganzen Gang in Betracht zieht, — eine Thatsache, die Carey aber, soweit sie den Handel betrifft, ganz übersieht.

Carey vergifst auch in seiner Übertreibung der Macht des Handelsmannes, der seinen Vorteil in möglichst vielen Hindernissen zwischen Produzenten und Konsumenten findet, dafs die Interessen des Produzenten als solchen ganz ähnlich sind[2]), die aber durch seine Konsumtionsinteressen aufgewogen werden. Er übersieht auch, dafs ein möglichst grofser Handel im Interesse des Handelsmannes liegt, und dafs er in manchen Fällen, wenn nicht in den meisten, in zivilisierten Ländern seinem eignen Interesse am besten dadurch dient, wenn er einen mäfsigen Gewinn nimmt und dadurch sein Geschäft ausdehnt.

Der Handel mit den Indianern und mit ganz unzivilisierten Völkern im allgemeinen kann kaum unter derselben Kategorie betrachtet werden und bedarf hier auch keiner besonderen Erörterung, weil Careys Übertreibungen ebensosehr den englisch-amerikanischen Handel betreffen.

Carey betont die Behauptung von Adam Smith, dafs ein inländischer Handel einem Aus- und Einfuhrhandel vorzuziehen sei,

---

[1]) Roscher, S. 59.
[2]) Ibid. S. 61.

und stimmt dieser Behauptung mit grofsem Nachdruck bei[1]. Die Schutzzöllner legen im allgemeinen viel Gewicht darauf, in der Meinung, dafs beide Parteien beim Tausch einen Gewinn haben, und dafs, wenn eine Partei im Ausland ist, das Inland nur die Hälfte des ganzen Gewinnes hat, während es im inländischen Verkehr den ganzen Gewinn behält.

Wenn also der Gewinn den Produzenten in den Stand setzt, sein Geschäft auszudehnen, ihn also produktiv zu verwerten, so ist dies doppelt vorteilhaft für das Land, in dem Falle, dafs beide Produzenten im Inlande leben und ihre Kapitalanlage hier machen. Dieser Schlufs aber, wenn er auch den Protektionisten befriedigen wird, ist jedenfalls unberechtigt.

Er beruht zunächst auf der Annahme, dafs die Arbeiter, die im zweiten Geschäft produktiv arbeiten, ohne dieses Geschäft gerade keine produktive Arbeit haben würden, eine Annahme, die gar nicht gerechtfertigt erscheint. Wenn sie nicht in diesem Geschäft arbeiteten, so würden sie es in einem anderen thun; denn das Kapital bleibt im Lande im grofsen und ganzen nicht brach liegen. Dies schliefst natürlich nicht die vorübergehende, vielleicht längere Zeit dauernde Arbeitslosigkeit aus, die durch die Vernichtung oder Herabdrückung eines Industriezweiges hervorgebracht werden kann und auch wirklich hervorgebracht worden ist. Man könnte vielleicht die Landwirtschaft Deutschlands in den letzten Jahren als Beispiel nennen[2]. Das hat aber gegen den Vorteil, den ein Land aus einer Vervielfältigung der Beschäftigungen zieht, nichts zu sagen, und kommt gerade bei der Handelsfrage an sich nicht in Betracht.

Der zweite Fehler ist der, dafs die für das Produkt empfangenen Gegenwerte nicht berücksichtigt werden, und das ist gerade das Entscheidende. Das richtige Prinzip gibt Roscher in folgenden Worten an:

„Die volkswirtschaftliche Produktivität des Handels ist nicht danach zu messen, ob ihre Operationen die Landesgrenze treffen oder nicht, sondern danach, wie die zum Volke gehörigen Personen, denen der kaufmännische Dienst geleistet wird, die für ihr Produkt empfangenen Gegenwerte für neue Produktion verwenden“[3].

Nehmen wir z. B. einen Tausch von Getreide und Rauchtabak

[1] Principles of Social Science, Vol. II p. 108 ff.
Den inländischen Handel nennt er hier „commerce“, den Ausfuhrhandel „trade“ und legt das grösste Gewicht auf die Transportkosten.

[2] Schönbergs Handbuch a. a. O., Bd. I. S. 1071.

[3] Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleifses a. a. O., S. 99.

zwischen Dakota und Virginien in den Vereinigten Staaten. In diesem Falle gibt der Umsatz nur einem Geschäftszweig neue Kraft, während, wenn der Tausch gegen Ackerwerkzeuge anstatt gegen Tabak stattgefunden hätte, zwei Produktionsgeschäfte neue Kraft erhalten würden, ihre Produktion fortzusetzen; und aus demselben Prinzip erhalten durch einen Umsatz von Dakota- Weizenmehl gegen südamerikanischen Guano nicht blofs der Müller, sondern auch der Landwirt die Mittel, ihre Produktion weiter zu betreiben. Die empfangenen Gegenwerte also sind es, welche die volkswirtschaftliche Produktivität des Handels bestimmen, und zwar zwischen dem einheimischen und auswärtigen Handel.

Das gröfste Gewicht bei der Erörterung dieser Frage legt Carey auf die Transportkosten, die er die erste und schwerste Steuer nennt, die der Boden und die Arbeit zu zahlen haben [1]).

Er berechnet mit der gröfsten Genauigkeit und Mühe gerade das Verhältnis der rohen Baumwolle zu dem verfertigten Stoff, den der Baumwollenproduzent [2]) bekommt, nachdem sein Produkt nach England geschickt und der Stoff zurückgeliefert worden ist. Dadurch will er zeigen, wie viel besser und billiger es wäre, „die Fabrik in der Nähe zu haben".

Die einzige Antwort, die auf seine überall wiederholte Deklamation zu geben ist, ist die, dafs trotz der hohen Transportkosten, und obwohl es unter vielen Umständen billiger wäre eine Fabrik in der Nähe zu haben, es dennoch zu Zeiten oft billiger ist diese Transportsteuer zu bezahlen, als das Kapital auf eine Fabrik zu verwenden und es also von anderen Produktionszweigen auszuschliefsen. Solche Erscheinungen beruhen, wie Lexis [3]) ganz richtig sagt, „schliefslich darauf, dafs in diesen Ländern andere Produktionszweige relativ noch gröfsere Bevorzugungen haben und daher in erster Linie Kapital und Arbeitskräfte für sich in Anspruch nehmen".

„Es würde vielleicht auf diesem speziellen Gebiete eine Kraftersparnis erzielt, aber um den Preis des Verlustes einer an einer anderen Stelle noch fruchtbaren Kraftverwendung, abgesehen davon, dafs diese neue Produktion ohne künstliche Beihilfe privatwirtschaftlich noch nicht haltbar wäre."

---

[1]) Sozialwissenschaft, Vol. I p. 271.
[2]) Ibid. chap. XXVI.
[3]) Schönbergs Handbuch, Bd. I S. 1066.

So macht auch Wagner[1]) darauf aufmerksam, dafs Carey in seiner Polemik gegen das englische System ganz übersieht, dafs auch innerhalb eines Landes, wenn es so grofs ist wie die Vereinigten Staaten, eine sehr breite räumliche Trennung der vorherrschenden Agrarproduktion und Industrie eintreten kann. „Eine internationale Arbeitsteilung und ein weltwirtschaftlicher Verkehr zwischen England und Teilen der Vereinigten Staaten ist, zumal bei Wasserverbindung, auch volkswirtschaftlich ebenso zweckmäfsig, als eine territoriale Arbeitsteilung zwischen Massachusetts und Iowa.“

Die von der britischen Nationalökonomie mitunter überschätzten kulturellen und politischen Folgen der Weltwirtschaft werden endlich von Carey ebenso einseitig unterschätzt.

Er will dieses Argument gerade auf den Transport des Düngemittels anwenden, indem er sagt, dafs der Dünger „unter allen zu den Zwecken des Menschen erforderlichen Gegenständen derjenige ist, der am wenigsten den Transport erlaubt, und doch von allen die gröfste Wichtigkeit hat“ [2]).

Um diese Behauptung zu stützen, citiert er eine Stelle bei von Thünen[3]), wo dieser sagt, „dafs die Transportkosten eines Fuders Dünger für die Entfernung von 4³/₄ deutschen Meilen von der Stadt dem Werte des Düngers gleich seien“. Es ist als ein Beispiel seiner ungenauen Kenntnis anzuführen, dafs in diesem Auszug ein Thaler dem amerikanischen Dollar gleich gesetzt wird, so dafs in der deutschen Übersetzung Careys Buches[4]) die 5.40 Thaler Thünens in 8 Thaler, 4.20 Thaler in 6 Thaler u. s. w. umgewandelt sind.

Gegen seine Ansicht ist zu bemerken, dafs, wenn man von dem Guano oder von den besseren Düngemitteln überhaupt spricht, er die Transportfähigkeit weit unterschätzt hat, und dafs es sehr wohl möglich ist, dafs es in gewissen Fällen vorteilhaft wäre, das Getreide an das Ausland zu verkaufen und Dünger einzuführen.

Man kann ihm aber zugeben, dafs dies selten der Fall ist, dafs die Transportkosten wirklich eine erhebliche Steuer sind, die womöglich ohne dadurch eine gröfsere Last einzuführen, zu vermeiden sind.

---

[1]) Volkswirtschaftslehre — Grundlegung, Leipzig und Heidelberg 1879. S. 79 Anm.

[2]) Principles of Social Science, Vol. I p. 273.

[3]) Der isolierte Staat, Berlin 1875. S. 206.

[4]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 165.

Seine Meinung [1]), dafs eine innere Verbindung zwischen Krieg und Handel besteht, ist eine ganz verkehrte, und wenn er Soldaten, Sklavenhalter, Handels- und Staatsmänner in eine Klasse, nämlich die, „welche von Appropriation lebt", zusammenwirft [2]), so wird die Übertreibung lächerlich.

Es ist nicht zu leugnen, dafs England in früheren Zeiten seine Kolonieen des Handels wegen sehr drückend behandelte und dafs schon Kriege des Handelsinteresses wegen entstanden sind, wenn auch meist mit halbbarbarischen Ländern; aber es waren ebensosehr die Fabrikanten daran schuld, welche einen Absatz für ihre Güter finden wollten, wie die Kaufleute.

Goethe hat schon von einem ähnlichen Einflufs sowohl seitens des Gewerbes als auch des Handels gesprochen. In seinen „Aufsätzen über bildende Kunst" findet man folgendes: „Wenn wir die Lage der Welt wohl überdenken, so finden wir, dafs die Christen durch Religion und Sitten alle mit einander verwandt und wirklich Brüder sind, dafs uns nicht sowohl Gesinnung und Meinung, als Gewerbe und Handel entzweien. Dem deutschen Gutsbesitzer ist der Engländer willkommen, der die Wolle verteuert, und aus eben dem Grunde verwünscht ihn der mittelländische Fabrikant."

Weiter mufs man sagen dafs trotz dieser Ausnahmen die allgemeine Tendenz des Handels zum Frieden führt; denn der Krieg ist gerade dem Handel sehr gefährlich.

Roscher hat gerade diesen friedlichen Einflufs des Handels in seiner Nationalökonomik (S. 63 und 78) des Handels betont. „Dafs ein Handelsvolk im ganzen friedliebend ist, folgt aus der Natur jedes höher entwickelten Handels von selbst" u. s. w.

Man braucht weiter blofs die Bestimmungen des Völkerrechts in diesem Jahrhundert anzusehen, um den Einflufs des Handels in friedlicher Richtung anzuerkennen.

In der weitschweifigen Polemik Careys gegen die Handelsleute, und seiner Behauptung, dafs sich ihre Zahl wie die der Soldaten mit dem Zuwachs der Zivilisation entsprechend vermindern werde, steckt ein Kern der Wahrheit, der sehr beachtenswert ist. Wenn auch nicht im Vergleich zur Bevölkerung, so hat doch die Zahl der Kaufleute im Vergleich zum Handel wahrscheinlich sehr abge-

---

[1]) Ibid. S. 143, 156.

[2]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 210.

nommen, und dies ist eine recht wünschenswerte Erscheinung, besonders wenn sie zu einer Verminderung der Zahl der Kleinhändler führen würde. Roscher in seiner Nationalökonomik des Handels (S. 90) gibt die Meinungen vieler bedeutender Nationalökonomen über diese Frage an. J. S. Mill z. B. dachte 1858, dafs von den englischen dealers wohl $^{9}/_{10}$ sehr gut entbehrt werden könnten; Th. Rogers meinte dies wenigstens von $^{4}/_{5}$ u. s. w. Carey hat die ausländischen Händler sehr einseitig behandelt und betrachtet gerade die kleinen inländischen Händler nicht, deren Zahl weit gröfser ist, als nötig um die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Dabei darf man natürlich die gute Wirkung ihrer gegenseitigen Konkurrenz nicht übersehen, soweit diese ihre Macht äufsert.

Unzweifelhaft also unterschätzt Carey sehr die durchaus wohlthätigen Wirkungen des Handels und überschätzt in noch höherem Grade den schlechten Einflufs desselben. Man mufs ihm aber darin recht geben, dafs es wünschenswert ist, die relative Anzahl der Handelsleute zu vermindern, nicht zwar wie er zu wünschen scheint durch die Beseitigung des Handels überhaupt, als vielmehr durch die noch weitere Verbesserung und Organisation des Handelsgeschäfts selbst, wie z. B. durch Einrichtung von Konsumvereinen u. s. w. in den Fällen, wo sie durchführbar sind.

12.

Die chemischen und mechanischen Formveränderungen des Stoffes fordern nach Careys Meinung eine hohe Intelligenz, und in dieser Hinsicht hat die Produktion einen sehr guten Einflufs auf die Zivilisation eines Volkes. Dieses Faktum ist an sich nicht zu leugnen, aber Carey übertreibt jene Wahrheit, wenn er meint, dafs der Grad der Intelligenz dort höher sein mufs als bei dem Handel [1]). Es ist in der That nach dieser Seite hin kein Unterschied zu machen, indem die höchste Intelligenz in beiden Fällen von gröfstem Vorteil und für bedeutende Operationen unentbehrlich ist, während ein mäfsiger Grad von Intelligenz für die kleineren Geschäfte in beiden Fällen völlig hinreicht. Seine Methode hat ihn auch in diesem Falle verleitet; denn er deutet nur die einfachsten Handelsformen an, z. B. des Handels mit Holz oder geschlachteten Wildtieren u. s. w., als der eigentlichen Handelsgeschäfte, während solche in der wirklichen Gesellschaft in der That gar keine Rolle spielen.

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 218.

Es ist ja wohl nicht zu leugnen, dafs der allgemeine Grad der Intelligenz bei den Kaufleuten ein noch höherer ist als bei den Industriellen [1]); denn es gibt bei ersteren keine Gelegenheit, solche grofse Massen von ungebildeten Menschen unter einem Leiter zusammen zu beschäftigen.

In noch höherem Grade tritt der Gegensatz zu Tage, wenn man den Handel mit der Landwirtschaft vergleicht, die Carey als die höchste Beschäftigungsart ansieht. Denke man an die gewöhnliche Beschäftigung der Sklaven!

Durch die Zunahme der Industrie vermindert sich die Abhängigkeit eines Landes vom Kaufmanne und auch vom Auslande, was nach Carey ein grofser Segen für ein Land ist. Dieses Moment überschätzt er ebenfalls, obwohl die Grundidee eine richtige ist. Wenn ein Land so gelegen ist, dafs es immer mehr oder minder in Kriegsgefahr schwebt, so mufs es natürlich, um sicher zu sein, seinen eignen Bedarf, soweit es Kriegsmittel sind, soviel wie möglich selbst decken können. Unzweifelhaft wird sich die Besorgung derselben lohnen, wenn sie auch mit mehr Kosten verknüpft ist, als die Besorgung aus dem Auslande. Dieses Vorgehen findet aber seine Grenze in der Lage des Landes, der Art der in Betracht kommenden Güter und den Kosten der Produktion der Güter im Vergleich mit der Beschaffung derselben aus dem Auslande. Carey hat aber keine Grenze gezogen, spricht, als ob es zweckmäfsig wäre, an dieser Unabhängigkeit soviel wie möglich festzuhalten, wenigstens so weit es Gegenstände der Fabrikation betrifft.

Mit dem Fortschreiten der Erfindungen in der Gesellschaft — denkt Carey — geht eine Arbeitsersparnis bei der Umwandlung der Güter und eine Kostenersparnis beim Transport derselben Hand in Hand, und die Tendenz dieser Ersparnis von Arbeit besteht darin, die relativen Preise der Fabrikate herabzudrücken, während die Rohprodukte im Preise steigen, weil sie mehr verlangt werden.

[2]) Die Annäherung der Preise der Rohprodukte, des Bodens und der Arbeit einerseits und der Fabrikate anderseits ist das charakteristische Zeichen der Zivilisation.

Was nun die Herabdrückung der Preise der Fabrikate betrifft, so hat Carey im allgemeinen unzweifelhaft recht, aber man mufs eine sehr erhebliche Ausnahme machen, die er ganz vergessen hat, nämlich

---

[1]) Lexis: Schönbergs Handbuch, Bd. I S. 1025.

[2]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 228.

die Fabrikate, die ihrer Natur nach Produkte der Handarbeit sind, wie z. B. die beste Spitze und die Linsen für die Teleskope u. s. w. Betreffs der Erhöhung der Preise der Rohprodukte, der Arbeit und des Landes aber hat er zum Teil die falsche Ursache angenommen. Weil er die Ricardosche Rententheorie ganz leugnet, will er den Einflufs des Bebauens von schlechterem Boden, und die dadurch erhöhten Produktionskosten natürlich nicht acceptieren. Diese Rentenfrage brauchen wir hier nicht zu erörtern, da sie später behandelt werden wird. Er hat nur ein ganz neues Land vor Augen, wo die Transportmittel noch sehr unvollkommen sind und wo also die Transportkosten eine erhebliche Rolle spielen. Für ein solches Land kann man ihm recht geben, soweit es die erste und die nächste Ursache betrifft. Er hat aber einige Momente übersehen, die in einem alten Lande von weit gröfserem Einflufs wären. Gegen seine angegebene Theorie also ist zu sagen: 1. Die Erfindungen haben auch die Tendenz, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und aller Rohprodukte herabzudrücken, und zwar in einem ebenso hohen Grade, wie die der Fabrikate, während es nicht wahr ist, dafs die Landesprodukte bei steigendem Aufwand von Kapital und Arbeit die Tendenz haben, sich verhältnismäfsig zu vermindern; Careys Antwort darauf (Handbuch der S. S. 359), dafs „die Verbesserung der Landwirtschaft auf die industrielle Entwickelung wartet, ihr aber niemals vorausgeht", trifft auch nicht in einem alten Lande zu, wo die Leute schon die Kraft und Fähigkeit haben, alle neuen Erfindungen anzuwenden, wenn sie von Vorteil sind. 2. Die Nachfrage nach den Fabrikaten steigt im Vergleich zur Bevölkerung noch schneller, als die nach einem erheblichen Teil der Rohprodukte; denn was die Nahrungsmittel betrifft, so ist man von Natur in der Konsumtion derselben beschränkt, bei Fabrikaten aber nicht. Diese würde also die Tendenz haben, die Fabrikate verhältnismäfsig zu verteuern.

Erst die Erfindungen haben die Tendenz, die Nachfrage nach Arbeit zu verringern, und es ist blofs die überwiegende Nachfrage nach Gütern, und zwar meist auch nach den fabrizierten Gütern, welche die nach Arbeit hervorbringt.

Wenn man also ein altes Land vor Augen hätte, wo die Transportmittel schon verhältnismäfsig vollkommen sind, so wären Careys Gründe keineswegs genügend, die Thatsachen zu erklären. Ja in einem solchen Falle würde die Tendenz eher die sein, eine gröfsere Verschiedenheit anstatt einer Annäherung der Preise hervorzurufen.

13.

Careys Erörterung der vitalen Formveränderungen des Stoffs hat es meistens mit dem guten Einflufs des Protektionssystems auf die Landwirtschaft zu thun.

Einige seiner Ideen betreffs der Landwirtschaft kann man acceptiren, ohne den Schutzzoll einführen zu wollen; diese geben wir jetzt an:

Die Annäherung der Preise der Bodens-Produkte und der der Fabrikate bringt dem Landwirt einen zweifachen Gewinn, indem er seine Produkte teurer verkauft und seine Waren billiger einkauft. Hiermit kann man übereinstimmen; mufs aber auch hinzusetzen, dafs die Ursache des Steigens der Kornpreise in alten Ländern, wie früher gesagt, eine andere ist als die von Carey gegebene.

In seiner Behauptung, dafs die Fabrik zur Unterstützung der Landwirtschaft dienen soll, da es besser wäre, dafs die Ausfuhr meist eine solche von Fabrikaten anstatt von Rohprodukten sei, hat er im allgemeinen recht: man mufs nur die Tendenz charakterisieren. Denn es ist, wenn man alle Stufen der Zivilisation in Betracht zieht, im allgemeinen wahrscheinlich, dafs man die Einfuhr, die man gegen eine Ausfuhr von Fabrikaten in ein Land hineinzieht, produktiver anwenden kann, als die gegen einen Austausch von Rohprodukten hineingebrachte. Es kann aber auch sein, — und zwar ist dies in einem neuen Lande gewöhnlich der Fall — dafs die Ausfuhr von Rohprodukten zu Zeiten nicht nur eine Notwendigkeit, sondern sogar ein Vorteil für das Land ist. Denn sonst würden die Bewohner nicht im stande sein, in ihrer Zivilisation angemessen fortzuschreiten. Die Tendenz soll nun die von Carey angegebene sein: dieser aber will sie mit unnatürlicher Schnelligkeit anwachsen lassen — darin liegt sein Fehler.

Er betrachtet den Boden als eine Nahrung produzierende Maschine, und das ist eine an sich ganz richtige Auffassung, obwohl er auch andere Funktionen hat. Wenn man das Land zu Bauplätzen oder zu Wegen benutzt, oder wenn man es als einen Fonds von Material, das die Natur ohne Arbeit produziert, wie es hauptsächlich der Fall bei Bergwerken, Fischereien u. s. w. ist, so ist es keine Maschine. Wenn man das Land als die Quelle, woraus man das Material durch die Arbeit verschafft, auffafst, so ist es ganz richtig, es als eine Maschine zu betrachten, und dies ist natürlich die wesentlichste Funktion für die Volkswirtschaft[1]);

[1]) Vergl. Adams: Outline of Lectures upon Political Economy, S. 22.

weiter aber sagt er, dafs der Landwirt, der in der Nähe des Marktes ist, seine Maschine immer neu schafft, während der, dessen Land fern vom Markte liegt, sie immer zerstört; und dieses sieht er als etwas sehr Schädliches an.

Es folgt nun nicht notwendigerweise, dafs der Boden zerstört werden mufs, wie wir gezeigt haben. Aber wenn der Dünger dem Boden auch nicht zurückerstattet würde, so ergäbe sich keineswegs daraus, dafs dies einen Verlust für das ganze Land mit sich führt. Wie ausführlicher in dem Kapitel über Schutzzölle gesagt, ist es sehr wohl möglich, dafs, wo das Land frei ist, das beste Verfahren darin bestehen wird, eine Zeitlang einen Raubbau zu treiben, bis die Bevölkerung dicht genug wird, um eine intensivere Cultur lohnend erscheinen zu lassen.

Man kann ja noch weiter gehen und mit Conrad — in „Liebigs Ansicht von der Bodenerschöpfung“ [1]) — sagen, dafs „der Landmann mit Notwendigkeit gezwungen wird, in demselben Mafse, als in dem Acker der Zuschufs durch die Verwitterung, Ersatz zu bieten, d. h. die Wirkung des sogenannten Raubsystems zu neutralisieren und dafs nach den gewöhnlichen Gesetzen des Verkehrs die Einrichtungen von selbst veranlafst werden, welche dem Landmann die Ersatzmittel zur rechten Zeit zugänglich machen“.

Richtig ist es, dafs der Raubbau nur in Ausnahmen für das Land vorteilhaft wirken kann, aber Amerika bildet in einigen Teilen gerade eine solche Ausnahme; richtig ist auch, dafs es besser ist, in diesen Fällen eine dichtere Bevölkerung schnell anwachsen zu lassen; aber die Sache ist nicht von solch augenblicklicher Wichtigkeit, dafs man dieses Resultat zu teuer bezahlen sollte.

Hier besteht Careys Fehler wieder in einer Überschätzung des schädlichen Einflusses und in seinen helfenden Mafsregeln.

In dem Kapitel über den internationalen Verkehr kommen viele der obenerwähnten Punkte wieder in Betracht, wo ihre Bedeutung für die Volkswirtschaftspolitik erörtert wird.

---

[1]) Conrad, Jena, 1864 S. 150.

Kapitel V.

Das Geld.

14.

In der Anfangsperiode der menschlichen Gesellschaft ist der Austausch von Diensten schwer zu bewerkstelligen. Als Mafsstab zur Vergleichung der Werte findet man ganz allgemein in der Geschichte die Annahme eines gewissen Lebensbedürfnisses, und zwar sind fast überall da, wo sich die Zivilisation auf hoher Stufe befindet, die edlen Metalle dazu gewählt worden, die durch ihre Dauerhaftigkeit und Teilbarkeit, sowie durch ihren grofsen Wert in kleinem Volumen und durch ihre allgemeine Beliebtheit dazu geeignet sind.

Aus dem Gebrauch des Geldes (wie man diesen Mafsstab nennt) erwächst eine grofse Leichtigkeit der Assoziation und Kombination, die in Wahrheit so grofs ist, dafs man behaupten darf: es ist unter allen bei den Menschen gebräuchlichen mechanischen Hilfsmitteln das Geld dasjenige, welches am meisten die menschliche Arbeit erspart[1].

[2]) „Je reichlicher der Vorrat dieser Metalle ist, desto prompter vollziehen sich die Tauschgeschäfte dieser Gesellschaft, desto rascher geht die soziale Zirkulation, desto gröfser ist die Ersparnis von geistiger und körperlicher Kraft, und desto gröfser ist die Kraft, Lebensbedürfnisse, die ausgetauscht werden können, zu produzieren."

[3]) „Das Geld ist für die Gesellschaft dasselbe, was das Brennmaterial für die Lokomotive und die Nahrung für den Menschen ist: die Ursache der Bewegung, aus der die Kraft entspringt".

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 361.
[2]) Ibid. S. 371.
[3]) Ibid. S. 396.

Was nun die Bedeutung des Geldes in der Volkswirtschaft betrifft, so schreibt jedermann dem Gelde eine ungeheure Wichtigkeit zu.

Gegen die Betrachtung desselben als ein Werkzeug der Assoziation ist nichts einzuwenden, obwohl dies keine ausreichende Definition ist. Man mufs aber gegen die merkantilistische Idee protestieren, dafs, je mehr Geld ein Land hat, desto schneller die Zirkulation oder der Verkehr ist, und dafs ein Land desto mehr blüht. Es ist gewifs richtig, dafs ein ziemlich grofser Geldvorrat von grofser Wichtigkeit ist. Das hat aber seine Grenze.

Carey nennt das Geld ausdrücklich ein mechanisches Tauschmittel und vergleicht es mit Wagen, Schiffen u. s. w.; er hat dabei ohne Zweifel das von Hand zu Hand Gehen, das „Zirkulieren“ der einzelnen Stücke im Auge. Wenn dies richtig ist, so kann seine Regel betreffs des Geldvorrates nicht richtig sein. Wagen und Schiffe sind nicht die Ursache des Handels, und es ist leicht möglich, eine zu grofse Zahl derselben für das Handelsgeschäft zu haben, obwohl es unzweifelhaft ist, dafs der Handel ohne diese Wagen und Schiffe nicht so leicht, ja in vielen Fällen gar nicht stattfinden konnte. Wenn Carey das Geld als Werkzeug der Assoziation in dem vorher erwähnten Sinne betrachtet, so mufs er auch zugeben, dafs es wenigstens denkbar ist, dafs ein Land mehr Geld hat, als es eigentlich braucht. Wir finden ja auch bei ihm Sätze, die im Widerspruch mit den vorerwähnten stehen, wie z. B. folgenden, wo er die Frage mit der Schutzzollfrage verknüpft:

[1]„Das Geld ist für die Gesellschaft, was die Nahrung für den einzelnen Menschen ist — der Erzeuger der Bewegung. Damit aber die Nahrung Bewegung gebe und Kraft erzeuge, mufs sie verdaut werden, und nach und nach durch die lange Reihe von Gefäfsen laufen und dadurch fähig werden, den ganzen Organismus zu erhalten, worauf sie allmählich hauptsächlich durch die Perspiration wieder abgeht. Ebenso verhält es sich mit den edlen Metallen. Sollen sie Bewegung und Kraft erzeugen, so müssen sie ebenfalls verdaut und allmählich durch den Organismus getrieben werden, indem einige Teile absorbiert und zurückgehalten werden und andere wieder langsam und fast unmerklich abgehen, um auf den Ankauf anderer Lebensbedürfnisse verwendet zu werden. Da dies nicht geschieht, leisten die Vorräte Kaliforniens den Vereinigten Staaten nicht mehr Dienste und können

[1] Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 481.

nicht mehr leisten, als Nahrungsvorräte einem an Ruhr oder Cholera leidenden Menschen leisten könnten. Je mehr der letztere äſse, desto sicherer würde er dem Tode nahe kommen, und je mehr Gold von Kalifornien geliefert wird, desto ärmer werden diese Staaten unter einem System, das die Fabriken und Hochöfen des Landes schlieſst, die Assoziationskraft vernichtet und eine Ausfuhrnachfrage nach allem Golde, das sie erhalten, erzeugt, während jeder Schritt in dieser Richtung eine Steigerung der Geschwindigkeit mit sich führt, mit welcher in andern Ländern die Konsumtion auf die Produktion folgt, sowie eine Verminderung derselben in ihrem eignen Gebiete."

Carey hat zwar keinen Satz angegeben über die Quantität des Geldes, das ein Land braucht, wenn es freihändlerisch wäre. Nach ihm soll oft Geld allein in groſser Quantität eine genügende Ursache sein, um ein Land zur Blüte zu bringen [1]). Von der Greenbackgesetzgebung in den Vereinigten Staaten sagt er, daſs die Weltgeschichte keinen Fall eines so vollkommenen guten Erfolges aufweist [2]). Jetzt sehen wir, daſs ohne einen Schutzzoll viel Geld eben soviel Gefahr bringt, als vieles Essen bei der Cholera.

Für diese Frage gibt uns Carey bloſs verworrene Bilder und Phrasen, die bedeuten, daſs eine Vermehrung des Geldes einem Lande nützlich und daſs diese Vermehrung nur durch einen Schutzzoll zu bewerkstelligen ist. Die Schutzzollfrage kommt später. Was die Quantität des Geldes in einem Lande selbst betrifft, so scheint darüber die Ansicht Hildebrands die richtige zu sein:

[3]) „Zunächst und vor allem ist es schon ein Fehler, den Bedarf an Geld mit dem Umsatz der Waren oder dem Handel in direkte Verbindung zu bringen. Denn zum Kaufen, d. h. zum bloſsen Eingehen einer Zahlungsverbindlichkeit, oder zur bloſsen Verausgabung von Geld, braucht man noch überhaupt kein Geld in irgend welcher bestimmten Menge, da man ja nicht notwendig per comptant zu kaufen braucht, sondern auch auf Kredit kaufen kann, und selbst in dem Falle, wo per comptant oder „Zug um Zug" gekauft wird, ein bestimmter Geldbedarf doch immer erst dann vorliegt, wenn bereits der Handel abgeschlossen ist, d. h. bereits bestimmte Zahlungsverbindlichkeiten eingegangen sind, die nunmehr erfüllt sein wollen. Nur als Zahlmittel also, nicht auch schon als Umsatz-

[1]) Reconstruction: Letters to the Hon. Henry Wilson, S. 54.
[2]) Letters to General Grant 1869 „Shall we have Peace", S. 38.
[3]) Hildebrand: Die Theorie des Geldes, Jena 1883, S. 37 ff.

mittel, ist das Geld überhaupt ein Gegenstand bestimmten Bedarfs. Während die Ware immer schon ein Gegenstand bestimmten Bedarfs ist, bevor sie in den Handel kommt oder auf dem Markte erscheint, wird — wie wir schon an andrer Stelle hervorgehoben haben — das Geld ein Gegenstand bestimmten Bedarfs immer erst durch den Handel, d. h. dadurch, dafs bestimmte Verbindlichkeiten darin eingegangen werden.

„Daher kann also auch der Bedarf an Geld immer nur durch die Summe der zu bewerkstelligenden Zahlungen oder der fällig gewordenen Zahlungsverbindlichkeiten, niemals aber auch schon durch die Summe der zu bewerkstelligenden Umsätze bestimmt werden."

Es ist ein Fehler, sich das, was das Geld leistet, als eine Arbeit im mechanischen Sinne vorzustellen. „Weder die Zahlung noch der Umsatz ist ein mechanischer Vorgang oder eine Bewegung im Raume." Eine Bewegung im Raume kann mit der Ausführung einer Zahlung verbunden sein, ist aber durchaus nicht notwendig oder zum Wesen der Sache gehörig.

[1]) „Vielmehr ist der Akt der Zahlung so gut wie der Akt des Umsatzes seinem Wesen nach nur ein Besitzwechsel".

[2]) „Man mufs nur, um zu einem Ziele [wie grofs nämlich der Geldbedarf ist] zu gelangen, von vornherein einen ganz andern Weg einschlagen als den bisherigen."

„Dieser einzuschlagende Weg besteht darin, dafs man sowohl von den einzelnen Geldstücken (und ihrer Wanderschaft durch verschiedene Hände) als von den einzelnen Personen oder Volksklassen (und ihren Einnahmen und Ausgaben oder Zahlungen und Einkassierungen) vollkommen absieht, und ausschliefslich den Zahlungsprozefs selbt in's Auge fafst, gleichviel durch wen oder an wen und mit welchen Geldstücken die Zahlungen ausgeführt werden, und dafs man ferner bei der Fragestellung nicht gleich auf einen ganzen Zeitraum, sondern, wenigstens zunächst oder von vornhererein, nur auf einen bestimmten Zeitpunkt, resp. bestimmte Zeitpunkte Bezug nimmt; denn aus dem Umstand, dafs ein und dasselbe Geldstück, einer Schraube ohne Ende vergleichbar, im Laufe der Zeit wiederholt, d. h. zu mehr als einer Zahlung Verwendung findet oder finden kann, folgt zwar nicht, dafs der Geldbedarf von der „Zirkulationsgeschwindigkeit" des Geldes abhängig zu machen ist, wohl aber,

[1]) Ibid. S. 39.
[2]) Ibid. S. 45.

dafs die Frage der Bestimmung des Geldbedarfs nicht mit Bezug auf einen bestimmten Zeitraum, sondern, wenigstens zunächst, immer nur mit Bezug auf einen bestimmten Zeitpunkt aufgeworfen werden kann.

„Stellt man nun in der angedeuteten Weise die Frage, so bestimmt sich der Geldbedarf ganz einfach nach dem Gesamtbetrage der in dem betreffenden Lande in einem gegebenen Augenblicke, d. h. gleichzeitig auszuführenden Zahlungen, oder aber, insofern es sich darum handelt, den Maximalbedarf an Geld innerhalb eines ganzen Zeitraums, z. B. eines Jahres, festzustellen, nach dem höchsten Gesamtbetrage, den die gleichzeitig auszuführenden Zahlungen innerhalb dieses Zeitraums daselbst erreichen können.

„Damit ist der Geldbedarf auf eine Gröfse zurückgeführt, die sich wirklich statistisch ermitteln oder messen läfst, oder deren Mefsbarkeit wenigstens nicht schon von vornherein und unter allen Umständen ausgeschlossen ist.“

Wenn Geld nun so blofs als Landes-Zahlungsmittel dient, so ist eine Vermehrung der Quantität des Geldes keine wirkliche, direkte Ursache der Blüte eines Landes. Richtig aber ist die Behauptung, dafs bei einem zunehmenden Verkehr eine Vermehrung des Geldes stattfinden soll, um diesen Verkehr nicht zu hindern. Es ist nicht zu bestreiten, dafs eine vollgenügende Quantität Geldes eine sehr nützliche Wirkung hat, und dafs eine Knappheit der Quantität sehr fühlbar ist [1]). Careys Fehler ist seine ungeheure Überschätzung dieses Moments und seine Idee, dafs noch irgend eine Mafsregel (z. B. ein Schutzzoll) aufser einer gesunden Metallwährung und guten Bank nötig sei, um diese zu bewirken.

So stimmt auch Chevalier [2]) dieser Ansicht bei, indem er sagt, dafs „ein Tauschmittel eine Bedingung eines leichten Verkaufs ist, dafs dies aber der Produktion nur auf einem indirekten Weg hilft.“

15.

Über den Preis sagt Carey folgendes:

[3]) „Die Kraft eines Lebensbedürfnisses, beim Austausch über Geld zu gebieten, wird sein Preis genannt.“

---

[1]) Vergl. Roscher: Nationalökonomik des Handels, a. a. O. S. 183.

[2]) Cours d'Economie politique Band III. La Monnaie, Paris 1866. S. 630. „La présence de bons et sûrs instruments d'Échange est une des conditions d'une vente facile et avantageuse. En çela, cependant, la monnaie ne concourt à l'acte de la production que d'une façon indirecte.“

[3]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 367 ff.



„Der Preis der Rohmaterialien steigt, wenn wir uns den Orten nähern, in welchen die Menschen am meisten befähigt sind, sich zu vereinigen, um die Macht zu erlangen, über die Dienste der grofsen Naturkräfte zu gebieten. Der Preis der Fabrikate bewegt sich in der entgegengesetzten Richtung, so dafs also beide sich einander zu nähern streben."

Die Rohmaterialien, die im Preise am meisten steigen, sind: der Grund und Boden, die Arbeit, und die von ihnen erst produzierten Gegenstände, während diejenigen, die im Preise am meisten sinken, die Fabrikate einer vollendeten Fabrikation sind.

Dafs die Preise der Fabrikate und der Rohstoffe in einem Lande, wo die Zivilisation steigt, das Streben zeigen, sich einander zu nähern, ist, wie schon bemerkt [1]), mit einigen Ausnahmen unzweifelhaft wahr.

Carey geht aber weiter und sagt: Dies sind die Ergebnisse einer erhöhten Leichtigkeit der Assoziation und Kombination unter den Menschen, und wenn wir nun das Werkzeug finden wollen, dem sie die Kraft zur Kombination verdanken, so müssen wir es in dem Werkzeuge suchen, welches wir mit dem Namen „Geld" bezeichnen. Das will sagen: das Geld ist die, wenigstens mittelbare, Ursache dieser Annäherung der Preise, was kaum richtig ist. Dies würde auch geschehen, wenn man kein Geld hätte, weil man bei der Fabrikation Arbeitsteilung besser durchführen kann, und weil die Abhängigkeit von der Natur, vom Klima u. s. w. eine geringere ist. Geld hat dieser Kombination und damit der Unabhängigkeit geholfen, aber auch ohne das Geld würde mit der Zeit dieselbe Annäherung bis zu einem gewissen Grade vorgekommen sein. Geld ist nicht in höherem Grade die Ursache dazu als irgend eine andere bedeutende Erfindung.

16.

Die Lebensbedürfnisse streben, nach Carey, danach, die Orte zu verlassen, in welchen sie die geringste Nützlichkeit und den gröfsten Wert haben, und solche Orte aufzusuchen, in welchen umgekehrt ihr Wert am geringsten und ihr Nutzen am gröfsten ist. Das Rohmaterial des Geldes strömt deshalb von den Orten, in welchen die Lebensmittel und die Wolle billig, dagegen das fertige Zeug und das fabrizierte Eisen teuer sind, nach solchen, wo die ersteren teuer und die letzteren billig sind.

---

[1]) s. 53.

Die Baumwolle strebt den Fabriken zu, wo sie gesponnen und gewebt wird, und dort ist das Zeug auch am billigsten, während es auf den Plantagen, auf welchen die Wolle selbst produziert wird immer teurer ist. Ganz dasselbe ist der Fall bei den edlen Metallen, die immer nach den Orten streben, wo ihre Nützlichkeit am gröfsten ist, wo die Menschen am meisten ihre Arbeiten kombinieren, und wo die Abgabe für die Nutzung des Geldes, d. h. der Zinsfufs, am niedrigsten ist, so dafs also an jenen Orten, wo ihre Nützlichkeit gering ist und die Kombination der Thätigkeit am wenigsten vorherrscht, gerade solche Zustände bleiben, die einen hohen Zinsfufs mit sich bringen.

Dies alles sagt blofs, dafs ein Land, das ein grofses Tauschgeschäft hat, mehr Geld braucht als eins mit geringerem Verkehr. Also geht das Geld hinüber, wenn die Verteilung zwischen den Ländern nicht in richtigem Verhältnisse steht.

Die Nachfrage nach Geld hängt mit dem Verhältnis des vorhandenen Vorrates zu dem für den Gebrauch erforderlichen zusammen.

Wenn England wegen der gröfseren Ausdehnung des Tauschgeschäftes oder wegen der gröfseren Schwierigkeit, dieses Geschäft zu vollziehen, mehr Geld braucht als Amerika, so wird das Geld, soweit die Mängel nicht durch Kredit erledigt sind, nach England strömen, bis die Nachfrage schwächer ist als in Amerika. (Wir sehen hier von Australien und andern Ländern ab.)

Wenn er sagt, dafs das Gold den Rohmaterialien im allgemeinen folgt, so hat dies einen gewissen Sinn; weil im grofsen und ganzen die Länder, die am meisten fabrizieren, die fortschreitenden sind und also einen gröfseren Bedarf haben. Die Zivilisation ist aber die Ursache der Geldeinführung und nicht umgekehrt. Damit ist aber nicht gesagt, dafs die andern Ländern unter dieser Goldausfuhr leiden.

So kann man auch sagen, dafs das Land, das mehr Gold einführt als ausführt, blüht. Hier ist aber die Einfuhr blofs ein Zeichen, dafs das Tauschgeschäft wächst, aber im richtigen Sinne des Worts keine Ursache des Blühens. Hiermit stimmt Roscher auch überein; er sagt von Carey: [1] „Careys unzähligemal wiederholter Satz, dafs Gold und Silber stets nach denjenigen Orten strömen, wo sie am wohlfeilsten sind, verwechselt Ursache und Wirkung.“

[1] Roscher, Nationalökonomik des Handels, a. a. O. S. 188.

17.

Über die allgemeine Erhöhung der Preise aller Gegenstände in einem Lande durch eine Zunahme des Goldvorrats äufsert er sich folgendermafsen [1]:

„Jede Vermehrung des Goldvorrates versichern uns die scharfsinnigen Männer unserer Zeit, die sich mit der Zusammenstellung von Steuertabellen und Finanzberichten beschäftigen, macht ein Land zu einem geeigneten Ort, um darin zu verkaufen [weil die Preise in diesem Lande hoch sind], allein zu einem ungeeigneten, um darin zu kaufen; und da der Handelsmann den Zweck hat, Käufer anzulocken, wird er durch diese Theorie zu dem Glauben verleitet, dafs sein Handel um so gröfser sein müsse, je geringer der Goldvorrat sei.

„Allein nach welchen Ländern wandten sich thatsächlich die Menschen, wenn sie kaufen wollten? Gingen sie bis vor kurzem nicht fast ausschliefslich nach Grofsbritannien? Weshalb? Weil dort die Fabrikate am billigsten waren. Wohin gingen sie um zu verkaufen? Gingen sie nicht nach Britannien? Gewifs, weil dort Gold, Weizen, Baumwolle und Rohprodukte am teuersten sind. [Diese Behauptung steht gerade im Einklang mit der der „scharfsinnigen Männer“.] Wohin gehen sie jetzt, um Seide oder Zeug zu kaufen? Nach Frankreich oder Deutschland, weil dort die Rohmaterialien am teuersten und die Fabrikate am billigsten sind. Das Gold folgt im allgemeinen den Rohmaterialien, und sonach dürfte man also wohl annehmen, dafs eine Zunahme des Geldvorrats nicht nur nicht die Wirkung hat, dafs die Menschen zwei Stücke für einen Artikel geben müssen, den sie vorher für ein Stück haben konnten, sondern dafs sie vielmehr dadurch in den Stand gesetzt werden, das Lebensbedürfnis, das vorher zwei Stücke kostete, für ein Stück zu erhalten.“

Hieraus darf man das Resultat ziehen, dafs eine Zunahme des Geldvorrates die Ursache einer Preisermäfsigung ist.

Es ist kaum nötig zu erwähnen, dafs die blofse Thatsache, dafs man in England Fabrikate billiger als in Amerika kaufen könnte, während zu derselben Zeit Gold in England eingeführt wurde, weder seinen Schlufs rechtfertigt, noch dem seiner Gegner im mindesten entgegensteht.

Mill und die anderen Autoren haben nur behauptet, dafs,

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 385.

wenn alle andern Gegenstände unverändert geblieben waren und dann der Geldvorrat zunahm, eine allgemeine Steigerung der Preise folgen mufste. Carey hat diese Vorbedingungen übersehen.

Es ist wahr, dafs Mill, Hume und andere zuweilen so sprechen, als ob eine kleine Vermehrung der Geldquantität in einem Lande eine solche Preissteigerung wirklich veranlafste: hierin haben sie allerdings gefehlt. Wenn die Einfuhr nicht bedeutend ist und auch im Barmetall besteht, so steigen die Preise wohl auf dem Geldmarkt, aber im allgemeinen hat diese Einfuhr gar keinen Einflufs auf den Warenmarkt.

Das schliefsliche Resultat ist das, dafs Gold nach einiger Zeit wieder ausströmt oder, wenn die Zunahme eine dauernde und grofse ist, die Waren nach und nach im Preise steigen.

Diese Preissteigerung geht aber nicht plötzlich vor sich, vielmehr steigt erst die eine Ware im Preise und dann eine zweite u. s. w., bis endlich die Preise der meisten Waren nach und nach gestiegen sind. In dieser Weise wird nach einer bestimmten Zeit eine ganze Umwälzung der Preise auf dem Markte bewirkt, bis sie endlich zu der veränderten Lage passen. Damit ist natürlich nicht gesagt, dafs alle Waren ihre Preise ändern müssen, sondern nur, dafs die Tendenz die ist, dafs die Preise steigen und eine solche Steigerung bei den meisten Gegenständen wirklich stattfindet.

Wenn diese erwähnte Erhöhung der Preise in kurzer Zeit in einem Lande eintritt, so bringt sie natürlich eine Benachteiligung der Lohn erhaltenden Klassen und der Gläubiger aller Art mit, während die Schuldner einen Vorteil davon haben. Eine solche Schwankung führt auch zur Überspekulation und ist oft der Vorläufer einer Krisis. Wenn die Geldentwertung und somit die Preiserhöhung sehr allmählich durch eine Reihe von Jahren durch natürliche Ursachen stattfindet, so ist die Benachteiligung in den meisten Fällen unfühlbar. Einige Autoren, Chevalier[1]) unter anderen, sehen diese langsame Entwertung als einen Segen an, weil sie eine Erleichterung der Lasten der Schuldnerklassen herbeiführt

---

[1]) Chevalier: Cours d'économie politique, Band III, La Monnaie, Paris, 1866, S. 760.

„En somme le changement profiterait à ceux qui vivent du travail present; il nuirait à ceux qui vivent sur les fruits d'un travail passé, soit celui de leurs pères, soit même le leur propre. À cet égard, il agirait de même que la plupart des évolutions qui s'accomplissent en vertu de la grande loi de la civilisation, à laquelle, communément, on assigne le grand nom de progrès."

und also die Tendenz hat, den Fortschritt der Zivilisation zu erleichtern. Freilich ist es besser als der umgekehrte Fall: eine Zunahme des Geldwertes.

Eine allgemeine Erhöhung der Preise hat gewöhnlich die Wirkung, ein Gefühl des Vertrauens und des Mutes in der Geschäftswelt zu erwecken, was an sich die Vorbedingung eines erheblichen Fortschrittes sowie ein Begleiter desselben ist.

Die langsame Zunahme des Geldwertes würde nun die Tendenz haben, eine solche lange dauernde Erhöhung der Preise zu bewirken oder wenigstens eine deprimierende Erniedrigung derselben zu verhindern, und würde also in dieser Hinsicht der Geschäftswelt zu gute kommen. Dies gibt natürlich keine Gewähr gegen die vorübergehenden Preisschwankungen des Marktes zur Zeit einer Krisis, noch würde es auf der andern Seite einen wirklichen Anlafs zur Überspekulation geben, wie dies oft bei einer plötzlichen Preiserhöhung, z. B. durch eine übertriebene Papiergeldausgabe, der Fall ist.

18.

Gehen wir jetzt zu seiner Auffassung des Einflusses der Banknoten auf den Geldvorrat über. Dabei verhält es sich ebenso.

„Dieses,“ (die Erfindung der Banknoten,) sagt er, „war unverkennbar eine grofse Erfindung, denn durch dieselbe wurde die Nützlichkeit des Geldes so sehr erhöht, dafs man mit tausend Stücken mehr Arbeit thun konnte, als ohne diese Erfindung mit hunderttausend Stücken [1]).

Dieses nun, behauptet man, tritt an die Stelle des Goldes und Silbers und verursacht, dafs diese Metalle ausgeführt werden. Das Geld fördert ja aber die soziale Zirkulation, und je rascher diese Zirkulation geht, desto gröfser wird immer die Nachfrage nach den edlen Metallen sein.

Die Anweisung und die Banknote regen deshalb die Einfuhr derselben an, wie durch die Thatsache bewiesen wird, dafs die edlen Metalle seit hundert Jahren nach Britannien strömten, wo diese Noten am meisten in Gebrauch waren.

Die Banknoten erhöhen die Nützlichkeit des Goldes und Silbers und müfsen deshalb diese Metalle anziehen, nicht abstofsen [2]).“

Diese Lehre muss man aus demselben eben erwähnten Grunde als falsch bezeichnen. Ein Land braucht eine bestimmte Quantität

---

[1]) Der Deckungsfonds mufs dann aber gering sein.

[2]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 388.

Geld, um sein Tauschgeschäft zu betreiben. Ein Land mit aufblühender Industrie (und ein gutes Tauschmittel ist ein wesentlicher Faktor des Gedeihens) braucht natürlich mehr Tauschmittel und die Nachfrage zieht mehr Gold an. Das Vorhandensein eines grofsen Vorrats von Banknoten bietet aber zum Teil einen Ersatz dafür. Wächst nun die Nachfrage nach Geld plötzlich, ohne dafs die Summe der Banknoten steigt, so ist eine Einfuhr von Gold das Resultat. Wenn aber die Summe der Banknoten verhältnismäfsig steigt, so wird — ceteris paribus — keine Einfuhr von Gold stattfinden.

Hier ist natürlich nur von einem gleichmäfsigen wirtschaftlichen Fortschritt die Rede und nicht von blofs vorübergehenden Konjunkturen.

Der einzige Grund für die Behauptung Careys ist der, dafs eine gewisse Summe von Banknoten, wenn sie sicher sind, ein billigeres und viel bequemeres Tauschmittel als Gold und Silber sind.

Die ihrer Natur nach wohl nicht genau zu bemessenden Vorteile, die dadurch dem Tauschgeschäft des Landes zu gute kommen, werden bis zu diesem Grade das Geschäft mehr begünstigen als das Gold selbst und also eine Nachfrage nach Gold hervorrufen. Es ist aber wohl mit Sicherheit zu behaupten, dafs diese durch aufserordentliche Bequemlichkeit und Billigkeit der Banknoten gegen das Metallgeld verursachte Nachfrage über einen unbedeutenden Teil der vorhandenen Banknoten nicht steigen wird. So würde in noch höherem Grade, weil es noch billiger ist, ein unverzinsbares und auch uneinlösbares, von der Regierung herausgegebenes Papiergeld denselben Einflufs ausüben, solange dessen Quantität so beschränkt ist, dafs es nicht unter pari sinkt.

Man darf daraus aber nicht folgern, dafs wir uns für ein uneinlösbares, unverzinsbares Papiergeld aussprechen. Wir erkennen völlig die Gefahr, die immer damit verbunden ist, und glauben, dafs diese Gefahr in vielen Ländern so grofs ist, dafs die eben erwähnten Vorteile in den Hintergrund gedrängt werden. Die Beantwortung der Frage, ob ein Staat in einem gewissen Falle Papiergeld einführen soll oder nicht, ist Sache der Staatsmänner oder der volkswirtschaftlichen Politik und gehört nicht in das Gebiet der Volkswirtschaftlehre.

Dieser oben erwähnte Grund aber ist bei weitem nicht genügend, um Careys Behauptungen zu stützen; man kann nur sagen, dafs seine ungeheure Überschätzung dieses Moments und Leugnung des richtigen Prinzips ein krasser Fehler ist.

Carey hat gegen Ende seiner Betrachtung des Geldes die Ansichten Smiths, Ricardos, Humes, Mills u. s. w. angegeben und ausführlich kritisiert, hat aber darin nichts Neues vorgebracht. Zum Schlufs sagt er[1]: „Die ganze Frage und die ganze Lehre vom Geld wird übrigens durch den einfachen, allgemein gültigen Satz erledigt, dafs im natürlichen Verlauf der menschlichen Dinge die Preise der rohen und der fabrizierten Lebensbedürfnisse sich zu nähern streben, indem die ersteren steigen, während die letzteren sinken, und die Geschwindigkeit der Veränderung mit jeder Vermehrung des Vorrats der Metalle zunimmt, die den Mafstab bilden, nach welchem die Preise bestimmt werden müssen."

Ein besseres Beispiel seiner unlogischen Beweisart braucht man nicht. Zwei Erscheinungen, die in der Volkswirtschaft nebeneinander bestehen, hat er als Ursache und Wirkung dargestellt. Seine Beweisführung ist, wie wir gesehen haben, eine blofse Äufserung der Thatsache, dafs die beiden Erscheinungen in den fortschreitenden Ländern zu derselben Zeit stattfinden, ohne dafs es ihm gelungen ist, einmal zu beweisen dafs es einen Zusammenhang zwischen ihnen gibt, oder dafs beide Erscheinungen von anderen Ursachen nicht abhängig sind.

19.

Als Prinzipien der Gestaltung des Zinsfufses stellt Carey die folgenden Sätze auf: Der Zinsfufs sinkt, wenn der Mensch gröfsere Kraft zur Leitung der Naturkräfte erlangt, da diese Kraft den Reichtum ausmacht; Geld ist Kapital, aber Kapital ist nicht notwendigerweise Geld. Zinsen werden nur für die Nutzung des G e l d e s bezahlt. Die Tendenz des Zinsfufses ist, zu sinken, wenn die Bewegung rascher wird. Die Tendenz des Zinsfufses ist ebenfalls das Sinken, wenn der Geldvorrat zunimmt.

Die Nationalökonomen stimmen im allgemeinen darin überein, dafs der Zinsfufs in allen voranschreitenden Ländern die Tendenz zu sinken hat. Mit der Behauptung aber, dafs die Zinsen nur für die Nutzung des G e l d e s im Gegensatz zum Kapital bezahlt werden, stimmen sie nicht überein.

Wenn man nur von Reinzins oder Leihzins im Gegensatze zu Bruttozins[2]) spräche, so scheint es sehr unzweckmäfsig, dies nur auf

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 480.

[2]) von Böhm-Bawerk: Kapitalzins, Wien 1884, Seite 9.

Geld zu beschränken. Der gröfste Teil des zinsbaren Papiers, obwohl mit dem Namen Geld ausgedrückt, ruht nicht auf einem Darlehen von Geld, sondern von andern Arten Kapital. Denke man an die zahlreichen Wechsel, die die kleineren Kaufleute geben, um ihre Güter auf Kredit zu bekommen, denke man an die Hypotheken der Landwirte und so weiter. Wenn man nun zugibt, dafs in Wirklichkeit nicht Geld, sondern gewöhnlich andere Arten von Kapital geliehen werden, dann mufs man auch gestehen, dafs der vorhandene Geldvorrat nicht das entscheidende Moment für den Zinsfufs ist.

Hertzka in seinem „Währung und Handel“ [1]) (S. 79) sagt darüber: „Der Zinsfufs richtet sich auf die Dauer weder nach dem wirklichen, noch nach dem scheinbaren Umfange der in einem Lande vorhandenen Zirkulationsmittel, sondern nach dem Umfange der in diesem vorhandenen Kapitalien, oder, noch richtiger gesagt, nach dem Verhältnisse dieser Kapitalien zu der durch diese zu leistenden wirtschaftlichen Arbeit.“ Diese Ansicht wäre richtig, wenn er anstatt Kapitalien, wie Walker, „die zum Gebrauch geeigneten disponiblen Kapitalien“ gesagt hätte.

Der Zinsfufs, der Landeszinsfufs — um alle Momente zusammenzufassen — hängt ab von dem Verhältnis zwischen dem zum Gebrauch geeigneten disponiblen Kapital und der Gelegenheit, dieses Kapital produktiv zu verwerten [2]). Geld wird häufig dazu dienen, dieses Kapital in die Hände der Produzenten zu bringen, aber der Vorrat des erwähnten Kapitals ist dabei das Bestimmende. Dies erklärt nun das Faktum, dafs der Zinsfufs bei vorausschreitenden Völkern im allgemeinen die Tendenz zeigt zu sinken.

Carey nimmt an, dafs, wenn man diese Auffassung der Gestaltung des Zinsfufses hat, man Geld und Kapital identifizieren mufs. Er sagt ja ausdrücklich:

„Dieser Mifsgriff, die Verwechselung des Geldes mit dem Kapital, findet sich in dem neuen Werke eines der ersten französischen Nationalökonomen“, d. h. Chevaliers in dem Buche „de la Monnaie“, eine Ansicht, die wie wir gesehen haben, keineswegs gerechtfertigt ist.

Hierbei mufs man aber den Bankzinsfufs aufser Betracht lassen.

Das Bankgeschäft ist nicht sowohl ein Handel mit Kapital zum Zweck der Veranlagung, als vielmehr nur ein Handel mit flüssigem Gelde. Wenn ein Geschäftsmann eine Schuld bezahlen will, so

---

[1]) Wien, 1876.

[2]) Walker: Money, New-York 1883. S. 97.

wendet er sich an eine Bank, um Geld zu bekommen, und nur Geld kann seinen Bedarf befriedigen.

Hier also hat Geldvorrat seinen Einflufs auf den Zinsfufs so weit, dass der Diskont im internationalen Verkehr meist durch dieses Moment reguliert ist. Ein Mangel an Geld bei den Banken — d. h. an Betriebs-Kapital, nicht notwendig an Kapital überhaupt — kann also unter Umständen nicht nur den Bankzinsfufs erhöhen, sondern auch eine Handelskrise veranlassen, wenn auch ein genügendes Kapital vorhanden ist.

Diese Schwankungen des Bankzinsfufses aber sind ihrer Natur nach vorübergehende und dürfen nicht als mafsgebend für den Landeszinsfufs angenommen werden.

Carey ist hier wieder zu einseitig vorgegangen und hat blofs die Banken — d. h. die weniger wichtigen Faktoren — berücksichtigt.

20.

Aus seinen praktischen Vorschlägen über die Geldpolitik eines Landes ergibt sich, dafs Carey ein unbedingter Verteidiger des Freibanksystems ist und dafs er zuweilen — seiner Theorie der Vorteile von vielen Zirkulationsmitteln folgend — der Papiergeldausgabe bis zu einem gefährlichen Grade huldigt.

Die Bank von England scheint ihm der Typus alles dessen, was in einem Banksystem unrichtig und falsch ist, während er in ebenso starken Worten die Banken Neu-Englands lobt. Nach seiner Ansicht ist das Ziel der Landesbanken das, ein Land mit genügendem Gelde zu versehen, obwohl er sich um die Einlösbarkeit der Banknoten, resp. des Staatspapiergeldes, was für die meisten eine Hauptfrage ist, in der Regel wenig kümmert. Wenn nur Freiheit der Banken herrscht, dann folgt die Einlösbarkeit ganz von selbst.

[1]„Der Geldhandel erfordert ebensowenig ein Gesetz, wie der Schuhhandel. Im Gegenteil, er bedarf vollständiger Freiheit, da er einen viel gröfseren Umfang hat, so dafs eine Störung im Betrag von einem halben Prozent mehr Schaden stiftet, als eine Störung, die den Preis der Schuhe um hundert Prozent verändert.“

Eine Polemik gegen das Bankmonopol Englands und, neuerdings, Deutschlands findet sich an vielen Stellen seiner Bücher. Öfters zeigt sich diese in einem blofsen Hinweis auf das gefährliche Beispiel Englands — wie bei der Schutzzollfrage, — indes ohne jeglichen Versuch, seine Behauptungen zu beweisen. Einigemal aber spricht er

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 430.

sich dahin aus, dafs die Bank von England die schlimmsten Krisen durch ihre Spekulation in Wertpapieren herbeigeführt hat[1]). Er zeigt erst, wie die Bank, um ihre Kapitalanlagen zu vermehren, einen grofsen Betrag, vielleicht von einer Million von Schatzkammerscheinen oder anderen Wertpapieren kauft, und wie diese Nachfrage den Preis erhöht, so dafs ein „unglücklicher Besitzer" derselben sich verleiten läfst sie zu verkaufen; weiter, wie „am Ende des Tages seine Wechsel oder Noten[2]) das Eigentum der Bank" geworden sind, und er und andere solche in den Büchern der Bank Gläubiger für die ganze Summe geworden; drittens, wie er dann weiter den nächsten Tag wieder auf den Markt geht, um sein Geld vorteilhaft anzulegen; ferner wie die Bank aber, deren „erstes Experiment ein ungemein günstiges Ergebnis geliefert hat, indem ihre „Depositen" zugleich mit der Vermehrung ihrer Kapitalanlagen gestiegen sind, auch auf dem Markt erscheint, um ihre Operation zu wiederholen". „Je mehr Schulden sie auf diese Weise kontrahiert, desto mehr Mittel glaubt sie zu ihrer Verfügung zu haben", und so geht es weiter, die Preise natürlich durch diese Nachfrage immer steigernd, bis endlich durch die hohen Preise „die Einfuhr zu- und die Ausfuhr abnimmt, und Nachfrage nach Geld zur Ausfuhr entsteht. Das Metallgeld geht ins Ausland, und die Bank ist genötigt Wertpapiere zu verkaufen. Die Preise sinken und der Handel wird gelähmt".

„Tausende von Menschen sehen sich zu Grunde gerichtet, während die Bank, die mit vieler Mühe dem Ruin entgeht, den sie selbst herbeigeführt hat, sich über das Resultat ihrer Operationen freut und sich wohl auch vorbereitet, dieselben bei der ersten besten Gelegenheit zu erneuern." „Dies," ruft er, „ist die Geschichte der Expansionen und der darauffolgenden Krisen von 1815, 1825, 1836, 1839 und 1847; bei allen diesen Gelegenheiten hatte die Bank durch Monopolisirung von Wertpapieren „Depositen" fabriziert und liefs sich dann selbst zu dem Glauben verleiten, dafs die Vermehrung ihrer eignen Schulden nur einen wirklichen Überschufs an Geld anzeige."[3])

---

[1]) „To the movements of the one great bank have mainly been due all the violent revulsions in trade throughout the world, whose effects upon the United States we have already described". Past Present and Future, S. 173.

[2]) his „bills", d. h. die vorhergenannten Schatzkammerscheine oder andere Wertpapiere.

Der Übersetzer hat gewifs den Sinn nicht richtig verstanden.

[3]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 414.

Dafs die Bank von England durch Überspekulation — denn das Kaufen von Wertpapieren in der obengeschilderten Weise mit den Depositen ist nichts anderes — die gröfsten Krisen selbst verursacht hat, oder dafs die Direktoren derselben die eigentliche Natur des Depositengeschäftes nicht verstehen, braucht man nicht formell zu widerlegen. Es genügt auf die Schriften der Autoren, die über das Geld und Geldwesen in England geschrieben und eine solche Anklage gegen die Bank nicht geführt haben, zu verweisen.

Gegen seine Behauptung, dafs es gefährlich ist, eine so grofse Macht in die Hände einer grofsen Monopolbank zu legen, läfst sich blofs sagen, dafs die Regierung auch hier Überwachung übernehmen könnte, wenn es nötig oder zweckmäfsig erschiene, ebenso leicht oder gar leichter als bei einem Freibanksystem. [1]) Bagehot, der in seinem vortrefflichen Buche „Lombard Street“ die Bank von England so vollständig geschildert hat, hat auch auf die Gefahr des Ein-Reserve-Systems aufmerksam gemacht und einige Vorschläge zur Verbesserung des Systems aufgeführt. Er glaubt auch, dafs ein „Viel-Reserve-System“ [2]) theoretisch das richtige ist, und dafs es vielleicht besser wäre, wenn England ein solches besäfse; glaubt aber weiter, dafs das englische System so tief eingewurzelt ist, dafs eine Veränderung nicht ratsam erscheint, und dafs es das einzig Praktische ist, das jetzige System vorsichtig zu handhaben.

Careys Kritik der Bankakte von 1844 [3]) und seine Vorschläge für eine bessere Regulierung verdienen noch einige Worte.

Das Gesetz von 1844 ist nach ihm ein Fehler, und zwar deshalb, weil es von einem falschen Prinzip ausgeht. Der Fehler liegt darin, dafs das Bargeld von der Zirkulation, die im täglichen Gebrauch im Lande verbreitet und deren Quantität schwer zu ändern ist, abhängig gemacht wird, während es von den Depositen, die so leicht ab- und zunehmen, abhängig sein soll.

Dafs das Bankgesetz ein fehlerhaftes, ist schon von vielen behauptet worden, und der Fehler ist auch in der Zirkulationsregulierung gewöhnlich gefunden. Unter dem jetzigen Gesetz gibt die Bank, wenn £ 15 000 000 [4]) von Banknoten schon ausgegeben worden sind, andere Noten nur gegen Gold aus. Man sieht, dafs es schwierig wäre, in Zeiten der Krisis, wenn das Gold nicht im Lande oder

[1]) Lombard Street, übersetzt von Dr. H. Beta, Leipzig, 1874, S. 38.

[2]) idem S. 170.

[3]) Past, Present and Future, S. 180, 193, 203, 204.

[4]) Jevon's Money and the Mechanism of Exchange, New-York, 1882, S. 313.

wenigstens nicht im Umlauf ist, allen Kredit zu geben, die desselben würdig wären, und die Sicherheit geben könnten, ohne Gold in den Händen zu haben. Gerade zu einer solchen Zeit soll die Bank Kredit geben, um der Stockung abzuhelfen. In dieser Hinsicht hat die Deutsche Reichsbank[1]) ein besseres Prinzip, indem sie noch Banknoten ausgeben kann, obwohl sie eine Steuer von 5 % bezahlen mufs für alle Banknoten über das Maximum, die nicht gegen Gold ausgegeben werden.

Aber das Quantum Gold bei der Bank hängt auch von den Depositen ab (wie Carey richtig betont hat, obwohl er auch dieses überschätzt, ebensosehr, als er die Abhängigkeit von den Noten unterschätzt), und so wird das englische Gesetz keine genügende Bürgschaft gegen das Ausströmen des Goldes leisten, während es auch die eben erwähnte schädliche Wirkung haben kann. Es ist auch nicht zu leugnen, dafs diese Mafsregel zu Zeiten der Krisen schon von schädlichem Einflufs gewesen ist[2]), trotz der damaligen Suspension derselben durch das Parlament.

Wenn Carey nun so weit geht vorzuschlagen, die Bank solle die Depositen[3]) gar nicht ausleihen, sondern sich im Ausleihen auf ihr eignes Kapital und die Depositen der Regierung und die Zirkulation beschränken, so gerät er einige Jahrhunderte hinter seine Zeit zurück. Wenn eine Bank vernünftig verwaltet wird, so liegt kein Grund vor, warum sie die Depositen nicht ausleihen soll, was nicht nur der Bank selbst, sondern auch der ganzen Geschäftswelt zu gute kommt. Ohne die das Leihgeschäft vermittelnde Bank wäre es unmöglich unser Kreditsystem aufrecht zu erhalten, und es gibt keinen Grund, warum die Bank von England nicht auch dieses Geschäft vernünftigerweise treiben soll. Diese Furcht vor der Benutzung der Depositen seitens der Bank verlässt ihn nie. Wir finden in einem Brief[4]) an General U. S. Grant vom 4. Januar 1869, kurz vor der

---

[1]) Bankgesetz vom 14. März 1875, § 9.

[2]) James: Banks of Issue, Cyclopaedia of Political Science, Chicago, 1882—1884 Vol. I S. 246.

[3]) Past, Present and Future, S. 203.

She (the Bank) has a monopoly of the right of furnishing the only species of currency that circulates throughout the kingdom, and she has likewise a monopoly of the public deposites.

She should confine herself to the employment of the capital thus placed at her disposal, and not enter into competition with the owners of unemployed capital placed with her for safe keeping.

[4]) Miscellaneous Works, Vol. II S. 57.

Inauguration des letzteren als Präsident, den Vorschlag betreffs der Nationalbanken, dafs es keiner Bank erlaubt sein solle, mehr als zweimal ihr Kapital in anderer Form als Gold, Silber, Noten der Regierung (Greenbacks) oder Noten anderer Nationalbanken zu halten.

In dieser Weise will er den kleineren Banken auf dem Lande, wo das Depositengeschäft kleiner ist, helfen und die Banknoten mehr durch das Land verbreiten. Die gröfseren städtischen Banken könnten kaum unter diesen Umständen Nationalbanken werden, weil ihr Depositengeschäft zu gut ist, um es so leicht preiszugeben.

Carey scheint überall die grofse Bedeutung der Banken gerade als Kreditanstalten verkannt zu haben und legt zu viel Gewicht auf ihre Funktion als Zettelbanken (Banks of Issue), welche in Wirklichkeit dem Depositengeschäft subsidiär auftreten sollen. Die wichtigeren Fragen über die Art der Notendeckung, Einlösung der Noten u. s. w. läfst er unberührt. Sein Lob der Banken Neu-Englands ist ebenso übertrieben als die Herabsetzung der Bank von England. Bemerkenswert ist aber, dafs die Banken Neu-Englands nicht vollständig frei waren. „Es bestand in diesen Staaten eine Art Clearinghaus, wo die Banken einmal oder zweimal die Woche die erhaltenen Noten gegeneinander austauschten, und jede Bank war verpflichtet, den sich herausstellenden Überschufs ihrer Noten bar einzulösen. Genügte sie auch nur einmal dieser Verpflichtung nicht, so wurde ihr das Recht der Notenausgabe entzogen.“ [1])

In seinen letzten kleineren Schriften hat Carey sich mit den politischen Verhältnissen der Vereinigten Staaten viel beschäftigt und auch über das Papiergeldsystem viel geschrieben. Hierin hat er seine Theorie, dafs ein Land viel Geld als Zirkulationsmittel haben soll, aufs äufserste getrieben.

Wenn nach dem Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten der Secretary of the Treasury, um den Wert des Papiergeldes wieder emporzuheben und also die Beseitigung der Papierwährung vorzubereiten, Anleihen machte und die schwebende Papiergeldschuld etwas verminderte, mit der Absicht in dieser Weise fortzufahren, bis die Papierwährung endlich beseitigt wäre, so nannte Carey dies „Konfiskation“ [2]), und schrieb Broschüre auf Broschüre dagegen. Ja, am 30. Juni 1877 schrieb er einen Brief an den Präsidenten, worin er prophezeite, dafs, wenn die Regierung ihre Politik nicht

[1]) Von Hock, S. 481.

[2]) Resumption, When and How Will it End? S. 5.

ändern würde, sondern noch erstrebte die Metallwährung am 1. Januar 1879 einzuführen, die Regierung selbst zu jener Zeit Bankrott machen [1]) würde.

Wenn ferner vorgeschlagen wurde, die kleineren Noten zu beseitigen und sie durch Metall zu ersetzen, so sprach er in denselben Briefen und auch in vielen anderen Schriften dagegen.

England und Deutschland sind, wie er meint, die beiden Länder, die nächst den Vereinigten Staaten am schnellsten dem Verderben und Untergange entgegengehen, und ein Hauptgrund dafür ist, dafs sie die kleineren Noten verboten [2]) und die Goldwährung eingeführt haben, während Italien, Frankreich und Holland aus entgegengesetzten Gründen die drei blühendsten Länder der Welt sind. Diese Theorie steht gerade den besten Autoritäten gegenüber, ebenso wie den gesunden Bankprinzipien [3]).

Es lohnt nicht, hier alle seine Behauptungen, die er von 1862 bis 1877 in Broschüren und Zeitungen im Lande verbreitet hat, anzugeben. Die Broschüren werden an einer anderen Stelle kurz charakterisiert. Es sei hier nur bemerkt, dafs er sich nicht scheute, gegen die Redlichkeit des Finanzministers und anderer [4]) sich auszusprechen, weil dieser in seiner Politik mit ihm nicht übereinstimmte; zweitens, dafs er einen Überschufs von Papiergeld im Lande im Jahre 1866 leugnete [5]). Dies suchte er zu beweisen durch eine Ver-

[1]) Resumption: When and How Will it End? Letters to the President of the United States, S. 8.

„To the whole extent of the greenbacks, the national banknotes and the coin certificates, the Treasury must find' itself liable for demands to be met in Gold, and must, of course, suspend payment even of its interest.

Bankruptcy of the people, such as is being now every where produced can have no result other than a bankruptcy of the Treasury and in that direction are we now moving at a constantly accelerated pace."

[2]) Vergl. Wagner, System der Zettelbankpolitik, Freiburg 1873 S. 71. Ferner: Wagner, Bd. I Schönbergs Handbuch a. a. O., S. 361.

„Besonders wichtig ist das Verbot kleiner Noten".

[3]) „The three most prosperous countries of the world etc.".

Das Datum dieser kleinen Broschüre von blofs zwei Seiten wird nicht angegeben. Sie mufs aber seit 1875 geschrieben sein, indem er darin von der Silberdemonetisierung in Deutschland spricht.

[4]) Our Future: Letter to Hon. A. E. Borie, Mai 22, 1869. Currency Inflation: Letter to Hon. B. on Brislow, Secretary of the Treasury, S. 7. Review of the Report of the Hon. D. A. Wells, special Commissioner of the Revenue: Letters on D. A. Wells S. 55, und öfters.

[5]) Contraction or Expansion: Letters to the Hon. Hugh Mc Culloch, Jan. 30 1866 p. 20.

gleichung[1]) zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, England u. s. w., worin er seine Inkompetenz für statistische Untersuchungen völlig bewies; drittens, dafs er das Blühen des Geschäftes in den Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges den „Greenbacks“ und vielem Papiergeld zuschrieb[2]); viertens, dafs er das beste, wenn nicht das einzige Mittel[3]) zur Wiederherstellung der Metallwährung

„I feel it a matter of positive duty most respectfully to ask you that you should once again examine this question with a view to satisfying yourself that at no time in our history has then existed any such plethora of paper money' as that of which you speak; and, that the supply of the medium of circulation is not only not in excess, but is, at this moment, so far below the real needs of our people that any attempt at further reduction must be attended with financial and political dangers of the most serious kind.“ Einen genügenden Kommentar für diese Meinung findet man in dem Geldkurse zu New York in demselben Monat. Der Preis des Geldes war 141, 2. (Von Hock Finanzen der Vereinigten Staaten, Stuttgart, 1867. S. 747.)

Es ist bekannt, dafs ein uneinlösbares Papiergeld, wenn es unter pari steht, im Geschäft einen Überschufs nicht zeigt. Eine Überschwemmung von Umlaufsmitteln verursacht eine spekulative Nachfrage, so dafs Amasa Walker in seinem Buche über Geld ganz richtig sagt: „Ein im Lande verbreitetes (unter pari stehendes) Umlaufsmittel wird am knappsten sein, wenn es am überflüssigsten ist.“ Es zeigt seinen Überflufs durch die Steigerung der Warenpreise, nicht durch die Thatsache, dafs es keine Nachfrage danach gibt.

[1]) Von Hock, Finanzen der Vereinigten Staaten, S. 566.

Die Art, wie Carey diese Zahlen erhält, ist übrigens sehr einfach, er hat die Geldmenge in England und Frankreich verdoppelt, jene der Union halbiert, in England die Wertpapiere aufser dem Gelde in Anschlag gebracht und in der Union nicht, und die grofsen Einöden des Westens als ebenso geldbedürftig wie die dichtbevölkerten Gauen Frankreichs und Englands hingestellt. Es ist diese Zahlenverdrehung die gewöhnliche Methode der Schutzzöllner, Carey gebührt jedoch das Verdienst, sie auch auf die Betrachtung der Geldverhältnisse übertragen zu haben.

[2]) Contraction or Expansion, S. 11.

„The whole history of the world has presented no case of a financial success so perfect.“ Er spricht hier von dem Ausgeben des Staatspapiergeldes (Greenbacks).

[3]) Sumner: History of American Currency, New-York, 1884. S. 327.

„To talk of resumption and of issuing the 44 millions or of establishing free banking on 5—20 's in the same breath is a contradiction. If we want specie payments we must have specie, and if we want specie, the entire history before us repeats to weariness that we must get the paper out of the way. It is not possible (to get specie) save by with drawing a portion of the paper.“

Wagner. Schönbergs Handbuch, Tübingen, 1882, II, S. 462.

„Im Prinzip . . . verdient daher doch die Wiederempörung des Kursus den Vorzug, obgleich man unvermeidlich dabei gröfsere finanzielle Opfer bringt und manche der früheren wirtschaftlichen Störungen, nur in umgekehrter Richtung,

ohne legale Devalvation in einem Lande unter solchen Verhältnissen (nämlich durch Einziehung des Überschusses von Papiergeld) entschieden tadelte und behauptete, dafs dies blofs zur Repudiation [1]) der Staatsschuld führen würde und dafs ein unausführbares Papiergeld (National Money) ein Schutz gegen die Konkurrenz und ein Beförderungsmittel des Gewerbfleifses, also ein grofser Segen des Landes sei.

Was das unausführbare Papiergeld betrifft, das er so lobt, so kann man sagen, dafs, wenn es nicht einlösbar wäre, seine Schwankungen im Werte gefährlicher sein würden, als irgend eine Schwankung im Preise des Goldes, die durch eine Krisis im Ausland hervorgebracht werden könnte, während auf der anderen Seite, wenn das Papiergeld einlösbar wäre, eine Krisis im Auslande noch fühlbarer sein würde, als wenn es nur Goldgeld gäbe, und diese Erscheinung würde um so schneller zu Tage treten, je kleiner der Barvorrat im Verhältnis zum Papiergelde wäre.

Richtig ist es, wenn Carey dem Geld einen sehr grofsen Einflufs in der Gesellschaft zuschreibt, falsch aber, wenn er das Geld eine Ursache des Verkehrs nennt. Es ist blofs als eine Bedingung eines leichten Verkehrs, als ein Mittel, und zwar kaum als ein mechanisches Mittel zu betrachten.

Er hat im allgemeinen recht, wenn er sagt, dafs die Preise der Rohmaterialien und die der Fabrikate die Tendenz zeigen sich zu nähern, aber er hätte einige Ausnahmen machen sollen; es ist nicht richtig, das Geld als die Ursache dieser Annäherung der Preise hinzustellen.

Wahr ist es aber, dafs das Geld nach den fortschreitenden Ländern strömt. Dies ist aber eine Folge des Verkehrs und nicht die Ursache, wie er meint. Obwohl er mit Recht einige der älteren Nationalökonomen kritisiert, weil sie eine allgemeine Erhöhung der Preise bei jeder Goldeinfuhr zu finden glauben, so hat er selbst doch ebensosehr geirrt, wenn er eine solche Erhöhung gar nicht zugeben will. Denselben Fehler hat er betreffs des Ausgebens der Banknoten gemacht.

---

dabei widerkehren ..... Man wird dabei in der Regel durch grofse Anleihen, die schwebende Papiergeldschuld vermindern und fundieren, den Rest wider einlösbar machen etwa in Banknoten verwandeln müssen."

[1]) The Public Debt, Local and National.

Letter to David A. Wells, Esq. Jan. 3. 1866, S. 15.

Contraction or Expansion, S. 38.

Entschieden falsch ist seine Meinung, dafs der Zins nur für die Nutzung des Geldes bezahlt wird, und sodann die damit zusammenhängende Meinung, dafs der Zinsfufs mit der Quantität des Geldes im Lande schwankt.

Seine Befürwortung des Freibanksystems und sein Tadeln des Banksystems Englands ist sehr einseitig, und wenn er so weit geht, das Geldsystem der Vereinigten Staaten zur Zeit des Bürgerkrieges zu loben und die Versuche, die Einlösbarkeit der Greenbacks wiederherzustellen, zu tadeln, so sieht man sogleich, dafs seine Geldlehre eine sehr mangelhafte, sogar gefährliche ist.

Kapitel VI.

Die Verteilung.

21.

Als allgemeines Gesetz der Verteilung des Reichtums gibt Carey folgendes an: „Der Anteil des Arbeiters nimmt (bei allen fortschreitenden Gemeinwesen) an relativer und absoluter Quantität zu, der des Kapitalisten nimmt an absoluter Quantität zu, an relativer aber ab [1]."

Die Tendenz dieses Gesetzes ist die, im Zustande des Menschengeschlechts Gleichheit zu erzeugen.

Wenn er nun dieses Gesetz beweisen und rechtfertigen und zeigen kann, dafs es allgemeine Gültigkeit hat im Normalzustande der Gesellschaft, wie er behauptet, dann sind seine Ansichten mit Recht optimistisch; dann hat er den Sozialisten, Nihilisten u. s. w. den Boden entzogen.

Wie Carey zu seinem Gesetz gelangt, kann für unseren Zweck nur mit seinen eignen Worten gebührend geschildert werden. Wir führen also dies ziemlich lange Citat an. In seiner Beweisführung setzt er Kolonisten in der Anfangsperiode der Gesellschaft voraus; der eine von ihnen ist Besitzer einer steinernen Axt, welche der andere entliehen hat. Nun entwickelt er das Gesetz folgendermafsen:

[2] „So wenig Arbeit auch mittelst der steinernen Axt verrichtet werden konnte, so war ihr Wert für den Besitzer gleichwohl sehr grofs; und deshalb mufste der Mann, der sie entlieh, einen hohen Preis für ihre Nutzung bezahlen. Da der letztere mit derselben an einem Tage mehr Holz fällte, als er ohne sie in einem Monat fällen konnte, sieht er seinen Lohn bedeutend erhöht, trotz der ansehnlichen

---

[1] Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 524.

[2] Ibid, S. 527 ff.

Quote, die sein Nachbar Kapitalist, der Eigentümer der Axt, in Anspruch nimmt.

Die Axt von Bronze, die demnächst erlangt wird, erweist sich weit nützlicher, und ihr Besitzer mufs nun, wenn die Nutzung derselben von ihm begehrt wird, im Auge behalten, dafs nicht nur die Produktivität der Arbeit beträchtlich zugenommen, sondern zugleich auch die Arbeitsquantität, die man auf die Produktion einer Axt verwenden mufs, sehr abgenommen hat. Er verlangt deshalb nur zwei Dritteile von dem Produkte des weit nützlicheren Werkzeugs. Die Verteilung kann nun aufgestellt werden wie folgt:

	Gesamtertrag.	Anteil des Arbeiters.	Anteil des Kapitalisten.
Axt von Stein	4	1	3
Axt von Bronze	8	2,66	5,33

Der Arbeitslohn beträgt nun mehr als das Doppelte, weil der Arbeiter eine erhöhte Quote der zugleich vermehrten Quantität erhält. Der Anteil des Kapitalisten hat sich dagegen nicht ganz verdoppelt, da er eine verminderte Quote derselben vermehrten Quantität erhält. Die Stellung des Arbeiters, die zuerst nur wie 1 zu 3 war; ist jetzt wie 1 zu 2, und seine Kraft, selbst ein Kapitalist zu werden, hat sonach bedeutend zugenommen.

Kommt dann die Axt von Eisen zur Anwendung, so nehmen die Kosten der Reproduktion abermals ab, während die Proportionen der Arbeit im Vergleich zum Kapital zugenommen haben. Das neue Werkzeug spaltet doppelt so viel Holz, als man mit der Axt von Bronze spalten konnte, und doch ist ihr Besitzer genötigt, sich mit der Hälfte des Ertrages zu begnügen. Die neue Verteilung gestaltet sich nun, wie folgt:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Axt von Stein	4	1	3
Axt von Bronze	8	2,66	5,33
Axt von Eisen	16	8	8

Indem dann die Axt von Stahl folgt, wird der Ertrag abermals verdoppelt, unter weiterer Verminderung der Produktionskosten, und jetzt mufs sich der Kapitalist mit einer geringeren Quote begnügen, und die Verteilung wird folgende:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Axt von Stahl	32	19,20	12,80

Der Anteil des Arbeiters hat also zugenommen, und da auch der Ertrag bedeutend zugenommen hat, ist die Vermehrung seiner Quantität sehr ansehnlich. Der Anteil des Kapitalisten hat zwar

verhältnismäfsig abgenommen, allein da der Ertrag so sehr zugenommen hat, ist die Herabsetzung der Proportion von einer bedeutenden Vermehrung der Quantität begleitet, und so gewinnen beide durch die Verbesserungen, welche bewerkstelligt werden. So lautet das grofse Gesetz, das die Verteilung der Arbeitsprodukte vorschreibt. Das hier aufgestellte Gesetz ist nun in bezug auf alle Arten von Kapital gültig.

„Ebenso verhält es sich mit den Gelde.

„Brutus nahm beinahe 50 Prozent für die Nutzung desselben, und zur Zeit Heinrichs VIII. war der gesetzliche Zins 10 Prozent. Seitdem ist er so sehr gefallen, dafs jetzt 4 Prozent der festgesetzte britische Zinsfufs ist. Ein Sinken wie dieses liefert den stärksten Beweis dafür, dafs die Arbeiten der Gegenwart täglich produktiver werden, dafs der Wert aller Lebensbedürfnisse, nach Arbeit bemessen, stets fällt, dafs sich der Arbeiter gleichzeitig mit dem Kapitalisten erhebt und dafs der wahre Mensch mehr und mehr ausgebildet wird.“

Von Böhmbawerk in seinem Buch über Kapitalzins[1]) hat auf die ungeheuere Verworrenheit von Careys Beweisführung aufmerksam gemacht.

Das Beispiel von der Axt, wenn es richtig ist, zeigt blofs, dafs der Mietzins gefallen ist. Die Gröfse dieses Mietzinses wurde mit der Gröfse des Gesamtertrages in Vergleich gezogen, den ein Arbeiter mit Hilfe der Axt hervorbringen kann. Wenn der Kapitalist anstatt der Axt selbst, Geld, um eine Axt zu kaufen, ausgeliehen hätte, so wäre der Zins ein Verhältnis des Zinsbetrages zum Wert des Kapitalstocks, und nicht zum Gesamtertrag, den die Arbeit mit Hilfe des Kapitals herorgebracht hat. Dafs dies etwas ganz anderes, möge folgendes Beispiel zeigen.

Setzen wir den Fall, dafs ein armer Fischer, der nicht Geld genug hat, um sich die nötigen Geräte zu verschaffen, bei einem Kaufmann Geld borgt, für welches er sich die ihm fehlenden Werkzeuge kauft. Um mit Carey besser vergleichen zu können, nehmen wir an, dafs der Fischer an einem See in Amerika wohnt, wo das Recht zum Fischen frei ist. Er nimmt zwei Mark und der Kaufmann sagt: „Gib mir nach einer Woche die zwei Mark zurück, und als Zinsen, für das Kapital entweder 5% desselben, oder 5% des Gesammtertrages, den du mit Hilfe desselben bekommen hast.“ Wenn nun der Fischer nicht sehr unglücklich ist, so kann er

[1]) Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorieen, Innsbruck 1884, S. 184.

wenigstens 5 Fische pro Tag fangen, und kann dieselben zu 40 Pfennig verkaufen. Am Ende der Woche geht er wieder zum Kaufmann, um seine Rechnung abzumachen. Er hat 35 Fische gefangen. Der Gesamtertrag also, in Geld ausgedrückt, beträgt 14 Mark, und er hat die Wahl, etweder 2,10 Mark zu bezahlen, wenn er die Reinzinsen bezahlen will, oder 2,70 Mark, wenn er Careys Mietzins bezahlt. 5% des Gesammtertrags ist in diesem Falle also 7 mal soviel als 5% des Kapitalstocks, und doch hat Carey sie unter dasselbe Gesetz gestellt.

Seine Beweisführung lautet immer auf den Gesamtertrag, und dann sieht er es plötzlich als bewiesen an, dafs die Zinsen, d. h. der Prozentsatz des Kapitalstocks derselben Regel folgen. Er behauptet, ohne einmal zu versuchen, es zu beweisen. „Das hier aufgestellte Gesetz ist nun in bezug auf alle Arten Kapital gültig.“

Es ist nun gewifs klar, dafs seine Beweisführung für den Zins gar nicht gilt.

Von Interesse ist es aber, seiner Beweisführung betreffs des Arbeitslohnes etwas weiter zu folgen, ehe die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Gesetzes selbst in Betracht gezogen wird.

In seiner Voraussetzung hat er viele Umstände aufser acht gelassen, was Lange[1]) in humoristischer Weise so klar gezeigt hat. Bleiben wir bei seinem Beispiel, setzen wir aber die Lage etwas genauer voraus.

Wenn der Axtbesitzer und der sog. Arbeiter, der die Axt geliehen hat, allein sind, so kann der Besitzer seine freie Zeit benutzen, um neue Erfindungen zu machen. Der Arbeiter hat keine Zeit für eine solche Thätigkeit zu verwenden.

Wenn nun die Axt von Bronze erfunden wurde, so wurde sie natürlich von dem Kapitalisten erfunden, oder wenigstens gleich von ihm gekauft, was auch Carey zugeben würde, und der Besitzer-Kapitalist würde also sagen: „Wenn du anstatt der steinernen Axt die von Bronze brauchen willst, wodurch du zweimal so viele Bäume fällen kannst, so gieb mir $^5/_6$ des ganzen Produkts.“ Dies scheint dem Arbeiter schwer; doch weil damit seine Lage verbessert werden wird, geht er den Vertrag ein. So auch bei der Axt von Eisen und der von Stahl erhält der Kapitalist $^7/_8$ und $^9/_{10}$ des ganzen Produkts und nun stellt sich die Tabelle so:

---

[1]) J. S. Mill's Ansichten über die Sozial-Frage und die angebliche Umwälzung der Sozial-Wissenschaft durch Carey. Duisburg, 1866 S. 219 ff.

	Gesamtbetrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Axt von Stein	4	1	3
„ „ Bronze	8	1,33	6,66
„ „ Eisen	16	2	14
„ „ Stahl	32	3,2	28,8

Diese Tabelle zeigt die Lage des Arbeiters als eine immer zunehmende, doch aber in geringerem Grade als die des Kapitalisten.

Wenn nun blofs ein Kapitalist auf der Insel wäre, und viele Arbeiter, die Konkurrenz machten, so könnte der Kapitalist sich um so schneller emporheben. Wenn eine Konkurrenz unter den Kapitalisten vorhanden wäre und verhältnismäfsig wenig Arbeiter, dann bekämen die Arbeiter mehr Macht, und könnten ihre Lage auf Kosten des Kapitalisten verbessern. Solche Spekulationen sind aber alle fast nutzlos, gerade wie Careys, weil sie die wirkliche Gesellschaft aufser Betracht lassen.

Diese zweite Tabelle ist aber ebenso vernünftig als die seinige, und ist wenigstens ebenso wahrscheinlich.

Soviel über Careys Beweisführung. Es ist nötig hinzuzufügen, dafs er den Unternehmergewinn als solchen gar nicht berührt, was an sich seine Theorie sehr benachteiligt.

Wenn er von „Profit“ spricht, so meint er den Gewinn des Handelsmannes, des Kaufmanns, behandelt ihn aber als unter demselben Gesetz wie der Zins stehend. In seinen frühern Werken — das ist wahr — finden wir den Unternehmergewinn in einer Form berührt, wo er geneigt ist, ihn mit der Rente [1]) zu vereinigen, aber nach seiner sogenannten Widerlegung der Renttheorie, als einer Zahlung für die Benutzung eines Naturagenten, finden wir ihn nicht.

Er hat aber unzweifelhaft die grofse Masse der Arbeiter vor Augen, wenn er von einem zunehmenden Theil der Produkte für die Arbeiter spricht, und wir werden also Zins, Unternehmergewinn und Rente, als Kapitaleinkommen im Gegensatz zum Lohne betrachten.

---

[1]) Principles of Political Economy, Vol. I p. 328. „It might be termed with equal correctness rent, which can be received only by a laborer, or wages which can be received only by the proprietor of a natural agent.“ Dann sagt er weiter, dafs dieser Gewinn ein Überbleibsel von dem regelmäfsigen Lohn sei und also am besten Rente genannt wird. Mit dieser Ansicht kann man übereinstimmen, und es ist merkwürdig, dafs er sie in seinen letzten Werken wegfallen läfst.

22.

Obwohl seine Beweisführung an sich unzulänglich ist, so ist es doch von Wichtigkeit zu fragen, was es für Gründe dafür gibt und inwieweit sie eine richtige Theorie ist. Bastiat hat dieselbe Theorie gehabt, und in der letzten Zeit hat ein Amerikaner Edward Atkinson ein vortreffliches Buch über den Lohn geschrieben, worin er dieselbe Theorie mit viel gröſserer Geschicklichkeit verteidigt und mit einer gutgearbeiteten Statistik unterstützt hat, während die Theorieen Cairnes, Jevons und Walkers mit einigen Modifikationen, die aber sehr wesentlich sind, noch eine groſse Ähnlichkeit zeigen.

Careys Lohntheorie nun ruht auf seiner Werttheorie. Der Wert aller Arten von Produkten zeigt die Tendenz zu sinken, während zu derselben Zeit — was natürlich zum groſsen Teil die Ursache dieses Sinkens ist — das Kapital die Tendenz hat, immer produktiver zu werden.

Es ist klar, daſs der Gewinn des Kapitals (Rente, Zins und Unternehmergewinn) und die Löhne der Arbeiter, beide aus den Produkten gezogen werden, wenn man eine längere Zeit betrachtet.

Wenn nun Kapital und Arbeit durch neue Erfindungen und zunehmende Geschicklichkeit produktiver werden, so kann das Kapital einen gleichen Prozentsatz oder einen noch höheren Prozentsatz des Kapitalstocks von einem geringeren Bruchteil der Produkte bekommen. Wenn wir das Beispiel einer Fabrik annehmen, deren Kapital 100 000 Mark beträgt, so würde ein Produkt von 20 000 Mark jährlich, wenn wir es zwischen Kapital und Arbeit in gleichen Quantitäten teilen, dem Kapital einen Gewinn von 10 % liefern. Wenn nun durch eine neue Erfindung dasselbe Kapital mit derselben Zahl von Arbeitern und mit gleichen Kosten überhaupt in den Stand gesetzt wird, ein Produkt von 30 000 Mark zu bekommen, so würde das Drittel desselben genügen, dem Kapital den Gewinn von 10 % zu liefern, anstatt der Hälfte wie früher. Wenn nun keine andern Momente vorhanden wären, so könnten die Arbeiter für ihren Lohn anstatt 10 000 Mark 20 000 bekommen.

Carey hat einen solchen Fortschritt vor Augen gehabt und angenommen, daſs die Arbeiter die Macht haben, einen groſsen Teil dieser zunehmenden Produkte für sich zu behalten, während die Kapitalisten nur einen kleinen Teil derselben bekommen. Er hat auch bemerkt, daſs der Zinsfuſs in einem fortschreitenden Lande gewöhnlich mit der Zeit niedriger wird, was seines Erachtens noch

mehr zu gunsten der Arbeiter ausfällt, indem die Kapitalisten dadurch zeigen, dafs sie mit einem noch kleineren Gewinn zufrieden sind. Diese Ansicht nun hat sehr viel für sich, und es ist kaum zweifelhaft, dafs die Arbeiter in Amerika wenigstens in einigen Zweigen einen solchen Fortschritt gemacht haben.

Carey hat aber in seiner Beweisführung auf einige Momente, die das Resultat wesentlich beeinflussen, sehr wenig Rücksicht genommen und sie in seinem Resultate gar nicht betont. Er hat bei der Erörterung dieser Frage die Produkte nur so weit verfolgt, als sie sich noch in den Händen der sie erzeugenden Kapitalisten und Arbeiter befinden. In der That aber werden die meisten Produkte aller zivilisierten Länder nicht von den Produzenten selbst konsumiert, sondern erst verkauft, um hierdurch in die Hände der Konsumenten überzugehen. Mit Ausnahme der Produkte der kleinen Landbesitzer gehen fast alle Produkte durch das Verkaufen und Kaufen in die Konsumtion über. Sie werden also erst als Produkte in Geld oder Geldäquivalent umgetauscht, und das, was unter den Kapitalisten und den Arbeitern verteilt wird, ist nicht das Produkt selbst, sondern das Tauschäquivalent desselben in Geld ausgedrückt, obwohl es nicht immer gerade Geld zu sein braucht. Dadurch kommen natürlich der Preis und die Konsumenten als sehr wesentliche Faktoren in das Problem hinein, was Carey in der Wirkung fast übersehen hat.

Auf Seite 122 des dritten Bandes seiner „Social Science" findet man in einem Citat von Peshine Smiths „Manual of Political Economy" dieses Prinzip völlig anerkannt, und es ist gewifs, dafs Carey es hätte anerkennen müssen, da es ja seine Werttheorie sehr betont. Deshalb ist es um so merkwürdiger, dafs er ein Prinzip, das in vielen Fällen die Arbeiter gänzlich verhindert ihre Lage zu verbessern, und das fast immer gegen sie ist, gar nicht erörtert hat.

Gerade so wie das Kapital produktiver wird, hat der Preis der Produkte die Tendenz zu fallen, so dafs es sehr wohl möglich wäre, dafs eine Fabrik ihre Produktion verdoppeln könnte, ohne einen gröfseren Gewinn für den Kapitalisten oder einen gröfseren Lohn für die Arbeiter zu verursachen. In der Lösung der Frage, inwiefern dieses Prinzip wirken kann, liegt die Lösung des Problems der Verteilung des Reichtums.

Es ist nun vielleicht sicher anzunehmen, dafs die Konkurrenz unter den Kapitalisten, die Geld leihen, und unter den Unternehmern grofs genug ist, um ihren Gewinn im allgemeinen nicht zu hoch

steigen zu lassen. Der Zinsfuſs sinkt regelmäſsig, bis er ein ziemlich niedriger ist, und es gibt Geldleiher genug in einem alten reichen Lande, um ihn im allgemeinen niedrig zu halten.

Obwohl der Gewinn der Unternehmer viel ungleichartiger ist, und einige sehr groſsen, andere sehr geringen oder gar keinen Gewinn erzielen, so kann man doch einen durchschnittlichen Gewinn annehmen, der nicht allzuhoch über dem Landeszinsfuſs steht, obwohl natürlich etwas höher. Dieser durchschnittliche Gewinn wird nicht die Tendenz zeigen sich zu vergröſsern, in dem Maſse wie das Land in der Zivilisation steigt, sondern er folgt im groſsen und ganzen dem Zinsfuſs, oder geht vielmehr in gleichem Schritte mit demselben. Damit ist natürlich nicht gesagt, daſs ein solches Sinken des durchschnittlichen Gewinnes irgendwie regelmäſsig ist, noch daſs man es in einzelnen Fällen beobachten kann, aber jene Tendenz ist vorhanden und wird in längerer Zeit in gröſseren Territorien bemerkbar werden.

Die Grundrente hat zwar die Tendenz sich zu erhöhen, obwohl natürlich viel schneller in einem neuen blühenden Lande, wie die Vereinigten Staaten, als in einem alten dichtbevölkerten, wie England oder Deutschland, — in allen übrigens ganz ungleichartig, — aber sie kann auch in diesem Falle mit zu den Produktionskosten gerechnet werden und wird die Resultate nicht wesentlich beeinflussen. In diesem Kapitel also betrachten wir sie in der obigen Weise.

Im groſsen und ganzen nun ist es sicher, daſs der Kapitalist (Grundbesitzer, Geldleiher und Unternehmer) seinen Gewinn erst aus den Produkten erhält und daſs das übrigbleibende auf die Arbeiter übergeht. Da sie es aber in Geld — oder das Geldäquivalent — erhalten, so spielen die Preise auch hier ihre Rolle, wie früher gesagt wurde.

Wenn nun die Preise bei jedem Sinken der Produktionskosten verhältnismäſsig heruntergehen, so wird es unmöglich, daſs der Arbeiter einen gröſseren wirklichen Lohn erhält, wenn er nicht auch die betreffende Ware konsumiert. In diesem Falle hat er einen Vorteil von dem Fortschritt der Industrie, der gerade durch die Erniedrigung dieses Preises und das Quantum, das er konsumiert, zu bemessen ist. Wenn man aber den verhältnismäſsig kleinen Umfang der Arbeiterkonsumtionsfähigkeit bedenkt, so sieht man gleich, wie sehr langsam die Lage des Arbeiters sich verbessern würde, wenn die Preise immer so sehr bei jeder Erniedrigung der Produktionskosten herabsänken.

Cairnes[1]) nun ist der Meinung, dafs dies in Wirklichkeit geschieht und dafs — wenn man von längeren Zeiten und ganzen Ländern spricht — die Produktivität der Industrie den Betrag der Löhne und der Gewinne nur in soweit beeinflufst, als sie ein Herabsinken der Preise der Güter bewirkt, welche die Arbeiter konsumieren. Wenn wir den Gewinn aufser acht lassen und blofs die Löhne betrachten, so sehen wir, dafs nach Cairnes' Ansicht die wirklichen Löhne der Arbeiter nur so weit und so schnell steigen werden, als die Preise ihrer Konsumtionsmittel herabgehen. Dagegen glaubt Carey, dafs auch der Geldlohn bedeutend steigen wird. Walker sagt, dafs ein Fonds für die Steigerung der Löhne in dem zunehmenden Betrag der Produkte existiert und dafs die Löhne schneller steigen werden, wenn die Arbeiter die Macht haben sie zu nehmen, während Atkinson behauptet, dafs die Löhne in Amerika in Wirklichkeit nach diesem Gesetz gestiegen sind, während der Gewinn der Unternehmer verhältnismäfsig langsamer sich steigerte. Die Erscheinung sei als allgemeine Regel aufzustellen, bei der es freilich manche Ausnahmen gäbe.

Eine solche[2]) bildet, wie Atkinson sagt, die Eisenfabrikation Englands, gleich nachdem die Steinkohlen in der Fabrikation gebraucht wurden. Es war eine dichte Bevölkerung in den Bergwerken, die geschickt genug war diese Arbeit zu leisten, aber sonst ungebildet, unwissend und also unfähig, nach einem vorteilhafteren Ort zu gehen oder in einem anderen Lande industrielle Unternehmungen zu gründen. Unter diesen Verhältnissen könnten die Eisenfabrikanten die Löhne niedrig und die Preise des Eisens hoch halten und somit eine Zeitlang enorme Gewinne erzielen.

So kann es auch in den meisten Fällen da sein, wo es ein faktisches Monopol gibt. In den andern Fällen aber würden entweder die Preise der Waren fallen oder die Löhne steigen, oder es konnte beides in geringerem Grade geschehen, und das letztere würde nach ihm die Regel sein. Carey würde hier mit ihm übereinstimmen.

Wenn nun die Arbeiter irgend eines Geschäftszweiges die nötige Intelligenz besitzen, so können sie, hauptsächlich wenn sie auch gehörig organisiert sind, eine Steigerung ihrer Löhne durchsetzen, wenn das Geschäft höhere Erträge erzielt, aber sie hindern dadurch,

---

[1]) Some Leading Principles of Political Economy Newly Expounded, London, 1883, Part II Chap. V.

[2]) Atkinson: The Distribution of Products, New York and London 1885 S. 79.

dafs die Preise der betreffenden Ware verhältnismäfsig heruntergehen. Diese Erhöhung der Löhne hat jedoch ihre ziemlich engen Grenzen.

Wenn z. B. die Zunahme der Produktivität durch eine neue Erfindung hervorgebracht worden ist, die Ware eine im internationalen Verkehr gewöhnliche ist und die Erfindung allgemein bekannt wird, so konnten die Löhne in einem Lande aus diesem Grunde nicht verhältnismäfsig höher steigen, als in den anderen konkurrierenden Ländern, weil es sonst konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt werden und in diesem Falle das Geschäft nicht gedeihen würde. Es bestände hier allerdings eine Ausnahme für diejenigen Arbeiter eines Landes oder für das Land, welche Intelligenz und Geschicklichkeit genug besäfsen, um selbst die Erfindung besser als die anderen zu verwerten, aber eben blofs infolge dieser geistigen Überlegenheit. Ein niedriger Grad der Intelligenz der Arbeiter, und also der Selbstsorge durch Organisation u. s. w. hindert, soweit er die Löhne niedrig hält, in einem Lande gerade so sehr diese Arbeiter in einer erfolgreichen Konkurrenz mit den Arbeitern anderer Länder, als er der Verbesserung der Lage des gesamten in- und ausländischen Arbeiterstandes im Wege steht, indem dadurch die Preise der Fabrikate herabgehen, was auch auf die Löhne einen empfindlichen Druck ausüben mufs. Soweit die Arbeiter nun Konsumenten sind, soweit liegt natürlich die Herabdrückung der Warenpreise in ihrem Interesse.

Im grofsen und ganzen aber, hauptsächlich wenn man die Grofsindustrie ins Auge fafst, wird das Lohninteresse des Arbeiters nicht durch sein Interesse als Konsument in der oben geschilderten Weise völlig aufgewogen.

So hat Carey auch weiter den Einflufs einer zunehmenden Zahl der Arbeiter nicht genügend gewürdigt. Eine übermäfsig grofse Anzahl Arbeiter in irgend einem Geschäftszweige gibt durch ihre gegenseitige Konkurrenz dem Unternehmer die Macht, die Löhne entsprechend zu kürzen. Das erste Resultat aber wird, wenn das Geschäft gröfsere Erträge abwirft, dies sein, dafs der Gewinn erhöht wird; bald aber wird die Konkurrenz eine Herabdrückung der Preise bewirken, und zwar nicht nur in dem einen Lande, sondern in allen konkurrierenden Ländern wird dieser Preisrückgang der Fabrikate eine Erhöhung der Löhne unmöglich machen. Folgendes sind nun die Resultate, die man aus diesen Betrachtungen ziehen mufs.

Es liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, dafs die Löhne

der Arbeiter erhöht werden, nicht nur in ihrem eignen Lande, sondern auch in allen konkurrierenden Ländern. Hierin gerade könnte man die Rechtfertigung von internationalen Arbeitervereinen finden, wenn sie vernünftig geleitet würden. Bei niedrigen Löhnen eines Landes liegt es im Interesse der Arbeiter des Auslandes, nicht „Arbeit zu machen", sondern durch Anwendung von Maschinen und sonstigen Mitteln Arbeit zu ersparen und dieselbe produktiver zu gestalten; denn der Preis wird im allgemeinen durch die Höhe der Produktionskosten derjenigen Gegend bestimmt, welche notwendig noch zur Produktion herangezogen werden mufs, um den Bedarf zu befriedigen; es haben also diejenigen, die mit geringerer Arbeit produzieren, die gröfsere Summe als Lohn unter sich zu verteilen. Daraus erhellt, dafs es für die Arbeiter am vorteilhaftesten ist, das Kapital so produktiv wie möglich zu gestalten, denn dadurch wird ein gröfserer Fonds gestiftet, den man zwischen ihnen und den Kapitalisten teilen kann, nämlich das Produkt selbst.

Wir wiederholen die oben gegebene Idee, dafs der wirkliche Kampf am Ende im grofsen und ganzen nicht zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter geführt wird, sondern zwischen Arbeiter und Konsumenten. Es ist, wie früher gesagt, wahr, dafs es Fälle gibt, wo die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter profitiert haben, wie z. B. in England in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, aber die Kapitalisten im allgemeinen halten durch ihre gegenseitige Konkurrenz ihren Gewinn niedrig genug.

Wenn die Preise der Produkte verhältnismäfsig hoch stehen, so können die Löhne ebenfalls hoch sein, aber wenn sie sinken, so müssen die Löhne, wenn die Arbeit nicht produktiver wird, in einiger Zeit auch sinken, so dafs die Produktionskosten sich verringern.

So weit hat Carey recht, obwohl er das Interesse des Konsumenten dabei nicht genug betont hat.

Er hat auch den Einflufs einer zu starken Konkurrenz zwischen den Arbeitern übersehen, die durch eine zu schnelle Zunahme in ihrer Zahl hervorgerufen wird, er glaubt vielmehr, dafs diese Wirkung durch einen Schutzzoll, welcher eine Vervielfältigung der Beschäftigung bewirken soll, vermieden werden würde, während in der That der augenblickliche Einflufs eines solchen Zolles in vielen Fällen der wäre, dafs das Kapital im Lande noch unproduktiver würde, also die entgegengesetzte Wirkung hervorbrächte. Das Endresultat eines solchen Zolles könnte gut sein, wie wir nachher sehen werden, aber Carey hat die Einschränkung gar nicht gemacht.

Ein anderer von Walker in seinem Buch „The Wages Question [1]" hervorgehobener Einfluſs, den das frühe Heiraten der Arbeiter ausübt, ist der, daſs die Arbeiter mit viel gröſserer Schwierigkeit von einem Orte zum anderen oder von einem Geschäftszweig zum anderen übergehen können. In vielen Fällen ist dieser Einfluſs ein noch bedenklicherer, als bloſs die Erzeugung einer gröſseren Zahl von Arbeitern; denn dadurch wird die Macht der Arbeiter noch mehr verringert.

Der Hilfsmittel gegen eine zu groſse Zahl der Arbeiter gibt es zwei, erstens das alte von Malthus gegebene: Selbstbeherrschung der Arbeiter, was Carey zwar verspottet und was vielleicht in der Gegenwart und bei der gegenwärtigen Bildung der Arbeiter kaum zu erwarten ist, und zweitens eine Vervielfältigung der Industrie, nicht durch die künstliche Vermehrung in einem Lande wo sie nicht am Platze sind und worin das Kapital nicht vorteilhaft angelegt werden kann, was Carey in der That befürwortet, obwohl er dies nicht deutlich ausspricht, — sondern vielmehr durch die Gründung von neuen Industriezweigen, die neue Bedürfnisse befriedigen. Dies ist zu erwarten meistens durch die Anwendung von neuen Erfindungen, und wenn man bedenkt, was für Fortschritte in dieser Richtung die letzten 50 Jahre hervorgerufen haben, (wir erinnern bloſs an die durch die Elektrizität bewirkten Umgestaltungen in der Gütererzeugung), so darf man wohl behaupten, daſs gerade darin ein groſser Segen für die Arbeiter liegt, wenn sie die Gelegenheit richtig benutzen können. Dafür scheint noch die allgemeine Bildung das hoffnungsvollste Mittel zu sein, durch welches ihnen diese Macht verliehen wird.

Es ist wahr, daſs der Unternehmer zwischen dem Konsumenten und dem Arbeiter steht, aber er würde im allgemeinen lieber die Preise hoch halten als die Löhne niedrig, um sein Geschäft aufrecht zu erhalten. Sehr häufig wird er aber genötigt seine Preise herunterzusetzen durch die Konkurrenz, und so ist er es auch, der die Löhne herabsetzt, weil er dazu genötigt wird. Die Hilfsmittel müssen von seiten der Arbeiter kommen.

Es muſs hier wieder betont werden, daſs die Regierung durch Schutzzölle oder anderen solche Mittel den Arbeitern dauernd nicht helfen kann. Sie kann ihnen bloſs Sicherheit, gute Bildung und Chancen verschaffen, weiter nichts.

---

[1]) New York, 1882.

Günstige Konjunkturen u. s. w. werden zuweilen den Arbeitern Gelegenheit geben, ihre Lage zu verbessern — ihren „Standard of Life“ zu erhöhen, und dadurch bekommen sie Macht ihre Lage noch mehr zu verbessern. Alle diese verschiedenen Punkte läfst Carey unberücksichtigt, und doch sind sie in der That sehr wesentlich. Man mufs auch natürlich hinzufügen, dafs sie gar nicht unter eine Regel zu stellen sind, und das einzige, das man für die Arbeiter in dieser Hinsicht thun kann, ist, ihnen eine gute Bildung zu geben, welche sie befähigt die Gelegenheit richtig zu benutzen.

Carey hat wahrscheinlich in den Vereinigten Staaten die Lage der Arbeiter ziemlich genau beobachtet, und konstatiert, dafs sein Gesetz in vielen Fällen wenigstens für sie zutreffend war; aber er hat uns nichts Wertvolles in seinen Büchern darüber gegeben.

In seinen Principles of Political Economy, als er noch Freihändler war, sagte er (Seite 463 Band II), dafs die Arbeiter in England einen grofsen Teil des Produktes behalten konnten, während sie in Frankreich einen langsam zunehmenden Anteil erlangt haben. In seinen späteren „Principles of Social Science“ sucht er durch Zahlen zu beweisen, dafs die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in England sich nicht verbessert, sondern vielmehr in den letzten hundert Jahren verschlimmert hat, während in Frankreich nicht nur ihre wirkliche Lage sich verbessert, sondern ihre „Quote“ des Produkts zugenommen hat.

Was seine Zahlen für England betrifft, so hat er nicht genug angeführt, um sie rationell kritisieren zu können. Die Broschüre Giffen über die Lage der Arbeiterklassen in England, die dieser 1884 herausgab, stimmt mit Careys Lohntheorie überein, indem Giffen bewiesen zu haben glaubt, dafs die Reichen nicht individuell reicher geworden, obwohl ihre Zahl sehr zugenommen hat, während die Zahl der Armen sehr abgenommen und ihre Lage sich sehr verbessert hat. Dies spricht aber gegen Careys Meinung, dafs die freihändlerische Politik Englands die Lage der Arbeiter verschlimmert.

In seiner Betrachtung der Lage Frankreichs gibt er Zahlen an[1]), um zu zeigen, dafs die Lage der Arbeiter nach seinem Gesetz nicht nur absolut, sondern auch relativ, mit der Lage der Kapitalisten verglichen, sich verbessert hat und dafs also eine Gleichheit zwischen den verschiedenen Klassen hervorgerufen wird.

---

[1]) Principles of Social Science, Vol. II p. 50 ff.

Er hat aber, wie Lange[1]) richtig sagt, den einzelnen Arbeiter mit der Summe der beschäftigten Arbeiter verwechselt. Wenn wir seine eignen Zahlen acceptieren, so beweist er, dafs der einzelne Arbeiter einen höheren Lohn bekommt, die Summe der Arbeiter einen gröfseren Teil der ganzen Produkte erhält (von 1813—1840 aber nicht, und seine Zahlen reichen nicht weiter als bis 1840); dafs der Einzelne aber einen gröfseren Teil der Produkte bekommen hat, hat er nicht bewiesen, und das wäre nötig, um seine Hypothese zu rechtfertigen. In der letzten Zeit von 1813—1840 zeigen seine eignen Tabellen, dafs der Anteil der einzelnen Grundbesitzer noch schneller wüchse, wenn ihre relative Anzahl nicht so schnell stiege, was kaum zu erwarten ist, obwohl wir die Zahlen dafür nicht haben.

Careys Lohntheorie hat in der letzten Zeit eine wertvolle Unterstützung gefunden in einem Buch über „The Distribution of Products“ von Edward Atkinson.

Der Verfasser hat sich durch ein eingehendes statistisches Studium überzeugt, dafs das Gesetz von Bastiat — das Careysche — wenigstens in den Vereinigten Staten gilt, und hat diese Ansicht mit gutem Erfolg unterstützt und verteidigt.

Wir geben im Anhang II einige Tabellen aus diesem Werke, die die Resultate der Forschung für zwei Baumwollfabriken von 1830—1884 angeben, und die besonders noch eine gute Erläuterung und Unterstützung des Careyschen Gesetzes für die Vereinigten Staaten bilden.

Der Verfasser hat seine Studien über viele Arten der Industrie ausgedehnt und findet bei allen eine ähnliche Erscheinung. Das Resultat kann man folgendermafsen angeben: [2])Es ist eine regelmäfsige Abnahme in den Arbeitsstunden gewesen mit einer Zunahme in dem Stundenlohn; eine Abnahme in dem Geldwert der Maschinerie — d. h. in dem Verhältnis des Kapitals zur Produktion, mit einer Zunahme in seiner produktiven Wirksamkeit; eine immerwährende Zunahme des Betrags der Baumwollfabrikate per capita, mit einer Abnahme des Preises; eine ununterbrochene Zunahme der Kaufkraft der Golddollars im Vergleich mit fast allen Subsistenzmitteln, indem nur wenige Artikel, wie Fleisch und Holz, im

---

[1]) Mills Ansichten, a. a. O. S. 215.

[2]) Vergl. Atkinson: The Distribution of Products, New York and London 1885, S. 65.

Preise gestiegen sind. Es kann kaum ein Zweifel darüber herrschen, dafs der Lohn in Massachusetts während der letzten 26 Jahre von 28 bis 40 Cents pro Tag für jede Person sich erhöht, und dafs jeder Dollar auch eine gröfsere Kaufkraft hat.

Wir geben Carey also recht in seinem Lohngesetz, soweit es die am meisten fortschreitenden Länder betrifft, bemerken aber, dafs seine Beweisführung für das Gesetz ganz unzulänglich ist, dafs er den Zins und Unternehmergewinn vermischt hat und ihre verschiedene Natur nicht klar auseinander gehalten, dafs er ferner die Umstände, die die Wirkung seines Gesetzes verhindern und oft ganz aufheben, nicht angegeben und erörtert hat, dafs also seine Behandlung des Lohngesetzes als unvollkommen betrachtet werden mufs.

Kapitel VII.

Ricardo und Malthus.

23.

In seiner Theorie der Grundrente hat Carey sich viel Mühe gegeben, die Ricardosche Rententheorie zu widerlegen. Zunächst betrachten wir seine Kritik derselben.

Wir geben Ricardos Theorie selbst, ohne auf seine bekannte Beweisführung durch ein Beispiel von Land verschiedener Qualität einzugehen. Seine Definition lautet [1]:

„Grundrente ist jener Anteil der Produkte der Erde, der dem Landbesitzer für die Nutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens gezahlt wird.“ Dann heiſst es weiter:

„Nur weil der Grund und Boden nicht unbeschränkt in Quantität und gleich in Qualität ist, und weil während der Zunahme der Steigerung der Bevölkerung Boden von einer schlechteren Qualität oder von ungünstigerer Lage bebaut werden muſs, wird Grundrente für die Nutzung desselben gezahlt. Wenn bei fortschreitender Wirtschaftsentwickelung auch Land des zweiten Fruchtbarkeitsgrades bebaut wird, dann wird auf dem Boden erster Qualität Grundrente erzielt, und der Betrag der Rente wird von dem Unterschied der Qualität dieser beiden Grundstücke abhängen“ [2].

Wir sehen, daſs bei Ricardo die Grundrente auf dem Unterschied zwischen den Erträgen zweier Grundstücke beruht, die zu

---

[1]) „Rent is that portion of the produce of the earth which is paid to the landlord for the use of the original and indestructible powers of the soil.“ Ricardos Works, a. a. O. S. 34.

[2]) „Rent is always the difference between the produce obtained by the employment of two equal quantities of Capital and Labor“ (on Land), S. 36.

derselben Zeit bebaut werden. In seiner Beweisführung hat er zwar angenommen, dafs das beste Land zuerst bebaut wird und dann mit dem Zuwachs der Bevölkerung das schlechtere u. s. w. Das Resultat wäre, — unter dem Einflufs des Malthusschen Gesetzes, — dafs die Grundbesitzer des Landes der besseren Qualität eine immer steigende Proportion der Erträge desselben erhalten würden. Dies bildet aber keinen Teil der Rententheorie, die mit Land von verschiedenen Qualitäten oder Verschiedenheit der Lage zu derselben Zeit zu thun hat, gleichviel ob das beste oder das schlechteste zuerst bebaut worden ist.

Betrachten wir nun Careys Erörterung dieser Theorie. Er gibt erst die Ricardosche Theorie an, und zwar in folgender Weise. Er sagt[1]: „Seine Doktrinen in ihrer einfachsten Form sind in den folgenden Sätzen enthalten:

Erstens: Da beim Beginn der Bodenkultur die Bevölkerung noch gering und das Land im Überflufs zu haben ist, werden nur diejenigen Ländereien angebaut, deren Eigenschaften den gröfsten Arbeitsertrag erwarten lassen, indem ein gewisses Arbeitsquantum z. B. mit hundert Quarter Korn bezahlt wird.

Zweitens: Da mehr Land bebaut wird, wenn die Bevölkerung an Dichtheit zunimmt, so stellt sich die Notwendigkeit ein, auch weniger fruchtbare Ländereien anzubauen, und man mufs dann zu den Ländereien zweiter, dritter und vierter Qualität übergehen, die bei derselben Arbeitsmenge nur neunzig, achtzig und siebzig Quarter eintragen.

Drittens: Mit der wachsenden Notwendigkeit, auf diese Art die Arbeit weniger produktiv zu verwenden, entsteht die Grundrente, und der Besitzer von Nr. 1 wird in den Stand gesetzt, zehn Quarter zu verlangen und auch zu erhalten, sobald man zu Nr. 2 übergeht; und er kann zwanzig Quarter verlangen, wenn Nr. 3 nutzbar gemacht wird, und dreifsig Quarter, wenn es notwendig wird Nr. 4 anzubauen.

Viertens: Der Anteil des Grundherrn steigt also beständig, wenn die Produktivität der Arbeit abnimmt, und die Verteilung wird sich in folgender Weise gestalten:

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 539.
Past, Present and Future, p. 21.
Principles of Social Science, Chap. XLII.

[1]	Gesammtertrag.	Arbeit.	Rente.
In der ersten Periode, wo Nr. 1 allein angebaut wird	100	100	00
„ „ zweiten „ „ Nr. 1 u. 2 „ werden	190	180	10
„ „ dritten „ „ Nr. 1 bis 3 „ „	270	240	30
„ „ vierten „ „ Nr. 1 bis 4 „ „	340	280	60
„ „ fünften „ „ Nr. 1 bis 5 „ „	400	300	100
„ „ sechsten „ „ Nr. 1 bis 6 „ „	450	320	130
„ „ siebenten „ „ Nr. 1 bis 7 „ „	490	250	240

Hier hätten wir also eine Tendenz zur schliefslichen Absorption des ganzen Ertrages durch den Grundeigentümer und zu stets wachsender Ungleichheit der Stellung, indem die Kraft des Arbeiters, die von ihm produzierten Lebensbedürfnisse zu konsumieren, dauernd abnimmt und die des Grundeigentümers, dieselben als Rente zu beanspruchen, ebenso beständig zunimmt.

Fünftens: Diese Tendenz zur Verminderung des Arbeitsertrags und zur Vergröfserung der Quote des Grundherrn steht in geradem Verhältnis zum Zuwachs der Bevölkerung und herrscht dort am meisten vor, wo die Bevölkerung am schnellsten wächst; sie wird aber einigermafsen verringert durch die Zunahme des Reichtums, die eine Verbesserung der Kultur zur Folge hat.

Sechstens: Jede derartige Verbesserung hemmt das Steigen der Grundrente, während jedes der Verbesserung entgegenstehende Hindernis dieses Steigen vermehrt; und die notwendige Folge davon ist die, dafs die Interessen des Grundbesitzers und des Arbeiters miteinander immer im Streite liegen, dafs die Grundrente fällt, wenn der Arbeitsertrag steigt, und umgekehrt dieser fällt, wenn jene steigt.“

Carey fährt dann fort: [2]„Man wird ersehen, dafs das ganze System auf der Behauptung der Existenz eines einzelnen Faktums beruht; nämlich, dafs beim Beginn der Bodenkultur zu der Zeit, wann die Bevölkerung klein und Land also im Überflufs vorhanden ist, diejenigen Ländereien allein bebaut werden, die bei einer bestimmten Quantität Arbeit den gröfsten Ertrag in Aussicht stellen.

Dieses Faktum existiert, oder es existiert nicht. Wenn es nicht existiert, so fällt das System zusammen. Dafs es nicht existiert, dafs es nie in einem Lande existiert hat, dafs seine Existenz der Natur der Dinge entgegen ist, das beabsichtigen wir jetzt zu zeigen.“

---

[1]) Die Zahlen in den verschiedenen Büchern sind nicht gerade dieselben, aber das Prinzip ist in allen dasselbe.

[2]) Past, Present and Future, S. 23.

Hier sieht man, dafs Careys behauptete Widerlegung der Ricardoschen Theorie blofs auf eine Verkennung der Theorie selbst gebaut ist.

Wie gesagt, stützt sich diese Theorie gar nicht auf den Gang der Ansiedelung, sondern auf die verschiedenen Qualitäten des zu derselben Zeit bebauten Grund und Bodens, oder auf die verschieden günstige Lage desselben. Carey hat also gegen einen von ihm selbst erfundenen Strohmann gefochten.

Carey sucht nun aber mit grofser Ausführlichkeit durch eine historische Betrachtung des Ganges der Entwickelung der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten, Mexiko, Westindien, Süd-Amerika, Grofs-Britannien, Frankreich, Holland, Rufsland, Deutschland, Italien und in fast allen Weltteilen zu zeigen, dafs immer und überall der erste Ansiedler mit dem schlechtesten Boden begonnen hat, und dafs er mit dem Zuwachs der Bevölkerung und des Reichtums den besseren Boden — d. h. den mit Wald und Sumpf bedeckten — in Angriff genommen hat, dafs also überall, wo die Bevölkerung zunimmt, ein Fortschritt zu besserem Boden besteht. „Wir kennen keine Ausnahme von dieser Regel,“ sagt er, „und wir sind der Überzeugung, dafs keine existiert oder existieren kann. Sie wäre den Gesetzen der Natur zuwider“[1]).

Er kann natürlich ein solches Gesetz nicht anführen. Nur ganz allgemein ist zu sagen, dafs man in einem neuen Lande, das vorwiegend der Landwirtschaft dient, den leichteren Boden zuerst bebaut. Man braucht natürlich immer den Boden, der für den jedesmaligen Zweck am geeignetsten erscheint und der bei verschiedenen Völkern, bei verschiedenen Arten der Beschäftigung, z. B. Landwirtschaft, Fischerei, Handel, Fabrikation u. s. w., verschieden ist. So könnte auch, wenn man nur die Landwirtschaft in einem friedlichen Lande ins Auge fafst, die zweite Generation, wenn nicht schon die erste, in vielen Gegenden das beste Land bebauen. Die späteren sodann würden keinen weiteren Fortschritt in dieser Richtung machen, obwohl die Zivilisation in hohem Grade sich steigern könnte. Von einem regelmäfsigen Fortschritt durch Generationen also, zu einem immer besseren Boden ist keine Rede. Allerdings kann man auch umgekehrt nicht behaupten, dafs zunächst das Land erster Qualität zur Produktion herangezogen werde, und in der That hat Carey für schwachbevölkerte Gegenden wohl meistens recht.

[1]) Past, Present and Future, p. 34.

Überhaupt kann man nicht leugnen, dafs diese Entdeckung Careys betreffs des Ganges der Ansiedelung und seine weitere Ausführung, worin er darauf aufmerksam macht, dafs die fruchtbarsten Ländereien der Welt (nämlich die in den Tropen) noch nicht angebaut worden sind, eine weit bessere Begründung eines langdauernden Kulturfortschrittes des Menschen gegeben hat, als es die früheren Ansichten vermochten.

Die Aussicht ist für die kommenden Generationen noch günstiger, wenn man bedenkt, dafs mehr, als die Hälfte des fruchtbarsten Bodens der Welt[1]) noch nicht bebaut worden ist. Wenn aber selbst die Tropengegenden noch angebaut werden können, was zweifelhaft ist, so spricht dies doch nicht gegen das Ricardosche Rentengesetz.

Carey hat ein sehr wesentliches Moment der menschlichen Kultur, nämlich den Einflufs der Anwendung neuer Geräte, von Erfindungen aller Art und neuen Methoden der landwirtschaftlichen Kultur mit Recht betont. Unzweifelhaft haben diese neuen Methoden einen Einflufs, der grofs genug ist, um die Folgen des schnellen Zuwachses der Bevölkerung in einem neuen Lande aufzuheben. So ist es auch unzweifelhaft, dafs manche sehr ergiebige Bodenarten, Sümpfe u. s. w. ohne eine dichte Bevölkerung nicht zu bebauen sind.

Gerade diese beiden Thatsachen zeigen von neuem die Wichtigkeit der Theorie Careys vom Gange der Ansiedelung. Obwohl sie Ricardos Gesetz nicht berührt, ist sie dennoch von allergröfster Bedeutung für die Kultur. Wenn man regelmäfsig von besserem Boden zu schlechterem übergeht, so steigt fortdauernd auch die Menge derjenigen Arbeit, die notwendig ist, um eine bestimmte Quantität Nahrungsmittel zu produzieren; es erhöhen sich also die Grundrenten, und der Grundbesitzer bekommt einen immer zunehmenden Teil des Betrages. Wenn Careys Theorie richtig ist, so wird die Erlangung von Nahrungsmitteln mit der Zeit leichter, der schlechtere Boden wird verlassen, und die Grundrente wird regelmäfsig sinken, während der Grundbesitzer einen immer abnehmenden Bruchteil des Ertrages bekommt.

Carey hat nun, wie gesagt, für einige Länder in bestimmten Zeiten unzweifelhaft recht, und es ist sein unbestreitbares Verdienst, die übertrieben pessimistischen Anschauungen der alten Nationalökonomen ins rechte Licht gesetzt zu haben. Allerdings begeht er wiederum den Fehler, dafs er sein Gesetz für allgemein gültig

[1]) Marshall: Economics of Industry, a. a. O. p. 25.

erklärt und Ricardos Grundrententheorie mit einigen, von anderen daraus gezogenen Konsequenzen verwechselt. Diese Konsequenzen waren zum Teil gerechtfertigt, aber nicht ganz, und Carey hat nur die Schwächen derselben gezeigt.

Man mufs auch zugeben, dafs Ricardo hier betreffs des Fortschritts des Menschen ebenso einseitig vorgegangen ist wie Carey. Sie sind beide von demselben Punkt ausgegangen, wie Held[1]) sagt, nämlich, dem dafs immer das Land zuerst bebaut wird, welches unter den jeweiligen Umständen das beste ist. Ricardo hat die Verhältnisse in England vor Augen, Carey trotz seiner weithergeholten Beispiele diejenigen Amerikas.

Ricardo hat nicht genug betont, dafs die Entfernung vom Markt einen ebenso grofsen, wenn nicht gröfseren Einflufs hat, als die Verschiedenheit der Qualität des Bodens, und hat weiter viel zu wenig Nachdruck auf den Einflufs der Verbesserungen in der Bodenkultur gelegt. Er betrachtet sie blofs als vorübergehende, von dem Malthusschen Gesetz bald überholte, was kaum zu rechtfertigen ist. Der Wortlaut seiner Definition, worin er von den „ursprünglichen und unzerstörbaren[2]) Kräften“ des Bodens spricht, ist gleich sehr zu tadeln, da es keine solchen Kräfte giebt. Dafs er vor der Zeit der Liebigschen Entdeckungen geschrieben hat, ist dafür vielleicht eine genügende Entschuldigung.

Mufs man auch Ricardo einen gewissen Vorwurf machen, so ist doch zuzugeben, dafs sein Gesetz als solches von Carey ungeschädigt bleibt.

Die Zunahme der Bevölkerung, wenn sie über die am besten zum Bebauen des Landes geeignete Zahl steigt, und die Verbesserung der Bebauungsmethoden wirken in entgegengesetzten Richtungen, und es ist unmöglich zu sagen, welche in jedem einzelnen Fall die Übermacht bekommen wird; also hat weder Ricardo, noch Carey in dieser Hinsicht unbedingt recht.

Die ganze Frage, soweit sie mit der Malthusschen Lehre zu

---

[1]) Carey und das Merkantilsystem, a. a. O. S. 132.

[2]) Vergl. man die Def. von von Thünen. „Was nach Abzug der Zinsen vom Wert der Gebäude, des Holzbestandes, der Einzäunungen und überhaupt aller Wertgegenstände, die vom Boden getrennt werden können, von den Gutseinkünften noch übrig bleibt und somit dem Boden an sich angehört, nenne ich Grundwert.“ Der isolierte Staat, Berlin 1875, S. 14. Eine Def., die mit dem Geist der Ricardoschen genau übereinstimmt, die aber genauer ausgedrückt ist.

hun hat, basiert auf der Thatsache, dafs eine zunehmende Anwendung von Kapital auf den Boden ein gleichmäfsig zunehmendes Produkt tnicht erzielen kann.

Wie Cairnes (Logical Method p. 35) ganz richtig sagt, ist diese Thatsache nicht durch historische oder statistische Beispiele zu beweisen oder zu widerlegen, sondern durch ein faktisches Experiment auf dem gegenwärtigen Boden. Jeder Landwirt nun, der einen neuen, besonders einen weniger fruchtbaren Boden bebaut, anstatt mehr Kapital auf das früher bebaute Land zu verwenden, zeigt deutlich, dafs seiner Ansicht nach ein gröfserer Aufwand auf das früher bebaute Land nicht lohnt, was gerade Malthus behauptete.

Wenn Carey also von dem Einflufs der neuen Erfindungen redet, so hat er nur gezeigt, dafs in den meisten Ländern für die gegenwärtige Generation kein Anlafs zu Befürchtungen vorhanden ist; aber den eigentlichen Punkt hat er gar nicht berührt.

Prüfen wir nun Careys Rententheorie, um zu sehen, ob er etwas Besseres bietet als Ricardo.

Seine Deduktion des Entwickelungsganges der Verteilung zwischen dem Grundbesitzer und dem Pächter, oder, wie er sie nennt zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter, haben wir früher erwähnt. Als der Arbeiter zu dem ersten Grundherrn kam, um sein Land zu mieten, sagte letzterer zu ihm: [1] „Da du mit diesem Gute in einem Tage so viel Nahrung gewinnst, als du ohne dasselbe in einer Woche gewinnen könntest, so wird dein Lohn um die Hälfte erhöht sein, wenn du mir drei Vierteile des Ertrages abgibst“. Sie schliefsen den Vertrag ab, und nun „können beide Beteiligte mehr Zeit und Arbeit auf die Verbesserung der Produktionsmittel verwenden“. Das Resultat ist, dafs der Arbeiter mehr Macht gewinnt, — der Kapitalist nicht, wie es scheint, obwohl er viel mehr Zeit hat, um Erfindungen u. s. w. zu machen, — so dafs bei dem nächsten Vertrag der Arbeiter nur drei Fünfteile zu bezahlen braucht; und es geht in ähnlicher Weise weiter, wie wir früher bei dem Beispiel von der steinernen Axt gesehen haben. Die Quote des Arbeiters steigt regelmäfsig, die des Kapitalisten sinkt ebenso regelmäfsig, obwohl, dank der zunehmenden Fruchtbarkeit des Bodens, diese kleinere Quote eine gröfsere absolute Quantität repräsentiert.

Lange [2] hat schon darauf aufmerksam gemacht, dafs der Arbeiter schon früher leben mufste, und, wenn die Verhältnisse normal waren,

[1] Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 537.

[2] Mills Ansichten u. s. w., Duisburg 1866, S. 224.

auch mit seiner Familie. Das wäre aber ein sonderbares Stück Land, dessen Ertrag von der Arbeit eines einzelnen Arbeiters genug für vier (Lange sagt sechs) Familien wäre.

Carey hat ganz übersehen, dafs der Kapitalist durch seinen Vertrag so viel Zeit erspart, dafs er noch mehr Land erwerben kann, und in dieser Weise — denn seine Rente gibt ihm genug, um andere Arbeiter zu bezahlen — schreitet er viel schneller vorwärts, als der Pächter seines Landes. Aufserdem hat er vergessen, dafs der Arbeiter kein Kapital hat, vielmehr setzt er voraus, dafs er genug hat, so dafs der Kapitalist keineswegs einen Druck auf ihn ausüben kann. Kurz, er hat hier alle wirklichen Verhältnisse beiseite gesetzt, um sich mit Phantasiebildern zu täuschen.

„Grundrente (sagt Carey) wird für die Nutzung der Verbesserungen bezahlt, welche die Arbeit für das Land oder auf demselben zustande gebracht hat, und welche Gegenstände des Reichtums ausmachen.“ [1]) Die Beweise dafür sind, dafs das Land für die Kosten desselben im allgemeinen nicht verkauft werden kann. „Der Preis, den man für den Boden bezahlt, repräsentiert einen Teil und oft einen sehr kleinen Teil der Kosten desselben.“ „Es gibt in den Ver. Staaten nicht eine Grafschaft, einen Landesbezirk, nicht ein Dorf oder eine Stadt, die man für die Kosten verkaufen könnte; oder eins, dessen Rente den Zinsen der Arbeit und des Kapitals, das man darauf verwendet hat, gleicht“ [2]). Dies bedeutet einfach, dafs der Preis des Grund und Bodens durch die darauf verwendete Arbeit und das Kapital bestimmt wird. Warum der Preis diesem Kapital nicht genau gleicht, wird unten gesagt. „Wenn die Theorie Ricordos wahr wäre, so sollte der Verkaufspreis das darauf verwendete Kapital plus dem Wert der wahren (d. h. Differenzial-) Rente sein.“ Carey hat bei diesem Beweis, wie Prof. Walker treffend bemerkt, zuviel bewiesen. Wenn der Verkaufspreis des Bodens dem darauf verwendeten Kapital gleich käme, so wäre dieses Faktum ein Beweis. Diesen Unterschied erklärt Carey, indem er sagt, dafs viel Arbeit unzweckmäfsig gebraucht wird, und dafs der Reproduktionspreis fortwährend sinkt. Er weifs aber nichts Exaktes vorzubringen, und wenn er sagt, ein Teil sei vergeudet worden, so kann man fragen: warum ist nicht mehr vergeudet worden? Man kann dadurch zu keinem Schlufs gelangen.

---

[1]) Past, Present and Future, p. 62.
„Rent is paid for the use of the improvements, which labour has accomplished for, or on, land and which constitute items of wealth.“

[2]) Ibid, p. 58—60.

Wie ist nun aber die Thatsache zu erklären, dafs in vielen Fällen der Boden für den Betrag des auf denselben verwendeten Kapitals nicht verkauft werden kann? Einfach dadurch, dafs das Kapital, welches man auf Häuser, Drainage, Dünger u. s. w. verwendet, nicht nur Zinsen, sondern auch eine Amortisationsquote erhält. Es gibt fast keine Art Verbesserung, die ein Pächter für längere Zeit, z. B. für 30 Jahre, nicht vorteilhaft anlegen kann, ohne dafür von dem Landbesitzer bezahlt zu werden, und solche Verbesserungen: Häuser, Scheunen, Drainage u. s. w. werden regelmäfsig von Pächtern angelegt.

Careys Rententheorie erklärt nicht die verschiedenen Rentenbeträge, die von verschiedenen Grundstücken mit denselben Kapitalanlagen bezahlt werden können.

Er hat das Land also blofs als Kapital betrachtet, und dies deshalb, weil er denkt, dafs das Land ohne Kapital und Arbeit keinen Wert habe. Grund und Boden wird von ihm rein als Produkt vergangener Arbeit aufgefafst — eine höchst einseitige Auffassung. Held[1]) hat ihn wegen dieser Einseitigkeit getadelt, hat aber darin mit ihm übereingestimmt, dafs der Grund und Boden als Kapital aufzufassen sei. Uns scheint es zu weit zu gehen, blofse Appropriation als produktive Arbeit aufzufassen, oder die Grundrente — die Differenzialrente im Gegensatz zu der wirklichen Geldpacht — als unter dem Gesetz des Angebots und der Nachfrage stehend zu betrachten. Angebot und Nachfrage bestimmen teilweise die Preise der Produkte, und also die Grundrente in Geld ausgedrückt, die eigentliche Rente des Ertrags aber nicht. Was die Geldpacht betrifft, so ist sie natürlich durch Angebot und Nachfrage in den einzelnen Fällen gröfstenteils geregelt. Die Differenzialrente auf der andern Seite wird blofs durch die verhältnismäfsige Fruchtbarkeit und günstige Lage des betreffenden Stück Landes und die des am schlechtesten bebauten Bodens geregelt. Ein solcher Differenzialzins existiert gar nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Es ist wahr, dafs alle Arten des Kapitals nicht beliebig vermehrbar sind, wenn „beliebig“ zeitlich aufgefafst wird, und es könnte also der Besitzer besserer Werkzeuge z. B. kurze Zeit eine Differenzialrente bekommen. Dies ist aber nicht dauernd und aufserdem sind dies keine reinen Zinsen.

Die meisten Arten des Kapitals sind praktisch (obwohl

---

[1]) Carey und das Merkantilsystem, a. a. O. S. 37.

nicht streng genommen faktisch) beliebig vermehrbar mit gleichem oder noch geringerem Aufwand von Arbeit und früheren angesammelten Kapitals. Der Grund und Boden dagegen ist faktisch und praktisch unvermehrbar, in bezug entweder auf den Umfang oder auf die Fruchtbarkeit, ohne einen immer zunehmenden Aufwand von Arbeit und Kapital. Einen bemerkenswerten Unterschied findet man, wenn man den Grund und Boden, der keine Rente bezahlt, in Betracht zieht. Hier ist ein Teil des Landes, der wegen seiner Lage oder seiner schlechten Qualität keinen Reinertrag abwirft. Im Kapital aber findet man keine ähnliche Kategorie. Es ist wahr, dafs Kapital eine Zeitlang tod liegen kann, ohne einen Ertrag zu liefern. Dies ist aber als ein Zufall zu betrachten und hat nichts mit der Natur des Kapitals zu thun. Man könnte natürlich in Zeiten einer Krisis auf Fabriken hinweisen, die nicht nur keinen Profit machen, sondern vielmehr grofse Verluste haben. Dies hängt aber von äufseren Verhältnissen ab und ist keineswegs als Regel für irgend eine Art Kapital anzusehen. Hier sind Gegensätze, die schroff genug sind, um es zweckmäfsig erscheinen zu lassen, jeden für sich zu betrachten.

Interessant ist es, den Einflufs der sie umgebenden Zustände auf die verschiedenen Autoren zu beobachten. Carey wohnte in dem östlichen Teil der Vereinigten Staaten, wo der Reichtum schnell wächst, wo aber dies durch die Fabriken meistens hervorgebracht wird, und wo die Landspekulation nicht grofs ist. Es war unzweifelhaft wahr, dafs das Land in den meisten Fällen in seiner Gegend für weniger als das darauf verwendete Kapital verkauft war, wie er sagt.

Henry George dagegen, der in der Mitte der Landspekulation Kaliforniens lebte, der häufig einen Verkauf von Land zu mehr als der Summe des darauf verwendeten Kapitals gesehen hatte, schreibt der Grundrente eine ungeheure Bedeutung zu.

Der Landspekulant nahm erst das am besten situierte Land, und die Ansiedler Kaliforniens waren reich genug, so dafs sie bald die fruchtbarsten Ländereien besafsen. George also, wie Ricardo, denkt, dafs die Zivilisation erst in den Thälern und den fruchtbaren Ländereien emporkam [1]). Er stimmt aber mit Carey darin überein, dafs die erste Bedingung des Fortschritts die Assoziation sei.

---

[1]) Progress and Poverty, New York 1882, p. 458.
„Civilization naturally first arises in the great valleys and table lands where we find its earliest monuments."

George hat die Bedeutung der Grundrente ebenso überschätzt, wie Carey sie unterschätzt hat, und dadurch ist seine Auffassung der jetzigen Lage der Vereinigten Staaten ebenso pessimistisch, wie die Careys optimistisch. Beide Ansichten sind aber leicht zu erklären aus den Erfahrungen der Männer selbst.

24.

In allen gröfseren Werken Careys findet man Malthus und Ricardo oft genannt und häufig mit einem Hafs, einer Verachtung, als ob sie Verbrecher oder Gottesleugner wären. Über seine mehr formelle Widerlegung Ricardos haben wir schon gesprochen. Seinen Angriff auf Malthus findet man besonders in seiner „Sozialwissenschaft Kap. XLVI—XLIX".

Er gibt zu, dafs, wenn die Zeugungstendenz eine positive wäre, so dafs eine Verdoppelung der Bevölkerung in irgend einer regelmäfsigen Periode dadurch verbürgt, eine Übervölkerung der Erde das notwendige Resultat wäre. Eine solche Zeugungstendenz kann aber nicht existieren, denkt er und ruft in tiefer Verehrung des Weltschöpfers: „Können aber solche Dinge wirklich eintreten, ist es möglich, dafs der Schöpfer so sehr mit sich selbst in Widerspruch geriet?" u. s. w. Sein Argument der Weisheit Gottes übergehen wir und überlassen es ihm und dem Geistlichen, dessen Theorie er zu widerlegen sucht. Seine positive Widerlegung aber, wenn sie richtig wäre, besteht in der Leugnung irgend einer solchen Zeugungstendenz, wie sie Malthus seiner Meinung nach angenommen hat.

Zutreffend hat er gesagt, dafs es ein Gesetz des menschlichen Lebens gebe, das für die Fortdauer des Geschlechts sorgt; dafs aber das Verhältnis der Reproduktion nicht so fixiert und beschränkt ist, um es in Zahlen ausdrücken zu können; dafs keine regelmäfsige arithmetische oder geometrische Progression in der Zunahme der Menschen oder der Nahrungsmittel in allen Ländern oder zu allen Zeiten existiert.

Es ist aber wesentlich, hier zu bemerken dafs Malthus die Worte „arithmetische und geometrische Progression" mehr beispielsweise brauchte, man thut ihm Unrecht mit der Annahme, er selbst habe an eine solche regelmäfsige Progression geglaubt. Wahr ist es, dafs diese Tendenz existiert und dafs im allgemeinen die Fähigkeit und Neigung dazu existiert.

Wenn Carey aber weiter behauptet, dafs man, um eine Übervölkerung zu verhindern, nicht nur einen moralischen Zwang, eine

vorsichtige Zurückhaltung ausüben kann, sondern dafs, um diesen Zweck zu erreichen, ein Gesetz in die Struktur der Reproduktionsorgane selbst verwebt ist, dafs also ein physisches Gesetz die gewünschten Resultate erlangt, so hat er damit etwas behauptet, was die letzten Forschungen der Wissenschaft nicht für bewiesen erachten.

Das Gesetz ist nämlich nach seinen Worten folgendes:

[1]) Das Nervensystem variiert in gleichem Verhältnis, wie die Kraft, das Leben zu erhalten;

der Grad der Fruchtbarkeit variiert in umgekehrtem Verhältnisse zur Entwickelung des Nervensystems, indem die Tiere mit grofsem Gehirn am wenigsten, die mit kleinerem Gehirn am meisten fruchtbar sind;

die Kraft, das Leben zu erhalten, und die Erzeugungskraft stehen miteinander im Gegensatz, und dieser Gegensatz wirkt beständig hin auf die Herstellung eines Gleichgewichts."

Wie man sich also von der Natur emanzipiert und also seine physischen Kräfte weniger braucht im Verhältnis zu den geistigen Kräften, verliert man die Zeugungskraft.

Wir finden auch bei Carey (Principles of Social Science. Chap. III. — Handbuch der Sozialwissenschaft S. 44) das falsche Argument, das Henry George so betont hat, nämlich, dafs die niedrigen Tiere und die Nahrungsmittel überhaupt sich schneller vermehren als die Menschen. „Überall sonst", sagt er, „steht die Vermehrung in umgekehrtem Verhältnis zur Entwickelung. — Die Nachkommenschaft eines Karpfenpaares soll in drei Jahren Tausende von Billionen betragen, die eines Kaninchenpaares in zwanzig Jahren Millionen, die eines Elefantenpaares dagegen kaum einige Dutzende. Wenn wir aber die höchste Form erreichen, so hören wir von einem neuen Gesetze, kraft dessen sich der Mensch in geometrischer Proportion vermehrt, während die Vermehrung der zu seinem Gebrauch erforderlichen Lebensbedürfnisse auf die arithmetische Proportion beschränkt ist."

Dies beweist klar genug, dafs er Malthus einfach mifsverstanden hat. Weder Malthus noch irgend ein Malthusianer leugnet, dafs die Kartoffeln, die Hasen, die Fische, der Weizen u. s. w. die Tendenz haben, sich noch viel schneller zu vermehren als der Mensch selbst.

Das ist aber gar nicht die Frage, vielmehr handelt es sich um

---

[1]) Handbuch der Sozialwissenschaft, S. 612.

die faktische Vermehrung der Menschen im Vergleich mit dem Zuwachs der Nahrungsmittel.

Carey vergifst, dafs Erde und Meer ihre Grenze haben, wie Lange ganz richtig sagt, er vergifst auch, dafs die Wesen — Tiere und Pflanzen im Wettbewerb stehen.

Ist es Faktum oder nicht, dafs die faktische Vermehrung der Nahrungsmittel „unter dem Einflufs des Wettbewerbs mit andern Organismen und der menschlichen Arbeit auf einer gegebenen Bodenfläche“ gröfser ist und gröfser bleiben kann, als die natürliche unbegrenzte Vermehrung der Menschen? oder ist die Vermehrung der Menschen durch die faktische langsame Vermehrung der Nahrungsmittel gehemmt? Dies ist die Frage, und alle Worte also über die Tendenz der Vermehrung der Tiere u. s. w. sind keine Beweise für oder gegen die Theorie.

Wenn also Careys Behauptung, dafs die Lage der Menschen in jenen Ländern am günstigsten ist, wo die Bevölkerung am schnellsten wächst, wahr ist, so spricht sie nicht gegen die Theorie.

Malthus hat gar nicht geleugnet, dafs dies möglich wäre. Wenn die unzivilisierten Menschen mit ihrer dünnen Bevölkerung und ihrem Jägerleben genötigt sind, ihren Wohnort zu ändern, weil die Jagdtiere selten geworden sind, so ist diese Thatsache ein Beweis des Malthusschen Gesetzes, obgleich damit nicht gesagt ist, dafs das Land nicht fähig ist, zehnmal soviel Menschen zu ernähren. So ist auch die Thatsache, dafs es noch viel Land gibt, welches genügt, um die Menschenrasse Millionen von Jahren zu verpflegen, nichts gegen die Thatsache, dafs es in Wirklichkeit wegen Mangel an Nahrung nötig gewesen ist, dafs ein Teil der Bevölkerung eines Landes auswanderte. Die Frage ist nicht nach der Fruchtbarkeit der Erde, noch nach ihrem Umfang, sondern nach ihrer Produktivität mit der jedesmaligen menschlichen Arbeit.

Wie zu erwarten war, knüpft Carey hier auch ein Argument für das Schutzzollsystem an, indem er sagt, dafs in den Vereinigten Staaten die Freihandelsperioden in einem grofsen Zuwachs des Pauperismus und anderer Erzeugnisse der Übervölkerung geendet haben, während diese Phänomene ohne Ausnahme fast von dem Augenblick der Restauration des Schutzzolls an verschwunden sind.

Wie gewöhnlich bringt er Beispiele von allen Weltteilen, um seine Argumente damit zu stützen. Alles aber hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob die Zeugungskraft abnehme mit der

Steigerung der Kulturzustände der Menschen. Das ist durch wissenschaftliche Untersuchungen nicht bewiesen, also dürfen wir Careys Theorie nicht acceptieren.

Aufserdem ist es Thatsache, dafs die Zunahme der Bevölkerung in England und Deutschland gleichen Schritt mit der Steigerung der Kultur in diesem Jahrhundert gehalten hat, was sehr gegen die Theorie Careys spricht.

Wenn seine Theorie aber wahr wäre, so wäre dies keine Widerlegung der Malthusschen Theorie, wenn es nicht auch bewiesen wäre, dafs die Bevölkerung überhaupt in Reichtum und Kultur steigt. Obwohl dies wahrscheinlich wahr ist, so hat Carey es doch nicht bewiesen — wie wir früher gesehen haben, — trotzdem er den Versuch für Schutzzoll-Länder wenigstens gemacht hat; also kann er noch weniger einen Anspruch auf die Widerlegung Malthus' erheben.

Kapitel VIII.

Der internationale Verkehr.

25.

Wenn man nicht wüſste, daſs Carey in den früheren Jahren seiner schriftstellerischen Thätigkeit Freihändler war und als Freihändler seine Wert- und Lohn-Theorie veröffentlicht hat, so könnte man leicht zu der Vermutung gelangen, sein ganzes System sei bloſs zur Verteidigung des Schutzzolles geschrieben. Denn in allen seinen späteren Werken tritt diese Frage immer wieder als Grundprinzip hervor. Für alle ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse — man kann hinzufügen auch für die moralischen (denn Carey hat den engen Zusammenhang zwischen Wohlhabenheit und Moralität, Pauperismus und Verbrechen richtig betont) — findet er ein genügendes Heilmittel in dem Schutzzollsystem. Von Natur bedarf man zuerst einer Assoziation mit seinen Mitmenschen; diese wird am besten durch einen Schutzzoll gefördert; man braucht Verschiedenheit der Beschäftigung, um untereinander zu verkehren; das „Britischfreihandelsystem“ zerstört den Verkehr, der Schutzzoll fördert ihn. Um frei zu sein, muſs der Arbeiter hohe Löhne bekommen, muſs er einen Absatz für seine Produkte finden, hohe Preise für dieselben erzielen; ein Land braucht eine dichte Bevölkerung u. s. w., und das beste, ja das einzige Mittel, um all diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist ein Schutzzollsystem.

Dieses System scheint nun, soweit dies aus Careys bezüglichen Schriften hervorgeht, die hauptsächlichste und vor allem auch dauernde Maxime der Politik bilden zu sollen [1]). Ein altes

[1]) The Harmony of Interests, S. 73.

„Abolish protection and immigration will cease, and commerce will diminish, for there will be less cloth and iron to be exchanged against labor. Make protection perfect and permanent and immigration will increase rapidly, for there will be more cloth and iron to be exchanged against labor.“

Land, wie England, schildert er, als ob es im Verfall begriffen sei, und ein Hauptgrund dafür soll dessen freihändlerische Politik sein, die nicht nur für England selbst, sondern für alle andern mit ihm durch Verkehr verbundenen Länder schädlich wirkt. Dieselbe Politik soll für ein neues Land, wie die Vereinigten Staaten, ebenso verderblich sein. Kurz, in keinem seiner Werke findet man ein Land als ein für freihändlerische Politik günstiges geschildert. Alle freihändlerischen Länder sind nach Carey dem Verderben geweiht, während die schutzzöllnischen im gleichen Grade blühen. Er macht auch bei dem Zolle keinen Unterschied zwischen Rohprodukten und Fabrikaten. Die Kohle und die Wolle sollen wie die Eisenfabrikate und die Wollfabrikate geschützt werden. Es ist wahrscheinlich, dafs er in der Praxis einen Unterschied gemacht haben würde, aber er stellt kein Prinzip für eine solche Unterscheidung auf, sondern spricht vielmehr oft, als ob es besser wäre, ein fast prohibitives System [1]) zu haben, bis das Land nicht mehr genötigt sein würde seine Produkte an das Ausland zu verkaufen. Gegen diese Auffassung seiner Politik aber finden wir in dem Vorwort seine Principles of Social Science [2]), die Annahme, dafs durch ein Schutzzollsystem eine nach längerer Zeit vollständige Freiheit des Verkehrs erlangt sein würde.

So sagt er auch Principles of Social Science Vol. III p. 442, dafs, da die Erzielung einer Verschiedenartigkeit der Beschäftigungen das Ziel des Schutzzolles und das System vorübergehend sei, —

---

[1]) The Harmony of Interests, S. 67.

„Protection is right or wrong. Free trade is right or wrong. If protection is right, it should be complete and fixed, until no longer needed. If free trade is right, custom houses should be abolished.

[2]) Seite XIV.

„he [the author] felt then no hesitation in admitting that he had been in error [nämlich in seinen früheren freihändlerischen Büchern], nor in expressing his belief that it was through the adoption of protective measures we were ultimately to obtain an entire freedom of trade.“ Vergl. aber folgendes: „Protection looks to raising the value of labor, and thus promoting the annexation of individuals, and the establishment of perfect free trade between ourselves and the people of Europe by inducing them to transfer themselves to our shores.“

Dies wäre vermutlich kein sehr befriedigendes Freihandelsystem für die betreffenden europäischen Länder.

Vergl. auch Harmony of Interests Seite 135, wo derselbe Plan, Freihandel zu begründen durch Einwanderung und Annexion des Territoriums Mexiko, Kanada u. s. w., befürwortet wird.

die Tendenz des letzteren in der Schaffung von Zuständen bestehe, unter denen der Verkehr freigelassen werden könne.

Es muſs aber betont werden, daſs Carey in seinen Werken nirgends unseres Wissens die Mäſsigung der Zolltarife auf irgend eine Ware, noch eine freihändlerische Politik für irgend ein Land zu irgend einer Zeit empfohlen hat. Im Gegenteil scheint er überall eine solche Politik für alle Länder fast mit Gehässigkeit zu verwerfen.

Da er dieses System so dringend empfohlen hat und da er hauptsächlich in seinem Heimatsland als der energischste Verteidiger dieses in jenem Lande angenommenen Systems anerkannt wird, so scheint es hier geboten, seine Argumente etwas genauer zu prüfen. Zwar ist es schwierig, seine allgemeinen Behauptungen kurz zu formulieren, und es wird wahrscheinlich unmöglich sein, Wiederholungen zu vermeiden, aber wir werden doch den Versuch machen, wenigstens die Hauptpunkte zu untersuchen.

26.

Ein Schutzzoll stellt den Produzenten und den Konsumenten [1]) nebeneinander (und vermeidet dadurch die schwere Transportsteuer), während der Freihandel das Gegenteil hervorzurufen sucht. Wenn man sich besinnt, daſs Carey die Transportsteuer [2]) als die drückendste Steuer charakterisiert, die das Land und die Arbeit zu zahlen haben, und an seine Polemik gegen den Handelsmann denkt, die wir oben angegeben, so begreift man leicht den Nachdruck, den er auf diesen Punkt gelegt hat.

Eine halbe Wahrheit liegt nun allerdings in seiner Behauptung, aber sie beruht ihrerseits auf einer falschen Annahme.

Die erste Annahme, daſs ein Schutzzoll Produzenten und Konsumenten nebeneinander stellt, oder, mit andern Worten, eine Verschiedenheit der Berufsarten hervorruft, während der Einfluſs eines Freihandelssystems die entgegengesetzte Wirkung hat, bedarf einer genauen Prüfung; denn auf dieser Anschauung beruht ein

[1]) The Harmony of Interests, S. 217, 190 und oft. The object of protection is that of bringing the consumer to take his place by the side of the producer. — — — Its effect is to diminish the machinery of exchange.

[2]) Princ. of Social Science, Vol. 1 S. 271.

„The first and heaviest tax to be paid by land and labor is that of transportation.“

grofser Teil von Careys Argumenten für den Schutzzoll. Bis zu einem gewissen Grade nun ist diese Annahme, soweit sie den Schutzzoll betrifft wahr. Wenn aber Carey soweit geht zu behaupten, dafs[1]) keine Baumwollfabrik oder kein Eisenschmelzofen ohne den Schutzzoll in den Vereinigten Staaten vorteilhaft mit der Fabrikation fortfahren könnte, so ist dies ein Irrtum, den man gerade in jenem Lande so häufig hört. Wenn es wahr wäre, dafs ein Land unter einem Freihandelssystem blofs Landwirtschaft treiben könnte, oder selbst, dafs die Verschiedenheit der Beschäftigungen sehr beschränkt wäre, so könnte es vielleicht vorteilhaft sein, verschiedene Arten der Industrie blofs wegen der Volksbildung auf Kosten des Publikums aufrecht zu halten. Darauf aber ergiebt sich die Antwort von selbst. Ein solches Land wäre zu arm, ein solches Verfahren in grofsem Mafsstabe durchzuführen. Wenn man aber die Vereinigten Staaten und England vor Augen hat, wie dies meistens bei Carey der Fall ist, so sieht man klar die Absurdität einer solchen Behauptung. Niemand leugnet, dafs Getreide in England mit gröfseren Kosten produziert wird, als in den Vereinigten Staaten, aber England produziert doch Getreide genug, um einen grofsen Teil seines eignen Bedarfs zu decken. So kann auch England unzweifelhaft im grofsen und ganzen Eisenfabrikate billiger produzieren, als die Vereinigten Staaten.

Carey selbst schrieb zwar 1838 als Freihändler (Principles of Political Economy Vol. II p. 158), dafs die Wirkung des verbesserten Kommunikationsmittels sich schon durch das Bauen von neuen Eisenschmelzöfen zeigte, und dafs es nicht zu bezweifeln sei, dafs das Eisen bald eben so billig in den Vereinigten Staaten produziert werden könnte, wie in irgend einem Weltteil. Diese Meinung war unzweifelhaft richtig. Es ist von Interesse zu sehen, dafs neue Schmelzöfen gerade zu dieser freihändlerischen Zeit gebaut wurden, eine Thatsache, die im schroffsten Widerspruch mit seinen späteren Meinungen steht.

Wenn man aber berücksichtigt, dafs der Preis des englischen Eisen im grofsen und ganzen durch die Kosten des am teuersten

---

[1]) The Harmony of Interests, S. 66.
„I would recommend an examination of the effects that would now result from the abolition of the tariff, and the substitution of free trade for the present imperfect protection. They (the investigators) could not but see that it would close every mill and furnace in the Union, cutting off a demand for 600000 bales of cotton, and a supply of 700000 tons of iron."

produzierten Teils desselben bestimmt wird, so mufs man auch zugeben, dafs es wenigstens noch einige besser situierte Schmelzöfen in den Vereinigten Staaten gibt, die ohne irgend einen Schutzzoll vorteilhaft ihr Geschäft fortsetzen können. Dasselbe kann man auch betreffs des gröfseren Teils der Hauptindustriezweige behaupten.

Wenn nun der Schutzzoll in jenem Lande gänzlich fortfiele, so würde das Land nicht blofs auf die Landwirtschaft angewiesen sein, sondern es ist fast sicher, dafs nach einer gewissen Zeit (das erste Resultat wäre aller Wahrscheinlichkeit nach eine ungeheure Störung in allen Kreisen des wirtschaftlichen Betriebs) die Industrie sich wieder heben und möglicherweise die Verschiedenartigkeit des Betriebs ebenso grofs wie jetzt sein würde. Eine grofse Verschiebung in der Industrie müfste unzweifelhaft stattfinden. Manche Zweige würden ihr Geschäft auf die besser situierten Fabriken beschränken, einige möglicherweise ganz aufhören. Auf der andern Seite aber ist auch unzweifelhaft, dafs einige Industriezweige, die jetzt von geringerer Bedeutung sind, einen bedeutenden Aufschwung nehmen, andere vielleicht ins Leben treten würden. Anderseits läfst sich nicht leugnen, dafs gewisse Branchen geschädigt, ja selbst vernichtet werden müfsten. Diese letzteren würden wahrscheinlich teilweise solche sein, die für das Land gar nicht geeignet oder nur im Entstehen sind.

Was die Industriezweige betrifft, die ihrer Natur nach nie vorteilhaft betrieben werden könnten, so weifs man, dafs es blofs eine Last für das Land ist, sie aufrecht zu halten.

Man könnte vielleicht Industriezweige finden, die ähnlich wie Schulen, Gemäldegallerieen u. s. w. einen bildenden Einflufs haben, und für welche deswegen das Volk die Last mit Vorteil tragen könnte. Diese gehören aber nicht gerade in das Gebiet unserer Betrachtung. Als Regel bleibt jedenfalls bestehen, dafs es unzweckmäfsig und in jeder Hinsicht unvorteilhaft ist, eine Industrie durch eine allgemeine Steuer zu unterstützen, die dauernd unfähig sein würde, selbständig sich zu entwickeln.

Man mufs also zugeben, dafs ein Schutzzoll die Verschiedenartigkeit der Beschäftigung in einem Lande etwas vergröfsern kann.

Carey hat dies aber von zwei Seiten übertrieben, indem er 1. die Anzahl der Industriezweige, die entweder unter Schutzzoll oder Freihandel betrieben werden würden — aber in verschiedenem Verhältnis — unterschätzt und indem er 2. die Industrie, die sich unter einem Freihandelssystem durch das Freiwerden der sich aus den bisher

geschützten Betrieben zurückziehenden Kapitalien entwickelt, zu gering angeschlagen hat. Man könnte vielleicht dabei an Geräte denken, die durch ihre überlegene Qualität die Konkurrenz mit England aufnehmen könnten, wie dies eben jetzt bei manchen Gegenständen der Fall ist, z. B. bei Holzfabrikaten verschiedener Art u. s. w., vielleicht auch in der Wollindustrie, durch den Einflufs des billigeren Rohmaterials, auch in der Eisenfabrikation aus demselben Grunde, obwohl dies zweifelhaft ist.

Interessant ist es, den Unterschied in den Doktrinen Careys und Lists betreffs der Vervielfältigung der Beschäftigung zu beobachten. Beide hatten dasselbe Ziel, d. h. die produktiven Kräfte eines Landes zu entwickeln.

Obwohl Carey, wie wir gesehen haben, die Manufaktur so hoch schätzt, wollte er doch einen Schutzzoll auf die Rohmaterialien legen und den Zoll auf die Fabrikate dann um soviel höher setzen, während List [1]) dagegen die Rohmaterialien frei lassen und somit den Zoll auf die Fabrikate niedriger ansetzen wollte, was natürlich im allgemeinen das richtige Verfahren ist.

Carey hat auch die Getreidezölle für die Vereinigten Staaten empfohlen [2]), um die Farmer im Westen gegen die Konkurrenz von Kanada zu schützen. List hat immer entschieden gegen alle Getreidezölle gesprochen, was mit Berücksichtigung seiner eignen Prinzipien kaum zu rechtfertigen ist.

List hat auch deutlich gesagt, unter welchen Verhältnissen die Schutzzölle beibehalten werden sollten — und zwar warEngland nach ihm für den Freihandel reif, während Carey, obwohl er zwar von einer freihändlerischen Zeit spricht, kein Land in der Gegenwart oder Vergangenheit finden kann, das schon dazu bereit ist oder gewesen ist.

List steht im allgemeinen auf besserem Boden als Carey, und in bezug auf Klarheit in der Darlegung seiner Auffassung und in der Geschicklichkeit und dem Scharfsinn in der Verteidigung derselben übertrifft er Carey weit.

---

[1]) Das Nationale System Stuttgart 1883: Kapitel 26 und 27.

[2]) The British Treaties of 1871 and 1874.

Jetzt 1885, sind die Getreidezölle auf Weizen 20 Cents per Bushel, auf Roggen, Gerste, Mais und Hafer 10 Cents per Bushel, auf Kartoffeln 15 Cents per Bushel von 60 Pfund, auf Heu 2 Dollars per Ton, auf Gemüse 10 % ad valorem — wenn eingemacht 30 %.

[3]) Vergl. Eheberg, Einleitung zu Lists Nationalsystem Stuttgart 1883, S. 232. — Lexis: Schönbergs Handbuch, S. 1114.

27.

Untersuchen wir jetzt, inwiefern es vorteilhaft wäre zu versuchen, die Verschiedenheit der Beschäftigung durch künstliche Mittel hervorzurufen oder, genauer gesagt, wann und wie lange es vorteilhaft sein würde, einen Schutzzoll für irgend einen Produktionszweig zu schaffen, und wie hoch er sein müfste.

Adam Smith hat schon im vorigen Jahrhundert klar bewiesen, — und die Schutzzöllner geben es im allgemeinen zu — dafs es unzweckmäfsig sei, eine Industrie, die kaum in einem Lande betrieben werden kann oder die viel vorteilhafter im Auslande betrieben würde, zu schützen, wie z. B. den Kaffeebau in Deutschland. Ein Zoll würde in diesem Fall nur aus finanziellen Zwecken aufgelegt werden. So ist es auch im allgemeinen mit einer Industrie, die so grofs gezogen und so lohnend betrieben ist, dafs sie schon ohne den Zoll mit dem Ausland in Konkurrenz treten kann, und wirklich mehr produziert, als zum inländischen Gebrauch konsumiert wird. Hier hilft gewöhnlich ein Zoll nichts, weil es keine Einfuhr der betreffenden Fabrikate gibt. Eine Ausnahme, die seitens der Schutzzöller angegeben worden ist, werden wir nachher anführen.

Es bleiben also nur übrig: a) die Industrieen, für die das Land sehr gut geeignet ist, die aber wegen Mangels an Kapital oder an geschickter Arbeitskraft oder an einem Kundenkreis, kurz wegen aller der Schwierigkeiten, die eine neue Industrie zu bekämpfen hat, noch nicht betrieben werden, und b) diejenigen, die sehr wohl betrieben werden können und wirklich in einem gewissen Mafse betrieben worden sind, aber doch nicht im genügenden Mafse, um der inländischen Nachfrage nachzukommen — (so billig wie in einem konsumierenden Lande) wegen der höheren herrschenden Löhne, des Mangels an Kommunikationsmitteln oder aus irgend einer anderen Ursache.

Man sieht, dafs, wenn zugegeben wird, dafs ein Schutzzoll für die erste Klasse richtig sei, die Antwort der Frage, wie lange ein Schutz gegeben werden sollte, auch die zweite Klasse treffen wird.

Es ist nun von seiten der Freihändler häufig zugegeben worden, dafs es zweckmäfsig sei, den Industrieen der ersten Klasse zu helfen, durch Prämien oder Schutzzölle, und die letzteren werden gewöhnlich wegen der praktischen Schwierigkeit der Durchführung des Prämiensystems befürwortet, weil die Konsumenten zu genau sehen, was sie bezahlen, und ferner, weil die Zölle auch der Staatskasse zu gute kommen, weil die wirklichen Konsumenten den Zoll bezahlen u. s. w.

Carey citiert in vielen Fällen die Worte Chevaliers[1]), worin er dieses Prinzip als ein richtiges acceptiert. John Stuart Mill[2]) hat dasselbe gesagt.

Es wird aber vielleicht das beste sein, dies nicht gleich anzunehmen, sondern erst die Äufserungen der Freihändler dagegen zu hören. Professor Sumner von Yale College, der in Amerika als einer der tüchtigsten, wenn nicht selbst als der erste Verteidiger des Freihandelssystems gilt, hat sich gegen die obige Theorie ausgesprochen. Nach ihm verzweigt sich die Industrie eines Landes unter den Einflüssen, die bei dem Walten der natürlichen Kräfte vorhanden sind, so dafs der Mensch diesen Prozefs weder beschleunigen

---

[1]) Système Commercial, Paris, 1852 S. 38.

„Nous ne le contesterons pas davantage aux protectionistes, que, excepté peut-être chez quelques peuples dont la fibre est imbue de l'esprit du self-government à une dose exceptionnelle, ce n'est point de la part du gouvernement un excès du pouvoir, c'est au contraire l'accomplissement d'un devoir strict d'agir à chaque époque, dans la sphère de ses attributions légitimes, afin de favoriser la prise de possession par la nation de toutes les branches de l'industrie dont l'accès est autorisé par la nature des choses. Les gouvernements, en effet, sont la personnification de la nation, et il leur appartient d'exercer leur activité dans la direction que signale la solidarité nationale bien entendue. Ainsi, je me garderai bien de blâmer le désir qu'eurent Colbert en France, Cromwell en Angleterre, de susciter, chacun dans sa patrie, une puissante marine commerciale. Je tiens pour excellente la pensée que plus récemment ont eue des hommes d'Etat éminents chez tous les grands peuples de l'Europe de faire naître autour d'eux les diverses industries manufacturières, ce qui ne veut pas dire qu'il convienne de louer sans distinction les mesures qu'ils prirent pour atteindre leur objet."

[2]) Mill, Principles of Political Economy, London 1880 S. 556.

„The only case in which, on mere principles of political economy, protecting duties can be defensible, is when they are imposed temporarily (especially in a young and rising nation) in hopes of naturalizing a foreign industry, in itself perfectly suitable to the circumstances of the country. The superiority of one country over another in a branch of production, often arises only from having begun it sooner. But it cannot be expected that individuals should, at their own risk, or rather to their certain loss, introduce a new manufacture, and bear the burthen of carrying it on until the producers have been educated up to the level of those with whom the processes are traditional. A protecting duty, continued for a reasonable time, will sometimes be the least inconvenient mode in which the nation can tax itself for the support of such an experiment. But the protection should be confined to cases in which there is good ground of assurance that the industry which it fosters will after a time be able to dispense with it; nor should the domestic producers ever be allowed to expect that it will be continued to them beyond the time necessary for a fair trial of what they are capable of accomplishing."

noch verhindern kann, ohne dabei Schaden zu bewirken. Die Verschiedenartigkeit der Industrie stellt sich von selbst ein, so weit es wünschenswert oder vorteilhaft ist[1]).

Dann sagt er weiter, dafs unter dem System des Schutzzolles stets, nachdem das Volk besteuert ist, um einem Industriezweig zu helfen, dieser eine mit anderen bezahlen mufs, einen zweiten zu stützen, dafs dann die beiden wieder bezahlen müssen, um einen dritten zu ermutigen u. s. w. Dadurch verlieren die ersteren ihren Vorteil, und das Endresultat ist, dafs alle niedergedrückt werden[2]).

Weiter sucht er noch zu zeigen, dafs die geschützten Industriezweige in den Vereinigten Staaten eben nach längerer Zeit in der Regel nicht für eine Erniedrigung des Tarifsatzes arbeiten, sondern im Gegenteil dagegen[3]). Er weist auch mit grofser Geschicklichkeit auf die verschiedenen einzelnen Staaten der Union hin, die mit absoluter Handelsfreiheit untereinander nichtsdestoweniger alle blühen; und niemand denkt daran, eine Zollgrenze zwischen den verschiedenen Landesteilen zu befürworten. Dies ist ein faktisches Beispiel, das die Freihändler oft anführen, und wir haben nie eine Antwort darauf von seiten der Schutzzöllner finden können.

Was nun seinen ersten Grund betrifft, so müssen wir gestehen,

---

[1]) Sumner, History of Protection in the United States New York, 1883 S. 26.
„The issue here between the free trader and the protectionist depends on radically different views of human society. The question is whether industry diversifies itself as chances arise under the operation of natural forces, so that man can neither hasten the process nor retard it without doing injury; or whether the legislature must be always on the watch to discharge a heavy responsibility resting upon it, viz; to tell society when and how to adjust itself into groups for industrial purposes. Now the diversification of industry comes, so far as it is desirable or advantageous, of itself. We must wait for it till it comes, and we must take it when it comes."

[2]) Ibid. S. 41.
„After taxing the community to foster one industry, it is proposed to tax that one, with others, to foster a second, then all the preceding to encourage a third. It follows that the first and second lose their advantage, and that the result is a series of weak fosterlings supported by weakened legitimate industries."

[3]) Ibid. S. 61.
„The Americans adopted the notion, however, that they could, by a few years of self-denial, get certain industries started, which would then 'go alone' and become independent sources of wealth. I not only affirm on the grounds of reason and science that such a theory is absurd and fallacious, but I now appeal to the century of history as a complete proof that there is something wrong and false about this theory. Where are the results? Instead of strong, independent industries, we have to-day only a hungry and clamorous crowd of 'infants'."

dafs in einem Versuche, den Hindernissen, die einer neuen Industrie in den Weg treten, abzuhelfen, gar nichts gegen die Naturgesetze (ob man darunter die Gesetze der äufseren Natur oder die Motive, die den Menschen in der Volkswirtschaft beeinflussen, versteht) zu finden ist. Es scheint vielmehr wie ein Versuch, das Flufsbett eines Flusses zu vertiefen und zu ebnen, um den Verkehr zu fördern. Man arbeitet in einem solchen Falle nicht g e g e n die Natur. Man leitet die Natur vielmehr nur durch die Naturgesetze selbst.

So kommt unseres Erachtens hier blofs die Frage in Betracht, ob man in der Gegenwart der Industrie etwas schenken kann, in der wohlbegründeten Hoffnung, dafs man sein Geld durch den vorteilhaften Einflufs der betreffenden Industrie wieder zurückerhalten wird; und diese Frage, mufs man wie es scheint, bejahen. Wie oft geben die Einwohner einer kleinen Stadt einer Fabrik, einer Eisenbahn, einer Schule Land, Vorrechte, ja bedeutende Geldsummen, um sie zu begründen, weil sie wohl wissen, dafs eine solche Unternehmung für eine Stadt von grofsem Vorteil ist. Niemand zweifelt an der Weisheit eines solchen Verfahrens, und doch ist das Prinzip vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet gerade dasselbe, wie das eines Schutzzolles, um eine neue Industrie zu begründen und zu unterstützen. Ob die Unterstützung freiwillig von den Individuen kommt, oder durch eine direkte oder indirekte Steuer, macht hier wirtschaftlich keinen Unterschied, obwohl gerade dieser Punkt vom politischen und juristischen Standpunkt aus der entscheidende ist.

So fällt auch der zweite Punkt weg, wenn der Schutzzoll auf g e e i g n e t e Industriezweige beschränkt wird. Wie eine Stadt nicht nur eine Fabrik, sondern im Laufe der Jahre noch andere vorteilhaft bezahlen könnte (und man könnte fast sagen, je mehr, desto leichter, solange die Fabrik eine solche wäre, die ihr Geschäft in der betreffenden Stadt vorteilhaft betreiben könnte); so könnten auch in einem Lande die verschiedensten Industriezweige unterstützt werden, jeder in seiner Zeit, ohne das Land zu überbürden, wenn die jedesmalige Unterstützung nicht zu grofse Summen in Anspruch nähme und nicht zu lange Zeit dauerte. Je älter natürlicherweise das Land wäre, desto weniger neue Geschäfte würden mit Unterstützung ins Leben gerufen, und sie werden auch ohne diese leicht zu begründen sein durch die vermehrte Geschicklichkeit der Arbeiter, das Vorhandensein eines gröfseren Kapitals u. s. w., so dafs sie kaum eine künstliche Hilfe gegen das Ausland brauchen würden.

Jetzt kommen wir zu der praktischen Frage, ob dieses Prinzip

durchführbar sei, und hier hat die dritte Behauptung von Professor Sumner, dafs die Industrieen, die einmal Unterstützung durch den Zoll gefunden haben, diesen Zoll nicht aufgeben wollen, grofses Gewicht. Dies ist ganz natürlich. Ein Fabrikant will naturgemäfs einen solchen Vorteil behalten, solange er kann, ob er auch dadurch anderen, nämlich den Konsumenten, einen Nachteil bringen mag.

Die Frage ist also eine politische, und jeder Staat mufs sie für sich beantworten. In einem Lande, wo die bei einer solchen Frage Interessierten einen grofsen Einflufs auf die gesetzgebende Gewalt ausüben, ist ein Schutzzoll gefährlicher als in einem solchen, wo dies nicht der Fall ist. Es ist sehr leicht möglich, dafs dort die Zölle mehr Schaden als Vorteil bringen, wenn sie zu hoch sind oder zu lange bestehen. Fast sicher ist es, dafs die für ein Land geeigneten Industrieen im Laufe der Zeit ohne künstliche Hilfsmittel seitens des Staats Platz greifen werden, wenn die Einwohner die entsprechende Energie entwickeln. Wenn ein solches Hilfsmittel dazu dient, dies zu beschleunigen, und diese Last mehr beträgt, als der in der Zwischenzeit hervorgebrachte Vorteil, — was in der That nie genau abgeschätzt werden kann — so ist dies Hilfsmittel ein Fehler gewesen.

Professor Cairnes in seinem vortrefflichen Buch „Some Leading Principles of Political Economy newly expounded“ [1]) sagt, dafs das unvermeidliche Resultat eines hohen Zolltarifs das ist, dafs die Industrieen in ihrem Fortschreiten gehemmt werden. Dies ist bis zu einem gewissen Grade wahr und warnt vor einem zu hohen oder zu lange dauernden Zoll, aber ist, wie es uns erscheint, nicht beweiskräftig gegen alle Schutzzölle für neue Industrieen, wie er meint.

Alles in allem nun kommen wir zu dem Resultat, dafs, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, eine Beihilfe seitens des Staates zu einer neuen Industrie der Gesamtheit sehr nützlich sein kann, und ein Schutzzoll oft der einzig praktische Weg wird, diese Hilfe zu leisten; dafs aber vom politischen Standpunkt aus hierbei immer eine grofse Gefahr vorliegt, und also jeder Staat für sich die Frage nach den vorliegenden Verhältnissen entscheiden mufs.

Dasselbe Prinzip wäre auch gültig für eine Industrie, die kurze

---

[1]) London, 1883, S. 403: „The inevitable result is that industry becomes unprogressive wherever it is highly protected.... This is the conclusive reply to the plea sometimes urged in favor of protection in young communities as supplying a shelter to nascent industries until they have struck root and are able to endure foreign competition.“

Zeit an einer vorübergehenden, durch wirtschaftliche Konjunkturen hervorgebrachten Krankheit leidet. Es würde für die ganze betreffende Industrie von Vorteil sein, ihr kurze Zeit die Hand zu reichen, anstatt sie zu Grunde gehen zu lassen. Hier aber treten die politischen Gefahren noch deutlicher in den Vordergrund, und die Fälle sind noch weniger zahlreich, in denen eine solche Unterstützung am Platze sein würde.

Gehen wir nun dazu über, die zweite Frage zu erörtern. Wie lange soll ein Schutzoll oder eine andere staatliche Hilfe dauern?

Hier antworten häufig die Schutzzöllner: Bis die Industrie so grofs gezogen wird, dafs sie den inländischen Markt beherrschen kann und dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig wird.

Dies scheint in vielen Fällen zu weit gegangen zu sein. Wenn die Industrie z. B. eine solche ist, die blofs für einen Teil des Landes in der betreffenden Zeit geeignet ist, und dieser Teil nicht den ganzen einheimischen Bedarf decken kann, so scheint es genügend, nur diesen Teil so zu stärken, dafs er auf dem einheimischen Markt mit dem Ausland vorteilhaft konkurrieren kann. Wenn z. B. in einem Teil eines Landes Bergwerke wären, die die Hälfte des Eisens des Landes sehr gut produzieren könnten, und noch andere im Lande wären, die zu der Zeit vielleicht zu den doppelten Kosten zu verwerten wären, so wäre es unzweckmäfsig, entweder einen so hohen Zoll aufzulegen, dafs die zweiten auch arbeiten könnten, oder einen niedrigeren Zoll so lange zu behalten, bis die Verhältnisse des Landes auch den letztgenannten Bergwerken eine dauernde Rentabilität sicherten. Denn dadurch erlitte das Volk einen grofsen Verlust, der durch die gesteigerte Produktion kaum zu ersetzen wäre. Als Regel mufs gelten, nur die Industrieen zu schützen, die sich selbst allein halten können, sobald sie die Schwierigkeiten des Anfangsstadiums überwunden haben, und dann darf der Zoll nur so lange beibehalten werden, bis dies geschehen ist.

Diese Zeit ist gar nicht in Jahren zu bestimmen, weil sie in ihrer Gröfse zu sehr von den jeweiligen Umständen abhängt. Bowen in seinem American Political Economy S. 493 spricht, als ob Amerika wenigstens noch 50 Jahre bei seiner Politik bleiben sollte. Das Buch war 1859 herausgegeben. So sagt auch Thompson in seinem Political Economy S. 233, dafs es gewöhnlich das Leben zweier Generationen in Anspruch nehmen wird, um eine Industrie hervorzurufen, die den einheimischen Markt beherrscht. Bowen scheint hier den Fehler begangen zu haben, dafs er von der Ge-

samtheit der Industrieen spricht, während es das einzig Richtige ist, jeden einzelnen Industriezweig für sich zu betrachten. Damit ist nicht gesagt, dafs man nicht den gegenseitigen Einflufs der Industrieen untereinander in Betracht ziehen mufs.

Ein Fall, den die Schutzzöllner citieren, um einen dauernden Zoll zu befürworten, ist mit den Getreidezöllen jetzt in den Vereinigten Staaten eingetreten. Wenn es keinen Zoll gäbe, so könnten die Fabrikanten Neu-Englands ihr Getreide billiger aus Kanada beziehen, als aus Dakota oder Minnesota. So könnten auch Kanada, hauptsächlich Manitoba ihr Getreide durch die Vereinigten Staaten nach England schicken und hier eine Konkurrenz hervorrufen. Weil die Einwohner Manitobas ihr Getreide am besten durch die Vereinigten Staaten schicken können und der Getreidebau dort ein blühender ist, haben die Vereinigten Staaten Gelegenheit, einen grofsen Druck in dieser Weise auszuüben, um die Konkurrenz zu vermeiden.

Hier sieht man das falsche Prinzip. Ein solcher Zoll ist nichts mehr, als eine Konzession seitens der Fabrikanten, um ihren eignen Schutz zu sichern; denn es handelt sich hier nicht um das Festsetzen einer neuen Industrie. Der Zoll hat blofs den Einflufs, den einheimischen Preis für die Gesamtheit zu erhöhen, ohne irgend eine Hoffnung für einen künftigen Vorteil aufser dem für die Landwirte. Als Zoll für finanzielle Zwecke läfst sich etwas dafür sagen, wie wir später sehen werden.

Wie hoch soll ein Schutzzoll sein? Hier ist es wiederum unmöglich eine bestimmte Höhe des Zollsatzes festzustellen. Jede Industrie mufs für sich allein betrachtet werden unter Berücksichtigung der Produktionskosten und der Preise der Ware im Auslande, der Produktionskosten der Ware am Anfang und nach der Festsetzung der Industrie im Lande. Der Tarifsatz soll hoch genug sein, um den Preis der Ware so sehr zu steigern, dafs dies denjenigen Gelegenheit geben würde mit dem Geschäft zu beginnen, die nach der festen Gründung desselben ohne Staatshilfe gegen das Ausland auf dem einheimischen Markt konkurrieren können. Bei dieser festen Gründung mufs man natürlich eine genügende Zeitdauer annehmen, um geschickte Arbeiter zu erziehen, einen Kundenkreis zu bekommen und die besten Erfindungen und Methoden kennen zu lernen, oder vielleicht unter gewissen Umständen neue Experimente zu unternehmen, bis die besten Methoden gefunden werden.

Ein gar zu niedriger Tarifsatz würde natürlich keinen Schutz geben, wie nützlich er auch zu finanziellen Zwecken sein mag,

während ein zu hoher Satz entweder die Einfuhr ganz aufheben würde, was natürlich die inländischen zur Ausfuhr arbeitenden Industrieen benachteiligen und auch dem Volke eine unnötig schwierige Last aufbürden würde, oder er würde viele weniger vorteilhaft situierte Fabriken ins Leben rufen, die nachher bei Beseitigung der Zölle zu Grunde gerichtet würden. Gerade hier liegt die grofse und wirklich in einigen Fällen unvermeidliche Gefahr eines Schutzzollsystems. Man sieht, dafs eine grofse, genaue Kenntnis aller Verhältnisse betreffs jeder Industrie nötig wäre, um die besten Resultate zu bekommen, während ein Fehler oft von weitreichendem schädlichen Einflufs wäre. Eine vollgenügende Erkenntnis der Sache ist für die gesetzgebende Gewalt faktisch unmöglich, also liegt die Gefahr vor, dafs der Zoll von gröfserem Nachteil als Vorteil sein kann. In einem Lande wie die Vereinigten Staaten, wo das System ein weitausgedehntes ist, ist es fast sicher, dafs dies bei einigen Zweigen der Industrie schon der Fall gewesen, während auf der andern Seite bei andern Zweigen der Einflufs für das ganze Land ein sehr vorteilhafter gewesen ist.

Da der Einflufs des Zolles nicht auf die geschützte Industrie beschränkt ist, sondern auch auf viele andere, die mit der betreffenden gar nicht in direkter Verbindung stehen, so ist eine Statistik, die den grofsen Aufschwung einer Industrie durch den Zoll beweisen soll, keine ausreichende Schilderung der Wirkung desselben, wie Carey und viele andere Schutzzöllner zu denken scheinen.

28.

Betrachten wir jetzt, unter Berücksichtigung des Vorhergehenden die bedeutendsten Behauptungen Careys betreffs des Schutzzolles, und zwar zuerst die vorhererwähnten, dafs ein Schutzzoll vorteilhaft sei, weil dadurch die Transportkosten vermieden würden, die er als die schwierigste Steuer des Grund und Bodens charakterisiert. Er sagt immer, dafs der Mann, der zum Markte gehen mufs, die ganzen Transportkosten tragen mufs, und zwar stellt er die Sache so dar, als ob der Produzent des Agrikulturstaats im internationalen Verkehr diese Steuer bezahlen müfste. Dies ist eine falsche Annahme, weil erstens die Rohprodukte und — um mit Carey zu reden — das Getreide und die Baumwolle der Vereinigten Staaten für Europa, hauptsächlich England ebenso notwendig sind, als für Amerika die zurückgelieferten Fabrikate.

Der Fabrikant hat also mindestens eine ebenso grofse Nötigung zu Markt zu gehen, als der Landwirt.

In diesem Falle scheint auch Eheberg in seiner Einleitung[1]) zu Lists Nationalsystem der politischen Ökonomie etwas zu weit gegangen zu sein, wenn er sagt, dafs solche Völker in ihrer Abhängigkeit von dem entfernten Markt, auf dem ihre Rohstoffe Absatz finden, als Bezahlung annehmen müssen, was ihnen die Industrienationen für ihre Rohstoffe an Fabrikaten zurückgeben wollen. Bei erst begründeten Kolonieen kann dies, besonders wenn auch eine politische Abhängigkeit vorhanden ist, in hohem Grade der Fall sein. Man könnte aber bei Eheberg leicht verstehen, dafs dies bei einem so fortgeschrittenen Lande wie Amerika auch der Fall sei, was nicht zuzugeben ist. Denn ein solches Land hat genügendes Kapital, um sich gegen eine übermäfsige Unterdrückung dieser Art zu verteidigen, durch Gründung neuer Fabriken auch ohne Schutzzölle; und aufserdem ist die Nachfrage nach den Rohprodukten, wie gesagt, ebenso grofs, wie auf der andern Seite die nach Fabrikaten.

Wenn man es aber zugäbe, dafs der Agrikulturstaat die ganzen Transportkosten zu tragen hat, so folgt daraus noch nicht, dafs man einen Schutzzoll einführen soll. Denn, wie J. S. Mill[1]) treffend sagt, „die Last wird nur getragen gegen einen überwiegenden Vorteil“.

Dafs diese Kosten gern bezahlt werden, beweist, dafs dies noch billiger ist, als die Fabrikation der Ware im Inlande. Also gewinnt die gesamte Arbeit des Landes trotz der Transportsteuer.

Wenn man blofs die Gegenwart berücksichtigt, so ist dieser Beweis ganz vollkommen, und nur um eine für das Land geeignete Industrie grofszuziehen, so dafs dadurch die Ware für die Zukunft billiger würde, könnte man in diesem Falle einen Schutzzoll befürworten: aus diesem Grunde spricht auch Mill dafür.

Nach Carey scheint es, als ob diese Last eine ungeheure wäre, während die blofse Thatsache, dafs eine einheimische Produktion nicht vorhanden ist, von selbst zeigt, dafs der Verlust nicht so bedeutend ist; sonst wären diese Transportkosten selbst Schutz genug, um die Fabrikation ins Leben zu rufen, weil die Wirkung der Transportkosten gerade dieselbe ist, wie die des Schutzzolles. Eine Ausnahme könnte man vielleicht bei ganz neuen Ländern machen, wo der Kapitalvorrat ein sehr geringer ist.

---

[1]) S. 199.

[2]) Principles of Political Economy, a. a. O. Book V Chap. X § 1. Vergl. auch Kapitel III dieses Aufsatzes.

Eine ähnliche Übertreibung eines an sich wahren Prinzips findet man in seiner Behauptung, dafs der Grund und Boden selbst in einem Lande, das Rohprodukte ausführt, durch das Freihandelssystem ruiniert sei, weil man die produktiven Kräfte ins Ausland verkauft und sodann das Düngemittel nicht hat, um sie zu ersetzen. Er weist mit grofsem Nachdruck darauf hin, dafs sich die Fruchtbarkeit des Bodens ni dem östlichen Teil der Vereinigten Staaten sehr vermindert hat und dafs die neuen Staaten im Westen schon dieselbe Tendenz zeigen; er will also einen Schutzzoll einführen, um entgegenzuwirken.

J. S. Mill hat ihm auch hier genügend geantwortet, soweit es seine Theorie angeht. Es ist nicht ein Freihandelssystem, das Amerika zwingt, sein Korn auszuführen. Sobald es für Amerika nicht mehr vorteilhaft ist, den Raubbau weiter zu betreiben, wird es entweder seine eignen Fabrikate herstellen, oder sein Korn noch ausführen und Düngemittel einführen. Carey behauptet hier wieder, wie früher gesagt, dafs von allen Gütern gerade das Düngemittel am wenigsten geeignet ist, nach grofsen Entfernungen transportiert zu werden. Dies gilt allerdings für die gewöhnlichen Düngemittel, nicht aber für Phosphor, Guano u. s. w., die die nötigen Bestandteile haben.

Was den Raubbau des Grund und Bodens in den Vereinigten Staaten betrifft, so hat Professor Walker in einem Artikel in der Princeton Review 1882, den er in seinem Büchlein [1]) „Land and its Rent" citiert, gerade dieses Raubsystem für die Vereinigten Staaten bei den dortigen Verhältnissen verteidigt. Von wirtschaftlicher oder politischer Seite aus betrachtet, war es, da wenig Kapital vorhanden, das Land fast frei war und eine grofse Menge Einwandrer jedes Jahr in das Land einzogen, besser, dafs die Einwohner in dieser Weise möglichst schnell Kapital anhäuften und das neue Land für die kommende Zivilisation vorbereiteten. Schon jetzt treiben die Einwohner der beraubten Länder eine intensive Kultur, und durch vernünftiges Bebauen helfen sie der Fruchtbarkeit wieder auf. Die Prinzipien, die Conrad in seinem Buch über Liebigs Ansichten angibt, würden in diesem Falle dasselbe System verteidigen, sowie in allen den Fällen, wo es sich für längere Zeit für den Landwirt nicht lohnt, das Düngemittel zurückzuerstatten; denn er beweist, „dafs es nie an Stoffen fehlen wird, welche dem Landmann, wenn sich ein Bedürfnis danach herausstellt, die Möglichkeit geben, zu jeder Zeit seinen Äckern völligen Ersatz zu gewähren [2]").

[1]) „Land and its Rent", London, 1883, S. 45.

[2]) Jena, 1864, Seite 137.

29.

Ein dritter Punkt für Carey ist die Handelsbilanz, worin er vielleicht mehr als irgendwie sonst seine merkantilistischen Neigungen zeigt. Es ist nach ihm unmöglich, ohne Schutzzölle eine günstige Handelsbilanz zu behalten, und ohne diese Handelsbilanz ist es ebenso unmöglich, das Metallgeldsystem aufrecht zu erhalten. Diese Handelsbilanzfrage haben wir nun absichtlich bis zu diesem Punkt aufgespart, um die Wirkung des Protektivsystems mit bezug darauf zu charakterisieren; denn die Frage spielt gerade bei den Protectionisten die gröfste Rolle.

Die einfache Lösung der Frage besteht natürlich darin, dafs Gold und Silber im internationalen Verkehr eine Ware sind, wenn auch eine immer beliebte Ware, die zu allen Zeiten verkaufbar ist [1]). Man exportiert es, wenn es billiger ist als andere Waren im Inlande, oder wenn es im Auslande verhältnismäfsig teurer ist.

Hertzka hat in seinem Buche „Währung und Handel" gerade diese Frage erörtert, und obwohl er die Wirkung eines Schutzzolles etwas überschätzt hat, so ist doch seine Meinung sehr beachtenswert.

Es ist immer hier zu unterscheiden die Bilanz des Warenhandels und die gesamte Zahlungsbilanz. Was nun die erste betrifft, so nehmen die Schutzzöllner an, dafs ein Zoll die Einfuhr hemmt — was wenigstens am Anfang zuzugeben ist, — gerade für die Gegenstände, die dadurch besteuert werden.

Die Schutzzöllner nehmen auch an, dafs die Ausfuhr nicht oder wenigstens nicht in demselben Grade durch diesen Zoll beeinträchtigt wird. Wenn dies wahr wäre, so wäre die Tendenz die, nicht allein Gold, sondern auch alle ungeschützten Gegenstände einzuführen, und das Gold erst dann, wenn es die billigste Ware ist. Alle ungeschützten Waren, die vom Auslande kommen, würden also eine gröfsere Konkurrenzfähigkeit auf dem einheimischen Markt erwerben, als sie früher hatten [2]).

Ein Schutzzoll ist nun eine Last für die gesamte inländische Industrie aufser den geschützten Zweigen, obwohl nicht notwendig für die ganze Höhe des Zolles oder für die ganze Zeit, in der er besteht. Die Produktion wird dadurch natürlich erschwert. Die

---

[1]) Roscher, Geschichte der Nationalökonomie a. a. O. S. 993, auch 857, wo Raus Ansichten gegeben sind.

[2]) Hertzka, Währung und Handel Wien, 1876, S. 184.

im Inlande erzeugten Waren werden also ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem ausländischen Markt vermindert haben, und dies wird die Tendenz haben, wieder eine ungünstige Bilanz hervorzubringen. Dieser Punkt wird bei dieser Frage seltener hervorgehoben; er ist jedoch ein sehr wesentlicher, und je höher die Zölle sind und je mehr Waren es gibt, die geschützt werden, desto stärker wird er seinen Einfluſs ausüben.

Auch wird der Preis der im Inlande produzierten geschützten Waren ebenso hoch stehen, als die im Auslande produzierten mit den Transportkosten. Bis jedoch die inländische Konkurrenz den Preis so erniedrigt hat, daſs das Ausland gar nicht konkurrieren kann, gibt es keinen Grund, warum die Konsumenten die ausländischen Waren nicht so gern kaufen als die inländischen, also gibt es auch keinen Grund, weshalb sie das Gold einführen müssen. Die Wirkung ist einfach die, daſs wegen des hohen Preises weniger konsumiert wird — aber die Handelsbilanz wird nicht affiziert, soweit das Land wirklich den geschützten Gegenstand konsumiert. Was also die Handelsbilanz selbst betrifft, so scheint ein Schutzzoll nach dem ersten Anfang einen ebenso ungünstigen oder noch ungünstigeren Einfluſs zu haben als der Freihandel, und man kann nicht sehen, worin er im mindesten eine Goldeinfuhr verursachen sollte, wenigstens ehe die geschützten Industriezweige so groſs gezogen werden, daſs sie auch im Auslande konkurrieren können. In der That, bis zu dieser Zeit wird dadurch nur der ganze Handel vermindert werden (und wenn der Zoll nicht vernünftig aufgelegt wird, so wird diese Zeit für einige Zweige nie kommen, d. h. solche Zweige, die, ihrer natürlichen Lage nach, im Ausland besser bestehen als im Inland).

Betreffs der ganzen Zahlungsbilanz nun hebt Hertzka [1]) hervor, „daſs die Verteuerung der Produktion notwendigerweise den Zufluſs fremder Kapitalien gegen einheimische Wertpapiere unterbinden wird.“ „Der Zinsfuſs der Papierwerte wird sinken und es muſs daher für das Ausland minder lohnend werden, seine Kapitalien in dem betreffenden Lande arbeiten zu lassen. Umgekehrt wird ganz aus der nämlichen Ursache das einheimische Kapital die Tendenz haben, mehr als früher der Fall war ins Ausland zu strömen. Es wird sich also die Bilanz im Effektenhandel verschlimmern; diese Verschlimmerung findet ihre Grenze nur darin, daſs infolge der Erschwerung aller Produktion die inländischen Kapitalien lang-

[1]) Währung und Handel, S. 186.

samer zunehmen werden, als zuvor, und dadurch einerseits der Abfluſs einheimischer Kapitalien verringert, anderseits das Bedürfnis nach fremden Kapitalien erhalten wird." Man kann dies alles nicht gerade zugeben, weil dabei der Einfluſs der Zölle die geschützten Industrieen groſszuziehen, auſser acht gelassen wird. Auch ist es kaum richtig, die anziehende Kraft der geschützten Industrieen, die gewiſs Profit genug machen, um die ausländischen Kapitalien etwas anzulocken, nicht speziell zu berücksichtigen.

Es ist gewiſs falsch, einfach anzunehmen, daſs die Zölle nur als Last anzusehen sind, obwohl man zugeben muſs, daſs der unmittelbare Einfluſs in hohem Grade lästig ist. Denn es ist nicht zu leugnen, daſs es Fälle gibt, wo die Ausländer den Zoll oder einen Teil desselben selbst tragen, obwohl dies keineswegs so oft vorkommt, als die Protektionisten meistens annehmen. Auch fällt nach einiger Zeit die Last weg, wenn der Zoll richtig gelegt wird, so daſs ein Industriezweig wirklich so groſsgezogen wird, daſs er gegen das Ausland zu konkurrieren vermag. Auch kann dann der Preis des Produkts anstatt höher, nach einer Zeit niedriger als früher sein, oder als er es ohne den Zoll, wenigstens in so kurzer Zeit, hätte sein können.

Wenn Hertzka also sagt[1]): „Die Schutzzölle regeln also allerdings auch die Zahlungsbilanz, aber in ganz anderer Weise, als es bei den Wechselkursen der Fall ist. Während hier die Beförderung der Konkurrenzfähigkeit infolge des Edelmetallabflusses das Korrektiv ist, liegt dieses bei den Schutzzöllen in der Verarmung, hervorgerufen durch die Erschwerung der Produktion", so kann man diesem Schluſs nicht gerade beistimmen ohne sowohl auf die spätere Wirkung eines solchen Zolles, als auch auf die andern Umstände Rücksicht zu nehmen, die gegen diese Tendenz wirken, obwohl man zugeben muſs, daſs er eine Tendenz, und zwar eine sehr wesentliche, richtig charakterisiert hat.

Dies alles hat natürlich mit dem Geld- und hauptsächlich dem Warenmarkt zu thun und mit dem Einfluſs eines Schutzzolles auf demselben.

Die weitere Frage, ob es vorteilhaft für ein Land ist, eine sogenannte günstige Bilanz zu haben, wie Carey denkt, oder nicht, brauchen wir nicht lange zu betrachten. Es ist ein Anachronismus zu fürchten, daſs das Gold aus einem Lande durch eine ungünstige Bilanz so herausgezogen wird, daſs der Verkehr lange Zeit erschwert wird.

[1]) Wahrung und Handel, a. a. O. S. 187.

Das Gold wird vielmehr in den meisten Fällen durch Ersatz mit einem schlechteren Gelde — z. B. Papiergeld — dem Lande entzogen.

Wenn Gold als Zirkulationsmittel nötig wird, so mufs ein Land es kaufen, und dies geschieht, wie jeder Ökonom weifs, durch die Erhöhung des Preises des Goldes, d. h. das Land gibt mehr Waren für ein bestimmtes Quantum Gold, als ein anderes [1]). Dies wird durch Angebot und Nachfrage ohne weiteres von selbst reguliert und keine Gefahr liegt vor, dafs ein Land ohne genügende Zahlungsmittel bleiben kann, wenn es eine sichere Metallwährung behält.

Dies kommt natürlich erst durch die Erhöhung des Diskonts zum Vorschein und in vielen Fällen wird keine Wirkung auf die Preise der Waren fühlbar sein. Wenn diese Wirkung eintritt, so ist sie keine regelmäfsige, wie wir im Kapitel IV sagten.

Es ist natürlich vorteilhaft, wenn ein Land seine nötigen edlen Metalle billig kaufen kann. Wir sehen aber aus dem oben Gesagten, dafs dieser Zweck dadurch erreicht wird [2]), dafs das Land seine beliebtesten Waren möglichst billig produziert — (so wird sein Angebot am vorteilhaftesten) — und zugleich sein Geschäft etwa durch besonders gut entwickelten Kredit mit wenigem Geld betreibt — (so wird die wenige Nachfrage die Tendenz haben, den Preis des Goldes herabzudrücken).

Eine gut entwickelte Industrie würde ein gröfseres Feld für das billige Angebot eröffnen, also kann ein Schutzzoll hier vielleicht am Ende helfen, obwohl der erste Einflufs gerade das Gegenteil bringen würde, wie wir früher gesehen haben.

30.

Carey scheint nicht den Fehler gemacht zu haben, den so viele Schutzzöllner machen, nämlich zu behaupten, dafs bei einem Schutz-

---

[1]) Sumner, History of American Currency a. a. O. S. 328.

„Whenever a nation has complained that an adverse balance of trade was drawing off its specie, we have seen that an inferior currency of some kind was displacing the better one, and that the increased imports of merchandise were only the return payments for the gold or silver which had been dispensed with by employing a cheaper medium. We have seen also that prices alone govern the flow of the precious metal, or more strictly stated, that the movement of the metals and the prices of commodities in different countries act and react upon one another in such a way as to keep up the exact natural relation of prices between different countries, and give to each country in the world's market its full relative advantage in production."

[2]) Roscher, Nationalökonomik des Handels und Gewerbfleifses S. 186.

zoll das Ausland den Zoll zahlt. Viele sprechen, als ob dies meistens der Fall sei, während fast alle Protektionisten dies überschätzen. Es ist nicht zu leugnen, dafs solche Fälle vorkommen. In seinen Briefen an den Präsidenten über „The British Treaties of 1871/1874" (Seite 20), die Carey 1874 herausgab, citiert er eine Zeitung aus Kanada, worin gesagt war, dafs die dortigen Farmer wenigstens einen grofsen Teil des Zolles auf Getreide, Fleisch und Holz, das aus Kanada in die Vereinigten Staaten importiert wurde, zahlten, und diese Annahme billigte er [1]).

Sein Prinzip, dafs der Mann, der den Markt aufsuchen mufs, die Kosten bezahlen mufs, ist unzweifelhaft ein richtiges, obwohl wir von dem Gedanken weit entfernt sind, dafs Carey in seiner Erörterung der Transportkosten, hauptsächlich zwischen England und andern Ländern, dieses Prinzip richtig angewendet hat. In den meisten Fällen läfst er irrtümlicherweise die andern Länder diese Kosten für England bezahlen. Das Prinzip aber, dafs das Land, das in dem betreffenden Falle die überlegene Macht hat, diese Last abzuwälzen vermag, ist nicht zu leugnen. Diese Macht aber hat ein Land bei seinen eingeführten Waren seltener. Als Kanada keinen andern Markt für sein Getreide und Holz finden konnte, ohne Transportkosten, die weit höher als die Zölle gewesen sein würden, zu bezahlen, so hat es natürlich den Zoll bezahlen müssen. Dies würde aber kein europäisches oder südamerikanisches Land getroffen haben.

J. S. Mill hat schon [2])gezeigt, wie die ausländischen Konsumenten anderer Waren durch die höheren Preise, die sie für dieselben bezahlen, den Zoll für eine Ware praktisch teilweise bezahlen, und Bowen hat gerade diesen Punkt zu einem sehr wesentlichen in seiner Verteidigung oder vielmehr Befürwortung des Schutzzollsystems für die Vereinigten Staaten gemacht. Denn durch einen auf irgend eine Ware gelegten Zoll, wenn er hoch genug ist, um die Einfuhr zu erschweren, aber nicht unmöglich zu machen, kann der Preis im Ausland wegen der geminderten Nachfrage etwas herabgedrückt werden. Infolge dieser Preisherabsetzung nun kann man

---

[1]) The British Treaties, Brief 6.

„The view here presented is unquestionably correct, the man who must go to market being always compelled to pay the cost of getting there, let it take what form it may, whether of freight, insurance, or charges at the customhouse.

[2]) Principles of Political Economy, Book V Chap. IV § 6.

sagen, dafs sie einen kleinen Teil des Zolles bezahlen. Die inländischen Produzenten anderseits haben wegen des Zolles mehr für die Ware zu bezahlen als früher; ihre Kosten sind gröfser, und sie schrauben also ihre Preise für die zurückgelieferten Waren in die Höhe. Hier bezahlen wiederum die Ausländer noch einen kleinen Teil des Zolles.

Man kann nicht sagen, dafs diese Erscheinung in jedem gegebenen Fall wirklich vorkommt, weil, wie früher gesagt, so viele andere Momente in ein solches Problem immer hinüberspielen, so dafs es unmöglich ist, die Wirkung jedes Moments zu bestimmen. Es kann aber kein Zweifel sein, dafs dieses Moment existiert und dafs es einen gröfseren oder kleineren Einflufs wirklich ausübt.

Wenn aber der Zoll hoch genug wird, um prohibitiv oder ein wirklicher Schutzzoll zu sein, so fallen diese beiden Resultate entweder ganz oder zum grofsen Teil weg; das erste, weil bei keiner oder einer sehr geringen Einfuhr das Zolleinkommen entweder klein oder gar nicht vorhanden sein würde, und das zweite, weil die verminderte Einfuhr notwendigerweise eine verminderte Nachfrage nach den inländischen Produkten als Resultat haben würde.

Dafs die Ausländer also einen Teil eines Zolles bezahlen können und in einigen Fällen wirklich bezahlen, ist zuzugeben, aber dies ist nur ausnahmsweise ein grofser Teil, und wenn der Zoll hoch genug ist, faktisch protektiv zu sein, so wird dieser Teil in seiner Summe sehr vermindert.

31.

Die Protektionisten überhaupt haben viel von der Ausbeutung eines Landes durch ein anderes gesprochen, und Carey hauptsächlich hat diesen Punkt sehr betont. Nach ihm hat England nicht nur den Wunsch, sondern auch die Macht gehabt, die Industrieen anderer Länder zu ruinieren, um seine eigne zu fördern, und aus diesem Grunde will er einen Schutzzoll einführen, um einer solchen Ausnutzung seines Heimatlandes vorzubeugen. Die Freihändler dagegen betrachten eine „Überschwemmung“ mit ausländischen Waren als etwas, das nicht zu befürchten ist, weil sie im Lande die Waren sehr billig abgeben. Da die Ausländer die Waren nicht verschenken wollen, so ist eine grofse Einfuhr von billigen Waren blofs ein

Zeichen, dafs ein Land reich ist, dafs es viel produziert, was das Ausland kaufen will [1]).

Hier finden wir, wie in den meisten Fällen, dafs in beiden Ansichten eine gewisse Wahrheit enthalten ist.

Erstens, wo die Einwohner verschiedener Länder von gleicher Intelligenz und Geschäftsfähigkeit sind, ist eine dauernde Ausbeutung eines Landes nicht zu befürchten. Wenn ein Land von Natur geeignet ist eine Industrie zu betreiben, so ist es unmöglich für ein anderes Land, durch das billige Verkaufen seiner Ware das Platzgreifen dieser Industrie längere Zeit zu verhindern. Das wäre zu kostspielig. Einmal oder zweimal vielleicht könnte es durch billigen Verkauf die Industrieen schädigen, aber unter günstigen natürlichen Verhältnissen würden sie immer von neuem sich beleben.

Die Geschichte lehrt uns auch das Gegenteil. Um bei den Vereinigten Staaten zu bleiben: wenn dies Vorgehen möglich gewesen wären, so würde es auch für die neueren Staaten unmöglich gewesen sein, ihre Industrieen wegen der freien Konkurrenz der älteren grofszuziehen, und nichtsdestoweniger, wenn man seine Augen nach Chicago, St. Louis, Cleveland u. s. w. richtet, findet man doch, dafs auch sie trotz der Konkurrenz in grofsartiger Weise fabrizieren können.

So war auch im vorigen Jahrhundert die Industrie in den amerikanischen Kolonieen ins Leben getreten, trotz aller Akte Grofsbritanniens, welches das Fabrizieren verschiedener Artikel in den Kolonieen, die Ausfuhr der Maschinen und Maschinenarbeiter nach den Kolonieen u. s. w. verbot. Mit solchen Mafsregeln haben wir natürlich nicht zu rechnen, aber eine Industrie, die trotz alledem begründet wurde, würde ganz gewifs die blofse Konkurrenz unter einem Freihandelssystem aushalten können.

Anderseits ist es aber nicht zu leugnen, dafs die ausländische Konkurrenz das Inslebentreten eines Industriezweiges aufschieben

---

[1]) Sumner: Protection in the United States, S. 15.

„The goods are not gifts, they are offered for exchange. Nothing can force us to buy or dictate terms of exchange; and the inundation comes to us because we are known to be rich and able, and because we inhabit a continent prolific in some of the chief objects of human desire. It is not the beggar who, when he goes down the street is „inundated“ with waves from the various stores. If it were he would probably stem the tide with joy. It is the rich man only to whom good things are freely offered with a well understood condition; few rich men have ever been heard to complain of it.“

und, wenn er kaum mehr als lebensfähig wäre, vielleicht ganz verschwinden lassen könnte. In dem letzteren Falle wäre dies vielleicht deshalb dem Lande nicht schädlich, weil das Kapital eine vorteilhaftere Anwendung finden könnte.

Dafs aber die ausländische Konkurrenz durch eine Überschwemmung mit billigen Waren die gröfsten Nachteile hervorrufen kann, ist dort der Fall, wo während eines Krieges oder der Dauer eines hohen Schutzzolles eine grofse Industrie entstanden ist. Bei plötzlicher Beseitigung des Schutzes können viele der weniger fest gegründeten Industrieen die Erniedrigung der Preise nicht aushalten und werden zu Grunde gerichtet. Dies hat noch eine weitere Erniedrigung der Preise zur Folge, wenigstens wird die Geschäftsverbindung andere sonst solide Geschäfte in ebendenselben Zustand bringen, wie die schwächeren, bis endlich eine weitverbreitete Krisis das Resultat ist. Nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges und nach dem Kriege vom Jahre 1812 fand in den Vereinigten Staaten ein solches Niedergehen vieler Industrieen statt, und die Geschichte zeigt noch manche andere derartige Beispiele.

Die extremen Freihändler nun werden erwidern, dafs solche Industrieen blofse Treibhauspflanzen seien, deren Beibehaltung nur auf Kosten der Gesamtheit geschehen könnte, und dafs es also besser sei, sie fallen zu lassen.

Es ist zwar richtig, dafs in solchen Fällen viele der entstandenen Industrieen nicht fest gegründet werden und wenigstens einige deswegen, weil das Land sich nicht dazu eignete, nie ohne grofse Kosten existieren konnten. Es ist aber doch beachtenswert, dafs diese Überschwemmung mit ausländischen Waren nicht nur die „Treibhauspflanzen“, sondern auch mit diesen die stärkeren, besseren Industrieen zu Grunde richtet, und also einem Lande eine für die Dauer sehr kostspielige und — nach der Meinung der Protektionisten wenigstens — zu vermeidende Last bringt. Wenn dieser Zustand durch einen Krieg hervorgebracht wird, so können wir diese Last hier ohne weiteres als einen Kriegsverlust betrachten. Wenn er aber durch Beseitigung eines Zolles verursacht wird, dann dürfen wir mit Zuversicht annehmen, dafs eine von den beiden Ursachen wirksam gewesen ist. Erst dann zeigt ein solcher Zustand, dafs der Zoll an sich zu hoch gewesen ist, so dafs viele, indem sie sich höhern Gewinn versprachen, ihr Geld in Industriezweige gesteckt haben, wo es niemals oder nicht zur bestimmten Zeit einen

9*

Gewinn ohne den Zoll abwerfen konnte, und ferner ist der Zoll vielleicht zu plötzlich beseitigt worden. „Ein bestehender Schutzzoll ist nur allmählich und mit Vorsicht aufzuheben“ [1]), denn sonst liegt immer die Gefahr vor, dafs dadurch ein grofser Verlust von Arbeitskraft und Kapitalien verursacht wird.

32.

Carey hat auch mit den anderen Protektionisten der letzteren Zeit in den Vereinigten Staaten einen Schutzzoll im Interesse der Arbeiter befürwortet, und zwar sucht er zu beweisen, dafs zur Zeit des Schutzzolles in den Vereinigten Staaten die Konsumtionskraft der Bevölkerung gestiegen ist.

Interessant ist es zu bemerken, dafs die Freihändler in Europa gegen einen Schutzzoll den Beweis führen, dafs er eine Last für die Arbeiterbevölkerung ist und die wirklichen Löhne der Arbeiter herabdrückt, während es jetzt in den Vereinigten Staaten gerade die Protektionisten sind, die im Interesse der Arbeiter einen Schutzzoll befürworten. Früher hatten sie auch zu zeigen gesucht, dafs die Löhne dort in Wirklichkeit nicht höher seien als in England [2]), und dafs es also möglich sei, mit England in Konkurrenz zu treten. Jetzt behaupten sie, dafs die Löhne höher sind und dafs man blofs durch einen Schutzzoll sie so hoch halten kann. Die Freihändler dagegen geben zu, dafs sie höher sind, behaupten aber, dafs dies blofs durch die natürlichen Vorteile des Landes zu erklären ist, und dafs die Wirkung des Zolles die ist, dafs sie herabgedrückt werden.

Wenn man nun ganz allgemein nach dem Grunde der hohen Löhne in den Vereinigten Staaten fragt, so ist er unzweifelhaft in den grofsen Quantitäten des billigen und fruchtbaren Bodens zu finden. So lange man das Land so billig bekommen kann, mufs die Industrie einen hohen Gewinn versprechen, ehe man die Landwirtschaft verlassen will.

Wenn Professor Walker [3]) sagt, dafs es die Konkurrenz der Landwirtschaft gegen die Fabrik gewesen sei, die von Anfang an

[1]) Conrads Grundrifs zu den Vorlesungen über Nationalökonomie, S. 31.

[2]) Sumner: History of Protection, S. 40.

„It was argued that wages were not higher here than in England when properly measured. This was in answer to the free trade argument as then put, that it was useless to try to develop manufactures here because of this disadvantage.“

[3]) Political Economy, New York, 1883, S. 471.

den Zuwachs der Industrie in Amerika am meisten verhindert habe, so hat er darin nicht Unrecht. Weder die Unternehmer, noch die Arbeiter haben sich der Industrie anvertrauen wollen, ohne einen viel höheren Gewinn zu machen, als die Fabrikanten und Arbeiter der alten Welt; und dies einfach aus dem Grunde, weil sie anderenfalls sich der Landwirtschaft zugewandt haben würden, die bedeutende Erträge abwarf.

Im Allgemeinen also müssen die Löhne in der Industrie so hoch sein, als die in der Landwirtschaft oder vielmehr als der Gewinn eines Mannes, der sich ein Stück Land erwerben und es bebauen will. Dies galt natürlich in früheren Zeiten fast als Regel. Es waren wenige oder fast keine Fabriken und die „Farmers“ mufsten die Schmiede, Schuhmacher, die Weber u. s. w. gut bezahlen, sonst würden sie auch Farmer geworden sein. So lagen auch die Verhältnisse bei dem Kaufmann, dem Lehrer, dem Juristen u. s. w. Seitdem die Industrie gewachsen ist und das freie Land nicht so nahe liegt, hat dieses Moment einen weit geringeren Einflufs auf den einzelnen Arbeiter; wenn derselbe allerdings auch noch nicht völlig geschwunden ist. Insofern aber die Konkurrenz unter den Arbeitern beschränkt ist (und diese Beschränkung ist natürlich eine ungeheuere, wenn man die verschiedenen Industriezweige ins Auge fafst, und noch grofs, wenn man blofs an die einzelnen Arbeiter in einem Zweige denkt), wird dieser direkte Einflufs auch beschränkt sein und andere Momente werden ins Spiel kommen, um die Löhne zu fixieren; und so weit also kann ein Schutzzoll einen Einflufs auf die Löhne der Arbeiter in den geschützten Industrieen ausüben. Wenn ein Zoll so hoch ist, dafs die ausländische Konkurrenz sehr vermindert oder ganz beseitigt und der Gewinn ein grofser ist, dann können die Arbeiter, wenn sie gut organisiert sind, einen Teil dieses Gewinnes erhalten, und es ist unbestreitbar, dafs dies schon geschehen ist. Es ist wohl möglich und sogar wahrscheinlich — obwohl wir leider eine Statistik dafür nicht haben, dafs die Löhne der Arbeiter bei einigen geschützten Zweigen ihnen ein gröfseres Einkommen gewähren, als der der kleineren Landwirte von derselben Intelligenz und Geschicklichkeit und demselben Fleifs.

Carey findet die Ursache des Steigens der Arbeitslöhne, welches er als ganz allgemein ansieht, darin, dafs eine Verschiedenheit der Beschäftigung durch den Zoll hervorgerufen wird, und dafs diese eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeit mit sich bringt. In seiner einseitigen Auffassung der Nachfrage steht er nun in näherer Ver-

bindung mit den Merkantilisten, wie Held uns deutlich gezeigt hat [1]), und sieht nicht klar, dafs jede Nachfrage nach Arbeit auch ein Angebot anderer Arbeit sein mufs, wenn auch vielleicht in kapitalisierter Form.

Betrachten wir nun etwas näher den Einflufs des Zolles auf die Löhne. Es ist allgemein zugegeben worden, dafs die Löhne in den geschützten Industrieen höher sein können, als sie ohne den Zoll sein würden. Diese gesteigerte Nachfrage nach Arbeit, die die höheren Löhne herbeiführt, bedingt nun, von der anderen Seite betrachtet, ein Angebot von ebenso vielen Kapitalien. Woher sind nun diese Kapitalien gekommen? Diese Frage mufs man beantworten, ehe man von einer Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen durch den Zoll sprechen darf.

Es ist vielleicht ein kleiner Teil, wenn wir blofs den Unterschied zwischen den inländischen und ausländischen Löhnen in demselben Zweige ins Auge fassen, der besseren Lage der Industrie zuzuschreiben; denn der Fall könnte vorkommen, dafs eine konkurrierende Industrie in Amerika ohne einen Schutzzoll etwas bessere Löhne als England bezahlen könnte, und doch, um die gewöhnlichen Löhne des Landes zu tragen, einen Schutz haben mufs, weil der Unterschied der Löhne in den beiden Ländern ein erheblicher ist. Diese Fälle sind aber so selten, dafs sie kaum besonders in Frage kommen. Teilweise auch wird der Unterschied zwischen den Löhnen in den geschützten und ungeschützten Industrieen von den Konsumenten resp. den Zwischenhändlern der durch die betreffenden Arbeiter produzierten Waren bezahlt. Oft wird mehr als dieser Unterschied bezahlt; denn ein Zoll kann sehr schlecht situierte Fabriken ins Leben rufen. Wer diese betroffenen Konsumenten sind, hängt natürlich von der Art der Ware und anderen Umständen ab, aber in den meisten Fällen sind es zum grofsen Teile andere Arbeiter und die Farmer.

Wenn man bedenkt, dafs die Arbeiter in den geschützten Industrieen in irgend einem Lande, obwohl vielleicht viele an Zahl, doch blofs einen verhältnismäfsig kleinen Teil der ganzen konsumierenden Bevölkerung bilden, so sieht man — um über die Gerechtigkeit einer solchen durch Gewalt bewirkten Teilung zu schweigen — leicht, dafs die Erhöhung der Löhne in diesen Zweigen keineswegs der Arbeiterbevölkerung zu gute zu kommen braucht, dafs sie

[1]) Carey und das Mercantilsystem, a. a. O. S. 170 und A.

vielmehr häufig die umgekehrte Wirkung haben wird. Die Berechtigung dafür findet man nur darin, dafs die jetzt getragene Last in der nächsten Zukunft noch eine stark überwiegende gute Wirkung haben soll; man mufs aber auch dabei nicht übersehen, dafs diese gute Wirkung zu viel kosten kann.

Wahr ist es, dafs ein Staat mit einer grofsen Verschiedenartigkeit der Beschäftigung, wenn die Industrieen vorteilhaft betrieben werden, eine viel gröfsere Bevölkerung ernähren kann, als ein reiner Agrikulturstaat, und es ist zuzugeben, dafs man also in dieser Weise für die Zukunft auf Kosten der Gegenwart Vorsorge treffen kann.

Indem Carey aber das Malthussche Gesetz leugnet, und sogar Malthus fast als einen Gottesleugner betrachtet, weil er für die Zukunft durch vernünftige Mittel Vorsorge treffen will, so hätte er selbst der letzte sein sollen, solche Mafsregeln aus diesem Grunde zu befürworten.

Careys Buch, The Slave Trade, ist ein Versuch, der zeigen soll, dafs das Freihandelsystem eine Erniedrigung der Löhne, einen Raubbau des Bodens, und also eine Bedrückung der Frauen und Kinder und endlich der Männer selbst bis zur Sklaverei nötig macht; ähnliche Behauptungen findet man in allen seinen Werken. England hat nach ihm den Willen und auch die Macht, wenn die anderen Nationalitäten einen Schutzzoll gegen sie nicht errichten, dieselben in wirkliche, wenn nicht sogenannte Sklaverei zu ihr zu bringen. Dies geschieht dadurch, dafs das Freihandelsystem die anderen Länder nötigen mufs, blofse Agrikulturstaaten zu bleiben, oder, wenn sie jetzt Industriestaaten sind, wieder Agrikulturstaaten zu werden, und ein solcher Staat mufs wie gesagt den Raubbau betreiben; dieser Raubbau aber zwingt zur Sklaverei [1]).

Mit einem bittern Hafs gegen das englische System, das seiner Ansicht nach eine so grofse Gefahr über sein Vaterland bringt, und mit einer Beredsamkeit, deren Ausdruck das Mifstrauen leicht erklärt, das so viele aus dem amerikanischen Volke gegen England haben, führt er eine grofse Menge Beispiele der tiefsten Armut und des Leidens in Indien, Irland und England an, welche er alle dem Freihandel zuschreibt.

Nun, es existirt unzweifelhaft bei dem Freihandel in einigen Ländern ein Mittel, wo die Sklaverei besser und leichter beibehalten

---

[1]) The Slave Trade, S. 105.

„It is not slavery that produces exhaustion of the soil, but exhaustion of the soil that causes slavery to continue."

werden kann. Wenn — wie Cairnes[1]) so richtig gezeigt hat — die südlichen Staaten in den Vereinigten Staaten vor 1860 all ihren eignen Bedarf selbst durch Fabrikbetrieb hätten decken müssen, so hätten sie den Negern eine höhere Bildung gegeben und würden also eine Basis für eine günstigere soziale Lage geschaffen haben.

Das Merkwürdige bei Carey aber ist, dafs er keinen Unterschied in den Verhältnissen der verschiedenen Länder zu verschiedenen Zeiten machen will, soweit dieser Unterschied die Anwendung seiner Prinzipien betrifft. Damit dafs die Sklavenbesitzer mit dem Freihandel ihren Bedarf vom Ausland leichter besorgen konnten, ist nichts gesagt; es gibt an sich keinen Grund für die Annahme, dafs ein freier Staat nicht unter demselben System eine grofse ausgedehnte Industrie aufrichten könnte, und wir haben früher gezeigt, dafs dies in einem solchen Staat mit der Zeit eintreten würde.

Obwohl Carey[2]) 1853 ein Protectivsystem als ein Mittel für die friedliche Abschaffung der Sklaverei in Amerika befürwortete, so wissen wir nichtsdestoweniger, dafs schon früher 1832 dieses System beinahe zum Kriege geführt hätte; und die Thatsache, dafs 1861, die Verfassung der abgefallenen Staaten einen Artikel enthielt, der einen Schutzzoll verbot, zeigt deutlich genug, dafs er kein Mittel für friedliche Abschaffung der Sklaverei gewesen wäre, obwohl dies ebenso deutlich zeigt, dafs er für die Sklaverei unvorteilhaft ist.

33.

Mit den Halbprotektionisten, die einen Zoll meistens für Steuer mit zufälligem Schutz (Revenue with incidental Protection) befürworten, hat Carey nichts gemein[3]). Er glaubt, dafs ein Schutzzoll

[1]) Some Leading Principles u. s. w., a. a. O. S. 396.

„Free' trade, as I had once occasion to point out constituted undoubtedly one of the main supports of slavery in the South; for by its means Southern slavemasters were enabled, while employing their thralls in the few crude industries in which alone their labor was efficient, to command all the comforts and luxuries of civilized existence. Free trade thus undoubtedly favored and rendered possible, the low state of civilisation which up to 1860 was characteristic of the southern portion of the United States." Diese Zugebung ist um so mehr wertvoll und beachtenswert, weil Prof. Cairnes einer der stärksten Verteidiger der Handelsfreiheit in England und nach der Abschaffung der Sklaverei für die Ver. Staaten gewesen ist.

[2]) The Slave Trade, S. 296, 303 u. a.

[3]) Past, Present u. Future, S. 472.

die genügende Höhe haben mufs, um wirksam zu sein, und fürchtet nicht, dafs er zu hoch sein könnte. Wenn der Staat durch einen Zoll ein Einkommen erhält, so ist es gut; die beste Steuer aber ist nach seiner Meinung die direkt auf das Land und die anderen Immobilien gelegte. Er will in der That zeigen, dafs der Freihandel zu einer indirekten Steuer sogar nötigt und dafs eine direkte nur möglich wird, wenn die Beschäftigung in einem Lande eine sehr verschiedenartige (und zwar natürlich durch Schutzzölle hervorgebrachte) ist.

Wenn er sagt: „Je gröfser die Tendenz zur direkten Besteuerung ist, desto kleiner wird immer das Verhältnis sein, in dem die Besteuerung für den Unterhalt der Regierung zur Summe der Produktion des Volkes steht [1]," so heifst dies nur dafs die fortgeschrittensten Länder eine direkte Besteuerung vorziehen, oder dafs eine direkte Besteuerung billiger ist, als eine indirekte, was an sich zuzugeben ist, wenn ein Volk die direkte Steuer gewissenhaft und mit gutem Willen bezahlen will. Wenn er aber gegen den Freihandel sagt:

[2] „Die wirklichen Zahler der englischen Steuern sind die Einwohner aller der Länder, welche die Rohmaterialien der Manufaktur liefern und sie in einer vollendeten Form zurückkaufen", worunter er natürlich die Vereinigten Staaten, Indien, Türkei und Irland versteht, so spricht er etwas aus, was ebenso richtig und falsch ist als das Gegenteil.

Der Handel dieser Staaten mit England ist für England vorteilhaft, hilft ihm also die Steuern zu bezahlen. Es ist aber auch wahr, dafs dieser Handel für die genannten Staaten, wenigstens für die Gegenwart, vorteilhaft ist, sonst würden sie ihn nicht unterhalten. Also hilft England ihnen ihre Steuern bezahlen. Welches Land den gröfseren Vorteil hat, thut hier nichts zur Sache.

„Tariffs for revenue should have no existence. Interferences with trade are to be tolerated only as measures of self protection. Every man who enjoys security should contribute directly for its maintenance, and then he would have cheap government, and good government."

Ibid. S. 464.

„The whole system of indirect taxation is mere petty larceny. It is an attempt to filch that which cannot be openly demanded. It is one of those 'inventions' of man by which the few are enabled to grow rich at the expense of the many, and is therefore greatly favored by that class of men who prefer living by the labour of others to living by their own."

[1]) Handbuch, S. 567.

[2]) Social Science, Band III, S. 189. Handbuch S. 565.

Er hat in seinen Werken keine Steuerlehre als solche angegeben, hat sie blofs in diesem Zusammenhang erörtert. Wir brauchen hier also hierauf nicht weiter einzugehen. Es ist aber wesentlich zu bemerken, dafs er eine direkte Steuer für die Gegenwart den Vereinigten Staaten nicht empfohlen hat, obwohl er zwar [1]) Massachusetts und hauptsächlich Boston wegen der direkten Form ihrer Steuer und der Billigkeit ihrer Verwaltung lobt. Obwohl er einen Zoll nicht wegen des Staatseinkommens, sondern nur wegen des Schutzes haben will, so bemüht er sich doch oft, zu zeigen, dafs in den höchsten Schutzperioden das Einkommen bei weitem das höchste gewesen ist [2]), was an sich natürlich weder für noch gegen den Schutzzoll spricht.

34.

Obwohl wir früher über seine Statistik einige Worte gesagt haben, so scheint es angebracht, gerade in diesem Kapitel noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dafs seine statistischen und historischen Angaben und die Interpretation derselben wenig Wertvolles enthalten.

Gegen die Genauigkeit seiner angegebenen Zahlen selbst können wir nur auf das früher angegebene Citat von von Hock (Finanzen der Vereinigten Staaten, S. 566) hinweisen, wo letzterer klagt, dafs Carey willkürlich seine Zahlen verdoppelt, halbiert u. s. w., um seine Beweise durchzuführen, und auf ein Citat aus Careys „Review of the Farmer's Question“ (S. 7), worin ein Kritiker sagt, dafs Careys Zahlen nicht vertrauenswert sind, und diese kritisch prüft. Diesem Kritiker hat Carey wohl geantwortet, aber unseres Erachtens in sehr unbefriedigender Weise. Das Material zur Prüfung der Zahlen haben wir meistens nicht gehabt, aber wo wir sie immer untersucht haben, haben wir sie richtig gefunden.

---

[1]) Principles of Social Science III p. 177.

[2]) Ibid III S. 197.

„Coming now to the United States, we find the government contracting debts in the freetrade period from 1818 to 1825 — paying them off in the protective one from 1826 to 1834 — recontracting them in the freetrade one from 1836 to 1842 — paying them off in the protective one from 1843 to 1846 — recontracting them again between 1847 and 1850, and then again paying them off by means of revenues derived from enormous importations, based upon private debts, requiring an annual payment of interest to an amount greater than the average export of food to all the world.“

Die Interpretation seiner Statistik, wie auch die Anwendung derselben sind nicht befriedigend, und es ist möglich, wenn man seine freihändlerischen und schutzzöllnerischen Schriften vergleicht, Widersprüche zu finden, die nicht leicht zu erklären sind. In seinen ersteren Werken ist England als ein sehr blühendes Land, und zwar als das blühendste nächst den Vereinigten Staaten geschildert, in seinen späteren macht er auf Englands Armut, Pauperismus u. s. w. aufmerksam und ruft immer den Eindruck hervor, als ob es fast ruiniert wäre, gerade durch seine freihändlerische Politik [1]). 1872 schreibt er, als ob die Lage der Arbeiter schlimmer wäre als zu irgend einer früheren Zeit. Man kann natürlich sagen, dafs er eine falsche Meinung hatte, aber seine einseitige Ansicht über alle die Umstände, die mit dem betreffenden Gegenstand zu thun haben, zeigt, dafs er seine Beweise nicht auf diese Weise ausführen kann.

Seine statistische Beweisführung des Einflusses des amerikanischen Schutzzolles ist sehr mangelhaft. Erstens, weil der Gegenstand zu einer genauen statistischen Beweisführung ungeeignet ist, denn es ist ganz unmöglich, alle beeinflussenden Umstände oder einen Teil derselben, der grofs genug ist, um ein sicheres Urteil zu gewähren, zu berücksichtigen. Das einzig mögliche ist also eine sorgfältige Beobachtung alles dessen, was von Einflufs sein kann, um durch eine Schätzung aller Faktoren eine richtige Beurteilung gerade dieses Faktors möglich zu machen. Der Einflufs auf verschiedene Industrieen kann ziemlich genau festgestellt werden, aber auch hier nicht mit Genauigkeit; denn man kann nicht wissen, was unter anderen Umständen vorgekommen wäre. Die Art des Einflusses des Schutzolles auf ein ganzes Land aber kann man nicht mit Genauigkeit angeben. Eine sehr allgemeine Schätzung ist das einzige, was sich hier durchführen läfst. Zweitens sind Careys Beweise um so mangelhafter, da er gar nicht zu wissen scheint, was für Faktoren in den einzelnen Fragen mitwirken. Er zeigt, dafs ein Geschäftszweig in einer Protektivperiode blühte, und schreibt dies ruhig dem Einflufs des Zolles zu. Er denkt, dafs die Wirkung eines Schutzzolles darin besteht, die Schwankung in den Preisen zu vermeiden, was weder theoretisch zu erwarten noch durch Erfahrung zu konstatieren ist. Es ist merkwürdig, wie er bei seinen Betrachtungen der Vereinigten Staaten in den verschiedenen Perioden gar kein Gewicht auf neue Erfindungen, Handelskrisen, neue Me-

[1]) Unity of Law, S. 283.

thoden in der Produktion u. s. w. gelegt hat, als Faktoren, die bei dem Problem ebenfalls in Frage kommen. Statt dessen scheint es ihm genug, dem Freihandel die Krisen u. s. w., dem Schutzzoll die guten Folgen als Resultate zuzuschreiben.

Wenn man sieht, wie er in seiner Erörterung dieser Frage das Geldsystem, die Parteipolitik u. s. w. als Faktoren unberücksichtigt läfst, so kann man seinen vielen Zahlen und Behauptungen keinen Wert beilegen, aufser vielleicht den, dafs sie Material zu weiterer Bearbeitung bilden. Wenn man aber an anderen Stellen dieselben Resultate dem Geldsystem des Landes zugeschrieben findet, so ist es noch schwieriger, seine Schlüsse anzuerkennen.

Die Krisen vor dem Bürgerkriege finden wir dem Freihandel zugeschrieben, die nach dem Kriege dem Geldsystem, aber das Geldsystem in den früheren Perioden war noch schlimmer, als das in den nach dem Kriege — auch wenn wir nach Careys Grundsätzen urteilen wollten.

Seine allgemeinen Behauptungen, betreffs der Lage des Landes in den verschiedenen Perioden, stehen in geradem Widerspruch mit anderen Autoren von wenigstens gleicher Autorität, während sein Fehler, mehr als eine Ursache für die kompliziertesten Erscheinungen, zu finden den Wert seiner Auffassung der übereinstimmenden Erscheinungen sehr herabsetzt.

Kurz, man mufs zu dem Schlusse kommen, dafs er durch seine Übertreibung einiger wirklich guter Beweise und durch seine Ungenauigkeit in der Interpretation von historischen und statistischen Thatsachen die wirkliche Stärke seiner Position als Schutzzöllner sehr vermindert hat.

Obwohl seine Beweise auf das Volk einen grofsen Einflufs ausgeübt haben, und dazu geeignet sind, so mufs man doch sagen, dafs sie, von wissenschaftlichem Standpunkt betrachtet, weit schwächer als Lists Ausführungen sind und eine hohe Anerkennung nicht verdienen. Anderseits mufs man dabei nicht vergessen, dafs die Schriften über diesen Gegenstand zum grofsen Teil gerade für Zeitungen geschrieben waren und also als Mittel zum Zweck anders beurteilt werden müssen.

34.

Es scheint wünschenswert, die Auffassung Alexander Hamiltons über Schutzzölle mit der Careys kurz zu vergleichen, denn Hamilton hat früher als der beste Verteidiger des Systems in Amerika ge-

golten, und manche sind noch jetzt der Ansicht, dafs er der beste Verteidiger desselben gewesen ist. Gewifs ist es, dafs Hamilton einer der gröfsten Financiers der Welt war; er besitzt aufserdem in hohem Grade die Fähigkeit, seine Auffassungen klar und präzis zur Darstellung zu bringen. In dieser Hinsicht, sowie in seiner allgemeinen finanziellen Tüchtigkeit steht er ohne Zweifel weit über Carey.

Sein „Report on the Manufactures“ vom 5. Dezember 1791 gibt seine Auffassung in umfassender Form [1]) wieder. Zunächst mufs man bedenken, dafs Hamilton gerade im Gegensatz zu Carey nie einen hohen Zoll empfohlen hat.

Er hat auch einige merkantilistische Ideen, wie z. B. die, dafs die westindischen Inseln mit ihrem fruchtbaren Boden und ihrer Ausfuhr von edlen Metallen mit fast jedem andern Lande unvorteilhaft handeln. Hier stimmt Carey mit ihm ganz überein.

Er glaubt, dafs die Vereinigten Staaten ein Protektivsystem haben müfsten, weil die anderen konkurrierenden Länder, hauptsächlich England, ein solches System hatten. Carey dagegen will gegen England das System aufrecht erhalten, gerade weil England freihändlerisch ist. In diesem Fall, wenn man von dem System und nicht von einzelnen Gegenständen spricht, haben beide natürlich vom wirtschaftlichen Standpunkt einen Irrtum begangen. Von politischem Standpunkt läfst sich etwas für Hamiltons Auffassung sagen, und er hat ebenso von diesem Standpunkt aus als von dem anderen geurteilt.

Was die Frage der Vervielfältigung der Beschäftigung betrifft, so stimmen sie darin miteinander überein; indes ist Hamiltons Ansicht eher zu billigen, weil er rationeller in bezug auf die Höhe des Zolles denkt.

Dafs ein Schutzzoll den Gebrauch der Maschinen fördert, und dafs mehr Arbeiter und andere Klassen von Arbeitern, z. B. die Frauen und Kinder, Beschäftigung finden können, hebt Hamilton deutlich hervor. Carey hat dieselbe Auffassung, der eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist. In einem reichen Lande aber, wenn nicht in allen, führt diese Frauen- und Kinderarbeit andere soziale Konsequenzen mit sich, die oft den Vorteil ganz aufheben würden,

---

[1]) Weil der Bericht nicht zu bekommen ist, so ist die kurze Schilderung desselben aus Bolles „Financial History of the United States“ und Sumners „History of Protection in the United States“ benutzt.

wie z. B. eine Verminderung der Bildung der Frauen und Kinder und also der Kultur des Landes.

Beide glauben, dafs das System der Einwanderung förderlich ist. Wenn dies dem Lande ohne weiteres zum Nutzen gereichte, so dafs es dadurch zu höherer Blüte gelangte, dann wäre dies richtig. Dies ist aber gar nicht festzustellen. Eine Untersuchung der Berufe der Einwanderer in den Vereinigten Staaten zeigt, dafs nur ein kleiner Teil den geschützten Industriezweigen angehörte, während die meisten auf das Land gehen oder gewöhnliche Arbeit übernehmen, so dafs der Zoll keinen direkten Einflufs auf sie ausübt.

Hamilton und Carey sind beide der Ansicht, dafs ein Schutzzoll einen sichereren und besseren Markt, den inländischen Markt, hervorruft. Hamilton giebt als Grund an, dafs die ausländischen Zölle die Ausfuhr des Getreideüberschusses verhinderten, und dafs es also wünschenswert sei, einen gröfseren Absatz im Inlande zu haben.

Dies hängt natürlich mit dem Vorigen zusammen, und trifft nur so weit zu, als der Zoll der inländischen Produktion hilft.

Carey will den ausländischen Markt ausschliefsen, wenn er auch offensteht, weil er glaubt, dafs die Preisschwankungen vom Auslande gröfser sind. Dies ist allerdings nicht zuzugeben. Je breiter der Markt ist, desto leichter werden die Schwankungen ausgeglichen, desto schwieriger ist es für die Spekulanten, den Markt zu beherrschen und künstliche Schwankungen hervorzurufen. Allerdings ruft der Einflufs des ausländischen Marktes oft Schwankungen hervor, aber dafür bringt er auch grofse Vorteile mit sich.

Endlich heben Carey und Hamilton den Umstand hervor, dafs ein Schutzzoll nach einiger Zeit durch die inländische Konkurrenz die Preise noch niedriger herabdrücken wird. Wenn der Zoll in richtiger Weise aufgelegt wird, so ist dies manchmal zutreffend, und dieser Umstand kann als Rechtfertigung des Schutzzollsystems dienen.

Bei dieser kurzen Vergleichung der beiden Autoren haben wir gefunden, dafs sie in einigen Punkten übereinstimmen; in allen den Fällen dagegen, wo sie abweichender Ansicht sind, ist derjenigen Hamiltons im allgemeinen der Vorzug zu geben.

Kapitel IX.

Careys Untersuchungsmethode.

36.

In dem ersten Kapitel seines letzten Buches „The Unity of Law“ spricht Carey sich nachdrücklich gegen die alte Schule der Nationalökonomie und hauptsächlich gegen John Stuart Mill aus. Die Wissenschaft, wie sie bei Mill geschildert war, nennt er eine auf Annahmen gegründete Wissenschaft. Er tadelt Mill und die anderen bitter, weil sie den Menschen so hinstellen, als ob er meist nur durch Selbstinteresse in seinem Handeln beeinflufst wäre; kurz, so weit man sehen kann, will er von einer deduktiven Wissenschaft der Nationalökonomie nichts wissen. Vielmehr citiert er gerne die Meinung eines Schriftstellers in dem Westminster Review [1]), der sagt, dafs die induktive Methode allein für nationalökonomische Forschungen anwendbar sei, und dafs die deduktive Methode uns darin nicht geholfen, sondern vielmehr behindert habe, dafs sie dem Geiste der neueren wissenschaftlichen Forschung überhaupt ganz fremd sei.

Er macht seine Leser darauf aufmerksam, dafs die Meinungen der verschiedenen Nationalökonomen über einige der Grundprinzipien der Wissenschaft, z. B. Wert, Reichtum, Löhne u. s. w., sehr ungleich sind, und schreibt diese Verschiedenheit der falschen Untersuchungsmethode zu. Er citiert John Stuart Mills [2]) Behauptung, dafs die Sozialwissenschaft eine ähnliche Wissenschaft wie die physischen

---

[1]) Unity of Law, S. 32.

[2]) Principles of Social Science, Chap. II.
Ibid. S. 28.

Wissenschaften: Physik, Astronomie, Chemie u. s. w. sei; dann tadelt er, wie gesagt, denselben Verfasser, weil er „Political Economy“ als die Wissenschaft des Reichtums auffafst, und also in dieser Wissenschaft den Menschen als meist durch Selbstinteresse beeinflufst betrachtet. Darin will er einen Widerspruch finden.

Er stellt die Logik und Mathematik nicht als Wissenschaften hin [1], spricht ihnen den Charakter einer Wissenschaft ab und betrachtet sie nur als sehr nützliche Werkzeuge für den Gebrauch des Menschen in seinem Studium der anderen Wissenschaften.

Er denkt, dafs man in der Sozialwissenschaft die Mathematik zur Anwendung bringen sollte wie bei den Naturwissenschaften, und dafs die Sozialwissenschaft, je mehr sie die Mathematik anwendet, desto mehr den Charakter einer wirklichen Wissenschaft annehmen wird.

Malthus und Ricardo verwendeten die Mathematik in der Darstellung der Theorieen, die ihren Namen tragen. Carey sagt [2], dafs die Methode dieser beiden Gesetze aus diesem Grunde die richtige sei, dafs die Thatsache, dafs sie diese Methode anwendeten, sie mit Recht in die erste Reihe der Nationalökonomen gestellt und ihren Werken einen gröfseren Einflufs gegeben hat, als denen ihrer Vorgänger. Der Fehler bei beiden sei, dafs sie nicht genug Thatsachen zur Prüfung ihrer Theorieen herangezogen und also der Welt unwahre Theorieen gegeben hätten.

Er rühmt die mathematische Form seines Lohngesetzes, da es das Verhältnis zwischen den Anteilen des Kapitalisten und des Arbeiters ausdrücke [3].

Eine schon erwähnte Lieblingsidee Careys ist die, dafs es nur ein System von Gesetzen für die Beherrschung aller Materie gibt, „ob diese in der Form eines Stücks Kohle, eines Baumes, eines Pferdes oder eines Mannes uns entgegentritt“, so dafs es also nur eine Art des Studiums für alle Seiten des Lebens gibt. Weiter sagt er dazu, dafs wir in der Sozialwissenschaft die Details des Lebens studieren, dafs wir mit der Analyse anfangen und dann zur Synthese fortschreiten sollen, gerade wie der Chemiker, der, wenn er das Stück Granit in die Atome auflöse, dadurch in die Geheimnisse der Zusammensetzung der Masse eindringo.

---

[1]) Principles of Social Science, Vol. 1 S. 12.

[2]) Ibid. S. 32.

[3]) Ibid. S. 34.

„We have here the distinct expression of a mathematical relation between the concomitant variations of power of man and matter.“

Es ist schwer, aus allem diesem zu ersehen, was für eine Methode Carey gerade haben will, und diese Schwierigkeit würde noch gröfser werden, wenn man Carey selbst mit seinen Forschungen hinzuzöge. Ein Mann, der Ricardos Methode der Untersuchung preist, und dann sagt, dafs die induktive Methode die einzig richtige sei; der gegen eine auf Annahmen gegründete Wissenschaft, wie er Mills „Political Economy" nennt, so heftig kämpft, und dann seine eignen wichtigsten Theorieen durch das Leben Robinson Crusoes beweist: ein solcher scheint seine eignen Ideen und seine eigne Praxis nicht deutlich genug präzisiert zu haben.

Es ist aber doch von Interesse, mit Carey diese Untersuchungsmethode für die Sozialwissenschaft kurz zu betrachten.

37.

Man kann Carey darin recht geben, dafs eine grofse Verschiedenheit in den Ansichten der nationalökonomischen Schriftsteller über die Grundprinzipien der Wissenschaft besteht, und dafs das persönliche, wie materielle Interesse der verschiedenen Bevölkerungsklassen dieses Resultat zum Teil hervorgebracht hat. Es ist wahr, dafs ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer einige Gegenstände, z. B. die Löhne, von ganz verschiedenen Standpunkten aus betrachten und fast notwendigerweise betrachten müssen, und dafs dies eine Verschiedenheit der Ansichten hervorrufen mufs, während alle Klassen die Astronomie oder die Physik ohne ein solches Vorurteil studieren würden. So könnte man auch die Wirkung der moralischen und religiösen Gefühle eine ähnliche nennen; und der Gebrauch von Worten, die auch im gewöhnlichen Leben gebraucht werden, hat wahrscheinlich noch mehr dazu beigetragen. Alle diese würden aber, was auch die Methode immer sein möge, eintreten, weil sie von der Natur des Gegenstandes selbst abhängig sind.

Es sind aber andere, die Methode selbst näher betreffende Punkte, worüber Carey und die alte Schule in den Meinungen auseinander gehen und deren nähere Betrachtung lohnen würde.

Carey spricht häufig und spöttisch von der Nationalökonomie der alten Schule und hauptsächlich John Stuart Mills, als einer auf blofsen Annahmen begründeten Wissenschaft. Was bedeutet nun dieser Ausdruck? Inwiefern ist eine solche Wissenschaft falsch? Was hat Carey uns Besseres anzubieten? Das sind Fragen, die gewifs beachtenswert sind.

Der Hauptfehler Mills nun scheint in Careys Augen der zu sein, dafs er den Menschen in der Nationalökonomie als nach Reichtum strebend betrachten will, also so, als ob er meist durch Selbstinteresse beeinflufst wäre, dafs aber diesem Triebe der Fortpflanzungstrieb und die Abneigung gegen die Arbeit gegenüber stehe.

Nach Carey betrachtet Mill für seine nationalökonomischen Untersuchungen den Menschen als nur unter diesen Einflüssen stehend, während Carey den Menschen, wie er wirklich ist, betrachten will. Er spricht von der Erfindung der Theorieen der alten Schule, während er hingegcn die wahren Theorieen entdecken will.

Carey hat das Feld der Sozialwissenschaft etwas weiter aufgefafst, als Mill das der Nationalökonomie; aber er spricht meistens von Gegenständen, die in der Nationalökonomie Mills auch stehen und die Methode wäre in beiden Fällen allenfalls gleich.

Carey will nun von keinem „nationalökonomischen Menschen“ wissen; er will den realen Menschen betrachten. Es ist aber rein unmöglich, dafs er alle die Ursachen der menschlichen Handlungen in Betracht zieht. Denke man an die verschiedenen Gründe, durch welche die einfachste That verursacht wird. Der Thäter selbst könnte sie alle kaum angeben, und für dieselbe Handlung haben verschiedene Menschen stets andere Gründe. Was ist in diesem Fall zu thun? Mill würde die Voraussetzung hinstellen, dafs die Menschen durch einige Hauptgründe beeinflufst sind, und würde die anderen Gründe zur Zeit aufser acht lassen. Von diesen Gründen könnte er mit Bestimmtheit sagen, was in einem gewissen Falle die Wirkung, soweit sie diese Gründe beträfe, sein würde. Die exacte Wirkung aller Ursachen könnte er nicht angeben, aber da er den Versuch nicht machte, hat er auch keine Täuschung hervorgerufen. Er beweist genau die Wirkung seiner vorausgesetzten Gründe und ist jetzt im stande, die anderen abzuschätzen.

Es ist zu bemerken, dafs die Voraussetzungen keineswegs willkürlich, sondern vielmehr sämtlich wahr sind; doch sind sie nicht die einzigen. Nach Careys Theorie aber soll man den Versuch machen, alle Gründe in Betracht zu ziehen. Wenn dies möglich wäre, so wäre das Verfahren ganz richtig. Da es aber unmöglich ist, mufs man in der That gerade wie oben verfahren, und dies mit noch gröfserer Gefahr vor Täuschung, wenn die Gründe nicht sehr genau beobachtet werden.

Die alte Schule will meistens blofs das Selbstinteresse, den Zeugungstrieb und die Abneigung zur Arbeit als die Motive des mensch-

lichen Handelns in Betracht ziehen, obwohl Smith und Mill hauptsächlich noch manche andere Motive berücksichtigten. Wenn man aber blofs diese drei in ihrer Wirkung verfolgte, und dann keine zu weit gehenden Schlüsse auf die Prämissen baute, so wäre gar nichts dagegen zu sagen, aufser dafs die Betrachtung nützlicher gewesen wäre, wenn sie umfassender angelegt wäre. Eine Polemik dagegen wie die Careys ist ganz ohne Grund, obwohl man wohl sagen könnte, dafs man die anderen Momente soviel wie möglich in Betracht ziehen und sich sehr in acht nehmen sollte seine Schlüsse nicht weiter auszudehnen, als es die Prämissen gestatten. Es ist nun nicht zu leugnen, dafs einige Schriftsteller aus diesen wenigen Prämissen Schlüsse gezogen haben, die sie sodann auf die wirkliche Gesellschaft, wo noch eine ganze Menge von Motiven von Einflufs sind, anwendeten. Ein solches Verfahren war natürlich unrichtig und zu tadeln. Man darf aber nicht aufser acht lassen, dafs die Methode selbst hier keine Schuld trifft und nur die verkehrte Benutzung der Resultate zu Bedenken Anlafs gab.

Die Resultate einer solchen Forschung sind immer sehr nützlich und können stets als Basis für eine genauere Untersuchung der wirklichen Verhältnisse dienen. In der That bildet eine solche Untersuchung, obwohl oft fast unbewufst, das Fundament aller nationalökonomischen Studien, da diese Faktoren immer vorhanden sind.

Was nun Careys eigne Praxis betrifft, so finden wir, dafs er in dieser Hinsicht nicht besser dasteht, als die von ihm Angeklagten. Zu der Beweisführung seiner Wert- und Lohntheorie, die zwei originellsten und alles in allem vielleicht die besten seiner Theorieen, zieht er das Beispiel Robinsons auf seiner Insel heran. Der nationalökonomische Mensch Ricardos und Mills ist gewifs nicht weiter von dem realen Menschen der Volkswirtschaft entfernt, wenn er nach Reichtum strebt, als dieser arme Verunglückte, der auf seiner Insel allein ist. Und was noch wunderbarer ist: nachdem Freitag zu ihm gekommen ist, scheint er nach Carey von keinen höheren Motiven beeinflufst zu sein, als der von Ricardo „Erfundene", da er den Freitag zu seinem Sklaven macht, dann drei Vierteile der Produkte seines Fleifses ihm nimmt und ihm alle Vorteile entzieht, bis Freitag endlich durch die Hilfe der Naturgesetze die Macht erworben hat sich zu befreien.

Carey führt immer sehr viele historische Beispiele an, um seine Theorieen zu stützen; aber manchmal scheint es, als ob diese

Beispiele seinen Ausführungen mehr geschadet als genützt haben. Denn die bloſse Thatsache, daſs ein Land zur Zeit einer gewissen Politik blühte oder sank, ist kein starker Beweis, daſs die Politik an sich eine gute, respektive eine schlechte ist. Im wirtschaftlichen Leben spielen so viele Momente, die man zum Teil gar nicht bemerken und ausscheiden kann, eine Rolle, daſs man äuſserst selten mit Bestimmtheit zu sagen vermag: diese oder jene Wirkung rührt von gerade dieser oder jener Ursache her.

Carey scheint nun gerade diese Beweisart als sehr wichtig betrachtet zu haben, und deswegen führte er die vielen Beispiele an, ohne immer darauf zu achten, daſs die andern beeinflussenden Momente ausgeschieden werden müſsten. Beispiele sind: Frankreich unter Colbert, Deutschland unter dem Zollverein und Amerika unter den höchsten Zöllen. Zu den erwähnten Zeiten blühten diese Länder. „Also," sagt Carey, „der Schutzzoll war die Ursache."

[1]) „Solche Denker aber ignorieren die Thatsache der Mehrheit von Ursachen in gerade dem Fall, welcher das merkwürdigste Beispiel derselben darbietet."

Indem Carey soviel Gewicht auf diese Art Beweise gelegt hat, hat er die anderen Momente, die er in Betracht hätte ziehen können, vernachlässigt, und aus diesem Grunde ist seine Praxis wenigstens nicht besser als die der von ihm Angeklagten. Ihm ist in der That nicht soweit zu trauen, da er seine Fehler nicht sieht.

Dies gilt auch von der Interpretation seiner häufig angeführten Statistik, so daſs man kein Gewicht darauf zu legen wagt. Sie ist bei ihm oft gegeben, um zu beweisen, daſs ein Land blüht oder sinkt, und dann schreibt er dies Blühen resp. das Sinken einmal dem Zolle zu, ein anderes Mal dem Banksystem oder den Kriegskosten, der Steuer für die Armee u. s. w. Die genaue Prüfung und allseitige Berücksichtigung, die allein eine Statistik wertvoll macht, läſst er ihr nirgends angedeihen, es kann also seine Statistik mit seiner Interpretation ebenso oft irre führen als nicht.

Was nun weiter nicht die Theorie überhaupt, sondern Careys eigne Praxis seiner Methode angeht, ist die weitere Thatsache, daſs seine historischen Beispiele nicht sehr vertrauenerweckend sind [2]).

---

[1]) Cairnes: Logical Method of Political Economy, S. 67. Der ganze Paragraph ist aus Mills ‚System of Logic' book III chap. X § 8 genommen.

[2]) Es ist angenehm, zur Unterstützung gerade einer solchen Meinung die Autorität eines so gründlichen Historikers wie Roscher citieren zu können, der

Er citiert Berichte der Regierung, Geschichtwerke der höchsten Autoritäten, Reisebriefe, die so häufig nicht sehr glaubwürdig sind, und — was noch bedenklicher ist — Zeitungskorrespondenzen und Reden politischer Agitatoren vor einer Wahl, ohne, soweit man sehen kann, einen Unterschied zu machen. In seinen früheren Werken schreibt er als Freihändler, in seinen letzteren als Schutzzöllner, und in beiden weist er auf dieselben Länder hin, um seine Theorieen zu unterstützen, eine Thatsache, welche die gefährliche Natur seiner Beweisart zeigt. Wenn man Parteischriften als Autoritäten gelten läfst, so ist es leicht, irgend eine beliebige Theorie darauf zu stützen, und wenn man ein so heftiger Polemiker wäre, wie Carey von Natur aus wår, so würde es noch viel schwerer sein, einer Täuschung durch diese Quellen vorzubeugen.

38.

[1]) Wie schon oben erwähnt, will Carey die Untersuchungsmethode der Sozialwissenschaft von der der Naturwissenschaften nicht unterscheiden; er behauptet vielmehr die Einheit der Gesetze aller Wissenschaften und befürwortet also e i n e Methode für alle. Er will auch die Mathematik besonders anwenden. Dafs die Untersuchungsmethode der Physik, der Chemie, der Astronomie und der Nationalökonomie im allgemeinen gleich ist, dürfte man vielleicht zugeben, wenn man zugleich die kleinen Unterschiede scharf betont und immer vor Augen hält. Darin ist Carey oft nicht sorgfältig genug vorgegangen. Carey vergifst ganz einen grofsen Vorteil der Nationalökonomie, wodurch sie sich gleich am Anfang in derselben Lage befand, wie z. B. die Physik nach dem Studium von Jahrhunderten. Der Physiker nämlich hatte keine unmittelbare Kenntnis der Urprinzipien der Physik, während der Nationalökonom dagegen mit einer Kenntnis der Ursachen anfängt. Denke man an die vielen Jahrhunderte, in denen

---

in seiner Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland S. 1013 über Carey das Folgende sagt:

„Bei den historischen Durchwanderungen aller Zeiten und Völker, die Carey liebt, ist ihm regelmäfsig nur die unterste und oberste Entwickelungsstufe (Indianer — Yankees) eigentlich bekannt; auf allen übrigen wimmelt es von solchen Irrtümern, wie z. B. dafs England mächtige Kohlen- und Eisenlager besitzt, welche nur wegen des englischen Monopols unbenutzt bleiben; oder auch, dafs Deutschland nach dem Dreifsigjährigen Kriege ein blühendes Gewerbe- und Handelsland gewesen.“

[1]) Cairnes Logical Method of Political Economy enthält die Prinzipien, die in diesem Paragraphen befürwortet werden.

man die Physik studierte, ohne von solchen Grundprinzipien, wie die Unzerstörbarkeit der Materie, der Umwandlung der Kraft u. s. w. zu wissen! Denke man an eine Wissenschaft der Astronomie ohne das Gravitationsgesetz! Diese Gesetze mufste der Forscher jahrhundertelang durch Experimente und Beobachtung entdecken. Es war ihm gar nichts gegeben, während in der Nationalökonomie die Grundprinzipien offenbar zu Tage liegen. Die menschliche Natur, die physischen Umstände, unter denen die Produktion stattfindet, die politischen Institutionen, der industrielle Zustand des Volkes: das sind die ersten Prämissen der Nationalökonomen. Man darf die ungeheure Arbeit nicht unterschätzen, die in der Sammlung von Statistik, in dem Studium der Geschichte u. s. w. liegt, und die für den Nationalökonomen von der höchsten Bedeutung zur Prüfung seiner Resultate sind; die auch in gewissem Grade die Prämissen zur weiteren Deduktion liefern können. In der That sind ja in der letzten Zeit vielleicht die besten Resultate und die wertvollsten Arbeiten gerade von den Statistikern und Historikern geliefert worden, aber die erwähnten Grundprinzipien setzt man immer voraus. Carey scheint oft zu vergessen, dafs dieser Gegensatz in der Natur der verschiedenen Wissenschaften begründet liegt.

Ein anderer Unterschied, der nicht nur der Vergangenheit angehört, sondern der immer vorhanden sein mufs, ist der, dafs die Nationalökonomie fast ganz von Experimenten absehn mufs.

Der Physiker kann die Bedingungen eines Experiments bestimmen, kann die Wirkung von einer Mehrheit von Ursachen ausschliefsen, alles auf nur eine Ursache konzentrieren und dadurch ein wirklich bestimmtes Resultat bekommen; und in der That sind gerade in dieser Weise viele der gröfsten Entdeckungen von den Naturforschern gemacht worden. Von einem solchen Verfahren ist der Nationalökonom fast völlig ausgeschlossen. Er hat zwar einen sehr unvollständigen Ersatz dafür: erstens eine möglichst genaue und vollständige Statistik, die — wie man nicht erst zu sagen braucht — himmelweit von der Bestimmtheit eines physischen Experiments entfernt ist, und zweitens gerade die aprioristische Konstruktion, die Carey so verspottet. Schon durch die Isolierungsmethode, d. h. durch die Voraussetzung eines genau bestimmten Zustandes und einer oder mehrerer genau wirkenden Ursachen, z. B. die Motive des Selbstinteresses beim menschlichen Handeln, und dann die Absonderung aller andern beeinflussenden Momente; — die in der Wirklichkeit thatsächlich vorkommen — durch einen solchen Prozefs ist schon

viel geleistet worden, und dieser Prozefs, mangelhaft wie er ist, ist der beste Ersatz in dem Forschungsgebiet der Nationalökonomie für das Experiment der Naturwissenschaften.

Vielleicht die wertvollste einzelne Arbeit, die in dieser Weise gefertigt worden ist, ist der „Isolierte Staat" von von Thünen, aber die Methode kommt in den Werken all der gröfsten Theoretiker vor.

Natürlich wäre es für einen Staat wie Deutschland möglich, ein neues Gesetz erst nur in einem Teile des Landes einzuführen, und dann zu warten, bis die Resultate desselben klar zu Tage treten, ehe es über das ganze Land verbreitet würde. Ein solches Verfahren, das ein wirkliches, bestimmendes, obwohl in den Resultaten nicht genaues Experiment sein würde, wäre aber in den meisten Fällen unpraktisch wegen 1. der politischen Schwierigkeiten, welche eine solche Verwendung eines Teils des Landes für einen solchen Zweck bereiten würde, und 2. (was von noch gröfserer Bedeutung ist) durch die erwähnte Unbestimmtheit der Resultate, weil die Wirkung bei einem kleinen und grofsen Gebiet in vielen Fällen eine ganz andere wäre (aufser dem oben Erwähnten, dafs die bestimmenden Ursachen nicht festzustellen sind).

Auch in betreff der Anwendung der Mathematik in der Nationalökonomie kann man Carey nicht beistimmen, weil er hier auch nicht den Unterschied zwischen den verschiedenen Wissenschaften klar vor Augen zu haben scheint. Gerade weil die Ursachen der sozialwissenschaftlichen Phänomene unbestimmt sind und unbestimmt bleiben müssen, da Gefühle und Ansichten des Menschen nicht durch Zahlen auszudrücken sind, deswegen müssen die Gesetze in der Sozialwissenschaft nur Tendenzen ausdrücken. Man kann sie manchmal in einem ungefähren Verhältnisse darstellen, aber sie sind unbestimmt und müssen es bleiben.

Wenn also Carey, nachdem er die anziehende Kraft der grofsen Städte erörtert, sie molekuläre Gravitation genannt und diese mit der Gravitation verglichen hat, als ein wirtschaftliches Gesetz folgendes angibt[1]: „Die Gravitation steht hier, wie überall in der materiellen Welt, in geradem Verhältnisse zu der Masse und in umgekehrtem zu der Entfernung", so ist dies keinesfalls zutreffend. Freilich haben die grofsen Städte die Tendenz Fremde anzulocken, und im allgemeinen kommen diese aus der Nähe häufiger als aus der

[1]) Principles of Social Science, S. 43. Vergl. auch zur Kritik Lange: Mills Ansichten über die soziale Frage, S. 170 ff.

Ferne; aber von einer genauen Regelmäfsigkeit der Zahlen, geschweige von einem Einflufs auf den individuellen Menschen, ist natürlich keine Rede. Sonst wäre es unmöglich, dafs ein Engländer je nach Deutschland käme! Ein solcher auf die Spitze getriebener Vergleich wäre blofs als Flüchtigkeit zu betrachten und von keiner besonderen Wichtigkeit, wenn nicht solche Behauptungen oft und überall bei Carey vorkämen und er die Einheit und Allgemeingültigkeit der Naturgesetze so sehr betonte, dafs man diesen Umstand nicht ohne weiteres übergehen darf.

Das Gravitationsgesetz wäre für die Astronomie von verhältnismäfsig geringer Bedeutung, wenn es blofs bestimmte, dafs die Sonne die Planeten anzöge und nicht die Regel der Anziehungskraft angäbe. Man redet aber im exakten Sinne des Wortes, wo man nicht nur die Tendenz, sondern das Mafs genau durch Zahlen ausdrücken kann, wenn man von der Mathematik in den Naturwissenschaften spricht; und dafs Carey diesen Unterschied nicht deutlich erkannte, ist ein ganz besonderer Fehler.

Obwohl Carey die Sozialwissenschaft und die politische Ökonomie scharf unterscheiden will, so hat er nichtsdestoweniger den theoretischen und praktischen Teil so wenig auseinander gehalten, dafs es ganz unmöglich ist, sie bei ihm zu trennen, was um so schlimmer ist, da die Methoden für jene beiden Teile ganz verschieden sein müssen. Menger hat auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht. Für den praktischen Teil ist die induktive Methode im allgemeinen mafsgebend, während durch die deduktive Methode die meisten Entdeckungen im Gange der Geschichte der theoretischen Nationalökonomie gemacht worden sind, und es ist wahrscheinlich, dafs die neuen Prinzipien in der Theorie noch in dieser Weise zu entdecken sind. Vor allem mufs man die Grenzen beider genau kennen; Carey hat sie vermischt, und während er die induktive Methode lobt, hat er die deduktive angewandt. Seine Sozialwissenschaft ist wenigstens zur Hälfte als praktischer Teil zu betrachten oder, wie er es nennt, als „Political Economy“.

Es ist unmöglich, eine spezifisch Careysche Methode anzugeben; denn er widerspricht sich so oft, nicht nur in dem Kapitel über die Methode der wissenschaftlichen Unternehmungen, sondern auch in allen seinen Werken, dafs man nur annehmen kann, er habe selbst über den wirklichen Charakter einer wissenschaftlichen Untersuchung sehr unklare Vorstellungen gehabt, und er sei in seinen Schriften keiner Methode gefolgt, sondern habe gerade so geschrieben,

wie es ihm zur Zeit richtig erschien, ohne sich darum zu kümmern, ob dies wissenschaftlich sei oder nicht. Seine mangelhafte wissenschaftliche Bildung erklärt diese unverzeihliche Vernachlässigung am leichtesten; vielleicht kann man auch viel der Thatsache zuschreiben, dafs er soviel in kurzen Artikeln für die Zeitungen schrieb.

Die Hauptpunkte, soweit man sie herausfinden kann, sind oben geschildert worden, und dennoch liefsen sich leicht noch andere Fehler gleicher Art anführen.

Man kann den ganzen Eindruck, den man durch das Lesen seiner Werke bekömmt, nicht besser ausdrücken, als Lange es in den folgenden Worten schon gethan hat [1]).

„Während wir unter Methode gerade einen Weg zur unumstöfslich sichern Erkenntnis verstehen, fafst Carey, ohne an irgend einer Stelle seiner drei dicken Bände (und man kann auch hinzufügen — noch in seinen anderen vielen Werken, obwohl er ein Kapitel gerade über die Wissenschaften und ihre Methode geschrieben hat) klar und präzis zu sagen, was er Methode nennt, bald diesen Begriff so allgemein, dafs man glauben sollte, die Theologie und die Experimental-Physik hätten wirklich dieselbe Methode, bald wieder so eng, dafs man als seine Meinung ansehen mufs, die Methode der exakten Wissenschaften, resultierend aus der Erfahrung im Verkehr mit dem Stoff, sei ausschliefslich bestimmt, gestützt auf Logik und Mathematik, das ganze Feld des Wissens zu beherrschen. Viele Stellen seines Werkes lassen kaum eine andere Deutung zu als die, dafs er wirklich beabsichtige, die Volkswirtschaft, unter Anwendung mathematischer Ausdrucksweise, ganz nach den Grundsätzen zu behandeln, welche sich in der Entwickelung der Physik und Chemie so sehr bewährt haben; aber damit steht nicht nur sein wirkliches Verfahren im schroffsten Widerspruch, sondern er scheint auch, wenn man alles erwägt, gar nicht einmal dieser Ansicht zu sein. Vielmehr scheint er in allen Wissenschaften eine Mischung von Intuition und Inspiration einerseits und logischmathematischem Erfahrungswissen anderseits anzunehmen, und zwar so, dafs das erstere Element das bahnbrechende, grundlegende, das letztere das berichtigende und feststellende ist. Die Geschichte der Wissenschaften bestände dann darin, dafs das erstere Element zuerst vorwaltet, während das letztere, von unten aufsteigend, sich jenem immer stärker beimischt. Nicht als ob Carey eine solche Einsicht irgendwo klar und deutlich ausgesprochen hätte, aber wir

[1]) Mills Ansichten über die soziale Frage, a. a. O. S. 168.

erhalten, wenn wir dies als seine eigentliche Meinung annehmen, ein Minimum von Widersprüchen."

Sein Mangel an Methode und an Ordnung und seine Unkenntnis der Natur eines wissenschaftlichen und genügenden Beweises bilden seine Hauptfehler. Wir haben diese Fehler oft im Gange der Untersuchung angetroffen und gesehen, dafs manchmal seine richtigen oder teilweise richtigen Prinzipien von ihm selbst gar nicht bewiesen sind.

Denke man an seine Lohntheorie. Die Theorie selbst, obwohl nicht allgemeingültig, hat doch sehr viel Richtiges und kann als eine der besten seiner Theorieen gelten. Sie ist gewifs eine Entdeckung, die allein schon Carey eine hervorragende Stelle unter den Nationalökonomen sichert; aber man mufs zugeben, dafs Careys Beweis für die Lohntheorie ganz unzulänglich ist. Gerade diese geringe Wissenschaftlichkeit, seine Unfähigkeit, den eigentlichen Kernpunkt der Theorieen seiner Vorgänger, hauptsächlich Ricardos und Malthus', zu begreifen, und seine bittere, man kann sagen unhöfliche Polemik haben sehr viele verleitet ihn zu unterschätzen. Obwohl diese seine Kampfesweise ganz dazu angethan war, auf die Masse zu wirken, so hat sie doch der Wissenschaftlichkeit seiner Werke Eintrag gethan.

Kapitel X.

Schlufswort.

39.

Werfen wir nun einen Blick zurück auf den Gang unserer Betrachtung, um die Resultate von Careys schriftstellerischer Thätigkeit zu würdigen, so werden wir finden, dafs seine Stellung gegenüber den berührten Fragen etwa folgendermafsen zu charakterisieren ist:

Obwohl man ihm in seiner Werttheorie nicht unbedingt zugeben kann, dafs die Arbeit die Ursache des Wertes ist, oder dafs die Reproduktionskosten immer den Wert eines Gegenstandes bestimmen, so sind doch in sehr vielen Fällen diese Reproduktionskosten mafsgebend, und es kommen hier gerade die Gegenstände in Betracht, welche im Verkehr die Hauptrolle spielen. Die Auffassung der Gesellschaft als einer fortschreitenden, welche damit zusammenhängt, ist im Gegensatz zu der von Careys Vorgängern sehr wertvoll, der dieser Auffassung seine beste Arbeit zu verdanken hat.

Mit Recht polemisiert er gegen die Zentralisation in der Gesellschaft und erzielt eine Harmonie der höchsten Organisation der Arbeit mit der Ausbildung der individuellen Fähigkeiten; aber man kann nicht sagen, dafs er vieles in dieser Hinsicht geleistet hat, aufser einer Verbreitung der Idee unter den verschiedenen Klassen, dafs eine solche Harmonie wünschenswert und zu erlangen ist.

Im Gegensatz zu der alten Schule, welche überwiegend den Handel im Auge hatte und überschätzte, hat er die hohe Bedeutung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft hervorgehoben, obwohl übertrieben und dabei den möglichen Schaden des Handels in auffälliger Weise überschätzt.

Mit Recht hat er die hervorragende Rolle betont, welche das

Geld in der Volkswirtschaft spielt, aber die eigentliche Natur desselben hat er nicht erfaſst, und infolgedessen sind seine Maſsregeln betreffs der Geldpolitik nicht nur unrichtig, sondern oft geradezu gefährlich. So hat er auch die Bankpolitik sehr einseitig behandelt, obwohl er wiederum die groſse Bedeutung der Banken für die Gesamtheit im Gegensatz zu der verbreiteten Abneigung des Volkes gegen dieselben sehr richtig betont hat.

Seine Lohntheorie ist vielleicht als sein bestes Werk anzusehen. Obwohl sie nicht die von ihm behauptete Allgemeingültigkeit hat und sein Beweis für dieselbe keineswegs genügend ist, so ist sie doch in sehr vielen Fällen zutreffend — und was vielleicht von noch gröſserer Bedeutung ist — sie zeigt den Arbeitern, daſs sie Hilfe nur von den eignen Händen zu erwarten haben, und zwar nur durch ihr eignes Streben nach Wissen und wahrer Selbständigkeit, kurz nach einer höhern Kultur sein muſs. Obwohl Carey dies nicht deutlich gesagt hat, so ist es doch die logische Konsequenz seiner Theorie. Im Vergleich mit der alten Subsistenztheorie ist der seinigen jedenfalls der Vorzug zu geben.

Gegen die Theorieen Ricardos und Malthus' hat er trotz seines Hasses und seiner Verachtung nichts Verwertbares vorgebracht, sondern hat sie einfach miſsverstanden.

Seine Theorie des Ganges der Ansiedelung in einem neuen Lande ist aber wertvoll, obwohl nicht so allgemeingültig, wie er glaubt, und seine Schilderung der Lage eines neuen Landes dient sehr vorteilhaft als Korrektiv für die Auffassungen der Gesellschaft, wie man sie von den dicht bevölkerten Staaten Europas gewonnen hatte. Die aus den Anschauungen der genannten Theoretiker gezogenen Konsequenzen hat er also bis zu einem gewissen Grade modifizieren können, und zwar in einer weniger pessimistischen Richtung.

In der Darstellung seiner Schutzzollpolitik hat er zwar oft richtige Gedanken und Prinzipien hervorgehoben, aber seine Ansicht ist höchst einseitig und übertrieben und hat nichts Neues über diesen Gegenstand gebracht. Obwohl er den Schutzzoll nur als ein Mittel ansieht, durch welches die Naturgesetze zum freien Walten gebracht werden können, so ist man doch angesichts der übertriebenen Vorteile, die er ihm zuschreibt, und der Unbedingtheit, mit der er ihn für alle Länder empfiehlt, genötigt, diese Politik als im schroffsten Widerspruch zu seinem System stehend zu bezeichnen.

Der Fehler liegt nicht so sehr in der Politik, als vielmehr in der

Betonung der Allgemeingültigkeit und Einheit der Naturgesetze, oder noch besser in seiner Interpretation derselben.

Mit seinem Protest gegen die deduktive Methode der alten Schule hat er der Wissenschaft einen wirklichen Dienst geleistet, denn die Tendenz ging früher darauf hinaus, die induktive — resp. die historische und statistische Methode zu vernachlässigen, und was noch gefährlicher ist, die Schlüsse von den wenigen Prämissen der Schule unbedingt auf die wirkliche Gesellschaft anzuwenden. Obwohl seine Polemik oft sehr einseitig ist und er denselben Fehler, den er tadelt, oft selbst macht, so war es doch ein grofses Verdienst, die Aufmerksamkeit gerade auf diese Einseitigkeit der Schule gelenkt zu haben. Gegen die Methode selbst ist natürlich nichts einzuwenden. Alle Nationalökonomen brauchen sie und die Hauptentdeckungen in der Wissenschaft sind ihr zu verdanken. Es war nur der zu exklusive Gebrauch derselben und die unrichtige Anwendung der Schlüsse, denen wir entgegentreten mufsten.

Wie früher gesagt, eröffneten die Werke Careys, die auf einer Beobachtung der Zustände in einem neuen, reichen, schnell fortschreitenden Lande basieren, einen neuen Gesichtskreis für die Nationalökonomie, und waren also von grofsem Nutzen, um die früheren Theorieen durch vergleichende Betrachtungen zu modifizieren.

Obwohl seine praktischen Vorschläge in politischer Hinsicht in vielen Fällen nicht zu billigen sind, so ist es nichtsdestoweniger richtig, dafs ein Nationalökonom die Tagesfragen und die politischen Faktoren in den wirtschaftlichen Erscheinungen berücksichtigen mufs.

Die Hervorhebung der moralischen Momente als einflufsreiche Faktoren in der wirtschaftlichen Thätigkeit des Menschen hängt mit seiner weiteren Auffassung des nationalökonomischen Gebiets zusammen und ist in Einklang mit der modernen Tendenz.

Seine häufigen Wiederholungen machen die Lektüre seiner Werke oft ermüdend, aber sein Stil ist lebhaft und anziehend, und seine Ideen sind fruchtbar „in der Anregung von Gesinnungen und Gefühlen, in dem Hinweis auf neue Richtungen..., wodurch trotz der Irrtümlichkeit seiner eignen Schlufsfolgerungen ein günstiger und nachhaltiger Impuls für die Wissenschaften erzielt wird“.

„Dafs ein Schriftsteller von grofser Tiefsinnigkeit und paradoxer Originalität oft mächtig fördernd auf seine Zeit einwirkt, ohne in seinen speziellen Lehrsätzen wirklich das Richtige getroffen zu haben, zeigt uns die Geschichte der Wissenschaften nicht selten“, und gerade ein solcher Schriftsteller ist Carey gewesen.

Es war uns unmöglich mit ihm in allen seinen Theorieen übereinzustimmen, wir haben aber fast immer gefunden, dafs ein anregender Gedanke, ein Kern der Wahrheit sich dennoch darin vorfand. In einigen sehr wichtigen Fällen haben wir ihm im allgemeinen recht geben, seinen Übertreibungen aber entgegentreten müssen. Solche Werke nun sind nicht Werke der besten Art, eignen sich nicht für das ungebildete Volk, um als Wegführer in die Sozialwissenschaft und in die Politik zu dienen. Es kann aber kein Zweifel sein, dafs Carey einen grofsen und guten Einflufs auf die Sozialwissenschaft gehabt hat, freilich mehr in negativem als positivem Sinne, und, obwohl seine Stelle in der Wissenschaft keineswegs auf seiten Adam Smiths und Ricardos ist, wie seine eifrigsten Schüler behaupten, so ist ihm dennoch unter den Nationalökonomen eine hervorragende Stelle gesichert.

Anhang I.

Verzeichnis der von Carey verfaſsten gröſseren Werke und seiner Broschüren.

Gröſsere Werke.

	Jahr
Essay on the Rate of Wages	1835
Harmony of Nature (printed but not published)	1836
Principles of Political Economy (3 vols.)	1837—38—40
The Past, the Present, and the Future	1848
Harmony of Interests, Agricultural, Manufacturing and Commercial	1850
Slave Trade, Domestic and Foreign	1853
Principles of Social Science (3 vols.)	1858—59
Manual of Social Science, edited by Miss Mc Kean	1864
The Unity of Law: as exhibited in the relations of Physical, Social, Mental, and Moral Science	1872

Broschüren.

The Credit System in France, Great Britain and the United States (pp. 130)	1838
This subject was subsequently still further treated in a magazine published in New York, to the extent of over 100 pp.	1838—39
Answers to the Questions. What constitutes Currency; what are the Causes of Unsteadiness of the Currency; and what is the Remedy? (pp. 81)	1840
Commercial Associations of France and England (pp. 40)	1845
What Constitutes real Freedom of Trade (pp. 53)	1850
What the North Desires (pp. 8)	1850
Two Diseases raging in the Union — Anti-Slavery and Pro-slavery (pp. 11)	1850
The Prospect, Agricultural, Manufacturing, Commercial, and Financial, at the Opening of the Year 1851 (pp. 84)	1851
How to Increase Competition for the Purchase of Labor and How to Raise the Wages of Labor (pp. 16)	1852
Two Letters to a Cotton Planter (pp. 27)	1852
Ireland's Miseries and their Cause (pp. 16)	1852

	Jahr
Monetary Independence. Letter to Moses W. Field (pp. 12)	1875
The Senate Finance Bill (pp. 12)	1875
Manufactures — At once an Evidence and a Measure of Civilization (pp. 7)	1875
To the Friends of the Union Throughout the Union (pp. 4)	1876
Appreciation of the Price of Gold. Evidence before the U. S. Monetary Commission (pp. 16)	1876
Commerce, Christianity, and Civilization versus British Free Trade. Letters in reply to the London Times (pp. 36)	1876
The Three Most Prosperous Conutries in the World (p. 2)	1877
Resumption — When and How will it End? (pp. 12)	1877
Repudiation — Past, Present, and Future (pp. 48)	1879

Anhang II[1]).

Das Gesetz der Konkurrenz.

Bei einem gegebenen Produkt werden die Gewinne kleiner, während die Löhne sich steigern.

Die folgenden Ausführungen sind auf Grund der Rechnungen zweier Baumwollenfabriken Neu-Englands gemacht, die beide vor dem Jahre 1830 errichtet, seit dieser Zeit erfolgreich und mit Nutzen hauptsächlich der Produktion normaler Betttuch- und Hemdenzeuge (Garnnummer 14) gedient haben. Die angegebenen Zahlen von 1840 bis inklusive 1883 sind vollständig, da sie den Rechnungen von Fabriken entnommen sind, welche sich ausschliefslich mit der Herstellung 36zölliger normaler Betttuchzeuge befafsten. Die Zahlen für 1830 sind aus einer Vergleichung der Daten zweier Fabriken hergeleitet, die Zahlen für 1884 aus einer neunmonatlichen Arbeit in den Jahren 1883—1884.

A. Jährlicher Lohn per Arbeiter.

1830	$	164	Gold	————————
1840	„	175	„	—————————
1850	„	190	„	——————————
1860	„	197	„	——————————
1870	„	275	Currency	══════════════
1870	„	240	Gold	————————————
1880	„	259	„	—————————————
1883	„	287	„	——————————————
1884	„	290	„	———————————————

---

[1]) Diesen Anhang entnehmen wir einem vor kurzem erschienenen Werke von Edward Atkinson: „The distribution of Products". New-York & London, 1885; G. P. Putnam's Sons. Seite 118 ff.

B. Gewinn per Yard, der beiseite zu setzen ist, um für das gebrauchte Kapital 10 % abzuzahlen.

Jahr	Betrag		
1830	2,400	Cents	Gold
1840	1,181	„	„
1850	1,110	„	„
1860	0,688	„	„
1870	0,760	„	Currency
1870	0,660	„	Gold
1880	0,481	„	„
1883	0,434	„	„
1884	0,408	„	„

C. Yards per Arbeiter per Jahr.

Jahr	Yards
1830	4 321
1840	9 607
1850	12 164
1860	21 760
1870	19 293
1880	28 000
1883	26 641
1884	28 032

(1880–1884:) Veränderungen in der Maschinerie beeinflufsten die Produktion.

D. Kosten der Arbeit per Yard.

Jahr	Betrag		
1830	1,900	Cents	Gold
1840	1,832	„	„
1850	1,556	„	„
1860	0,905	„	„
1870	1,425	„	Currency
1870	1,240	„	„
1880	0,930	„	„
1883	1,080	„	„
1884	1,070	„	„

Vergleichung des Jahres 1840 mit 1883—1884.

Diese Vergleichung wird nicht die ganze Abnahme in den Kosten der Arbeit per Yard zeigen, welche für 1884—1885 erwartet werden darf, weil Änderungen vorgenommen worden sind, welche nach ihrer Vollendung die Leistung der Fabrik ungefähr um 15 % steigern werden, und es ist eine wohlbekannte Regel, dafs, während solche Abänderungen gemacht werden, die laufende Produktion dadurch benachteiligt wird.

E. Vergleichung des Jahres 1840 mit 1883—84.

Nr.	Gegenstand	Jahr	Betrag	Veränderung
1.	Kapital	1840	$ 600 000	Dasselbe
		1883	$ 600 000	
2.	Stehendes Kapital	1840	$ 310 000	Dasselbe
		1883	$ 310 000	
3.	Umlaufendes Kapital	1840	$ 290 000	Dasselbe
		1883	$ 290 000	
4.	Spindeln	1840	12 500	Zunahme 146 %
		1883	30 824	
5.	Webstühle	1840	425	Zunahme 135 %
		1883	1000	
6.	Stehendes Kapital per Spindel	1840	$ 23,20	Abnahme 57 %
		1883	$ 10,06	
7.	Zahl der Arbeiter	1840	530	Dieselbe
		1883	527	
8.	Arbeiter per 1000 Spindeln	1840	$42\frac{4}{10}$	Abnahme 60 %
		1883	$17\frac{2}{10}$	
9.	Pfunde per Spindel täglich	1840	0,456	Zunahme 22 %
		1883	0,556	
10.	Pfunde per Arbeiter täglich	1840	$10\frac{76}{100}$	Zunahme 190 %
		1883	$31\frac{20}{100}$	
11.	Tägliche Arbeitsstunden.	1840	+ 13	Abnahme 15 %
		1883	11	
12.	Pfunde per Arbeiter stündlich	1840	0,83	Zunahme 240 %
		1883	2,83	
13.	Jährlicher Lohn per Arbeiter	1840	$ 175	Zunahme 64 %
		1883	$ 287	
14.	Stündlicher Lohn per Arbeiter	1840	4,49 Cts.	Zunahme 96 %
		1883	8,80 „	
15.	Lohn per Yard	1840	1,82 „	Abnahme 41 %
		1883	1,08 „	
16.	Gewinn per Yard. Dem Kapital 10 %	1840	1,18 „	Abnahme 63 %
		1883	0,43 „	
17.	Preise der Fabrikate, Kosten der Baumwolle dieselben.	1840	9,04 „	Abnahme 22 %
		1883	7,04 „	

Vergleichung des Jahres 1830 mit 1884.

In dieser Vergleichung basieren die Darstellungen teilweise auf den Zahlen jeder Fabrik. Beide scheinen ungefähr $ 40 per Spindel gekostet zu haben, die Arbeiterwohnungen eingeschlossen. Zeitweise wurde in jeder mehr als eine Art Fabrikate hergestellt, aber die Zahlen sind auf die normalen Betttuch-Fabrikate reduziert und ist ein Durchschnitt per Yard und Pfund ausgerechnet worden.

F. Vergleichung des Jahres 1830 mit 1884.

	Jahr	Betrag	Veränderung
Stehendes Kapital	1830	$ 332 000	Abnahme (37 %)? 6. 6 %
	1884	310 000	
Spindeln	1830	8,192	Zunahme 276 %
	1884	30 824	
Stehendes Kapital per Spindel	1830	$ 40,50	Abnahme 75 %
	1884	$ 10,07	
Zahl der Arbeiter per 1000 Spindeln	1830	49	Abnahme 64 %
	1884	17 9/10	
Pfunde per Arbeiter täglich	1830	9,94	Zunahme 214 %
	1884	31,22	

1830 waren in den meisten Fabriken täglich 14 Arbeitsstunden.

	Jahr	Betrag	Veränderung
Jährlicher Lohn per Arbeiter	1830	$ 164	Zunahme 77 %
	1884	$ 290	

Die stündlichen Löhne per 1884 belaufen sich auf mehr als das Doppelte von 1830.

	Jahr	Betrag	Veränderung
Löhne per Yard	1830	1,90 Cents	Abnahme 44 %
	1884	1,07 „	
Gewinn per Yard, wenn dem Kapital 10 % zugeschrieben wird.	1830	2,40 „	Abnahme 83 %
	1884	0,41 „	

Das Gesetz des abnehmenden Gewinnes und der zunehmenden Löhne, welches eine notwendige Folge des Fortschrittes der Erfindungen bildet, wird durch diese Tabellen durchaus gestützt. Wie das Kapital in seiner Quantität und seiner Wirksamkeit zunimmt, so erhöht sich auch diejenige absolute Quote des Produkts, die dem Kapital zufällt, aber die relative Quote nimmt ab.

Auf der anderen Seite nimmt die Quote des Arbeiters absolut und relativ zu. Die Arbeit bezieht notwendig einen stets wachsenden Anteil von einem wachsenden Produkte. In diesem Beispiel haben die Löhne der Arbeiter seit 1840 64% per Tag und 96% per Stunde zugenommen; seit 1880 77% per Tag und + 100% per Stunde. Die hohen Geldlöhne sind das notwendige Resultat der niedrigen Kosten der Arbeit.

Es ist zu bemerken, dafs 1840, als der Preis der Betttuchfabrikate 9 Cents per Yard war, 1,18 Cents oder 13% des Preises als Gewinn beiseite gelegt werden mufsten, um für das Kapital 10% abzuzahlen. Demnächst mufste man 1,83 Cents per Yard, welcher 20% des Preises ausmachte, absetzen, um den Arbeitern den durchschnittlichen jährlichen Lohn von $ 175 zu zahlen.

1884, als der Preis 7 Cents per Yard betrug, war es nötig, weniger als 6% des ganzen Absatzes, 0,40 Cent per Yard, zu berechnen, um für das Kapital 10% abzuzahlen, während 1,07 Cents per Yard, oder ein wenig mehr als 15% des ganzen Absatzes, als Teil der Arbeit, dem Arbeiter einen durchschnittlichen jährlichen Lohn von $ 290 Gold verschaffte.

Während aber 10% 1840 ein mäfsiger Gewinn war, mufs dies für 1884 als ein sehr bedeutender gelten. Das Geschäft würde sich schnell ausdehnen, wenn ein Gewinn von 6% des Kapitals gesichert wäre, oder $\frac{1}{4}$ Cent per Yard und weniger als $4\frac{1}{2}$% des ganzen Absatzes.

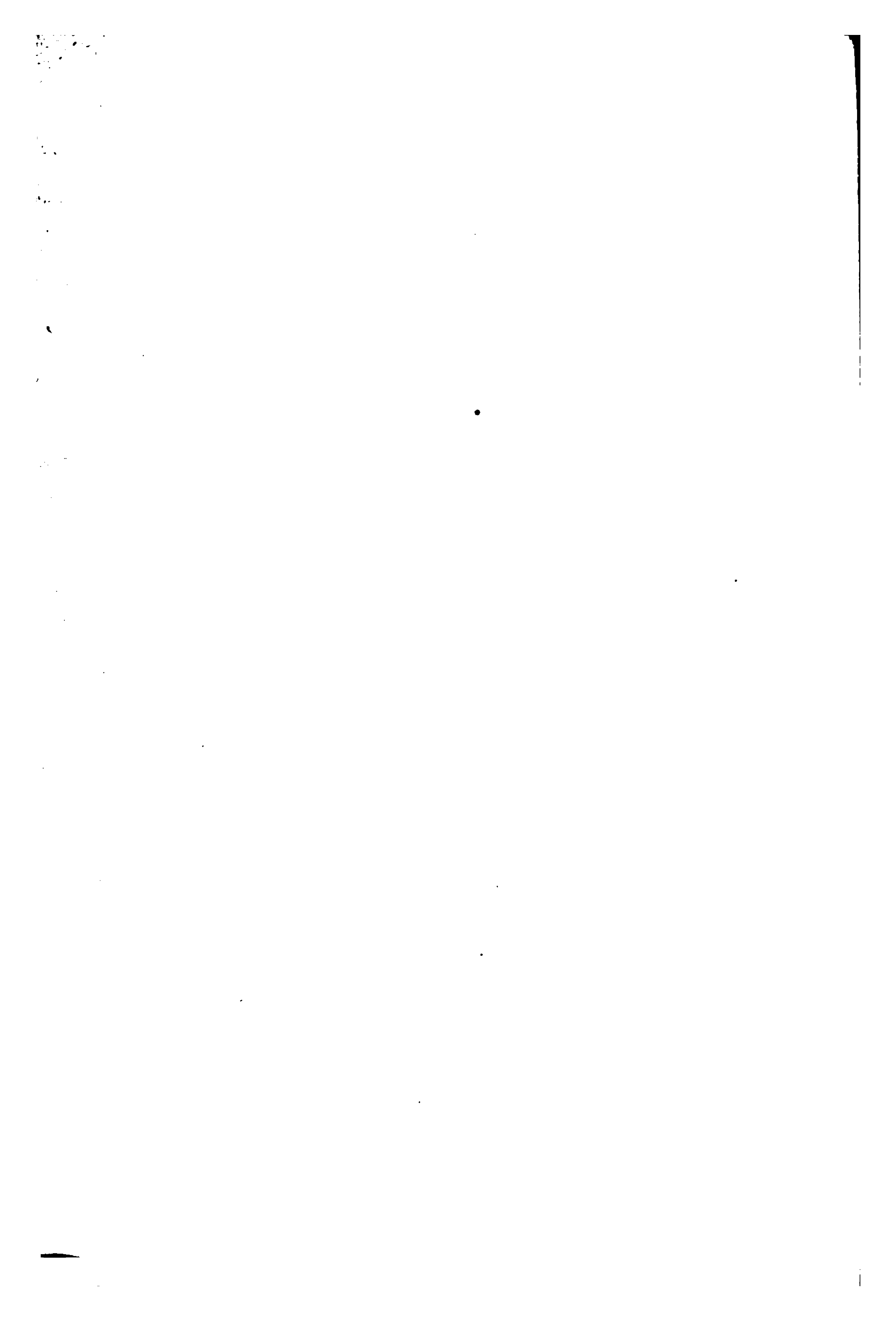
Der Verfasser analysiert nun kurz das übrigbleibende, welches das Rohmaterial, Transportkosten, Gewinn der Grofshändler, Steuer u. s. w. bildet, und kommt zu dem Resultat, dafs weniger als 10% des en gros-Marktwertes des Produkts genügen um die ganzen Gewinne in allen Teilen des Geschäfts zu decken, und dafs also 90% des Produkts den absoluten Anteil der Arbeiter bilden, welche alle Arbeit verrichten, hinsichtlich sowohl des verwendeten Materials als auch des fertigen Produkts.

Atkinson macht auch darauf aufmerksam, dafs das Verhältnis des Kapitals zum Produkt in der Baumwollenindustrie gröfser ist als in den meisten anderen Industriezweigen.

Das Verhältnis in einer Baumwollfabrik ist: $ 1 Kapital zu $ 1 oder $ 1,50 des Produkts, während in einer Schuhfabrik das Verhältnis etwa $ 1 zu $ 3 ist.

In Neu-England schätzt er das Verhältnis durchschnittlich auf $ 1 Kapital zu $ 2 Produkt, so dafs also 3% des ganzen Absatzes als Zinsen von 6% per Jahr dem Kapital gutgeschrieben wird, welches, in Gebäuden und Maschinen angelegt, dazu dient, die Rohmaterialien und Halbfabrikate in fertige, zur Konsumtion bestimmte Waren umzugestalten.

G. Pätz'sche Buchdr. (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.



Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Zweites Heft.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1886.

ZWEI
SPANISCHE MERKANTILISTEN.

(GERÓNIMO DE UZTARIZ UND BERNARDO DE ULLOA.)

EIN BEITRAG

ZUR

GESCHICHTE DER NATIONALÖKONOMIE

VON

DR. ALEXANDER WIRMINGHAUS.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1886.



Inhalt.

Während die charakteristischen Eigentümlichkeiten des Merkantilsystems, soweit sie von den italienischen, französischen, englischen und deutschen Schriftstellern des 17. und 18. Jahrhunderts ausgebildet wurden, schon mehrfach zum Gegenstande eingehender Untersuchungen gemacht sind, ist den spanischen Merkantilisten eine solche Beachtung bisher nicht zu theil geworden, und nur vorübergehend finden wir sie da citiert, wo es sich um die Darlegung speziell spanischer Wirtschaftsverhältnisse handelt. Erwägt man aber, von wie grofsem Einflusse gerade die letzteren auf die ökonomische Lage des übrigen Europa in den Jahrhunderten nach der Entdeckung Amerikas gewesen sind, so wird man gestehen müssen, dafs auch die Spanier, welche in ihren Schriften die damaligen wirtschaftlichen Zustände ihres Vaterlandes beschrieben und Vorschläge zur Verbesserung derselben gemacht haben, ein gewisses Interesse beanspruchen dürfen, und nur die relative Neuheit national-ökonomisch-historischer Untersuchungen überhaupt macht es erklärlich, dafs jenes Gebiet bisher noch nicht genauer erforscht worden ist.

Wir möchten im Folgenden in der Weise eine Anregung zur Ausfüllung jener Lücke geben, dafs wir aus der nicht geringen Zahl spanischer Merkantilisten zwei der bekanntesten, nämlich Gerónimo de Uztariz und Bernardo de Ulloa, welche in mehr als einer Hinsicht zusammengehören, herausgreifen, um ihre volkswirtschaftlichen Ansichten und Reformprojekte zur Darstellung zu bringen.

Wir haben die genannten Nationalökonomen als Merkantilisten bezeichnet. Der Hinweis auf eine spätere Behandlung ihrer Theorieen würde eine solche vorgreifende Bezeichnung nur dann rechtfertigen, wenn der Begriff des Merkantilisten und des Merkantilsystems einigermafsen feststünde. Doch schon ein flüchtiger Überblick über die verschiedenen Auffassungen, welche jene Wirtschaftsrichtung in der Wissenschaft bisher erfahren hat [1], belehrt uns, dafs dieselben so bedeutend voneinander abweichen, dafs es schwer ist, auf Grund derselben zu einer allseitig befriedigenden Charakteristik der merkantilistischen Lehrmeinungen zu gelangen. Eine solche würde aber unserer Untersuchung um so eher vorauszugehen haben, als sie uns

[1] Eine Zusammenstellung der verschiedenen Anschauungen über den Merkantilismus findet sich bei Bidermann „Über den Merkantilismus," Vortrag. Innsbruck 1870, auf welche wir hiermit verweisen.

erst die Mittel zur richtigen Würdigung der persönlichen Anschauungen unserer beiden Autoren an die Hand gibt.

Bis auf die neueste Zeit hin wurde die merkantilistische Theorie und Praxis im allgemeinen sehr ungünstig beurteilt. Adam Smith [1]) vor allem macht dem System den Vorwurf, dafs es ein Land schon dann für reich halte, wenn es möglichst viel Gold und Silber aufgehäuft habe, so dafs in den Augen des Merkantilisten „the great affair is to get money". Auch W. Roscher [2]) weifs im ganzen wenig Günstiges von jener Wirtschaftsrichtung zu sagen: Überschätzung der Volkszahl und ihrer Dichtigkeit, Überschätzung der Geldmenge, indem man dem Gelde zuschrieb, was die heutige Wissenschaft vom Kapital aussagt, Überschätzung des auswärtigen Handels und der Verarbeitungsgewerbe gegenüber den Gewerben der Rohproduktion und endlich Überschätzung der Staatsthätigkeit, welche die Erreichung aller ersehnten Ziele künstlich fördern sollte. Anderseits macht derselbe doch auch darauf aufmerksam, dafs die merkantilistischen Theorieen nicht blofs auf Irrtum beruhten, sondern Forderungen waren, die einem wirklichen Bedürfnis entsprachen, und selbst da, wo unleugbare Irrtümer hervortraten, war es doch mehr „die Verwirrung eines Menschen, dessen Gesichtskreis plötzlich weiter wird, und der nun die Menge der auf ihn eindringenden neuen Vorstellungen nicht sofort bemeistern kann". — An Roscher schliefsen sich im wesentlichen an die Nationalökonomen: B. Hildebrand [3]), A. Held [4]) und J. Kautz [5]), während A. Blanqui [6]) in seiner Verurteilung des Merkantilsystems so weit geht, zu behaupten, seine Anmafsung sei die, immer zu verkaufen ohne je zu kaufen; dasselbe stamme nicht von Colbert, sondern sei ein Werk des Kaisers Karl V. Dieser findet bei Blanqui die härteste Beurteilung; seine Wirtschaftspolitik habe am meisten dazu beigetragen, über die Welt die gräfsliche Plage des Pauperismus zu bringen.

Gegenüber solchen Ansichten, wie sie von den liberalen National-

---

[1]) Vergl. s. Werk „Wealth of Nations", Buch IV Kap. 1.

[2]) Vergl. Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland München, 1874. S. 228 ff. und Nationalökonomik des Handels und Gewerbfleifses 3. Aufl. Stuttgart, 1882. § 34.

[3]) Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt 1848, S. 7 ff.

[4]) Careys Sozialwissenschaft und das Merkantilsystem, Würzburg 1866, I. Buch.

[5]) Theorie und Geschichte der Nationalökonomie, Leipzig 1858 u. 1860. Teil II Buch 3 Kap. 2 S. 243 ff.

[6]) Gesch. der politischen Ökonomie in Europa, übersetzt von Bufs, Karlsruhe 1840. Kap. 26 ff.

ökonomen vertreten werden, die in dieser Beziehung von Einseitigkeiten nicht frei sind, ist es Bidermann, der in seiner schon genannten Schrift darauf aufmerksam macht [1]), dafs keiner der Grundsätze jenes Systems ohne weiteres verspottet zu werden verdient, sie vielmehr alle ihre relative Berechtigung hatten, sobald man eben nur die Wirtschaftsverhältnisse der früheren Jahrhunderte dabei nicht aus dem Auge verliert. Ausdrücklich weist er den Vorwurf zurück, die Merkantilisten erachteten ein Volk schon deshalb für reich und glücklich, weil es viel Geld besitze, indem sie nach ihm vielmehr in dem letzteren nur eine allerdings notwendige Bürgschaft für die leichte Beschaffung der Lebensgenüsse erblickten [2]). Ferner sucht Bidermann zu zeigen, dafs der merkantilistische Grundsatz, nach welchem es unter gewissen Umständen angemessener ist, die Waren aus dem Inland anstatt aus dem Ausland zu beziehen, obgleich sie hier billiger sind — nicht selten seine volle Berechtigung habe, und erkennt auch die Handelsbilanztheorie als unter Umständen zutreffend an. Besonders hervorgehoben zu werden verdient seine Ansicht, nach welcher die Grundsätze des Merkantilismus nicht als ein Charakterzug eines besonderen Zeitalters gelten können, dafs vielmehr Schriftsteller und Staatsmänner aller Jahrhunderte sich zu ihnen bekannt haben, jenes System daher durchaus nicht als ein überwundener Standpunkt anzusehen ist. Eine eigenartige Stellung zu unserer Frage nimmt auch K. Marlo (Winkelblech) [3]) ein, welcher neben dem u. a. in der Übervorteilung des Auslandes sich äufsernden monopolistischen Charakter des Merkantilsystems, in dem Verlangen nach freiem Verkehr und nach Beseitigung der Erwerbsmonopole auch die entschieden liberalen Züge des Systems nicht verkennt und dasselbe als „altliberales" bezeichnet, während G. Cohn [4]) „das sogenannte Merkantilsystem für eine willkürliche, unhistorische Zusammenfassung des vorbereitenden Denkens der Nationalökonomie" erklärt und im Physiokratismus das erste Wirtschaftssystem erblickt.

---

[1]) Schon früher hatte Friedrich List (in seiner Schrift „das nationale System der politischen Ökonomie", Stuttgart 1844, Kap. 29) einen ähnlichen Standpunkt vertreten.

[2]) Auch erklärt er mit Held die Behauptung für falsch, dafs die Merkantilisten den Ackerbau gegenüber den sonstigen Gewerben vernachlässigt hätten, denn es gäbe scharf ausgeprägte Merkantilisten, die der Landwirtschaft als einer Hauptquelle des Volkswohlstandes gedenken.

[3]) Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie. 2. Aufl. II. Bd.: Geschichte und Kritik der ökonomischen Systeme. Tübingen 1885 S. 50 ff.

[4]) System der Nationalökonomie. I. Bd.: Grundlegung. Stuttgart 1885 S. 94 ff.

Es liegt uns fern, den Widerstreit der Meinungen, wie er in der obigen Zusammenstellung hervorgetreten, nach irgend einer Richtung hin entscheiden oder etwa jenen Auffassungen eine neue entgegenstellen zu wollen. Doch unterlassen wir nicht, folgende Momente als die Grundanschauungen des Merkantilismus hervorzuheben, soweit dieselben von allen, oder wenigstens doch von der grofsen Mehrzahl der eben namhaft gemachten Schriftsteller vertreten werden: Wie es im allgemeinen Pflicht der Regierung ist, das volkswirtschaftliche Leben zu regeln, so fällt ihr auch die Aufgabe zu, das Geld als ein notwendiges Vorbedingnis der wirtschaftlichen Thätigkeit des Volkes im Lande zu erhalten und zu vermehren. Eins der wirksamsten Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet sich in der Schaffung einer günstigen Handelsbilanz, d. h. der Erzielung eines Mehrwertes der Warenausfuhr über die Einfuhr im auswärtigen Handel. Eine solche wird aber namentlich geschaffen durch Steigerung der Bevölkerungszahl, Förderung der Industrie und eine Zollpolitik, welche die Ausfuhr von Fabrikaten steigert, die Einfuhr derselben dagegen nach Kräften erschwert, während die Rohprodukte dem Lande möglichst zu erhalten sind. Wenn auch diese Definition die Hauptcharakterzüge des Systems nicht vollständig wiedergibt, so scheint sie uns doch geeignet, um auf Grund derselben die im Folgenden zu besprechenden Schriftsteller hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den merkantilistischen Anschauungen richtig beurteilen zu können. Ein vollkommen klares Bild vom Merkantilsystem wird man aber erst dann erhalten, wenn alle in Frage kommenden Autoren einer genauen Prüfung unterzogen worden sind. Denn wenn es auch unzweifelhaft ist, dafs die geschilderten Meinungsverschiedenheiten zum Teil durch die wirtschaftspolitische Richtung der Kritiker hervorgerufen worden sind, und insofern die Sachlichkeit des Urteils getrübt erscheint, was wir von dem so wohlwollend urteilenden Bidermann ebensogut sagen müssen, als von einem absprechenden Kritiker wie Blanqui; — so kann doch anderseits darüber kein Zweifel herrschen, dafs hinsichtlich vieler sogen. merkantilistischer Schriftsteller noch manche Unklarheiten bestehen, denn wie ist es sonst erklärlich, dafs Kautz[1]) die Schriftsteller Jean Bodin, G. Scaruffi und B. Davanzati unter die Merkantilisten zählt, während Hildebrand[2]) behauptet, dafs sie mit Unrecht unter diese gerechnet würden, und am allerwenigsten Bodin

[1]) a. a. O. S. 264 ff. u. S. 269 ff.
[2]) a. a. O. S. 9 ff.

als Vertreter jenes Systems betrachtet werden könne. Auch diese Streitfrage mag hier unentschieden bleiben. Sie zeigt aber, wie in betreff der Stellung selbst bekannterer Autoren die Ansichten der Kritiker noch wesentlich voneinander abweichen. Vielleicht vermögen wir über die Spanier Uztariz und Ulloa ein abschliefsenderes Urteil zu fällen.

I.

Da es uns leider nicht gelungen ist, über die Persönlichkeit unserer Autoren aus anderen Quellen Näheres zu erfahren, so müssen wir uns auf die Mitteilung desjenigen beschränken, was sich aus ihren Schriften und den Übersetzungen derselben, auf die wir weiter unten näher eingehen werden, ergibt.

Gerónimo de Uztariz ist gegen Ende des 17. Jahrhunderts in dem zu Spanien gehörigen Königreich, der jetzigen Provinz Navarra geboren [1]). Im Jahre 1724 [2]) erschien sein berühmtes Werk: „Theorica, y Practica de Comercio y de Marina [3]).

Damals nahm Uztariz am Hofe des Königs Philipp V. von Spanien, dem er sein Werk gewidmet hat, eine bedeutende Stellung ein; er bezeichnet sich auf dem Titelblatte seiner Schrift als „Cavallero del Orden de Santiago, del Consejo de su Magestad y de la Real Junta de Comercio, y de Moneda, y Secretario de su Magestad en el Consejo, y Camara de Indias [4])“. Bei dem Erscheinen der Schrift glaubte aber die Regierung, dafs die Zeitumstände eine weitere Verbreitung derselben nicht rätlich erscheinen liefsen. So wurden denn alle Exemplare, soweit sie noch nicht ins Publikum gedrungen waren, vernichtet, während der Autor für sein Werk Lob und Ehren

---

[1]) Vergl. das Dictionnaire de Biographie von Dezobry und Bachelet.

[2]) Vergl. die Widmung in der 3. Auflage des Werkes.

[3]) Der vollständige Titel lautet: Theorie und Praxis des Handels und der Marine, in verschiedenen Abhandlungen und geeigneten Beispielen, die mit besonderen Mafsregeln vereint der spanischen Monarchie anzupassen sind, zu ihrer baldigen Wiedererstarkung, ihrem allgemeinen Vorteil und ihrer gröfseren Stärke gegenüber den Widersachern der königlichen Krone.

[4]) Unter Indien ist hier, wie auch bei späteren Erwähnungen, soweit es sich um spanische Bezeichnungen handelt, Westindien und im weiteren Sinne das ganze spanische Amerika zu verstehen.

davontrug [1]). Höchst wahrscheinlich handelte es sich hierbei um eine jener Hofintrigen, welche, wie es scheint, häufiger gegen Uztariz ins Werk gesetzt wurden, um seine Reformvorschläge resultatlos zu machen [2]). Gelang es somit zeitweise seinen Neidern, die Bestrebungen des Verfassers zu durchkreuzen, so änderte sich doch später die Stimmung am spanischen Hofe zu gunsten seiner Schrift dermafsen, dafs im Jahre 1742 eine noch von Uztariz selbst verbesserte neue Ausgabe derselben veranstaltet wurde, welche, da der Verfasser inzwischen gestorben war, von dessen Sohne, der ebenfalls am Hofe zu Madrid eine höhere Staatsstellung bekleidete, besorgt wurde [3]). Im Jahre 1757 erschien endlich noch eine 3. Auflage, welche im Ganzen ein Abdruck der zweiten ist [4]). Gibt schon diese Thatsache Zeugnis von dem grofsen Ansehen und der allgemeinen Beachtung, welche Uztariz' Werk genofs, so beweist dies auch noch der Umstand, dafs bald nach seinem zweiten Erscheinen im Jahre 1742 auf Grund dieser Ausgabe Übersetzungen desselben ins Englische und Französische veranstaltet wurden, und zwar 1751 eine englische dem Prinzen von Wales gewidmete von John Kippax [5]), und im Jahre 1753 eine französische Übersetzung [6]), die mit V. D. F. als Verfasser bezeichnet ist [7]), welche übrigens bedeutende Kürzungen enthält.

---

[1]) So berichtet wenigstens Kippax in seiner englischen Übersetzung des Uztarizschen Werkes, in der Einleitung S. III.

[2]) So spricht Uztariz im 20. Kapitel seines Werkes die Befürchtung aus, dafs seine Ansichten viel Angriffe zu erdulden haben würden seitens einer Opposition, die allen neueren Bestrebungen feindlich gesinnt sei, wenn diese auch dem Fürsten und dem Lande noch so viele Vorteile bringen. Jene Opposition wird aber namentlich durch die Eifersucht der Höflinge hervorgerufen, die alle guten Ideen und Vorschläge anderer zu nichte zu machen sich bemühen. Sodann citiert Uztariz (Kap. 26) eine Stelle aus der von ihm verfafsten Einleitung zur spanischen Übersetzung der Huetschen Schrift „Mémoires sur le commerce des Hollandais", in der Uztariz hervorhebt, dafs Ludwig XIV. es sich besonders habe angelegen sein lassen, seine Minister gegen die gehässigen Angriffe ihrer Neider in Schutz zu nehmen, ohne welche machtvolle Unterstützung auch ihre besten Mafsnahmen nutzlos gewesen wären. — Uztariz sagt dies sicherlich nicht ohne Seitenblick auf die Zustände am spanischen Hofe.

[3]) Vergl. die Zensur im Eingange der 3. Orig.-Ausgabe.

[4]) Gedruckt in Madrid, 4°, 454 S.

[5]) 2 Bände, London, 8°.

[6]) 2 Bände in einem Band, Paris, 8°.

[7]) Nach Blanqui (a. a. O. II p. 325) ist der bekannte französische Merkantilist Forbonnais der Übersetzer.

Etwaige sonstige Schriften von Uztariz sind uns nicht bekannt und wenigstens in Deutschland nicht vorhanden. Aus seinem genannten Werke, dem einzigen, auf welches wir uns somit stützen können, ergibt sich nur, dafs er eine Einleitung zu der spanischen Übersetzung von Huets „Mémoires sur le commerce des Hollandais“ schrieb, nachdem er von dem königlichen Rate von Castilien zu einem Gutachten über dasselbe aufgefordert worden war [1]).

Ferner spricht Uztariz [2]) die Absicht aus, eine Abhandlung zu verfassen über die englischen Exportprämien für Getreide und die Gründe, welche eine Getreideausfuhr als zweckmäfsig erscheinen lassen. Es ist uns jedoch unbekannt, ob er sein Vorhaben zur Ausführung gebracht hat, da wir trotz eifriger Nachforschungen über eine solche Schrift des Uztariz nichts haben ermitteln können. Auch müssen wir es dahingestellt sein lassen, ob der Verfasser sein Versprechen, welches er am Schlufs seines Werkes gibt [3]), nämlich einen Nachtrag zu liefern, um darin manche dort unerörtert gelassene Fragen zur Erledigung zu bringen, jemals eingelöst hat [4]).

Sind wir somit genötigt, uns auf jenes erstgenannte Werk unseres Autors zu beschränken, so wird es, zumal es auch an Mitteilungen über seine Schriften und persönlichen Ansichten leider fehlt, um so mehr unsere Aufgabe sein, alle Andeutungen und Aufklärungen, die dasselbe enthält, nach Möglichkeit zu verwerten.

Für die Beurteilung der Stellung Uztariz' zu anderen Theoretikern und Praktikern der Volkswirtschaft seiner Zeit wird es nicht ohne Interesse sein, diejenigen Männer kennen zu lernen, auf deren Autorität er sich in seiner Schrift wiederholt beruft. Von zahlreichen historischen Werken abgesehen, zieht Uztariz, was die spanischen Schriftsteller anbelangt, besonders die Werke

---

[1]) In Kap. 26 seines Werkes macht Uztariz aus derselben einige Mitteilungen.

[2]) Kap. 28, p. 67. Wir citieren hier wie auch im Folgenden stets nach der 3. Auflage der Originalausgabe von 1757.

[3]) S. Seite 413.

[4]) Weder auf der Pariser Nationalbibliothek noch auf den deutschen öffentlichen Bibliotheken finden sich sonstige Werke von Uztariz oder Ulloa, ebensowenig eine bei Blanqui (Gesch. d. polit. Ökon. II. p. 350) genannte Schrift von Forbonnais, betitelt „Observations sur Uztariz et notre commerce avec l'Espagne“, die vielleicht interessante Daten über unseren Autor enthält.

der Jesuitenmönche Moncada [1]), Navarrete [2]) und Saavedra [3]) zur Unterstützung seiner Ansichten heran, während er, bemerkenswerterweise, die zahlreichen spezifisch nationalökonomischen Schriftsteller seiner Heimat wie Exea, Olivares, Gonzalez und Osorio aus dem 16. und 17. Jahrhundert unberücksichtigt läfst. Vielleicht veranlafste eine gewisse Abneigung gegen theoretische Untersuchungen überhaupt unsern Autor zur völligen Aufserachtlassung jener Werke seiner Landsleute; und dieser Umstand ist es denn auch, der es erklärlich macht, dafs Uztariz die italienischen Theoretiker, wie Scaruffi, Davanzati und Serra, ebenfalls nicht erwähnt, trotzdem die Heranziehung der Anschauungen gerade dieser Schriftsteller ihm hinreichende Gelegenheit geboten haben würde, sei es zustimmend oder ablehnend, seine Stellung noch klarer hervortreten zu lassen.

Dafs unser Autor von der deutschen Nationalökonomie, wie sie besonders von Besold, Conring und Klock vertreten wurde, keine Kenntnis hat, ist bei der geringen Beziehung, in denen Spanien zu Deutschland in litterarischer Hinsicht stand, durchaus nicht zu verwundern, und die Zeit Karls V., welche einen intimeren Verkehr dieser beiden Länder mehr begünstigte, gehörte schon zu sehr der Vergangenheit an, als dafs sich jene Beziehungen bei Uztariz noch hätten äufsern können.

Scheinen somit unserem Schriftsteller die italienischen und deutschen Autoren seiner Richtung völlig unbekannt zu sein, so war sein Verhältnis zu den Franzosen ein um so engeres. Zwar läfst er auch hier den Theoretikern keine Beachtung zu teil werden, und des grofsen Jean Bodin gedenkt er mit keinem Worte. Mehrfach citiert er dagegen Huet, Vauban, Bruslons und Savary, deren Schriften vornehmlich die Darlegung historisch gegebener Verhältnisse zum Gegenstande haben. Besonders aber sind es der König Ludwig XIV. von Frankreich und sein berühmter Minister Jean Baptiste Colbert, „der in Handels- und Marineangelegenheiten einsichtsvollste und thätigste Staatsmann, welchen Europa je gekannt hat“, denen Uztariz

---

[1]) Dr. Don Sancho de Moncada war Pater und Professor der heiligen Schrift in Alcalà. Es erschien 1619 seine „Restauracion politica de España“.

[2]) Pedro Fernandez de Navarrete war Kanonikus an der Kirche zu St. Jago und Mitglied des Inquisitionstribunals. Er schrieb „Conservacion de Monarquias“, 1626.

[3]) Don Diego de Saavedra schrieb die „Empresas Politicas y Christianas“.

die höchste Verehrung zollt. Sind es auch keine Schriften, auf welche er sich berufen kann, so glänzen jene beiden doch vor allem durch ihre grofsartigen wirtschaftspolitischen Mafsnahmen, durch welche sie den Handel und die Industrie zu fördern suchten, um den Wohlstand des Volkes und damit auch die Finanzen des Staates zu heben.

Immer wieder verweist Uztariz auf den bekannten französischen Zolltarif von 1664, auf die Ergänzung zu demselben vom Jahre 1667[1]) und auf die von Ludwig abgeschlossenen Handelsverträge, und sucht durch eine eingehende Besprechung der einzelnen Tarifsätze die günstigen Folgen jener Mafsregeln ins rechte Licht zu setzen[2]). „Was vermögen nicht," ruft Uztariz aus[3]), „die Thaten eines grofsen Monarchen zu wirken, der in seinen Ministern treue Berater findet! Wunderbar sind diese Erfolge in einem Königreiche, dessen Gebiet kleiner ist als Spanien. Sie erscheinen nur dem Zeitalter glaublich, welches sie miterlebte, und die Nachwelt, die sie nur von Hörensagen kennt, wird sie kaum für wahr halten. Und doch waren alle diese Erfolge nur die natürlichen Ergebnisse einer gut geleiteten Handelspolitik, und es ist keine gewagte Behauptung, wenn man sagt, dafs jeder Monarch zu denselben Resultaten gelangen wird, der in gleicher Weise jener wichtigen Staatsmaxime folgt und sich von treuen Dienern umgeben sieht."

Erscheint ihm demnach das damalige Frankreich als das Ideal eines weise regierten Staates, so sucht Uztariz nicht minder auch an den Erfolgen der englischen und holländischen Wirtschaftspolitik zu zeigen, wie die von ihm vorgeschlagenen Reformen auch in Spanien zu einem günstigen Resultate führen werden. In England sind es besonders die Mafsnahmen der Könige Wilhelm III. (1689—1702) und Georg I. (1714—27), auf welche er sich besonders beruft. Vor allem aber zollt er der berühmten von Cromwell im Jahre 1651 erlassenen Navigationsakte, welche er im Wortlaute anführt[4]), die gröfste Bewunderung. Sie könne am schlagendsten zeigen, wie die Engländer es verstanden haben, aller Friedensverträge

---

[1]) Über die Edikte und die sonstigen Mafsnahmen Colberts vergl. W. Lexis, Die französischen Ausfuhrprämien im Zusammenhange mit der Tarifgeschichte und Handelsentwickelung Frankreichs. Bonn 1870. Seite 20 ff.

[2]) Vergl. namentlich a. a. O. Kap. 20.

[3]) Siehe S. 47.

[4]) Siehe a. a. O. Kap. 30.

oder sonstiger Rücksichten ungeachtet, Handel und Schiffahrt auf Kosten der anderen Nationen zur Blüte zu bringen.

In ähnlicher Weise führt dann Uztariz seinen Lesern das grofsartige Emporwachsen Hollands vor Augen [1]), welches sich, trotz seines geringen Gebietsumfanges, infolge der Rührigkeit und Intelligenz seiner Bewohner zum ersten Handelsstaat Europas und der Welt emporgeschwungen hat, unterstützt durch eine mächtige Flotte, und durch ausgedehnten Kolonialbesitz, welcher namentlich durch die Thätigkeit der grofsen Handelskompanien im steten Verkehr mit dem Mutterlande verbleibt.

Überblicken wir das Gesagte, so zeigt es sich, dafs unser Autor, allen theoretischen Erörterungen abgeneigt, vornehmlich in den Männern der Praxis seine Autoritäten erblickt, und dafs es ihm in erster Linie darum zu thun ist, durch Heranziehung von Beispielen aus dem Wirtschaftsleben fremder Nationen seinen spanischen Landsleuten die Wege zu weisen, auf denen auch sie ihr Land einer gedeihlicheren Entwickelung entgegenführen können. Vor dem Vorwurf zu abstrakten Theoretisierens wird Uztariz deshalb wohl bewahrt bleiben; aber es hat doch gerade jenes stetige Zurückgreifen auf die thatsächlichen Verhältnisse seine Darstellungsweise ungünstig beeinflufst, und es gilt von dem Werk unseres Autors in vollem Umfange das, was Kautz [2]) von den merkantilistischen Schriften im allgemeinen sagt. Es heifst dort: „Die Schriften der Merkantilisten gehen überall von gewissen Einzelfragen des praktischen Lebens aus, behandeln einzelne Partieen des volkswirtschaftlichen Gebietes, stellen sich in Beziehung zu dem Interesse der Regierungswirtschaft, und können mit einem Komplex weitläufig motivierter Entwürfe für Verwaltungsinstruktionen verglichen werden; aber eben aus diesem Grunde fehlt ihnen auch der allgemeine Blick in das Getriebe und Gefüge des Ganzen, mangelt ihnen jenes universelle zusammenfassende Moment, durch welches die in ihnen enthaltene Theorie zu einer eigentlichen systematischen Theorie des gesamten ökonomischen Staats- und Gesellschaftsleben erhoben werden könnte.“ —

Ist nun schon aus diesem Grunde die Lektüre unserer Schrift sehr ermüdend, so kommt noch, in vieler Hinsicht als eine Folge jener eigenartigen Behandlungsweise des Gegenstandes, der Umstand

---

[1]) Siehe a. a. O. Kap. 31—41.

[2]) a. a. O. Seite 301.

hinzu, dafs es ihr an einem sachlichen Einteilungsprinzipe fehlt, und der Verfasser ohne Rücksicht auf den Zusammenhang von der einen Frage zur anderen übergeht, wobei naturgemäfs vielfache Wiederholungen nicht ausbleiben können. Hiermit soll nun zwar nicht gesagt sein, dafs es der Schrift an jeder Anordnung des Stoffes mangelt; dieselbe ist jedoch so allgemein gehalten, dafs sie den Autor an ein systematisches Fortschreiten von dem einen Gegenstand zum anderen nicht bindet.

Wir führen im Folgenden den Inhalt der einzelnen Abschnitte auf, in welche das 107 Kapitel umfassende Werk eingeteilt ist:

1. Kap. 1—17: Nachdem Uztariz im Eingange des 1. Kapitels in Kürze die Absicht dargelegt hat, welche er in seiner Schrift verfolgt: nämlich eine Untersuchung der Gründe, welche den Ruin des spanischen Wirtschaftslebens herbeiführten, sodann eine Besprechung der Mafsregeln, die von den fremden Staaten zur Hebung von Handel und Industrie mit Erfolg ergriffen worden sind, und endlich, im Anschlufs hieran, ein Hinweis auf die Mittel und Wege, durch welche der gesunkene Wohlstand Spaniens wieder zu heben ist, — erörtert der Verfasser in diesem ersten Abschnitt seines Werkes die allgemeinen Prinzipien des Handels, an welche sich mancherlei praktische Fragen finanzpolitischer Natur anknüpfen, die dann wieder zur Besprechung der Münz- und Bevölkerungsverhältnisse und der natürlichen Beschaffenheit Spaniens Anlafs geben.

2. Kap. 18 und 19: Die Bevölkerung und die Staatseinkünfte Spaniens im Beginn des 18. Jahrhunderts.

3. Kap. 20—27: Die Handels- und die Industrieverhältnisse Frankreichs und die französische Wirtschaftspolitik unter dem König Ludwig XIV.

4. Kap. 28—30: Handel und Handelspolitik der Engländer im 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts.

5. Kap. 31—41: Hollands natürliche Beschaffenheit und die hierdurch bedingte Natur seines Handels, nebst Betrachtungen über die Wirthschafts- und Kolonialpolitik der Holländer und ihre Handelskompanien.

6. Kap. 42—43: Die spanische Wirtschaftspolitik bis zum Regierungsantritte Philipps V. im Jahre 1701, erläutert an einigen Handel und Industrie betreffenden Mafsnahmen Ferdinands III., des Heiligen, Ferdinands und Isabellas, Karls I. (V.), Philipps II. und Philipps IV.

7. Kap. 44—64: Eingehende Schilderung der Sorge Philipps V.

zur Hebung der Wohlfahrt des Landes, welche namentlich ihren Ausdruck fand in der Belebung des Handels der Spanier mit ihren Kolonieen, der Verbesserung der sozialen und Kulturverhältnisse des Landes, der Förderung von Industrie und Gewerbe und in Abänderungen des bestehenden Zoll- und Steuersystems.

8. Kap. 65—77: Abhandlung über die Marine. Nach einigen, mehr theoretischen Erörterungen über den Nutzen und die Erfordernisse einer tüchtigen Kriegs- und Handelsmarine geht der Verfasser dazu über, mit Heranziehung eingehenden statistischen Materials, die damalige Beschaffenheit der spanischen Flotte zu schildern, wobei er es nicht unterläfst, auch den Zustand der fremdländischen Marinen, namentlich derjenigen Englands, Frankreichs Rufslands zur Vergleichung mit heranzuziehen. Gelangt nun hierbei Uztariz zu dem Ergebnisse, dafs der Zustand der spanischen Flotte ein höchst trauriger sei, so erfüllt ihn dies mit um so gröfserer Betrübnis, wenn er zurückblickt auf die Beschaffenheit jener mächtigen Armada, welche Philipp II. im Jahre 1588 gegen England ausrüstete. Es bedarf somit einer umfassenden Reorganisation der spanischen Marine. Der Verfasser ist der Ansicht, dafs die Kosten derselben teils durch eine Herabminderung der Präsenzstärke des Landheeres, teils auch durch die infolge der Steuerreform in Aussicht stehenden Mehreinnahmen des Staates gedeckt werden können. Hierzu kommt dann noch, dafs Spanien, wie kaum irgend ein anderes Land, das zum Schiffbau erforderliche Material selbst besitzt und nicht vom Auslande zu beziehen braucht [1]). Das Bauholz liefern die Wälder der Pyrenäen, den Teer Aragonien und Kastilien, besonders die Berge von Tortosa. Port Real und Sada fabrizieren Taue und Segeltücher, die Menge und Güte des Eisens von Kantabrien und anderer Gegenden Spaniens sind bekannt. In Navarra existieren viele Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial, besonders Pulver. Waffenschmieden gibt es in Placencia in der Provinz Guipuscoa. Der Hanfbau kann den Segeltuch- und Seilfabriken ihr Material liefern. Besonderes Gewicht ist auch auf die Ausbesserung der Schiffswerfte und die Regulierung der Flüsse, namentlich des Ebro zu legen.

Eine in dieser Weise durchgeführte Reorganisation der Flotte wird besonders auch eine bessere Bewachung der Küsten zur Folge haben, um dieselben vor den Beunruhigungen durch die Korsaren zu

---

[1]) Siehe auch Kap. 63 p. 162 ff.

schützen, die den spanischen Handel und die Fischerei bisher gefährdet haben.

Zum Schlufs erörtert der Verfasser dann noch einige Spezialfragen betreffs der Gröfse und der Konstruktion der neuen Schiffe und der Art der Verwendung der älteren.

9. Kap. 78—107: Schilderung der Mängel der bisher in Spanien verfolgten Wirtschaftspolitik und positive Vorschläge des Verfassers zur Heilung der durch dieselben hervorgerufenen Schäden. Die beste Handhabe zur Erreichung des ersehnten Zieles bieten die Zölle und Steuern. Ihre zweckmäfsige Verteilung und Erhebungsart wird auf die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes einen äufserst segensreichen Einflufs ausüben können. Der Verfasser zeigt durch eine Besprechung der einzelnen Steuerarten und Zollpositionen, in welcher Weise jene Änderung vorzunehmen ist, und weist aufserdem auch noch auf mannigfache andere Mittel hin, die der Regierung zur Förderung einer gedeihlichen Entwickelung des Landes zu Gebote stehen.

Wir haben im Vorigen eine Schilderung der Persönlichkeit und Geistesrichtung des Uztariz zu geben versucht und uns dabei auch einen allgemeinen Überblick über die in seiner Schrift behandelten Gegenstände verschafft.

Im Jahre 1740, zu einer Zeit wo diese letztere schon fast völlig in Vergessenheit geraten war, denn die zweite Auflage seines Werkes war damals noch nicht erschienen, unternahm es Bernardo de Ulloa, in voller Würdigung der Bedeutung jener Schrift, dieselbe zu einer Darstellung des spanischen Wirtschaftslebens zu verwerten.

Über die Persönlichkeit des Mannes ist uns auch nur weniges bekannt. Er nennt sich „Gentil-Hombre de Boca de S. M., Alcalde Mayor del Cabildo de la Ciudad de Sevilla, y al presente (1740) su Procurador Mayor en esta corte“. In der Einleitung zu seiner Schrift, die den Titel führt: „Restablicimiento de las Fábricas y Comercio español“ [1]) bemerkt er, dafs vor ihm Uztariz der einzige gewesen ist, der die ökonomischen Zustände Spaniens einer genaueren Betrachtung unterzogen und dafs seine Darlegung die Erkenntnis derselben wesentlich gefördert habe. Ulloa lehnt sich denn auch völlig an Uztariz an, behandelt im wesentlichen

[1]) Der vollständige Titel lautet: Wiederherstellung der Fabriken und des Handels Spaniens: Irrthümer, welche über das Wesen des Handels vorherrschen, die eigentlichen Hindernisse, welche ihn lahm legen und die wirksamen Mittel, die ihm zur Blüte verhelfen.

dieselben Fragen, ebenso vertritt er, wie wir später sehen werden, die gleichen ökonomischen Grundsätze. Das Erscheinen seiner Schrift war jedoch trotzdem in sofern von nicht geringer Bedeutung, als damals gerade das Werk seines Gewährsmannes kaum mehr bekannt war, weshalb Ulloa sich veranlafst fühlte, eine Übersicht über die von Uztariz behandelten Gegenstände dem ersten Bande seiner Schrift als Anhang hinzuzufügen. Letztere erschien im Jahre 1740 [1]) und wurde 1753 ins Französische übersetzt. Über die Darstellungsweise unsers Autors gilt dasselbe, was wir schon früher von Uztariz gesagt haben, und verweisen wir auf die betreffenden Bemerkungen. Im Laufe seiner Untersuchungen stützt er sich in erster Linie auf die spanischen Gesetze und Verordnungen, sowie auf die Ausführungen des Uztariz.

Dieser sei der allererste gewesen, der klar und unumwunden ausgesprochen habe, dafs die bisherige Zoll- und Finanzpolitik der spanischen Industrie den gröfsten Schaden zugefügt und nur dem Auslande genützt habe [2]). Doch sehen wir Ulloa, im Gegensatz zu seinem Gewährsmanne, fast ausschliefslich mit den Angelegenheiten seines Vaterlandes sich befassen. So kann seine Schrift als Ergänzung der Uztarizschen angesehen werden, indem sie viele Punkte, die jener nur vorübergehend berührt, in ausführlicherer Weise zur Sprache bringt. Wegen der Masse des in seiner Schrift angehäuften Materials ist es nicht möglich, bei einer Inhaltsangabe selbst alle wesentlichen Punkte heranzuziehen. Wir begnügen uns deshalb mit einer allgemeinen Übersicht über die von ihm behandelten Fragen, da wir ja später Gelegenheit nehmen werden, auf die von ihm berührten konkreten Verhältnisse ausführlicher zurückzukommen.

1. In dem ersten, aus 19 Kapiteln bestehenden Theile seiner Schrift behandelt Ulloa, nach einer allgemeinen Erörterung über das Wesen des Handels, die Bedeutung des spanischen Handels mit den fremden Nationen und den spanischen Kolonieen in Amerika (Kap. 1). Ein blühender Handel ist aber für Spanien ohne eine strebsame Industrie nicht denkbar, es gilt also vor allem auch den heimischen Gewerben einen Aufschwung zu ermöglichen. Diese Erwägungen führen den Verfasser zur Untersuchung der Gründe, die den Verfall der spanischen Industrie veranlafst haben (Kap. 2). Als solche betrachtet er namentlich den Steuerdruck, der auf dem Volke lastet, und die Art der Erhebung der Steuern

[1]) Madrid 8°, 2 Bde., 231 u. 234 Seiten.
[2]) Vergl. Ulloa a. a. O., I, Introduccion.

(Kap. 3—8). Ein weiteres Hindernis zum Wiederaufblühen der Industrie erblickt er in der teuern Fabrikation, und diese wiederum ist nur eine Folge der hohen Lebensmittelpreise (Kap. 9). Von ebenso nachteiligen Folgen sind die mangelhaften Wohnungsverhältnisse und der schlechte Zustand der öffentlichen Verkehrswege (Kap. 10—12). Ferner weist Ulloa, anknüpfend an das früher Gesagte, darauf hin, dafs eine falsche Steuerpolitik die Lebensmittel verteuert habe (Kap. 13 u. 14), um sodann die Nachteile des Branntweinmonopols zu schildern (Kap. 15). Den Schlufs des Bandes (Kap. 16—19) bilden Vorschläge zur Belebung der Industrie, wobei die betreffenden Verhältnisse in den einzelnen spanischen Provinzen einer eingehenden Besprechung unterzogen werden.

Den Anhang zu diesem ersten Teil bildet, wie schon bemerkt, eine ausführliche Inhaltsangabe aus dem Uztarizschen Werke.

2. Im zweiten, 23 Kapitel umfassenden Teile seiner Schrift behandelt Ulloa den Handel Spaniens im Hinblick auf dessen maritime Lage und in seinem Verhältnis zu den amerikanischen Kolonieen. Dieselbe ist einem ausgedehnten Seehandel in hohem Grade günstig. Leider wird derselbe durch die Plünderung der Mauren aus den Berberstaaten arg geschädigt, weshalb die Regierung es sich angelegen lassen sein sollte, durch eine strenge Küstenbewachung die Schiffahrt und die Fischerei zu schützen (Kap. 2 u. 3).

Übergehend zu den amerikanischen Verhältnissen, zeigt der Verfasser, wie die ungünstigen Verträge mit den fremden Staaten, namentlich der Assiento de Negros [1]), dazu geführt haben, dafs die eigenen Kolonieen mit ausländischen Waren überschwemmt werden, wodurch die spanische Konkurrenz verdrängt wird (Kap. 4 u. 5); in derselben verderblichen Richtung wirken die zahlreichen Kolonien, welche die Ausländer allmählich in dem neuen Erdteil erworben haben (Kap. 6).

Nachdem Ulloa sodann an einem Beispiel den Wert der Industrie und ihre Rückwirkung auf den Handel und die Lage des Landes überhaupt geschildert hat (Kap. 7), zeigte er, wie durch den bedeutenden Import fremder Fische nach Spanien die Fischzucht dieses Landes geschädigt worden ist (Kap. 8). Zur Hebung der-

[1]) Dieser „Negervertrag", den Spanien mit England abschlofs, gestattete, dafs letzteres nach den spanischen Kolonieen in Amerika „crudos para vestuario" (d. i. Rohstoffe, die zu Bekleidungsgegenständen verarbeitet werden) einführen durfte. England brach jedoch den Vertrag, indem es sich nicht scheute, auch andere Waren zu importieren. (Vergl. Ulloa a. a. O. II, Kap. IV, 16.)

selben empfiehlt er die Vermehrung der Zahl der Fischer und die Kräftigung der Handelsmarine (Kap. 9). Leider ist jetzt der aus wärtige Handel des Landes ganz in den Händen Fremder, und aller Import und Export geschieht auf fremden Schiffen (Kap. 10). Ulloa zeigt dann an dem Beispiel anderer Nationen, wie der Handel zu fördern ist und wie günstig auf Spanien eine direkte Schiffahrtsverbindung mit den Philippinen wirken würde (Kap. 11—13).

Anknüpfend an seine vorigen Auseinandersetzungen über das Daniederliegen des spanischen Kolonialhandels (Kap. 14), macht er einige Vorschläge, von deren Befolgung er eine Besserung der Verhältnisse erwartet. Das Wünschenswerteste würde sein, die Fremden gänzlich aus den von ihnen okkupierten Teilen Amerikas zu verdrängen. Da dies jedoch in absehbarer Zeit nicht ausführbar erscheint, so mufs man wenigstens mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, dem von ihnen mit den spanischen Kolonieen betriebenen Schleichhandel ein Ende zu machen und zu einem völligen Einfuhrverbot fremder Waren nach den spanischen Kolonieen seine Zuflucht zu nehmen. Eingehend erörtert Ulloa die Durchführbarkeit solcher Mafsnahmen und sucht die dagegen erhobenen Einwürfe zu widerlegen (Kap. 15—19). Die Schmuggler möge man mit ihren Familien zur Strafe nach den spanischen Besitzungen im Stillen Ocean deportieren, um diese letzteren auf solche Weise zu bevölkern und zu kultivieren (Kap. 20).

Ulloa schliefst seine Ausführungen mit einer Untersuchung der Gründe, welche die Entvölkerung Amerikas und Spaniens zur Folge gehabt haben, und einem Hinweis auf die mannigfachen Mittel zur Abhilfe, deren Anwendung nicht allein dem Handel, der Industrie und der Marine, sondern auch den Finanzen des Staates zu gute kommen werde (Kap. 21—23).

Schon die gedrängte Übersicht über die von Uztariz und Ulloa in ihren Werken behandelten Fragen zeigt zur Genüge die Fülle und Mannigfaltigkeit des Materials, welches uns dort entgegentritt. Wollten wir dasselbe in allen seinen Teilen berücksichtigen, so würde sich unsere Darstellung zu einer umfangreichen Untersuchung über die Wirtschaftsgeschichte Spaniens bis zum 18. Jahrhundert auszudehnen haben, wobei auch die Hinzuziehung der übrigen europäischen Staaten, namentlich Frankreichs, Englands und Hollands, sowie auch Amerikas, in ihrem Einflufs auf die Gestaltung der spanischen Wirtschaftsverhältnisse nicht zu umgehen sein würde. So wichtig und interessant die Behandlung gerade dieses Gegen-

standes auch sein würde, der bisher eine zusammenhängende Darstellung und Würdigung noch nicht gefunden hat, so müssen wir doch an dieser Stelle auf ein ausführliches Eingehen auf diese Fragen verzichten.

Vorläufig wird es genügen, die zahlreichen von Uztariz und Ulloa berührten Einzelheiten nur in soweit zu berücksichtigen, als es zur richtigen Beurteilung ihrer Bestrebungen und Anschauungen wünschenswert erscheint.

II.

Wir sahen, dafs Uztariz im 6. Abschnitte seines Werkes auch auf die Wirtschaftspolitik der vorbourbonischen Könige von Spanien einen Blick wirft. Dies drängt uns zu der Frage, ob und inwiefern jene Herrscher in ihren Mafsnahmen von merkantilistischen Prinzipien beherrscht wurden. Eine etwas ausführlichere Behandlung dieses Punktes wird hier um so mehr am Platze sein, als uns hierdurch Gelegenheit geboten wird, in grofsen Zügen den Verlauf der Wirtschaftspolitik der Habsburger uns vor Augen zu führen, um somit ein klares Bild von den Zuständen zu gewinnen, welche Uztariz und Ulloa in ihrem Vaterlande antrafen, als sie den Plan zur Abfassung ihrer Werke fafsten, die den Weg zeigen wollen, auf dem jene Verhältnisse einer gedeihlicheren Entwickelung entgegenzuführen sind.

Unsere Autoren lassen sich nämlich dabei in so eingehender Weise über die wirtschaftlichen Einzelfragen aus, bei welcher Gelegenheit sie dann ihre Vorschläge machen und ihre Ansichten entwickeln, dafs es unmöglich sein würde, diese richtig zu beurteilen, ohne vorher im allgemeinen den Verlauf der spanischen Wirtschaftsgeschichte uns vergegenwärtigt zu haben. Wir werden im Folgenden die Mitteilungen beider Schriftsteller thunlichst berücksichtigen. Wenn dieselben trotzdem bei unseren Ausführungen zunächst in den Hintergrund treten, so werden sie doch die spätere Behandlung von Uztariz' und Ulloas Anschauungen wesentlich erleichtern, da wir uns auf das hier bereits Gesagte beziehen können.

Von der spanischen Wirtschaftsgeschichte jener Tage geben die weiter unten genannten Werke von Havemann, Sempere, Weifs, Ranke u. a. m. ein ungefähres Bild. Sie alle müssen zwar in vielen

Punkten als veraltet gelten; doch da es an einer eingehenden Untersuchung über jene Verhältnisse bisher noch fehlt, so sind sie die einzigen Schriftsteller, auf die wir uns für unseren Zweck berufen können und auf die wir hiermit verweisen; denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, das von ihnen Angeführte hier nochmals zu wiederholen. Nur auf die Wirtschaftspolitik der spanischen Könige, die von jenen Autoren weniger berücksichtigt ist, werden wir, soweit sie sich aus den spanischen Quellen ergibt, etwas ausführlicher eingehen.

Als im Jahre 1479 die Vereinigung von Aragonien und Kastilien erfolgte, welche durch die schon vor ihrer Thronbesteigung stattgehabte Vermählung der beiderseitigen Herrscher, Ferdinand des Katholischen von Aragon (1479—1516) und Isabella von Kastilien (1474—1504) vorbereitet war, stand das früher in eine Unzahl kleinerer Staaten zerteilte Spanien als ein einheitliches Reich da, und nachdem auch Granada, der letzte Rest der einst so blühenden Maurenherrschaft in Spanien, drei Jahre später dem Anprall der christlichen Streiter erlegen, konnten sich die Herrscher ungestört dem inneren Ausbau ihrer Monarchie zuwenden. Zwar ging den früher getrennten Hälften des Reiches die ehemalige Selbständigkeit auch jetzt um so weniger verloren, als schon die Vergangenheit derselben und die verschiedenartige Entwickelung ihrer politischen Zustände [1]) einer engeren Verbindung beider im Wege standen, doch verknüpfte sie wenigstens ein äuſseres Band, und wie die Münzen beider Herrscher Bildnis trugen, so wurden auch alle Gesetze und Verordnungen von ihnen gemeinsam erlassen, was ohne Zweifel das Gefühl der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Staaten steigern muſste. Die politischen Bestrebungen Ferdinands und Isabellas hatten in erster Linie die Kräftigung ihrer königlichen Macht zum Ziele. Nicht minder lag den beiden Monarchen an einer guter Rechtspflege, der notwendigen Grundlage eines jeden wirtschaftlichen Aufschwunges. Sie veranlaſsten eine gänzliche Umgestaltung des gesamten Verwaltungsapparates und suchten durch Veranstaltung zahlreicher Gesetzsammlungen das Studium und die Ausübung des Rechts zu erleichtern [2]). Doch nicht allein das politische, sondern auch das wirt-

---

[1]) Vergl. W. Havemann, Darstellungen aus der inneren Geschichte Spaniens während des XV., XVI. u. XVII. Jahrhunderts. Göttingen 1850. §§ 4 u. 5.

[2]) Vergl. über diese Fragen Prescott, Geschichte der Regierung Ferdinands und Isabellas der Katholischen von Spanien, Lpzg. 1842 Bd. II S. 580 ff. und

schaftliche Leben ihrer Unterthanen suchten Ferdinand und Isabella durch die umfassendsten Maſsnahmen in die geeigneten Bahnen zu leiten. Zwar vermochte zu ihren Lebzeiten die im Jahre 1492 erfolgte Entdeckung Amerikas noch keinen merklichen Einfluſs auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Zustände Spaniens auszuüben, anderseits muſste die Einführung der Inquisition Tausende von friedlichen Bürgern dem Elende preisgeben, und die Vertreibung der Juden aus Spanien schloſs eine schwere Schädigung des heimischen Handels in sich; sollen doch nicht weniger als 80000 Menschen ihr Vaterland verlassen haben [1]). Abgesehen von diesen Missgriffen aber, die ein bedauerliches Zeugnis ablegen von der Macht, welche die Geistlichkeit selbst auf so einsichtsvolle Herrscher wie Ferdinand und Isabella auszuüben wuſste, zeigten diese das redlichste Bestreben, Handel und Gewerbe unter ihrem Volke zur Blüte zu bringen.

Die Angaben der verschiedensten Schriftsteller aus jener Zeit stimmen denn auch darin überein, daſs der Wohlstand des Landes zu jener Zeit ein recht günstiger war. Er zeigte sich vor allem in dem Reichtum und der Bevölkerung der Städte, wenn diese letztere auch nicht so bedeutend gewesen ist, wie man im allgemeinen nach der Bedeutung und dem Einfluſs derselben anzunehmen geneigt sein könnte [2]). Wie diese stetig gestiegen, zeigt eine vergleichende Zusammenstellung der Abgaben der verschiedenen Städte des Landes in den Jahren 1477, 1482 und 1504 [3]). Hiernach betrugen die Abgaben aus den Alcavalas, Tercias und den anderen Steuern, soweit sie verpachtet sind [4]):

J. Sempere, Betrachtungen über die Ursachen der Gröſse und des Verfalls der spanischen Monarchie. Übersetzt von Schäfer, Darmstadt 1828. Theil I p. 70 ff.

[1]) Vergl. Laet in seinem Werk Hispania sive regis Hispaniae regnis et opibus, Lugd. Bat. 1629. Hier wird die Zahl der aus Spanien bei dieser Gelegenheit ausgewanderten Juden sogar auf 170000 Familien = 850000 Seelen angegeben. Vergl. auch Abschnitt III, wo von der Bevölkerung Spaniens die Rede sein wird.

[2]) Vergl. Conrad: Jahrbücher f. N. u. St. N. F. I S. 183.

[3]) Vergl. die Memorias de la Real Academia de la Historia Madrid 1821, Tomo VI. Illustracion V, p. 154 ff. Die Angaben sind dem Archive von Simanca entnommen.

[4]) Bezüglich der Natur des unter Ferdinand und Isabella herrschenden Steuersystems verweisen wir auf das weiter unten (p. 25 ff.) Gesagte. Die Mehrzahl der dort angeführten Steuerarten war auch schon unter den katholischen Königen in Geltung.

	im Jahre 1477 maravedis [1])	im Jahre 1482 maravedis	im Jahre 1504 maravedis
Bezirk Burgos	50 000	3 030 724	5 093 170
Valladolid und Bezirk	193 000	2 553 000	5 040 015
Toledo	200 000	5 150 000	10 887 674
Medina del Campo mit seinen Messen .	2 650 000	4 375 000	7 581 423
Cordoba und Bezirk	2 670 000	5 854 000	11 335 358
Zamora	210 000	2 540 000	3 827 170
Madrid	?	1 453 000	2 122 693
Ciudad-Real	620 000	1 000 000	1 772 500
Provinz Kastilien	1 300 000	2 686 333	4 072 938

Wir haben hier aus jenem Verzeichnisse nur einige der bekanntesten Städte und Bezirke herausgegriffen. Die Zusammenstellung ist übrigens mit Reserve zu benutzen, da jene Zahlen einen Anspruch auf absolute Genauigkeit durchaus nicht machen können [2]). Eine ähnliche Steigerung der Einnahmen, wie sie bei diesen zu Tage tritt, läſst sich bei den meisten der dort namhaft gemachten Städte beobachten. In jener Abhandlung [3]) heiſst es darüber: „Nachdem sich die Lage des Landes unter der umsichtigen Verwaltung der katholischen Könige gebessert hatte, die öffentliche Sicherheit begründet, der Ackerbau gefördert und der Handel erleichtert worden war, muſsten der Wohlstand und Reichtum der Nation und damit auch die Einnahmen der Krone wachsen. So betrugen denn die königlichen Nettoeinnahmen im Jahre 1477 im ganzen 27 415 626 maravedis und stiegen 1482 auf 150 695 288 maravedis, bis sie im letzten Jahre der Regierung Isabellas, 1504 die Höhe von 341 733 597 maravedis erreichten“ [4]).

Besonders bedeutend ist die Steigerung der Einnahmen in den

[1]) Betreffs dieser und der später noch zu erwähnenden spanischen Münzsorten aus jener Zeit bemerken wir folgendes: 1 peso = 20 reales, 1 ducado (scudo) = 11 reales (im Jahre 1550), 1 doblon = 22 reales, 1 real = 34 maravedis. Es betrug der Münzwert von 1 peso = 5,20 Frcs., von 1 maravedi = $1^1/_4$ Centime. Vergl. Weiss, L'Espagne depuis le règne de Philippe II jusqu'à l'avénement des Bourbons, Paris 1844, I p. 18 ff.

[2]) „Il paraît qu'en Espagne on n'a jamais bien connu la portée de l'impôt sur les consommations journalières (und das war ja die groſse Mehrzahl) malgré la précaution qu'on prenait d'obliger les fermiers à presenter sur serment l'état véritable de leurs produits,“ — sagt Forbonnais in den Mémoires et Considérations sur le commerce et les finances d'Espagne, Amsterdam 1761, letzter Teil: les finances d'Espagne p. 99.

[3]) Memorias de la Real Academia p. 153 f.

[4]) Es sind dies nicht die gesamten Staatseinnahmen, da einige Steuerarten nicht verpachtet wurden.

5 Jahren von 1477 bis 1482. Wenn diese auch wohl zum Teil wenigstens einer inzwischen erfolgten stärkeren Belastung zuzuschreiben ist, so geben jene Zahlen dennoch ein erfreuliches Bild von der zunehmenden Leistungsfähigkeit der Bevölkerung und legen ein beredtes Zeugnis ab von dem wachsenden Wohlstand, dessen sich Spanien unter der Regierung Ferdinands und Isabellas zu erfreuen hatte.

Dafs diese von dem eifrigsten Streben beseelt waren, ihn auf alle Weise zu heben, zeigen die zahlreichen Verordnungen und Gesetze, die sie zum Schutze und zur Förderung des nationalen Handels und Gewerbfleifses erliefsen. Mehrere Gesetze regelten bis ins einzelne die Fabrikation und den Verkauf der Waren. So enthält eine Verordnung vom Jahre 1494 [1]) die genauesten Bestimmungen über die Anordnung der Läden und Schaufenster der Tuch- und Seidenhändler, über die Fabrikation und den Verkauf der Seidenwaren [2]) [3]). Ein anderes Gesetz vom Jahre 1500 verbietet die Einfuhr von Seidenwaren vom Auslande her [4]). Ebenso werden Gesetze erlassen, welche die Einfuhr von Salz [5]) und die Ausfuhr von Pferden und Vieh [6]) mit den schwersten Strafen belegen. Doch auch der Handel und die Schiffahrt hatten sich der gleichen Sorgfalt und Pflege zu erfreuen. Ein Gesetz vom 20. März 1478 sichert allen denen, die Schiffe von 600—1000 Tonnengehalt bauen oder verwenden, eine jährliche Prämie zu [7]). Ein anderes vom 21. Juli 1494 [8]) bestimmt, dafs die Vorsteher der Handesgerichte in Burgos und Vilbao die Streitigkeiten unter den Kaufleuten ohne Aufschub nach genauer Prüfung der Sachlage und unter strenger Wahrung der kaufmännischen Ehre entscheiden sollen. Ähnliche Bestimmungen treten noch für manche andere Städte des Reiches in Kraft. Die Erwähnung der zahlreichen in Flandern, Frankreich, Italien und England ansässigen Konsuln und Handelsagenten in demselben Gesetze zeigt, wie Uztariz hervorhebt, die

---

[1]) Sie findet sich in der spanischen Gesetzsammlung „Las leyes de Recopilacion", Buch V Tit. 12.

[2]) S. Uztariz a. a. O. p. 98.

[3]) Dieselbe Tendenz verfolgt ein im Jahre 1511 von Ferdinand und Isabellas Tochter Johanna erlassenes Gesetz (Recop. lib. 7 tit. 13), welches in 119 Paragraphen Vorschriften über die Fabrikation, das Färben und den Verkauf von Tüchern erläfst. (Uztariz p. 98, 99.)

[4]) Nueva Recop. Buch 6 tit. 18 Ges. 49.

[5]) Nueva Recop. Buch 6 tit. 18 Ges. 52.

[6]) Nueva Recop. Buch 6 tit. 18 Ges. 12—29.

[7]) Nueva Recop. Bd. VII tit. 10 Ges. 7.

[8]) Nueva Recop. Buch III tit. 13 Ges. 1, 2.

grofse Bedeutung, welche Spaniens Handel damals für Europa hatte. Andere Gesetze verbieten die Beförderung spanischer Waren auf fremden Schiffen, wenn spanische Schiffe vorhanden sind [1]), sowie den Verkauf von Schiffen an Fremde, selbst an naturalisierte Ausländer [2]).

Dafs man schon zu jener Zeit der Ausfuhr von Edelmetallen aus Spanien entgegenzutreten suchte, ist um so bemerkenswerter, als die meisten jener Verbote zu einer Zeit erfolgten, wo Amerika noch gar nicht entdeckt war und dessen Gold und Silberreichtum also die spanischen Wirtschaftsverhältnisse noch nicht beeinflussen konnte [3]). So untersagt ein Gesetz von 1480 [4]) die Ausfuhr von Gold, Silber und Kupfer sowohl in Barren als in Geräten oder Münzen. Die fremden Kaufleute, welche in Spanien Waren verkaufen, dürfen als Entgelt für dieselben kein Gold oder Silber ausführen, sondern müssen statt dessen andere Waren aufkaufen [5]), und die Bewohner der Provinzen Guipuscoa und Alava und der Grafschaft Viscaya, welche Schweine und Rindvieh vom französischen Gebiet und der Gascogne beziehen, werden ebenfalls angewiesen, diese nicht mit barem Gelde zu bezahlen, widrigenfalls sie in harte Geldstrafen genommen werden [6]).

Schliefslich wollen wir auch diejenigen Vorschriften nicht unerwähnt lassen, welche von den katholischen Königen zur Verhinderung eines übertriebenen Luxus erlassen wurden. Im Jahre 1494 erliefsen sie eine Pragmatica, welche die Einfuhr oder Anfertigung von Seidenstoffen, von Gold- und Silberstickereien und von mit Gold und Silber belegten Gegenständen verbot. Der eingestandene Zweck war, der Zunahme des Aufwandes und der Verschwendung der kostbaren Metalle Einhalt zu thun [7]).

---

[1]) Nueva Recop. Buch VII tit. 10 Ges. 8 v. J 1500.

[2]) Nueva Recop. Buch VII tit. 10 Ges. 6 v. J. 1501.

[3]) Ausfuhrverbote bez. der Edelmetalle finden sich sogar schon in den alten kastilianischen Gesetzen seit dem 14. Jahrh. Vergl. die Memorias de la Real Academia VI p. 275.

[4]) Nueva Recop. Buch VI tit. 18 Ges. 1.

[5]) Nueva Recop. Buch VI tit. 18 Ges. 10 v. J. 1491.

[6]) Nueva Recop. Buch VI tit. 18 Ges. 11. Über die Aus- und Einfuhrverbote dieser und der späteren Zeit vergl. auch die Novissima Recopilacion de las leyes de España, Buch IX.

[7]) Vergl. über die Gesetze gegen den Luxus dieser und der späteren Zeit Sempere, Historia del luxo y de las leyes suntuarias de España, Madrid 1788.

Überblicken wir die verschiedenen Mafsregeln, durch welche Ferdinand und Isabella das wirtschaftliche Wohl ihrer Unterthanen zu begründen suchten, sò läfst sich nicht leugnen, dafs manche ihrer Verordnungen, namentlich diejenigen, welche die Förderung der Handelsbeziehungen und die Pflege der Schiffahrt begünstigen sollten, sicherlich nicht ohne segensreiche Folgen geblieben sind, indem sie eine ähnliche Wirkung erzielen mufsten, wie die zwei Jahrhunderte später erlassene englische Navigationsakte. In ihrem Bestreben aber, die edlen Metalle im Lande zu erhalten, zeigen die beiden Herrscher eine solche Kurzsichtigkeit und völlige Verkennung der wirtschaftlichen Aufgabe des Geldes, dafs die faktische Ausführung der betreffenden Gesetze den Handel des Landes völlig lahm gelegt hätte. Dafs dies dennoch nicht geschehen, ist nur eine Folge der steten Übertretung jener Gesetze, welche der völlige Mangel und die Unmöglichkeit einer sicheren Kontrolle den Kaufleuten gestattete.

Was die Luxusgesetze anbelangt, so finden sie sich als eine charakteristische Eigentümlichkeit der Regierungsmafsnahmen jener Zeit auch in vielen anderen Staaten in Geltung.

Vergleichen wir die hier namhaft gemachten Verordnungen mit dem, was früher über den Merkantilismus im allgemeinen gesagt ist, so werden wir wohl behaupten dürfen, dafs uns schon unter Ferdinand und Isabella recht beachtenswerte Anfänge der merkantilistischen Praxis entgegentreten, und können Roscher recht geben, wenn er von einer „schönen Einleitung eines Prohibitivsystems in Spanien unter Ferdinand und Isabella“ spricht [1]). Allerdings waren es nicht mehr als Anfänge und Einleitungen, denn von einer systematischen Durchführung der merkantilistischen Forderungen konnte noch nicht die Rede sein. Diese blieb einer späteren Zeit vorbehalten.

Unter der Regierung Ferdinands und Isabellas hatte sich Spanien in politischer Beziehung einer verhältnismäfsigen Ruhe zu erfreuen gehabt. Als im Jahre 1516 nach Beseitigung ihrer unglücklichen Tochter Johanna deren Sohn, der nachmalige deutsche Kaiser Karl V., den spanischen Thron bestiegen hatte und so das Haus Habsburg zur Herrschaft gelangt war, mufste sich auch in der Entwickelung Spaniens in mehr als einer Hinsicht eine bedeutsame Wendung vollziehen.

[1]) S. seinen Grundrifs zu den Vorlesungen über die Staatswirtschaft S. 65 f.

Spanien war infolge jener Ereignisse zu einem Teile des ungeheuren Weltreiches geworden, welches aufserdem noch Deutschland, die italienischen Lande, Burgund, die Niederlande und die Kolonieen in Amerika und Asien in sich schlofs. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Folgen zu schildern, welche bei dieser seiner veränderten Stellung für Spanien nicht ausbleiben konnten, noch auch interessieren uns an dieser Stelle die inneren Kämpfe, denen dasselbe durch die Rivalität der Stände, des Adels, der Geistlichkeit und der Bürgerschaft, ausgesetzt war. Für uns kommen nur die wirtschaftlichen Veränderungen in Betracht, welche mit dem Regierungsantritt Karls V. in Spanien Platz griffen, und allerdings von der politischen Entwickelung des Landes nicht unwesentlich, dabei leider meist sehr ungünstig beeinflufst wurden.

Die Niederlage des spanischen Städtebundes, welcher gegen die Errichtung einer absoluten Monarchie, wie sie Karl V. erstrebt, mit allen Mitteln angekämpft hatte, schlofs eine starke Schädigung der industriellen und kommerziellen Entwickelung des Landes in sich [1]), und der Niedergang des Adels, dessen Macht gebrochen war und der jetzt nicht mehr wie in früheren Zeiten im Religionskampfe gegen die Araber eine wichtige Rolle spielen konnte, hatte zur Folge, dafs die alten Adelsgeschlechter in Unthätigkeit verfielen und auf ihren Schlössern in Pracht und Genufs dahinlebten, was notwendigerweise zu einer immer mehr sich steigernden Verschuldung des Grofsgrundbesitzes führen mufste. Schlimmer noch als diese Übel waren die Folgen der steten Geldverlegenheit, in welcher sich Karl V. befand, indem einerseits seine prunkhafte Hofhaltung [2]), besonders aber die beständigen Kriege, welche er in Deutschland sowie mit Frankreich und den Türken zu führen hatte, ungeheure Summen verschlangen. Karl V. sah sich besonders deshalb genötigt, seine Bedürfnisse die namentlich Spanien und die Niederlande trafen, zum grofsen Teile durch aufserordentliche Auflagen zu bestreiten, da die Natur der ordentlichen Zölle und Steuern vom finanzpolitischen Standpunkte aus eine intensive Erhöhung derselben nicht zuliefs, und der Kaiser war einsichtig genug, um nicht durch ein bedeutend

---

[1]) Vergl. Havemann a. a. O. S. 174 ff.

[2]) So klagen die Cortes von Kastilien darüber, dafs während Ferdinand und Isabella nur 12000 maravedis pro Tag gebraucht haben, ihr Enkel Karl V. täglich 150000 maravedis verzehre. S. Ranke, Fürsten und Völker von Südeuropa im 16. u. 17. Jahrhundert, Hamburg 1857, Bd. I p. 389.

stärkeres Anziehen der Steuerschraube die wirtschaftliche Entwickelung des Landes lahm zu legen, wodurch er sich der Aussicht beraubt haben würde, auch in späteren Jahren seine Einnahmen auf derselben Höhe zu erhalten [1]).

In Spanien bestand unter Karl V. im wesentlichen dasselbe Steuer- und Abgabensystem, welches noch im Anfang des 18. Jahrhunderts in Geltung war und von dem uns Uztariz genauere Mitteilungen macht [2]) [3]).

Alle Staatssteuern [4]) zerfielen in die beiden Klassen der Rentas provinciales und der Rentas generales, welche zum weitaus gröfsten Teil verpachtet waren. Die ersteren wurden nur von den 22 Provinzen Kastiliens gezahlt, während die übrigen Teile Spaniens: Aragonien, Katalonien, Valencia und die Balearen statt dessen andere Abgaben zu leisten hatten [5]). Navarra nahm wie noch in manchen anderen Beziehungen, so auch hinsichtlich der

[1]) „Ein Fürst," so sagt Karl V. zu seinem Sohne, dem nachmaligen König Philipp II., „soll wohl bedenken, dafs je geringer die von ihm erhobenen Abgaben sind, um so gröfser die Menge der Waren sein wird, die von aufserhalb zur notwendigen Bestreitung der Bedürfnisse der Unterthanen eingeführt werden. Denn sind die Steuern gering, so machen die Kaufleute durch den Verkauf ihrer Waren einen grofsen Profit. Aus demselben Grunde senden die Unterthanen die Waren, die sie entbehren können, aus dem Lande. Auf diese Weise fliefsen ihnen alle Bedürfnisse reichlich zu und sie häufen Geld auf, um dann leichter die notwendigen Bedürfnisse des Fürsten und des Staates durch ihre Steuern decken zu können." S. Mémoires et considérations sur le commerce et les finances d'Espagne I p. 236 f.

[2]) Im 19. Kapitel seines Werkes.

[3]) Eine Übersicht des spanischen Abgabesystems findet sich, unter Anlehnung an Uztariz, auch in den Mémoires et considérations sur le commerce et les finances d'Espagne, letzter Teil: Considérations sur les finances d'Espagne p. 38. Eine umfassende Darstellung des gesamten Steuersystems enthält das Werk von F. G. Fernandez, Origen, progresos y estado de las rentas de la Corona de España, su gobierno y administracion, 4 Bde., 8. Madrid 1805.

[4]) Aufser diesen wurden auch noch kommunale Abgaben erhoben, als indirekte städtische Steuer bei der Ein- und Ausfuhr von Konsumtibilien.

[5]) In Katalonien zahlte man die Kataster-Steuer. Sie bestand in einer Abgabe bis zu 10% des Ertrages von Feld- und Weideland, Häusern, Mühlen, Gasthäusern, Geldkapitalien u. s. w. Ferner traf sie das Vermögen von Händlern, Handwerkern, Arbeitern, und war endlich auch eine Kopfsteuer auf Schlachtvieh, Haustiere u. s. w. Neben dieser Katastersteuer existierte noch die Bolla, eine Auflage von 15% vom Werte aller Fabrikate der Textilindustrie; sie wurde nur beim Detailverkauf erhoben und glich in jeder Beziehung der Alcavala. In Aragonien wurde anstatt der kastilischen Provinzialrenten ein equivalente (de las rentas provinciales) erhoben, eine Steuer von etwa 5 pesos

Besteuerung eine Ausnahmestellung ein, indem es von den Provinzialrenten völlig frei war und auch bezüglich der Generalrenten besondere Vergünstigungen genofs. Die Vorteile dieser speziellen Besteuerung machten sich für die betreffenden Gebietsteile namentlich in der späteren Zeit geltend, indem sie, abgesehen vielleicht von Katalonien, niemals in dem Mafse wie Kastilien unter dem Drucke der Steuern zu leiden hatten [1]), und Aragonien, welches auch in politischer Beziehung selbständiger dastand, gelang es nicht selten, durch Verweigerung neuer Abgaben sich vor allzustarker Belastung zu bewahren.

Unter den Rentas provinciales spielten die Alcavalas von jeher eine hervorragende Rolle, nicht allein deswegen, weil sie bedeutende Summen eintrugen, sondern namentlich weil die ganze Art ihrer Auflage danach angethan war, einen tiefgreifenden Einflufs auf das ganze Wirtschaftsleben des Landes auszuüben. Sie waren die älteste Steuer. Schon 1341 unter Alfons XI. in der Stadt Algeciras erhoben, wurde sie später auf ganz Kastilien ausgedehnt, und bestand in einer Abgabe für jeden Verkauf und Tausch von Waren, die der Verkäufer der Waren von dem erhaltenen Kaufpreise zu zahlen hatte. Ihre Höhe belief sich in der ersten Zeit ihres Bestehens auf 20% des Warenpreises, später auf 10% [2]), bis sie dann unter Karl V. allmählich auf 5% herabsank, indem die Regierung den Bitten der Cortes nachgab und die Steuer ermäfsigte [3]). Da sie, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen [4]), von jedem noch so geringfügigen Verkauf erhoben werden mufste, so stellten sich ihrer direkten Ein-

---

auf eine Familie, auf deren Vermögenslage Rücksicht genommen wurde. In Valencia bestand ein dem aragonischen fast gleiches Steuersystem. Eine der katalonischen Bolla ähnliche Auflage, die „derechos antiguos“, wurde im Beginn des 18. Jahrh. unter Philipp V. aufgehoben. (Vergl. Uztariz a. a. O. Kap. 55 101 u. 102, Ulloa a. a. O. I, Kap. XVI—XIX.)

[1]) Vergl. Ulloa a. a. O. I, Kap. XVI, 133.

[2]) Nueva Recop. Buch IX tit. 17 Ges. 1 u. 3.

[3]) S. Ranke a. a. O. S. 334 f. Im Laufe der Zeit jedoch, als die Finanznot des Staates stetig wuchs, erfuhr die Alcavala wieder eine bedeutende Erhöhung so dafs sie beim Beginne des 18. Jahrhunderts auf 10% vom Wert der Ware sich belief. Übrigens wurde damals an ihrer Statt in einigen Gegenden die sogen. „Alcavala del Viento“ erhoben, eine mäfsige Abgabe, die kaum 2—3% überschritt. Da ihre Erhebung jedoch nicht fest geregelt war, so stand es im Belieben der Steuerpächter, den einen mehr, den andern weniger scharf heranzuziehen. Vergl. Ulloa a. a. O. Kap. XIII, 101.

[4]) Lib. IX tit. 18 Ges. 8—41.

treibung so bedeutende Schwierigkeiten entgegen, dafs die meisten Städte eine gewisse Pauschsumme, das Encabezamiento zahlten. Der Alcavala waren mit Ausnahme der Geistlichkeit[1]) alle Stände ohne Unterschied unterworfen; doch jene zahlten sie in sofern indirekt ebenfalls, als durch die Alcavala die Waren verteuert wurden, und also jeder der Steuer unterworfen war, der als Käufer auftrat. Es ist klar, dafs eine solche Steuer, welche von einer einzigen Ware, so oft sie aus der einen Hand in die andere ging, erhoben wurde, nicht allein alle Verkaufsgegenstände enorm verteuern, sondern auch den ganzen Handel des Landes aufs intensivste schädigen mufste, um so mehr, als mit derselben zugleich auch noch eine andere Steuer, die Tercias reales, verbunden war[2]). Aufserdem nennen wir nur noch das Servicio ordinario y estraordinario, von denen jedoch das letztere erst unter Philipp II. auferlegt wurde[3]).

Entgegen den ebengenannten Provinzialsteuern kommen die Rentas generales in ganz Spanien gleichmäfsig, ohne Rücksicht auf Standesunterschiede, zur Erhebung. Unter ihnen sind die Aduanas (Zölle im eng. Sinne) bei weitem die einträglichsten, was ja auch sehr erklärlich ist, wenn wir bedenken, dafs alle die einzelnen Provinzen des Landes gegenseitig von Zolllinien eingeschlossen waren. Die Aduanas bestanden in einer Abgabe von 15% vom Werte aller Waren, die, sei es von der einen Provinz in die andere, oder im Verkehr mit dem Auslande ein- und ausgeführt wurden. Einen besonderen Teil derselben bildeten die Almojarifazgos, welche noch seit der Araberherrschaft in Geltung waren und in den Häfen Südspaniens erhoben wurden. Unter ihnen

---

[1]) Lib. IX tit. 18 Ges. 6—7.

[2]) Seit 1664 wurden mit der Alcavala auch noch die Quatro unos por ciento (4 mal 1%) erhoben, die von den versammelten Ständen dem König bewilligt worden waren, und zwar

das erste % im Jahre 1639
„ zweite % „ „ 1642
„ dritte % „ „ 1656
„ vierte % „ „ 1664.

Vergl. auch Ulloa, a. a. O. I p. 21.

[3]) Seit 1601 wurden aufser den hier namhaft gemachten Steuern u. a. auch noch die Millones von allerlei Konsumtionsartikeln, wie Wein, Fleisch, Öl, Fisch u. s. w. erhoben, und selbst die Geistlichkeit war dieser Abgabe unterworfen. Vergl. Laet, Hispania, p. 402. Übrigens weist Ulloa darauf hin, dafs dieselbe weit weniger drückend empfunden werde als die Alcavala und die Cientos. Vergl. a. a. O. I, Kap. II, 24 u. Kap. III, 35—38.

repräsentiert vor allem der Almojarifazgo mayor de Sevilla bedeutende Summen. In dieser Stadt bestand auch ein spezieller Almojarifazgo de las Indias für alle Waren, welche nach Indien gingen oder von dorther importiert wurden [1]).

Zu den Aduanas sind auch die Puertos secos zu rechnen, ein Zoll von 10% auf alle Waren die auf dem Landwege im Verkehr Kastiliens mit Valencia, Aragonien, Navarra und an andern Teilen Spaniens die Zollgrenze passieren [2]).

Waren die Aduanas dazu angethan, einer gedeihlichen Entwickelung des Handels die schwersten Fesseln anzulegen, so mufste der Servicio y montazgo die spanische Viehzucht stark beeinträchtigen. Dieser Zoll, im Jahre 1457 von Heinrich IV. eingeführt [3]), traf alle Herden, welche mit Beginn des Frühlings nach Estremadura auf die Weide zogen, um im Herbst wieder zurückzukehren, wurde also in jedem Jahr von einer Herde zweimal erhoben [4]). Doch war dem Herdenbesitzer das Privilegium der Mesta erteilt, nach welchem die Herden in dem von ihnen durchzogenen Gebiete freie Weide hatten, weshalb dort kein Landmann seine Äcker einhegen durfte. Dies hatte zur Folge, dafs jener bald kein Interesse mehr an der Bestellung derselben hatte und sie deshalb brach liegen liefs, wodurch naturgemäfs der ganzen Landwirtschaft unberechenbarer Schaden zugefügt wurde.

Von den sonstigen zahlreichen Generalrenten nennen wir noch die Salz- und Tabaksteuer, welche vermittelst der betreffenden Regalien, zu denen noch dasjenige der Fabrikation und des Verkaufs von Spirituosen gehörte, in der Weise zur Erhebung gelangten, dafs der König den Preis des Salzes und Tabaks festsetzte.

Da die Mehrzahl dieser Steuern indirekte und Ertragssteuern waren, so konnte eine intensive Erhöhung derselben nur auf Kosten der gedeihlichen Entwickelung der Volkswirtschaft stattfinden. Wir hoben schon früher hervor, dafs Karl V. darauf bedacht war, seine Geldbedürfnisse in erster Linie aus den spanischen und niederländischen Einkünften zu befriedigen. Spanien hatte bei seiner relativen Armut am meisten unter dem Drucke dieser Steuern zu leiden,

---

[1]) Über die Almojarifazgos vgl. die Nueva Recopilacion Buch IX tit. 26. Ferner: die Sammlung von Verordnungen der Kommerz-Bibliothek in Hamburg sowie Laet, Hispania a. a. O. p. 401.

[2]) Laet a. a. O. p. 402.

[3]) Das betreffende Gesetz findet sich Nueva Recop. lib. IX tit. 27 Ges. 1.

[4]) Vergl. Laet a. a. O. p. 402.

zumal es auch zu den aufserordentlichen Abgaben in erster Linie herangezogen wurde. Dennoch war Karl V. weit davon entfernt, alle seine ökonomischen Mafsnahmen ausschliefslich unter den Gesichtspunkt der Erreichung günstiger finanzieller Resultate zu stellen; und wie er in politischer Beziehung, wie wir sahen, die Kräftigung der königlichen Gewalt in Spanien durch die Unterdrückung der Vorrechte der Provinzen und Städte zu erreichen strebte, so bemühte er sich auch, die wirtschaftliche Stellung des Landes den fremden Staaten gegenüber zu einer möglichst selbständigen zu machen, indem er jede wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande als einen Verderb für das Land ansah. In diesem Sinne sind denn auch alle Verordnungen zu betrachten, welche er im Interesse des Handels und der Industrie erliefs. Dieselben beschränkten sich zum grofsen Teil darauf, die von seinen Grofseltern erlassenen Gesetze weiter auszuführen und zu verbessern. So dienen die 4 Gesetze [1]) vom 14. November 1528, vom 22. März 1529, vom 26. Februar 1549 und vom 5. April 1552 als Ergänzung zu den früher namhaft gemachten Gesetzen Ferdinands und Isabellas, betreffend die Fabrikation und den Verkauf von Tüchern und sonstigen Webstoffen [2]). Besonders war es auch die mit den Jahren immer mehr zunehmende Geldausfuhr aus Spanien, welche Karl V. zu ähnlichen Mafsnahmen veranlafste wie seine Vorgänger. Es hatte sich bei den Ausländern allmählich die Praxis ausgebildet, ihre Geschäfte, soweit dies anging, nicht mehr in Spanien selbst abzuschliefsen, sondern in direkten Verkehr mit den spanischen Kolonieen zu treten; vor allen waren es die Holländer und Engländer, welche auf diese Weise den gröfsten Teil des spanischen Kolonialhandels in ihre Hände bekommen hatten. Das im Jahre 1523 im Auftrage Karls V. von dessen Sohne, dem späteren Könige Philipp II., erlassene Gesetz [3]) verbietet deshalb rundweg jedem Ausländer, mit den spanischen Kolonieen Amerikas in direkten Verkehr zu treten.

Aus einem Gesetz vom Jahre 1550 [4]) ersehen wir auch, dafs die Geldentwertung in Spanien schon gewisse Fortschritte gemacht, welche die Ausländer in ihrem Interesse zu verwerten suchten. Sie bezahlten nämlich für das Edelmetall mehr Scheidemünze, als es in

---

[1]) Nueva Recop. VII tit. 14—17.
[2]) S. auch Uztariz a. a. O. p. 99.
[3]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 2, 4, 5.
[4]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 6.

Spanien wert war, um auf solche Weise dasselbe dem Lande zu entziehen, welches dadurch mit Kupfergeld überschwemmt wurde. Um diesem Übelstande abzuhelfen, fixierte jenes Gesetz von neuem das Wertverhältnis der Edelmetalle zur Kupfermünze [1]). Schon im Jahre 1525 hatte Karl V. mit aller Strenge auf die früher gegebenen Vorschriften hingewiesen, welche dem unaufhaltsamen Eindringen von Kupfer und Scheidemünze in Spanien ein Ziel setzen sollten [2]). Wie die genannten Verordnungen, so zeigen auch die von Karl V. erlassenen Gesetze zur Bekämpfung des Luxus, wie derselbe bemüht war, auf den von seinen Vorfahren eingeschlagenen Bahnen weiter vorzugehen. In dem betreffenden Gesetz [3]) vom Jahre 1534 wird bedauert, „dafs die von Ferdinand und Isabella erlassenen Verbote nicht ganz den gehegten Erwartungen entsprochen haben, indem noch fortdauernd in der Tracht ein übermäfsiger Luxus herrsche, wodurch nicht allein bedeutende Kapitalien vergeudet, sondern auch die guten Sitten verletzt werden“. Madrid nahm eben damals in Modeangelegenheiten eine ähnliche dominierende Stellung in Europa ein, wie später Paris und der Hof zu Versailles. Es werden daher nochmals eingehende Bestimmungen erlassen über das Tragen von Kleidungsstücken, an denen jeder Besatz mit Gold und Silber, mit Perlen und Edelsteinen verboten ist, und nur in gewissen Fällen sind Ausnahmen zulässig.

Es läfst sich kaum verkennen, dafs alle die genannten Mafsnahmen, welche mit denen der katholischen Könige ihrem Wesen nach völlig übereinstimmen, gerade so wie diese ein entschieden merkantilistisches Gepräge an sich tragen. Dies tritt auch hervor in den Bemühungen Karls V., die spanische Industrie durch gesetzliche Vorschriften zu heben. Er sucht die Ausfuhr spanischer Wolle zu erschweren, damit dieses Rohmaterial im Inlande zur Fabrikation verwandt werde [4]), und bestimmt, dafs denen, die Wolle in Spanien aufkaufen, um sie ins Ausland zu exportieren, die Hälfte derselben genommen werden könne, und zwar gegen Erstattung des Einkaufspreises, um sie denen zu überlassen, welche dieselbe in Spanien selbst verarbeiten lassen wollen [5]). Von

[1]) Vergl. hierüber Lexis, Beiträge zur Statistik der Edelmetalle in Conrads Jahrb. Bd. XXXIV p. 376 ff.

[2]) Nueva Recop. Buch VI tit. 18 Ges. 55.

[3]) Nueva Recop. Buch VII tit. 12 Ges. 1.

[4]) Nueva Recop. Lib. VII tit. 18 Ges. 45 vom Jahre 1552.

[5]) Nueva Recop. Lib. VII tit. 18 Ges. 46 v. 14. Aug. 1551. Auch bei Uztariz p. 99.

dem gleichen Streben, dem heimischen Gewerbfleifs ein im Lande selbst erzeugtes Rohmaterial zu verschaffen, um auf solche Weise das Inland vom Auslande möglichst unabhängig zu machen, waren auch diejenigen Gesetze diktiert, welche die Ausfuhr von Häuten, Leder [1]) und Rohseide [2]) in irgend einer Form untersagen und beide im Jahre 1552 erlassen wurden. Die Seidenzucht, welche in den Königreichen Granada und Almería zu hoher Blüte gelangt war, drohte dadurch in ihrem alten Rufe geschädigt zu werden, dafs sowohl die Seidenwurmeier als auch die Maulbeerbäume zum Teil aus der Provinz Murcia, dem Königreich Valencia und andern Teilen Spaniens, wo die Rohseide von untergeordneter Qualität war, nach jenen Gegenden importiert wurden. Karl V. verbot deshalb diesen Import unter allen Umständen [3]). Zum weiteren Schutze der einheimischen Industrie wurde die Ausfuhr von Roheisen und Stahl, wenigstens vorläufig [4]), dagegen die Einfuhr ausländischer, namentlich französischer Tücher gänzlich untersagt [5]).

So sehen wir denn, dafs Karl V. es an Vorschriften und Gesetzen nicht fehlen läfst, um dem Handel und den Gewerben seines Landes jegliche Förderung angedeihen zu lassen. Aus den von uns angeführten Mafsregeln wird zur Genüge die merkantilistische Tendenz klar geworden sein, die in ihnen allen hervortritt, und zwar oft in einer solchen Einseitigkeit, dafs unmöglich von ihnen ein wirklicher Nutzen für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes erwartet werden konnte. Mufste dies schon dazu beitragen, der Entwickelung des spanischen Nationalwohlstandes, dessen Beginn wir unter Ferdinand und Isabella konstatieren konnten, hemmend entgegen zu treten, so geschah dies noch mehr durch einen Umstand, der gerade unter Karl V. sich zuerst in fühlbarster Weise bemerklich machte; wir meinen den Mangel an grofsen inländischen Kapitalisten und Unternehmern [6]). Dieser Umstand war um so verhängnisvoller für das Land, als gerade die konkurrierenden Staaten, in erster Linie Holland, sodann auch England in dieser Hinsicht sehr

---

[1]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 47 v. Jahre 1552.
[2]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 50 v. Jahre 1552.
[3]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 54 v. Jahre 1537.
[4]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 51 v. Jahre 1537. Es wurde von Philipp II. im Namen Karls V. erlassen. Vergl. auch Uztariz p. 99.
[5]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 53 v. Jahre 1532.
[6]) Vergl. Sempere a. a. O. I p. 154 ff.

günstig gestellt waren, was dann die natürliche Folge hatte, dafs der ganze überseeische Handel in die Hände dieser Staaten zu gehen drohte, wie auch Holländer und Engländer es waren, die nicht allein den Handel mit den spanischen Kolonieen zu beherrschen anfingen, sondern auch in Spanien selbst alle gröfseren Handels- und Industrieunternehmungen in ihren Besitz nahmen. Dieser Umstand, welcher eine Hauptkalamität für Spanien während aller der nachfolgenden Jahrhunderte blieb und dem Lande Millionen entzog, begann unter Karl V. zum ersten Male seine verhängnisvollen Folgen zu zeitigen, und deshalb weisen wir schon hier auf denselben hin, da er bei allen späteren Schriftstellern, so auch besonders, wie wir sehen werden, bei Uztariz und Ulloa, einen Hauptgegenstand ihrer Klagen bildet.

Dennoch aber läfst sich, nach dem übereinstimmenden Urteil der damaligen Schriftsteller, wie Karls V. Biograph, des Pater Sandoval u. a., wohl behaupten, dafs unter Karl V. der wirtschaftliche Zustand Spaniens ein recht günstiger war. Jener zeigte das ernste Streben, seinem Lande zu helfen, den Unterthanen den Druck der Steuern möglichst zu erleichtern, und von dem Glanze, welcher den Thron des mächtigsten Herrschers der Welt umgab, mufste ein Strahl auch auf Spanien fallen, der seinen Bewohnern im Auslande Achtung verschaffte.

Als mit der 1556 stattgehabten Abdankung Karls und seinem bald darauf erfolgten Tode sein Sohn Philipp II. den spanischen Thron bestieg, waren die Folgen dieses Regierungswechsels für die wirtschaftliche Lage des Landes nicht weniger bedeutend, als beim Antritt Karls V. Zwar war in dieser Hinsicht der Umstand, dafs die deutschen Länder einen anderen Herrscher erhielten, und somit nur die Niederlande, die Franche-Comté, die italienischen Lande und die amerikanischen Kolonieen — immerhin noch ein enormes Landgebiet — mit Spanien vereint blieben, nicht weiter von Belang, denn zu einer Zeit, wo selbst die Provinzen desselben Landes nicht nur durch Zollgrenzen gegeneinander abgeschlossen, sondern sogar, wie wir dies unter Karl V. gesehen, durch Ein- und Ausfuhrverbote in ihrem freien Verkehr miteinander beschränkt waren und sich in wirtschaftlicher Beziehung wie fremde Länder gegenüberstanden [1]), konnte der Nutzen einer politischen Zusammengehörigkeit ein nur sehr geringfügiger sein; aufserdem hatte Deutschland von jeher im Vergleich zu anderen Ländern mit Spanien nur geringe

[1]) Vergl. Ulloa a. a. O. I, Kap. VII, 60.

Handelsbeziehungen gehabt. So hatte denn die Trennung des Reiches für Spaniens Handel und Industrie in dieser Hinsicht keine weittragenden Konsequenzen. Weit nachteiliger für die Entwickelung derselben war die Rücksichtslosigkeit, mit welcher Philipp II. sein ganzes Interesse auf die Befestigung seiner Macht und der Herrschaft seiner Kirche konzentrierte. Sie trieb ihn zur unnachsichtlichen Verfolgung der Mauren und Protestanten in Spanien, wozu ihm die Inquisition eine bequeme Handhabe bot. In blutigen Kämpfen wurden die Morisken, welche die stete Bedrückung zum Aufstand gereizt hatte, nieder geworfen und Tausende von Christen kamen auf dem Scheiterhaufen ums Leben, zahlreiche Scharen wanderten aus [1]. Dieser Glaubensfanatismus war es auch, der Philipp II. zum Kampfe gegen die Niederlande anspornte, in denen der neue Glaube Eingang gefunden hatte. Seit dem Jahre 1568 wurde der Krieg mit der gröfsten Heftigkeit und wechselndem Erfolge geführt, bis endlich das Jahr 1648 den Niederländern die ersehnte Freiheit brachte. Mit mehr Glück kämpfte Philipp II. gegen Frankreich und die Türken, welchen letzteren er in der Seeschlacht bei Lepanto eine empfindliche Niederlage beibrachte.

Es bedurfte eines kurzen Hinweises auf diese bekannten politischen Ereignisse, um völlig den Einflufs würdigen zu können, welchen sie allein schon auf die wirtschaftliche Lage Spaniens und die Finanzverhältnisse des Staates ausübten. Die Inquisition und der jahrelange Kampf gegen die Moriskos mufste Tausende von ruhigen Bürgern ihrer friedlichen Thätigkeit entziehen, sie dem Elend und dem Tode preisgeben und somit Industrie und Gewerbe des Landes auf das empfindlichste schädigen [2]. In derselben verderblichen Richtung wirkte der Glaubenseifer Philipps II., der sich auch auf seine Unterthanen verpflanzte, und schliefslich zu der verhängnisvollen Praxis führte, dafs jeder, welcher in seinem Gewerbe kein hinreichendes Auskommen mehr glaubte finden zu können, in ein Kloster ging, wo dann die reichen Dotationen und Pfründen, mit denen die Könige ihre Kirche ausgestattet hatten, für seinen Unterhalt sorgten. Für den Anfang des 18. Jahrhunderts berechnet Uztariz die Zahl der Geistlichen in Spanien nebst ihren Angehörigen auf den 30. Teil

[1] Nach Laet (a. a. O. p. 108) richtete sich die Auswanderung derselben nach Deutschland, Holland und dem Orient.

[2] Vergl. hierüber F. Janer, Condicion social de los moriscos de España, causa de la espulsion y consequencias que esta produjo en el órden económico y politico. Madrid 1 57.

der Gesamtbevölkerung, d. h. auf 50 000 vecinos = 250 000 Seelen [1]). Alle diese Geistlichen waren naturgemäfs der produktiven Thätigkeit entzogen und fielen der übrigen Bevölkerung zur Last, der ihr Unterhalt in letzter Instanz anheimfiel. Einen nicht minder schädigenden Einflufs auf das gewerbliche Leben des Volkes übten die zahllosen kirchlichen Festtage aus. Selbst kirchlich so strenge Männer wie die Jesuiten Navarrete und Saavedra konnten sich diesen Thatsachen nicht verschliefsen und redeten der Abstellung jener Schäden dringend das Wort [2]).

Nicht minder als diese Zustände fügte die wachsende Finanznot Philipps der spanischen Volkswirtschaft beträchtlichen Schaden zu. Schon Karl V. hatte stets über Geldmangel geklagt, und doch waren die Verhältnisse ungleich bessere als jetzt. Die Niederlande waren unter Karl V. das Land, das ihm vor allen anderen, selbst Spanien nicht ausgenommen, den gröfsten finanziellen Ertrag lieferte. Und gerade im Kampfe mit ihm rieb Philipp jetzt seine ganzen Kräfte auf, so dafs es nun nicht nur nichts mehr eintrug, sondern im Gegenteil ungeheure Summen verschlang [3]). Letztere konnten nur dadurch beschafft werden, dafs immer höhere Steuern aufgelegt wurden und kein Mittel unversucht blieb, um der ohnehin nicht reichen Bevölkerung weitere Summen abzupressen.

Die Folgen dieser Mafsnahmen auf den wirtschaftlichen Zustand des Landes zeigten sich bald. Wenn auch im Beginne der Regierungszeit Philipp II. Handel und Gewerbfleifs sich einer grofsen Blüte erfreuten, der Handel mit Amerika einen Gewinn von mehr als 4—500 % einbrachte, so ging es doch seit dieser Zeit mit dem ganzen nationalen Wohlstand des Landes bergab [4]) und führte schliefslich zu den beklagenswerten Zuständen, wie wir sie am Ende des 17. Jahrhunderts in Spanien als die herrschenden vorfinden, obwohl nicht zu leugnen ist, dafs der König nichts unversucht liess, um diese verderbliche Entwickelung, die ihm selbst nicht verschlossen blieb, aufzuhalten und womöglich noch zurückzudrängen.

Die Tuch- und Seidenindustrie in Südspanien hatte, wie wir

---

[1]) S. a. a. O. p. 38.

[2]) Vergl. Navarrete „Conservacion de Monarquias“, disc. 13 u. 43—46 und Saavedra „Empresas politicas y Christianas“, disc. 66 u. 71.

[3]) Vergl. Ranke a. a. O. p. 356 ff., welcher dort die finanzielle Lage Spaniens unter Philipp II. eingehend behandelt.

[4]) Vergl. Mémoires et considérations sur le commerce et les finances d'Espagne I, Kap. X.

sahen, allen Herrschern sehr am Herzen gelegen und sie zu ausgedehnten Maſsnahmen zum Schutze derselben veranlaſst. Auch Philipp II. unterlieſs es nicht, durch spezialisierte Vorschriften über die Herstellung der Tuche, das Weben der Seide und das Gewicht derselben beim Verkauf die Gesetze seiner Vorgänger zu vervollständigen [1]). Auch er geht gegen den übertriebenen Kleiderluxus vor [2]).

Bei ihm finden wir auch zum ersten Male eine durch Gesetz normierte Getreide- und Brottaxe vom Jahre 1558, die in den weiteren Jahrzehnten noch einige Zusätze erhielt [3]). Erst durch ein Gesetz Karls III. vom 11. Juli 1765 wurde die Getreidetaxe völlig abgeschafft [4]) und damit der Getreidehandel endgültig freigegeben.

In den 42 Jahren der Regierung Philipp II. hatte, wie schon bemerkt, die wirtschaftliche Lage Spaniens eine beklagenswerte Wendung genommen. Das Land, welches er von seinem Vorgänger bei blühendem Handel und lebhafter Industrie erhalten, hinterlieſs er in einem Zustande zunehmender Verarmung seinen Nachfolgern, deren Herrschaft das ganze 17. Jahrhundert ausfüllte, und bei deren vollständiger Unfähigkeit und Schwäche Spanien immer tiefer von seiner einstigen Höhe herabsank.

Philipp III. (1598—1621) hatte von seinem Vater auch Portugal geerbt, welches im Jahre 1581 zur spanischen Provinz gemacht worden war, doch nur um das blühende Land durch die Veräuſserung seiner Krondomänen und die drückendsten Steuerauflagen aller Art mit hineinzuziehen in das allgemeine Verderbnis, welches über Spanien hereinbrach. Wie sehr unter Philipp III. die Finanznot gestiegen war, zeigte schon der Umstand, daſs man zu dem verzweifelten Mittel schritt, den Nominalwert des Kupfers zu verdoppeln und man für 6 320 440 ducat. Kupfermünzen nach diesem Satze umprägen lieſs [5]). Die Folge dieser Maſsnahmen war natürlich, daſs vom Auslande her in groſsen Massen Kupfermetall eingeführt und dafür Silber ausgeführt wurde, und so wird es begreiflich, daſs sich trotz der starken Silbereinfuhr aus Amerika kaum eine einzige Silbermünze im Lande vorfand. Die Aduanas stiegen auf 30 %

---

[1]) Nueva Recop. Lib. 5 tit. 12 Ges. 12, 21, 22 u. 23.

[2]) Nueva Recop. Lib. VII tit. 12 Ges. 4, Lib. VI tit. 18 Ges. 59. Auch bei Uztariz p. 100.

[3]) Nueva Recop. Lib. V tit. 25 Ges. 1, 2, 3, 4 (v. J. 1566), 4 (v. J. 1570), 5 u. 6 (v. J. 1582), 7 (1591) u. 11 (1598).

[4]) Nueva Recopil. Buch V tit. 25 Ges. 15.

[5]) S. Ranke a. a. O. p. 387.

vom Nennwert der Waren, was teils zur Vernichtung des Handels, teils zu einem ausgedehnten Schleichhandel führte [1]). Damals wurde auch die von uns schon genannte Steuer der Millones geschaffen, welche alle Konsumtionsartikel einer intensiven Belastung unterwarf und dieselben mafslos verteuerte [2]).

Zu dem allen gesellten sich noch die unheilbaren Konsequenzen, welche die gänzliche Vertreibung der Morisken aus Spanien nach sich zog. Gegen 1 Million Menschen [3]) mufsten ihr Heimatland verlassen, um sich in Nordafrika von neuem anzusiedeln. Es hält schwer, sich eine Vorstellung zu machen von den enormen wirtschaftlichen Verlusten, welche Spanien durch diese Mafsregel erlitt [4]). Ausschliefslich den Morisken war es zu verdanken, wenn in dem von der Natur so reich gesegneten Südspanien der Ackerbau und die Industrie zur höchsten Blüte gelangt war. Durch ihre Vertreibung wurden alle diese glänzenden Resultate vernichtet und blühende Länderstriche der Verödung preisgegeben. Wenn auch Philipp III. wieder Verbote der Einfuhr von Seide [5]) und Schmucksachen [6]) erliefs, so mufsten diese, selbst ihre Angemessenheit vorausgesetzt, bei dem gänzlichen Daniederliegen der Industrie und des Handels völlig resultatlos bleiben.

Auch die Regierung Philipps IV., der 1621 als 16jähriger Jüngling zum Thron gelangt, von dem Herzog von Olivarez sich leiten liefs, vermochte keine Änderung dieser Zustände zu bewirken. Zwar ist ja bekannt, dafs Olivarez ernstliche Versuche machte,

---

[1]) S. Ranke a. a. O. p. 388.

[2]) Wenn die Produktionskosten von 1 ℔. Rohseide in Granada sich auf 26 Realen beliefen, so waren von demselben allein dort an Steuern der verschiedensten Art 17 Realen und 16 maravedis zu zahlen. Bei der Einfuhr nach Sevilla mufsten wiederum 11 Realen an Abgaben entrichtet werden, so dafs die Steuer im ganzen 28 Realen 16 maravedis betrug, d. h. mehr als der Herstellungspreis der Ware. Vergl. Ulloa a. a. O. I, Kap. III, 32; Uztariz Kap. 79 u. 97. Andere Beispiele dieser Art finden sich bei Uztariz, Kap. III, 30 u. 32.

[3]) Bei Laet (a. a. O. p. 103) heifst es hierüber: In totum autem ex omnibus Hispaniae reliquis nongenta millia capitum excesserunt constans fama est: ita ut multae Provinciae pene exhaustae fuerint et horum hominum singulari industria et cultu destitutae langueant.

[4]) Vergl. die Mémoires et considérations sur le commerce et les finances d'Espagne, I p. 390. Der Verfasser dieses Werkes gibt ebenfalls die Zahl der vertriebenen Mauren auf 1 Million an.

[5]) Nueva Recop. Lib. V tit. 12 Ges. 24 u. 25 (v. J. 1599).

[6]) Nueva Recop. Lib. VII tit. 12 Ges. 2 (v. J. 1600), 7 (v. J. 1604) und 8 (v. J. 1611).

eine Wendung zum Bessern herbeizuführen. Da der durch die Taxen und Verkaufsvorschriften gehemmte Verkehr, namentlich nach einer Mifsernte, häufig Kornmangel und sogar Hungersnot hervorgerufen hatte, so gestattete ein Gesetz vom Jahre 1632 den Bauern, das geerntete Getreide nach ihrem Belieben und zu jedem Preise zu verkaufen [1]). In demselben Jahre stellten die zu Madrid versammelten Cortes von Kastilien dem Könige vor, dafs durch die Einfuhr ausländischen Getreides der Bauer sich in seinem Verdienst geschädigst sehe, die ganze Landwirtschaft darunter leide, wie dasselbe, von schlechter Beschaffenheit, der Gesundheit nachteilig sein müsse und endlich auch dazu beitrage, das Gold und Silber dem Lande zu entziehen. Die Regierung gab den Bitten nach und verbot die Getreideeinfuhr aus dem Auslande, jedoch nur für einen Teil des Staates, indem ausdrücklich die Provinzen Murcia, Galicia, Asturia, Viscaya, Guipuscoa und Alava in dem Gesetze ausgenommen waren und auch den übrigen Provinzen freie Einfuhr gestattet sein sollte, sobald das Bedürfnis nach Getreide dies erforderlich mache [2]). Bei den zerfahrenen Münzverhältnissen des Landes ist es nicht zu verwundern, wenn auch Philpp IV. nochmals, wie seine Vorgänger, die Einfuhr von Kupfergeld und die Ausfuhr von Silber mit erhöhten Strafen belegte, unter Umständen sogar mit dem Tode bedrohte, ohne damit dem Übel irgendwie steuern zu können [3]). Dasselbe gilt von den ausführlichen Verordnungen, welche er zur Bekämpfung des Schleichhandels erliefs [4]).

Die Schuld an den herrschenden Mifsständen, die doch in erster Linie eine Folge der verkehrten Regierungspolitik waren, schob man, wie gewöhnlich, der ausländischen Konkurrenz zu, um sodann zu dem beliebten Mittel des Einfuhrverbotes zu greifen, obgleich die Erfahrung sehr wohl hätte lehren können, wie nutzlos ein solches Beginnen sein würde. So heifst es in einem Gesetze Philipps IV. vom Jahre 1632 [5]), dafs die Einfuhr gewisser Fabrikate, wie Tapeten, Betten, Teppiche, Kleidungsstücke und andere aus Baumwolle, Lein-

---

[1]) Nueva Recop. Lib. V tit. 25 Ges. 13. Die endgültige Abschaffung der Getreidetaxen fand, wie bemerkt, erst 1765 statt.

[2]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 64.

[3]) Nueva Recop. Lib. VI tit. 18 Ges. 60 u. 61.

[4]) Vom 22. Oktober 1648, vom 1. Januar 1650 und vom 29. Oktober 1663. Sie finden sich in den Sammlungen spanischer Verordnungen der Kommerz-Bibliothek zu Hamburg.

[5]) Nueva Recop. Lib. IV tit. 18 Ges. 32. Auch bei Uztariz p. 100.

wand, Leder, Messing, Steinen u. s. w. hergestellte Waren, als unnütze Kostbarkeiten nur dazu dienen könnten, das Kapital des Landes aufzuzehren, Arbeitsmangel hervorzurufen und die betreffenden Fabriken zu schädigen. Es wird deshalb mit geringen Ausnahmen allen Waren der Textilindustrie, sowie den Leder-, Elfenbein- und anderen Fabrikaten der Import nach Spanien untersagt.

Eine willkommene Handhabe zur Ausschliefsung der fremden Konkurrenz bot sich der Regierung in dem bestehenden Kriegszustand mit anderen Staaten. Jeder Handel mit ihnen wurde auf das strengste verboten und kein Handelsschiff der betreffenden Nation durfte sich in den spanischen Häfen blicken lassen. Eine am 16. Mai 1628 erlassene Verordnung richtet sich in dieser Weise gegen England und die Niederlande, welche letztere ja erst 1648 von Spanien als selbständig anerkannt wurden [1]). Nicht minder ward auch Frankreich von dieser Mafsregel betroffen, ebenso Portugal, welches durch die fortgesetzte Bedrückung seitens der Spanier zum Aufstand gereizt wurde, der im Jahre 1640 mit der Losreifsung des Landes von Spanien seinen Abschlufs fand. Eine solche rigorose Ausschliefsungspolitik kann aber nur dann mit einigem Erfolge betrieben werden, wenn die Kräfte des Staates hinreichen, um dem Auslande die Spitze zu bieten; die bezüglichen Mafsnahmen werden aber dann völlig illusorisch und schlagen ins gerade Gegenteil um, sobald ein unglücklicher Krieg dem Lande ungünstige Friedensbedingungen auferlegt. In dieser bedenklichen Lage befand sich Spanien, und so sehen wir, wie der Westfälische Friede die Regierung nötigt, den Engländern und Niederländern dieselben ausgedehnten Vergünstigungen und Privilegien zu bewilligen wie den Hansestädten, welche am 26. Januar 1648 mit Spanien einen Handelsvertrag geschlossen hatten [2]). Auch die weiteren Friedensverträge mit England vom 23. Mai 1667, mit Portugal vom 13. Februar 1668 und mit Frankreich vom Jahre 1697 zwangen das besiegte Spanien zu Handelsverträgen, welche, wenn auch formell auf dem Boden der Gleichberechtigung der beiden abschliefsenden Parteien stehend, dennoch dem ausländischen Handel in Spanien faktisch Thür und Thor öffneten und das Land wirtschaftlich in völlige Abhängigkeit vom Auslande brachten, da Spaniens Wohlfahrt so sehr daniederlag, dafs an eine ernstliche

[1]) Sie findet sich in der Sammlung spanischer Verordnungen der Kommerz-Bibliothek zu Hamburg.

[2]) Die betr. Verträge befinden sich ebenfalls in der genannten Sammlung der Kommerz-Bibliothek zu Hamburg.

Konkurrenz mit den fremden Staaten nicht gedacht werden konnte [1]). Die letztgenannten Verträge fallen schon in die Regierungszeit Karls II., welcher im Jahre 1665 als 4jähriges Kind, körperlich und geistig schwach, seinem Vater auf dem Throne folgte. Unter ihm erblicken wir Spanien im Zustande des gröfsten Verfalls und Elends, und alle die traurigen Folgen einer Regierungspolitik, die jahrhundertelang die wahren Interessen der Unterthanen vernachlässigt hatte, treten jetzt in krassester Weise zu Tage [2]). Nach aufsen hin stand Spanien völlig machtlos da und war mit seiner verfallenen Flotte und seinem kleinen undisziplinierten Heere [3]) aufser stande, sich der Eroberungsgelüste Ludwigs XIV. zu erwehren, der einen Teil nach dem anderen den spanischen Besitzungen entrifs, während im Innern des Landes die Unzahl der Geistlichen, die Armut des Adels, das Überhandnehmen der Majorate, der Steuerdruck und die stete Finanznot jeder gesunden wirtschaftlichen Thätigkeit die ärgsten Fesseln anlegte [4]).

So lagen die Verhältnisse des Landes als im Jahre 1700 mit dem Tode des kinderlosen Königs Karl II. der habsburgische Mannesstamm in Spanien erlosch: Ein Umstand, der zu dem bekannten Erbfolgekriege führte und erst mit der Thronbesteigung Philipps V. (1701—46), des Enkels Ludwigs XIV. seinen Abschlufs fand.

Wir glauben im Vorigen ein ungefähres Bild des Entwickelungsganges gegeben zu haben, den die ökonomischen Verhältnisse Spaniens unter der Herrschaft der Habsburger genommen haben. Es war uns besonders darum zu thun, auf die wirtschaftspolitischen Mafsnahmen hinzuweisen, durch welche die Regierung das gewerbliche Leben in die von ihr ins Auge gefafsten Bahnen zu leiten trachtete, zumal bei den von uns genannten Darstellern jener Zeit diese Seite der Frage nicht im Zusammenhange berührt ist. Wir vermochten, wie gesagt, eine ausführlichere Besprechung dieser Verhältnisse deshalb nicht zu umgehen, weil die Reformvorschläge unserer beiden Autoren,

---

[1]) Vergl. Mémoires et considérations sur le commerce et les finances d'Espagne, I p. XXIV ff., II Kap. 7 u. 8.

[2]) Vergl. über diese Verhältnisse Havemann a. a. O. S. 353 ff., und A. Gaedeke, die Politik Österreichs in der spanischen Erbfolgefrage, Bd. I, 1. Buch Kap. 3.

[3]) Das Landheer zählte 20 000 Mann, während Ludwig XIV. ein Heer von 300 000 Streitern schlagfertig hielt.

[4]) Uztariz berichtet denn auch, dafs am Ende der Regierungszeit Karls II. in Sevilla nur 300, in Sevilla und Granada zusammen nur 1000 Webstühle existierten, während früher dort 16 000 bezw. 24 000 aufgestellt waren. Vergl. a. a. O. Kap. 78 u. 79.

Uztariz und Ulloa, von ihnen ausgehen, und deshalb die Kenntnis jener Zustände eine richtige Würdigung ihrer Anschauungen erst möglich macht. Bevor wir zur Behandlung dieser letzteren übergehen, können wir jedoch nicht umhin noch zwei Punkte zur Erledigung zu bringen, welche wir bisher nur obenhin berührt haben, deren völlige Klarstellung für die Beurteilung der spanischen Wirtschaftsgeschichte aber von Wichtigkeit ist, und die auch bei Uztariz und Ulloa eine gewisse Rolle spielen.

Wir meinen die Frage der Edelmetalleinfuhr nach Spanien und der Bevölkerungsverhältnisse dieses Landes, welche beiden Gegenstände allerdings in keinem direkten Verhältnis zu einander stehen.

III.

Betreffs der ersten Frage können wir uns kurz fassen; denn nach den umfassenden Untersuchungen Soetbeers [1]), der ersten Autorität der Edelmetallstatistik, welche von Lexis [2]) nur in einigen wenigen Punkten berichtigt und ergänzt worden sind, ist der Gegenstand zu einem gewissen Abschlufs gebracht worden, und wir würden keinen Anlafs haben auf denselben zurückzukommen, wenn nicht gerade Uztariz selbst ebenfalls über die Edelmetalleinfuhr Berechnungen angestellt hätte, während Ulloa [3]) diese Frage nur vorübergehend streift.

Früher war man geneigt, die von Amerika erhaltenen Schätze für unermefslich zu halten, wobei man sich auf die Angaben einiger älterer Schriftsteller stützte, die allerdings die von dort nach Spanien ausgeführte Edelmetallmenge als unglaublich grofs schildern. Zu diesen gehört auch Uztariz, welcher sich in seinen Ausführungen dabei auf die von uns schon genannten Werke von Moncada und Navarrete [4]) stützt. Der erstere dieser beiden behauptet [5]), dafs in

[1]) Vergl. A. Soetbeer, Edelmetallproduktion und Wertverhältnis zwischen Gold und Silber seit der Entdeckung Amerikas bis zur Gegenwart. Ergänzungsheft Nr. 57 zu Petermanns Mitteilungen, Gotha 1879.

[2]) W. Lexis, Beiträge zur Statistik der Edelmetalle, in Conrads Jahrb. Bd. XXXIV, 1879, p. 361—417.

[3]) Mit ihm ist nicht zu verwechseln jener auch von Soetbeer citierte A. de Ulloa, welcher in der 1772 veröffentlichten Schrift „Noticias Americanas, Entretenimientos sobre la America“ Angaben über die Edelmetallproduktion macht.

[4]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 3 S. 6.

[5]) S. Restauracion politica de España, disc. 3 Kap. 1.

dem Zeitraum von 103 Jahren. die seit der Entdeckung Amerikas bis zum Jahre 1595 verflossen sind, im ganzen 2000 Millionen Pesos in Silber und Gold von dort nach Spanien eingeführt seien, d. h. etwa 20 Millionen jährlich. Es sei aber mindestens das Doppelte dieses Betrages als die wirkliche Höhe der Einfuhr anzusetzen, da die andere Hälfte der Kontrolle der Zollbeamten sich entzogen habe. Uztariz schliefst sich diesen Ausführungen Moncadas an und vervollständigt dieselben dahin, dafs er für die Jahre 1595—1724 jährliche Edelmetalleinfuhr von 12 Mill. Pesos annimmt, d. h. 1536 eine Millionen für die 128 Jahre jenes Zeitraums; es würden also seit der Entdeckung Amerikas bis 1724 im Ganzen für 3536 Mill. Pesos an Gold und Silber von dort nach Spanien importiert sein. Zu einem ähnlichen Resultat gelangt Uztariz an der Hand der Angaben Navarretes. Letzterer berechnet [1]) die gesamte indische Edelmetalleinfuhr nach Spanien innerhalb der Jahre 1519—1617 auf 1536 Mill. Pesos, ausschliefslich auch hier der nicht zur Registrierung gelangten Mengen, d. h. auf etwa 15 Mill. jährlich. Uztariz taxiert nun die Edelmetalleinfuhr in den Jahren 1492—1519 und 1617—1724 auf jährlich 12 Mill., was für jene beiden Zeitabschnitte eine Gesamtsumme von 1596 Mill. Pesos darstellen würde. Demnach beliefe sich der Gesamtimport in dem Zeitraum von 1492—1724 auf 1536+1596=3132 Millionen Pesos.

Sonach weichen Moncada und Navarrete nicht bedeutend voneinander ab, denn der Unterschied von etwa 400 Millionen Pesos ist gegenüber den enormen Summen, um welche es sich überhaupt handelt, kaum als ein sehr beträchtlicher anzusehen. Uztariz fufst denn auch völlig auf dieser Berechnung, glaubt aber angesichts des Umstandes, dafs nur die registrierten Edelmetallmassen in Betracht gezogen sind, die faktisch importierten Mengen noch weit höher schätzen zu müssen.

Wir wissen jetzt, dafs das gerade Gegenteil zutreffend ist. Nachdem schon früher Alex. von Humboldt und Ranke auf die Übertreibungen aufmerksam gemacht, welche in den Angaben der Autoren der vorigen Jahrhunderte liegen, und versucht hatten jene auf ihr richtiges Mafs zurückzuführen, ist neuerdings durch die eingehenden Untersuchungen von Soetbeer und Lexis eine gröfsere Klarheit in die betreffenden Verhältnisse gekommen. Aus den bereits von uns erwähnten Abhandlungen jener beiden Autoritäten ergibt sich, dafs die amerikanische Edelmetallproduktion bis um die Mitte des 16.

[1]) Conservacion de Monarquias, disc. 21.

Jahrhunderts sehr gering war, dafs sie erst nach der Entdeckung der reichen Silberlager von Potosi einen bedeutenden Aufschwung nahm, ohne jedoch jemals die Höhe zu erreichen, wie sie den Angaben des Uztariz entsprechen würde [1]). Ferner hat während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die amerikanische Edelmetalleinfuhr keinen Einflufs auf die europäischen Preisverhältnisse ausgeübt, wie dies früher angenommen wurde [2]), und wenn trotzdem schon damals Preisrevolutionen zu Tage traten, so hatte dies seinen Grund in europäischen Verhältnissen, indem entweder die gesteigerte Silberproduktion in Deutschland oder die raschere Geldzirkulation [3]) eine Entwertung des Silbers herbeiführten. Indem wir uns mit der Erwähnung dieser Thatsachen begnügen, verweisen wir im übrigen auf die genannten Arbeiten von Soetbeer und Lexis. Wir glauben dies um so eher thun zu dürfen, als Uztariz die von ihm gemachten Angaben zu weitergehenden Schlufsfolgerungen nicht benutzt.

Dagegen dürfte eine kurze Betrachtung der Bevölkerungsverhältnisse in Spanien schon deshalb für uns von Bedeutung sein, weil ihre Zu- und Abnahme auf die wirtschaftliche Lage des Landes einige Schlüsse gestattet, weshalb sich denn auch Uztariz mit der Erörterung dieser Frage befafst. Wir werden dabei jedoch nur die Zeit seit der Entdeckung Amerikas bis auf Uztariz hin ins Auge fassen, da nur diese Periode für unsere Untersuchungen in Betracht kommt. Es ist klar, dafs in einer Zeit, in welcher die Statistik in Spanien so gut wie völlig unbekannt war und nur Philipp II., wie wir bereits hervorhoben, früher einen Versuch in dieser Richtung gemacht hatte, dessen Ergebnisse jedoch nicht bekannt geworden sind, wo ferner ein Interesse seitens der Beamten an derartigen Erhebungen meistens fehlte [4]) und letztere gewöhnlich zu dem Zwecke der Steuerveranlagung und der Militäraushebung veranstaltet wurden, die Resultate solcher Zählungen äufserst ungenaue waren, indem nicht nur sehr oberflächlich geschätzt wurde, anstatt eine eingehendere Ermittelung vorzunehmen, sondern auch

[1]) Vergl. die Tabellen von Soetbeer a. a. O.

[2]) Vergl. u. a. Prescott a. a. O. p. 625, Anmerkung 126.

[3]) Vergl. Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie 17. Aufl. Stuttgart 1883. p. 338.

[4]) So weigerte sich, ungeachtet der Strenge der Befehle Philipps II., der Herzog von Alcalá, Vizekönig von Neapel, die Volkszählung dieses Reiches vorzunehmen, indem er vorgab, dafs 50 000 Ries Papier für dieses Geschäft nicht hinreichen würden. Sempere a. a. O. I p. 186.

die Bevölkerung selbst darauf hinwirkte, einigermafsen befriedigende Untersuchungen unmöglich zu machen. Wir sind deshalb für jene Zeiten nur auf allgemeine Schätzungen angewiesen, die irgend einen Anspruch auf Genauigkeit nicht erheben können.

Was zunächst den Anfang der für uns in Frage stehenden Periode anlangt, so glaubt Conrad auf Grund der verschiedensten Quellen über die Bevölkerung Spaniens in jener Zeit annehmen zu dürfen, dafs die ungefähre Bevölkerungssumme des Landes um das Jahr 1492 sich auf etwa 11 Millionen belaufen habe [1]). Vergleichen wir hiermit einmal sogleich die Verhältnisse gegen das Ende unserer Periode. Hier gibt uns Uztariz selbst genauere Auskunft [2]). Seine Angaben erscheinen um so glaubwürdiger, wenn wir bedenken, dafs ihm in seiner amtlichen Stellung bedeutende Mittel zu Gebote standen, um die Zählung so genau als möglich zu gestalten, und er nach seiner eignen Aussage sich redlich bemüht hat, das Material in möglichster Vollständigkeit zu erlangen. Freilich ist auch er überzeugt, dafs dasselbe noch unvollkommen genug ist [3]), indem viele vecinos ungezählt geblieben seien, weil die mit der Zählung betrauten Corregidores und Richter fürchteten, dafs es sich bei derselben um die Einquartierung von Truppen und um neu aufzulegende Steuern handele und jene deshalb ohne Bedenken die Einwohnerzahl in den Listen zu niedrig angaben, um die betreffenden Orte nicht noch mehr unter dem Drucke der Lasten leiden zu lassen. Hierzu kommt dann noch, wie Uztariz weiter mitteilt, der Umstand, dafs an dem Kopfe mancher Listen ausdrücklich bemerkt ist, dafs nur die steuerfähigen vecinos in Betracht kommen und dafs 2 Hauswirtschaften einer Witwe immer nur als eine zu rechnen sind. Es fehlt somit in diesen Verzeichnissen das gesamte Proletariat, und wenn wir erwägen, einen wie grofsen Prozentsatz dasselbe in Spanien zu jener Zeit bildete, so mufs diese Ungenauigkeit immerhin als eine bedeutende erscheinen. Uztariz ist denn auch nach speziellen Einzeluntersuchungen in bestimmten Gegenden Spaniens zu dem Ergebnisse gelangt, dafs oft $^1/_5$, nicht selten sogar $^1/_4$ und $^1/_3$ der Bevölkerung ungezählt geblieben ist.

Nach den Ausweisen der Verzeichnisse beträgt die Bevölkerung

---

[1]) Vergl. J. Conrad, Liebigs Ansicht von der Bodenerschöpfung und ihre geschichtliche, statistische und nationalökonomische Begründung. Jena 1864. S. 51 ff. Hier findet sich auch eine ausführliche Zusammenstellung des betr. Urmaterials, sodafs wir auf jene Ausführungen nur zu verweisen brauchen.

[2]) Vergl. a. a. O. Kap. 18.

[3]) S. a. a. O. S. 36.

Spaniens im Beginn des 18. Jahrhunderts[1]) 1 140 103 vecinos[2]) (= 5 700 515 Seelen), welche Zahl sich jedoch, wie Uztariz annimmt, in Wirklichkeit auf etwa 1 425 000 vecinos (= 7 125 000 Seelen) erhöht, indem diese Abweichung eben durch die zu geringen Angaben der Verzeichnisse sich erklären würde. Nach diesen letzteren verteilt sich die Bevölkerung auf die verschiedenen Provinzen in folgender Weise; zur Vergleichung fügen wir einige Angaben aus der Zeit um 1492 hinzu[3]).

Name der Provinz.	1710—1723 vecinos.	1710—1723 Seelen.	1492 Seelen.
Kastilien ohne Granada	695 423	3 477 115	7 500 000
Granada	78 728	393 640	400 000
Aragon	75 244	376 220	266 190
Valencia	63 770	315 850	486 860
Katalonien	103 360	516 800	326 970
Viscaya, Guipusoca und Alava	35 987	179 935	186 506
Navarra	35 987	179 935	154 165
Murcia	30 494	152 470	—
Mallorca, Ibiza und die Besitzungen in Afrika	21 110	105 550	—

Leider sind nun in den von Uztariz benutzten Listen verschiedene Bevölkerungskategorieen nicht aufgenommen, welche demnach noch nachträglich zu der Gesamtheit von 1 425 000 vecinos hinzuzählen sind, nämlich zunächst, wie Uztariz umständlich berechnet, 180 000 Militärpersonen mit ihren Angehörigen, die einer Summe von 36 000 vecinos entsprechen, sodann die vorübergehend sich aufhaltenden Fremden, die er auf 8000 vecinos schätzt. Ferner fehlen in jenen Verzeichnissen von den 50 000 Hirten etwa 30 000 = 6000 vecinos und endlich noch die Zahl der gesamten Geistlichkeit, welche mit den Ange-

[1]) Der Zeitpunkt der Zählung ist für die verschiedenen Provinzen Spaniens nicht derselbe, er schwankt zwischen den Jahren 1710 u. 1723. Nur einmal findet sich eine Angabe aus d. J. 1678. Vergl. das Verzeichnis bei Uztariz a. a. O. p. 35.

[2]) Wir setzen hier, der allgemeinen Annahme folgend, 1 vecino (Hausvater) = 5 Seelen. So auch Uztariz; nur für Madrid, wo die Bevölkerungsdichtigkeit eine gröfsere ist, setzt er 1 vecino = 6 Seelen. U. a. nimmt auch der Verfasser der Illustracion XI, in den Memorias de la Real Acad. VI p. 239, 1 vecino zu 5 Personen an.

[3]) Sie finden sich bei M. Block, Bevölkerung Spaniens und Portugals nach den Orginalquellen, Gotha 1861 p. 4, der sich, wie er sagt, auf glaubwürdige Schriftsteller stützt. Block gibt die Gesamtbevölkerung um 1492 allerdings nur auf 9 320 691 Seelen an, doch fehlen bei ihm die Angaben für Murcia, Mallorca mit Ibiza und die afrikanischen Besitzungen, wenn sie nicht etwa unter Castilien, resp. Aragonien untergebracht sind.

hörigen eine Summe von etwa 50000 vecinos repräsentiert. Diese Kategorieen mit inbegriffen, würde sich also die gesamte Bevölkerung Spaniens (mit Ausnahme Portugals) auf mindestens[1]) 1525000 vecinos = 7625000 Seelen belaufen.

Wenn nun auch in jener obigen vergleichenden Zusammenstellung die Bevölkerung zu nur 5700615 Seelen angesetzt ist, also noch fast 2 Millionen unter die einzelnen Provinzen zu verteilen wären[2]), so geht doch aus derselben klar hervor, dafs sich während der Regierungszeit der Habsburger in Spanien Kastiliens Bevölkerung bedeutend vermindert hat, während die der übrigen Teile des Landes im ganzen konstant geblieben ist, hier und da wohl auch noch eine nicht geringe Vermehrung erfahren hat[3]). Auch dieses Resultat bestätigt die Richtigkeit der früher von uns hervorgehobenen Thatsache, dafs gerade Kastilien es war, welches am schwersten unter der Kalamität des Landes gelitten, während sich in einigen der anderen Provinzen, namentlich Katalonien und Aragon, jener Druck nicht in gleicher Weise fühlbar machte.

Wir dürften nun wohl in der Annahme nicht fehlgehen, dafs die Bevölkerung Spaniens von 10—11 Millionen im Jahre 1492 auf ca. 7600000 Seelen etwa im Jahre 1715 herabgesunken ist.

---

[1]) Uztariz bemerkt hierbei (p. 38), er habe immer die niedrigsten Angaben aus jeder Provinz benutzt und seien ihm die Verzeichnisse von unterrichteten und glaubwürdigen Personen zugegangen.

[2]) In einem von Don Martin de Loynaz, dem Generaldirektor der Tabaksteuer an den Minister Marques de la Ensenada i. J. 1747 gerichteten Bericht wird die Bevölkerung Spaniens für jenen Zeitpunkt in folgender Weise angegeben:

In allen 22 Provinzen des gesamten Königreichs Kastilien	Zahl der Erwachsenen (Communians)	4 531 780
	Zahl der Kinder	1 176 960
	Zahl der Geistlichen	137 627
Die Gesamtbevölkerung im Königreiche Aragon, mit Ausnahme der Geistlichkeit		1 534 804
Die Zahl der Geistlichkeit in Aragon		42 419
		Sa. 7 423 580

Diese Angaben stehen mit denen des Uztariz nicht im Widerspruch, wenn man annimmt, dafs die oben genannten 2 Millionen hauptsächlich auf Kastilien fallen. Vergl. Mémoires et considerations sur le commerce et les finances d'Espagne. Amsterdam 1761, letzter Teil: Sur les finances d'Espagne p. 7.

[3]) „Was Spanien anbetrifft," sagt Uztariz a. a. O. Kap. XI Seite 19 f., „so glaube ich, dafs bei der allgemeinen Klage über die geringe Bevölkerung nicht alle Provinzen gemeint sind, denn es ist sicher, dafs Katalonien, Navarra, Kantabrien, Asturien, Galicien und die Berge von Burgos sehr bevölkert sind, und die meisten der Einwohner gewerbfleifsig; auch finde ich, dafs Estremadura, sowie die Königreiche Sevilla, Cordoba, Jaèn und Valencia ziemlich gut bevölkert sind."

Was nun die Entwickelung innerhalb dieser Periode anlangt, so steht es nicht im Widerspruch mit unseren Annahmen, wenn um 1556 die Bevölkerung sich auf $9^1/_2$ Millionen belaufen haben soll [1]), um dann im Anfang des 17. Jahrhunderts auf 8—9 Millionen herabzugehen [2]) [3]). Die Gründe, welche eine solche rapide Abnahme der Bevölkerung veranlafsten, sind bekannt. Auch wir haben im Laufe dieses Abschnitts Gelegenheit gehabt, auf mehrere derselben hinzuweisen: auf die Entdeckung der Neuen Welt, das Daniederliegen von Handel und Gewerbe, die Bedrückung und schliefsliche Vertreibung der Juden und Morisken, sowie die drückende Steuerlast. Alle diese Umstände waren dazu angethan, eine starke Auswanderung hervorzurufen. Allerdings ist nicht immer die Auswanderung als Folge des gesunkenen wirtschaftlichen Lebens des Landes anzusehen. Uztariz macht darauf aufmerksam [4]), dafs gerade die wohlhabendsten Provinzen Spaniens, wie Kantabrien, Navarra, Asturien, Burgos und Galicien, das gröfste Kontingent an Auswanderern stellen, während dagegen mehrere Provinzen Kastiliens, wie z. B. Toledo, Valladolid, Salamanca u. a., die sehr schwach bevölkert sind, von der Auswanderung weit weniger berührt werden. Ebensowenig sei die Behauptung gerechtfertigt, dafs der Besitz der Kolonieen Spanien entvölkert habe [5]), denn Frankreich, England, namentlich aber Holland besitzen bedeutende Kolonieen, in welche sie eine grofse Zahl von Ansiedlern, Beamten, Truppen u. s. w. entsandt haben, und trotzdem oder vielmehr gerade deswegen erfreuen sich jene Länder eines blühenden Wohlstandes und einer dichten Bevölkerung. Die geringe Bevölkerung jener Provinzen Spaniens rührt eben besonders von der wachsenden Armut derselben her, welche eine Verminderung der Ehe, eine schlechte Ernährung und eine grofse Kinder-

[1]) S. Conrad a. a. O. S. 67.

[2]) Vergl. Laet, Hispania p. 96.

[3]) Die Angaben von Garrido („Das heutige Spanien“ Lpzg., 1863) S. 159 und von Weiss (a. a. O. p. 75), welche die Bevölkerungszahl auf 6 843 672 i. d. Mitte des 18. Jahrhunderts, resp. auf 5 700 000 zur Zeit Karl II. ansetzen, sind hiernach unzutreffend. Übrigens nimmt auch Moreau de Jonnès, Statistique de l'Espagne, 1834, S. 44 an, dafs Spanien in den früheren Jahrhunderten weit stärker bevölkert gewesen sei. Es unterliege keinem Zweifel, dafs sich am Ende des 16. Jahrhunderts, unter dem Einflufs der Habsburger, die Zahl seiner Bowohner ganz bedeutend vermindert habe.

[4]) Kap. 12 p. 21 ff.

[5]) Vergl. hierüber auch J. Arias y Miranda, Examen crítico-histórico del influjo que tuvo en el comercio, industria y poblacion de España su dominacion en America. Madrid 1854. Imprenta por el Real Acad. de la historia.

sterblichkeit im Gefolge haben. Jedenfalls spielen diese von Uztariz geltend gemachten Momente neben den vorhin genannten nicht minder eine bedeutende Rolle. Endlich führten die zahlreichen Kriege der spanischen Könige, die Neigung ihrer Unterthanen, sich zu ausländischem Kriegsdienst anwerben zu lassen, das Überhandnehmen der geistlichen Orden bei der relativ geringen Fruchtbarkeit der Südländerinnen überhaupt zu einer starken Verminderung der Geburten [1]).

Dafs diese Verhältnisse den spanischen Herrschern nicht unbekannt blieben, geht u. a. daraus hervor, dafs im Jahre 1609 der König Philipp III. seine Räte mit der Untersuchung der Gründe beauftragt, welche die Abnahme der Bevölkerungszahl hervorgerufen haben und sie auffordert, die Mittel und Wege anzugeben, durch welche jenem Übel gesteuert werden könnte.

Die ersteren erkannte man sehr richtig. Wir haben sie oben mitangeführt. Um so merkwürdiger waren aber bisweilen die Mittel, welche man zur Abhilfe vorschlug. Zwar verhehlte man sich nicht, dafs in erster Linie die ungerechte Verteilung der Steuerlasten abgeschafft werden müsse um alle Klassen des Volkes ohne Ausnahme, und zwar nach ihrer Leistungsfähigkeit, zur Steuerzahlung heranzuziehen. Eine andere Hauptkalamität erblickte man aber sonderbarerweise in dem Verkehr der Spanier mit den Ausländern und empfahl deshalb, durch Erlasse von Gesetzen den auswärtigen Handel soviel als möglich zu beschränken. Dagegen erscheint es sehr begreiflich, wenn man dem Könige rät, dem steten Anwachsen der Klöster Einhalt zu thun und keinen neuen geistlichen Orden mehr aufkommen zu lassen. Diese Vorschläge scheinen jedoch bei ihm auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein, wenigstens wissen wir nichts von irgendwelchen Erlassen, die jene zur Ausführung gebracht hätten. Es ist dies auch nicht zu verwundern, da einerseits die stetige Geldbedürftigkeit und anderseits die Scheu, sich mit der Kirche zu verfeinden, die Ergreifung solcher Mafsnahmen als unthunlich erscheinen lassen mufsten. Bedenken dieser Art fielen jedoch fort, wenn man sich entschlofs, in mehr direkter Weise die Bevölkerungszunahme zu fördern. Dies geschieht denn auch u. a. durch ein Edikt Philipps IV. vom Jahre 1623 [2]). Hiernach soll ein jeder 4 Jahre lang nach seiner Hochzeit von allen Steuern und Lasten befreit sein. Ähnliche Vergünstigungen wurden dem, welcher vor dem

[1]) Hierüber spricht sich Laet, Hispania Kap. IV p. 103 ff. u. p. 505 f. ausführlicher aus.

[2]) Vergl. Laet p. 104 u. 105.

25. Jahre heiratete, in Aussicht gestellt. Wer 6 Söhne besafs, von denen noch keiner gestorben, war sein lebenlang von allen Abgaben befreit; den Armen wurde aus Staatsmitteln eine Mitgift gewährt. Die Auswanderung mit der Familie und dem Eigentum wurde untersagt, die Einwanderung fremder Handwerker und Landwirte dagegen begünstigt. Mafsregeln solcher Art waren in jener Zeit nicht selten, und die hier genannten stimmen im wesentlichen mit denen überein, welche später Colbert im Jahre 1666 erliefs [1].

Nachdem wir somit die beiden Fragen betreffs der Edelmetalleinfuhr nach Spanien und der Bevölkerungsverhältnisse dieses Landes, soweit es uns geboten erschien, einer kurzen Betrachtung unterworfen haben, gehen wir nunmehr dazu über, die volkswirtschaftlichen Anschauungen unserer beiden Schriftsteller Uztariz und Ulloa ins Auge zu fassen.

IV.

Der spanische Nationalökonom Campomanes unterscheidet [2]) in der Wirtschaftsgeschichte seines Vaterlandes drei Hauptperioden. Die erste reicht von der Vereinigung des Reiches unter den katholischen Königen bis auf Philipp II. In dieser Zeit empfing, wie er sagt, die Nation keine fremden Manufakturen, sondern führte vielmehr mit grofsem Nutzen eigne Fabrikate aus. Die zweite Epoche wird durch die Regierungszeiten Philipps III., Philipps IV. und Karls II. bezeichnet [3]), in welcher die ausländischen Erzeugnisse massenhaft das Land überschwemmten, was den Ruin der eignen Industrie zur Folge hatte. Die dritte Periode endlich umfafst das 18. Jahrhundert. Man erkennt das Übel, sucht nach Mitteln und Wegen zur Abhilfe und ist bemüht, den gesunkenen Wohlstand des Volkes zu heben.

Man darf wohl sagen, dafs diese Einteilung die charakteristischen Eigentümlichkeiten der verschiedenen Epochen treffend

---

[1]) S. Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie S. 687.

[2]) Vergl. Apéndice à la educacion popular de los artesanos, Madrid 1775, I. Teil. Einleitung p. XXXVII ff.

[3]) Die Regierungszeit Philipps II. bildet den Übergang. Bereits für damals mufsten wir eine allzugrofse wirtschaftliche Abhängigkeit Spaniens vom Auslande konstatieren.

kennzeichnet. Von den beiden ersteren haben wir im zweiten Abschnitte ein ungefähres Bild zu geben versucht. Wir sahen, wie bis gegen das Ende des 16. Jahrhunderts unter Ferdinand und Isabella, Karl V. und auch noch unter Philipp II. das Land sich eines guten Gedeihens und eines wachsenden Wohlstandes erfreute, um dann in späterer Zeit mit Riesenschritten dem wirtschaftlichen Ruin entgegen zu gehen. Wir bemerkten dann weiter, dafs in jener ersten Periode die merkantilistischen Prinzipien besonders von den katholischen Herrschern und von Karl V. nicht ohne jeden Erfolg zur Anwendung gebracht wurden, während dagegen in der zweiten die stete pekuniäre Bedrängnis die Herrscher zu allen erdenklichen Mitteln greifen liefs, die Staatskasse zu füllen, wobei selbstverständlich von einer konsequenten Durchführung wirtschaftspolitischer Mafsnahmen nicht mehr die Rede sein konnte, und das Wohl des Volkes gegenüber dem stets wachsenden Geldbedürfnis zurücktrat.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, dafs man später dahin gelangte, die Ursache des steigenden Wohlstandes im 16. Jahrhundert ohne weiteres dem Merkantilismus zu gute zu schreiben und mit dem Aufserachtlassen seiner Prinzipien den wirtschaftlichen Verfall zu begründen. Schon diese Thatsache läfst es begreiflich erscheinen, dafs man bei der Inangriffnahme von Reformen beim Beginn des 18. Jahrhunderts in der systematischen Befolgung der merkantilistischen Grundsätze den einzigen Weg zur Besserung erblickte. Es kam aber noch ein anderes Moment hinzu. Nach dem Tode des letzten Habsburgers gelangte bekanntlich im Jahre 1701 der Enkel Ludwigs XIV. als Philipp V. auf den spanischen Thron und der Ausgang des Erbfolgekrieges war den Bourbonen günstig. Was war natürlicher, als dafs Philipp V. und seine Nachfolger, die in der Einführung französischer Moden und französischer Verwaltungseinrichtungen in Spanien ihre Abstammung nicht verleugneten, auch den Grundsätzen der französischen Wirtschaftspolitik daselbst Geltung verschafften. Nun waren aber zu jener Zeit in Frankreich die von Colbert vertretenen merkantilistischen Prinzipien in unbedingter Geltung.

So drängten denn die verschiedensten Umstände darauf hin, Spanien zu einem Hauptsitz des Merkantilismus zu machen, und wenn auch Philipp V. selbst viel zu schwach und energielos war, um die betreffenden Mafsnahmen aus eignem Antriebe ins Leben zu rufen so waren doch seine Minister und Räte in den Anschauungen des Merkantilismus gebildet und machten in dieser Richtung ihren Einflufs

geltend. Es weist auch Uztariz darauf hin [1]), dafs die bisherigen wirtschaftspolitischen Mafsnahmen der spanischen Könige, obwohl sie manche vortreffliche Bestimmungen enthalten, dennoch nicht den Regeln der „neuen Politik“ (nueva política) entsprechen, welche in einer richtigen Leitung der Zoll- und Steuergesetzgebung besteht. Er nennt sie neu, weil es bisher unerhört gewesen sei, dafs eine Nation durch eine gute Wirtschaftspolitik die Fehler der anderen sich zu nutze mache. Im 17. Jahrhundert, sagt Uztariz, waren es vor allen Frankreich, England und Holland, die durch die Abänderung hres Zolltarifes und andre Mafsnahmen Industrie und Handel auf Kosten fremder Staaten zur Blüte beachten, während Spanien damals noch, mit geringen Ausnahmen, auf dem alten Wege weiter ging; erst in der neuesten Zeit bemüht es sich, nach dem Muster jener Staaten, die Schäden seiner Unterlassungssünden zu heilen und die Prinzipien der „neuen Politik“ auch seinen Mafsregeln zu Grunde zu legen.

Wir sehen hier durch Uztariz selbst unsere Behauptung bestätigt, dafs erst mit dem Beginne des 18. Jahrhunderts der Merkantilismus in Spanien zur unbedingten Geltung kam, während derselbe bisher nur unsystematisch seine Grundsätze in diesem Lande zur Durchführung gebracht sah. Freilich gelangten auch unter Philipp V. die neuen Anschauungen nur langsam zur allgemeinen Herrschaft, und die jahrelange Unterdrückung des Uztarizschen Werkes legt Zeugnis ab von den Schwierigkeiten, welche der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik zunächst noch entgegenstanden. Doch konnte zu einer Zeit, wo Männer wie Uztariz und Ulloa eine gewichtige Stellung bei der Landesverwaltung inne hatten und vom Könige selbst begünstigt wurden, die Opposition gewisser Kreise, über welche sich Uztariz, wie wir sahen, bitter beklagt, nicht von längerer Dauer sein, und wir werden denn auch später Gelegenheit haben, auf die Erfolge kurz hinzuweisen, welche die Bemühungen unserer beiden Autoren und ihrer Gesinnungsgenossen krönten.

Zunächst aber müssen wir die theoretischen Anschauungen der ersteren kennen lernen, um daraus zu ersehen, in welcher Weise die Grundzüge der „neuen Politik“ von ihnen vertreten werden. Wir beginnen dabei mit Uztariz.

Schon ein flüchtiger Überblick über die einzelnen Kapitel seines Werkes würde zur Genüge darthun, dafs der Kernpunkt seiner ganzen Untersuchungen in der Behandlung der Handelsbilanzfrage besteht.

---

[1]) Kap. XLII p. 96.

Uztariz unterscheidet [1]) zwei Arten des Handels, den „nützlichen Handel" (comercio util) und den „schädlichen Handel" (comercio dañoso) [2]). Betrachte man den Handel als einen bloſsen Austausch von Gütern, sagt er, so müsse man allerdings zugeben, daſs Spanien stets einen solchen betrieben, denn es habe hier weder an Käufern gemangelt, noch auch je an Waren gefehlt, die zu deren Bedürfnisbefriedigung dienten, und namentlich die Ausländer haben es sich angelegen sein lassen, Spanien mit ihren Artikeln zu versorgen. Doch ein solcher Handel habe den Ruin des spanischen Wirtschaftslebens zur Folge gehabt, das Land entvölkert und der Verarmung preisgegeben, indem die Fremden den einheimischen Markt mit ihren Waren überschwemmten, dadurch die Industrie des Landes zu Grunde richteten und das Geld aus dem Lande führten. Uztariz machte es sich nun in seinem Werke zur Aufgabe, diese Folgen jenes „schädlichen Handels" in allen ihren Teilen aufzudecken und zur Begründung eines „nützlichen Handels" die Wege zu weisen. Um einen solchen zu ermöglichen, sagt er [3]), sei es erforderlich, mit dem gröſsten Eifer und Nachdruck alle Mittel zu ergreifen, die dahin abzielen, ans Ausland mehr zu verkaufen, als von ihm zu kaufen, denn hierin bestehe das ganze Geheimnis, die gute Leitung und der ganze Nutzen des Handels [4]). Es sei aber die Aufgabe des Staates, die Bevölkerung dahin zu bringen, daſs sie auch in wirtschaftlicher Beziehung auf eignen Füſsen stehe und sich vom Auslande möglichst unabhängig mache, wodurch das Geld im Lande bleibe.

Uztariz führt uns hier in groſsen Zügen die merkantilistische Handelsbilanztheorie vor Augen, und von seinen Ausführungen gilt im wesentlichen dasselbe, was man über jene im allgemeinen zu sagen hat. Ihr Hauptirrtum liegt in der einseitigen Hervorkehrung der Funktionen der Gewerbe und des Handels, indem dabei die zahlreichen übrigen Werte bildenden Faktoren des Inlandes, welche ein Entgelt für die Leistungen des Auslandes schaffen, auſser acht gelassen werden. Doch läſst Uztariz den Einwand, daſs die Zahlung an das Ausland

---

[1]) Kap. II p. 2 f.

[2]) Der Ausdruck „Handelsbilanz" (balanza de comercio) findet sich bei Uztariz noch nicht. Er scheint erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrh. in Spanien in Gebrauch gekommen zu sein.

[3]) Kap. IV p. 7.

[4]) „Es preciso trabajar con vigor, y con acierto, en todos a quellos medios, que puedan conducir à vender à los Estrangeros mas géneros, y frutos, que los que les compramos, que es en lo que estriva todo el secreto, buena direccion, y utilidad del tráfico."

nicht in Geld zu geschehen brauche, sondern auch durch Wechsel bewerkstelligt werden könne, nicht unberücksichtigt. Er bezeichnet ihn jedoch, wenigstens für Spanien, als vollkommen hinfällig, denn da die Ausfuhr dieses Landes viel zu gering sei, um mit eignen Waren alle Wechsel decken zu können, so müfsten doch schliefslich von irgend einem die fremden Waren ans Ausland bezahlt werden [1]. Dagegen zieht er den Umstand, dafs das Inland durch gewisse dem Auslande geleistete Dienste, wie sie namentlich im Frachtverkehr und in sonstigen gewerblichen Leistungen hervortreten, das Ausland sich zum Schuldner machen kann, ebenso wie auch den etwaigen Besitz zinstragender ausländischer Papiere nicht weiter in Betracht. Diese Thatsache wäre vielleicht dazu angethan, die Einseitigkeit der Uztarizschen Auffassung in besonders hellem Lichte erscheinen zu lassen, wenn wir nicht bedächten, dafs derselbe bei allen seinen Ausführungen stets die spanischen Verhältnisse vor Augen hat, und für das Spanien seiner Zeit kommen allerdings jene beiden Momente nicht ernstlich in Frage. Wir haben früher gesehen, wie die spanische Schiffahrt völlig daniederlag, die Marine in dem traurigsten Zustande sich befand, und die wenigen Schiffe bei weitem nicht hinreichten, den eignen Frachtverkehr zu vermitteln, ganz abgesehen davon, dafs der Handel Spaniens selbst mit seinen Kolonieen fast gänzlich in den Händen Fremder lag [2]. Unter solchen Umständen war nicht daran zu denken, dafs die Spanier durch Vermittelung des Frachtverkehrs für andere Nationen geschäftlich thätig sein konnten, und es erscheint sonach völlig begreiflich, wenn Uztariz dieses Moment nicht weiter in Anschlag bringt.

Dafs er übrigens die Bedeutung des Zwischenhandels als solchen sehr wohl zu schätzen weifs, zeigt die unbedingte Bewunderung, die er dem Handel Hollands zollt [3], welches, obgleich nicht in der Lage, dem Grundsatze, mehr Waren zu verkaufen als zu kaufen, folgen zu können, dennoch durch seinen bedeutenden Zwischenhandel zu einem der mächtigsten und blühendsten Staaten der Welt sich entwickelt

---

[1] S. p. 8.

[2] „Nur fremde Schiffe,“ sagt Uztariz in Kap. CVI, „besorgen die Waren-Ein- und Ausfuhr Spaniens. Der gesamte Ein- und Verkauf und sonstige Handelsgeschäfte liegen in den Händen fremder Agenten, Geschäftsführer und Teilhaber, und in den Haupthandelszweigen kommen die Fracht-, Kommissions- und Agentengebühren, welche oft den Herstellungskosten der Waren gleichstehen, den Ausländern zu gute.

[3] S. a. a. O. Kap. XXXI ff.

habe. Allerdings steht in der Volkswirtschaft nach Uztariz[1]) der blofse Händler dem Fabrikanten an Bedeutung nach, denn das zur Fabrikation verwendete Kapital komme doch in letzter Instanz allein dem ersten Besitzer der Waren zu gute[2]), dessen Gewinn im allgemeinen gröfser sei, als der Reingewinn des Zwischenhändlers — eine ganz willkürliche Annahme, die durch den allgemeinen Hinweis darauf, dafs die Zahl der Städte, welche durch ihre Industrie zur Blüte gelangt sind, weit gröfser sei als diejenigen, welche allein auf den Handel angewiesen, an innerer Wahrheit nicht gewinnt.

Wenn nun ferner Uztariz bei seiner Theorie vom Handel etwaige sonstige Leistungen gewerblicher Art, durch welche die Spanier das Ausland sich zum Schuldner hätten machen können, ebenfalls aufser acht läfst, so müssen wir dies, nach allem dem, was wir früher von der Industrie Spaniens gesagt haben, nicht minder erklärlich finden. Denn wie sollte das Gewerbe dieses Landes im Auslande irgend welche Rolle spielen können, wenn es nicht einmal im stande war, die notwendigsten Bedürfnisse des eignen Landes zu befriedigen und fremde Waren massenweis dort Absatz fanden? Dasselbe gilt von den zinstragenden Papieren des Auslandes. Auch sie spielen gegenüber dem Umstande, dafs ein grofser Teil des Volkes, in erster Linie die Staatsregierung selbst, als bedeutende Schuldner des Auslandes dastanden, keine nennenswerte Rolle, wenn sie überhaupt vorhanden waren.

Nach allem diesem werden wir sagen müssen, dafs zwar in theoretischer Beziehung die blofse Betonung der Warenbilanz und des Edelmetallverkehrs seitens Uztariz' eine Einseitigkeit war, dafs aber für Spanien selbst, soweit es den Verkehr mit dem Auslande anbetrifft, jene Momente allein in Frage kommen. Wir lassen hierbei die Thatsache, dafs auch die vollkommenste Statistik nicht im stande ist, die Handelsbilanz eines Landes in einem bestimmten Zeitraume, etwa für ein Jahr, genau anzugeben, zunächst auf sich beruhen. Jedenfalls ist eine etwaige Unterbilanz für gröfsere Zeiträume sehr wohl erkennbar, und wir glauben, dafs Uztariz den Zustand seines Vaterlandes vollkommen richtig beurteilt, wenn er in erster Linie jener dauernden Unterbilanz im Warenhandel den wirtschaftlichen Verfall desselben zuschreibt.

Die Frage des Edelmetallverkehrs hatten wir bisher nur vorübergehend gestreift; sie verdient jedoch noch eine nähere Betrachtung, da sie, mit der Theorie des Geldes eng verbunden, neben der

[1]) S. a. a. O. Kap. IX p. 14.

[2]) „El dinero del capital busca siempre al primer dueño de la mercadería."

Handelsbilanzfrage ein Hauptmerkmal des Merkantilismus überhaupt bildet.

Was die Stellung unsers Autors zu dieser Frage anbetrifft, so erscheint dieselbe in einem zwiefachen Lichte. Aus manchen seiner Äufserungen scheint hervorzugehen, dafs er die Aus- und Einfuhr des Geldes nur als ein Beweismittel ansieht für die Richtigkeit seiner Anschauungen bezüglich des Warenhandels. Freilich schliefst er an einer Stelle [1]) aus der Unterbilanz im Warenhandel auf den jährlichen Edelmetallverlust von mehr als 15 Millionen Pesos; doch sucht er die Richtigkeit dieser Angabe nicht etwa damit zu begründen, dafs er die Waren-Aus- und Einfuhr genauer feststellt, sondern er fragt nach dem Verbleib jener Millionen von Pesos, die aus Amerika nach Spanien gekommen seien und von denen nur noch wenige unterwertige Münzen vorhanden, deren Wertlosigkeit der alleinige Grund sei, warum nicht auch sie exportiert werden. Angesichts dieser Thatsachen, sagt er [2]), könne es nicht zweifelhaft sein, dafs der Handel, den die Spanier seit vielen Jahren mit den anderen Nationen getrieben, für die gesamte Monarchie in hohem Grade schädlich gewesen.

Wenn nun Aussprüche dieser Art vielleicht zu der Ansicht führen könnten, dafs Uztariz die ganze Geldfrage nur von jenem vorhin genannten Gesichtspunkte aus betrachte, so stehen dem jedoch anderseits zahlreiche Auslassungen gegenüber, aus denen hervorgeht, dafs er schon dem alleinigen Vorhandensein des Geldes in einem Lande eine hohe Bedeutung beimifst. Denn wenn er sagt, dafs schon das blofse Gleichgewicht der Aus- und Einfuhr ein grofser Vorteil für das Land sei, indem dann der gröfste Teil der Reichtümer, die aus Indien kommen, in Spanien bleibe, wodurch dasselbe reich und mächtig werde, — wenn er ferner mit grofsem Bedauern darauf hinweist, dafs Millionen jährlich von Spanien nach Rom wandern, und er hierin einen Hauptgrund des Edelmetallverlusts seitens Spanien erblickt [3]), so zeigt dies allerdings, dafs Uztariz nahe daran ist, das blofse Anhäufen von Edelmetall als Selbstzweck anzusehen und Geldbesitz und Reichtum ohne weiteres zu identifizieren. Diese Einseitigkeit, mit welcher er jede Ausfuhr von von Edelmetall als ein Unglück ansieht, tritt recht in den Beispielen zu Tage, welche er heranzieht, um seine Handelsbilanzlehre zu beleuchten.

[1]) S. a. a. O. Kap. III p. 5.
[2]) S. a. a. O. Kap. IV p. 7.
[3]) S. a. a. O. Kap. III p. 6.

Zwischen Sizilien und Genua, so sagt er [1]), bestehe ein lebhafter Handelsverkehr. Da nun Genua von Sizilien Seide und Getreide beziehe, ohne dafs Sizilien seinerseits genötigt wäre, genuesische Waren aufzukaufen, so sei es klar, dafs die Genueser gezwungen würden, die Differenz in Geld auszugleichen, und die Erfahrung bestätige denn auch diese Ansicht, denn es gehen stets eine grofse Menge guter Silbermünzen (sogen. Genovinas) von Genua nach Sizilien. Hier zeige sich also die geheime Macht des Handels, die so grofs und unwiderstehlich sei, dafs selbst eine so mäfsige und weise Nation wie die Genueser, nicht verhindern könne, dafs das Geld aus ihrem Lande ströme.

Die übrigen Beispiele, die Uztariz besonders dem holländischen Handel entnimmt, der durch einen ähnlichen Export von Edelmetallen nach Rufsland, Norwegen u. s. w. Schaden leide, beruhen auf demselben Grunde. Sie alle sind schon deshalb nicht beweiskräftig, weil nur der Handel mit einem einzigen fremden Staate in Betracht gezogen ist, während doch der gesamte Aufsenhandel eines Landes berücksichtigt werden müfste. Die Art seiner Beweisführung zeigt also einmal, dafs unser Autor in der Untersuchung, ob ein Land eine ungünstige Handelsbilanz habe, durchaus fehlgeht, und dann auch, dafs er den Warencharakter des Geldes vollkommen verkennt; die Frage, ob in einem Lande auch zuviel Geld vorhanden sein könne, scheint er sich nie beantwortet zu haben, was allerdings in der Thatsache, dafs in Spanien nur wenig Geld vorhanden, seine Erklärung findet. Die Entwertung des Edelmetalls in den früheren Jahrhunderten, wie sie in dem Sinken der Warenpreise zu Tage getreten, hat er jedenfalls völlig aufser acht gelassen. Gerade jenen gänzlichen Mangel an edlen Metallen in Spanien darf man bei der Beurteilung unseres Autors nicht aus den Augen lassen. Die merkwürdige Erscheinung, dafs trotz des reichen Zuflusses von Edelmetall aus Amerika nach Spanien dieses Land fast nur Scheidemünze aufwies, mufste Uztariz dahin führen, immer von neuem auf jene Thatsachen hinzuweisen, und bei der stetigen Hervorkehrung dieses einen Momentes konnte eine gewisse Übertreibung nicht ausbleiben. Er ist jedoch einsichtig genug, um sich sagen zu können, dafs die bisherigen Mafsregeln zur Verhinderung der Geldausfuhr völlig wirkungslos geblieben sind. Er weist darauf hin [2]), wie die Erfahrung gezeigt habe, dafs auch die

[1]) S. a. a. O. Kap. XV p. 29 ff.

[2]) Kap. XVII p. 33 ff.

härtesten Strafen, die in Spanien auf die Edelmetallausfuhr gesetzt seien, diese letztere doch nicht verhindert hätten, trotzdem Könige und Minister sich stets bemühten, eine exakte Ausführung der bestehenden Gesetze zu sichern. Eine völlige Absperrung der Landesgrenzen sei eben wegen deren Ausdehnung undurchführbar, und wenn schon die Ein- und Ausfuhr der gewöhnlichen Waren nicht kontrolliert werden könne, so sei dies noch viel weniger bei den kostbaren Edelmetallen möglich, deren Export dem Schleichandel einen weit gröſseren Gewinn in Aussicht stelle.

Im Hinblick auf diese Thatsachen sieht Uztariz das einzig natürliche, wirksame und sichere Mittel zur Verhinderung der Geldausfuhr in der Erzielung einer günstigen Handelsbilanz oder, wie er sich ausdrückt, der Schaffung eines Zustandes, bei dem das Inland mehr exportiert, als es vom Auslande bezieht. Trotzdem will er jedoch die polizeilichen Maſsnahmen der Geldausfuhrverbote nicht abgeschafft sehen, einen gewissen Nutzen kann er auch diesen nicht absprechen.

Sein Hauptaugenmerk ist aber auf die Verwirklichung jener obigen Forderung gerichtet, welche in der Hebung des Handels und der Industrie den alleinigen Weg zur Abhilfe der jetzigen Übelstände sieht. Obwohl wir auf die einzelnen Vorschläge, welche Uztariz in dieser Beziehung macht, später noch ausführlicher eingehen werden, so mögen doch hier die Hauptgesichtspunkte Platz finden, welche ihn bei seinen Ausführungen leiten.

Als eins der wirksamsten Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände des Landes betrachtet Uztariz eine richtige Zoll- und Steuerpolitik. Bei den groſsen Meinungsverschiedenheiten, sagt Uztariz [1]), wie sie namentlich auf politischem Gebiete herrschen, habe er selbst bei Ministern dem irrtümlichen Grundsatze huldigen sehen, daſs auf auszuführende Waren hohe Abgaben gelegt werden müſsten, weil die Ausländer diesen Zoll trügen, während von den zu importierenden Waren nur ein geringer Zoll erhoben werden dürfe, da die Importzölle den Inländern zur Last fielen. Wenn er auch vollkommen überzeugt sei, antwortet Uztariz hierauf, daſs die Verfechter dieser Grundsätze dabei von den besten Absichten geleitet würden, so könne doch kein Zweifel darüber herrschen, daſs die Anwendung derselben nur verderbenbringend wirken werde. Denn kämen jene Prinzipien zur Geltung und würde

[1]) Kap. LXXVIII p. 237 ff.

bei der Besteuerung kein Unterschied zwischen Fabrikaten und Rohstoffen gemacht, so werde die Industrie dem Ruin entgegengeführt. Wollte man hohe Zölle auf den Export von Fabrikaten legen, so hieſse dies doch nur, denselben gänzlich verhindern. Fände letzteres aber statt, so würden hierdurch nicht allein die Einkünfte des Staates geschmälert, sondern auch der Aufschwung der heimischen Industrie zur Unmöglichkeit gemacht. Nicht minder schädlich würden die niedrigen Importzölle wirken, sie könnten nur die Folge haben, daſs Spanien mit fremden Fabrikaten überschwemmt, das wenige noch im Lande gebliebene Geld bis auf den letzten Heller ausgeführt und die überdies schon stark zurückgegangene Industrie des Landes gänzlich vernichtet werde. —

Schon diese Ausführungen unseres Autors deuten die Prinzipien an, nach denen er die Wirtschaftspolitik geleitet wissen will. Er verlangt vor allem eine starke Besteuerung der ausländischen Waren, um die heimische Industrie vor der Übermacht des Auslandes zu schützen und sie auf diese Weise zur Kräftigung zu bringen [1]). Die Exportzölle von Fabrikaten dagegen sind möglichst zu erniedrigen, unter Umständen sogar gänzlich zu beseitigen [2]), damit das Inland gegenüber dem Auslande konkurrenzfähig werde, indem nur entsprechend billige Waren auf dem ausländischen Markte auf Absatz rechnen können. Eben deshalb sind die Produktionskosten zu verringern, was nur dadurch geschehen kann, daſs durch mäſsige Besteuerung der Konsumtibilien die Lebensmittel billiger gemacht werden [3]). Aus demselben Grunde sollte man auch die zur Fabrikation erforderlichen Hilfsstoffe, soweit sie nicht im Inlande selbst zu haben sind, nicht durch übermäſsig hohe Abgaben im Preise steigern [4]). Vor allem aber sind die drückenden Abgaben, die im Innern des Landes dem Verkehr die ärgsten Fesseln anlegen und die Fabrikation erschweren, nach Möglichkeit zu erniedrigen oder sogar abzuschaffen [5]).

Doch sind es diese Maſsnahmen zollpolitischer Natur nicht allein, von deren Inkrafttreten Uztariz Besserung erhofft, denn er ist sich wohl bewuſst, daſs die Erstarkung der Industrie in erster Linie von dieser selbst ausgehen muſs. Deshalb empfiehlt er die

[1]) Kap. II, LXXXI.
[2]) Kap. VIII.
[3]) Kap. V, X, XII.
[4]) Kap. I, V, VII, VIII.
[5]) Kap. I, X.

Heranziehung fremder Handwerker[1], die ihre Fertigkeiten und Kenntnisse unter der spanischen Bevölkerung verbreiten möchten. Auch dies werde dazu beitragen, das Wachstum der Bevölkerung zu fördern, wie denn überhaupt eine gedeihliche Entwickelung der ganzen Volkswirtschaft das beste Mittel sei, um der Entvölkerung Spaniens entgegenzuwirken.

Überblickt man diese Vorschläge unseres Autors, so erscheint wohl die Behauptung gerechtfertigt, dafs derselbe die Bedürfnisse seines Vaterlandes im ganzen richtig erkannt hat. In der Lage, in der sich Spanien damals befand, mufste auch ein hoher Importzoll auf fremde Waren, der dem massenhaften Eindringen ausländischer Fabrikate ein Ziel setzte, gerechtfertigt erscheinen, denn wenn auch hiermit eine Verteuerung der betreffenden Gegenstände notwendig verbunden war, — die unbewiesene Behauptung des Uztariz, dafs das Inland nicht den Zoll trage, dürfen wir wohl mit Stillschweigen übergehen, — so berechtigt die mifsliche Lage der Industrie dennoch dazu, der Gesamtheit ein solches Opfer aufzuerlegen, da die Folgen indirekt auch ihr zu gute kommen. Auch die übrigen Vorschläge müssen wir, in ihrer Allgemeinheit, als korrekt und sachgemäfs anerkennen. Wie Uztariz dieselben im einzelnen zur Durchführung zu bringen gedenkt, wie er ferner vor allem nachzuweisen sucht, dafs die eventuellen Zollerniedrigungen keinen Einnahmeausfall für die Staatskasse in Aussicht stellen, im Gegenteil zur Steigerung der Staatseinkünfte beitragen, dies werden wir in einem folgenden Abschnitte zur weiteren Darstellung bringen. —

Gehen wir nunmehr dazu über, auch Ulloas Grundanschauungen einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Wir haben früher bereits darauf hingewiesen, dafs derselbe sich den Ideen des Uztariz durchaus anschliefst und diesen gewissermafsen als sein Vorbild betrachtet. Schon hieraus geht hervor, dafs beide im grofsen und ganzen denselben Prinzipien huldigen, und wir die charakteristischen Anschauungen des Uztariz bei Ulloa wiederfinden. Es wird deshalb genügen, hier diejenigen Momente hervorzuheben, welche die von Uztariz schon besprochenen Fragen in einem etwas veränderten Lichte erscheinen lassen.

In seiner Definition des Handels unterscheidet Ulloa zwischen „comercio“ und „tráfico“. Unter dem ersteren versteht er den Verkauf

[1] Kap. V, XI, XIV, LX.

oder Umtausch von solchen Gütern, die veräufsert werden können [1]). Der „tráfico“ dagegen bewirkt nach ihm den Transport jener Güter von dem Orte, wo sie erzeugt sind, dorthin, wo sie verkauft oder ausgetauscht werden [2]) [3]). Diese beiden Thätigkeiten begründen, nach Ulloa, die Macht, den Reichtum und das Gedeihen des Staates, denn von ihrer Vollkommenheit hängt die Blüte der Industrie ab, welche ihrerseits wieder auf den ganzen Staatskörper belebend einwirkt.

Unter jenen beiden Arten des Handels nimmt die erstere den hervorragendsten Platz ein. Der „Comercio“ ist seiner Natur nach einer besonders grofsen Entwickelung fähig, weshalb denn auch Ulloa auf die Beschaffenheit desselben noch näher eingeht. Er zerfällt nach ihm hinsichtlich der Art der benutzten Verkehrswege in Land- und Seehandel, hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Folgen dagegen in den aktiven Handel („comercio activo“), passiven Handel („comercio pasivo“) und den wechselseitigen Handel („comercio reciproco“). Aktiven Handel treibt eine Nation, wenn sie Bodenprodukte und Waren exportiert und dafür entweder notwendige Bedürfnisse oder aber Edelmetalle einführt. Demgegenüber versteht man unter dem passiven Handel denjenigen, vermittelst dessen eine Nation vom Auslande her Waren bezieht und statt derselben Edelmetalle fortgibt, ohne diese letzteren durch den Warenexport an andere Nationen wieder gewinnen zu können [4]). Ein wechselseitiger Handel besteht

---

[1]) „Comercio es la venta, ò permuta que se hace de las especies vendibles.“ (p. 1.)

[2]) Tráfico (es) el que se hace conduciendo las tales especies del lugar adonde se fabricaron, ò criaron, al de la venta, ò permuta.“ (p. 1 u. 2.)

[3]) Es würde demnach der Ausdruck „comercio“ auf die Definition Roschers vom Handel passen, der ihn als das gewerbsmäfsig betriebene Kaufen zum Wiederverkauf bezeichnet (Nationalökonomik des Handels und Gewerbfleifses, § 9) und ihn streng von den Veräufserungsgeschäften der blofsen Produzenten (dem „tráfico“ des Ulloa) geschieden wissen will. Fast ganz so ist auch die Definition von Lexis (Schönbergs Handbuch I. p. 1017). Ob Ulloa mit seiner Unterscheidung dem spanischen Sprachgebrauch vollkommen gefolgt ist, vermögen wir nicht zu sagen. Das „Diccionario general de la lengua castellana“ von D. José Caballero kennt jenen Unterschied nicht. Es definiert: Comercio = Negociacion y tráfico que se hace comprando, vendiendo ó permutando unas cosas con otras. Tráfico = Comercio, negociacion ó grangería que se hace comprando y vendiendo.

Hieraus ist eine Verschiedenheit der Bedeutung im Sinne Ulloas nicht erkennbar.

[4]) Auch Lexis (Schönbergs Handbuch 1 p. 1020) unterscheidet Aktivhandel

in dem Falle, dafs zwei Nationen Bodenprodukte und Fabrikate gegeneinander austauschen, ohne dafs dabei Edelmetalle oder sonstige Kostbarkeiten als Tauschmittel dienen. Sobald dies geschehen sollte, würde der Handel zu einem aktiven resp. passiven werden, indem die eine Nation von der anderen Edelmetalle erhält.

Die aus diesen Definitionen sich ergebenden Anschauungen decken sich ihrem wesentlichen Inhalte nach vollkommen mit den Ausführungen des Uztariz, die wir vorhin kennen gelernt haben. Den „comercio util" des Uztariz finden wir in dem „comercio activo" des Ulloa wieder, und der „comercio dañoso" des ersteren entspricht genau der Definition, die Ulloa vom „comercio pasivo" gibt. Wenn dieser aufserdem noch von einem „comercio reciproco" redet und demselben die vorteilhafte Eigenschaft beimifst, ohne Zuhilfenahme des Geldes betrieben werden zu können, welches letztere dann im Lande bleiben würde, so tritt hierin eine ähnliche Verkennung der Aufgaben des Geldes, eine ähnliche Überschätzung des blofsen Geldbesitzes zu Tage, wie wir sie schon bei Uztariz vorgefunden haben.

Ulloa betrachtet nunmehr die spanische Wirtschaftslage unter Zugrundelegung jener Begriffsbestimmungen und kommt dabei zu dem Resultate, dafs sein Vaterland mit keiner der fremden Nationen einen aktiven Handel treibe, die amerikanischen Kolonieen seien die einzigen, welche von Spanien Waren erhalten und dafür Edelmetalle austauschen. Ja, selbst nicht einmal ein wechselseitiger Handel mit dem Auslande sei vorhanden, so dafs Spanien nur einen passiven betreibe, der naturgemäfs das Land ruinieren müsse. Die von Ulloa vorgeschlagenen Mittel zur Beseitigung dieser Mifsverhältnisse, die in einer rationellen Besteuerung, in Verkehrserleichterungen u. s. w. bestehen, entsprechen in ihren Grundzügen durchaus den von Uztariz geltend gemachten Forderungen. Würde man zu Reformen dieser Art schreiten, so könne auch eine Besserung der industriellen Verhältnisse nicht ausbleiben, welche dann ihrerseits wiederum eine Steigerung der Bevölkerung veranlassen werde, denn die Zahl der Menschen vermindere oder vermehre sich mit dem Aufblühen der Gewerbe, in denen die Unterthanen Beschäftigung finden [1]).

Wir mufsten soeben die Überschätzung des Geldfaktors in der

---

und Passivhandel, ohne jedoch dabei den letzteren hinsichtlich der Gewinnaussichten unbedingt als ungünstiger hinzustellen. Vergl. auch Roschers Nationalökonomik des Handels und Gewerbfleifses, § 17.

[1]) Vergl. Kap. I, 3.

Volkswirtschaft als einen charakteristischen Irrtum des Ulloa hinstellen. Dennoch kann er, ebensowenig wie Uztariz, sich in dieser Hinsicht der Wahrheit nicht verschliefsen, welche die bittere Erfahrung bald einem jeden aufdrängte. Die Macht des Staates, sagt er, richte sich nicht nach der Gröfse des Gebietes, welches die Edelmetalle birgt, denn diese strömen dahin, wohin die Arbeit und der Gewerbfleifs sie rufe [1]. — „Als wir uns als Herren der Neuen Welt und seiner Bergwerke erblickten,“ so ruft Ulloa aus [2], „glaubten wir in unserer Unwissenheit, dafs dieser eitle Besitz uns für immer alle Schätze und Reichtümer sichere. Im Vertrauen hierauf vernachlässigten wir unsere Industrie, so dafs die Ausländer, welche den Grund dieser Erscheinung erkannten, aus unseren Fehlern Nutzen zogen und alles Edelmetall aus dem Lande fortführten.“ — „Wenn wir arm sind, die fremden Staaten dagegen reich, so hat dies seinen Grund nicht etwa darin, dafs die Goldminen ihnen näher liegen als uns; wenn man in unseren Besitzungen nach Edelmetallen gräbt, so bleiben diese deshalb noch nicht in unserem Lande: die Industrie und der Gewerbfleifs der Fremden ist eine Macht, welche die Edelmetalle an sich zieht und sie ihnen erhält“ [3]. Demnach zeigt es sich, dafs auch Ulloa, trotz seiner Einseitigkeiten, die wahre Ursache des Verfalls der spanischen Industrie richtig erkannt hat.

Die theoretischen Grundanschauungen von Uztariz und Ulloa, wie wir sie hier vorgeführt haben, werden mit den allgemeinen Sätzen verglichen, die wir früher als die Hauptlehren des Merkantilismus bezeichnet haben, sehr wohl als charakteristisch für dieses System gelten können, obwohl unsere beiden Autoren sich durchaus fern halten von Ansichten, die Männer wie Blanqui u. a. als die Quintessenz des Merkantilismus ansehen. Ihre Theorieen werden durch die folgenden Ausführungen, die ein mehr ins einzelne gehendes Bild von ihren Reformvorschlägen geben wollen, noch wesentlich ergänzt werden. Wir konnten hier nur die Hauptgesichtspunkte aufführen, unter denen ihre reorganisatorischen Pläne zu betrachten sind, die eine Umgestaltung der gesamten spanischen Staatswirtschaft anstrebten.

---

[1] S. Kap. I, 2.
[2] Vergl. seine Einleitung zur span. Orig.-Ausg.
[3] S. Kap. I, 15.

V.

Schon früher machten wir darauf aufmerksam, dafs bei der zwangslos plaudernden Weise, in der Uztariz sowohl als auch Ulloa ihren Gegenstand behandeln, eine einheitliche, systematische Darstellung ihrer Anschauungen und Bestrebungen von ihnen nicht erwartet werden kann, dafs sie vielmehr mit Vorliebe die gelegentliche Berührung anderer Fragen, frühere Einwürfe ihrer Gegner und ähnliche Anlässe dazu benutzen, um, von dem Hauptgegenstande ihrer Erörterung sich abwendend, ihre Stellung zu jenen Fragen weitläufig darzulegen. Die Folge eines solchen Verfahrens ist nun aber die, dafs unsere beiden Autoren zwar überaus zahlreiche Fragen des Wirtschaftslebens zur Sprache bringen, ohne jedoch die einzelnen nach allen Seiten hin mit der entsprechenden Vollständigkeit zu erörtern. Schon aus diesem Grunde sehen wir uns genötigt, selbst bei einer genaueren Betrachtung der von Uztariz und Ulloa gemachten Reformvorschläge unsere Ausführungen in gewissen Grenzen zu halten, und nur solche Gegenstände zu berühren, die ihrer Natur nach geeignet sind, die wirtschaftspolitische Richtung unserer Autoren klar hervortreten zu lassen. Da ferner jene Vorschläge naturgemäfs an die bereits vorhandenen Gesetzesbestimmungen sich anschliefsen, so ist eine Berücksichtigung der unter Philipp V. schon eingeführten Reformen nicht zu vermeiden.

Bei den folgenden Darlegungen werden wir nun, ähnlich wie im vorigen Abschnitte, zunächst die den Handel und Verkehr betreffenden Ansichten und Vorschläge zu berücksichtigen haben, um sodann die gewerblichen Verhältnisse, und zwar sowohl die Gewerbe der Urproduktion als auch die Industrie einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. Reformen in diesen Produktionszweigen stehen mit den Zoll- und Steuerverhältnissen des Landes im engsten Zusammenhange und so erscheint auch eine Erörterung dieser letzteren geboten. Schliefslich wird eine Behandlung der das Bevölkerungswesen betreffenden Fragen ebenfalls geeignet sein, über einige Grundanschauungen unserer Autoren gröfseres Licht zu verbreiten.

Im ersten Abschnitte unserer Untersuchung wiesen wir bereits darauf hin, dafs Uztariz bei seinen Vorschlägen zur Umgestaltung

der spanischen Handels- und Verkehrsverhältnisse die Wirtschaftspolitik der Holländer, Franzosen und Engländer sich als Vorbild dienen läfst. In diesen Staaten spielten nun bekanntlich damals die Handelskompanien eine grofse Rolle. Philipp III. von Spanien hatte, wie wir sahen, den holländischen Schiffen das Einlaufen in spanische und portugiesische Häfen untersagt. Die Holländer, deren Handel durch diese Mafsregel einen empfindlichen Schlag erlitt, suchten sich, um so mehr als ihnen durch die bekannte Navigationsakte auch der Handel mit England zum grofsen Teil unmöglich gemacht worden war, für solche Vexationen in der Weise zu entschädigen, dafs sie mit den beiden Indien in direkte Handelsverbindung traten, und ihre ostindische Kompanie gelangte bald zu hoher Blüte und Macht. Wie diese den Portugiesen in Ostindien erfolgreich Konkurrenz machte, so erstand in der westindischen Kompanie den Spaniern in Amerika und Westindien ein gefährlicher Nebenbuhler, und das Sinken des spanischen Handels, über welches wir uns im zweiten Abschnitte ausführlicher ausgelassen haben, war zum nicht geringen Teil eine Folge der Unternehmungslust der Holländer. Zwar waren auch andere Staaten mit der Gründung von Handelskompanien vorgegangen, doch nahmen die französische Mississippi-Gesellschaft und die englische Südsee-Kompanie ein klägliches Ende, während die englisch-ostindische Kompanie im Beginne des 18. Jahrhunderts bei weitem noch nicht von der Bedeutung war, die sie einige Dezennien später unter Lord Clive und Warren Hastings erlangen sollte. So erregte denn vor allem die grofse holländisch-ostindische Kompanie die vollste Bewunderung des Uztariz; es lag daher für ihn die Erörterung der Frage nahe, ob sich auch für Spanien die Gründung einer solchen Handelsgesellschaft empfehle.

In dieser Beziehung weist nun Ustariz darauf hin [1]) dafs, die holländisch-ostindische Kompanie darum zu einer weit mächtigeren und blühenderen sich entwickelt habe als alle anderen, weil dieselbe über die von ihr in Besitz genommenen Ländergebiete eine gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausübte, während sich die Regierung der Generalstaaten kaum mehr als blofs nominelle Hoheitsrechte vorbehielt, so dafs also die Kaufleute fast unumschränkt das Kolonialgebiet verwalteten [2]). Eine derartige Macht war aber für die

[1]) S. a. a. O. Kap. 38.

[2]) In dieser Hinsicht waren die Verhältnisse denen der englisch-ostindischen Kompanie analog.

Handelsgesellschaft vom gröfsten Vorteil, indem jene es ihr erst ermöglichte, auf eigne Faust grofse Ländergebiete zu erobern und unter ihre Verwaltung zu stellen. Im Hinblick auf solche Erfolge, so führt Uztariz weiter aus [1]), ist es nicht zu verwundern, dafs von den verschiedensten Seiten der Vorschlag gemacht worden ist, auch in Spanien derartige Handelsgesellschaften zu errichten, und schon liegen Entwürfe betreffs der Organisation derselben vor. Sehr triftige Gründe sprechen jedoch gegen ein solches Vorgehen. Einmal würde sich die spanische Regierung nie dazu herbeilassen, einer Handelsgesellschaft so weitgehende Privilegien zu erteilen, wie sie die holländische besitzt. Sodann aber ist in Anbetracht der Lebhaftigkeit des spanischen Charakters nicht zu erwarten, dafs die Sache mit derjenigen Ruhe behandelt werde, welche bei der Ausführung solcher Projekte erforderlich ist, was um so mehr ins Gewicht fällt, als in den ersten Jahren ihres Bestehens der Gesellschaft kein Profit, sondern nur Kosten erwachsen würden. Endlich darf man die Gefahr nicht unterschätzen, welche darin liegt, dafs man den Handel Spaniens in den Händen weniger Kaufleute monopolisiert. Ohne Monopol aber würde eine solche Gesellschaft nicht lebensfähig sein. Weit besser ist es, wenn bei guten und sicheren Schiffahrtsverbindungen [2]) und Handelswegen die Konkurrenz eine freie ist, bei der ein jeder seinen Handel betreiben kann, wo und mit wem er will, und er nicht genötigt ist, seine Waren womöglich zu einem Spottpreise an die mit dem Monopol ausgestattete Kompanie zu verkaufen.

Aus allen diesen Gründen kann Uztariz die Einrichtung einer Handelskompanie für Spanien nicht empfehlen; eine solche würde nicht im stande sein, die Schwierigkeiten, mit denen die Volkswirtschaft jenes Landes zu kämpfen hat, aus dem Wege zu räumen. Denn die Hauptvorbedingung zur Besserung der spanischen Wirtschaftslage ist erst dann als erfüllt anzusehen, wenn der Handel mit Erzeugnissen des eignen Landes betrieben wird. Es würde deshalb selbst eine blühende Handelskompanie, welche ihre Waren vom Auslande bezöge, für die Wohlfahrt Spaniens ohne Nutzen sein, da durch ihre Errichtung nur die Form, nicht das Wesen des verderblichen Handels geändert würde. Wollte man aber

[1]) S. a. a. O. Kap. 39.

[2]) Die Vorschläge, welche Uztariz in dieser Richtung macht, und die in der Reorganisation der gesamten Marine gipfeln, haben wir bereits im ersten Abschnitt kurz dargelegt.

die Gesellschaft verpflichten, alle Waren aus dem Inlande zu beziehen, also dieselben dort aufzukaufen, wo sie am teuersten sind, so wäre dies eine Maſsregel, die allen Forderungen des natürlichen Rechts so sehr widerspräche, daſs ihre Ausführung niemals gelingen oder doch zu den gröſsten Vexationen und Unzuträglichkeiten führen würde. Solange die spanischen Waren infolge der hohen Zölle weit teurer sind als die fremden, werden diese letzteren trotz aller Verbote dennoch ihren Weg nach den spanischen Kolonieen zu finden wissen. Alles Raisonnement läuft also darauf hinaus, daſs das einzige Mittel zur Hebung des Handels in der Änderung der bisherigen Zoll- und Steuerpolitik und in der Stärkung der Industrie zu suchen ist.

Wenngleich nun Uztariz in dieser absprechenden Weise über den Plan urteilt, in Spanien Handelsgesellschaften zu gründen, so kann er sich doch nicht der Thatsache verschlieſsen, daſs es auch Fälle gibt, in denen solche sehr wohl am Platze sind[1]; nämlich einmal dann, wenn die Regierung nicht die erforderliche Macht besitzt, um in den unkultivierten Ländern, nach denen sich der Handel der Unterthanen richtet, ihrer Autorität geltend zu machen und den Kaufleuten den nötigen Schutz zu gewähren; sodann in dem Falle, daſs die Unternehmungen der letzteren zu gewagt und unsicher erscheinen und sich in zu entfernte Gegenden der Erde erstrecken, als daſs die Regierung ohne Schädigung ihrer eignen Interessen denselben ihre Fürsorge angedeihen lassen könnte. In solchen Fällen ist es wünschenswert, daſs sich Gesellschaften bilden, die in den betreffenden Ländern auf eigne Faust vorgehen, Niederlassungen gründen, Beamte anstellen und Truppen ausrüsten. Deshalb ist denn auch die holländisch-ostindische Kompanie ein äuſserst nützliches Institut und die Art ihrer Thätigkeit nur zu billigen. Doch jene obengenannten Fälle treffen für Spanien nicht zu, seine amerikanischen Kolonieen sind gut organisiert, während der spanische Handel nach den anderen Erdteilen, von den Philippinen abgesehen, ohne Bedeutung ist.

Hiermit haben wir die wesentlichsten Punkte aufgeführt, welche die Stellung des Uztariz zur Frage der Errichtung von Handelskompanien charakterisieren. Ulloa hat sich in Bezug hierauf weit kürzer gefaſst. Doch zeigen die wenigen Bemerkungen, welche sich bei ihm über diesen Gegenstand vorfinden, daſs er die Anschauungen seines Lands-

[1]) S. a. a. O. Kap. 41.

mannes teilt. Es ist gewifs von Interesse, zu sehen, wie auch er, der Merkantilist, ausdrücklich betont [1]), dafs durch die Handelskompanieen ein Monopol geschaffen würde, welches dem Gesamtwohl des spanischen Handels nur nachteilig sein könnte. Aufserdem sei kaum zu hoffen, dafs die Gesellschaften dem Schleichhandel der Ausländer ein Ziel setzen würden. Ihre Errichtung dürfte keine anderen Folgen haben; als eine Schädigung des freien Handels, der früher so lange mit dem gröfsten Nutzen betrieben worden, von welchem jedoch jetzt nichts als die Erinnerung an ihn zurückgeblieben sei.

Die vorstehenden Erörterungen über die Handelskompanieen lassen über einige andere Fragen ebenfalls interessante Streiflichter fallen. Zunächst sehen wir auch hier wieder die hohe Bedeutung hervortreten, welche Uztariz dem Handel als solchem beimifst. Sie tritt besonders in der Wertschätzung zu Tage, mit der er von dem Zwischenhandel der Holländer spricht, den er, wie wir sahen, auch früher schon als nachahmenswertes Beispiel hingestellt hatte. Uztariz glaubt [2]), dafs derselbe seine Blüte in erster Linie dem Umstande zu verdanken habe, dafs die Holländer von den meisten Waren nur den geringen Einfuhrzoll von 2—5% erheben. Wenn nun auch die Lage der Verhältnisse die genaue Befolgung dieses Grundsatzes in Spanien verböte, so könne man doch wenigstens im Verkehr mit den amerikanischen Kolonieen Zollermäfsigungen eintreten lassen, was den spanischen Handel auf das günstigste beeinflussen und dadurch den Kampf gegen die ausländische Konkurrenz erleichtern würde.

Wünschen dieser Art hatte die spanische Regierung teilweise schon Rechnung getragen: zahlreiche Edikte Philipps V. und seiner Minister ordneten Mafsregeln an zur Herabsetzung der bestehenden Zölle, namentlich der hohen Auflagen auf den Import von Kakao auf spanischen Schiffen, infolge deren dieser Handelszweig fast ganz in die Hände der Ausländer übergegangen war, zur Erleichterung des Warenhandels mit den Kolonieen [3]) und zur Hebung der Schifffahrt [4]); an Verboten des Schleichhandels der Ausländer mit dem spanischen Amerika, sowie der Einfuhr von Seidenstoffen und sonstigen Geweben aus China und anderen asiatischen Ländern liefs man es nicht fehlen [5]). Man wiederholte mit diesen letzteren Bestimmungen

---

[1]) S. a. a. O. II, Kap. XV, 89.
[2]) S. a. a. O. Kap. 84.
[3]) S. a. a. O. Kap. 46 u. 47.
[4]) S. a. a. O. Kap. 45.
[5]) S. a. a. O. Kap. 44.

nur die bekannten Verordnungen, welche die früheren spanischen Herrscher schon seit Jahrhunderten immer wieder erlassen hatten, ohne damit dem alten Übel abzuhelfen. Freilich ist es sehr erklärlich, dafs in Anbetracht der rigorosen Mafsregeln, welche andere Staaten zur Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz und zur Hebung der eignen Schiffahrt erlassen hatten, auch die Spanier sich veranlafst fühlten, energisch ihre Interessen zu wahren, und können wir es nur natürlich finden, wenn Ulloa, unter Anlehnung an die englische Navigationsakte, verlangt, alle aus Amerika kommenden Waren nur auf spanischen Schiffen zu importieren, während die Waren fremden Ursprungs ausschliefslich auf spanischen und auf Schiffen derjenigen Länder eingeführt werden sollten, in denen jene Waren erzeugt oder veredelt sind [1]). Zur Hebung des spanischen Exports auf eignen Schiffen schlägt Ulloa vor [2]), diesen letzteren ein Drittel des Ausgangszolles, welchen die fremden Schiffe zahlen müssen, zu erlassen. Nun könnte zwar der Fall eintreten, dafs das Ausland zu Repressivmafsregeln griffe und seine Einfuhrzölle in demselben Mafse erhöhte, so dafs also jene spanische Verordnung nutzlos werden würde. Doch alsdann, meint Ulloa [3]), sei es Sache der Spanier, ihrerseits ebenfalls wieder mit Zollerhöhungen vorzugehen. Was den Import ausländischer Waren auf Schiffen des Ursprungslandes anbelangt, so hält Ulloa die allgemeine Einführung des Tarifs von Sevilla, welcher 10 % vom Werte der Waren fordert, für angemessen. Vor der Hand jedoch empfiehlt er keine weitere Erhöhung, da einerseits Spanien fürs erste seine Bedürfnisse nicht völlig durch eigne Erzeugnisse zu decken vermöge [4]), und anderseits die Höhe der Belastung der spanischen Waren seitens des Auslandes zu Repressivmafsregeln noch keinen Anlafs gebe.

Weit naturgemäfser und bedeutsamer als diese, einen ewigen Zollkrieg in Aussicht stellenden Vorschläge unserer Nationalökonomen dürften diejenigen Forderungen sein, durch welche sie eine wirksamere Vertretung der wirtschaftlichen Interessen im Auslande anzubahnen hoffen.

Bei Gelegenheit der Besprechung der Handelspolitik der früheren spanischen Könige machten wir darauf aufmerksam, dafs unter Ferdinand und Isabella aufser den für den Schutz der in der Fremde

[1]) S. a. a. O. II, Kap. XI, 53.
[2]) S. a. a. O. II, Kap. XI, 55.
[3]) S. a. a. O. II, Kap. XI, 56.
[4]) Dies ist auch Uztariz' Ansicht. S. a. a. O. Kap. 107 S. 404.

weilenden spanischen Unterthanen eingesetzten Konsuln, im Auslande angestellte Handelsagenten zur engeren Verknüpfung der auswärtigen Handelsbeziehungen berufen waren. Leider hatte diese zweckmäfsige Einrichtung nicht allzulange Bestand. Sei es, dafs mit dem Niedergange der spanischen Volkswirtschaft der Wirkungskreis jener Agenten sich immer mehr verringerte, um endlich ganz zu verschwinden, oder dafs die grofse Geldverlegenheit den Königen späterhin die Subventionierung derartiger Vertreter unmöglich machte, jedenfalls existieren dieselben beim Beginn des 18. Jahrhunderts nicht mehr. Auch fehlen, wie Uztariz hervorhebt[1]), im Auslande die Magazine und Lagerhäuser, in denen früher die Spanier auf eigne Rechnung ihre Waren aufstapelten, um sie beim Eintritt günstiger Konjunkturen abzusetzen, und weiter hat jener Mangel an den erforderlichen Handelsagenten den Ruin des spanischen Zwischenhandels zur Folge gehabt. Der spanische Kaufmann hatte niemanden mehr, dem er Anweisungen zum Austausch seiner eignen Waren gegen andere geben konnte, welches Verfahren wegen der Verschiedenheit der Münzsysteme in den einzelnen Ländern im allgemeinen einen gröfseren Gewinn abwirft als die Barzahlung. Anderseits ist aber auch die Zahlung mit Wechseln nicht selten Verlusten ausgesetzt, ganz abgesehen davon, dafs jene häufig überhaupt nicht zu haben sind. Allen diesen Mängeln könnte nun durch die Beschaffung einer geeigneten Vertretung im Auslande wirksam begegnet werden. Zwar existieren schon in den verschiedensten Häfen spanische Konsuln; sie können jedoch für den Mangel an Handelsagenten nicht entschädigen; einmal deswegen nicht, weil die Mehrzahl jener Konsuln nicht selbst Spanier sind und ihnen meistens die Nation, mit deren Interessenvertretung sie betraut sind, gleichgültig ist; sodann aber auch aus dem Grunde, weil eine der Hauptaufgaben der mit richterlichen Befugnissen ausgestatteten Konsuln darin besteht, Streitigkeiten der Spanier in Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten zu schlichten, und daher der Fall eintreten könnte, dafs die Konsuln Richter und Partei zugleich wären, sobald man ihnen erlaubte, Kommissionsgeschäfte zu betreiben. Mit Recht verbot denn auch Ludwig XIV. allen französischen Konsularbeamten den Betrieb von Handelsgeschäften jeder Art oder die Beteiligung an denselben. Um den geschilderten Mifsständen abzuhelfen, empfiehlt es sich daher, die alte, schon unter Ferdinand und Isabella geübte Praxis wieder einzuführen, wozu auch schon das Beispiel der Auslän-

[1]) S. a. a. O. Kap. 107.

der herausfordern sollte, welche nur selten direkt mit den Kaufleuten Spaniens verkehren, sondern ebenfalls ihre Agenten haben, die sich nach Prozenten des Warenumsatzes bezahlen lassen. Was nun die Wahl der Städte anlangt, in denen spanische Handelsagenten residieren könnten, so kommen von den Häfen des Mittelmeeres, wegen der Beunruhigungen, denen die dortige Schiffahrt infolge der steten Kämpfe gegen die Mauren und Türken ausgesetzt ist, leider nur Marseille, Genua, Livorno, Neapel und Messina in Betracht, dagegen eine gröſsere Anzahl der Häfen im Westen und Norden Europas, vor allen Bordeaux, Bayonne, Nantes, Rouen, London, Ostende, Amsterdam, Hamburg, Kopenhagen, Danzig, Stockholm, Petersburg und Lissabon [1]). Die Wahl der Agenten soll, vorbehaltlich ihrer Bestätigung durch den König, denjenigen Städten überlassen bleiben, welche mit den betreffenden ausländischen Plätzen die regsten Handelsbeziehungen unterhalten. Als Entschädigung für ihre Leistungen würden sie, wie auch anderwärts üblich, zunächst auf die von den Kaufleuten zu zahlende Provision angewiesen sein; da dieselbe aber bei dem momentanen Daniederliegen des Handels allein nicht genügen kann, so müſste ihnen so lange eine staatliche Subvention gewährt werden, bis daſs der Handelsverkehr ein regerer geworden ist. Neben ihrer geschäftlichen Thätigkeit haben die Agenten über die wirtschaftlichen Zustände und die auf den Handel Bezug habenden Vorgänge derjenigen Staaten, in denen sie sich aufhalten, Bericht zu erstatten.

Vorstehende Darlegungen des Uztariz schienen uns zu einer ausführlicheren Wiedergabe geeignet, geben sie uns doch nicht uninteressante Aufschlüsse über die Organisation des wirtschaftlichen Verkehrs beim Beginne des vorigen Jahrhunderts, und die Bemerkungen unseres Autors betreffs der Konsularbeamten zeigen, daſs die Mängel, unter denen unsere heutige konsularische Vertretung leidet, schon damals in Spanien vorhanden waren und erkannt wurden.

Nicht mit derselben Ausführlichkeit, mit welcher Uztariz über die auswärtige Vertretung der Handelsinteressen sich ausspricht, berührt Ulloa diesen Gegenstand [2]). Um die Beziehungen Spaniens zu den Mittelmeerstaaten und dem Norden Europas enger zu knüpfen, empfiehlt er die Anstellung von Konsuln und Handelsagenten in Messina und Danzig. Letzteres war namentlich wegen seiner Getreideausfuhren von hervorragender Bedeutung. Auch exportierte es

[1]) Die weiteren Ausführungen, durch welche Uztariz die Wahl gerade dieser Städte zu begründen sucht, übergehen wir.

[2]) S. a. a. O. II, Kap. XI, 58.

verschiedene Rohstoffe, besonders Flachs und Hanf, nach Spanien, während Messina dorthin Rohseide lieferte. Um die Versorgung Spaniens mit diesen Materialien den eine hohe Provision fordernden Fremden zu entreifsen, redet Ulloa der Errichtung von Handelsgesellschaften das Wort, deren Aufgabe es sein würde, die Rohstoffe in den sie produzierenden Ländern aufzukaufen und sie gegen eine Provision von 5 % nach Spanien abzusetzen.

Soviel über die den Handel und Verkehr betreffenden Ansichten und Vorschläge unserer beiden Wirtschaftspolitiker. Wenngleich aus ihren Ausführungen unzweideutig hervorgeht, dafs sie sich von der Belebung des Handels selbst grofsen Erfolg versprechen, so erwarten sie eine dauernde Besserung der materiellen Lage ihres Vaterlandes dennoch erst vor dem Wiederaufblühen der Industrie; und wenn wir uns erinnern, dafs Uztariz dem Handel als solchem gegenüber den anderen Gewerbszweigen eine untergeordnetere Bedeutung zuschreibt, so kann jene Thatsache uns nicht befremden. Da aber weiterhin die Blüte der Industrie auf dem Vorhandensein guten und billigen Rohmaterials beruht, so wenden Uztariz sowohl als auch Ulloa den Gewerben der Urproduktion mit Recht ihre Aufmerksamkeit zu. Dabei betonen sie besonders den Umstand, dafs Spanien infolge seiner vorzüglichen Bodenbeschaffenheit und seines günstigen Klimas die besten Boden- und tierischen Produkte selbst zu erzeugen vermag, somit weder in bezug auf die unmittelbare Konsumtion noch auf die Beschaffung des Rohmaterials für die Industrie vom Auslande abhängig zu sein brauchte, und in dieser Hinsicht günstiger dasteht als das mächtige und reiche Holland. [1])

Die fünf, für die spanische Industrie wichtigsten Rohstoffe, sagt Ulloa [2]), sind Flachs, Hanf, Wolle, Seide und Baumwolle. Die letztere kann nun allerdings nicht in Spanien angebaut und mufs deshalb aus Amerika importiert werden. Was dagegen Flachs und Hanf anbetrifft, so vermag Spanien mit Leichtigkeit die jetzige Produktion auf das Zehnfache zu erhöhen. Seide und Wolle, welche in Spanien in vorzüglicher Qualität gedeihen, möge man im Lande selbst verarbeiten, und nicht gestatten, dafs die Ausländer sich diese Produkte aneignen, um mit den fertigen Fabrikaten den spanischen Markt zu überschwemmen [3]). Damit aber die spanische

---

[1]) Vergl. Uztariz a. a. O. Kap. 10.
[2]) S. a. a. O. II, Kap. I, 3—5.
[3]) Vergl. auch Uztariz Kap. 2.

Industrie nicht in Abhängigkeit gerate von dem Ausfall der eignen Seidenernte, empfiehlt Ulloa[1]) die Herstellung einer besseren Schifffahrtsverbindung mit den Philippinen. Die Seidenproduktion auf diesen Inseln kann Spanien der Gefahr entreifsen, dafs infolge einer schlechten Ernte die Preise für die Rohprodukte zum Schaden der Industrie in die Höhe gehen. Aufserdem hat eine engere Verbindung mit den Philippinen den Vorteil, dafs Baumwolle, Gewürze u. a. Roherzeugnisse billig von dort bezogen werden können und man alsdann nicht mehr auf den Zwischenhandel der Holländer angewiesen ist[2]).

Neben dem Seidenbau und der Schafzucht bildete in den früheren Jahrhunderten die Zuckerfabrikation des Königreichs Granada einen Hauptzweig der landwirtschaftlichen Produktion. Infolge der hohen Abgaben jedoch, mit denen der Zucker seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts belastet[3]), war die Produktion stark zurückgegangen, um einer Einfuhr vom Auslande her Platz zu machen, die umso bedeutender war, als infolge der sich immer mehr steigernden Konsumtion von Kakao, der Bedarf an Zucker in demselben Mafse sich gesteigert hatte. Eine Abhilfe dieses Übelstandes erblickt Uztariz in der Vermehrung des Zuckeranbaues und der Neuerrichtung von Zuckerfabriken in Granada. Zugleich möge die Einfuhr ausländischen Zuckers erschwert oder gänzlich verboten werden.

Ein besonderes Kapitel (95) widmet Uztariz dem Salz. Dasselbe wird in Spanien aus dem Seewasser, aus salzhaltigem Quellwasser und als Mineralwasser gewonnen. Sowohl die Gewinnung als auch der Verkauf waren, wie wir schon früher hervorhoben, ein staatliches Monopol. In Anbetracht dessen, dafs es ein besonders wichtiges, unentbehrliches Nahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung sei, aufserdem aber auch in ausgedehntem Mafse als Viehfutter zur Verwendung gelange, empfiehlt Uztariz, den Preis für dasselbe herabzusetzen, was um so eher geschehen könne, als bei der augenblicklichen politischen Ruhe das Geldbedürfnis für die Steuerpolitik nicht mehr so ausschliefslich mafsgebend zu sein brauche. Uztariz sah denn auch seinen Wunsch in Erfüllung gehen, indem ein Dekret des Königs vom 4. Februar 1725 den Preis des Salzes um ein beträchtliches herabsetzte.

Wie wir sehen, sind die Vorschläge unserer Autoren zur un-

[1]) S. a. a. O. II Kap. XIII, 77.
[2]) Vergl. auch Uztariz a. a. O. Kap. 84.
[3]) Vergl. hierüber Uztariz Kap. 94.

mittelbaren Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht sehr umfassend. Ein um so gröfseres Gewicht legen sie auf die Zoll- und Steuerreformen, durch welche sie in indirekter Weise jenes Ziel zu erreichen suchen.

Die Besteuerung der Lebensmittel, sagt Uztariz [1]), mufs Grundsätzen unterworfen werden, die wesentlich verschieden sind von denjenigen, nach welchen der Import und Export von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen zu regeln sind. Während nämlich die Ausfuhr von Fabrikaten in jeder Beziehung zu begünstigen ist, empfiehlt sich eine solche in betreff der Lebensmittel nur dann, wenn nach einer besonders reichen Ernte der inländische Bedarf hinter der Produktion zurückbleibt. Es ist deshalb die Verordnung Philipps V. vom 4. Juli 1718 (Art. LVIII), welche unter gewissen Umständen den Export des Getreides ins Ausland gestattet, nur gutzuheifsen [2]). Was dagegen den Import von Lebensmitteln anbelangt, so hängt, nach Uztariz, die in dieser Hinsicht einzuschlagende Zollpolitik zwar vor allem davon ab, ob im Inlande selbst genügende Mengen derselben vorhanden sind. Doch lassen sich hierfür allgemeine Normen kaum aufstellen, da sich die betreffenden Verhältnisse schon im Laufe eines Jahres, ja selbst eines Monats zu ändern vermögen, infolgedessen entweder eine Erhöhung oder eine Verminderung oder auch eine gänzliche Aufhebung der Abgaben, oder endlich auch das absolute Verbot der Ein- resp. Ausfuhr zweckmäfsig erscheinen kann. Jedenfalls ist aber dafür zu sorgen, dafs der Getreidetransport im Verkehr der einzelnen Provinzen unter-

---

[1]) S. a. a. O. Kap. 92.

[2]) In derselben heifst es: „Gewisse Leute reden in ihrem blinden Eifer einem Getreideausfuhrverbot, auch nach mehreren guten Ernten das Wort. Eine solche Politik ist um so unvernünftiger, als ein übergrofser Getreidevorrat gerade so verhängnisvoll werden kann, als eine Mifsernte. Denn bei voraussichtlicher Teuerung werden die Landwirte sich ermutigt sehen, mehr Land zur Bewirtschaftung heranzuziehen; ist dagegen Getreide in Überfülle vorhanden, so wirkt dies demprimierend auf ihre Unternehmungslust, indem sie alsdann ihr Getreide entweder gar nicht oder doch nur zu einem Preise verkaufen können, der viel zu niedrig ist, um die Produktionskosten zu decken. Infolge dessen werden viele Landwirte ruiniert, ihre Felder bleiben brach liegen und ihre Lagerräume werden zu anderen Unternehmungen verwendet, so dafs in den folgenden Jahren jedenfalls Teuerung eintreten wird. Es wird daher den Intendanten der Provinzen zur Vermeidung derartiger Unzuträglichkeiten anempfohlen, die Quantität und Qualität, sowie die voraussichtliche ungefähre Konsumtion im Inlande zu berechnen, um dann bei Getreideüberflufs die Ausfuhr desselben zu erlauben und zu erleichtern."

einander durch Befreiung von Abgaben und verbesserte Transportmittel nach Möglichkeit erleichtert werde, damit sich jene gegenseitig aushelfen können, und nicht, wie dies bisher häufig der Fall war, z. B. in den Provinzen Guipuscoa und Biscaya Teuerung herrsche, während die übrigen Teile des Landes unter dem Getreideüberflufs zu leiden haben [1]. Bezüglich der den sonstigen Konsumtibilien gegenüber einzuschlagenden Zollpolitik empfiehlt Uztariz [2], dem Export von Wein keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen und die Ausfuhrzölle zu ermäfsigen. Ebensowenig aber möge man der Einfuhr desselben entgegentreten, denn dieselbe sei äufserst geringfügig und eine ernsthafte Konkurrenz des Auslandes in dieser Hinsicht nicht zu befürchten. Inbezug auf Vieh, tierische Produkte, Obst, Fisch, Kaffee, Thee, Gewürze u. s. w. empfiehlt Uztariz [3] im allgemeinen die Beibehaltung der geltenden Bestimmungen, welche die Ein- und Ausfuhr wenigstens nicht unmöglich machen.

Ein gröfseres Interesse dürften diejenigen zollpolitischen Mafsnahmen beanspruchen, welche Uztariz und Ulloa betreffs der zur Fabrikation dienenden Rohstoffe einzuschlagen empfehlen. Was zunächst die Einfuhr derselben anbetrifft, so sagt Uztariz [4]: Unser Hauptgrundsatz ist der, dafs Zölle auf die Einfuhr von Rohmaterialien, soweit dieselbe unbedingt geboten erscheint, möglichst niedrig sein sollten. Doch ist eine solche Notwendigkeit nur in den seltensten Fällen vorhanden, da Spanien von der Natur so reich gesegnet ist, dafs die meisten Rohstoffe im Lande selbst erzeugt werden; freilich bisher noch nicht in der nötigen Menge, und deshalb empfiehlt es sich, der Einfuhr von italienischer Rohseide, Flachs, Hanf, Baumwolle, Farbwaren, unedlen Metallen, Holz und noch einiger anderer der Fabrikation dienender Rohstoffe nicht durch hohe Zollauflagen entgegenzuwirken. Die meisten der genannten Stoffe könnten zwar im Inlande produziert werden, und diesen mag man die Einfuhr vom Auslande her nur so lange erleichtern, bis die inländische Produktion sich genügend gehoben hat, um den einheimischen Bedarf selbst zu decken. Die Ausfuhr der genannten Rohstoffe dagegen wünscht Uztariz [5] durch hohe Exportzölle zu erschweren oder durch Ausfuhrverbote völlig unmöglich zu machen. Denn es ist die Aufgabe, dahin

[1] Vergl. auch Ulloa I, Kap. IX.
[2] S. a. a. O. Kap. 92.
[3] S. a. a. O. Kap. 93.
[4] S. a. a. O. Kap. 91.
[5] S. a. a. O. Kap. 88 u. 89.

zu wirken, dafs jene Stoffe im Lande selbst zur Verarbeitung gelangen und die Industrie auf diese Weise gehoben werde. Nur hierdurch vermag man die grofsen Gewinne der Ausländer zu schmälern, die sie bisher durch den Verkauf der aus dem spanischen Material angefertigten Waren zum Nachteil der Spanier gezogen haben. Uztariz empfiehlt deshalb die in dieser Richtung von den früheren Königen erlassenen Verordnungen und Gesetze zur strikten Durchführung. Nur den feineren Wollsorten möge man die Ausfuhr gestatten, da zu ihrer Verarbeituug in Spanien die erforderlichen Fabriken nicht vorhanden sind, ein Ausfuhrverbot daher nur geeignet ist, die Interessen der spanischen Herdenbesitzer zu schädigen.

Viel weitergehende Forderungen stellt Ulloa [1]). Er verlangt, dafs die Rohstoffe, gleichviel ob sie spanischen oder fremden Ursprungs seien, von allen Steuern, von den Aduanas sowohl als den Alcavalas und Cientos, befreit werden, da nur unter dieser Bedingung eine billige Fabrikation und eine erfolgreiche Konkurrenz mit dem Auslande zu ermöglichen sei. Eine Verminderung der Staatseinnahmen befürchtet er von dieser Mafsregel nicht, da die zunehmende Wohlhabenheit des Volkes, welche mit dem Wachstum der Industrie gleichen Schritt halte, jenen Steuerausfall mehr als decken werde.

Die letztgenannten Vorschläge unserer Autoren führen uns mit ihrer Betonung des Zusammenhangs von Landwirtschaft und Industrie auf dasjenige Gebiet hinüber, welches wir nunmehr zu betrachten haben werden. Steigerung der inländischen Rohproduktion und möglichste Nutzbarmachung derselben für die unmittelbare Konsumtion sowohl wie für die industrielle Verarbeitung, ohne einer Ausfuhr der Rohstoffe prinzipiell entgegenzutreten, — dies waren die Grundsätze, von denen Uztariz und Ulloa bei ihren auf die Hebung der Gewerbe der Urproduktion gerichteten Bestrebungen sich leiten liefsen. Wenn wir dabei einer Fülle durchgreifender Reformvorschläge zur unmittelbaren Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht begegnet sind, so ist ein sehr natürlicher Erklärungsgrund für diese Erscheinung in der Thatsache zu suchen, dafs die Landwirtschaft Spaniens, wenn sie auch immerhin in bedrängter Lage sich befand, so doch, dank der natürlichen Ergiebigkeit des Bodens, bei weitem nicht derartig trostlose Zustände aufzuweisen hatte wie die Industrie [2]), sie vielmehr noch kräftig genug war, um das Ausland mit den zur Fabrikation erforderlichen Rohstoffen zu

[1]) S. a. a. O. I, Kap. IV, 42 u. 43.

[2]) S. Ulloa a. a. O. I, Kap. II, 23.

versehen. Es mufste daher das nächste Bestreben unserer beiden Wirtschaftspolitiker sein, die landwirtschaftliche Produktion der heimischen Industrie dienstbar zu machen, um auf solche Weise zur Kräftigung der letzteren beizutragen.

Im folgenden werden wir nun die weiteren Mittel kennen lernen, welche Uztariz wie Ulloa zur Erreichung dieses letztgenannten Zieles in Vorschlag bringen. Einer der Hauptübelstände, unter denen die spanische Industrie zu leiden hatte, war, wie wir dies schon früher hervorgehoben haben, der Mangel an Unternehmern und tüchtigen Handwerkern mit dem nötigen Kapital. Die Erkenntnis dieser Mifsstände blieb auch der Regierung nicht verschlossen, und die Verordnungen, welche Philipp V. im Jahre 1718 an die Intendanten der Provinzen erliefs, zeigen, dafs man sich die Abstellung derselben nach Kräften angelegen sein liefs. In einem Erlasse [1]) wird gesagt, dafs, wenn es in der betreffenden Provinz an Unternehmern und Kapitalkräften mangele, und auch die Vereinigung zu Assoziationen sowie gewisse staatliche Subventionierungen dem Übel nicht abhelfen könnten, die Intendanten Sorge tragen möchten, dafs aus anderen Provinzen oder auch vom Auslande her Kräfte herangezogen und junge Leute in die fremden Industriebezirke gesandt werden, um dort die Fabrikation kennen zu lernen. Ein anderer Erlafs [2]) befiehlt den Intendanten, denjenigen Fremden, welche sich als Handwerksmeister in irgend einer Stadt etablieren wollen, die städtischen Accisen und sonstige Kommunallasten zu erlassen. Uztariz hält diese Mafsnahmen für sehr zweckmäfsig. Die Befürchtungen einiger Autoren, es könne durch die Heranziehung ausländischer Katholiken die Reinheit der Kirche Spaniens getrübt werden, vermag er nicht zu teilen [3]). Allein solchen Fremden solle man die Niederlassung untersagen, welche nur die Absicht haben, sich an öffentlichen Unternehmungen zu beteiligen, oder die als Steuerpächter auftreten, da sie ja doch dem Lande wieder den Rücken kehren würden, sobald sie die erhofften Reichtümer erworben hätten. Allerdings verböten es die Friedensverträge, die Kaufleute des Auslandes vom Handel mit Spanien auszuschliefsen. Man müsse deshalb wenigstens darauf bedacht sein, dafs dieselben sich dauernd in Spanien ansiedeln.

In dem letztcitierten Erlasse Philipps V. war unter anderem

---

[1]) Vom 4. Juli 1718, Art. 43. Vergl. auch die Verordnung vom 4. Dezbr. 1705; s. Novissima Recop. Buch VIII tit. 24 Ges. 3.

[2]) Vom 12. Dezbr. 1718.

[3]) S. a. a. O. Kap. 34.

auch von pekuniären Unterstützungen die Rede, welche den Industriellen geeigneten Falls zur Förderung ihrer Unternehmungen gewährt werden sollten. Es ist dabei vorzugsweise auf die Zahlung von Prämien abgesehen. Uztariz spricht sich an einer Stelle seines Werkes eingehender über diesen Gegenstand aus. Seine Ausführungen sind nicht ohne Interesse und verdienen wohl ausführlicher wiedergegeben zu werden. Eines der wirksamsten Mittel zur Hebung von Handel und Industrie, so sagt er [1]), ist die Fürsorge eines Fürsten, der Belohnungen und Ehrenbezeigungen solchen Personen zu teil werden läfst, die durch ihre Erfindungen und verbesserten Fabrikationsmethoden der Industrie und damit dem Gesamtwohl des Landes den gröfsten Nutzen erweisen. Sehr gebräuchlich und vorteilhaft ist die Zahlung jährlicher Pensionen und die Gewährung von Abgabenerleichterungen an tüchtige Handwerksmeister, welche ihre im Auslande erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten der heimischen Industrie dienstbar machen. Doch ist darauf zu halten, dafs dieselben den kontraktlichen Verpflichtungen nachkommen, bis zum bestimmten Termin die ausbedungene Anzahl Fabriken eingerichtet haben und sie vor allem die Gelder, welche ihnen blofs vorgeschossen sind, pünktlich zurückzahlen, ohne dafs es deshalb ausgeschlossen sein sollte, besonders befähigten und thätigen Unternehmern die Rückzahlung teilweise oder auch gänzlich zu erlassen.

Häufig pflegt man auch, fährt Uztariz fort, ausschliefsliche Privilegien in der Weise zu erteilen, dafs bestimmten Personen für eine gewisse Anzahl von Jahren die alleinige Einfuhr und Fabrikation gewisser Waren zugestanden wird. Uztariz ermahnt nun, in der Erteilung solcher Privilegien sehr vorsichtig zu sein. Selbst in denjenigen Fällen, wo aus unabweisbaren Gründen dieselbe erforderlich erscheine, um zu günstigen Resultaten zu gelangen, mag man sie einschränken und sorgfältig über ihre Ausnutzung wachen, damit sie nicht zu Monopolen werden, die den Besitzern derselben in demselben Mafse nützen, wie sie dem Publikum schaden. Jedenfalls sollte man nur in denjenigen Fällen Privilegien und sonstige Vergünstigungen erteilen, wo wirklich neue und eigenartige Leistungen vorliegen [2]), nicht aber schon dann, wenn etwa eine Fabrik

---

[1]) S. Kap. 98.

[2]) Uztariz billigt es daher durchaus, dafs Philipp V. einem Grofsindustriellen, namens Don Juan de Goyeneche, der u. a. die Glasfabrikation in Spanien einführte, durch Verordnungen vom 23. Okt. 1718, vom 14. Febr. 1719 und vom 30. Jan. 1720, weitgehende Privilegien gewährt. Die Städte Olmeda und Nueva

sich blofs durch die vorzügliche Qualität ihrer Waren ausgezeichnet, denn die Erteilung von Privilegien auch in solchen Fällen würde nur eine Schädigung derjenigen Fabriken in sich schliefsen, die minder gute Qualitäten liefern. Ausdrücklich hebt Uztariz hervor, dafs er es für durchaus unpolitisch und unklug hält, ohne die zwingendsten Ursachen einigen Privatunternehmern Vergünstigungen zu gewähren, welche anderen nicht zu teil werden. Aus diesem Grunde hat er bei allen seinen Reformvorschlägen mit besonderer Sorgfalt darauf Bedacht genommen, jeden Spanier in gleicher Weise an den Wohlthaten derselben teilhaben zu lassen. Immerhin aber hält er jene Privilegienerteilung noch für weit vorteilhafter als den Staatsbetrieb, denn dieser ist mit beständigen Verlusten verknüpft, — eine natürliche Folge des Umstandes, dafs die leitenden Persönlichkeiten meistens nicht fachmännisch gebildet sind und sie das Unternehmen nicht auf eigne Rechnung und Gefahr betreiben. Thatsache ist, meint Uztariz, dafs die staatlicherseits betriebenen Fabrikunternehmungen mit grofsen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, mit bedeutenden Unkosten arbeiten und es bei alledem selten zu hervorragenden Leistungen bringen, am wenigsten in gröfseren Staaten, wo der Regierung so viele anderweitige Sorgen obliegen, dafs es ihr unmöglich ist, mit der erforderlichen Beharrlichkeit und Kraft derartige Spezialinteressen wirksam zu vertreten. Solche Nachteile treten aber bei Privatunternehmern nicht zu Tage, die besser die Konjunkturen zu benutzen verstehen, ohne sich auf den zweifelhaften Nutzen fremder Hilfe zu verlassen.

Wir finden in den vorstehenden Ausführungen des Uztariz dieselbe Abneigung gegen Monopole, dieselbe Vorsicht in der Bewilligung von Privilegien und dieselbe Lobpreisung der freien Konkurrenz, wie sie uns schon bei Besprechung seiner den Handel betreffenden Vorschläge entgegengetreten sind, — gewifs eine beachtenswerte

---

Baztán, in denen Goyeneche seine Fabriken hatte, sollen 30 Jahre lang von allen neuen Steuerauflagen befreit bleiben, seine Arbeiter durch ihre Stellung nicht behindert sein, zu allen den Staatsämtern zu gelangen, welche die Labradores (Landleute) bekleiden dürfen. Von den Fabrikaten des Goyeneche sollen 30 Jahre lang keine Alcavalas, Cientos u. a. Steuern erhoben werden. Alle Waren, die zur Verarbeitung in jene Fabriken gelangen, brauchen keine Einfuhrzölle zu zahlen. Ähnliche Vergünstigungen wurden durch die Verordnung Philipps V. vom 14. Juli 1722 der Stadt Valladolid zu teil, welche sich die Aufstellung neuer Webstühle angelegen sein liefs, ebenso mehreren Tuchfabriken in Madrid, Guadalaxara u. s. w. (s. Uztariz a. a. O. Kap. 62—64).

Thatsache, wenn wir bedenken, dafs wir einen ausgeprägten Merkantilisten, einen unbedingten Anhänger Colberts vor uns haben, und die Zeit, in der er schrieb, das System des Physiokratismus noch nicht kannte.

Nicht die Privilegierung einzelner zum Schaden der Gesamtheit, sondern die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Industrie als solcher ist das Ziel, welchem Uztariz mit seinen Reformvorschlägen näher kommen will. Diesem Grundsatze entspricht es, wenn er die Errichtung von Akademieen nach dem Muster der in Frankreich und Italien bestehenden anempfiehlt, in denen Theorie und Praxis sich vereinigen sollen, um Leute auszubilden, die es verstehen, die Erfindungen des Auslandes für die einheimische Industrie auszunutzen, sowie um selbständige Erfindungen und Entdekungen möglich zu machen [1]), und wenn er weiterhin, als Ergänzung zu diesen Vorschlägen, die Einfuhr von ausländischen Maschinen und Werkzeugen aller Art möglichst erleichtert wissen will, was schon der Umstand durchaus berechtigt erscheinen lasse, dafs das Ausland den Export seiner Maschinen mit den schwersten Strafen, England ihn sogar mit dem Tode bedrohe [2]).

Während Uztariz in dieser Weise auf die unmittelbare Steigerung der industriellen Produktion in quantitativer und qualitativer Hinsicht ein Hauptgewicht legt, beschäftigt sich Ulloa besonders mit der Abstellung der Schäden, unter denen die Industrie seiner Zeit zu leiden hat. Zu diesen gehören vor allem die teuren Lebensmittelpreise, welche einerseits die schon früher erwähnte schlechte Beschaffenheit der Transport- und Kommunikationsmittel und die ungenügende Verbindung zwischen den verschiedenen Provinzen, anderseits die hohen Abgaben auf Konsumtibilien zum Grunde haben. Zwar hatte schon im Jahre 1718 eine Verordnung Philipps V. die Regulierung der Flüsse, die Verbesserung und Neuanlage von Wegen, Brücken, Häfen u. s. w. angeordnet [3]), und ein Edikt vom Jahre 1719 befreite gewisse Lebensmittel von der Madrider Accise [4]),

---

[1]) S. a. a. O. Kap. 107 S. 411 f. Im Jahre 1738 wurde die Königl. Akademie der Geschichte zu Madrid ins Leben gerufen. Vergl. Novissima Recopilacion de las leyes de España, Buch VIII tit. 20 Ges. 2. Im Jahre 1757 gründete Ferdinand VI. die Akademie der 3 schönen Künste zu Madrid. Vergl. Novissima Recop., Buch VIII tit. 22.

[2]) S. a. a. O. Kap. 71 S. 299 f.

[3]) Sie ist bei Uztariz (a. a. O. Kap. 49) mitgeteilt.

[4]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 5.

während ein anderes vom Jahre 1717 die Verbrauchssteuer auf Fische in ganz Spanien aufhob [1]). Ulloa hält jedoch die Befreiung der Lebensmittel von der Verbrauchssteuer bei weitem noch nicht für genügend durchgeführt, da die bisherigen Maſsnahmen zu diesem Zweck nur sehr geringe Erfolge aufzuweisen hätten [2]). Er schlägt deshalb vor, daſs gewöhnliche Lebensmittel, wie Wein, Fleisch, Öl, Essig u. s. w., weder städtische Abgaben noch die Almojarifazgos, sondern nur die Alcavalas, Cientos und Millones bezahlen sollten, was, sobald nur die Geistlichkeit ebenfalls zur Zahlung dieser Steuern herangezogen werde, die Einnahmen der Staatskasse nicht vermindern könne. Nach den Lebensmittelpreisen richten sich stets die Arbeitslöhne, deren ungebührliche Höhe die Spanier bisher verhindert habe, die Waren so billig wie das Ausland zu liefern, welches daher in der internationalen Konkurrenz die Oberhand behalten müsse [3]).

Jene zahlreichen Abgaben riefen aber nicht allein indirekt durch die Steigerung der Arbeitslöhne, sondern auch unmittelbar durch ihre Belastung aller kaufmännischen Geschäfte eine Verteuerung der Produktion hervor, wie wir dies schon im 2. Abschnitt zu betonen Gelegenheit hatten. Bereits hatte unter Philipp V. ein teilweiser Erlaſs der Alcavalas und Cientos für den erstmaligen Verkauf einer Ware stattgefunden; Uztariz wünscht nun diese Maſsregel noch erweitert zu sehen auf alle Fabrikate, die dem allgemeinen Gebrauche dienen [4]). Ulloa geht in ähnlicher Richtung vor. Er empfiehlt [5]), von allen Waren spanischen Ursprungs die Alcavalas und Cientos nur beim Detailverkauf zu erheben. Aber auch dann sollte die Erhebung nicht einzeln stattfinden, sondern jede Zunftgenossenschaft möge für alle sonst von den einzelnen Gewerbetreibenden zu zahlenden Abgaben durch ein Pauschquantum sich abfinden, wodurch die Gewerbe von den fortwährenden Belästigungen durch die Steuerpächter befreit würden [6]).

Betrachten wir nunmehr noch einige andere gesetzgeberische Maſsnahmen, welche Uztariz für geeignet hält, der daniederliegenden Industrie wieder aufzuhelfen.

Der alten Überlieferung getreu hatte auch Philipp V. Gesetze

[1]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 52.
[2]) S. a. a. O. I, Kap. IV, 40.
[3]) S. a. a. O. I, Kap. IX; vergl. auch Uztariz a. a. O. Kap. 96 S. 320 f.
[4]) S. a. a. O. Kap. 96.
[5]) S. a. a. O. I, Kap. IV, 40 u. 41.
[6]) S. a. a. O. I, Kap. XVI, 125 u. 126.

gegen den Aufwand und Luxus erlassen[1]), sowie die schon bestehenden erneuert und mit Ergänzungen versehen. Uztariz schliefst sich diesen Bestrebungen an, ohne dafs die bisherige Nutzlosigkeit derselben in ihm irgendwelche Bedenken dagegen wachzurufen vermag. Begreiflicher finden wir es, wenn er die unter Philipp V. erlassene Bestimmung billigt, nach der die Armeebedürfnisse nur durch Waren spanischen Ursprungs bestritten werden sollen[2]). Die Roheisenproduktion begünstige die Anlage von Waffen- und Munitionsfabriken, welche bei einiger Leistungsfähigkeit nicht nur die bisherige dominierende Stellung Hollands im Handel mit jenen Kriegsartikeln beseitigen, sondern auch die Sicherheit des eignen Landes erhöhen würden[3]).

In bezug auf die Herstellung von Papier und Drucksachen war Spanien schon seit lange der Hauptsache nach auf das Ausland angewiesen. Selbst die Landesbehörden bezogen ihre Papiere fast ausschliefslich aus Genua, während die Mehrzahl der spanischen Bücher in den Niederlanden gedruckt wurde. Bereits Philipp II. hatte den im Auslande gedruckten Büchern, sofern sie nicht in fremden Sprachen oder von Ausländern verfafst waren, den Eintritt in Spanien untersagt[4]), ohne dafs jedoch diesem Verbot Folge geleistet worden wäre. Uztariz empfiehlt deshalb die energische Durchführung jener Gesetzesbestimmung nebst einer hohen Belastung der ausländischen Papiersorten.

Wie jene Verordnung über die Einfuhr von Büchern, waren auch viele andere im Laufe der letzten Jahrhunderte erlassene Gesetze niemals in Kraft getreten, meist deshalb, weil dieselben mit ihren Ein- und Ausfuhrverboten, Zollerhöhungen, behördlichen Beaufsichtigungen u. s. w. nicht selten Unmögliches verlangten und auch die ausführenden Organe fehlten. Trotzdem dringt Uztariz auf ihre praktische Anwendung, wenn er dabei allerdings auch eine gewisse Vorsicht anempfiehlt; denn wenn es auch der Regierung völlig freistehe, Ein- und Ausfuhrverbote zu erlassen und ganz nach ihrem Belieben Zollschranken aufzurichten, so müsse man es doch vermeiden, die anderen Nationen gegen sich aufzuhetzen, was

---

[1]) Vergl. die Verordnung vom 4. Juli 1718, Art. 57, und vom 15. November 1723 bei Uztariz a. a. O. Kap. 48 u. 61.

[2]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 50 u. 51.

[3]) S. a. a. O. Kap. 37.

[4]) Vergl. Las leyes de Recopilacion, lib. I tit. 7 Ges. 24 u. 32 v. Jahre 1558.

dadurch geschehe dafs man alles rücksichtslos in den Dienst des Selbstinteresses stelle [1]).

Während somit die Höhe der Importzölle auf fremde Fabrikate nur an der gebührenden Rücksichtnahme auf die Gesinnungen der fremden Staaten ihre Grenze findet, ist nach Uztariz [2]) der Export der heimischen Waren in jeder Hinsicht zu begünstigen, und sind deshalb die betreffenden Zölle so niedrig als möglich anzusetzen. Alle Erzeugnisse der Textilindustrie, selbst wenn sie mit Gold- oder Silberfäden durchwebt sind, sowie alle Metall-, Glas-, Papier- und Galanteriewaren, Kunstgegenstände, kurz alle Fabrikate mit alleiniger Ausnahme der Maschinen und der massiven Gold- und Silberwaren, sollten einen Ausfuhrzoll von höchstens $2^1/_2$ % vom Nettowerte zahlen. Selbst dieser Zoll müfste den nach den spanischen Kolonieen gehenden Waren erlassen werden, da die Schiffssteuer an seine Stelle trete. Einen Ausfall in der Staatskasse befürchtet Uztariz von dieser Mafsnahme nicht, da nach Einführung der von ihm vorgeschlagenen Reformen mit der gesamten wirtschaftlichen Thätigkeit des Landes auch die Steuer- und Zollerträge entprechend zunehmen werden.

Wir schliefsen hiermit unsere Übersicht über einige der bemerkenswertesten, auf die Industrie bezüglichen Anschauungen und Reformvorschläge unserer beiden Merkantilisten. Sie gipfelten zum Teil in einer Abänderung der bestehenden Zoll- und Steuerverhältnisse, ohne jedoch damit eine Modifikation des Abgabensystems als solchen beabsichtigen zu wollen. Vielmehr hielten sich Uztariz wie Ulloa durchaus an die vorhandenen Steuerarten und wünschten nur Herabminderungen, Erhöhungen oder gänzliche Beseitigung derselben da, wo das Gedeihen der Industrie sie zu fordern schien. Dagegen war die Regierung selbst mit tiefgreifenden Veränderungen im Steuersystem vorgegangen, und die Energie, mit welcher diese bedeutsamen Reformen in dem kurzen Zeitraume von wenigen Jahren zur Durchführung gebracht wurden, verraten die klare und zielbewufste Wirtschaftspolitik des Kardinals Alberoni, der gerade damals als spanischer Minister eine unumschränkte Macht ausübte.

Schon zur Zeit Karls V. hatten sich die schädlichen Folgen der Absperrung der einzelnen Provinzen Spaniens durch Zolllinien, wo wie an den Landesgrenzen die Aduanas erhoben wurden, recht bemerk-

---

[1]) S. a. a. O. Kap. 82 S. 251 und Kap. 83.
[2]) S. a. a. O. Kap. 90.

bar gemacht. Der Verkehr der Provinzen untereinander war erschwert, infolgedessen auch die Landwirtschaft, wie wir bereits hervorhoben, in arge Bedrängnis geraten. Trotzdem wagten es die späteren Herrscher nicht, durchgreifende Erleichterungen nach dieser Richtung eintreten zu lassen, aus Furcht, hierdurch die ohnehin schon sehr ungünstige finanzielle Lage des Staates noch zu verschlechtern. Erst unter Philipp V. fand man den Mut, die Umgestaltung des Steuersystems energisch in Angriff zu nehmen [1]). Die Zolllinien im Innern Spaniens wurden, wenigstens zum gröfsten Teil, aufgehoben, und nur noch an den Landesgrenzen und in den Häfen die Aduanas entrichtet. Leider unterliefs man es, diese Mafsregel auch in Navarra und Kantabrien, sowie in Andalusien zur Durchführung zu bringen. Uztariz sowohl als Ulloa beklagen dies [2]) in bezug auf Andalusien besonders deshalb, weil der bedeutendste Export Spaniens, namentlich der nach Indien, über Cadix ging, und gerade hier die Waren einer unangemessen hohen Besteuerung unterlagen, was die Konkurrenz mit dem Auslande erschwerte. Durch die erwähnten Veränderungen wurde diesem Übelstande keine Abhilfe zu Teil. Beide fordern denn auch die Ausdehnung der obigen Bestimmungen auf Andalusien.

Ein weiterer Fortschritt war es, dafs auch die Geistlichkeit, die es bisher, allen gesetzlichen Bestimmungen entgegen, nicht selten durchzusetzen gewufst hatte, die Zahlung der Aduanas zu verweigern, in einer Verordnung vom 5. April 1721 [3]) zur Entrichtung der Generalrenten gezwungen wurde, während sie von der Zahlung der Provinzialrenten von jeher gröfstenteils befreit war.

Der Verwaltungsapparat dieser letzteren hatte im Laufe der Zeit grofse Mängel gezeigt. Die Provinzialrenten wurden bekanntlich nur im Königreich Kastilien erhoben, und zwar durch Privatunternehmer, welchen die Steuererhebung vom Staate gegen Pacht übertragen war. Nicht nur in jeder Provinz, sondern selbst in jedem Orte gab es mehrere Pächter, indem für gewöhnlich jede einzelne Steuer getrennt vergeben wurde. Dieses Verfahren kürzte ohne

---

[1]) Vergl die Verordnungen Philipp V. vom 31. Aug. 1716, vom 21 Dezbr. 1717 u. andere, bei Uztariz a. a. O. Kap. 55. Diese, sowie die anderen von uns citierten Verordnungen betreffs der Zoll- und Steuerfragen finden sich auch bei Fernandez a. a. O. abgedruckt.

[2]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 55 S. 139 f. und Ulloa a. a. O. I, Kap. VII, 57 und VIII, 62.

[3]) Sie ist bei Uztariz a. a. O. Kap. 56 mitgeteilt.

Zweck den dem Staate zufliefsenden Reinertrag, und setzte auch die Unterthanen den ärgsten Bedrückungen seitens der Steuerpächter aus [1]), Es war deshalb von grofser Bedeutung, dafs die Regierung beschlofs, wenigstens in den einzelnen Ortschaften nur noch einen einzigen Pächter zu dulden; es wurden infolgedessen alle Provinzialsteuern einem Unternehmer in Generalpacht gegeben, der dann wieder Unterpächter einsetzte, welche jedoch die verschiedenen Steuerarten zusammen zu erheben hatten [2]).

Auch die Verwaltung der Generalrenten erfuhr eine tiefgreifende Abänderung [3]). Auch sie waren bisher verpachtet worden, die Regierung hatte jedoch hier ebenfalls trübe Erfahrungen gemacht. Nicht selten wufsten die Steuerpächter, um gröfsere Erträge zu erzielen, die Kaufleute und besonders die ausländischen Handelskompanieen zu bewegen, die Waren ausschliefslich durch ihren Bezirk aus- und einzuführen, wofür die Pächter ihrerseits den Kaufleuten niedrigere Zollsätze zugestanden, als die Bestimmungen vorschrieben. Die Vorteile waren für die Steuerpächter naturgemäfs sehr bedeutend; so kam es denn häufig vor, dafs sich dieselben den Händlern gegenüber in Vergünstigungen in bezug auf die Zollsätze gegenseitig zu überbieten suchten, bisweilen sogar machten die Pächter infolgedessen bankrott, wodurch dann auch die Staatskasse stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zur Vermeidung solcher und ähnlicher Unzuträglichkeiten wurde die Verwaltung der Generalrenten einem Madrider Direktorium übergeben; da aber auch diese Mafsnahme nicht den gewünschten Erfolg hatte, so wurde das Verpachtungssystem gänzlich aufgehoben und der Gobernador del Consejo de Hacienda mit der Verwaltung der Generalrenten betraut. Uztariz erklärt sich hiermit völlig einverstanden. Er hofft, dafs nunmehr nicht allein der Ertrag der Steuern bedeutend anwachsen, sondern auch das Volk erleichtert aufatmen werde, welches nun nicht mehr unter der Rücksichtslosigkeit einer Anzahl Steuerpächter zu leiden habe. Zwar blieb, wenn auch in veränderter Form, für die Provinzialsteuern die Verpachtung fortbestehen. Ulloa wünscht deshalb, um auch hier etwaigen Veruntreuungen ein Ende zu machen, dafs ihre Verwaltung ebenfalls vom Staate übernommen werde [4]).

[1]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 58.

[2]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 57.

[3]) Vergl. die Verordnungen vom 8. Dezember 1714, Uztariz a. a. O. Kap. 59 u. 80.

[4]) S. Ulloa a. a. O. I, Kap. XVI, 132.

In demselben Jahre, in welchem die Beseitigung der inneren Zolllinien des Landes eine Modifikation der Generalrenten herbeiführte, geschah dies auch noch durch die Abschaffung des Staatsmonopols für die Fabrikation und den Verkauf von Spirituosen [1]). Dieselbe wurde damit motiviert, dafs das Branntweinmonopol dem Staat wenig einbringe im Vergleich zu dem Schaden, den die Weinbauern und Händler oft dadurch erlitten, dafs sie den Wein nicht nach ihrem Gutdünken verwenden könnten. Es wurde deshalb die Fabrikation und der Verkauf von Spirituosen freigegeben und nur ein Ein- und Ausgangszoll, dagegen keine Alcavalas, Cientos u. s. w. von denselben erhoben. Uztariz hält die Vorteile dieser Mafsnahmen für sehr bedeutende. Früher, so sagt er [2]), waren die Weinbauern nach guten Ernten aufser stande, allen Wein zu verkaufen, und da sie ihn nicht zu Branntwein verarbeiten durften, so verdarb er. Jetzt wird ihnen in dieser Beziehung freie Hand gelassen, und werden sie die Verarbeitung des Weines zu Branntwein um so eher vorziehen, als beim letzteren, wegen seines gröfseren Wertes, die Transportkosten relativ geringer sind. Freilich liegt die Gefahr vor, dafs sich nunmehr der Konsum des Branntweins vermehrt, was allerdings bei dem warmen Klima Spaniens besonders schädlich sein würde. Doch könnte man den Import und den Verkauf der besonders gesundheitsschädlichen Liköre verbieten, die Schankstellen hoch besteuern, um dadurch ihrer Vermehrung entgegenzuwirken, und den Einfuhrzoll auf Branntwein möglichst erhöhen, namentlich in Madrid, wo übrigens seine Fabrikation verboten ist. Um zu vermeiden, dafs der Branntwein im Einzelverkauf zu billig wird, hält es Uztariz für angemessen, denselben mit einer Steuer zu belegen, den Engrosverkauf, zu gunsten der Grundbesitzer, dagegen nach wie vor frei zu lassen.

Als im Jahre 1740 Ulloa seine Schrift herausgab, war man wieder zu dem früheren Monopol zurückgekehrt. Ulloa betrachtet diesen Schritt a'' sehr unpolitisch [3]). Zwar sei in Spanien der Branntwein kein .otwendiges Lebensmittel und höchstens in der Medizin unentbehrlich. Doch verdiene er eine besondere Beachtung, nicht allein als ein Hauptartikel des Landhandels, sondern auch deshalb, weil seine Fabrikation den Weinbau zu heben im stande

[1]) Vergl. die Verordnungen vom 11. September und 7. November 1717 und vom 31. August 1720. S. Uztariz a. a. O. Kap. 52-54.

[2]) S. a. a. O. Kap. 53.

[3]) S. a. a. O. I, Kap. XV, 122—124.

sei, und zwar aus Gründen, die bereits Uztariz vertreten hatte. Solange das Monopol herrsche, sei aber an eine Ausnutzung jener Vorteile nicht zu denken, die Wiedereinführung desselben daher nur zu beklagen.

Während so Uztariz wie Ulloa das Branntweinmonopol bekämpfen, hat ersterer gegen das bestehende Tabaksmonopol nichts einzuwenden [1]). Der Tabak sei die sicherste und einträglichste Einnahmequelle des Königs, und die im Monopol erhobene Steuer hält Uztariz für um so zweckmäfsiger, als das Volk durch sie nicht bedrückt werde, da der Tabak ein Luxusartikel sei, dessen Konsum schon fast allzusehr um sich gegriffen habe. Im Interesse der Staatseinnahmen wünscht jedoch Uztariz, dafs man dem Anbau des Tabaks auf Cuba, sowie dem Handel mit demselben nach dem Auslande gröfsere Aufmerksamkeit zuwenden möchte.

Überblicken wir die von unseren Autoren über die Zoll- und Steuerreformen geäufserten Ansichten, so sehen wir auch hier die bereits früher beobachtete Thatsache bestätigt, dafs beide in erster Linie für die Beseitigung aller derjenigen Einrichtungen eintreten, welche den ungehinderten Verkehr und die freie Konkurrenz der Gewerbetreibenden im Inland beeinträchtigen könnten, denn hierin vor allem erblicken sie die notwendige Vorbedingung für die allseitige Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes. Zu wiederholten Malen betonen sie, dafs die natürliche Beschaffenheit ihres Vaterlandes ganz danach angethan sei, eine hohe Kultur zu tragen, indem nicht nur der Boden Spaniens einer der ergiebigsten und fruchtbarsten Europas, sondern auch seine Bewohner nach Geistesrichtung und Charakter für die gewerbliche Thätigkeit geeignet seien.

Beim Beginne des vorigen Jahrhunderts, wo allerdings die Bevölkerung Spaniens, wie wir in einem früheren Abschnitt gesehen, bedeutend zusammengeschmolzen war, mufs die Ansicht, Spanien sei schon wegen seiner geringen Bevölkerung nicht im stande, den einstigen Grad der wirtschaftlichen Kultur wieder zu erlangen, allgemein verbreitet gewesen sein. Hierfür spricht wenigstens die Entschiedenheit, mit welcher Uztariz wie Ulloa gegen eine solche Behauptung Front machen [2]). Beide weisen darauf hin, dafs nicht die geringe Bevölkerung das Daniederliegen der Industrie verschuldet habe, sondern umgekehrt die Entvölkerung Spaniens eine Folge des gesunkenen Wohlstandes sei und deshalb mit der Hebung der Industrie auch

[1]) S. a. a. O. Kap. 103.

[2]) S. Uztariz a. a. O. Kap. 11 und Ulloa a. a. O. I, Kap. II, 22, 23.

die Zahl der Bewohner wieder steigen werde. Wenn die Landwirtschaft und die Viehzucht relativ viel Personen beschäftige, so sei dies lediglich dem Umstande zuzuschreiben, dafs diese Gewerbe noch nicht so daniederliegen wie Industrie und Handel. So sei die Zahl der Hirten in Spanien eine sehr bedeutende, obwohl der Beruf dieser Leute, die allen schädlichen Einflüssen der Witterung ausgesetzt seien und jede Bequemlichkeit des Lebens entbehren müfsten, bei weitem nicht so angenehm als der eines Handwerkers, Webers u. dergl. Es sei daher unzweifelhaft, dafs, sobald Handel und Industrie wieder zur Blüte gelangten, infolgedessen fremde Arbeiter in gröfserer Menge herangezogen würden und der Andrang zu den Klöstern aufhöre, auch die Bevölkerung Spaniens wieder zunehmen werde. Wenn einige nordische Länder, sagt Ulloa[1]), namentlich England und Holland, eine bedeutende Volksdichtigkeit aufweisen, so ist dies nur eine Folge ihrer blühenden Industrie und ihres entwickelten Handels, welche ihrerseits wieder dem grofsen Warenabsatz hauptsächlich nach Spanien und Amerika zuzuschreiben sind. Deshalb hat denn auch die Entvölkerung dieser Länder nur zu gunsten jener Staaten stattgefunden, die mit ihrer blühenden Industrie diejenigen der Spanier vernichtet und diese ihrer Subsistenzmittel beraubt haben. Der einzige Weg zur Abhilfe ist daher nur darin zu erblicken, dafs Spanien die Arbeit selbst verrichte, welche das Ausland an seiner Statt bisher geleistet habe. Uztariz wie Ulloa hoffen, dafs mit der Hebung der wirtschaftlichen Kultur des Landes die Zunahme der Bevölkerung Hand in Hand gehe, und wenn sie auch der Anwendung der zahlreichen Mittel, durch welche, wie wir sahen, in früheren Jahrhunderten die spanische Regierung auf direktem Wege eine Volksvermehrung anstrebte, vielleicht um so weniger entgegentreten würden, als auch Colbert in Frankreich sich derselben bedient hatte, so heben sie dieselben wenigstens nicht ausdrücklich hervor und bleiben dem u. a. schon gelegentlich der Geldausfuhrfrage befolgten Grundsatze treu, einer natürlichen Hebung des spanischen Wohlstandes vor der künstlichen den Vorzug zu geben.

Wir sind hiermit am Schlufs unserer Darstellung angelangt. Die wirtschaftspolitischen Reformvorschläge von Uztariz und Ulloa, deren Behandlung uns in erster Linie deshalb interessierte, weil aus ihnen

---

[1]) S. a. a. O. II, Kap. XXII, 166.

die theoretischen Anschauungen der beiden Merkantilisten sich ergaben, fielen in eine für ihre praktische Durchführung nicht ungünstige Zeit. Bereits hatten die unter Alberoni eingeführten Neuerungen nicht wenig dazu beigetragen, die Wunden zur Heilung zu bringen, welche ein dreizehnjähriger Erbfolgekrieg dem Lande geschlagen. Für die Finanzlage des Staates war die Reorganisation der Steuern von günstigem Einflufs gewesen und die kastilianischen Provinzialrenten hatten eine gewisse Steigerung erfahren, obwohl ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube in dieser Zeit nicht stattgefunden hatte [1]). Zwar reizte die auswärtige Politik des ehrgeizigen Kardinals das halbe Europa gegen Spanien zu einem Kriege, der bekanntlich erst mit der Entfernung Alberonis aus seinem bisherigen Wirkungskreise sein Ende erreichte. Doch dauerten unter Ferdinand VI. (1746—59), Karl III. (1759—88) und Karl IV. (1788—1808) die Bemühungen der Regierung zur Besserung der spanischen Wirtschaftsverhältnisse fort und brachten Handel und Industrie zu neuem Leben [2]). Wie Uztariz und Ulloa unter Philipp V. die leitenden Staatsmänner mit ihren Vorschlägen zu unterstützen suchten, so traten in den späteren Jahrzehnten Männer wie Capmany, Castro und vor allen der Direktor der Akademie der Geschichte zu Madrid, Campomanes, welcher als Minister unter Karl III. und teilweise auch noch unter Karl IV. auf den Gang der Regierungsgeschäfte den entscheidendsten Einflufs ausübte, in ihren Schriften für die Förderung der ökonomischen Lage ihres Vaterlandes ein. Leider begannen mit dem 19. Jahrhundert die Verhältnisse sich wieder zu verschlechtern. Die fortwährenden Kriege und die inneren Unruhen, unter denen Spanien zu leiden hatte, übten selbstverständlich auch auf seine Volkswirtschaft einen tiefgreifenden, schädigenden Einflufs aus, der Abfall der spanischen Kolonieen versetzte dem Handel einen harten Stofs, und bis in unsere Zeit hinein ist das unglückliche, von Parteikämpfen zerrissene Land nicht wieder zur Ruhe gekommen.

Doch die Vorführung der Entwickelung der spanischen Volkswirtschaft lag ja nicht in unserer Absicht. Wir mufsten hierauf nur deswegen näher eingehen, weil ohne diese Uztariz' und Ulloas Reformvorschläge nicht zu verstehen waren, deren Darlegung ihrerseits wieder ein Bild von den theoretischen Anschauungen jener beiden

[1]) Vergl. Uztariz a. a. O. Kap. 19 u. 105.

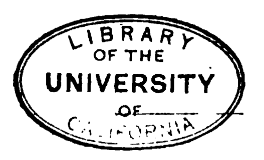
[2]) Vergl. die Novissima Recopilacion, Buch VII—IX. Wir finden in diesen Gesetzen sehr viele Vorschläge von Uztariz und Ulloa in die Praxis übergeführt.

Merkantilisten geben sollte. Vergleichen wir dieselben mit denjenigen Ansichten, welche fast allgemein als die Theorieen des Merkantilsystems hingestellt worden sind[1]), so werden wir Roscher nur zustimmen können, der sagt, „dafs das bekannte Bild, welches die Lehrbüchertradition von einem Merkantilisten zu entwerfen pflegt, immerhin auf manche unbedeutende Schriftsteller des 17. und 18. Jahrhunderts pafst, die bedeutendsten aber keineswegs davon getroffen werden. In einigen Punkten stimmen sie wohl damit überein, in einigen anderen, ebenso wichtigen sind sie völlig davon abweichend" [2]). Wenn Roscher dann weiterhin fordert, dafs die Litteratur des 16. und 17. Jahrhunderts in zwei verschiedenen Abschnitten zu behandeln sei, von denen der eine, den Kontinent betreffende, dann immerhin noch den Titel „Merkantilsystem" führen dürfe, der andere dagegen „ältere englische Schule" überschrieben werden müsse, so glauben wir auf Grund unserer Untersuchungen behaupten zu dürfen, dafs es beim Beginne des 18. Jahrhunderts auch auf dem Kontinent Merkantilisten gegeben hat, die, ähnlich den älteren englischen, Anschauungen vertreten, wie man sie für gewöhnlich nur bei den später erst zur Geltung gekommenen Wirtschaftssystemen vermutet. Im Hinblick hierauf aber ist auch die Auffassung Marlo's nicht von der Hand zu weisen, der neben den späteren Systemen den Merkantilismus ebenfalls als liberale Schule bezeichnet.

---

[1]) Vergl. hierüber das in der Einleitung Gesagte.

[2]) S. Roscher, Zur Geschichte der spanischen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1851. S. 122 f.



G. Pätz'sche Buchdruckerei (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.

256

Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Drittes Heft.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1886.

DAS UNTERNEHMEN,

DER

UNTERNEHMERGEWINN

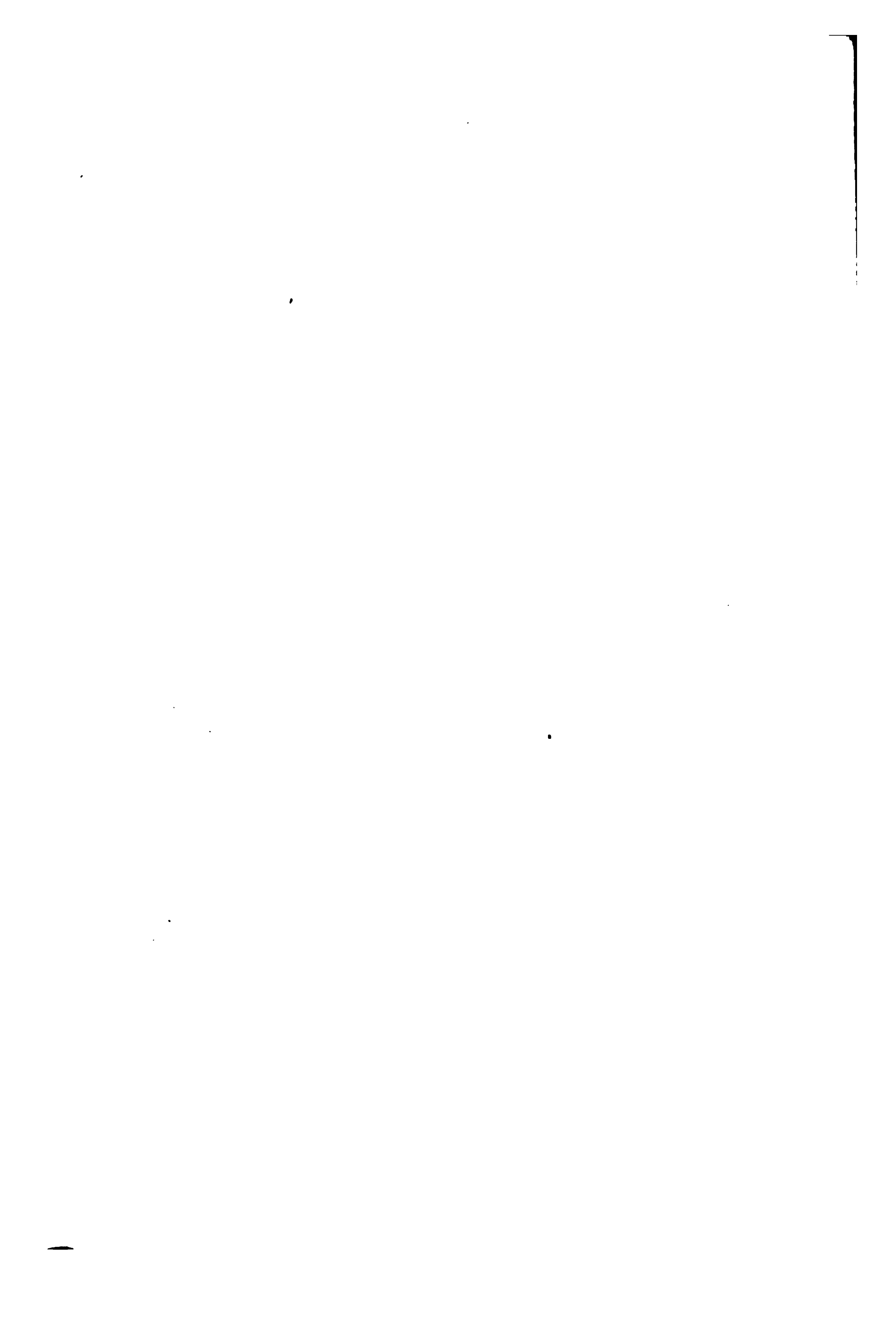
UND DIE

BETEILIGUNG DER ARBEITER AM UNTERNEHMERGEWINN.

VON

DR. ALEXANDER WIRMINGHAUS.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1886.



Vorwort.

Während die vor kurzem in dieser Sammlung erschienene Arbeit des Verfassers über zwei spanische Merkantilisten lediglich auf eignen Untersuchungen beruhte, ging die vorliegende Abhandlung aus Referaten hervor, welche über mehrere der den Unternehmergewinn betreffenden Probleme seitens einiger Mitglieder des staatswissenschaftlichen Seminars der Universität Halle, u. a. auch seitens des Verfassers selbst, geliefert wurden und die in einer Reihe von Sitzungen zu eingehenden Erörterungen Veranlassung gegeben haben. Indem der Verfasser es unternahm, eine zusammenfassende Darstellung der behandelten Fragen zu bieten, ist er bemüht gewesen, unter thunlichster Berücksichtigung aller bei der Diskussion zu Tage getretenen Anschauungen, sich eine eigne Auffassung zu bilden, welche in allen wesentlichen Punkten dem Standpunkte des Seminars entspricht.

Oldenburg i./G., im Juni 1886.

A. W.



Inhalt.



Einleitung.

Angesichts der hervorragenden Bedeutung, welche die Arbeiterfrage nicht nur für das soziale Leben, sondern auch in der nationalökonomischen Wissenschaft unserer Zeit erlangt hat, und der äufserst umfangreichen, täglich noch mehr anschwellenden Litteratur über diesen Gegenstand, konnte es einigermafsen befremden, dafs die Untersuchungen über das Wesen und die Bedeutung des Unternehmergewinnes, deren völlige Klarstellung zur Schaffung einer wissenschaftlichen Grundlage für die Lösung jener Frage wesentlich beitragen wird, von einem befriedigenden Abschlusse bis in die Neuzeit noch weit entfernt waren. Zwar hatten von Mangoldt und Pierstorff zwei schätzenswerthe Monographieen über den Unternehmergewinn geliefert [1]; allein während die erstere dieser beiden Schriften, bereits vor drei Jahrzehnten erschienen, im Hinblick auf die bedeutenden Fortschritte der Nationalökonomie namentlich auf sozialwirtschaftlichem Gebiete, in vielen Beziehungen als veraltet gelten mufste, hatte das Pierstorffsche Werk den unverkennbaren Mangel, dafs der Verfasser auf jede positive Darstellung seiner eignen Anschauungen vom Unternehmergewinn verzichtete, und so, mit einer allerdings äufserst scharfsinnigen Kritik der bisher über unseren Gegenstand zu Tage getretenen Theorieen sich begnügend, den Leser unbefriedigt entliefs.

Mit um so gröfserer Genugthuung konnten wir daher jüngst das Erscheinen dreier neuer Monographieen über den Unternehmergewinn von Mataja, Grofs und Schroeder begrüfsen [2]. Sie bilden zusammen mit den Abhandlungen F. Kleinwächters und Th. Mithoffs in dem Schönbergschen Handbuche der politischen Ökonomie [3]) die neuesten Litteraturerscheinungen über unsere Frage.

---

[1]) H. von Mangoldt, Die Lehre vom Unternehmergewinn. Ein Beitrag zur Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1855.

Julius Pierstorff, Die Lehre vom Unternehmergewinn. Dogmengeschichtlich und kritisch dargestellt. Berlin 1875.

[2]) V. Mataja, Der Unternehmergewinn. Ein Beitrag zur Lehre von der Güterverteilung in der Volkswirtschaft, Wien 1884.

Gustav Grofs, Die Lehre vom Unternehmergewinn. Leipzig 1884.

E. Aug. Schroeder, Das Unternehmen und der Unternehmergewinn vom historischen, theoretischen und praktischen Standpunkte. Wien 1884.

[3]) Tübingen 1882; Bd. 1 S. 182 ff. resp. 494 ff.

Es erscheint uns jetzt zeitgemäſs, auf Grund derselben und unter Benutzung der Ergebnisse dieser neueren Forschungen, an eine nochmalige Behandlung des fraglichen Gegenstandes heranzutreten, unter besonderer Berücksichtigung auch der praktischen Gesichtspunkte, die sich auf Grund der theoretischen Erörterung eröffnen. Auf eine ins einzelne gehende Kritik der genannten Monographieen verzichten wir, da sie bereits von anderer Seite gegeben ist. Noch viel weniger werden wir uns auf eine Behandlung der sonstigen zahlreichen Ansichten vom Unternehmergewinn, wie sie von den verschiedensten volkswirtschaftlichen Systematikern aufgestellt sind, einzulassen brauchen. Von einer solchen Aufgabe scheint uns schon der Umstand zu entbinden, daſs trotz der eingehenden Untersuchung, welche dieser Seite unseres Gegenstandes von Pierstorff zu teil geworden ist, weder Mataja, noch Groſs, noch Schroeder es sich haben nehmen lassen, auch ihrerseits in der ausführlichsten Weise, natürlich ein jeder von seinem Standpunkte aus, die bisherigen Theorieen zu kritisieren. Unsere Darstellung wird sich nun in der Weise zu entwickeln haben, daſs wir zunächst untersuchen, wie der wirtschaftliche Ursprung und das Wesen der Unternehmung aufzufassen sind und welche Stellung die letztere in der Volkswirtschaft einnimmt. Diese Betrachtungen führen zur Erforschung der eigentümlichen Natur und der ökonomischen Berechtigung des Unternehmergewinnes, an welche sich dann die Besprechung einiger praktischer Folgerungen, zu denen unsere Resultate führen, anzuschlieſsen hat, wobei wir besonders die Frage der Teilnehmerschaft der Arbeiter am Unternehmergewinn ins Auge fassen werden.

I. Das Unternehmen.

Der Mensch, auf seiner heutigen hoch entwickelten Kulturstufe, tritt mit den mannigfachsten und zahlreichsten Bedürfnissen der Auſsenwelt gegenüber, auf deren Befriedigung deshalb auch sein Hauptstreben gerichtet ist. Die gesamte planmäſsige Thätigkeit des Menschen, zu diesem Ziele zu gelangen, nennen wir Wirtschaft. Jene Thätigkeit aber ist eine sehr vielseitige. Sie wird nicht mit der momentanen Befriedigung ihr Ende erreichen, sondern erstreckt sich auch auf eine leichtere Erlangung der Befriedigungsmittel, auf die Erfindung der besten Mittel und Wege, dieselben zu verfeinern, ihre Zahl zu vergröſsern, und auf die Ermöglichung der angemessensten Verwendung für dieselben.

Demgemäfs ist also die menschliche Wirtschaft der Produktion und Konsumtion wirtschaftlicher Güter gewidmet. Was nun die Produktion betrifft, so beschränkt sich diese, bei unserer heutigen, so stark ausgebildeten Arbeitsteilung, in den allerseltensten Fällen auf eine blofse Befriedigung des eignen Bedarfs, sie erstreckt sich vielmehr der Hauptsache nach auf die Erzeugung von wirtschaftlichen Gütern zum Zwecke ihres Austausches gegen andere, d. h. für fremden Bedarf. Sofern die selbständige Wirtschaft dieses Ziel verfolgt, nennen wir sie ein Unternehmen. Es ist also die Wirtschaft der umfassendere Begriff, der denjenigen des Unternehmens mitenthält. Ohne Wirtschaft ist kein Unternehmen möglich, während das soziale Leben zahlreiche Beispiele vom Wirtschaften kennt, bei denen jede Unternehmerthätigkeit ausgeschlossen ist. Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden sich uns solche darbieten.

Grofs[1]) und Schroeder[2]), denen wir das Verdienst zuschreiben dürfen, dem wichtigen Unterschiede, der zwischen der Wirtschaft und dem Unternehmen besteht, zum ersten Male eine umfassendere Betrachtung gewidmet zu haben, gelangen im grofsen und ganzen zu demselben Resultat. Mit Recht weist Schroeder u. a. darauf hin, dafs das Vorhandensein aller Produktionsfaktoren kein charakteristisches Merkmal des Unternehmens sein könne, da auch in der Wirtschaft alle drei Produktionsfaktoren (Natur, Arbeitskraft und Kapital) thätig sind. Ebensowenig kann der Kredit als ein solches Unterscheidungsmoment hingestellt werden, denn auch er ist bei der Wirtschaft und dem Unternehmen in gleicher Weise vorhanden, oder wird mindestens in den meisten Fällen vorhanden sein. Wir stimmen auch Schroeder vollkommen bei, wenn er sagt, dafs die Gefahr, welche Roscher als ein bezeichnendes Merkmal des Unternehmens hingestellt[3]), zwar ein notwendiges, aber kein charakteristisches Attribut des Unternehmens bildet, denn auch bei der Wirtschaft liegt die Gefahr eines Mifslingens vor[4]).

---

[1]) a. a. O. S. 95 ff.

[2]) a. a. O. S. 39 ff.

[3]) Roscher sagt in seiner „Grundlage der Nationalökonomie" Stuttgart 1883. S. 501: „Das Wesentliche einer Unternehmung im national-ökonomischen Sinne des Wortes besteht darin, dafs für den Verkehr auf eigne Gefahr produziert wird".

[4]) Grofs (a. a. O. S. 100) unterscheidet 2 Gefahrmomente: 1. die Gefahr des technischen Mifslingens der Produktion, wie sie durch nicht vorher zu bestimmende Einflüsse der Natur, durch Fehler bei der Arbeit und auf andere Weise herbeigeführt wird; 2. die Gefahr des wirtschaftlichen Mifslingens, die meist

Weniger glücklich scheint uns Schroeder zu sein, wenn er es unternimmt, auch die Produktion für fremden Bedarf, die sowohl Roscher als auch wir selbst als ein Kennzeichen des Unternehmens hingestellt haben, als solches zu bestreiten. Eine Unterscheidung zwischen der für sich selbst produzierenden Wirtschaft und dem für fremden Bedarf produzierenden Unternehmen, meint Schroeder, habe deswegen keine Berechtigung, weil ja auch die Wirtschaft vielfach für andere produzieren müsse, um sich selbst zu erhalten, und die Art des Unternehmens anderseits auch so beschaffen sein könne, dafs es nur für den Bedarf des Unternehmers produziert. Schroeder weist in dieser letzteren Beziehung auf eine Ziegelbrennerei eines Grofsgrundbesitzers hin, deren Erzeugnisse nicht verkauft, sondern zu Wirtschaftsbaulichkeiten verwendet werden. Wir halten diese Einwände für nicht stichhaltig, denn gegenüber dem ersten Falle mufs bemerkt werden, dafs überall da, wo die Wirtschaft, um sich selbst zu erhalten, für andere produziert, sie eben den Charakter eines Unternehmens annimmt, ohne damit den der Wirtschaft zu verlieren, und auch Schroeder selbst sagt an einer anderen Stelle [1]), dafs das Ziel eines jeden Unternehmens ein sichererer und gefahrloserer Bestand, die Wirtschaft sei. Im Unternehmen produziert also die Wirtschaft für die Wirtschaft. Was nun den zweiten Einwand anbetrifft, so haben wir oben schon gesagt, dafs in der Wirtschaft auch eine solche Produktion stattfinde, die jene damit noch nicht in ein Unternehmen verwandelt, dafs sie zu dem Zwecke geschieht, die Erhaltung der Wirtschaft zu ermöglichen. Ein Produzieren zum alleinigen Bedarf der Wirtschaft ist eben noch kein Unternehmen, und jene angeführte Ziegelbrennerei tritt deswegen aus der Sphäre der blofsen Wirtschaft nicht heraus. Unter einer Wirtschaft verstehen wir aber die gesamte planmäfsige Thätigkeit einer (physischen oder juristischen) Person, welche unter Vereinigung der produktiven Kräfte, und auf ihre eigne Rechnung und Gefahr, der menschlichen Bedürfnisbefriedigung dient.

Auch Grofs tritt der Anschauung bei, dafs die Vereinigung der Produktionsfaktoren und das Vorhandensein einer Gefahr im Unternehmen keine unterscheidenden Kriterien gegenüber der Wirtschaft abgeben können, wenn auch die Gefahr des wirtschaftlichen Mifs-

---

viel gröfser als jene, aus der Schwierigkeit entspringt, die Produktion vollständig dem Bedarf entsprechend einzurichten.

[1]) a. a. O. S. 41 unten.

erfolges für die Unternehmung bedeutend gröſser ist. Ein wichtiger Unterschied ergibt sich dem genannten Verfasser aber durch die Vergleichung der verschiedenen Arten der Wirtschaft mit dem Unternehmen. Er stellt letzteres der Eigenwirtschaft und der Gemeinwirtschaft entgegen [1]), von denen die eine lediglich zur Befriedigung der eignen Bedürfnisse des betreffenden Wirtschaftssubjektes, die andere hingegen zur Befriedigung von Gemeinbedürfnissen bestimmt ist; im letzteren Falle werden die produzierten Güter nach dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip der generellen Entgeltlichkeit zur Verfügung gestellt. Diesen beiden Arten der Wirtschaft steht nun, nach Groſs, das Unternehmen gegenüber, welches nicht wie jene die Produktion auf den eignen Bedarf beschränkt, sondern dessen charakteristische Eigentümlichkeit darin liegt, wirtschaftliche Güter zu produzieren, die im Verkehr durch den Tausch weiterbegeben werden sollen. Groſs macht hiermit zwischen der Wirtschaft und dem Unternehmen eine generelle Unterscheidung, der wir uns, wie schon aus dem früher Gesagten hervorgeht, nicht anzuschlieſsen vermögen, indem wir vielmehr in jedem Unternehmen als solchem auch eine Wirtschaft erblicken. Wir möchten auch der Unterscheidung der Wirtschaften in Eigen- und Gemeinwirtschaften diejenige vorziehen, welche Ad. Wagner u. a. [2]) acceptiert haben. Sie unterscheiden zwischen Privatwirtschaften, Wirtschaften mit karitativem System (Wohlthätigkeitsanstalten, Kunstinstitute u. s. w.) und Gemeinwirtschaften (Staat, Kommune, Konsumvereine u. s. w.) Die beiden letztgenannten Wirtschaften produzieren allein für den eignen Bedarf, während die ersteren auch der Erzeugung von Verkehrsgütern dienen können, wodurch sie dann zu Unternehmen werden. Ein Unternehmen hat deshalb immer einen privat wirtschaftlichen Charakter, und tritt z. B. eine Gemeinwirtschaft, wie der Staat oder die Gemeinde, als Unternehmer auf, so verliert sie als solche die Eigentümlichkeit einer Gemeinwirtschaft, indem sie als juristische Person in die Reihe privater Unternehmer eintritt. Wir gelangen also zu dem vorläufigen Resultat, daſs das Unternehmen als eine selbständige Privatwirtschaft zu betrachten ist, die der Produktion wirtschaftlicher Güter [3]) dient

---

[1]) a. a. O. S. 108 ff. Die Einzelwirtschaft stellt er der Volkswirtschaft gegenüber, s. a. a. O. S. 120 Anm.

[2]) Siehe Schönbergs Handbuch S. 8 f. und S. 20 f.

[3]) Zu diesen rechnen wir auch persönliche Dienste, welche auch geistiger Natur sein können. Somit ist z. B. das Gewerbe eines Privatlehrers als Unternehmung anzusehen.

zum Zweck ihres Austausches gegen andere. Das Ziel dieser Produktion ist aber, sofern wir die Unternehmung selbst dabei im Auge behalten, die Erlangung eines Gewinnes[1]). Auch dieses Moment unterscheidet das Unternehmen streng von den anderen Wirtschaften. Weder der Staat, noch die Gemeinde, noch auch irgend welche Wohlthätigkeitsanstalten, Konsumvereine u. s. w. haben die Erlangung pekuniärer Vorteile im Auge, sie verfolgen vielmehr nur soziale Ziele, und sollte die Wirtschaftsthätigkeit der genannten juristischen Personen einen Überschufs erzielen, so wird derselbe als ein durchaus zufälliger, unbeabsichtigter zu betrachten sein[2]). Als eine bemerkenswerte Eigenschaft der karitativen und Gemeinwirtschaften kann auch noch der Umstand geltend gemacht werden, dafs die zur Wirtschaft erforderlichen Mittel meistens durch Beiträge von den betheiligten Personen aufgebracht werden, die dem in den privatwirtschaftlichen Unternehmungen erworbenen Vermögen entnommen sind, obwohl auch die Möglichkeit gegeben ist, dafs jene Wirtschaften die nötigen Mittel durch eigne Unternehmungen sich verschaffen[3]). Schon früher wiesen wir darauf hin, dafs in jeder Wirtschaft produktive Kräfte thätig sind; dieses Moment wird im Unternehmen um so stärker hervortreten, als in diesem letzteren jene Produktion besonders ausschlaggebend ist, und darin eine gewisse Stetigkeit annimmt. In diesem Falle spricht man von dem Betriebe der Produktion, unter dem wir, mit Kleinwächter[4]), die (mehr oder weniger dauernde) Vereinigung und Verwendung produktiver Kräfte zum Zwecke der Produktion in einer Wirtschaft verstehen. Sonach ergeben sich uns folgende Definitionen: Das Unternehmen ist eine betriebsweise geführte Privatwirtschaft, welche die Produktion wirtschaftlicher Güter für fremden Be-

---

[1]) Hierbei scheint es uns prinzipiell gleichgültig zu sein, ob diese auf Erwerb gerichtete Absicht oder aber die sozialen Ziele für das Unternehmen die Hauptsache sind, wie letzteres z. B. bei den Sparkassen der Fall, wo jener erstgenannte Zweck gegenüber dem anderen in den Hintergrund tritt. Wir glauben deshalb, dafs Mataja (a. a. O. S. 136 f.) nicht glücklich gewesen ist, wenn er dieses Beispiel heranzog um seine Ansicht zu stützen, dafs die auf Erwerb gerichtete Absicht des Unternehmers nicht zum Wesen der Unternehmung gehöre.

[2]) Eine Wohlthätigkeitsanstalt, die sich auch die Erzielung eines Gewinnes zum Ziele setzt, würde eben damit aus einer karitativen Wirtschaft zu einer Privatwirtschaft (und zwar einem Unternehmen) werden.

[3]) Dieser letztere Fall liegt u. a. dann vor, wenn der Staat seine Einnahmen z. T. aus seinen eignen Forsten, Fabriken, aus dem Postregal u. s. w. bezieht.

[4]) a. a. O. S. 182.

darf und mit der Aussicht auf Gewinn verfolgt. Oder, wenn wir den Begriff der Privatwirtschaft eliminieren: Das Unternehmen ist die gesamte planmäfsige Thätigkeit einer (physischen oder juristischen) Person, welche vermittelst eines Betriebes, auf ihre eigene Rechnung und Gefahr und mit Aussicht auf Gewinn, die Produktion wirtschaftlicher Güter für fremden Bedarf verfolgt. Jene Person nennen wir Unternehmer. Vergleichen wir mit dieser die Grofssche Definition. Sie lautet [1]: Das Unternehmen ist die „Vereinigung von Kapital und Arbeit zum Zwecke der Produktion wirtschaftlicher Verkehrsgüter auf Gefahr des unternehmenden Wirtschaftssubjektes, verbunden mit der spekulativen Absicht, die produzierten Güter im privatwirtschaftlichen Tauschverkehr gegen einen die Selbstkosten übersteigenden Preis weiterzubegeben.“ Hier ist, nach unserer Auffassung, der Begriff der Unternehmung zu eng gefafst. Weder der selbständige Dienstmann noch der Privatlehrer, die wir beide als Unternehmer anzusehen haben, produzieren Verkehrsgüter, denn persönliche Dienstleistungen (materielle wie geistige) können ihrer Natur nach nicht durch Tausch „weiterbegeben“ werden. Ferner halten wir es für einen Fehler (den allerdings auch Mataja begeht), die Produktion auf der einen dem Absatze der Produkte auf der anderen getrennt gegenüberzustellen, während doch die für den Verkehr erfolgende Produktion erst dann als vollendet anzusehen ist, wenn die Produkte abgesetzt und bezahlt sind. Endlich scheint es uns, dafs auch die Handelsunternehmungen nur gezwungen sich unter die Grofssche Definition subsumieren lassen. Aus allen diesen Gründen möchten wir unserer Definition vor jener den Vorzug geben. Freilich müssen wir zugestehen, dafs auch ihr jedenfalls der Mangel anhaftet, dafs sie sich nicht vollkommen mit dem Sprachgebrauche deckt. Dieser letztere wird geneigt sein, einerseits manche von uns als blofse Wirtschaften bezeichnete Anlagen (wie Krankenhäuser, manche Kunstinstitute u. s. w.) für Unternehmungen zu halten, anderseits aber auch vielen anderen Wirtschaftserscheinungen den Charakter als Unternehmungen abzusprechen (wie etwa dem Geschäft des selbstständigen Dienstmannes), die wir notwendig in diese Kategorie mithineinbeziehen müssen. Diese Erwägung vermag uns jedoch nicht von der gegebenen Definition abzubringen, da sie zu einer vollkom-

[1]) a. a. O. S. 105.

menen Würdigung des später zu behandelnden Unternehmergewinnes die einzig taugliche zu sein scheint [1]) [2]) [3]).

Nach dieser Begriffsbestimmung des Unternehmens würde es vielleicht angemessen sein, eine Klassifikation der mannigfachen in der Praxis sich darbietenden Unternehmungen folgen zu lassen; sie würde naturgemäſs verschiedenartig ausfallen, je nachdem man entweder die Person des Unternehmers oder die Natur der produzierten Güter oder endlich den Umfang des Betriebes zum Einteilungsprinzip macht [4]). Angesichts der zahlreichen Erörterungen, welche diese Seite unseres Gegenstandes in den systematischen Darstellungen der Wirtschaftslehre bereits erfahren hat, glauben wir jedoch eine nochmalige Besprechung derselben unterlassen zu dürfen. Wir möchten daher nur noch diejenigen Punkte berühren, hinsichtlich derer eine völlige Einigung bisher nicht hat erzielt werden können, deren Richtigstellung aber für die nachfolgende Beurteilung des Unternehmergewinnes von Wichtigkeit ist. Jene Einteilung nach dem Umfang des Betriebes ist jedenfalls die äuſserlichste und am wenigsten befriedigende. Sie hat jedoch in sofern ein gewisses Interesse, als eben wegen ihres geringen Umfanges von mancher Seite vielen kleinen Unternehmungen der Charakter als Unternehmungen abgesprochen ist, weil in ihnen das Kapital entweder gar keine, oder doch nur eine sehr untergeordnete Rolle spiele. Pierstorff sagt von Rodbertus [5]), seiner ganzen Anschauung vom Unternehmergewinn nach könne dessen Meinung nicht die sein, daſs jeder, der auf eigne Rechnung arbeite,

---

[1]) Kleinwächter unterscheidet (a. a. O. S. 182 f.) zwischen Unternehmungen im weiteren Sinne und Unternehmungen im engeren Sinne. Der Begriff der ersteren fällt mit dem was wir „Privatwirtschaften“ nennen zusammen; die „Unternehmungen im engeren Sinne“ decken sich mit unseren „Unternehmungen“. Wir können diese Unterscheidung nicht ohne weiteres verwerfen, um so weniger, als sie sich eng an den Sprachgebrauch anschlieſst, sind jedoch der Meinung, daſs unsere Gegenüberstellung von Wirtschaft und Unternehmung manche Vorzüge hat.

[2]) Die Schroedersche Ableitung des Begriffs der Unternehmung, die er in seinen „exakten Untersuchungen“ (a. a. O. S. 48 ff.) versucht hat, scheint uns schon wegen der eigentümlichen Anwendung der mathematischen Formeln durchaus verfehlt. Wir glauben es uns versagen zu müssen, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

[3]) Mataja sagt (a. a. O. S. 142), das Charakteristische der Unternehmung bestehe in der Produktion von Verkehrswerten auf Rechnung des Unternehmers. Nach dem früher Gesagten wird man leicht das Mangelhafte dieser Begriffsbestimmung ersehen.

[4]) Siehe Kleinwächter a. a. O. S. 183.

[5]) a. a. O. S. 212 f.

schon als Unternehmer zu betrachten sei. Der kleine Handwerker, der ohne Gehilfen arbeitet und nur von seiner eignen persönlichen Arbeit lebt, an deren Produkt ihm ungeteiltes Eigentum zusteht, sei nicht Unternehmer im wissenschaftlichen Sinne des Wortes. Dieser Auffassung tritt Pierstorff bei; dies ist um so wichtiger, als die ganze Ansicht vom Unternehmergewinn, die jene beiden Autoren vertreten, auf derselben begründet ist. Wir werden somit zu der Frage hingeleitet, ob und inwiefern in einem Unternehmen Kapital vorhanden ist, und ob es etwa auch kapitallose Unternehmungen gibt. Man hat zum Beweise für das Gegenteil wohl auf den Umstand hingewiesen, dafs in einer jeden Unternehmung die Produktion auf Rechnung und Gefahr des Unternehmers stattfinde, mit derselben also ein wirtschaftliches Risiko verknüpft, welches vom Unternehmer getragen werde, und das nur dann als vorhanden angenommen werden könne, wenn Kapital riskiert werde, das mit dem Unternehmen wirtschaftlich verbunden sei. Diese letztere Behauptung würde offenbar hinfällig werden, wenn es uns gelänge auf Unternehmungen hinzuweisen, bei denen der Kapitalsfaktor, wo nicht völlig verschwindet, so doch gegenüber der in denselben thätigen menschlichen Arbeitskraft eine so unbedeutende Rolle spielt, dafs von einem Kapitalrisiko in ihnen nicht mehr die Rede sein kann. Es werden dies also solche Unternehmungen sein, bei denen die Arbeit fast ausschliefslichen Anteil an der Produktion hat. Beispiele für dieselben liefert aber das praktische Leben in Menge. Es möge genügen, hier auf folgende hinzuweisen. Als erstes Unternehmen dieser Art nennen wir den Betrieb eines solchen Handwerkers, welcher, abgesehen von seinen Werkzeugen, ohne Zuhilfenahme von Maschinen arbeitet. Hier ist allerdings auch Kapital thätig, als weit bedeutungsvoller erweist sich aber der Arbeitsfaktor. Dies tritt noch klarer zu Tage, wenn wir annehmen, dafs jener Handwerker mit mehreren Gehilfen arbeitet, in welchem Falle die Bedeutung des Kapitals gegenüber der Arbeit völlig in den Hintergrund tritt. Noch eklatanter zeigt sich dies Verhältnis, wenn wir ein Dienstmannsinstitut ins Auge fassen, bei welchem der Leiter des Instituts den einzelnen Dienstmännern eine feste Summe garantiert, wodurch diese also zu jenem Unternehmer in ein Lohnverhältnis treten. Abgesehen von den Werkzeugen der Dienstmänner, die jedoch meist sehr geringfügig, wenn überhaupt vorhanden sind, braucht hier Kapital durchaus nicht im Spiele zu sein, und dies kann im Besitz der Dienstmänner, nicht des Leiters sich befinden. Ganz analog diesem Unternehmen ist ein

solches, wo eine Person etwa zur Herstellung eines Strafsendammes oder zur Einbringung einer Ernte auf eigne Rechnung Arbeiter engagiert. Dieser Unternehmer wird sich eine bestimmte Summe als Preis für die betreffende Leistung ausbedingen, während er selbst wiederum seine Arbeiter auslohnt. Jedes der genannten Beispiele wird nicht nur nach unserer Definition, sondern auch nach dem Sprachgebrauche als ein Unternehmen zu bezeichnen sein, und unsere Definition ist ohne weiteres auf dieselben anwendbar; dennoch spielt, namentlich in dem letzteren, das Kapital in ihnen keine Rolle. Man könnte nun hier vielleicht einwenden, dafs das Kapital, wenn es auch in den genannten Unternehmungen nicht unmittelbar produzierend wirke, so doch in sofern ein unumgänglich notwendiger Faktor derselben sei, als der Besitz desselben den Unternehmer erst in den Stand setze, eine sichere Basis für seine Thätigkeit zu gewinnen, denn ganz mittellos würde er weder irgend ein Risiko tragen, noch auch würde ihm irgend ein Arbeiter das Vertrauen schenken, welches erforderlich ist, um ein Unternehmen ins Leben zu rufen. Gegen die letztere Bemerkung wäre zu sagen, dafs die persönliche Intelligenz und die guten Charaktereigenschaften eines Unternehmers in einem solchen Fall den Besitz von Vermögen vollkommen ersetzen können, abgesehen davon, dafs auch Unternehmen ohne Kreditbedürfnis denkbar sind, wie das Gewerbe eines selbständigen Dienstmannes. Was dagegen den ersteren Einwand anbetrifft, so müssen wir darauf hinweisen, dafs es sich bei einem Risiko nicht immer um das Aufsspielsetzen eines gewissen vorhandenen Kapitalbetrages zu handeln braucht, denn auch der gute Ruf und vor allem auch der Ertrag der Arbeit, der zu erwartende Gewinn, welcher das wirtschaftliche Resultat einer jeden Produktion im Unternehmen bilden soll, kann riskiert werden. Die Betrachtung jener Beispiele aus dem wirtschaftlichen Leben, deren Heranziehung wir für um so notwendiger hielten, als es sich um die Erörterung einer mehr theoretischen Frage handelt, führt also zu dem Ergebnis, dafs auch Unternehmungen existieren, in denen der Kapitalsfaktor von unwesentlicher Bedeutung ist. Freilich würde es uns nicht gelingen, Unternehmungen ausfindig zu machen, bei denen das Kapital völlig ausgeschlossen wäre. Solche sind auf unserer Wirtschaftsstufe überhaupt gänzlich undenkbar, denn jedes Unternehmen ist, wie wir bereits dargelegt haben, eine Wirtschaft, und in dieser kann das Kapital niemals fehlen. In einem Unternehmen ist daher in sofern auch der Kapitalsfaktor thätig, als es zugleich eine

Wirtschaft ist. Im wesentlichen zu demselben Ergebnis gelangt u. a. Mataja [1]). Auch er hält es für verfehlt, zum Wesen der Unternehmung die produktive Anwendung von Kapital zu rechnen, obgleich er einräumt, dafs thatsächlich eine kapitallose Unternehmung vielleicht nie existieren werde. Aber deshalb den Begriff des Unternehmens einzuschränken, hiefse denn doch ein historisches Merkmal zu einem logischen machen wollen. Wir müssen unsererseits daran festhalten, dafs es in dem Wirtschaftsbegriff des Unternehmens liegt, dafs in letzterem Kapital, wenn auch in noch so geringem Betrage, notwendig vorhanden sein mufs, dafs aber auf der anderen Seite dieser Umstand keine begriffliche Eigentümlichkeit des Unternehmens bildet. Wir glauben nach allem diesen den Charakter und den Wirtschaftsbereich des Unternehmens hinreichend klar skizziert und umgrenzt und somit eine sichere Basis für unsere weitere Untersuchung gewonnen zu haben.

Die Stellung des Unternehmers und die wichtige Bedeutung, welche er als Träger der Unternehmung für die Volkswirtschaft besitzt, lassen wir hier unerörtert. Dies scheint uns um so eher statthaft, als in betreff jener Fragen die Ansichten nicht wesentlich auseinander gehen und anderseits auch wir genötigt sein werden, auf die Bedeutung des Unternehmers im folgenden Abschnitt in soweit einzugehen, als eine richtige Auffassung vom Unternehmergewinn dies erforderlich erscheinen läfst.

II. Der Unternehmergewinn.

Wir haben in unserer bisherigen Darlegung zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, dafs es zur begrifflichen Eigentümlichkeit eines jeden Unternehmens gehört, dem Besitzer desselben einen Vermögensanteil, einen Gewinn zu verschaffen, der in dem Ertrage der Unternehmung sich ausdrückt. Dieser Ertrag aber bildet für den Unternehmer selbst sein Einkommen. Wir nennen ihn deswegen das Unternehmereinkommen, welches anzusehen ist als ein Erzeugnis der im Unternehmen verwendeten produktiven Kräfte.

Es kann hier füglich nur von dem reinen Einkommen, gegenüber dem rohen die Rede sein, welches erstere sich ergibt, wenn man von

[1]) a. a. O. S. 133 ff.

dem letzteren die Produktionskosten abzieht. Über den Begriff Produktionskosten sind nun die Ansichten verschieden, indem über die Elemente, welche unter den Produktionskosten zusammenzufassen sind, bisher eine Einigung noch nicht hat erzielt werden können, besonders deshalb nicht, weil man zu sehr verschiedenen Resultaten kommen mufs, je nachdem man sie vom privatwirtschaftlichen, oder vom volkswirtschaftlichen oder endlich vom weltwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet. Was die letztere Frage anbelangt, so glauben wir, dafs für unseren Fall lediglich die privatwirtschaftliche Betrachtungsweise am Platze ist, da nur eine solche zu einer befriedigenden Analysierung des Unternehmereinkommens führen kann. Von diesem privatwirtschaftlichen Standpunkt aus sind nun in die Produktionskosten folgende Elemente hineinzubeziehen:

1) Grundrente (als Entschädigung für den eventuell gepachteten Grund und Boden),

2) Arbeitslohn (für die gemieteten Arbeitskräfte),

3) Miet- resp. Leihzins der stehenden und umlaufenden Kapitalien,

4) Entschädigung für die Abnutzung und Konsumtion der eignen im Unternehmen thätigen Kapitalien,

5) Versicherungsprämie für diese Kapitalien,

6) sonstige Unkosten an Steuern, Arbeiterversicherungsprämien und dergl.

Die sonstigen zahlreichen Auffassungen des Produktionskostenbegriffes näher zu berühren, ist hier nicht der Ort. Wir bemerken nur, dafs wir uns weder Roscher anschliefsen können, der sogar einen „billigen Unternehmergewinn“ zu den Produktionskosten rechnet[1]), noch auch vermögen wir Grofs beizupflichten, der mit Ad. Wagner auch die Entschädigung für die eigne Kapitals- und Arbeitsleistung des Unternehmers in dieselben einreiht[2]). Nach Abzug jener Produktionskosten, die sich für jedes einzelne Unternehmen unschwer feststellen lassen werden, vom Roheinkommen, ergibt sich also das reine Unternehmereinkommen.

D e n j e n i g e n T e i l d e s U n t e r n e h m e r e i n k o m m e n s n u n, d e n d e r U n t e r n e h m e r i n s e i n e r E i g e n s c h a f t a l s s o l c h e r

---

[1]) Siehe Grundlagen der Nationalökonomie S. 252.

[2]) S. a. a. O. S. 119 f. Auch Grofs meint, dafs jene Entschädigung volkswirtschaftlich nicht als Kosten aufzufassen sei, sondern nur privatwirtschaftlich. Das letztere vermögen wir ebenfalls nicht zuzugeben. Der Lohn des Arbeiters z. B. ist auch privatwirtschaftlich angesehen sein reines Einkommen, trotzdem demselben eine entsprechende Arbeitsleistung zur Seite steht.

davonträgt, nennen wir Unternehmergewinn. In dem letzteren darf also nichts von dem enthalten sein, was auch einem Nicht-Unternehmer als Gewinn zufallen kann. Die Elemente, aus denen sich das Unternehmereinkommen zusammensetzt, sind aber verschiedenartig je nach dem Charakter derjenigen Faktoren, die bei seiner Erzeugung mitgewirkt haben. Da letztere sich im Eigentume des Unternehmers befinden, so werden wir bei der Charakterisierung jener Elemente von diesem ausgehen können. Der Unternehmer steht seinem Einkommen in den verschiedensten Eigenschaften gegenüber, und es ist dasselbe daher auf diese zu verteilen. Ist der Unternehmer Grundeigentümer, so hat er sich einen gewissen Teil seines Einkommens als Grundrente in Anrechnung zu bringen, und zwar, je nach den Umständen, entweder in der Höhe der durchschnittlich gezahlten Pachtpreise der betreffenden Gegend, oder als die nach dem Landeszinsfufs berechneten Zinsen vom Geldwert der Grundstücke. Dieselbe fällt jedoch nicht dem Unternehmer als solchem zu, da auch diejenigen Grundbesitzer, die keine Unternehmungen in Händen haben, Grundrenteneinkommen beziehen können. Ist ferner der Unternehmer in seinem Unternehmen, sei es als Leiter und Vorsteher des Geschäfts oder als Arbeiter [1]) thätig, so gebührt ihm ein Arbeitslohn, der nach der landesüblichen Durchschnittshöhe der Gehälter, resp. Löhne zu berechnen ist, welche für die betreffende Arbeitsthätigkeit gezahlt werden [2]). Dieser Lohn ist als die Entschädigung für alle diejenigen Arbeiten des Unternehmers zu betrachten, die er gerade so gut auch einer anderen Person übertragen könnte, welche etwa als Leiter dem Unternehmen vorsteht resp. als Gehilfe in dem Unternehmen thätig ist. Somit kommt dieser Lohn, den wir als Unternehmerlohn [3]) bezeichnen wollen, ebenfalls nicht dem Unternehmer als solchem zu gute, sondern in seiner Eigenschaft als Arbeiter im Unternehmen. Endlich gebührt dem Unternehmer, sofern in seinem Betriebe Kapital thätig ist, eine angemessene Verzinsung desselben. Dieser Zins würde aber dem Unternehmer auch dann zugefallen sein, wenn er das Kapital, statt es selbst im Unternehmen produktiv anzulegen, an Andere ausgeliehen hätte. Diesen Unternehmerzins [4]), welcher von dem jeweiligen Werte der betreffenden

[1]) Dies wird beim kleinen Handwerker die Regel sein.

[2]) Siehe auch Mataja a. a. O. S. 155.

[3]) In diesem Sinne gebrauchen u. a. auch Mataja (a. a. O. S. 143) und Grofs (a. a. O. S. 126 und 157 ff.) den Ausdruck: Unternehmerlohn.

[4]) So nennt ihn auch Mataja (a. a. O. S. 143.)

Kapitalien nach dem Landeszinsfufse zu berechnen ist, bezieht der Unternehmer auch nicht in dieser seiner Eigenschaft, denn wenn es auch kaum Unternehmer gibt ohne jegliches Kapital, so existieren doch zahlreiche Kapitalisten, die keine Unternehmer sind (z. B. die Rentiers u. a.). Grundrente, Unternehmerlohn und Unternehmerzins, diese drei Bestandteile sind also aus dem ganzen Unternehmereinkommen abzusondern; der sodann noch verbleibende Rest des letzteren wird als Unternehmergewinn aufzufassen sein. Zeigen wir nun an den folgenden beiden Beispielen, wie der Unternehmergewinn im einzelnen Fall zu berechnen ist[1]:

1) Wenn ein mit einem Gehilfen arbeitender Handwerker ein (reines) Unternehmereinkommen von 2000 Mark hat, und wir weiter annehmen, dafs der Lohn des Gehilfen 1000 Mark und der Wert des dem Handwerker gehörigen in seiner Unternehmung thätigen Kapitals 1000 Mark beträgt, so wird der Unternehmerlohn mit 1000 Mark anzusetzen sein und der Kapitalzins mit 40 Mark[2]). Die Summe dieser beiden Beträge in der Höhe von 1040 Mark ist vom Unternehmereinkommen abzuziehen. Es verbleibt demnach ein Rest von 960 Mark, der als Unternehmergewinn zu betrachten ist.

2) Bei einer Aktiengesellschaft ist die Gesamtheit der Aktionäre als Unternehmer anzusehen, und jeder Aktionär bezieht in seiner Dividende ein Unternehmereinkommen. Beträgt nun die Dividende in einem gegebenen Fall 14%, so wird der Unternehmergewinn sich auf 10% belaufen.

Wir glauben somit hinreichend klar dargethan zu haben, wie nach unserer Anschauung der Unternehmergewinn aus den sonstigen Einkommensteilen zu sondern ist. Selbstverständlich ist bei allen solchen Berechnungen die natürliche Voraussetzung dafs überhaupt ein hinreichender Einkommensbetrag vorhanden ist. Beläuft sich die Dividende einer Aktiengesellschaft auf 4%, so ist

---

[1]) Die Grundrente, welche in mehr als einer Hinsicht gegenüber den sonstigen Einkommensarten eine gesonderte Stellung einnimmt, lassen wir hierbei aufser Betracht. Wir begnügen uns mit der Bemerkung, dafs sie in allen den Fällen, in denen Grund und Boden an der Produktion teilnimmt, in der angegebenen Weise zu berechnen ist. Im übrigen spielt sie für unsere Frage keine Rolle. Ihre weitere Hinzuziehung würde daher die Untersuchung nur komplizierter machen, ohne zur Klarstellung irgendwie beizutragen.

[2]) Wir nehmen den landesüblichen Zinsfufs zu 4% an. Unter dem landesüblichen Zinsfufs ist die mittlere Zinshöhe der sicher und mühelös verliehenen Geldkapitalien zu verstehen (siehe Roscher, a. a. O. Seite 458). Sind gewisse Leihkapitalien in dem Unternehmen thätig, so würde man den Zinsfufs, zu dem dieselben verzinst werden, als Norm annehmen.

gar kein Gewinn, beträgt sie weniger als 4 %, sogar ein Verlust zu verzeichnen. Dem Unternehmergewinn steht der Unternehmerverlust gegenüber. In der Praxis wird uns dieser nicht seltener entgegentreten als jener. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, in welchem Verhältnis beide zu einander stehen. Grofs glaubt annehmen zu müssen [1]), dafs in der gesamten Volkswirtschaft die Summen der Unternehmergewinne und die der Unternehmerverluste sich so ziemlich decken [2]). Freilich ist dies nur eine Hypothese, für deren Richtigkeit irgend ein stichhaltiger Beweis nicht erbracht werden kann. Das Gegenteil wäre ebensogut denkbar, namentlich spricht für die Annahme eines Überschusses der Unternehmergewinne über die Verluste die Thatsache, dafs das Unternehmer einkommen in der Gesamtheit bei steigender Kultur eine fortdauernde Erhöhung erfährt, indem das Steigen desselben die Kapitalsvermehrung in der Volkswirtschaft repräsentiert, und wir lassen es unentschieden, inwieweit der Unternehmergewinn an diesem Wachsen des Unternehmereinkommens partizipiert. Doch ist wohl anzunehmen, dafs in Zeiten rasch steigender Kultur, in denen das gesamte Nationalvermögen eines Volkes sich bedeutend vermehrt, auch die Summe der Unternehmergewinne die der Verluste übersteigt.

Wir gehen nunmehr, nachdem wir die Existenz des Unternehmergewinns und die Art und Weise seiner Berechnung dargelegt haben, dazu über, die Natur und den eigentümlichen Charakter desselben zu betrachten. Die Auffassungen über das, was der Unternehmergewinn im Grunde ist, erweisen sich bei den verschiedenen Autoren als so mannigfach und einander so sehr widersprechend, dafs dieselben bei der Klassifikation der einzelnen Theorieen vom Unternehmergewinn als Einteilungsprinzip haben dienen können, was um so bemerkenswerter ist, als die anderen Fragen nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung und Funktion eine derartige Meinungsverschiedenheit nicht hervorgerufen haben. Bei der Wichtigkeit, welche die Frage nach dem Wesen des Unternehmergewinnes für unsere weiteren Ausführungen hat, erscheint es angemessen, uns die bisherigen Auffassungsweisen in grofsen Zügen zu vergegenwärtigen. Die Vertreter der von Adam Smith begründeten sog. Kapitalstheorie (Ricardo, Malthus, Schäffle, Rodbertus, Pierstorff u. a.) betrachten den Unternehmergewinn als einen Teil des Kapitalgewinnes. Pierstorff sagt

[1]) a. a. O. S. 189.
[2]) Vergl. auch hierbei die Beispiele bei Mataja a. a. O. S. 119 ff.
[3]) a. a. O. S. 227.

am Schlusse seiner Untersuchungen [3]), er könne unter allen Auffassungen, die der Unternehmergewinn bisher erfahren habe, nur denjenigen überhaupt eine Berechtigung in der Gegenwart zuerkennen, welche den Unternehmergewinn vom Kapitalgewinn nicht trennen, sondern in ihm nur einen besonderen Teil dieses letzteren erblicken. Zu dieser Ansicht vereinigen sich denn auch alle jene Vertreter der Kapitalstheorie, so sehr auch im einzelnen ihre Meinungen voneinander abweichen mögen. Der Unternehmergewinn verdankt hiernach seine Existenz der produktiven Thätigkeit des Kapitals im Unternehmen, und sofern der Unternehmer Eigentümer dieses Kapitals ist, fällt auch ihm die Leistung desselben zu. Die Höhe des Unternehmergewinnes steht daher mit der Menge des im Unternehmen verwendeten Kapitals im unmittelbarsten Zusammenhange [1]). Jener wird um so bedeutender sein, je gröfser diese ist. Wir brauchen auf die Einzelheiten in den Anschauungen der Vertreter dieser Theorie nicht weiter Rücksicht zu nehmen. Sie ist deshalb unhaltbar, weil es Unternehmungen gibt, in denen das Kapital gar keine Rolle spielt, wie wir früher gezeigt haben, und da doch auch bei solchen ein Unternehmergewinn zu erzielen ist, so kann er unmöglich als das Resultat der Funktionen des Kapitals angesehen werden. Denn der selbständige Dienstmann, der sich ausschliefslich auf die Leistungskraft seiner Hände angewiesen sieht, wird doch auch einen Unternehmergewinn beziehen, wenn er mehr einnimmt als ein Lohnarbeiter, was dadurch ermöglicht wird, dafs er nicht wie dieser von den wechselnden Konjunkturen ausgeschlossen ist. Zu gewissen Zeiten wird er eine gröfsere Einnahme beziehen, während zu anderen wiederum dieselbe unter den Taglohn eines Arbeiters herabsinken kann. So bezieht er den Unternehmergewinn teilweise als eine Folge der Schwankungen in den Konjunkturen, daneben ist allerdings auch nicht minder seine persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit von mafsgebendem Einflufs. Oder, wenn man dies Beispiel nicht gelten lassen will, denke man an den Unternehmer eines Dienstmannsinstitutes, einer Privatschule mit einer Anzahl Lehrern etc. Es giebt allerdings eine Menge von Fällen, in denen der Unternehmergewinn, oder doch der gröfste Teil desselben als Kapitalgewinn aufzufassen ist. Einen solchen illustriert am augenscheinlichsten die Dividende der Aktionäre. Wenn diese, wie wir früher annahmen, 14 % beträgt, von denen 10 % als

---

[1]) Vergl. Ad. Smith, Wealth of Nations, B. I, Ch. VI: „The profits of stock are regulated altogether by the value of the stock employed, and are greater or smaller in proportion to the extent of this stock".

Unternehmergewinn anzusetzen sind, so können diese 10 %, sofern wir sie nicht als eine ungerechtfertigte Aneignung des Ertrages der in dem Aktienunternehmen thätigen fremden Kapitalien und Arbeitskräfte ansehen wollen [1]), sondern sie für einen auch wirtschaftlich rechtmäfsig dem Aktionär zukommenden Gewinn halten — doch nichts anderes sein als der Ertrag der vom Aktionär der Unternehmung zugewendeten produktiven Faktoren. Die Arbeit kommt hier aber nur in ganz untergeordnetem Mafse in Betracht, nämlich als die von jedem Aktionär ausgeübte oberste Leitung und Beaufsichtigung des Ganzen. Diese sind aber, wie gesagt, von wenig Belang. Streng genommen wäre also von jenen 10 % auch noch eine gewisse Summe als Unternehmerlohn abzuziehen. Wir haben dies unterlassen, einmal weil jene Quote in diesem Falle wohl kaum zu berechnen ist, dann auch weil sie so gering ausfallen würde, dafs sie unbedenklich aufser acht gelassen werden kann, ja vielfach sogar überhaupt nicht existiert [2]). Der Hauptsache nach können demnach jene 10 % nur angesehen werden als ein Teil des Ertrages [3]) desjenigen Kapitals, welches der Aktionär in dem Unternehmen produktiv angelegt hat. Mataja polemisiert zwar heftig gegen eine solche Auffassung [4]). Er meint, jener Überschufs, welcher nach Abzug des Leihzinses von der Dividende noch verbleibt (bei uns die 10 %), könne deswegen nicht als Kapitaleinkommen betrachtet werden, weil die Kapitalnutzung ihrem Werte entsprechend, den ihre Mitwirkung bei der Produktion besitzt, bereits ihren Preis habe, und nicht einzusehen sei, warum für die blofse Hingabe derselben zur Produktion mehr erzielt werden sollte, als der Leihzins betrage, der ja eben nach diesem Werte zu bemessen sei. Wir vermögen dies sehr wohl einzusehen, indem wir uns klar machen, dafs die Entschädigung für die Kapitalnutzung, die sich im Leihzins ausdrückt, im einzelnen Falle durchaus nicht zu korrespondieren braucht mit dem Anteil des Kapitals an der Produktion, d. h. also dem Kapitalgewinn. Diese Produktion des Kapitals vermag unter günstigen Umständen einen hohen Wert zu erlangen, ebensogut wie sie unter ungünstigen Verhältnissen bedeutend in ihrem Werte sinken kann, da sie in ihrem Resultat durchaus von den

[1]) Vergl. hierüber die Bemerkungen an einer späteren Stelle wo wir zugeben, dafs der Unternehmergewinn allerdings nicht selten auch solche Bestandteile enthält.

[2]) Vergl. van der Borght, Statistische Studien über die Bewährung der Aktiengesellschaften, Jena 1883, S. 19.

[3]) Der andere Teil wird durch die 4 % repräsentiert, die wir als Kapitalzins von der Dividende abgezogen haben.

[4]) a. a. O. S. 144.

Schwankungen der Konjunkturen und von der Tüchtigkeit und Intelligenz der im Unternehmen thätigen Personen abhängig ist. Die Entschädigung für die Benutzung der Kapitalien (Kapitalzins) ist dem gegenüber konstant, sie entspricht der durchschnittlichen Produktivität der Kapitalsanlage und ist nur je nach dem Risiko, d. h. nach der Sicherheit der Pfänder, gegen welche das Kapital beliehen ist, gewissen Schwankungen unterworfen [1]). Kapitalgewinn (Resultat der Produktion vermittelst des Kapitals) und Kapitalzins stehen demnach in einem ähnlichen Verhältnis zu einander, wie etwa die Einnahme des selbständigen Dienstmannes und der Tagelohn eines Arbeiters. Nach allem glauben wir ein volles Recht zu haben, jene 10 % der Dividende als Kapitalgewinn zu betrachten. Nach dieser Exkursion, welche uns deswegen erlaubt zu sein schien, weil Matajas Auffassung in jenem Punkte auch für seine folgenden Ausführungen, die wir später ins Auge fassen wollen, nicht ohne Bedeutung ist, kehren wir zu unserem Gegenstande zurück. Unserer Ansicht nach ist die Kapitalstheorie in ihrer Allgemeinheit unhaltbar, obwohl wir anerkennen, dafs in jedem Unternehmergewinn in sofern ein Kapitalgewinn enthalten ist, als Kapital des Unternehmers bei der Produktion thätig ist.

Die Kapitalstheorie leidet an dem Mangel, dafs sie in einseitiger Weise den Anteil des Kapitals bei der Produktion hervorhebt. In das entgegengesetzte Extrem verfallen die Anhänger der nunmehr zu betrachtenden sog. Arbeitstheorie, welche, von J. B. Say begründet, in Deutschland namentlich von Wilhelm Roscher verteidigt wird [2]). Es ist sehr bezeichnend, dafs Roscher nicht von Unternehmergewinn, sondern nur von „Unternehmerlohn“ [3]) redet. Hierunter versteht er das Unternehmereinkommen nach Abzug der Grundrente und der Zinsen für die im Unternehmen thätigen Kapitalien des Unternehmers. Dieser Rest, der der Summe desjenigen entspricht, was wir als „Unternehmerlohn“ und „Unternehmergewinn“ bezeichnet haben, kommt dem Unternehmer zu in seiner Eigenschaft als Träger der Organisation, Spekulation und Inspektion der ganzen Unternehmung, oft zugleich als Rechnungsführer, Kassierer derselben, bei kleinen Unternehmungen auch als gemeiner Mitarbeiter. Aber auch dann, fährt Roscher fort, „wenn er sich für alle laufenden

[1]) Vergl. den verschiedenen Zinsfufs bei der 1., 2. und 3. Hypothek.

[2]) a. a. O. S. 501 ff.

[3]) Die Bedeutung des Wortes ist bei Roscher eine völlig andere, als die von uns gegebene.

Geschäfte von einem besoldeten Agenten wollte vertreten lassen, verdient der Unternehmer ihn damit, dafs sein Name das ganze Unternehmen zusammenhält." Im letzteren Falle hat also Roscher von seinem „Unternehmerlohn" den Betrag abgezogen, den wir unter dem „Unternehmerlohn" verstehen. Es verbleibt somit unser eigentlicher Unternehmergewinn, der nach Roscher dem Unternehmer als Träger des Ganzen zukommt, für welches er in letzter Instanz die Sorge und Verantwortlichkeit trägt. „Wenn das Geschäft übel geht," sagt Roscher, „so kann sich der besoldete Direktor in ein anderes berufen lassen; die kummervoll durchwachten Nächte hat der Unternehmer". Wer wollte leugnen, dafs diese Auffassung für viele Unternehmungen manches Zutreffende hat. Das Gefühl, mit seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz von dem Gedeihen und dem Niedergange des Unternehmens abhängig zu sein, durch welches das Bewufstsein der steten Verantwortlichkeit wach gehalten wird, spornt zu einer Thätigkeit an, welche einem nur Gehalt beziehenden Leiter des Unternehmens, der mit dem Schicksal desselben in keiner Weise verknüpft ist, niemals eigen sein kann. Es liegt eben in der menschlichen Natur begründet, dafs mancherlei Funktionen einer Person anderen nicht übertragen werden können, und es ist einer der Hauptmängel der Aktiengesellschaften, dafs die Führung des ganzen Unternehmens in der Hand von Direktoren liegt, welche in letzter Instanz von der Entwickelung desselben nicht abhängen.

So sehr wir nun aber auch die eigentümliche Funktion des Unternehmers [1]) zu würdigen trachten, so vermögen wir uns dennoch nicht mit der Roscherschen Auffassungsweise, in der Allgemeinheit mit der sie auftritt, zu befreunden. Roscher scheint unbeachtet gelassen zu haben, dafs es Fälle gibt, wo trotz des gleichen Eifers und der gleichen Fähigkeit des Unternehmers der Unternehmergewinn,

[1]) Grofs (a. a. O. S. 163 ff.) kann eine solche nicht zugeben. Er sieht keinen Grund ein, warum die Arbeit des Unternehmers produktiver sein soll als die eines Geschäftsführers. Wohl könne aber aus manchen Gründen die Arbeit des letzteren die des Unternehmers sogar übertreffen, weil dieser angesichts der drohenden Gefahr oder der Hoffnung auf Gewinn häufig in eine solche Aufregung versetzt werde, dafs ihm die nötige Ruhe mangelt. (!) Anderseits seien die Geschäftsführer auch meist für den betreffenden Geschäftszweig ausgebildet, was bei den Unternehmern seltener der Fall sei. Auch Mataja (a. a. O. S. 140) leugnet die Existenz einer Thätigkeit des Unternehmers als solcher, ebenso tritt er der Behauptung entgegen, der Gewinn sei eine Entlohnung für Mühe und Sorgen, die der Unternehmer auf sich lade, da er auch dort vorkomme, wo von allem dem nichts zu entdecken sei (a. a. O. S. 156 f.).

ein sehr verschiedener ist. Er ist eben zum grofsen Teil auch von dem Schwanken der Konjunkturen abhängig, und es wäre doch zuweit gegangen, wenn man die günstigen oder ungünstigen Resultate einer Unternehmung ausschliefslich der Tüchtigkeit resp. Untüchtigkeit des Unternehmers zuschreiben wollte. Zieht man blofs das Moment der Arbeitsentschädigung in Betracht, so schlösse doch der geringe Gewinn eines thätigen und der hohe Gewinn eines sorglosen Unternehmers offenbar ein wirtschaftliches Unrecht in sich. Auch vermögen wir nicht einzusehen, inwiefern der Unternehmergewinn eines Aktionärs das Äquivalent für irgend eine Arbeitsleistung des letzteren sein könnte, denn das Besuchen der Generalversammlungen, das ja bekanntermafsen ebenso häufig unterbleibt, kann unmöglich im Ernst als ein solches betrachtet werden, und die heftigen Angriffe Lassalles gegen eine derartige Auffassung [1]) scheinen uns durchaus begründet. Gerade die Aktienunternehmungen illustrieren am deutlichsten den Fall, wo die Thätigkeit der Unternehmer gegenüber der Funktion ihres in der Unternehmung wirkenden Kapitals durchaus in den Hintergrund tritt; hier mufs die Gesamtheit der Unternehmer — die Natur des ganzen Betriebes zwingt sie dazu — die Sorge um die Arbeit der Leitung und Beaufsichtigung völlig einem besoldeten Direktor überlassen, während sie selbst ohne jeden nennenswerten Einflufs auf den Betrieb des Unternehmens sind. Es mufste eben deshalb der Unternehmergewinn der Aktionäre schon früher im grofsen Ganzen nur als ein Teil des Kapitalgewinnes bezeichnet werden. Wir meinen somit die Unhaltbarkeit der „Arbeitstheorie“ dargethan zu haben, welche den Unternehmergewinn ohne weiteres als Entschädigung für die spezifische Unternehmerthätigkeit ansieht. Wir geben durchaus die Existenz einer solchen zu, glauben aber doch vor einer Überschätzung derselben warnen zu müssen, wie sie manche liberale Nationalökonomen sich haben zu schulden kommen lassen, um damit namentlich in der sozialistischen Partei einen berechtigten Unwillen zu erregen. Je mehr eine höhere Bildung das Pflichtgefühl erhöht, desto geringer wird auch der Unterschied werden, welcher zwischen der Intensität der Leistungen des Unternehmers selbst und der eines besoldeten Leiters besteht.

Die offenbaren Einseitigkeiten, an denen sowohl die Kapitals- wie die Arbeitstheorie leidet, konnten denn auch nicht lange verborgen

---

[1]) Vergl. seine Schrift „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit“, Berlin 1864. S. 160 ff.

bleiben; sie haben schon früh zu anderen Versuchen geführt, die eigentümliche Natur des Unternehmergewinnes wissenschaftlich zu ergründen. Unterschied man bisher in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, entsprechend den drei Produktionsfaktoren, auch drei Einkommenszweige, nämlich die Grundrente, Arbeitsrente und Kapitalsrente, so schien, nach den mifslungenen Versuchen der einen, die den Unternehmergewinn als einen Teil der Arbeitsrente ansahen, und der anderen, die ihn als einen Teil der Kapitalsrente betrachten zu müssen glaubten [1]), alles darauf hinzudeuten, dafs man den Charakter des Unternehmergewinnes nur dann richtig erfassen würde, wenn man ihn als einen neuen Einkommenszweig hinstellte, der als ein vierter neben jenen anderen gleichberechtigt bestehe. Die bedeutsamen Versuche, welche in dieser Richtung von von Thünen [2]) und von Mangoldt [3]) unternommen waren, sind denn auch nicht ohne Einflufs auf die Untersuchungen der neueren Schriftsteller geblieben, und so sehen wir Mithoff, Grofs und Mataja die von jenen erstgenannten Autoren begründete Theorie weiter ausbilden [4]). Über die Art und Weise, in der dies geschieht, werden uns die folgenden Ausführungen Aufklärung geben.

Mithoff unterscheidet [5]) vier verschiedene Einkommensarten:

1) Die Grundrente: die Vergütung für die überlassene Nutzung des Naturfaktors Boden; das Einkommen des Grundbesitzers.

---

[1]) Die Grundrente konnte ihrer ganzen Natur nach hier nicht in Betracht kommen.

[2]) Vergl. sein Werk „Der isolierte Staat“, 2. Teil, Rostock 1863, I. Abtlg., S. 83 ff.

[3]) a. a. O.

[4]) Einen ganz gesonderten Weg zur Erforschung der Natur des Unternehmergewinnes schlägt Schroeder (a. a. O.) ein. Wir müssen ihn leider als einen durchaus verfehlten bezeichnen, wenn wir auch manchen seiner Ausführungen in seinen „empirischen Untersuchungen“ zustimmen. In seinen „exakten Untersuchungen“ dagegen, wo der Verfasser physische und psychische Eigenschaften und Kräfte des Menschen wie mathematische Gröfsen behandelt und er beispielsweise die Materie, die tote Natur $=$ a, die Kräfte, die lebendige Natur $=$ b, und die Gesetze, die wollende Natur $=$ c, und als ein „Produkt“ derselben das Tierreich $= a + b + c$ setzt, wo er ferner aus den Gesetzen multipliziert mit der „Lehrthätigkeit“ die Pelze (!) entstehen läfst, und sogar die Gleichung zustande bringt: Intellekt $\times$ Staat $=$ Staatsrat, in solchen Leistungen vermögen wir nichts als eine geistreich sein wollende Spielerei zu erblicken, welche wir in keiner Weise zu verwerten im stande sind. Von einem ausführlichen Eingehen auf Schroeders Schrift glauben wir uns entbinden zu dürfen, denn es ist, wie wir schon in der Einleitung bemerkten, nicht unsere Absicht, eine eingehende Kritik der betreffenden Schriften abzugeben.

[5]) a. a. O. S. 437.

2) Der Arbeitslohn (i. w. S.): die Vergütung für die überlassene Nutzung der Arbeitskraft; das Einkommen des Arbeiters.

3) Der Zins: die Vergütung für die überlassene Nutzung des Kapitals; das Einkommen des Kapitalisten.

4) Der Unternehmergewinn: die Vergütung für die Leitung des Unternehmens und die Übernahme der Gefahr eines möglichen Mifslingens desselben; das Einkommen des Unternehmers.

Nach dieser Aufstellung sollte man annehmen, dafs Mithoff das Unternehmereinkommen (Einkommen des Unternehmers) und den Unternehmergewinn für identisch halte. Dafs dem jedoch nicht so ist, darüber belehren uns seine weiteren Ausführungen [1]). Sehr richtig erklärt er das Unternehmereinkommen als den Überschufs aus dem Ertrage der Produktion über die Kosten derselben. Weiterhin stellt Mithoff dann dasselbe als einen neuen Einkommenszweig den übrigen gegenüber, und findet ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen ihnen in dem Umstande, dafs das Unternehmereinkommen die Vergütung für die kombinierte Nutzung zweier Einkommensquellen, der Arbeit und des Kapitals ist, dagegen die anderen Einkommensarten der Preis für die Nutzung je einer Einkommensquelle sind. Auf die verschiedenen Auffassungsweisen eingehend, welche die Frage nach dem Wesen des „Unternehmereinkommens“ hervorgerufen hat, spricht Mithoff sich dahin aus, dafs die Auffassung desselben als eines selbständigen Einkommenszweiges, der den übrigen koordiniert ist, allein seiner Eigenart, Bedeutung und Stellung in der Volkswirtschaft gerecht werde. Nun werde zwar zur gröfseren Verdeutlichung des Wesens des Unternehmereinkommens noch eine begriffliche Scheidung seiner Bestandteile vorgenommen, indem man der Idee nach von demselben denjenigen Teil in Abzug bringe, der als Vergeltung für die Verwendung der eignen Arbeitskräfte und Kapitalien des Unternehmers angesehen werden kann, soweit diese auch an andere zur Nutzung verdungen werden können; der verbleibende Rest des Unternehmereinkommens ergebe dann den Unternehmergewinn, der daher gleich sei dem Unternehmereinkommen abzüglich des Lohnes und Zinses, welche letztere zu den marktgängigen Mietspreisen zu berechnen sind. Nach dieser durchaus zutreffenden Ableitung des Unternehmergewinns aus dem Unternehmereinkommen erklärt der Verfasser, dafs diese Sonderung lediglich eine Abstraktion sei und

[1]) a. a. O. S. 494 ff.

er es deshalb für angemessen erachte, bei der Erörterung der Erscheinungen des Wirtschaftslebens das Unternehmereinkommen gegenüber dem idealen Begriff des Unternehmergewinns vornehmlich zu berücksichtigen. Wenn nun ein solches Verfahren auch seine volle Berechtigung hat und wir durchaus zugeben, dafs die Frage nach dem Unternehmergewinn gegenüber der nach dem Unternehmereinkommen eine mehr theoretische ist, so hätte dies Mithoff doch nicht davon abhalten sollen, dem Wesen des Unternehmergewinnes in eben solcher Weise auf den Grund zu gehen, wie dies hinsichtlich der sonstigen Fragen über die Verteilung des Einkommens von ihm geschehen ist. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als seine Auffassung, das Unternehmereinkommen enthalte die Vergütung für die eigne Arbeit des Unternehmers und für die Nutzung seines eignen Kapitals, sowie den Überschufs des Ertrages fremder Arbeit und fremden Kapitals über den für die Verwendung derselben ausbedungenen Nutzungspreis, eine durchaus zutreffende ist und zu sehr fruchtbringenden Resultaten hätte führen können.

Mufste schon die vorhin berührte Unbestimmtheit in betreff des Verhältnisses des Unternehmergewinns zum Unternehmereinkommen Bedenken erregen, so gilt dies noch mehr von der Art und Weise, in welcher Mithoff die Eigenschaft des Unternehmereinkommens als speziellen Einkommenszweig zu begründen sucht. Wenn er den Grund in dem Umstande findet, dafs das Unternehmereinkommen das Resultat der kombinierten Nutzung von Arbeit und Kapital sei, und sich insofern von dem Arbeitslohn und dem Kapitalzins unterscheide, so mufs er selbst zugestehen, dafs eine solche kombinierte Nutzung stets, in jeder Wirtschaft stattfindet und stattfinden mufs, Arbeit und Kapital isoliert niemals produktiv sind, deshalb also Arbeitslohn und Kapitalzins ohne Vereinigung der Produktionsfaktoren nicht existieren können.

Vermögen wir uns daher zwar Mithoffs Motivierung seiner Auffassungsweise des Unternehmergewinnes als eines neuen Einkommenszweiges nicht anzuschliefsen, so können wir trotzdem jener Auffassung selbst sehr wohl beipflichten, nur aus einem anderen Grunde. Das gesamte Einkommen ist von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus zu betrachten, je nachdem man entweder von der Art seiner Entstehung oder der Art seines Bezuges ausgeht. Im ersteren Falle erscheint das Einkommen als das Resultat der wirtschaftlichen Produktion, als der Ertrag der drei Produktions-

faktoren: Natur, Arbeit und Kapital und wird sich daher aus den Erträgen dieser letzteren zusammensetzen, d. h. also aus Grundrente, Arbeitsrente und Kapitalsrente [1]). Dieser Weg führt uns zu einer Dreiteilung des Einkommens, welches ja dem letzten Ursprunge nach mit Ertrag identisch ist [2]). Doch schon der eigentliche Sinn des Wortes „Einkommen" weist uns auf eine andere Betrachtungsweise hin. Der Ertrag der Produktion wird bezogen von allen denen, die an derselben entweder als Grundbesitzer, oder als Arbeiter, oder als Kapitalisten oder endlich als Unternehmer beteiligt sind, wobei natürlich nicht ausgeschlossen ist, dafs zwei oder mehrere von jenen Eigenschaften in einer Person vereinigt werden. Das Einkommen aber, welches jeder der Genannten als solcher bezieht, ist: Grundrente [3]), Arbeitslohn, Kapitalzins und Unternehmergewinn. Man gelangt hiermit im wesentlichen zu derselben Einteilung des Einkommens, wie sie auch von Mithoff vorgenommen ist.

Die vielumstrittene Frage, ob der Unternehmergewinn als ein gesonderter Einkommenszweig zu betrachten sei oder nicht, ist also keineswegs von prinzipieller Bedeutung. Beide Auffassungen haben ihre volle Berechtigung, da man ebensowohl die Art der Entstehung des Einkommens als auch die Art seines Bezuges als Einteilungsprinzip zu Grunde legen kann. Über die gröfsere oder geringere Zweckmäfsigkeit der beiden Einteilungsweisen läfst sich streiten. Die erstere besitzt jedenfalls den Vorzug gröfserer Wissenschaftlichkeit, da sie sich auf die drei Produktionsfaktoren gründet, ohne deren Zusammenwirken kein Unternehmergewinn möglich ist, während die zweite die verschiedenen Bezugsarten des Einkommens empirisch aufnimmt, welche an sich der Zahl nach nicht fest bestimmt sind [4]). Dagegen hat die letztere wiederum den Vorteil, dafs sie dem Wesen des Einkommens als dem Ertrage der Produktion im Hinblick auf das produzierende Subjekt mehr gerecht wird. Übrigens möchten

---

[1]) Hier ist also „Rente" im Sinne von „Ertrag", „Leistung" gebraucht.

[2]) Roscher sagt sehr richtig: „Ertrag ist Einkommen vom Standpunkte, nicht des wirtschaftenden Subjekts, sondern der Wirtschaft selbst oder des bewirtschafteten Objekts angesehen." (S. a. a. O. S. 363.)

[3]) Wir behalten den Ausdruck „Grundrente" bei, obwohl der Begriff sich nicht völlig mit dem vorigen (s. o.) deckt und besser vielleicht vom „Grundzins" gesprochen werden dürfte.

[4]) So müfste man das spezielle Einkommen des am Reingewinn partizipierenden Arbeiters (vergl. Abschnitt III) eigentlich als einen neuen fünften Einkommenszweig hinstellen, da es unter einen der 4 anderen nur gezwungen subsumiert werden kann.

wir nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dafs einerseits Arbeitsrente und Arbeitslohn, anderseits Kapitalsrente und Kapitalzins nicht als identisch anzusehen sind. In einem einzelnen Unternehmen können sowohl die Arbeitsrente als auch die Kapitalsrente höher und niedriger sein als der Arbeitslohn resp. der Kapitalzins, die der Unternehmer zahlt oder zahlen würde; und wie dieser im ersteren Falle durch jenes Plus gewinnt, so verliert er auch im zweiten durch das Minus. Die Richtigkeit dieses Sachverhalts ist auch Mithoff nicht entgangen, wenn er, wie schon bemerkt, sich dahin ausspricht, dafs im Unternehmereinkommen auch der Überschufs des Ertrages fremder Arbeit und fremden Kapitals über den für die Verwendung ausbedungenen Nutzungspreis enthalten sei, und er an anderer Stelle darauf hinweist, dafs der Unternehmergewinn aus den überschüssigen Bestandteilen von Kapitals- und Arbeitseinkommen sich zusammensetzte.

Nach allem werden wir sagen müssen, dafs sich Mithoff mit seinen Anschauungen über den Unternehmergewinn auf dem von uns als richtig erkannten Wege befindet und wir nur in Bezug auf das Endergebnis einige Reserven machen müssen.

Wir glauben hiermit unsere Stellung zu der Mithoffschen Ansicht genügend charakterisiert zu haben; zu entsprechenden Ergänzungen in dieser Hinsicht werden die späteren Ausführungen noch Gelegenheit geben. Sehen wir jedoch zunächst zu, wie Grofs das Verhältnis des Unternehmergewinnes zu den sonstigen Einkommensteilen auffafst[1]). Bei der grofsen Gewissenhaftigkeit, mit welcher der Verfasser zu Werke gegangen, erscheint es selbstverständlich, dafs er bei der Erörterung jener Frage völlig auf denjenigen Ausführungen fufst, welche er vorher über den Begriff der Unternehmung und ihre Formen gegeben hat, und die wir früher schon mehrfach heranzuziehen Veranlassung hatten. Grofs teilt mit uns die Auffassung des Unternehmergewinnes als desjenigen Restes des Unternehmereinkommens, welcher nach Abzug des Unternehmerlohnes und des Unternehmerzinses noch verbleibt. Diesen Unternehmergewinn bezieht der Unternehmer als eine besondere Art von Einkommen, welches sich von jenen vorher genannten namentlich dadurch unterscheidet, dafs es kein notwendiges, sondern nur ein mögliches Einkommen ist, während die beiden anderen Einkommenszweige notwendige Folge der produktiven Thätigkeit

[1]) a. a. O. S. 117 ff.

des Unternehmers sind [1]). Auf sie (Unternehmerlohn und Kapitalzins) hat der Unternehmer einen Anspruch. Letztere Auffassung erscheint uns merkwürdig genug, um auch die Begründung derselben hier heranzuziehen. Grofs sagt: „Wenn ein Unternehmer für die Thätigkeit in seiner eignen Unternehmung keinen entsprechenden Arbeitslohn bezieht, wird er es vorziehen, seine Arbeitskraft anderweitig zu verwerten. Ebenso wird er sein Kapital lieber als Genufsmittel verzehren, als es ohne Zins in dem Unternehmen verwenden. Anders beim Unternehmergewinn. Sehr viele Unternehmungen werden jahrelang betrieben, ohne jemals Unternehmergewinn abzuwerfen. Ihr wirtschaftlicher Vorteil liegt eben nur darin, dafs sie ihm Gelegenheit zu produktiver Anwendung seiner Arbeit und seines Kapitals bieten.“ Wir können diese Unterscheidung zwischen dem Unternehmergewinn und den übrigen Einkommensteilen des Unternehmers nicht als stichhaltig anerkennen. Allerdings bildet die Unsicherheit des Bezuges ein unverkennbares Merkmal des Unternehmergewinnes. Aber findet sich dieselbe Unsicherheit nicht auch beim Unternehmerzins und beim Unternehmerlohn? Das Einkommen des Unternehmers kann so minimal sein, dafs durch dasselbe weder der Unternehmerlohn noch jener Zins gedeckt wird, und trotzdem vermag das Unternehmen unter Umständen noch lange Zeit hindurch fortzubestehen. Ja, der Unternehmer wird vielleicht jahrelang nichts verdienen, sogar mit Schaden arbeiten (wir erinnern bloss an die Zubufsen, die bisweilen bei Bergwerksunternehmungen gezahlt werden), in der Hoffnung auf künftige bessere Zeiten, wo er die erlittenen Verluste durch entsprechende Gewinne zu kompensieren gedenkt. Zur Entscheidung der Frage, ob es rätlich erscheint ein Unternehmen fortzuführen oder nicht, lassen sich allgemeine Gründe nur schwer aufstellen, da hierbei meistens die verschiedenartigsten Verhältnisse des einzelnen Falles von ausschlaggebendem Einflusse sind. Doch wird man sagen dürfen, dafs folgende Momente den Unternehmer zu veranlassen vermögen, seinen Betrieb selbst dann fortzusetzen, wenn ein angemessener Gewinn voraussichtlich nicht erzielt wird. Zunächst ist bei der Einstellung der Produktion das in derselben thätige Kapital der Gefahr ausgesetzt in seinem Werte bedeutend zu sinken, oder ganz verloren zu gehen. Sodann kann der Unternehmer eventuell auf seinen Arbeitslohn

[1]) Grofs berührt hier sowie auch später einige Punkte, welche wir schon früher als unzutreffend bezeichnet haben, und von deren nochmaliger Erwähnung wir hier absehen.

(Unternehmer-)lohn verzichten, wenn die sonstigen Erträge aus dem Unternehmen genügend hoch sind. Endlich wird das Streben nach Selbständigkeit und die Vorzüge, welche mit derselben verbunden sind, den Unternehmer veranlassen, möglichst lange fortzuwirtschaften, aus Furcht, zum bloſsen Lohnarbeiter herabzusinken. Alle diese Fälle werden aber weit mehr für den groſsen Kaufmann und Fabrikanten, der über bedeutende Mittel disponiert, in Betracht kommen als etwa für den kleinen Handwerker, der von seinem Unternehmerlohn lebt, auf den er also unmöglich verzichten kann. Auch wird diesem der Übergang vom selbständigen Geschäftsinhaber zum Lohnarbeiter weniger schwer werden, manchmal sogar wird er sich in dieser letzteren Stellung pekuniär günstiger gestellt sehen als in der ersteren. Dennoch sind jene Momente für viele Unternehmungen von Bedeutung und rechtfertigen das Erleiden selbst anhaltender Unternehmerverluste.

Es ist also durchaus nicht, wie Groſs anzunehmen scheint, selbstverständlich, daſs der Unternehmer bei entsprechenden Verlusten die Produktion einstellen und seine Arbeits- und Kapitalkräfte aus dem Unternehmen herausziehen müſste, vielmehr wäre dies in vielen Fällen durchaus unwirtschaftlich gehandelt [1]). Allerdings hat ein richtig wirtschaftender Unternehmer sich stets zu fragen, wie groſs die Zinsen seines im Unternehmen steckenden Kapitals sein würden, wenn er es ausgeliehen hätte, statt es selbst produktiv zu verwenden; eine ähnliche Berechnung könnte er hinsichtlich der Verwertung seiner Arbeitskraft anstellen. Er gewinnt dadurch einen Maſsstab, an dem er die Rentabilität seiner Unternehmung zu messen im Stande ist.

Weiterhin ist es uns unerfindlich, auf welche Weise ein „Anspruch“ auf den Unternehmerlohn und -zins, als etwas für diese letzteren Charakteristisches, begründet werden könnte.

Ein rechtlicher Anspruch besteht unter keinen Umständen. Sollte Groſs den wirtschaftlichen Anspruch darunter verstanden haben, so ist dieser ebensosehr beim Unternehmergewinn als beim Unternehmerlohn und -zins geltend zu machen, wenn man den Bezug des ersteren nicht etwa als ein wirtschaftliches Unrecht hinstellen will, auf welche Auffassung wir noch näher eingehen werden. Kurz,

---

[1]) Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daſs auch Groſs (a. a. O. S. 186 ff.) diese Fragen berührt, um ebenfalls zu dem Resultate zu kommen, daſs eine Unternehmung sehr wohl noch bestehen könne, wenn das Einkommen aus der Arbeit und dem Kapital des Unternehmers durch Verluste geschmälert wird. Aber um so unbegreiflicher ist es, wie Groſs dennoch die Unsicherheit des Bezuges als alleinige Eigenschaft des Unternehmergewinnes hinstellen kann.

als „notwendige Folge der produktiven Thätigkeit“ kann kein Teil des Unternehmereinkommens angesehen werden, und das Schwankende im Bezuge desselben ist allen Teilen gemeinsam.

Nachdem nun Grofs seine Meinung dahin ausgesprochen hat, dafs der Überschufs der Dividende eines Aktionärs über die nach dem landesüblichen Zinsfufs berechneten Zinsen des Aktienkapitals weder als „Arbeitslohn“ noch als „Kapitalgewinn“ aufgefafst werden könnte, noch viel weniger aber in dem Falle von solchen Einkommensarten die Rede sei, wenn jemand aus zwangsgesamtwirtschaftlichen Unternehmungen, in denen er weder eignes Kapital noch eigne Arbeit angewendet hat [1]), ein Einkommen bezöge, kommt er zu dem Schlusse, dafs man es in allen diesen Fällen mit einem ganz eigenartigen Einkommen zu thun habe, das weder mit dem Arbeitslohn noch mit dem Kapitalgewinn etwas gemein habe, und das einfach aus der Differenz zwischen den Produktionskosten und dem Absatzpreise der Waren entspringt. Diese letzte Auffassung ist für viele Fälle und selbst hier nur dann richtig, wenn man die Produktionskosten in dem Grofsschen Sinne acceptiert, wonach Unternehmerlohn und -zins in jene mit hineinbezogen sind, was wir jedoch für unstatthaft halten. Wir sagen: für viele Fälle, — denn für manche andere pafst diese Bestimmung der Gröfse des Unternehmergewinnes ebensowenig wie die Grofssche Definition des Unternehmers (s. oben). Wie könnte man in jener Weise den Unternehmergewinn etwa eines Privatlehrers bestimmen?

Eine besondere Beachtung verdient die Grofssche Auffassung des Unternehmergewinnes als eines gesonderten Einkommenszweiges. Wir haben unsere Stellung zu dieser Frage bereits angedeutet, als von der betreffenden Ansicht Mithoffs die Rede war, welche hinsichtlich ihrer Begründung nicht als zutreffend anerkannt werden konnte. Eine kurze Darlegung der Grofsschen Auffassung wird zeigen, dafs

[1]) Leider giebt Grofs hier kein Beispiel an, durch welches seine Ansicht deutlicher hervortreten könnte. Sollte unter den „zwangsgesamtwirtschaftlichen Unternehmungen“ u. a. etwa eine dem Staate gehörende und von ihm betriebene Fabrik (Tabaksmanufaktur u. s. w.) verstanden werden, so ist doch zu bedenken, dafs der Staat (Fiskus) hier als Privatperson auftritt und von einem „Einkommen“ der Bürger aus einem solchen Unternehmen, die durch die Rentabilität desselben höchstens vor gröfserer Steuerzahlung bewahrt bleiben, kann nicht die Rede sein. Versteht Grofs dagegen unter jenem Ausdruck die wirtschaftliche Thätigkeit des Staates oder eines Kommunalverbandes als solche, so ist dies keine Unternehmung, sondern eben eine blofse Wirtschaft.

wir von ihr dasselbe sagen müssen. Sie hängt unmittelbar zusammen mit seiner vorhin erwähnten Ansicht vom Wesen des Unternehmergewinnes als der Differenz zwischen den Produktionskosten und dem Absatzpreise der Waren. Da in jener, wie man sich erinnern wird, bei Grofs u. a. auch die Vergeltung für die Nutzung der im Unternehmen thätigen Arbeits- und Kapitalkräfte miteinbegriffen ist, so ist der Unternehmergewinn „seinem Wesen sowohl als seiner Begründung nach vom Kapitalgewinn ebenso unterschieden wie vom Arbeitslohn. Wo der Unternehmer mit seiner Arbeits- oder Kapitalkraft an der Produktion teilnimmt, da bezieht er auch die Vergeltung dafür als Unternehmerlohn oder Kapitalgewinn. Erst dasjenige Einkommen, welches er darüber hinaus bezieht, ist Unternehmergewinn [1]." Weil dieser also, so folgert Grofs, von jenen zwei vorhin genannten Einkommenszweigen, dem Arbeitslohn und dem Kapitalgewinn, grundverschieden ist, so kann er nur als ein neuer selbständiger Einkommenszweig aufgefafst werden, der den beiden anderen koordiniert ist. Die Notwendigkeit der Annahme eines solchen ergibt sich ihm also lediglich schon aus dem Umstande, dafs derselbe nach seiner Ansicht unter die sonstigen Einkommenszweige nicht zu subsumieren sei. Die Art und Weise, in welcher Grofs hier die Aufstellung eines neuen Einkommenszweiges motiviert, scheint deswegen nicht richtig zu sein, weil sie das Einteilungsprinzip, nach welchem die gesamten Einkommensmassen klassifiziert werden, nicht klar erkennen läfst. Zwar geht aus den Grofsschen Ausführungen hervor, dafs er die Art des Einkommensbezuges seiner Einteilung zu Grunde legt. Wenn wir die Grundrente beiseite lassen, so bezieht, nach Grofs, der Arbeiter sowie der Unternehmer, sofern auch er im Unternehmen thätig, den Arbeits- resp. Unternehmerlohn, der Kapitalist für die Nutzung seiner Kapitalien den Kapitalgewinn und der Unternehmer in seiner Eigenschaft als solcher den Unternehmergewinn. Es fragt sich nun, wie kommt der Unternehmer dazu, einen derartigen Gewinn zu beziehen? Als Entschädigung für irgend welche Leistungen kann derselbe, nach der Grofschen Auffassung, nicht mehr angesehen werden, denn diese sind im Unternehmerlohn vergolten. Auch das dem Unternehmer gehörende Kapital ist durch den Kapitalgewinn für seinen Anteil an der Produktion entschädigt. Als das Resultat einer einzig dem Unternehmer eigentümlichen wirtschaftlichen Leistung darf er gleichfalls nicht betrachtet werden, denn eine solche existiert ja, wie wir bereits

[1] S. a. a. O. S. 200 ff.

wissen, nach Grofs, durchaus nicht. Als was ist also der Unternehmergewinn aufzufassen? Grofs antwortet[1]: „Er erscheint als Prämie für die vollständigste Befolgung des wirtschaftlichen Gesetzes der mindesten Kosten und des höchsten Nutzens, und darin liegt eben seine volkswirtschaftliche Berechtigung. Durch die Aussicht auf Erzielung eines Unternehmergewinnes werden die einzelnen Unternehmer zu strikter Beobachtung des wirtschaftlichen Gesetzes angespornt.“

Nun ist aber doch jene „Prämie“ nur ein anderer Ausdruck für „Belohnung“ oder „Lohn“, und „jene Befolgung des wirtschaftlichen Gesetzes“ kann lediglich in einer gewissen geistigen Thätigkeit des Unternehmers bestehen. Genau besehen ist also, nach Grofs, der Unternehmergewinn nichts als Vergeltung für eine eigentümliche Arbeitsleistung des Unternehmers. Im Hinblick hierauf mufs der Eifer mit dem sich Grofs gegen die Annahme einer solchen ausspricht, noch mehr befremden. Aber auch schon deshalb darf man über jene Grofssche Auffassung des Unternehmergewinnes erstaunt sein, weil alle Arbeitsleistung des Unternehmers doch nach ihm bereits im Unternehmerlohn vergolten war. Wir sehen von einer weiteren Besprechung dieses Gegenstandes hier ab. Sie würde notwendig dazu führen, auch der Frage nach der Berechtigung des Unternehmergewinnes näher zu treten. Diese wird aber an einer anderen Stelle zu berühren sein. Doch glauben wir nach dem Bisherigen sagen zu dürfen, dafs ebensowenig wie früher Mithoff auch Grofs in der Motivierung der Annahme eines neuen Einkommenszweiges, als welcher der Unternehmergewinn zu betrachten sein würde, nicht glücklich gewesen ist. Vielleicht gelangt Mataja zu einem günstigeren Resultat. Eine kurze Betrachtung auch seiner Ausführungen wird uns darüber belehren können.

Alles Einkommen besteht nach Mataja[2] in drei Güterklassen: Naturgaben, Arbeitsprodukt und Kapitalertrag, welche fünf verschiedene Einkommensarten begründen:

a) Einkommen, resultierend aus der Verfügungsgewalt über wertvolle Naturgaben;

b) Einkommen aus der Vermietung von Arbeit oder Kapital;

c) Einkommen aus dem Ertrage von Arbeit oder Kapital, bez. dem Erlöse des Produkts.

---

[1]) a. a. O. S. 203.

[2]) a. a. O. S. 130 ff.

Diese Einteilung hat vor derjenigen Roschers u. A. jedenfalls den Vorzug voraus, dafs in ihr alle Einkommensarten sich unterbringen lassen. War jedoch die Roschersche zu eng, so scheint uns diese an dem Mangel zu leiden, dafs das Einteilungsprinzip nicht korrekt zur Durchführung gebracht ist, infolgedessen unter b) Einkommensmassen hingestellt sind, welche in den unter c) genannten mitenthalten sind. Nun ist es zwar durchaus zu billigen, dafs Mataja die unter b) und c) genannten Einkommenstheile nicht gleich setzt, wenn er sich dabei auch augenscheinlich in Widerspruch setzt mit seiner anderen Behauptung, wirtschaftlich gemessen drücke sich der Anteil des Kapitals an der Produktion durch die Zinsen aus. Aber wenn wir mit Mataja, die den Erträgen zu Grunde liegenden produktiven Faktoren als Einteilungsprinzip benutzen, so ergeben sich uns nur die folgenden schon früher genannten Einkommensarten, nämlich die Grundrente, die Arbeitsrente und die Kapitalsrente. Allerdings ist bei ihnen die Art des Bezuges eine verschiedene, indem entweder der Ertrag als solcher bezogen, oder auf Grund des Ertrages und an Stelle desselben im voraus eine feste Summe ausbedungen werden kann. Die Art des Einkommens bleibt aber stets die nämliche.

Doch kehren wir wieder zu Matajas Ausführungen zurück. Der Umstand, dafs der Unternehmer durch die Vereinigung der Produktionsfaktoren die Gütererzeugung bewerkstelligt, ergibt dem Verfasser zwei Möglichkeiten, wie die Natur des Unternehmergewinnes festgestellt werden könnte. Einmal wäre es denkbar, dafs infolge jener Vereinigung über die verbrauchte Arbeit u. s. w. hinaus ein neuer Wert entstünde, der sodann im Verkehr seinen Preis erhielte, oder aber das fertige Produkt könnte im Verkehr höher bezahlt werden als die Arbeit plus der Kapitalnutzung plus den verbrauchten Sachgütern, die zusammengenommen genügen, um das Produkt herzustellen.

Die erste Frage verneint Mataja, auf Grund der Mengerschen Untersuchungen, mit demselben Rechte, mit welchem er der zweiten zustimmt, und diese lautet mit anderen Worten offenbar dahin, ob das Produkt höher veräufsert werden kann, als die Produktionskosten betragen [1]). Wir bejahen diese Frage ohne Bedenken. Wenn nun Mataja jenen Überschufs als den Unternehmergewinn bezeichnet, so stimmt er in diesem Punkte im wesentlichen mit Grofs überein, und wir verweisen, was unsere Stellung zu jenen Anschauungen be-

[1]) a. a. O. S. 148.

trifft, auf das früher Gesagte. Dafs Mataja im Unternehmergewinn einen neuen Einkommenszweig erblickt, neben den von ihm bereits aufgestellten, geht nun zwar aus seiner Darstellung direkt nicht hervor, da er diese Seite der Frage nicht näher berührt. Wir glauben aber aus verschiedenen Andeutungen schliefsen zu dürfen, dafs er allerdings den Unternehmergewinn in jener Weise auffafst. So sagt er[1]), nach Aufstellung der verschiedenen Einkommenszweige, es könne nun die Frage auftauchen, ob es nicht noch eine Art Einkommen gebe, welches einem anderen Ursprung entstamme und nicht auf eigner Arbeit, Nutzung von eignem Kapital oder Okkupation wertvoller Naturgaben beruhe, und weist dann darauf hin, dafs wenn in einem Fall die unter c) angeführten Einkommensteile gröfser seien als die unter b) genannten, durch den Ankauf von Arbeitsleistungen und Kapitalsnutzungen und Verkauf des Arbeits- und Kapitalprodukts die Möglichkeit eines Einkommens gegeben sei. Ein solches besteht nun, wie wir früher sahen, nach Mataja im Unternehmergewinn. Hat es hiernach den Anschein, als ob dieser letztere als neuer Einkommenszweig aufgefafst werden soll, so ist doch anderseits wiederum nicht abzustreiten, dafs er in den unter c) genannten Einkommenstheile schon mit enthalten ist. Wenn wir ferner bedenken, wie energisch Mataja für die Anschauung eintritt, dafs der Anteil, den das Kapital und die Arbeit an der Produktion haben, im Lohn und Zins sich ausdrücke, so mufs es sehr überraschen, dafs er dennoch Kapitalzins und Kapitalertrag, Arbeitslohn und Arbeitsertrag nicht gleich setzt, sondern sie als getrennte Einkommensmassen hinstellt. Hier mangelt es augenscheinlich an der nötigen Klarheit, welcher Umstand es unmöglich macht, eine deutliche Vorstellung zu gewinnen von der Stellung, welche Mataja dem Unternehmergewinn gegenüber den verschiedenen sonstigen Einkommensteilen anweist.

Dieses Verhältnis aber war es, an dessen Feststellung uns vornehmlich gelegen war. Wir haben zur Ermöglichung derselben eine eingehende Besprechung der mannigfachsten Ansichten nicht gescheut, wenn auch mit dem Ergebnis, keiner derselben unbedingt beipflichten zu können. Auch die neueren über unseren Gegenstand erschienenen Werke scheinen uns nicht völlig das Richtige getroffen zu haben. Trotzdem aber werden sie ohne Zweifel die Erkenntnis

[1]) a. a. O. S. 132.

des schwierigen Problems der Güterverteilung wesentlich fördern helfen. Es lag in der Natur der Sache, dafs wir sie meist nur an den Punkten heranzogen, wo wir mit ihren Resultaten nicht übereinstimmten, denn eine umfassende Darlegung aller den Unternehmergewinn berührenden Fragen lag, wie gesagt, nicht in unserer Absicht, und nur die abweichenden Anschauungen sollten zur Sprache kommen.

Schon im Laufe der Besprechung der verschiedenen Theorieen nahmen wir Gelegenheit, unsere Auffassung denselben entgegenzustellen; es wird daher nicht nötig sein, auf dieselbe nochmals zurückzukommen. Wir suchten das Wesen der Unternehmung und des Unternehmergewinnes, die Art der Berechnung des letzteren, sowie seine Stellung zu den übrigen Einkommensteilen darzulegen. In bezug auf den letzteren Punkt war die Auffassung des Unternehmergewinnes als eines neuen Einkommenszweiges von besonderem Interesse. Es zeigte sich aber, dafs dieselbe eine prinzipielle Bedeutung deswegen nicht besitzt, weil es lediglich von dem, der Klassifizierung der gesamten Einkommensmassen zu Grunde gelegten Einteilungsprinzip abhängt, ob man im Unternehmergewinn einen selbständigen Einkommenszweig zu erblicken hat. Jener tritt übrigens in der Praxis nie in voller Reinheit zu Tage, sondern bildet stets einen Teil, wenn auch nicht selten den weitaus gröfsten Teil des Unternehmereinkommens, welches für die praktischen Fragen des Wirthschaftslebens ohne Zweifel von viel gröfserer Bedeutung ist als der Unternehmergewinn, dessen Absonderung aus jenem, wie auch Mithof mit vollem Recht betont, lediglich eine theoretische Kalkulation ist. Nichtsdestoweniger aber zeigt der Unternehmergewinn so viele hervorragende Eigentümlichkeiten, dafs es wohl berechtigt ist, ihn von seiner Verbindung mit dem Unternehmerlohn und -zins zu lösen, um ihn einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Wie er aus den sonstigen Einkommensmassen auszuscheiden ist, zeigten wir schon früher.

Da wir den Unternehmergewinn als das Einkommen des Unternehmers als solchen auffassen, so wird er auch je nach der Art des Unternehmens und der Stellung des Unternehmers ein sehr wechselndes Gepräge tragen. Er hat einen anderen Charakter beim grofsen Kaufmann als beim Handwerker oder bei einem Privatlehrer u. s. w.

Unter den heutigen Wirtschafts- und Produktionsverhältnissen, namentlich in der Grofsindustrie, ist die Stellung des Unternehmers eine immer gewichtigere geworden, seine Intelligenz und Leistungs-

fähigkeit ist für das Gedeihen und die Entwickelung des Unternehmens unbedingt ausschlaggebend. Sein Willensakt ruft das Unternehmen ins Werk; er übernimmt an dem ihm passend scheinenden Zeitpunkt und an dem geeigneten Ort die Organisation desselben, zieht die Arbeits- und Kapitalskräfte heran und sucht in der vorteilhaftesten Weise die produktiven Faktoren zu gemeinsamer Thätigkeit zu verbinden. Mit diesen Leistungen des Unternehmers verglichen, haben besonders die gemeinen Arbeiter der Grofsindustrie auf das Endresultat der Produktion keinen wesentlichen Einflufs, denn nicht das Produzieren an und für sich, sondern vor allem das Produzieren zur rechten Zeit und am rechten Ort, die richtige Benutzung der Konjunkturen ist hier für das Endergebnis mafsgebend. An sich sind die produktiven Eigenschaften des Kapitals in dem einem Betriebe nicht vorzüglicher als im andern; auch die Natur der Arbeitskräfte ist im grofsen und ganzen dieselbe, überall gibt es gute und schlechte Arbeiter; es liegt zunächst kein Grund zu der Annahme vor, dafs die Arbeiter unter dem einen Herrn thätiger und strebsamer sind als unter dem anderen, und wenn dies dennoch der Fall sein sollte, so liegt die Schuld wieder bei dem Unternehmer. Somit sind also die Produktionsmittel, wenigstens für unendlich viele Fälle, dieselben, und es ist Sache des Unternehmers, sie in der zweckmäfsigsten Weise zu verwerten. Ganz so verhält es sich mit dem Absatz der Waren. Aus blofser Freundschaft wird kein Kaufmann einem gewissen Fabrikanten den Vorzug geben, jedenfalls nicht auf die Dauer. Wenn in einem Lande die Produktions- und Absatzverhältnisse im allgemeinen die nämlichen sind und wir trotzdem die einzelnen Unternehmer desselben Industriezweiges zu ganz verschiedenen Resultaten gelangen sehen, so werden wir dieselben für gewöhnlich nur der gröfseren oder geringeren Thätigkeit, Strebsamkeit und Intelligenz jener zuschreiben können.

Die Bedeutung der Stellung des Unternehmers im wirtschaftlichen Kampfe ist in unseren Tagen in ähnlicher Weise gestiegen, wie die des Feldherrn; auch die heutige Kriegführung hängt in erster Linie von der Fähigkeit des Feldherrn ab. Die Entwickelung unseres ganzen wirtschaftlichen und sozialen Lebens bringt es eben mit sich, dafs die geistigen Leistungen des Menschen auf die Erlangung günstiger Resultate von immer entscheidenderem Einflusse werden.

Man wird nun diesen Ausführungen gegenüber vielleicht geneigt sein auf die Thatsache hinzuweisen, dafs doch zahlreiche Unternehmer unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse es nicht vermögen,

ihr Geschäft zu einiger Blüte zu bringen, trotz des besten Strebens und eines Aufwandes von Mühe und Intelligenz, der jedenfalls dem seiner glücklicheren Konkurrenten nicht nachsteht. Doch berechtigt dieser Umstand nur zu der Folgerung, daſs jene Unternehmer auf den erhofften Gewinn infolge der ungünstigen Konjunkturen verzichten müssen, ohne etwa die Behauptung zu rechtfertigen, daſs den anderen der Unternehmergewinn unverdienterweise zufällt.

Bei allen denjenigen Unternehmungen nun, hinsichtlich derer die angeführten Momente in Betracht kommen, bei denen also das Endresultat der Produktion hauptsächlich von der Intelligenz und Leistung des Unternehmers abhängt [1]), wird der Unternehmergewinn zum groſsen Teil als Entgelt für die spezifische Unternehmerthätigkeit anzusehen sein. Dies gilt also vor allem für die Unternehmungen der Groſsindustrie und des Groſshandels [2]).

Wir sind jedoch weit davon entfernt, in jener Leistung des Unternehmers die alleinige Ursache für die Existenz eines Unternehmergewinnes zu erblicken; damit würden wir offenbar in die Einseitigkeiten

[1]) Es soll durchaus nicht geleugnet werden, daſs es viele Fälle gibt, in denen auch andere im Unternehmen thätige Personen einen Einfluſs auf das Endergebnis desselben ausüben können und thatsächlich ausüben. Wir erinnern bloſs an den Geschäftsreisenden, durch dessen Rührigkeit dem Unternehmen neue Absatzgebiete eröffnet, die alten erhalten werden, der somit das Gedeihen des Geschäfts wesentlich beeinflussen kann. In derartigen Fällen ist also der Unternehmergewinnn teilweise das Produkt eigenartiger Leistungen von Angestellten des Geschäfts. (Vergl. hierzu das im Abschnitt III Gesagte.)

[2]) Hierher gehören allerdings auch manche Aktiengesellschaften, deren Unternehmergewinn wir der Hauptsache nach als Kapitalgewinn aufgefaſst haben. Dies steht jedoch nicht im Widerspruch mit den obigen Ausführungen. Denn die Erfahrung lehrt, daſs der Geschäftsgewinn der Aktiengesellschaften für solche Produktionszweige, bei denen es vornehmlich auf die Leitung und auf das Beherrschen der Konjunkturen ankommt, in den einzelnen Jahren ein sehr schwankender und, wenn man für gröſsere Perioden den Durchschnitt annimmt, auch recht niedrig zu sein pflegt. Die Aktiengesellschaften blühen für gewöhnlich nur dann, wenn der Gang des Geschäfts ein gleichmäſsiger und in erster Linie die Gröſse des Kapitals für das Gedeihen der Unternehmung ausschlaggebend ist. (Vergl. van der Borght, Bewährung der Aktiengesellschaften, namentl. S. 206 ff. Bei den Aktiengesellschaften hat der Leiter (Direktor) diejenigen Aufgaben zu erfüllen, welche bei den anderen Unternehmungen vom Unternehmer selbst vollführt werden. Während aber dieser letztere Unternehmergewinn bezieht, erhält der Direktor der Aktiengesellschaft zunächst keinen solchen, sondern die Aktieninhaber (Unternehmer). — Eine gewisse wirtschaftliche Ungerechtigkeit, welche hierin gefunden werden könnte, wird in der Praxis meist dadurch beseitigt, daſs der Direktor in der Tantième am Unternehmergewinn partizipiert (s. Abschnitt III).

der Vertreter der Arbeitstheorie zurückverfallen, welche wir früher zur Genüge gekennzeichnet haben. Vielmehr ist der Unternehmergewinn unter Umständen noch anders aufzufassen. Derselbe Unternehmer kann durch Hinzuziehung gröfserer Kapitalien einen mehrfach höheren Gewinn als bisher, vielleicht überhaupt erst dadurch einen solchen erzielen: die Gröfse des Kapitals ist bei vielen Unternehmungen entscheidend für den Erfolg und noch bedeutsamer als die Tüchtigkeit des Unternehmers.

Für den einzelnen Fall werden nun zwar immerhin Zweifel darüber bestehen können, ob ein Unternehmergewinn vornehmlich als Arbeits- oder aber als Kapitalsertrag aufzufassen. Noch weniger wird man im stande sein, den Wert der beiden verschiedenen Ertragsarten in Geldsummen gesondert zu fixieren; es ist dies deshalb unmöglich, weil bekanntlich bei der kapitalistischen Produktion die Leistungen der Produktionsfaktoren überhaupt nicht voneinander zu scheiden sind.

Diese Schwierigkeiten, welche sich der praktischen Anwendung unserer Betrachtungsweise auf den einzelnen Fall entgegenstellen, lassen jedoch das Prinzip völlig unberührt.

Von verschiedenen Seiten ist der Unternehmergewinn als Gefahrprämie hingestellt worden, eine Auffassung, deren Richtigkeit von mehreren Autoren, so u. a. auch von Grofs bestritten wird. Es möge gestattet sein, auf diese Frage noch kurz einzugehen.

Wenn Grofs geradezu sagt, der Unternehmergewinn könne unmöglich zugleich Einkommen und Gefahrprämie sein, indem diese beiden Begriffe in direktem Widerspruch zu einander stünden, so vermögen wir diese Anschauung ebensowenig zu teilen, als wir die Behauptung acceptieren können, dafs die Übernahme eines wirtschaftlichen Risikos noch durchaus nicht die Gewährung einer besonderen Prämie zur Deckung desselben bedinge[1]). Das erstere vermögen wir aus dem Grunde nicht zuzugeben, weil die Unsicherheit des Bezuges, das Schwankende in seiner Höhe sehr wohl eine Eigenschaft des Einkommens überhaupt bilden kann, — das zweite deshalb nicht, weil ohne die Aussicht auf eine solche Prämie die Übernahme eines Risikos ökonomisch unzulässig erscheint. Jedenfalls mufs doch die Möglichkeit vorhanden sein, eventuelle Verluste entweder durch entsprechende Gewinne oder durch sonstige Mittel, die dem Unternehmen, dem das Risiko anhaftet, nicht angehören,

[1]) S. a. a. O. S. 198 f.

zu decken. Grofs läfst namentlich den Umstand für seine Meinung sprechen, dafs bei allen Formen der Produktion, d. h. also bei einer jeden Wirtschaft und nicht allein beim Unternehmen ein solches Risiko vorkommt. Freilich ist der Wirtschaft als solcher auch ein Risiko eigen, welches allerdings durch eine aus ihr selbst hervorgehende Gefahrprämie nicht gedeckt werden kann. Dies ist unzweifelhaft richtig, und die Wirtschaft müfste bald zu Grunde gehen, welche zwar niemals Gewinne erzielen, aber sehr wohl Verluste erleiden kann, wenn nicht diese letzteren auf irgend eine Weise kompensiert würden. Hier ist nun daran zu erinnern, dafs der Wirtschaft die Mittel zu ihrer Führung und Unterhaltung aus der Unternehmung zufliefsen. Eventuelle Verluste in jener werden durch die Erträge dieser gedeckt. Das Unternehmen hat daher aufser seinem eignen Risiko indirekt noch das der Wirtschaft mitzutragen. Wenn der Kommune etwa durch den Bau eines Theaters Verluste erwachsen, so fallen diese in letzter Instanz auf die Steuerzahler zurück, welche durch die Erträge aus ihren Privatunternehmungen die Steuer zu leisten haben. Ebenso werden auch alle Verluste einer privaten Hauswirtschaft von dem Hausherrn getragen, der durch ein Geschäftsunternehmen die erforderlichen Mittel erwirbt, und zwar entweder direkt, wenn er selbst der Unternehmer ist, oder indirekt, wenn er aus einem fremden Unternehmen sein Einkommen bezieht [1]). Somit fallen also das Risiko der Wirtschaft und dasjenige des Unternehmens stets auf dieses letztere zurück. Das Unternehmen mufs also in sich auch die Bedingungen besitzen, welche die Übernahme der Gefahr ermöglichen, d. h. eine gewisse Gefahrprämie abwerfen. Als solche haben wir denjenigen Teil des Unternehmergewinnes aufzufassen, welcher aus dem Überschufs des Ertrages der im Unternehmen produktiv thätigen Faktoren über die als Vergeltung hierfür gezahlten Zinsen und Löhne sowie über den Unternehmerlohn und -zins hinaus besteht [2]), eine Prämie, die den Unternehmer in den Stand setzt, die Gefahr des unsicheren Einkommensbezuges auf seine Schultern zu nehmen, während er den Arbeitern und Kapitalisten einen festen

---

[1]) Noch etwas komplizierter stellt sich das Verhältnis dann dar, wenn der Hausherr aus einer fremden Wirtschaft (z. B. als Staatsbeamter) sein Einkommen bezieht, welche ihrerseits wieder die Mittel zur Existenz aus Unternehmungen erhält. An dem Prinzip wird hierdurch nichts geändert.

[2]) d. h. also den gesamten Unternehmergewinn mit Ausschlufs des Ertrages der speziellen Unternehmerthätigkeit.

Lohn resp. Zins[1]) garantiert. Produziert der Unternehmer ohne fremde Kapitals- und Arbeitskräfte, so fallen natürlich jene Momente fort, er trägt dann ein Risiko nur in sofern als sein eignes Einkommen ein unsicheres ist, und bezieht aus diesem Grunde seine Gefahrprämie.

Aus dem Gesagten geht hervor, dafs die Gefahrprämie nicht als der Ertrag, als das Resultat der Gefahr zu betrachten ist, die früheren Auseinandersetzungen, welche den Unternehmergewinn in allen seinen Teilen auf einen anderen Ursprung zurückführen, schliefsen eine solche Auffassung von vornherein aus. Jener Ausdruck besagt vielmehr nur, dafs der betreffende Teil des Unternehmergewinnes als Kompensation für eventuelle Unternehmerverluste anzusehen ist, zu denen er ein wirtschaftlich notwendiges Korrelat bildet, ohne welches das Unternehmen Gefahr laufen würde, zu Grunde zu gehen.

Ein Rückblick auf die bisherigen Ausführungen ergibt, dafs der Unternehmergewinn dem vereinten Wirken der drei produktiven Faktoren: Natur, Arbeit und Kapital seine Entstehung verdankt. Er ist als Ertrag derselben aufzufassen, soweit er sich nicht in Grundrente, Arbeits- (resp. Unternehmer-)lohn und Kapitals- (resp. Unternehmer-)zins auflösen läfst, und ist in seiner Höhe im allgemeinen abhängig einerseits von der speziellen Thätigkeit des Unternehmers, anderseits aber auch von den wechselnden Konjunkturen. Die letzteren berechtigen den Unternehmer, auch solche Gewinne zu beziehen, die aus dem Ertrage f r e m d e r Arbeits- und Kapitalsmassen herrühren.

Wir haben bei der Analysierung des Unternehmergewinnes besonders einen von einer physischen Person als Unternehmer geleiteten grofsindustriellen Betrieb im Auge gehabt. Dieser ist nämlich vor allen anderen geeignet, als Typus für ein Unternehmen zu gelten, da dort der Arbeits- und der Kapitalsfaktor bei der Produktion annähernd die gleiche Rolle spielen und stets fremde Arbeitskräfte, vielfach auch fremde Kapitalskräfte thätig sind. In dem Unternehmergewinn eines solchen Betriebes treten uns daher alle die verschiedenen Bestandteile desselben mit gleicher Deutlichkeit vor Augen, nämlich, um dies nochmals zu wiederholen, zunächst der Ertrag der speziellen Thätigkeit des Unternehmers, und sodann der Überschufs des Er-

[1]) Hiermit soll nicht gesagt sein, dafs der Lohn der Arbeiter und die Zinsen des Kapitalisten absolut sicher und fest sind. Es kann sich hier vielmehr nur um eine relative Sicherheit handeln gegenüber der Unsicherheit des Bezuges des Unternehmereinkommens.

trages der im Unternehmen thätigen Kapitals- und Arbeitsmengen über die Arbeitslöhne und Kapitalzinsen. In solcher Vollständigkeit finden sich die einzelnen Teile des Unternehmergewinnes jedoch nicht in allen Unternehmungen vertreten. Bei dem Gewinn der Aktiengesellschaften wird jener erstgenannte Bestandteil in Fortfall kommen, da die Aktionäre keinen wesentlichen Einflufs auf das Gedeihen des Unternehmens ausüben. Wenn wir nun früher den Unternehmergewinn der Aktionäre (d. h. also die Dividenden vermindert um die nach dem landesüblichen Zinsfufs berechneten Zinsen des Aktienkapitals) als Kapitalgewinn auffafsten, so wird diese Bezeichnung in sofern auch jetzt noch als korrekt gelten können, als man den Kapitalgewinn als den Gewinn hinstellen kann, den der Besitz des Kapitals verschafft. Fassen wir ihn dagegen genauer als Ertrag des Kapitals als solchen auf, so wird jene Auffassungsweise nach dem früher Gesagten eine gewisse Modifikation erleiden müssen, indem wir hinzufügen, dafs im Unternehmergewinn der Aktionäre aufser dem Ertrage aus dem Aktienkapital noch eine gewisse Menge fremder Arbeits- und Kapitalsrente enthalten ist.

Einen anderen Charakter als bei den Aktiengesellschaften wiederum wird der Unternehmergewinn da aufweisen, wo zwar Unternehmer und Leiter in einer Person vereinigt sind, aber die Produktion ohne fremde Mittel vor sich geht, und das Kapital überhaupt nur in untergeordnetem Mafse in Betracht kommt. Dies ist unter anderem der Fall bei dem Geschäftsbetriebe vieler kleiner Handwerker. Hier können wir deshalb den Unternehmergewinn, unter Wegfall aller anderen Bestandteile, unbedenklich als Arbeitsrente hinstellen, wenn auch eine gewisse Gewinnquote als Kapitalertrag zu bezeichnen sein würde, die jedoch unberücksichtigt gelassen werden darf, weil hier eben das Kapital gegenüber der Arbeit völlig in den Hintergrund tritt. Der Unternehmergewinn ist hier also lediglich der Thätigkeit und Umsicht des Unternehmers zuzuschreiben, dem unter Umständen die Gunst der Konjunkturen zu Hilfe kommt, um den Ertrag seiner Arbeit noch zu erhöhen.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse z. B. bei dem Unternehmergewinn eines Privatlehrers. Auch hier kann von einem Kapitalgewinn nicht die Rede sein, sondern der Unternehmergewinn (in diesem Falle der Überschufs des Einkommens des Privatlehrers über das Durchschnittsgehalt eines besoldeten Lehrers derselben Kategorie) ist als das Resultat persönlicher Leistungen des Lehrers aufzufassen.

Es liefsen sich diese Beispiele noch beliebig vermehren. Sie alle würden zeigen, dafs, wie schon früher hervorgehoben, die Natur des Unternehmergewinnes durchaus bedingt wird durch den eigentümlichen Charakter der einzelnen Unternehmung. Den zahlreichen Gattungen dieser letzteren, soweit sie durch das verschiedenartige Zusammenwirken der Produktionsfaktoren bedingt werden, entsprechen ebensoviele Arten von Unternehmergewinnen, welche unter sich höchst verschieden, dennoch gewisse Hauptmomente miteinander gemein haben. An dieser Thatsache mufsten alle diejenigen Versuche scheitern, welche in einseitiger Weise die Existenz der so verschieden gearteten Bestandteile des Unternehmergewinnes dem Wirken eines einzigen Faktors zuschreiben wollten, während sie doch dem Zusammenwirken mehrerer ihr Dasein verdanken. Auch hier zeigt es sich, dafs es ein vergebliches Bemühen ist, einem starren Prinzip zuliebe die mannigfaltigen Erscheinungen des Wirthschaftslebens nach einer Schablone beurteilen zu wollen.

III. Die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn.

Nachdem wir im vorigen Abschnitte versucht haben, den Ursprung und den Charakter des Unternehmergewinnes festzustellen, gehen wir nunmehr dazu über, einigen unmittelbar praktischen Seiten unseres Gegenstandes, namentlich dem Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmergewinn und ihrer eventuellen Beteiligung an demselben näher zu treten. Allerdings werden wir dabei nicht umhin können, zunächst nochmals auf die theoretische Untersuchung zurückzugreifen, was ja auch in sofern nahe liegt, als sie allein uns die wissenschaftliche Grundlage zur richtigen Beurteilung der praktischen Fragen liefern kann.

Offenbar werden wir bei einem Urtheil über die rechtliche Bedeutung und die Zweckmäfsigkeit einer Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn von der Untersuchung der Berechtigung derselben ausgehen müssen. Kann der Arbeiter aus volkswirtschaftlichen Gründen einen Teil des Unternehmergewinnes oder gar die Gesamtheit desselben für sich in Anspruch nehmen? Hat er ein

ökonomisches Recht auf ein Einkommen, welches, wie wir wissen, unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht ihm, sondern dem Unternehmer zufliefst? Oder mit anderen Worten: Ist der Bezug des Unternehmergewinnes seitens des Unternehmers wirtschaftlich zu billigen? Die Beantwortung dieser Fragen hat uns zunächst zu beschäftigen; sie wird am zweckmäfsigsten an die frühere Erörterung über das Wesen des Unternehmergewinnes anknüpfen.

Wir glauben im vorigen Abschnitt gezeigt zu haben, dafs der Unternehmergewinn kein einfaches Einkommen ist, da er nicht die Leistung eines einzigen Produktionsfaktors, sondern dem innigen Zusammenwirken aller dreier Faktoren seine Entstehung verdankt. Demgemäfs enthält er einmal den Ertrag der eigenartigen Leistung des Unternehmers, wie sie ihrer ganzen Natur nach im Unternehmerlohn nicht vergolten werden kann, und sodann den Ertrag der sonstigen im Unternehmen thätigen produktiven Faktoren über die hierfür geleistete Vergütung hinaus. Alle diese verschiedenen Einkommensteile fallen dem Unternehmer zu; untersuchen wir nunmehr, ob und inwieweit mit Recht.

Was zunächst den ersten Punkt betrifft, so erscheint es fast als selbstverständlich, dafs der Unternehmer für seine eigenartigen Leistungen auch eine entsprechende Vergütung beanspruchen dürfe, wie er sie eben im Unternehmergewinn bezieht. Wir könnten daher auf eine Erörterung dieser Frage verzichten, wenn nicht, wie wir früher bereits sahen, eben die Existenz jener speziellen Unternehmerthätigkeit von verschiedenen Seiten geleugnet, die eigenartige Stellung des Unternehmers bei der wirtschaftlichen Produktion verkannt und seine Leistung, selbst in der Grofsindustrie, als von derjenigen seiner Arbeiter qualitativ nicht verschieden hingestellt würde, verschieden wenigstens nicht in dem Sinne, dafs damit ein Anspruch des Unternehmers auf einen besonderen Gewinn begründet werden könnte. Eine solche Auffassung mufs freilich notwendig auf die Forderung einer Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn hinauslaufen, dessen Erzielung hiernach ja ebensosehr der Leistung des Arbeiters als der des Unternehmers zuzuschreiben ist. Die Vertreter jener Anschauung werden vielleicht sogar noch weiter gehen, indem sie die Leistungen des Unternehmers im Unternehmerlohn für vergütet erachten, und demnach den Unternehmergewinn, mindestens soweit wir ihn als das Produkt der Unternehmerthätigkeit ansehen, den Arbeitern zuerkennen, denen auf solche Weise ein höheres Einkommen zu theil werden würde. Betrachtungen über die Verkehrtheit der

jetzigen Verhältnisse, unter welchen, nach der Ansicht jener, den Arbeitern der ihnen zukommende Gewinn seitens des Arbeitgebers ungerechterweise vorenthalten wird, liegen dann sehr nahe.

Wir haben solchen Anschauungen gegenüber bereits früher auf den grofsen Unterschied hingewiesen, welcher u. E. zwischen den Leistungen des Unternehmers und der seiner Arbeiter in bezug auf das Endresultat der Produktion namentlich in den Unternehmungen der Grofsindustrie besteht. Wir suchten zu zeigen, dafs für die Mehrzahl der Fälle die Intelligenz und Thätigkeit des Unternehmers auf die Höhe des Unternehmergewinnes einen unbedingten Einflufs ausüben, während die Leistungen der von ihm beschäftigten Arbeiter meistens rein mechanische sind und in bezug auf das Endergebnifs der Produktion in keiner Weise den Ausschlag geben. Die Erkenntnis gerade dieses Umstandes ist für die Beurteilung der Frage nach der Gewinnbeteiligung der Arbeiter von so entscheidender Bedeutung, dafs es uns gerechtfertigt erscheint, an dieser Stelle nochmals auf jene Thatsachen zurückzukommen.

Bedienen wir uns zur gröfseren Klarstellung derselben eines Beispiels. Welchen Einflufs hat in einer mechanischen Weberei der einzelne Arbeiter auf den Gang des Geschäftes? Arbeitet er anders als die Maschine, vor welcher er steht? Ob seine Leistungen gute oder schlechte sind, ist für den endgültigen Ertrag des Unternehmens von ganz untergeordneter Bedeutung. Sollte er wirklich durch schlechte Arbeit dem Geschäfte gewisse Verluste zufügen, so wird er bald durch eine andere Person ersetzt sein, in deren eigenem Interesse es liegt, möglichst gut zu arbeiten.

Ganz anders verhält es sich dagegen mit der Thätigkeit des Unternehmers. Dafs er das Rohmaterial zu angemessenen Preisen einkauft, gute und sichere Absatzquellen beschafft, seine Produktion den Verhältnissen entsprechend erweitert oder einschränkt, in genügender Weise den Anforderungen des konsumierenden Publikums (in bezug auf Geschmacksrichtung, Mode u. s. w.) gerecht wird, sind Aufgaben von solcher Tragweite, dafs schon die Vernachlässigung einer einzigen seitens des Unternehmers für ihn die schwersten pekuniären Verluste zur Folge haben kann. Ihnen gegenüber fällt die Qualität der Leistungen des einzelnen Arbeiters durchaus nicht ins Gewicht. Was hat dieser damit zu schaffen, dafs der Unternehmer das Garn kurz vor der Zeit einkauft, wo sein Marktpreis sinkt und das Geschäft hierdurch Verluste erleidet?

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Landwirtschaft.

Über die Fruchtfolge, die Auswahl der Saat, die Zuchtrichtung, Meliorationen u. s. w. hat der Gutsherr allein zu bestimmen, von dessen richtigem Blick und dessen Kenntnissen die Bewährung solcher Mafsnahmen und damit die Erfolge des Wirtschaftsbetriebes abhängen, während die guten Leistungen der gemeinen Arbeiter und Tagelöhner auch hier nur von sekundärer Wichtigkeit sind. Diesen grofen Unterschied zwischen der Thätigkeit des Unternehmers und derjenigen seiner Arbeiter hebt auch Weigert in seinem Gutachten über die Gewinnbeteiligung [1]) sehr treffend hervor.

In seinen, als von einem Praktiker herrührend, besonders interessanten Ausführungen sagt er u. a.: „Bei dem Arbeiter ist es einfach die Ausführung einer gegebenen Arbeit, die verlangt wird, bei der je nach ihrer Qualität sehr verschiedene Kräfte und Fähigkeiten angewendet werden müssen, eines Gegenstandes, dessen Wert der Unternehmer berechnet und nach dem er den Arbeitslohn festgestellt haben mufs, in der Hoffnung, in dem künftigen Preise eine Erstattung desselben zu finden.

Der Unternehmer ist dagegen der Mann der Initiative, der die einzelnen Kräfte in Bewegung zu setzen versteht, die latente Arbeitskraft der Individuen zur Erzeugung von Gebrauchsgegenständen verwendet und somit erst die Entfaltung und Nutzbarkeit derselben bewirkt. Das Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer läfst sich vergleichen mit dem des einfachen Soldaten zum Feldherrn. Wie von dem Soldaten wird vom Arbeiter Thätigkeit, Ertragung von Mühen, Zuverlässigkeit und die Aufwendung einer grofsen Summe von Anstrengung verlangt, aber seine Leistungen werden geleitet, bestimmt und ihr Erfolg wird bewirkt dort vom Feldherrn, hier vom Unternehmer. Neben dieser nicht hoch genug anzuschlagenden Initiative ist es das Risiko, die Einsetzung der ganzen Existenz in materieller wie moralischer Beziehung, welche die Thätigkeit des Unternehmers von der des Arbeiters unterscheidet und in dem Unternehmergewinn zum Ausdruck zu kommen hat. Es ist ferner die Umsicht in der Leitung des Unternehmens, die Berechnung der Konjunkturen, die technische und merkantilische Bildung, kurz eine grosse Zahl von Fähigkeiten und Eigenschaften, welche der Unternehmer besitzen mufs, und dafs die Vergütigung einer solchen Thätigkeit eine andere sein muss, als die

---

[1]) „Über die Frage von der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn und Eigentum der Fabriken." Gutachten, erstattet von Dr. Max Weigert, Fabrikbesitzer in Berlin (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, VI, Leipzig 1874).

für die mechanische Leistung des Arbeiters, ist klar; es ist eine Verkennung unseres industriellen Lebens, von diesen Gröfsen als commensuablen zu sprechen. Dafs aber der Unternehmergewinn keine feststehende Gröfse ist, sondern sich einzig [1]) nach dem Grade des Vorhandenseins der erwähnten Eigenschaften richtet, beweist die Praxis. Nicht alle Unternehmungen reüssieren gleich; unter denselben Verhältnissen, in dem nämlichen Geschäftszweige, unter Benutzung des gleichen Kapitals und gleich tüchtiger Arbeiter prosperiert die eine Unternehmung und die andere geht zurück, weil dort der Unternehmer mit gröfseren Fähigkeiten ausgestattet ist wie hier. Und in der Regel ist es nicht der Mangel an Fleifs und Thätigkeit, der die geringere Prosperität herbeiführt, sondern das Fehlen der eigentlichen Unternehmereigenschaften: der Umsicht, Kenntnisse u. dergl. Wie weit entfernt auch der tüchtigste Arbeiter ist, ein geeigneter Unternehmer zu sein, beweist die oft gezeigte Ohnmacht der Produktivgenossenschaft, welche nicht etwa der Übermacht des Grofskapitals, sondern in der Regel der Überlegenheit tüchtiger geschulter Unternehmer unterlegen ist. Es ist also in der That die Thätigkeit des Unternehmers eine qualitativ andere als die des Arbeiters, der aus dieser Thätigkeit hervorgehende Nutzen ein berechtigter."

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschliefsen und behaupten, dafs in der Mehrzahl der Unternehmungen, namentlich in denen der Grofsindustrie und der Landwirtschaft, die Leistungen des Unternehmers für das Endresultat der Produktion in dem Mafse ausschlaggebend sind, dafs die Extravergütung jener Leistungen im Unternehmergewinn seine volle volkswirtschaftliche Berechtigung hat, während den Arbeitern, da sie im Vergleich hierzu den Erfolg des Unternehmens gar nicht oder nur in sehr untergeordnetem Mafse zu beeinflussen vermögen, ein Anspruch auf Beteiligung an jenem Gewinne nicht zusteht.

Dies ist einer der Hauptgesichtspunkte, von denen aus die Gewinnbeteiligungsfrage zu beurteilen ist und welcher, wie gesagt, für die Mehrzahl der Unternehmungen mafsgebend ist. Mit dieser Beschränkung wird aber ausdrücklich anerkannt, dafs die Regel

[1]) In dieser Hinsicht haben wir gewisse Einschränkungen gemacht und stimmen hier nicht völlig mit Weigert überein.

nicht ohne Ausnahmen, daſs m. a. W. die Praxis auch Fälle aufweist, in welchen neben dem Unternehmer auch die Angestellten auf die Höhe des Unternehmergewinnes entscheidend einwirken, ja sogar die Thätigkeit jenes vor derjenigen der Arbeiter völlig in den Hintergrund treten kann. — Wir hatten bereits im Laufe unserer Betrachtung Gelegenheit, auf Fälle solcher Art hinzuweisen. Wir machten darauf aufmerksam, daſs z. B. der Direktor einer Aktiengesellschaft, obwohl nicht Unternehmer, dennoch für gewöhnlich eine Thätigkeit ausübt, die von derjenigen des Unternehmers in anderen Unternehmungsarten generell nicht unbedingt verschieden ist, obgleich man hier wohl dem schon früher von uns geäuſserten und besonders von Roscher betonten Gedanken Raum geben darf, daſs das Gefühl der dauernden Verantwortlichkeit, das unmittelbare Interesse an seinem Geschäft, der Umstand, daſs seine ganze materielle Lage von dem Gedeihen des Unternehmens abhängt, und endlich seine Unabhängigkeit und freie Selbstbestimmung den Unternehmer in seiner Thätigkeit im Vergleich zu einem bloſsen Leiter wesentlich begünstigen. Wir führten weiterhin die Leistungen eines Geschäftsreisenden als Beispiel dafür an, daſs auch bloſse Angestellte, indem ihnen die Sorge für die Erhaltung der alten und die Aufsuchung neuer Absatzquellen zufällt, einen entscheidenden Einfluſs auf den Geschäftsgewinn auszuüben vermögen.

Diese Beispiele zeigen, daſs nicht immer der Unternehmer allein es ist, der den Gewinn hervorruft, daſs vielmehr auch gegen Lohn thätige Personen in gleicher Richtung wirken können, weswegen ihnen ein ökonomischer Anspruch auf Anteil am Geschäftsgewinn zuzuerkennen ist, an dessen Erzielung sie in hervorragendem Maſse beteiligt sind. [1])

Für unsere Frage sind alle diese Fälle von untergeordneter Bedeutung, denn einmal wird die Praxis jener Thatsache wenigstens sehr häufig dadurch gerecht, daſs solche Personen in der Tantième am Unternehmergewinn partizipieren, anderseits ist die Zahl jener Fälle immerhin eine verhältnismäſsig geringe, und trifft jedenfalls das Gros

---

[1]) Rein theoretisch betrachtet ist ja allerdings ein jeder Arbeiter im stande, einen wenn auch noch so minimalen Einfluſs auf den Geschäftsgewinn auszuüben, indem er durch hervorragend gute oder schlechte Arbeiten dem Unternehmen nützen resp. schaden kann. Doch handelt es sich für uns nur um klar nachweisbare, maſsgebende Einflüsse, welche die Praxis stets herausfinden und nur denjenigen Personen zuschreiben wird, die mit ihren eigenartigen Leistungen nicht durch beliebige andere ersetzt werden können.

der Unternehmungen nicht, auf welche es doch bei einer Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn abgesehen sein mufs, wenn dieselbe überhaupt eine nennenswerte praktische Bedeutung erlangen soll. Kurz, die erwähnten Beschränkungen stellen die Richtigkeit des eben ausgesprochenen Grundsatzes nicht in Frage, vielmehr wird auch hier die Regel durch gewisse Ausnahmen nur bestätigt.

Wir gelangen nun zum zweiten Punkte. Neben dem Ertrage der eigenartigen Arbeitsleistung des Unternehmers enthält der Unternehmergewinn, wie bereits mehrfach betont, eventuell auch noch den Ertrag der anderen im Unternehmen thätigen produktiven Faktoren über die hierfür geleistete Vergütung hinaus. Sehr häufig sind nämlich im Unternehmen auch fremde Arbeits- und Kapitalskräfte thätig [1]), wofür der Unternehmer die Löhne und Zinsen zu zahlen hat. Nun ist es sehr wohl möglich, dafs die Erträge jener beiden Faktoren gröfser sind, als die für ihre Nutzung gezahlte Vergütung. Der eventuelle Überschufs fliefst dem Unternehmer im Unternehmergewinn zu. Es fragt sich, ob und inwieweit dies volkswirtschaftlich zu rechtfertigen ist. Bekanntlich wird, namentlich von sozialistischer Seite, die Berechtigung dieses Teiles des Unternehmergewinnes entschieden bestritten und der Bezug desselben seitens des Unternehmers als ein Raub bezeichnet, den er infolge seiner bevorzugten wirtschaftlichen Stellung namentlich den Arbeitnehmern gegenüber an diesen ausübe.

Wir möchten dieser Anschauung gegenüber auf folgendes hinweisen. Die Erträge der im Unternehmen thätigen fremden Kapitals- und Arbeitsmassen sind nicht identisch mit den für die Nutzung derselben gezahlten Zinsen resp. Löhne. Denn der Absatzpreis der produzierten Güter vermag plötzlich eine bedeutende Steigerung zu erfahren, wodurch der Ertrag der produktiven Faktoren des Unternehmens in demselben Mafse sich erhöht, während dagegen die für ihre Nutzung gezahlten Preise zunächst konstant bleiben. Ebenso plötzlich kann auch der Preis der abzusetzenden Güter sinken, was einer Verminderung des Arbeits- resp. Kapitalertrages gleichkommt, während auch in diesem Falle die Preise für die Nutzung von

[1]) Allerdings ist meistens auch der Unternehmer als Mitarbeiter selbst thätig, ferner hat er fast stets eignes Kapital im Geschäft angelegt. Der erste dieser beiden Faktoren kommt jedoch hier nicht in Betracht, denn dessen Leistung darf im Unternehmerlohn dessen rechnerische Normierung seitens des Unternehmers selbst die Möglichkeit einer zu niedrigen Schätzung ausschliefst, als völlig vergolten betrachtet werden.

Kapital und Arbeit sich nicht ändern[1]). Der Grund für jene Ertragssteigerung resp. -verminderung liegt, abgesehen von der Thätigkeit des Unternehmers, dessen Aufgabe es ist, für die vorteilhaftesten und sichersten Absatzwege zu sorgen, — besonders auch in den wechselnden Konjunkturen, auf deren Existenz der einzelne Unternehmer ohne jeden Einflufs ist. Sie steigern und vermindern den Ertrag seiner Produktion, und wie im erstgenannten Falle der Unternehmergewinn durch die Ertragssteigerung wächst, so vermindert sich derselbe im zweiten durch die Abnahme des Ertrages. Das Plus des letzteren über die gezahlten Nutzungspreise ist Unternehmergewinn, das Minus, welches entsteht, wenn der Ertrag die Höhe jener Preise nicht erreicht, ist Unternehmerverlust. Beide Momente stehen sich ergänzend einander gegenüber.

Es fragt sich nun, ob jener Teil des Unternehmergewinnes als ein berechtigter anzusehen ist. Angesichts der Thatsache, dafs demselben in seiner früher besprochenen Eigenschaft als Gefahrprämie ein eventueller Verlust zur Seite steht, könnte man geneigt sein, die Frage rückhaltslos zu bejahen. Doch ist zu erwägen, ob hier die Gewinne und Verluste in einem angemessenen Verhältnis zu einander stehen, oder ob nicht etwa jene letzteren viel zu gering sind, um einen bisweilen unverhältnismäfsig hoch erscheinenden Gewinnbezug zu rechtfertigen. Die Erwiderung auf diesen Einwurf wird sich verschieden gestalten, je nachdem man vom Standpunkte des einzelnen Unternehmers oder aber der Volkswirtschaft aus die Frage beurteilt. Es wird in gewissem Sinne im Interesse des Unternehmers liegen, möglichst geringe Löhne und Zinsen zu zahlen, denn je niedriger diese sind, um so höher ist sein Unternehmergewinn. Der Unternehmer steht also hiernach sowohl dem Arbeiter als auch dem Kapitalisten im Preiskampfe feindlich gegenüber[2]). Er ist aber wirt-

[1]) Sowohl Grofs wie Mataja begehen, unserer Ansicht nach, den Fehler, die Produktion auf der einen dem Absatz der Produkte auf der anderen Seite als zwei verschiedene Dinge gegenüberzustellen, während doch die für fremden Bedarf bestimmte Produktion erst dann als vollendet anzusehen ist, wenn die Produkte abgesetzt und bezahlt sind. (Vergl. Mithoff, a. a. O. S. 495.)

[2]) Diese Thatsache findet u. a. auch in dem Werke von Launhardt, Mathematische Begründung der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1885, § 22, ihren treffenden Ausdruck. Es heifst dort: „Der so oft betonte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zeugt von einer mindestens ungenauen Auffassung der Sachlage. Es ist nicht der Kapitalist, welcher dem Arbeiter feindlich gegenübersteht, sondern es ist der Kapital und Arbeit benutzende Unternehmer, welcher sowohl den Kapitalisten als auch den Arbeiter bedrängt.“

schaftlich verpflichtet, diesen letzteren die landesüblichen Zinsen und solche Löhne, wie sie den Kulturverhältnissen und der Lebenshaltung der Arbeiter entsprechen, zu zahlen. Zahlt er weniger, so ist sein Gewinn, den er hierdurch macht, allerdings als ein unberechtigter zu bezeichnen. Betrachtet man nun aber die Gesamtheit der Unternehmer vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, so wird man sagen müssen, dafs nur dann ein gerechtes Verhältnis erzielt ist, wenn jene landesüblichen Löhne und Zinsen mit dem Durchschnittsertrage der betreffenden Arbeits- und Kapitalsmengen im Einklang stehen, und derjenige Teil der gesamten Unternehmergewinne wird als ein unberechtigter aufzufassen sein, welcher daraus resultiert, dass die Arbeitslöhne und Kapital-Zinsen eines Landes im Vergleich zu dem Arbeits- und Kapitalsertrage in demselben zu niedrig sind. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob und inwiefern die konkreten Verhältnisse eines Landes solche Zustände aufweisen, denn für unsere Rechtfertigung der einzelnen Unternehmergewinne ist nur die erstere Betrachtungsweise mafsgebend, und von diesem Standpunkte aus kann man vom einzelnen Unternehmer nicht verlangen, dafs er höhere Löhne und Zinsen zahlen soll, als die Gesamtheit seiner Konkurrenten.

Besteht nun somit ein augenscheinlicher Interessenstreit zwischen Arbeiter und Kapitalist auf der einen und Unternehmer auf der anderen Seite, so kann allerdings ebensowenig ein Zweifel darüber sein, dass im Vergleich zu dem Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer derjenige zwischen Kapitalist und Unternehmer nur eine sehr untergeordnete praktische Bedeutung hat, denn bei der heutigen Ausbildung der Kreditwirtschaft und des internationalen Verkehrs hat der Kapitalist eine solche Macht bekommen, dafs er, weit entfernt vom Unternehmer in nennenswerter Weise abhängig zu sein, gar nicht selten in die Lage versetzt wird, seinerseits einen Druck auf diesen ausüben zu können, um sich einen möglichst hohen Zinsenbezug zu sichern, — ganz abgesehen davon, dafs der Unternehmer für gewöhnlich selbst auch zugleich Kapitalist ist.

Völlig anders geartet ist im Gegensatz hierzu das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. Wenn durch eine Steigerung des Angebots eine entsprechende Menge von Arbeitskräften verfügbar wird, so können dieselben nicht mit derjenigen Leichtigkeit, wie dies beim Kapital möglich ist, an einen anderen Ort geschafft werden, wo die Nachfrage stärker ist, vielmehr verleiht die natürliche Schwerfälligkeit in der Bewegung der Arbeitskräfte — namentlich dann,

wenn die Arbeiter Familienväter sind und sie ein Interesse daran haben, an ihrem Aufenthaltsorte zu verbleiben — bei steigendem Arbeitsangebot dem Unternehmer im wirtschaftlichen Interessenkampfe ein Übergewicht über die Arbeiter, welches ihn in den Stand setzen kann, die Löhne unter die angemessene Höhe herabzudrücken, um auf diese Weise auf Kosten jener seinen Unternehmergewinn zu steigern [1]). Hierdurch wird natürlich ein schädlicher Gegensatz zwischen Arbeitgeber und -nehmer geschaffen, der sich nicht selten bis zur erbittertsten Feindschaft verschärft. Verhältnisse solcher Art treten aber vorwiegend in der Grofsindustrie zu Tage, wo seitens der Unternehmer grofse Massen fremder Arbeitskräfte vereinigt werden.

Es könnte nun vielleicht der Gedanke auftauchen, die erwähnten Härten dadurch zu beseitigen oder doch zu mildern, dafs dem Arbeiter ein Anteil am Unternehmergewinn gewährt wird, damit er auf diese Weise das zurückerhalte, was er durch die Verkürzung des Lohnes verlor. Doch es ist klar, dafs das Anteilsystem, sofern es dazu dienen sollte, die geschilderten Schwierigkeiten hinwegzuräumen und in diesem Sinne ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter anzubahnen, keine Aussicht hat, auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung durchgeführt zu werden, denn gerade diejenigen Unternehmer, welche herzlos genug sind, die Löhne ihrer Arbeiter nach Möglichkeit herabzudrücken, und bei denen es offen zu Tage liegt, dafs sie ihren Unternehmergewinn auf Kosten ihrer Arbeiter erhöhen, werden sich sicherlich nicht veranlafst fühlen, durch die Einführung des Anteilsystems die pekuniären Vorteile ihres eignen ungerechten Verfahrens freiwillig zunichte zu machen.

Überblicken wir das bisher Gesagte, so wird das Resultat unserer Betrachtungen dahin zusammenzufassen sein, dafs

1) ein wirtschaftlicher Anspruch der Arbeiter auf einen Teil des Unternehmergewinnes im allgemeinen nicht besteht, und dafs

2) in den verhältnismäfsig seltenen Fällen, in denen, als Ausnahmen von der allgemeinen Regel, ein solcher

[1]) Übrigens soll nicht geleugnet werden, dafs auch das Umgekehrte stattfinden kann, wenn nämlich etwa durch erfolgreiche Strikes die Löhne über das normale Verhältnis hinaus in die Höhe gehen und so der Unternehmergewinn des Betreffenden in wirtschaftlich ungerechtfertigterweise geschmälert wird. Doch sind diese Fälle im Vergleich zu den oben besprochenen von geringerer Bedeutung.

Anspruch zuzugeben ist, entweder demselben, sofern er sich von besonderen Leistungen der Arbeiter herschreibt, in der Gewährung einer Tantième in der Praxis meistens schon Genüge geleistet wird, oder aber, wo der Anspruch mit der Zahlung zu niedriger Löhne begründet wird, die Einführung der Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn nicht geeignet ist, den Arbeitern zu ihren berechtigten Forderungen zu verhelfen.

Doch lassen wir die Ausnahmen nunmehr unberücksichtigt und wenden uns der Betrachtung der grofsen Mehrzahl der Fälle zu, in denen die Arbeiter keinen Anspruch auf Unternehmergewinn haben, die also für die praktische Beurteilung unseres Gegenstandes ausschlaggebend sind. Es entsteht dann die Frage, ob nicht die Gewinnbeteiligung der Arbeiter so viele anderweite Vorteile gewährt, dafs ihre Durchführung, auch ohne damit ungerechtfertigten Ansprüchen der Arbeiter genügen zu wollen, zweckmäfsig erscheint.

Nun läge es nahe, der Erörterung dieses Punktes eine Besprechung der Formen voraufgehen zu lassen, unter denen die Gewinnbeteiligung auftritt oder auftreten kann. Wir dürfen wohl als bekannt voraussetzen, dafs die letztere bereits bei zahlreichen Unternehmungen zur praktischen Durchführung gelangt ist, wobei sie natürlich, entsprechend den besonderen Eigentümlichkeiten der einzelnen Unternehmungen und der sie umgebenden Verhältnisse, mannigfache, voneinander verschiedene Gestaltungen aufweist. Eine Besprechung dieser letzteren würde uns jedoch zu weit führen, und kann hier um so eher unterbleiben, als u. a. das verdienstvolle Werk Böhmerts über die Gewinnbeteiligung [1]) das bezügliche Material in grofser Vollständigkeit darbietet. Im Prinzip stimmen die verschiedenen Formen, unter denen das Anteilsystem bislang in der Praxis am meisten Anwendung gefunden hat, darin überein, dafs entweder dem Arbeiter neben seinem Lohne, gewöhnlich nach Mafsgabe der Höhe desselben sowie auch der Stellung und des Dienstalters des Arbeiters, ein Anteil am Unternehmergewinn als Tantième gewährt wird, oder aber demselben von ihm erkaufte Anteilscheine (Aktien) eingehändigt werden, deren Besitz ihm, entsprechend der Höhe des Geschäftsgewinnes, den Bezug einer Dividende in Aussicht stellt [2]). Im letzteren

[1]) Victor Böhmert, Die Gewinnbeteiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn. 2 Bde., Leipzig 1878.

[2]) Von den Unternehmungen, die in dieser zuletzt beschriebenen Weise vor-

Falle haben also die Arbeiter Anteil am Geschäfte selbst, im ersteren dagegen nicht [1]). Dieser Unterschied darf bei der Beurteilung der Zweckmäfsigkeit einer Gewinnbeteiligung nicht aufser acht gelassen werden. Soll letztere die Form eines Tantièmenbezuges erhalten, so schliefst sie eine direkte Erhöhung des Einkommens der Arbeiter in sich. Nun liegt aber auf der Hand, dafs die allgemeine Einführung einer Gewinnbeteiligung in dieser Form keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Die grofse Mehrzahl der Unternehmer wird nämlich, wie bereits hervorgehoben, nicht gewillt und im allgemeinen auch nicht in der Lage sein, einen höheren als den ortsüblichen Lohn zu zahlen. Denn angesichts der heutigen intensiven Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete, welche auf ein Herabdrücken der Warenpreise und somit auf eine Schmälerung des Verdienstes des einzelnen Unternehmers hinwirkt, wäre es völlig ungerechtfertigt, wenn man vom Unternehmer verlangen wollte, durch eine Erhöhung seiner Produktionskosten, als welche doch die Gewährung einer Tantième an die Arbeiter anzusehen ist, seinen eignen Gewinn noch mehr zu kürzen.

Bedenken dieser Art stehen nun allerdings der Einführung einer Gewinnbeteiligung in der anderen Form nicht entgegen, denn da die Arbeiter dem Unternehmer die Anteilscheine abkaufen, so ist das Vermögen des letzteren hierbei nicht weiter beteiligt. Freilich mufs man als selbstverständlich voraussetzen, dafs die Arbeiter nicht allein bei günstigen Geschäftsabschlüssen die Dividenden beziehen,

---

gegangen sind, führen wir namentlich die Messingfabrik von W. Borchert jun. in Berlin an, der 1868 das Anteilsystem zur Durchführung brachte; ferner die Fabrik für Spieldosenbestandteile von Billon und Isaac in Genf, sowie endlich das Geschäft des Gebäudemalers Leclaire (Redouly u. Cie) in Paris. (Vergl. Böhmert a. a. O. I, p. 244, ff., 272 ff., und 312 ff.)

[1]) Böhmert rechnet zu den Arten der Gewinnbeteiligung auch noch die Gewährung von Prämien, Gratifikationen u. s. w. für die Arbeiter und widmet ihnen einen besonderen Abschnitt seines genannten Werkes. Diese Art der Unterstützung der Arbeiter hat aber, sofern sie nicht als Tantièmenbezug aufzufassen ist, und somit unter die oben genannte Form der Gewinnbeteiligung gehört, mit dem Prinzip dieser letzteren nichts zu schaffen, denn die Zahlung von Prämien setzt gute Arbeit und treue Pflichterfüllung seitens der Arbeiter bereits voraus, während die Gewinnbeteiligung, wie wir sehen werden, solche Wirkungen erst erzielen will und infolgedessen, gegenüber der Prämien- und Gratifikationsgewährung, eine gewisse Fortdauer ihres Bestehens und allgemein Ausdehnung auf alle Arbeiter zur Bedingung hat. Es war deshalb ganz richtig, wenn u. a. Prince Smith (citiert bei Böhmert a. a. O. I. p. 58) von der Gewinnbeteiligung (Industrial Partnership) im Gegensatz zur Prämienzahlung sprach.

sondern auch zur Deckung etwaiger Verluste herangezogen werden. Denn wir hoben schon früher hervor, dafs Unternehmergewinn und Unternehmerverlust in einer so innigen Wechselbeziehung zu einander stehen, dafs einerseits der Bezug des ersteren die Tragung auch des letzteren zur wirtschaftlichen Voraussetzung hat, und anderseits dem Unternehmer nicht das gesamte Risiko des Verlustes aufgebürdet werden kann, ohne ihm auch den ganzen Gewinn zuzuerkennen. „Eine Teilnahme am Gewinn,“ sagt Weigert[1]) sehr richtig, „involviert notwendig eine Teilnahme am Verlust; ohne letztere ist erstere nicht denkbar, wenn das Verhältnis ein logisch rechtliches und nicht ein Almosenverhältnis sein soll.“ Offenbar würde bei einer Befreiung der Arbeiter von der Tragung eventueller Verluste die Gewinnbeteiligung mit Anteil der Arbeiter am Geschäft keine bessere Zukunft haben als diejenige ohne Anteil, denn in beiden Fällen liegt das Risiko ausschliefslich auf den Schultern des Unternehmers, während er den Gewinn mit seinen Arbeitern teilt, ein Zustand, wie er nur in sehr wenigen, ausnehmend günstig situierten Unternehmungen dauernd haltbar ist.

Aus dem Gesagten geht hervor, dafs bei den Bestrebungen, welche auf eine möglichst weite Verbreitung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter hinzielen, nur diejenige Form derselben in Frage kommen kann, welche den Arbeitern einen Anteil an der Unternehmung gewährt und ihnen zugleich auch das Erleiden pekuniärer Verluste in Aussicht stellt, die Arbeiter also zu Aktionären der Unternehmung macht. Diese Ansicht wird auch von Ernst Engel vertreten, einem der ersten, welche in Deutschland energisch für die allgemeine Durchführung der Gewinnbeteiligung und zwar in ihrer obigen Form eingetreten sind[2]); er hat in seinen Bestrebungen namentlich durch Victor Böhmert, durch zahlreiche andere Vertreter der Wissenschaft sowie auch durch Männer der Praxis nachhaltige Unterstützung gefunden[3]). Über das einzuschlagende Verfahren äufsert sich Engel in seinem Vortrage[4]) folgendermafsen: „Die Arbeitgeber verkaufen

[1]) a. a. O. S. 24.

[2]) Vergl. Dr. Engel, Der Arbeitsvertrag und die Arbeitsgesellschaft (Industrial Partnership). Vortrag gehalten am 16. März 1867 in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin. Im „Arbeiterfreund“, herausgeg. von K. Brämer. V. Jahrg. Halle 1867, p. 129 ff.

[3]) Vergl. die Urteile für die Einführung der Gewinnbeteiligung bei Böhmer a. a. O. I, p 188 ff.

[4]) a. a. O. p. 146.

ihre Unternehmungen (Fabriken, Bergwerke u. s. w.) unter fernerer Beteiligung bei denselben, an ihre Arbeiter, nicht auf einmal, weil das selbstverständlich unmöglich ist, sondern allmählich. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Fabrik bilden zu diesem Behufe eine besondere Gesellschaft, der im Deutschen der Name Arbeitsgesellschaft zu geben sein möchte, und die im Englischen, woselbst dergleichen seit ca. 18 Monaten schon vorhanden und im blühenden Geschäftsbetriebe stehen, Industrial Partnerships heifsen. Sie sind aus dem Tantièmesystem, der Beteiligung des Arbeiters am Unternehmergewinn [1]), hervorgegangen." Engel ist von dem günstigen Einflufs, den eine möglichst weite Verbreitung dieser Einrichtung auf die materielle Lage des Arbeiterstandes und namentlich auf das Verhältnis von Arbeitgeber und -nehmer ausüben wird, so sehr überzeugt, dafs er am Schlufs seiner Ausführungen den Satz ausspricht: „So ist denn die soziale Frage keine Frage mehr; ihre Lösung darf als erfolgt angesehen werden, die Übersetzung dieser Lösung ins praktische Leben hat bereits begonnen." —

Ehe wir an die Beurteilung der Zweckmäfsigkeit der von Engel befürworteten Mafsnahmen herantreten, müssen wir auf das jenen Bestrebungen zu Grunde liegende Prinzip noch etwas näher eingehen. Der Arbeiter soll Teilhaber der Unternehmung, er soll, dies ist der ausdrückliche Wunsch der Verfechter der in Frage stehenden Art der Gewinnbeteiligung, veranlafst werden, seine Ersparnisse in Aktien anzulegen.

Verschiedene Gründe sind es, welche dieses Verfahren als wünschenswert erscheinen lassen können. Die allgemeine Verbreitung desselben, so wird gesagt, liegt nicht nur im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, sondern ist auch für den Unternehmer, vor allem aber für die Arbeiter von der weittragendsten Bedeutung. Was den ersten Punkt betrifft, so weist man darauf hin, dafs das gespannte Verhältnis, welches so häufig zwischen Arbeitgeber und -nehmer bestehe, vornehmlich darin seinen Grund habe, dafs der Arbeiter unter der Herrschaft des Lohnsystems mit einem bestimmten Geldbetrage für seine Leistungen abgefunden und damit endgültig von dem Werk seiner Hände getrennt werde. Es erscheine deshalb besonders wünschenswert, dem Arbeiter die Möglichkeit zu gewähren, durch besonders gute Leistungen sein Einkommen entsprechend zu erhöhen

[1]) Wir haben den Ausdruck „Beteiligung am Unternehmergewinn" weiter gefafst, als dies von Engel hier geschieht.

und ihn an der Ausnutzung der Konjunkturen teilnehmen zu lassen, wodurch er der Stellung des Unternehmers näher komme, eine gröfsere Solidität und Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und -nehmer sich herausbilde und der alte Gegensatz beider zu einander verschwinde.

Wir haben wiederholte Auseinandersetzungen nicht gescheut, um dem gegenüber darauf aufmerksam zu machen, dafs im allgemeinen weder die Leistungen der Arbeiter von irgendwie belangreichem Einflufs auf das Endergebnis der Produktion sind, noch auch ihre wirtschaftliche Stellung es ihnen ermöglicht, die Konjunkturenschwankungen sich zu nutze zu machen, dafs vielmehr von der Leitung des Unternehmers wenigstens gegenüber der Thätigkeit der Arbeiter ausschliefslich die günstigen oder ungünstigen Resultate der Produktion abhängen, und der Unternehmer vermöge seiner eigenartigen Stellung allein in der Lage ist, die Konjunkturenschwankungen zu übersehen und zu benutzen. Wenn man daher zu Gunsten der Einführung einer Gewinnbeteiligung jene Momente als die Vorteile derselben in den Vordergrund stellt, so kann dies nur dazu dienen den Arbeiter über seine wahre Stellung in der heutigen Güterproduktion zu täuschen. Seine Beteiligung am Geschäftsgewinn würde in ihm die Vorstellung von einem gewichtigen Einflufs seinerseits auf den Gang des Unternehmens erwecken, welcher in Wahrheit nicht vorhanden ist. Wir haben uns bei einer früheren Gelegenheit bereits mit solcher Ausführlichkeit über diesen Punkt ausgelassen, dafs eine nochmaliger Hinweis auf die beregten Thatsachen hier füglich unterbleiben darf.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde scheint uns die Anbahnung eines dauernden guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und -nehmer durch das Anteilsystem nicht gewährleistet. Man kann von der grofsen Masse unserer Arbeiter noch nicht denjenigen Grad von Verständnis und Einsicht erwarten, welcher erforderlich ist, um bei ungünstiger Geschäftslage ohne Murren auf den erhofften Gewinn zu verzichten. Vielmehr wird eine Verminderung oder gar ein Ausbleiben des Gewinnes in den meisten Fällen Mifstrauen seitens der Arbeiter gegenüber dem Geschäftsinhaber zur Folge haben, um so eher, als die Arbeiter mit der Zeit an den Bezug des Gewinnes sich gewöhnen und ein Verzichten auf denselben dann doppelt schwer empfinden. Jedenfalls scheint uns dies nicht danach angethan, eine Besserung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter herbeizuführen.

Weit begreiflicher ist es, wenn man zu Gunsten der Arbeitgeber die Einführung der Gewinnbeteiligung befürwortet. Offenbar werden die Arbeiter, sobald sie als Teilhaber des Unternehmens dastehen, demselben ein erhöhtes Interesse entgegenbringen, was sie in dem Streben bestärken mufs, jeden Schaden, den sie durch Unpünktlichkeit, schlechte Behandlung der Werkzeuge und Maschinen u. s. w. dem Unternehmen zufügen könnten, von demselben abzuwenden, und durch eine gegenseitige Überwachung und Kontrolle der Trägheit und mangelhafter Arbeit ihrer Genossen vorzubeugen. Vor allem werden sie mehr an das Unternehmen gefesselt und von unnützem Wechsel der Arbeitgeber zurückgehalten. Doch glauben wir, dafs zur Erreichung solcher Zwecke die Einführung der Gewinnbeteiligung, obgleich dieselbe nach dieser Richtung hin sehr wohlthätig wirken kann, nicht erforderlich ist, indem vielmehr das Aussetzen von Prämien, die Gewährung von Gratifikationen bei besonders guter Arbeit u. a. Extravergütungen an die Arbeiter am Jahresschlufs [1]), wobei eventuell ein Teil in eine Sparkasse gethan und nur unter bestimmten Bedingungen ausgezahlt wird, neben einer guten Fabrikordnung, vollauf dieselben Erfolge erzielen werden wie eine Gewinnbeteiligung. Jedenfalls leistet das in der Praxis längst bekannte und weit verbreitete Prämiensystem in dieser Beziehung recht gute Dienste, und ist nicht einzusehen, warum dasselbe zur Erstrebung der gleichen Vorteile durch eine weit kompliziertere Einrichtung ersetzt werden soll, zumal derselben neben den bereits hervorgehobenen auch noch andere, später zu berührende Nachteile zur Seite stehen. Zur Herbeiführung einer gegenseitigen Kontrolle der Arbeiter hat vor allem der Gruppenakkord als ein geeignetes Mittel sich bewährt, wenn derselbe im allgemeinen auch nur da zur Anwendung gelangen kann, wo es sich um die Vergütung von Leistungen handelt, welche, wie z. B. bei der Fabrikation von Maschinen, ein Zusammenwirken mehrerer Arbeiter notwendig machen.

Die gröfsten Wohlthaten glaubt man aber mit dem Anteilsystem den Arbeitern selbst zu erweisen. Indem ihnen dasselbe, so sagt man, neben ihrem Lohne einen Extragewinn zusichert, wird ihr Jahreseinkommen erhöht, während die Möglichkeit, ihre Ersparnisse im Unternehmen produktiv anzulegen, sie zum Sparen auffordert in der Hoffnung, durch die Einlagen ihre ökonomische Lage zu verbessern und in gewissem Sinne in die Reihe der Unternehmer hinaufzurücken.

[1]) Vergl. u. a. Böhmert a. a. O. II. Teil Abschnitt 3.

Es ist begreiflich, dafs in dem berechtigten Streben, die materiellen Verhältnisse des Arbeiterstandes günstiger zu gestalten, die Vorteile, welche die Gewinnbeteiligung in dieser Beziehung zu bieten scheint, besonders hoch angeschlagen werden; man glaubt in ihr ein Mittel gefunden zu haben, die häufig so drückende Not in den Arbeiterkreisen wenn nicht zu beseitigen, so doch wenigstens zu lindern, und hier kommt ja allerdings eine Steigerung des Einkommens in erster Linie mit in Betracht. Es entsteht aber dabei die Frage, ob der Weg, auf den man durch die Begünstigung der Einführung des Anteilsystems hinweist, als zweckentsprechend zu bezeichnen ist. Wir müssen sie rundweg verneinen. Die ganze Bestrebung läuft, wie gesagt, darauf hinaus, den Arbeiter zu veranlassen, seine Ersparnisse in Anteilscheinen (Aktien) anzulegen, um nach Mafsgabe ihres Wertbetrages den Gewinn in Gestalt von Dividenden zu beziehen. Diese Einrichtung aber unterwirft den Arbeiter völlig der wirtschaftlichen Unsicherheit, wie sie die schwankenden Konjunkturen, die Preisbewegungen auf dem Weltmarkte und das hiermit verknüpfte Risiko hervorrufen, wodurch sein Einkommen noch weit unsicherer und schwankender wird, als es infolge der Möglichkeit seiner Entlassung aus der Arbeit und einer Lohnreduktion an sich schon ist, ganz abgesehen davon, dafs bei einem in Aussicht stehenden Gewinnbezug der Arbeiter weit eher als sonst geneigt sein wird, eine Lohnreduktion sich gefallen zu lassen in der Hoffnung, dafs der künftige Gewinn ihn für jenen Ausfall entschädigen wird, — ein Umstand, welcher die Schattenseiten der Gewinnbeteiligung nur noch verstärkt. Ferner wird der Arbeiter, wenn bei ungünstiger Geschäftslage die Dividende ausbleibt, oder ihm gar Verluste erwachsen, mit Recht darauf hinweisen können, dafs er jetzt gerade so gut und fleifsig gearbeitet hat als damals, wo er seinen Extragewinn bezog, sodafs Unzufriedenheit und Mifstrauen in die Geschäftsführung nicht ausbleiben können. Wie sehr dem Arbeiter selbst vor allem an dem Bezug eines festen und sicheren Einkommens liegt, zeigt auch die Erfahrung, welche W. Borchert, der, wie früher bereits erwähnt, im Jahre 1868 die Gewinnbeteiligung in seiner Messingfabrik durchgeführt und eine Zeitlang sogar sein Unternehmen zu diesem Zwecke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hatte, mit dieser Einrichtung gemacht hat. Derselbe äufsert sich im Jahre 1878 in folgender Weise [1]: „In demselben Mafse, wie sich

[1] Vergl. „Arbeiterfreund", herausgegeben von V. Böhmert und R. Gneist. XX. Jahrg. Berlin 1882, p. 136 ff.

nach und nach die öffentliche Meinung gegen alle Aktienunternehmungen erklärte und wie unter dem Druck der trostlosen Geschäftslage sich die Erträgnisse der Aktiengesellschaft verminderten, mehrte sich das Bestreben der Aktionäre, ihren Aktienbesitz zu veräufsern oder aber eine Sicherstellung ihres darin angelegten Kapitals von mir zu erhalten. Ersteres mufste den Kurs der Aktien in empfindlicher Weise herabdrücken und meine Vermögensinteressen erheblich gefährden, letzteres Verlangen konnte ich bis zu einer gewissen Grenze nur und in beschränktem Umfange erfüllen. Diese Umstände, welche in jüngster Zeit an Intensivität gewannen, veranlafsten mich, auf Grund einer Kaufofferte, welche in der aufserordentlichen Generalversammlung einstimmig angenommen worden ist, den gesamten Gesellschaftsbesitz käuflich wieder an mich zu bringen."

Die auf eine Besserung des Loses der arbeitenden Klassen hinzielenden Bestrebungen müssen vor allem darauf gerichtet sein, denselben einen gleichmäfsigen und sicheren Verdienst zu schaffen und sie soviel als möglich von den Einflüssen der Konjunkturenschwankungen fernzuhalten. Heutzutage, wo die Beschäftigungslosigkeit unter den Arbeitern einen der dunkelsten Punkte unseres sozialen Lebens bildet, ist die Verwirklichung jener Forderung noch weit wichtiger als die Erhöhung des Arbeitslohnes, ohne hiermit bestreiten zu wollen, dafs auch in dieser letzten Beziehung günstigere Verhältnisse erforderlich seien, und zwar sowohl im allgemeinen als auch namentlich dort, wo die Löhne durch besondere Einflüsse gedrückt sind. Eine Sicherstellung des Arbeitereinkommens ist aber in erster Linie erforderlich. Es gilt eben, dem Arbeiter nach und nach die Vorteile der Beamtenstellung zu teil werden zu lassen, welche Anschauung ja auch die Grundtendenz der neueren deutschen Bestrebungen bildet, wie sie in dem Gesetz betr. die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter bereits ihren Ausdruck gefunden haben. Hiermit werden sich aber die Bemühungen derer, welche in der allgemeinen Einführung des Anteilsystems einen grofsen Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der Arbeiterfrage erblicken, niemals vereinigen lassen, ja diese sind jenen anderen, auf die ökonomische Sicherstellung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen geradezu entgegengesetzt, so dafs von diesem Gesichtspunkt aus die Verbreitung der gewifs aus den wohlmeinendsten Absichten entsprungenen Ideen der Freunde des Anteilsystems die Anbahnung besserer Zustände nicht nur nicht fördert, sondern ihr wider Willen geradezu entgegenwirkt.

Eine solche Besserung kann nun allerdings nicht von einem Universalmittel erhofft werden, als welches anfänglich das Anteilsystem wohl hingestellt worden ist, vielmehr haben Staat und Gesellschaft in dieser Hinsicht die mannigfachsten Aufgaben zu erfüllen. Dem ersteren bietet sich hierzu in der Gesetzgebung ein geeignetes Mittel dar, welches er denn auch in der letzten Zeit mehr, als dies früher der Fall war, ausnutzen zu wollen scheint. Auf die Privatunternehmer könnte er u. E. durch Erzwingung längerer Arbeitskontrakte zu Gunsten der Arbeiter vorteilhaft einwirken, ohne damit den berechtigten Interessen der Geschäftswelt zu nahe treten zu brauchen, während er überall da, wo er als Privatunternehmer auftritt, ebenso wie die Kommunen, z. B. durch die Vornahme von gemeinnützigen Bauten und sonstigen öffentlichen Anlagen vornehmlich in den Zeiten der Geschäftskrise der Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter vorbeugen kann.

Ohne mit diesen letzten Bemerkungen besondere neue Vorschläge machen zu wollen, unterlassen wir dennoch nicht, jene Forderungen hervorzuheben, um darauf hinzuweisen, dafs die Bestrebungen, welche sich die Besserung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen zum Ziele gesetzt haben, auf einem völlig anderen Gebiete geltend zu machen sein werden, als durch das Hinwirken auf eine möglichst allgemeine Durchführung des Anteilsystems.

Dafs es trotz alledem Fälle gibt, wo das letztere recht wohl am Platze sein und wohlthätig wirken kann, stellen wir damit nicht in Abrede. Die von Böhmert in seinem mehrgenannten Werke über die Gewinnbeteiligung beschriebenen zahlreichen Fälle, in denen dieselbe zur praktischen Durchführung gelangt ist, zeigen ja offenkundig die Erfolge, welche unter gewissen Umständen mit jenem System zu erzielen sind [1]), und wir zweifeln nicht an der Richtigkeit ihrer Aussage, wenn Direktoren es für eine Thatsache erklären, dafs sich die ökonomische Lage ihrer Arbeiter seit der Einführung des Anteilsystems wesentlich günstiger gestaltet habe und derjenige Anteil am Gewinn, welcher am Jahresschlufs bar verteilt wurde, soweit man es konstatieren könne, fast immer vernünftig verwendet worden sei [2]).

---

[1]) Der Arbeiterfreund hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, über dieselben von Zeit zu Zeit ausführlicher zu berichten. Vergl. in dieser Beziehung Jahrg. XIII, 1875, S. 241 ff.; XIV, 1876, S. 206 ff., S. 425 ff.; XVI, 1878, S. 81 ff.; XVIII, 1880, S. 261 ff.; XIX, 1881, S. 67 ff., S. 203 ff.; XX, 1882, S. 131 ff.; S. 281 ff.; XXII, 1884, S. 23 ff.

[2]) Vergl. Böhmert, Gewinnbeteiligung, I p. 139.

Doch darf man nicht aufser acht lassen, dafs es sich dabei meistens um solche Unternehmungen handelt, bei denen ein alter Stamm von Arbeitern vorhanden ist, der dem Geschäft von vornherein eine gewisse Anhänglichkeit und ein gröfseres Interesse entgegenbringt, wo die Arbeiter einen höheren Grad sittlicher Reife erlangt haben, der sie befähigt, in richtiger Weise den erhaltenen Gewinn zu verwerten, und wo endlich das Unternehmen finanziell besonders gut fundiert ist, so dafs ein Versuch mit der Einführung des Anteilsystems gemacht werden kann, ohne den Bestand des Geschäftes zu gefährden. Dafs aber auch selbst dann Mifserfolge nicht ausgeschlossen sind, beweist der Borchertsche Fall. Wie grofs die Schwierigkeiten sind, welche der praktischen Durchführung einer Gewinnbeteiligung entgegenstehen, kann auch daraus entnommen werden, dafs unter den 81 von Böhmert überhaupt mitgeteilten Fällen (diejenigen 39, bei denen es sich lediglich um die Austeilung von Prämien, Gratifikationen u. s. w. handelt, lassen wir hier unberücksichtigt) nur 12 Unternehmungen genannt sind, bei denen die Arbeiter Anteil am Geschäft haben, während bei allen übrigen die Gewinnbeteiligung ohne einen solchen ins Leben gerufen ist. Es ist dies um so bemerkenswerter, als schon die letzte Form, wie bereits bemerkt, nur ausnahmsweise zur Anwendung gelangen kann. Für die grofse Masse der Unternehmungen sind daher jene Erfolge noch durchaus nicht mafsgebend, wohl aber zeigen sie, dafs auf dem eng begrenzten Gebiet, auf welches die Gewinnbeteiligung ihrer Natur nach hinweist, dieselbe sehr segensreich zu wirken vermag.

Das Vorhandensein eines solchen Gebietes haben wir an einer anderen Stelle bereits anerkannt. Es lag uns daran zu zeigen, dafs in denjenigen Fällen, in denen dem Arbeiter ein Anspruch auf Unternehmergewinn nicht zusteht, auch aus Gründen der Zweckmäfsigkeit seine Beteiligung an demselben, wie man solche sowohl im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, als auch in demjenigen des Unternehmers und des Arbeiters selbst, ins Feld geführt hat, wegen der mannigfachsten Bedenken zurückzuweisen ist. Überall da aber, wo die Thätigkeit der Arbeiter danach angetan ist, das Endergebnis des Geschäftsbetriebes merklich zu beeinflussen, und somit auf die Höhe des Unternehmergewinnes einzuwirken (Direktoren von Aktiengesellschaften, Prokuristen, Geschäftsreisende u. s. w.), läfst die Einführung des Anteilsystems allerdings ein anderes Urteil zu. Hier ist eine Beteiligung am Unternehmergewinn nicht nur als wünschenswert, sondern geradezu als eine Forderung der Gerechtigkeit

zu bezeichnen. Dieses an sich schon kleine Gebiet aber, auf dem das Anteilsystem mit Erfolg sich geltend machen kann, bietet nun allerdings den Freunden desselben aus dem Grunde ein wenig günstiges Operationsfeld dar, als in jenen gedachten Fällen mit der Einführung des Tantièmenbezuges die Praxis schon längst den richtigen Weg gefunden hat.

Will man nun noch weiter gehen und auch gröfseren Kreisen eine Beteiligung am Unternehmergewinn möglich machen, so kommen hier in erster Linie solche Betriebe in Betracht, in denen die Arbeit den Charakter einer blofs mechanischen Leistung verliert und einen höheren Grad von Geschicklichkeit, Kenntnissen und Intelligenz der Arbeiter voraussetzt, was allerdings im allgemeinen beim Handwerk eher zutreffen wird als in der Grofsindustrie. Es wird dies z. B. der Fall sein bei der Fabrikation kunstgewerblicher Gegenstände, bei der Uhrenfabrikation, bei gröfseren Schneiderwerkstätten, in denen ein angestellter Arbeiter u. a. auch den Ankauf der Stoffe übernimmt, u. s. w. Auch die von Böhmert angeführten Beispiele gehören der Mehrzahl nach hierher. Bezüglich der Form, unter welcher in jenen Fällen die Gewinnbeteiligung durchzuführen sein wird, sind natürlich die jeweiligen Umstände mafsgebend. Im allgemeinen aber wird, sofern die finanziellen Verhältnisse der Unternehmung dies gestatten, aus den früher besprochenen Gründen demjenigen Systeme, welches die Arbeiter von der Beteiligung am Geschäft selbst ausschliefst, der Vorzug zu geben sein.

So ist denn der Gewinnbeteiligung, weit entfernt die soziale Frage wesentlich zu beeinflussen, ein wenn auch nur sehr beschränkter Wirkungskreis gesichert, in welchem sie allen denen, die die Vorteile des Systems geniefsen, eine Anregung geben kann zur Erhöhung ihrer Leistungen in quantitativer wie qualitativer Beziehung, und in der Hoffnung, dafs je mehr der günstige Einflufs der Arbeit auf den schliefslichen Unternehmergewinn sich geltend macht, um so gröfser der Anteil sein wird, welcher als Lohn für die besonderen Bemühungen zu betrachten ist.

G. Pätz'sche Buchdruckerei (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.

Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Viertes Heft.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1886.

BEITRAG ZUR LÖSUNG DER FRAGE

ÜBER DIE

BEITRAGSPFLICHT

ZUR

UNTERHALTUNG DER ELEMENTARSCHULEN.

HISTORISCHE UND SOCIALPOLITISCHE STUDIE

DER

UNTERRICHTSVERHÄLTNISSE

IN

DEUTSCHLAND, ENGLAND UND AMERIKA.

VON

CHARLES DE GARMO

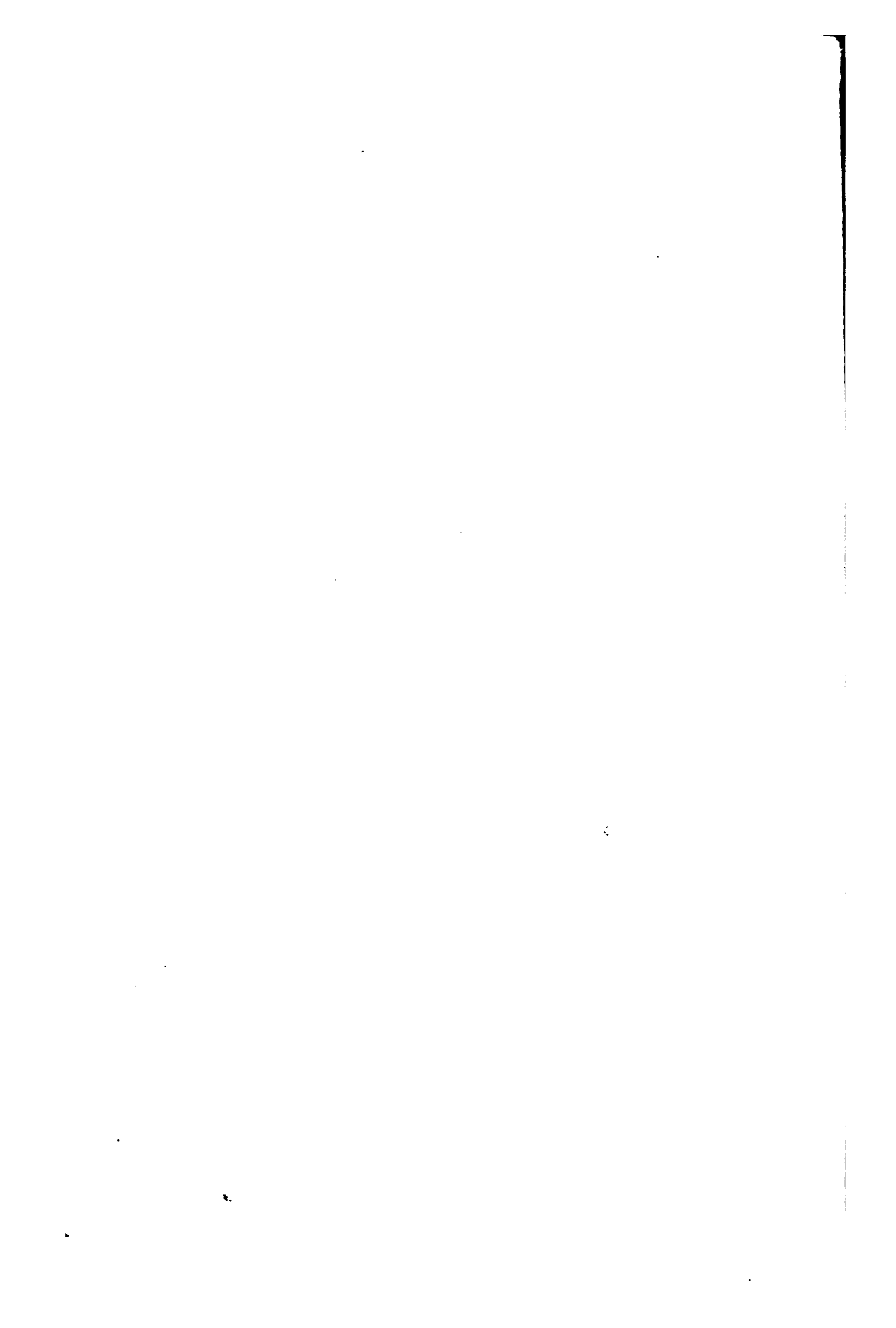
aus Normal. Illinois, U. S. Amerika.



JENA,

VERLAG VON GUSTAV FISCHER.

1886.



Vorwort.

Ist es auch selbstverständlich, dafs ich mich nicht für alle in diesen Publikationen ausgesprochenen Anschauungen verantwortlich halte, sondern viele zum Abdruck bringe, die ich nicht teile, um die Selbständigkeit der Seminarmitglieder nicht anzutasten, so halte ich es doch um Mifsverständnissen vorzubeugen für nötig, diesmal ausdrücklich zu erklären, dafs der Verf. mit seiner Grundtendenz in dem Seminare nur noch bei seinen Landsleuten Unterstützung fand, und ich die Darstellung der Entwickelung des Schulwesens und seiner Ursachen in Deutschland für etwas einseitig halte. Es ist dabei nur ein Moment zum Ausdruck gebracht, dagegen namentlich die Einwirkung der protestantischen Bewegung ignoriert, die sich auch in Preufsen sehr erheblich geltend machte, die in Mitteldeutschland aber, wo das Elementarschulwesen z. T. noch früher und energischer wie in Preufsen gefördert wurde, im 17. u. 18. Jahrh. sogar die alleinige Triebfeder bildete. Die Ansicht, dafs das preufsische Volk stets ausschliefslich vom militärischen Gesichtspunkte aus geleitet sei, ist dem Ausländer einmal nicht zu nehmen und tritt auch hier sehr extrem zu Tage.

Da indessen durch vorzeitige Abreise des Verf. eine Einigung über eine Änderung der Abhandlung nicht herbeigeführt werden konnte, war ich vor die Alternative gestellt, den Abschnitt zu streichen oder ihn in dieser Form zu acceptieren. Ich zog das letztere aus Rücksicht für den Verf. vor, was um so leichter geschehen konnte, da der Schwerpunkt der Arbeit in der Behandlung der ausländischen, nicht der deutschen Verhältnisse liegt.

Der Herausgeber.



Einleitung.

Noch in keinem Lande hat man genau die Grenzlinie zu ziehen vermocht, wo die Pflicht der pekuniären Erhaltung der Elementarschulen für die Eltern aufhört, die der Gemeinde beginnt, und wiederum der Staat für die Gemeinde einzutreten hat, in Bundesstaaten die Union für die einzelnen Teile.

Jede der grofsen Nationen hat ihr besonderes Problem, ihre eignen Probleme zu lösen und ihre besonderen Hindernisse zu überwinden. In dem Glauben jedoch, dafs die Erfahrung einer Nation, sofern sie richtig verstanden wird, viel schätzbares Licht auf die Lösung des spezifischen Problems einer andern werfen kann, ist in dem Folgenden versucht worden, eine theoretische Untersuchung über den angegebenen Gegenstand auf eine Vergleichung der Unterrichts-Verhältnisse in England, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zu basieren.

Aber die konkrete Erfahrung eines Landes kann selten ohne wesentliche Modifikation mit Vorteil auf die Probleme eines anderen angewendet werden. Wie belehrend es auch sein mag, die Unterrichtsanstalten grofser Länder zu vergleichen, so mufs man die Entstehung und Entwickelung der verschiedenen Momente, die in Erwägung kommen, untersuchen, um ein angemessenes Resultat zu erzielen.

Darum ist Schreiber dieses bestrebt gewesen, in den folgenden Seiten weniger den gegenwärtigen Standpunkt des Unterrichts in den genannten Ländern darzulegen, als künftigen Reformen eine Grundlage zu geben, indem er zeigt, warum unter den gegebenen Bedingungen diese und nicht andere Erfolge erreicht worden sind.

So wird keine blofse Darstellung der gegenwärtig bestehenden Unterrichts-Einrichtungen in Amerika uns in den Stand setzen zu verstehen, warum amerikanische Schulen nach gewissen Richtungen einen so hohen Entwickelungsgrad erreicht haben und doch in anderen Beziehungen auf so primitiver Stufe geblieben sind; warum z. B. bei einem starken öffentlichen Gefühl zu gunsten der allgemeinen Volksbildung alle Anstrengungen, in jenem Lande den Schul-

zwang durchzusetzen, sich bisher als nichtig erwiesen haben; — oder wiederum, warum bei einem fast verschwenderischen Geldaufwand für die Erhaltung von Schulen mehr als die Hälfte der Lehrer in vielen Staaten nicht mehr als eine elementare Bildung haben, während die grofse Mehrzahl überhaupt gar keine Berufsbildung besitzt. — Ebensowenig erhellt beim ersten Blick, warum England so freigebig sektirerischen Unterricht ruhig durch Subsidien unterstützen kann, oder was für ein grofses Hindernis der freien Schule in jenem Lande im Wege steht, oder warum aller grofser Fortschritt im Elementarschulwesen dort erst in der neuesten Zeit fühlbar gewesen ist. Nur wenig Raum ist der Entwickelung des Unterrichtswesens in Deutschland gewidmet, denn es scheint verschwendete Mühe zu sein, wieder zu bearbeiten, was schon so oft und gründlich behandelt worden ist, wohingegen die Entwickelung des Schulwesens in England eingehender verfolgt werden konnte. Erstens sind die grofsen Veränderungen in jenem Lande erst so kürzlich vor sich gegangen, dafs kein angemessener Bericht derselben bisher nach Deutschland gedrungen zu sein scheint. Zweitens ist die beste Litteratur über das englische Elementarschulwesen so neu, dafs es schwierig ist, in Deutschland etwas davon zu finden. Hauptsächlich wegen der letzteren Erwägung fand es der Verfasser nötig, vor einigen Monaten selbst die englischen Schulen zu besuchen, um einen vollständigen Einblick in das englische System zu erhalten und die beste Litteratur über den Gegenstand aufzufinden. Einen Monat verwandte er darauf, Schulen in den wichtigsten Städten Englands und Schottlands zu besuchen und die Probleme der englischen Unterrichts-Reform mit vielen der bedeutendsten Führer derselben zu besprechen. Der Verfasser möchte an dieser Stelle einem der Königlichen Haupt-Inspektoren der Schulen, Mr. J. G. Fitch in London, Her Majesty's Chief Inspector of Schools, seinen besonderen Dank zu erkennen geben, den er ihm für seinen beständigen und wirksamen Beistand schuldig ist. Ebenso dankt er den vielen anderen Herren, die wesentlich dazu beitrugen, ihm eine richtige Kenntnis des englischen Schulwesens zugänglich zu machen.

Die amerikanischen Verhältnisse sind mit der Sicherheit eines Mannes behandelt, der viele Jahre als Schüler und Lehrer in den Schulen jenes Landes zugebracht hat und schon lange mit der besten Litteratur des Faches bekannt ist.

Die Beschränkung der theoretischen Untersuchung auf die pekuniäre Erhaltung von Elementarschulen schliefst notwendigerweise

viele Gegenstände von besonderem Interesse aus, die auf staatliche Erhaltung von mittleren und höheren Bildungsanstalten Bezug haben, z. B. die Stellung des Staates zu der höheren Ausbildung der Frauen und die Wirkung der wohl bekannten amerikanischen und der sich schnell ändernden englischen Politik in dieser Hinsicht auf die sozialen, ökonomischen und Unterrichtsinteressen des Landes. Ist es wahr, dafs, wie manche zu fürchten scheinen, die Weiblichkeit in etwas ihren Reiz verlieren würde; dafs viele der Pflichten und Freuden des häuslichen Lebens vernachlässigt oder geopfert werden würden; dafs die Gesellschaft im ganzen weniger anziehend sein würde, weniger moralisch, weniger hoch in ihren Lebenszwecken, weniger aufmerksam auf soziale Gefahren und Reformen, wenn die Frauen mehr als eine elementare Erziehung aufser der wenig erweiterten Bildung, die eine höhere Töchterschule gewährt, erhielten? vorausgesetzt, der Staat sorgte dafür, dafs die Frauen Gelegenheit zu mittlerer und höherer Bildung gleich der, welche die Männer geniefsen, hätten. Was für einen Einflufs würde diese höhere Erziehung der Frauen auf die „Frauenfrage" in der ökonomischen Welt haben? Welche Wirkung würde sie auf den Unterricht selbst haben als Folge des wahrscheinlichen Steigens der Zahl von gründlich gebildeten Lehrerinnen? Alles dies sind hochwichtige Fragen, auf welche die Erfahrung Englands und Amerikas viel Licht wirft, sie gehören aber nicht zu einer Diskussion über die Erhaltung von Elementarschulen, und daher mufs dieses Thema wie viele ähnliche hier unerörtert bleiben.

Litteratur.

I. Allgemeine.

Die besten Originalquellen zu einer Kenntnis der englischen und amerikanischen Unterrichtssysteme sind die offiziellen Jahresberichte der betreffenden Länder. In England werden diese Berichte auf Befehl des Parlamentes als „Blaubücher" oder Regierungsberichte gedruckt und einzeln je für England und Wales, für Schottland und Irland zu den nominellen Druckkosten herausgegeben und können, solange sie nicht vergriffen sind, durch jeden englischen Buchhändler bezogen werden. Aufser diesen gibt es besondere Berichte von den Behörden (Boards) der verschiedenen Stadt-

schulen; man kann dieselben gewöhnlich kostenfrei erhalten, wenn man sich mit der Bitte um dieselben an den Sekretär der Schulbehörde (Clerk of the School Board) wendet.

In Amerika sind die besten Berichte, aus denen man eine allgemeine Kenntnis der Unterrichtsanstalten des ganzen Landes erhalten kann, diejenigen des „U. S. Commissioner of Education", von denen von 1870 an 14 herausgegeben sind. Sie erscheinen in 40000 Exemplaren zur unentgeltlichen Verteilung und sind, wenn nicht schon alle vergeben, zu haben, wenn man sich wendet an den Commissioner of Education, Washington, D. C. U. S. A. Diese Berichte enthalten die genaue Statistik für das ganze Land und eine Übersicht über die Unterrichtsverhältnisse jedes Staates. Unter den wertvollsten, von dem Commissioner of Education herausgegebenen Schriften sind die zahlreichen Bulletins und Zirkulare, die von Zeit zu Zeit veröffentlicht und, wie die Berichte, unentgeltlich verteilt werden. Eine Liste von einigen der nützlichsten derselben ist am Ende der Arbeit beigefügt.

Will man sich aber mit dem amerikanischen Unterrichtswesen in seiner Mannigfaltigkeit vertraut machen, so mufs man seine Zuflucht zu den offiziellen Jahresberichten der verschiedenen „State Superintendents of Public Instruction" — Staatsinspektoren des öffentlichen Unterrichtes nehmen. Auch diese kann man kostenfrei erhalten, wenn man sich wendet an den State Superintendent of Public Instruction und das Schreiben nach der Hauptstadt des betreffenden Staates richtet. Es scheint, dafs ein oder zwei Berichte von einem den Süden, Norden, Westen und Osten repräsentierenden Staate genügen werden, weil die Systeme der verschiedenen Staaten in den erwähnten Teilen des Landes sehr ähnlich sind. In Deutschland gibt es kein nationales System der Berichte wie in den Vereinigten Staaten, aber von den verschiedenen Staaten des Reiches werden einzelne Berichte geliefert. — Ein guter Nachweis der Litteratur über den gegenwärtigen Standpunkt des deutschen Schulwesens ist zu finden in Schönbergs Handbuch der Politischen Ökonomie, Band III Seite 955. Die wichtigsten Werke über die historische Entwickelung der deutschen Elementarschulen sind unten angegeben.

II. Im Besonderen.

England.

1. The Elementary School Contest in England. 344 pp. by Francis Adams. London 1882.

Dies ist die beste Geschichte des Gegenstandes vom liberalen Standpunkt aus, da Mr. Adams früher der Sekretär der Birmingham League war.

2. Public Education, Parts I u. II by Sir James Shuttleworth. London 1853.

Der I. Band behandelt den Gegenstand als beeinflufst von den Protokollen des Erziehungsrates (Minutes of Council of Education) von 1846—52. Vol. II, 644 pp., nimmt vier Perioden des englischen Unterrichtes an, nämlich 1832, 1839, 1846, 1862. Dies ist das beste Werk von konservativer Seite, da Sir Kay Shuttleworth früher Mitglied des „Committe of Council on Education“ war und zugleich ein erbitterter Gegner der Protokolle von 1846. Die Bände sind jedoch sehr umfangreich und beschäftigen sich oft mit Gegenständen, die wenig allgemeines Interesse haben.

3. The State and Education. 166 pp. by Henry Craik. London 1884.

Dieses, das jüngste Werk über die Entwickelung der Schulreform in England, ist eins der besten, da es den Mittelweg zwischen den beiden ersten einschlägt. Mr. Craik steht an der Spitze der Schottischen Abteilung für Erziehungswesen in London und hat reichlich Gelegenheit gehabt, sich ein richtiges Urteil betreffs des Wachsens der Unterrichtsanstalten Englands zu bilden.

4. National Education in its social conditions and aspects, English and Foreign. 517 pp. by Jos. H. Rigg, D. D. London 1873.

5. The Schools for the People, enthält die Geschichte, Entwickelung und gegenwärtige Wirksamkeit von jeder Art von englischen Schulen für die gewerbtreibenden und ärmeren Klassen, 582 pp. by Geo. C. T. Bartley. London 1871.

6. Lectures on Education. 185 pp. by James Donaldson L. L. D. Edinburg 1874.

7. Deutsche Briefe über Englische Erziehung, II von Dr. L. Wiese. Berlin 1877.

8. Das Volksschulwesen in England von Dr. Wagner. Stuttgart 1864.

9. Schmidts Encyklopädie der Pädagogik. Gotha.

(Siehe Grofsbritannien u. Irland.)

Die Vereinigten Staaten.

1. The Free School System of the U. S. 309 pp. by Francis Adams. London 1875.

Dies ist das beste allgemeine Buch über amerikanisches Unterrichtswesen und rührt von dem Verfasser von Nr. 1 der angegebenen englischen Litteratur her.

2. Report on the Common School System of the U. States. 435 pp. (Blue Book) by Rev. James Fraser, M. A. London 1867.

Dies ist ein verständlicher und zuverlässiger Bericht.

3. National Education.

(Siehe Nr. 4 englische Litteratur.)

Mr. Rigg kennt die amerikanischen Verhältnisse nicht gründlich und hat die Schrift vom Parteistandpunkt aus geschrieben, so daſs das Buch, wenn auch anregend, nicht zuverlässig ist.

4. The Massachusetts System of Common Schools, X. Report by Horace Ulann. Boston 1849.

5. The School and the Schoolmaster by A. Patter u. G. B. Emerson. New York 1842.

6. Schmidts Encyklopädie der Pädagogik.

(Siehe Nordamerika.)

7. Reports, State and National.

(Siehe allgemeine Bemerkungen.)

8. Circulars and Bulletins published by the Department of Education at Washington D. C., U. S. A.

(Siehe allgemeine Bemerkungen.)

   1. A. Statement of the Theory of Education in the U. S., wie sie von vielen maſsgebenden Pädagogen gebilligt worden ist. 22 pp. 1874.
   2. Legal Rights of Children. 96 pp. Circular Nr. 3, 1880.
   3. Constitutional Provisions in Regard to Education in the several States of the Am. Union. 130 pp. Circular Nr. 7, 1875.
   4. Legal Provisions Respecting the Examination of Teachers. 46 pp. Circular Nr. 1, 1883.

5. Rural Schools; Progress in the Past; Means of improvement in the Future. 90 pp. Circular Nr. 6, 1884.
6. Teachers' Institutes. 206 pp. Circular Nr. 2, 1885.
7. Proceedings of the Department of Superintendence of the National Educational Association, 1881, 1882, 1884. 79, 111 u. 176 pp.
8. City School Systems in the U. S. 207 pp. Circular Nr. 1, 1885.
9. Coeducation of the Sexes in the Public School of the U. S. 30 pp. Circular Nr. 2, 1883.
10. Value of Common School Education to Common Labor. Circular Nr. 3, 1879.
11. Industrial Art in Schools. Circular Nr. 4, 1882.

Deutschland.

(Geschichtliche Entwickelung des Elementarschulwesens.)

1. Siehe die hauptsächlichsten Schriftsteller über Geschichte der Pädagogik, wie Karl Schmidt, Karl von Raumer u. s. w.
2. Specht, Geschichte des Unterrichtswesens in Deutschland bis zur Mitte des dreizehnten Jahrhunderts. Stuttgart 1885.
3. Kämmel, Geschichte des deutschen Schulwesens im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Leipzig 1882.
4. Gräfes deutsche Volksschule, bearb. von Schumann, Bd. 3. Jena 1879.
5. Strack, Geschichte des deutschen Volksschulwesens. Gütersloh 1872.
6. Vormbaum, Evangelische Schulordnungen des 16. bis 18. Jahrhunderts. 3 Bde. Gütersloh 1860.
7. Heppe, Geschichte des Volksschulwesens im Mittelalter. Gotha 1860.
8. Heppe, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, 5 Bde. Gotha 1858—1860.

9. Löning, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechtes, S. 733 ff. Leipzig 1884.

10. Stein, Die innere Verwaltung. (Das Bildungswesen.) 2. Teil 1883 und 3. Teil 1. Heft 1884. Gotha.

11. Schmidts Encyklopädie der Pädagogik.
(Siehe Artikel über dies Unterrichtswesen in verschiedenen deutschen Staaten.)

I. Teil.

Die Entwickelung des Elementarschulwesens in England, Amerika und Deutschland vom politischen und staatswissenschaftlichen Standpunkte betrachtet.

A. England.

Um ein richtiges Verständnis des englischen Elementarunterrichtes zu erlangen, mufs man immer zwei bestimmte Elemente im Auge behalten, nämlich

1) die Neigung zur Dezentralisation in der politischen Entwickelung Englands und

2) den beständigen religiösen Kampf um das Bestehen einer vom Staate eingesetzten und dotierten Kirche.

Die gegenwärtige demokratische Regierung Englands ist das Resultat des Kampfes, welchen das von der Aristokratie geleitete Volk jahrhundertelang gegen die Vorrechte des Königs geführt hat. In England hat Freiheit immer die freie Selbstbestimmung des Individuums bedeutet. Die vorwiegende Idee des politischen Lebens in England ist die der individuellen und lokalen Selbstbestimmung gegenüber der königlichen oder büreaukratischen Staatsbestimmung. Dies hat die Idee erweckt, dafs der Staat nur da eingreifen darf, wo die Nationalsicherheit es erfordert. Soweit es die Schulen betrifft, ist diese natürliche Folge demokratischer Entwickelung einerseits verstärkt worden durch das Trachten des Landeskirche, die religiöse und intellektuelle Bildung des Volks gänzlich in die Hand zu nehmen, anderseits durch das Streben der Dissenters oder Non-Conformists, die Rechte des Gewissens zu wahren und die Macht der anglikanischen Kirche zu beschränken.

Wir werden nachher zwei religiöse Parteien eifrig bemüht sehen, die gänzliche Unwissenheit der Massen zu beseitigen, jede einzelne

bereit, die Hilfe des Staates an dem grofsen Werke willkommen zu heifsen. Aber noch mehr bemüht, ihre eignen Rechte zu behaupten und die der anderen zu beschränken, widersetzen sie sich wohlbedacht aller staatlichen Leitung der Erziehung und fordern, dafs die Erteilung des Unterrichtes von religiösen Gemeinschaften ausgehe. Wir werden auch weiter finden, dafs der Staat bis 1832 gar nichts für die Erziehung des Volkes gethan hat, dafs bis zum heutigen Tage die ganze Funktion des Staates auf Elementarschulen beschränkt ist, und dafs bis 1870 selbst auf diesem Gebiete der Einflufs des Staates sich durch die Hinterthür finanzieller Hilfe auf Zuflüsse, die den betreffenden religiösen Gemeinschaften geleistet wurden, beschränkt; dafs endlich der Staat den religiösen Gemeinschaften grofse Summen bewilligt und selbst nur da an der Bildung teilnimmt, wo Privatbemühungen nicht ausreichen, alle Kinder zu unterrichten.

Die Kirche war im Mittelalter die Hüterin der Gelehrsamkeit und nach der Reformation die Übermittlerin derselben an die Volksmassen.

Luthers Übersetzung der Bibel und Heinrich des VIII. Erlaubnis, dafs dieselbe von dem Volke in seiner eignen Sprache gelesen werden dürfe, waren die Freibriefe der Volksbildung [1]). Aber obwohl die Kirche die Bildung bewahrt und befördert hat, ist sie nie und nirgends das Werkzeug einer allgemeinen und genügenden Anwendung derselben gewesen. Die Ursache dazu liegt auf der Hand. Wie grofsherzig und philanthropisch auch einzelne Mitglieder der Kirche sein, wie deutlich sie auch den Nutzen und die Notwendigkeit einer gründlichen intellektuellen Bildung einsehen mögen, die Kirche als solche ist immer darauf bedacht, für ihren Glauben Propaganda zu machen. Selbst in England, dem reichsten Lande unter der Sonne, hat der Klerus, auf jahrhundertelanges eifrigstes Streben nach Zivilisation gestützt, vom lebhaftesten Wetteifer nach einem gemeinsamen Zweck angespornt, und unter Beihilfe von enormen Geldsummen seitens des Staates, zugestandenermafsen nicht vermocht, mehr als der Hälfte oder zwei Dritteln der Bevölkerung Elementarunterricht zu gewähren. Zudem hat sich der elementare kirchliche Unterricht als sehr oberflächlich erwiesen, bis das scharfe Auge der Staatsinspektion die Qualität des Unterrichts untersuchte und die Menge der zu bewilligenden Gelder demgemäfs bestimmte.

---

[1]) Burnet's Reformation, 1 part 1, 410, 452. London.

Die Entwickelung des Elementar-Schulwesens in England hat seit der Reformation drei bestimmte Perioden durchgemacht. Die erste Periode reicht bis zum Anfang dieses Jahrhunderts. Während derselben wurde fast der gesamte Unterricht der Hauptsache nach durch die Kirche Englands beherrscht.

Die 2. Periode dauert bis 1870. In diesem Zeitraum wird der Elementarunterricht noch von religiösen Gemeinschaften bestimmt, aber nicht allein von der Kirche Englands. Diese grofse Organisation wird jetzt in ihrem Streben, dem Charakter des ganzen Volkes das Dogma ihres eigentümlichen (Kirchen-) Glaubens aufzuprägen, gehemmt, bekämpft, ja negiert, und zwar durch eine Anzahl anders denkender religiöser Gesellschaften, welche sämtlich Dissenters genannt werden. — Diese ganze Periode wird erfüllt von einem Gemisch erbittertem Kampfes, scheeler Eifersucht, patriotischen Zwiespalts, unerträglicher Bigotterie; auf der einen Seite trachtet man danach, die Rechte des Gewissens zu wahren; auf der andern bemüht man sich, die Vorrechte der bestehenden Landeskirche aus einer Zeit, wo die Geister der Menschen äufserem Zwange unterworfen waren, zu sichern. — Jedoch waren alle Parteien in dieser stürmischen Zeit einig in der Forderung einer allgemeinen, auf der Religion basierenden Erziehung. — Aber wie düster und nutzlos auch dieser Kampf jetzt erscheinen mag, so lehrte er doch das englische Volk allmählich die Notwendigkeit, die Herrschaft der Subjektivität in der Erziehung zu brechen. Er zeigte den Weg zur Versöhnung der gegenüberstehenden Parteien durch die Vermittelung des Staates und leitete auf diese Weise die dritte Periode ein. Diese beginnt im Jahre 1870, wo zum ersten Male in England der Staat in seiner souveränen Macht die Sache des Elementarunterrichtes in die Hand nahm.

A. Erste Periode.

Der Unterricht unter der Führung der anglikanischen Kirche.

Die Einwirkung der Reformation auf England war eine ganz besondere und eigentümliche. In den meisten andern Ländern durchdrang das neue begeisternde Leben die ganze Bevölkerung bis zu den niedrigsten Schichten. Aber in England fühlten nur die handeltreibenden Klassen das neue Leben in seiner ganzen Gewalt. Die Kirche war gezwungen, Heinrich den VIII. anstatt des Papstes als ihr Oberhaupt anzuerkennen, behielt aber ihren ursprünglichen Charakter im

grofsen und ganzen unverändert bei. Nach der Zerstörung der spanischen Armada verwandelten sich die gemäfsigten Katholiken, wie der Historiker Froude sagt, in Katholiken mit folgender Unterscheidung, Anglo-Katholiken oder Anhänger der Hochkirche — High-Churchmen. Er sagt weiter: Jene Niederlage war die Predigt, welche die Bekehrung der englischen Nation vollzog, die Katholiken in Anglikaner umwandelte, d. h. in Mitglieder der Landeskirche und der teilweise reformirt katholischen Kirche, die vom Papste getrennt war und die Oberherrschaft des englischen Landesherrn anerkannte. Die Kirche erneuerte in den Kirchengesetzen von 1604 ihre alten Anrechte auf die Beaufsichtigung des Unterrichtes. [1]).

Diese Gesetze bestimmten abermals, dafs der Lehrer seine Berechtigung zum Unterrichten von den Kirchenoberen erhalten und sich zu den Artikeln der Religion bekennen müsse. — Unterpfarrer sollten andern vorgezogen werden. Von dem Schullehrer wurde nur gefordert, den Katechismus und Sprüche aus der heiligen Schrift zu lehren und die Kinder der Kirche zuzuführen [2]).

Die früher von Eduard und Elisabeth gegebenen Vorschriften, den Armen Lesen und Schreiben zu lehren, kamen nunmehr in Vergessenheit. Spätere Parlamentsacte, besonders die Uniformitätsacte von 1662, stärkten den Arm der Geistlichkeit der Kirche Englands und gaben ihr die ganze Oberaufsicht über die Schulen. Diese Acte verlangte, dafs der Lehrer eine Erklärung unterschrieb, er sei mit der Kirchenliturgie einverstanden; auch verordnete sie, dafs das Lehren ohne Erlaubnisschein von dem vorgesetzten Geistlichen mit Gefängnishaft bestraft werden sollte. —

Die hauptsächlichsten Hilfsquellen, die dem Unterrichtswesen während dieser Periode zuflossen, waren 1) Reste von dem Eigentum der Klöster, die nach der Reformation eingezogen worden waren, 2) Privatschenkungen und 3) Beihilfe aus der königlichen Kasse. Patriotische Staatsmänner jener Zeit strebten dahin, eingezogene Klostergüter gänzlich für das Unterrichtswesen zu verwenden.

Aber Habgier von öffentlicher und privater Seite rifs den gröfsten Teil derselben an sich. Heinrich VIII. stiftete 10 Lateinische Schulen, Eduard VI. 27, Maria 5, Elisabeth 25. Es blieb der Privatwohlthätigkeit überlassen, das zu ersetzen, was die Habgier verschlungen hatte. — Von etwa 700 Schulstiftungen für mittleren Unterricht verdanken 200 ihren Ursprung der Periode der

[1]) Cardwells Synodalia, 291. London.
[2]) Canons, 77, 78, 79.

Reformation, 67 darunter wurden von Landesoberhäuptern gegründet. Viele Elementarunterrichtsanstalten wurden später ins Leben gerufen, aber vielfach gemifsbraucht, da die mit ihrer Führung betrauten Männer die Einnahmen derselben verschleuderten oder zu ihrem eignem Vorteil verwendeten. Erst im 19. Jahrhundert wurden diese Mifsstände untersucht und beseitigt. Ursprünglich sollten in vielen der (Grammar-Schools) Latein-Schulen die Armen unterrichtet werden. Diese wurden aber allmählich daraus verdrängt und fast ganz ohne Unterricht gelassen, während die Kinder der mittleren und oberen Klassen des Volkes die Schulen besuchten. Unter der Klosterherrschaft in der Kirche waren es gewöhnlich die Söhne der Armen, welche für geistliche Ämter herangebildet wurden. Auf diese Weise war es früher möglich gewesen, soziale Ungleichheiten auszugleichen, aber jetzt ging selbst dieses Mittel verloren, so dafs die arme Klasse hilflos, wie in die Fesseln eines Kastensystems geschlagen dastand. Die menschliche Gesellschaft mufs aber irgend eine Macht haben, die Kräfte der niederen Klassen zu verwenden und zu regulieren, um dieselben nützlichen Bahnen zu- und von schädlichen abzulenken. Diesem Bedürfnis entsprach lange Zeit hindurch das Lehrlingssystem, ein rauhes und schnelles Mittel, über die unwissenden und gefährlichen Klassen zu verfügen. Es glich einem Staatssystem zu industrieller Erziehung, da es sowohl für den Lehrling als den Lehrmeister obligatorisch war, falls ersterer anderweitiger Versorgung entbehrte. Der Staat griff jeden umherstreifenden Knaben auf und gab ihn zu irgend einem Handwerksmeister in die Lehre. Die meisten Lehrlingsgesetze wurden unter Heinrichs des VIII. Regierung entworfen. Lehrlingsunterricht und Erziehung hatten einen rein mechanischen Charakter und waren nur zu oft nichts anderes als eine Art Sklaverei. Sie berührten nie das intellektuelle und moralische Leben, begnügten sich vielmehr mit einem gewissen Grade von mechanischer Geschicklichkeit. Freilich bestrebte man sich, durch dieselben gute Arbeiter heranzubilden, aber man konnte durch sie allein keine guten Bürger erziehen. Wir finden aus jener Zeit viele Gesetzesentwürfe gegen „dreiste Landstreicher“. Obwohl Heinrich VIII. 72 000 dieser Art hinrichten liefs, so war doch das Übel nicht auszurotten [1]). Die Welt sah damals ein, wie sie es jetzt noch zugeben mufs, dafs weder eiserne Gesetzesstrenge, noch religiöse Zucht soziale und national-öko-

[1]) Nicholls' History of the Poor Law 1, 130. London.

nomische Übel zu heilen vermag, wenn sie sie auch beschränken und mildern kann. Der äufserste Pauperismus und die tiefste Unwissenheit herrscht sogar bis zum heutigen Tage in erschreckendem Grade unter den unteren Klassen in England. Die Hauptgründe dieser Zustände sind die grofse Vernachlässigung des Volksunterrichtes in England bis in die neueste Zeit und die Unmöglichkeit, für die Arbeiterbevölkerung Grundbesitz zu erlangen, der im grofsen und ganzen durch eine einseitige Erbgesetzgebung u. s. w. in den Händen der Reichen festgelegt ist. — Das in dieser Klasse herrschende Elend, die Unwissenheit und der Aberglauben verlangten dringend von dem Christen und Menschenfreund Mitleid und Hilfe. Erwägt man die Erziehungsmittel und die in jener Zeit herrschenden Ideen über Erziehung der unteren Klassen, so erklärt es sich, dafs man zu allererst moralischen und religiösen Unterricht und Erziehung derselben erstrebte. Man glaubte, es würde dem Staate und den zu Unterrichtenden gleich gefährlich sein, den niederen Schichten des Volkes intellektuelle Bildung zu gewähren. Selbst im Parlament herrschte diese Ansicht noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vor. Sogar noch im Jahre 1839 bekämpfte „Blackwood's Magazine“ [1]) die Volkserziehung, und zwar weil man annahm, die Bildung würde das Volk unzufrieden und unruhig machen, weil Unwissenheit die Mutter der Zufriedenheit sei, und weil religiöser Unterricht der einzige sei, durch den die unteren Schichten füglich gebildet werden könnten. Die Religion, sagte die Zeitschrift, mache sie geduldig, demütig und sittlich; sie erleichtere die Bürde ihres irdischen Lebens durch die Hoffnung auf eine glückselige Ewigkeit [2]).

Diese die Bildung des Volkes erstrebende religiöse Bewegung hat drei Phasen durchgemacht. Die erste war die Gründung der Gesellschaft zur Beförderung der christlichen Erkenntnis. 1699 gegründet, stand sie unter der Leitung der Geistlichen der anglikanischen Kirche. Die zweite bezeichnet die Errichtung einer ähnlichen Gesellschaft der Dissenters und Non-Conformisten im Jahre 1750; die dritte war die Aufstellung des jetzt weit und breit bekannten Sonntagsschul-Systems von Robert Raikes 1781. Die Bestrebungen aller dieser Gemeinschaften waren hauptsächlich religiösen Charakters, gaben aber einen beträchtlichen Anstofs zum intellektuellen Elementarunterricht. — Dies gilt besonders von den

---

[1]) Vergl. Combe, Education by Yolly, 532. London.

[2]) Siehe Adams, The Elementary School Contest, pp. 47, 66, 84.

Sonntagsschulen. Im Hinblick auf das amerikanische System sind diese Schulen von grofsem Interesse, denn sie geben fast einzig Unterricht in der Religion, welcher dort in den öffentlichen Schulen nicht als Lehrgegenstand auftritt, da dieselben konfessionslose Schulen sind.

Das Verlangen nach moralischer Bildung war aber nur der Vorläufer einer gröfseren Bewegung, die allein mit der Reformation zu vergleichen ist. Durch dieselbe kündigte sich jene soziale, politische und nationale Sturmflut an, welche als die Empörung des Menschengeistes gegen die Sklaverei angesehen werden kann, wie die Reformation das Sichloswinden von der geistigen Sklaverei war. Sie fand ihren theoretischen Höhepunkt in der Philosophie der Aufklärung, in den Schriften eines Voltaire, eines Diderot, eines Rousseau und gipfelte nach ihrer praktischen Seite in der französischen Revolution. Dem immer stärker hervortretenden Geist der Demokratie, welcher durch das 19. Jahrhundert weht, ging wie sein Heroldsruf das Bestreben voran, das zunehmende Bedürfnis des Volkes nach Bildung durch die Religion zu befriedigen. Diese allein jedoch war nicht hinreichend. Des Volkes neue Hoffnungen und Pflichten forderten jenes geistige Licht, das nur durch intellektuelle Bildung zu erreichen ist. So brachten es die Verhältnisse mit sich, dafs am Anfang dieses Jahrhunderts zwei Unterrichtsvereine auftraten, deren Aufgabe es ist, diesen Anforderungen zu genügen.

B. Zweite Periode.

Fortentwickelung des Elementarschulwesens unter der Leitung entgegengesetzter religiöser Gesellschaften.

1. Begründung des freiwilligen Elementarschulsystems.

Zwei bedeutende Männer, Joseph Lancaster und Andrew Bell, sind als Begründer des englischen freiwilligen Schulsystems anzusehen, sowie als die Vertreter des Monitorensystems, das sich aber als unzulänglich erwiesen hat. Nach demselben übernahmen ältere Kinder bei jüngeren und unwissenderen die Stelle des Lehrers. Zuerst waren die eben genannten Männer Freunde und strebten begeistert nach einem gemeinsamen Ziele, nämlich nach der Verallgemeinerung des Unterrichts auf alle Kinder. Bald aber wurden sie Führer feindseliger religiöser Parteien und bittere persönliche

Feinde. Die scheinbare Ursache ihrer Uneinigkeit war die Behauptung eines jeden von ihnen, dafs er der Erfinder des Monitoren-Systems sei. Der tiefere Grund aber war der Streit um die Beaufsichtigung der Elementarschule von seiten der Kirche.

Joseph Lancaster, der Sohn eines Londoner Quäkers, begann seine Wirksamkeit als Lehrer im Jahre 1798 unter einer Anzahl armer Kinder, die er auf seines Vaters Grundstück in einem Schuppen um sich versammelte. Sein Erfolg war so grofsartig, dafs er im Jahre 1800 eine seine Thätigkeit schildernde Broschüre herausgeben konnte, welche „Verbesserungen der Erziehung und des Unterrichtes“ hiefs. Er schlug vor, eine Gesellschaft zu gründen, welche die Förderung der Sittlichkeit und den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen zum Zweck haben sollte. Er wollte zugleich Lehrer heranbilden und ihren Stand fördern. Kurz, seine Idee war, eine allgegemeine intellektuelle Bildung auf einer religiösen, aber nicht sektiererischen Grundlage. Seine Schulen gediehen aufserordentlich, wurden vergröfsert, vom Könige begünstigt und von mancher der Aristokratie angehörenden Persönlichkeit besucht. Lancaster erfreute sich des Beistandes der meisten hervorragenden Liberalen jener Zeit und erhielt von allen Seiten bedeutende Geldsummen. Aber der äufseren praktischen Verwaltung unfähig, verwickelte er sich bald in finanzielle Ungelegenheiten. Freunde leisteten ihm wiederholt Hilfe, aber vergeblich. Endlich wurde ihm ein Finanz-Komitee beigegeben und sein Amt scharf von seinen Privatunternehmungen getrennt. Darauf zog er sich von dem Komitee zurück, geriet aber bald wieder in hoffnungslose Geldverlegenheiten.

Im Jahre 1814 trennte sich das Komitee ganz von ihm und nahm den Namen: „Schulverein für Grofsbritannien und das Ausland“ (British and Foreign School Society) an, den es noch jetzt führt. — Lancaster ging zuerst nach Schottland und dann nach New York, wo er 1833 von einem scheuen Pferde getötet wurde. — Sein Verdienst ist, den Gedanken gefafst und die Ausführung desselben versucht zu haben, dafs alle Kinder in den Elementarfächern unterrichtet werden sollten. — Der Schulverein für das In- und Ausland wurde bald ein bedeutender Hebel zur Förderung des freiwilligen Unterrichtswesens. Viele berühmte Männer sind mit ihm in Verbindung getreten. — Er hat immer als Sammelplatz für die Förderer der auf der unsektiererischen Religion basierenden Erziehung gedient. Dafs jene meistenteils zu den Dissenters und Non-Conformisten gehörten, liegt in der Natur der Sache.

Aber die Popularität und der glückliche Erfolg der Lancasterschen Schulen mit den vielfachen Begünstigungen von seiten des Königs und vieler Privatleute beunruhigten die Partei der englischen Kirche. Sie sah in dem Aufblühen der ersteren einen Eingriff in die Rechte ihrer Oberherrschaft über die Schule. Zu dieser Zeit begannen jene unerquicklichen Schmähungen, welche sie von jeher allen nicht aus ihr hervorgegangenen Versuchen allgemeinen Unterrichts entgegenschleuderte. Das Lesenlehren aufserhalb der englischen Kirche hat seit jener Zeit als „Unglaube“ und „Atheismus“ gegolten. Fortwährend ertönten die wohlbekannten Schlagwörter: „Die Kirche in Gefahr“ — „die Religion in Gefahr“. — Ohne Zweifel war es der Trieb der Selbsterhaltung seitens der Kirche, die instinktive Vorahnung jener sich bahnbrechenden, immer zunehmenden Volksanschauung, welche selbst in der Gegenwart versucht, ihr den Besitz sozialer und staatlicher Vorrechte streitig zu machen und ihr das vom Staat zufliefsende Einkommen zu entziehen. — Es war daher ganz natürlich, dafs die englische Kirche versuchte, einen Mann und eine Organisation zu finden, geeignet, diesem schädlichen Einflufs entgegen zu wirken. Einen solchen Mann fand sie in Andrew Bell, eine solche Gesellschaft in dem Nationalverein zur Förderung der Erziehung der Armen nach den Prinzipien der Landeskirche — oder kurz genannt „The National Society“. Diese Organisation entstand aus dem Wirken Bells und seiner Mitarbeiter.

Andrew Bell, ein Schotte, wurde zu St. Andrews als Sohn eines Haarkräuslers geboren. In früher Jugend ging er nach Amerika und bekleidete die Stelle eines Hauslehrers. Seine Mufsestunden benutzte er dazu, Spekulationen mit Tabak zu machen, wobei er bedeutende Geldsummen gewann. Später reiste er nach Indien, wo er in Madras Titular-Direktor einer Kinderbewahranstalt wurde. Hier erfafste er zum ersten Male die Idee des Monitorensystems, welches man hier anwandte. Nach demselben war fast jeder Schüler ein Lehrer. „Er unterrichtet einen Knaben, während ein anderer ihn unterrichtet.“ — Als er nach England zurückgekehrt war, veröffentlichte er einen Bericht seiner Erfahrungen, welcher erst durch Lancasters Schrift allgemeinere Aufmerksamkeit auf sich zog. — Zunächst umfafste sein Plan nur industriellen und religiösen Unterricht, aber er wurde erweitert, um das zunehmende Verlangen nach intellektuellem Unterricht zu befriedigen. — In scharfem Gegensatz zu Lancasters Unfähigkeit in bezug auf finanzielle Verhältnisse steht

die Gewandtheit Bells in dieser Hinsicht. Er hatte ein Talent, glückliche Spekulationen zu machen und seine eignen Interessen zu fördern, welche letzteren er aber mit der Sache der Erziehung und des Unterrichtes zu deren gunsten verband. Er starb im Jahre 1839 und hinterliefs £ 120000, die er bestimmt hatte, „Madras"-Schulen in den gröfsten Städten Schottlands zu gründen.

Durch die Bemühungen von Anhängern der Kirche (Churchmen) wurden Bell und seine Methode zu grofsem Ansehen gebracht. Er trat persönlich und schriftlich in freundschaftlichen Verkehr mit den hervorragendsten Männern. Man stellte sein System an Bedeutung der Erfindung der Buchdruckerkunst zur Seite. — Coleridge, schreibt Dr. Quincey [1]), fand himmlische Wunder in dem Plan, auch in dem Manne. Southey [2]) nannte ihn den gröfsten Wohlthäter der Menschheit seit Luther und ehrte ihn dadurch, dafs er seine Biographie schrieb [3]). — Lancaster wurde ein Lügner, Quacksalber, Marktschreier und ein Dieb der Methode eines anderen Mannes gescholten, während man Bell einen thörichten Alten nannte, dessen sich die englischen Kirche bemächtigt hatte, Lancaster seiner Entdeckung zu berauben [4]).

Die offenkundige Ursache dieses Streites war, wie gesagt, die Autorschaft des Monitorensystems, durch welche unter der Leitung eines Lehrers eine ganze Anzahl Kinder unterrichtet werden könnten, während dieselben einander unterrichteten, eine Art fortwährenden Selbstgetriebes im Unterricht. Aber wie schon angedeutet, lag der wahre Grund tiefer. Es war dies ein Kampf zwischen entgegengesetzten Kirchenparteien wegen der Leitung des Elementarunterrichtes durch rivalisierende religiöse Körperschaften. Die Monitorenmethode wurde als wertlos verurteilt, ehe der Streit darüber, wer ihr Erfinder sei, entschieden war. Ein halbes Jahrhundert hindurch war der Streit über die Beaufsichtigung des Unterrichtes die Ursache der Uneinigkeit über jeden zu gunsten der Nation entworfenen Unterrichtsplan, der in- und aufserhalb des Parlamentes in Vorschlag gebracht wurde. Um den Einflufs der British and Foreign Society entgegenzuwirken, wurde von der Kirchenpartei der Nationalverein organisiert.

---

[1]) Dr. Quincey's Works, 11, 92. London.
[2]) Life of Bell, 2, 479.
[3]) Southey, Life of Bell. London.
[4]) Life of Bell, 2, 283.

Vom ersten Augenblicke an war sein Erfolg gesichert. Er wurde von Kirchen- und Staatsbehörden begünstigt und im Jahre 1817 durch ein königliches Handschreiben (Charter) anerkannt. Sechs Jahre später gab ihm der König die Erlaubnis, in den Gemeinden Geldsammlungen zu veranstalten, die ihm jährlich 10 000 £ zusicherten. Vier Jahre nachdem es ins Leben gerufen war, konnte das Komitee berichten, seine Hilfsquellen seien „unerschöpflich“ [1]. Die National Society wurde bald das Organ aller Bestrebungen der Kirche für die Volksbildung; sie hat noch heute mehr als die Hälfte aller Elementarschulen von Grofsbritannien und Wales unter ihrer Aufsicht.

Diese zwei Vereine bildeten viele Jahre hindurch den Mittelpunkt aller Unterrichtsbestrebungen. Kaum war ein berühmter Geistlicher, Schriftsteller oder Staatsmann zu finden, der sich nicht an ihrem Streite beteiligt hätte. Sehr oft ist der gegenseitige Kampf zwischen den Vereinen durch Eifersüchteleien und religiöse Intoleranz gekennzeichnet worden und hat ohne Zweifel oft den öffentlichen Geist von dem Hauptziele abgelenkt. Allen Parteien konnte aber zu jener Zeit der Wunsch angemerkt werden, dem anerkannten Bedürfnis des Volkes nach Unterricht entgegenzukommen. Es würde auch nicht gerecht sein, die grofsen und oft uneigennützigen Bemühungen zu gunsten der Volksbildung von seiten der religiösen Körperschaften unerwähnt zu lassen. Da sie aber ein Werk übernahmen, welches nur der Staat auszuführen vermag, so konnte das Fehlschlagen nicht ausbleiben. — Es dauerte aber zwei Drittel des Jahrhunderts, ehe das britische Volk sich von der Thatsache überzeugte, dafs der Staat einen Teil der Volkserziehung selbst übernehmen mufs. Mr. Adams [2] sagt: „Die reichen Hilfsquellen der National Society befähigten sie, die Führerschaft in der Gründung und Erhaltung von Schulanstalten zu übernehmen und zu behaupten; aber in der Entwickelung und Anwendung eines Staatsschulsystems hat sie eine Reihe vernichtender Niederlagen erlitten. Ihre Anmafsung, den Charakter der Erziehung zu beherrschen und bestimmen zu wollen, ist wiederholt vom Parlament negiert worden; sie hat ihren Einflufs nur dadurch erhalten, dafs sie den Fortschritt der öffentlichen Meinung anerkannte und den zur sozialen und politischen Existenz notwendigen Unterricht annahm, welcher eine

---

[1] Life of Bell, 3, 28.

[2] Adams, The Elementary School Contest. London p. 64.

der Bedingungen dauernder sozialer und politischer Existenz ist.“ Dies erklärt, warum die National Society noch immer ein Netz von Gemeindeschulen verwaltet, während sich die Staatseinrichtungen allmählich dem Mafsstab der „Britisch and Foreign Society“ genähert haben.

2. Die ersten Versuche einer Schulgesetzgebung.

Während die freiwilligen Unterrichtsvereine ihre Kräfte organisierten, fand das zunehmende Bewufstsein, dafs das Volk des Unterrichts bedürfe, auch im Parlamente Ausdruck. Im Jahre 1807 legte Mr. Whitbread eine Bill für Gemeindeschulen vor, welche durch Gemeindesteuer erhalten und durch den Kirchen- und Gemeindevorstand verwaltet werden sollten. Diese Bill wurde vom Unterhause angenommen, aber von dem Oberhause abgelehnt. Die Notwendigkeit, die untersten Klassen des Volkes zu unterrichten, war zu dieser Zeit durchaus noch nicht allgemein anerkannt; die Einführung einer Verwaltung des Volksschulunterrichtes durch Kirchenbehörden würde ferner den Elementarunterricht gänzlich in die Hände der englischen Kirche gelegt haben. Dies waren die zwei Hauptgründe der Ablehnung der Bill, aber es wurde ein Prinzip gewonnen. Das Unterhaus hatte besonders behauptet, dafs der Staat für den Volksunterricht, der unter der Lokalverwaltung stehen sollte, verantwortlich sein müfste.

Mr. Brougham, der Nachfolger des Mr. Whitbread, that den nächsten Schritt in dieser Angelegenheit im Parlament. Im Jahre 1816 wurde ihm ein Komitee unterstellt, um den Unterricht der ärmeren Bevölkerung von London zu untersuchen, und 1818 noch ein weiteres, welches aus Stiftungen erwachsene Schulfonds revidieren sollte, die vielfach unredlich und nicht sachgemäfs verwaltet worden waren. Diese Untersuchungen erregten von seiten derer, die sich durch dieselben in ihren Vorrechten bedroht sahen, stürmische Opposition. Als Mr. Brougham im Jahre 1820 seine auf diese Untersuchungen gestützte Unterrichtsbill vorlegte, suchte er die beleidigte Partei zu versöhnen. Aber die Konzessionen, welche er ihr dabei machte, erregten gleiche Opposition auf der entgegengesetzten Seite. Obgleich er vorschlug, die Verwaltung der Lokalgelder den Lokalbehörden zu übergeben, so bestimmte er doch, dafs der Lehrer ein Mitglied der Kirche Englands sein und von dem Gemeindeprediger ein Zeugnis beibringen müsse. Trotzdem er festsetzte, dafs beim Religionsunterricht keine kirchlichen For-

malitäten gebraucht werden dürften, so bewirkte die heftige Opposition der Dissenters die Abweisung der Bill[1]). Jetzt kam der Streitpunkt deutlich zum Vorschein. Auf der einen Seite wollte die englische Kirche mit einer Gesetzgebung nicht einverstanden sein, welche geeignet wäre, ihre Macht über die Schulen abzuschwächen. Auf der andern Seite wollten die Dissenters nichts von Plänen wissen, welche die Kirche aufs neue bereichern oder dazu dienen könnten, eine ihrer tapfer erkämpften religiösen Freiheiten zu gefährden. Die Klippe, an der jeder Antrag für allgemeine Elementarschulen scheiterte, war die Unmöglichkeit, Gemeindesteuern aufzuerlegen, ohne die Gemeindeverwaltung zu umgehen oder das Unterrichtswesen aus den Händen der Kirche zu entreifsen. Das Volk wollte nichts von Besteuerung ohne Vertretungsrecht hören, noch wollte die Kirche etwas von parteiloser Verwaltung der Schule wissen, ebensowenig als von Religionsunterricht, der von der dogmatischen Kirchenlehre abwiche.

Nach der Niederlage Broughams fürchteten Staatsmänner die Sache wieder zu berühren, um nicht in ein Wespennest zu greifen und religiöse Streitigkeiten aufzurühren. Aber wenn im Parlament nichts geschehen konnte, so regte es sich doch aufserhalb desselben. Neben der Reform des Parlamentes und des Städtewesens, der Einführung einer Fabrikgesetzgebung, der Abschaffung des Sklavenhandels dachte man ernstlich über die Sache des Volksschulwesens nach. In dem Zeitraum vom Jahre 1820—1835 trat die erste Ära der billigen Litteratur ein, der Herstellung von Lesezimmern, Arbeiterfachschulen[2]), Vereinen zur Ausbreitung von Kenntnissen, und des Manchesterschen statistischen Vereines, der viel that, um dem Publikum einen klaren Einblick in das Unterrichtswesen Englands zu verschaffen. Die Presse erfafste lebhaft die Wichtigkeit und Notwendigkeit, in dieser Hinsicht zu wirken. Die zunehmende Macht der Demokratie, dazu der feste Entschlufs, ihre Macht auszunützen, auf der einen Seite, die Furcht der höheren Klassen, durch Unwissenheit regiert zu werden, auf der andern, lenkten vereint das Interesse des Publikums auf die Sache des Schulwesens. Als seitens des Staates wirklich ein Anfang gemacht wurde, kam er unerwartet und ohne Gesetzgebung. — Dies führt uns zu der dritten Stufe der zweiten Periode.

---

[1]) Adams, The Elementary School Contest, p. 77, 78.
[2]) Shuttleworth, Four Periods of Public Education.

3. Das Unterrichtswesen in der Hand einer kirchlichen Partei unter der Unterstützung des Staates.

1) Im Jahre 1832 wurde die Summe von £ 20 000 zur Unterstützung der Volkserziehung in das Budget aufgenommen und von einem besondern Komitee bewilligt. Es war keine Gesetzvorlage dazu nötig, noch wäre sie in dieser oder in der darauffolgenden Zeit möglich gewesen. Diese Geldbewilligung, Grant genannt, wurde jährlich bis 1839 erneuert und von der Finanzkammer verwaltet. Durch die zwei religiösen Vereine, den Nationalverein und den Verein des britischen In- und Auslandes, wurde das Geld verteilt und dazu verwendet, um Lokalthätigkeit in Erbauung von Schulhäusern zu erwecken und zu erhalten. Das Geld wurde den Gemeinden durch die Empfehlung seitens des einen oder des andern Vereines bewilligt, aber unter der Bedingung, dafs die Gemeinde selbst wenigstens eine gleiche Summe aufbrächte. — Aber diese Fonds wurden nicht gut verwaltet. Man hatte keine Gewähr, dafs sie richtig und fruchtbringend angewendet wurden; keine Sicherheit, dafs die Schulgebäude urkundlich eingetragen oder in baulichem Stande erhalten würden. Auch hatte man keine sichere Gewähr, gute Lehrer oder überhaupt gute Schulen zu haben. Das Parlament fühlte, dafs, wenn jährlich grofse Geldsummen in unzuverlässige Hände flössen, es wünschenswert wäre, sie behufs richtiger Verwaltung einer verantwortlichen Körperschaft zu unterstellen. Demgemäfs wurde im Jahre 1839 ein Komitee zur Verwaltung der Grants im Kabinett gebildet und das Komité des Erziehungsrates genannt (Commitee of Council on Education)[1].

2) Es wurde die Pflicht des Komitees, die jährlichen Grants zu verwalten, welche im Jahre 1839 auf 30 000 £
1842 „ 40 000 „
1852 „ 160 000 „
1861 „ 840 000 „
1877 „ 1 543 225 „
1880 „ 2 130 009 „ und
1884 „ 3 110 912 „ pro Jahr gestiegen

waren. Eine Anzahl (Clerks) Verwaltungsbeamten wurden angestellt und das Komitee erteilte von Zeit zu Zeit Regulative zur Verwaltung der Grants, welche die Protokolle des Konziliums (Minutes of Councils) genannt wurden. Im Jahre 1860 wurden diese Protokolle,

[1]) Shuttleworth, Four Periods of Public Education, p. 179.

deren Zahl eine sehr grofse war, systematisch geordnet und als Codex oder Regulative publiziert. Im Jahre 1861 wurden die Regulative revidiert, und als Revidierter Codex (Revised Code) herausgegeben.

Die ersten Bestrebungen des Komitees hatten zwei Hauptziele, 1) die Gründung eines National-Lehrerseminares und 2) die Einführung des Prinzipes von der staatlichen Beaufsichtigung als Bedingung der Geldbewilligung durch das Parlament. Der Vorschlag des Lehrerseminars basierte auf einem sogenannten einheitlichen Unterrichtssystem, d. h. einem System, nach welchem aller Unterricht, den in der Religion ausgenommen, allen gemeinsam, der letztere aber den Dissenters besonders erteilt werden sollte. Dieser Plan wurde aber von der Kirchenpartei eifrig bekämpft, einmal, weil er die Dissenters den Mitgliedern der Landeskirche gleichstellte, und anderseits, weil die englische Kirche das Recht beanspruchte, gemäfs dem Kirchengesetz von 1604, Lehrer vorzubereiten und mit Fähigkeitszeugnis zu versehen. Infolgedessen bekämpfte sie jeden Antrag, der das Eingreifen des Staates in ihre Rechte ermöglichte. Die gegen diesen Plan erregte Opposition wurde so grofs, dafs die Regierung Lord Melbournes sich nur dadurch rettete, dafs sie ihn gänzlich zurückzog. Das zum National-Lehrerseminar bestimmte Geld wurde unter die Privatkirchen-Lehrerseminare und durch die zwei bestehenden Vereine für England und das Ausland zur Hilfe von sektiererischen Seminaren verteilt. Noch jetzt verfährt man in dieser Weise, da staatliche Lehrerseminare, und zwar wegen dieser Sektenstreitigkeiten in England noch nicht ins Leben traten. — Der andere Vorschlag, staatliche Beaufsichtigung der Schulen als notwendige Vorbedingung eventueller Beihilfe der Regierung, fand innerhalb und aufserhalb des Parlamentes mehr Anklang. Selbstverständlich war es so nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Staates, darauf zu dringen, dafs die bewilligten Geldsummen zweckmäfsig und richtig verwendet würden. Dies konnte nur bei staatlicher Beaufsichtigung derjenigen Schulen der Fall sein, welchen das Geld zuflofs. Es wurde aber auch eine Streitfrage, welche Partei die Aufsicht übernehmen sollte. Das Ratskomitee erkannte jedoch den überwiegenden Einflufs der englischen Kirche im Unterrichtswesen an und beschlofs, dafs die Inspektoren nur mit der Zustimmung des Primas ernannt werden dürften.

Dieses Übereinkommen nannte man das Konkordat mit der Kirche; natürlich erregte es einen Sturm der Opposition bei den

Dissenters, der nur dadurch beigelegt wurde, dafs man dem Schulverein für England und das Ausland die Ermächtigung gab, bei Anstellung von Inspektoren an ihren Schulen ein Veto einzulegen. Dieser Stand der Dinge dauerte bis 1870. — In Bezug auf die Schulen selbst hatten sich die Inspektoren zuerst nur beratend zu verhalten. Sie hatten Auskunft zu geben, bei Prüfungen zugegen zu sein, mufsten Verbesserungen vorschlagen, durften aber nicht in die Schulzucht oder den Unterricht eingreifen. Eine Pflicht wurde ihnen jedoch auferlegt, die zu wichtigen Veränderungen führte: sie wurden angewiesen, die Geldzuschüsse, die jedem Distrikt zuflossen, festzustellen, um den Zustand der Schule, die früher einen Anteil der Zuschüsse der Staatskasse erhalten hatte, zu erforschen.

Viele dieser Schulen wurden in traurigem Zustande befunden, wenige waren gut bestellt, manche waren im Verfall. Man sah, dafs der Unterricht und die Erziehung des Volkes nur in kläglich engen Grenzen gewährt worden war. Nach einem eingehenden Bericht von 1845 war von ungefähr 6 Kindern, sogar von denen in der Schule, nur 1 im stande, die heilige Schrift mit einiger Leichtigkeit zu lesen; ja diese sogar liefs ihre Lesekunst im Stich, wenn sie ein weltliches Buch versuchten. Verständnisvolles Lesen war kaum vorhanden, und es wurde berechnet, dafs nur ungefähr die Hälfte der Kinder, die die Schule besuchten, lesen konnten, wenn sie dieselbe verliefsen. Von etwa 4 Kindern war nur eins des Schreibens kundig und dann in der mechanischsten Weise. Nicht 2 % der Kinder waren in dem Rechenunterricht bis zu der Verhältnisrechnung gekommen [1]).

Die Schulen waren in den Händen von Männern, die wenig oder keine Sachkenntnis hatten und nach Bells und Lancasters Monitorensystem angeleitet waren. Diese verkommene und zusammenhangslose Methode mufste beseitigt und durch eine andere ersetzt werden, die der allgemeinen Achtung wert und im stande war, bessere Resultate zu erzielen. — Die Verwaltung begann daher sich nach Abhilfe umzuschauen und fand sie in dem holländischen System geschulter Lehrer. — In den holländischen Schulen wurde eine erlesene Zahl der Schüler, welche Lehrer werden wollten, im Alter von 13 Jahren einem Schulmeister zur Ausbildung überwiesen. Sie halfen bei dem Unterricht gemäfs ihrem Alter und ihren Fähigkeiten, bis sie 18 Jahre alt waren. Alsdann traten sie in ein Se-

---

[1]) Craik, The State and Education, p. 82.

minar ein, um ihre weitere nötige Berufsbildung zu erhalten, welche sie zur Leitung von Schulen berechtigte. Für ihre Dienste als Schüler-Lehrer erhielten sie regelmäfsige Bezahlung und besonderen Unterricht. — Dieses System beschlofs das Komitee einzuführen. Zuvor mufsten aber die nötigen Gelder aufgebracht werden. Die Schulen wurden hauptsächlich durch freiwillige Beiträge erhalten. Das Monitorensystem war nur wegen seiner Billigkeit geduldet. Es erschien jedoch von vornherein sicher, dafs die Privat-Beihilfegelder sich nicht so steigern würden, als die Ausgaben eines durchgreifenden Systems. — Diese Lage der Dinge führte zu einer neuen Epoche in der Entwickelung der Elementarschulen, zu der der Protokolle der Schulgesetzvorlage von 1846 (Minutes).

Diese Protokolle legten den Grund, auf welchem der Lehrerstand von einem „bettelhaften Erwerb" zu einem geehrten und einträglichen Beruf auferbaut worden ist. Es war vorgesehen, dafs Schüler nicht unter 13 Jahren auf Empfehlung des Leiters der Schule zu Schüler-Lehrern (Pupil Teachers) angelernt werden durften und für ihre Dienste eine jährliche Entschädigung von 10 bis 20 £ aus den Staats-Grants erhalten sollten. Lehrer, die sie anleiteten, sollten mit einer gewissen Geldsumme bedacht werden. Der Inspektor hatte über die Fähigkeit von Lehrern, die zu dieser Arbeit geeignet schienen, zu berichten. Die Schüler waren durch einen Kontrakt auf 5 Jahre verpflichtet; am Ende eines jeden Jahres hatten sie eine Prüfung zu bestehen, deren Anforderungen mit jedem Jahre stiegen. Nach Verlauf seiner Vorbereitungszeit hatte der Schüler-Lehrer Wahlberechtigung zu Königlichen Stellen (Queen's Scholarships) von £ 20—25 jährlich in einem unter Staatsaufsicht stehenden „Training College" — Lehrerseminare. Das Seminar aber sollte für jeden von ihnen £ 20 im ersten, £ 25 im zweiten, £ 30 im dritten Unterrichtsjahre erhalten. So verfuhr man, damit die Seminare nicht genötigt waren, dürftiges Material für billigen Preis aufzunehmen. Der Kursus in den Seminaren, welche noch in den Händen freiwilliger Vereine sind, dauert jetzt 2 Jahre. Die Regierung bezahlt für jeden (Graduate) Geprüften, der nach 2jähriger Probezeit ein Zeugnis dafür aufweisen kann, dafs er mit Erfolg zu unterrichten vermag, 70 £.

Einige Jahre wirkten die neuen Schulgesetze ruhig und mit Erfolg. In der ganzen Organisation der Schule machte sich eine neue Lebensströmung fühlbar. Bis 1851 waren 25 Lehrerseminare errichtet und wohlgefüllt mit den 6000 zum Lehren angelernten Schüler-

Lehrern. Mehr als 1100 hatten Wahlfähigkeitszeugnisse erhalten, so dafs der Lehrkörper sich zu einem mit angemessenem Bildungsgrade ausgerüsteten Berufsstande umgestaltete.

Die jährlich ausgeworfenen (Grants) Zuschüsse waren von 40 000 auf 160 000 £ gestiegen, während beinahe 3800 Schulhäuser mit einem Kostenaufwand von £ 400 000 aus Staatsmitteln und £ 600 000 aus freiwilliger Thätigkeit für die Sache bestanden. Aber gerade der Erfolg der Schulgesetzvorlage von 1846 war die Veranlassung zu neuen und heftigen religiösen Kämpfen. Die bewilligten Geldbeiträge stiegen schnell und niemand konnte sagen, wann sie aufhören würden. Der gröfsere Teil derselben flofs dem Nationalverein zu, welcher vermöge gröfserer pekuniärer Vorteile die meisten Elementarschulen unter seiner Aufsicht hatte. Dies beunruhigte und reizte die Dissenters. Sie sahen in den amtlichen Protokollen einen neuen Plan, der Kirche Englands Mittel zufliefsen zu lassen. Was nur ein Resultat des von der Kirche für die Schulsache bewilligten Kostenaufwandes war, schrieben sie einem hinterlistigen Einflufs zu gunsten der Kirche Englands zu. Aber obgleich die neuen Schulgesetzvorlagen, wo nur ihr Einflufs fühlbar war, Gutes wirkten, so waren sie eingestandenermafsen blofse Versuche und den Bedürfnissen des Volksschulunterrichtes nicht angemessen.

Der religiöse Kampf schien jedoch seiner Lösung nicht näher als zur Zeit seines Beginnes zwischen Bell und Lancaster. Jedermann fühlte die dringende Notwendigkeit einer elementaren Bildung auf stabiler und angemessener Grundlage, die Regierung war augenscheinlich bereit, jedwede finanzielle Hilfe zu gewähren. Das einzige ernstliche Hindernis erschien in der hartnäckigen Unduldsamkeit der religiösen Körperschaft, welche um die Aufsicht über das Schulwesen kämpfte. Während die alte Partei nahe daran war, am Gelingen angemessener und dauernder Bestrebungen in den alten Bahnen zu verzweifeln, hatte sich allmählich eine neue Partei im Lande gebildet. Im Jahre 1850 gestaltete sich aus diesem Gefühle der Verzweiflung heraus „the National Public School Association“ — der National-Verband für öffentliches Schulwesen, — dessen Ziel ein nationales System freien konfessionslosen Unterrichtes war. Zuerst bemühte er sich, alle bestehenden Einrichtungen zu beseitigen und ein einheitliches, durchgreifendes nationales System aufzubauen. Eine dem Parlament im Jahre 1850 vorgelegte, diesen Ideen entsprechende Bill gab der Bewegung Ausdruck. Die Kirchen-Partei war jedoch in Besitz von $^9/_{10}$ des Feldes, so dafs, wenn die neuen

Ideen nicht eine gänzliche Niederlage erleiden sollten, bestehenden Verhältnissen Zugeständnisse gemacht werden mufsten. Demgemäfs wurde der Vorschlag dahin modifiziert, dafs er die Errichtung freier, sektenloser Schulen gestattete, wenn die bestehenden Einrichtungen nicht ausreichten. Zur Zeit wurde die Bill niedergeschlagen, fand aber 20 Jahre später, 1870, ihrem Prinzip nach Anerkennung.

Der neue Verband hatte auch eine unmittelbare wohlthätige Wirkung; er brachte die entgegengesetzten Parteien zu der Überzeugung, dafs es nicht ratsam wäre, die bestehende einheitslose Lage der Dinge fortdauern zu lassen. Demzufolge wurde, wie im Anfang des Jahrhunderts von denen, die mit Unruhe in jedem Plane einer freien, sektenlosen Volksbildung eine Gefahr sahen, den Einflufs der Kirche zu untergraben, eine Oppositions-Partei gebildet. Diese nahm den Namen: „Der Manchester- und Salford-Erziehungsrat" — „The Manchester und Salford Comittee on Education" an.

Der neue Manchester- und Salford-Verein schlug vor, auf dem bestehenden System einen Modus lokaler Besteuerung einzurichten — doch ohne Erfolg. Dieselbe alte Schwierigkeit, die Gemeindeschulverwaltung durch Gemeindeabgaben mit Mitteln zu versehen, ohne die bestehende Gewalt der Kirche zu verletzen, war unüberwindlich. Die folgenden, aus Parlamentsreden über Vorschläge zu nicht sektiererischem Schulunterricht dieser Periode angeführten Stellen werden einen Begriff von der Bitterkeit geben, mit welcher der Streit geführt wurde.

Im Jahre 1850 hatte Mr. W. J. Fox einen Antrag (Bill) auf religionslosen Elementarunterricht für das englische Volk vorgelegt. Sir R. Inglis klagte Mr. Fox an, das ewige Heil der Kinder zu vernachlässigen, und Lord Arundel rief leidenschaftlich aus: „Die beiden Armeen stellen ihre Streitmächte auf und die Schlacht zwischen Religion und Gottlosigkeit, der Kirche und dem Unglauben, Gott und dem Teufel wird geschlagen; der Preis, um welchen sie streiten müssen, ist der Himmel oder die Hölle." — Ein katholischer Bischof sagte: „Es gilt einen Grundsatz, gegen welchen die Kirche Christi in ganz Europa ankämpft, und zwar aus dem schrecklichsten Grunde. Erziehet das erwachende Geistesleben eurer Kinder auf diese trockene, materielle Weise, und ihr werdet das Land unchristlich machen. Lasset die religiösen Anlagen schlummern, während die weltlichen ausgebildet werden, und ihr werdet aller Unterordnung unter weltliche Herrschaft die Grundlage nehmen" [1]).

[1]) Vergl. Adams, The Elementary School Codex, p. 154.

Welch vielfaches Echo von mittelalterlichen Gesinnungen erweckte der Vorschlag, die Elemente des Wissens zu lehren!

Eine neue Anstrengung, in Städten von mehr als 5000 Einwohnern Schulsteuern zu erheben, wurde im Jahre 1850 von Lord Russel unter dem Namen der Borrough-Bill — Stadtvorlage — gemacht, aber sie scheiterte an der alten Schwierigkeit, die Interessen der Kirche mit denen des Volkes zu vereinigen. — Als auf dieser Stufe jede Einwirkung des Parlamentes unmöglich schien, kam das „Comittee of Council on Education" zu Hilfe. Es möchte den Anschein haben, als sei es die Hauptaufgabe dieser Körperschaft gewesen, dem Lande die Resultate wünschenswerter, aber unerreichbarer Parlaments-Thätigkeit zu geben. Der Erziehungsrat machte eine Vorlage, die die Capitation grants — Zuschüsse nach der Zahl der Schüler — einsetzte. Nach derselben mufste an die Leiter von Schulanstalten für jedes Kind, das 192 Tage die Schule besuchte, eine gewisse Summe entrichtet werden. Dagegen sollten die zwei Hauptbedingungen erfüllt werden: die Schule sollte einem in Besitz eines Prüfungszeugnisses befindlichen Lehrer unterstellt sein; ferner, es sollten wenigstens dreiviertel der Kinder dem Inspektor zur Prüfung vorgeführt werden. Dies war ein Fortschritt, welcher besseren Unterricht und regelmäfsigeren Schulbesuch sichern sollte. Dabei war der Wunsch, den Schulunterricht auf breiterer und besserer Unterlage anzulegen, nicht abgeschwächt. — Im Jahre 1855 befanden sich die beiden widerstreitenden Parteien wiederum im Kampfe miteinander. Beide hatten den Plan, das System umzugestalten, aber es konnte nichts ausgeführt werden. Die Capitation grants und andere Geldbewilligungen stiegen von Jahr zu Jahr, aber niemand hatte eine bestimmte Vorstellung, was wirklich gethan werden konnte. Was hatte das freiwillige System erreicht, was für Aussichten bot es auf die Abhilfe des Mangels in der Volksbildung? Niemand wufste es; alle aber waren darin einig, dafs eine systematische und gründliche Untersuchung seiner Vorzüge und Mängel angestellt werden müsse. Diesem Verlangen willfahrend, bildete man 1858 die Kommission des Volksschulwesens (Commission on Public Education), deren Oberhaupt der Herzog von Newcastle war. — Drei Jahre ratschlagte diese Kommission und legte in 6 umfangreichen Bänden Bericht darüber ab (1861) [1]. Sie befafste sich mit allen Arten von Elementarschulen, auch mit Seemanns- und

[1]) Duke of Newcastle's Report.

Militär-Schulen; mit Stiftungen zu Bildungszwecken, Seminaren, der Stellung und den Fähigkeiten der Lehrer; besonders richtete sie ihren Blick auf die Arbeiten und Erfolge des (Comittee of Council) Ratskonziliums. Rev. Mark Pattison and Mr. Mathew Arnold bereicherten dasselbe durch wertvolle Berichte über europäische Erziehung. — Die Beschlüsse und Gutachten der Kommissionsmitglieder können nur sehr kurz wiedergegeben werden. Zunächst fanden sie, dafs das Hauptaugenmerk der Leiter von Schulen auf den Religionsunterricht gerichtet werden müsse, während die Eltern die Anstalten besonders wegen der übrigen Fächer aufsuchten, und oft Juden und Katholiken in kirchlichen Schulen, Kinder von Mitgliedern der Landeskirche in Unitarianer-Schulen gefunden wurden. — Es wurde geschätzt, dafs es $2^{1}/_{2}$ Millionen Kinder von schulpflichtigem Alter im Königreiche gäbe. Von diesen besuchten 1 675 000 öffentliche Schulen einer oder der anderen Art, nur die Hälfte davon stand unter der Aufsicht des Staates. Ungefähr 860 000 gehörten zweifelhaften Privatschulen an, von denen die meisten nichts wert waren [1]). Diese Art von Schulen stellte Dickens in Nicholas Nicholby blofs. — Weiter wurde berechnet, dafs in nicht inspizierten Schulen etwa ein Drittel der Schüler den Unterricht weniger als 100 Tage, 43% 150 Tage, 41% 176 Tage besuchten, was dieselben zu den Capitation grants berechtigte. Nur 10% besuchten 3—4 Jahre lang dieselbe Schule [2]), und während auf 6 Köpfe der Bevölkerung 1 in der Schule sein sollte, fand sich nur 1 von 20 in solchen unter Staatskontrolle; d. h. mehr als 70 von je 100 Kindern wuchsen auf, ohne dafs der Staat von ihnen Notiz nahm.

Der Bericht über die Art der Arbeit, die wirklich gethan wurde, ist noch entmutigender, obgleich spätere Erfahrung lehrte, dafs die Kommission den Mangel an Volksbildung gänzlich unterschätzte. Es fand sich, dafs inspizierte Schulen weit höher standen, als die nicht beaufsichtigten; über das mechanische Lehren wurde sehr geklagt. — Dreiviertel der Kinder verliefs die Schule mit der ungenügenden Schreibfertigkeit der unteren Klassen. „Sie verlassen die Schule, gehen auf die Arbeit und wissen nach einem Jahre nichts mehr. Wir unterrichten mit Erfolg einen von 8 Schülern von der Volksklasse, für welche die Schulen bestimmt waren. Das Gros der Kinder erreicht wenig mehr, als eine Fertigkeit, mecha-

[1]) Report, p. 79.
[2]) Report, p. 178.

nisch die Buchstaben auszusprechen; die Wörter, die sie lesen, erwecken in ihrem Geiste kaum irgend welche Vorstellungen“ [1]).

Die Beschlüsse der Kommissionsmitglieder waren konservativ, wichtiger wegen ihres negativen als ihres positiven Charakters. Sie lehnten es ab, Zwangsgesetze zu empfehlen, um den Schulbesuch zu sichern, ohne auf einem „Gewissensgesetze“ zu bestehen. Sie schlugen vor, kein System der Gemeindesteuer aufzustellen, da das die augenblickliche sektirerische Leitung der Schulen stören könnte. Sie rieten vielmehr, es sollten Hilfsgelder geschafft werden aus zweierlei Grants: einesteils aus allgemeiner Besteuerung, die vom Schulbesuch abhängen solle; andernteils aus Landessteuern, die von der Prüfung abhängig zu machen sei. Der Vorschlag einer Landes- anstatt einer Gemeindesteuer hatte den Zweck, die Gemeindekontrolle zu vermeiden, die jene hätte zur notwendigen Folge haben müssen; aber die offenkundige Einwendung dagegen war, dafs sie die Last einer Besteuerung von einem auf £ 550 Millionen abgeschätzten Eigentum abnahm und dieselbe einem nur zu £ 86 Millionen abgeschätzten zuwandte. Da der Bericht augenscheinlich das Ergebnis gegenseitigen Übereinkommens war und aus dem Wunsche hervorging, die religiösen Kämpfe nicht wieder zu entfachen, gefiel er in der That niemandem. Er wurde von allen Seiten angegriffen. Seine Statistik wurde untersucht und als unzuverlässig erwiesen. Mr. Lowe, der Vize-Präsident des beratenden Komitees, sagte, dafs es eine zu grofse Schmeichelei für die Zahlen sein würde, irgend welche Berechnung auf sie zu gründen. Bei der Aufstellung des Finanzetats für 1861 gab Mr. Lowe zu, dafs das System kostspielig, der Unterricht mangelhaft und die Einrichtung verwickelt sei. Er erklärte aber auch, dafs es die Absicht der Regierung sei, nicht in den Organismus des Systems einzugreifen. Er machte einen Vorschlag, welcher wiederum die Furien des Krieges entfesselte. Die Capitation grants, sagte er, würden nicht auf kräftiger genügender Grundlage verwaltet. Der Staat sollte zufrieden sein, dafs die Kinder, welche die Wohlthat desselben genössen, gehörig unterrichtet würden, und schlug vor, dafs ein Visitator jedes Kind einzeln im Lesen, Schreiben und Rechnen prüfen sollte. Bestand das Kind die Prüfung in allen diesen Fächern, so sollte die volle Grant gezahlt werden; fiel es in einer Disziplin durch, sollte ein Drittel abgezogen werden, zwei Drittel aber, wenn es in zwei Fächern unwissend war; war dies in

[1]) Report, p. 250.

allen der Fall, so sollte die ganze Zahlung wegfallen. Dieser Plan wurde als „das englische System der Zahlung nach Erfolg“ bekannt. Es bezeichnet eine Epoche in der Entwickelung des Elementarschulwesens in England. — Der Original-Codex wurde nun genau durchgesehen und in Gemäfsheit mit diesem neuen Grundsatz herausgegeben unter dem Titel Revised Code — Revidiertes Gesetz.

Unter folgenden 3 Bedingungen wurden nun den Schulen Hilfsmittel bewilligt:

1) Die Schule mufs in geeigneten Räumlichkeiten unter der Leitung eines mit einem Fähigkeitszeugnis versehenen Lehrers gehalten werden.

2) Die Kinder müssen eine gewisse Zeit des Schulbesuches nachweisen können.

3) Die Schüler müssen einzeln im Lesen, Schreiben, Rechnen geprüft werden; im Verhältnis zu dem Erfolge der Prüfung jedes einzelnen war die Capitation grant zu zahlen. Dann blieben noch die Hauptbedingungen, nach welchen die Schulgelder verwaltet werden. Aus der Ausführung dieses Codex mufsten sich zwei notwendige Folgen ergeben: 1) Aller dünkelhafter, ungenügender Unterricht in den Fächern aufser der Religion würde blofsgelegt und 2) die Grants würden dementsprechend vermindert werden.

Diejenigen, welche Schulen errichtet hatten, um hauptsächlich dogmatisch religiösen Unterricht zu erteilen, würden nun gezwungen sein, dem nichtreligiösen Teil der Wirksamkeit ernste Sorgfalt zu widmen, oder einen grofsen Teil ihres Grant (Zuschusses) zu verlieren. In den Worten des Herrn Adams: „Die bisherigen Empfänger, welche sich nachgerade einviertel Jahrhundert lang verschanzt hatten, erschraken und erhoben ein Geschrei über Eingriffe und Beschlagnahme. Das System, welches angeblich soviel zu thun vermochte, so weittragend werden konnte, so vieler und bewunderungswürdiger Erfolge fähig war, schreckte in dem Bewufstsein seiner eignen Schwachheit und Unfähigkeit davor zurück, eine Probe seiner Leistungen abzulegen.“ Mr. Buxton citierte Spencer: „Es erhob sich ein fürchterliches, schimpfliches, gellendes Geschrei — Schmähschriften erschienen nicht in einzelnen Stöfsen, nein in Legionen“ [1]).

Sir James Kay Shuttleworth zählte in einem Briefe an den Earl Granville alle Argumente gegen den Revised Code auf, behauptete, dafs der Charakter der Schulen in Verfall geraten würde,

[1]) Adams, Elementary School Contest, p. 184.

und schalt den ganzen Plan einen Vertragsbruch zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Leitern und Lehrern auf der andern. Sollte das Parlament solche Veränderungen wirklich vornehmen, wie der Codex vorschlug, so würde es ein Verstoſs sein, an den man immer mit Scham gedenken müsse“ [1]).

Der Streit war drohend und erbittert, weil der Lehrkörper auch laut gegen die vorgeschlagenen Änderungen Einspruch erhob. Die Untüchtigen fürchteten jede gründliche Aufzeichnung ihrer Arbeit, während die besten Lehrer ein in Vorschlag gebrachtes mechanisches Maſs ihrer Lehrerfolge verwarfen. Viele sprachen die Befürchtung aus, daſs der ganze Bildungsgrad durch ein Verfahren herabsinken würde, welches sie als ein das Erziehungswerk erniedrigendes, geschäftsmäſsiges Prinzip ansahen. In diesen Einwendungen war, wie wir sehen werden, sehr viel Wahres, aber die Haltung der Regierung, welche im stande sein wollte, das, was sie bezahlte, nach seiner Qualität zu prüfen, war zu selbstbewuſst, als daſs man sie hätte unbeachtet lassen können.

Mr. Lowe sagte, die Regierung könnte nicht sicher behaupten, daſs das neue System billig und durchschlagend sein würde, sondern nur, daſs es eins oder das andere sein sollte. „Wenn das neue System kostspielig ist, soll es wenigstens wirksam sein; wird wenig dadurch erreicht, so soll es billig sein.“ Der Revidierte Codex wurde angenommen, aber die Opposition gegen Mr. Lowe wurde so stark, daſs die Tories und die Angehörigen der Sekten im Parlamente ihn zwangen, die Vize-Präsidentschaft niederzulegen. Es war jetzt der Wunsch der meisten Parteien, dem neuen Versuch solle Zeit gegeben werden, zu zeigen, was er vollbringen könne. — Zudem nahmen politische Angelegenheiten von groſser Wichtigkeit die Aufmerksamkeit des Volkes in Anspruch, so daſs mehrere Jahre lang keine wesentlichen Änderungen getroffen wurden. Das revidirte Gesetz hatte durchgreifende Wirkung. Es brachte, was sehr nötig war, dünkelhafte, oberflächliche Arbeit beim Unterricht zu Tage; es zwang die Leiter von Schulen, dem Unterricht in den Profangegenständen die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden; es schnitt alle Verschwendung von Zuschuſsgeldern beim Bauen und bei den Zahlungen an die Schulen ab. Die Zuschüsse wurden den Leitern der Schulen übergeben, die für den Zustand der letzteren verantwortlich waren. Früher hatte der Staat direkt den Lehrern Zu-

[1]) Four Records of Public Education. Letter to Earl of Granville.

schüsse bewilligt, und zwar ohne Prüfung der Quantität oder Qualität der Wirksamkeit. Dies führte oft eine unkluge Verwendung des Geldes herbei. Da nun in dieser Hinsicht Ersparnisse gemacht und die Gelder zu Bauten und besonders zu Zahlungen an untüchtige Schulen haushälterischer verausgabt wurden, fing der Zuschufs an schnell zu fallen. Er sank 1861 von £ 842 119 auf £ 635 041, im Jahre 1865 oder beinahe um $^1/_4$ in 4 Jahren. 1868 war er auf £ 511 324 gesunken. Aber wenn diejenigen, die den Entwurf zu dem revidierten Gesetz gemacht hatten, mit Recht anführen konnten, dafs er dem verschwenderischen Umgehen mit Staatsmitteln Einhalt gethan und die Kirchenschulen angeregt hatte, dem weltlichen Unterricht gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, so war doch ihr Schema in anderer Hinsicht durchaus nicht frei von gerechtem Vorwurf. — Das Land wurde bald von häufigen Klagen wegen Überbürdung in den Schulen aufgeregt. Wenn Leiter von Schulen früher geneigt waren, das Kirchenprinzip zum Hauptzwecke der Schule zu machen, fingen sie nun an, sich vor dem merkantilen Grundsatz zu beugen, indem sie Lehrer und Schüler als Geldverdiener ansahen. Oft wurde der Unterricht ein blofses mechanisches Einlernen mit eng begrenztem Schlendrian, um vor dem Examinator gut zu bestehen. Die Schulbildung wurde auf geringe Elemente des Lesens, Schreibens und Rechnens beschränkt. Da der Unterricht in den höheren Fächern nicht mit Zuschüssen von der Regierung bezahlt wurde, vernachlässigte man ihn fast gänzlich. Wiederum war es augenscheinlich, dafs denen keine Beihilfe gereicht wurde, die ihrer am meisten bedurften und für die sie freigebig bewilligt war, nämlich Schülern in sehr armen, aber dicht bevölkerten Distrikten, wo die Kinder am unwissendsten und schwerfälligsten waren und die freiwillige Bemühung am geringsten. Hier kam die Hilfe denen zu gute, die ihrer am wenigsten bedurften. Die einzige vor 1870 im Codex getroffene Abänderung war ein Protokoll vom Jahre 1867, welches für Erfolge in höheren Unterrichtsdisziplinen gewisse Zuschüsse bewilligte. Auf diese Weise hoffte man dem beschränkenden Einflufs des Codex entgegenzuarbeiten, der eine Prüfung in den drei Elementardisziplinen vorschrieb.

Die Ergebnisse des Jahres 1869 schienen die Grenze zu bezeichnen, bis zu welcher das bestehende System entwickelt werden konnte. Die Zahl der Schulgebäude war seit 1859 beinahe verdoppelt worden. Ungefähr 1 300 000 Kinder wurden in Schulen, die der Staat unterstützte, mit einem Kostenaufwand von £ 1 600 000

unterrichtet. Ungefähr 1/3 dieser Summe wurde durch Schulgelder, 1/3 durch Regierungszuschufs und 1/3 durch freiwillige Zahlungen aufgebracht. Der erste mächtige Antrieb kam von den freiwillig Beisteuernden. Sie allein konnten Schulen ins Dasein rufen und erhalten. Sie zählten nur 200 000 Personen. So lag auf 1/150 der Bevölkerung die Verantwortlichkeit für das Volksschulwesen, auf einem Drittel die Last desselben. Im Vergleich zu dieser Zahl hatte dieser geringe Bruchteil der Bevölkerung viel geleistet. Trotzdem waren noch grofse Lücken vorhanden. Wenigstens 1 000 000 Kinder waren in Schulen, die keinen Zuschufs vom Staat erhielten, und gegen diese hatte man starken Verdacht der Unzulänglichkeit. Weiterhin waren ungefähr 2 000 000 Kinder vorhanden, die gar keine Schule besuchten [1]).

Freiwillige religiöse Bestrebungen hatten seit mehr als 60 Jahren das Feld behauptet; sie wurden lebendig erhalten durch aufserordentlichen religiösen Eifer, den eine Art Kampf ums Dasein verschärfte und der seit beinahe 40 Jahren durch fast beständig steigende Regierungszuschüsse angeregt worden war, der aber in den Augen der ganzen Welt, wie ernst auch sein Zweck und wie grofs auch seine Anstrengungen waren, doch für unfähig galt, das ganze Volk zu unterrichten.

So bildete sich allmählich im ganzen Lande eine Stimmung aus, die sehr danach trachtete, das Sektenwesen-System zu entfernen, wenigstens so weit, als neue Schulen in Betracht kamen, und die Errichtung eines wirklichen nationalen Systems, durch Lokalsteuern unterhalten und von Lokalbehörden geleitet, erstrebte.

Anderseits kämpften die Anhänger der Sekten, während sie zugaben, dafs etwas geschehen müsse, dennoch für das Fortbestehen der sektiererischen Schulaufsicht. Aus den folgenden Diskussionen entstand das dritte Paar der Unterrichtsvereine. Voran auf dem Plan war die „Education League", im Jahre 1869 in Birmingham gegründet, die bald im ganzen Lande Zweigvereine hatte. Der zweite, der zum Zweck hatte, die Anstrengungen der League zu paralysieren, wurde „Education Union" genannt. Politisch wurde die League von Liberalen, die Union von Tories geführt.

Die League erliefs ein Rundschreiben, in welchem sie zum Festhalten an folgender Grundlage aufforderte:

---

[1]) Craik, The State and Education, p. 85. London.

Zweck.

Die Einführung eines Systemes, welches den Unterricht jedem einzelnen Kinde zusichern soll.

Mittel.

1) Lokalbehörden sollen gezwungen werden, dafür zu sorgen, dafs für jedes Kind im Distrikt die Möglichkeit des Schulbesuches beschafft wird.

2) Die Kosten der Gründung und Erhaltung solcher Schulen, die sich als notwendig erweisen, sollen aus Lokalsteuern, die durch Regierungszuschüsse zu ergänzen sind, gedeckt werden.

3) Alle Schulen, die durch Gemeindesteuern unterstützt werden, sollen unter der Leitung von Lokalbehörden stehen und der Inspizierung unterworfen sein.

4) Alle durch Gemeindesteuern erhaltenen Schulen sollen frei vom Sektenwesen gehalten werden.

5) Der Besuch der von Gemeindesteuern erhaltenen Schulen soll frei sein.

6) Da für Schulunterricht gesorgt ist, soll der Staat oder die Ortsbehörden ermächtigt sein, die Kinder eines entsprechenden Alters, die nicht anderweitig Unterricht erhalten, zum Schulbesuch zu zwingen.

Viele hervorragende und für das Gemeinwohl begeisterte Männer widmeten in öffentlichen Reden und in Privatthätigkeit der guten Sache ihre freiwillige Beihilfe, vor allen Mr. Chaimberlain aus Birmingham. Nach Verlauf von vier Monaten hatten sie 113 Zweig-Komitees in verschiedenen Städten und einen Fonds von £ 60 000, dessen jährliche Einkünfte durch freiwillige Sammlungen oft auf £ 7000 oder 8000 stiegen. Eine viertel Million Exemplare verschiedener Schriften war in Umlauf gesetzt worden, darunter 7000 Exemplare Berichte der Generalversammlung und 10 000 von Mr. Collings „Essay on American Common schools". Im Dezember wurde eine Monatsschrift herausgegeben und während des Bestehens der League in durchschnittlich 20 000 Nummern fortgesetzt.

Wie man erwartet hatte, wurden die Anhänger der League von der Kirchenpartei und den Tories als Sektierer, Aufrührer, Starrköpfe, Vielwisser, Ungläubige und Kommunisten gebrandmarkt. Der schnelle Erfolg der League beunruhigte die Kirche und die Konservativen sehr. Jetzt wie bisher waren es die religiösen Streitigkeiten, welche den Fortschritt zu verhindern drohten. Die 4. Sektion des Pro-

grammes der League, welche vorschrieb, dafs alle von Gemeindezuschüssen unterstützten Schulen nur rechtgläubige sein sollten, rief den Erziehungsverein (Education Union) ins Leben, dessen zugestandenes Streben war, dem Einflufs der League entgegenzuarbeiten. Zu dieser Zeit war die liberale Partei im Parlament bei weitem in der Majorität, und es war eins der Hauptziele bei der Gründung der League gewesen, eine moralische Stütze für die erhoffte Thätigkeit des liberalen Ministeriums in bezug auf die Unterrichtsreform aufzurichten. Mr. Foster, ein Radikaler und Puritaner, war der Vize-Präsident des Rates. Er galt als der Vertreter der Radikalen im Ministerium und auf seine Wirksamkeit wurden grofse Hoffnungen gebaut. Die League bereitete eine Bill vor und deutete in der Session von 1870 ihre Absicht an, dieselbe vorzulegen. Als aber auch die Regierung eine solche in Aussicht stellte, kamen die Vertreter der League überein, die ihrige einstweilen zurückzubehalten. Nach eingehender Prüfung der Sache und einer Abschätzung der ins Feld geführten Streitkräfte neigte Mr. Foster stark nach der Seite der Führer und Säulen des bestehenden Vereins. „Unser Zweck," sagte er, „ist das freiwillige System zu vervollständigen und Lücken auszufüllen." Kurz, sein Vorschlag war, die verschiedenen Sekten zu ermutigen, ihre Schulen soviel als möglich zu erweitern, und dann, nach amtlichen Untersuchungen neue Schulen zu gründen, welche unter (Boards) Aufsichtsbehörden stehen sollten, die nicht von dem Volk, sondern in Städten von dem Magistrat und in den Landgemeinden von erwählten Gemeindevertretern zu bestimmen seien. Schulaufsichtsbehörden (School-Boards) sollten die Macht haben, die Steuern einzufordern, um, nachdem Schulgeld und Regierungszuschüsse ausgegeben waren, etwaige Defizite zu decken. Auch sollten sie ermächtigt sein, Ergänzungsgesetze zu geben, um den Schulbesuch zu erzwingen. Bezüglich der Schwierigkeit wegen der Religion sollte die Inspektion durch Sektierer abgeschafft, ein Gewissensgesetz den von Regierungszuschüssen erhaltenen Schulen auferlegt werden (dies sollte schriftlich durch die Eltern gefordert werden); die Beschränkung gegen weltliche Schulen entfernt werden, wodurch auch sie die Wohlthat der Staatshilfe geniefsen könnten; den Schulaufsichtsbehörden sollte gestattet werden, den Religionsunterricht nach ihrem belieben einzurichten, vorausgesetzt, dafs sie das Gewissensgesetz innehielten.

Man bemerkte bald, dafs die Bill in ihren Bedingungen sehr unvollkommen war, dafs sie, anstatt die Religionsfrage beizulegen,

dieselbe wiederum in die Distrikte verwies, um sie in jeder Gemeinde ausfechten zu lassen. Die League beschlofs ihre ganze Kraft darauf zu verwenden, um Abänderungen an Mr. Fosters Bill zu erreichen. Entschieden trat sie auf gegen

1) den willkürlichen und fruchtlosen Plan des Schulzwanges;

2) gegen die Ausdehnung des Sektenwesens;

3) gegen die Wahl von Schulaufsichtsbehörden von seiten solcher Wähler, die das Volk nicht eigentlich vertraten, sondern ex officio Glieder von Körpern waren, die das Land und die Kirche repräsentierten;

4) gegen die Auferlegung von Schulgeldern aufser der Besteuerung;

5) gegen die Bedingungen bezüglich des Religionsunterrichtes, welche einen Simultan-Stundenplan forderten und verlangten, dafs aus den vom Staat erhaltenen Schulen Katechismen, kirchliche Formalien und doktrinärer Unterricht wegfallen solle;

6) gegen die Vorschläge zur Bewilligung von Hilfeleistung aus den Steuern an bestehende Sektierer-Schulen, da dies ein Plan sei, doppelte Geldschenkungen zu erlangen, dessen Wirkung sein würde, Kirchenschulen auf öffentliche Kosten zu bereichern.

Nach vielen heifsen Debatten im Parlament und einer Anzahl wichtiger Konzessionen auf der Seite der Regierung ging die Bill endlich dank der unbedingten Unterstützung der Konservativen und 121 von 383 Liberalen durch und erhielt die königliche Zustimmung am 9. August 1870.

Die hauptsächlichsten Mafsregeln der veränderten Acte waren folgende:

1) Die Einteilung des ganzen Landes in Schuldistrikte.

2) Die Einsetzung von Schulbehörden, die in einem angegebenen Distrikt durch Volkswahl zu ernennen seien. Diese (Boards) Schulbehörden sollten die Macht haben, neue Schulen zu gründen, Schulhäuser zu erbauen, Gelder aufzunehmen u. s. w.

3) Das Recht lokaler Steuern und lokaler Verwaltung von seiten der Schulaufsichtsbehörden.

4) Die Befugnis der Sektierer-Schulen, sich aus Lokalzuschüssen mit Subsidien zu versehen, wird formell verneint. Bei der Durchsicht wurde ein Gesetz, das später als das 25. bekannt wurde, in der Bill belassen. Es vertrat dasselbe Prinzip noch einschnei-

dender als die Klausel, die gestrichen worden war, und gestattete den Schulbehörden (Boards), Schulgelder für arme Kinder an Sektierer-Schulen zu zahlen, wodurch wirklich den Kirchenschulen Beihilfe aus den lokalen Steuern geleistet wurde. Diese Verfügung verursachte endlosen und erbitterten Streit innerhalb und aufserhalb des Parlaments, wurde aber endlich widerrufen, nur um 1876 durch eine noch schlimmere, die dasselbe Prinzip verkörperte, verdrängt zu werden. Diese gestattet Armenpflegern, das Schulgeld für arme Kinder an Sektierer-Schulen zu zahlen.

5) Die weitere Gewährung von Regierungszuschüssen an alle Arten von Elementarschulen, in welchen das Schulgeld nicht über 9 d [1]) wöchentlich beträgt, auf der Basis von Durchschnitts-Schulbesuch und individueller Prüfung der Schüler samt ergänzenden Dotierungen für gewisse aufsergewöhnliche Lehrgegenstände, vorausgesetzt, dafs die Schulen in wohlerhaltenen Räumen gehalten würden und der Unterricht von mit Fähigkeitszeugnissen versehenen Lehrern erteilt werde.

6) Die Einführung eines Gesetzes, betreffend einen Simultan-Stundenplan für alle durch Staatsunterstützung erhaltenen Schulen, der den Religionsunterricht an den Anfang oder das Ende jedes Unterrichtstages verlegte und solchen Kindern, deren Eltern nicht mit dem Religionsunterricht einverstanden waren, gestattete, von demselben fernzubleiben.

7) Die Abschaffung der Sektierer-Inspektion, die Einstellung der staatlichen Beaufsichtigung der religiösen Lehrgegenstände und natürlich die Weigerung, Staatsmittel (Grants) für den Religionsunterricht zu zahlen.

7) Die Vermeidung aller Katechismen unterscheidender religiöser Formalitäten, aber mit der Ausnahme, dafs jeder Behörde (Board) die Erlaubnis zustand, in bezug auf den Religionsunterricht beliebige Einrichtungen zu treffen, wenn nur der Stundenplan genau befolgt werden konnte, der keiner religiösen Überzeugung Zwang anthat.

8) Die Abschaffung aller Bauzuschüsse (Building grants).

9) Die Befugnis der Schulaufsichtsbehörden, Verordnungen zu geben, um den Schulbesuch der Kinder zu erzwingen.

Die Bill wurde angenommen und dadurch die dritte und letzte grofse Periode in der Entwickelung des englischen Elementarschulwesens eingeleitet.

---

[1]) 9 pence = 90 Pfennig.

C. Dritte Periode.

Die Gewissensfreiheit (rights of conscience) im Religionsunterricht wurde zugesichert und das Prinzip der staatlichen Beaufsichtigung für gewisse Elementarschulen eingeführt.

Es war für den Erziehungsrat bezüglich der Verwaltung von Regierungszuschüssen (Grants) eine beständige Sorge gewesen, dafs die Mitglieder desselben in allen ihren Handlungen gezwungen waren, auf religiöse Lehrgegenstände Rücksicht zu nehmen. Auf der einen Seite waren sie genötigt, die Inspektion zu einer sektiererischen zu machen, sich dem dogmatischen Religionsunterricht, der durch keine Gewissensvorschrift gemildert worden war, zu unterwerfen, die Kinder gegen den Willen ihrer Eltern in staatlich unterstützte Schulen und Sonntags zur Kirche getrieben zu sehen, und auf der andern Seite die Staatshilfe solchen Schulen zu verweigern, die derselben ebenso würdig waren, weil ihre religiöse Stellung von der herrschenden religiösen Partei nicht gebilligt wurde. Jetzt waren alle vor dem Gesetz in religiöser Hinsicht gleich. „Zwanzig Jahre lang," sagt ein Engländer, „gebrauchte die Regierung vergeblich ihren ganzen Einflufs, um den grofsen Nationalen Schulverein der Kirche Englands zu bewegen, das Prinzip der Gewissensfreiheit anzunehmen. Scharfes Vorurteil, verblendeter Eifer, die durch alte Vorschriften das Prinzip der Priesterherrschaft und den Kastengeist nährende unbewufste Unduldsamkeit hatten jenen Verein gleich unzugänglich gemacht gegen die Beweisgründe der Staatsmänner, die Drohungen erbitterter Feinde, die Vorstellungen derer, welche, obgleich nicht zur anglikanischen Gemeine gehörend, nicht wünschten, dafs die Kirche Englands durch die Feindschaft und den Unwillen, den ihre eignen Unterdrückungen erregt hatten, geschlagen und verwüstet würde, und gegen die Vernunftgründe und dringenden Bitten vieler ihrer ausgezeichnetsten Söhne. Endlich ist das gerechte Dekret entstanden, ein Dekret, welches schon viele Jahre früher hätte entstehen sollen. Die Gewissensfreiheit mufste vollständig angenommen und durchaus respektiert werden, sonst darf der Schule kein Regierungszuschufs ausgezahlt werden, und wäre es auch eine Schule der Kirche Englands." [1])

Das bei weitem wichtigste Prinzip, welches durch die Bill vom Jahre 1870 eingeführt wurde, war dasjenige, welches die Gründung

[1]) Rigg, National Education, 3, 394.

und Erhaltung von Schulen seitens des Staates erlaubte, der durch Lokalbehörden eingriff. Man mufs die dringende Notwendigkeit eines solchen Prinzipes einsehen, wenn man in Erwägung zieht, dafs innerhalb 15 Jahren ein Drittel der Kinder Grofsbritanniens in diese Schulen gebracht worden sind, und zwar ohne den Besuch der Sektiererschulen wesentlich zu vermindern.

Seit 1870 sind aber zwei Gesetzesvorlagen von Wichtigkeit angenommen, beide bestimmt, den Schulzwang zu erleichtern und auszudehnen. Man wird sich erinnern, dafs durch die Acte von 1870 alles Recht, den Schulzwang auszuüben, den Schulbehörden (Boards) vorbehalten und seinem Charakter nach nur eine Erlaubnis war. Dies liefs die meisten Schulen ohne gesetzliche Mittel, sich des Schulbesuches der Kinder zu versichern. Im Jahre 1876 gelang es Lord Sandon, dem Vize-Präsidenten des Ratskomitees (Education dessortment), eine Bill durchzubringen, welche erlaubte, in solchen Distrikten, wo keine Schulbehörden waren, Komitees einzusetzen, die den Schulbesuch überwachen und das Recht haben sollten, Schulzwang auszuüben. Diese Acte steigerte die Schülerzahl von 2 000 000 im Jahre 1876 auf 2 500 000 im Jahre 1880. Aber es gab noch immer Distrikte, wo weder Schulaufsichtsbehörden noch Komitees zur Beaufsichtigung des Schulbesuchs zu finden waren; aufserdem war der Zwang überall zulässig, nicht obligatorisch. Um vorhandene Lücken auszufüllen und den beiderlei Schulbehörden den Schulzwang obligatorisch zu machen, reichte Mr. Mandella, der Nachfolger Lord Sandons, 1880 seine Schulzwangsbill ein, welche durchging.

Seminare bleiben nach wie vor in der Hand von Privatleitern, die einer Sekte angehören, werden aber hauptsächlich aus Regierungshilfsmitteln erhalten und müssen alle streng das Gesetz der Gewissensfreiheit beobachten. Die Schulaufsichtsbehörden schicken ihre Schüler-Lehrer (pupilteachers) in diese sektierischen Seminare und erhalten ihre meisten mit Fähigkeitszeugnissen versehenen Lehrer aus denselben.

Die Hauptzüge des gegenwärtigen Systems können kurz so zusammengefafst werden: Es gibt zwei Hauptklassen von Schulen, nämlich Schulen unter Aufsichtsbehörden und „freiwillige“ Schulen.

Die ersteren werden durch öffentlich gewählte Behörden eingerichtet und verwaltet, sind daher wirkliche Staatsschulen oder öffentliche Schulen. Die freiwilligen Schulen werden von rein freiwilligen Verwaltungen gegründet und geleitet, die meist mit religiösen Körperschaften verbunden sind. 1884 war die Zahl der Elementar-

schulen, die vom Staat Zuschüsse erhielten, in England und Wales wie folgt:

Schulen der Engl. Landeskirche	11 773	oder	62,7%	der ganzen Zahl.
Wesleyan-Schulen	557	„	3%	„ „ „
Römisch-katholische Schulen	828	„	4,4%	„ „ „
Britische unsektiererische	1 422	„	7,5%	„ „ „
Schulen unter Aufsichtsbehörden	4 181	„	22,2%	„ „ „
Summa:	18 761			

Die Durchschnittszahl der die Schule besuchenden Kinder verteilt sich folgendermaſsen:

Schulen d. Engl. Landeskirche	1 607 823	od.	49,1%	d. ganz. Schülerzahl
Wesleyan-Schulen	128 584	„	3,9%	„ „ „
Römisch-katholische Schulen	167 841	„	5,1%	„ „ „
Britisch unsektiererische	253 044	„	7,7%	„ „ „
Schulen unt. Aufsichtsbehörden	1 115 832	„	34%	„ „ „
Summa:	3 273 124			

Aus diesen Angaben erhellt, daſs Schulen unter Aufsichtsbehörden viel zahlreicher besucht werden, als freiwillige Board-Schools, Schulen unter Behörden bringen 22,2% der ganzen Zahl, aber sie enthalten 34% der Durchschnittszahl von Kindern, die staatlich erhaltene Elementarschulen besuchen.

Die Zahl der Schüler, für deren Unterbringung in Schulen gesorgt ist, beträgt 4 826 738, die Zahl der eingeschriebenen 4 337 321, die Durchschnittszahl der die sämtlichen Schulen besuchenden ist, wie schon genannt, 3 273 124.

Die Lehrkräfte dieser Schulen bestehen aus geprüften Lehrern, Hilfslehrern und Schüler-Lehrern. Im Jahre 1884 waren es 56 013 mit Fähigkeitszeugnis versehene Lehrer, von denen 69,6% Fachbildung besaſsen; 15 147 Hilfslehrer und 18 197 Schüler-Lehrer. — Personen, die mit Erfolg ihre Lehrzeit als Schüler-Lehrer durchgemacht oder das Examen zur Aufnahme in ein Seminar bestanden haben, auch solche, die von irgend einer Universität mit Zeugnis der Reife abgegangen sind oder die Maturitätsprüfung für die Universität abgelegt haben, können im Alter von 18 Jahren Hilfslehrer werden.

Ohne die Schüler-Lehrer (Pupil teachers) kommt auf durchschnittlich 46 Schüler ein Lehrer; die Schüler-Lehrer eingerechnet, kommt ein Lehrer auf 36 Schüler einer Schule bei Durchschnittsfrequenz derselben.

Die unter Aufsichtsbehörden stehenden Schulen (Board Schools) werden finanziell erhalten durch:

1) Regierungszuschüsse (Grants),
2) Schulgelder,
3) Lokalsteuern.

Freiwillige Schulen werden erhalten aus:

1) Regierungszuschüssen (Grants),
2) Schulgeldern und
3) freiwilligen Beisteuern, Schenkungen, Stiftungen u. s. w.,

aber das Einkommen aus Staatszuschüssen (Grants) kann nie das aus anderen Hilfsquellen fliefsende übersteigen, noch kann eine durch Staatszuschüsse unterstützte Schule zu dem persönlichen Gewinn von Lehrern oder Dirigenten fortgeführt werden.

In England macht sich ein schnell erstarkendes Gefühl für freie Schulen (d. h. ohne Schulgeld) geltend. Viele der liberalen Führer befürworteten es beständig in der letzten Wahlperiode, und obgleich Mr. Gladstone sagte, dies sei ein Gegenstand, welcher warten könne, wird das Freischulwesen als eins der Hauptziele der liberalen Tribüne angesehen. Die ganze Sache ist jedoch mit anderen Fäden verwickelt. Lägen keine anderen als finanzielle Schwierigkeiten im Wege der Freischule, so würde diese sofort eingeführt werden. Eine stark erscheinende Gegenströmung, die im Prinzip wider die Freischule vorhanden ist, behauptet zwar, dafs sie demoralisierend, verarmend und sozialistisch sei; wenn man aber dieses Gefühl näher prüft, so findet man, dafs es seine Wurzeln in denselben Ursachen hat, die zu der langwierigen Intoleranz führten, deren Geschichte wir verfolgt haben, und in der übertrieben ängstlichen Sorge um das ewige Heil eines Kindes, welches das Alphabet ohne die Kirchenformeln lernen würde. Das ganze Vorhandensein der Kirchenschulen hängt von dem Schulgelde ab. Die Regierungszuschüsse bezahlen jetzt 43,9 % aller Ausgaben der Kirchenschulen, die Schulgelder 30,8 %.

Würden die Schulen frei gemacht werden, so würden öffentliche Mittel 74,7 % aller Ausgaben für Kirchenschulen bezahlen müssen. Aber in einem Lande, wo Besteuerung Repräsentation bedeutet, würde das Volk bald eine Stimme in der Schulverwaltung fordern, für welche es $^3/_4$ der Ausgaben aufbringt. Das Schulgeld könnte auf zweierlei Weise ersetzt werden: 1) durch lokale Besteuerung, 2) durch Erhöhung der Regierungszuschüsse. Würde der erste Modus angenommen werden, so würde die öffentliche Meinung die

Kirchenschulen bald Lokalschulbehörden — Boards — unterstellen. Wenn der zweite Modus eingeführt würde, so würden Kirchenschulen wahrscheinlich bald wirkliche nationale Schulen unter der Obhut und Leitung nationaler Schulbeamten werden. Anhänger der Kirchenpartei — churchmen — kämpfen heifs dagegen an, dafs die unter Behörden stehenden Schulen — Board schools — Freischulen werden sollen, denn diese würden bald ihren eignen Schulen den Rang ablaufen, gerade wie die Freischulen in Berlin alle Privatelementarschulen, in welchen Schulgeld bezahlt wurde, absorbiert haben. Unter diesen Umständen kann es nicht befremden, dafs die Anhänger der Kirchenpartei ihr Gehirn nach Gründen gegen den freien Unterricht zermartern. Für sie bedeutet er die Vernichtung der Kirchenschulen, also alles Schlechte, so dafs die Engländer nicht eher Freischulen haben werden, als bis sie bereit sind, Kirchenschulen in öffentliche verwandelt zu sehen. Gerade wie der Streit um die Beaufsichtigung des Unterrichtes zwischen Bell und Lancaster unter dem Mantel eines Privatzankes geführt wurde, so wird jetzt unter dem Deckmantel der Elternpflicht der Kampf um das Fortbestehen der Sektenherrschaft über die Schule ausgerungen. Am Ende wird aber doch die Kirche geschlagen werden. Gerade die politischen und die meisten religiösen Institutionen mittelalterlichen Zuschnittes haben eine nach der anderen der neueren und aufgeklärten Bildung weichen müssen; so mufs dies letzte Überbleibsel des dogmatischen Zeitalters endlich seinen Vorgängern folgen, und die Schulen Englands werden als Staatsinstitution ihren vollen Rang neben denen anderer Nationen einnehmen.

Die in England gewonnene Erfahrung endlich wirft für die Länder, die keine wohlorganisierten und durchaus wirksamen Schulsysteme haben, ein höchst schätzbares Licht auf den wohlthätigen Einflufs, den gut verwaltete Regierungszuschüsse — government grants — haben können. Als die Regierungszuschüsse im Jahre 1832 begannen, war der Elementarunterricht, wo er nicht ganz vernachlärsigt daniederlag, in den Händen unwissender Abenteurer oder von Kirchenautoritäten, denen zu einem wirksamen System sowohl die notwendigen Mittel als auch die ideellen Ziele fehlten. Seit der Zeit ist ein steter und oft schneller Fortschritt gemacht worden, so dafs England unter den im Elementarschulwesen am weitesten vorgeschrittenen Nationen gehört, ja es wird in 10 Jahren einige Länder übertreffen, die vor 10 Jahren ihm voraus waren. — Wir werden am Ende dieser Arbeit finden, dafs die Beihilfe der Regierung in den

Vereinigten Staaten ebenso gut angewendet werden könnte, als es in England geschehen ist, wenngleich auf verschiedene Weise.

Ohne bei den Ergebnissen der englischen Erfahrung erläuternd zu verweilen, können wir jetzt zu einer Betrachtung der geschichtlichen Entwickelung des Unterrichtes in den Vereinigten Staaten und in Deutschland übergehen.

B. Die Vereinigten Staaten.

Keine der grofsen Institutionen Amerikas ist verständlich ohne einen Einblick in den Charakter der Menschen, die sich zuerst in Neu-England niederliefsen, in die Ursachen, welche zu ihrer Verbreitung führten, und die Bedingungen, unter welchen sie sich entwickelten. — Um also Amerika, das ein Land voll scheinbarer Widersprüche ist, zu verstehen, müssen wir es in seinem Entstehen und in seiner Entwickelung verfolgen.

Seit hundert Jahren ist es das Mekka der Bedrückten aller Nationen, das Ideal jedes wahren oder vorgeblichen Anhängers der Freiheit. Obgleich es lange als leuchtendes Beispiel der wünschenswerten Möglichkeit der Selbstregierung des Volkes gedient hat, erweist es sich jetzt als das einzige Vorbild, an welches sich der englische Konservative um Hilfe wenden kann, der vor 25 Jahren mit seinem selbstgefälligen Finger auf das zeigte, was er das fehlgeschlagene Experiment der amerikanischen Demokratie nannte, um Rettung vor der steigenden Flut der englischen Demokratie zu finden. Amerikas Unabhängigkeitserklärung verbreitete die Lehre, dafs alle Menschen frei und gleich geboren sind; dennoch bestand die Sklaverei lange an seinen Küsten; ihre Begründer waren von einem tiefen religiösen Geiste durchdrungen, der in ihrer jetzigen Nachkommenschaft durchaus nicht erloschen ist; dennoch sind die Lehren der Religion und im allgemeinen auch der Bibel unter allgemeiner Zustimmung aus dem Schulzimmer verbannt. Wahrscheinlich besteht nirgendwo solch allgemeines Interesse für die Volksbildung, als in den Vereinigten Staaten; dennoch ist in keinem andern Lande die Sache der Erziehung und des Unterrichts so vollständig der ungewissen Thätigkeit individueller Subjektivität anheimgestellt. Solch ein Land kann nur durch seine Geschichte begriffen werden. Wenngleich es eine angenehme Aufgabe sein würde, den organischen Verkettungen aller

Entwickelungsphasen des amerikanischen Schulsystems nachzugehen, so läfst es der enge Rahmen dieser Schrift als ratsam erscheinen, die Nachforschung auf bemessenere Grenzen zu beschränken.

Nicht eine geringe Zahl der Bemühungen zur Kolonisation Amerikas im 16. Jahrhundert wurden von dem Verlangen nach Abenteuern oder fabelhaftem Reichtum angeregt. Die reichen Schätze der geplünderten Länder Mexikos und Süd-Amerikas, welche die spanischen Galeonen jährlich in ihre Heimat brachten, feuerten die Einbildungskraft von Abenteurern aller Länder an, und nicht wenige Versuche wurden gemacht, die im höchsten Grade verschieden angelegte Gesellschaft der Alten Welt auf den jungfräulichen Boden der Neuen Welt zu verpflanzen. Solche Ideen und Zwecke lagen aber denen fern, die sich auf den unfruchtbaren Küsten Neu-Englands niederliefsen. Der Mangel an religiöser Freiheit in England veranlafste eine Schar frommer Leute, ihr Glück erst in Holland und darauf in der Neuen Welt zu versuchen. Unter der Regierung Karls I., später nach der Restauration unter der Regierung Karls II. trieben religiöse Verfolgungen Tausende von gleichgesinnten Leuten, der Schar von hundert zu folgen, welche zuerst in der „Mayflower" übers Meer fuhren. Nie zuvor war ein neues Land von solchem Material kolonisiert worden. Weder der Ritter noch der Vasall, das verzärtelte Kind des Reichtums, noch der elende Sohn der Armut, der Abenteurer noch der Müfsiggänger fand unter diesen Kolonisten einen Platz. Nicht solche waren die wegen ihres Glaubens freiwillig in die Verbannung Gehenden. Einige der Kolonisten waren Männer von tiefer Gelehrsamkeit, alle beseelte ein hohes Ziel, alle waren tiefreligiösen Charakters. Sie verwarfen die Zeremonien und Embleme der anglikanischen Kirche, sowie die Herrschaft von Bischöfen als Überbleibsel des Papsttums und begnügten sich damit, dafs jede religiöse Gemeinschaft das Recht hatte, ihren eignen Charakter zu bestimmen und ihre eignen Gesetze zu machen. Zuerst war es die Politik in der Neuen Welt, alle diejenigen aus der Kolonie zu verbannen, die die Autorität der Geistlichen und Laienältesten der Kirche verwarfen; aber wie ersichtlich sein wird, führte der Charakter der Puritaner und der bestimmende Einflufs ihrer Umgebung zu gänzlicher religiöser Freiheit und vollständiger Trennung von Kirche und Staat. Wie wichtig es ist, den Charakter der Puritaner richtig zu beurteilen, erhellt, wenn man erwägt, wie sie den Charakter der amerikanischen Zivilisation beeinflufsten. Bancroft nimmt an, dafs $^1/_3$ der weifsen Bevölkerung Nord-Amerikas von diesen

ersten Ansiedlern abstammt. Weiter nimmt man an, dafs $^2/_3$ der jetzigen Bewohner von angelsächsischem Ursprung sind [1]).

War auch politische Freiheit nicht das Hauptstreben der ersten Kolonisten, so sehen wir doch die Auswanderer der „Mayflower" den Grund zu jener Art politischen Freiheit legen, welche seitdem in Amerika ihre höchste Entfaltung erreicht hat. Sie stellten gegenseitig eine Konstitution auf zum Schutz der Kolonie und zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Der erste Paragraph derselben lautet wie folgt:

„Vertrag der „Mayflower".

Im Namen Gottes, Amen; wir, deren Namen unterschrieben sind, die loyalen Unterthanen unserer grofsmächtigen Souveräns, des Königs Jakob, haben zur Ehre Gottes und des christlichen Glaubens Förderung und des Ruhmes unseres Königs und des Vaterlandes eine Seefahrt unternommen, um die erste Kolonie in dem nördlichen Teile von Virginien zu gründen, und vereinigen und verbinden uns hiermit feierlich und wechselsweise vor Gott und jeglicher den andern, zu einer bürgerlichen Körperschaft zu besserer Ordnung und besserem Bestande und zur Förderung der genannten Zwecke."

Jede Kolonie errichtete sogleich eine Kirche und eine Schule, und schon 1642, nur 22 Jahre nach der Landung der Pilgrime, finden wir, dafs der „General Court of Massachusetts" einen Versuch macht, Unterricht für jedermann aus dem Volke zu ermöglichen. Der „General Court der Massachusetts Bay Colony" schärfte den städtischen Behörden ein, pflichtgemäfs darauf zu sehen, dafs jedes Kind in ihren betreffenden Gerichtsbarkeiten Unterricht erhalten solle. Es wurde von ihnen gefordert, dafür zu sorgen, dafs keiner der Einwohner so viel Barbarei in seiner Familie dulde, seine Kinder oder Lehrlinge ohne Unterricht zu lassen; vielmehr solle er dieselben selbst oder durch andere dahin bringen, dafs sie vollkommen gut englisch lesen und die Hauptgesetze kennen lernten, bei einer Geldstrafe von 20 Schillingen für jede Vernachlässigung der Art [2]).

Also wurde, um die Idee der allgemeinen Erziehung und Bildung zu verwirklichen, in Neu-England ein Versuch gemacht, 200 Jahre früher, als man in England sich das gleiche zu thun bemühte. Die Erklärung dieser Thatsache mufs auf dieselbe Gruppe von Bedingungen zurückgeführt werden, welche alle radikalen Abweichungen der Neuen

---

[1]) Vergl. Schmidt, Encykl. der Päd., Artikel über Nordamerika.

[2]) Horace Mann, 10ch Report 1849, S. 8.

von der Alten Welt bestimmt haben — der ernste religiöse Charakter der Puritaner, ihre einheitliche gesellschaftliche Stellung, das Fehlen von Adligen und Leibeignen, die gleichmachenden Wirkungen gemeinsamer Ideale, Zwecke, Mühsale und Gefahren. Bei solchen Menschen, unter solchen Umständen würde die Annahme einer sozialen Überlegenheit, die nicht in der Sache lag, ebenso unnatürlich gewesen sein, als die Kleidung der Zivilisation bei den Wilden in Zentral-Afrika. Hier wurzelte der allgemeine Charakter der Schulen Amerikas. Es hat Jahrhunderte gedauert, bis die Welt gelernt hat, religiöse Freiheit zu dulden, den Menschen ihr eignes Gewissen anzuvertrauen; die Idee vollkommener politischer und sozialer Freiheit aller Menschen als Staatsbürger, ohne Rücksicht auf das, was sie durch ihre persönlichen Beziehungen zu ihrem Nächsten sein könnten, konnte sich aber nur in einer gleichartigen, fern von den Verhältnissen einer ganz verschiedenartigen Gesellschaft lebenden Gemeinschaft zu gesunder Wirklichkeit gestalten.

Die Kolonien von Massachusets beschränkten sich aber nicht auf die Idee einer allgemeinen Bildung, sondern gaben ihrem Lande wenigstens einen andern Gedanken, der, wiewohl langsam, doch endlich wie Sauerteig das Ganze durchsäuert hat — den der freien Erziehung. — Abgesehen von der Idee der republikanischen Institutionen im allgemeinen, ist keine Veranstaltung vorhanden, welche das amerikanische Volk so einmütig für eine gerechte und segensreiche hält, als die freie Volksschule. Im Norden, im Süden, Osten und Westen, in Stadt und Land, wo nur Kinder sind, sind auch freie Schulen. Die Acte von 1647, welche nicht nur für freien Elementarunterricht, sondern auch für jeden guten weiteren Unterricht sorgte, fängt an wie folgt:

„Gesetz von 1647.

Da es ein Hauptanschlag des Satans ist, die Menschen vom Verständnis der Schrift abzuhalten, indem er ihnen die Übung der Sprachen abrät, und zu dem Zwecke, dafs Gelehrsamkeit mit des Herrn Hilfe nicht in den Gräbern unserer Vorfahren in Kirche und Staat begraben sei, darum sei verordnet, dafs jede Gemeinde, sobald der Herr sie auf die Zahl von fünfzig Heimstätten vermehrt hat, einen Lehrer anstellen soll, um alle Kinder lesen zu lehren, und wenn eine Stadt auf die Zahl von Hundert Familien sich vermehrt hat, so sollen sie eine Grammatik-Schule [1]) (Grammar School) gründen;

[1]) Der Ausdruck Grammar School wird jetzt in begrenzterem Sinne ge-

die Lehrer an denselben müssen im stande sein, die Jugend so weit zu unterrichten, dafs sie zur Universität tauglich sind [1]).

Auf die Zuwiderhandlung dieser Gesetze wurden den Städteverwaltungen Geldstrafen auferlegt. Dasselbe freie System dehnte sich nach und nach auf die anderen Kolonien Neu-Englands aus, und zwar vor dem Revolutionskriege. Die Möglichkeit, aus Schulgeldern das Defizit staatlicher Fonds zu decken, führte in einer Anzahl von Staaten dahin, dafs Schulgeldzahlung auferlegt wurde; aber obgleich dieselben oft geleistet wurden, behielten die Schulen ihren allgemeinen Charakter. Niemals wurden die Unterrichtsgelder so verschieden von einander, dafs die Armen in eine Schule für sich zu gehen gezwungen gewesen wären. Aber nie waren die Schulgelder populär. Hochmütige Eltern, die zu arm waren um sie zu bezahlen, aber zu stolz um Mildthätigkeit anzunehmen, behielten ihre Kinder zu Hause und unterrichteten sie nach besten Kräften. Die Berichte von New York vom Jahre 1871 zeigten, dafs in diesem Jahre die Frequenz der Landschulen sich fast um 17% erhöht hatte gegen die unter dem Schulgeldsystem, während die Bevölkerung um 1½% gewachsen war, und ferner die Durchschnittsdauer des Schuljahres um 7% sich verlängert hatte. Ähnliche Aussagen wurden von allen anderen Staaten gegeben, wo ein Schulgeldsystem bestanden hatte, aber entfernt worden war. In Connecticut z. B. brachte die Abschaffung des Schulgeldsystems in 2 Jahren 12000 Kinder mehr in die Schulen, während wenig oder kein Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen war [2]).

Aber man mufs über die hohe Wertschätzung des Wissens und den ethischen Wunsch, die Bildung in das Bereich jeden Kindes zu bringen, der das amerikanische Volk immer beseelt hat, hinaussehen, um die Popularität und Universalität der Schulen in den Vereinigten Staaten vollständig zu verstehen. Die menschliche Selbstsucht und Begierde sind oft stärker als ethische Impulse, und wenn nicht eine mächtige, zu Grunde liegende Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Mafsnahmen vorhanden wäre, so würde der Reichtum sich nicht freiwillig so schwer belasten, um eine Institution aufrecht zu erhalten, die er an und für sich ent-

---

braucht; er bezeichnet nur den höheren Grad von Elementarschulen, die im allgemeinen Kinder von 10 bis 14 Jahren enthalten.

[1]) Zur Vergleichung mit Luther siehe Schmidts Encyklopädie der Pädagogik p. 257.

[2]) Connecticut Report 1871, p. 19.

behren könnte. Washington sprach den Grundsatz aus, dafs die zweifache unerläfsliche Gewähr für republikanische Institutionen „die Tugend und die Intelligenz“ des Volkes sei. — „Ein unwissendes Volk kann regiert werden, aber nur ein gebildetes Volk kann sich selbst regieren.“ Diese Prinzipien sind von jedem Staatsmann, den Amerika hervorgebracht hat, wiederholt und weiter ausgeführt worden; sie kehren fortwährend in öffentlichen und privaten Reden, in der Presse und auf der Kanzel wieder, bis sie unauflöslich in das Bewufstsein des amerikanischen Volkes übergegangen sind und die unantastbare Grundlage der staatlichen Erhaltung und Beaufsichtigung des Unterrichts bilden. Der Unterrichtscommissioner von Ohio sagt: „Unser Freischulsystem ist auf diesem Prinzip erbaut, nämlich, dafs die einzige sichere Basis der allgemeinen Freiheit allgemeine Bildung ist; ihr ganzer Umfang, ihr Kostenaufwand werden durch den Grund gerechtfertigt, dafs die höchste Sicherheit des Staates und die Wohlfahrt der Gesellschaft von der allgemeinen Verbreitung der Bildung und Tugend, den Früchten der Erziehung abhängen. Um dem dringenden Bedürfnis der freien Regierung entgegenzukommen, stehen die Thüren der freien Schulen weit offen“ [1]).

Der englische Bischof Fraser sagt in seinem Bericht über amerikanische Schulen: „Es ist fast überflüssig zu bemerken, dafs der Übelstand einer ungebildeten niederen Klasse in einem Lande unendlich bedenklicher ist, wo durch allgemeines oder fast allgemeines Stimmrecht die politische Macht in den Händen der Massen liegt, als da, wo, wie bei uns, das Zusammenwirken der Wahlmänner und die Tendenz der öffentlichen Meinung die Theorie des Fortschrittes unter der Leitung einer gebildeten Minorität aufrecht erhalten. Und wir sogar fühlen, dafs es gesellschaftlich nicht sicher ist, eine Klasse, die ohne politische Macht ist, in Unwissenheit zu lassen. Daher kann man leicht begreifen, wie die Amerikaner unablässig über die Sache nachdenken, wie sehr ihnen dieselbe am Herzen liegt“ [2]).

Diese Worte wurden vor 20 Jahren geschrieben. Seit dieser Zeit haben die freien Schulen der Vereinigten Staaten mit dem ungeheuren materiellen Fortschritt in dem Lande mehr als Schritt gehalten. Mit Begeisterung sind sie in den südlichen Staaten angenommen worden, welchen sie vor dieser Zeit als eine mit dem

[1]) Ohio Report, 1865, p. 39.

[2]) Bishop Fraser, Report on the Common School System of the United States, p. 41.

Sklavensystem durchaus nicht in Einklang stehende Einrichtung der Nordstaaten bekannt waren und wo sie sich nicht nur für die Weifsen, sondern auch für starke Prozente der schwarzen Bevölkerung als segensreiche Unterrichtsanstalten von Erfolg erweisen. In England hat die „gebildete Minorität“ nicht länger unumschränkte Macht, sondern das Stimmrecht ist fast allgemein geworden. Der englische Konservative fürchtet nicht mehr wie vor 50 Jahren, das Volk zu bilden, sondern nimmt mit ganzer Seele teil an der Aufgabe, seine „Herren“ zu erziehen. — Allgemeine Erziehung bedeutet jedoch nicht nothwendigerweise freie Erziehung. Der Staat kann die Aufsicht des Schulwesens übernehmen, aber doch die Zahlung des Schulgeldes von den Eltern fordern. Zur Erläuterung dieses Gegenstandes müssen wir eine andere Gruppe von Bedingungen in Erwägung ziehen. Der Schulzwang, wie er in den monarchischen Staaten mit zentralisierter Regierung in Europa ausgeführt wird, hat trotz mehrfacher Versuche in den Vereinigten Staaten keinen beträchtlichen Erfolg erzielt.

Die Leitung der Schulen ist in jenem Lande ganz dezentralisiert. Obgleich genug Interesse für die Sache vorhanden war, um Zwangsgesetze aufzustellen, so haben aufser den grofsen Städten wenige Gemeinden die Überzeugung ihrer Notwendigkeit und Ratsamkeit gewonnen, um sie ernstlich zu fordern. Eine zweite grofse Schwierigkeit erwächst daraus, dafs die neue Bewohnerschaft in ackerbauenden Distrikten zu sehr verstreut ist. In Deutschland zum Beispiel wohnen die Landleute in Dörfern und haben Schulen, Behörden und Polizei dicht bei der Hand. In Amerika sind die Farmer über die ganze Fläche des Landes verstreut, jeder wohnt in seinem eignen Hause auf seiner eignen Besitzung. Im Sommer arbeiten die älteren Kinder zu Hause, besuchen aber gewöhnlich im Winter die abgelegene Distriktsschule. Der reiche und der wohlhabende Farmer würde jedem Versuche, seine Knaben zur Schule zu zwingen, sich unwillig widersetzen, während er sie zu Hause braucht. Wäre irgend ein Schulbeamter kühn genug ihn zu verklagen, so würde er seine Stellung bei der nächsten Wahl verlieren. Wozu der reiche Mann sich nicht zwingen läfst, das wird sich der arme kaum gefallen lassen. Mehr als 20 Staaten der Amerikanischen Union haben dies Experiment versucht, alle haben dieselbe Erfahrung gemacht. Mit einem tiefen Bewufstsein der Notwendigkeit der Volksbildung zur Erhaltung der republikanischen Freiheit auf der einen Seite und der praktischen Unmöglichkeit des

Schulzwanges auf der andern gab es keine andere Lösung des Konfliktes, als die Freiheit des Unterrichtes.

Es ist hier nicht der Ort nachzuweisen, wie edelmütig das Volk seiner Aufgabe sich entledigt hat, wie reichlich es seine Schätze zum allgemeinen Besten aufgethan hat. Darzulegen ist die Beziehung der allgemeinen Regierung zu der in den einzelnen Staaten, und die der einzelnen Staaten zu den verschiedenen Gemeinwesen, die sie im Bereich des Unterrichtes in sich begreifen, ebenso wie die Verteilung der Verpflichtung des Kostenaufwandes für denselben.

Die moderne Idee des Staates ist konstitutionelle Selbstregierung, dieser voraus ging die der absoluten Monarchie.

In Europa glimmte dieser neue Weltgeist unter der bedrückenden Wucht bestehender Institutionen, bis er Kraft genug gewonnen hatte, in der französischen Revolution hervorzubrechen, die Napoleonischen Kriege möglich zu machen und die Revolutionen von 1830 und 1848 hervorzubringen. Aber was in Europa nur durch die Gewaltthat der Revolution verwirklicht werden konnte, wuchs in Amerika ebenso beständig und ungestört empor als seine Wälder. Alle Bedingungen waren günstig dazu, Gleichartigkeit der Bevölkerung, das Nichtvorhandensein bestimmender Einflüsse von abnorm entwickelten Institutionen, die Notwendigkeit der persönlichen Unabhängigkeit zur Fristung des Daseins. Da die Kolonien keine innigen Beziehungen zu der heimatlichen Regierung in der Alten Welt hatten, noch untereinander aufser vorübergehend in Zeiten grofser und gemeinsamer Gefahr in Verbindung standen, so errangen sie sich jede ein unabhängiges Leben und ebensolchen Charakter. Durch beständigen Kampf gegen eine rauhe und unbezwungene Natur und eine noch unzähmbarere ursprüngliche Bevölkerung wurden sie dazu geschult, sich auf sich selbst zu verlassen. Jeder Einzelne fühlte, dafs seine und die allgemeine Sicherheit von der Entschlossenheit seines Geistes, der Sicherheit seines Auges, der Kraft seiner Hand abhing. Es ist also nicht zu verwundern, wenn solche Menschen im entscheidenden Augenblick jede Versuchung niederkämpften, die verbrauchten Institutionen der Alten Welt, die Gefahr politischer Unterdrückung, welche monarchische oder büreaukratische Regierungsformen einschliefsen, die künstliche soziale, durch die vom Staate verliehenen Titel und Standesvorrechte in die Neue Welt zu verpflanzen. Auch kann es nicht seltsam erscheinen, dafs nach einem vergeblichen 6 Jahre langen Versuch, unter den Artikeln der Verbrüderung eine Nation zu bilden, in welcher jeder Staat praktisch

seine Souveränität bewahrte, der allgemeinen Regierung nur die souveränen Rechte eingeräumt wurden, die zum weiteren nationalen Fortleben als unerläfslich erachtet wurden. Die Aufsicht über die nationale Erziehung würde natürlich nicht als eins jener zur politischen Einheit unbedingt nötigen Dinge angesehen werden. So kam es, dafs die Erziehung nicht der nationalen Regierung, sondern den verschiedenen Staaten vorbehalten wurde. Die ungeheuern Schwierigkeiten, auf welche ein Schema zu nationaler Beaufsichtigung der Schulen gestofsen sein würde, so wie die durch die Ansiedelungen in dem weiten Lande erwachsenden örtlichen Schwierigkeiten, der komplizierte, ausgedehnte und kostspielige Regierungsapparat, der erforderlich gewesen sein würde, solch einen Plan zur Ausführung zu bringen, haben bisher jeden ernstlichen Versuch eines nationalen Unterrichtssystems verhindert. Da die Landesregierung aber weite Strecken unbewohnten Landes besitzt, und da sie von der dringenden Notwendigkeit der Volksbildung in einem republikanischen Lande überzeugt ist, reservierte sie grofse Strecken Landes zur Beihilfe der Volkserziehung in den verschiedenen Staaten. Diejenigen Staaten, welche innerhalb ihrer Grenzen kein dem Gemeinwesen gehöriges Land mehr hatten, bekamen im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl Vertreter im Kongrefs das Anrecht auf eine gewisse Strecke solcher Ländereien in anderen Staaten und Territorien. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht der für die Volksschulen ausgeworfenen Kapitalien in verschiedenen der wichtigeren Staaten der Union und der Prozente des aus ihnen erwachsenen Einkommens im Jahre 1883:

		Betrag d. Fonds	Prozente der ganzen Schulkosten 1883
1. Kalifornien	£	2 289 400	
2. Connecticut	„	1 997 549	5,7
3. Illinois	„	9 372 754	7,4
4. Kansas	„	[1]) 2 500 000	10,6
5. Massachusets	„	2 711 000	2,37
6. Nevada	„	564 000	28,19
7. New Jersey	„	[2]) 1 667 400	4,67
8. New York	„	3 247 000	1,57
9. Ohio	„	[2]) 4 173 800	2,89
10. West Virginia	„	509 305	2,99

[1]) Abgeschätzter Betrag eventuell £ 13 500 000.
[2]) abgeschätzt.

Dieselbe Gruppe von Ursachen, die ein zentralisiertes Unterrichtssystem verhinderten, vereitelte auch die Zentralisation in dem einzelnen Staate. Wie wir in den Massachusetts Acts von 1642 sehen, waren die Gemeindevorsteher angewiesen, die Schulen in ihrem Bezirke zu überwachen, so dafs die Leitung von Unterrichtsanstalten mit der Lokal-Verwaltung zusammenfiel. Wie wir gesehen haben, ist die vorherrschende Idee der amerikanischen Politik die der lokalen Selbstregierung gewesen, und zwar in allen Dingen, die zum nationalen oder staatspolitischen Bestehen nicht unmittelbar notwendig waren; so ist die Idee in bezug auf die Schulen die der Lokalaufsicht gewesen. Die wegbahnende oder mehr oder weniger isolierte Existenz der verschiedenen Gemeinden mit ihren höchst verschiedenen Bedürfnissen hat eine zentralisierte Staatsleitung des Unterrichtswesens nicht wünschenswert erscheinen lassen, gerade wie dieselben Bedingungen die nationale Beaufsichtigung des Unterrichts zu einer praktischen Unmöglichkeit gemacht haben. — Die Systeme der verschiedenen Staaten weichen, obwohl nur in kleinen Einzelheiten, beträchtlich voneinander ab; alle aber durchdringt die eine Idee — lokale Erhaltung und lokale (Leitung) Beaufsichtigung.

In des Verfassers Heimat-Staate, Illinois, zum Beispiel bringen die Gemeinden 75,5 % der zur Erhaltung der Schulen nötigen Gelder durch freiwillige Besteuerung auf und haben beinahe die gänzliche Leitung der Schulen. Die einzigen Anforderungen, welche der Staat an die Gemeinden als Bedingung des zu erhaltenden Zuschusses stellt, sind, dafs die Schule 5 Monate während des Jahres gehalten und dafs der Lehrer von einem Lokalschulinspektor mit einem Fähigkeitszeugnis versehen werde; der letztere wird jedoch von dem Volke erwählt und ist wegen der Befähigung zu seinem Amte keiner Prüfung unterworfen.

Die Unzulänglichkeit dieses fast rein demokratischen Verfahrens, den Bedürfnissen einer komplizierten Zivilisation zu begegnen, samt den höchst wirksamen Mitteln, eine Änderung des Systems herbeizuführen, mufs auf den späteren und mehr theoretischen Teil dieser Diskussion verwiesen werden.

C. Deutschland.

Ein kurzer Überblick auf einige der Hauptentwickelungsstufen der deutschen Bildung ist alles, was für diese Arbeit nötig ist.

Wir haben gesehen, wie in England die Elementarschulen den Händen der Geistlichkeit oder sich selbst überlassen blieben. Seine isolierte geographische Lage und eine aristokratische Regierung machten den Staat verhältnismäfsig gleichgültig gegen die intellektuelle Bildung der niederen Klassen, soweit seine Sicherheit in Betracht kam. In Amerika, wie wir gesehen haben, wurde das Problem der Volksbildung durch das Nichtvorhandensein der niedrigsten wie der höchsten Klassen der Gesellschaft vereinfacht. Weiter haben wir gesehen, wie durch den Trieb der Selbsterhaltung gegen die Gefahr inneren Verfalles, die der Selbstregierung innewohnt, das Gefühl für allgemeine Erziehung gekräftigt wurde. In Deutschland aber und besonders in dem an seiner Spitze stehenden Staate Preufsen hat sich die Entwickelung ganz anders gestaltet. Hier waren die unteren Klassen sehr zahlreich, sehr unwissend und hilflos. Diesen den Segen der Bildung angedeihen zu lassen, erforderte sowohl mächtige Antriebe als umfassende Mittel. — Zur Zeit des Dreifsigjährigen Krieges war die Unabhängigkeit der Fürsten und Stände und das Bestehen des Protestantismus so eng miteinander verbunden, dafs die Zerstörung auf der einen Seite die der andern nach sich gezogen haben würde. Es war ein innerlicher Gegensatz, dafs ein nach Abstammung, geographischer Lage, Sprache und Gedanken ein Ganzes bildende Land in eine grofse Zahl kleiner unabhängiger Staaten zerspalten war. Der Widerspruch mufste sich unausbleiblich lösen durch die Vereinigung der natürlich zusammengehörigen Teile. Es ist aber augenscheinlich, dafs dieses höchst wünschenswerte Ziel nur durch die Übermacht einer der einzelnen Nationalitäten erreicht werden konnte. Dies erklärt, warum ein Kampf ums Dasein eintrat. Irgend einer der kleinen Staaten konnte von einem mächtigeren Nachbar verschluckt werden. Wie bekannt, führte Preufsen den Kampf, der sich zuerst zum Widerstand gegen die Herrschaft Österreichs über die deutschen Staaten gestaltete, durch. Auf dem von seinen Vorfahren gelegten Grunde konnte Friedrich der Grofse die Selbständigkeit des preufsischen Staates gegen die vereinigte Macht von Österreich, Frankreich und Rufsland vertheidigen. Bis zu einem gewissen Grade hatten seine Vorgänger auf dem Throne eingesehen, wie wichtig für den Staat die Intelligenz ist, die Bildung einem Volke verleiht, und einigermafsen für die Ausbreitung derselben gesorgt. Diesem unvergleichlichen Könige aber war es vorbehalten, ihren vollen Wert zu würdigen und den Grund zu der allgemeinen Bildung zu legen, welche Preufsen

fähig gemacht hat, Deutschland von der österreichischen Herrschaft zu befreien und die deutsche Einigkeit herbeizuführen, die so glühend ersehnt worden war. Ein ähnlicher Trieb der Selbsterhaltung veranlaſste die anderen deutschen Staaten, zur Bildung des Volkes ähnliche Maſsregeln zu ergreifen.

Die allgemeine Bildung entstand also in Deutschland nicht wie in den Vereinigten Staaten als eine innere, sondern als eine äuſsere Notwendigkeit. Der Staat bedurfte der Intelligenz, um seine Angelegenheiten zu führen, die Armee bedurfte der Intelligenz, um ihre Schwerter zu schwingen und ihre Kanonen ins Feld zu führen. Dies alles konnte nur durch die Bildung des ganzen Volkes erreicht werden. Das Motiv also, welches die Idee der allgemeinen Bildung ins Leben rief, war, den Staat vor äuſseren Gefahren zu schützen. Die Mittel dazu zu verstehen, brauchen wir nur die Zeit Friedrichs des Groſsen und seiner unmittelbaren Vorgänger zu betrachten. — Jenes waren die Tage, wo der Wille des Königs wenn auch nicht als das einzige, doch als das höchste Gesetz des Landes galt. Obgleich Friedrich vieles zur Freiheit des Volkes Wesentliche, wie Rede- und Preſsfreiheit, gewährte, so leitete er doch persönlich die ganze Verwaltung der Zivil- und Militärangelegenheiten. Er sagte: Mein Volk und ich haben einen Vertrag geschlossen, der uns beide zufrieden stellt; meine Unterthanen sollen sagen was sie wollen, und ich werde thun was ich will. Am Ende des Siebenjährigen Krieges erklärte er, die Volkserziehung sei die Sache des Staates, und beauftragte Franckes Schüler, Hecker, ein allgemeines Unterrichtssystem aufzustellen, welches er in Ausführung brachte.

Dieses System, das die Idee von den berufsmäſsig ausgebildeten Lehrern und die des Schulzwanges verwirklichte, bildete die Grundlage des glänzenden Erfolges in der Volksbildung, den Preuſsen in dem gegenwärtigen Jahrhundert erzielt hat. Als nach dem Napoleonischen Kriege ernste Anstrengungen gemacht wurden, um den Schulzwang noch vollständiger einzuführen, waren alle Bedingungen zum Gelingen des Unternehmens günstig — eine gänzlich zentralisierte Regierung, die bis in jedes Dorf des Landes hineinreichte, ein an unbedingten Gehorsam gewöhntes Volk, und vielleicht das wichtigste von allem, ein jenes begünstigendes geographisches Verhältnis der Bevölkerung. Die Thatsache, daſs alle deutschen Bauern in Dörfern bei einander leben, wo sie leicht die Schule erreichen und von den bürgerlichen Behörden leicht erreicht werden können, hat unzweifel-

haft den endlichen durchschlagenden Erfolg des Schulzwanggesetzes aufserordentlich begünstigt.

Dies Moment scheint der amerikanische Gesetzgeber nie ernstlich in Erwägung gezogen zu haben; die Thatsache, dafs die Landbevölkerung in Amerika weit über das ganze Land verstreut ist, wird aber noch auf lange Zeit die bestgemeinten Bemühungen, den Schulzwang in jenem Lande einzuführen, vereiteln.

Es ist nachgewiesen worden, dafs die freie Schule für Amerika sich als eine logische Notwendigkeit ergab und aus der Notwendigkeit der allgemeinen Bildung und der praktischen Unmöglichkeit, dieselbe zu erzwingen, hervorging; dafs sie in England, wie eifrig sie auch befürwortet wurde, nur zu bald entweder zur Vernichtung oder staatlichen Erhaltung der Kirchenschulen führen würde. In Deutschland jedoch liegt die Sache anders. Wohl ist allgemeine Volksbildung als für den Schutz des Staates nötig erkannt worden; zu gleicher Zeit hat die Lage der Dinge es ermöglicht, dieselbe durch den Schulzwang zu erreichen, so dafs, obgleich die Idee der freien Schule dem deutschen Schulgesetz durchaus nicht fremd ist, dieselbe nur in Nassau, Schleswig-Holstein, in Anhalt und der Stadt Berlin zu finden ist. Andere Ursachen haben die direkte Bezahlung des Schulgeldes von seiten der Eltern auf die Dauer bewirkt. Die preufsischen Gesetze über diesen Gegenstand lauten wie folgt:

Artikel 25 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850:

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt,

und dafs hierdurch nicht etwas Neues angeordnet war, erhellt aus folgenden Paragraphen des Allgemeinen Landrechts Theil II Titel 12:

§ 29. Wo keine Stiftungen für die gemeinen Schulen vorhanden sind, liegt die Unterhaltung der Lehrer den sämmtlichen Hausvätern des Ortes, ohne Unterschied, ob sie Kinder haben oder nicht und ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses ob.

§ 31. Die Beträge, sie bestehen nun in Gelde oder Naturalien, müssen unter die Hausväter nach Verhältnis ihrer Besitzungen und Nahrungen billig verteilt und von der Gerichtsobrigkeit ausgeschrieben werden.

§ 32. Gegen Erlegung dieser Beiträge sind alsdann die Kinder der Kontribuenten von Entrichtung des Schulgeldes für immer frei.

Trotz der offenen Erklärungen des Gesetzes ist jedoch die Sitte, Schulgelder zu erheben, in Preufsen nie unterlassen worden, aus-

genommen in Berlin, obgleich jeder Gemeindeverwaltung gestattet ist, freie Schulen zu haben. Die Bedeutsamkeit dieser Einnahmequelle und das allgemeine Gefühl der direkten Elternpflicht der Erziehung der Kinder haben ohne Zweifel zur Fortsetzung des Schulgeldes geführt. Die Frage, ob diese hergebrachte Sitte aufzugeben sei, wird sich nach der Gerechtigkeit und Ausführbarkeit derselben richten.

Betrachtet man also den Ursprung und ursprünglichen Zweck der Volksschulen, so erscheint es nur geeignet, wenn sie nach vielen Seiten ihrer Verwaltung unter der Aufsicht des Staates selbst bleiben. Nachdem derselbe früher die ganze Bestimmung über die Volksschulen in den Händen hatte, hat er weise den Gemeindeverwaltungen nur die äufseren Verwaltungspunkte überlassen, die ohne grofse Gefahr für die Wirksamkeit der Schulen ausgeführt werden können, und hat sich die Gebiete der inneren Verwaltung vorbehalten, welche zu wichtig sind, als dafs sie der lokalen Subjektivität überlassen werden könnten, sowie die Prüfung und Anstellung von Lehrern, ihre Amtierung, die Aufstellung des Stundenplanes u. s. w.

Ohne der wohlbekannten Entwickelung der deutschen Volksbildung genauer zu folgen, können wir wohl sogleich zu dem mehr theoretischen Teil dieser Abhandlung übergehen.

II. Teil.

Verteilung der Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Schulen 1) zwischen Volk und Eltern, und 2) zwischen Staat und Gemeinde.

A. Eltern und Gemeinwesen.

Die leitenden Prinzipien für die Verteilung der Verantwortlichkeit zu der Bestreitung des Unterrichts zwischen Eltern und Gemeinwesen unterscheiden sich voneinander nach den verschiedenen Ausgangspunkten, von denen aus man vorgehen kann. Diese zerfallen nothwendigerweise in drei Kategorien.

1. Die Erziehung allein die Sache des Staates.

Dies ergibt sich aus der alten politischen Ansicht, nach welcher der Bürger nur um des Staates willen existiert. Diese Ansicht fand ihre höchste praktische Verwirklichung in dem alten Sparta und ihre höchste theoretische Darlegung in Platos „Republik". Das Kind wurde der Sorge und Aufsicht der Eltern ganz entrückt, da es Nahrung, Kleidung, Wohnung und Unterricht vom Staate allein erhielt.

2. Die Erziehung nicht die Sache des Staates.

Diese Ansicht ist eine logische Folge der Auffassung des Staates, nach welcher die einzige Funktion des Staates der polizeiliche Schutz seiner Bürger ist. Freilich kann die Erziehung durch private Wohlthätigkeit oder die der Kirche besorgt, oder um des privaten Gewinnes willen gesetzlich betrieben werden, aber die laissez faire Politik verbietet die staatliche Beaufsichtigung oder Dazwischenkunft. Derartig ist der Zustand der Dinge in England bis zu der jüngsten Zeit gewesen.

3. Die Erziehung die vereinigte Sache der Eltern und des Staates.

Diese Ansicht ist einerseits das Resultat der modernen Idee von der fundamentalen Notwendigkeit des Familienlebens, und anderseits der ethischen und politischen Pflichten des Staates auf der andern. Die Erziehung ist jetzt unter den modernen Begriffen der Rechte und Pflichten des Individuums für die innere Gesundheit des Staates so wichtig geworden, dafs sie nicht länger ohne Gefahr der religiösen oder privaten Fürsorge überlassen werden kann, während, wie wir gesehen haben, der Schutz des Staates gegen äufsere Gefahren in den meisten europäischen Staaten die Leitung des Unterrichtswesens von staatlicher Seite zur Notwendigkeit gemacht hat. Wiederum kommen jetzt richtigere Ideen von den Funktionen des Staates bezüglich ethischer Pflichten zur Geltung. Man hält es jetzt für die Pflicht des Staates, die Hilflosen gegen die Gier oder Herzlosigkeit von Privaten und den durch die Umstände des modernen ökonomischen Lebens auf sie ausgeübten Druck zu schützen. Zugleich mit dieser Teilhaberschaft an der Erziehung kommt eine Teilung der Kosten derselben auf den Staat und die Eltern. Der Staat kann das Kind nicht zwingen, zur Schule zu gehen, wenn er nicht für dasselbe eine solche hergerichtet hat, noch kann er alle Eltern im einzelnen zwingen, ihren gehörigen Anteil der Kosten zu tragen, denn einige sind arm, andere sind Bettler. Da also der Staat und die Eltern in bezug auf die Kosten der Erziehung Pflichten haben, so erübrigt für uns nur noch, jene Prinzipien und Erwägungen zu erörtern, die die Grenzen dieser Pflichten bestimmen. Die Totalausgaben für die Erziehung können auf folgende Art eingeteilt werden:

1) Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung auf der einen Seite, und Verlust der möglichen Arbeit oder Löhne von Kindern, nehmen wir an von 10—14 Jahren, auf der anderen.
2) Ausgaben für mechanische Lehr- und Lernmittel, sowie Schulhäuser, Schulgerät, Apparate, ABC- und Lesebücher, Schiefertafeln, Federn, Papier, Stifte u. s. w.
3) Unterrichtskosten.

Dafs die Ausgaben der ersten Kategorie ganz von den Eltern getragen werden müssen, wird allgemein anerkannt werden. Die elterliche Verantwortlichkeit sollte jedenfalls soweit reichen. Jedoch darf man nicht vergessen, wie beträchtlich das Opfer auf seiten der Eltern ist, wenn sie des Nutzens der Arbeit oder der Arbeitslöhne ihrer Kinder verlustig gehen. Diese können in der Landwirt-

schaft oder in vielerlei Fabriken nützlich verwendet werden. Gewöhnlich wird dieser Punkt von denen unbeachtet gelassen, die die wahrscheinliche Wirkung der Abschaffung des Schulgeldes auf die Eltern behandeln. Soweit die Eltern durch eigennützige Rücksichten berührt werden, soweit wird der Verlust der mehreren Mark, die das Kind wöchentlich verdienen könnte, bei ihnen weit schwerer ins Gewicht fallen, als die Summe, die sie als Schulgeld zu bezahlen haben mögen. Das erhellt deutlich aus der Beharrlichkeit, mit welcher in England wie in den Vereinigten Staaten die Fabrikgesetze unbeachtet gelassen werden. Gesetzliche Ahndung und sogar Geldstrafen schaffen keine Abhilfe des Übels.

In bezug auf die zweite Kategorie von Schulausgaben liegt es auf der Hand, dafs wenigstens Gegenstände, die dauernd zur Schule gehören, so wie Häuser, Gerät, Apparate u. s. w., aus öffentlichen Mitteln bestritten werden müssen; denn es würde unmöglich sein, den Eltern persönlich ihren eignen Anteil eines Kostenaufwandes zuzumuten, der auf einen langen Zeitraum andern dienen wird. Doch scheint die Verpflichtung, Gegenstände, die die Natur individuellen Eigentums haben, so wie Schiefertafeln, Bücher, Hefte, Federn, Papier, Stifte u. s. w., eher den Eltern zuzustehen; denn obgleich es dem Staat oft angemessen erscheinen mag, gewisse dieser Gegenstände zu beschaffen, so kann doch die Praxis, die Schüler Staatseigentum geradeso wie persönliches benutzen zu lassen, leicht zu unklaren Begriffen über das Eigentumsrecht führen, wenn sie nicht höchst sorgfältig vom Lehrer überwacht werden. Der Leiter einer grofsen englischen Volksschule, die ihre Schüler mit Lesebüchern versieht, versicherte z. B. dem Schreiber dieses, dafs jedes Jahr neue angeschafft werden müfsten. Es würde besser sein, dafs die wenigen, die sich nicht ihre Bücher halten können, vom Staate als Kinder armer Leute unterstützt würden, als dafs alle in Gefahr der Demoralisation kommen, die so leicht aus dem Gebrauch öffentlichen Eigentums als Privatgut entsteht. Die Hauptschwierigkeit in der Verteilung der Belastung mit den Kosten der Erziehung auf Eltern und Staat finden wir erst, wenn wir zur dritten Kategorie, den Ausgaben für den Unterricht kommen. — Die Hauptschuleinkünfte auf der Seite des Gemeinwesens werden bezogen durch:

1) Einkünfte aus Staatssteuern,
2) Einkünfte aus Gemeindesteuern,
3) Einkünfte aus Stiftungen, Staats- oder Gemeinde-Fonds, öffentlichen Subskriptionen, Geldstrafen u. s. w.,

von Seiten der Eltern durch Schulgeld.

Der Zentralpunkt der ganzen Diskussion ist, ob die Eltern von der Last des Schulgeldes, welches sie jetzt in England und Deutschland tragen, befreit werden sollen oder nicht. In den Vereinigten Staaten, wie wir gesehen haben, war die Abschaffung des Schulgeldes eine natürliche Folge der allgemein zugestandenen Notwendigkeit der Erziehung aller und der Unmöglichkeit, die Mittel dazu durch Zwangsgesetze aufzubringen. Ferner haben wir in England gefunden, dafs die Abschaffung des Schulgeldes das Prinzip der Wiederdotierung der Kirche oder ihr gänzliches Beiseiteschieben von der Aufsicht über die Erziehung in sich schliefsen würde. Englische Lehrer sehen voraus, dafs die Elementarerziehung enventuell gänzlich in die Hände des Staates fallen mufs. Kommt der Tag, so wird England freie Schulen haben, doch können sie unter den gegenwärtigen Umständen wahrscheinlich nicht erreicht werden, obgleich der Gegenstand innerhalb und aufserhalb des Parlaments beständig angeregt wird, obgleich die liberale Partei freie Erziehung erstrebt. In Deutschland hingegen ist die Sache anders; da sind weder die amerikanischen Beweggründe zu freier Erziehung, noch die in England ihr im Wege stehenden Hindernisse vorhanden. Der jetzige religiöse Zustand würde nicht wesentlich gestört werden, wenn das Schulgeld in Wegfall gebracht würde; aber anderseits ist die freie Schule nicht eine logische Folge bestehender Bedingungen, denn obgleich die Notwendigkeit der allgemeinen Elementarbildung überall anerkannt wird, ist dieselbe doch erfolgreich erreicht worden durch streng ausgeführte Schulzwanggesetze. Also mufs die Frage, ob die Eltern von der Last des Schulgeldes befreit werden sollen, für Deutschland nach ihren Vorzügen viel mehr, als nach ihrer Möglichkeit wie in England, oder nach ihrer Notwendigkeit wie in den Vereinigten Staaten entschieden werden. Um uns die Frage klar vorzulegen, wird es gut sein, zu definieren, was mit elementarer Erziehung gemeint ist, und kurz die Hauptveränderungen anzugeben, die im Schulorganismus nötig sein würden, sollte das Schulgeld abgeschafft werden.

Mit dem Elementarunterricht ist das gemeint, was mit den Elementen, den Handhaben des Wissens, den notwendigen Voraussetzungen alles Lernens, nämlich Lesen, Schreiben, Rechnen zu thun hat. Aus dieser Erklärung ergibt sich, dafs nicht nur Volksschulen elementare sind, sondern jedwede Schule, sofern sie die Elemente des Wissens lehrt, z. B. die elementaren Grade von Bürgerschulen, Höheren Töchterschulen, Realschulen oder die Gymnasialvorschulen.

Die Hauptveränderungen, welche die Abschaffung des Schulgeldes nötig machen würden, sind die folgenden:

1) Ersatz aus öffentlichen Mitteln alles dessen, was jetzt durch Schulgeld erhalten wird.
2) Einrichtung einer einzigen Elementarschule, die Kindern aller Klassen des Volkes dienen soll.
3) Enge Verbindung aller höheren Unterrichtsanstalten mit den Elementarschulen.

Es kann keine objektive Behandlung dieses Problems geben, die nicht auf ihre ökonomische, soziale und politische Bedeutung einginge. Obgleich diese oft in einem gegebenen Moment ineinander greifen, soll doch ein Versuch gemacht werden, die verschiedenen Momente des Vorliegenden in ihren hervorragenden Erscheinungen zu besprechen.

1. Die ökonomische Seite des Problems.

a) Die nächstliegende Einwendung gegen die Abschaffung des Schulgeldes ist die, dafs dies eine wichtige Quelle des Einkommens für die Schulen verstopfen würde, da z. B. in Preufsen das Schulgeld ungefähr 20% der Unterrichtskosten einträgt. Sollte es sich aber herausstellen, dafs die jetzige Last durch die Abschaffung des Schulgeldes richtiger verteilt werden könnte, so würde dieser Umstand, abgesehen von praktischen Schwierigkeiten, ein genügender Grund für die Abänderung sein.

Dafs über den Unterricht der Kinder nicht von den Eltern wie über jedes andere Moment des ökonomischen Lebens verfügt werden kann, etwa wie sie Waren in irgend welcher gewünschten Quantität und Qualität kaufen oder zurückweisen können, erhellt aus dem Zustand der Verwaltung der Schulen und aus Gesetzen, welche die Eltern zwingen, den Kindern einen gewissen Grad von Erziehung einer bestimmten Art zu geben. Es ist auch klar, dafs wie physische Körper sich nach natürlichen Gesetzen bewegen, der Staat, wenn er mit ökonomischen Faktoren rechnet, nach ökonomischen Gesetzen verfahren mufs. Wenn also der Staat von seinen Bürgern zwangsweise Geld erhebt, so kann er nicht umhin, dem Prinzip zu folgen, dafs, was er über das Vermögen fordert, als Wohlthätigkeitsgabe wiedergegeben werden mufs.

Die notwendige Übereinstimmung mit diesem Gesetz erklärt die Abstufung des Schulgeldes und der Erlafs oder die Ermäfsigung desselben, wo Armut oder eine grofse Kinderzahl vorhanden ist.

Dies sind nur einfache Vorschläge, die (Schulgeld-)Last der mutmafslichen Zahlungsfähigkeit anzupassen. Durch die Notwendigkeit der Sache ist also der Staat gezwungen, anzuerkennen, dafs die Erhebung von Schulgeld, wenn sie mit Schulzwang verbunden ist, dem Schulgeld alle wesentlichen Kennzeichen einer Kopfsteuer von denen, welche Kinder haben, verleiht. Eine schwere Geld-Kopfsteuer aber ist die bedrückendste aller Steuern für die Armen, die leichteste für die Reichen. Es ist keine Möglichkeit, sie durch Selbstverleugnung zu verringern oder sie durch Übertragung auf die Schultern anderer, die besser im stande sind sie zu zahlen, zu übertragen. Andere direkte Steuern werden nach der Zahlungsfähigkeit erhoben, oder in solcher Weise, dafs sie sich billig nach derselben richten, während indirekte Steuern in gewissem Mafse durch Sparsamkeit im Gebrauch der Artikel, die am schwersten besteuert sind, vermieden werden können. Träten an die Stelle des Schulgeldes Staats- oder Gemeindesteuern, oder eine Verschmelzung beider, so würden Unebenheiten, die unter dem System des Schulgeldes notwendig entstehen müssen, ausgeglichen werden. Dann würde der Reiche seine Kinder nicht unentgeltlich unterrichten lassen können, wie es manchmal beansprucht wird. Wohl würde er von der Zahlung des Schulgeldes befreit sein, aber nur um mehr als ihren Betrag in erhöhten Steuern dafür zu geben. Überdies ist die Erleichterung, die er erhalten würde, im Verhältnis viel kleiner als die, welche den Armen gewährt würde, weil das Schulgeld, das er bezahlt, ein viel kleinerer Bruchteil seines Einkommens ist, als das Schulgeld von dem Einkommen des Armen. Es würde demnach scheinen, dafs die Abschaffung des Schulgeldes von entschiedenem Vorteil für die Gemeinde sein würde, insofern sie eine viel gerechtere Gleichstellung der Besteuerung herbeiführen könnte.

Damit der Fall des kinderlosen Steuerzahlers nicht vergessen werde, mag bemerkt werden, dafs, wenn eine Abschaffung des Schulgeldes dem allgemeinen Besten dienen kann, er keinen zulässigen Anspruch auf Befreiung von aufserordentlichen Lasten hat, die die neue Besteuerungsunterlage ihm auferlegen kann.

b) Eine weniger mühvolle Quelle des Einkommens als die des Schulgeldes ist wünschenswert.

Alle die jetzt notwendige Ausgabe und Mühe, das Schulgeld einzusammeln, die Schwierigkeit, zu bestimmen, wer zur Gewährung von Erlafs oder Ermäfsigung berechtigt ist, samt der Gewifsheit ungehöriger Strenge in vielen Fällen und ungebührender Schlaffheit in

anderen, könnte leicht dadurch vermieden werden, dafs alles Geld aus den Quellen bezogen würde, welche schon die mechanischen Mittel der Erziehung und 4 Fünftel der Unterrichtskosten liefern. Als ein praktischer Beweis für den Verlust und die Mühe, welche diese Art Schulgelder einzutreiben verursacht, mögen die dem Bericht der Vorsitzenden der Londoner Schulkommission für 1884 entnommenen Zahlen dienen:

Schulgeld, fällig und nicht bezahlt Nov. 25.	1881, £	2043
" " " " " " "	1882, "	1979
" " " " " " "	1883, "	3077
" " " " " " "	1884, "	6992.

Jetzt zwingt die Londoner Schulkommission die Kinder, deren Schulgeld nicht bezahlt ist, die Schule zu verlassen, und bringt sich in den absurden Widerspruch, Schulen und strengen Schulzwang einzurichten auf der einen Seite, auf der andern, die Kinder nachlässiger Eltern aus der Schule zu verbannen.

c) Aber das ernsteste Übel dieser unzulänglichen Einrichtung, die Kosten für den Unterricht der Zahlungsfähigkeit anzupassen', wird erst vollständig eingesehen, wenn die grofse Anzahl von Familien, die der Demoralisation der Armenpflege unterworfen wird, in Erwägung kommt. Löning sagt in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie Bd. III S. 910: „Weder gegen Arbeitsunfähigkeit, die in zu jungem oder in zu hohem Alter, in Krankheit oder in Invalidität ihren Grund hat, noch gegen Arbeitslosigkeit, die durch wirtschaftliche Notlage verursacht wird, gibt es unfehlbare und unmittelbar wirkende Abwehrmittel. Zu allen Zeiten haben die Armutsursachen ihre unheilvolle Wirksamkeit ausgeübt. Aber es liegt in der heutigen Organisation des wirtschaftlichen Lebens, dafs ein grofser Teil der Gesamt-Bevölkerung der steten Gefahr ausgesetzt ist, ohne eigne Verschuldung durch Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit in Armut gestürzt zu werden." Diese wirtschaftlichen Übelstände zu beseitigen ist, wie die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 sagt, „eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeindewesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht". — Was sollen wir aber sagen, wenn ein Gemeindewesen mit Bedacht sein eignes Werk vernichtet, seinem eignen hohen Streben, die Gefahr des Pauperismus in seiner Mitte zu verringern, dadurch widerspricht, dafs es künstliche Zustände schafft, welche einen grofsen Prozentsatz seiner Leute gerade in den Zustand treibt, aus welchem es

sie erretten möchte? Welcher Teil des Volkes durch die Wirkung des Schulgeldgesetzes gezwungenermafsen unter die hilfsbedürftigen Armen gerechnet werden mufs, was sonst nicht der Fall wäre, ist unmöglich genau festzustellen, aber die folgenden Erwägungen können einen Begriff von der Gröfse des Übels geben.

In Preufsen sind ungefähr 91 %, in Bayern etwa 96 % der schulpflichtigen Kinder in den Volksschulen [1]), während das Schulgeld in jedem der Länder ungefähr 20 % der Unterrichtskosten beträgt. Es ist weiter abgeschätzt, dafs der Durchschnittsbetrag von Schulgeld ungefähr 18 Mark jährlich beträgt, so dafs ein Vater von 2 Kindern in der Schule 36 Mark bezahlt. Die Bedeutung dieser Summe im Vergleich mit der Armenunterstützung tritt scharf hervor, wenn wir erfahren, dafs in Bayern im Jahre 1876 die Durchschnittskosten der ganzen Erhaltung eines Armen 37,6 Mark, im Jahre 1880 47,8 Mark betragen. Die Durchschnittsausgabe zur Erhaltung eines Armen war im Jahre 1849 in 970 Städten Preufsens jährlich 25,08 Mark [2]). Ferner werden die Prozente von Schulgeld, welche wegen Armut erlassen werden, im Verhältnis zu dem Prozentsatz der armen Bevölkerung eine Idee von der Anzahl von Leuten geben, welche in diese Klasse fallen. Obgleich es schwierig ist, über diesen Gegenstand statistische Berichte zu erhalten, so kann man doch genug finden, um eine gerechte Beurteilung über die Sache zu ermöglichen. In Dresden werden 20 % aller fälligen Schulgelder gänzlich erlassen, und 9,31 % der Solleinnahme von Schulgeldern wird durch Ermäfsigungen verloren. In Birmingham, England, wird 1/4 des Schulgeldes erlassen.

Emminghaus [3]) sagt in seinem Werke: „Das Armenwesen und die Armengesetzgebung“ p. 39: Wir halten die Klassensteuerbefreiung wegen Armut unbedingt für das zuverlässigste Material zur Beurteilung der Ausdehnung des preufsischen Armenwesens. Nach den Jahresberichten von 1857 bis 1867 beläuft sich die ganze Anzahl von Personen, die zu den Familien derjenigen gehören, die, als öffentliche Almosenempfänger, von Besteuerung frei sind, auf die folgenden Prozente der ganzen Bevölkerung [4]):

---

[1]) Schönberg, Handbuch, III. Band S. 956.

[2]) Emminghaus, Das Armenwesen und die Armengesetzgebung, S. 63. Berlin 1870.

[3]) Emminghaus, Das Armenwesen und die Armengesetzgebung.

[4]) Emminghaus, Das Armenwesen, S. 40.

1857 — 3,9 %
1858 — 3,7 %
1859 — 3,5 %
1860 — 3,4 %
1861 — 3,4 %
1862 — 3,3 %
1863 — 3,2 %
1864 — 3,1 %
1865 — 3,0 %
1866 — 2,9 %
1867 — 2,9 %

Wie unzureichend und wenig befriedigend diese Nachweise sein mögen, so können sie doch dazu dienen, uns eine Idee von der demoralisierenden Wirkung des Versuches zu geben, eine Geldsteuer aufzuerlegen, welche alle gleich belasten soll. Solch ein Versuch verletzt das ökonomische Gesetz und mufs notwendigerweise von den entsprechenden Nachteilen begleitet sein. Hier braucht die Demoralisation der niederen Klassen und der Verfall des ökonomischen Lebens nicht geschildert zu werden, die im Gefolge dieser ökonomischen oder sozialen Übelstände sind, mögen sie natürlich oder künstlich sein, welche grofse Schichten der Bevölkerung zwingen oder veranlassen, sich auf öffentliche Unterstützungen eher als auf ihre eignen unabhängigen Bemühungen zu verlassen. Die Übelstände sind nur zu gut bekannt.

Aber die Abschaffung des Schulgeldes würde mit einem Male alle diese Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, die Steuerlasten sich nach natürlichen Umständen richten lassen, durch das Erwecken der vernünftigen Hoffnung auf vollständige Unabhängigkeit in grofsen Schichten der Bevölkerung das ökonomische Leben anregen und dieselben zugleich von dem bedrückendem Bewufstsein befreien, öffentliche Unterstützung zu empfangen und von ihren Nächsten als Bettler oder unwürdige Schmarotzer angesehen zu werden.

2. Soziale und politische Seiten des Problems.

Wenn wir uns zu den Schulen selbst wenden, werden wir finden, dafs gewisse soziale und politische Seiten des Gegenstandes aus den Versuchen hervorgehen, sich dem ökonomischen Gesetze anzupassen, welche jedes dicht bevölkerte Land unter dem System des Schulgeldes zu machen gezwungen ist. Es ist eine ökonomische Absurdität, wenn man sagt, es sei die Pflicht jedes Vaters oder jeder

Mutter, jährlich eine gewisse Summe für die Erziehung jedes ihrer Kinder im schulpflichtigen Alter auszugeben. Wenn das Gesetz: „Du kannst, denn du sollst“ in der moralischen Welt gilt, so gilt in der ökonomischen Welt jenes andere Gesetz: „Du sollst nicht, denn du kannst nicht“ ebensoviel. Es liegt auf der Hand, dafs in jedem Lande, in dem der Reichtum sehr verschiedenartig verteilt ist, das Schulgeld für verschiedene Klassen der Gesellschaft abgestuft werden mufs, wenn es nicht an und für sich aufserordentlich niedrig oder die Zahl derer, die es nicht bezahlen können, aufserordentlich grofs ist. So beträgt z. B. in England das wöchentliche Schulgeld und zwar nach folgender Tabelle:

1. Unter		$8^1/_2$ P.	wöchentlich	in	0,7 %	der	Schulen
2. Zwischen	$8^1/_2$ u.	17	„	„	15,22 %	„	„
3. „	17 u.	$25^1/_2$	„	„	37,49 %	„	„
4. „	$25^1/_2$ u.	34	„	„	27,29 %	„	„
5. „	34 u.	51	„	„	12,69 %	„	„
6. „	51 u.	$76^1/_2$	„	„	3,02 %	„	„
7. „	$76^1/_2$ u.	mehr	„	„	0,61 %	„	„

Es kommt in den grofsen Städten oft vor, dafs neben einer Schule, die die Woche 1—2 Pence (10—20 Pfennig) verlangt, eine andere 6—9 Pence fordert, während beide dasselbe leisten. In Deutschland jedoch scheinen nicht mehr als etwa drei Grade für eine gewisse Stadt vorhanden zu sein. Dies sind die Volksschulen, die Bürgerschulen, die Vorschulen der Gymnasien für Knaben und die höheren Töchterschulen für Mädchen. Das Schulgeld stellt sich für dieselben ungefähr wie folgt:

Volksschulen	18 Mark,	
Bürgerschulen	36 „	
Vorschulen	80 „	
Höhere Töchterschulen .	90 „	jährlich.

Es mag unterdessen, ungleich den englischen Schulen, ein gewisser Unterschied in den Leistungen der Schulen sein, während gewifs in der Zahl der von einem Lehrer unterrichteten Schüler ein solcher besteht.

Beim ersten Blick kann es erscheinen, als entspräche dieser Plan den Anforderungen der Besteuerungsgesetze. Im grofsen und ganzen ist dem so, und wären keine ernstlichen Nachteile damit verknüpft, dürfte es auch ohne ernstliche Angriffe stehen bleiben. Ein Teil dieser Nachteile ist schon nachgewiesen worden.

Im Auge des Beobachters der sozialen und politischen Er-

scheinungen ist noch ein Übel von durchdringenden und weitreichenden Wirkungen mit solch einem System verwoben. Alle die verschiedenen Phasen, welche das Übel annehmen mag, haben eine gemeinsame Wurzel, nämlich die Tendenz des gegenwärtigen Systems, den jetzigen sozialen Stand der Kinder scharf abzugrenzen, namentlich diejenigen, die den ärmeren Klassen angehören. Es bestrebt sich, die Gesellschaft verschieden abzustufen und zwar nach Bedingungen, die nicht im Charakter und der Fähigkeit ihrer Glieder liegen, schärft nämlich den schon zu grofsen sozialen Unterschied dadurch, dafs es ihn künstlich dauernd zu machen sucht. Durch ein System abgestuften Schulgeldes, vereint mit dem Schulzwangsgesetz, werden $^{9}/_{10}$ der Bewohner in eine Art von Schulen hineingezwungen, die von dem andern Zehntel verachtet, von der Majorität nicht geehrt sind. Der menschliche Geist ist ein empfängliches Ding, wenn er Höhen moralischer Kraft ersteigen kann, so vermag er auch sehr tief von denselben herabzusteigen — und es geziemt einem Volke nicht, das Zufällige, Vorübergehende, Materielle, moralisch Inhaltlose den Geist und das Leben seiner Glieder bestimmen zu lassen. Die Nation sollte die umfassende Humanität Burns' erkennen: Ein Mensch ist ein Mensch trotz alledem — „A man's a man for a that“ und niemals politische oder soziale Ungleichheit unter ihren Bürgern weder gründen, befördern, noch anerkennen. In ihren Augen, ihren öffentlichen Institutionen, vor ihrem Gerichtshof sollte jeder Bürger als gleichstehend mit dem andern angesehen werden. Damit treten wir natürlich nicht für die Abgeschmacktheit ein, deren sich die Träger der französischen Revolution schuldig machten, als sie die Staatsgewalt anwandten, um soziale Gleichheit im Privatleben zu erzwingen.

Aber durch das jetzige System, welches Schulgeld und Schulzwang bestimmt, wird das breite und gerechte Prinzip auf die oben angegebene Weise verletzt, und ihm folgt auf ökonomischem und sozialem Gebiete eine Menge von Übelständen. Diese mögen kurz betrachtet werden wie folgt:

a) Viele Eltern von beschränkten Mitteln, die aber den niedrigen sozialen Standpunkt einsehen, den ein in der Volksschule Unterrichteter fast notwendigerweise einnehmen mufs, bringen grofse Opfer, um ihre Kinder in Schulen von sozial höherem Range zu schicken. Dasselbe Gefühl treibt sie, dieselben in schon überfüllte Berufsbahnen zu stellen, für welche sie wenig Fähigkeit haben mögen. Dies erklärt zum grofsen Teil die gegenwärtige Klage der Über-

bildung und des Überwucherns des Gelehrtenstandes. Wenn ein gesunderes Volksgefühl in diesen Dingen vorhanden wäre, das freie Schulen sehr pflegen würde, so fänden Charakter und Fähigkeit ihre nützlichsten Bahnen freier und zählten in der sozialen Welt mehr als die Stellung oder die Art der Erziehung.

b) Die künstliche Verschärfung der sozialen Unterschiede macht die Kluft zwischen reich und arm, welche die Zustände des modernen ökonomischen Lebens unvermeidlich machen, immer unerträglicher. Wenn die Kinder dieser Klassen eine Reihe von Jahren auf gemeinsamem Boden zusammen sein und nach demselben Maſsstabe gemessen werden, so wird ein groſser Teil der Roheit dieser Stände vermieden werden.

Der frühere amerikanische Commissioner of Education, General John Eaton, sagte einmal in betreff dieses Punktes: „Es ist nicht daran zu zweifeln, daſs die groſse bürgerliche Freiheit, welche alle unter uns genieſsen, mit dem Wohlwollen, das in der amerikanischen Gesellschaft herrscht, zusammenhängt, aber dieses Wohlwollen ist wesentlich gefördert worden durch unser Freischulsystem, indem die Kinder aller Stände sich auf gemeinsamem Boden sammeln; sie steigen durch eignes Verdienst, lernen einander kennen, schlieſsen Freundschaftsbündnisse, welche geeignet sind, diejenigen Streitigkeiten zu mildern, die entgegengesetzte Interessen und gewaltige Konkurrenz immer Gefahr laufen hervorzurufen.“ Dies ist die Erfahrung und Meinung der groſsen Masse des amerikanischen Volkes. Nicht nur Individuen verschiedener Klassen lernen einander schätzen, sondern auch Individuen einer Klasse lernen objektive Proben auf Charaktere anderer Klassen anstellen.

Aus der schnellen Entwickelung der freien Schulen in Berlin und dem Zeugnis ihrer Lehrer kann man schlieſsen, daſs freie Schulen in allen deutschen Städten in der öffentlichen Achtung sehr hoch stehen und in ihren Wirkungen so gesund sein würden, als in den Vereinigten Staaten. Das Schulgeld wurde in Berlin im Jahre 1869 abgeschafft. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Gemeindeschulen seit 1830.

Jahr.	Zahl der Schulen.	Zahl der Klassen.	Zahl der Kinder.	Zahl der Privat-Elementarschulen.
1830	7	28	3 272	
1837	9	46	5 211	
1847	15	114	9 735	8 887
1858	15	142	12 082	14 156

Jahr.	Zahl der Schulen.	Zahl der Klassen.	Zahl der Kinder.	Zahl der Privat-Elementarschulen.
1869	49	557	31 752	9 726
1873	76	950	48 096	8 031
1876	94	1 265	67 902	keine.
1880	114	1 763	94 219	keine.
1882	121	1 899	103 207	keine.

Der Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin (1861—76) p. 250 sagt in bezug auf diese Schulen:

„Ein über das ganze Weichbild ausgebreitetes Netz von gleichmäfsig organisierten Elementarschulen, grofs genug, um allen Kindern den freien Zutritt zu gewähren, zweckmäfsig und wirksam genug, um das allgemeine Vertrauen zu verdienen; ein durch alle Bezirke verzweigtes System von Schulkommissionen, gebildet aus Bürgern im Ehrenamte, im Besitz ausreichender Befugnis und Personalkenntnis, um jedem Kinde die Erfüllung der Schulpflicht zu ermöglichen, völlige Versäumnis bei keinem zu dulden; eine Centralverwaltung, ausgestattet mit solcher Vollmacht und solcher Technik, dafs sie das wachsende Schulbedürfnis in dem Mafse zu erfüllen vermögen, wie es entsteht, — das ist die unter steigender Teilnahme der Bürgerschaft bis in unsere Berichtsperiode 1860—76 reichende Schöpfung des Gemeindeschulwesens.“

Es mufs bemerkt werden, dafs diesem ganzen Fortschritt, der gemacht worden ist, ein wesentliches Moment an seinem vollständigen Erfolg fehlt, nämlich die Möglichkeit, aus diesen Schulen zu höheren Unterrichtsanstalten überzugehen. Der Bericht sagt ferner auf Seite 254 in bezug auf diesen Punkt:

„Das Niveau der Gesellschaftsschichten, welche ihre Kinder der Volksschule zuführen, ist im Steigen begriffen, es hat im allgemeinen jetzt (1876) die Klasse der minder begüterten Handwerker und Beamten erreicht. Mit ihm steigen die Anforderungen an die Schule und auch ihre Leistungsfähigkeit, d. h. auch ihre Anziehungskraft. Diesem Prozefs ist es zu danken, dafs die Gefahr des ungünstigen Einflusses der roheren Elemente zurücktritt; die überwiegende Mehrzahl der Kinder entstammt geordneten Verhältnissen; aber dieser Prozefs hat auch das Zuflufsgebiet der Gemeindeschule in unerwarteter Weise ausgedehnt; er wird sich fortsetzen, wenn den Knaben, die das Ziel der Gemeindeschule frühzeitig erreicht haben, zur Fortsetzung ihrer Schulbildung in solchen höheren Schulen Gelegenheit

geboten wird, die den fremdsprachlichen Unterricht erst nach dem sechsten Jahre beginnen."

Wir sehen, dafs die freien Schulen in dem kurzen Zeitraume von sieben Jahren seit ihrer Gründung schon einen selbständigen Charakter gewonnen hatten und schon Klassen vereinigten, die sie früher trennten. Seit 1876 sind die Schulen schnell gewachsen, denn der Zuwachs an Kindern von 1876—1882 beträgt 52 %.

Es scheint, dafs diese Schulen in kurzer Zeit den ganzen Elementarunterricht mit Ausnahme der Gymnasialvorschulen und höheren Töchterschulen umfassen werden, vorausgesetzt, dafs Vorkehrungen getroffen werden, um die Elementarschulen mit höheren Unterrichtsanstalten in Verbindung zu bringen. Kann man zweifeln, dafs eine solche Vervollständigung sehnlich zu wünschen ist? Müssen wir nicht den sich täglich weiter öffnenden Spalt zwischen arm und reich überbrücken? Wie könnte das besser geschehen, als dafs man die Kinder der beiden Stände gemeinsam erzöge? Vorausgesetzt, es schicken nicht alle reichen Leute ihre Kinder in die Volksschule. Einige werden es thun, und die Schule selbst wird, anstatt von beiden, die sie benutzen und die sie nicht besuchen, mifsachtet zu werden, ein Gegenstand des Stolzes und der Liebe werden, wie in den Vereinigten Staaten. — Das wird an und für sich kein geringer Vorteil für diejenigen sein, die die erste Bildung in ihren Räumen erhalten haben.

c) Wenn wir wieder zu einer Betrachtung der Wirkungen des gegenwärtigen Systems auf die erwachsene Bevölkerung zurückkommen, werden wir die Reihe der Nachteile noch nicht erschöpft finden. Was für Ansichten die Menschen auch darüber haben mögen, inwieweit der Staat gerechtfertigt ist, ökonomische Thätigkeit auszuüben, so müssen doch alle wenigstens die Einflüsse beklagen, welche dazu führen, das Volk weniger selbständig, weniger entschlossen zu machen, den Kampf ums Dasein auszukämpfen, und mehr geneigt, sich auf den stärkeren Arm des Staates zu stützen. Wenn das Volk lernt, dafs die Zahlung des Schulgeldes eine dem Manne zufallende Pflicht ist, sobald er Vater ist, dafs aber die Abgabe um so kleiner wird, je ärmer ein Mann ist und je mehr Kinder er hat, dafs der Reiche, um dieselbe zu zahlen, viel, der Arme wenig oder nichts zu steuern hat, dafs der Staat für die eine Klasse wenig, für die andere fast oder wirklich alles trägt, dann kann unter den Armen nur das Gefühl entstehen, in allen sozialen und ökonomischen Notlagen zu dem Staat um Hilfe auf-

zublicken. Das Verlangen nach Staatsbevormundung in der Regierung wird so grofs, dafs es das Selbstvertrauen, den höchsten sozialen und ökonomischen Wert des Volkes, untergräbt. Die Schule ist allerdings nur ein Moment in dem allgemeinen Streben nach Staatshilfe, aber sie ist ein wichtiges und hat ihren vollen Anteil an jenem Gegensatz und seiner wahrscheinlichen Lösung, die in dem nächsten Abschnitt besprochen werden soll.

d) Man braucht nicht ihre vollständige Darlegung abzuwarten, um zu wissen, dafs Gegensätze in dem Geist eines Volkes auf die eine oder die andere Art ihre Lösung finden. Weise Staatsmänner sahen z. B. in Amerika voraus, dafs der Gegensatz zwischen menschlicher Sklaverei und jenem Prinzip der Erklärung der Unabhängigkeit, welche erklärt, dafs alle Menschen frei und gleich geboren sind, früher oder später beseitigt werden müsse. Dies geschah endlich, aber unter schrecklichen Kosten der Nation. — Ebenso besteht in Deutschland ein schroffer Gegensatz zwischen der konstitutionellen bürgerlichen Freiheit, in welcher jeder Mensch politisch dem andern gleichsteht, eine gleiche Stimme in der Bestimmung der Reichsangelegenheiten hat auf der einen Seite und der Herrschaft und Beförderung sozialer Ungleichheit grofser Klassen von seiten des Staates auf der andern. Zu diesen Momenten kommt noch natürlich die wachsende Gefahr ökonomischer Krisen und das daraus folgende Leiden der arbeitenden Klassen. Suchen diese Gegensätze nicht schon ihre Lösung durch den Sozialismus? Man täuscht sich, wenn man den Sozialismus gänzlich dem Verfall des religiösen Bewufstseins, oder sogar ökonomischer Bedingungen zuschreibt. Es giebt andere und tiefere Gründe desselben. Wenn auch die Religion die Schärfe sozialer, politischer und ökonomischer Übelstände lindern kann, vermag sie dieselben doch nicht zu heilen, und der Mangel allein treibt die Menschen nicht zum Sozialismus. Warum soll gerade Deutschland zwei Weltteile mit Sozialisten füllen, woher kommt es, dafs Amerika, obwohl wir in den östlichen Staaten eine dichte Bevölkerung haben, welche meistenteils in Fabriken und Bergwerken beschäftigt ist, wo immer viel Armut herrscht, ein in Amerika geborner Sozialist so schwer zu finden ist, und dafs fast die ganze Brut aus europäischen Einwanderern und besonders aus Deutschen besteht? Ein amerikanischer Professor, der reichlich Gelegenheit gehabt hat den Sozialismus in Amerika und Deutschland zu beobachten, schreibt kürzlich in einem Briefe: „Was den Sozialismus in Amerika betrifft, so ist Statistik darüber

schwer zu erlangen; aber ich glaube, dafs es schwer sein würde, einen in Amerika gebornen Sozialisten zu finden. Er ist ein seltener Vogel. Ich habe ihn nie gesehen. Soviel ich weifs, sind neun Zehntel aller sozialistischen Zeitungen hier in der deutschen Sprache geschrieben und gedruckt. Der Sozialismus im deutschen Sinne ist unter unsern amerikanischen Arbeitern unbekannt. —"

Es kann angenommen werden, dafs die Schule nur ein kleines Moment in dieser grofsen Sache ist, aber sie ist in sofern wichtig, als sie der geeignete Ausgangspunkt ist, jene Unabhängigkeit — Selbständigkeit des Charakters, jene richtige Schätzung des Menschen nach seinem inneren Wert, der der beste Schutz eines Volkes gegen die wilden Pläne des sozialen Anarchisten ist, zu verbreiten.

3. Betrachtung der Einwendungen gegen freie Schulen.

a) Englische church-men (Geistliche), welche die freien Schulen fürchten, weil dieselben den Elementarunterricht ihren Händen entrücken könnten, sie also einer vorzüglichen Gelegenheit, Propaganda zu machen, berauben würden, reden gern von dem Verlust an Interesse für die Erziehung ihrer Kinder, welchen Eltern erleiden würden, falls sie nicht länger Schulgeld zu bezahlen brauchten. Dieser Einwand beruht aber weder auf der Vernunft, noch auf der Erfahrung derjenigen, die freie Schulen gegründet haben. Erstlich ist der Wert, der der Bildung beigemessen wird, nicht nach Geld abzuschätzen, sondern hängt vielmehr von der Kultur ab. Soweit Eltern durch pekuniäre Hinsichten ein Interesse an der Erziehung ihrer Kinder zu haben bewogen werden können, haben sie dasselbe schon genügend dadurch zu beweisen, dafs sie die Mittel zum Unterhalt der Kinder und zu ihren Lernmitteln aufbringen und deren Arbeitslohn entbehren. Nur die unteren Klassen brauchen den Sporn des Schulgeldes, denn die gebildeten haben schon eine richtige Wertschätzung der Erziehung für ihre Kinder. Wird aber wohl der arme Mann mehr Interesse an der Erziehung seiner Kinder unter einem System nehmen, welches sie in eine Schule hineindrängt, die die höheren Klassen für gut genug für ihn, aber nicht ausreichend für sich halten, als unter einem System, welches seine Kinder einer Schule zuführt, auf welche er stolz sein kann? — Das Zeugnis des Versuches in Berlin und besonders das in Amerika bestätigen vollkommen diese Ansicht.

b) Man hat angenommen, dafs die physische und moralische

Entwickelung der Kinder aus den höheren Ständen leiden könnte, wenn sie täglich mit den Kindern der ärmeren Klassen in einer gemeinsamen Schule zusammen sind. Dies würde unzweifelhaft wahr sein, wenn unter ihnen naher, unbeaufsichtigter Verkehr stattfände; aber das ist nicht der Fall. Kinder sind oder sollten wenigstens immer unter der Aufsicht des Lehrers sein. Um jedes beträchtliche Übel in dieser Hinsicht zu verhüten, ist es in den Vereinigten Staaten genügend befunden worden,

1) die Schule unter gute ärztliche Aufsicht zu stellen,
2) die Sitze und Tische so einzurichten, dafs jedes Kind ganz isoliert sitzen kann. Dies räumt gewöhnlich den ernstesten Einwand gegen gemeinsame Volksschulen aus dem Wege, weil kein Kind mit der Person oder Kleidung unangenehmer Nachbarn in Berührung zu kommen braucht.

c) Es ist auch angeführt worden, dafs Kinder aus gebildeten Familien, ihrer gröfseren Vorteile wegen, schnellere Fortschritte machen würden als die der weniger gebildeten, und dafs die Kinder deshalb nicht wohl zusammen unterrichtet werden könnten. Die Wichtigkeit dieses Einwandes erfordert ihm Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dafs einige der Vorteile der Bildung auf Kinder übertragen werden können, dafs gute Nahrung, warme Kleidung, angenehme und luxuriöse Umgebung, der Verkehr mit gebildeten Leuten auf die geistige Entwickelung des Kindes grofsen Einflufs haben, wird niemand leugnen. Aber die augenblickliche Stellung ist kein sicheres Mafs für die Stufe geistiger Entwickelung, zu der eine Familie gekommen sein kann. Ein Glücksumstand kann einen Mann zu anscheinender Höhe der Bildung und geistigen Kraft erhoben haben, die immerhin mehr anscheinend als wirklich ist; dagegen kann das Leben der Trägheit, des selbstsüchtigen, schwächenden Genusses der Vorfahren ihre Nachkommen jener naturwüchsigen Kraft, jener strebsamen Bildung, die man eigentlich erwarten würde, berauben, bis die Kinder der Gegenwart die Erben der Folgen vergeudeter Kraft werden. Auf der andern Seite kann eine Familie, die jetzt nach Brot ringt, vom Makel moralischer Entartung freie Voreltern haben, wacker in Sinnesart und Handlungsweise, obschon von bescheidener Stellung in der Welt. Die Kinder solcher Abstammung haben eine zusammengedrückte Feder von Lebenskraft in sich, die nur auf eine Gelegenheit harrt, um emporzuschnellen. Es darf nicht vergessen werden, dafs die Quellen des Völkerlebens wie

das Leben der Natur von unten und nicht von oben her genährt werden. Erneute nicht oft die Aristokratie ihre ursprüngliche Kraft aus dem gesunderen Bürgertum? Wo blühte dauernd ein Volk, das nicht seine leitenden Kräfte aus den Volksmassen beständig erneuerte? Welche Stadt hat ihre Lebensfähigkeit in voller Kraft erhalten, die sie nicht aus dem frischen Landleben erneuerte? Was hat die moderne Gesellschaft gezwungen, mit den Individuen eher als mit königlichen oder aristokratischen Familien zu rechnen, als die notwendige Übereinstimmung mit diesem Gesetz? Wenn also auf der andern Seite die Bildung ihre Vorteile bringt, so mufs die volle frische Lebenskraft derjenigen, welche der Natur näher stehen, fortwährend ihre Kraft an den andern erneuern, sonst wird sie versiegen.

Es braucht also nicht gefürchtet zu werden, dafs dieser gröfsere Vorrat an Lebenskraft, welchen die niederen Klassen besitzen, nicht im ganzen vollständig jeden geistigen Vorteil, welchen die Bildung der Eltern ihren Kindern gewähren kann, aufwiegen wird. Diese Ansicht wurzelt fest in der Erfahrung des Verfassers während zehnjähriger Lehrthätigkeit in freien Schulen Amerikas sowohl, als in der bekannten Thatsache, dafs die gröfsten Männer, die jenem Lande in öffentlicher oder privater Thätigkeit gedient haben, aus den unteren Schichten emporgestiegen sind. Aber ein noch schlagenderes Beispiel als Beweis der Wahrheit dessen, was der Verfasser aufstellt, findet sich in den Board Schools von England. — Wir haben gesehen, wie die Kirchenschulen alles Gebiet eingenommen hatten, wo Reichtum und Bildung zu finden waren, aus Mangel an Mitteln aber gezwungen gewesen waren, die armen und unwissenden Distrikte zu vernachlässigen. Um diese Lücke auszufüllen, wurden 1870 die Board Schools eingerichtet. Die Folge davon war, dafs aller Pöbel auf dem Lande in diese Schulen hineingepfercht wurde. Die Engländer erwarteten natürlich, dafs die Kirchenschulen ihre weniger begünstigten Nachbarn in den Board Schools überflügeln würden. Aber grofs war ihr Erstaunen, als das Gegenteil sich herausstellte. Wie wir wissen, haben alle Schulen genau dieselbe Aufgabe zu erfüllen, da sie demselben genauen Unterrichtsplan folgen und von denselben Inspektoren geprüft werden. Nie zuvor hat sich eine solche Gelegenheit zur Vergleichung der Leistungsfähigkeit der niederen und der höheren Schichten geboten.

Die den amtlichen Berichten [1]) über Erziehung entnommene

[1]) Government Reports on Education.

Tabelle zeigt den bezüglichen Standpunkt der zwei Klassen von Schulen in den Jahren 1875, 1880 und 1884—85. Alle Schüler werden einzeln im Lesen, Schreiben und Rechnen geprüft. In der ersten Zeile stehen die durchnittlichen Prozente der Kinder in allen Schulen, welche in den verschiedenen Klassen die Prüfung in den 3 Fächern bestanden, in der 2. Zeile stehen die entsprechenden Durchschnittszahlen für die Board Schools.

1) Im Jahre 1870.

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.
Durchschn. f. alle Schulen	70,16	71,81	64,62	58,16	56,33	58,78
Durchschn. f. Board Schools	72,23	74,40	69,01	62,78	61,37	65,16
zu gunsten d. Board Schools	2,01	2,59	4,39	4,62	5,04	6,38

2) Im Jahre 1880.

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.
Durchschn. f. alle Schulen	65,23	66,57	59,91	55,61	58,75	58,56
Durchschn. f. Board Schools	67,64	69,81	64,42	60.41	63,76	64,35
zu gunsten d. Board Schools	2,41	3,24	4,51	4,89	5,01	5,79

3) Im Jahre 1884—85.

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.
Durchschn. f. alle Schulen	70,16	71,81	64,62	58,16	56,33	58,78
Durchschn. f. Board Schools	72,23	74,40	69,01	62,78	61,37	65,37
zu gunsten d. Board Schools	2,01	2,59	4,39	4,62	5,04	6,38

Eine Anzahl von Thatsachen werden diese unerwartete Erscheinung vielleicht erklären, aber die aller Erklärung notwendig vorauszuschickende Voraussetzung ist, dafs die Kinder der niederen Klassen im ganzen ihren glücklicheren Nächsten an Fähigkeit, die Elemente des Wissens zu erlernen, nicht ungleich sind. Erstlich beginnt die erste Stufe, wenn die Kinder 7 Jahre alt sind, aber die Kinder bringen 3 bis 4 Jahre in einer vorbereitenden Kleinkinderschule zu. Es ist augenscheinlich, dafs diese frühe Schulung einen mächtigen Einflufs auf die Kinder hat, da sie den armen ersetzt, was bei den reichen die Bildung ist. Zweitens, obgleich gemutmafst werden könnte, dafs das Alter der Schüler in den Board Schools viel gröfser wäre, als in den Kirchenschulen, so erscheint bei genauerer Nachforschung wenig Unterschied in den folgen Prozentsätzen zu sein:

Unter 6 Jahren in allen Schulen	19,71 %,	Boardschools	19,38 %
zwisch. 6 u. 8 „ „ „ „	23,39 %	„	23,58 %
„ 8 u. 10 „ „ „ „	23,56 %	„	23,66 %

zwisch. 10 u. 12 Jahr. in allen Schulen	21,39 %, Boardschools	21,47 %
„ 12 u. 14 „ „ „ „	11,06 % „	11,05 %
über 14 „ „ „ „	0,92 % „	0,86 % [1])

Board Schools sind besser verwaltet als Sektenschulen und haben einen kleineren Teil von Schüler-Lehrern (pupil teachers). Ihr Kostenaufwand ist folglich gröfser, wie der folgende Bericht zeigt:

Kosten der Erhaltung von Schulen mittlerer Frequenz.

	1880	1884—85
In freiwilligen Schulen	£ 1. 14. 2	£ 1. 15. $1^9/_{16}$
In Board Schools . .	„ 1. 17. $5^3/_4$	„ 2. 1. $8^1/_2$

Eine praktische Schwierigkeit entsteht hinsichtlich der Reorganisation in höheren Schulen, welche nötig sein würden, falls die Elementarschule für alle Klassen dieselbe sein würde. Dies kann jedoch wie in England und den Vereinigten Staaten leicht bewerkstelligt werden. Freilich werden konservative Schulmänner viele Einwendungen dagegen machen, wir müssen aber nicht vergessen, dafs die Schule um des Volkes willen, nicht das Volk der Schule wegen da ist.

B. Die Beziehung des Staates zu der Gemeinde in der Erhaltung der Schulen.

„Das Prinzip aller Verwaltung," sagt Lorenz von Stein, „kann nur das sein, dem einzelnen diejenigen Bedingungen seiner persönlichen Entwickelung zu bieten, die er selbst nicht zu schaffen vermag." Dieses Prinzip ist zu klar, um hier Erklärung zu erheischen. Ein Gemeindewesen ist in bezug auf die Gesamtheit der Gemeinden — den Staat — ebenso wirklich ein einzelner als jede Person gegenüber der Gesamtheit von Personen — dem Staat. — In Gemäfsheit mit diesem Grundsatz zerfallen also die öffentlichen Ausgaben zur Erhaltung der Schulen natürlich in zwei Kategorien:

1) Jene Ausgaben, welche die Gemeinden selbst bestreiten können, da sie die Bedingung der individuellen Entwickelung sind, sowie die Kosten für Schulhäuser, Schulgeräte, Unterricht u. s. w. und

2) Jene Ausgaben, welche, obgleich sie die notwendigen Bedingungen individueller Entwickelung sind, von den einzelnen Ge-

[1]) Report of Comittee of Council, 1884—85, p. 206.

meinden nicht bestritten werden können, nämlich solche, wie die Kosten für staatliche Beaufsichtigung, Vorbereitung der Lehrer u. s. w. Sieht man die Sache von einem andern Gesichtspunkte an, so ergiebt sich nur, dafs die verschiedenen Gemeindeverwaltungen für das aufkommen sollten, dessen ganzer Nutzen ihnen zu gute kommt, während das, was vielen Gemeinden, dem Staat, zum Vorteil gereicht, aus dem Gemeinsamen, nämlich dem Staatsschatze bezahlt werden sollte. Wir haben also die Teilungslinie gefunden, welche die Staatskosten und die lokalen Ausgaben trennen sollte. Nur aufserordentliche Umstände können ein Überschreiten dieser Linie auf einer oder der andern Seite rechtfertigen. Aber es kann vorkommen und es ist in vielen Ländern der Fall, dafs einige Gemeinden zu arm sind, um die Quantität und Qualität der Erziehung zu gewähren, die vom Staate für das Gemeinwohl als notwendig erachtet wird; oder es kann in Ländern, wo ein grofses Mafs von lokaler Selbstregierung vorhanden ist, wie in England und den Vereinigten Staaten, sich ereignen, dafs viele, obgleich reiche Gemeinden mit einem geringen Minimum von Erziehung zufrieden sind, oder dafs sie solche unumschränkte Macht über die Erziehung gewonnen haben, die ihre gleichmäfsige Wirksamkeit in irgend welcher Gemeinde unmöglich macht. Daher kann es die Pflicht oder wenigstens die richtige Politik des Staates werden, den Gemeinden zu irgend einem der folgenden Zwecke direkte Hilfe zu bewilligen:

1) Aus Armut erwachsenen Mängeln abzuhelfen.

2) Lokale Bestrebungen anzuregen.

3) Als Bedingung der staatlichen Beihilfe dem Staate solche Beaufsichtigung der Erziehung zuzusichern, um dieselbe einheitlich und durchaus wirksam zu machen.

Der übrige Teil dieser Arbeit hat den Zweck, im Licht der schon angeführten Prinzipien die wichtige Frage der nationalen Hilfe in betreff des Unterrichts in den Vereinigten Staaten zu prüfen, wo es schon wiederholt im Kongrefs vorgeschlagen worden ist, der Sache der Volkserziehung Hunderte von Millionen Dollars in den Staaten zu widmen. Eine unter dem Namen Blair Bill bekannte Vorlage liegt dem Kongrefs jetzt vor, um für die nächsten 8 Jahre an die Staaten 77 Millionen Dollars zu verteilen. Das Geld soll den Staaten im Verhältnis ihrer unzureichenden Bildungsverhältnisse zuerteilt und sofort auf die Schulen verwandt werden. Das Interesse für diesen Gegenstand ist ein sehr grofses in den Vereinigten Staaten. Man fühlt allgemein, dafs die Schulen noch weit entfernt von dem

sind, was sie sein sollten und könnten; dafs die nationale Regierung auf die eine oder andere Weise das System von seinen Übelständen befreien mufs; über die Art, auf welche dies am besten geschehen kann, herrschen jedoch die verschiedensten und widersprechendsten Meinungen. Bisher scheint noch niemand sich die Mühe genommen zu haben, die ganze Sache nach den Grundprinzipien und nach den vorliegenden Verhältnissen zu untersuchen. Diese Aufgabe will die vorliegende Arbeit zu lösen versuchen.

Alle Vorschläge im Kongrefs haben bis jetzt bezweckt, den einzelnen Gemeinden direkt Hilfe zu gewähren, während die einzelnen Staaten für ihren eignen Anteil sorgen sollen. Unsere erste Pflicht wird daher sein, diese Vorschläge nach den drei Prinzipien, welche die Berechtigung und Ausführbarkeit dieser Art von Hilfe bestimmen müssen, zu prüfen.

Es mufs als ein Grundprinzip der öffentlichen Gerechtigkeit und wahren Politik angesehen werden, dafs keine Gemeinde Staatsbeihilfe erhalten darf, um die naturgemäfs und ganz auf die Schultern der Lokalverwaltung fallenden Lasten zu tragen, ehe sie die Grenze ihrer Fähigkeit oder eine billige Grenze von Besteuerung für Schulzwecke, die vom Staat vorgezeichnet ist, erreicht hat. Diese Grenze zu bestimmen, wird in Ländern wie in Deutschland, wo die Hilfsquellen ziemlich gründlich entwickelt sind und wo die Verwaltung einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht hat, nicht viel Schwierigkeiten machen. In einem neuen, sich noch entwickelnden Lande, wie die Vereinigten Staaten, ist die Sache eine ganz andere; man denke an die fast unerschöpflichen Hilfsquellen, die im ganzen noch unentwickelt sind, an das unternehmende Volk, an das ungeheure Gebiet, an die fast unumschränkte lokale Selbstherrschaft in der Schulbeaufsichtigung und Erhaltung, soweit die nördlichen Staaten in Betracht kommen, während im Süden ein Versuch gemacht worden ist, die Schulen nach aristokratischem Grundsatz zu leiten. Die Blair Bill hat die Armut im Süden zur Hauptveranlassung. Die Frage nach der Armut in diesem Teile des Landes mufs also zuerst erörtert werden.

Der amerikanische Bürgerkrieg, der im Jahre 1865 zu seinem Ende kam, liefs den Süden in einer ganz erschöpften Lage, da er $^2/_5$ seines früheren Eigentums zerstört hatte und plötzlich die Südstaaten mit der Aufgabe belastete, die befreiten Neger und die zahl-

reiche unwissende weifse Bevölkerung, die die Sklaverei hervorgebracht hatte, zu bilden. Die Freunde der Volksbildung haben gegen grofse Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt — Armut, Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Vorurteil —, so dafs in ihren Schulen die Zeit kurz und der Unterricht dürftig gewesen ist. Aber zwanzig glückliche Jahre sind seit dem Ende des Krieges verflossen. Der Reichtum sowohl als auch die Bevölkerung dieser Staaten haben sich schnell vermehrt. Die Intelligenz verbreitet sich und die öffentlichen Schulen steigen in der öffentlichen Gunst. Hätten die Leute der Erziehung nicht selbst Hindernisse in den Weg gestellt, so würden sie bald mit vielen ihrer nördlichen Nachbarn fast gleich stehen. Die folgende, dem State Superintendent des öffentlichen (Erziehungs) Schulwesens in Georgia entnommene Tabelle giebt eine Idee von dem jetzigen Reichtum in sechs der südlichen Staaten und von ihrer regen Thätigkeit für die Sache der Bildung.

Zum Zwecke der Vergleichung ist ein ähnlicher Bericht für Illinois hinzugefügt; dies ist ein nördlicher Durchschnittsstaat, in welchem das Schulwesen gut, aber nicht überreichlich unterstützt wird.

Staaten.	Betrag des zu besteuernden Eigentums. $	Summa der vom Staat aus allen Hilfsquellen geschöpften Mitteln zur Erhaltung der Schulen. $	Prozente des zu besteuernden Eigentums.	Betrag pro Kopf der g. Bevölkerung. $	Zahl der Schulen, ohne die Stadtschulen.
Nord-Carolina	200 789 927	722 153. 27	0,35	0,51	3 annähernd.
Süd-Carolina	150 609 304	389 211. 18	0,25	0,39	4 „
Georgia	317 074 271	483 633. 11	0,15	0,31	3 [2])
Alabama	166 672 000	510 000. 00	0,30	0,40	4
Mississippi	126 754 927	803 875. 00 [1])	0,63	0,71	4 „
Louisiana	203 000 000	460 450. 00	0,22	0,48	$4^1/_4$ „
Summa	1 164 900 429	3 369 323. 46			
Illinois	821 767 600	9 648 359	1,17	3,13	7,2 [3])

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, dafs, während das besteuerbare Eigentum der sechs südlichen Staaten 141% von dem des Staates Illinois beträgt, das für die Erziehung aufgewandte Geld nur

[1]) Von diesen sind 300 000 Staatsfonds, der Rest wird durch Lokalsteuer aufgebracht.

[2]) Der Staatsfond bezahlt beinahe $^2/_3$ dieser Zeit. Die Schulpatrone bezahlen für die übrige Zeit.

[3]) Inklusive Stadtschulen.

34,9% des von dem Staate Illinois zu demselben Zweck verausgabten Geldes ist. Weiter ergiebt sich, dafs, wenn die 6 Staaten dieselben Prozente von dem besteuerbaren Eigentum erheben würden, wie es in Illinois geschieht, nämlich 1,17%, sie ein Einkommen von $ 13 629 335 oder vier mal so viel als sie jetzt für Volkserziehung aufwenden, erzielten. Oder wiederum, wenn wir Georgia allein mit Illinois vergleichen und $ 543 832 abziehen, welche der letztere Staat aus laufenden Schul-Fonds erhält, finden wir, dafs Georgia mit der Hälfte der Bevölkerung und 38% des besteuerbaren Eigentums von Illinois nur 5,3% soviel Geld für Schulzwecke aufbringt. Mit anderen Worten, Illinois thut 7mal soviel für die Volksbildung im Verhältnis zu seinen Mitteln als Georgia.

Die wahre Erklärung dieser bettelhaften Unterstützung der Schulen ist nicht die Armut, sondern, wie schon angedeutet worden ist, der Versuch, eine demokratische Institution auf einem aristokratischen Prinzip durchzuführen.

Die Bewohner vieler Südstaaten sind entschlossen, wenig oder nichts für die Bildung ihrer früheren Sklaven zu thun. In zwei Staaten werden direkt von den Negern Steuern zur Erhaltung von Negerschulen erhoben, während der letzte Bericht des Superintendent of Georgia eine sorgfältig ausgearbeitete Schrift enthält, welche beweist, dafs die allgemeine Klage, die Weifsen müfsten für die Erziehung der Schwarzen zahlen, nicht wahr ist. Aber die Schwarzen sind stimmberechtigt, so dafs wenn Steuern zu Schulzwecken durch Lokalabstimmungen erhoben würden, die Gefahr vorhanden wäre, dafs schwere Steuern für die Reichen von den Armen vorgeschlagen würden. Demgemäfs werden Steuern von Lokal- oder Staatseigentum oder Einkommen nicht gewöhnlich für Schulzwecke erhoben, da die einzige direkte Steuer für Schulzwecke die Kopfsteuer ist, welche alle gleich belastet. Ein Verzeichnis der Hilfsquellen, aus denen in Georgia das Schulgeld bezogen wird, mag dies weiter erklären:

1. Von Einkünften von W. und A. Eisenbahnen	£	150 000. 00
2. Prüfung von Düngmitteln	„	68 142. 56
3. Branntweinsteuer	„	71 684. 97
4. Löhne für Gefangene	„	15 926. 23
5. Steuer von Schaustellungen	„	1 860. 00
6. Dividenden von Georgia-Eisenbahnen . . .	„	2 233. 25
7. Anweisungen an die Staatskasse	„	4 326. 55
8. Kopfsteuer	„	178 112. 65
Summa	£	483 633. 11

Es wird aus dieser Liste ersichtlich sein, dafs nicht einer dieser Posten die Bewohner hinsichtlich ihrer Zahlungsfähigkeit berührt. Grund- oder Einkommensteuern werden nich erhoben. Das Ergebnis ist eine klägliche Unterstützung des Schulwesens und ein Eingreifen aller Arten von Auskunftsmitteln von Freunden der Volksbildung.

Der State Superintendent von Georgia schlägt vor, durch eine Hundesteuer die jetzt nur dürftig gewährte Beihilfe der Volkserziehung zu erhöhen. In scharfem Gegensatz zu diesem Verfahren steht das von den nördlichen Staaten eingeschlagene. Illinois erhebt zum Beispiel jährlich von £ 7 053 323 Eigentum lokale und £ 1 000 000 Staatssteuer; New York £ 7 832 695 lokale und £ 2 750 000 Staatssteuer; Ohio £ 6 168 037 lokale und £ 1 589 264 Staatssteuer; Pennsylvania £ 7 555 934 lokale und Staatssteuer zusammen, und so weiter für die andern Staaten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung und ihrem Reichtum. Das im Süden angewandte System ist von dem State Superintendent Orr in seinem Bericht für 1884, p. 24, gut beschrieben:

„Der State School Commissioner wird von dem Governor angestellt und von dem Senate bestätigt. Das State Board of Education — besteht aus leitenden Staatsbeamten, welche in der Eigenschaft eines educational board einfach ex officio behandeln. Die (County Boards) Distriktsaufsichtsbehörden, deren Mitglieder Freisassen sein müssen, werden von den Gliedern des Schwurgerichts bestimmt, die wiederum selbst aus den erfahrensten, intelligentesten, rechtschaffensten Männern ihrer betreffenden Distrikte gewählt werden. Die Distriktsaufsichtsbehörde (County Board) stellt die county school commissioners und die school trustees an. So erfordert das System, wie leicht ersichtlich, keine öffentlichen Wahlen. Überall ist es von dem gründlichsten Konservatismus durchdrungen. Es sollte Intelligenz, Charakter und Geldmittel in die Kontrolle bringen und thut dies auch. Es ist die einzige Art von System, das politischen Gemeinwesen angemessen ist wie diejenigen, die in South Atlantic und den Golf-Staaten zu finden sind, wo grofse Volksmassen unwissend, erwerbsunfähig sind und unstät wandern. Wir müssen bei dem bestehenden System fest bleiben und jedem Versuch eines radikalen Wechsels starken Widerstand leisten."

Die Schwierigkeit in solch einem System ist, dafs es zu konservativ ist. Mit der Macht in den Händen, verschliefst der Grundbesitzer seine Börse und thut wenig, um die Verhältnisse zu beseitigen, welche das Volk unwissend, erwerbsunfähig und unstät um-

herwandernd machen und erhalten. — Es ist ein Versuch, eine demokratische Institution auf einem aristokratischen Prinzip durchzuführen. Wie unangemessen den Forderungen der neueren Zivilisation, wie unvereinbar mit republikanischen Institutionen ein solches Prinzip immer bleiben mufs, kann aus seinen Erfolgen in der Vergangenheit gesehen werden. Es ist ein Versuch, eine grofse öffentliche Veranstaltung übereinstimmend mit den Ansichten, aber ohne die freundliche Gesinnung des Paternalismus aufrecht zu erhalten. Aber eine unserer Fragen ist erledigt; denn ehe der Süden es bewerkstelligen kann, seinen Reichtum dessen gerechten Anteil an der Bestreitung der Volkserziehung tragen zu lassen, haben jene Staaten kein moralisches Recht, nationale Hilfe für das Werk zu fordern, noch hat die Regierung irgend welche moralische Pflicht, dasselbe zu fördern, solange die Südstaaten, obwohl sie könnten, es nicht für sich selbst thun.

Die zweite Frage, ob man durch nationale Beihilfe, durch Geldmittel lokale Bestrebungen anregen könnte, ist schon teilweise beantwortet. Im Süden würde lokale Thätigkeit dazu nicht erweckt werden, denn sie ist nicht gestattet. Die Gemeinden würden das Geld gern annehmen, es verbrauchen und dann darauf warten, dafs die Reichen freiwillig ihren Beutel öffnen, oder ihnen wieder Regierungszuschüsse gewährt würden. Auch würde die Staatsthätigkeit nicht für länger als beschränkte Zeit besonders erweckt werden können. Superintendent Orr, des Staates Georgia, der im Verhältnis zu seinen Mitteln am wenigsten für die Bildung thut, berechnet, dafs der Staat nur auf 3 von den 3 Jahren, für die die Blair grant geplant ist, besondere Anstrengungen zu machen haben würde. Die erforderliche Extraanstrengung würde durch eine Staatsappropriation zu bewerkstelligen sein. So würden die ganzen (Grant) Staatsgelder zerrinnen und keinen dauernden anregenden Eindruck auf das Volk des Südens zurücklassen. Im Norden würde es nichts bewirken, unter den Verhältnissen der Blair Bill, denn die Bewohner dieser Staaten geben schon viermal soviel, als aus dem National Grant auf sie fallen würde.

Die dritte Bedingung, welche ein Überschreiten der natürlichen Teilungslinie zwischen Staat und Gemeinde rechtfertigen würde, nämlich die Möglichkeit, für die Regierung als Preis ihrer Beihilfe solche Beaufsichtigung des Schulwesens zu erlangen, welche dasselbe durch das ganze Land gleichmäfsig wirksam machen würde, verdient sorgfältige Erwägung.

Wir haben gesehen, wie die Regierung in England durch nationale grants in den Stand gesetzt wurde, Schulen, die unter der verschiedensten und unverantwortlichsten Leitung standen, ihrer Beaufsichtigung und Bestimmung zu unterstellen.

Es war kurz der Einfluſs dieser Geldbewilligungen, der England fähig machte, den ungeheuren Fortschritt in der elementaren Bildung zu machen, welchen die letzten 20 Jahre in diesem Lande haben herbeiführen sehen. Könnte ähnliche Hilfe in den Vereinigten Staaten ähnliche Erfolge erzielen, so dürfte das Werk nicht früh genug begonnen werden.

Wenn man aber Erfahrungen aus England auf amerikanische Angelegenheiten anwendet, muſs man die prinzipiellen Unterschiede in der Lage der beiden Länder in Erwägung ziehen. Die Engländer sind eine kleine, kompakte, gleichartige, einheitliche Nation. Diejenigen, von denen Konzessionen gewisser Schulrechte als Bedingungen zur Erlangung von Regierungszuschüssen gewonnen wurden, waren nichtpolitische Körperschaften, die also keine politischen Rechte oder Interessen auſser denen der gemeinsamen Regierung hatten.

Die Vereinigten Staaten dagegen sind eine Bundes-Republik; die politischen Rechte jedes ihrer Glieder sind scharf abgegrenzt und werden eifersüchtig bewacht. Seit der Einsetzung der Regierung hat ein beständiger Kampf zwischen Zentralisation und Dezentralisation bestanden. Die Lehre von der Staats-Souverainität ist die hauptsächliche Rechtfertigung der südlichen Staaten für den Krieg der Rebellion.

Unter diesen Verhältnissen kann es nicht erstaunlich sein, daſs jeder Versuch, den nationalen Einfluſs auf Kosten desjenigen der Staaten auszudehnen, immer auf bitteren Widerstand gestoſsen ist. Jeder Plan, durch welchen die Hand der Regierung in jedem Gemeinwesen fühlbar würde, träfe auf heftigen Widerstand. Die praktischen Schwierigkeiten irgend welcher wirksamen Regierungsverwaltung der Schulangelegenheiten würden überdies fast unübersteiglich sein: ein Flächenraum, ganz Europa an Gröſse gleich, das Heer von Beamten, die notwendig sein würden, die radikalen Unterschiede in der Schulverwaltung im Norden und im Süden. Es ist gewiſs, daſs sowohl in seiner Theorie als auch in seiner Praxis jeder Plan, den Einfluſs der Regierung auf die Schulen zu gewinnen, stark bekämpft werden und eine gewaltige Niederlage erleiden würde.

Nach allen drei Darlegungen hin müssen die Blair Bill und alle ähnlichen Entwürfe für die Gewährung von direkten Subsidien verworfen werden. Äufserste Armut erfordert die nationale Hilfe nicht, denn die ärmsten Staaten haben nicht halb soviel gethan, als sie thun können; die Aussicht auf die Anfeuerung lokaler Bestrebungen zur Erhaltung der Schulen ist nicht grofs genug, um sie zu rechtfertigen; endlich ist die Hoffnung, durch die nationale Verwaltung von Regierungsgeldbewilligungen gleichförmig erfolgreiche Schulen in ganz Amerika zu erhalten, zu schwach, um sich ihr hinzugeben.

Da es entschieden ist, dafs unter den bestehenden Verhältnissen die nationale Regierung nicht berechtigt sein würde, wenn sie den Gemeindeverwaltungen hälfe, jene finanziellen Lasten zu tragen, welche sie unter normalen Verhältnissen allein tragen sollten, erübrigt jetzt noch, genauer zu untersuchen, ob es geraten sei, nationale Hilfe zur Volksbildung auf das einzige übrig bleibende Gebiet der Schulkosten, die natürlich dem Staat zukommen, die Vorbereitung der Lehrer, anzuwenden.

Die endgültige, feste Entscheidung dieses Gegenstandes wird von einer Zahl wichtiger Erwägungen abhängen:

1) Ob die Bildung und Berufsvorbereitung der Lehrer das Hauptbedürfnis des amerikanischen Schulsystems ist.

2) Ob die einzelnen Staaten diese Aufgabe erfüllen können und wollen.

3) Ob die nationale Regierung als Bedingung der Vorbildung aller Lehrer die Staaten zwingen könnte, solche Mafsregeln zu ergreifen, welche erfolgreiche und gleichmäfsige Wirksamkeit der Schulen zusichern würden.

Das amerikanische Volksschulsystem hat eine edle Aufgabe gelöst und löst sie noch. Es hat sich die Achtung, die Liebe, das Geld und die Kinder des amerikanischen Volkes erworben; dennoch fühlen seine besten Freunde, dafs es noch längst nicht vollkommen ist, dafs es noch nicht alles leistet, was es leisten sollte und könnte. Viele der Staaten scheinen das Mafs ihres Könnens erreicht zu haben und unfähig zu sein, den nächsten Schritt zu thun, der das System zu seiner vollkommenen Wirkung bringen würde. Eine weitreichende, liberale, weise leitende Hand ist jetzt nötig. Aller Augen wenden sich instinktiv nach der nationalen Regierung als

der geeigneten Hilfsquelle. Viele, vielleicht die meisten, scheinen zu denken, dafs zu der direkten Erhaltung der Schulen eine gröfsere Summe Geldes das Hauptterfordernis ist, — dafs Geldmangel in diesem Falle die Wurzel alles Übels ist. Erörtern wir diese Frage kurz, indem wir die Vereinigten Staaten mit anderen Ländern vergleichen, die anerkannt gute Schulen haben.

In Preufsen werden 91% aller Kinder in den öffentlichen Elementarschulen unterrichtet. Die Durchschnittskosten waren im Jahre 1878 für jedes Kind 24,01 M. Da der Schulbesuch über 95% (?) der registrierten Kinder beträgt, ist der Kostenaufwand für jedes Kind weniger als 30 Mark jährlich. Die Ausgabe für jeden Kopf der Bevölkerung war 3,56 M.[1]) In England und Wales betrugen im Jahre 1884/85 die Kosten pro Kind bei durchschnittlichem Schulbesuch 38,27 M. Der ganze Kostenaufwand für Elementarschulen war 1881 109 408 069 M., und die Bevölkerung betrug 25 974 439, woraus sich der Durchschnittsbetrag der Kosten auf 4,21 M. pro Kopf ergiebt.[2]) In den Vereinigten Staaten betrug die Ausgabe für jedes Kind bei durchschnittlichem Schulbesuch 1882/83 zwischen 60 und 85 M. in 17 Staaten, zwischen 30—60 M. in 13, und nur in 6 Staaten unter 30 M.

In diesem Jahre war der ganze Kostenaufwand in den Vereinigten Staaten für freie öffentliche Schulen 371 445 135 M.[3]) Berechnet man die Bevölkerung auf 52 Millionen, so ergiebt sich als Durchschnittsausgabe pro Kopf der Bevölkerung 7,14 M. — Oder, wenn man 58 242 672 M., den Betrag des Aufwandes der 15 früheren Sklavenstaaten abzieht, wo die Volksschule noch in den Windeln liegt, und berechnet, dafs die übrigen Staaten 33 Millionen Einwohner haben, so ergiebt sich, dafs 9,49 M. pro Kopf für öffentliche Schulzwecke bezahlt wird. Dies ist $2^2/_3$ mal soviel als Preufsen und $2^1/_4$ mal soviel als England für öffentlichen Elementarunterricht verausgabt. Ohne bei einer Zergliederung der verschiedenen Umstände, welche diese grofsen Unterschiede ausgleichen möchten, stehen zu bleiben, ersieht man deutlich, dafs in den Vereinigten Staaten eine bessere Verwendung des Geldes nötiger ist, als gröfsere Summen. Wenn aber der Fehler nicht in der Erhaltung der Schulen liegt, so mufs er in der Verwaltung derselben zu finden sein. Wenden wir darauf unsere Aufmerksamkeit.

---

[1]) Zeitschrift des K. p. statistischen Büreaus, S. 84, 89.
[2]) Report, 1884—85, S. XXIX u. 237.
[3]) Report of Com. of Ed., 1882—83, S. XIX.

In der geschichtlichen Entwickelung des amerikanischen Schulsystems sahen wir, wie die dezentralisierenden Einflüsse, die sich in jenem Lande immer fühlbar gemacht haben, fast die ganze Verwaltung kleinen Körperschaften lokaler Behörden übertragen haben. In dieser Thatsache liegt die Stärke und die Schwäche des amerikanischen Schulsystems. Ihr sind die gesunde öffentliche Meinung über die Notwendigkeit der Erziehung und Bildung und die kräftige Geldunterstützung, deren sich die Schulen im allgemeinen erfreuen, im grofsen und ganzen zuzuschreiben. Auf der andern Seite erweist sich in der lokalen Selbstherrschaft das Gesetz der fast schrankenlosen lokalen Subjektivität als die Wurzel der Übel, die das amerikanische Volk so sehr zu beseitigen wünscht. Die Schulen werden von Lokalbehörden geleitet, die von der Bevölkerung gewählt werden und die, so fordert es das Gesetz, keine Befähigung noch Sachkenntnis in bezug auf das Schulwesen haben. Die einzigen Schranken ihrer absoluten Gewalt über die Schulen sind ein mögliches Minimum von Zeit, während welcher Schule gehalten werden mufs, und von seiten des Staates Bestimmungen über die Qualifikation der Lehrer. Aber die Befähigung ist gewöhnlich so gering — für den untersten Grad von Lehrern —, dafs es nur Kindern und Personen, die nicht die in den Elementarschulen gelehrten Kenntnisse haben, nicht gestattet wird, zu unterrichten. Sogar diese Forderungen, so klein sie sind, werden oft umgangen, da die Examinatoren gewöhnlich am Orte gewählte Schulbeamten sind, die wahrscheinlich ihre Stelle bei der nächsten Wahl verlieren, wenn sie bei ihren Prüfungen unliebsam streng sein würden. In allen andern Dingen hat die Lokalschulbehörde (local board) die höchste Macht. Diese hat zu bestimmen, wer Lehrer sein soll, wie lange er unterrichten soll, was seine Bezahlung sein wird. Kontrakte mit Lehrern werden nie für länger als ein Jahr abgeschlossen und gelten gewöhnlich nur für ein Schulhalbjahr. Eine dem Verfasser bekannte Stadt engagiert ihre Lehrer nur monatlich, so dafs sie einen unbrauchbaren bald los werden kann. Dazu kommt, dafs die Behörden — boards — aus allen Arten von Gründen erwählt werden: — Kirchenstreitigkeiten, billige oder theure Schulen, Hafs auf einen gewissen Lehrer, der Wunsch, einen anderen zu haben, politische Fragen —, und es ist leicht ersichtlich, wie die Schule den gefährlichsten Einflüssen zur Beute anheimfällt. Persönliche und Verwandten-Begünstigungen, Unwissenheit, Vorurteil, falsch verstandene Sparsamkeitsideen, niedrige Lebensanschauung, politische Kleinlichkeit in der Leitung der Schulen

finden einzig ihre Grenze durch die öffentliche Meinung des Volkes, welche hoch oder gering sein kann. Das Ergebnis davon ist, daſs das Lehren eine Art zeitweiser Wander-Beschäftigung ist, die jedem, der sie zu ergreifen beliebt, offen steht, anstatt ein dauernder Beruf zu sein, in welchem nur gehörig Vorbereitete eine Stelle finden können. Freilich haben die meisten nördlichen Staaten eine oder mehrere normal schools — Seminare —, aber in keinem Staate wird eine berufsmäſsige Vorbildung als Bedingung zum Lehrerwerden gefordert. Nur in einem Staate, soweit wir wissen, hat man einen systematischen Versuch gemacht, den genauen Standpunkt der Vorbereitung und der Erfahrung der Lehrer zu bestimmen. Eine solche Arbeit ist soeben für Illinois von Mr. W. L. Pillsbury, Assistant State Superintendent des öffentlichen Unterrichtes, beendet und in dem Schulbericht von Illinois für 1883—84 herausgegeben worden. Seine Angaben sind aus persönlichen Berichten der Lehrer selbst zusammengestellt. Die ganze Anzahl der Lehrer, die Berichte gegeben hatten, war 17 891 oder $^9/_{10}$ aller Lehrer von Illinois. Von diesen haben nur 2 388 oder 13,4% irgendwelche berufsmäſsige Vorbereitung erhalten. Von den 1771 Lehrern aus State Normal Schools hatten nur 279 oder $15^3/_4$ % den Kursus durchgemacht. Dies beweist, daſs nur wenig mehr als 2% aller Lehrer in Illinois einen berufsmäſsigen Vorbereitungskursus absolviert haben. Weiter ergibt sich, daſs nur 9 055 oder 50,6% der Lehrer mehr als Elementarbildung erhalten haben, die übrigen 49,4% haben sich auf die Elementarschulbildung beschränkt. Die Durchschnittsdauer der Unterrichtszeit für alle Lehrer ist 38,3 Monate oder ein wenig mehr als 4 Schuljahre. Bei dieser Sachlage kann es der weisesten Verwaltung nicht gelingen, gleichmäſsig erfolgreiche Wirksamkeit der Schulen zu erzielen, denn kein Schulsystem kann einen hohen Grad erfolgreicher Thätigkeit erreichen, wenn die Körperschaft der Lehrer unvorbereitet, halb gebildet und unstät ist; aber alle diese Übelstände werden in Amerika dadurch noch vergröſsert, daſs die auſserordentlich starke Macht der Verwaltung in den Händen der vom Volke gewählten Schulbehörden liegt. Wären berufsmäſsig vorgebildete Lehrer an jeder Schule, wenn der Strom unzulänglicher, billiger, ungebildeter Lehrer an seiner Quelle verstopft würde, könnten die Übelstände lokaler Selbstherrschaft bald beseitigt oder wenigstens bald verringert werden, während keiner ihrer Vorteile geopfert werden müſste. Die Länge der Unterrichtszeit würde viel bedeutender werden, die Lehrer würden weniger ein Wanderleben führen,

während ungebildete, unvorbereitete Lehrer gänzlich von den Schulen ausgeschlossen werden würden.

Aber abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen, welche zeigen werden, dafs die Vorbildung der Lehrer das Hauptbedürfnis des amerikanischen Schulsystemes ist, liegen noch andere von spezifischer Natur vor, die mit gleichem Nachdruck nach derselben Richtung hindeuten. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dafs die Landbevölkerung nicht wie in Deutschland in Dörfern zusammen lebt, sondern über die ganze Fläche des Landes verstreut ist, jeder Landbesitzer auf seiner Farm. Dies macht ein System isolierter Landschulen nötig. In Illinois z. B. sind über 10 000 Schulen dieser Art und weniger als 1200 Stadtschulen. Daraus entsteht ein Problem, das für die Vereinigten Staaten eine bedeutendere Gröfse und Wichtigkeit erreicht hat, als für irgend ein anderes Land — das der Beaufsichtigung oder Inspektion der Schulen. Der allgemeine Plan in Amerika ist, für jede Grafschaft einen Inspektor zu ernennen, der 100 bis 300 einzelne Schulen unter sich haben soll. Die gröfste Zahl unwissender und unerfahrener Lehrer häuft sich natürlich in diesen Landschulen, wo sie am bereitwilligsten Beschäftigung finden. Kein Lehrer kann mehr als ein- oder zweimal jährlich inspiziert werden, während dies bei vielen gar nicht geschieht. Die Inspektion hat meist nur einige Bemerkungen als Resultat. Nichts könnte eigentümlicher und abgeschmackter sein, als dieser Versuch, den Mangel genügender Vorbereitung der Lehrer durch den gelegentlichen Besuch eines Inspektors zu ersetzen, dessen ganze Machtvollkommenheit nur beratend ist. Ein solches Verfahren würde dem gleichen, eine Kompanie Soldaten einzuexerzieren, während die Leute mehrere hundert Schritt voneinander entfernt wären. Ein dem gesunden Menschenverstand weit mehr entsprechender Plan würde sein, diese Lehrer, ehe sie ihre Lehrthätigkeit beginnen, zu veranlassen, an einem Ort zu gehöriger Vorbereitung zusammenzukommen. Ist ein fachgemäfs vorbereiteter Lehrer in jeder Schule, so kann das Problem der Beaufsichtigung, an welchem Schulmänner, county superintendents und die Gesetzgebung der einzelnen Staaten lange vergebens gearbeitet haben, gelöst werden. Dann würde Korrespondenz und ein gelegentlicher Schulbesuch alles in guter, laufender Ordnung halten.

Wiederum sind für die meisten Staaten jene freien und leichten, grundlegenden Zeiten vorüber, wo der Farmer auf seinem eignen Lande wohnte und seine Knaben jeden Winter zur Schule schickte,

bis sie 21 Jahre alt waren, wo er nur „den Boden mit der Hacke zu kitzeln brauchte, damit derselbe mit reicher Ernte lachte". Jetzt haben vielfach Pächter die Farmen inne; ihre Kinder dürfen nur dann in die Schule gehen, wenn zu Hause nichts für sie zu thun ist; in den gröfseren und kleineren Städten mufs das Kind des Arbeiters die Schule so bald als möglich verlassen, um, wenn es alt genug dazu ist, in die Fabrik zu gehen und anzufangen Geld zu verdienen. Das Schulleben fängt jetzt an so kurz zu werden, dafs die grofse Menge der Kinder die Schule lange vor dem 14. Jahre verläfst. Bei dem bedrohlich kürzer werdenden Schulleben stellt sich die Notwendigkeit sorgfältigeren und gründlicheren Unterrichtes heraus. Es bleibt keine Zeit übrig für Kannegiefser, Schwätzer, und unreife Experimentierer im Unterricht. Das Leben des Volkes mufs während der wenigen kurzen Jahre des Schullebens das rechte Gepräge erhalten, sonst ist alle Mühe, aller Kostenaufwand vergeblich, sonst werden gründliche, allgemeine Bildung des Volkes, die notwendige Grundvorbedingung republikanischer Regierung und des Ertragens bürgerlicher Freiheit, unmöglich.

So deutet also alles, fehlerhafte Verwaltung, die Unmöglichkeit wirksamer Oberaufsicht, die Abkürzung der Dauer des Schullebens darauf hin, dafs die berufsmäfsige Vorbereitung von Lehrern die grofse, fast die einzige Bedingung ist, um das amerikanische Schulsystem lebensfähig zu machen.

Da aber die Volksbildung den einzelnen Staaten überlassen ist, so ist die nächste grofse Frage, ob dieselben das grofse Werk vollbringen können und wollen. Ohne Zweifel sind die Staaten finanziell in der Lage, es zu thun, aber es ist nur geringe Aussicht vorhanden, dafs sie es ohne einen mächtigen äufseren Einflufs thun werden. Bei der Masse der Lehrer wird die Reform nicht ins Leben treten, denn die Unwissenheit und Untüchtigkeit sind immer mit einem System zufrieden, unter welchem sie ihr Wesen treiben können, während dieselben Einflüsse, nämlich Fehler der Lokalverwaltung, der Wunsch, die öffentliche Stelle Privatzwecken dienstbar zu machen, die im Volke verbreitete Meinung, dafs jedweder in der Schule unterrichten könne, Ideen falscher Sparsamkeit samt einer allgemeinen demokratischen Neigung, niemand Beschränkungen aufzuerlegen, auf die Staaten-Gesetzgebung einwirken. Sogar die wenigen Staaten-Seminare, State normal schools, welche vorhanden sind, werden bei sehr vielen der Gesetzgeber auf hartnäckigen Widerstand stofsen, wenn die Frage ihrer Erhaltung erhoben wird. Selbst der Einflufs vieler

der kleinen Private Colleges, die über das Land verstreut sind, ist fast immer gegen die Seminare (normal schools), welche ihnen ihre Schüler entziehen und dadurch die Zahl der College students verringern möchten. Also kann noch auf lange Zeit keine begründete Hoffnung gehegt werden, dafs die Staaten allein die Aufgabe übernehmen werden, alle Lehrer zu bilden. Gerade in dieser Thatsache liegt es begründet, dafs die nationale Hilfe höchst wünschenswert ist.

Ob dieselbe geleistet werden müsse oder nicht, mufs endlich durch die dritte grofse Frage entschieden werden: Könnte die nationale Regierung als Bedingung zur Gewährung einer zur berufsmäfsigen Vorbildung aller Lehrer in den öffentlichen Schulen genügenden Geldsumme die Staaten veranlassen, solche Verordnungen zu geben und aufzuzwingen, die eine hohe Wirksamkeit der Schulen im ganzen Lande zusichern würden? — Diese Frage kann am besten beantwortet werden, wenn wir sehen, was für Verordnungen das sein müssen.

Die durchgreifendste, schärfste und in höchstem Grade reformatorische Verordnung würde sein, dafs man die Ausstellung des Prüfungszeugnisses eines Lehrers unbedingt von einem geeigneten Grade akademischer und berufsmäfsiger Vorbereitung abhängig machte. Ohne diese würden die gegenwärtigen Übel, obschon vielleicht gemildert, nicht entfernt werden. Die Ausführung (Verwaltung) dieser Verordnung würde jedoch gänzlich in den Händen der Staaten selbst liegen. Die Nation würde keine politische Macht auf Kosten der Staaten gewinnen. Wenn daher die Nation bereit ist, um den Preis, dafs sie der Erziehung und Bildung zu ihrer vollen Wirkung verhilft, die Hauptkosten der Vorbildung der Lehrer zu tragen, warum sollten die Staaten den Dienst nicht dankbar annehmen? Warum sollten sie nicht Untüchtige ausschliefsen und nur solche Lehrer annehmen, die auf nationale Kosten ausgebildet worden sind? Aber die Nation mufs eine Gewähr dafür haben, dafs dieser Bedingung zugestimmt wird, dafs ihr Geld nicht schlecht angelegt ist. Um diese Gewähr zu erhalten, sind zwei Dinge nötig:

1) Genaue öffentliche Berichte über die Schulen von den State superintendents des öffentlichen Unterrichts an den Commissioner des Schulwesens in den Vereinigten Staaten, der die bewilligten Gelder verwalten müfste. 2) Das Recht, aller zwei Jahre Inspektion der Seminare vorzunehmen.

Keine dieser Bedingungen würde die Selbstherrschaft der Staaten im geringsten angreifen, sondern nur Mafsregeln gemeinsamer kluger Verwaltung sein, um zu sorgen, dafs das Geld der Nation ge-

hörig verwendet werde. Keine triftigen politischen Einwendungen, keine grofsen praktischen Schwierigkeiten würden der Verwirklichung dieses grofsen Ideals im Wege stehen, welches das amerikanische Schulsystem keinem andern in der Welt nachstehen lassen würde.

Wir haben nun aus der vorstehenden Diskussion über die Beziehung des Staates zu der Gemeinde hinsichtlich der Erhaltung der Schulen zwei grofse Schlüsse gewonnen:

1) Dafs nationale Hilfe nicht zu unmittelbarer Verwendung auf die Schulen bewilligt werden solle, weil a) Armut sie nicht erheischt, b) weil die Aussicht auf dauernde Anregung lokaler Bestrebungen nicht grofs genug ist, sie zu rechtfertigen, und c) weil die Hoffnung, allgemeine Tüchtigkeit der Schulen durch Staatsverwaltung zu erzielen, zu schwach ist, um sich ihr hinzugeben.

2) Dafs Geld bewilligt werden müsse, um ein nationales System von Lehrerseminaren einzuführen, da a) die geeignete Vorbildung der Lehrer das gröfste Erfordernis des amerikanischen Schulsystemes ist, b) da keine begründete Aussicht vorhanden ist, dafs der Staat ohne Beihilfe seine Aufgabe lösen wird, und c) weil die Nation auf diese Weise für das ganze Land einen einheitlich hohen Grad von Wirksamkeit der Schulen weit und breit erreichen würde.

Da die Hauptfrage entschieden ist, bleibt nur noch die Aufgabe, die wahrscheinliche Gröfse und den mutmafslichen Kostenaufwand eines nationalen Systemes von Seminaren zu bestimmen und den Plan einer Organisation und Leitung zu entwerfen, wie sie am wirksamsten das gegenwärtige und zukünftige Wohl der Sache der Erziehung befördern würde.

Die beste Grundlage, um abzuschätzen, welche Prozente des Unterrichtskörpers jedes Jahr zu erneuern sein würden, und daher die Gröfse des Unternehmens zu bestimmen, wird die Durchschnittsdienstzeit jedes Lehrers sein, wenn das Lehramt Lebensberuf ist. Glücklicherweise kann dies, in dem Falle, der in Preufsen vorliegt, genau bestimmt werden. Die folgende Tabelle zeigt die von den Lehrern jenes Landes zurückgelegte Dienstzeit (1871):

1—5	Jahre	11 574 —	23,34 %
6—10	„	7 871 —	15,87 %
11—15	„	6 376 —	12,86 %
16—20	„	5 170 —	10,42 %
21—25	„	4 465 —	9,00 %
	Latus:	35 456	71,49 %

Transport:	35 456	—	71,49 %
26—30 „	4 316	—	8,00 %
31—35 „	3 755	—	7,57 %
36—40 „	2 856	—	5,76 %
41—45 „	1 839	—	3,71 %
46—50 „	1 372	—	2,77 %
Summa:	49 594		100 %

Aus der Berechnung der Tabelle ergibt sich, dafs die durchschnittliche Dienstzeit 16,9 Jahre beträgt, so dafs 5,9 % der Lehrer, abgesehen von dem Steigen der Zahl von Schulen, jedes Jahr erneuert werden mufs.

In England sind die Dinge bei dem vorliegenden Material schwieriger zu bestimmen. Es giebt drei Klassen von Lehrern dort, mit Prüfungszeugnis versehene, Hilfslehrer und Schülerlehrer. Von den 38 909 geprüften Lehrern sind 19 687 oder 50,4 % zwei Jahre oder darüber in den Lehrerseminaren geschult worden. Die Anzahl der jährlich aus dem zweijährigen Kursus der Seminare entlassenen Geprüften ist circa 1 600. Dies deutet auf eine Dienstzeit von ungefähr $12^1/_3$ Jahren für Lehrer, die ein Prüfungszeugnis haben, so dafs ungefähr 8,1 % jedes Jahr erneuert werden müssen. Die meisten Assistant teachers (Hilfslehrer) sind nur halb geschult, da sie gröfstenteils aus den Schülerlehrern hervorgehen, die nur ihre 4jährige Lehrzeit vollendet haben; aber ihre Dienstzeit kann für die vorliegenden Zwecke nicht endgültig abgeschätzt werden, da sie eine Prüfung ablegen müssen, wenn sie eine beträchtliche Zeit im Dienste bleiben.

Für Amerika müssen wir uns wieder auf Mr. Pillsburys schätzbaren Nachforschungen in Illinois stützen, als die einzigen zuverlässigen Daten, um die Durchschnittslänge des Unterrichtslebens festzusetzen. Sein Bericht lautet wie folgt:

1. Durchsnittsdauer f. Lehrer	in mehrklassigen Schulen	81,5 Mte.
2. „ „ Lehrerinnen	„ „ „	59,5 „
3. „ „ Lehrer	„ einklassigen „	34,5 „
4. „ „ Lehrerinnen	„ „ „	21,5 „

Der Gesamtdurchschnitt für alle Lehrer ist 38,3 Monate oder ungefähr $4^1/_2$ Unterrichtsjahre von 8 Monaten jedes, wozu 22 % der Lehrer jährlich erneuert werden müssen. Von wirklichen Anfängern waren während des Jahres

1. Lehrer	in mehrklassigen Schulen	45	oder 4,5 %
2. Lehrerinnen	„ „ „	406	„ 8,9 %
3. Lehrer	„ einklassigen Schulen	1,050	„ 20,4 %
4. Lehrerinnen	„ „ „	2,125	„ 29,8 %

Die Gesamtzahl von Anfängern war also 3622 oder 20,2% der sämtlichen Bericht erstattenden Lehrer. Von den 5,619 berichtenden Lehrern von mehrklassigen Schulen waren 451 oder 802% in dem Jahre Anfänger. Chicago berichtet einen Wechsel von Lehrern, der sich auf 9,3% der ganzen beschäftigten Lehrer belief. In dieser Stadt werden die Lehrer dauernd angestellt. Der Bericht vom Superintendent für 1884 gibt an, dafs von 1195 angestellten Lehrern 79 ihre Entlassung einreichten und 9 starben, während des Jahres wechselten 88 die Stellen, aufserdem wuchs die Zahl derselben um 88. Die Zahl der neu Angestellten war 179. Dies beweist, dafs nur ungefähr 7,3% des Lehrkörpers jedes Jahr erneuert werden müssen oder dafs die Durchschnittslänge der Dienstzeit sich auf beinahe 14 Jahre beläuft, eine überraschend lange Zeit, wenn man bedenkt, dafs 1147 oder über 96% der Lehrenden Lehrerinnen sind. Aus dieser und anderen Berechnungen würde ersichtlich sein, dafs, wenn eine berufsmäfsige Vorbereitung der Lehrer nötig wäre, die Unterrichtsdauer zuerst wenigstens 10 Jahre dauern würde, was den Wechsel von 10% des Lehrkörpers jährlich nötig machen würde. Die Dienstzeit würde wahrscheinlich von 10 auf 15 Jahre steigen, wie das Land älter, die Stellungen dauernder und die Verhältniszahl der Lehrer gröfser werden würde. Angenommen aber, die Dienstzeit würde 10 Jahre betragen, so würde es nötig sein, jährlich etwa 30 000 Lehrer zu stellen, da die ganze Zahl derselben sich jetzt etwa auf 300 000 beträgt. Wäre eine kürzere fachgemäfse Vorbereitung aller Zöglinge von Colleges und anderen höheren Anstalten vorgesehen, so würde ein vollständiger Kursus von 4 Jahren für Hauptlehrer und einer von 2 Jahren für Hilfslehrer und Lehrer von einklassigen Schulen wohl nicht mehr als $ 250 pro Lehrer zu betragen brauchen. Um diese Ansicht zu rechtfertigen, können folgende Erwägungen gemacht werden. Die höchste Anwendung von Staatsmitteln in den Vereinigten Staaten beläuft sich jetzt auf $ 50 bis $ 120 pro Schüler für dreizehn State normal schools (Seminare). Der Durchschnitt für jeden eingetragenen Schüler ist $ 81. 50. Die Kosten für Schüler bei Durchschnittsbesuch sind natürlich viel gröfser. Z. B. ist in der State normal schol von Nord-Illinois der Kostenaufwand für jeden Schüler $ 54. 57, aber bei durchschnittlichem Besuch betrug er 1884—85 $ 77, da die Appropriation $ 25 974 und die Frequenz 337 betrug. In England betragen die Kosten des Unterrichts ungefähr $ 100 jährlich für männliche und $ 77 für weibliche students.

Daraus würde sich eine jährliche Ausgabe von etwa $7^1/_2$ Millionen Dollar ergeben, vorausgesetzt, dafs alle Lehrer in normal schools — Seminaren — gebildet wären, was nicht bald, wenn überhaupt je der Fall sein dürfte. Dies Geld müfste in der besten praktischen Art vom Kongrefs ausgeworfen und von dem Commissioner of Eduction in den Vereinigten Staaten verwaltet, nämlich an die verschiedenen Staaten verteilt werden, nach der Zahl von Lehrern in jedem derselben, die einen gewissen Minimalzeitraum jedes Jahr unterrichten und zwar nach den folgenden Bedingungen:

1) Dafs nach einer gewissen Zeit keiner als Lehrer beglaubigt werde, der nicht ein gewisses nachgewiesenes Minimum akademischer und fachmäfsiger Vorbildung erhalten hat, sei es in der State normal school oder in andern höheren Unterrichtsanstalten.

2) Dafs die Prüfung der Lehrer ganz in den Händen von State examiners — einer vom Staate eingesetzten Kommission sei.

3) Dafs jeder Staat eine genügende Anzahl von angemessenen — normal school buildings — Seminargebäuden baue, einrichte und in baulichem Zustande erhalte.

4) Dafs die (normal schools) Seminare der Regierungs-Inspektion offen, aber unter der Leitung und Autorität von State boards of education — Kommissionen des Unterrichtswesens — jedes Staates stehen, deren Mitglied der State superintendent des öffentlichen Schulwesens ex officio sein soll, sowie — State inspector of normal schools — Inspektor der Seminare jedes Staates, der dem Commissioner of education jährlich Bericht zu erstatten hätte.

5) Nur solche Schüler sollen in die normal schools aufgenommen werden, die vollkommene Gesundheit und gewisse Leistungen nachweisen können.

6) Ein gewisses gegebenes Minimum des Studiums und der Praxis soll Bedingung der Erwerbung des Prüfungszeugnisses sein; assistant teachers — Hilfslehrer — und Lehrer an einklassigen Schulen haben einen Kursus von 2, Hauptlehrer an mehrklassigen Schulen einen solchen von 4 Jahren zu absolvieren.

7) Der Lehrkörper der normal schools soll aus Direktor, Lehrern und Hilfslehrern bestehen, die alle dauernd anzustellen sind, Beförderungen und freiwilliges Ausscheiden ausgenommen.

8) Niemand kann Direktor, Lehrer oder Hilfslehrer des Seminars sein, wenn er nicht eine höhere Lehranstalt durchgemacht hat und nicht wenigstens zwei Jahre systematisch das Studium der Geschichte

und Philosophie der Pädagogik unter einem bewährten Lehrer derselben studiert hat.

9) Das Gehalt des Prinzipal-Direktors soll nicht weniger als $ 3000 und nicht mehr als $ 5000 betragen, das der Lehrer nicht weniger als $ 2000 oder mehr als $ 4000 jährlich.

10) Jeder der die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hat, kann dauernd als assistant — Hilfslehrer — mit $ 500 jährlich angestellt werden, unter der Voraussetzung, dafs er

1) dem State board of education eine auf irgend einen pädagogischen Gegenstand bezügliche These vorlegt, die dem board eine genügende Bestätigung seiner Fähigkeit sein mufs;
2) dafs er jeden Tag nach Anweisung des Direktors eine Stunde unterrichtet und jedes Jahr einen Kursus freier Vorträge hält, die von der Geschichte, Philosophie oder Praxis der Erziehungslehre handeln,
3) dafs nicht mehr Hilfslehrer in einer Schule angestellt werden, als ständige Lehrer da sind; während ein Hilfslehrer als ständiger Lehrer oder Direktor an eine andere Schule berufen werden kann.

11) Wenigstens $^9/_{10}$ der Lehrer sollen aus der Zahl der Hilfslehrer gewählt werden.

12) In Verbindung mit jedem Seminar soll eine Muster- oder Übungsschule eingerichtet sein.

13) Wenigstens eine Professur für höhere Pädagogik soll in einer der höheren Lehranstalten des Staates errichtet und mit nicht weniger als $ 3000 und nicht mehr als $ 6000 jährlich dotiert werden.

Eine kurze Schlufsbesprechung der verschiedenen oben vorgeschlagenen Bedingungen wird dazu dienen, ihre Bedeutsamkeit noch augenscheinlicher zu machen. Nehmen wir sie der Reihe nach auf, so kommen wir zuerst darauf,

1) dafs die Ausbildung der Lehrer zu ihrem Beruf Zweck und Ziel des vorgeschlagenen Planes ist. Wie reichlich auch immer die Hilfsmittel zu ihrer berufsmäfsigen Vorbildung sein mögen, so werden sich die Lehrer insgesamt der Einschulung nicht unterwerfen, wenn dies nicht zur Bedingung der Ausstellung ihres Zeugnisses gemacht wird.

2) Überliefse man die Ausstellung der Wahlfähigkeitszeugnisse für Lehrer den Händen der lokal gewählten Examinatoren, so würden, zu einem gewissen Grade wenigstens, die Übelstände des

jetzigen Systems zu dauernden gemacht werden, denn nach demselben verliert jeder Examinator, der sich erkühnt dem Willen lokaler Stimmführer entgegenzutreten, bei der nächsten Wahl sehr wahrscheinlich seine Stelle. Die Examinatoren müssen über dem Bereich jenes lokalen Einflusses stehen, welcher öffentliche Institutionen Privatzwecken dienen lassen möchte.

3) Es ist entschieden vorzuziehen, daſs der Staat die Seminargebäude herstelle, einrichte und in baulichem Zustande erhalte, die auf seinem Gebiete stehen; auch würde der Sache des Unterrichts kein besonderer Vorteil entstehen, wenn dieselben nationales Eigentum wären. Die allgemeine Regierung erwirbt freilich das Recht, zum guten Teil über die Verwendung des von ihr gewährten Geldes zu bestimmen, doch soll sie keine unnötigen Verausgabungen machen, noch Angelegenheiten in den Staaten zu entscheiden suchen, wenn es nicht Prinzipien der allergröſsten Wichtigkeit gilt.

4) Die Regierung muſs aber einige Mittel haben, um sich zu vergewissern, daſs das aus dem Staatsschatz bezogene Geld geeignet verwandt wird. Dies kann am besten durch eine gelegentliche Inspektion, der ein öffentlicher Bericht an den Commissioner of Education von dem State Superintendent folgt, geschehen. Dies ist ein Lebensprinzip und sollte auf keinen Fall aufgegeben werden.

5) Die Pflicht der Aufstellung eines gewissen Bildungsmaſses zur Aufnahme in das Seminar kann kaum fraglich sein.

6) Daſs ein gewisses anerkannt geeignetes Minimum berufsgemäſser und akademischer Vorbereitung durchaus erfordert werden muſs, folgt als Bedingung zur Erlangung eines Fähigkeitszeugnisses aus der ersten Bedingung. Es wird vorgeschlagen, daſs das Seminar einen 2jährigen und einen 4jährigen Kursus habe und daſs ein Schüler des ersteren zu einem vorläufigen Zeugnis berechtigt werden möchte, das ihn fähig machen könnte, in einklassigen Schulen zu unterrichten oder Unterlehrer in einer mehrklassigen Schule zu sein, während einem Zögling des 4jährigen Kursus ein provisorisches Zeugnis gewährt werden möchte, woraufhin er Hauptlehrer einer mehrklassigen Schule werden könnte.

Provisorische Zeugnisse sollten nur nach genügend erwiesener Lehrthätigkeit zu dauernden gemacht werden und, um der guten Sache willen, widerruflich sein.

7—10) Die hier aufgestellten Bedingungen zu einer höheren Berufsstellung der Lehrer an Lehrerseminaren sind von der tief-

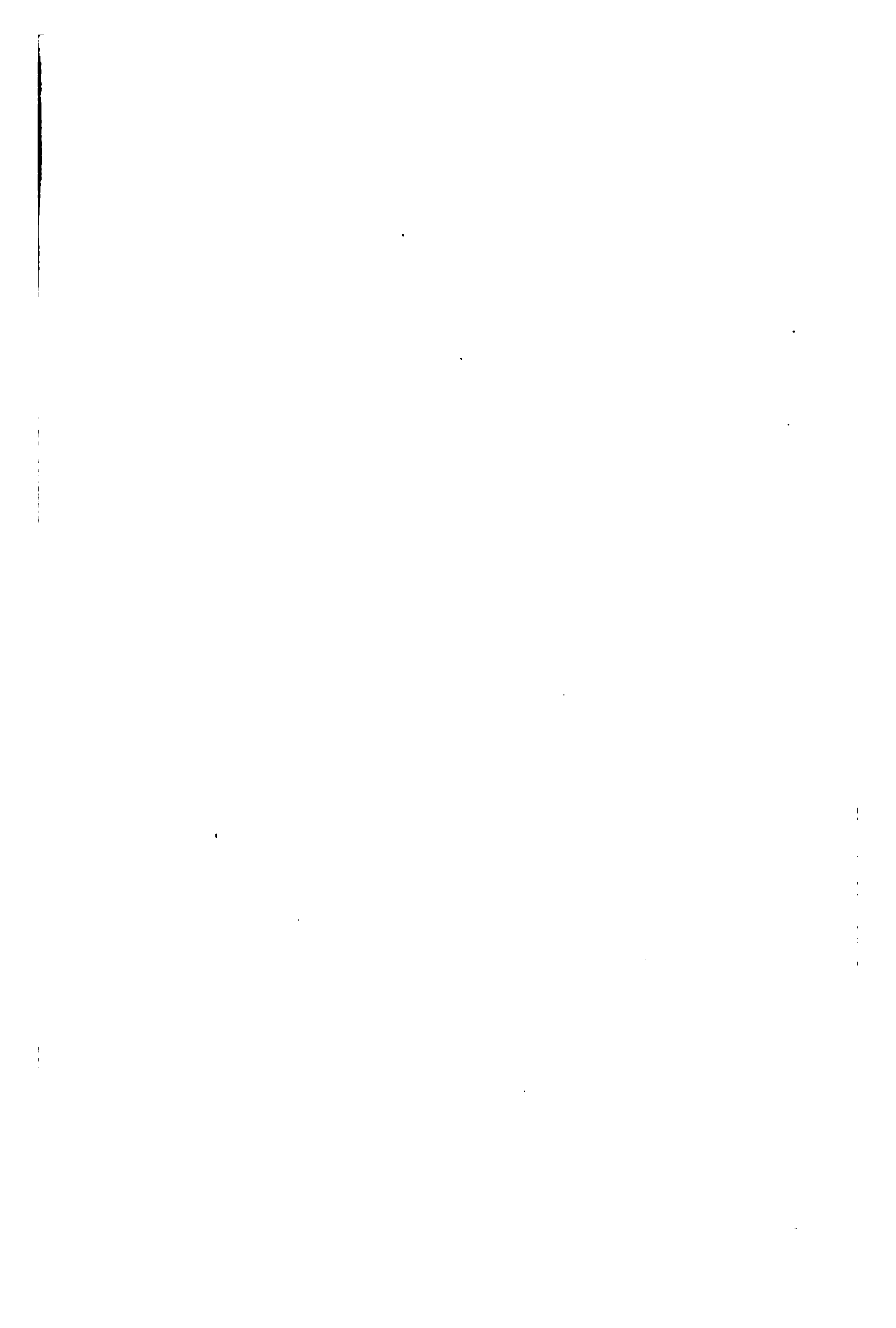
eingreifendsten Wichtigkeit, wenn oberflächlicher Empirismus, Günstlingswesen und die allgemeine Herrschaft der Subjektivität vermieden werden sollen. Diese Übelstände sind die gröfsten Nachteile des amerikanischen öffentlichen Schulsystems. Sie in Seminaren zu einer noch höheren Macht zu erhöhen, würde selbstmörderischer Wahnwitz sein. Wenn wir uns gegen Nepotismus, Mittelmäfsigkeit und Mangel an Berufsbildung in den Volksschulen schützen müssen, so müssen wir es um so mehr in den Anstalten thun, welche den ganzen Charakter der Volksbildung bestimmen. Die Stellen in den Seminaren müssen dem besten Talent des Landes offen stehen und Anziehungskraft für dasselbe besitzen. Dieselben müssen dauernd sein und eine Möglichkeit der Beförderung bieten. Die Stellen der — assistants — Hilfslehrer müfsten so wünschenswert erscheinen, dafs die begabtesten jungen Lehrer und Lehrerinnen im Lande nach ihnen streben. Auch würden ihre Dienste dem Staate nicht teurer zu stehen kommen, da ein assistant, der täglich eine Stunde für $ 500 jährlich gibt, ihm nicht mehr kostet als ein Lehrer, der täglich 5 Stunden für $ 2500 jährlich gibt. Die Reihe von freien Vorträgen, die der assistant zu halten hätte, würde ihn anregen und zu eigner und fruchtbringender Forschung ermutigen. Er würde Zeit und Sporn haben, mehr zu thun, als ein Textbuch auswendig lernen. Kein Bereich der Geschichte, Philosophie oder Praxis der Erziehungslehre würde dem forschenden Auge dieses eifrigen Arbeiters entgehen. Die besten Ergebnisse dieser Arbeiten würden veröffentlicht werden, denn da der assistant zu einem Lehrstuhl jeder beliebigen normal school berufen werden kann, ist die Druckseite sein bester Empfehlungsbrief. — Anstatt eines Systemes, unter welchem der abgedankte Politiker, Advokat oder Prediger, der Dilettant irgend welcher Art die einflufsreichsten Stellen erhalten kann und oft erhält, würden wir ein System haben, unter welchem Fähigkeit und Tüchtigkeit an ihrem Platze sein und unter welchem fleifsiges Streben Hoffnung auf Einkommen, Beförderung und endlich auf feste Stellung haben würden. Unter der Anregung und beständigen Erneuerung des frischen originellen Gedankens und der Forschung würde der Ausdruck „normal school" nicht mehr gleichbedeutend sein mit seichtem Denken, dogmatischem Empirismus und mechanischen Methoden, sondern würde als die Quelle pädagogischer Wissenschaft die würdige Leiterin des wichtigsten Werkes, das die Gesellschaft zu vollbringen hat, der Erziehung des kommenden Geschlechts geehrt werden.

11) Es mufs notwendig folgen, dafs die meisten ständigen Lehrer aus den Reihen der assistants — Hilfslehrer — genommen werden müfsten, wenn nicht die Stellung der letzteren ihre Bedeutung verlieren sollte. Wenige zu solchen Stellen geeignete Personen würden sie suchen, wenn nicht begründete Hoffnung auf Beförderung vorhanden sein würde.

12) Die Notwendigkeit von Übungsschulen in Verbindung mit Seminaren ist jetzt überall anerkannt. Sie sind doppelt notwendig zur Vorbereitung für Lehrer der Elementarschulen, bei denen die ausgedehntere gelehrte Bildung gewöhnlich nicht vorhanden ist, um den Mangel an wirklichem Verkehr mit Kindern zu ersetzen.

13) Die Lehrstühle für Pädagogik an den Universitäten sind die logische Voraussetzung, der Grundstein des ganzen Systems. Die Professoren der Erziehungswissenschaft in diesen Anstalten würden die Vorbildner der assistants und Lehrer der Semināre auf dem Felde der Pädagogik sein. Es würde für einen Staat kaum nötig sein, mehr als einen solchen Stuhl zu errichten, das Bedürfnis würde Nachfrage für die andern sorgen. Wenn das natürliche Gesetz des Überlebens der tüchtigsten sich unter den Lehrern der normal school bewähren soll, so ist es klar, dafs die Lehrer der Pädagogik Männer sein müfsten, „die man mit der Laterne sucht“. Der „praktische“ Mann, der seine eigne Unwissenheit zum Mafs der Weisheit anderer macht, der andere Männer als Träumer, unpraktische, doktrinäre Leute ansieht, wenn sie nicht die öffentliche Stellung nach dem Privatgewinn, den sie einbringen kann, bemessen, der Mann, dessen flache Auffassung der Wissenschaft und Kunst der Erziehung nur seinen dogmatischen Annahmen in bezug auf dieselbe gleichkommt, kurz, der amerikanische pädagogische Hans in allen Gassen, der von allem ein wenig, aber nichts gründlich weifs, mufs den Privatstellungen überlassen bleiben, in welchen er weniger Schaden thun kann, als wenn er ein Führer der Bildung wäre. Nur freisinnige Männer von umfassender Gelehrsamkeit, die das Wesen der Erziehungslehre aller Zeiten und aller Länder beherrschen, sind für diese Stellen geeignet.

G. Pätz'sche Buchdruckerei (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.



G. Pätz'sche Buchdruckerei (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.

Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Fünftes Heft.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1887.

DIE ENTWICKELUNG

DER

VIEHZUCHT IN PREUSSEN

VON 1816 BIS 1883

MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DIE BEIDEN EINHEITLICHEN ZÄHLUNGEN 1873 UND 1883 FÜR DAS GANZE DEUTSCHE REICH.

VON

Dr. EMANUEL HAUSER,
CANDIDAT DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN LEHRAMTS UND PRAKTISCHER LANDWIRT.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1887.

Der Verfasser fühlt sich an dieser Stelle gedrängt und verpflichtet, Herrn Professor Dr. Conrad, seinem hochverehrten Lehrer, nicht blos für Beschaffung der einschlägigen Litteratur sowie die unermüdliche Unterstützung in der Durchführung vorliegender Arbeit, sondern auch für die Aneignung praktischer Grundlagen zur Lösung statistischer Probleme, wozu das statistische Seminar in Halle a. S. die besten Mittel und Wege bot, seinen tief empfundenen Dank auszusprechen.

G. Pätz'sche Buchdruckerei (Otto Hauthal) in Naumburg a/S.



I. Teil.

Einleitung.

Bedeutung der Viehzucht im Haushalte der Natur und Volkswirtschaft.

Auch ohne chemische Analyse wurde von allen zivilisierten Völkern dem Fleische ein höherer Wert zugesprochen, als den Produkten des Feldes, welche, wie die vorhandenen Zahlen besagen, weit in ihren Preisen gegenüber ersteren zurückblieben. So zeigten sich Handel und Verkehr schon früher als leitende Ratgeber der landwirtschaftlichen Produktion, wo noch lange dem instinktiv produzierenden Landwirte jede wissenschaftliche Grundlage fehlte.

Es gab eine Zeit, und sie ist noch gar nicht lange verwunden, wo die Viehzucht vom Praktiker sowohl als Theoretiker in ihrem Selbstzwecke vollständig negiert und nur als ein notwendiges Übel im Betriebe der Landwirtschaft angesehen wurde und geduldet ward, insofern ihr Hauptzweck im Verhältnis zum Ackerland, das heifst in der Düngerproduktion erfafst wurde.

Auch heute noch ist viehloser Betrieb eine Ausnahme und mufs es trotz Kunstdünger und Kunstfutterproduktion neben hier nicht näher zu erörternden Gründen auch für die Zukunft wohl schon aus jenem Gesichtspunkte bleiben, da der Betrieb in Verbindung mit Viehzucht rentabler ist; allein demungeachtet ist sie in ihrem Selbstzwecke gegenüber dem Ackerbau theoretisch wenigstens anerkannt: sie ist ein eignes durch ihre eigne Rentabilität sich regulierendes Produktionsgebiet und liefert die für menschliche Existenz und Bedarf dienenden animalen Produkte. Dieser gewaltige Umschwung in der theoretischen Auffassung, der sich in der Litteratur sehr leicht verfolgen und konstatieren läfst, jenes Freigeben der engen Banden

der blofsen Duldung der tierischen Produktion mufste endlich auch im praktischen Leben zur Geltung und in einem intensiven Betriebe zum Ausdrucke kommen, was der in Mitte der Praxis Stehende gerne bestätigen, der Statistiker hingegen viel schwerer erweisen kann. Es bedeutet diese Richtung in der landwirtschaftlichen Produktion zugleich einen Fortschritt in der ganzen Kultur, insofern die Erzeugung tierischer Produkte einen gröfseren Aufwand von Kapital und Arbeit bedingt. Der Acker gibt uns Erzeugnisse, in welchen die Kohlenhydrate die Proteinstoffe überwiegen. Sie besitzen vornämlich für die Ernährung des Menschen geringeren Wert. In der Viehhaltung ist ihm das Mittel gegeben, diese und hiermit den ganzen Boden besser und vollständiger auszunützen, indem er die weitere Kondensation dem Tierkörper überläfst, um so wertvollere proteinreichere Substanzen zu gewinnen. Je vollständiger und rascher dies geschieht, desto gröfser der Gewinn für den Einzelnen und die ganze Volkswirtschaft. Dies ist auch der Grund, dafs sich an den Haushalt des Menschen nicht die Fleischfresser als Haustiere gebunden haben, sondern Pflanzenfresser, unter diesen als nützlichste die Wiederkäuer. In diesem Sinne läuft der Endzweck der ganzen Landwirtschaft auf die höchste Verwertung des Bodens und reichste Ernährung der Bevölkerung hinaus, womit auch die Hauptbedeutung speziell der Tierzucht kurz gekennzeichnet ist.

Aber nicht nur eine bessere Ernährung haben wir der Entwickelung der Viehzucht zu danken, sondern auch die Bedingung zur Existenz einer auf der Höhe der Kultur der abendländischen Zivilisation stehenden Bevölkerung wurde durch sie erst geschaffen, und die Annahme eines direkten Verdrängungsprozesses zwischen Tieren und Menschen z. B. durch Professor Lambl in seiner „Depecorationstheorie“ Leipzig 1878 ist längst widerlegt. Das Tier verwertet jene grofsen Quantitäten an Bodenprodukten, die niemals einen Teil der menschlichen Nahrung bilden können und könnten, es verwertet auch einen anderen Teil, der als Genufsmittel des Menschen wohl in Betracht kommen könnte, besser und vollständiger kraft seiner anderen natürlichen Organisation des Verdauungsapparates, so dafs das gröfstmöglichste Gesamtlebendgewicht an Menschen pro Flächeneinheit durch gleichzeitiges Steigen des Gesamtlebendgewichts an Tieren geradezu bedingt wird.

Zu dieser in der Natur des Tieres gelegenen Eigentümlichkeit gesellt sich die Kunst des Menschen, an der Hand eines rationellen Nährstoffverhältnisses die Bodenprodukte in der Fütterung des

Viehs aufs sparsamste auszunützen, während sich die Menschheit kaum jemals ihren Haushalt nach Nährstoffverhältnissen berechnen wird, sondern in stetem Fortschritte zu einer kräftigeren Fleischkost auch der Qualität nach ihre Zuflucht suchen dürfte.

Die Mehrzahl der medizinischen Autoritäten [1]) zeigen der Menschheit diesen Weg, um den Stickstoff nicht so sehr in billigster, als leicht verdaulichster, daher gesuchtesten Form, in der Form des fertigen animalischen Produktes zu suchen.

Fraglich bleibt es, ob es einmal gelingen würde, in der exorbitanten Steigerung der Fleischpreise nicht nur den Einfluſs der wachsenden Nachfrage infolge Zunahme der Bevölkerung, sondern auch den Einfluſs der gröſseren Konsumtion für alle Klassen nachzuweisen, in Gegensatz zu jenen, welche in dem steten Preisaufschlag ein geringeres Angebot erblicken wie Professor Lambl [2]) und Nordmann [3]), teilweise auch Schmoller. [4])

Zwei Punkte sind es demnach, von denen die ganze Fleischproduktion abhängt, nämlich die Möglichkeit ausreichender Fleischerzeugung aus technisch landwirtschaftlichen Gründen, die mit der rasch wachsenden Bevölkerung gleichen Schritt zu halten hat, und zweitens die entsprechende Steigerung der nationalen Nachfrage. Ersteres ist, wie wir später sehen werden, durch Beispiele der Vergangenheit wenigstens erwiesen, letzteres ist heute noch der Streitapfel groſser Parteien.

Schmoller [5]) sagt noch 1867 mit den übrigen Pessimisten: „Nicht ebenso stieg die Kaufkraft der untersten Klassen selbst für das Notwendigste. Im Gegenteil, ihre Lage war gröſstenteils eine

[1]) Vergleiche: Handbuch der allgemeinen Therapie von J. Bauer, Leipzig 1883. Einleitung Seite 3, Zusammenstellungen der ganzen auf die Ernährung bezüglichen Litteratur und auf Seite 39 des Werkes: „Animalische Nahrungsmittel. Die aus dem Tierreiche stammenden Nahrungsmittel sind durch ihren reichlichen Gehalt an Eiweiſsstoffen sowie auch an wohlschmeckenden Substanzen ausgezeichnet. Auſserdem hat erfahrungsgemäſs die Beobachtung gelehrt, daſs die meisten derselben von den menschlichen Verdauungsorganen viel leichter und vollständiger verwertet werden, als dies bei der Mehrzahl der Nahrungsmittel aus dem Pflanzenreiche der Fall ist.“

[2]) „Die Depecorationstheorie“, Leipzig 1878.

[3]) Vierteljahresschrift für Volkswirtschaftspolitik und Kulturgeschichte 1884 Bd. 3, Jahrgang XXI, Seite 102.

[4]) Fühlings landwirtschaftliche Zeitung 1870, Heft 9, 10, 11, 12 und Zeitschrift des Zentralvereins der Provinz Sachsen 1870, Hefte 7—10.

[5]) a. a. O. S. 85.

solche, dafs sie sich an eine geringere Lebenshaltung gewöhnten. An Stelle von Brei und Brot trat die billige Kartoffel, an Stelle des Fleisches der Hering; der Branntwein, dessen Konsumtion dank den glänzenden Brennereien auf unseren gröfseren Gütern kolossal gewachsen ist, mufste das Minus an wirklichen Nährstoffen in diesen Kreisen ersetzen, die fehlende Kraft erhalten. Das wenigstens war das Resultat für einen grofsen Teil der Taglöhner, selbst der Handwerker bis Mitte der sechziger Jahre. Erst seither hat das Steigen des Lohnes die Kaufkraft gerade auch der untersten Klassen erhöht. Seither auch das bedeutende Steigen der Fleisch- und Milchpreise."

Für die spätere Zeit gibt also auch Schmoller zu, dafs sich die Lage des Arbeiters bezüglich Ernährung gebessert habe, sonst allerdings hätten die Sozialisten recht, und das eherne Lohngesetz träte in Geltung.

Den Einflufs besserer Ernährung könnte man füglich auch in der Geschichte der Völker verfolgen, die sowie das Temperament des Einzelnen durch das beeinflufst wird, was die Thatkraft erzeugt und erhält, die Nahrung. Am deutlichsten sehen wir diesen Gegensatz ausgesprochen im Tierreich zwischen Fleischfressern einerseits und Pflanzenfressern anderseits. So auch bei ganzen Völkern. Stämme, die sich von stickstoffarmer Kost ernähren, zeigen mit eltenen Ausnahmen auch auf dem Boden der allgemeinen Kulturgeschichte eine wenig hervorragende Rolle.

Insofern ein gewisser Zusammenhang wenigstens der Ernährungsweise der Bevölkerung mit dem ganzen politischen und sozialen Charakter derselben kaum zu leugnen ist, kann man die Entwickelung der Viehzucht behufs Beurteilung solcher Erscheinungen mit dem gröfsten Interesse verfolgen, abgesehen davon, dafs einzelne Zweige der Viehhaltung noch nähere Aufmerksamkeit von seiten des Staates erfordern, so der Pferdebestand, der die Wehrkraft des Staates tangiert, abgesehen davon, dafs einzelne Zweige durch mehrfache Nutzleistung als bezüglich Ernährung dem Menschen dienstbar geworden durch Wolle, Leder, Knochen u. s. w.

Waren dies die direkten Beziehungen, in welchen hiermit das Verhältnis der Viehhaltung zu den Bedürfnissen des Menschen angedeutet wurde, so wäre noch der indirekten kurz zu gedenken, durch welche die Erzeugung jener Güter und Werte beeinflufst wird, und welche in Zusammenhang mit der ganzen Bodenproduktion stehen.

Das Rohmaterial des ganzen Volksvermögens entstammt ja dem

Boden, und der Ersatz hierfür wird ihm beinahe einzig im Viehdünger geboten. Vor Liebig bildete deshalb die nötige Düngerproduktion den Hauptgrund der Viehhaltung, heute ist es ein Nebengrund dazu, daſs der Betrieb mit Viehhaltung eine grössere Rente gewährt. Die modernste Landwirtschaft beruht auch heute noch in ihrer Statik auf dem Liebigschen Boden, insoferne nur die Mineralbestandteile als das Kriterium der Ersatzwirtschaft anerkannt sind, der Stickstoff jedoch nur für den Umsatz die höchste Bedeutung gewinnt. Beiden Anforderungen genügt der Landwirt am vollkommensten in der Produktion von animalen Produkten. Je mehr vegetabile Erzeugnisse er direkt dem Markte überantwortet, desto mehr der Aschenbestandteile entzieht er seinem Boden, ohne in dem Preis ein Äquivalent hierfür zu erhalten. Ganz anders beim Verkauf tierischer Waren.

Auf Grund vorliegender Versuche berechnete Herr Geheimrat Kühn, daſs rund $^6/_7$ aller vom Tiere aufgenommenen Aschenbestandteile im Dünger dem Boden wiedergegeben werden, und daſs bloſs $^1/_7$ dieser im Tierkörper von seinen Produkten restiert[1]); abgesehen davon ist der Viehdünger bis jetzt noch immer die billigste Stickstoffquelle zur Aufschlieſsung und zum Umsatze eventuell reich vorhandener Mineralstoffe. Interessant, wenn auch ohne wissenschaftlichen Wert ist immerhin eine ungefähre Vorstellung, wie vielmal mehr Zentner Aschenbestandteile durch die Entwickelung der Viehzucht in Preuſsen dem Boden mehr zugeführt wurden, als wenn dieselbe von 1816 bis 1883 stationär geblieben wäre.

Nimmt man das Minimum der täglich zu reichenden Trockensubstanz pro 1000 Pfd. Lebendgewicht, ferner das Minimum von Lebendgewicht pro Stück, sowie ein Minimum an Prozenten Asche in der Trockensubstanz für die jährliche Differenz in den 67 Jahren als Ausgangspunkt, so gelangt man doch zu einer Zahl von Millionen Zentnern Asche, die in Betracht und neben der fortwährend vor sich gehenden Verwitterung in der Ackerkrume, die sich ziffermäſsig natürlich gleichfalls nicht berechnen läſst, als ein vorläufiger Beruhigungsgrund jenen vor Augen geführt werden möge, die eine allgemeine Abnahme der Bodenfruchtbarkeit behaupten. Dazu kommt noch, daſs auch die Fütterung von Kunstfutter, das der

[1]) Vergleiche Kühns „Zweckmäſsige Ernährung des Rindviehs" S. 116. „Die unorganischen Bestandteile der Futterpflanzen kehren aber, wie wir sahen, zum bei weitem gröſsten Teile, durchschnittlich etwa zu $^6/_7$ mit dem Dünger in den Boden zurück", in der neuesten Auflage, Dresden 1887.

Weltmarkt liefert, als verschiedene Sorten von Kuchen und Präparaten, immer häufiger wird, der prozentige Aschengehalt derselben hoch und in dem Preise derselben nur der Stickstoffgehalt bezahlt wird. In diesem Punkte ist zugleich in jetzigen Verhältnissen der gewichtigste Einwurf gegen den viehlosen Betrieb gelegen, wenn er als Regel empfohlen wird.

Vielleicht noch historisch früher machte sich der Mensch das Vieh auf indirekte Weise seinem Bedürfnisse dienstbar nebst der Düngerproduktion, nämlich als Zug- und Arbeitstier, in welcher Eigenschaft dasselbe durch das Emporblühen von Handel und Industrie einerseits teils an Verwendung verloren, teils aber auch gewonnen hat. Dasselbe ist in der Landwirtschaft der Fall.

In der kurzen Andeutung dieser Zwecke der Viehhaltung haben wir zugleich einen Weg, den die Statistik nehmen kann, ein Weg, wie er von Professor Conrad gezeichnet ist [1]).

Wir jedoch wollen uns mit den bisher gewonnenen Beziehungen zur Volkszahl und Fläche begnügen und den Kapitalswert des ganzen Viehstapels Preufsens nur deshalb vor Augen führen, um, wie sich v. Viebahn [2]) ausdrückt, zu sehen, „welche gewaltige Betriebskapitalien unsere Landwirtschaft für sich selbst und für ihre Aufgabe, die Bevölkerung mit den wichtigsten Bedürfnissen zu versehen, notwendig anlegen mufs“.

Bei der letzten einheitlichen Zählung wurde der Versuch gemacht, den Verkaufswert des deutschen Viehstapels zu bestimmen. Derselbe ergab im Gesamtbetrage 5 $^1/_2$ Milliarden (ohne Esel und Maultiere), für Preufsen über 2 $^1/_2$ Milliarden. Vergleicht man mit diesem den Kapitalswert des Grund und Bodens ohne Rücksicht auf Wohn- und gewerbliche Gebäude nach den Grundsteuer-Einschätzungen nach dem Gesetze vom 21. Mai 1861 katastriert und kapitalisiert zu 2 $^1/_2$ %, so erhält man für Alt-Preufsen an Grundwert: 13474307520 ℳ (nach A. Meitzen [3]) berechnet). Von diesem beträgt der Viehwert ungefähr 20 % oder ein Fünftel.

Der Skizzierung dieses wichtigen Teiles des Nationalvermögens sind unerläfslich einige Worte über Methode der Viehzählungen vorauszuschicken.

---

[1]) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik von Hildebrand 1868 Bd. X: „Statistik der landwirtschaftlichen Produktion.“

[2]) Statistik des zollvereinten nördlichen Deutschlands. Bd. 3 S. 202.

[3]) A. Meitzen, „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preufsischen Staates“. Bd. IV. Übersicht K.

II. Teil.

Die Methode der Viehzählungen.

Wir wollen dieselben natürlich nur so weit erörtern, als sie Preufsen und Deutschland betreffen.

Die ersten einheitlichen Zählungen für das ganze Deutsche Reich stammen aus den Jahren 1873 und 1883. Früher wurden weder vom Zollvereine noch vom vormaligen deutschen Bunde gleichzeitige Zählungen vorgenommen, sondern die einzelnen Staaten veranstalteten für sich zu verschiedenen Zeiten und verschiedener weise nach eignem Belieben solche Zählungen.

In Preufsen entwarf J. G. Hoffmann seit 1810 jährlich die „grofsen statistischen Tabellen" mit 11 Spalten, in welchen auch das Vieh Berücksichtigung fand, deren Umfang 1817 nur etwas abgekürzt wurde.

1822 trat an Stelle der jährlichen eine dreijährige Zählung, die sich dann bis zur allgemeinen deutschen Zählung wiederholte.

Alljährlich zählte auch seit 1839 Hessen, seit 1840 Braunschweig, seit 1868 Baden; dreijährig seit den dreifsiger Jahren Württemberg, Sachsen, seit den fünfziger Jahren Mecklenburg. Ganz willkürlich Bayern und nur vereinzelt der grofse Teil der übrigen deutschen Staaten Deutschlands.

Viel gröfsere Schwierigkeiten behufs vergleichender Zusammenstellung und Gruppierung als die Ungleichheit der Periodizität der Zählung macht der Mangel an Uniformität in dem eigentlichen Verfahren beim Zählen, in der Art des Termins, der Jahreszeit.

Was das bei der Viehzählung angewendete Verfahren betrifft, so war von den 6 Hauptentwickelungsstufen, wie sie Hildebrand [1])

---

[1]) Hildebrands Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1871. „Die Viehzählungsmethoden der Deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Thüringens".

anführt, in Preufsen bis 1864 die Verwendung von Ortstabellen als Urlisten in Gebrauch, worin der Viehstand lediglich summarisch von den Gemeindeorganen eingetragen wurde. Dr. Engel sagt selbst, dafs 1864 die Viehaufnahmen ebenso unzuverlässig waren wie 1810, da er in manchen Teilen gar nicht konstatieren konnte, wie sie eigentlich vorgenommen wurden. Er ersetzte diese deshalb in genanntem Jahre durch Hauslisten, die eine Aufzeichnung aller viehhaltenden Gehöfte bedingte, deren Ausfüllung Polizeiorganen oder anderweitigen remunerierten Zählern oblag, von Haus zu Haus wandernd. Noch vollkommener ist jedoch die Form der Haushaltungslisten, womit in Preufsen 1867 der erste Versuch gemacht wurde. Es werden hierbei mehrere Haushaltungen in einem Hause berücksichtigt, und die Durchführung der Zählung besorgt in jedem Orte eine Zählungskommission, und die Regierung überwacht nur ihre Thätigkeit. In grofsen Kommunen findet eine Teilung in Reviere und Distrikte statt, so dafs diese bezüglich Reichhaltigkeit Vollständigkeit und Genauigkeit bisher das Vollkommenste ergaben. Sie gewähren die Unterlage zur Erforschung der Verteilung des Viehstandes unter die Besitzer, soweit letzterer mit einer Haushaltung identisch gefafst wird.

Nicht minder wechselnd bei den einzelnen ist, wie erwähnt, das Objekt der Erhebung, sei es, dafs man sich auf eine gröfsere oder kleinere Anzahl der Gattungen beschränkte — so wurden bald Federvieh und Bienenstöcke gezählt oder auch nicht, bald mehrere Gattungen unter einer subsumiert —, sei es, dafs man die Unterscheidungen innerhalb der Gattung gemäfs Alter, Geschlecht, Rasse oder Nutzung u. s. w. höchst abweichend unterschied.

Das mifslichste für die vergleichende Statistik ist endlich, dafs nicht nur in verschiedenen Staaten die Zählungstermine differieren, sondern auch in ein und demselben Staate dieselben in eine andere Jahreszeit verlegt wurden, was bei Beurteilung zweier einander folgènden Viehzählungsergebnisse sehr wohl zu beachten ist. Aus ersterem ergibt sich, dafs man bei der Darstellung der Entwickelung der Viehzucht für jene Gebiete, die jetzt zum Deutschen Reiche vereint sind, sich der komparativen Methode nur von der ersten übereinstimmenden Zählung vom 10. Jänner 1873 bedienen kann, die auf Vorschlag der „Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins“ vom Bundesrate angeordnet ward, im übrigen aber jedes Land für sich einer Betrachtung unterziehen mufs.

Bezüglich der Jahreszeiten, in welchen gezählt wurde, könnte

man so ziemlich jede in der Geschichte der Zählungen antreffen, und auch Preufsen hielt erst spät am Monat Dezember fest, ein Termin, der durch die Reichszählungen, wie bereits angedeutet, auf den 10. Jänner verlegt wurde.

Es wird durch die Wahl dieses Zeitpunktes nur das Minimum des gehaltenen Viehs getroffen, der Stamm- und Grundstock der Landwirtschaft, der den Winter über ernährt werden konnte, nachdem das Bracken im Herbste geschehen, eventuell Verkauf von Mastvieh vollzogen, die Verluste, welche die Festtage der Weihnachten mit sich bringen, eingetreten waren.

Anderseits ergibt Mitte Juni bis Juli das Maximum des Viehstandes, bedingt durch den Zuwachs des Jungviehs, der in die üppigste Zeit der Futterperiode fällt.

Auch diese Kalamitäten werden durch die reichseinheitlichen Zählungen vermieden, indem nun am Jännertermine festgehalten wird.

Während sich die früheren Zählungen schon zufolge ihrer unvollkommenen Erhebungsmethode auf die Aufnahme des eigentlichen Viehstandes beschränken mufsten, das heifst auf die Anzahl und Gattung, aber weitere Ermittelungen über Besitzumfang und Beruf der Viehbesitzer und der Stellung der Viehhaltung zum landwirtschaftlichen Betrieb, zur Fläche, ferner über Verkaufswert und Gewicht des Viehs höchstens vereinzelt nur vorkommen konnten, wurde 1873 die Viehzählung als eigne Erhebung angeordnet, also unabhängig von der Volkszählung, mit der sie in Preufsen bisher vereint war. Es hat sich damit die richtige Ansicht Bahn gebrochen, die schon Hildebrand ausgesprochen hat, die umfassenderen Viehzählungen von der Volkszählung zu trennen.

Aber auch in dieser Zählung wurden dem reichsstatistischen Amte [1]) bezüglich des in den Zählkarten enthaltenen Materiales Schranken gezogen, so dafs nur von einzelnen Staaten die volle Ausnützung derselben durchgeführt wurde, von Oldenburg [2]), Bayern [3]) und Preufsen [4]).

Erweitert wurden diese Schranken bei der jüngsten Zählung

---

[1]) Statistik des Deutschen Reichs, Bd. I. 1873.

[2]) Statistische Nachrichten über das Grofsherzogtum Oldenburg, H. 15. Oldenburg 1875.

[3]) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. Herausgegeben vom Königlich statistischen Büreau, Heft 29.

[4]) Preufsische Statistik. Herausgegeben vom Königlichen statistischen Büreau in Berlin, Heft 21. Berlin 1876.

vom 10. Januar 1883, bei der jedoch von einer haushaltungsweisen Erhebung Abstand genommen wurde, indem man sich mit einer hausweisen Zählung begnügte, vielleicht mit Rücksicht auf die im vorhergehenden Jahre 1882 erfolgte Berufsaufnahme, wo für jeden landwirtschaftlichen Betrieb die Gröfse des Viehstandes eruiert wurde. Über die bisherigen Leistungen der Viehzählungen ging die letzte vornehmlich auch dadurch hinaus, dafs das Lebendgewicht des Rindviehs, sowie der ausgewachsenen Schweine, ferner der Verkaufswert der verschiedenen Gattungen und Arten Berücksichtigung fand.

Behufs dessen wurden von der Regierung territoriale Bezirke gebildet, für welche von Sachverständigen die Mittelsätze an Lebendgewicht und Wert sämtlicher Gattungen und ihrer Unterabteilungen festgestellt wurden, um hieraus hurch Multiplikation mit der Stückzahl die Zahlen für die gröfseren Gebiete und das Reich zu bekommen [1]).

Wenden wir uns nun nach dieser allgemeinen Übersicht über die Methode der Erhebungen zu den Zahlen selbst.

---

[1]) Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1884, Juni-Heft.

III. Teil[1]).

Die Entwickelung der Viehzucht in absoluten Zahlen.

Behufs eines ersten Überblicks über die ganze Periode von 1816—1883, also 67 Jahre sei alles Vieh auf Stück Grofsvieh reduziert, indem 1 Rind = $^2/_3$ Pferd = $1\,^1/_3$ Maultier oder Esel = 4 Schweinen = 10 Schafen = 12 Ziegen berechnet wird[2]).

In dieser Zeit hat sich das Vieh von 7 090 387 auf 11 448 921 Stück vermehrt, und zwar verteilt sich die Zunahme auf alle Provinzen ohne Ausnahme, aber in verschiedenem Grade, mit Schwankungen von nur $16,_6$ % in Westfalen bis zu $141,_0$ % in Posen, also $61,_8$ % im Mittel. Unter den Viehgattungen vermehrten sich am stärksten die Ziegen, durchschnittlich um das Achtfache, sodann die Schweine um das Doppelte, beide durch grofse Regenerationskraft, leichte Ernährbarkeit und grofse Produktivität bekanntlich ausgezeichnet. Die Schafe haben den ungleichartigsten Gang in den einzelnen Provinzen genommen, ja sie weisen in 3 Provinzen: Sachsen, Schlesien und Rheinland sogar eine Abnahme von $37,_7$ % auf, anderseits in Preufsen z. B. eine Vermehrung von $253,_2$ % sogar; durchschnittlich haben sie sich um die Hälfte verstärkt. Beim Grofsvieh war die Veränderung mäfsiger, aber doch nach Provinzen mit

[1]) Aufser den amtlichen Quellen wurden bei folgenden Ausführnngen berücksichtigt: Engel, „Bewegung des Viehstandes von 1819—1858 in Preufsen", Zeitschrift des Preufsischen statistischen Büreaus, Jahrgang I, 1861; E. Kirstein, „Die Entwickelung der Viehzucht und Viehnutzung im Preufsischen Staate von 1816—1883" in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern XIII S. 615; Paul Kollmann, „Deutschlands Viehhaltung nach den Ergebnissen der Zählung vom 10. Jänner 1883 in G. Schmollers Jahrbüchern für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1885, Heft 3 und 4.

Siehe Tabelle auf Seite 12.

[2]) Es sei hier bemerkt, dafs die amtlichen, auf ungefähren Futterbedarf basierten Reduktionszahlen so lange für allgemeine Betrachtungen beibehalten werden müssen, als es nicht gelungen ist, sie durch genauere zu ersetzen.

Entwickelung des Viehstandes in Alt-Preufsen in absoluten Zahlen.

	1816	1822	1831	1840	1849	1858	1864	1873	1883
Pferde	1 243 261	1 363 249	1 374 594	1 512 429	1 575 417	1 617 160	1 856 628	1 882 318	1 986 791
Rindvieh (ohne Kälber)	4 013 912	4 247 021	4 446 368	4 975 727	5 371 644	5 487 000	5 798 905	5 968 151	5 997 159
Schafe	8 260 396	10 037 522	11 751 608	16 344 018	16 296 928	15 362 196	19 314 667	16 763 224	12 362 936
Schweine	1 494 369	1 599 211	1 736 004	2 238 749	2 466 312	2 577 956	3 242 059	3 367 792	4 504 611
Ziegen	143 433	175 847	214 072	359 820	584 771	664 255	869 351	1 149 395	1 309 552
Reduzierter Gesamt-V.St.	7 090 387	7 710 103	8 135 259	9 468 444	10 029 772	10 148 805	11 393 267	11 405 681	11 448 921

Bewegung des auf Grofs-Rindvieh reduzierten Viehstandes in Prozenten.

	Preufsen	Posen	Brandenburg	Pommern	Schlesien	Sachsen	Westfalen	Rheinland	Zusammen
1816—1840	+ 36,8	+ 111,0	+ 19,6	+ 33,5	+ 30,9	+ 19,3	+ 15,9	+ 30,7	+ 33,5
1840—1864	+ 24,7	+ 9,9	+ 24,0	+ 22,2	+ 30,1	+ 21,3	+ 8,5	+ 12,0	+ 20,3
1864—1883	+ 5,6	+ 3,9	— 6,1	— 0,6	+ 1,3	+ 0,1	— 7,3	— 0,5	+ 0,4
1816—1883	+ 80,0	+ 141,0	+ 39,3	+ 62,2	+ 72,5	+ 44,7	+ 16,6	+ 45,7	+ 61,3

Ab- und Zunahme der Viehgattungen in Prozenten von 1816—1883.

	Preufsen	Posen	Brandenburg	Pommern	Schlesien	Sachsen	Westfalen	Rheinland	Zusammen
Pferde	+ 55,6	+ 182,7	+ 68,0	+ 57,8	+ 7,2	+ 41,1	— 4,1	+ 57,9	+ 59,8
Rinhvieh (ohne Kälber)	+ 72,3	+ 107,7	+ 18,5	+ 22,7	+ 82,6	+ 31,3	+ 11,0	+ 41,5	+ 49,0
Schafe	+ 253,2	+ 187,7	+ 4,9	+ 157,0	— 24,8	— 3,1	+ 20,7	— 37,7	+ 49,7
Schweine	+ 126,5	+ 269,1	+ 206,7	+ 222,9	+ 471,5	+ 297,6	+ 156,3	+ 122,8	+ 201,5
Ziegen	+ 1074,0	+13595,4	+ 3915,0	+ 1860,0	+ 582,6	+ 715,9	+ 579,8	+ 493,0	+ 813,0 [1])

[1]) Zusammengestelt unter Benutzung folgender Quellen: Engel, Zeitschrift des Preufsischen statististischen Büreaus 1861 S. 213. — Preufsische Statistik 1867 Bd. X. — Paul Kollmann a. a. O. H. 3 S. 63 u. ff. — Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1874, II. Jahrgang H. IV, S. 110. — Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1884, Juni Heft.

nicht unbedeutenden Verschiebungen. Das Rind verstärkte seine Zahl etwa um 50%, das Pferd um 60%.

Wir wollen nun noch der gröfsten Bewegungen innerhalb des Zeitraumes der 67 Jahre gedenken.

Am stärksten zeigt sich die Gesamtzunahme von 1816—1840, geringer von 1840—1864, und fast Null wird sie von 1864—1883. Nach den grofsen Kriegen zu Anfang des Jahrhunderts waren der deutschen Viehzucht tiefe Wunden geschlagen, die jedoch beinahe verheilt waren, als mit den Jahren 1822—1831 abermals ein der Aufzucht unliebsamer Gast in Form hoher Futterpreise sich einstellte. Die Preise standen [1]):

Jahre	Schffl. Hafer Sgr.	-Gerste Sgr.	-Roggen Sgr.	-Erbsen Sgr.	Ztr. Heu Sgr.	Schock Stroh [2]) Sgr.
1825	12,11	17,2	20,8	29,4	16,0	96,9
1826	17,10	22,10	29,0	40,9	19,7	123,4
1827	22,10	31,10	42,0	53,8	19,9	131,1
1828	22,00	31,3	43,1	50,7	17,6	127,7

Auch die Zollpolitik von Frankreich und England trug in dieser Zeit hierzu bei, indem durch sie der Absatz erschwert war. Die Zunahme bis 1831 betrug nur 5,5 %

Nun gestalteten sich die Dinge aber anders, denn bis 1840 wuchs der Viehstand um 16,4 %, woran zunächst die Ziegen, Schafe und in 3. Linie damals erst die Schweine sich beteiligten; dann kam Rind und Pferd. Ursache dieses Aufschwunges war eine ganze Reihe von Erscheinungen, vornehmlich die Gründung des Zollvereins und die industrielle Entwickelung und der Einflufs der Ablösungen und Separationen, der sich nun ganz besonders geltend machte.

Wir gelangen zur Periode von 1840 bis 1864. Wie schon erwähnt, war hier die Zunahme mäfsiger, nur die Pferde reüssierten ungefähr wie in der Vorperiode. Es ging in dieser Zeit dem preussischen Viehstande am schlimmsten zwischen den Jahren 1849—1858.

Zuvor waren es schlechte Ernten, 1846 eine Mifsernte und 1843 das Auftreten der Kartoffelkrankheit und nun kamen die politischen Unruhen, teilweise Ernteausfall und hohe Futterpreise, nämlich:

---

[1]) Zeitschrift des Königlich Preufsischen statistischen Bureaus 1871, Heft III und IV, S. 243.

[2]) 1 Schock = 12 Ztr.

Jahre	Schffl. Hafer Sgr.	-Gerste Sgr.	-Roggen Sgr.	-Erbsen Sgr.	Ztr. Heu Sgr.	Schock Stroh Sgr.
1850	20,9	28,0	36,6	44,1	20,9	144,1
1851	27,1	37,4	49,11	55,2	21,7	171,1
1852	30,0	46,9	61,9	65,4	21,9	153,7

So stieg der Gesamtviehstand von 1849 gegen 1858 nur um 1,2 %, woran in erster Linie der grofse Rückgang der Schafzucht die Schuld trägt. Von 1858 bis 1864 besserte sich die Situation für die Viehzucht wieder, da sich die Ernten, Ausfuhr und der Bedarf an tierischen Produkten wieder günstig zeigten. Die Zeit von 1858—1864 war nebst der Periode 1831—1840 der Entwickelung der Viehzucht Preufsens während des ganzen 67jährigen Zeitraumes am holdesten.

Nach 1864 kommen die Kriegsjahre 1866 und 1870, die Lähmung der Volkswirtschaft zwischen dieser Zeit, die Rinderpest in den 60er Jahren und mangelnde Futterernten, so dafs bis 1873 der Viehstand um blofs 0,1 % gestiegen war.

Von den Tiergattungen behaupteten nur die Ziegen ihr altes Wachstum, während die Pferde, denen die Kriegsjahre übel mitgespielt hatten, ihre Stärke ungefähr konstant erhielten.

Erst nach 1873 gelang es den Schweinen in Vermehrung selbst die Ziegen zu überflügeln. Deren sowie der Ziegen kräftiges Fortwachsen ist es zu verdanken, dafs von 1873 bis 1883 eine Besserung im Gesamtviehstande sich kundgibt und mit dieser die Periode von 1864 bis 1883 im ganzen doch noch 0,09 % Zuwachs aufweist.

Bevor wir die absoluten Zahlen der zwei letzten grofsen Viehzählungen für das ganze Deutsche Reich besprechen, wollen wir noch die Entwickelung in einigen deutschen Staaten verfolgen, soweit die von Th. Richter [1]) zusammengestellten Tabellen Material hierzu bieten (siehe Tabelle S. 15). Betrachten wir die letzte Rubrik, welche das auf Grofsvieh reduzierte Vieh enthält, so tritt auch hier auf den ersten Blick zum Vorschein, dafs Bayern, Württemberg und Baden Mitte der 60er Jahre die absolut höchste Viehzahl aufweisen; es stimmt dies mit der Erscheinung zusammen, dafs in Preufsen die Periode von 1854 bis 1868 der Viehzucht am günstigsten war. Nur im Königreiche Sachsen hat die rapid zunehmende Bevölkerung auch 1873 und 1883 eine Zunahme der Viehzahl bewirkt.

Von den Viehgattungen zeigen die Pferde in den genannten

[1]) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik von Professor Conrad. 1885 N. F. X, S. 64 und 65.

Staaten.	Jahr.	Bevölkerung.	Pferde.	Rindvieh.	Kühe Gesamtzahl.	Kühe pro 1000 Einw.	Schafe.	Schweine.	Ziegen.	Sa. Haupt Grofsvieh exkl. Pferde Gesamtzahl.	Sa. Haupt Grofsvieh exkl. Pferde pro 1000 Einw.	Ackerfläche in ha	Sa. Haupt Grofsvieh inkl. Pferde[1] Gesamtzahl.	Sa. Haupt Grofsvieh inkl. Pferde[1] pro 1000 ha.
Preussen altes Gebiet vor 1866.	1817	10 319 993	1243 261	4013 912	2154 645	209	8 260 396	1 494 369	143 433	5 325 496	516	11 048 600	7 190 886	641
	1849	16 296 483	1577 417	5371 644	3078 126	188	16 236 328	2 466 316	584 771	7 672 254	470	12 066 500	10 035 378	840
	1867	19 671 841	1871 852	5953 686	3653 787	186	18 806 400	3 785 674	1 043 764	8 873 634	451	14 579 000	11 681 412	801
	1873	20 400 000	1882 318	6530 866	3821 024	188	16 763 224	3 867 792	1 149 395	9 152 918	448	14 579 000	11 976 395	820
	1883	22 409 794	1986 791	6620 753	3894 969	174	12 362 936	4 504 611	1 309 552	9 092 328	405	14 406 855[2]	12 072 513	838
Preufsen inkl. neue Provinzen	1867	24 047 934	2279 337	7996 596	4865 768	202	22 261 330	4 875 114	1 343 615	11 553 475	480		14 972 479	859
	1873	24 689 252	2274 932	8612 150	5056 400	204	19 624 758	4 278 531	1 477 335	11 767 369	477	17 415 587[2]	15 179 767	871
	1883	27 279 111	2417 138	8737 199	5132 839	188	14 747 975	5 818 732	1 679 686	11 806 653	433		15 432 360	886
Königreich Bayern	1810	3 500 000	292 414	1828 083	825 720	299	1 074 232	501 509	65 289	2 616 362	747		2 505 188	1091
	1854	4 600 000	347 229	2616 152	1341 362	296	1 223 576	492 767	103 184	2 892 715	629		3 413 557	1071
	1863	4 770 000	379 467	3162 456	1521 000	311	2 040 372	922 453	148 493	3 911 909	820	3 186 000	4 481 109	1406
	1873	4 860 000	350 867	3066 263	1557 286	320	1 342 190	872 098	193 881	3 439 286	707		3 965 586	1239
	1883	5 284 778	356 316	3037 098	1584 456	299	1 178 270	1 038 344	220 818	3 432 812	650	3 070 378[2]	3 967 286	1292
Königreich Württemberg	1820	1 432 241	68 600	669 850	328 000	229	487 040	128 830	23 120	751 217	524	700 000	881 117	1260
	1855	1 669 720	95 038	811 159	—	—	485 488	143 524	42 064	896 658	537		1 039 215	1300
	1864	1 748 328	104 527	974 917	485 602	270	705 656	263 504	35 262	1 114 509	638	927 250	1 271 299	1371
	1873	1 818 539	96 970	946 228	—	—	577 290	267 350	38 305	1 073 936	591		1 219 391	1360
	1883	1 971 118	96 885	904 139	459 737	223	550 140	292 206	54 876	1 036 773	526	879 971[2]	1 182 099	1343
Königreich Sachsen	1834	1 595 668	73 535	546 942	343 784	215	604 950	104 689	48 553	638 967	429	767 000	749 269	975
	1853	1 987 612	94 870	610 836	397 700	200	485 147	124 158	74 726	696 915	350		839 220	1050
	1867	2 426 300	112 800	625 260	413 755	170	304 087	325 564	93 004	744 114	306	839 000	913 354	1089
	1873	2 600 000	115 667	647 074	—	—	306 830	301 091	105 401	751 815	289		925 315	1001
	1883	2 972 805	126 886	651 329	442 050	148	1 491 037	355 550	116 547	798 966	269	812 268	989 295	1218
Grofsherzogtum Baden	1825	1 110 000	69 610	480 487	224 970	202	189 000	204 000	23 100	552 487	498		656 902	1184
	1855	1 314 837	86 828	582 486	322 768	245	162 607	245 413	67 014	665 659	506		768 901	1407
	1868	1 438 872	75 223	603 840	326 012	210	174 127	340 718	57 302	709 727	493	557 800	822 564	1475
	1873	1 500 000	70 285	621 888	—	—	156 287	272 333	68 873	711 335	474		816 768	1460
	1883	1 570 254	66 607	593 526	323 384	206	131 461	291 001	90 782	686 987	438	614 038[2]	786 896	1281

[1]) Ein Haupt Grofsvieh = 1 Rind = $^2/_3$ Pferd = 10 Schafen = 4 Schweinen = 12 Ziegen.

[2]) Die Bodenbenutzung nach der Aufnahme 1878.

Ländern denselben Gang wie das auf Haupt Grofsvieh reducierte Vieh, nämlich den höchsten Stand in den 60er Jahren, ein kontinuierliches Ansteigen blofs in Sachsen. Das gleiche gilt vom Rindviehstande, blofs mit dem Unterschiede, dafs in Baden noch bis 1873 eine Vermehrung eingetreten ist. Die Schafe machen dieselbe Ausnahme bezüglich des Königreichs Sachsen. Die Schweine zeigen keine Regelmäfsigkeit der Bewegung in den einzelnen Dezennien. Nur das Eine ist uniform bei ihrer Entwickelung, dafs seit den 20er Jahren bis 1883 eine starke Tendenz zum Steigen vorhanden ist. Mit Ausnahme Württembergs kommen die günstigen Verhältnisse der 60er Jahre zum Ausschlag gegenüber den Jahren 1873 und 1883.

Die Ziegen endlich zeigen das regelmäfsigste Verhalten, eine continuierliche Zunahme ohne Ausnahme.

Für das Dezennium von 1873 bis 1883, in welch letzten Jahren für den ganzen Umfang des Deutschen Reiches einheitliche Zählungen durchgeführt wurden, wollen wir nun auch das ganze Deutsche Reich einer kurzen Betrachtung unterziehen, an der Hand folgender Tabelle [1]):

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Sa. Haupt-Grofs-Vieh
1873	3 338 871	15 776 702	24 999 406	7 124 088	2 320 002	25 259 304
1883	3 522 316	15 785 322	19 185 362	9 205 791	2 639 994	25 510 102
			Prozentuale Zu- oder Abnahme.			
1883	+ 5,5 %	+ 0,1 %	— 23,3 %	+ 29,2 %	+ 13,8 %	+ 1,0 %

Die Veränderungen in diesem Zeitraume sind, wie schon angedeutet, nicht unbedeutend und betreffen in erster Linie die Schweine und Schafe, die beide um rund $^1/_4$ von dem zuvor ermittelten Betrage differieren, die Schweine nach der Plus-, die Schafe nach der Minus-Seite. Die Ziegen vermehrten sich etwa um $^1/_{10}$, die Pferde um $^1/_{20}$, während Rindvieh in gleicher Zahl sich erhielt.

Die Pferdezunahme zeigt sich in den kleineren Gebietsabschnitten recht verschieden, beim Rindvieh halten sie sich ziemlich die Wage bezüglich Ab- und Zunahme, bei Schafen hat nur das Königreich Sachsen und die bayerische Pfalz [2]) gewonnen. Bezüglich Schweine hat nur ein Bezirk unbedeutend verloren, Berlin nämlich; ebenso ist

[1]) Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1884, Juni-Heft VI, S. 14.

[2]) Die grofse Zunahme der Schafe in der bayerischen Pfalz hängt jedenfalls mit einem Druckfehler in der Reichsstatistik zusammen.

es mit den Ziegen in Elsaſs-Lothringen. Eine nähere Vorführung der Entwickelung, wie sie sich in den einzelnen Gebieten seit Anfang des Jahrhunderts in so wechselvoller Weise vollzogen hat, dürfte nur dann von näherem Interesse sein, wenn man über die lokalen Ursachen und Gründe auch das Material, soweit es vorhanden, berücksichtigt. Weiterhin läſst sich aus den absoluten Zahlen sehr wenig für die ganze Landwirtschaft und die Ernährung des Volkes folgern. Die Zahlen müssen zu diesem Zwecke erst in relative verwandelt werden, um so einen Einblick in die speziellen Verhältnisse gewähren zu können.

IV. Teil.

Entwickelung und Darstellung der Viehzucht in relativen Zahlen.

A. Verhältnis zur Volkszahl.

Die neueren Arbeiten, welche nur eine Zusammenstellung der amtlichen Zahlen geben, leiden alle an dem Mangel, dafs sie bei der Frage der Ernährung des Volkes auch das Gewicht der Pferde in ihre Berechnung einbeziehen. Es ist zwar nicht zu leugnen, dafs der Pferdefleischkonsum in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hat, allein er ist doch gering im Vergleich zur enormen Vermehrung der Pferde im ganzen. Es leiden an diesem Mangel die Arbeiten von E. Kirstein [1]) sowie von Paul Kollmann [1]). Wir nehmen hier die von Th. Richter [1]) zusammengestellten Tabellen zur ersten Grundlage.

Im Jahre 1816 bewohnten die 8 alten Provinzen blofs 10319993 Menschen, hingegen 1883 bereits 22409794. Ihre Zahl hat sich sonach um 117 % vermehrt. Der Gesamtviehstand hat mit Ausnahme der Provinz Posen im Vergleiche zur Bevölkerung abgenommen, so dafs in ganz Preufsen 1883 auf je 1000 Einwohner nur 405 Stück reduziertes Grofsvieh entfallen, hingegen 1816 an Anzahl 516 Stück. Dieser Rückgang nach Stückzahl zeigt auch in den einzelnen Perioden wenige Ausnahme. (Vergleiche hierzu Tabelle auf Seite 15 u. 19.)

Am ungünstigsten vollzog sich die Bewegung in Brandenburg und Westfalen, wo der Viehstand fast auf die Hälfte reduziert wurde. Für Posen liegen die Gründe für seine relativ günstige

[1]) a. a. O.

Es kommen auf 100 Einwohner Haupt Grofsvieh exklusive Pferde[1]):

	Preufsen	Posen	Branden-burg	Pommern	Schlesien	Sachsen	Westfalen	Rheinland
1816	60,0	46,85	57,65	73,95	45,4	51,2	48,1	37,4
1822	54,55	48,1	53,4	67,5	43,05	48,4	48,9	37,85
1831	53,25	56,5	47,75	64,45	41,7	45,85	43,2	35,05
1840	56,1	66,9	48,1	66,7	41,55	45,0	44,85	35,95
1849	56,2	60,15	45,05	58,9	41,95	44,2	45,95	34,05
1858	52,9	56,35	41,35	58,9	40,15	40,85	42,75	30,85
1864	53,2	56,6	41,85	59,1	43,8	44,5	41,65	31,2
1873	53,95	54,8	35,25	59,9	41,45	42,5	36,75	28,75
1883	51,65	52,2	27,35	54,65	37,75	38,0	30,7	24,7

Von den einzelnen Viehgattungen entfallen auf 100 Einwohner[2]):

	1816	1822	1831	1840	1849	1858	1864	1873	1883
Pferde	12,0	11,7	10,5	10,1	9,6	9,1	9,7	9,2	8,8
Rinder (ohne Kälber)	38,7	36,3	34,0	33,3	32,9	31,0	30,2	29,4	26,4
Schafe	79,7	85,7	89,8	109,4	99,7	86,9	100,7	83,0	54,7
Schweine	14,4	13,7	13,3	15,0	15,1	14,6	16,9	16,6	19,9
Ziegen	1,4	1,5	1,6	2,4	3,6	3,7	4,5	5,7	5,8

[1]) Berechnet nach den angeführten Quellen.

[2]) Entnommen Kollmann a. a. O. H. 3 S. 69 u. 70.

Entwickelung vielleicht darin, dafs es 1816 noch nicht unter preufsischer Verwaltung stand, und für Brandenburg, den ersten Thünschen Kreis um Berlin ist es wohl schwer, seine Viehabnahme mit der grofsartigen Entwickelung der Hauptstadt in Verbindung zu bringen.

Betrachten wir nun die einzelnen Tiergattungen.

Nicht an dem Rückgang haben sich beteiligt die Ziegen und Schweine. Die Schafe zeigen auch hier eine sehr unregelmäfsige Entwickelung, zeigen aber doch seit 1864 die schnellste Abnahme. Rinder und Pferde gingen in den 8 Provinzen, als Ganzes betrachtet, fast regelmäfsig nach Prozenten an Zahl zurück.

Aber nicht nur Preufsen, sondern auch die meisten übrigen Staaten, welchc jetzt zum Deutschen Reiche verbunden sind, zeigen in Bezug auf Bevölkerung eine Viehabnahme. (Vergleiche Tabelle S. 15.) Nur Württemberg macht hierin eine Ausnahme, insofern sich der Viehstand von 1820 bis 1883 fast konstant erhalten hat, in Wirklichkeit etwas mehr beträgt am letzten Termine. Es dürfte dies gröfstenteils in der geringen Volkszunahme seine Erklärung finden. Jedenfalls liegt hierin eine ziffermäfsige Thatsache gegen Lambls Depecorationstheorie, dafs mit wachsender Bevölkerung das Viehgewicht dieser gegenüber abnimmt. Abgesehen vom Königreiche Sachsen, in dem der Viehstand gegenüber Bevölkerung stetig abnimmt, zeigen Bayern, Württemberg und Baden den höchsten Viehstand in der bereits erwähnten günstigen Periode zu Anfang der 60er Jahre.

Widmen wir nun dem Dezennium 1873 bis 1883 bezüglich Vieh- und Bevölkerungszunahme im Deutschen Reiche noch wenige Worte. Die Bevölkerung hat um 10,3 %, der auf Haupt Grofsvieh reduzierte Viehstand blofs um 1,0 % zugenommen. Derselbe ist also auch hier in numerischer Beziehung hinter der Menschenzunahme zurückgeblieben. Drückt man das Verhältnis des Viehstandes zu je 100 Einwohnern in Ziffern aus, so hat wieder nur bei Schweinen und Ziegen eine prozentische Vermehrung gegenüber 1873 stattgefunden.

Infolge Abnahme der übrigen Tiergattungen jedoch steht die Grofsviehgesamtstückzahl um $^1/_{10}$ ungefähr ungünstiger zur Volkszahl als 1873. Es erläutert diese Beziehungen folgende Tabelle[1]):

[1]) Siehe Statistik des Deutschen Reichs 1884, Jänner-Heft, VI. Heft Seite 46.

Auf je 100 Einwohner entfallen im ganzen Deutschen Reiche

	1873 Stück	1883 Stück	Demnach 1883 mehr o. weniger
Pferde	8,2	7,7	— 6,1
Rindvieh	38,4	34,5	— 10,2
Schafe	60,9	41,9	— 21,3
Schweine	17,4	20,1	+ 15,5
Ziegen	5,7	5,8	+ 1,8
Sa. Haupt Grofsvieh exkl. Pferde[1])	49,315	44,198	— 10,4

Der Vergleich der Stückzahl mit der Bevölkerung hat also keine so günstigen Resultate ergeben, Resultate, die sehr wohl gerade der grofsartige Umschwung und Entwickelungsprozefs im ganzen volkswirtschaftlichen Leben zur höheren Kultur mit verursacht haben. Es ist ja ganz unbestreitbar, dafs es, wie Gustav Schmoller[2]) sagt, „keinen Teil des Kapitals eines Volkes gibt, der — von solcher Bedeutung — von Jahr zu Jahr so leicht Gefahren aller Art, ja der Zerstörung ausgesetzt wäre“, dafs, abgesehen von allgemeiner wirkenden Momenten der Volkswirtschaft, Seuchen, Ernteausfall, Kriegsnot, Rückgang der Preise u. s. w. nur zu oft sich einstellen. Diese aber waren zu allen Zeiten vorhanden! Man erinnere sich nur an die grofsen Freiheitskriege und die Lage der damaligen Landwirtschaft. Der Landmann stand unter gedrückten politischen Verhältnissen, bei Fronden und zahlreichen Lasten sich kümmerlich forthelfend; Handel und Gewerbe sowie Industrie fehlten, die Bevölkerung war dünn, daher die Preise für die Landwirtschaft ungünstig. Ebenso trostlos stand es mit dem Verkehrswesen. Daher auch in der Viehzucht kein extensiver Betrieb. Hierzu kamen die Fortschritte der Wissenschaft auf dem Gebiete der Physiologie und Züchtung, kurz die Summe aller dieser Einflüsse machten sich geltend in Vervollkommnung der Qualität auf Kosten der Stückzahl in Verbindung mit Steigerung der Leistungsfähigkeit des Individuums.

Freilich zeigte sich hierbei die einschneidende Bedeutung des volkswirtschaftlichen Bedürfnisses in Form der gegenseitigen Verdrängung der einzelnen Gattungen. Für das Pferd die gesteigerten Anforderungen der Armee und das immens angewachsene Verkehrs- und Transportwesen, die gerade wegen der gesteigerten Leistungen der Dampfkraft neue Zugkräfte erfordern.

---

1) Berechnet aus obigen Zahlen.

2) Fühlings neue landwirtschaftliche Zeitung 1870 S. 645.

Doch wie verhält sich die Frage des Fleischkonsums? Hat in der That gröfseres Gewicht und rascherer Umsatz das ersetzt, worin der Viehstand an Zahl zurückblieb?

Bezüglich Fleischnutzens hat Schmoller [1]) einen Anschlag gemacht, allein es fehlt dazu die Grundlage, indem die Annahme, wieviel Fleisch jährlich zur Konsumtion gelangt, keine Begründung erfährt und von genanntem Forscher einfach die persönlichen Schätzungen Dietericis und Viebahns acceptiert werden. Danach hätte der Konsum pro Kopf im Jahre 1867: 34,98 ℔. und im Jahre 1802: 33,83 ℔. betragen, also nur eine unwesentliche Erweiterung erfahren. Nach den Kriegsjahren habe der Konsum erheblich nachgelassen und sei 1816 mit 22,54 ℔. zu normieren, habe sich aber 1840 allmählich auf den alten Stand gehoben, nämlich auf 34,62 ℔.

Es spricht wenigstens diese Thatsache aus dieser Untersuchung, dafs im Jahre 1840 trotz relativ geringerer Viehzahl die alte Höhe des Konsums von 1802 durch Verbesserung der Qualität und Veränderung der Viehhaltung erreicht wurde. Unwahrscheinlich erscheint danach, dafs 1867 der Fleischkonsum ungefähr derselbe gewesen sein soll, wie 1802. Der Hauptfehler dieses Resultates dürfte teils darin liegen, dafs angenommen wird, sowohl 1802 als 1867 komme derselbe Prozentsatz vom Viehstapel zur Konsumtion, also dafs der Umsatz kein rascherer geworden sei, teils darin, dafs die Angaben Reinicks [2]), welche die einzige sichere Grundlage für Berechnung des Fleischkonsums bilden könnten, durch Schätzungen ergänzt wurden. Eine Prüfung der Zahlen zeigt, dafs absolute Zahlen für die Gröfse des Fleischkonsums überhaupt nicht aufzustellen möglich ist, dafs die Schmollerschen Zahlen höchstens relative Bedeutung haben können. Auch heute noch ist ein ziffermäfsiger Nachweis des Fleischkonsums unmöglich, und wir stehen in dieser Beziehung vollständig beinahe auf dem Standpunkte der sechziger Jahre, in welchen Engel [3]) sagte, dafs er der Aufforderung von vielen Seiten, eine Berechnung des durchschnittlichen Fleischkonsums zu geben, nur deshalb nachkomme, um zu zeigen, „auf wie schwankenden Füfsen dergleichen Zahlen stehen“. Dieterici hat nämlich in seinem Werke „Der Volkswohlstand in Preufsen“ Berlin

[1]) Fühlings landwirtschaftliche Zeitung 1870, Hefte 9—12.

[2]) „Die Resultate der Mahl- und Schlachtsteuer“ in der Zeitschrift des Königl. preufsischen statistischen Büreaus 1863, S. 229—231.

[3]) Zeitschrift des preufsischen statistischen Büreaus 1864, S. 128.

1846, ebenso für die spätere Zeit Viebahn in seiner „Statistik des zollvereinten nördlichen Deutschland“ Zahlen aufgestellt, die nur auf Annahmen beruhen, die aber doch ohne nähere Charakterisierung in viele Schriften übergegangen sind. So auch in die Berechnung von Schmoller, indem genannter Autor seine Resultate als der wirklichen Höhe des Fleischkonsums entsprechend bezeichnet, sie also demnach keine bloſsen Verhältniszahlen mit relativer Richtigkeit bilden sollten.

Wie kann es auch anders sein, wenn man den Fehler einer Schätzungsziffer durch Multiplikation mit Millionen um ebensoviel vergröſsert!

Auſserdem bringt Professor Schmoller auch Ziffern zum Ansatze, die in keiner der genannten Quellen aufzufinden waren, sondern welche er, wie er selbst sagt, nach eigner Beurteilung normiert. Schmoller hat diese seine Fleischkonsumberechnung für die Jahre 1802, 1816, 1840 und 1867 aufgestellt, die — wie bereits erwähnt — besagen, daſs nach den Kriegen zu Anfang des Jahrhunderts der Fleischkonsum herabgegangen sei, 1840 dieselbe Höhe wie 1802 erreicht habe und von da ab bis 1867 sich ungefähr konstant erhalten habe.

Wenn wir also das Jahr 1840 zum Vergleiche mit 1883 bei einer Fleischberechnung wählen, so vergleichen wir das letzte Jahr mit dem Maximum des Fleischkonsums jener 67 Jahre, wenn Schmollers Zahlen wenigstens relative Bedeutung und Richtigkeit haben. Anderseits besitzen wir für das Jahr 1840 bereits eine frühere Grundlage, nämlich die erwähnte Arbeit Reinicks „Die Resultate der Mahl- und Schlachtsteuer“ [1]), für das Jahr 1883 den amtlichen Versuch der Feststellung des Durchschnittsgewichtes des ganzen Rindviehstapels und der mehr als einjährigen Schweine. Da für die übrigen Viehgattungen, Schafe, Ziegen und Ferkel einschlieſslich der noch nicht einjährigen Schweine, keine derartigen Gewichtsbestimmungen vorliegen, so kann die Berechnung nur das Ergebnis zu Tage fördern, daſs der Fleischkonsum gestiegen ist, aber nicht die absolute Ziffer um wieviel; aber auch hiermit ist, wenn die Berechnung keine Anfechtung erfährt, die groſse Partei der Pessimisten überwiesen, daſs die Volksernährung keine Rückschritte gemacht habe.

Wenden wir uns nun zunächst zur Kritik der Schmollerschen

---

[1]) a. a. O.

Zahlen pro 1840, da wir dieselben teilweise durch andere ersetzen müssen. Schmoller geht hierbei von der gezählten Viehmenge aus und nimmt an, dafs hiervon jährlich ein gewisser Prozentsatz zur Konsumtion komme. Diese Prozentsätze sind den Werken Dietericis und Viebahns entlehnt, wonach von

Stieren	$^1/_6$
Ochsen	$^1/_7$
Kühen	$^1/_8$
Jungvieh	$^1/_{20}$
Kälbern [1])	$^3/_4$
Schafen und Ziegen	$^1/_6$
Schweinen	$^3/_4$

geschlachtet werden.

Es ist klar, dafs eine solche Annahme zu keiner absolut richtigen Zahl führen kann, da niemand diese Teilzahlen exakt erheben konnte, und dafs ein ganz gewaltiger Fehler damit gemacht wird, wenn man für das ganze Jahrhundert denselben Umsatz annimmt. Es würde das Resultat für das Jahr 1883 gegenüber 1840 unter dieser Voraussetzung zu niedrig erscheinen. Da im folgenden blofs der Zweck verfolgt wird, einen höheren Fleischkonsum im Jahre 1883 nachzuweisen, so werden die Fehlerquellen durchweg zu Gunsten des Jahres 1840 und zum Nachteile des Jahres 1883 lauten müssen. In Rücksicht hierauf werden obige Zahlen acceptiert, denn der raschere Umsatz wird zufolge der grofsen Fortschritte in Frühreife und Mastfähigkeit von allen Parteien zugegeben, ohne dafs die Möglichkeit vorliegt, dies in Ziffern auszudrücken.

Bezüglich Viehzahl ist noch ein zweiter, ein absolut richtiges Resultat vollständig alternierender Punkt zu erwähnen, nämlich dafs Schmoller Kälber zu $^9/_{10}$ aus dem Muttermaterial berechnet, da sie 1840 noch nicht gezählt wurden, soweit sie $^1/_2$ Jahr nicht erreichten, anderseits die Ferkel, die 1840 zusammen mit den Schweinen gezählt wurden, ebenso Lämmer und Zickeln nur nach dem Stande der Viehzählung in Anschlag bringt.

Alle diese Umstände müssen die Zahl für 1840 viel höher erscheinen lassen, als die für 1883.

Nun zum Schlachtgewicht, das Schmoller für ein zur Konsumtion gelangtes Stück einsetzt. Es müssen diesbezüglich nur ganz

[1]) Kälber sind zu $^9/_{10}$ aus dem Muttermaterial berechnet.

wenige Worte über die Erhebungsart der Schlachtsteuer gesagt werden. Dieselbe wurde entweder nach Stücksatz oder faktischer Wägung bestimmt. Gewogen wurde nur das kleinere Vieh; dieses war aber immerhin noch nicht leichter als das auf dem Lande konsumierte Vieh, da es unrentabel war und ist, mageres Vieh in die Stadt zu bringen; darin sind alle Autoren einig, auch Schmoller, und doch bringt er höhere Ansätze teilweise zur Anwendung, als dem Gewichte dieses gewogenen Viehs entspricht. Er ergänzt nach eignem Dafürhalten die von Meitzen [1]) berechneten Durchschnittsgewichte des in den Jahren 1838 und 1839 verwogenen Viehs, die wir ohne Ausnahme zur Anwendung bringen wollen.

Die Verfolgung der weiteren Erörterungen erleichtern die Tabellen auf S. 26, 27.

Für Ochsen und Stiere entspricht Schmollers Ansatz von 400 *℔*. dem Durchschnitte von 398,4 *℔*. Für Kühe und Jungvieh bringt unser Autor bereits wieder Zahlen, die Dietericis Schätzungen und nicht Reinick entnommen sind. Letzterer zieht eben genannte zwei Viehgattungen zusammen, und es berechnet sich für beide ein Durchschnitt von 278 *℔*.; Schmoller hingegen setzt für Kühe 300 und Jungvieh 100 *℔*. an. Für Kälber bedient er sich des Gewichtes von 40 *℔*., während der berechnete Durchschnitt nach Reinick nur 35 *℔*. beträgt. Ebenso müssen wir das Gewicht bei Schafen und Ziegen durch 26 *℔*. ersetzen. Viel zu hoch ist ferner Schmollers Zahl bei Schweinen, nämlich 120 *℔*., für die wir nur 94 *℔*. berechnen können. Dabei begeht Schmoller den Fehler, dafs er, da Ferkel 1840 zu den Schweinen hinzugerechnet wurden, ihre ganze Summe mit 120 multipliziert, obschon Reinick in einer Anmerkung hervorhebt, dafs die Ferkel in seine Gewichtsbestimmung nicht einbezogen sind, sondern dafs diese zu $^6/_{16}$ *Ctr.* (= 37 *℔*.) versteuert wurden. Man kann zwar die Zahl der Ferkel nicht von den Schweinen trennen, allein man mufs dabei hervorheben, dafs durch Anwendung des Schweinegewichtes auf die noch gröfsere Zahl der Ferkel das Gesamtgewicht viel zu hoch ausfallen mufs für das Jahr 1840, was Schmoller unterläfst. — Gehen wir zunächst zur Gewichtsbestimmung für 1883 kurz über, so müssen wir vom amtlich erhobenen Lebendgewichte das Schlachtgewicht in derselben Weise berechnen, wie es zur Zeit der Schlachtsteuer gewichtsmäfsig erhoben wurde.

Reinick führt an, dafs das Tier mit Ausnahme der Füfse, der

[1]) Meitzen a. a. O., Bd. II S. 495.

Eigne Fleischkonsumtionsberechnung pro 1840.

	Viehzahl	davon zur Konsumtion	Stück	Gewicht pro Stück ℔.	Konsumiertes Fleisch in ℔.
Stiere	67 607	$^1/_6$	11 267	400[1]	4 506 800
Ochsen	741 571	$^1/_7$	105 938	400[1]	42 375 200
Kühe	2 794 950	$^1/_8$	349 368	278	116 189 266
Jungvieh	1 371 599	$^1/_{20}$	685 579		
Kälber[2]	2 515 455	$^3/_4$	1 886 589	35	66 030 615
Schafe, Ziegen	16 703 838	$^1/_6$	2 783 973	26	72 383 298
Schweine samt Ferkel	2 238 749	$^3/_4$	1 679 062	94	157 831 828

Bevölkerung 14 991 241.

[1]) 400 ℔. sind statt 398,4 ℔. beibehalten worden.
[2]) Die Kälber sind zu $^9/_{10}$ aus dem Kuhmaterial berechnet.

Minimum einer Fleischkonsumberechnung pro 1883.

	Viehzahl	davon zur Konsumtion	Stück	Gewicht pro Stück ℔.	Konsumiertes Fleisch in ℔.
Ochsen	601 322	$^1/_7$	85 903	488,8	50 086 358
Stiere	99 391	$^1/_6$	16 565	488,8	
Kühe	3 916 131	$^1/_8$	489 516	390,3	191 058 095
Jungvieh	1 399 421	$^1/_{20}$	69 971	221,3	15 484 582
Kälber	3 524 517	$^3/_4$	2 643 387	50,8	134 284 059
Schafe, Ziegen	13 684 638	$^1/_6$	2 280 773	26	59 300 098
Schweine	1 010 120	$^3/_4$	757 590,75	169,3	128 259 987
Schweine unter 1 Jahr	3 489 919	$^3/_4$	2 617 439	37	96 105 243

Bevölkerung 22 409 794.

Fleischkonsumtion pro 1840 nach Schmoller:

	Viehzahl	davon zur Consumption	Gewicht pro Stück in ℔.	Consumiertes Fleisch in ℔.
Stiere	67 607	11 267	400	4 506 800
Ochsen	741 571	105 938	400	41 375 200
Kühe	2 794 950	349 368	300	104 810 400
Jungvieh	1 371 599	68 579	100	6 857 900
				158 551 300
Kälber	2 515 455	1 886 589	40	75 463 560
Schafe u. Ziegen	16 703 838	2 783 937	30	83 519 190
Schweine (samt Ferkel)	2 238 749	1 679 062	120	208 487 440
			Sa.	519 021 490

Bei einer Bevölkerung von 14 991 241 pro Kopf 34,62 ℔.

Eingeweide und des Darmfettes gewogen wurde. Nach den jüngsten Daten [1]) stellt sich ein analog berechnetes Schlachtgewicht für mittelgenährte Tiere als minimal mit 50,2 % vom Lebendgewichte beim Rind [1]) und mit 72,8 % beim Schwein [1]).

---

[1]) Berechnet nach Mentzel und v. Lengerkes verbesserter landwirtschaftlicher Kalender 1887, S. 7 im II. Teile.

49 Prozentische Gewichtsverhältnisse der einzelnen Teile vom Rindvieh, Schaf und Schwein. Von E. Wolf in Hohenheim.

Ochse mittelgenährt:

Bestandteile des Rumpfes:
36,0 % Fleisch ohne Fett und Knochen,
7,4 % Knochen,
2,0 % Fett im Fleisch,
2,0 % Fett an den Nieren,
47,4 %
2,8 % Kopf,
50,2 % Analog der Schlachtsteuer berechnetes Schlachtgewicht.

Schwein mittelgenährt:
74,5 % Fleisch und Fett,
— 1,7 % Fett an Netz und Darm,
72,8 % Analog der Schlachtsteuer berechnetes Schlachtgewicht.

Die übrigen Bestandteile durften in die Berechnung nicht einbezogen werden, da sie bei der Schlachtsteuer nicht ausdrücklich genannt wurden, oder doch hierfür in der Litteratur keine besonderen Zahlen vorliegen. Deshalb ist das berechnete prozentische Schlachtgewicht eher zu niedrig als zu hoch. Die übrigen in der Litteratur vorhandenen Angaben über Schlachtgewicht sind sämtlich höher und zusammengestellt in J. v. Kirchbachs Handbuch für Landwirte 1880, II. Teil, S. 388 u. ff. (Nach Block, Kreyfsig, Thaer, Schweitzer, Veit, Kleemann, v. Weckherlin, Meyer, v. Flotow, Grouven, Lawes und Gilbert, Birnbaum, Wolf.)

Nach diesen Prozentsätzen gewinnen wir für die einzelnen Viehgattungen folgendes Durchschnittsgewicht[1]:

für Ochsen } 488,8 Ø.
„ Stiere }
„ Kühe 390,3 Ø. } ar. Mittel 305,3 Ø.
„ Jungvieh 221,3 Ø. }
„ Kälber 50,8 Ø.
„ Schweine 169,3 Ø.

Das für die acht alten Provinzen Preufsens berechnete durchschnittliche Lebendgewicht ist aus Tabelle A.[1]) ersichtlich.

Da sich in der Literatur kein genügender Anhalt findet bezüglich Unterscheidung des Schlachtgewichtes nach Alter und Geschlecht, waren wir genötigt, dieselben Prozentzahlen auf das gesamte Rind anzuwenden. Dennoch wird hierdurch kein Fehler zu Gunsten des Jahres 1883 begangen, wie ein Vergleich der gefundenen Gewichte mit den amtlichen Zahlen oder Prozentsätze aus der Praxis besagen. Die Angaben praktischer Geschäftsleute differieren natürlich innerhalb weiter Grenzen, je nach Verhältnissen, sie drehen sich jedoch im allgemeinen um folgendes prozentische Schlachtgewicht:

für Ochsen oder Stiere 52 %
„ Kühe, } . . . 50 %
„ Jungvieh }
„ Kälber . . . . . 60 %

Unsere Prozentzahlen bleiben also hinter diesen bedeutend zurück.

Ein Vergleich mit den amtlichen Reduktionszahlen[2]) ergibt folgendes:

A[1]) Das Lebendgewicht, nach welchem dies Schlachtgewicht berechnet wurde, ist für Altpreufsen nach den amtlichen Quellen berechnet worden und ist folgendes:

Ochsen und Stiere	486,9	kg
Kühe	388,7	„
Jungvieh	220,4	„
Kälber	50,5	„
Schweine	116,8	„

[2]) Prof. Conrad bedient sich dieser Zahlen in dem Aufsatze „Der Konsum der notwendigen Nahrungsmittel in Berlin vor 100 Jahren und in der Gegenwart", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik von Conrad. N. F. Bd. III, 1881, S. 507 u. flg.

	Amtliches Gewicht	Angewendetes Gewicht.
Ochsen Stiere	550 Ctr.	488,8 Ctr.
Kühe Jungvieh	350 Ctr.	305,8 Ctr.[1]
Kälber	50 Ctr.	50,8 Ctr.

Die amtliche Statistik addiert Jungvieh und Kühe, daher die Differenz hierbei. Unser arithmetisches Mittel zwischen beiden ist aber bedeutend niedriger. Daſs das Schlachtgewicht bei Kälbern um 0,8 Ctr. höher berechnet werden muſs, als die amtliche Reduktionsziffer, kann deshalb nicht angefochten werden, da die Praxis meist 60 % bei Kälbern berechnet, während wir bloſs 50,2 % in Anwendung brachten. Auch die Physiologie gibt uns hierfür eine Bestätigung, daſs sich bei jungen Tieren das Fett weniger im Darmtrakt der Eingeweide, als im Muskelgewebe ansetzt, daher ein relativ höheres Schlachtgewicht aufweisen als ausgewachsene Tiere.

Ferner wollen wir unser Schlachtgewicht noch mit den von Dr. Gerlach[2]) aufgestellten Zahlen vergleichen, welche Leipzig betreffen; nämlich im Durchschnitte der Jahre 1881—1884.

600 Ctr. Min. für Ochsen.

500 Ctr. Min. für Kühe, Kalben und junge Stiere, soweit sie über 300 Ctr. schwer sind.

280 Ctr. Min. für Kühe, Kalben und Stiere, soweit sie zwischen 100 und 300 Ctr. schwer sind.

200 Ctr. Min. für Schweine.

Das arithmetische Mittel aus 500 Ctr. und 280 Ctr. ist 390 Ctr., das obiges von 305,8 Ctr. übersteigt.

Bezüglich des von uns für Kälber berechneten Gewichtes ist noch zu bemerken, daſs es auch deshalb hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, da das Gewicht von 50,8 Ctr. nur für Kälber bis 6 Wochen gilt, während Kälber über 6 Wochen ein Lebendgewicht von 94 Ctr. hätten. Da aber bei der Zählung beide Altersklassen Kälber nicht geschieden wurden, so ist man, ohne willkürliche Verhältniszahlen zwischen beiden aufstellen zu wollen, gezwungen, das niedrige Gewicht von 50,8 Ctr. auf die älteren anzuwenden, abermals eine Begünstigung des Jahres 1840.

---

[1]) 305,8 Ctr. ist das arithmetische Mittel aus den Gewichten 390,3 Ctr. und 221,3 Ctr.

[2]) Inaugural-Dissertation „Der Fleischkonsum Leipzigs“ S. 8, Tab. X.

Berechnen wir zunächst auf Grund dieser Zahlen das Fleischquantum, das der Rindviehstapel liefert, so ergibt sich nach Tabelle S. 26:

	1883 pro Kopf in ℔.	1840 pro Kopf in ℔.	Mehr oder weniger 1883 ℔.
Ochsen und Stierfleisch	2,28	3,12	— 0,89
Kuh, Jungvieh, Kalbfleisch	15,20	12,15	+ 3,05
	17,43	15,27	+ 2,16

Es hat also die Ochsen- und Stierfleischration zwar abgenommen um 0,89 ℔. pro Kopf, aber durch Zunahme der Kuh-, Jungvieh- und Kalbfleischration ergibt sich für 1883 ein Plus an Rindfleischration von 2,16 ℔. gegenüber 1840, trotzdem sich die Bevölkerung von 14,9 auf 22,4 Millionen erhöht hat, trotzdem der Rindviehstapel in dieser Zeit von 33 auf 26 Haupt Grofsvieh pro 100 Einwohner gefallen war.

Unübersteigliche Hindernisse bereitet jedoch der Berechnung das Schaf-, Ziegen- und Schweinefleisch. Für erstere liegen im Jahre 1883 gar keine Durchschnittsgewichte vor, und wir wollen deshalb die von Meitzen berechneten Durchschnitte an gewogenen Schafen pro 1838/39 ansetzen, obschon alles zugibt, dafs das Schafgewicht bedeutend zugenommen hat [1]), jedoch in Ziffern läfst es sich absolut nicht ausdrücken. Die Rechnung ergibt hierfür folgende Resultate, wenn man die Ziegen, wie Schmoller, zu den Schafen addiert:

	1883	1840	1883
Schaf und Ziegenfleischration	2,64 ℔.	4,83 ℔.	— 2,19 ℔.

Mit obigem Plus von 2,16 ℔. gibt dieses Defizit an Schaffleisch von 2,19 ℔. ein Gesamtdefizit von 0,03 ℔. Es hat demnach selbst nach solchen Konzessionen an das Jahr 1840 die verbesserte Qualität an Rindvieh allein das Defizit an Schaffleisch gedeckt, wenn man von dem geringen Bruchteil von 0,03 ℔. absieht. Dafs dieses aber jedenfalls durch die Zunahme des Schweinefleisches geschieht, braucht

[1]) Dr. v. Mitschke-Collande schreibt in der „Wollzollfrage“ 1886 S. 12: „dafs das durchschnittliche Lebendgewicht unserer Schafe heute nahezu doppelt so hoch zu veranschlagen sein dürfte als vor etwa 30 Jahren“. Professor v. d. Goltz nimmt in seiner „Entwickelung der ostpreufsischen Landwirtschaft seit 1856“ in Schmollers Jahrbüchern Jahrg. VII 1883, Heft 3, S. 73 flg. an, dafs Schafe, Schweine und Rindvieh 20 % mehr wiegen als vor 25 Jahren.

wohl kaum eines ziffermäfsigen Nachweises. Nach Stückgewicht ist dies auch ganz unmöglich, da 1840 eine Unterscheidung von Ferkel und Schweinen nicht gemacht wurde. Weiterhin hat 1883 keine Gewichtsbestimmung der unter 1 Jahr alten Schweine stattgefunden, so dafs ein Vergleich schlechthin unmöglich wird.

Um den ziffermäfsigen Boden nicht zu verlassen, gehen wir bei Schweinen von der Stückzahl aus und beziehen sie auf die Einwohnerzahl. Danach ergibt sich:

	Auf 100 Einwohner Stück	Davon zur Konsumtion	Stück	pro Kopf Stück
1840	15	$^3/_4$	11,25	0,1125
1883	20	$^3/_4$	15	0,1500

Im Jahre 1883 entfällt also auf einen Kopf ein Plus von 0,0375 Stück Schweinen.

Nimmt man nun an, dafs seit 1840 die Qualität des Schweineviehs gar keine Fortschritte gemacht hätte, und weiterhin, dafs dieses Plus nur in Ferkeln bestünde, so kann man den von Reinick genannten Schlachtsatz von $^6/_{16}$ Ctr. = 37 Ø. hierauf anwenden, was ein Plus pro Kopf von 0,13875 gleich 0,14 Ø. ergibt, mit obigem Defizit von 0,03 Ø. noch immer einen Mehrkonsum von 0,11 Ø. pro Kopf beweist, und der Zweck, zu zeigen, dafs Alt-Preufsen 1883 nicht weniger Fleisch konsumirt als 1840, ist hiermit ziffermäfsig ohne Schätzungen erbracht.

Einen Nachweis der Höhe des Fleischkonsums zu geben, ist keines wissenschaftlichen Bemühens wert, soll er nicht auf das Gebiet vager Behauptungen verwiesen werden. Klarer wird die Vorstellung von einem annähernden Konsum noch durch die obigen Verweise auf die Fehlerquellen zu Gunsten des Jahres 1840, die in Summa genommen auf einen ganz bedeutenden Fortschritt zur Fleischkost hinweisen.

Zu einem relativ richtigeren Resultate würde es noch führen, wenn man für Schweine den Umsatz aus den Zuchtsauen prozentisch berechnen und dieselben Altersprozentsätze auf 1840 anwenden würde, allein wir unterlassen dieses.

Schliefslich sei noch der Vollständigkeit wegen erwähnt, dafs ein Vergleich der Ein- und Ausfuhr im Vieh zwischen den Jahren 1840 und 1882 für letzteres ein Plus an Grofsvieh von 31117 Stück ergibt, wodurch der Fleischkonsum für diese Zeit noch erhöht wird. Wir begnügen uns diesbezüglich mit den wenigen Zahlen, da die

Ein- und Ausfuhr-Statistik bezüglich Vieh erst in den 80er Jahren eine verläfsliche zu nennen ist.

Auf einem anderen Wege wären wir jedoch gleichfalls ziffermäfsig im stande, ein der Wahrheit etwas näher rückendes Resultat zu erzielen, da der Fehler, den wir bei Berechnung des Gewichtes der unter ein Jahr alten Schweine machten, indem wir nur das Gewicht von 37 *&*. für Ferkel aus dem Jahre 1840 einsetzten, ein zu arger ist. Lassen wir die ganze Berechnung, wie sie gegeben wurde, und suchen wir nur in letzterer Hinsicht ein richtigeres, immerhin noch zu kleines Gewicht auf folgende Weise zu erhalten:

Die Zählung vom 10. Jänner 1883 hat sich auch, wie bereits erwähnt, die Eruierung eines durchschnittlichen Verkaufswertes zur Aufgabe gemacht. Derselbe bestimmt sich bei Tieren, die lediglich der Fleischproduktion dienen, nach den Fleischpreisen und dem Gewinne, welchen der Unterhändler zwischen dem Produzenten und Konsumenten sich aneignet. Wir müssen demnach, wenn wir die Detailpreise für 1 *&*. kennen, aus der Gleichung $\frac{\text{Verkaufswert}}{\text{Fleischpreis}} = \text{Schlachtgewicht}$ ein Schlachtgewicht erhalten, das eher zu niedrig berechnet ist, da der Geschäftsgewinn des Händlers den Divisor Fleischpreis erhöht. Natürlich ist bei Tieren, bei welchen Versicherungsgesellschaften Residuen bezahlen, deren Geldbetrag vom Verkaufswert abzuziehen [1]).

In der That zeigt sich, wenn wir für sämtliche Viehgattungen nach den Fleischpreisen von Ende 1882 und Anfang 1883 aus dem Verkaufswert das Schlachtgewicht berechnen, dafs dasselbe durchweg niedriger ausfällt, als das von uns aus dem Lebendgewichte prozentisch berechnete, ja mitunter niedriger als das von uns für 1840 eingesetzte Schlachtgewicht. Es gilt dies selbst bei Jungvieh von $^1/_2$—$2^1/_2$ Jahren, wo der züchterische Wert den Verkaufswert, also unsern Dividenden in obiger Gleichung derartig gesteigert hat, dafs das Moment des Geschäftsgewinnes oder besseren Fleischqualität, welche im Divisor zum Ausdruck kommen, beinahe überholt wird,

[1]) An Residuen für gefallene Tiere berechnen Versicherungsgesellschaften:
für Rinder $7^1/_2$—15 *M*
„ Schafe 1—2 „
„ Schweine — „
„ Kälber wurden die Residuen zu $^1/_{10}$ des Betrages bei Rindern berechnet.

wie das relativ hohe Schlachtgewicht besagt. (Vergleiche Tabelle auf nächster Seite.)

Selbst bei Kühen, wo auch der Milchnutzen im Verkaufswert sich geltend machen sollte, läſst die offenbar geringe Fleischqualität das Schlachtgewicht kleiner erscheinen, als das nach Lebendgewicht berechnete. Auch bei Schweinen über 1 Jahr (einschlieſslich der Zuchtsauen) ist dies der Fall und würde, könnte man den im Preise höher stehenden Speck quantitativ veranschlagen, noch weit kleiner ausfallen. Wir sind also auch für die unter 1 Jahr alten Schweine berechtigt anzunehmen, daſs ihr aus dem Verkaufswerte berechnetes Schlachtgewicht noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es beziffert sich auf 66,9 Ct. Tabelle zu Seite 34 gibt einen Vergleich der nach beiden Methoden berechneten Schlachtgewichte.

Setzt man dies auf solche Weise erhaltene Schlachtgewicht für unter 1 Jahr alte Schweine ein, deren Gewicht 1883 nicht bestimmt wurde, so erhält man für letztes Jahr ein Plus an Schweinefleischration von 3,01 Ct., die mit obigem Defizit der übrigen Fleischsorten ein Plus an Fleisch von 2,98 Ct. pro Kopf als Minimum ergeben.

Bezüglich des Jahres 1873 konnten wir in dem Material der Viehstatistik keinen Anhalt finden, um einen Vergleich mit der Fleischproduktion und Konsumtion zu liefern. Es ist dies um so bedauerlicher, als die höheren Tagelöhne in der Schwindelperiode vielleicht berechtigen, wenigstens auf einen höheren Fleischkonsum *einer Klasse* zu schlieſsen.

Wenn wir auch diese Frage nicht ziffermäſsig zu lösen in der Lage sind, so kann nach obigem gewissenhaften Beweisgange doch der Nachweis als erbracht gelten, daſs 1883 mehr Fleisch in Alt-Preuſsen konsumiert wurde, als im Durchschnitte des ganzen Jahrhunderts.

Es steht dieses Resultat zugleich in Widerspruch mit der bereits erwähnten Theorie von Professor *Lambl*, auf die wir am Schlusse zusammenfassend ausführlicher zurückkommen wollen. Hier sei bloſs der Gegensatz zu seiner relativen Depecoration konstatiert, die in den 8 alten Provinzen sich als eine bloſs scheinbare erwiesen hat. Es hat dies günstige Ergebnis nur die Berücksichtigung der Gewichtszunahme herbeigeführt, die Professor Lambl sonach unterschätzt hat. Unberücksichtigt auch von uns blieb weiterhin der raschere Umsatz, welcher ziffermäſsig zwar nicht faſsbar, aber doch konstatierbar ist und nach unserer Meinung einen noch gröſseren

Durchschnittlicher Verkaufswert für Alt Preufsen

(berechnet nach der Zählung vom 10./I. 1883)

Kälber unter 6 Wochen	290 Sgr.	Schweine unter 1 Jahr alt	433 Sgr.
Kälber über 6 Wochen	623 Sgr.	Zuchtsauen über 1 Jahr	933 Sgr.
Jungvieh von $1/2$ - $2 1/2$ Jahr.	1473 Sgr.	Sonst. Schweine über 1 Jahr	908 Sgr.
Zucht-Stiere	2844 Sgr.	Schweine überhaupt	569 Sgr.
Kühe	2327 Sgr.		
Sonstiges Rindvieh	2943 Sgr.	Ziegen	157 Sgr.

Schlachtgewicht in Ø. für Alt-Preufsen

	berechnet nach Verkaufswert	nach Lebendgewicht.
Kälber unter 6 Wochen	48,0	50,8
Jungvieh	219,5	221,8
Kühe	361,3	390,3
Stiere	447,1	488,8
Ochsen	463,5	488,8
Schafe	24,5	(26 nach Reinick)
Schweine unter 1 Jahr	66,9	(37 nach Reinick)
Schweine über 1 Jahr	140,2	169,3
Zuchtsauen über 1 Jahr	144,0	169,3

Fleischpreise.

Die Preise für $1/2$ kg oder 1 Ø. nach dem Durchschnitte des Monats Dezember 1882 und des Monats Jänner 1883 waren nach 24 Marktorten (Frühlings landwirtschaftliche Zeitung genannter Monatshefte).

Rind	60,25 Pf.	Hammel	57,5 Pf.
Schwein	64,75 Pf.	Speck (inländisch)	90,5 Pf.
Kalb	56,25 Pf.	Schweineschmalz	93 Pf.

Einflufs auf die Zunahme des Fleischkonsums haben mufste. Deshalb wird die Frage nach relativer Depecoration künftig in anderer Weise zu stellen sein, nämlich wieviel Zentner Fleisch sind pro Jahr auf 100 Einwohner zum Konsum disponibel? Sowie der Kaufmann bei hoher Miete nur einen kleinen Lagerraum in der Stadt halten kann, denselben aber desto rascher umsetzt, so ist dies auch beim Steigen des Grundwertes der Fall, der sich nur durch intensiveren Umsatz verzinst. Aus dem Vorrate an Waren kann man jedoch nicht auf den Konsum schliefsen, wenn nicht erwiesen ist, dafs ein rascherer Wechsel möglich, dem Interesse des Betriebes besser Rechnung trägt als ein grofses Lager. Allerdings ist hiermit die Lamblsche Depecorationsidee im Grunde nicht angegriffen, davon später, wenn uns weitere Ergebnisse der deutschen Viehstatistik vorliegen.

Nun nur weniges über die Fleischsorten.

Schon 1867 hatte sich das Schweinefleisch am meisten vermehrt und nimmt jene Stelle ein, die das Rind einst am Markte behauptete. Die Ursache liegt vorzüglich in der schnellen Regenerationskraft und leichten Ernährbarkeit dieses Omniphoren, die ihn auch an den kleinen Haushalt, ja auch an den Fabrikarbeiter bindet. Am meisten hat relativ die Kopfration an Ochsenfleisch verloren, trotz Züchtung schwererer Rassen, zum Teil wegen der Verdrängung des Ochsen als Gespanntier durch das Pferd. Da die Aufzucht des Ochsen lediglich zur Mast gröfsere Intelligenz voraussetzt, so dürfte jetzt auch ein gröfserer Prozentsatz von männlichen Kälbern zur Schlachtbank kommen, was allerdings keine Statistik nachweisen kann. Aus ähnlichen Gründen mag das Fleisch von Jungvieh abgenommen haben. Kuh-, namentlich aber Kalbfleisch haben gewonnen. Von den Ziegen gilt dasselbe, nur haben sie mehr durch Quantität als Qualität gewirkt, im Gegensatz zu Schafen.

Rücksichtlich des Schweinefleisches ist es unbegreiflich, dafs Herr Nordmann [1]) dasselbe bei der Volksernährung aus seiner Berechnung ausschliefst, angeblich, da ihre Ernährung für gröfsere Wirtschaften zu teuer (!!) komme und nur bei Molkereibetrieb rentiere. (!) Im Gegensatz hierzu — abgesehen, dafs in genanntem Artikel Nordmanns noch manches zu beanstanden wäre — mufs man hervorheben, dafs gerade in Arbeiterkreisen die Schweinehaltung häufiger geworden ist, und der Vorteil hiervon auch diesen Kreisen

[1]) Wifs, Vierteljahresschrift 1884, B. 3, Jahrgang XXI, S. 102. „Die Viehzählung vom 10. Jänner 1883" von H. Nordmann.

zukommt. Es mag ja auch ein Teil der Bevölkerung von der besseren Fleischqualität auf die geringere zurückgegriffen haben, dies ist aber immer mit der Vermehrung des Schweinefleisches vereinbar.

Viele Pessimisten sehen zwar in der Vermehrung des Schweinefleisches einen Rückschritt in der Ernährung des Volkes. Es betonten dies, wie bereits erwähnt, auch Lambl und Nordmann; noch weiter geht in dieser Auffassung Professor Julius Pierstorff in Jena[1]), welcher zu dem Resultate kommt, „dafs nach der Natur der Ursachen wir es in der relativen Entwertung der animalischen Fette nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung zu thun haben, auf deren Beseitigung im Laufe der Zeit gehofft werden dürfte, sondern mit einer Thatsache, die als eine dauernde zu betrachten ist. Mögen“ — so schliefst der Autor — „die Resultate der angestellten Untersuchung etwas dazu beitragen, die Überzeugung zu befestigen und zu verbreiten, dafs eine gründliche Reform in der Fleischproduktion nicht nur im allgemeinen volkswirtschaftlichen, sondern ebensosehr im privatwirtschaftlichen Interesse der Produktion gelegen ist.“ Dafs die Ernährung des Volkes eine bessere wird dann, wenn es mehr Fleisch als Fett konsumiert, ist ganz richtig; allein aus der Vermehrung der Schweinezucht war bis jetzt niemand im stande zu beweisen, dafs das im Schweinekörper zugleich mit dem Fett produzierte Fleisch relativ weniger beträgt als früher, und wird dieser Beweis wegen der innigen Produktionsgemeinschaft beider kaum jemals geführt werden können. Vielmehr haben wir das Gegenteil in vorangehender Berechnung wahrscheinlich gemacht, indem bei Schweinen gerade ein so unverhältnismäfsig niedriges Schlachtgewicht angenommen wurde, welches eo ipso sehr grofse Partieen an Fett, besonders das Fett der Eingeweide nicht in sich begreift, und dennoch eine Zunahme pro Kopf eintrat. Uns erscheint es als erwiesen, dafs die Bevölkerung nicht blofs mehr Fett, wie Professor Pierstorff zu meinen scheint, sondern auch mehr Protein in den animalischen Produkten im Vergleich zur Mitte des Jahrhunderts geniefst, kurz, dafs im grofsen und ganzen ein Fortschritt zur besseren Ernährung sowohl durch Stickstoff als Kohlenhydrate sich angebahnt hat.

Professor Julius Pierstorff beklagt[2]), dafs die Fortschritte der

---

[1]) Journal für Landwirtschaft von Dr. W. Henneberg und Dr. G. Drechsler, XXVIII. Jahrgang, S. 501 bis 579.

[2]) a. a. O., S. 501.

Wissenschaft in der Viehzucht nur langsam Verwertung finden, und fährt fort: „Vor allem betrifft das Gesagte die Mästung. Noch immer ist die übertriebene Fettmastung keineswegs ein überwundener (!!) Standpunkt für Deutschland; vielmehr wird dieselbe von den Viehproduzenten bei uns noch in ausgedehntem Umfange betrieben. Dafs eine gröfsere Wandlung hierin in nächster Zeit eintreten werde, darf man kaum hoffen. Anstatt dafs die Grundsätze, welche die wissenschaftliche Forschung zu Tage gefördert hat, nach Kräften verbreitet und zur Befolgung derselben aufgemuntert und angespornt würde, sehen wir vielmehr, dafs durch die Fettvieh-Ausstellungen der Verbreitung besserer Erkenntnis — freilich mehr oder weniger unbewufst — nach Kräften entgegen gearbeitet wird. Dieselben verleiten zu der Ansicht, dafs alles darauf ankomme, ein möglichst hohes Lebendgewicht im einzelnen Stück Vieh durch die Mästung zu erzielen, während es doch einleuchtend ist, dafs es nicht so sehr auf die Masse selbst als auf die Qualität und Zusammensetzung derselben ankommt. Endlich wird eine gründliche Besserung erst dann erreicht werden können, wenn es gelingt, eine Reform des Fleischverkaufs zu erzielen in der Art, dafs bei uns in Deutschland, wie gegenwärtig schon in England und Frankreich, die Teile und Qualitäten von den Konsumenten nach ihrem höheren oder geringeren Werte geschätzt und entsprechend verschieden bezahlt werden. Die Fettmast aber liegt nicht einmal gegenwärtig, wo doch eine Differenzierung des Preises nach Sorten eigentlichen Fleisches so gut wie gar nicht ausgebildet ist und nur die Art des Produktes im allgemeinen einen Preisunterschied begründet, im Interesse des Produzenten. Im Interesse des Konsumenten liegt eine übermäfsige Erzeugung von Fett im Fleische in keinem Falle. Denn das stickstofffreie Fett hat nicht entfernt den spezifischen Wert für die Ernährung des Menschen wie die stickstoffhaltigen Nährstoffe, auf die es vor allem ankommt, und wird auch ein übertriebener Fettgehalt des Fleisches beim Einkauf der Fleischportionen, wie die gewöhnliche Erfahrung zur Genüge zeigt, durch die Konsumenten regelmäfsig perhorresziert, da ein solcher dem Geschmacke derselben nicht zusagt.“

Der Autor begründet diese Ansicht, in der sich der Mangel landwirtschaftlicher Kenntnisse spiegelt, indem er aus einem vollständig exakt ausgeführten Mastungsversuche [1]) Professor Henne-

[1]) Über den Verlauf und die Zusammensetzung der Körpergewichtszunahme bei der Mästung ausgewachsener Hammel des südhannöverschen Landschlages“ im Journal für Landwirtschaft von Dr. Henneberg 1878.

bergs einen falschen Schlufs zieht und diese Versuche generalisiert. „Das Resultat dieser Versuche," fährt der Verfasser fort, „war die Beobachtung, dafs bei derartigen Tieren die Gewichtszunahme fast ausscliefslich aus stickstofffreiem Fett bestand und Fleischzunahme so gut wie gar nicht erzielt wurde. Es erhellte daraus, dafs die Mastung ausgewachsener Tiere nur im begrenzten Mafse von Wert ist und nicht weiter getrieben werden darf, als nötig ist, um das Fleisch durch Erzielung eingelagerten Fettes lockerer und saftiger zu machen. Die Produktion von Fleisch im engeren Sinne des Wortes, auf die es für die Ernährung des Menschen vor allem ankommt, ist daher nur mit jungen, im vollen Wachsen begriffenen Tieren erreichbar und soll bei diesen durch kräftige, aber nicht mästige Ernährung mit einer kurzen Mastperiode am Schlusse bewirkt werden."

Der Verfasser geht im vorangegangenen, indem er eine „gründliche Reform in der Fleischproduktion" Deutschlands nötig hält [1]), von der Ansicht aus, dafs in Deutschland, da er nur die englische [2]) volle Mast vom volks- und privatwirtschaftlichen Standpunkte für schädlich hält, diese englische schon ein förmlicher Krebsschaden in der Landwirtschaft geworden wäre, denn sonst würde er keine „gründliche Reform" für nötig finden, wenn dieselbe keine allgemeine Verbreitung gewonnen hätte.

Allein der zweite Teil unserer Arbeit wird zur Genüge zeigen, dafs englische Mast nur ganz vereinzelt in Deutschland erzielt wird dafs, trotz der Fortschritte, in Masse nur von mittelgenährtem Viehstande gesprochen werden kann. Geschieht dieses aber in einzelnen Wirtschaften, so kann gerade in Deutschland die englische Mast vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nur mit Freuden begrüfst werden im Gegensatz zu den Ausführungen Professor Pierstorffs. Es ist jedem Landwirte bekannt, dafs gerade bei der englischen Mast, also der weitgetriebensten, höchsten Mast, wo die Waage keinen Ausschlag gibt, im Tierkörper an Stelle des Wassers Fett tritt, also blofs eine Qualitätsverbesserung eintritt, welche nur von dem einsichtigen Publikum Englands bezahlt und geschätzt wird, während es in Deutschland durch ähnliche Publikationen, wie eben besprochene,

---

[1]) a. a. O., S. 579.

[2]) Englische Mast ist der fachmännische Ausdruck für das höchste Stadium der Vollmast, welche offenbar mit dem Ausdrucke „übertriebene Mast" von dem Verfasser gemeint ist.

nur irre geführt wird. Wenn junge Tiere gemästet einen gröfseren Nährwert besitzen als alte Tiere, so folgt daraus doch nicht, dafs die Mast alter Tiere, wie sie auch in England, wenn auch in weit geringerem Umfange, betrieben wird und vermöge der Organisation des ganzen landwirtschaftlichen Betriebes bei technischen Gewerben betrieben werden mufs, ein volkswirtschaftlicher Nachteil ist und durch eine Reform beseitigt werden kann! Wenn statt Wasser selbst nur Fett produziert würde, so ist dies doch ein Vorteil.

Geheimrat Kühn erwähnt in seinem weltberühmten Buche[1]: „Wenn übrigens, wie wir gesehen haben, mit der fortschreitenden Mast der Gehalt an Trockensubstanz überhaupt und an Fett mehr und mehr wächst, so ist der Masterfolg nicht allein nach der Gewichtszunahme zu schätzen, sondern danach zu beurteilen, dafs, je weiter die Mast vorschreitet, das Fleisch wasserärmer, gehaltvoller, wertvoller wird. Nach Lawes und Gilbert beträgt die Trockensubstanz der Körpergewichtszunahme in den letzten Monaten der Mast 70 bis 75 %. Im Anfange der Mast dagegen beträgt die Trockensubstanz der Körpergewichtszunahme nur 30 bis 40 %. Ein Kilogramm Zuwachs erfordert demnach am Ende der Mast doppelt soviel Futter als anfänglich, oder das Masttier nimmt bei gleichem Futter im Beginn der Mast doppelt soviel an Gewicht zu, als am Ende derselben, dagegen ist aber auch das Fleisch in demselben Verhältnisse nahrungsreicher und wertvoller geworden. Es enthalten nach Breunlins Untersuchungen[2]) 1000 Gramm

	Muskelfleisch	Fett	Asche	Wasser
Fleisch von fetten Ochsen	356	239	15	390
„ „ mageren „	308	81	14	597
Unterschied	+ 48	+ 158	+ 1	— 207

Das Fleisch der fetten Ochsen schliefst sonach 50 %[3]) mehr feste Nahrungsstoffe gegenüber dem des ungemästeten Tieres ein, welches dafür reichlich 50 % mehr Wasser enthält.“ Geheimrat Kühn fährt dann weiter fort: „Geht hieraus das Thörichte der noch

[1]) Die zweckmäfsigste Ernährung des Rindviehs von Dr. Julius Kühn. 1887. Dresden S. 307 u. flg.

[2]) Chem. Ackersmann 1859, S. 51.

[3]) Man sieht aus dieser Ziffer, wie grofsartig die Veränderungen im tierischen Körper erst im Laufe eines Jahrhunderts sein können, wäre es möglich, diese in Trockensubstanz zum Ausdrucke zu bringen. (D. V.)

vielverbreiteten Verkaufsweise des Fleisches hervor, wonach 1 kg Fleisch des nicht oder nur mäfsig angemästeten Tieres zu gleichen oder doch nur wenig verschiedenen Preisen verkauft wird, wie 1 kg des doppelt so gehaltreichen, nahrhaften, leichter verdaulichen und wohlschmeckenden Fleisches ausgemästeter Tiere; so erhellt ferner daraus, wie unter solchen Verhältnissen nur Halbmast lohnen kann, Vollmast aber entschieden Verluste bringen mufs."

Nach Professor Pierstorff ist aber die Produktion von Fleisch im engeren Sinne, wie obiges Citat besagt, nur mit jungen Tieren erreichbar. Könnte allerdings der landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland so organisiert werden, dafs vorwiegend nur junge Tiere zur Mast kommen, so wäre dieses, wie nochmals betont werden soll, für die gesamte Ernährung unstreitig ein grofser Vorteil. Dies ist aber in Deutschland heute nur sehr allmählich anzubahnen und kann nur als weites Ziel der Zukunft betrachtet werden. Denn nicht gegen eine allgemeiner vorhandene übertriebene Mastung haben die Vereine anzukämpfen, sondern gegen schlechte Ernährung des Viehs mancher Gegenden. Insofern ist der schlechte Einflufs der Mastvieh-Ausstellungen, gegen welche Professor Pierstorff teilweise mit Recht polemisiert, ein weit harmloserer. Sie haben das Gute und bezwecken zu zeigen, welche Grenze der Produktion überhaupt erreichbar ist. Weiterhin hätte der Anstofs zu einer solchen Umwälzung nicht so sehr von den produzierenden Landwirten, sondern von der wachsenden Einsicht der Konsumenten auszugehen. Solange der deutsche Konsument nicht einsieht, dafs er in einem kleinen Stücke Fleisch eines jungen Tieres mehr Nährstoffe kauft, als in einem gröfseren Stücke eines alten Tieres unter sonst gleichen Umständen, wird der blofs nach dem Gewichte bezahlte Produzent bei der Mast junger Tiere immer mit Nachteil arbeiten und wird sein privates Interesse dem allgemeinen opfern, eine Forderung, die als unbillig zurückgewiesen werden mufs.

Genug, es ist unrichtig, wenn Professor Pierstorff 1. annimmt, dafs in Deutschland bereits „eine übertriebene Fettmastung stattfindet", 2. wenn übertriebene Fettmastung mit Vollmast oder letztes Stadium von Mast identisch gemeint ist, so ist diese, falls sie sich in Deutschland verallgemeinern sollte, heute nur ein volkswirtschaftlicher [1]) Segen und kein Nachteil. 3. Eine allgemeine Mastung von

[1]) Professor Pierstorff will aus seinem wertvollen statistischen Nachweis, dafs die Fette weniger im Preise stiegen als die Fleischsorten, für den privatwirtschaftlichen Standpunkt folgern, dafs (Seite 508) das Aufgeben der „über-

Jungvieh, die allerdings das kostbarste Fleisch liefert, ist in Deutschland heute noch ein weites Ziel.

Besprochene Arbeit konnte uns also nicht in unserer Meinung beirren, dafs infolge der thatsächlich relativ stärkeren Fettproduktion die Nahrung proteinärmer geworden wäre.

Im allgemeinen zeigten auch die Zollergebnisse bei den Städten, solange die Schlachtsteuer bestand, eine Zunahme des Fleischkonsums bei der städtischen Bevölkerung, welche ja die wohlhabendere Klasse einschliefst. Dies sowie die oben angedeutete Zunahme der Schweine- und Ziegenprodukte in der unteren Volksklasse würde eher zur optimistischen Ansicht eines in allen Klassen gesteigerten Fleischkonsums berechtigen. Nähere ziffermäfsige Angaben werden bezüglich Verteilung der Viehhaltung nach Besitzverhältnissen später von Wert sein.

Die bevorzugte Klasse hat bezüglich Qualität ihre Bedürfnisse

triebenen Fettmast" und ihre Ersetzung durch eine vorwiegende Fleischmast nicht blofs im Interesse der Gesamtheit, sondern auch im wohlverstandenen eignen Interesse läge. Es gehört dieser Punkt als eine Rentabilitätsfrage in das Gebiet der tierischen Produktion, hier seien blofs die Gründe für die Unrichtigkeit eines solchen Schlusses aus statistischen Zahlen nachgewiesen, nämlich, dafs heute noch der Preis für Speck und Schmalz in Deutschland zumeist höher ist als für Fleisch, trotzdem sie grofsen Rückgang erfahren haben. Und ferner, weil es unrichtig ist, zu behaupten, wie Professor Pierstorff (Seite 539), dafs, weil „Fleisch- und Fettprodukte in demselben Produktionsprozesse fortwährend miteinander erzeugt werden, deren getrennte Erzeugung gar nicht gedacht zu werden vermag, für die daher auch innerhalb der gemeinsamen Produktionskosten gar kein bestimmter Anteil, der auf jede besonders entfiele, ausgeschieden werden kann, dafs die Ursache der totalen Preisverschiebung unmöglich in einer Veränderung der beiderseitigen Erzeugungskosten liegen kann". Hat Professor Piersdorff in Erklärung der Ursachen der Bewegung der Fleisch- und Fettpreise sonst vollständig das Richtige getroffen, so ist es doch sicher, dafs die Erzeugungskosten von Fett und Fleisch ungefähr dieselben Wandlungen durchgemacht haben, wie Fett und Fleisch, und sich keineswegs gleich geblieben sind. Denn abgesehen von anderen hier nicht zu erörternden Gründen sind Kohlenhydrate und vegetabile Fette, aus welchen die tierischen Fette erzeugt werden, ebenso hinter den vegetabilen Proteinstoffen zurückgeblieben, wie dies Verhältnis in den animalen Waren sich verschoben hat, kurz die vornehmlich Fett erzeugenden Futterstoffe sind relativ billiger geworden, einer der vielen Gründe, welcher „das bisher noch allgemein angewandte Mastungsverfahren" (siehe Seite 503 des genannten Autors) noch sehr rentabel macht. Meint jedoch der Verfasser mit dem „allgemein angewandten Mastungsverfahren" blofs jenes hohe Maststadium, wo die Wage keinen Gewichtszuwachs aufweist, indem Fett an Stelle des Wassers im Tierkörper tritt, so hätte er für die meisten Gebiete Deutschlands recht, da hier die Qualität des hochgemästeten Tieres nicht bezahlt wird.

erhöht. Ihr kommen die Resultate zu gute, welche die Fortschritte der Landwirtschaft in Erzeugung feinster Qualität erzielten. Die mittlere Klasse endlich dürfte gleichfalls, ebensowenig wie die Arbeiter, ihren Fleischkonsum verringert haben. Auf sie fällt vorzüglich die Gewichtszunahme, welche das Stück Vieh durch rationellere Ernährung und Haltung erfuhr. Für Zunahme des Fleischkonsums in Städten sei nur behufs Vergleichung angeführt die Untersuchung Professor Conrads in seinen Jahrbüchern N. F. B. III. „Der Konsum an notwendigen Nahrungsmitteln in Berlin vor 100 Jahren und in der Gegenwart“, ferner die erwähnte Dissertation Dr. Gerlachs „Über Fleischkonsum Leipzigs“, welche auf ähnliche Entwickelung in Dresden, Chemnitz, im Königreich Sachsen sowie in Paris und in anderen Städten hinweist. Diese Resultate stimmen auch mit den Veröffentlichungen des Kgl. Sächs. statistischen Büreaus sowohl in der Zeitschrift desselben als im Stat. Jahrbuch über Fleischverbrauch überein, welche Generalsekretär K. v. Langsdorff zusammenfafst in seinem Werke: „Die Landwirtschaft im Königreiche Sachsen und ihre Entwickelung in den Jahren 1876 bis einschliefslich 1879“ Seite 104. Ziffernmäfsig liegt noch als Beleg für die Zunahme des Schlachtgewichtes der Tiere ein Nachweis von Zunahme in der Düngerproduktion in Prof. Conrads agrarstatistischen Untersuchungen[1]) vor, wonach die Düngerproduktion auf einer preufsischen Domäne in 34 Jahren um 133% pro Haupt gestiegen ist, was eine reichere Ernährung voraussetzt und eine stärkere Fleischproduktion im Gefolge hat.

Man sieht also, dafs man ohne solche konkrete Zahlen für das ganze Reich nur indirekte Schlüsse ziehen kann, sicher ist aber, dafs die Verbesserungen, wenn überhaupt welche erfolgten, nur in Verbesserung der Qualität, also Gewichtszunahme bestrebt sein konnten und weniger auf die Zahl der Tiere gerichtet sein durften. Übrigens hat man auch hierin viele Fortschritte gemacht, die in rascherem Umsatze bestehen und doch in der Statistik nicht zum Ausdrucke kommen. Es kommt nämlich durchaus nicht auf die vorhandene Tierzahl an, sondern diese kann sich langsamer oder schneller ersetzen und verbraucht werden, und doch bleibt sie in der Statistik stationär, die Fleischproduktion aber steigt. Es betrifft dieser rasche Umsatz gerade solche Fleischqualitäten, welche an Verbreitung gewonnen haben, nämlich Kalb- und Jungschweinefleisch, deren grofse Zunahme man viel richtiger aus dem Zuchtmaterial berechnen kann.

---

[1]) Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. XVIII, S. 54.

In diesem liegt die Zukunft der Fleischproduktion und nicht so sehr in der Ziffer des Jungviehs selbst, aus der Nordmann[1]) besonders so trübe Aussichten deduziert.

Für den rascheren Wechsel that nicht nur sehr viel die Einführung fremder Rassen, sondern auch der Umstand, dafs man im allgemeinen das Vieh viel früher zum Reproduktionszwecke in Anspruch nimmt. War dies z. B. früher bei der Kuh erst nach dem 2. Jahre der Fall, so geschieht dies jetzt schon mit $1^1/_2$ und $1^1/_4$ Jahren. In höherem Mafse gilt dies bei Schweinen, selbst auch bei Schafen. In diesem Sinne hat auch die Begründung der Ansicht, dafs wir immer geringerer Fleischproduktion entgegengehen müssen, weil die Regenerationskraft unserer Haustiere nicht ausreiche, durch Professor Lambl[2]) abgesehen davon, dafs dies rechnungsmäfsig nicht erwiesen, vielmehr mit Grund angezweifelt werden kann, weniger Bedeutung. Die ganze Volkswirtschaft ist vielmehr ein so innig verwobenes Netz und Geflechte, dafs auch nichts überzeugender ist als der Auspruch Engels: „Die ganze Viehaltung kann, sowie die ganze Landwirtschaft naturgemäfs nichts anderes sein, als das Produkt der volkswirtschaftlichen Zustände des Landes, respektive seiner Teile, und die von einer richtigen Ackerbaupolitik vertretenen Grundsätze müssen stets in Harmonie mit der ganzen volkswirtschaftlichen Entwickelung leben.“

Noch weniger Anhalt besitzen wir für die Frage, ob die Milchproduktion auch noch der rasch wachsenden Bevölkerung genügte.

Von Milchkühen entfielen auf 1000 Einwohner Alt-Preufsens

1817 209
1849 188
1867 186
1873 188
1883 174

und inklusive der neuen Provinzen

1867 202
1873 204
1883 . . . . 188.

Hieraus folgerte Schmoller[3]) 1867 mit Unrecht einen Rückgang in der Milchproduktion. Um so mehr müfste dies dann von den folgenden Jahren gelten. Ein Gegenbeweis ist allerdings auf konkrete

[1]) a. a. O.
[2]) a. a. O., S. 253.
[3]) Fühlings landwirtschaftliche Zeitung. 19. Jahrgang, H. 9—12, VII.

Ziffern gestützt ebenso unmöglich, und wir unterlassen es daher an dieser Stelle, wo wir nur aus erhobenen Zahlen deduktiv Schlüsse zu ziehen gesonnen sind, auf andere Weise darauf einzugehen. Konstatieren wollen wir aber nur, daſs ein solches Ergebnis mit den Erfahrungen eines jeden Landwirtes in Widerspruch steht, ebenso mit dem Bericht[1]) des Ministers Friedenthal über die Lage der Landwirtschaft Ende der 70er Jahre, wonach die Milchwirtschaft einen wahrhaft erfreulichen Aufschwung genommen hat und bei den hohen Preisen der Molkereiprodukte oft die einzige Basis der Rentabilität des Betriebes bildet.

Auch unsere ersten Fachleute für Milchwirtschaft, Professor Fleischmann, Kirchner, Benno Martiny, geben wohl ideale Durchschnittserträge von mittelmäſsigen Kühen der Gegenwart an, allein ein kleiner Bruchteil eines Liters als Differenz mit dem faktischen Durchschnittsertrag einer Kuh muſs das Resultat vollständig verschieben. Es wird Sache einer induktiven Untersuchung sein, nachzuweisen, daſs in jener Gegend ein Fortschritt, dort etwa ein Stillstand und anderwärts vielleicht sogar vereinzelt ein Rückgang eingetreten sei, im groſsen und ganzen aber doch ein Fortschritt sich bekundet.

Am zweifelhaftesten verhält es sich mit der Wollproduktion, und erwähnt sei nur, daſs hier Schmoller in dem Zeitraume von 1816—1867 auf eine Steigerung von 0,80% pro Kopf der Bevölkerung schlieſst. Die starke Wolleinfuhr seit 1872 drückte aber derartig die Wollpreise, daſs die Schafzucht immer weniger lohnend, mehr und mehr Einschränkung erfuhr. Schätzungen von Sachverständigen weisen auf einen mäſsigen Rückgang für die Zeit nach 1867 hin, derselbe steht aber mit der groſsen Abnahme der Schafe in keinem Verhältnisse. Es stimmt hiemit überein, wenn z. B. Dr. v. Mitschke-Collande[2]) sagt: „Vor 30 Jahren belief sich das Schurgewicht einer feinen und gutgenährten schlesischen Elektoralherde einschlieſslich der Lämmer 2 Pfund pro Kopf, während man heute von solcher Herde 3 Pfund pro Kopf erzielt“, und weiter wird an anderer Stelle dieser Schrift[3]) die Wollproduktion im Jahre 1865 mit 650 000 Zollzentnern und im Jahre 1882 auf 490 000 Zollzentner angegeben, was ein Minderquantum von 160 000 Zollzentnern ergibt.

---

[1]) Preuſsens landwirtschaftliche Verwaltung in den Jahren 1875, 1876 und 1877, S. 369.

[2]) Die Wollzollfrage 1886, S. 11.

[3]) a. a. O., S. 12.

Verlassen wir nun das Gebiet dieser Relation zwischen Viehzahl und Bevölkerung und treten wir in das zweite grofse, das der Fläche zur Viehzahl.

B. Verhältnis zum Boden.

In der Einleitung haben wir schon die Gründe dieser Gegenüberstellung angedeutet. Sie liegen kurz in der Bedeutung der Düngerproduktion für den Ackerbau. Es ist klar, dafs man mit Rücksicht hierauf nur jene Fläche in Betracht ziehen wird, welche bei der Düngung in Betracht kommt, und jene Flächen soweit als möglich ausschliefsen wird, welche den Einblick nur trüben würden.

Leider nehmen die Bearbeitungen noch keine Rücksicht hierauf, sondern setzen einfach das ganze landwirtschaftliche Areale, ja auch blofs schlechthin die ganze Bodenfläche der Viehzahl gegenüber. Aus allgemeinen Gesichtspunkten soll dies gleichfalls vor Augen geführt werden, allein für die Frage der Bodenfruchtbarkeit gibt dies zu ungenaue Resultate, da die landwirtschaftlich genutzte Fläche Acker- und Gartenland, Wiesen, Weiden und Hutungen umfafst. Jeder Landwirt weifs, dafs man in der regelmäfsigen Düngung Wiesen, Weiden und Hütungen nicht in Betracht ziehen kann und dafs selbst beim Ackerland, wollte man eine Düngerbilanz aufstellen, wie dies Schmoller [1]) that, nur die bebaute Fläche zur Grundlage nehmen darf. Auf diese Ungenauigkeit wies bereits Professor Conrad [2]) hin. Ferner darf auch streng genommen nicht der ganze Futterbau mit dem Getreidebau schlechthin zusammengeworfen werden, da derselbe der Brache ungleich näher steht.

Da jedoch für die ältere Zeit die bestellte Fläche schwierig zu eruieren ist, für den Futterbau ist dies um so mehr der Fall, so bekommt man richtigere Resultate, wenn man sich an die ganze Ackerfläche hält, die dann nicht blofs für die Dünger-, sondern auch für die Gespannviehfrage Aufschlufs gibt. Genannter Autor versuchte den Nachweis, dafs die Düngerproduktion seit Anfang des Jahrhunderts wesentlich zurückgegangen wäre, und kommt, wie Professor Conrad nachwies, deshalb zu unrichtigen Resultaten, da er die Ackerfläche zu Beginn des Jahrhunderts viel zu klein annimmt.

Schmoller berechnet z. B. für 1816 die Ackerfläche mit 36 Mill.

---

[1]) Fühlings landwirtschaftliche Zeitung 1870, 9. Heft.

[2]) Agrarstatistische Untersuchungen XVIII S. 35 seiner Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

Morgen, während sie viel richtiger und wahrscheinlicher 43,2 Mill. Morgen betrug, und die Folge ist, dafs er pro Mg. für Anfang des Jahrhunderts in Alt-Preufsen eine gröfsere Viehzahl erhält, als sie wirklich betragen hat. Folgende Tabelle gibt die Resultate beider Autoren.

	Schmoller.			Conrad.		
	Mg. Ackerfläche	Haupt Grofsvieh	Haupt pr. Mg.	Mg. Ackerfläche	Haupt Grofsvieh	Haupt pr. Mg.
1802	24 Mill.	8 823 555	367,6	39,2 Mill.	7 794 000	198,8
1816	36 „	7 090 387	196,9	43.2 „	7 090 386	164
1867	60 „	11 329 473	188,8	57 „	11 680 412	204,9

Auch Professor Funke [1]) widerlegt Schmollers Berechnung und kommt zu denselben Resultaten wie Professor Conrad, indem er hierbei vom landwirtschaftlich technischen Standpunkte ausgeht.

Überblickt man sonach die Viehentwicklung mit Rücksicht auf die Ackerfläche, so ist auch dann, wenn man sich lediglich an die Stückzahl hält, ein wesentlicher Fortschritt wahrzunehmen. (Vergleiche Tabelle zu S. 16). Zu Anfang des Jahrhunderts, wo die Viehhaltung durch die Freiheitskriege so arg daniederlag, war 1817 allerdings pro 1000 ha nur eine geringe Viehzahl, nämlich 641 Stück Grofsvieh vorhanden, demgegenüber kamen 1883 auf 1000 ha bereits 838 Stück. Im Laufe dieser Periode erhob sich die Anzahl nur einmal ungefähr auf diese Höhe, im Jahre 1849, worauf sie in den folgenden ungünstigen Perioden bis 1867 auf 801 Stück fiel, von da ab aber kontinuierlich sich verstärkte. Durch das Hinzutreten der neuen Provinzen wurde das Verhältnis noch gebessert. Geht hieraus zum wenigsten hervor, dafs das produzierte Düngerquantum nicht kleiner geworden, so fallen eine Reihe anderer Momente, die hier nur angedeutet werden sollen, auf die Professor Conrad in genannter Untersuchung ausführlich hinwies, viel mehr ins Gewicht, die kurz als Verbesserung der Qualität des Düngers infolge reicherer und kräftigerer Ernährung bezeichnet werden können. Es ist nachgewiesen, dafs der Futterbau und Kartoffelbau zugenommen hat, was den Tieren zu gute kam. Aber auch von dem Getreide, das gebaut wird, wurde im Laufe der Zeit mehr als Kraftfutter verwendet. Und den umwälzenden Einflufs der Zuckerrüben- [2]) und Brennerei-

---

[1]) Zentralblatt für Deutschland von Wilda und Krocker 1871 Aug. S. 99 flg.

[2]) In dieser Hinsicht verweisen wir auf die Untersuchung Dr. Gustav Humberts „Über den Einflufs des Zuckerrübenbaus auf die Land- und Volkswirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen. Jena 1877.

industrie auf die Viehhaltung kennt gleichfalls jedermann. Schliefslich seien noch die Fortschritte in Konservierung des Düngers erwähnt, von der man in der früheren Zeit überhaupt nicht reden konnte, so dafs wir mit Professor Conrad annehmen können, dafs, weil zu Anfang des Jahrhunderts nicht mehr Einstreu vorhanden war, das Futter weniger und kraftlos gewesen, der Verlust auf Weide und Düngerstätte bedeutender, für viele Gegenden sicherlich nur die Hälfte der jetzigen Düngerproduktion anzunehmen sein dürfte.

Wie sich die Zunahme des Viehs in den übrigen in der Tabelle von Th. Richter aufgeführten Staaten verhält, ist in folgender Zusammenstellung zu ersehen, wo die jährliche Zunahme an Vieh auf 1000 ha Ackerfläche in Prozenten berechnet ist. Es ist nebenbei zugleich die Bevölkerungszunahme [1]) in dem Zeitraume von 1816—1880 in den einzelnen Ländern beigefügt, um einen Vergleich anstellen zu können.

		Viehzunahme auf 1000 ha	Volkszunahme von 1816—1880
Alt-Preufsen	1817—1883	0,46 %	12,6 %
Bayern	1810—1883	0,25 „	5,6 „
Württemberg	1820—1883	0,10 „	5,2 „
Königr. Sachsen	1834—1883	0,51 „	13,3 „
Baden	1825—1883	0,14 „	6,9 „

Die geringste Viehzunahme hat danach Württemberg und Baden erfahren, und wir werden auch später auf diese Länder um so mehr unser Augenmerk richten müssen, als gerade aus diesen Ländern vielfach Klagen über schlechten Stand der Landwirtschaft vernehmbar wurden. Teilweise erklärbar ist in beiden Ländern die geringe Vermehrung des Viehs dadurch, dafs in ihnen schon frühzeitig ein gröfserer Viehstand auf der Ackerfläche gehalten wurde, und dafs es den Absatzverhältnissen später nicht entsprach, eine noch gröfsere Steigerung eintreten zu lassen, wie dieses in anderen Ländern der Fall war. Es beweist die Volkszunahme dies, die immer einen gewissen Parallelismus mit Viehzunahme bekundet, soweit sie nicht durch anderweitige Einflüsse verdeckt wird. Immerhin zeigen Württemberg und Baden eine geringe, Sachsen und Preufsen eine starke Volks- wie Viehvermehrung. Bayern verhält sich diesbezüglich unregelmäfsiger. Enthalten diese Ausführungen vielleicht

[1]) Nach Rümelin in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie 1882 I S. 1231.

auch einen Hinweis, warum die jüngste landwirtschaftliche Krise besonders in jenen beiden Ländern verspürt wurde, so ging man doch zu weit, hieraus etwa auf einen wirtschaftlichen Rückgang schliefsen zu wollen. Noch 1883 entfällt in Baden und Württemberg auf die Ackerfläche der gröfste Viehstand, die beste Garantie für die Statik und den Fortschritt in der Rohproduktion.

Für die Periode von 1873 bis 1883 hat im ganzen Reiche die Mehrproduktion an Dünger entschieden zugenommen, nachdem die absolute Viehzahl von 25 259 304 Stück auf 25 510 102 gestiegen ist, sich hierbei in Qualität und Schwere bedeutend gebessert hat. das Ackerland so ziemlich gleichgeblieben ist, in Wahrheit etwas abgenommen hat, ebenso Wiesen und Weiden, alles aber ohne Bedeutung. Das Gartenland hat nur scheinbar Zuwachs erhalten infolge veränderter Zählung durch Addition von Haus und Hofräumen. Diesbezüglich sagt die Reichsstatistik: „Solche Umstände lassen es nicht rätlich erscheinen, Vergleiche mit Absicht auf Schlufsfolgerungen betreffs thatsächlich eingetretener Verschiebungen ohne Vorbehalte anzustellen, besonders seien in Bayern wegen Verschiebungen der Grenzen keine Vergleiche durchzuführen. Übrigens sind die relativen Abweichungen beider Ergebnisse unbedeutend“ [1]).

	Ackerfläche ha	%	Gartenfläche ha	%	Wiesen ha	%
1878	25 827 282	47,83 % [2])	235 802	0,43 %	5 913 699	10,96 %
1883	25 761 396	47,69 „	415 954	0,77 „	5 903 501	10,93 „

	Weiden und Hutungen	%	landwirtschaftliche Fläche	%
1878	5 100 719	9,44 %	37 211 347	68,91 %
1883	5 041 083	9,33 „	37 256 552	68,97 „

Beziehen wir daher wegen obiger Rücksicht den Viehstand nicht auf das gesamte Acker- und Gartenland, sondern nur auf ersteres. so hat sich der Viehstand pro 1000 ha von 978 auf 990 Haupt Grofsvieh gehoben.

Ackerfläche ha	Grofsvieh	Haupt Grofsvieh pro 1000 ha
1878 : 25 827 282;	1873 : 25 259 304	978
1883 : 25 761 396;	1883 : 25 510 102	990 [3])

---

[1]) Statistik des Deutschen Reichs 1885. Jänner-Heft.

[2]) Die Prozentzahlen im Verhältnis zur Gesamtfläche des Reiches.

[3]) Der Viehstand von 1873 wurde auf die im Jahre 1878 eruierte Bodenfläche bezogen, da in demselben Jahre keine Bodenaufnahme stattfand.

Diese geringe Zunahme an Stückzahl ist wieder ein Beweis, dafs die Fortschritte in der Landwirtschaft in Verbesserung der Qualität zu suchen sind.

Wenig Anhalt hierfür gibt auch die Verteilung der Hauptfrüchte, die sich nur unerheblich in den beiden Jahren verschoben hat, mit Ausnahme der Hackfrüchte und der Brache. In Prozenten vom Acker- und Gartenland hat sich der Hackfruchtbau von 13,64 % auf 15,07 % vermehrt, die Brache von 8,89 % auf 7,05 % verringert.

Die Zunahme des Hackfruchtbaues zeigt sich auch im einzelnen, besonders überall bei der Kartoffel. Die Veränderungen, Wiesen und Weiden betreffend, sind ganz belanglos im ganzen Reiche. Bezüglich der Wiesen ist es das naheliegendste, anzunehmen, dafs in der unbedeutenden Reduzierung, falls nicht kleine Zählungsdifferenzen auch von Einflufs waren, insofern kein Nachteil gelegen sein kann, als diese nur solche Wiesen betroffen haben konnten, die wegen schlechter Beschaffenheit und geringen Ertrages einer Kulturveränderung unterzogen werden mufsten. Dasselbe gilt auch von Weiden. Weiterhin ist die Abgrenzung einerseits von Wiesen und Weiden, anderseits von Weiden und Hütungen, selbst Öd- wie Unland in der Statistik eine so vage, dafs der geringen Differenzen wegen, die, wie bereits erwähnt, in einer veränderten Aufnahme ihren Grund haben dürften, nicht näher darauf eingegangen werden kann. Das gesamte landwirtschaftliche Areal hat sich aber vergröfsert.

Einen genaueren Einblick in die Verteilung der einzelnen Früchte gibt noch Tabelle S. 50 u. 51. Für die Frage der Streubildung ist die Zunahme des Getreidebaues wichtig. Hieraus allein kann aber noch nicht auf eine Mehrproduktion an Stroh zur Einstreu geschlossen werden. Denn der Roggenbau hat sich um 133 101 ha vermindert, welcher das längste Stroh und die gröfste Menge davon liefert; aufserdem aber haben Spelz um 20 507 ha und Einkorn um 2968 ha abgenommen.

Dem gegenüber hätte die Zunahme des Weizens von 107 617 ha allein nicht genügt, blofs nach der Fläche beurteilt, den Ausfall an Roggenstroh zu decken, umsomehr, da ja Weizenstroh häufiger zur Fütterung verwendet wird, als Roggenstroh. Zudem hat die Vermehrung des Getreidebaues (ohne Hülsen) um 202 741 ha zum gröfsten Teil Gerste und Hafer mit 151 700 ha bewirkt, die bekanntlich ausschliefslich als Futterstroh und nicht als Streustroh verwendet werden. Allein ungeachtet, dafs heute der Streuerzeugung

	1883 ha	1883 % der Ackerfläche	1878 ha	1878 % der Ackerfläche
a) Getreide und Hülsenfrüchte	15 723 967	60,06	15 587 696	59,79
b) Hackfrüchte und Gemüse	3 943 635	15,07	3 552 844	3,64
c) Handelsgewächse	352 315	1,35	417 878	1,60
d) Futterbau	2 404 650	9,19	2 448 206	9,39
e) Ackerweide	1 490 029	5,69	1 509 949	5,80
f) Brache	1 846 800	7,05	2 310 709	8,89
g) Gartenmäſsiger Anbau	415 955	1,59	235 802	0,89

	Anbaufläche der Hauptfrucht nach den Ermittelungen in den Jahren 1878	1883	Gegen 1878 im Jahre 1883 ± %
a) Getreide und Hülsenfrüchte:			
Weizen	1 819 248	1 926 865	+ 5,9
Spelz	394 701	374 194	— 5,2
Einkorn	8 635	5 667	— 34,4
Roggen	5 950 151	5 817 050	— 2,2
Hafer	3 753 060	3 773 790	+ 0,6
Gerste	1 623 345	1 754 315	+ 8,1
Buchweizen	247 295	222 647	— 10,0
Hirse	14 877	12 037	— 19,1
Mais	33 509	40 636	+ 21,3
Erbsen	468 878	407 102	— 13,2
Linsen	39 865	29 989	— 24,8
Bohnen: feldmäſsig gebaute Speisebohnen	18 099	12 907	— 28,7
Bohnen: Ackerbohnen (Sau-)	136 332	148 670	+ 9,0
Wicken	229 024	205 988	— 10,1
Lupinen: zum Unterpflügen	175 514	232 864	+ 32,7
Lupinen: zum Futter oder Drusch	239 198	169 092	— 29,3
Mengegetreide, Mischfrucht oder nicht besonders genannte Arten von Getreide oder Hülsenfrüchten	435 965	590 154	+ 35,4

Entnommen Stat. des D. R. Monat. Jänner 1885.

	Anbaufläche der Hauptfrucht nach den Ermittelungen in den Jahren 1878	1883	Gegen 1878 im Jahre 1883 ± %
b) Hackfrüchte und Gemüse:			
Kartoffel	2 758 061	2 907 414	+ 5,4
Topinambur	2 177	2 749	+ 26,3
Runkelrüben zur Zuckerfabrikation	175 759	337 386	+ 92,0
Runkelrüben als Futterrüben	328 751	366 046	+ 11,3
Möhren	33 977	37 007	+ 8,9
Weifsrüben	46 743	42 523	— 9,0
Kohlrüben	79 438	112 503	+ 41,6
Kraut- und Feldkohl	108 494	111 661	+ 2,9
Andere feldmäfsig gebaute Hackfrüchte oder Gemüse	19 444	26 346	+ 35,5
c) Handelsgewächse:			
Raps und Rübsen	179 385	133 471	— 26,0
Leindotter	2 088	2 488	+ 19,2
Mohn	6 334	5 757	— 9,1
Senf	1 963	2 841	+ 44,7
Flachs, Lein	133 890	108 297	— 19,1
Hanf	21 181	15 255	— 28,0
Tabak	17 952	22 187	+ 23,6
Hopfen	40 810	45 937	+ 12,6
Zichorie	9 522	10 294	+ 8,1
Weber Karde	171	404	+ 136,3
Andere feldmäfsig gebaute Handelsgewächse	4 582	5 384	+ 17,5
d) Futterpflanzen:			
Klee aller Art	1 865 057	1 715 999	— 8,0
Luzerne	231 531	189 544	— 18,1
Esparsette	128 118	107 023	— 16,5
Seradella	24 990	44 976	+ 80,0
Spergel	11 822	10 354	— 12,4
Grassaat aller Art einschliefslich Kleegras	186 688	366 754	+ 80,4

eine kleinere Fläche bestimmt ist, als in früheren Zeiten, so kann man, abgesehen von teilweise gröſserer Verwendung von Streusurrogaten, keine Abnahme an Streumaterial deduzieren, da die verhältnismäſsig geringe Abnahme nach Fläche durch Mehrproduktion auf derselben mehr als aufgewogen wurde, wie sich auch in steigenden Strohernten der Erntestatistik zeigt, deren weiterer Nachweis hier zu weit führen würde. Wirtschaftlich gerechtfertigt ist weiterhin sorgfältiges Sparen mit Streustroh deshalb, da sich 'das Stroh als Futter besser verwertet, als als Streustroh, und deshalb muſs man auch die Mehrproduktion an Futterstroh, das teilweise Klee in der Ration ersetzt, als eine zeitgemäſse Produktionsrichtung begrüſsen. Es wird dadurch auch die Abnahme mancher Futterpflanzen gerechtfertigt, insofern so das Stroh in Verbindung mit den Hackfrüchten, die an Ausdehnung gewonnen haben, denselben ja besseren Effekt leistet, indem es die Bewegungen des Darmtraktes noch besser unterhält als Heu. Dieses Plus an Futterstroh von Minimum 151 700 ha in Verbindung des Plus an Hackfrüchten von 390 791 ha, welche gröſstenteils dem Vieh zum Vorteile kommen, — denn von Futterrunkeln wurden 37 295 ha und von Zuckerrüben 161 627 ha mehr gebaut — ist mehr als ausreichend, den Ausfall von 43 556 ha Futterpflanzen und 19 920 ha Ackerweide zu decken. Was letztere betrifft, so kann man sich über deren Einschränkung nur freuen, da sie immer als unwirtschaftlich bezeichnet werden muſs. Der Ausfall an Samen verunkrautet die Felder und beeinträchtigt so die Saaten, entkräftet den Acker und verursacht vermehrte Arbeit bei Herstellung reiner Fluren. Das Detail der Ab- und Zunahme der einzelnen Pflanzenarten ist aus genannter Tabelle zu ersehen, und wir möchten schlieſslich bloſs noch darauf hinweisen, daſs auch die Ausbreitung einträglicher Früchte viel zur Mehrproduktion an Futter beigetragen hat. Es gilt dies insbesondere von dem beliebter werdenden Anbau der Gemengsaaten und des Mais, wie aus dessen Verbreitung als Körnerfrucht geschlossen werden kann. Derselbe gibt nämlich unter allen Futterpflanzen die höchsten Massenerträge und ist bei dem Fortschritte der Säuerungsmethode geradezu unentbehrlich geworden. Zu bedauern ist nur, daſs die Lupine bloſs als Gründüngung und nicht als Frucht an Verbreitung gewinnt, woran die Furcht vor Lupinose die Hauptschuld tragen mag. Es kann nicht unterlassen werden, hierauf zu verweisen, daſs es ein Irrtum ist, die Lupine hätte durch diese ihre Eigenschaft an Bedeutung für den Sandboden

verloren, und sei in dieser Richtung auf die Berichte und Versuche des Geh. R. Professor Dr. Jul. Kühn in Halle verwiesen.

Im ganzen aber deutet obige, wenn auch nur in grofsen Umrissen gegebene Verteilung der Früchte, um es kurz zu sagen, auf einen Fortschritt des ganzen Wirtschaftssystems des Deutschen Reiches zu Gunsten der Viehzucht und Düngerproduktion. Es spiegelt sich hierin der weitere Übergang vom extensiveren zum intensiveren Betriebe, vom Weidegang zur ausschliefslicheren Stallfütterung. Bezüglich Kunstdüngerverwendung steht uns auch kein ziffermäfsiges Material zur Verfügung, und wir berufen uns daher blofs auf den Bericht des Ministers Friedenthal über Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung in den Jahren 1875, 1876 und 1877, Berlin 1878 erschienen, wo auf Grund der Berichte der landwirtschaftlichen Vereine über die Lage der Landwirtschaft Auskunft gegeben wird. Seite 356 u. flg. heifst es: „Man kann unter gegenwärtigen Verhältnissen in der wachsenden Verwendung des Kunstdüngers einen Gradmesser für die Intensität der landwirtschaftlichen Kultur finden. Genaue Angaben darüber sind schwer zu ermitteln."

Dies gilt auch von Geh. O.-R. Thiels Zusammenstellung in Bd. XII seiner Jahrbücher „Verbrauch und Kontrolle künstlicher Düngemittel."

So viel zeigen aber diese Berichte doch, dafs sich die Ersatzquellen immer mehrten, so dafs man aus der Entwickelung der Düngerverhältnisse auf gesteigerte Produktion zu schliefsen berechtigt ist. Will man auch nicht zugeben, dafs die Düngung mit Rücksicht auf die gesteigerten Ansprüche der Produktion an den Acker eine ausreichende sei, so ist es nach diesen Betrachtungen erwiesen, dafs die Düngung eine bessere geworden als je gerade durch Entwickelung der Viehzucht. In statistischer Hinsicht konnten die jüngsten Berichte des Ministers nichts von Bodenerschöpfung konstatieren, und den stets steigenden Ansprüchen an den Stikstoffgehalt von seiten der wachsenden Produktion wird am billigsten durch animalen Dünger Rechnung getragen. Ist auch die Lösung der Fäkalfrage nur zu wünschen, so ist doch ohne sie bei rationeller Fütterung unter Zukauf von Kraftfutter des Weltmarktes Raubbau selbst im strengsten Liebigschen Sinne zu vermeiden. So ist die Viehzucht dort, wo sie Thünen hinweist, das beste Rettungsmittel für die Land-

wirtschaft in jeder Hinsicht, besonders aber in staatischer, und vom Staate mit allen Mitteln zu fördern.

Professor Lambl, dem es in seiner Depecoration noch mehr darauf ankommt zu zeigen, dafs die Düngung des Ackerlandes eine ungenügende sei, konnte damals die Bedeutung der Viehzucht gerade für den Ersatz der Mineralstoffe nicht so bekannt sein.

Es wäre nun noch kurz der Bedeutung des Viehs als Spannvieh Erwähnung zu thun.

Für die alten Provinzen Preufsens hat gleichfalls Schmoller in dieser Richtung seine Untersuchungen ausgedehnt, die sich gegenüber den agrarstatistischen Forschungen Professor Conrads kaum aufrecht erhalten lassen dürften. Abgesehen von obigem Streitpunkte bezüglich der Ackerfläche und des Umfanges der Brache zu Anfang unseres Jahrhunderts zieht Schmoller auch hier den ganzen Futterbau zum Getreidebau, obschon bekanntlich ersterer weit weniger Gespanntage in Anspruch nimmt als letzterer.

Nach Schmoller beträgt die Fläche, die für das Spannvieh zu Anfang des Jahrhunderts in Betracht kommt, 66²/₃ und 1867 bereits 90 %, hingegen nach Professor Conrad etwa 65 und 75 % von der Gesamtackerfläche.

Folgende Tabelle gibt einen Vergleich der Resultate beider Forscher sowie die von uns aufgestellte Berechnung für die spätere Zeit.

		Sa. Gespann-tiere	Ackerfläche Mill. Mg.	Zu bestellende Fläche in Mill. Mg.	Also kommt ein Zugtier auf Mg. Acker-fläche	Also kommt ein Zugtier auf Mg. Zu bestellende Fläche
Schmoller[1]	1802	2 233 648	24	16	10,7	7,16
	1816	1 593 511	36	24	22,5	15,06
	1867	1 910 429	60	54	31,4	28,02
Conrad[2]	1802	2 771 148	39,2	25,48	14,2	9,2
	1816	2 226 486	43,2	28,08	21,3	14,0
	1867	2 564 558	57	42,75	22,2	16,6

---

[1]) Schmoller im Separatabdruck der genannten Fühlingschen Zeitung S. 19.

[2]) Conrad in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XVII S. 42.

Berechnung für die spätere Zeit.

	Sa. Spanntiere	Ackerfläche Mg.	Zu bestellende Fläche Mg.	Also kommt ein Zugtier auf Mg. Acker-fläche	zu bestellende Fläche
1873[1])	2 555 694	56 330 803	43 640 319	22,4	17,0
1883	2 469 944	56 674 457	43 788 563	22,9	17,71

Die Berechnung für 1873 und 1883 auf das ganze deutsche Reich ausgedehnt.

		ha	ha	Mg.	Mg.
1873[1])	5 086 404	26 063 004	19 558 338	20,01	15,03
1883	4 788 241	26 177 350	20 019 916	21,38	16,34

Schmoller begeht hierbei, abgesehen davon, dafs er von einer unrichtigen Grundfläche ausgeht, den Fehler, Ochsen und Pferde schlechthin zu addieren, obgleich er selbst immer bezüglich Intensität der Leistung das Pferd auf $1^1/_2$ Stück Rind reduziert.

Ein Beweis für die Richtigkeit der von Professor Conrad aufgestellten Berechnung dürfte vielleicht in den Zahlen für die spätere Zeit liegen.

Zunächst was die zu bestellende Fläche bei Schmoller betrifft, so zeigt dieselbe bis 1867 ein Ansteigen. Ergänzt man aber nach seiner Methode die Berechnung, so müfsten sich folgende Verhältnisse ergeben für:

1883.
1 847 070 Sa. Spanntiere
56 674 457 Ackerfläche in Mg.
52 465 487 Zu bestellende Fläche in Mg.

Also kommt
30,6 Mg. Ackerfläche } auf 1 Zugtier.
28,4 zu bestellende Fläche } auf 1 Zugtier.

Der Rückgang in der zu bestellenden Fläche von $54_{,0}$ auf $52_{,4}$ Mill. Mg. beweist schon allein die Unzulänglichkeit dieser Berechnungsmethode für die spätere Zeit. Demgemäfs zeigt auch die auf diese Weise berechnete Morgenzahl an Ackerfläche pro Zugtier einen Rückgang von $31_{,4}$ auf $30_{,6}$ Mg. für die Zeit von 1867 bis 1883 im Gegensatz zum Anwachsen dieses Verhältnisses von $22_{,5}$ auf $31_{,4}$

[1]) Der Viehstand von 1873 wurde auf die Bodenaufnahme 1878 bezogen.

Mg. in den Jahren 1816 bis 1867. Die letzte Erscheinung interpretiert Schmoller als ein Zeichen der zunehmenden Intensität des Betriebes, insofern nun die in ihrer Leistungsfähigkeit verbesserten Zugtiere für eine gröfsere Fläche genügten, doch treffe dies weniger bei Pferden als beim Rindvieh zu. Ist dies lezte ganz gewifs unrichtig, wie sonst nebst anderen Thatsachen die grofse Verbreitung des Pferdes als Zugtier nicht zu erklären wäre, so ist es aufserdem ganz unwahrscheinlich, dafs in der Periode, von welcher Schmoller selbst behauptet, dafs das Gewicht der Tiere abgenommen habe, da die 60er Jahre der deutschen Landwirtschaftsehr ungünstig gewesen wären, in der Periode also sich die Leistungsfähigkeit der Tiere bezüglich Zugkraft gehoben habe gegenüber der Zeit 1867 bis 1883.

Ein Vergleich der Berechnung für die spätere Zeit mit den von Professor Conrad aufgestellten Zahlen gibt jedoch anderseits von 1802 bis 1883 ein vollständig harmonisches Resultat, das in vollkommenem Einklang steht mit dem, was bereits über die Entwickelung der Viehzucht gesagt ist. Die zu bestellende Fläche ist fortwährend und etwas selbst noch von 1873 bis 1883 gestiegen. Sowohl für die zu bestellende Fläche, als auch für die Ackerfläche gilt diese Erscheinung in der ganzen Periode von 1802 bis 1883. Allerdings für die ganz letzte Zeit nur unmerklich. Es trifft für die Zeit 1867 bis 1883, wo die Anzahl der Morgen Ackerfläche pro Zugtier nur von $22,_{2}$ auf $22,_{9}$ Mg. und die zu bestellende Fläche an Morgenzahl nur von $16,_{6}$ auf $17,_{7}$ gestiegen ist, die Prophezeiung Schmollers ein, dafs man bezüglich Ersparung an Zugkraft so ziemlich am Ende angekommen sei, wenn man auch für die Zukunft an ein völliges Stillstehen dieser Verhältnisse aus verschiedenen Gründen nicht denken kann, sondern noch eine sehr allmähliche Reduzierung annehmen darf. Denn, jetzt kommt vorzüglich nur mehr das Umsichgreifen der Spatenkultur im Kleinbetriebe und die gröfsere Verwendung des Dampfpfluges und überhaupt der Maschinenkraft in Betracht.

Dafs also eine so konstante Entwickelung der Zugkraftverhältnisse durch 80 Jahre hindurch in der Notlage der Landwirtschaft ihren Grund haben sollte, wie manche behaupten, dürfte durch die Einheitlichkeit der ganzen Erscheinung entkräftet sein, anderseits ist die geringe Differenz der betreffenden Zahlen vielleicht auch eine Beruhigung jenen, die meinten, man sei in der Reducierung des Spannviehs letzte Zeit viel zu weit gegangen. Gerechtfertigt allerdings waren in

der ersen Hälfte unseres Jahrhunderts die Verschiebungen in der Spannviehhaltung, wie dies die Zahlen in einer etwas lebhafteren Bewegung bekunden. Es mufsten zu Anfang des Jahrhunderts die Schäden der Kriegsjahre ausgeglichen werden, die Regierung richtete ihre Aufmerksamkeit auf Hebung der Leistungsfähigkeit der Pferdekräfte. Viele bestehende Lasten und Fronden wurden beseitigt. So führt Schmoller[1]) an, dafs bis 1865 an 6 344 569 Spannviehtage aufgehoben wurden, was dem Bauer eine Ersparnis von 42 297 Pferden brachte, auf 1 Pferd 150 Frondentage gerechnet, während die Gutsherren entfernt nicht in dem Mafse ihre Zugkräfte zu ergänzen brauchten. Weitere Ersparnis brachten die Separationen und die Beseitigung der staatlichen Lasten in Vorspanndiensten und dergleichen. Ferner nötigten die Zeitverhältnisse den hin und wieder behäbig gewordenen Bauer, auch vielleicht dem Besitze eines nicht unbedingt nötigen Fahrzeuges zu entsagen, und schliefslich übte nicht den geringsten Einflufs die fortlaufende Veränderung in der ganzen Organisation der Wirtschaft aus, namentlich der Übergang vom unvollkommenen zum vollkommenen Wirtschaftssysteme.

Bezüglich der gewonnenen Zahlen wäre nur noch zu bemerken, dafs sie nur relativen Wert haben und dafs sie nicht direkt vergleichbar mit den von Betriebslehrern aufgestellten Zahlen sind, denn jene scheiden alles im landwirtschaftlich weiteren Sinne genutzte Zugvieh aus, abgesehen davon, dafs in der Statistik über Verwendung von Ochsen und Kühen kein Anhalt gegeben ist. Ihre Angaben erscheinen daher mit oben gewonnenen Zahlen zu hoch.

Für die Jahre 1873 und 1883 berechnete ich in analoger Weise die Anzahl der Morgen pro Zugtier für das ganze Deutsche Reich. Es zeigt sich hierbei dieselbe Erscheinung, wie für Preufsen gesondert betrachtet. (Vergleiche Tabelle S. 55.) Die Summe der Spanntiere hat abgenommen, Acker- und zu bestellende Fläche hat jedoch zugenommen. Von ersterer entfallen auf ein Zugtier 1873 an Morgen $20{,}_{01}$, von letzterer $15{,}_{08}$ Morgen. Im Jahre 1883 entsprechend $21{,}_{38}$ und $16{,}_{34}$ Morgen.

Es hat sonach geradeso wie in Preufsen die Morgenzahl pro Zugtier zugenommen. Im ganzen aber entfallen in beiden Jahren eine etwas geringere Zahl an Morgen auf 1 Zugtier. Welches die Ursachen dieser Thatsache sind, bedürfte natürlich einer besonderen Untersuchung. Voraussichtlich dürfte jedoch der Hauptgrund in der

[1]) a. a. O.

gröfseren Parzellierung der Flächen im übrigen Deutschland gegenüber Preufsen liegen.

C. Die übrigen relativen Beziehungen der Viehzucht.

Bis hierher sind wir in unseren Erörterungen blofs deduktiv vorgegangen, um aus der deutschen Reichsstatistik Schlüsse zu gewinnen, soweit sie die um die deutsche Viehzucht sich drehenden Fragen berühren.

Es sind aber noch eine Reihe von Resultaten, besonders der letzten Aufnahme vom 10. Januar 1883 vorhanden, die sich nicht alle entwickelungsmäfsig darstellen lassen, aber insgesamt relative Beziehungen ausdrücken oder doch als solche aufgefafst werden können und daher unter diesem Kapitel abgehandelt werden. Zum Teil werden die betreffenden Daten aus ihren gegenseitigen Beziehungen auf ihre unbekannte Entwickelung Wahrscheinlichkeitsschlüsse zulassen, zum Teil gewähren sie betreffs einer sich etwa anschliefsenden Lokalbetrachtung eine erwünschte Übersicht über die Verhältnisse des Reichs als solches behufs späterer Vergleichung. Soweit solche Resultate von seiten anderer Autoren vorliegen, es gilt dies insbesondere von den bereits citierten Arbeiten Kollmanns [1]), werden nur deren Ergebnisse mitgeteilt, erweitert durch selbständige Schlüsse und Erklärungen. Die Ausführungen sollen weiterhin zeigen, wie verschiedene Einflüsse die Entwickelung der Viehzucht influieren, ohne sie wegen Mangels amtlichen Materials hiermit natürlich erschöpfen zu wollen. Sie sollen uns aber zugleich vor einem etwa später auftauchenden Vorwurfe bewahren, wenn wir geneigt sind einen dieser Einflüsse, den der Bevölkerungsdichte, am Schlusse dieser Arbeit als besonders durchschlagend zu bezeichnen, um ihn gegen Lambl aufrecht zu erhalten. Allerdings wurde auf ihn von manchen Autoren zu einseitig Gewicht gelegt.

Zunächst wollen wir das Verhältnis der Viehzucht zur Güte des Bodens erwähnen, worüber wie gesagt C. Bötzow zuerst eine Untersuchung gepflogen hat[2]). In seiner Arbeit sind die in dem bereits genannten Werke von Meitzen vorliegenden Ergebnisse der Grundsteuerveranlagung in sofern benutzt, als für jede der 8 alten Provinzen Preufsens der gute und schlechte Boden zu Bezirken zusammengefafst wurde, und auf dessen Fläche

[1]) Schmollers Jahrbücher 1883 Heft Nr. 3 u. 4.

[2]) Zeitschrift des Preufsischen statistischen Büreaus 1879, Jahrg. 19.

die Viehdichtigkeit ermittelt und dieselbe pro □km. in reduziertem Grofsvieh zur Anschauung gebracht wurde. Kollmann hat a. a. O. Heft 3 S. 29 weiterhin noch den mittleren Boden berücksichtigt und die Viehhaltung auf trockner Fläche festgestellt. Es spricht aus den hierbei gefundenen Thatsachen das Vorhandensein der Überlegenheit der besseren Böden über mittlere und dieser wieder über schlechte, wenn sich auch der Intensität dieser Überlegenheit nach ganz auffallende Differenzen ergeben, ja Ausnahmen aufweisen, insofern die Ziege in Posen auf schlechtem Boden in dichterer Anzahl vorhanden als auf gutem; dabei ist wohl als Erklärungsgrund hieran zu erinnern, dafs bei der Ziege weniger die Bodenbeschaffenheit als die Verteilung des reichen und armen Besitzstandes ins Gewicht fällt. Ähnlich ist es in der Rheinprovinz mit den Schafen, die auf schlechterem Boden in reicherer Zahl vertreten sind, als auf gutem selbst. Allein gerade hier ist es vielmehr zu verwundern, dafs diese Ausnahme nicht öfter zur Erscheinung kommt, worauf übrigens die sich stark nähernden Zahlen hindeuten. Das Schaf ist bekanntlich an und für sich das geeignetste Tier für den mageren Sandboden, da die egale Wollproduktion durch wechselnde Ernährungsperioden nicht beeinträchtigt wird.

Ebenso zeigt sich eine Abweichung zwischen gutem und mittlerem Boden und zwar bezüglich des Rindviehs im Rheinlande, der Schafe und Ziegen in Preufsen und in Posen durch letztere. Schliefslich findet sich auch hier und da auf schlechterem Boden mehr Vieh als auf mittlerem, wie bezüglich Rindviehstandes in Posen, Brandenburg und Sachsen, jedoch in unbedeutender Weise. Überall hat dies nur eine einzelne Gattung und nirgends den Gesamtviehstand betroffen, woraus man wohl berechtigt ist, einen Zusammenhang zwischen Bodengüte und Dichte des Viehstapels anzunehmen. Das Ergebnis der Untersuchung Bötzows aber, dafs die Entwickelung der Viehhaltung von 1819 bis 1849 überhaupt stärker vor sich gegangen sei als von 1849 bis 1873, erklärt sich dadurch, dafs später die Qualität gegenüber der Quantität des Viehes eine steigende Bedeutung erhielt; dafs anderseits in dem ersten Zeitraume die Entwickelung auf gutem Boden eine lebhaftere war als auf schlechtem, während im zweiten Zeitraume dies in umgekehrter Weise der Fall gewesen war, erklärt sich wohl aus der Thatsache, dafs in dem östlichen Teile der Monarchie, welcher bezüglich Bodenqualität im allgemeinen dem Westen nach steht, die Landwirtschaft erst überhaupt später emporblühte.

Die Viehhaltung und die landwirtschaftlichen Betriebe. Beteiligung der Landwirtschaft treibenden Haushaltungen an der Viehhaltung unter Zugrundelegung des blofs landwirtschaftlichen Areales[1]).

Von der Betriebsstatistik ist der Begriff des landwirtschaftlichen Betriebes in denkbarst weitestem Sinne genommen, selbst die kleinste Bodenfläche wurde noch herangezogen. Es wurde die Einteilung der Betriebe nach 14 Gröfsenstufen von unter 0,02 bis über 1000 Hektar von der Reichsstatistik angewendet und die jedesmal darauf verwandte Viehzahl nach Art und Gröfse angegeben. Eine solche Aufnahme ergab am 5. Juni 1882 $5^1/_4$ Millionen Haushaltungen (genau 5 276 344) mit landwirtschaftlichem Betriebe, im Deutschen Reiche überhaupt 9 619 942 Haushaltungen, daher erstere 54,85 % betrugen. Die Anzahl bis zu 2 Hektar macht davon bereits 58,03 %, nahezu $^3/_5$ der Gesamtheit aus. Im allgemeinen kann nur 1 Betrieb über 5 ha den Unterhalt einer Familie bieten und nur bei günstigen Bedingungen eine Fläche von 2 bis 5 ha ausreichen, was allerdings sehr verschieden ist. Von 50 ha fällt die Anzahl der Betriebe wie deren Flächengehalt. Von der landwirtschaftlichen Fläche ist im ganzen $^4/_5$ rein landwirtschaftlicher Natur, Acker, Wiese, Garten, daneben $^1/_8$ Holzland und $^1/_{12}$ besteht aus den übrigen Flächen. Im einzelnen höchst verschieden, da bei kleinen besonders die Gebäude, bei grofsen Betrieben die zunehmende Holzfläche ins Gewicht fällt.

S u c h t m a n d a s V e r h ä l t n i s d e r v i e h h a l t e n d e n B e t r i e b e z u d e r S u m m e d e r B e t r i e b e i n d e r S t a t i s t i k a u f, so treten folgende Erscheinungen zu Tage:

(Vergleiche Tabelle folgende Seite[2]).

Erklärlich ist es, wenn die gröfste Zahl der ganz kleinen Betriebe fast nur Kleinvieh, besonders Ziegen und sodann in zweiter Linie Schweine aufweist; teilweise auf Fehlern beruht es jedoch, dafs der viehlose Betrieb schon so häufig in der Statistik erscheint, dafs über 50 ha rein landwirtschaftlicher Fläche 275 Betriebe, und über 20 ha sogar 859 Betriebe sich ganz ohne Viehhaltung zeigen. Das Grofsvieh wird ganz allgemein bei einer Fläche von 2 bis 5 ha mit 95 % und über 5 ha mit 99 % zur Regel, was bestätigt, dafs

[1]) Statistik des Deutschen Reiches 1885 N. F. Bd. V.

[2]) Statistik des Deutschen Reiches 1885 N. F. Bd. V S. 4.

Bei einer landwirtschaftlichen Betriebsfläche von ha.	Betriebe mit Nutzvieh im ganzen	Betrieb mit Grofsvieh, insbesondere und zwar mit				Betriebe überhaupt		
		Grofsvieh zusammen	Pferden und zugl. Rindvieh	Pferden aber ohne Rindvieh	Rindvieh aber ohne Pferd	mit Schafen	mit Schweinen	mit Ziegen
unter — 0,02	17 013	2 059	8	17	2 034	1 379	8 101	10 636
0,02 — 0,05	64 067	6 850	17	67	6 766	5 671	29 157	41 553
0,05 — 0,20	364 150	55 499	269	673	54 557	27 975	178 509	248 396
0,20 — 1	1 127 303	457 613	5 607	8 064	443 942	95 617	637 715	669 999
1 — 2	684 067	575 379	21 911	10 852	542 616	63 743	400 713	210 801
2 — 5	958 206	934 061	145 562	14 420	774 079	125 493	656 852	159 059
5 — 10	550 283	548 208	247 357	5 427	295 424	122 285	436 812	79 733
10 — 20	371 152	370 740	283 677	1 840	85 223	180 089	321 160	53 352
20 — 50	239 303	239 170	226 233	672	12 265	128 866	220 141	25 380
50 — 100	41 463	41 429	40 845	115	469	28 070	38 961	3 252
100 — 200	10 965	10 956	10 870	21	65	7 623	9 882	1 021
200 — 500	9 793	9 787	9 759	8	20	8 507	8 751	852
500 — 1000	3 625	3 623	3 617	3	3	3 455	3 356	277
1000 und mehr	513	513	512	1	—	494	478	36
zusammen	4 441 903	3 255 887	996 244	42 180	2 217 463	749 217	2 950 588	1 505 357

diese Betriebsgröfse für die selbständigen Wirtschaften ohne Nebenerwerb den Ausgangspunkt bildet.

Mehr als nach Verwendungsweise des Grofsviehs unterscheiden sich die Gröfsen-Klassen nach Art desselben. Auf kleineren Flächen von 1 bis 2 ha sieht man fast ausschliefslich das Rind ohne Pferd. Von 2 bis 5 ha wird das Pferd neben Rind häufiger; Haushaltungen nur mit Pferden ohne Rind sind seltener und machen von 1 bis 5 ha nur 1,5 % aus. Ähnlicher Zusammenhang zwischen Betriebsgröfse ergibt sich bei Schafen, Schweinen und Ziegen. Schafe und Schweine nährende Betriebe steigen von Stufe zu Stufe, nur bleiben Schweine hinter den Schafen zurück, letztere sind jedoch gegenüber Schweinen in den kleinen Betrieben sehr spärlich vorhanden. Betriebe mit Ziegen endlich finden sich auf unterster Stufe etwas mehr als Schweine, nehmen dann an Zahl mäfsiger zu als diese, um bei einer Flächengröfse von 1 ha wieder abzunehmen.

Bei der letzten Viehaufnahme wurde auch festgestellt, wieviel Grofsvieh zum Bestellungsgeschäft verwendet wurde. Von den Wirtschaften bis unter 2 ha ist etwa $^{1}/_{10}$ in der Lage, mit eigner Zugkraft zu ackern. Bei Betrieben von 2 bis 5 ha ist dies bereits bei mehr als doppelt soviel der Fall, endlich finden sich schon bei 5 bis 10 ha wenig Betriebe ohne Bestellungsvieh. Die Benutzung von Kühen hört bei 50 bis 100 ha auf und gewinnt erst von 2 bis 5 ha.

Wir haben nun die Gröfse des der Landwirtschaft dienenden Viehstandes selbst im Verhältnis zu der der Betriebsfläche nachzuweisen.

Am 5. Juni 1882 wurde das Vieh gezählt, das mit den landwirtschaftlichen Betrieben in Verbindung steht. Leider fehlt zur selben Zeit die Höhe des Gesamtviehstandes. Mit 1883 ist er unvergleichbar, da 1882 im Juni und 1883 im Januar gezählt wurde. Bei erster Aufnahme fand man also, dafs mit dem Umfange der Wirtschaftskomplexe ein stetig fortschreitendes Wachstum des durchschnittlich auf demselben vorhandenen Viehstandes stattfindet, wenn man das der Landwirtschaft dienende Vieh zur Anzahl der Betriebe in Verhältnis setzt, wie dies auch in der Natur der Sache liegt. Wichtig hierbei ist nur die Bedeutung der Gattung bezüglich Gröfse des Betriebes.

Es kommt erst in Verwendung [1]):

[1]) Entnommen Kollmann a. a. O., H. 4 S. 61.

1 Pferd	bei	10	bis	20	ha
1 Ochse	„	10	„	20	„
1 Kuh	„	1	„	2	„
1 Schaf	„	5	„	10	„
1 Schwein	„	1	„	2	„
1 Ziege	„	0,05	„	0,2	„

Die Ziegen machen hier eine Ausnahme, insofern sie mit der wachsenden Gröfse des Betriebes absolut sogar abnehmen, während sich die Schafhaltung als eigentliches Monopol des Grofsgrundbesitzes zeigt. Dieselben Resultate ergibt die Reduktion auf Stück Grofsvieh.

Ganz anders ist das Ergebnis eines Vergleichs desselben Viehs nicht zur absoluten Fläche, sondern zur Flächeneinheit des Hektars landwirthschaftlich benutzten Areals. Da die reichsstatistischen Veröffentlichungen den Flächeninhalt nur für die Betriebe im ganzen und nicht besonders für solche mit und ohne Nutzvieh angeben, so hat Kollmann mittels Proportion die nötigen Zahlen zusammengestellt, woraus sich ergibt, dafs für den ganzen auf Rindvieh reduzierten Viehstand, also auch für Kühe, Schweine und Ziegen der auf die Betriebsfläche entfallende Teil desto gröfser wird, je kleineren Umfang sie hat, ohne Unterbrechung, nur macht das Spannvieh die Ausnahme, dafs die Pferde erst bei 20 bis 50 ha und der Ochse erst bei 10 bis 20 ha beständig abnimmt, nach unbedeutender Steigerung. Selbstverständlich weichen auch die Schafe in dieser Richtung ab; denn bei 1 bis 2 ha nimmt ihr Verhältnis beständig zu, und nur darin, dafs sie in den kleinsten Gruppen die höchsten Ziffern aufweisen, stimmen sie mit den übrigen Gattungen überein. Zu erklären ist diese Erscheinung damit, dafs mit dem Umfange des Betriebes die Extensität des Betriebes zunimmt, anderseits Betriebe mit kleinerem Umfange das durch Arbeit und Kapital ersetzen, was am Boden abgeht. Für das Spannvieh, also besonders Pferde und Ochsen, liegt für Wirtschaften kleineren Umfanges gegenüber gröfseren oft ein Zwang vor, mehr Zugkraft zu halten, insofern diese, da nicht weiter teilbar, für einen gröfseren Betrieb gleichfalls genügen würde und die Separation von Grundstücken, die erst bei einer gewissen Gröfse beginnt, sich geltend macht. Dafs bei den Schafen ihre relative Zahl mit der Gröfse der Betriebsfläche wächst, rührt daher, dafs grofse Brachländereien und Liegenschaften von geringerer Ergiebigkeit von keinem Tier besser verwertet werden, als vom Schafe, weshalb der Grofsgrundbesitz es ist, mit dem sich häufiger solche Verhältnisse vereinigen. Dann ist

die Schafzucht überhaupt nur dort rentabel, wo ein Hirte gehalten werden kann, also bei 200 bis 300 Stück, und ferner ist sie meist nur neben Rindviehhaltung zu empfehlen, denn es werden die Produkte hierdurch gleichmäfsiger ausgenützt, besonders die grofsen Strohvorräte. Nebstdem verträgt die Wolle lange Aufbewahrung und weiten Transport, was im entlegenen Grofsgrundbesitze auch etwas mit spielt. Ganz besonders aber ist Schafzucht dort am Platze, wo schlechter Grund und Gröfse desselben sich vereinigen. Dafs mit dem übrigen Kleinvieh die Schafe in der untersten Betriebsklasse die nächstfolgenden übertreffen, hat seinen Grund darin, dafs unter solchen Verhältnissen dieser Betrieb im weiteren landwirtschaftlichen Sinne bezüglich Ernährung dieser Tiere in keinem Verhältnisse steht, dafs hier die Tiere zum Zwecke der besseren Ausnützung der Hausabfälle gehalten, selbst durch gekauftes Futter erhalten werden und rentieren, um so jene menschlichen Nahrungsmittel billiger zu erzeugen, als sie der Markt liefern würde.

Wir haben nun noch die Anzahl desjenigen landwirtschaftlichen Viehes zu berücksichtigen, das zum Betriebe dient. Danach ergibt sich, dafs die Quote der verwendeten Kühe mit zunehmender Fläche immer geringer wird, hingegen bei Pferden und? Ochsen steigt. Fragt man, wieviel an Zugkraft zur Bestellung im engeren Sinne, also zur Ackerung im Verhältnis zur Gesamtzahl der gehaltenen Gattungen herangezogen wird, so zeigen die Pferde bei gröfserer Fläche eine Abnahme, denn das Pferd dient hier noch anderen Zwecken, als Reitpferd u. s. w.; Ochsen zeigen keinen regelmäfsigen Verlauf und Kühe werden auf grofsen Gütern zur Spannarbeit gar nicht verwendet.

Wir haben nun einige Betrachtungen anzustellen über:

Die Qualitäten des Viehstandes.

In der Verschiebung der Qualitäten haben wir das interessanteste Feld der ganzen Viehstatistik vor Augen. Es knüpfen sich an deren Erscheinung die schwierigsten Fragen, sowohl in Richtung ihrer Ursachen als Konsequenzen, über ihre Nützlichkeit wie Schädlichkeit. Wir wissen, dafs der mafsgebende Grund für die gröfsere oder kleinere Ausdehnung einer Viehqualität dem Landwirte deren gröfsere oder kleinere Rentabilität sein sollte, dafs also deren Kenntnis dem Landwirte bekannt sein müfste. Wir wissen aber ebenso aus der Praxis, dafs sich hierüber nicht blofs die Praktiker ganzer Gegenden im unklaren befinden, wir wissen auch aus der Theorie,

dafs diese den Streit hierüber noch nicht ausgefochten hat, es wird so erklärlich, dafs ganze Länder auf falscher Fährte sich befinden können. In der That ist es eigentlich ein ganz gewaltiges wirtschaftliches Schauspiel, welches sich erst in den letzten Dezennien in dieser Weise abspielt, von vielen noch als eine blofs vorübergehende Konjunktur beurteilt wird, jedoch möglicherweise als eine dauernde Verschiebung der Produktionsgebiete durch die enorme Entwickelung des überseeischen Transportwesens betrachtet werden kann und am empfindlichsten die Schafzucht, wie aus Obigem zu ersehen war, betroffen hat. Ja, von manchen wird speziell die letzte Thatsache nach dem Prinzipe der sich auch in der mehr und mehr an Innigkeit gewinnenden Weltwirtschaft geltend machenden Arbeitsteilung als ein günstiges Zeichen, als Fortschritt zu intensiverem System erklärt. Für das ganze Reich als solches wird aber die von uns aufgestellte, später folgende Wertsberechnung vielleicht geeignet sein, einen schnellen Überblick zu gewähren, welche Teile des Reichs durch solche Veränderungen in der Viehhaltung gewannen und welche verloren. Die Sachlage des Materials zeigt es nicht blofs, auch jeder Landwirt weifs, dafs die Gründe für Qualitätsverschiebungen je nach Umständen so ungleiche sind, dafs nicht einmal aus der Zu- oder Abnahme auf Fort- oder Rückschritt geschlossen werden kann. Es ist nicht möglich, dieses Verhältnis zu isolieren, um einen Einblick in die Lage der Landwirtschaft zu erhalten, sondern mufs in Totalität mit den übrigen auch zusammengehalten werden, wie sie aus der Statistik allein nicht geschöpft werden können. Es mufste dies auch Kollmann am Schlusse seiner sorgfältigen Untersuchungen aussprechen, indem er endet: „Allerdings sind dieselben in sofern nur unvollständig ausgefallen, als es vielfach nicht möglich war, die Gründe der beobachteten Erscheinungen näher aufzudecken, oder diese selbst einer eingehenden Beurteilung zu unterziehen; dem gegenüber mag aber noch einmal betont werden, dafs es von vornherein auch weniger hierauf, als auf eine möglichst übersichtliche Schilderung der hauptsächlichsten Ergebnisse an und für sich abgesehen war."

Aus letzten sowie aus zu Anfang dieses Abschnittes auseinander gesetzten Gründen sei an dieser Stelle blofs die gröfste Bewegung, soweit sie das Gesamtreich betrifft, aus der Statistik zusammengedrängt, unter Berücksichtigung der wenigen Folgerungen, welche Kollmann [1]) zog.

[1]) a. a. O. H. 4 S. 1.

a) Pferde.

Zunächst was das Alter derselben betrifft, so war 1883 das Verhältnis von ausgewachsenen Pferden zu Füllen (unter 3 Jahren) wie 84 : 16.

In den flachen Küstenländern der Nord- und Ostsee und in diesen angrenzenden Gebieten mit verbreitetem Grofsgrundbesitze oder doch gröfserem Bauernbesitze mit dünner Bevölkerung befinden sich bekanntlich die Standorte eifrig betriebener Pferdezucht, in ihnen ist der Füllenstand höher als im Durchschnitte des Reiches. Die Füllenzucht fällt mit der zunehmenden Bevölkerungsdichte, nimmt dort zu, wo genug Weide und wenig besiedelte Fläche vorhanden ist.

1873 war die Prozentzahl der unter 3 Jahre alten Pferde nur 13½, gegenüber 16 im Jahre 1883. Von 1873 auf 1883 hat sich also durchweg der Pferdebestand weniger als der Füllenbestand gehoben, mit geringer Ausnahme nämlich, Pommerns und der Hansestädte.

Vergleicht man den Füllenstand bis 1816 zurück, so ergibt sich bis 1883 zwar eine Zunahme, jedoch der höchste Stand war 1864.

Betreffs Verwendungsweise der ausgewachsenen Tiere ist zu erwähnen, dafs

¾ zur Bodenkultur,

⅕ zu anderen Zwecken (gewerblichen, Luxus-),

3 bis 4 zu Militärzwecken verwendet wurden. Territoriale Verschiebungen sind hierbei nicht unbedeutend. Gegenüber 1873 haben die Zuchthengste hin und wieder ganz ungewöhnlich zugenommen. Die Betrachtungen lokaler Verhältnisse werden die so allgemein in den amtlichen Zahlen auftretenden Thatsachen erklären. Das Studium der Vereinsnachrichten und Berichte ergibt in der einen Gegend mehr, in der anderen weniger die Anstrengungen der Vereine und Regierungen auf Hebung der Pferdezucht. Dafs aber die Zahl der landwirtschaftlichen Pferde im ganzen zurückgegangen ist, kann, wie die bereits gepflogenen Berechnungen mehr als wahrscheinlich gemacht haben, nicht in der Notlage der Landwirtschaft gesucht werden, falls man nicht gesonnen ist, während des ganzen Jahrhunderts eine permanente Notlage der Landwirtschaft anzunehmen[1]), vielmehr bedeutet dies die mit dem Fortschritt zu gröfserer Intensität Hand in Hand gehende Modifikation des modernen Betriebes.

---

[1]) Vergleiche hierzu den ziffermäfsigen Nachweis S. 55 u. 56.

b) Rindvieh.

Die Vergleichung der beiden Zähljahre 1873 und 1883 ergibt in Prozenten an Zunahme (+) und Abnahme (—):

Kälber bis ½ Jahr	+ 12,0 %
Jungvieh:	
a) Zuchtstiere	— 23,8 „
b) sonstiges	— 6,1 „
Rindvieh über 2 Jahre:	
a) Zuchtstiere	+ 60,6 „
b) Kühe	+ 1,4 „
c) sonstiges	— 7,6 „

Auch aus diesen Veränderungen kann an und für sich nichts Ungünstiges geschlossen werden. In erster Linie mafsgebend für die Zukunft ist nach unserer Ansicht das Muttermaterial, das eine Vermehrung fand, wenn auch unbedeutend. Ferner ist bereits öfter hervorgehoben, dafs nicht in der Zahl, sondern in der Qualität der Fortschritt zu suchen ist. Bestätigt wird dies auch durch die grofse Zunahme der Zuchtbullen. Die Abnahme der noch nicht 2jährigen Zuchtbullen dürfte in einem veränderten Zählungsmodus ihren Grund haben, da 1873 die noch nicht zum Sprunge verwandten, aber hierzu bestimmten bereits mitgezählt wurden. Die Zunahme der Kälber deutet auf die Notwendigkeit für den Landwirt den Umsatz zu beschleunigen, ferner auf den Eintritt beschleunigter Frühreife, dafs ein Tier unter ½ Jahr heute bereits ein Gewicht erreicht, welches früher einen mehr als halbjährigen Fütterungsprozess erforderte. Darin findet die Abnahme des Jungviehs ihre richtige Erklärung, während zur Verminderung der Ochsen noch andere Umstände hinzutreten. Namentlich das Zurücktreten des Ochsen als Spanntier und Ersatz desselben durch Pferde oder Kühe, welch letzte Thatsache der Landwirt im Gegensatz zu dem Statistiker, welcher hierin fast ganz allgemein einen Rückschritt annimmt, in den meisten Fällen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des kleinen Wirtes als höchst erspriefslich erachten mufs. Dafs auch bei Ersatz des Ochsen durch das Pferd die höhere Anforderung an die Gelehrigkeit des Arbeitstieres in bestimmten Fällen die Zunahme des Tagelohnes, der sich beim Pferde auf eine grofse Leistung verteilt, die Zunahme der Rohproduktion und Steigerung der Fuhren oft mitgespielt haben, anderseits wieder für die Ochsenhaltung andere Gründe in anderen Fällen sprechen, besonders bei Zuckerindustrie,

soll hier nur gestreift werden. Jedenfalls mufste bei der Verdrängung des Ochsen als Gespanntier auch das produzierte Ochsenfleisch sich vermindern. Denn fällt die Zugleistung beim Rinde hinweg, so wird auch das Tier sofort verkauft, wenn es die verwendeten Kosten am besten bezahlt, und dies ist unter jetzigen Umständen im allgemeinen beim ganz jungen Tiere, beim Kalbe, der Fall. Kurz, aus dieser Veränderung im Dezennium zwischen beiden letzten Zählungen läfst sich kein ungünstiges Zeichen für die kulturelle Entwickelung der Landwirtschaft ersehen. Auch die näheren Betrachtungen der Zahlen weisen uns abermals auf die in der Landwirtschaft sich allerdings nur langsam Bahn brechende Arbeitsteilung, wie sie bekanntlich in England schon viel früher sich ausbildete, in Deutschland aber noch immer viel zu wünschen übrig läfst. Wir sehen Gegenden, die neben viel Jungvieh kälberam sind, und wieder Gegenden, die bei wenig Jungvieh kalbreich sind. Und wir fragen abermals, ist dies nicht ein Beweis, dafs uns der Mangel an Jungvieh zu keinen ungünstigen Schlüssen berechtigt, dafs nicht vielmehr das Muttermaterial den Ausschlag gibt? Was nun die Kühe betrifft, so haben sie in Gegenden, die Milchwirtschaft betreiben, das Übergewicht. Ihr Verhältnis zum übrigen Vieh schwankt von 45,8 % bis 72,5 %. Andeutungen für den Beginn von Arbeitsteilungen, scheinen aber uns darin zu liegen, dafs Gebiete, welche durch starke Kuhhaltung hervorragen, sich entgegengesetzt in Bezug auf männliches Rindvieh verhalten, und umgekehrt. Allerdings kann man in Deutschland von strikten Gegensätzen zwischen Milch- und Fleischproduktion noch nicht gut sprechen, wohl aber verbindet sich besonders in Süddeutschland die Aufzucht von Jungvieh mit Milchproduktion, während in anderen Gebieten dies nicht der Fall ist. Es sind daraus die Schwankungen im Verhältnis der Summe von Stieren mehr Ochsen zu den Kühen erklärlich. Von Zuchtstieren entfallen 1883 durchschnittlich 3 auf 100 Kühe. Zahlenmäfsig wenig sichtbar und erkennbar ist die Ab- und Zunahme bei Jungvieh und Kühen, der Fortschritt liegt hier verdeckt in der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Individuums. Deutlicher war die Abnahme bei Ochsen, aber erklärbar und vom wirtschaftlichen Standpunkte im grofsen Durchschnitte gerechtfertigt. Noch eklatanter sind die Fortschritte auf den Gebiete der Zucht von Kälbern und Stieren. Gerechtfertigt weiter wird die günstige Auffassung durch den Gang der Entwickelung in Ostpreusen seit 1840, mit welchem Jahre diese Erscheinung anhub und bis 1883 in demselben Geleise fortging, nämlich, dafs

die Zahl der Kühe und Bullen allmählich konstant gestiegen, die der Ochsen und des Jungviehs gefallen sind (Kälber wurden erst seit 1867 erhoben und sind von da auch konstant gestiegen).

Besorgniserregend wäre es allerdings bezüglich der Fleischproduktion, wenn keine andere Viehqualität die Rolle desselben übernommen hätte, da hierdurch – wir sprechen jetzt blofs vom ökonomischen und nicht vom sanitären Standpunkte — die fundamentalsten Sätze des Wirtschaftsbetriebes im Begriffe wären, ins Wanken zu geraten, dafs die kultivierteren, volkreichen Teile Europas als engste der Thünenschen Kreise der Weltkonkurrenz am erfolgreichsten auf diesem Gebiete entgegentreten und standhalten könnten.

Auch das Studium der Ein- und Ausfuhr-Verhältnisse hat uns in dieser Auffassung keines Besseren belehrt, und wir unterlassen dies — da hierfür der Raum mangelt —, auch in dieser Richtung scheinbar ungünstig sprechende Ziffern zu interpretieren, und weisen nur auf die eine Thatsache hin, wie wenig die einzig und allein auf dem Gebiete der Schweinezucht nennenswerte Mehreinfuhr der Entwickelung dieses Zweiges geschadet hat.

c) Schweine.

Bei dieser Viehqualität wird die amtliche Ziffer unvollkommener als bei irgend einer anderen. Abgesehen von dem grofsen und so ziemlich allgemein gewordenen Fortschritt der Kreuzung mit mastfähigerem, frühreiferem englischen Blute liegt der weitere Grund in der rapiden Vermehrbarkeit dieser Tiere, denn es ist klar, dafs mit der Zunahme des Muttermaterials auch der während des Jahres umgesetzte, von der Zählung aber nicht getroffene Teil der Ferkel sich stetig vergröfsert, und zwar nicht arithmetisch wie das der Zuchtsauen, sondern geometrisch. Die Sau wirft nach May jährlich zweimal durchschnittlich, und es können von ihren Jungen im Jahre 11,7 [1]) grofsgezogen werden, von welchen aber bis zum Zähltermine gut die Hälfte geschlachtet sein kann, ja, da das Schwein je nach Frühreife und Rasse selbst schon vor erreichter Volljährigkeit der Reproduktion dienen kann, so ist es klar, dafs selbst Zuchtsauen mit allen ihren Nachkommen ungezählt bleiben. Welche Zahlen man dann für die Zunahme des Fleischkonsums gewinnen würde, geht weiter aus dem hohen Prozentsatze der noch nicht ein Jahr alten Schweine und Ferkel hervor, der 77,5 % ohne erhebliche

---

1) May, „Die Schweinezucht", Berlin 1880 S. 113.

örtliche Differenzen beträgt. Es werden nämlich blofs solche, aber nicht alle getroffen, die aufgezogen werden sollen, und die stellen sich für alle Gegenden ziemlich gleich. Das Verhältnis der Zuchtsauen schwankt allerdings nicht unerheblich, nämlich von 21 bis 60 %, so dafs nicht überall dort, wo viele Ferkel, viel Muttermaterial vorhanden ist. Erklärt wird dieses vom landwirtschaftlichen Standpunkte dadurch, dafs die Zeit der Zulassung je nach Art des Betriebes und der Verhältnisse geeigneter in die oder jene Jahreszeit verlegt wird, dafs ferner der Konsum von Schweinefleisch zu Weihnachten oder dessen Absatz gröfser ist als anderwärts. Weniger sind wir geneigt, hierin gerade für manche Gegenden auf eine noch weiter gehendere Zunahme der Schweinezucht schliefsen zu können.

d) Schafe.

Mit Ausnahme von Baden wurde bei den letzten zwei Viehzählungen zwischen

1. feinen Wollschafen,
2. veredelten Fleischschafen,
3. gewöhnlichen Landschafen

unterschieden. Ohne uns in eine Kritik dieser von der Reichsstatistik beliebten Abgrenzung zu ergehen, sei nur darauf aufmerksam gemacht, welche Ungenauigkeit eine solche Gruppierung ergeben mufs; und wir glauben auch, dafs insbesondere die Fleischschafe bei dieser Unterscheidung am übelsten weggekommen sind. Insbesondere dort, wo bei so unklaren Zielen, die selbst in der Theorie noch streitig sind, ein buntes Gemisch von Land-, Fleisch- und Wollschafen vorhanden ist, ist sich der Einzelne, selbst den besten Willen und Verständnis vorausgesetzt, oft kaum bewufst, welcher Gruppe er die nicht selbstgezogenen Tiere zuweisen soll. Vielleicht war dies besonders in der bayerischen Pfalz der Fall, obschon dies wahrscheinlich ein Druckfehler der Reichsstatistik ist, dafs sich dort die feinen Wollschafe von 417 auf 2587 vermehrt, also versechsfacht hätten, was Kenner dieser Gegend entschieden bestreiten. Ähnlich ist es im Rheinlande und in bayerisch Franken. So erscheinen die Einflüsse der Kreuzungen mit englischem Blute geringer, als sie wirklich sind. Nach derselben sind nämlich die Landrassen nicht nur im Reichmittel, sondern in allen Gebietsteilen vorherrschend. Die feinen Wollschafe haben im Durchschnitte noch $^1/_3$, die Fleischschafe im Mittel etwas über $^1/_{10}$. Es ist die

Abnahme bei den Fleischschafen, wenn sie nicht auf Zählungsungenauigkeiten basiert, der beste Beweis, wie konfus die Ansichten über Rentabilität der Schafzucht sind; denn sie bliebe unerklärlich, wollte man nicht ganz allgemein annehmen, dafs das Schaf das Futter schlechter verwertet, als jedes andere Haustier, wogegen die bisherigen Fütterungsversuche nur gegenteilige Beweise geliefert haben. Auch bezüglich Abnahme kann man die Wirkung derselben nur für die spezielle Lokalität besonders beurteilen. Ist es doch Thatsache, dafs auch Wirtschaften mit Sandböden sich verleiten liefsen, dem allgemeinen Zuge folgend, den Adel der Wolle zu opfern, ja hier und da die ganze Schafhaltung aufzugeben. Für andere Böden und Verhältnisse kann hingegen selbst die Auflassung der Schafhaltung, eventuell der Übergang zur reinen Fleischproduktion selbst bei Verminderung der Stückzahl einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten. Abgenommen haben alle Schafe, auch die Fleischschafe, durchschnittlich um 7 %. Es erscheint uns dies Ergebnis auch mit Rücksicht darauf unrichtig, dafs die Fleischschafe in vielen Gegenden zugenommen haben, und könnte nur so erklärt werden, dafs die Überzeugung sich Bahn gebrochen hätte, die Schafzucht wäre überhaupt nicht mehr rentabel, oder dafs diese Gegenden ihre Kräfte auf einige oder wenige Branchen konzentrieren wollten. Dafs die erste Ansicht eine grundfalsche ist, so häufig man sie allerdings hört, dafs die Schafzucht am richtigen Orte in richtiger Weise gepflegt heute ebenso rentabel ist, wie die übrige Viehzucht, sei dem nur kurz gegenüber gehalten und wird durch einen Blick auf die Fleischpreise besonders noch bestätigt. Weiterhin, dafs in England die Schafzucht, welche doch auch unter der Konkurrenz der überseeischen Länder steht, so floriert. Es kommen dort nach der letzten Zählung von 1880 pro □km 96,0 und pro 100 Einwohner 86,9; in Deutschland pro □km 35,5 und pro 100 Einwohner 41,9 Stück Schafe, also nicht einmal die Hälfte. Deshalb bekehren wir uns zur Ansicht Dr. v. Mitschke-Collande's, die wir sofort kennen lernen werden, dafs die deutsche Schafzucht nicht durch die Konkurrenz einzig und allein, sondern auch durch eigne Fehler in der Zuchtrichtung geschädigt wurde. Aus obigen Erläuterungen erklärt sich das bezüglich Schafqualität thatsächlich einzig ungünstige Ergebnis, dafs die feinen Wollschafe um 33 % abgenommen haben im Gegensatz zu Landschafen, die sich nicht ganz um $^1/_5$ verminderten.

Diese unsere Auffassung wird bestätigt durch ebengenannte

Autorität, welche sich erst im Jahre 1881 genötigt sah, betreffs der Wollfrage ihre Meinung öffentlich zu äufsern[1]). Es ist auch die Auffassung aus dieser Schrift sprechend, dafs ein wirtschaftlicher Nachteil nicht die Fleischproduktion getroffen habe, denn der Import englischer Fleischschafe sei im letzten Decennium entschieden im Zunehmen begriffen [2]), und „damit hat sich auch die Anzahl der mit englischen Fleischschafböcken gekreuzten Merinoherden vermehrt, die daher den Merinos nicht mehr zugezählt werden können. Überdies fällt doch auch bereits die in neuerer Zeit innerhalb der Merinozucht nur allzubeliebte Zuchtrichtung auf möglichst grofse Körper ins Gewicht, was sich besonders aus der rapiden Abnahme des Schafbestandes von 1873 bis 1883 ergibt, so zwar, dafs es keinem Zweifel unterliegen kann, dafs das heutige Lebendgewicht unserer Merinoschafe das von 1863 sehr erheblich übertreffe, diese Abnahme also durchaus nicht, wie Herr Müller sagt, lediglich auf Rechnung der Verringerung oder Auflösung von Schäfereien zu setzen ist. Wenn man beispielweise für 1000 Schafe im durchschnittlichen Lebendgewichte von 70 Zollpfund, 700 Schafe im durchschnittlichen Lebendgewichte von 110 Zollpfund hält, so hat man an statt der früheren 700 Zollzentner nunmehr 770 Zollzentner an Körpergewicht zu ernähren, und die vorgenommene Manipulation bedingt somit im wirtschaftlichen Sinne keine Verringerung, sondern umgekehrt eine Vergröfserung des Schafbestandes;“ und Seite 12 dieser Schrift: „Einen Mafsstab für den Niedergang unserer Schafzucht an der verminderten Stückzahl nehmen zu wollen ist also um so ungerechtfertigter, als wenn, abgesehen von der nicht unerheblichen Anzahl der in neuerer Zeit begründeten Fleischschafherden gegenwärtig ungleich mehr Kammwollschafe gezüchtet werden als früherhin und dabei in der Merinozucht gröfstenteils auf die Körpergröfse so viel Gewicht gelegt wird, dafs das durchschnittliche Lebendgewicht unserer Schafe heute nahezu doppelt so hoch zu veranschlagen sein dürfte, als vor etwa 30 Jahren.“

Unser oben ausgesprochenes Bedauern über den nicht zu leugnenden Rückgang in der Zahl der Merinoschafe wird auf Seite 9 bis 10 gerechtfertigt, wo an den Wollpreisen nachgewiesen wird, wie der Preis der ordinärsten Wolle am meisten, dann der von der feinsten stark zurückgegangen wäre, der Preis der feinen Wolle aber

---

[1]) Die „Wollzollfrage“, erörtert mit Hinblick auf den jetzigen Standpunkt der deutschen Merinozucht. Dresden 1886, von Dr. Fr. Mitschke-Collande.

[2]) Derselbe a. a. O. S. 13.

nur eine geringe Minderung erfahren habe und [1]) „dafs diese Wollen, falls sie edel gezogen sind, vom Fabrikanten eingestandenermafsen der überseeischen gleichen Sortiments vorgezogen und daher noch immer mit einem Preise honoriert werden, der den Betrieb der Merinozucht, wo derselbe überhaupt wirtschaftlich gerechtfertigt ist, noch heute lohnend erscheinen läfst, besonders da die Produktion solcher Wollen sich sehr wohl mit einem hohen Schurgewicht und mit für die Fleischverwertung geeigneten Körperformen verbinden läfst. Nur sind aber leider diese Wollen dadurch immer seltener geworden, dafs man die Rentabilität der Merinozucht in neuester Zeit nur allzuhäufig in der Erzüchtung möglichst grofser Körper mit tiefer grober Kammwolle gesucht hat."

Wir haben uns absichtlich bei diesem Punkte länger aufgehalten, da noch immer eine ganz verkehrte Auffassung der Entwickelung der Schafhaltung die Oberhand zu haben scheint, welche Lärm schlägt wegen Abnahme der Schaffleischproduktion, die auch nach unserer Meinung kaum vorhanden ist, sich jedenfalls selbst Recht verschaffen könnte und würde. Allein der Punkt, welcher auch aus der Statistik leicht zu ersehen wäre, bisher aber immer unterschätzt wurde, woran der ganze wirtschaftliche Zweig krankt, sollte nicht genug von den Vereinen ins richtige Licht gestellt, beleuchtet und hierüber Aufklärung erteilt werden, dafs die deutsche Wollproduktion nicht noch tiefer in das ohnehin bereits bestehende Chaos von planlosem Kreuzen ins Blaue hineingerät.

Der Verkaufswert.

An die Qualitäten des Viehstandes wollen wir einige Schlüsse reihen, welche sich aus dem Verkaufswerte ergeben, denn sie werden am besten geeignet sein, eine ungefähre Gesamtübersicht zu geben, welchen Gewinn oder Verlust die einzelnen Teile des Landes durch Qualitätsverschiebungen erlitten haben. Es ist dies um so anschaulicher, als nach unserer Auffassung der Wert des Viehstapels viel geeigneter erscheint, den wirtschaftlich ökonomischen Fortschritt vor Augen zu führen, als das Gewicht oder geschweige denn die durch Reduktion auf Grofsvieh gewonnene Anzahl oder ein anderer Mafsstab. Es ist ja klar, dafs für spezielle Fragen ganz spezielle Reduktionsfaktoren nötig wären, welche allerdings noch nicht existieren und als rein landwirtschaftliche technische Fragen nicht vom Volks-

[1]) Seite 11.

wirt, sondern vom Ökonomen gelöst werden müfsten. Es ist sonach klar, dafs für die Frage der Fleischproduktion, der Milchproduktion, Düngerproduktion, ferner für die Spannviehfrage u. s. w. spezielle Reduktionszahlen oft erwünscht wären, deren Auffindung allerdings teilweise enorme Schwierigkeiten in den Weg treten. Auch wir haben uns in obigen Ausführungen, falls deren Anwendung nötig wurde, der üblichen bedient, sehen uns aber an dieser Stelle bewogen, einige Worte betreffs der Brauchbarkeit der auf Futterbedarf und Wert basierten zu sagen, obschon in folgenden Ausführungen keine Wertreduktion, sondern eine detaillierte Berechnung Anwendung fand.

Der Wert des Viehes in Geld ausgedrückt gibt zunächst die einzige Möglichkeit richtiger Vergleiche mit anderen in Geld ausgedrückten Werten, so auch zum Grundwert, wie wir später sehen werden. Es kann doch vom ökonomischen Standpunkt nicht gleich sein etwa, ob ein gewisses Quantum Lebendgewicht an Vieh in Form einer Shorthornherde oder in Form einer mageren Brackherde vorhanden ist. Es kann nicht gleich sein, ob ein gewisses Gewicht in Form von Zucht- oder Nutzherden, in Form überwiegender Pferde- oder Schweinezucht vorhanden ist. Es können durch Betriebsänderungen und selbst unter Rückgang des Gewichtes grofse Fortschritte erzielt werden, die nur im Werte zum Ausdrucke kommen. Es wird also der Wert, ganz abgesehen von seiner genaueren Erhebung, für viele Fragen als Reduktion besser geeignet sein als ein anderer Mafsstab, fur viele Fragen wieder ergänzend hinzutreten müssen, wie dies in der unten folgenden Tabelle geschehen soll. Einen grofsen Nachteil aber scheint uns die auf Wert begründete Reduktion dennoch zu besitzen, da sie für Vergleichungen längerer Zeiträume ungeeigneter ist, als eine richtige auf Futterbedarf begründete Reduktion, da sich nicht blofs der Preis für die einzelnen Fleischqualitäten, sondern auch für die eine oder andere Zuchtrichtung schneller und stärker ändert, als der Preis der Nahrungsmittel. Und wenn auch auf dem Gebiete der besseren Futterausnutzung sehr grofse Fortschritte gemacht wurden, so ist doch das Verhältnis der Unterhaltungskosten der einzelnen Tierqualitäten ein annähernd gleichmäfsigeres geblieben, als der Wert der Viehqualitäten. Als Beleg für diese Ausführungen geben wir an, dafs im Deutschen Reiche die lokalen Schwankungen bezüglich Werts gröfser sind als in anderen Richtungen. So erhöht den Wert der Zuchthengste der Ankauf von aufsen, vom Rinde gilt dies teilweise gleichfalls, von

Schafen haben die veredelten Fleischschafe den höchsten Wert, dann reihen sich die Landschafe an, wenngleich die feinen Wollschafe letzteren nicht viel nachstehen. Es erklärt sich dies für die feinen Wollschafe anscheinend ungünstige Ergebnis daraus, dafs man Merinos alt werden läfst und nicht mästet, da es bei ihnen nicht rentiert; zugleich ein Beweis, wie wenig man der blofsen Zahl Bedeutung geben darf. Bei Schweinen ist nur zu erwähnen, dafs der Verkaufswert von Zuchtsauen gegenüber dem übrigen Material nicht sehr differiert, und Ziegen überhaupt keine grofsen Abweichungen aufweisen. Hingegen sind die Abstände besonders grofs bei Schafen und Pferden, auch bei Jungvieh und Kälbern sind sie nicht unbedeutend. Solche lokale Differenzen des Wertes sprechen für seine Reduktionsziffer, ein Beweis gegen sie sei aber gegeben in den Zahlen für Oldenburg, wo ähnliche Erhebungen schon früher stattfanden, nämlich 1864 und 1873. Dieselben zeigen, dafs der Wert sämtlicher Viehgattungen erheblich gestiegen ist mit Ausnahme der Schweine, deren Verkaufswert seit 1864 um gut die Hälfte gefallen ist. Was die aus dem Verkaufswerte selbst gewonnenen Reduktionsfaktoren betrifft, so sind es folgende:

1	Stück	Rind	=	ℳ	195,00
1	„	Pferd	=	„	477,00
1	„	Schwein	=	„	52,00
1	„	Schaf	=	„	16,00
1	„	Ziege	=	„	15,00

also 1 Rind = $^2/_5$ Pferde = 4 Schweine = 12 Schafe = 13 Ziegen. Für landwirtschaftliche Zwecke dürfte für Pferde $^1/_2$ als Reduktionsfaktor richtiger sein, da der Wert der Pferde durch Luxustiere so bedeutend erhöht wird. Bis auf diese letzte Zahl stimmen hiermit die bekannten Reduktionsfaktoren der amtlichen Statistik ziemlich überein [1]), ein Retultat, das bezüglich Schweine überraschen mufs, da auch der Verkaufswert der unter ein Jahr alten Schweine hierbei berücksichtigt ist. Bezüglich älterer Zeit erscheint uns nämlich bei Schweinen die amtliche Reduktionsziffer für zu niedrig und ist deren Annäherung an die durch den Verkaufswert gefundene Zahl hauptsächlich durch den grofsen Fortschritt der Schweinezucht modifiziert worden. Von den einzelnen Viehgattungen partizipieren in Prozenten:

---

[1]) Die amtlichen Reduktionsziffern sind bekanntlich: 1 Rind = $^2/_3$ Pferd = 4 Schweine = 10 Schafe = 12 Ziegen.

	Nach Wert	Nach Futterbedarf
das Rind	55,1	61,9
Pferd	30,1	20,7
Schwein	8,6	9,0
Schaf	5,5	7,5
Ziege	0,7	0,9

Leider fehlt uns jeder Anhalt zum Vergleich des Verkaufswertes von 1873 zu 1883 oder mit früheren Perioden, denn auch die Berechnungen Viehbahns in seinem oft citierten Werke können keine exakte Grundlage bilden, wie dies obige Zahlen für Oldenburg beweisen.

Eine Frage aber können wir durch das gegebene Material dennoch entscheiden, nämlich ob die Landwirtschaft durch die Qualitätsverschiebungen an und für sich, also durch Änderung der Zuchtrichtung oder Nutzviehhaltung unabhängig von Gewichtszunahme, Preisen oder sonstigen Momenten einen Vorteil zog. Insbesondere wird hierdurch ziffermäfsig ersichtlich werden, wie die Abnahme der Schafe um mehr als 5 Mill. wo durch Ausdehnung anderer Zweige der Viehhaltung nicht nur im ganzen Reiche, sondern auch in allen seinen Provinzen oder gröfseren territorialen Gebieten ausgeglichen wurde, was bisher fast allgemein bestritten, unseres Wissens ziffermäfsig noch nirgends nachgewiesen ist. Es wird ferner daraus hervorgehen, dafs dort, wo ohne Rücksichtname auf andere angedeutete Verhältnisse ein Verlust zu konstatieren war, dieser Verlust nicht so sehr durch Abnahme des Schafes als ganz insbesondere des Rindes oder anderer Viehqualitäten verursacht war. Vorerst wollen wir uns aber dagegen verwahren, dafs den gewonnenen Resultaten sehr grofse Genauigkeit beigelegt werde, da die Durchschnittsverkaufswerte für die gröfseren Bezirke als arithmetische Mittel aus kleineren direkt gewonnen wurden, während richtigerweise erst die Multiplikation jedes Verkaufswertes in die Stückzahl hätte ausgeführt werden müssen, um dann erst aus der Summe der Produkte durch Division der Gesamtzahl für das ganze Reich, respektive seiner gröfseren Gebiete die richtigen Verkaufswerte zu gewinnen. Wegen der enormen Arbeit einer solchen Berechnung wurde der etwas einfachere Weg gewählt. Es liegt der folgenden Berechnung die Fiktion zu Grunde, der Viehstand vom Jahre 1873 hätte sich mit seinem Plus von mehr als 5 Millionen Schafen bis 1883 als ganzer konstant erhalten und stände an Stelle des Viehstandes von 1883. Auf Grund dieser Fiktion, welche beide Vieh-

bestände mit demselben Bodenwerte und demselben Verkaufswerte in Verbindung bringt, kommen die Qualitätsverschiebungen isoliert in ihrer Wirkung zur Anschauung.

Die Zahlen, welche sich auf das ganze Reich beziehen, besagen, dafs das Wertminus der Schafe, welches in der Tabelle auf dieser Seite zum Ausdrucke kommt, durch das Wertplus der Schweine allein mehr als gedeckt wurde; mit den Verschiebungen der übrigen Qualitäten ergibt sich eine Wertsteigerung von 103 704 547 ℳ im ganzen Deutschen Reiche:

Qualitätsverschiebung in Deutschland.

		Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+	183 445	×	477	=	81 999 915
Rinder	+	8 620	×	195	=	1 680 900
Schweine	+	2 081 703	×	52	=	108 248 556
Ziegen	+	319 992	×	15	=	4 799 880
						196 729 251
Schafe	+	5 814 044	×	16	=	93 024 704
						103 704 547 ℳ.

Würde man natürlich hierbei noch das Steigen der Fleisch- und Viehpreise, weiterhin die Gewichtszunahme und den rascheren Umsatz in der ganzen Produktion berücksichtigen, so wird wohl der eingefleischteste Pessimist von einem thatsächlichen wirtschaftlichen Fortschritte auf diesem Gebiete überzeugt sein, so sehr auch die Abnahme der Schafe Zweifel grofsgezogen hat.

Aber auch in dieser Frage sind wir weit entfernt, das Resultat zu überschätzen, und so optimistisch die obigen Auslegungen und Untersuchungen scheinen, sollen sie noch in das richtige Licht gestellt werden. Denn es ist uns nicht genug zu wissen, dafs ein grofser wirtschaftlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Viehzucht stattfand, es wäre noch nötig zu untersuchen, ob derselbe in der That grofs genug gewesen, um behaupten zu können, die Technik des Betriebes habe sich in Viehzucht bezüglich Intensität auf gleicher Höhe erhalten. Allerdings herrscht in dieser Ansicht in der landwirtschaftlichen Litteratur keine konsequent und exakt angewandte Nomenklatur bezüglich Intensität des Betriebes, und daher der Fehlschlufs, aus dem Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete an und für sich schon auf gröfsere Intensität schliefsen zu wollen, ohne sich konsequent vor Augen zu halten, dafs — um blofs das Kapital

hier zu berücksichtigen — die Intensität des Betriebes nach dem Verhältnisse des Wertes des Kapitals zum Werte des Bodens und nicht zur Fläche des Bodens in Betracht kommt. Nimmt man also an, daſs seit Beginn des Jahrhunderts der Bodenwert in Deutschland etwa durchschnittlich um das Dreifache gestiegen ist, so muſs auch der Viehstand in seinem Werte sich verdreifacht haben, um behaupten zu können, die Landwirtschaft habe sich bezüglich Viehzucht auf gleicher Intensität behauptet.

Wie diese Verhältnisse im Vergleiche zu 1873 liegen, ob etwa doch im Vergleiche zum Grund und Boden ein Miſsverhältnis vorliegt — es ist dies bekanntlich eine Hauptursache der Agrarkrisen, — kann hier nicht nachgewiesen werden, es sei bloſs die Ansicht ausgesprochen, daſs thatsächlich gerade bezüglich Viehzucht der Betrieb im Laufe des Jahrhunderts intensiver wurde, und darin auch in Zukunft für die durch überseeische Koncurrenz bedrückte deutsche Landwirtschaft das geeignetste Feld ist, ihr zu widerstehen.

Die angewandte Methode der Berechnung des Gewinnes durch Qualitätsverschiebung trägt aber letzten Rücksichten bezüglich Bodenwertes Rechnung, da ja der Wert des Viehstapels auf ein und denselben Grundwert in demselben Jahre 1883 bezogen wurde.

Gehen wir nun auf die Resultate für die einzelnen Territorien als solche ein. Die Rechnung ist für 26 geographisch abgegrenzte Bezirke durchgeführt und ergab nur für vier derselben ein ungünstiges Resultat, für Württemberg mit Hohenzollern, für Baden, für bayrisch Franken und für Westfalen. Erheblich ungünstig ist das Resultat nur für Württemberg und Baden, und wir möchten darauf aus dem Grunde nicht ohne spezielle Würdigung der Verhältnisse ein groſses Gewicht legen, da, wie gesagt, die Fortschritte in der Viehzucht sowie andere Faktoren noch hinzutreten, anderseits der Ausfall von 7 Millionen zum Gesamtwerte des Viehstandes dieser Länder etwa nur 3 % beträgt. Allerdings sind aus beiden Gebieten in den letzten Jahren häufige Klagen zu vernehmen gewesen. Sonst haben die übrigen Gebiete sämtlich gewonnen, und zeigt sich besonders das bereits früher erwähnte Aufblühen der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen des Reiches in der Reihenfolge, wie die Anordnung angeschlossener Tabelle besagt:

Der Verlust oder Gewinn durch Qualitätsverschiebung von 1873 auf 1884 betrug in Reichsmark für:

Württemberg samt Hohenzollern	— 7 699 788 ℳ
Baden	— 7 149 121 „

Bayerisch Franken	—	407 162 ℳ
Westfalen	—	932 069 „
Ostpreufsen	+	14 703 136 „
Posen	+	13 255 139 „
Königr. Sachsen	+	11 389 933 „
Prov. Sachsen	+	10 933 321 „
Schlesien	+	9 430 161 „
Schleswig-Holstein nebst Fürstentum Lübeck	+	8 536 101 „
Pommern	+	8 314 111 „
Westpreufsen	+	8 108 072 „
Brandenburg	+	6 722 225 „
Hannover und beide Lippe	+	5 548 068 „
Rheinland und Birkenfeld	+	5 386 035 „
Elsafs-Lothringen	+	4 393 574 „
Braunschweig und Anhalt	+	3 878 951 „
Hessen-Darmstadt	+	3 638 837 „
Berlin	+	3 334 485 „
Süd-Bayern	+	2 405 131 „
Hanse-Städte	+	2 352 235 „
Hessen-Nassau und Waldeck	+	2 023 464 „
Herzogtum Oldenburg	+	1 733 510 „
Thüringen	+	1 252 645 „
Mecklenburg	+	1 154 684 „
Bayerische Pfalz	+	360 084 „

Wie wenig aber hierbei die Schafe Ausschlag gebend waren, zeigt, um zur Erläuterung nur ein Beispiel herauszugreifen, nämlich Schlesien, wo Schafe prozentisch am stärksten sich verminderten, und es wird hierdurch zugleich eine unrichtige Auffassung widerlegt, die für dieses Land von Dr. Crampe [1]) ausgesprochen ist.

Qualitätsverschiebung für Schlesien:

Pferde	+	10 673	× 395	=	4 215 835
Rinder	+	45 699	× 173	=	7 905 927
Schweine	+	137 599	× 57	=	7 842 915
Ziegen	+	22 212	× 14	=	310 968
					+ 20 275 645
Schafe	—	834 268	× 13	=	— 10 845 484
					+ 9 430 161 ℳ.

[1]) Schlesische landwirtschaftliche Zeitung Nr. 58 d. XXII. Jahrg. 1886. „Wie steht es mit dem Ersatz für die abgeschafften Schafe?“

Es war in dieser Provinz, wie die Tabelle zeigt, zwar nicht durch die Schweine allein, wohl aber durch diese zusammen mit den Rindern möglich, den Ausfall zu decken. Nimmt man aber noch Ziegen und Pferde hinzu, so steigt das Wertplus auf 9430161 ℳ.

Die Erläuterungen für die übrigen Gebietsabschnitte behalten wir uns in anderem Zusammenhange vor, da dieselben weniger vom deduktiven als induktiven Standpunkte fruchtbringend sein können.

Der Verkaufswert des Viehs gibt aber, um wieder zur Reichsstatistik zurückzukehren, noch weitere interessante Beziehungen, insbesondere zu den Betrieben und zur Volkszahl. In beiden Hinsichten liegen in der Litteratur bereits ausführliche Berechnungen vor, in der bereits öfter genannten Arbeit Kollmanns[1]), welche wir hier neben den amtlichen Quellen[2]) teilweise benutzen.

Sie geben den Wert des Viehstapels nach Gröfse und Einheit eines Betriebes im Durchschnitte des Reiches, ferner den Wert per ha, gebildet aus verschiedenen Betriebsgröfsen. In letzter Hinsicht ist zu ersehen, dafs auf die Fläche eines Hektars ein Wert von 8276,02 ℳ entfällt, wenn dasselbe von 0,02 ha grofsen Betrieben gebildet wird, jedoch auf die Fläche von einem Hektar nur ein Wert von 75,08 ℳ entfällt, wenn es aus Teilen von 1000 und mehr Hektar grofsen Betrieben gebildet wird[3]). Es ist also die Rohproduktion an Vieh im kleinsten Betriebe relativ mehr als 110 Mal so grofs, als in der Gruppe der gröfsten Betriebe. Wir folgern weiterhin daraus, dafs dies nicht nur seine lokale, sondern auch der Zeit nach seine Richtigkeit haben wird, dafs also dort, wo eine Parzellierung des Besitzes im normalen Zunehmen begriffen sein wird, im allgemeinen auch die Rohproduktion an Vieh steigen wird.

Die einzelnen Gattungen verhalten sich allerdings verschieden, doch geben die Zahlen nur eine Bestätigung ohnehin bereits bekannter Thatsachen, nämlich dafs Schwein und Ziege vom kleinsten bis zum gröfsten Betriebe dem Wert nach fast regelmäfsig fällt, dagegen Pferd und Schaf sich entgegengesetzt verhalten, letzteres mit geringem Ansteigen in den ganz kleinen Betrieben — aus leicht erklärbaren Gründen —, das Rind endlich in den mittelgrofsen Betrieben dominiert.

---

[1]) a. a. O., S. 46. Die Viehhaltung und die landwirtschaftlichen Betriebe.

[2]) Statistik des Deutschen Reichs 1885 N. F. Bd. V.

[3]) Kollmann a. a. O. S. 70.

Um die Beziehungen zur Volkszahl vor Augen zu führen, wollen wir eine kleine Tabelle dem Leser erläutern[1]).

Es entfällt auf 1 □km an Viehwert in *M* im Deutschen Reiche:

bei Einwohnern auf 1 □km	Pferde *M*	Rindvieh *M*	Schafe *M*	Schweine *M*	Ziegen *M*	insgesamt *M*
unter 50	3 648,6	4 274,7	920,9	792,8	42,5	9 679,5
50 — 80	2 842,8	4 623,3	622,2	805,7	43,6	8 937,0
80 — 100	2 935,4	6 679,2	643,1	942,4	95,2	11 295,3
100 — 150	3 076,9	6 784,6	265,0	1 013,5	110,8	11 250,8
150 — 200	2 801,3	7 537,4	244,3	900,7	152,4	12 636,2
200 — 500	5 580,3	8 872,1	229,1	1 118,2	124,8	15 924,5

Diese Tabelle zeigt, dafs der Wert auf der Flächeneinheit um so höher steigt, je dichter die Bevölkerung wird, dafs also diese mit Ausnahme der Schafe und Pferde den Gesamtwert des Viehstapels steigert.

Es widerlegt diese Thatsache zunächst Lambl in sofern, als dieser bestreitet, dafs die vermehrte Volkszahl den Konsum und die Produktion an animalen Waren steigere.

Allerdings durfte man auch von dieser Tabelle nicht verlangen, und diese Anforderung stellt genannter Autor, dafs die Steigerung eine der Bevölkerung proportionale wäre.

Würde man eine so gleichmäfsige lokale Verteilung fordern, so müfsten ungefähr, wenn bei 50—80 Einwohnern auf 1 □km insgesamt 8937 *M* entfallen, bei 200—500 Einwohnern auf 1 □km circa 40 000 *M* und nicht 15 924,5 *M*, also beinahe ein dreimal höherer Wert kommen. Auch aus diesen Erscheinungen würde Lambl sofort eine relative Depecoration heraus deduzieren.

Allein es ist einleuchtend, dafs die Landwirtschaft die Eigentümlichkeit hat, Boden zu ihrem Gewerbe zu benötigen, dafs also Städte, ungleich im Lande verteilt, die Landwirtschaft dieser Möglichkeit hierdurch berauben, dafs mithin so lokale Verschiedenheiten, wie sie durch grofse Volkszentren entstehen, auch nicht durch noch so gesteigerten Umsatz, welcher oft vielleicht an Verdreifachung heranreichen mag, paralysiert wird. Also nicht so sehr Nahrungs-, sondern Raummangel bringt diese Produktionsverschiebungen zustande, die in neuerer Zeit durch Ausbildung des Transportwesens

[1]) Kollmann a. a. O., H. 4 S. 42.

sich mehr und mehr steigerte, ja sogar die Grenzen der Staaten überschritt.

Die Abhängigkeit von der Fläche im landwirthschaftlichen Betriebe zeigt sich am deutlichsten beim Pferd und Schaf, wo man gleichfalls nicht behaupten wird, dafs Nahrungsmangel sie verursacht. Deshalb wird der Beweis gegen die Lamblsche Depecorationstheorie nicht lokal, — es sei denn, dafs man alle im gegenseitigen Import- und Exportverkehre stehenden Staaten berücksichtigt, was nach dem Stande der Statistik nicht möglich ist, — sondern richtiger temporär geführt werden, wie wir für die 8 alten Provinzen Preufsens gethan haben, d. h. man wird nachzuweisen haben, dafs ein Land mit zunehmender Bevölkerung noch relativ mehr Fleisch erzeugen kann.

Auch das Gewicht wird dieses Ergebnis liefern, zu dem wir hiermit übergehen.

Das Gewicht.

Inwieweit sich die letzte Zählung die Eruierung desselben zur Aufgabe gemacht hat, ist bereits früher erwähnt, hier seien blofs noch allgemeine Folgerungen oder Ergebnisse erörtert.

Die Verschiedenheiten desselben zunächst werden durch mannigfaltige Umstände bedingt sein, durch Klima, Produktion, Betrieb, Geburtszeit, Rasse und sonstige Umstände. Daher die grofsen Schwankungen, beim Rindvieh von 267 kg in Pommern bis 400 kg im Rheinlande; bei Kälbern unter 6 Wochen von 36—37 kg in Ostpreufsen und Pommern bis 117 kg in Braunschweig, Anhalt, beim Jungvieh von 170 bis 259 kg; bei Kühen von 313 kg in Pommern bis 463 kg in Berlin; bei Schweinen von 94 kg in Südbayern bis 175 kg in Berlin. Weiterhin kann man wahrnehmen, dafs sich nicht jede Gegend durch grofses Viehgewicht bezüglich jeder Art auszeichnet.

Ähnlich wie man bezüglich des Verkaufswertes den Einflufs der Bevölkerungsziffer auf den Viehstand zeigen konnte, ist dies auch bezüglich des durch die letzte Zählung konstatierten Gewichtes von Rindvieh und mehr als einjähriger Schweine möglich. In dieser Richtung bringen wir die von Kollmann [1]) veröffentlichte Berechnung, welche je nach Dichte der Bevölkerung das auf 1 qkm entfallende Tonnengewicht (ohne Berlin und Hansestädte) genannter Viehgattungen ermittelt. Danach entfallen:

---

[1]) a. a. O., H. 4 S. 22.

bei folgender Einwohnerzahl auf 1 qkm	in ganzen Tonnen zu 1000 kg	auf je 1 qkm kg
unter 50	148 053,6	6 851,5
50— 80	2 140 529,0	7 993,9
80—100	1 546 511,9	10 723,5
100—150	619 012,6	9 764,5
150—200	374 256,7	13 613,8
200—500	219 358,8	14 630,8

Man ersieht hieraus, wie es beim Verkaufswerte der Fall war, dafs die Gewichtsmenge stufenweise mit der Volksdichtigkeit fortschreitet, wie also die zunehmende Volksdichtigkeit auf die Intensität der Viehzucht einwirkt. Allerdings ist dieses Wachsen des Viehgewichtes kein vollständig proportionales gegenüber der Volkszahl, denn sonst müfsten an Gewicht bei einer Einwohnerzahl von 200—500 Einwohnern nicht 14 630,8, sondern 40 000 kg entfallen, also gerade sowie beim Werte ein etwa noch dreimal höheres sein. Keineswegs kann aber, ebensowenig wie wir es beim Werte thun konnten, eine thatsächliche relative Depecoration zugegeben werden.

Nachdem wir so die wichtigeren Beziehungen, Regelmäfsigkeiten und Verhältnisse aus der deutschen Viehstatistik gewonnen und in kurz gedrängter Form gesammelt haben, wollen wir die, welche hiervon gegen oder für Lambl sprechen, einheitlich zusammenfassen.

Vorerst ist es jedoch nötig, dafs der Grundgedanke der Depecorationstheorie vorausgeschickt werde.

Professor Dr. J. B. Lambl hat seine Gedanken niedergelegt in dem Werke: „Depecoration (Viehabnahme) in Europa“ Leipzig 1878. Er hat davon ausgehend, dafs, da auf begrenztem Territorium die Summe der produzierten Nahrungsmittel nur eine begrenzte sei — die betreffende Fläche isoliert gedacht — auch die Menge der lebenden Wesen, welche davon sich nähren können, nur eine begrenzte sein könne. Da nun nach der Malthusschen Lehre, die wir als bekannt voraussetzen, die Menschen die Tendenz und die Fähigkeit haben, sich fortwährend zu vermehren, so wird hierdurch den Tieren ein immer gröfserer Teil von Nahrungsmitteln entzogen, und hieraus schlofs Lambl a priori, dafs der Viehstand jedes Landes überhaupt in einem gewissen Verhältnisse mit der Zunahme der Bevölkerung stehen, mit der Zunahme derselben abnehmen müsse.

In seinem statistischen Teile sucht der Autor nachzuweisen.

dafs in einem dichtbevölkerten Staate die Einwohner stets über weniger Viehgewicht verfügen, als in einem weniger dicht bewohnten Lande, kurz, er glaubt so ziffermäfsig teils absolut pro Fläche, teils relativ pro Bewohnerzahl eine Viehabnahme in 17 europäischen Staaten konstatieren zu können.

Was den Grundgedanken seiner Theorie anlangt, so halten wir ihn im Prinzipe für richtig, und ist derselbe ebensowenig zu bekämpfen, wie die Lehre Malthus'. Ja, eigentlich ist die Lambl'sche Theorie nichts weiter als dessen Lehre in anderer Form, obschon Lambl selbst allerdings weder in seiner Quellenangabe benutzter Werke, noch an irgend einer Stelle seiner Schrift den Namen des berühmten Nationalökonomen nennt.

Diese Auffassung beruht auf der unumstöfslichen Thatsache, dafs die Tiere geradeso Produkte des Bodens sind, wie die Pflanzen, und dafs auch für jene geradeso wie diese eine Vermehrung angenommen werden kann, die Malthus mit einer arithmetischen Progression annäherungsweise verglich. Gleich bleibt bei dieser Auffassung zunächst der Streit, ob durch die animale Produktion das den Menschen disponible Quantum an Nahrungsmitteln vermehrt oder vermindert wird (letzteres nach A. v. Humbold und Baltzer). Denn ist ersteres der Fall, so wird die Theorie dieser Lehre auch dann nicht geändert, wenn sich die Menschen ausschliefslich von Fleich nähren würden und könnten, letzteres aber würde die Konsequenzen derselben sogar beschleunigen.

Weiterhin ändert auch der Einwand keineswegs die Sachlage, dafs die Vermehrung der Tiere in der Willkür der Menschen liegt, denn auch sie würde, dem Vermehrungstriebe der Menschen keine Schranken gesetzt, der Naturnotwendigkeit der Triebe sich beugen.

Wir sind sonach berechtigt, die Malthussche Lehre auch auf die animalen Produkte des Bodens anzuwenden und dies that Lambl, geriet aber dadurch, dafs er Symptome der Richtigkeit seiner Lehre in der Wirklichkeit als bereits vorhanden nachweisen wollte, in dieselben, ja noch ärgeren Fehler, als sein grofser Vorgänger vor mehreren Jahrzehnten. So wie nämlich Malthus nicht blofs die Tendenz und die Fähigkeit des Menschen, sich stärker zu vermehren, als die Nahrungsmittel, als ein Gesetz erklärte, sondern auch die Konsequenzen hieraus als eine Naturnotwendigkeit erklärte, also kurz gewisse Arten von Hemmnissen (Cheks) unterschätzte, was bei der

zu seiner Zeit relativ viel geringeren Volksvermehrung sehr erklärlich war, liefs sie Lambl so gut wie unberücksichtigt. Zu seiner Zeit war die volkswirtschaftliche Anschauung des Lebens bereits so weit gediehen, zu sehen, dafs als thatsächliche Hemmnisse der Volksvermehrung seltener vielleicht sogar der Nahrungsmangel, als vielmehr Kulturbedürfnisse, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Verfeinerung und Vervielfältigung der Bedürfnisse überhaupt, ferner die mit steigender Kultur wachsende Ungleichheit in Verteilung der Güter, die mangelnde Kaufkraft des Individuums, Mangel an Arbeit u. s. w. sich weit stärker fühlbar machten [1]).

Warum finden wir noch heute Hungernde auf den Strafsen? Etwa weil keine Nahrung vorhanden? Warum schreien ganze soziale Klassen nach besserer menschlicher Existenz, wo der Bauer ganzer Distrikte seine Produkte nicht an den Mann bringen kann, wo ganz unabhängig von dem Ausfalle der Ernten gleiche Mengen zu Schnapsbereitungen verwendet werden? Wo Überproduktion und Notstand in demselben Blatte besprochen wird? Wo ist bei diesen Betrachtungen der Zusammenhang zwischen Nahrung und Volksvermehrung geblieben? Die Malthussche Frage hat sich in die soziale aufgelöst und verflüchtigt. Sie ist aber vorhanden und nie aus der Welt zu schaffen, sie hat blofs im Laufe der Jahrhunderte ihre Wirkung in eine indirekte verwandelt. Es kann trotz der Zunahme und des Überschusses der Produktion von Nahrungsmitteln diese positive Lücke durch Menschenzunahme unausgefüllt bleiben, ja bei dem Fortschritte in der ganzen Zivilisation, der eine Thatsache ist, mufs man es auch als das Häufigere, sogar die Regel betrachten, dafs auf dem grofsen Kurszettel der Weltwarenbörse auch die Waren immer niedriger notiert sind. Aber gerade dies spricht für die Lehre Malthus', dafs die Bevölkerung sogar unter das Niveau der Unterhaltsmittel herabgedrückt wird.

L a m b l h a t a l s o e i n e n u n r i c h t i g e n S c h l u f s g e t h a n, w e n n e r f o l g e r t, d a f s, w e i l t h e o r e t i s c h d i e s e r Z u s a m m e n h a n g i n s p e z u g e g e b e n w e r d e n m u f s, d e r s e l b e i n W i r k l i c h k e i t b e r e i t s s e i n e W i r k u n g ä u f s e r e o d e r

---

[1]) Auf die Rolle der psychologischen und physiologischen Momente wird hier keine Rücksicht genommen. Vergl. Rob. Mohl, Geschichte und Litteratur der BevölkerungslehreBd. III S. 411 flg.; W. Roscher, Bd. I 5. Buch 1880; System der Volkswirtschaft, Wappäus allg. Bevölkerungsstatistik 1859, 2. T.; Rümelin, die Bevölkerungslehre und derselbe in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, Tübingen 1882 S. 1202 flg. G. Mayr, die Gesetzmäfsigkeit des Gesellschaftslebens 1877.

einmal äufsern werde. In der Entwickelung der ganzen Volkswirtschaft sind die Bahnen und Geleise unberechenbar und unterliegen keinen voraus bestimmten feststehenden Gesetzen. So auch in diesem Falle. Zu bedenken ist dabei, dafs die Produktion in spe gleichfalls keinen Gesetzen unterliegt, und dafs der arithmetische Vergleich Malthus' nur in Bezug auf die theoretische geometrische Volksvermehrung gilt. Selbst den Satz, dafs die jährlichen Vermehrungsquoten mit wachsender Intensität des Anbaues immer kleiner werden, können wir nicht schlechthin unterschreiben, auch er kann seine temporäre Ausnahmen erleiden, kurz die Produktion ist unberechenbar. Lambl liefs sich in Hinsicht animaler Produktion von dem Gedanken leiten, ohne ihn in dieser Form auszusprechen, dafs den Reicheren die Malthussche Frage weniger angehe als den Armen, dafs also dem stets zunehmenden Fleischgenufs die Regenerationskraft der Haustiere, als erster Grund der Depecoration, nicht gleichen Schritt halten könnte. Die Unrichtigkeit dessen haben wir bereits erwähnt, sie wurde von Lambl nur angenommen und nicht erwiesen. Der Einwand ist ja beseitigt, wenn ein steigender Gesamtfleischverbrauch für ein Land, wie es oben für Preufsen geschehen ist, erwiesen wird, und es tritt dadurch die Zahl der Geburten, die dabei nebensächlicher ist, in den Hintergrund. Als zweiter Grund der Depocoration wird Futtermangel bezeichnet. Auch wir haben ja im Laufe unserer geschichtlichen Entwickelung der Viehzucht in Preufsen diese Gründe für Einflufs übend bezeichnet. Anderseits darf aber auch nicht die Rückwirkung der Viehzucht auf die Zunahme der Produktion während des ganzen Jahrhunderts unterschätzt werden, die nur dadurch möglich wurde, dafs durch sie die Ausfuhr an Mineralstoffen beschränkt, und so die Grundbedingung zu ihrer grofsen Zunahme wurde, dafs also Futtermangel weit eher dort zu finden ist, wo die Viehzucht vernachlässigt ist, eben weil dort mehr der Aschenbestandteile der Wirtschaft verloren gehen. Ein ziffermäfsiger Nachweis des Einflusses der Viehzucht, würde dieselben Resultate liefern, wie der Nachweis Humberts betreffs des Einflusses der Zuckerindustrie. Kurz, wir bekennen uns zu der Ansicht, dafs die weitgehendste Pflege der Viehzucht vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, geradezu angethan ist, die Malthussche Lehre zu mildern, da sie die vorhandenen Nahrungsquellen in rascheren Umsatz bringt und das disponible Quantum an Nahrungsmitteln steigert. Es ist dies besonders von jenen zu wenig beachtet, welche für eine engherzige nationale Wirtschaftspolitik

schwärmen (z. B. Prof. Dr. Richard Mucke, Deutschlands Getreideertrag) und infolge dessen für Ausdehnung oder doch Aufrechterhaltung desselben Areales für Getreidebau eintreten, indem übersehen wird, dafs bei blühender Viehzucht auf kleinerem Areale mehr Getreide erzeugt wird, als in Wirtschaften ohne solche. Es wird hiermit zugleich gegen die bezüglich Fleischproduktion noch heute geltenden Lehren Thünens verstofsen, welcher diese in ihrer höchsten Blüte in den ersten Kreis verlegt. Es ist ja richtig, dafs die Konservierung animaler Produkte grofse Fortschritte gemacht, allein trotzdem können solch überseeische Erzeugnisse auch heute nicht mit der frischen Ware konkurrieren, und der Viehtransport unterliegt noch viel zu sehr den Seuchen und Krankheiten während des Transportes, so dafs es wirtschaftlicher ist, das Inland bezüglich Getreidebaues vom Auslande abhängig zu machen, als bezüglich animaler Produktion.

Aber wir müssen hier nicht vom volkswirtschaftlichen, sondern vom privatwirtschaftlichen Standpunkte sprechen, und da hat derjenige recht, solche Behauptungen aufzustellen, welcher mit der Rentabilität der Wirtschaften näher bekannt ist, und wir glauben diesen Anforderungen am besten gerecht zu werden, wenn wir hier die Worte der ersten Autorität [1]) auf dem Gebiete der Landwirtschaft anführen: „Ein rationeller Betrieb der Viehzucht ist die Grundlage für das Gedeihen des Ackerbaues und für die Rentabilität des gesamten Wirtschaftsbetriebes“ und [2]) „Viel Futter, viel Milch, viel Dünger, viel Getreide, viel Geld“, was Lambl bekanntlich gleichfalls zitiert und bekämpft.

Wir müssen also unparteiisch an die Statistik herantreten und uns sagen, warum die Zahlen Lambls, die so freiwillig für seine Theorie sprechen, mit den Resultaten der deutschen Viehstatistik bei genauerer Prüfung nicht übereinstimmen oder doch das Gegenteil vermuten lassen. Abgesehen von der Ein- und Ausfuhr, welche unser Autor nicht berücksichtigt, und in sofern auch mit Recht, als dieselbe erst in der allerletzten Zeit einen Anspruch auf Genauigkeit und Verläfslichkeit machen kann, nimmt derselbe das Viehgewicht zunächst an allen Orten gleich grofs an.

Die Reichsstatistik, welche für Rinder und über ein Jahr alte Schweine bei der letzten Zählung eine Gewichtsbestimmung enthält,

[1]) Geh.R.R. Prof. Dr. Jul. Kühn, „Die zweckmäfsige Ernährung des Rinds“ 1887 S. 1.

[2]) a. a. O. S. 191,

hat die enormen Schwankungen hierin gezeigt. Weiterhin war daraus ersichtlich, dafs die Volksdichte auf die Schwere des Einzeltiers, sowie auf das Gesamtgewicht des Viehstapels eine steigende Tendenz ausübte. Allerdings nicht vollständig proportional mit der Zunahme der Bevölkerung, aber doch ansteigend. Liegt nun hierin schon ein Grund für relative Depecoration? Gewifs nein, denn, abgesehen von den sofort zu besprechenden Punkten, müfste das gröfste Gesamtviehgewicht in den Gebieten zu finden sein, wo die Bevölkerung am dünnsten gesäet ist, was nicht der Fall ist, diese weisen vielmehr das schwächste Viehgewicht[1]) auf. Es beweist dies, dafs in jenen Gebieten also, welche dünn bevölkert sind, mithin für die Tiere angeblich mehr Nahrung hätten, dieses keinen Anstofs zur stärkeren Zunahme der Viehzucht gegeben hat.

Es ist vielmehr der Raummangel in den Industriebezirken und nicht der Nahrungsmangel, — welch letzterer dort trotz kleineren Areals kleiner sein kann, — welcher die Landwirtschaft der Möglichkeit der Existenz beraubt. Es ist aber ein Zeichen höherer Intensität im Betriebe der Landwirtschaft, sowie eine Erscheinung des steigenden Grundwertes, dafs die Landwirtschaft mit dem kleinsten Raum fürlieb nimmt und grofse Erhaltungskosten der Tiere womöglich vermeidet dort, wo die Bevölkerung zunimmt und Entwickelung der Industrie die Landwirtschaft einengt, was bei letzter nicht in dem Mafse durchführbar ist, als beim Fabriksbetriebe. Sie sucht aber dennoch durch vollständigen Übergang zur Stallfütterung in dem kleineren Raume dieselbe Menge zu erzeugen durch rascheren Umsatz und durch Verfolgen der nötigen Zuchtrichtung, wie bei grofsem Raume bei gröfserer Anzahl.

Weiterhin hat Lambl das Gewicht in seiner Veränderlichkeit nach Zeit zwar zugegeben, aber unterschätzt, jedenfalls in seinen Tabellen nicht berücksichtigt. Haben wir lokale Differenzen in demselben Reiche zur selben Zeit fast um das Doppelte gesehen, so können die zeitlichen Veränderungen die gleiche Gröfse erreichen. Das will also sagen, wenn z. B. das Rindergewicht in der Provinz Pommern auf die Höhe von dem Rindergewicht in Berlin gebracht würde, so hätte sich die Anzahl dort verdoppelt. Und hätte sich die Zahl dort verdoppelt, so hätte sich das Gesamtviehgewicht vervierfacht, was die Bevölkerung eben wegen der Malthussschen Lehre in gleichen Zeiträumen nicht zu Stande brächte.

---

[1]) Vergl. Tabelle auf S. 83.

Unsere Berechnung für Alt-Preufsen ist ein Resultat solcher ähnlicher Thatsachen. Es wurde hiebei, und dies ist der 3. Punkt, der bei Lambl gleichfalls nicht berücksichtigt werden konnte, für den rascheren Umsatz gleichfalls keine Ziffer in Ansatz gebracht, da sich derselbe jeder statistischen Unterlage entzieht, und wir müssen uns begnügen, demselben teilweise gröfseren Einflufs auf die Vermehrung der Viehprodukte zuzuschreiben, als der Zunahme des Gewichtes.

Die Statistik allerdings wird den Einflufs des rascheren Umsatzes nie zum Ausdrucke bringen können, allein wir sind auch für die weitere Entwickelung der Viehzucht gemäfs der herrschenden medizinischen Auffassung für Ausdehnung des Fleischkonsums überzeugt, dafs auch noch in den allernächsten Gewichtsbestimmungen in Deutschland, als Ganzes betrachtet, ohne Feststellung des Umsatzes eine Steigerung der Fleischquantität pro Kopf sich herausstellen wird.

Wir haben bisher nur von dem gegenwärtigen Stande der Frage der Depecoration gesprochen, und zwar für Preufsen respektive Deutschland, und möchten nun unsere Meinung bezüglich der künftigen Entwickelung äufsern. Da wir in Bezug auf die Lamblsche Frage vollständig auf dem Boden der Malthusschen Lehre stehen, so werden wir hierüber keine Gewifsheit wegen der Unmöglichkeit jeder Berechnung geben können, sondern nur Möglichkeiten, dafs also auch eine faktische relative Depecoration nicht ausgeschlossen ist, ebensowenig wie eine Zunahme der Fleischproduktion. Dafs ferner in solchen Teilen oder Ländern, wo etwa gegenwärtig eine Viehabnahme im Zuge ist, dieselbe trotz Übervölkerung behoben werden kann. So hat Generalsekretär v. Langsdorff[1]) für das Königreich Sachsen eine relative Depecoration berechnet (es ist hierbei der raschere Umsatz des Viehs gleichfalls nicht berücksichtigt), eine solche liegt jedenfalls auch in England vor. Eine internationale Vergleichung der Länder behufs relativer Depecoration hätte nach statistischen Quellen gar keinen Erfolg, da ja gerade jenes Land, das bezüglich Volkszahl eine grofse Viehmenge aufweist, wegen niedrigen Viehgewichtes und trägeren Umsatzes weniger Fleisch seiner Bevölkerung möglicherweise zur Verfügung stellt, als ein Land mit relativ geringerer Viehzahl. Es fehlt hierzu so vollständig

[1]) Österreichisches landwirtschaftliches Wochenblatt. Wien 20/V. 1876, Nr. 21 Jahrg. II. „Zur Frage der Depecoration".

jedwede Grundlage, dafs ein Versuch gar nicht zu wagen ist, denn er würde nur zu so falschen Resultaten führen, zu welchen Lambl gelangte.

Wir sind vielmehr zu sehr von der Richtigkeit der Malthusschen Lehre überzeugt, dafs wir gerade auf Grund derselben im allgemeinen von der Zukunft eine andere Ansicht haben als jener Autor, wenn er sagt[1]: „Die Depecoration, jenes Übel, dessen Eintritt das Theorem unter gewissen Umständen als unvermeidlich vorhersagt, ist eine nicht mehr zu leugnende, mit keiner theoretischen Annahme zu beschönigende, traurige Thatsache. Ihr Auftreten mag hier und da Schwankungen, selbst gänzlichem Verschwinden begegnen, im ganzen wird es aber doch nicht so sehr abnehmen, als es wünschenswert wäre, sondern vielmehr zunehmen, denn der Verbrauch animaler Waren ist viel zu grofs und viel zu rasch zunehmend, als dafs ihm das Generationsvermögen der europäischen Herden auch bei geringen Verlusten durch Seuchen genügen könnte.“ Wir sind überzeugt, dafs sich die Hemmnisse der Kultur, die sich der Volksvermehrung gegenüber auftürmen, immer zahlreicher und rücksichtsloser geltend machen werden und so das Hemmnis des Nahrungsmangels stets nebensächlicher und wirkungsloser beiseite schieben werden, wir sind überzeugt, dafs künftige Generationen vielmehr über einen gröfseren Überschufs an Nahrung verfügen werden können, als heute, kurz, dafs die Produktion durchschnittlich faktisch stärkere Vermehrung noch wird erfahren können, als die durch die steigende Kultur sich mehrenden anderweitigen Hemmnisse die Volksvermehrung in Schranken zu halten immer gröfsere Bedeutung gewinnen werden.

Hiermit ist das erste Resultat des Studiums der Viehstatistik zusammengefafst, wie es sich aus dem Verhältnis zur Volkszahl ergab.

Die Beziehungen zur Fläche haben sich viel einfacher ergeben. Sie zeigen auch für die neuere Zeit bis 1883 für Preufsen und Deutschland eine Zunahme der animalen Düngerproduktion, hiermit eine Besserung der statischen Verhältnisse und die Grundlage weiterer Steigerung vegetabiler Produktion. Hervorgehoben soll hierbei noch werden, dafs diese Steigerung der Düngerproduktion nur als eine absolute betrachtet wurde, und in keine Beziehung gesetzt wurde

[1]) a. a. O. S. 258.

zur steigenden vegetabilen Produktion. Zu erwarten war endlich wenigstens vom einsichtigen Landwirte das Ergebnis der Untersuchung der Spannviehfrage. In der That, wenn sich die Anzeichen der Notlage der Landwirtschaft einmal in dieser Weise geltend machen würden, so hätte diese ihren Höhepunkt erreicht! Ihre Anzeichen wären in jedem Wesen des Betriebes erkenntlich, wenn die Bedingung desselben, das Werkzeug des Landmanns Einbufse erleiden sollte. Nicht nur die letzte Zeit, auch während der ganzen Entwickelung konnten die Krisen, welche beim Nutzvieh oft empfindlich sich sichtbar machten, kaum erkennbar werden.

Das Gesamturteil über das Verhalten der deutschen Viehzucht in dem letzten Dezennium behalten wir uns bis auf den Schlufs des nächsten Teiles vor.

V. Teil.

Kombinierung der amtlichen Statistik mit anderem Materiale.

Bisher sind wir in der Weise vorgegangen, dafs wir aus den amtlich statistisch erhobenen Zahlen einen Einblick in die Lage der Landwirtschaft zu gewinnen trachteten. Der Weg war also stets vom allgemeinen zum besonderen und die Darstellung der Verhältnisse vorwiegend dem Entwickelungsgange entsprechend.

Nun wurde schon früher angedeutet, dafs die Erscheinungen im Detail der Statistik ohne Lokalkenntnis ganz verkehrt und falsch interpretiert werden können, demgemäfs sich auch eine rein deduktive Behandlung für speziellere Betrachtungen durchaus nicht eignen kann, um eine klare Vorstellung von dem wirklichen Stand der Dinge zu erhalten. Es wird sich demnach aus genannten Gründen empfehlen, auch die andere Methode zu Hilfe zu nehmen und bei den weiteren Erörterungen dies mit dem früheren Wege in sofern zu verbinden, als die durch die amtliche Statistik festgestellten Zahlen als Rahmen benutzt werden sollen, in welchem das zum Teil auf anderem Wege gewonnene Detail eingepafst werden soll. Es wird vielleicht auf diese Weise gelingen, auch Fehler der Statistik zu eruieren, ferner falsche Färbung und Schattierung derselben zu berichtigen.

Es ist dies ein Mittelweg zwischen Statistik und Enquete, der bedeutend schneller den Faden in dem Labyrinth so verschiedener Ansichten über die Lage der Landwirtschaft bezüglich Viehzucht und Viehhaltung auffinden lassen könnte.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dafs das Gelingen eines solchen Versuches desto gesicherter wäre, je gröfser die Erfahrung

des Unternehmers wäre und je mehr diese durch auf Reisen erworbene Lokalanschauung und Vertrautheit mit dem Thatbestande unterstützt würde. Es liegt in Gesagtem weiterhin bereits ausgedrückt, dafs eine solche Arbeit um so mehr Anspruch auf Wert haben würde, wenn sie sich auf ein kleines Gebiet beschränkte.

Steht aber hiermit vorwiegend der grofse Umfang des Gebietes ganz Preufsen, respektive Deutschland in argem Kontraste, so steht auch der Zweck hierbei nicht nach voller Erreichung des möglichen Zieles, sondern beabsichtigt blofs den Weg zu zeigen, auf welchem nur durch vereinte Kräfte der herrschenden Unklarheit der Lebensfaden unterbunden werden könnte.

Bezüglich der Quellen, die zu folgenden Ausführungen benutzt werden sollen, wird hier im besondern auf deren genaue Citierung verwiesen, allein es ist uns an dieser Stelle unmöglich, ein Bedauern zu unterdrücken und zu ergänzen, das bereits Professor Conrad ausgesprochen hat[1]), wie wenig Spezialarbeiten Deutschland über den Zustand der Landwirtschaft über das Inland hervorgebracht hat. Solche Arbeiten sind in weit gröfserer Anzahl über das Ausland, namentlich Belgien und England vorhanden. — Weiterhin können wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, mit welcher Schablonenhaftigkeit die Vereinsberichte der landwirtschaftlichen Zentralvereine — ehrenvolle Ausnahmen sind ja vorhanden — meist abgefafst werden, ohne dafs sie von höheren Gesichtspunkten geleitet über bestimmte, für die ganze Volkswirtschaft und Landwirtschaft höchst wichtige Fragen Auskunft erteilen, wenngleich die Möglichkeit hierzu sehr wohl vorhanden wäre.

Abgesehen von diesen Hauptunterlagen wurden noch benutzt die Festschriften, auf Veranlassung der land- und forstwirtschaftlichen Versammlungen verfafst, um den herbeigekommenen Gästen ein Bild von Land- und Forstwirtschaft zu geben, die vorliegenden Enqueten sowie schliefslich die mündlichen Berichte und Aussagen von ortskundigen Landwirten, von denen ja der Landwirtschaftliche Verein zu Halle a./S. aus allen Winkeln der Monarchie zu seinen Mitgliedern zählt.

Bezüglich Anordnung des Stoffes wurde die Behandlung der Richtung auf Form so gewählt, dafs nach Provinzen oder sonstigen teils politischen, teils geographischen Abgrenzungen vorgegangen

---

[1]) „Die Statistik der landwirtschaftlichen Produktion“ in Hildebrands Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 1868, X S. 38.

wurde, respektive wo es nötig schien, in noch kleinere Unterabteilungen: Regierungsbezirke, Ämter und Gemeinden die Betrachtung vertieft wurde, da hier im Gegensatz zu den vorangegangenen Betrachtungen die Ursachen, die auf Entwickelung und Veränderung der Viehhaltung einwirken, nicht isoliert, sondern in ihrer Gesamtwirkung und ihren Gesamtresultaten vor Augen geführt werden sollen und können. Können, sagten wir mit Absicht, denn schon aus dem vorangegangenem Abschnitte C.: „Die übrigen relativen Beziehungen der Viehzucht“ war die Unmöglichkeit zu ersehen, alle die Viehzucht beeinflussenden Momente isoliert und erschöpfend zur Geltung zu bringen, da sie ziffermäfsig nicht zu messen sind. Diese Ergänzung soll hier auf anderem Wege geboten werden, um soweit als möglich eine Anschauung zu bieten über die Ursachen der Verminderungen in ihrer Totalität, über das Warum in dieser und jener Gegend.

Wir haben früher die zahlreichsten Einflüsse auf das Emporblühen und Niedergehen des Viehstandes kennen gelernt, aber hier wird es die Aufgabe sein, sie zu ergänzen, soweit sie nicht in Zahlen fafsbar waren, und sie nach dem Grade ihrer Einwirkung zu gruppieren. Es gehören hierher insbesondere der Einflufs höherer Intelligenz auf die animale Produktion, der Absatz, Handelspreis und Verkehrsverhältnisse, der Verschuldungszustand, Klima und sonstige lokale Umstände, die früher nicht berührt werden konnten. Es wird sich hierbei zeigen, dafs das Emporblühen der Viehzucht besonders dort zu konstatieren ist, wo mehrere sie günstig beeinflussende Momente sich kombinieren und vereinigen selbst dann, wenn ein oder der andere sonst mächtig die Viehzucht bedingende Umstand fehlt.

In zweiter Linie wird dann eine derartige Darstellung etwa in Verbindung mit dem Wirtschaftssysteme eine ungefähre Vorstellung über den kulturellen Zustand der Landwirtschaft liefern.

Bezüglich der Beschränkung des Stoffes nach Zeit der Entwickelung müssen wir uns vollständig an das vorhandene, resp. uns zur Verfügung stehende Material halten und wollen im allgemeinen den gröfsten Nachdruck auf die jüngste Zeit legen, teils da sie das meiste aktuelle Interesse herausfordert und noch am wenigsten geklärt ist, teils da bei Vergleichung die beiden letzten vollständig homogen durchgeführten Zählungen eine allein unanfechtbare tadellose Basis bilden.

Wir wenden uns nun unserem Thema zu.

Ostpreufsen.

Die Bewegung in der Viehhaltung war hier im Dezennium 1873 bis 1883 folgende [1]):

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduzirtes Vieh
1873	350 478	785 646	1 841 437	463 718	9 378	1 612 219
1883	383 555	824 944	1 413 820	610 952	14 022	1 695 564

Prozentuale Zu- oder Abnahme.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduzirtes Vieh
	+ 9,4	+ 5,0	— 23,2	+ 31,8	+ 49,5	+ 5,2

Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reich.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduzirtes Vieh
	+ 5,5	+ 0,0	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Die Zunahme in Ostpreufsen war also, geurteilt nach dem auf Rindvieh reduzierten Viehstande, fünfmal so grofs als im Durchschnitt des Reiches, abgesehen von Berlin die stärkste Zunahme im ganzen Reiche. Wie bei Westpreufsen sehen wir auch bei dieser ihrer Nachbarin den Hauptgrund dieser volkswirtschaftlich zwingenden Erscheinung in der Entwickelung der Kultur des ganzen Ostens.

Doch blicken wir auf die natürliche Beschaffenheit des Landes. Einen wesentlichen Dienst hat uns in dieser Betrachtung eine bereits vorliegende Bearbeitung der landwirtschaftlichen Zustände dieser Provinz gethan, allerdings nicht für die ganz letzte Zeit, nämlich von Th. Freiherr von der Goltz[3]).

Auch dieser Autor stimmt mit Meitzen überein, wenn er als gründlicher Kenner dieser Provinz dieselbe als der Viehzucht besonders günstig bezeichnet, weil Boden und Klima wegen ihrer

---

[1]) Die absoluten Zahlen den amtlichen Quellen entnommen, die bereits früher hinreichend citiert wurden.

[2]) Die Prozentzahlen sind im folgenden, soweit sie Viehzählung betreffen und auf keine besondere Bemerkung verweisen: entnommen. Dr. P. Kollmann, Deutschlands Viehhaltung nach den Ergebnissen der Zählung vom 10. Januar 1883 in G. Schmollers Jahrbüchern 1885 Heft 3 u. 4.

[3]) Die Entwickelung der ostpreufsischen Landwirtschaft während der letzten 25 Jahre (1856 bis 1881) in G. Schmollers Jahrbüchern für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jahrg. VII 1883 H. 3 S. 73 flg.

Feuchtigkeit den Graswuchs und den Futterbau begünstigen und ausgedehnte Flächen wegen ihrer tiefen, der Überschwemmung ausgesetzten Lage sich ausschliefslich zu Wiesen und Weidennutzung qualifizieren. Wir fahren mit den eignen Worten des Verfassers fort[1]: Aufserdem wird Ostpreufsen auf einen stärkeren Futterbau und demgemäfs auf eine ausgedehnte Viehhaltung deshalb hingewiesen, weil wegen des rauhen Klimas die Zeit für Bestellung und Aberntung der Felder sehr kurz ist, und deshalb eine Beschränkung im Anbau solcher Gewächse notwendig erscheint, welche viele tierische und menschliche Arbeitskräfte in Anspruch nehmen. Die Feuchtigkeit von Klima und Boden, sowie die durchschnittlich vorhandene Üppigkeit des Graswuchses weisen mehr auf Rindvieh- als auf Schafhaltung hin, wie schon Schubert seiner Zeit richtig hervorgehoben hat.“ Vergleichen wir hiermit die amtlichen Zahlen.

Es betrug 1883 in Prozenten der Gesamtfläche in

	Acker- und Gartenland	Wiesen	Weiden etc.
Ostpreufsen	51,8	12,7	10,8
Deutschland	48,7	10,9	9,4

ferner auf 100 ha der Fläche des Ackerlandes (und Garten)

in	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide u. Brache
Ostpreufsen	55,5	8,9	1,3	9,7	23,8
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Es sprechen diese Ziffern[2]) beredt für die soeben gegebenen Ausführungen.

Auch neuere Gutachten, soweit sie die Tierzucht im allgemeinen betreffen, lassen ein Vorwärts deutlich erkennen, wir wollen aber auch nicht die Gründe übergehen, die sich demselben am meisten hinderlich erweisen. Ein Bericht[3]) konstatiert im allgemeinen „eine ruhige Fortentwickelung in den bis dahin eingeschlagenen Zuchtrichtungen“, und derselbe: „Eine gute, durch Verabreichung von Kraftfutter unterstützte Haltung der Rindviehstämme

[1]) a. a. O., S. 92.

[2]) Die Prozentzahlen, soweit sie in folgendem für die Bodenbenutzung gegeben sind und auf keine weitere Anmerkung verweisen, sind entnommen dem statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich Jahrg. VI 1885 S. 26 u. 27.

Vergleiche den Atlas zur Bodenkultur des Deutschen Reiches, Berlin 1881. insbesondere Tafel 13 u. 14.

[3]) Jahresbericht des ostpreufsischen landwirtschaftlichen Zentralvereins pro 1881 S. 57.

und Schafe wird mehr und mehr zur allgemeinen Regel, der sich leider ein grofser Teil der kleinen Besitzer, welche ihre Nutztiere vielfach noch zu dürftig ernähren, nicht anschliefst."

Ein anderer Bericht[1]): „Die auf die Züchtung und Haltung der landwirtschaftlich nutzbaren Tierstämme verwendete Sorgfalt ist auch während des letzten Jahres in erhöhtem Mafse in die Erscheinung getreten und sind die im Laufe der letzten Jahre erzielten bedeutenden Fortschritte deutlich erkennbar. — Namentlich ist die Ernährung der Nutz- und Gespanntiere eine kräftigere und reichere geworden, und auch die kleineren Besitzer beginnen infolge der hohen Viehpreise in solchen Gegenden, in denen dieses früher nicht der Fall war, mehr Sorgfalt als früher auf die Ernährung und Pflege des Viehs zu verwenden, und wenn sie sich auch daselbst noch nicht zum Ankauf von Kraftfuttermitteln entschliefsen können, so brauchen sie doch wenigstens bereits Runkelrüben und verwenden auch Kartoffeln zur Fütterung."

Als Grund mangelhafter Ernährung wird unter anderen Gründen von den Berichten die Indolenz des Kleingrundbesitzers besonders betont. Der hohe Preis, der oft für mangelhafte exotische Futtermittel gezahlt werden mufs, und deren meist schlechte Qualität, die der Einzelne nicht zu prüfen Gelegenheit hat, haben ihre Gründe in dem noch mangelhaft ausgebildeten Genossenschafts- und Verkehrswesen, auf das wir bald zu sprechen kommen. Zuerst müssen wir noch einige Belege für die Entwickelung der Viehzucht im allgemeinen liefern, wie sie in den Jahresberichten des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren enthalten sind. Im Schlufswort eines solchen [2]) heifst es: „Wir können auch diesen Bericht in der Weise der früheren mit Anerkennung der Thatsache schliefsen, dafs sich die Landwirtschaft in Litauen und Masuren kräftig entwickelt, dafs die Viehzucht im weiteren Sinne des Wortes mehr und mehr die Hauptstütze unserer Wirtschaften wird, und dafs es die lange Reihe von mittleren und das letzte ungenügende Jahr nicht vermocht haben, unsere Landwirte mutlos zu machen."

In einem anderen [3]) heifst es: „Auf dem ganzen Gebiete der Tierzucht, Haltung, Fütterung und Aufzucht, hat sich ein grofser durchgreifender Fortschritt vollzogen; vor zwanzig Jahren würde

[1]) Bericht pro 1883 S. 45.

[2]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren für 1881.

[3]) Bericht pro 1883 S. 57.

ein Wirtschaftsjahr, wie es dasjenige von 1883 gewesen ist, die härtesten Verluste in den Viehständen verursacht haben. Könnte man diejenigen Summen ermitteln und vergleichen, welche man vor zwanzig Jahren und jetzt in ein und derselben Wirtschaft für Kraftfutter aufgewendet hat, so würde die Zahl beweisen, dafs der jetzige Betrag denjenigen früherer Zeiten um ein Vielfaches übersteigt."

In dem Schlufswort[1]) ist folgende prägnante Stelle enthalten: „Die tiefgehende Umgestaltung, welche sich in unserem Wirtschaftssysteme in den letzten zwanzig Jahren vollzogen hat und die in der Hauptsaehe darauf gerichtet ist, die Viehhaltung zu vermehren und gröfsere Erträge daraus zu erzielen, hat in erster Reihe dazu beigetragen, die Schwierigkeiten dieses Jahres überwinden zu helfen; würden unsere Wirtschaften noch wie früher in der Hauptsache auf die Erträge des Getreidebaues angewiesen sein, so würden die Verluste aus dem Jahre 1883 sehr viel gröfsere gewesen sein, während jetzt, in der Hauptsache wenigstens, die Einnahmen aus der Viehzucht und der Viehhaltung angemessen geblieben sind. Die niedrigen Getreidepreise haben die Einnahmen wesentlich geschmälert und wurden dieselben durch die geringen Qualitäten noch erheblich reduziert.

So sagt auch Freiherr von der Goltz[2]) schon für die frühere Zeit, dafs die erhebliche Steigerung der Preise der tierischen Produkte (mit Ausnahme der Wolle) dazu geführt habe, dem Futterbau, für welchen die Bedingungen in Ostpreufsen ohnehin so günstige seien, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auf Kosten einerseits der Brache, anderseits der Getreideproduktion sei der Anbau von Klee und Hackfrüchten ausgedehnt worden; den früher vernachlässigten Wiesen und ständigen Weiden habe man eine gröfsere Pflege durch Planierung, Düngung mit Kompost, Regulierung der Ent- respektive Bewässerung zugewendet." Die Verkehrs- und Handelsverhältnisse haben auf das Steigen der tierischen Produkte einen wesentlichen Einflufs, auch im letzten Dezennium geübt, insofern weniger der Eisenbahnbau, als die Anlage guter Chausseen emsig gefördert wurde. Freiherr von der Goltz[3]) bestätigt dies: „Von 1874 bis 1881 hat das ostpreufsische Bahnnetz sich verhältnismäfsig wenig vergröfsert; es kam nur die Bahn Insterburg-Lyk mit

[1]) Bericht pro 1883 S. 73.
[2]) a. a. O., S. 102.
[3]) a. a. O., S. 109—111.

119 km und eine kleine Ostpreufsen durchschneidende Strecke der Marienburg-Mlawaer Bahn von etwa 40 km hinzu, so dafs die ganze Bahnlänge in Ostpreufsen 1881 fast 1000 km betrug. Letztere Zahl repräsentiert beinahe das Vierfache der im Jahr 1862 vorhanden gewesenen Eisenbahnlänge.“ Die Bedeutung solcher Verkehrsmittelvermehrung hebt genannter Autor ganz besonders für Ostpreufsen hervor, da dieses mehr schweren als leichten Boden habe, das Terrain sich nur in wenigen Distrikten bedeutend über das Niveau des Meeres oder den Wasserspiegel der meist mit geringem Gefälle versehenen Wasserläufe erhebe. Infolgedessen sei die Mehrzahl der Landwege bei anhaltend feuchter Witterung, sowie im Winter bei Tauwetter für schwere Lasten auf gröfsere Entfernungen unpassierbar. Güter, welche keine Chaussee, Eisenbahn oder Wasserstrafse in der Nähe haben, können kaum Produkte zu Markte bringen, während wiederum bei anhaltend trockener Witterung und anhaltendem Froste sonstige notwendige Arbeiten für die Gespanntiere vorlägen. Nur der bei weitem kleinere Teil der ostpreufsischen Landwirtschaft war vor 25 Jahren in der günstigen Lage, eine stets benutzbare Verkehrsstrafse in der Nähe zu besitzen, und hierunter habe die ostpreufsische Landwirtschaft schwer gelitten. Die Ausdehnung der Kunststrafsen habe sich aber von 1862 bis 1881 nahezu verdreifacht [1]).

Im Jahre 1848 habe die Länge der Kreisstrafsen [2]) in Ost- und Westpreufsen blofs etwa $^1/_8$ von der Länge der Staatsstrafsen, im Jahre 1862 aber bereits über $^1/_3$ betragen, und im Jahre 1875 gewannen die Kreisstrafsen über die ersteren sogar das Übergewicht. Über die Entwickelung des Eisenbahnnetzes entnehmen wir genannter Arbeit [3]) folgende Zahlen: „Die Gesamtbahnlänge betrug in Kilometern:

	1862	1868	1874
Provinz Ostpreufsen	257,36	537,25	831,98

Im Jahre 1874 hatte Ostpreufsen auf die Fläche berechnet nur halb soviel Eisenbahnen und auf die Einwohner berechnet etwas

[1]) Vergl. auch Meitzen a. a. O. Bd. III S. 221. Jahrbuch für die amtliche Statistik des preufsischen Staates Jahrg. I, Berlin 1863 S. 500.

[2]) Bezüglich Kreisstrafsen vergl. Verhandlungen des 23. Provinzial-Landtages der Provinz Preufsen im Jahre 1876. Königsberg 1876. Vorlage Nr. 19 S. 12, 20 u. 40.

[3]) a. a. O., S. 110.

über $^2/_3$ soviel Eisenbahnen als die Monarchie Preufsen im Durchschnitte [1]).

Wie gesagt, wurde auch in letzter Zeit mehr auf den Ausbau der Chausseen gesehen, doch lagen auch für die der Viehzählung 1883 nachfolgende Zeit mehrere Bahnprojekte vor. So wurde die Strecke Mohrungen-Güldenboden der Eisenbahnlinie Güldenboden-Allenstein im Laufe des Jahres 1882 dem Verkehr übergeben [2]), und durch Eröffnung der Strecke Allenstein-Mohrungen während des Jahres 1883 ist die ganze Strecke Allenstein-Mohrungen im Betriebe [3]).

Es ist damit eine notwendige Verbindung zwischen den Linien Thorn-Insterburg und Dirschau-Königsberg hergestellt, sowie eine ausgedehnte und fruchtbare Gegend dem Verkehr erschlossen worden; derselbe Bericht erwähnt auch, dafs das Chausseenetz in den meisten Kreisen der Provinz während der letzten Jahre eine erhebliche Erweiterung erfahren habe, dafs aber noch sehr viel zu thun sei, Klagen über grundlose Wege und die Möglichkeit der Fortschaffung der Produkte fehlten noch nicht. Ein früherer Bericht [4]) läfst sich hören: „An dem Ausbau der notwendigen Chausseen wird von den Kreisen unter Beihilfe von seiten der Provinz fortgesetzt mit grofser Energie gearbeitet und auch die Anlage von Kieswegen durch Bewilligung von Subventionen befördert.“

Nachdem wir bei dem für diese Provinz so charakteristischen Punkte etwas länger verweilten, wollen wir von den Handelsverhältnissen nur kurz erwähnen, dafs sie mehr oder weniger ein Spiegelbild der Entwickelung des Verkehrswesens bilden und vorzüglich Königsberg und dessen Aufschwung hierfür bedeutsam wurden.

Es geht aus dem bisher Ausgeführten hervor, dafs noch weitere Grundlagen für Entwickelung der Viehzucht in Ostpreufsen geschaffen werden können, dafs sich hier diese weiteren Veränderungen rascher als irgendwo in Deutschland vollziehen werden.

Denn nach 1883 hat der Durchschnitt des Reiches einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung bezüglich Viehhaltung auf Fläche. Es entfielen nämlich an reduziertem Viehstande:

---

[1]) Vergl. auch Zeitschrift des königl. statistischen Büreaus 1874 S. 283, 308 u. 310.

[2]) Bericht des ostpreufsischen Zentralvereins pro 1882 S. 23.

[3]) Bericht pro 1883 S. 13.

[4]) Bericht pro Jahr 1881 S. 11.

	1816	1883
Provinz Preufsen	23,0	42,5
Alt Preufsen	26,0	43,3
Deutschland	—	47,2

Also auch für die fernere Zeit ist in dieser der Viehzucht so günstigen Provinz auf eine weitere Steigerung mehr zu hoffen als in irgend einem Lande Deutschlands.

Den bisherigen Gewinn dieses Landes durch Verschiebung in den Qualitäten der Viehhaltung bringen wir in folgender, auf Grund im 4. Teile dieser Abhandlung erklärten Fiktion zur Anschauung. Durch Verschiebungen in der Viehhaltung wurde im letzten Dezennium ein Plus oder Minus in ℳ erzielt bei

		Stück		ℳ		ℳ
Pferden	+	33 077	×	261	=	8 633 097
Rindern	+	39 298	×	145	=	5 698 210
Schweinen	+	147 234	×	34	=	5 005 956
Ziegen	+	4 644	×	15	=	69 660
					Sa.	19 406 923
Schafen	—	427 617	×	11	=	4 703 787
					+	14 703 136

Ostpreufsen steht mit dieser aufserordentlich günstigen Veränderung an der Spitze aller deutschen Staaten, und es ist um so bedeutsamer, als für diese Provinz die Abnahme der Schafe im allgemeinen nicht zu beklagen ist, da sich dieses Land für Schafzucht weniger eignet, und dieselben, wie obige Zahlen zeigen, durch die Zunahme der Rindviehhaltung allein mehr als gedeckt wurden, andere sonst auszunutzende Naturkräfte hier nicht verloren gehen. Doch betrachten wir die einzelnen Viehgattungen näher.

Pferde.

Die beiden Zählungen 1873 und 1883 ergaben folgendes:

Ostpreufsen.

	Unter 1 Jahr	1 — 2 Jahre	2 — 3 Jahre	3 und mehr Jahre	Im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	27 767	29 137	20 562	273 012	
1883	32 112	32 103	28 413	290 927	25 641

	Unter 1 Jahr	1 — 2 Jahre	2 — 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 Geborene Füllen
	alte Pferde				
	Hiervon die prozentualen Gröſsen				
1873	7,9	8,3	5,9	77,9	
1883	8,4	8,3	7,4	75,9	7,1
	Dieselben im Deutschen Reiche				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Eine einfache Gruppierung nach Prozenten ergibt folgendes an Vermehrung im Jahre 1883:

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Ostpreuſsen	+ 19,6	+ 6,6
Deutsches Reich	+ 24,8	+ 2,5

Die Zunahme der Pferde ist eine ganz hervorragende und wird nur in solchen Gebieten des Reiches übertroffen, in welchen das Emporblühen von Städten zugleich eine Steigerung des Transportwesens bedingte.

Wie werden wir aber die Abnahme der Füllen erklären? Sollen wir daraus eine triste Zukunft herauslesen, wie jene, die immer aus der Zahl des Jungviehs Schlüsse ziehen zu müssen glauben? Sicher ist es wünschenswert, daſs die Statistik, wie wir schon öfter betonten, auf die Muttertiere mehr Rücksicht nimmt, da man auf sie weit sicherere Folgerungen aufbauen könnte. Die Zahl der Stuten festzustellen, wäre auch der amtlichen Statistik gegenüber keine unbillige Forderung, hingegen wertlosere Unterscheidungen, auf die wir hinzuweisen bereits Gelegenheit nahmen, beiseite gelassen werden könnten.

Die Abnahme der Füllen wird sicherlich nicht als Rückgang der Pferdezucht gedeutet werden können, sondern nur als eine Zunahme des Exports, daſs die Nachfrage nach ostpreuſsischen Füllen derart gestiegen ist, daſs dieselben schon in einem jüngeren Alter verkauft werden, deren Gesamtzahl sich also verringern muſste.

Hören wir zunächst Meitzen [1]) auszugsweise; es geben die ausgewählten Stellen zugleich andere Aufschlüsse über die Entwicke-

---

[1]) a. a. O., Bd. II S. 461 flg.

lung der Pferdezucht Ostpreufsens: „Seit Vollendung der Ostbahn kaufen auch die westlichen Provinzen hier Füllen, und die Preise haben sich in der Art gesteigert“ u. s. w. „Im allgemeinen sind die kleinen Wirte in Litauen überall im Besitze eines trefflichen, praktischen Stutenmateriales. Die Pferde unterscheiden sich aber auch selbst in der Provinz nach den Lokalitäten, in denen sie erzogen sind.

Die Höhen, namentlich ein Teil des Insterburger Kreises, der Darkehmer, Gumbinner, Stallupöner, Pillkallener und Ragniter Kreis erzeugen die edelsten und dauerhaftesten. Die in diesen Kreisen erzogenen bilden das Hauptkontingent. Die Wiesen haben hier in meist hohen Lagen süfse Gräser. Kleebau wird umfangreich getrieben und Haferfutter nicht gescheut. In den Niederungen der grofsen Ströme sind die Gräser mastiger, der Boden schwerer, und der Kleebau tritt bei dem Reichtum an natürlichen Wiesen fast ganz zurück. An der Weichsel nimmt deshalb die Rindviehzucht die erste Stelle ein, am Niemen wird Rindvieh- und Pferdezucht im gleichen Umfange getrieben. . . . . . .

Die Ostbahn hat das Absatzgebiet der Provinz sofort bedeutend erweitert und die Zahl der jährlichen Pferdemärkte vermehrt. Früher waren in der Provinz nur die schon vom Grofsen Kurfürsten bewilligten Rofsmärkte in Wehlau und die zu Tilsit die gewöhnlichen. Zu ihnen ist ein dreitägiger Markt zu Königsberg, der einen besonderen Aufschwung genommen hat, ferner ein Markt in Memel und im Februar einer in Allenburg gekommen, mit dem gleichzeitig eine Auktion verbunden ist, und der von dem kurz zuvor stattfindenden Vieh- und Pferdemarkt in Insterburg aus gern besucht wird. Dazu treten im Herbste drei Füllenmärkte in den Städten Gumbinnen, Pillkallen und Darkehmen, deren letzterer früher besonders bedeutenden Umsatz hatte, ihn aber seit der Errichtung der Eisenbahn von Gumbinnen verliert.“

Schon Meitzen erwähnt, dafs die Pferdezucht allmählich aus der Hand des Grofsgrundbesitzes in den bäuerlichen Betrieb übergehe, wegen des Risikos, wenn sie im Grofsen betrieben wird. Es hat sich diese Umwälzung auch den neuen Berichten nach fortgesetzt. Sie bestätigen auch zugleich, dafs die Zucht trotz der zahlenmäfsigen Annahme der Füllen in der Statistik beständig floriert, besonders durch die Ankäufe für die Militärverwaltung. Ein Bericht [1]) bringt

---

[1]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins Ostpreufsens 1881 S. 58 flg.

unter anderen folgendes: „In Bezug auf die Zucht und den Absatz der Remontepferde wird aus dem Vereinsbezirk Friedland berichtet, dafs die erstere, wenn auch nur als Nebenbranche und meistens mit aus Litauen angekauften Füllen, so doch mit einer gewissen Vorliebe betrieben würde. Infolge des Umstandes, dafs der dortige Remontemarkt erst im Monat August abgehalten wird, ohne dafs die alsdann gezahlten Preise den längeren Unterhaltungskosten entsprechend höher sind, ziehen es viele Besitzer vor, ihre jungen Pferde schon im Monat März an bayerische Händler mit Remontepferden abzugeben.“

Ein zweiter Bericht [1]) enthält folgendes: „Die eigentliche Pferdezucht ruht im hiesigen Zentralvereinsbezirk fast ganz in Händen der bäuerlichen Besitzer, welche diesen Zweig der Tierzucht mit mehr oder weniger Verständnis und dem entsprechenden Erfolge als wesentliche Einnahmequelle und auch wohl aus Passion betreiben Stehen die Resultate im hiesigen Zentralvereinsbezirke im allgemeinen auch gegen Litauen erheblich zurück, so dokumentiert doch die Pferdezucht bei den kleinen Besitzern auch im hiesigen Vereinsbezirke von Jahr zu Jahr deutlich wahrnehmbare, erfreuliche Fortschritte.“

Charakteristisch schien uns noch ein Stelle [2]): „In einzelnen Kreisen, namentlich im Süden und Osten des Zentralvereinbezirks, hat die Pferdezucht zugenommen, in anderen Teilen, namentlich in denjenigen mit besserem Boden und vorgeschrittenen Wirtschaftsverhältnissen ist dies weniger der Fall, weil man in den letzteren die mit meist weniger Risiko verbundene Rindvieh- bezw. Schafviehhaltung für rentabler hält. Die Fortschritte in der Pferdezucht sind unverkennbar; dieselben sind in erster Linie den von den Landgestüten gestellten Zuchthengsten zu danken, dann aber ist die Auswahl der Mutterstuten und namentlich auch die Haltung der Stuten und der jungen Pferde von seiten der kleineren Besitzer eine wesentlich bessere geworden als früher.“

Vollständig entkräftet wird aber eine einseitig pessimistische Auffassung der Abnahme der Füllen, durch die Thatsache, dafs in Ostpreufsen die Zahl der im Jahre 1882 geborenen Füllen 7,1 % beträgt und in dieser Richtung von allen deutschen Staaten blofs vom Herzog-

---

[1]) Bericht vom Jahre 1882 S. 53.

[2]) Bericht pro 1883 S. 46 flg.

tum Oldenburg überragt wird. So schreibt noch ein Bericht:[1]) „Die Zucht selbst hat abermals bedeutende Fortschritte zu verzeichnen, namentlich hat sich der Füllenhandel lebhafter gestaltet. Die Füllen der edelsten bäuerlichen Zuchten werden namentlich zu Zuchtzwecken zu sehr hohen Preisen in sehr jungem Alter von den gröfseren Züchtern Ostpreufsens gehandelt. Ein grofser Teil der Füllen wird ferner auf den Konsignationsterminen zu Remontezwecken gekauft.“ Ferner ein anderer Bericht[2]): „Die Pferdezucht fährt fort weitere Fortschritte zu machen, und hat sich die Zahl der gedeckten Stuten abermals vermehrt.“ Endlich ein dritter[3]), nachdem er die Remonteankäufe besprochen: „Diese Zahlen sprechen für die eminente Bedeutung, welche die ostpreufsische Landes-Pferdezucht für unser ganzes Vaterland hat, und sind dieselben dazu angethan, die Vorwürfe zu entkräften, welche sich immer wieder gegen die Remontierung der ostpreufsischen Landgestüte mit Trakehner Hengsten richten. Ist das Trakehner Pferd vor allem berufen, in der Landespferdezucht die Zucht eines schneidigen Soldatenpferdes zu ermöglichen so sind auf der anderen Seite die klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz dazu angethan, in dieser Zuchtrichtung einen lohnenden Zweig der landwirtschaftlichen Tierzucht zu finden, während diese Zuchtrichtung den wirtschaftlichen Interessen der westlichen Teile Deutschlands diagonal entgegensteht.“

Die bedeutende Zunahme der Zuchthengste in Ostpreufsen vervollständigt noch das günstige Ergebnis der ostpreufsischen Pferd haltung.

Die prozentische Zunahme von 1873 auf 1883 betrug nämlich:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivilpferde
Ostpreufsen	+ 40,3	— 3,1	+ 99,2
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde hat ihre Ursachen in der Zunahme der Leistungsfähigkeit und Änderung der Betriebsweise, wie aus Obigem ersichtlich war, weniger infolge Einflusses von Konsolidationen. Von 1881 bis 1883 wurden im Regierungsbezirke Königsberg 377 und in Gumbinnen 594 ha zusammengelegt[4]).

[1]) Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren pro 1882 S. 47.

[2]) Bericht pro 1881 S. 87.

[3]) Bericht pro 1883 S. 66.

[4]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 326.

Rindvieh.

Die einzelnen Qualitäten ergaben an absoluten Zahlen in Ostpreufsen:

	Kälber bis 1/2 Jahr	Jungvieh Zuchtbullen	Jungvieh sonstiges	Rindvieh über 2 Jahr alt Zuchtbullen	Rindvieh über 2 Jahr alt Kühe	Rindvieh über 2 Jahr alt sonstiges
1873	39 015	5 452	191 656	7 407	376 608	165 508
1883	55 597	3 833	200 593	19 641	403 343	141 937

Prozentuale Zu- oder Abnahme in Ostpreufsen.

+ 42,5 — 29,7 + 4,7 + 165,2 + 7,1 — 14,2

Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reich.

+ 12,0 — 23,8 — 6,1 + 60,6 + 1,4 — 7,6

In der Vermehrung des Rindviehs nahm Ostpreufsen eine der ersten Stellen ein im ganzen Reiche, fünfmal so stark als in dessen Gesamtgebiete. Die geringe Zunahme an Jungvieh wird auch hier für die Zukunft keine Besorgnis erwecken können, als sich das Muttermaterial, als die Möglichkeit zur Weiterzucht, gegenüber dem ganzen Reiche versiebenfacht hat.

Die ganz enorme Zunahme der Zuchtbullen — die Abnahme der jüngeren beruht wie erwähnt auf einem veränderten Zählungsmodus [1]) — zeigt hier die engen Bestrebungen in Züchtungsangelegenheiten. Die Zahl der Kälber hat sich hier im Vergleich zum Reiche mehr als verdreifacht. Auch hier bietet schon Meitzen [2]) für die Entwickelung dieses Zweiges der Viehhaltung Erklärungsgründe, indem er schildert, wie unter Wilhelm I. auf Veranlassung des Königs viele vortreffliche Wirte aus Mitteldeutschland in die Provinz übersiedelten, die bald mit richtigem Blicke erkannten, „dafs bei den bestimmenden Verhältnissen des Landes Tierproduktion und, nächst der Pferde, die Zucht des Rindviehs die beste Rente abwerfen müsse. Dabei bedurften sie zur Bearbeitung des schwer zu bewältigenden Bodens einen grofsen Rindviehschlag, der nach der Ausnutzung durch Arbeit zur Weidemast geeignet war.“ Und so kam es auch. Freiherr von der Goltz [3]) stellt die weitere Entwickelung mit folgenden Worten dar: „Die Rindviehhaltung hat sich

[1]) Im laufenden wird auf diesen Fehler nicht weiter verwiesen.
[2]) Meitzen a. a. O., Bd. II S. 479 flg.
[3]) a. a. O., S. 95.

in Ostpreufsen in einem Grade wie kein anderer landwirtschaftlicher Betriebszweig gebessert. Tiere, besonders gute Rassen, wie Holländer, Oldenburger, Allgäuer Shorthorns u. s. w., sind in grofser Zahl importiert und rein oder mit einheimischen Tieren gekreuzt fortgezüchtet wurden. Im Stalle oder auf der Weide gemästetes Rindvieh geht jährlich in erheblichen Mengen aus Ostpreufsen nach Berlin, Hamburg oder nach den rheinischen Märkten. In dem letzten Jahrzehnt sind Hunderte von Meiereien entstanden, welche feine Tafelbutter fabrizieren und entweder nach den gröfseren Provinzialstädten oder nach Berlin, Hamburg oder gar nach England liefern. Die ostpreufsische Butter, welche früher hinter der holsteinischen, mecklenburgischen u. s. w. zurückstand, kann jetzt mit derselben erfolgreich konkurrieren. Ostpreufsen hat jetzt allein 17 Genossenschafts- und Sammelmolkereien, von denen die erste im Jahre 1871 gegründet wurde“ [1]).

Über den raschen Umsatz der jungen Tiere geben die neuen Berichte Auskunft, es erklärt sich so die geringe Zunahme an Jungvieh, jedenfalls konstatieren sie insgesamt nur den kolossalen Aufschwung der Zucht. Man sieht, wie verkehrt es ist, aus dem Zurückgehen der amtlichen Ziffer im Jungvieh Schlüsse zu ziehen, ohne den Gründen nachzugehen. Wir extrahieren aus einem Berichte [2]) aphoristisch nur folgende Stellen: „Einzelne Herdenbesitzer ziehen auch mehr Stärken auf, als sie für die Folge einzurangieren meinen, und nehmen im Alter von 2 Jahren, wenn die Stärken hochtragend sind und sich informiert haben, die besten zur Augmentation, während die geringeren verkauft werden. Die Nachfrage nach tragenden Stücken war während des letzten Jahres sehr grofs und konnte nicht befriedigt werden.

Wie wir bereits oben gesagt haben, gehen die meisten jungen Stiere schon als Jährlinge oder wenig älter weg. Es ist dies für den Verkäufer günstig, weil er einen schnellen Umsatz seiner Produkte erzielt, für den Käufer dagegen wenig günstig, denn die Tiere

---

[1]) Fleischmann, Bericht des milchwirtschaftlichen Vereins an das königl. preufsische Ministerium für Landwirtschaft. Bremen, Heinsius 1882 S. 41 flg. Es heifst dort über Ost- und Westpreufsen: „Es ist genugsam bekannt, dafs man in diesen beiden Provinzen seit Anfang der 70er Jahre mit gröfserem Eifer als in irgend einer anderen Gegend des Deutschen Reiches an der Hebung der Milchwirtschaft arbeitet.“

[2]) Bericht des ostpreufsischen landwirtschaftlichen Zentralvereins pro 1882 S. 54 flg.

befinden sich alsdann zur Zeit des Verkaufs gerade in dem Alter, in dem sich die Formen verändern. Hierzu tritt für den Käufer der weitere Nachteil, dafs er den Stier noch 1/4 bis 1/2 Jahr füttern mufs, bevor er ihn voll nützen kann. Eine Überproduktion ist nicht zu befürchten, der Drang der Veredlung und Verbesserung der Viehrassen wird nicht aufhören; im Gegenteil, wir haben zu hoffen, dafs Rufsland künftig noch mehr Abnehmer sein wird als bisher."

Aus allen diesen Berichten kann man nur Günstiges über das Gedeihen der Nachzucht herauslesen. Über die Zuchtrichtung stimmen die meisten Berichte [1]) dahin überein, dafs die Holländer Rasse immer mehr an Territorium gewinnt: „Allgemein wird anerkannt, dafs die Holländer Rasse für die dortigen Boden- und klimatischen Verhältnisse besonders geeignet ist, und dafs in Ostpreufsen mindestens ebenso gute und bessere Stiere und Stärken der Holländer Rasse gezüchtet werden, als sie von Holland oder Ostfriesland eingeführt werden können. Dieser lediglich durch die Energie und die Intelligenz der ostpreufsischen Züchter erreichte Fortschritt hat in den auf der internationalen Tierausstellung zu Hamburg erreichten glänzenden Resultaten eine unanfechtbare Bestätigung gefunden.

Ferner im Berichte von E. Marcuard [2]) heifst es: „Diese Zahlen zeigen, in wie hohem Grade die Holländer Rasse im hiesigen Bezirke vorherrscht, und dafs die Verbreitung derselben während der letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht hat."

Diese wenigen, aber markantesten Stellen der Berichte werden hoffentlich geeignet sein, in jedermann den Eindruck zu erwecken, dafs nicht nur die Rindviehhaltung energisch vorwärts strebt, sondern dafs mit dieser Entwickelung auch die Nachzucht parallelen Schritt hält, trotzdem die Statistik wegen des starken Umsatzes eine geringere Zunahme zeigte.

Schweine.

Bei Schweinen treten in Hinsicht der von der Statistik gemachten Unterscheidungen nirgends grofse Abweichungen hervor, so auch in Ostpreufsen:

---

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung pro 1883 S. 159 flg.

[2]) Die Ergebnisse der preufsischen Landwirtschaft im Jahre 1884 von E. Marcuard in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern XV. Bd. Suppl. III S. 48.

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Ostpreufsen	78,3	21,7	43,0
Deutsches Reich	77,5	22,5	41,3

Wir wollen sonach die Zunahme der Schweinezucht als solche besprechen.

Schon Meitzen[1]) weist auf das Emporblühen dieses Zweiges der Viehhaltung sowie auf die Umgestaltung desselben durch englisches Blut hin. Die Schweinezucht geht meist Hand in Hand mit der Verbreitung des Molkereiwesens, und auch die Vereinsberichte führen dies als Hauptursache an, halten die eingetretenen günstigen Errungenschaften aber so selbstverständlich, dafs sie diesem Kapitel der Viehzucht wenig Aufmerksamkeit schenken, ja übergehen zumeist dasselbe ganz. Einige kurze Notizen mögen hier folgen: „Auch die Schweinezucht macht tüchtige Fortschritte und ist dieselbe derjenige Zweig der landwirtschaftlichen Tierzucht, an dessen Ertrag der gröfste Teil der kleinen Besitzer und der Arbeitsleute partizipiert.“ [2]) „Der Ausdehnung der Kuhhaltung und des Meiereibetriebes entsprechend, gewinnt auch die Schweinehaltung an Ausdehnung.“ [3])

Auch die Berichte an Seine Majestät über Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung führen durchgängig das Gedeihen des Molkereiwesens und nebensächlich reichere Kartoffelernten für die[4]) Schweinezunahme an. In dem letzten Berichtsjahre wird auch das Einfuhrverbot für amerikanisches Schweinefleisch als ein Hebel für weiteres Wachsen dieser Produktion bezeichnet.[5])

Reicht das Durchschnittsgewicht der über 1jährigen Schweine in Ostpreufsen mit 109 kg. auch nicht an Deutschland heran (letzteres mit 116 kg. als Durchschnitt), so zeigen doch die Einführung und Kreuzung mit englischem Blute, dafs das Gewicht sich

[1]) a. a. O., Bd. II S. 536.

[2]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litthauen und Masuren 1882 S. 53.

[3]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Ostpreufsen pro 1883 Seite 48.

[4]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung von 1875 bis 1883.

[5]) Bericht pro 1883 S. 177.

zu heben beginnt. Auch bessere Fütterung thut hierzu nicht das geringste. Die Molkereirückstände, die früher nicht vorhanden waren, tragen auch wesentlich dazu bei, die Stallfütterung beim Schwein zu verallgemeinern.

Schafe.

Wir geben zunächst wieder die Unterscheidungen der Statistik mit ihren Resultaten:

Es kommen in Ostpreufsen

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1883	646 711	198 787	568 322
1873	999 547	95 920	745 970

Verhältniszahlen pro 1883 für

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
Ostpreufsen	45,7	14,1	40,2
Deutschland	33,4	12,0	54,6

Die Zu- und Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
Ostpreufsen	— 35,3	+ 107,2	— 23,8
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Die Einbufse an Schafen im ganzen, welche Ostpreufsen so gut wie alle Länder Deutschlands, mit Ausnahme des Königreichs Sachsen und scheinbar der bayerischen Pfalz, erlitten, haben wir bereits oben als wenig bedeutsam für dieses Gebiet erklärt, nachdem ein Ersatz durch andere Viehqualitäten eingetreten und Schafzucht hier keine zwingende, notwendige Produktionsrichtung ist.

Wir haben zwar in einem früheren Abschnitte dieser Erörterungen ausgeführt, wie unsicher die Unterscheidung zwischen Fleisch- und Wollschafen ist, allein wir wollen doch von der gegebenen Zahl ausgehen, wir haben ja ausgeführt, dafs die Zählung meist zum Nachteil der Fleischschafe erfolgt sein dürfte.

In der natürlichen Bodenbeschaffenheit des Landes haben wir auch den Grund für die enorme Vermehrung der Fleischschafe in Ostpreufsen, insofern der schwere Boden durch jede Viehgattung besser ausgenützt wird, als durch das hochfeine Wollschaf. Aber auch das Fleischschaf findet in Ostpreufsen nicht die günstigsten Bedingungen; es fehlt das den Fleischrassen unentbehrliche Futter

der Fabriksindustrie, es fehlt ein ausgedehnter Hackfruchtbau, und nur in den Niederungen mit Fettweiden wird es sich einer allgemeinen Rentabilität erfreuen, sonst aber nur auf besonders intelligent geleiteten Gütern prosperieren, wie die übrigen Branchen der Viehhaltung. Doch hören wir lokale Stimmen. Z. B.[1]: „Wenn auch das Kammwollschaf noch immer das Gros der Herden in den auf Schafhaltung basierten Wirtschaften bildet, so gewinnen doch dessen Kreuzungen mit englischen Fleischschafen von Jahr zu Jahr an Ausbreitung, während kleinere Stämme rein gezüchteter Fleischschafe namentlich in solchen Wirtschaften gehalten zu werden pflegen, in denen die Milchviehhaltung und Rindviehzucht im Vordergrund steht. Auch die kleineren Besitzer, welche früher fast ausschliefslich das Landschaf hielten und auf Zucht wohl nicht den geringsten Wert legten, fangen jetzt an, mit englischen Vollblut- und Halbblut-Schafen zu kreuzen, und in manchen besseren Bauernwirtschaften findet man heute bereits grofse, kräftig gebaute und gut formierte Schafe dieser Art.

Eine andere Stimme[2]: „Die Schafzucht scheint selbst in solchen Kreisen zu Gunsten der Rindviehzucht eine gewisse Einschränkung zu erfahren, in denen sie den Boden und Wirtschaftsverhältnissen nach bisher im Vordergrunde stand. Auf dem Gebiete der Schafzucht selbst macht sich immer mehr das Bestreben geltend, ein möglichst frühreifes, reine reichliche Fütterung gut verwertendes Tier zu züchten, welches Bestreben durch die verhältnismäfsig hohen Fleisch- und niedrigen Wollpreise stets neue Anregung erhält. — Dementsprechend werden Rambouillet- von Fleischschafböcken mit Vorliebe zu Kreuzungszwecken benutzt, soweit diese Rassen, namentlich die erstere, nicht rein gezüchtet werden. Allerdings thut es die Zucht nicht allein, und wird z. B. aus dem Kreise Memel berichtet, dafs die Kreuzungen mit Fleischschafen selten das erwartete Resultat liefern, weil es nicht gelingen will, die Lämmer in einem Jahre zu der für den Verkauf absonderlichen Schwere zu bringen."

Ein drittes Gutachten[3]: „Die Kreuzung von Wollschafen mit Fleischschafen nimmt fortwährend zu. Im südlichen Teile des Vereinsbezirkes bestehen noch zahlreiche edle Schäfereien, jedoch macht

---

[1]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins Ostpreufsens pro 1882 S. 56.

[2]) Bericht pro 1883 S. 48.

[3]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren 1882 S. 53.

sich dort bei Zucht dieser Wollherden immer mehr das Bestreben nach grösseren Körperformen und vermehrter Mastfähigkeit geltend."

Ähnlich folgender Bericht[1]: „In der Schafzucht macht sich die Zuchtrichtung auf Fleischschafe jährlich in gröfseren Kreisen geltend."

Genug alle diese Meldungen Ortskundiger beweisen auch obige Ansicht für richtig, dafs Ostpreufsen am ehesten unter den Gebieten Deutschlands vielleicht in der Lage ist, die Schafzucht zu entbehren. Für die Zucht hochfeiner Wolle ist es aus natürlichen Verhältnissen wenig geeignet, und für Zucht auf reine Fleischschafe ist es gerade auch nicht besonders glücklich vorgebildet, da das Wirtschaftssystem im allgemeinen noch zu extensiv ist. Und hat Ostpreufsen trotzdem eine so starke Vermehrung der Fleischschafe, so erklärt sich dies aus den der Viehzucht im ganzen sehr günstigen Konjunkturen im Lande.

Über Ziegen,

welche eine so enorme Vermehrung in Ostpreufsen erfahren haben. geben die Vereinsberichte keinen Aufschlufs.

Überblicken wir nun flüchtig die gewonnenen Resultate für Ostpreufsen, so steht es fest, dafs die Viehzucht nicht in rückschreitender, sondern unzweifelhaft fortschreitender Tendenz begriffen ist. Weisen auch die Berichte auf einzelne sogenannte Notjahre hin, so hat doch Freiherr von der Goltz[2]) recht, wenn er sagt, dafs solchen Notjahren Ostpreufsen leichter ausgesetzt ist, als die meisten anderen Gegenden Deutschlands, und zwar wegen seines feuchten, kalten Klimas und Bodens; auf sie müsse der Landwirt aber gefafst sein. Zum Teil mit Rücksicht auf sie seien die Güterpreise in Ostpreufsen relativ niedriger als in den klimatisch günstiger gelegenen Distrikten Deutschlands. Auch für die kommenden 25 Jahre werde die ostpreufsische Landwirtschaft ähnliche Fortschritte machen, wie in dem vergangenen Vierteljahrhundert, denn die wirtschaftlichen Zustände Ostpreufsens ruhen auf soliden, gesunden Grundlagen, deren Höhepunkt der ihnen bevorstehenden Entwickelung noch lange nicht erreicht sei, wie wir auch oben bereits ausführten. Natürlich haben wir hier — so wie es auch im folgenden geschehen soll, die Verhältnisse nur als objektive und kulturelle, nicht aber als subjektive und finanzielle betrachtet.

---

[1]) Bericht pro 1883 S. 67.
[2]) a. a. O., S. 128.

Westpreufsen.

Die Veränderungen in dem Viehstande zwischen den zwei letzten Zählungen drücken sich in folgenden Zahlen aus:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	191 032	430 406	1 806 056	241 073	41 310	961 270
1883	202 602	454 834	1 349 253	369 803	57 523	990 907
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
	+ 6,1	+ 5,7	— 25,3	+ 53,4	+ 39,2	+ 3,1
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reich.					
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Im Ganzen sehen wir die Zunahme nach Anzahl in Westpreufsen dreimal so grofs, als im Durchschnitte des Reiches, wie der auf Rindvieh reduzierte Viehstand besagt.

Im Königreich Preufsen wird in dieser Beziehung diese Provinz nur von Ostpreufsen und Posen übertroffen.

Wir haben im Laufe vorangegangener Ausführungen bereits auf die Allgemeinheit dieser Erscheinung des Emporblühens der ganzen landwirtschaftlichen Produktion, besonders auch der animalen hingewiesen, deren Gründe sich als Aufblühen der ganzen Volkswirtschaft in diesen Gebieten bezeichnen lassen, während sich im Westen der Monarchie eine gewissermafsen verhältnismäfsige Konstanz hierin nicht verkennen läfst. Erst dann, wenn sich die materiellsten Bedingungen, wie sie in dem Preise von Grund und Boden vorzüglich zum Ausdrucke gelangen, mehr und mehr ausgeglichen haben werden, dann werden in dem jung geeinigten Deutschland innerhalb seiner Grenzen die Impulse auf Entwickelung der Viehzucht sich etwas mehr ins Gleichgewicht gesetzt haben.

Dazu kommt die natürliche Lage und Beschaffenheit des Landes, die den Landmann auch in dieser Provinz auf die Viehzucht hinweist. Es gilt in dieser Beziehung teilweise das von Ostpreufsen Gesagte, und es seien blofs hier noch die betreffenden Zahlen als Belege für die Futterproduktion angeführt, wenn diese auch bei weitem nicht in dem Mafse günstig lauten wie für Ostpreufsen.

Es entfallen nämlich nach der Bodenaufnahme im Jahre 1883 von 100 ha der Gesamtfläche des betreffenden Staates in:

	Acker- und Gartenland	Wiesen	Weiden etc.
Westpreufsen	54,7	6,5	11,9
in Deutschland	48,7	10,9	9,4

ferner auf 100 ha der Fläche des Ackerlandes (und Garten-) kommen in demselben Jahre in

	Getreide	Hackfrüchte	Handels-pflanzen	Futter-pflanzen	Ackerweide und Brache
Westpreufsen	57,0	14,3	0,7	9,4	17,17
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Wir sehen, dafs es bei Westpreufsen nicht so sehr die Boden- und Kulturverhältnisse sind, welche auf eine starke Entwickelung der Viehzucht hinlenken, als vielmehr der im Klima liegende Zwang, insofern dies mit seiner kürzeren Vegetationsperiode die vegetabile Produktion noch weit weniger begünstigt. Haben wir bei Ostpreufsen mit Freiherrn von der Goltz sagen müssen, dafs es weit mehr zur Rindviehproduktion seine Eignung und Vorbedingung hat. so wäre dies bei Westpreufsen in erster Linie in Richtung der Schafzucht der Fall, die auf weniger bevorzugten Sandböden auch heute noch rentabler ist, als ein anderer Zweig der Viehhaltung. Um so schlimmer für ein solches Gebiet die Abnahme der Schafzucht selbst dann, wenn sie durch einen anderen Zweig der Viehhaltung ersetzt wurde.

Meitzen [1]) sagt von Westpreufsen: „Die Abdachungen Westpreufsens bleiben erheblich gegen die übrigen Terrainabschnitte zurück. Indes deuten schon die geringen Durchschnittserträge, welche aufserhalb der Niederungen bestehen, darauf hin, dafs trotz der grofsen Flächen das Produkt gering ist und nach Mafs und Güte erheblich gegen das mittlere Mafs zurückbleibt.“

Denselben Eindruck gibt ein Vergleich in dem Atlas [2]) genannten Autors, wo sämtliche Wiesen und mehr als zwei Thaler Reinertrag gewährende Weidegrundstücke durch Schraffierung in ihrem prozentischen Verhältnisse zur Gesamtfläche hervorgehoben sind.

---

[1]) Meitzen, der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse Preufsens Bd. II S. 285.

[2]) Meitzen, August: Atlas in XX Tafeln zu dem Werke „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preufsischen Staates“, Berlin 1871, Tafel XII. Vergl. auch „die Bodenkultur des deutschen Reichs“, Atlas der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung nach der Aufnahme 1878. Berlin 1881, Tafel 13 u. 14.

Günstiger stellt sich für Westpreufsen nach obigen Zahlen der Futterbau und die Ackerweide, soweit noch in letzter Beziehung von einem Vorteile gesprochen werden kann.

Trotz dieser Boden und Klima betreffenden Eigentümlichkeiten besagen nicht nur die absoluten Zahlen, sondern auch die Berichte einen wirtschaftlichen Fortschritt in der Viehhaltung Westpreufsens.

Der Hauptzentralverein von Westpreufsen[1]) sagt 1883: „Die Vieh- und Pferdezucht der Provinz sind trotz Ungunst der Jahresverhältnisse in weiterem Aufschwunge begriffen", und derselbe im Berichte vom Jahre 1881[2]): „Die Hebung der Vieh- und Pferdezucht in der Provinz, namentlich beim Kleinbesitzer, schreitet in erfreulicher Weise fort und wird allseitig der Staatsregierung warmer Dank für ihre kräftige Unterstützung auf diesem Gebiete gezollt. Die Viehzucht ist nach wie vor auf Erzielung guten Milchviehs gerichtet. In der Pferdezucht macht sich das Bedürfnis der Rübenbau treibenden Distrikte nach schweren Schlägen immer mehr geltend."

Über den Einflufs der in den östlichen Provinzen auflebenden Volkswirtschaft gibt eine andere Stelle dieser Berichte[3]) eine Andeutung: „Der Ausbau der Chausseen wird, dank der Liberalität der Provinzial-Verwaltung, immer mehr gefördert. Unser Eisenbahnnetz wird von Jahr zu Jahr umfangreicher; die lang ersehnte und endlich zur Wahrheit gewordene Weichselstädtebahn wird Verbindung schaffen zwischen den beiden die Provinz durchschneidenden Hauptbahnlinien; sie schliefst Gegenden auf, die von der Wohlthat einer leichten Kommunikation die Begründung grofser Fabriketablissements abhängig gemacht haben."

Geht man so von der Annahme einer Tendenz des Ausgleichs der Viehhaltungsthatsachen innerhalb ein und desselben Zollgebietes aus, so wird man hierin, um es nochmals zu resümieren, den Hauptgrund der relativ stärkeren Fortschritte der Viehzucht in Westpreufsen trotz grofser Ungunst sonstiger Verhältnisse finden müssen im Verhältnis zum ganzen Reiche.

Noch besser wird diese Ansicht in folgenden Zahlen bestätigt. Es kam auf 1 □km von auf Rindvieh reduziertem Viehstande:

---

[1]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in Westpreufsen im Jahre 1883, erstattet von der Hauptverwaltung des Zentralvereins westpreufsischer Landwirte S. 4, Danzig 1884.

[2]) Seite 4.

[3]) Bericht im Jahre 1881 S. 5.

	1816	1883
in der noch vereinten Provinz Preufsen	23,0	42,5
in den 8 alten Provinzen Preufsens	26,0	43,3
in Deutschland	—	47,2

Trotz des grofsen und schnellen Aufschwunges hat also die Provinz Preufsen heute noch nicht den Viehstand pro Fläche erreicht, wie Altpreufsen oder Deutschland als solches, woraus auf ein weiteres Anwachsen des Viehstandes in diesen Provinzen geschlossen werden kann, von besonderen Verhältnissen und Ereignissen natürlic habgesehen.

Der Gesamteindruck, welchen man durch Verschiebungen in den Qualitäten der Viehhaltung gewinnen kann, wird — so will uns scheinen — weit besser als in dem reduzierten Viehstande in der Vorführung der Wertberechnung zur Anschauung gebracht, die auf Grund der im früheren Abschnitte klargelegten Fiktion ausgeführt ist. Dieselbe gibt für Westpreufsen folgendes Resultat: Das Plus oder Minus an Wert, das im Jahre 1883 gegenüber 1873 blofs durch Verschiebung der Qualitäten ohne Rücksicht auf den Einflufs übriger Momente auf die Entwickelung der Viehzucht erzielt wurde, ist in ℳ:

bei Pferden	+ 11 570	Stück	× 367	ℳ.	=	4 246 190	ℳ
Rindern	+ 24 428	„	× 184	„	=	4 294 752	„
Schweinen	+ 128 730	„	× 43	„	=	5 535 390	„
Ziegen	+ 16 213	„	× 14	„	=	226 982	„
						14 503 314	„
Schafe	— 456 803	„	× 14	„	=	6 395 242	„
					+	8 108 072	ℳ.

Wir sahen in obiger vergleichenden Tabelle, dafs Westpreufsen rücksichtlich des Gewinns durch verminderte Viehhaltung unter den 26 genannten Gebietsabschnitten an achter Stelle steht, und aus obigen Zahlen ergibt sich, dafs die Abnahme an Schafen durch die Rindviehhaltung allein nicht aufgewogen wurde, wohl aber durch sie mit der vermehrten Schweinezucht zusammen. Gehen wir nun auf die einzelnen Viehqualitäten etwas näher ein, zunächst auf:

Pferde.

Das Alter derselben in beiden Zählungsjahren im Vergleich zum Durchschnitt des Reiches gibt folgende Übersicht:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahr	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborene Füllen
	alte Pferde				
1873	11 814	12 601	9 919	156 698	
1883	13 345	13 099	11 213	164 945	9 601

Hiervon die prozentualen Gröfsen für Westpreufsen.

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborene Füllen
	alte Pferde				
1873	6,2	6,6	5,2	82,0	
1883	6,6	6,5	5,5	81,4	4,8
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Gruppiert man die Pferde in unter 3 Jahre und über 3 Jahre alte Pferde, so ergibt dies folgende prozentuale Vermehrung im Jahre 1883 gegenüber 1873

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Westpreufsen	+ 9,7	+ 5,3
Deutsches Reich	+ 24,8	+ 2,5

Die westpreufsische Pferdezucht also hat im ganzen Durchschnitte eine gröfsere Vermehrung erfahren, als die durchschnittliche des Reiches, aber die Füllenzucht blieb dabei zurück. In letzter Hinsicht kommt diese Provinz nämlich schneller zu gewünschten Zielen, wenn sie die heimischen weniger wertvollen Schläge durch Zukaufen von aufsen, als durch eigne Aufzucht ergänzt. Der kassubische Landschlag war zu klein und schwach für gröfsere Güter mit schwerem Boden oder für Militärpferde. Ganz selten ist schon der Typus des Werderschen Pferdes. Vielfach wurden nach Westpreufsen Pferde aus Ostpreufsen und Litauen eingeführt, ebenso ist der Ankauf von Fohlen aus Ostpreufsen sehr üblich, die dann in eigner Wirtschaft auferzogen, auch als Material zur weiteren Zucht dienen. Meitzen[1]) schon schreibt: „Überhaupt sind Stammherden befestigter Rasse in Westpreufsen nirgends entstanden, weil die

[1]) Meitzen a. a. O., Bd. II S. 462 u. flg.

Pferdezucht an sich hier als keine lohnende, die Kosten ersetzende Unternehmung angesehen wird. Die vermögenden Besitzer erziehen sich einige Gebrauchs- und Arbeitspferde aus den Zuchttieren, die sie besitzen, doch in der Mehrzahl wird der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitspferden auf den Märkten gekauft, oder aus in Ostpreufsen, Litauen oder der Niederung angekauften Fohlen erzogen. Die bäuerlichen Besitzer der Niederung dagegen beziehen auch Zuchtstuten aus Ostpreufsen und liefern der Provinz einen Teil des Bedarfes; viele der hier aufgezogenen Pferde gehen nach Pommern, der Mark und weiter ins Land."

Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung von dem Jahre 1881 spricht sich ähnlich aus[1]: „Aus Westpreufsen wird die geringe Zahl der guten Stuten beklagt, welche dem Aufschwunge der westpreufsischen Pferdezucht noch immer hinderlich entgegenstehe; doch war auch hier auf den Schauen ein entschiedener Fortschritt zu erkennen. Der Import bester litauischer und hannöverscher Stutfüllen, wenn möglich mehrere Jahre fortgesetzt, wird dringend empfohlen." Einem Berichte entnehmen wir auszugsweise folgendes[2]: „Ein gründlicher Aufschwung der westpreufsischen Pferdezucht ist durch das vorhandene, zum Teil auf den Schauen präsentierte Stutenmaterial im günstigsten Falle nur sehr langsam und in mehreren Jahrzehnten zu erreichen. Wenn auch infolge der Schauen ein entschiedener Fortschritt zu erkennen ist, so bleibt die Zahl der guten Stuten, das heifst solcher, die neben der eignen guten Form auch ebenso gute Füllen haben, doch eine zu geringe. Es ist leider bei den Schauen häufig zu ersehen, dafs gute Stuten sehr mäfsige, selbst schlechte Füllen haben. Es rührt dies indes nur von schlechten Voreltern her, und beweist, dafs lange Zeit ohne die nötige Fachkenntnis gezüchtet worden. Wären die Stuten den Landesbeschälern annähernd gleich, so stände die Pferdezucht auf dem Punkte, auf dem sie sich befinden sollte und müfste. Nur eine solche kann auf lohnenden Absatz und Rente rechnen. Westpreufsen ist nach Klima und Boden reichlich so günstig situiert wie Ostpreufsen."

Es werden durch diese Lokalberichte die Gründe für die Bewegung obiger Zahlen zur Genüge illustriert, dafs es in Westpreufsen die günstigen natürlichen Umstände sind, welche auf die Pferde-

---

[1]) a. a. O., S. 57.

[2]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in Westpreufsen im Jahre 1881 S. 43 u. flg.

zucht den Landwirt hinweisen, dafs aber noch mangelnde Fachkenntnis in erster Linie einem schnellen Umschwung in der Füllenzucht hinderlich im Wege steht. Ähnlichen Eindruck gewährten andere Stellen der Berichte letzterer Jahre.

Einigermafsen in Widerspruch mit diesen Berichten stehen die Zahlen für Zuchthengste, welche die Zählungen ergaben.

Zu- oder Abnahme von 1873 zu 1883 in Prozenten:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Westpreufsen	— 23,2	— 0,6	+ 58,9
Deutsches Reich	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Es mag ja die Abnahme an Zuchthengsten vorwiegend Privathengste betreffen, nachdem ein Bericht [1]) erklärt: „Der Einwand, dem man häufig begegnet, dafs die Landbeschäler nicht genügend seien, ist gerade in der Niederung ein irrtümlicher und nicht stichhaltig.“

Ist diese Stelle vielleicht mehr auf die Qualität als die Anzahl der Hengste bezogen, so mufs doch vom Staate ein Ersatz für die enorme Abnahme der Privathengste geschaffen werden, worauf die Berichte unterlassen hinzuweisen, da ihnen obige amtliche Zahlen nicht vor Augen schweben, so genau sie mit den Lokalitäten vertraut sein mögen. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde rechtfertigt sich durch die aus obiger erwiesenen Zunahme der Leistungsfähigkeit der Tiere.

Rindvieh.

Die amtlichen Zahlen ergeben folgendes:

	Jungvieh.			Rindvieh über 2 Jahre alt.		
	Kälber bis ½ Jahr	Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	29 799	4 963	93 550	3 668	248 881	49 545
1883	40 073	3 617	99 109	7 588	262 103	42 344
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 34,5	— 27,1	+ 5,9	+ 106,9	+ 5,3	— 14,5
Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reich.						
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

[1]) Bericht des Zentralvereins 1881 S. 44.

Sehen wir also auch hier zu, was die Zunahme der Rindviehzucht im ganzen, respektive die Veränderungen in den einzelnen Arten am meisten befördert haben kann. Meitzen [1]) sagt über die westpreufsische Rindviehzucht unter anderem folgendes: Die Verhältnisse sind in den höheren Gegenden im allgemeinen dieselben wie in Ostpreufsen. Wo sich der Bauer in besseren Umständen befindet, ist es vorzugsweise die Aufzucht und das Anlernen von Zugochsen, auf die er seine Rindviehhaltung berechnet. Die gröfseren Güter züchten vorzugsweise auf Milchnutzen.

Auf der Höhe sind die Kreuzungen allgemein, das Niederungsvieh hat dagegen noch wenig Einflufs durch fremdes Blut erfahren. Es ist seit langer Zeit ausschliefslich auf Milchergiebigkeit gezüchtet.

Der Aufschwung, den die Futterverwertung durch die Ausfuhr von Schlachtvieh nach England nimmt, beginnt den Mangel an Mastfähigkeit sowohl bei dem Niederungsvieh, als bei dem von der Höhe auf die Fettweiden gebrachten, ausgenutzten Arbeitsvieh mehr und mehr fühlbar zu machen, und bei der gröfseren und lohnenden Ausdehnung, dessen dieser Betrieb fähig ist, wird eine sorgfältige Verwendung englischen Viehes voraussichtlich Beachtung finden."

Diese Richtung hat sich auch bis zur jüngsten Viehzählung erhalten, ohne dafs sich die Zucht auf Mast gegenüber der Züchtung von Milchvieh auszubreiten vermochte. Mast setzt immer weiches Winter- oder Weidefutter voraus, welches Westpreufsen wegen seines Klimas und seiner Bodenverhältnisse im allgemeinen nicht bieten kann. Der Bericht über die landwirtschaftliche Verwaltung Preufsens in den Jahren 1881 bis 1883 sagt:[2]) „Auch in Westpreufsen nimmt das zielbewufste Streben in der heimischen Viehzucht immer festere Gestalt an. Neben der Aufbesserung der Form ist das züchterische Ziel entweder auf hervorragende Milchergiebigkeit gerichtet, oder es tritt die Richtung auf Milchergiebigkeit und Ochsenzucht in den Vordergrund. Dem entsprechend bewähren die holländische und friesische Rasse die ihnen in den letzten Jahren besonders bewiesene Beachtung. Neben ihnen gewinnt die Breitenburger immer mehr Terrain, und namentlich in den graswuchsigen Niederungen, in denen der einheimische Niederungsschlag noch vor einem Jahrzehnt ziemlich rein fortgezüchtet wurde, fangen Holländer und Breitenburger an stark in Konkurenz zu treten. Verdrängen sie auch nicht endgültig

[1]) a. a. O., Bd. II S. 481.
[2]) a. a. O., S. 106.

den Niederungsschlag, so haben doch die Schauen gezeigt, dafs man auf dessen Auffrischung, namentlich mit Holländer Blut, immer mehr Gewicht legt, während die Breitenburger Rasse, rein gezüchtet, auf dem Niederungsboden vortrefflich fortkommen und recht lohnende Erträge geben soll."

Einem Berichte[1]) des Zentralvereins entnehmen wir folgendes: „Die heimische Rindviehzucht befindet sich in einem ununterbrochenen Aufschwunge. Namentlich klären sich die Ansichten über die Zweckmäfsigkeit der einzelnen Razen für die verschiedenen Verhältnisse, unter denen der westpreufsische Landwirt wirtschaftet, immer mehr. Bot unsere Provinz infolge der grofsen Verschiedenartigkeit ihrer Bodenbeschaffenheit, der Gröfse der Wirtschaften, der Intelligenz und der Kapitalskraft der einzelnen Besitzer noch vor einer Reihe von Jahren gewissermafsen eine Musterkarte von Viehrassen dar, gehörte es nicht zu den Seltenheiten, selbst in benachbarten Wirtschaften unter gleichen Betriebs- und Bodenverhältnissen Rassen von ganz heterogener Leistungsfähigkeit zu finden, über- oder unterschätzte man gewisse Qualitäten einzelner Viehstämme geradezu, so tritt in den letzten Jahren in langsamer, aber fester und sicherer Weise ein grofser Nivellierungsprozess deutlich hervor. Die englischen Rassen, von denen übrigens, mit Ausnahme der Schorthorn, keine irgendwelche erhebliche Beliebtheit errungen hat, sind als unbrauchbar für unser wechselvolles Klima, höchstens vereinzelt zu Mastzwecken tauglich erkannt. Die Holländer Rasse scheint allein in Westpreufsen aus dem Kampfe der Rassen unter sich siegreich hervorzugehen. Die früher hier gezüchtete Landrasse ist nur noch vereinzelt beim kleineren Besitzer zu finden und verschwindet völlig." Eine andere Stelle[2]) bestätigt die Ziele der Viehhaltung: „Neben der Aufbesserung der Formen ist das züchterische Ziel entweder auf hervorragende Milchergiebigkeit gerichtet, oder es tritt — und dies namentlich bei den gröfseren Besitzern der Höhe — die Richtung auf Milchergiebigkeit und Ochsenaufzucht in den Vordergrund." Es ist dies natürlich in den gröfseren Wirtschaften mit Brauereibetrieb der Fall, wo die Ochsen mit Schlempe gemästet werden können; denn die Zuckerrübenindustrie, wenn auch im Aufschwunge begriffen, ist in Westpreufsen noch nicht von Bedeutung; es bestanden bis 1883, dem Jahre letzer Viehzählung, im

---

[1]) Bericht 1883 S. 43.

[2]) Bericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins pro 1882 S. 52.

ganzen 13 Fabriken im Lande. Hand in Hand mit der Zucht auf Milchvieh geht der Aufschwung des Molkereiwesens.

Der landwirtschaftliche Zentralverein für Litauen und Masuren schildert die Lage des Molkereiwesens Ost- und Westpreufsens[1]: „Im Vereine mit den Zentral-Vereinen Königsberg und Danzig wurde 1874 die erste Molkerei-Ausstellung in Danzig veranstaltet, und seit dieser Zeit hat die gemeinsame Arbeit der Zentralvereine auf diesem Gebiete nicht geruht. Auf der Hamburger Ausstellung 1877 trat Ost- und Westpreufsen durch umfangreiche Kollektiv-Ausstellung in den Kampf um den Weltmarkt. Im Jahre 1878 bewies die Molkerei-Ausstellung für Ost- und Westpreufsen in Elbing, dafs die in Hamburg empfangene Belehrung auf fruchtbaren Boden gefallen war, und 1879 gelang es derselben auf der ebenfalls von den drei Zentralvereinen eingerichteten Kollektiv-Ausstellung in Berlin den ersten Preis für Ost- und Westpreufsen zu erringen. Die im Frühjahr 1881 in Königsberg abgehaltene Ausstellung für Ost- und Westpreufsen hat in der ganzen Fachpresse eine überaus günstige Beurteilung gefunden. Diese grofsen Erfolge sind nach zwei Seiten hin sehr beachtenswert. Dieselben beweisen auf der einen Seite, welchen enormen Nutzen ein reges Vereinsleben der Landwirtschaft verschafft.

1875 existierte im Grofshandel die ostpreufsische Butter gar nicht, und wo dieselbe notiert war, geschah es an letzter Stelle, zu den niedrigsten Preisen, während heute ostpreufsische Butter der besten Ware zugezählt wird, welche in den Handel kommt, und das ist in der Hauptsache Frucht einer 6jährigen Vereinsthätigkeit auf diesem Gebiete. Aber noch immer bleibt auf diesem Gebiete viel zu thun; es gilt namentlich, den Molkereibetrieb von der noch herrschenden Einseitigkeit zu befreien, die Käsefabrikation zu heben und dem hier fabrizierten Käse Eingang in den Welthandel zu verschaffen.

Ein grofser Anteil an der Reformbewegung gebührt den Molkereigenossenschaften, indem dieselben nach Kräften bemüht waren, ihre technischen Einrichtungen den neuesten Fortschritten entsprechend zu treffen. Diese Genossenschaften entstanden, als der Molkereibetrieb noch sehr im argen lag; es fehlte damals fast ganz an geschulten Kräften zum Betriebe und an guten bewährten Einrichtungen. Die ersten Genossenschaften haben daher viel Lehrgeld bezahlt und sich mühsam durcharbeiten müssen. Heute ist der gröfste

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 65.

Teil dieser Genossenschaften musterhaft verwaltet, die schweren Zeiten sind überwunden, und die Verwertung der Milch ist eine gleichmäfsige und genügend hohe.“

Geht schon aus diesen Ausführungen hervor, dafs die Milchproduktion für Westpreufsen ein gesicherteres Produktionsgebiet bildet als eine vorwiegende Fleischproduktion, so bestätigen dies weiter die Ausführungen Meitzens. Derselbe führt aus: „In der Provinz selbst ist kein Verbrauch für kernfestes Mastvieh. Das meiste geht nach England. Als Käufer stellen sich Fleischer und Händler aus Königsberg, Danzig, Bromberg, Berlin und Frankfurt ein, besichtigen das Vieh auf den Weiden selbst, indem sie die Niederungen von der Sommerzeit bis in den Herbst hinein durchwandern, und stellen bei jedem abgeschlossenen Kaufe Ort und Zeit der Ablieferung fest. Indes ist das vollständige Fettweiden nur beschränkt. Wenige Wirte sind in der Lage, ihr Betriebskapital so lange zu entbehren. Bei weitem der gröfste Teil des Viehs wird nur als Bracktiere zum Abweiden des zweiten Schnittes auf die Wiesen zusammen getrieben. Dieses Vieh, welches zur Mast nicht mehr geeignet ist, wird durch die kurze Weidezeit eben nur schlachtbar, und selbst das nicht, wenn schlechte Sommer- oder Herbstwitterung eintritt. Die erzielte mittelmäfsige Qualität ist nur auf den Märkten der Provinz absetzbar, und diese sind zuzeiten von solchen halbfetten Tieren dermafsen beschickt, dafs das Angebot weit stärker ist als die Nachfrage, und die Landwirte, um das Geld zu erhalten, unverhältnismäfsig niedrige Preise bewilligen. Bei dem starken Begehr nach gut gebauten Ochsen für die Mast in den westlichen Landesteilen soll ein mageres Stück oft ebenso teuer bezahlt werden als die halbgemästeten.“

Wir sehen, dafs die östlichen Provinzen des Reiches geradezu von den Verhältnissen aufgefordert werden den Gesetzen der Arbeitsteilung zu folgen und wegen des geringen Absatzes im eignen Gebiete für die westlicheren Teile blofs das Material zur Fleischproduktion zu liefern, eine Richtung, wie wir sie ja in den Zahlen der letzten Zählung auch in der Zunahme des Jungviehs ersehen können. Dafs hierbei auf guten Bau gesehen wird, besagten ja zur Genüge die Berichte. Ferner gibt das für Rindvieh bei der Zählung ermittelte Durchschnittsgewicht auch einen Beleg für diese Bemühungen. Dasselbe übersteigt nämlich in allen seinen Qualitäten den Durchschnitt des Reiches und auch das der Nachbarprovinz Ostpreufsens.

Es betrug

	Kälber		Jungvieh überhaupt	übriges Rindvieh		Rindvieh überhaupt
	bis 6 Wochen alt	bis 1/2 Jahr alt		Kühe	Stiere und Ochsen	
Westpreufsen	50	103	238	406	509	351
Deutsches Reich	50	94	210	380	466	321

Die Schwierigkeit der Fleischproduktion wurde noch gesteigert in letzter Zeit durch die Einfuhrverbote seitens Englands, die wegen Furcht vor Einschleppung der Viehseuchen erlassen wurden, und den Umstand, dafs die amerikanische Konkurrenz in Fleischproduktion doch noch etwas mehr sich geltend machen konnte, als dies bei Milch und deren Fabrikaten der Fall ist.

Schweine.

Die grofse Zunahme derselben wurde bereits anfangs ziffermäfsig dargethan, und es bleibt hier noch übrig, das prozentische Verhältnis der einzelnen Qualitäten für das Jahr 1883 anzuführen, für welches das erste Mal Näheres darüber ermittelt wurde. Danach ergab es für

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Westpreufsen	78,2	21,8	46,5
Deutsches Reich	77,5	22,5	41,3

Bezüglich dieser Unterscheidungen machen sich also wenig Abweichungen gegenüber dem Durchschnitte des Reiches geltend, und wir haben nur die bedeutende Zunahme der Schweine im ganzen zu besprechen. Hören wir wieder Meitzen [1]), welcher an hierfür wichtigen Stellen sagt, im Auszuge gegeben, dafs zunächst zwei Schläge vorhanden waren, ein kleiner genügsamer, für rauhe Höhenlagen geeignet, und ein gröfserer Landschlag von unbedeutend gröfserer Gestalt, besonders in Niederungen am Platze. Allmählich sei aber eine so grofse Zahl Rasseschweine englischer Herkunft in die Provinz geschafft worden, dafs es unmöglich sei, die Wirtschaften zu bezeichnen,

[1]) a. a. O., Bd. II S. 535 u. flg.

die sie erhalten haben, ihre Vermehrung auch keine Aufmerksamkeit erregt. Diese Richtung habe ihre Stütze in der Steigerung des Mastviehverkaufes gefunden, welche durch die Eisenbahnen und durch die für die Seeausfuhr errichteten Schlächtereien und Pökeleien eingetreten. Für diese Zwecke seien die kernfetten Rassetiere und Kreuzungen besonders gesucht. Der Umfang dieses Handels sei so bedeutend, dafs allein der Schlächterei und Pökelei des Kommerzienrates v. Frantzius in Danzig jährlich gegen 10- bis 12000 Stück Schweine aus Westpreufsen und Pommern zugetrieben würden; die zunehmende Verbreitung des englischen Blutes ist in diesen Herden deutlich ersichtlich. So auch die Berichte des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Westpreufsen[1]: „Das westpreufsische Landschwein, welches grofse Ähnlichkeit mit dem heutigen polnischen Schweine hat, ist durch die englischen Rassen fast gänzlich verdrängt.

Die Gründe für diese enorme Zunahme der Schweine nach Zahl, Gewicht und Frühreife liegen im allgemeinen wohl auf denselben Gebieten wie für das ganze Reich, nur treten sie hier noch schärfer hervor.

Sie ist eine Folge der besonders für Westpreufsen empfindlichen Abnahme der Schafe und Begünstigung der Milchproduktion. Besonders der Osten Deutschlands ist es, welcher durch Einschränkung der Wollproduktion sein Prestige als Lieferant von Käse und Butter wie auch Fleisch auf dem Weltmarkte zu festigen sucht und in den Schweinen die besten Konsumenten für Sauer- und Magermilch gefunden hat. Weniger hat wohl die zeitweise bestehende Importsperre der preufsisch-russischen Grenze und die teilweise Erschwerung der Einführung russisch-polnischer Schweine gethan. Nicht zu unterschätzen ist aber der Einflufs der Furcht vor Finnen und Trichinen, die in amerikanischen Schweineprodukten vielfach nachgewiesen wurden und daher die Konkurrenz von dieser Seite etwas schwächten nach Aussagen der Berichte. Ferner ist auf den ausgedehnten Kartoffelbau der Provinz zu verweisen, so dafs oft reiche Kartoffelvorräte gleichfalls durch das Schwein die beste Verwertung fanden. Auch die Zahl der Schweinezucht- und Eberstationen ist im Wachsen begriffen, so dafs über die äufsert günstige Entwickelung dieser Richtung der Viehhaltung nur eine Stimme herrschen kann. Dafs aber das Durchschnittsgewicht der über ein Jahr alten Schweine von 107 kg in Westpreufsen hinter dem Durch-

[1]) z. B. Bericht für 1888 S. 45.

schnitte in Deutschland von 116 kg zurückbleibt, zeigt vielleicht, dafs in den weidereichen Teilen dieser Provinz die Stallfütterung, die ja das Gewicht so beeinflufst, besonders bei Schweinen noch nicht so ausschliefslich Eingang und Durchführung finden konnte.

Schafe und Ziegen.

Die näheren Differenzierungen in amtlichen Zahlen gaben folgendes Bild:

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	851 425	233 068	721 563
1883	614 592	172 923	561 738
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Westpreufsen	45,6	12,8	41,6
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Westpreufsen	— 27.8	— 25,8	— 22,1
Deutschland	— 33.2	— 7,2	— 18.9

Wir sind hiermit bei einem für Westpreufsen höchst unerquicklichen Kapitel angelangt. Es ist klar, dafs die Abnahme einer Viehgattung nicht für jedes Gebiet dieselbe Bedeutung haben, dafs die Abnahme an und für sich auch einen Vorteil in sich schliefsen kann, wenn das Aufgeben eines Produktionsgebietes Kräfte frei macht, welche nun in besserer, wirkungsvollerer Weise engagiert werden können. War dies bei den Viehhaltungsbestrebungen, die bisher besprochen wurden, der Fall, dafs keine Kräfte verloren gehen und brach liegen bleiben, so kann dies von der Abnahme der Schafzucht nicht gesagt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, dafs das Fleisch, welches teilweise die Schafzucht lieferte, auch hier nicht blofs sicher durch andere Viehqualitäten ersetzt wurde, ja vielleicht fast annähernd von dem der Zahl nach geringeren, dem Gewichte produzierten Schaffleisches nach aber fast gleichen Viehstapel gedeckt wird. Allein es werden jene Kräfte und Möglichkeiten, die der Betrieb in diesen extensiveren Gegenden doch nicht alle wie früher so verwertet, wenn auch einige andere bessere Verwertung fanden. Es ist ein Irrtum zu meinen, dafs arme Weiden

und der Betrieb auf magerem Sandboden nun durch eine andere Viehgattung so entsprechend rentiert wie beim Wollschafe, da die egale Wollproduktion dürftige Ernährungsperioden ohne Nachteil übersteht. Und von solchen Kalamitäten hat Westpreufsen entschieden zu leiden, wie aus obigen Schilderungen hervorgeht. Deshalb ist diese Verminderung in Westpreufsen ganz besonders auf Rechnung der Unklarheit in Rentabilität der Schafhaltung zu setzen und um so mehr zu beklagen, als die Abnahme in einem von Natur geradezu für Schafzucht destinierten Lande gröfser war, als im Durchschnitte des Reiches. Einen Lichtblick auf baldige Klärung der unrichtigen Ansichten gibt die Thatsache, dafs die feinen Wollschafe doch weniger als im Durchschnitte des Reiches sich verminderten und man einsieht, dafs für viele Gegenden die Fleischproduktion unmöglich ist. Es beweist dies die relativ enorme Abnahme der veredelten Fleischschafe in der Provinz und die Vereinsnachrichten. In einer [1]) solchen heifst es: „Die Schafzucht und -haltung, seit dem Aufschwunge, den die Rindviehzucht in der Provinz genommen hat, in den Hintergrund gedrängt, hat im Laufe der letzten Jahre wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, wenn auch die Zuchtrichtungen auseinandergehen.“ Ein anderer Bericht [2]): „Die Richtung der in den letzten Jahren wieder mehr hervortretenden einheimischen Schafzucht geht vorzugsweise wieder auf Kreuzung mit Rambouillets [3]) oder mit englischen Fleischböcken, um gröfsere Erträge für das Absatzgebiet zu erzielen.“

Ein dritter Bericht [4]) erwähnt, nachdem er ausgeführt, dafs die Züchtung von Kreuzungslämmern mit englischen Böcken auch in vielen Wirtschaften Anklang gefunden habe, in denen die Veranlassung hierzu, ein ausgedehnter Rübenbau, fehle: „An anderen Orten geht man davon ab, nachdem man die Erfahrung gemacht hat, dafs die weitere Benutzung der aus solcher Kreuzung hervorgehenden Mutterschafe zur Zucht um so schlechtere Resultate gibt, je mehr englisches Blut sie durch fortgesetzte Verwendung derartiger Böcke erhalten. Am besten gedeihen Lämmer der ersten Kreuzung mit Kammwoll-Mutterschafen, und man ergänzt daher mit gröfserem Nutzen den Bedarf an Muttermaterial durch Ankauf von

---

[1]) Bericht vom Jahre 1882 S. 53.

[2]) Bericht 1881 S. 47.

[3]) Nämlich statt früher Elektoral, die zuvor häufiger waren, vergl. Meitzen, Bd. II S. 520 u. flg.

[4]) Bericht vom Jahre 1883 S. 44 u. flg.

Tieren des genannten Schlages, als durch Verwendung der selbst gezogenen Kreuzungsprodukte.“

Dafs sonst die allgemeinen Gründe für Abnahme der Schafe auch in Westpreufsen aber von Einflufs waren: die überseeische Wollkonkurrenz und die Unkenntnis der Mittel, die Lupine ihrer Schädlichkeit zu berauben, ist evident.

Die Ziegen, welche gleichfalls eine stärkere prozentische Zunahme erfuhren, als im Durchschnitte des Reiches, werden von den Berichten konsequent vernachlässigt und scheint deren steigende Wichtigkeit auch für den landwirtschaftlichen Betrieb noch nicht recht gewürdigt zu werden.

Machen wir einen kurzen Rückblick auf die Entwickelung der Viehzucht in Westpreufsen, so unterliegt es bei dieser Provinz gar keinem Zweifel, dafs ein gewaltiger Fortschritt zu konstatieren ist, dafs aber damit noch keineswegs der Kulminationspunkt erreicht scheint, sondern auch für die nächste Zeit aus oben angeführten Gründen dieselbe Entwickelung bevorstehen wird. Die Pferde haben sich zielbewufst neuen Zwecken durch Züchtung angepafst und sind nach Zahl gestiegen, das Rindvieh hat gleichfalls eine wesentliche Umgestaltung im Körperbau und, nach den verwendeten Kreuzungen zu schliefsen, auch an Gewicht und Milchergiebigkeit gewonnen; bei Schweinen gilt in dieser Beziehung vollkommen dasselbe, und nur in Hinsicht der Schafzucht mufste es beklagt werden, dafs man durch planlose Bestrebungen das richtige rentable Ziel von Produktion von prima Wolle in Verbindung mit allen Eigenschaften des Adels aufser Augen verloren hat und dadurch einen Teil der natürlichen Kräfte des Landes in möglichster Weise auszunützen sich der Grundlage beraubte.

Die Ursachen der Veränderungen, welche in erster Linie in der ganzen geographischen Lage der Provinz als Teil des ganzen Reiches und weiterhin in den natürlichen Verhältnissen des Bodens und Klimas zu finden waren, sind im einzelnen so mannigfaltig gewesen. dafs in dieser Richtung auf Gesagtes verwiesen werden mufs.

Brandenburg (exklusive Stadtkreis Berlin).

Es machten sich in dieser Provinz zwischen den beiden letzten Zählungsterminen folgende Verschiebungen geltend. Es konstatierten die Zählungen

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Reduzierte Haupt Rindvieh
1873	223 415	686 201	2 451 245	446 093	194 552	1 394 182
1883	240 463	691 636	1 709 897	567 707	231 383	1 384 529
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
1883	+ 7,6	+ 0,8	— 30,2	+ 27,3	+ 18,9	— 0,7
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.					
1883	+ 5,5	+ 0,1	— 28,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Wir sind in Brandenburg bei einem Gebiete angelangt, das seiner natürlichen Anlage nach für die Entwickelung der Viehzucht noch weit weniger von der Natur bedacht ist, als Westpreufsen, so dafs diese Provinz, trotzdem durch das mächtige Wachstum der Metropole des Reichs beständig die Konsumtion an animalen Produkten gesteigert wird, dennoch einen Rückgang des Viehs nach Zahl in reduziertem Viehstande ergab.

Die Provinz Brandenburg besitzt unter allen Provinzen das stärkste Prozentverhältnis an Sandboden [1]), zeigt aber im einzelnen recht verschieden geartete Striche. Moorboden z. B. im Regierungsbezirk Potsdam im West- und Osthavelland. In zweiter Linie ist nach dem Sandboden der lehmige Sand vorherrschend, während Kalk und Thon nur vereinzelt zu finden sind, letzterer besonders an den Oder- und Elbniederungen. Diese sowie die Thäler der Warthe gehören zu den ertragreichsten Landstrichen des Staates, hingegen die von der Havel, Spree und Elster und ihren kleinen Zuflüssen durchzogenen Einsenkungen sind überwiegend torfige Bruchflächen, die an Wert dem Höhenlande höchstens gleichstehen. Im letzten überwiegt im Norden der Provinz mehr der sandige Lehm, im Süden mehr der Sand.

Das Klima der Provinz, namentlich der Mitte derselben, gehört zu dem wärmsten im Staate Preufsen. Auch der Regenfall ist günstig und durchschnittlich den Strandgegenden der Ostsee gleich. Das Anbauverhältnis und die Bodenbenutzung ist nach der jüngsten Bodenaufnahme folgendes:

[1]) Vergl. Meitzen, a. a. O. I S. 248 u. flg. sowie Atlas Karte IV, ferner Bd. II S. 175 u. flg.

Es entfielen 1883 von je 100 ha der Gesamtfläche des betreffenden Staates

	Acker, Garten, Weinberge	Wiesen	Weiden etc.
Brandenburg	46,2	10,1	5,0
Deutschland	48,7	10,9	9,4

Ferner auf 100 ha der Fläche des Ackerlandes (und Garten-) kamen in dem Jahre 1883:

	Getreide	Hackfrüchte	Handelsgewächse	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Brandenburg	61,9	17,9	0,9	6,5	11,8
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Das Anbauverhältnis bleibt, wie schon zur Zeit Meitzens, unter dem Durchschnitte des Reiches zurück. Die Wiesen, wenn auch an den Durchschnitt heranragend, sind aber — wenige günstige Striche abgerechnet — doch wegen ihrer geringen Beschaffenheit [1]). mooriger Grundlage und drohender Überschwemmungsgefahr an Ertragsfähigkeit nur sehr gering zu bewerten. Will man auch die geringe Zahl der Weiden berücksichtigen [2]), so bleibt die Gras tragende Fläche weit hinter dem Mittel des Reiches zurück. Für die geringe Qualität des Bodens geben weitere Belege der geringe Anbau von Futterpflanzen, das Überwiegen der Kartoffel [3]) unter den Hackfrüchten und der ausgedehnte Getreidebau. Ein günstiges Zeichen können wir in Brandenburg nicht umhin bezüglich Bodenbenutzung hervorzuheben, nämlich dafs sich die Brache doch unter dem Durchschnitte des Reiches hält. Konnte sich Westpreufsen, das bezüglich Bodenbeschaffenheit etwas günstiger situiert ist, wegen seines Klimas und kürzerer Vegetationszeit diesen Vorteil der Einschränkung der Brache noch nicht so zu eigen machen, so liegt doch für Brandenburg die natürliche Möglichkeit vor, den Futterbau auf Kosten der Brache zu erweitern, wenn es der Wissenschaft gelingt, die Vorurteile zu überwinden, die über Nutzen und Zweck der Brache auf Sandboden noch allgemein in der Praxis herrschen. Auch dies wäre ein schönes

---

[1]) Vergl. Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 298 u. flg.

[2]) Über den geringen Wert der Berücksichtigung der Weiden bei der Feststellung der Gras tragenden Fläche haben wir uns oben geäufsert.

[3]) Vergl. Tafel 7 und 8 des Atlas: die Bodenkultur des Deutschen Reiches 1878, bearbeitet vom Kaiserlich statistischen Amte. Berlin 1881.

Feld für die Vereine, aufklärend zu wirken. Es wäre ihre Sache, darauf hinzuweisen, dafs die Verluste an Nährstoffen in dem thätigen Sandboden während des Brachjahres oft die gleichen sind, wie eine Roggenernte dem Boden zu entziehen vermag, dafs besonders das dreijährige Bestellen der Brachfurche den Umsatz der Mineralstoffe und das Auswaschen derselben durch Regen dort, wo sie nicht durch Pflanzenwurzeln sofort wieder aufgenommen werden, ganz besonders befördert, dafs die Beschattung des Feldes gerade für Sand die gröfste Wichtigkeit hat, kurz dafs Brache auf Sand, wo nicht der äufserste Mangel an Betriebskapital herrscht, nicht nur nicht entbehrlich ist, sondern nachteilig wirkt. Allerdings ist ein gewisser Grad von Intelligenz und Anleitung nötig. Wir haben bereits oben die Abnahme des Lupinenbaues bedauert, da dieselbe noch heute ein Segen für den Sandboden geblieben, wenn die richtige Vorsorge gegen Lupinose getroffen wird. Bestätigten doch zahlreiche Versuche, um nur dies hervorzuheben, dafs der der Lupine folgende Roggen in Qualität und Quantität nicht dem nach Brache folgenden Roggen nachsteht! [1])

Doch genug, wir wollen nun kurz zusammenfassend die natürlichen Bedingungen Brandenburgs für Entwickelung der Viehzucht im allgemeinen als nicht günstige bezeichnen, jedoch zugleich hervorheben, dafs gerade ein intelligenterer Betrieb durch Aufklären und Verbreitung von Fachkenntnissen in den breiten bäuerlichen Schichten mehr als in irgend einer Provinz bessere Bedingungen für das Gedeihen der Viehzucht schaffen könnte.

Schon zu Anfang des Jahrhunderts war der Viehstand in Brandenburg ein ziemlich niedriger, ein Beweis für die scheinbare Unabänderlichkeit der Bedingung für das Bestehen einer reichen Viehhaltung; zugleich aber sollen folgende Zahlen darauf hinweisen, dafs durch Anstrengung der Intelligenz doch viel nachzuholen wäre,

---

[1]) Wir müssen erwähnen, dafs sich Brandenburg in Einschränkung der Brache auf bestem Wege befindet, denn von 1878 auf 1883 hat dieselbe um 42918,6 ha abgenommen.

	Brache in ha
1878	162 265,3
1883	119 346,7
	— 42 918,6

Es wird in der Abnahme der Brache nach absoluter Fläche nur von Ost- und Westpreufsen und Posen übertroffen. Siehe Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 6.

wozu der notwendigste Anstofs eben angedeutet wurde. Es betrug auf 1 □km der auf Rindvieh reduzierte Gesamtviehstand in:

	1816	1883
Brandenburg	24,6	35,4
Alt-Preufsen	26,0	43,3
Deutschland	—	47,2

Es bestätigen diese Zahlen das von Bötzow einst gefundene, oben mitgeteilte Resultat, dafs auf geringem Boden die Viehzucht am schwersten Fortschritte macht, und dafs diesen Nachteilen am erfolgreichsten durch gröfsere Bildung und Fachkenntnisse begegnet werden könne.

Die Veränderungen innerhalb der einzelnen Viehgruppen werden wieder durch folgende Tabelle zur Anschauung gebracht. An Wertplus oder -minus wurde erzielt in ℳ bei

		Stück		ℳ		
Pferden	+	17 048	×	473	=	8 063 704
Rindern	+	5 435	×	203	=	1 103 305
Schweinen	+	121 614	×	61	=	7 418 454
Ziegen	+	36 831	×	14	=	515 634
						17 101 097
Schafen	+	741 348	×	14	=	10 378 872
					+	6 722 225 ℳ

Es ergibt sich hieraus, dafs die bedeutende Schafabnahme ohne Rücksicht auf andere Faktoren blofs mit Hilfe der Zunahme der Pferde gedeckt werden konnte. Ja, scheidet man die sonstigen Pferde (Zivil- und Militärpferde) aus und behält blofs die Zuchthengste und landwirtschaftlichen Pferde zum Vergleiche in beiden Jahren, so ergibt sich sogar ein Defizit an Pferden pro 1883.

Es wurden nämlich gezählt:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde
1873	646	156 065
1883	772	152 270
1883	+ 126	3 795.

Es hat mithin die Landwirtschaft Brandenburgs im Gegensatz zu beinahe allen Gebieten Deutschlands durch Qualitätsverschiebung allein keinen Schritt vorwärts gethan. Sollte ein solcher dennoch eingetreten sein, so müfste derselbe durch den Einflufs anderer Um-

stände, durch Preissteigerung, Gewichtszunahme, rascheren Umsatz erfolgt sein. Darauf werden wir bei Besprechung der einzelnen Viehgattungen unser Augenmerk richten und hierfür womöglich Belege finden müssen.

Hat auch durch die Qualitätsverschiebung Brandenburg keine glückliche Bewegung gezeigt, so hat doch die Tierzucht aus sich heraus günstige Resultate aufzuweisen. Zum Beweise dessen citieren wir einen Lokalbericht[1]: „Das Vorjahr hat fast in der ganzen Provinz in den meisten Zweigen der Tierzucht erhebliche Fortschritte aufzuweisen gehabt. Mehr und mehr macht sich auch selbst bei den bäuerlichen Wirten das Bestreben geltend, besseres Vieh anzuschaffen und dasselbe besser zu halten und zu füttern. Leider nur wird dieses erfreuliche Streben noch immer nicht genug durch das Verständnis rationeller Fütterung ergänzt und unterstützt. Indessen ist es keinem Zweifel unterworfen, daſs ungeachtet der vermehrten Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes gegenüber den in den letzten Jahren gestiegenen Viehpreisen, die noch im Vorjahre wieder eine bedeutende Steigerung erfahren haben, die Aufzucht des Viehs unter vielen Verhältnissen doch ihre volle Berechtigung verdient und auch recht lohnend werden kann.“ „Ferner[2]: Auch auf dem Gebiete der Viehzucht sind im Berichtsjahr sichtlich Fortschritte zu beobachten gewesen, wenn auch nicht in dem Maſse, wie es wohl zu wünschen gewesen wäre. Im allgemeinen ist nicht zu verkennen, daſs unter unseren Landwirten die Überzeugung mehr und mehr Platz greift, daſs auf dem Gebiete der Viehzucht sich ihnen für die Zukunft günstigere Chancen bieten, als auf dem des Getreidebaues, und daſs erstere deshalb vorwiegend zu fördern sei.“

Wir gehen nun zu den einzelnen Gattungen über:

Pferde.

Die Zählung sämtlicher in Brandenburg vorhandener Pferde ergab

---

[1]) Bericht über den Zustand und die Landeskultur Brandenburgs pro 1882 Seite 23.

[2]) Bericht pro 1883 S. 51.

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	8 158	9 970	8 304	195 983	
1883	10 544	11 206	10 581	208 132	7 392
	Hiervon die prozentualen Gröſsen.				
1873	4,1	4,5	3,7	87,7	
1883	4,4	4,6	4,4	86,6	3,2
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Zu- oder Abnahme der über und unter 3 Jahre alten Pferde ergibt in Prozenten

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Brandenburg	17,9	6,2
Deutsches Reich	24,2	2,5

Die unter dem Niveau des Reichsdurchschnittes bleibende Füllenzahl bestätiget nur die obigen Zahlen, daſs die Pferdezunahme Brandenburgs nur den höheren Anforderungen des Verkehrswesens zuzuschreiben ist, daſs die Anzahl der landwirtschaftlichen Pferde und Füllen abnahm. Auch ist in den Berichten des Zentralvereins der Provinz mehr von Vorschlägen für Besserung und Hebung der Pferdezucht die Rede, als daſs hervorgehoben wäre, worin die Fortschritte beständen. So entnehmen wir einem Berichte [1]: „Die Pferdezucht hat auch im Vorjahre wieder erhebliche Fortschritte gemacht, was hauptsächlich der ausgedehnten Benutzung der Königlichen Beschäler zu verdanken ist. Sehr gefördert wurde auch die Pferdezucht durch die mit Prämiierungen verbundenen Stuten- und Fohlenschauen, und ist der Nutzen derselben ersichtlich in den Kreisen der kleinen Besitzer. Bereits haben sich gewisse Zentren in der Provinz gebildet, in denen der Fortschritt der Pferdezucht besonders hervortritt.“ In einem anderen [2]: „Die Benutzung der Königlichen

[1]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in der Mark Brandenburg pro 1881, erstattet durch das Hauptdirektorium des landwirtschaftlichen Vereins für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz, S. 28 flg.

[2]) Bericht pro 1882 S. 24.

Landesbeschäler hat im vorigen Jahre wieder in umfangreicher Weise seitens unserer Landwirte stattgefunden."

Und schon im nächsten Ausweis[1]) wird wieder geklagt: „Dafs gute Deckhengste im Privatbesitze in nicht genügender Anzahl vorhanden, ist allerdings zutreffend, und wäre es dringend wünschenswert, dafs in den Gegenden, die sich besonders zur Pferdezucht eignen, seitens der besser situierten Landwirte in umfangreicherer Weise für Beschaffung geeigneter Hengste gesorgt würde, um so mehr, als die Zahl der Beschäler aus den Königlichen Landgestüten nicht genügt und diese nicht bequem genug für den Bedarf aufgestellt sind. Wo sonst die Auswahl dieser Beschäler eine für diese Bedürfnisse der betreffenden Gegenden geeignete gewesen, sind sie auch im vorigen Jahre wieder umfangreich benutzt worden und haben sich bestens bewährt; es wäre nur zu wünschen, dafs bei der Auswahl der Landesbeschäler die Wünsche der Pferdezüchter der einzelnen Bezirke mehr berücksichtigt werden könnten."

Und doch war im letzten Dezennium die Vermehrung der Zuchthengste keine unbedeutende, nämlich 19,5 %, während sie im ganzen Reiche nur 9,2 % betrug. Es mag ja die Vermehrung derselben in erster Linie Privathengste betroffen haben.

Klingen auch die Berichte dieser Provinz bezüglich Pferdezucht nicht so zuversichtlich, als in anderen Teilen, so ist doch ein gewisser Fortschritt hieraus zu ersehen. Einen Gradmesser für diese aber zu finden, boten die benutzten Unterlagen keine Anhaltspunkte.

Rindvieh.

Die Statistik enthält hierfür folgende Einzelheiten:

	Kälber bis $^1/_2$ Jahr alt	Jungvieh		Rindvieh über 2 Jahre alt		
		Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	50 086	4 478	141 699	5 273	408 213	73 452
1883	66 191	3 498	137 287	9 924	409 804	64 932
Prozentuale Zu- oder Abnahme in Brandenburg.						
	9,5	0,5	19,9	1,4	59,3	9,4
Prozentuale Zu- oder Abnahme in Deutschland.						
	10,4	0,6	21,1	1,2	57,6	9,1

[1]) Bericht pro 1883 S. 52.

Auch hier beim Rindvieh sehen wir wie bei Pferden kein starkes Abweichen vom Reichsmittel. So wie der reduzierte Rindviehstand sich nur etwas über den Durchschnitt erhebt, so kommen auch bei den einzelnen Qualitäten des Rindviehs nur schwache Abweichungen vor. Immerhin ist ein mäfsiger Fortschritt nicht zu verkennen, für welchen die etwas höhere prozentische Zahl der Kühe und Zuchtbullen einige Garantie bietet. Ebenso lauten die Berichte, wenn auch mäfsig, in Vergleich zu anderen Provinzen. Z. B. [1]: „Bezüglich des Rindviehs ist aus fast allen Gegenden der Provinz eine entschiedene Verbesserung des Zuchtmaterials zu konstatieren. Teils sind es die gröfseren Besitzer, welche mit erheblichem Kostenaufwand gute Rindviehrassen, hauptsächlich Holländer, Ostfriesen und neuerdings auf leichtem Boden besonders Angeln importieren und durch die von diesen Originaltieren gewonnenen Nachkommen die Aufzucht ihrer Umgebung veredeln helfen, teils sind es die zu immer allgemeinerer Anerkennung kommenden und immer mehr sich konstituierenden Zuchtstiergenossenschaften, welche sich in Hinsicht auf die Verbesserung der Rindviehstämme, wie allseitig bestätigt wird, ganz ausgezeichnet bewährt haben. Leider gibt es aber auch in dieser Beziehung noch einige Teile der ländlichen Bevölkerung, welche sich dem durch die Zuchtstiergenossenschaften ihnen gebotenen, so ganz aufserordentlichen Nutzen gegenüber vollständig ablehnend verhalten. Auch die durch die Staatsunterstützungen jetzt in bedeutend vermehrter Zahl möglich gewordenen Tierschauen tragen zur Förderung der Rindviehzucht in immer höherem Grade bei, insofern sie den Wetteifer in der Erziehung guter Viehbestände anregen und vermehren; und gleichfalls wird dieses Bestreben durch die allmählich sich günstiger gestaltende Verwertung der Milch unterstützt.

Die infolgedessen reichlicher gewonnene Milch wird neben Bereitung von Butter und Käse vielfach zur Kälbermästung verwendet, deren Produkte beliebten Absatz finden, während die Mästung von Kühen und Ochsen im Vorjahre teils wegen der durch Schliefsung des englischen Marktes gedrückten Preise, teils auch wegen des mangelhaften Futtergewinnes mehrfach sich vermindert hat. Die Fütterung der Tiere ist leider gröfstenteils immer noch keine recht rationelle, meistenteils einseitige.“

---

[1]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in der Mark Brandenburg pro 1881 S. 35.

Ferner ein zweiter Bericht [1]: „Die Rindviehzucht hat im vorigen Jahre sichtlich in sofern wieder Fortschritte gemacht, als man, und selbst unter den bäuerlichen Wirten, immer mehr sich bemüht hat, besseres Material zur Aufzucht zu verwenden. Leider finden nur die hierzu besonders geeigneten, staatlich subventionierten Zuchtstiergenossenschaften noch nicht die allgemeine Anerkennung und Benutzung, wie es im Interesse der Sache der Fall sein müfste.

Allerdings sind ja auch im Berichtsjahre, wie schon oben erwähnt wurde, mehrere neue Zuchtstiergenossenschaften in hiesiger Provinz gegründet worden; indessen ist deren Zahl gegenüber dem grofsen durch sie gewährten Nutzen nur eine noch sehr beschränkte. Ein nachhaltiger allgemeiner Erfolg wird in Bezug auf die Rindviehzucht auch wohl erst durch Einführung einer Stier-Körordnung zu erzielen sein.

Unter dem Einflusse des reichen Zuwachses von Grünfutter hat die Stallfütterung des Rindviehs entschieden an Verbreitung auch in den Gegenden und bei solchen Wirten gefunden, die sich bis jetzt derselben gegenüber noch ablehnend verhielten; indessen giebt es doch noch immer eine grofse Menge Wirtschaften, in denen sie sehr wohl angezeigt wäre, ohne bis jetzt Eingang erlangt zu haben."

Preufsens landwirtschaftlicher Verwaltung [2]) entnehmen wir ähnliches [3]: „Die vom landwirtschaftlichen Zentralverein eingesetzte Schaukommission bestätigt, dafs die Rindviehzucht durch den Einflufs der Genossenschaften sich sehr erfreulich gebessert habe und dafs, wenn die Kommission nach 4- bis 5jährigem Turnus nach denselben Schauorten zurückkehrte, sie eine bedeutende Veredlung der ausgestellten Stämme bemerken könnte", und [4]: „In der Provinz Brandenburg machte sich auch bei den bäuerlichen Besitzern mehr und mehr das Bestreben geltend, besseres Vieh anzuschaffen und dasselbe besser zu halten und zu füttern. Dieses erfreuliche Streben wurde jedoch nicht überall durch das Verständnis rationeller Fütterung ergänzt und unterstützt, auch fehlte vielfach die Klarheit und Konsequenz in der Verfolgung der den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Ziele bei der Aufzucht. Die Aufzucht hat überhaupt in manchen Teilen der Provinz, namentlich da, wo ein direkter Milchverkauf nach gröfseren Städten stattfindet, etwas

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 24 flg.

[2]) pro 1881 bis 1883.

[3]) a. a. O., S. 58.

[4]) a. a. O., Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung pro 1882 S. 106.

nachgelassen, weil man es bequemer und vorteilhafter findet, die nutzbaren Tiere anzuschaffen, als sie allmählich aufzuziehen", endlich der Bericht pro 1883 [1]): „Trotz der Ungunst der Verhältnisse waren Fortschritte auf dem Gebiete der Viehzucht ersichtlich."

So hat denn auch das Molkereiwesen namentlich blofs wegen der besseren Absatz- und Preisverhältnisse, weniger wegen guter, dem Futterbau und überhaupt der Milchviehzucht besonders günstiger, natürlicher Verhältnisse Fortschritte gemacht, denn es notirte: 1 kg Butter in Pfennigen [2]):

	Brandenburg	Reichsdurchschnitt
1881	227	227
1882	231	228
1883	233	228.

So auch die Berichte [3]), z. B.: „Das Molkereiwesen hat auch im vorigen Jahr wieder, ungeachtet der ungünstigen Futterverhältnisse, infolge der Zunahme besserer Milchviehbestände und deren rationellerer Fütterungsweise entschieden weitere Fortschritte gemacht."

Der Gesamteindruck aller dieser Darstellungen wird dahin zusammenzufassen sein, dafs Fortschritte auch in dieser Provinz in Rindviehzucht nicht zu verkennen sind, dafs dieselben aber nicht nur im ganzen, sondern auch bezüglich aller einzelnen Qualitäten im Vergleich zum Reichsdurchschnitte nur sehr mäfsige genannt werden können. Ursache hiervon liegt in der aufserordentlichen Ungunst der natürlichen Verhältnisse des Landes in Verbindung mit noch relativ geringem Verständnis für den auf ärmerem Boden so und so gröfsere Kenntnisse bedingenden Betrieb, auf der anderen Seite ist es aber der Einflufs der Hauptstadt des Reiches und übrigen grofsen Städte und die gerade nicht unvorteilhaften Verkehrs- und Handelsbedingungen, welche das Gegengewicht gegen genannte mifsgünstige Verhältnisse bildeten.

Schweine.

Auch hier wollen wir der Vollständigkeit wegen das prozentische Verhältnis der Gruppen nach dem Alter der Schweine anreihen. Es betrugen in

---

[1]) Vergl. Bericht über den Zustand der Landeskultur in Brandenburg 1883 S. 9 flg.

[2]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung S. 65, 114 u. 168.

[3]) Bericht pro 1883 S. 60.

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Brandenburg	74,1	25,9	21,4
Deutschen Reiche	77,5	22,5	41,8

Wir sehen durch Ziffern noch deutlicher veranschaulicht, was wir aus dem bisher Gehörten hätten ohne weiteres folgern können. Die relativ geringe Verbreitung des Molkereibetriebes in Brandenburg konnte auch keine hervorragende Schweinehaltung grofsziehen, um so mehr, da auch sonstige Bedingungen für Schweinehaltung mit Ausnahme eines ausgedehnten Kartoffelbaues gleichfalls nicht gegeben sind. Und diese eignen sich für die meisten Zwecke der Schweinehaltung nur als Beifutter, und bei der Nähe Berlins kann gerade auch die Produktion einer guten Speisekartoffel lohnender sein, als der Anbau von Viehkartoffeln. Ferner liefert der Sandboden bekanntlich die stärkemehlreichste Kartoffel — eben deshalb das Vorwalten derselben in Brandenburg — und als solche wird sie schon in einem Lande, wo die Maischraumsteuer den Sandboden bevorzugt, auf Entwickelung der Brennereiwirtschaften drängen. In der That wird Brandenburg, nach Zahl der kartoffelverarbeitenden Brennereien, nur von einem Lande übertroffen, nämlich Schlesien [1]).

Die Schlempe selbst aber erzeugt ein Fett weicher Konsistenz und wird deshalb geeigneter an andere Viehgattungen verfüttert.

Die geringe Zahl, die gerade die Zuchtsauen in Brandenburg aufweisen, ist eine Erscheinung, die bereits Meitzen erwähnt [2]): „In der Mark werden wenig Schweine gezüchtet; gröfsere wie kleinere Wirte kaufen ihren Bedarf meist von polnischen und preufsischen Schweinehändlern. Indess beginnen die gröfseren Güter seit dem letzten Dezennium vielfach englische Vollblut- und Halbbluttiere zu halten, und die englischen Kreuzungen verbreiten sich von ihnen

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 74. Der Zahl nach haben vorwiegend verarbeitet Brennereien:

in Brandenburg	519
„ Schlesien	575
„ Posen	412
„ Pommern	321

Die übrigen Provinzen bleiben weit hinter diesen Zahlen zurück.

[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 537.

aus mehr und mehr auch in kleinere Wirtschaften. Durch den nahen Absatz nach Berlin, Hamburg und England liefert die englische Züchtung überall gute Resultate."

Im allgemeinen erklärt sich schon hieraus, warum die Vermehrung der Schweine unter dem Durchschnitte des Reiches blieb. Aber auch qualitative Fortschritte sind unstreitig vorhanden. Dies bezeugen die Berichte [1]): „Die Schweinezucht ist in steigender Entwickelung begriffen, wozu gröfstenteils die aus der vermehrten Milchproduktion gewonnenen wertvollen Abfälle beigetragen. Die Zucht erstreckt sich fast durchweg auf englische oder mit englischem Blute gekreuzte Tiere."

Vergleicht man diesen im Jahre 1881 gegebenen Thatbestand mit obiger von Meitzen im Jahre 1869 geschriebenen Darstellung, so wirkt die Schnelligkeit der Veränderungen in der Züchtung gerade in die Augen springend. Der Bericht [2]) des folgenden Jahres drückt sich mit folgenden Worten aus: „Die Schweinezucht hat in neuester Zeit, gefördert durch das zunehmende Molkereiwesen, sowie durch die rege Nachfrage und die guten Preise, bedeutend an Umfang gewonnen." Ganz ähnlich berichtet auch das nächste Jahr [3]): „Weitere Hilfsmittel zur Förderung der Schweinezucht waren im Laufe des Jahres 1881 die neuen Einfuhrzölle und 1883 das gänzliche Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches, ferner die Gründung von Schweinezuchtgenossenschaften und Eberstationen."

Die Berichte stimmen also im wesentlichen so mit den Zahlen überein, dafs wir in ihnen das wahrheitsgetreue Bild der Verhältnisse bezüglich Schweinehaltung haben.

Schafe.

Bisher ist Brandenburg in unserer Betrachtung gut davon gekommen, allein bei diesem Abschnitte wird sich ein wenig ermutigendes Bild entfalten, wie die Anführung folgender Zahlen schon verrät:

---

[1]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in Brandenburg 1881 S. 37.

[2]) Bericht pro 1882 S. 26.

[3]) Bericht pro 1883 S. 54.

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	1 151 942	219 835	1 079 468
1883	652 114	197 648	870 135
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Brandenburg	37,5	11,6	50,9
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Brandenburg	— 44,3	— 10,1	— 19,4
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Das traurige Ergebnis dieser beiden letzten Zählungen ist nicht so sehr, dafs die Schafe sich verminderten, als vielmehr der Umstand, dafs die feinen Wollschafe am ärgsten reduziert wurden.

Über die Gründe, welche dafür geltend gemacht werden müssen, dafs die das Reichsmittel übersteigende Abnahme des Schafbestandes im ganzen gerade auch in Brandenburg zu bedauern ist, wollen wir, um uns nicht zu wiederholen, auf Westpreufsen hindeuten. Sie liegen in der Beschaffenheit und ganzen Betriebsweise. Ja in Brandenburg sind die Motive für Schafhaltung noch zwingender, abgesehen davon, dafs in Westpreufsen der Grofsgrundbesitzer mehr vorwaltet, als in Brandenburg. Es ist dies vielleicht Ursache, dafs in Westpreufsen die feinen Wollschafe relativ weniger abnahmen, als die übrigen Gruppen, was in Brandenburg zu seinem Nachteile leider nicht der Fall ist. Die Zucht auf Wolle in bestimmten Feinheitsgraden und sonstigen Eigenschaften setzt gröfseres Verständnis voraus, und die Vorbedingung derselben wurde durch die jüngsten Wollkonjunkturen noch erhöht, da wie wir früher bereits ausführten, nur ganz bestimmte Wollqualitäten blofs Anspruch auf den höchsten Preis erwarten können.

Gehen also in dieser Richtung die landwirtschaftlichen Vereine dem Kleinbesitz nicht an die Hand durch Zuweisung der geeigneten Böcke — denn der Gebrauch des Mikrofkopes in diesen Schichten der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung ist ein Unding —, so ist auch weiterhin der Rückgang der Schafhaltung unaufhaltbar und unvermeidlich. Auch die Berichte zeigen vollständige Vernachlässigung der Wollzucht und einzige Rücksicht auf Fleischproduktion.

So heifst es in einem Bericht[1]): „Die Schafzucht war auch im Vorjahre in unserer Provinz bezüglich der Stückzahl im Rückgange begriffen, und zwar in dem Mafse, wie man sich dem intensiveren Wirtschaftsbetriebe, speziell dem Hackfruchtbaue, mehr und mehr zuzuwenden veranlafst sah. In der Schafzucht nimmt die Richtung auf vermehrtes Körpergewicht teils mit Kammwollproduktion durch Kreuzung mit Rambouilletblut, teils mit Mastfähigkeit durch Kreuzung mit englischen Fleischschafen stetig zu.“ Noch deutlicher spricht dies ein zweiter Bericht[2]) aus: „Die Schafzucht hat im Berichtsjahre in unserer Provinz einen erneuten Rückgang und zwar zu Gunsten der Rindviehzucht erlitten. Die stärkere Inanspruchnahme der Äcker infolge des intensiveren Wirtschaftsbetriebes vermindert die erforderlichen Weideflächen, und die niedrigen oder doch nur sehr mäfsigen Wollpreise lassen in wenigstens nicht umfangreichen Wirtschaften die Schafzucht meistenteils nicht mehr lohnend erscheinen. Jedenfalls verläfst man immer mehr die Wollschafzucht und geht zur Kreuzung der Wollschafe mit englischen Fleischschafen über, und zwar mit um so gröfserem Nutzen, als das Schaffleisch in neuerer Zeit stetig im Preise gestiegen ist. Manche Wirtschaften betreiben die Schafzucht nur zum Zwecke der Produzierung solcher Kreuzungslämmer, welche nach Hamburg, sowie nach den Rübenbau-Gegenden Sachsens sehr lohnenden Absatz finden. An verschiedenen Orten ist auch wieder die Lupinose unter den Schafen in recht bedenklicher Weise aufgetreten.“ Ein gewisses Licht wirft auch auf die Ursachen der Abnahme der Schafe ein dritter Bericht[3]): „Die Schafzucht war auch im Vorjahre in unserer Provinz bezüglich der Stückzahl im Rückgange begriffen und zwar in dem Mafse, wie man sich dem intensiveren Wirtschaftsbetriebe, speziell dem Hackfruchtbau, mehr und mehr zuzuwenden veranlafst sah. In der Schafzucht nimmt die Richtung auf vermehrtes Körpergewicht teils mit Kammwollproduktion durch Kreuzung mit Rambouilletblut, teils mit Mastfähigkeit durch Kreuzung mit englischen Fleischschafen stetig zu.“ Nachdem der Verluste infolge Auftretens verschiedener Krankheiten, wie Egelkrankheit, Lungen-, Magen-, und Bandwürmer, der Drehkrankheit, Wasserfäule, Erwähnung gethan worden, setzt der Bericht fort: „Die Lupinose richtete in ver-

---

[1]) Bericht pro 1881 S. 36.
[2]) Bericht pro 1882 S. 25.
[3]) Bericht pro 1883 S. 36.

schiedenen Gegenden auch wieder starke Verwüstungen an, wenn gleichwohl in geringerem Umfange, als in den letztvergangenen Jahren, da man jetzt mehr Vorsicht bei der Verfütterung der Lupinen anwendet und dieselben teilweise auch ganz vermeidet."

Resümieren wir diese allerdings mangelhaften Darstellungen, so werden wir auch hier von erheblichen Fortschritten in der Qualität des Schafviehs überzeugt sein, allein sie werden in dieser Provinz keineswegs im stande sein, die in dem hier in Betracht kommenden Dezennium entstandenen Lücken zu ersetzen. Anderseits wird man auch nicht zugeben können, dafs nach dem heutigen Stande der landwirtschaftlichen Produktion selbst dann, wenn durch andere Tiergattungen dies, wie wir glauben, wirklich geschehen ist, diese Fortschritte doch hinter jenen zurückgeblieben sind, die durch weiteres Pflegen der Wollproduktion in richtiger Weise in Brandenburg zu erreichen wären [1]).

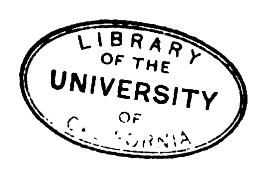
In Hinsicht der Ziegenhaltung, welche in letzer Zeit in Vermehrung den Durchschnitt des Reiches überflügelte, soll es nicht unerwähnt bleiben, dafs dieselbe gerade in Brandenburg, wie Meitzen [2]) anführt, neueren Datums ist. Es beweist dies vielleicht, dafs ein Bedürfniss für ein Surrogat der Abnahme der Schafe hier notwendig erscheint, vielleicht ist sie aber auch durch das rasche Anwachsen der Industriebevölkerung in dieser Provinz mit veranlafst.

Überblicken wir nun nochmals schnell die Lage der Gesamtviehhaltung in Brandenburg, so bietet sie nur das Bild sehr mäfsigen Fortschrittes. Es ist dies relativ ungünstige Resultat ein Produkt des verhältnifsmäsig extensiven, der Viehzucht von Natur aus abholden Betriebs, der auch sonst keine finanziell glücklich sich fühlende Bevölkerung ernährt, die aufserdem noch den grofsen Einflufs von Fachkenntnis auf die Rente zu wenig zu würdigen versteht.

---

[1]) Erst im Berichtsjahr 1884 wird eine für Wollzucht günstige Strömung konstatiert: „In neuester Zeit hat man der Schafzucht wieder vermehrte Aufmerksamkeit zugewendet. Man berücksichtigte dabei die Erzielung einer, wenn auch nicht feinen, aber ausgeglichenen, für die Fabrikanten brauchbaren Wolle, nachdem man diesen Umstand in den letztvergangenen Jahren in dem allein auf Fleischproduktion gerichteten Bestreben und bei den zu diesem Zwecke unternommenen verschiedenartigsten Kreuzungsversuchen leider fast ganz vernachlässigt hatte."

[2]) a. a. O., Band II S. 479.



Pommern.

Die beiden einheitlichen Viehzählungen ergaben für diese Provinz folgendes:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	177 559	486 698	3 218 674	328 477	54 528	1 161 566
1883	188 982	502 829	2 550 502	444 525	68 226	1 158 169
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 6,4	+ 3,3	— 20,8	+ 35,3	+ 25,1	— 0,3
Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.						
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 18,8	+ 1,0

Unter den bisher betrachteten Provinzen ist das mit Ausnahme Brandenburgs das ungünstigste Resultat, denn es weist der auf Grofsrindvieh reduzierte Viehstand ein Minus von 0,3% auf, so dafs auch dieses wie in Brandenburg nur durch die Verbesserungen der Qualität behoben werden könnte. Immerhin ist dies glaublich, wenn man bedenkt, dafs sonst gerade nicht zu sanguinisch urteilende Autoren für manche Gebiete in den letzten 25 Jahren eine Gewichtszunahme von 20 % annehmen, was auf ein Dezennium berechnet 8 % beträgt, wodurch die Abnahme von 0,3 % zur Genüge gedeckt erscheinen würde.

Wir können, wie in letzter Provinz, auf ähnliche Ursachen der Entwickelung der Viehzucht schliefsen, wenn wir uns die natürliche Beschaffenheit des Landes zunächst vergegenwärtigen [1]). In den 3 Regierungsbezirken: Köslin, Stettin und Stralsund, welche Pommern umfassen, ist die Fläche des schweren Bodens dem Gesamtdurchschnitte Altpreufsens nach sehr gering; sie bleibt in ihrem Verhältnisse hinter der aller anderen Provinzen beträchtlich zurück; Sand und Moor dagegen sind bedeutend vertreten; der Regierungsbezirk Köslin besitzt sogar eine gröfsere Sandfläche als der von Marienwerder und wird darin nur vom Regierungsbezirk Frankfurt übertroffen. Am ausgedehntesten aber sind die Flächen gemischten Bodens, in deren Verhältniszahl der Regierungsbezirk Stralsund alle anderen Teile der Provinz und zugleich alle übrigen Regie-

[1]) Nach Meitzen, a. a. O. Bd. I S. 229.

rungsbezirke des Staates weit überragt. Sonach beträgt der Anteil an der Gesamtfläche in der Provinz an [1]):

		In ganz Alt-Preufsen
Gemischtem Sand- und Lehmboden	44,8	34,4
Sandboden	35,4	30,0
Moorboden	10,2	5,2
Wasserfläche	3,0	2,2
Darunter Kalklager	1,4	2,4

Über die Art der Bodenbenutzung geben wir zunächst wieder die Resultate der Bodenaufnahme 1883. Es betrugen in diesem Jahre von 100 ha der Gesamtfläche der Provinz:

	Acker, Garten und Weinland	Wiesen	Weiden u. s. w.
Pommern	55,3	10,2	9,2
Deutschland	48,7	10,9	9,4

Ferner entfielen auf 100 ha des gesamten Acker- und Gartenlandes in

	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Pommern	56,5	11,6	1,0	9,0	21,1
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Besonders interessant wäre nach gegebenem Material ein flüchtiger Vergleich mit Westpreufsen, wo die Verhältnisse ähnliche waren, und doch Viehzucht ein besseres Resultat aufwies.

Allein abgesehen vom Klima, das für Pommern ein wesentlich ungünstigeres ist —, es fällt zum gröfsten Teil der pommersche Landrücken mit seiner niedrigen Frühjahrstemperatur in diese Provinz — ist doch auch die Bodenqualität in Pommern eine noch geringere als in Brandenburg. Leider scheidet Meitzen noch nicht die beiden Provinzen Ost- und Westpreufsen in Bezug auf Bodenbeschaffenheit, daher wollen wir nur mit Brandenburg den Vergleich ausführen.

Wohl haben wir an dem Durchschnittsreinertrag einen Anhalt. Meitzen [2]) gibt hierfür folgendes:

---

[1]) Vergl. auch Meitzens Atlas Tabelle IV.

[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 168 u. 180.

	Durchschnittlicher Reinertrag vom Morgen fruchttragender Fläche Sgr.	Ackerland Sgr.
Pommern	34,8	34,0
Brandenburg	37,3	36,0
Alt-Preufsen	45,8	40,0

Die Überlegenheit Brandenburgs drückt sich hierin deutlich aus.

Bezüglich der Wiesenzahl steht Brandenburg zwar etwas an Zahl zurück, jedoch die Qualität derselben ist eine erheblich günstigere [1]:

	Durchschnittlicher Reinertrag vom Morgen Wiese Sgr.	Weide Sgr.
Pommern	35	7
Brandenburg	39	14,5
Alt-Preufsen	45	14,0

Weiterhin ist der Betrieb der ganzen Landwirtschaft in Pommern noch ein viel extensiverer, wie die bedeutend kleinere Anbaufläche [2]) für Hackfrüchte und Futterpflanzen einerseits, die gröfsere Brachfläche anderseits besagt. Und nur dadurch steht Pommern Brandenburg gegenüber günstiger da, als der Umfang der Futterpflanzen in letzterer Provinz noch ein geringerer ist.

Nach allem Gesagten bietet Pommern also keine für Viehzucht günstige Grundlage. Nach Meitzen [3]) geben wir noch bezüglich der Beschaffenheit der Wiesen folgende Darstellung: „Auch in Pommern besitzen die Niederungen um den Ausflufs der Oder das höchste Verhältnis der Wiesen, wie des Graslandes überhaupt; indessen stehen dieselben den Niederungen der Provinz Preufsen an Umfang wie an Wert der Wiesen bei weitem nach. Im einzelnen ist in Hinterpommern die Verteilung weniger nach dem Durchschnitt der Kreise, als nach der örtlichen Lage unvorteilhaft. Wiesen und Weiden liegen überall in den tiefen Flufsthälern und an ihren Uferabhängen zusammen; die zwischen denselben weit ausgebreiteten

---

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II B. 288 u. 293.

[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 167, stimmt damit überein: „Im allgemeinen haben indessen die Rustikalen zu geringen Futterbau und deshalb bei zu schwacher Ernährung des Viehs zu wenig Dünger."

[3]) a. a. O., Bd. II S. 288 u. flg.

Flächen haben fast allenthalben Mangel. Auf der Höhe wird das Bedürfnis bei der gröfseren Graswüchsigkeit und den wechselnden feuchten Lagen weniger fühlbar. In den feuchteren Lagen ist das Produkt überall von geringerer Güte und durch Equiseten und Ranunkelarten verunreinigt. Im Regierungsbezirk Stettin finden sich gute Wiesen nur in den Niederungen der Oder, und im Regierungsbezirk Stralsund bilden Torfwiesen den Hauptbestand der Wiesen.“

Nur eine Folge solcher Landesbeschaffenheit ist es, wenn häufiger wie anderwärts über Futternot geklagt und diese stärker empfunden wird. Berichten, welche ihre Betrachtungen auch über den engen Rahmen eines Jahres hinaus erweitern, entnehmen[1]) wir: „Die Erkenntnis, dafs eine Auswahl möglichst guter Zuchttiere, gute Haltung und Ernährung der Viehstapel nur nutzbringend werden kann, trägt dazu bei, den landwirtschaftlichen Viehstand zu bessern. Man füttert besser und läfst es zur Herstellung eines richtigen Nährstoffverhältnisses an Zukauf von Kraftfuttermitteln nicht fehlen.“ Eine andere Nachricht[2]) lautet: „Die Viehzucht gewinnt von Jahr zu Jahr gröfsere Bedeutung, der Haltung und Pflege wird doppelte Aufmerksamkeit zugewendet, da bei den geringen Erträgen des Kornbaues der Nutzen aus der Viehhaltung um so mehr in die Wage fällt. Allem Anscheine nach wird bald, im Gegensatze zu dem alten Sprichworte, der Getreidebau noch ein notwendiges Übel sein, um für die Viehbestände das nötige Stroh zum weichen Lager zu gewinnen. Leider wird die Viehzucht noch nicht allgemein nach dem richtigen bewufsten Ziele getrieben.“ Dies wenige mag wieder genügen als Beleg, dafs die geringe Abnahme nach Zahl keinen Rückschritt bedeutet. Jedenfalls sind aber die Ursachen für diese etwaige Entwickelung keine vorübergehenden, sondern in der Hauptsache dauernde, nur durch Willensenergie und Verständnis zu beseitigen, wie weiterhin der Rückblick auf das ganze Jahrhundert besagt; es entfielen nämlich an reduziertem Vieh pro 1 □km

	1816	1883
in Pommern	22,7	37,7
„ Alt-Preufsen	26,0	43,3
„ Deutschland		47,2

[1]) Bericht der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft vom 1. April 1883 bis 1884 S. 28

[2]) Bericht des Baltischen Zentralvereins zur Förderung der Landwirtschaft 1883 S. 32.

Ein Fortschritt zeigt sich auch bei der Wertsberechnung durch Qualitätsverschiebung, welche ergibt an

		Stück		ℳ		ℳ
Pferden	+	11 423	×	495	=	5 654 385
Rindern	+	16 131	×	242	=	3 903 702
Schweinen	+	116 048	×	68	=	7 891 264
Ziegen	+	13 698	×	16	=	219 168
						17 668 519
Schafen	—	668 172	×	14	=	9 354 408
					+	8 314 111 ℳ

Pommern hat in dieser Beziehung eine günstigere Veränderung durchgemacht als Brandenburg, obschon dieses wieder nach reduziertem Viehstand voransteht. Der Grund hierfür liegt vorzüglich darin, dafs der durchschnittliche Verkaufswert für das Rind von 242 ℳ den in Brandenburg mit 203 ℳ bedeutend überragt. Auch bei Pferden und Schweinen ist dies der Fall, während der Verkaufswert für Schafe sich in beiden gleich hoch stellt. Den gröfsten Einflufs auf die ganze Landwirtschaft Pommerns und so auch seiner Viehzucht haben die üblen finanziellen Zustände des Landes. Eine genaue Verschuldungs- sowie Subhastations-Statistik ist bekanntlich nicht vorhanden, allein wohl in keiner Provinz Preufsens werden die Klagen in den Berichten so akut, wie hier. Lassen ferner auch Intelligenz, Absatz und Verkehr manches zu wünschen übrig, so dürfte doch obiges Moment in den Vordergrund zu stellen sein.

Wir gehen nun zur Betrachtung der einzelnen Viehqualitäten über:

Pferde.

Die Statistik liefert nachstehende Daten:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre alte Pferde	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
1873	7 882	8 498	7 855	153 324	
1883	8 271	8 849	8 638	163 224	6 058
	Hiervon die prozentualen Gröfsen.				
1873	4,4	4,8	4,4	86,4	
1883	4,4	4,7	4,6	86,3	3,3
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Nach dem Alter von 3 Jahren geschieden fiel oder stieg die Zahl der Pferde in Prozenten in:

	unter drei Jahre alt	über drei Jahre alt
Pommern	+ 6,3	+ 6,5
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Die einzelnen Altersklassen machten also keine grofsen Schwankungen durch. Der Umstand, dafs die unterdreijährigen Pferde in Pommern gegenüber dem Reichsmittel so bedeutend zurückstehen, sind wir geneigt ähnlich zu erklären wie in Westpreufsen, nämlich dafs ein grofser Teil der Nachzucht von aufsen angekauft wird. Meitzen [1]) bringt darüber Anhalte, indem in Pommern die Pferdezucht abgenommen haben soll, seitdem durch die Separationen die Hutungen aufgelöst sind. Dagegen sei der Bezug von Füllen teils aus Ostpreufsen, teils und vorzugsweise aus Mecklenburg, Hannover und Holstein umfangreich. Die Aufzucht von Arbeitspferden decke bei weitem nicht den Bedarf. Man könne annehmen, dafs der dritte Teil des Ersatzes aus Mecklenburg und Holstein eingeführt würde. Und damit stimmen noch die heutigen Zahlen.

Nach Verwendungsweise der Pferde ergab sich von 1873 auf 1883 folgende Zu- oder Abnahme in Prozenten:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Pommern	— 17,3	— 0,2	+ 47,3
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Von den neuen Berichten dürften folgende Stellen für die Beurteilung der Pferdezucht von Wert sein:

„Dem im vorigen Jahresberichte beklagten Mangel an Deckhengsten ist durch die Mafsregeln der Gestütsverwaltung gröfstenteils abgeholfen. Dafs die Pferdezucht im Vereinsbezirke Fortschritte macht, ist auch daran zu erkennen, dafs die Aufzucht der Pferde auf den Gütern an Ausdehnung gewinnt“ [2]).

An Stelle der von Meitzen genannten Bezugsquellen ist heute in erster Linie Hannover getreten: „Die auch in diesem Jahre vom

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 463 flg.

[2]) Jahresbericht des Baltischen Zentralvereins zur Beförderung der Landwirtschaft 1881 S. 37 u. flg.

Pommerschen Pferdezuchtverein eingeführten hannöverschen Füllen sind beim Verkauf gröfstenteils in den Besitz von Züchtern aus dem Zentralverein übergegangen, und so steht zu hoffen, dafs dies wertvolle Züchtungsmaterial der heimischen Pferdezucht Nutzen bringen wird. Dafs die Pferdezucht im Vereinsbezirke Fortschritte macht, ist nicht zu verkennen, leider herrscht in einigen Kreisen aber zu wenig Einigkeit über den einzuschlagenden Weg, ein gutes Gebrauchspferd zu ziehen. Die Ausstellungen zeigen daher gröfste Verschiedenheit in den Rassen. In anderen Kreisen dagegen tritt diese Mannigfaltigkeit nicht so stark hervor. Das Prinzip des Pommerschen Pferdezuchtvereins (Zucht von Karossier- und Kürassierpferden) erscheint auch dem Bedürfnis für stärkere Arbeitspferde durchaus Rechnung zu tragen, und so ist doch anzunehmen, dafs die Pferdezucht nicht nur vermehrt, sondern auch verbessert werden wird, wenn der Verein sein Ziel stetig verfolgt" [1]). Durch letztgenannte Zuchtrichtung nach Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Pferde, sowie, wenn auch nebensächlicher, in den ausgeführten Separationen mag man eine Rechtfertigung für Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde finden. Ein dritter Bericht [2]) äufsert sich dahin, „dafs der Pferdezucht erhöhtes Interesse zugewendet wird, und dadurch ein Fortschritt derselben stattfindet. Kleinere Vereine aber klagen [3]) auch hin und wieder. Der Pyritzer Verein bemerkt, „dafs es mit der Pferdezucht in dortiger Gegend nur langsam vorwärts gehe, da das nötige gute Zuchtmaterial an Mutterstuten und die geeigneten Weiden für die Füllen fehlen". Der Kammin-Gülzower Verein berichtet: „In der Pferdezucht hat die Körordnung vorläufig noch immer einen Mangel an Hengsten fühlbar gemacht, indessen ist dieser nicht zu bedauern, da gegen den Ausfall der Zahl der Hengste jetzt nur gutes Zuchtmaterial decken darf. Die vor Jahren aus Preufsen bezogenen Stutfohlen sind gröfstenteils zur Zucht zu klein geblieben. Der Bedarf an Ackerpferden wird hier nicht herangezogen."

Im Berichte des Regenwalder Vereins heifst es, dafs die Pferdezucht dortiger Gegend noch immer unter der Körordnung seufze, indem die Besitzer der besseren Privathengste die letzteren nicht zur Körung brächten und das Königliche Landgestüt zu Labes nicht

[1]) Bericht pro 1882 S. 35 u. 36.
[2]) Bericht pro 1883 S. 34 u. 35.
[3]) Bericht der pommerschen ökonomischen Gesellschaft pro 1882 S. 18.

im stande sei, das Bedürfnis zu decken. Augenblicklich sei die Gegend östlich und nördlich vom Regenwalde ohne Beschäler, was um so mehr zu beklagen ist, als die Gegend früher eine gedeihliche Pferdezucht betrieben habe.

Ein Blick auf die Abnahme der Zuchthengste in Pommern wird mancherorts die Berechtigung solcher Klagen rechtfertigen.

Immerhin gibt die Pferdezucht Pommerns im ganzen keine Veranlassung zu Besorgnissen, da ihre Vermehrung das Reichsmittel überschritt.

Rindvieh.

Resultate der Statistik:

	Kälber bis 1/2 Jahr alt	Jungvieh,		Rindvieh über 2 Jahre alt,		
		Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	37 122	4 315	94 654	4 299	324 402	21 913
1883	48 205	3 258	88 399	8 004	336 644	17 877
	Prozentuale Zu- oder Abnahme in					
Pommern	+ 29,9	— 24,5	— 6.6	+ 86,5	+ 3,8	— 18,4
Deutschland	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Die Zunahme an Rindvieh war im ganzen dreiunddreifsigmal gröfser als die durchschnittliche des Reiches. Auch in dieser Provinz kann man in dieser Vermehrung des Viehstapels das Bestreben erkennen, die grofsen Verluste zu decken, welche die Abnahme der Schafe brachten. Denn es kann nicht als Zufall betrachtet werden, dafs die Provinzen, welche ein grofses Defizit in Schafvieh aufweisen, im Rindviehstapel fast durchweg am bedeutendsten Fortschritte machten.

Aufserdem war schon seit früheren Zeiten die Rindviehzucht in Pommern gepflegt. Meitzen[1]) erwähnt: „Für die Kühe ist überall die eigne Aufzucht Sitte, die Ochsen werden in grofser Zahl aus Mecklenburg bezogen.“ Auch heute noch wird nach den Zahlen zu urteilen der gröfste Teil der Stierkälber verkauft, und anderes Grofsvieh hierfür bezogen, Beweis dessen das Plus der Rubrik Kälber und das Minus der Gruppe sonstiges Rindvieh, welche die Ochsen einschliefst. In letzter Hinsicht mag auch in Pommern die Einsicht mit beigetragen haben, dafs der Ochse auf Sandboden dem Pferde

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 482.

für den Durchschnitt der Verhältnisse als Gespanntier hintan zu stellen ist.

Die Gutachten drücken sich durchweg zuversichtlich betreffs Rindviehzucht aus [1]: „Die aus der Provinz Pommern vorliegenden Berichte lassen gleichfalls keinen Zweifel darüber, dafs die Aufmerksamkeit der dortigen Landwirte vorzugsweise auf die Verbesserung ihrer Rindviehzucht gerichtet war. Die niedrigen Getreidepreise und die reichliche Futterernte ermöglichten eine gute Ernährung des Rindviehs und die Ergänzung der im vorigen Jahre wegen Futtermangels reduzierten Viehstände. Befördert und belohnt wurde die Mühe durch die höheren Preise für alle Produkte der Viehzucht", und [2]: „Die Viehzucht gewinnt im Bezirke von Jahr zu Jahr gröfsere Bedeutung. Der Haltung und Pflege wird verdoppelte Aufmerksamkeit zugewendet, da bei den geringen Erträgen des Kornbaues der Nutzen aus der Viehhaltung um so mehr in die Wagschale fällt. Auf die Auswahl guter Zuchtstiere wird gröfsere Sorgfalt verwendet; man füttert besser und läfst es zur Herstellung eines richtigen Nährstoffverhältnisses an Zukauf von Kraftfuttermitteln nicht fehlen"; endlich berichtet E. Marcard [3]) über das Jahr 1884 aus Pommern: „Die Rindviehzucht ist im erfreulichen Fortschritte begriffen; es werden fast überall Holländer bzw. Angeler Bullenkälber oder Bullen angekauft, und viele Besitzer suchen sich reinblütige weibliche Tiere zu beschaffen, indem sie den Wert der Rassenkonstanz bei der Züchtung zu würdigen wissen." Die einzelnen Berichte der zwei Zentralvereine geben ähnliche Schilderungen, die wir, um uns nicht zu wiederholen, übergehen. Einer [4]) jedoch gedenkt des Molkereiwesens, während die meisten dasselbe kaum berühren, ein Beweis, wie sehr dasselbe in Pommern noch in Kinderschuhen steckt: „Die Rindviehzucht erfreut sich allgemein steigender Beachtung, obschon der Absatz der Molkereiprodukte noch ziemlich mangelhaft ist, auch Molkereigenossenschaften, wie Sammelmolkereien, bisher in wenigen Fällen zustande gekommen sind, trotz der gerade hierfür oft günstigen Verhältnisse." Schwer ist es natürlich hierfür Gründe aufzuführen, ebenso schwer einen Vergleich der Intelligenz der Bevölkerung ver-

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 107.

[2]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 160 u. flg.

[3]) E. Marcard, die Ergebnisse der preufsischen Landwirtschaft im Jahre 1884 in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern XV. Bd. Supplement III S. 49.

[4]) Jahresbericht der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft pro 1883 S. 25.

schiedener Provinzen zu versuchen, da es keinen Gradmesser für dieselben gibt, als die ausgedehnteste Kenntnis dieser Gebiete aus eigner Anschauung. Pommern nimmt, soviel dürfte man wohl behaupten können, keinen hervorragenden Rang in dieser Beziehung ein, wofür wir eine Vereinsstimme[1]) nur zitieren: „Schwer ist es für junge Leute, besonders der besseren Stände, Stellung zur gründlichen Erlernung der Praxis zu finden. Nur wenige Besitzer, gröfstenteils Inspektoren beschäftigen sich mit der Ausbildung. Dem zukünftigen Besitzer fehlt es nur zu oft, wenn er das väterliche Erbe übernimmt, an der gründlichen praktischen Durchbildung, und oft ist dies die Ursache, dafs dann die schön und gut übernommene väterliche Wirtschaft zu Grunde geht. Auch bleibt es zu beklagen, dafs die Grundlage der Studien der späteren Grofsgrundbesitzer, noch immer altem Vorurteil folgend, in den Vorstadien der Jurisprudenz endigt, statt die verwendeten erheblichen Opfer lieber positiven Momenten, das ist der gründlichen Kenntnis der Naturgesetze, als Basis späterer Praxis zu weihen.“

Sehr häufig blicken die üblen klimatischen Verhältnisse Pommerns durch die Darstellung von Mifserfolgen in der Landwirtschaft.

Dabei können wir uns nicht des Eindruckes erwehren, dafs die Zahlen, die für manche andere Provinz in der That mifsgünstig deuten, in Pommern vorsichtiger und weniger sanguinisch betrachtet werden müssen, als die Verbesserungen nach Qualität und Gewicht der Tiere im Vergleich zu anderen Gebieten zurückbleiben. Zahlenmäfsig hat man hierfür einen Anhalt in dem Hinweis auf das im Jahr 1883 ermittelte Durchschnittsgewicht des Rindviehs. Sowohl Rindvieh überhaupt, als auch fast alle einzelnen Arten desselben weisen in Pommern ein niedrigeres Durchschnittsgewicht auf, als es in den bisher betrachteten Provinzen beträgt, nämlich:

	Durchschnittsgewicht von Rindvieh überhaupt kg.
Ostpreufsen	336
Westpreufsen	351
Brandenburg	348
Pommern	267

Der Umstand klärt sich dadurch auf, dafs Pommern für die masttreibenden Gebiete des Reiches das Magervieh liefert, womit es bessere Rente erzielt als durch die eigne Mästung.

[1]) Bericht pro 1883 S. 13.

So heifst es in der Einleitung eines Berichtes[1]: „Die Preise für mageres Vieh sind bei der grofsen Nachfrage in den stets sich mehrenden Zuckerindustrie-Distrikten gegenüber dem durch Verluste, schlechte Ernten verminderten Angebote so teuer, dafs die Mästung keinen nennenswerten Gewinn bringt.“ Die Rasse hat in dieser Gewichtsdifferenz wohl sehr geringen Einflufs, da der Holländertypus so ziemlich überall durchschlägt. Trotz alledem ist der wunde Punkt nicht in der Rindviehhaltung für Pommern zu suchen.

Schweine.

Letztgesagtes gilt auch von der Schweinezucht. Das prozentische Verhältnis der amtlich gemachten Unterscheidungen war:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Pommern	76,5	23,5	33,6
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Die Schweinezucht im ganzen hat, verglichen mit dem Reichsdurchschnitte, eine nicht unerhebliche Erweiterung erfahren in vollständiger Parallele mit der Kuhhaltung. Der technische Molkereibetrieb in Pommern ist zwar weniger allgemein eingebürgert, allein auch bei der Verwertung der Milch im kleinen und selbst bei vorwiegender Selbstverwertung müssen die Rückstände der Milch zur Ausnutzung kommen. Die geringere Zahl der Zuchtsauen scheint auf einen kleineren Umsatz zu deuten, womit der Umstand übereinstimmt, dafs in Pommern das Durchschnittsgewicht der übereinjährigen Schweine gröfser ist, als in den vorangegangenen Provinzen, also gerade umgekehrt wie bei Kühen.

Das Durchschnittsgewicht der übereinjährigen Schweine betrug nämlich in

	kg
Ostpreufsen	109
Westpreufsen	107
Brandenburg	113
Pommern	118

Da die Verbreitung des englischen Blutes in allen Provinzen eine so allgemeine ist, die Berichte auch nicht von einer einseitigen

[1]) Bericht pro 1883 S. 3.

Bevorgung etwa grofser oder kleiner Yorkshires oder einer anderen Race reden, so dürfte man mit Grund annehmen können, dafs in Pommern das Schwein weniger früh dem Markt überantwortet wird, eine längere Fütterungsperiode durchmacht. Die einzelnen Jahresberichte bringen stereotyp dasselbe, dafs die Schweinehaltung Hand in Hand gehe mit der Vermehrung der Rindviehhaltung und der Verwertung der Molkereiprodukte.

Die Schweinezucht ist für Pommern jedenfalls eine Hauptstütze dns Betriebes geworden.

Schafe und Ziegen.

Die letzten Viehzählungen eruierten:

	feine Wollschafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	1 864 140	221 146	1 133 388
1883	1 578 559	128 226	843 717
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Pommern	61,9	5,0	33,1
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- und Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Pommern	— 15,3	— 42,0	— 25,5
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Sowie für alle Gegenden mit vorherrschenden sandigen Charakter des Bodens ist die Abnahme der Schafe, wie früher ausgeführt wurde, eine unausgefüllte Lücke, durch keine andere Viehgattung vollständig zu decken. So auch in Pommern, wo sich wenigstens die Schafverminderung in engeren Grenzen hielt, als dies im ganzen Reiche der Fall war. Bei Pommern war es wohl mehr die zwingende Notwendigkeit des extensiven Betriebes, als die richtige Beurteilung der Landwirte, welche von jeher den Anteil der veredelten Fleischschafe auf niedrigen Niveau erhalten mufste. In diesem Sinne ist auch die Erscheinung, dafs die Einschränkung der Schafhaltung in Pommern vorwiegend die veredelten Fleischschafe betraf, als keine Verirrung der Produktion, als vielmehr der einzig richtige Entwickelungsgang zu bezeichnen. Dies gleiche gilt von dem Verhältnis der Abnahme zwischen feinen Wollschafen und sonstigen Schafen.

Beklagenswert jedoch bleibt das Defizit im Schafviehstapel in Pommern unter allen Umständen. Die Keime geschilderter Bestrebung in der Schafzucht finden sich bereits bei Meitzen[1]) in dem Passus: „Die Mästung hat durch den Verkehr mit Berlin vermittelst der Bahnen gewonnen (nämlich die Mästung von Kreuzungen mit englischen Böcken ist hier gemeint). Indes hat sich das Streben in neuester Zeit doch mehr auf die Rambouillets gewendet, die sich bei mittlerer Feinheit und schwerem mastfähigen Körper auf den vorhandenen grasreichen Weiden gut ernähren. Sie haben eine rasche Verbreitung gefunden.“ Hören wir auch einige neue Berichte[2]): „Die für die edleren Schäfereien sehr ungünstigen Witterungsverhältnisse, sowie die anhaltend niedrigen Wollpreise haben viele Besitzer deutscher und französischer Kammwollherden veranlafst, einen Teil ihrer Mutterschafe mit englischen Fleischschafen zu kreuzen, da die Kreuzungsprodukte ein viel gefragter und gesuchter Handelsartikel sind.“ Es ist dabei zu erwähnen, dafs dabei die Mutterherde rein erhalten bleibt. In einem anderen[3]) findet sich hierüber: „Die Schafherden sind durchweg vermindert, teils freiwillig, indem die Kuhhaltung erweitert — teils durch grofse Verluste und wegen der relativ immer geringer werdenden Preise für Wolle, in jüngster Zeit auch für Masthammel. Zum Teil hat auch die Lupinose in vielen Fällen, ja in den meisten Herden starke Verluste herbeigeführt. Noch mehr aber haben die nachteiligen nassen Spätsommer und Herbste Krankheiten erzeugt, namentlich unter den jüngeren Klassen. Auch die grofsen Verluste bei der Lämmerzucht sind wohl diesen klimatischen Verhältnissen zuzuschreiben.“

Den Baltischen Zentralvereinsberichten[4]) entnehmen wir: „Die Schafzucht steht im Vereinsbezirke schon länger auf besonderer Höhe. Vornehmlich wird das deutsche und französische Kammwollschaf gezogen.“ Ferner[5]): „Im Vereinsbezirk wird vorwiegend das Kammwollschaf gezüchtet und dabei hauptsächlich die edle Kammwolle auf grofsem, kräftig entwickeltem Körper festzuhalten gesucht; aber das Bestreben, mehr frühreife, leicht mastungsfähige Tiere zu erziehen, welche nicht nur das Futter gut verwerten, sondern auch

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 522 flg.

[2]) Jahresbericht der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft pro 1881 Seite 19.

[3]) Bericht pro 1883 S. 26.

[4]) Bericht pro 1882 S. 36.

[5]) Bericht pro 1883 S. 36.

einen schnelleren Umsatz ermöglichen, veranlafst die Benutzung verschiedener englischer Fleischrassen zur Kreuzung, wobei in letzterer Zeit Oxfordshiredowns und Hamshiredowns der Vorzug gegeben ist. Da jedoch diese Kreuzungen zur Nachzucht nicht sonderlich zu verwerten und gegen die Einflüsse des hiesigen Klimas nicht widerstandsfähig genug sind, auch durch die Weideverhältnisse häufig Krankheiten erliegen, so richtet sich die Aufmerksamkeit von mancher Seite auf die in letzter Zeit häufig genannte Zuchtrichtung, wie sie von Rudolf Behmer vertreten und in Münchenlohra u. s. w. gezüchtet wird."

E. Marcard[1]) gibt die Lage der pommerschen Schafzucht mit nachstehenden Worten: „Während nur in einzelnen Herden durch regelmäfsig wiederholten Zukauf von Rambuillet- oder Kammwollböcken aus renommierten Stammzuchten das Merinoschaf in seinem Typus erhalten bleibt, aber die Schafe selbst viel gröfser und kräftiger geworden sind, kreuzt man in anderen Wirtschaften Merinomütter mit englischen Fleischböcken und verkauft die aus der Kreuzung erzielten Lämmer, 8 bis 12 Monate alt, zur Mast an Zuckerfabriken, oder man mästet die Tiere selbst und gibt sie mit 14 bis 15 Monaten vollständig ausgemästet an den Fettviehhändler ab. Die Preise für Schafvieh haben sich dauernd ziemlich hoch erhalten, namentlich aber wird Faselvieh recht gut und verhältnismäfsig höher als Mastvieh bezahlt." Bezüglich Neu-Vorpommerns entlehnen wir demselben Autor: „In den Stammschäfereien werden ausschliefslich Kammwolltiere gezüchtet und dabei auf die Erhaltung einer möglichst edlen Wolle grofse Sorgfalt verwandt. Bei den Bockverkäufen machten sich die ungünstigsten Verhältnisse der Landwirtschaft durch niedrige Durchschnittspreise geltend, die Böcke werden meistens an Schäfereibesitzer in Pommern, Preufsen, Posen verkauft, aber auch von Schäferei-Direktoren zum Wiederverkauf an Besitzer in Polen, Rufsland, Ungarn erworben. Mehrere Schäfereibesitzer haben schon seit Jahren einen gesicherten und lohnenden Absatz nach überseeischen Ländern. Der niedrige Wollpreis und der Rückgang im Preise des Absatzviehs schaffen der Kreuzung mit englischen Fleischböcken vermehrte Verbreitung; aber auch die Preise für Fettschafe sind sehr gefallen, da wegen der erschwerten Ausfuhr und bei der Konkurrenz Amerikas und Australiens der englische

[1]) E. Marcard, die Ergebnisse der preufsischen Landwirtschaft im Jahre 1884 in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern S. 61.

Markt für deutsche Schafe fast verloren gegangen ist.“ Trotzdem zeigte das deutsche Wirtschaftsjahr [1]) 1883 für Pommern ein Steigen der Einfuhr englischer Böcke: „In Pommern (Stettin) war die Einfuhr von englischen Fleischschafen in den letzten Jahren eine stetig wachsende. Die Umgestaltung einer grofsen Anzahl Wollherden in Fleischschafherden, das Kreuzen der Wollschafe mit englischen Böcken zur Produktion von schmackhaftem Fleisch für den inländischen Markt und namentlich für den Export nach England und Frankreich.“

Vergegenwärtigt man sich nochmals die Lage der Schafzucht Pommerns, so wird man sich nicht der Überzeugung entschlagen können, dafs in diesen vielen Versuchen und oft allerdings nicht vom grofsen Glück und Erfolg begleiteten Anläufen zum Übergang zur reinen Fleischschafzucht die klimatischen Eigentümlichkeiten des Landes eine fast unübersteïgliche Mauer bilden, dafs aber hierdurch Schönes geleistet wurde in Erzielung kräftiger Formen und Gestalten, die einen fast gleichwertigen Ersatz für die Zahl bilden mögen. Kann man den Zahlen der Statistik in Richtungen der Unterscheidungen der gezählten Untergruppen trauen, so hat Pommern sich wegen der relativ geringeren Abnahme der feinen Wollschafe den Weg für die Zukunft offen gehalten, in Produktion von konkurrenzfähiger Wolle eine hervorragende Rolle zu spielen.

Die Zahl der Ziegen hat auch in Pommern um mehr zugenommen als durchschnittlich in Deutschland. Es macht dies hier weniger die Zunahme der Industriebevölkerung, als die Besserung der Lage des landwirtschaftlichen Arbeiters überhaupt, die ihn in die Lage setzt, eine Ziege zu halten. Allerdings wird dies in solcher Weise nur in jenen Gebieten hervortreten, wo der Grund und Boden billiger ist und sich hier und da bei extensivem Betrieb noch kostenlos sonst etwa verschmähtes Futter von dem Armen beschaffen läfst. Es treffen genannte Voraussetzungen bei Pommern gerade zu.

In Summa betrachtet, ist die ganze Viehzucht Pommerns die Resultante zahlreicherer und wechselvollerer Komponenten als in mancher anderen Provinz, an deren Spitze aber dauernd auch in Zukunft stehen wird zum Nachteile derselben die Beschaffenheit von Klima und Boden der Provinz; es ist dies zugleich die prägnanteste Ursache, die in Pommern stärker in ihrer Wirkung auf die

---

[1]) Das deutsche Wirtschaftsjahr 1883 nach den Jahresberichten der Handelskammern dargestellt vom General-Sekretariat des deutschen Handelstages S. 195.

Viehzucht hervortrat, während wir die übrigen Momente ja auch in anderen Gebieten bereits in ähnlicher Weise engagiert fanden.

Auch in dieser Provinz können die angeführten autentischen Berichte derselben die Überzeugung bestärken, dafs die geringe Abnahme nach Zahl durch die Steigerung des Wertes des Individuums mehr als gedeckt wurde.

Posen.

Nach den beiden reichseinheitlichen Zählungen ergibt sich für diese Provinz:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	197 083	570 760	2 629 399	310 835	48 494	1 211 075
1883	211 291	625 723	1 892 336	469 043	71 353	1 255 101
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
	+ 7,2	+ 9,6	— 28,0	+ 50,9	+ 47,1	+ 3,6
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.					
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Posen wird in der prozentischen Zunahme seines auf Grofsvieh reduzierten Viehstandes in Deutschland — die Städte abgerechnet — nur von Ostpreufsen übertroffen.

Der gewichtigste Einflufs in dieser Thatsache ist der gleiche wie in letztgenannter Provinz, auf den übrigens ja früher bereits ausführlich hingewiesen wurde: die östliche Lage und das Emporblühen der ganzen Volkswirtschaft in noch zurückgebliebenen Teilen der Monarchie, welches noch geraume Zeit für die Zukunft seine Nachwirkung äufsern wird, geradeso wie der Umschwung, der mit der Übernahme der Provinz in preufsische Verwaltung eintrat, hiermit keinen Stillstand fand. Diese energische Reformation macht sich durch das ganze Jahrhundert geltend, wie das Verhältnis des auf Rindvieh reduzierten Viehstandes zur Fläche eines □km zeigt. Es entfielen in:

	1816	1883
Posen	17,2	42,7
Alt-Preufsen	26,0	43,3
Deutschland		47,2

Posen hat also den Vorsprung noch lange nicht eingeholt.

Nach seiner klimatischen[1]) Lage hat Posen ein grofses Stück Ost-Westpreufsen und natürlich auch Pommern voraus, denn es fällt zu einem grofsen Teile in die Region der günstigsten Temperaturverhältnisse, etwa Brandenburg sich nähernd, indem bereits Wein in den südwestlichen Distrikten gedeiht.

In Hinsicht seiner Bodenbeschaffenheit[2]) ist es sogar besser situiert als z. B. Brandenburg oder Pommern, denn im allgemeinen herrschen in der Provinz Posen die gemischten und weniger die reinen Sandboden bemerkbar vor.

Meitzen bringt folgende Übersicht:

	Lehm- und Thonboden-Anteil an Hundert	Anteil der Gesamtfläche:				
		gemischte Sand- und Lehmboden	Sandboden	Moorboden	Wasserflächen	darunter Kalk
Posen	9,4	48,0	33,6	7,0	2,0	0,022
Alt-Preufsen	28,2	34,4	30,0	5,2	2,2	2,4

Eigentliche Lehmboden sind sonach nur wenige vorhanden, die meisten Kreise besitzen nur sehr geringe Prozente. Ebenso verhält es sich mit Thonboden.

Ohne auf die einzelnen Regierungsbezirke näher eingehen zu wollen, sei nur auf das äufserst hohe Verhältnis der gemischten Boden verwiesen, das fast die Hälfte der Gesamtfläche beträgt und von keiner der betrachteten Provinzen erreicht wird. Auch die Sandboden sind mit Ausnahme Preufsens hier in der Minderzahl. Letzteres ist aber wieder durch das Überwiegen von Thon und Lehm im Vorteil, der allerdings durch das rauhere Klima wieder teilweise beseitigt wird.

Wie verhält sich nun die Benutzung dieser Flächen nach der neuesten Aufnahme 1883?

Von 100 ha der Gesamtfläche des betreffenden Staates beträgt in:

	Acker- und Gartenland	Wiesen	Weiden etc.
Posen	61,8	8,0	5,2
Deutschland	48,7	10,9	9,4

[1]) Vergl. Meitzens Atlas Tafel V.

[2]) Vergl. Meitzens Atlas Tafel IV und folgende Darstellung ist nach genannten Autor zusammengefafst: a. a. O., Bd. II S. 239 flg.

und von 100 ha der Fläche des Ackerlandes (und Garten-) kamen in demselben Jahre in

	Getreide	Hackfrüchten	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Posen	61,4	16,6	0,7	7,2	13,3
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Die Bodenbenutzung ist nach diesen Ziffern keine der Viehzucht besonders günstige, und wir müssen daher als vorwiegenden Grund der Zunahme der Viehzucht in Posen den Umstand bezeichnen, daſs es kraft seiner östlichen Lage und geringen volkswirtschaftlichen Entwickelung früher sehr zurückgeblieben war, woran es heute noch zu arbeiten und nachzuholen hat, wie bereits erwähnt wurde.

Sowohl Wiesen als Weiden bleiben hinter dem Durchschnitte des Reiches zurück und nur die groſse Ackerfläche mit ausgedehntem Getreidebau springt sehr in die Augen. Hierzu gesellt sich ein sehr schwacher Futterbau und eine ausgedehnte Brachhaltung. Nur ein begünstigendes Moment können wir noch hervorheben, nämlich den starken Hackfruchtbau, welcher überwiegend in Kartoffeln [1]), besteht, weniger in Zuckerrüben [1]). Gerade der Umstand, daſs die gröſste Zahl der Kartoffeln zu Brennereizwecken verwendet wird, läſst die im Lande so reichlich produzierten Strohmassen günstig verwerten; ohne Schlempe wäre in dieser Provinz bei dem sonst herrschenden Mangel an Futter die Zunahme in der Viehzucht kaum möglich gewesen. Die Lage der Spiritusindustrie ist deshalb für Posen von höherer Bedeutung als für irgend ein anderes Land, auſser vielleicht Brandenburg. Denn auch die Qualitä der Wiesen und Weiden ist hier eine sehr geringe und stehen beide hinter dem Durchschnitte des Staates zurück. Meitzen [2]) gibt die Ertragsverhältnisse in folgender Weise an:

[1]) Zunahme von Kartoffeln und Zuckerrüben von 1878 bis 1883. Siehe Preuſsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 5 u. 6.

Regierungsbezirk	Kartoffeln ha	Zuckerrüben ha
Posen	+ 12 209	+ 8 715
Brandenburg	+ 7 671	+ 11 228

Die Brache hat sich in derselben Zeit in Posen um 101 911 ha vermindert

[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 291 flg.

	Durchschnittlicher Reinertrag vom Morgen		Grastragende Fläche
	Wiesen	Weiden	
	Sgr.	Sgr.	Sgr.
Posen	34	11	25
Alt-Preufsen	45,0	14,0	31,4

Die Wiesen bleiben in diesem Reinertrage selbst denen in Brandenburg und Pommern hintenan.

Ähnlich wie mit Wiesen und Weiden ist es mit dem Ackerland, dessen Reinertrag auch weit hinter dem durchschnittlichen Alt-Preufsen zurückbleibt, nach Meitzen [1]):

	Durchschnittlicher Reinertrag vom Morgen fruchttragender Fläche	Acker
	Sgr.	Sgr.
Posen	26,7	26,0
Alt-Preufsen	45,0	44,0

Begünstigend wirkt besonders im Regierungsbezirke Posen das Klima, indem dieses an Wärme den Sommer von Schlesien übertrifft, weniger im Bromberger Bezirk. Charakteristisch ist, wie gesagt, die grofse Ausdehnung der fruchttragenden Fläche und der Grofsbetrieb, namentlich in Posen. Auch hier ist aber der ganze Betrieb extensiv wegen Kapitalnot und Arbeitermangel. Die Stallfütterung ist noch weniger üblich, als in mancher anderen Provinz.

Auf die Veränderung in Viehhaltung hat aber die oben angedeutete Verschiebung in den Anbauverhältnissen letzten Dezenniums einen gröfseren Einflufs geübt, als die bestehenden Verhältnisse.

Die Berichte aus Posen lauten trotz der grofsen Viehzunahme nach Zahl doch weniger optimistisch, als in manch anderer Provinz. So heifst es [2]): „Die Verbesserung der Zuchten macht bei den kleineren Wirten nur langsame Fortschritte“, oder [3]): „Von auswärts sind Zuchttiere nur vereinzelt eingeführt worden, gröfser war der Import von Arbeitsochsen aus Bayern, Schlesien und Ostpreufsen für die Rübenwirtschaften und Zuckerfabriken.“

---

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 174.

[2]) Jahresbericht über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen pro 1881 S. 22.

[3]) Bericht pro 1882 S. 40.

Der Bericht pro 1883 [1]) erklärt die Veränderungen der letzten Viehzählungen wie folgt: „Während hiernach der Pferde- und Rindviehbestand eine mäfsige Zunahme aufweist, hat die Schweinehaltung sich um 50 % vergröfsert und nahezu in gleichem Mafse auch die Ziegenhaltung, dagegen weist die Schafhaltung einen enormen Rückgang auf. Die Ursachen dieser Veränderungen sind leicht erklärlich.

Die Pferdezucht wird bekanntlich nicht blofs von manchen Grofsgrundbesitzern, sondern auch von vielen kleineren Wirten mit Vorliebe betrieben; sie liefert um so bessere Reinerträge, je sorgsamer bei der Züchtung und bei der Aufzucht der Fohlen verfahren wird, und je wertvoller demgemäfs die Zuchtprodukte sind. Wenn nun auch nicht zu behaupten ist, dafs bei der Pferdezucht ein grofser Gewinn erzielt wird, so mögen doch in manchen Fällen die besseren Preise der Zuchtprodukte zu einer Erweiterung der Zucht Anlafs gegeben haben, aufserdem aber hat auch der intensivere Wirtschaftsbetrieb eine Verstärkung der Gespannkräfte notwendig gemacht. Die Rindviehzucht findet einen Rückhalt in den Umständen, welche die Schafhaltung beeinträchtigen, besonders in der Rübenzuckerindustrie, welche in ihren Abfällen ein sehr wertvolles Futtermittel liefert, wogegen der intensive Betrieb der Rübenwirtschaften die als Schafweide zu benutzenden Weiden mehr und mehr beseitigt. Am meisten aber hat zur Reduzierung der Schafhaltung das Sinken der Wollpreise beigetragen, in welchen erst in neuester Zeit ein Stillstand eingetreten ist. Auch die in gewissen Gegenden (Kreis Birnbaum, Meseritz) stark aufgetretene Lupinose hat auf die Einschränkung der Schafhaltung hingewirkt. An Stelle der Schafhaltung ist meistens Rindvieh getreten, seltener wohl Schweine und Ziegen. Die Schweinehaltung ist längere Zeit hindurch der lukrativste Zweig der Viehhaltung gewesen, dies hat zu der rapiden Erweiterung derselben Anlafs gegeben, wobei auch das starke Vermehrungsvermögen dieser Viehgattung in Berücksichtigung zu ziehen ist. Die Vermehrung der Ziegenhaltung erklärt sich wohl zumeist dadurch, dafs vielfach an Stelle des Deputatrindviehs von den Dienstleuten Ziegen gehalten werden.“

Die vielen Krankheiten, über welche die Berichte Posens auffällig viel klagen, dürften, abgesehen von der geringen Sorgfalt der Behandlung und Fütterung des Viehs sowie Unkenntnis in den

[1]) Bericht pro 1883 S. 33.

Vorsichtsmafsregeln, auch im starken Schmuggeln von Vieh aus Polen öfter die Ursachen zu suchen sein.

Das deutsche Wirtschaftsjahr[1]) beurteilt die Provinz Posen bezüglich Viehhandels folgendermafsen: „Auch in der Provinz Posen ist seit einigen Jahren von den gröfseren Grundbesitzern für die Zucht von Rassetieren durch Anschaffung guter Stammtiere viel gethan worden, jedoch bleibt diese Provinz in dieser Beziehung hinter Schlesien, Pommern und der Mark noch zurück, wie sehr auch die Erfahrung lehrt, dafs bei Mästung leichter, minderwertiger Tiere kein Nutzen bleibt. Die posenschen Haupt-Hammelmärkte (in Lorek, Gostyn, Sandberg) waren infolge der andauernden Sperre der russischen Grenze nicht stark beschickt. Bezüglich der Schweinezucht ist hervorzuheben, dafs in Bezug auf Veredelung der Rasse in der Provinz Posen wesentliche Fortschritte gemacht sind; auf den besseren Gütern ist die alte Landrasse gar nicht mehr anzutreffen. Die englischen Sorten waren im Berichtsjahre am meisten begehrt, trotzdem auch bei diesen die Preise gegen die des Vorjahres bedeutend nachgeben mufsten.“

Für die Beurteilung der Veränderungen in der Viehzucht gerade in Posen ist weiterhin wichtig, wie sich die Zahl der spannfähigen Nahrungen in letzter Zeit verhalten hat. Mit Ausnahme der Provinz Pommern, wo kreisweise den Berichten[2]) zufolge der mittlere Bauernbesitz geradezu im Verschwinden begriffen ist, teils durch Ausschlachen von seiten gröfserer Güter, teils durch Parzellierung, bietet Posen in dieser Hinsicht das traurigste Bild. Als besonders besorgniserregend wird der rapide Rückgang der spannfähigen Nahrungen in dem Zeitraume von 1859 bis 1880 erscheinen, bei welchem nur drei Kreise — Bracht, Bromberg und Schubin nicht beteiligt sind.

In dem kurzen Zeitraume von 21 Jahren sind in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg, also in der Provinz Posen zusammen 17,54 % spannfähiger Wirtschaften verloren gegangen (in absoluten Zahlen 8396). Geringer ist der Verlust nach Areal von 1859 bis 1880 um 104 505 Morgen. Die Zahl der nicht spannfähigen Nahrungen hat in derselben Zeit in der ganzen Provinz um 10 856

---

[1]) Das deutsche Wirtschaftsjahr 1883 S. 195.

[2]) Bericht über die Verhandlungen der 12. Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 25. bis einschliesslich 29. Februar 1884 erstattet vom General-Sekretär Franz Müller S. 79 flg. Zusammenstellung der Hauptergebnisse aus den Berichten der preufsischen Zentralvereine und den Berichten des Vereins für Sozialpolitik.

= 32 % zugenommen. An Areal um 225 007 Morgen = 75 %. Die spannfähigen bäuerlichen Nahrungen befinden sich also seit dem Jahre 1859 in einem schnellen Rückgange, der dem Flächeninhalte nach weniger erheblich ist, mithin die Durchschnittsgröfse derselben zunimmt; die Zahl der nicht spannfähigen Wirtschaften und noch mehr deren Flächeninhalt vermehrt sich rapide, die Durchschnittsgröfse derselben nimmt ebenfalls zu.

Namentlich für die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde und die Zunahme von Ziegen und Schweinen ist die Kenntnis solcher Verhältnisse von Wert.

Bevor wir aber ein allgemeines Urteil über die Viehhaltung Posens abgeben wollen, sei noch gestattet, die Resultate unserer bekannten Wertsberechnung für die Verschiebung der Qualitäten anzuführen, wonach sich ergiebt an

		Stück		ℳ		
Pferden	+	14 208	×	307	=	4 361 856
Rindern	+	54 963	×	172	=	9 453 636
Schweinen	+	158 208	×	55	=	8 701 440
Ziegen	+	22 859	×	14	=	320 926
						22 836 958
Schafen	—	737 063	×	13	=	9 581 819
					+	13 255 139 ℳ

Posen rangiert in Bezug auf die Wertsteigerung nur durch Qualitätsverschiebung sofort an 2 Stelle hinter Ostpreufsen. Es waren sowohl Rind als auch fast Schweine im stande den Ausfall an Schafen zu decken, eine Thatsache, die in unserer Auffassung der letzten Veränderungen in der Viehzucht den Ausschlag geben wird. Allerdings ist ja nicht zu leugnen, dafs in anderen Provinzen die Hebung der Leistungsfähigkeit des Individuums gröfsere Fortschritte gemacht hat, welche Ansicht die Färbung der Berichte auch unterstützen, Posen aber zeigt schon an der Hand eines sicheren Mafsstabes der einfachen Stückzahl ein energisches Vorwärtsstreben. Betrachten wir jetzt die einzelnen Gattungen näher:

Pferde.

Ihre Zahl betrug:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	14 155	15 041	10 967	156 920	
1883	16 459	16 039	13 337	165 456	11 511
	Hiervon die prozentualen Gröfsen.				
1873	7,2	7,6	5,5	79,7	
1883	7,8	7,6	6,3	78,3	5,5
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Nach dem Alter von drei Jahren distinguirt betrug die Veränderung in Prozenten

	unter 3 Jahr alt	über 3 Jahr alt
Posen	+ 14,1	+ 5,4
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Die einzelnen Alterklassen haben also nach beiden Zählungen wenig differiert. Auffallend blofs auch hier ist die geringe Vermehrung der unter 3 Jahre alten Pferde und die starke Zunahme der überdreijährigen. Wir können auch für diese Provinz keinen anderen Grund ausfindig machen, als es für Ostpreufsen z. B. geschehen ist, nämlich, dafs der Export an jungen Tieren schon in ein früheres Alter verlegt wurde; denn die Berichte lassen keinen Zweifel aufkommen, dafs die Pferdezucht Posens, die nach Ostpreufsen den zweiten Platz einnimmt, zu berechtigten Hoffnungen Anlafs gibt. Doch lassen wir lieber die prägnantesten Stellen jüngster Berichte selbst sprechen [1]): „Die erfreulichen Fortschritte, welche unsere provinzielle Pferdezucht in den letzten 25 Jahren gemacht hat, haben die Königliche Staatsregierung veranlafst, auf die Errichtung eines Landesgestüts in unserer Provinz Bedacht zu nehmen. In ihrer Leistungsfähigkeit für die Pferdezucht nimmt Posen nach der Provinz Ostpreufsen die erste Stelle unter den verschiedenen Landesteilen ein; sie stellt nächst dieser Provinz die meisten Remonten

[1]) Jahresbericht über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen pro 1882 S. 40 flg.

für die Armee und erzielt sogar den höchsten Durchschnittspreis im ganzen Staate. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Beschäler in dem Königlichen Gestüte zu Zirke 225, aber dieser hohe Bestand, welcher nur noch von dem Depot in Zelle in der Provinz Hannover erreicht wird, reicht für das Bedürfnis nicht aus, und es müssen fortgesetzt eingehende dringende Anträge auf Vermehrung respektive stärkere Besetzung der Deckstationen als unerfüllbar abgelehnt werden.

Die Pferdemärkte in Inowrazlaw und Gnesen waren gut beschickt, namentlich der Gnesener Markt entwickelt sich mehr und mehr zu einem Weltmarkte, der Käufer aus den entlegensten Teilen Deutschlands und dem Auslande heranzieht."

Eine besonders übersichtliche Darstellung der Entfaltung der Pferdezucht Posens ist im Berichte [1]) pro 1883 enthalten nach dem Gutachten des Herrn Rittmeisters Schönberg-Langgoslin, Vorsitzenden der Prämiierungskommission: „Auch in den Jahren 1881, 1882 und 1883 ist es mir vergönnt gewesen, fast allen Schauen in den 27 Schauorten der Provinz Posen beizuwohnen, und kann ich somit wohl in kurzem ein Bild derselben entrollen; um aber die Berichte meiner früheren Jahre nicht teilweise wiederholen zu müssen, werde ich mich heute darauf beschränken, die ganzen Schauen zusammenzufassen und nicht über jede einzelne berichten, wie ich dies in früheren Jahren für angemessen fand. Das Interesse für die Pferdezucht in der ganzen Provinz ist entschieden in fortwährendem Zunehmen, und wenn ich die abgehaltenen Prämiierungen als Mafsstab annehmen darf, mit potenzierten Schritten. Die Haltung der vorgeführten Pferde war im allgemeinen eine sehr gute, sorgfältig und gut aufgezogene Fohlen, eine Verminderung des zu frühzeitigen Anspannens derselben, gute Haltung auch der alten Pferde und eine zweckentsprechende Paarung waren gröfstenteils ersichtlich. Nicht nur die erzielten Prämien, sondern auch hauptsächlich für prämiierte Fohlen und Pferde erzielte bedeutende Preise erregen das Interesse der bäuerlichen Züchter an den Besichtigungen ihrer Pferde.

Die Zuchtrichtung ändert sich in den rübenbauenden Kreisen vollständig, hier besteht nur noch der Wunsch, starke schwere Pferde zu züchten, und sind hier durch die Kreuzungen, wie sich dies von selbst versteht, absonderliche Produkte erzeugt worden.

---

[1]) Bericht pro 1883 S. 35 flg.

Die Leute werden aber durch die gegebenen Verhältnisse: schwere Lasten zu fahren, den Boden tiefer als früher zu ackern, gezwungen, sich ein stärkeres Pferd zu ziehen, nicht mehr für die schnelle Bewegung, sondern für die Last. Starke Trakehner, wie wir uns dieselben leider vergeblich seit Jahren wünschen, bekommen wir gar nicht mehr, wir scheinen wirklich ganz mit unserem Landgestüte von der Remontierung aus Trakehnern ausgeschlossen zu sein, und so werden viele, die an edlen Pferden gerne festhalten möchten, dazu gedrängt, mit kalten Schlägen zu kreuzen. Ob zum Besten der Pferdezucht unserer Provinz und der Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes, ist eino Frage, die ich hier wohl kaum zu ventilieren brauche“ etc.

Es schliefst sich diesem fachmännischen Gutachten der Bericht für das Jahr 1884 von Marcard[1]) vollständig an.

Wir haben noch die Verminderungen nach Verwendungsweise der Pferde zu registrieren:

	Die Zu- und Abnahme von 1873 zu 1883 in %		
	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Posen	— 6,7	— 1,0	+ 62,6
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Es wurden durch die hieraus ersichtliche Abnahme der Zuchthengste die Klagen über ungenügende Zahl der Deckhengste gerechtfertigt. Und zwar hat die Zahl derselben nicht nur prozentisch, sondern auch absolut abgenommen, wenn anders auf die Statistik Wert zu legen ist. Wir bringen deshalb auch die absoluten Zahlen:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
1873	1 693	136 675	16 079
1883	1 579	135 261	26 151

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde läfst sich kaum durch die Zucht auf kräftigeren Schlag der Pferde ausgleichen, denn die Zunahme der Brache in Posen und der Hackfrüchte war eine zu bedeutende, als dafs diese die Umgestaltung des Pferdematerials in zehn Jahren so schnell hätte bewirkt werden können. Für Posen scheint uns die oben ausgeführte Erscheinung der Abnahme der

[1]) a. a. O.

spannfähigen Nahrungen von gröfstem Einflufs auf die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde gewesen zu sein, insofern selbst dann, wenn dies zum Vorteile des Grofsbetriebes geschah, dieser nicht sofort gezwungen ist, wegen mäfsiger Vermehrung des Areals seine Spannkraft zu vermehren.

Im Vergleiche zum Durchschnitte des Reiches aber bleibt diese Reduzierung um das Fünffache zurück, woraus man auf die grofse Umwälzung des landwirtschaftlichen Betriebes einen ziemlich sicheren Schlufs zu ziehen berechtigt ist.

Rindvieh.

Dies bewegte sich in nachstehenden Grenzen:

	Kälber bis 1/2 Jahr alt	Jungvieh, Zuchtbullen	Jungvieh, sonstiges	Rindvieh über 2 Jahre alt, Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	48 857	2 678	115 756	3 812	334 384	65 273
1883	59 313	2 054	133 353	9 949	350 771	70 283
Prozentuale Zu- oder Abnahme in Posen.						
	+ 21,4	— 23,3	+ 15,2	+ 161,0	+ 4,9	+ 7,7
Dieselben im Deutschen Reiche.						
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Posens gesamte Rindviehzucht hat sich um 96 mal stärker vermehrt, als die reichsdurchschnittliche Es übertrifft in dieser enormen Zunahme alle Gebiete des Reiches, selbst Berlin. Hätte sich in dieser Provinz die Qualität ebenso gehoben wie in anderen Provinzen — von mäfsigem Fortschritte werden wir ja auch hier sprechen können —, so wäre dies allerdings ein schöner Erfolg. Leider dürfte sich aber bei dem noch sehr niedrigen Stande der Viehzucht dieses Landes die Knochenmenge in stärkerer Weise vermehrt haben als die Fleischmenge.

In Rücksicht auf die Veränderungen der einzelnen Gattungen springt sofort die relativ geringe Vermehrung der Kälber und starke Ausdehnung der Ochsenhaltung in die Augen.

Das Molkereiwesen hat nämlich in Posen bei weitem nicht die Fortschritte gemacht wie die Rübenzuckerindustrie. Daher ist es erklärlich, dafs bei dem ausgedehnten Brennereibetrieb und Rübenschnitzelabfällen die Ochsenmast hier das Näherliegende ist, um so mehr,

da die landwirtschaftliche Bevölkerung Posens Neuerungen sehr schwer zugänglich und im ganzen dem Fortschritte weniger Gehör leiht. Erst in allerneuester Zeit hat auch das Molkereiwesen in Posen mehr Glück. Es beweist dies die Vermehrung der Kühe.

Im Vereinsjahre 1881 wurden 4 neue Zuckerfabriken[1]) in Thätigkeit gesetzt, im folgenden Jahre 4 weitere neu erbaute, so dafs im Kampagnejahr 1882[2]) bereits 12 Fabriken in Thätigkeit waren, welche sämtlich hohe Dividenden abwarfen, z. B. Amsee im Jahre 1883[3]) 60 %.

In demselben Jahre waren in Posen 430 Brennereien im Betriebe 8 mehr als im Vorjahre, wenn auch die Produktion im ganzen letzte Zeit einen Rückgang ergeben hat, vielfach das Brennen nur wegen Futtermangels fortbetrieben wurde.

Diejenigen Stellen der Berichte, welche hier über die Rindviehzucht Posens noch von Belang sein könnten, fügen wir nun bei, sie geben über den geringen Kulturzustand der Provinz genügend Anhalt, wie[4]): „Nach den Berichten unserer Zweigvereine haben die Viehschauen entschieden anregend gewirkt, von dem Rustikalverein zu Tremessen wird aber darauf hingewiesen, dafs man sich nicht verleiten lasse dürfe, sich nach den zur Schau gestellten Tieren ein Bild von den Gesamtviehstande der Aussteller machen zu wollen. Es bilde sich nämlich die Praxis unter den kleineren Rindviehzüchtern heraus, dafs den für die Schau bestimmten Exemplaren bei Vernachlässigung des anderen Viehs besondere Sorgfalt gewidmet werde. Wenngleich ein solches Verfahren keineswegs erwünscht ist, läfst sich doch hoffen, dafs dasselbe dazu beitragen wird, die bäuerlichen Wirte von der Notwendigkeit und Vorteilhaftigkeit einer guten Ernährung und sorgsamen Pflege der Tiere zu überzeugen.“ Für die geringe Entwickelung des Molkereiwesens ist ein Passus desselben Berichtes weiter unten ein Beweis: „Zur Förderung des Molkereiwesens bei den kleineren Wirten hatten wir Prämien für zu veranstaltende lokale Molkerei-Ausstellungen ausgesetzt, woran aber nur der Verein zu Schwerin a. W. Gebrauch gemacht hat.“

Milchkühe gehen aus Posen in ziemlich grofser Zahl nach Schlesien, welche Provinz der Milchwirtschaft mehr Interesse ent-

---

[1]) Jahresbericht über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen pro 1881 S. 27.

[2]) Bericht pro 1882 S. 45.

[3]) Bericht pro 1883 S. 41.

[4]) Bericht pro 1881 S. 23 flg.

gegenbringt, wie der Bericht pro 1882[1]) hervorhebt. Er fährt unter anderem fort: „Über die Rindviehprämiierungen lauten die Urteile unserer Unterverbände verschieden, während die meisten derselben berichten, dafs durch die Prämierungsschauen ein Wetteifer in der Züchtung und besonders in der Pflege des Rindviehs hervorgerufen wird, dessen Rückwirkung auf die bäuerliche Viehhaltung zwar langsam, aber doch unverkennbar sich geltend macht, sind andere der Ansicht, dafs der Einflufs der Prämiierung nur ein sehr mäfsiger ist und auf anderem Wege, nämlich durch die Veranstaltung gröfserer allgemeiner Ausstellungen und durch die Prämiierung ganzer Bestände auf Grund von Stallschauen ein besserer Erfolg zu erzielen sein würde. Es mufs zugegeben werden, dafs die Beteiligung der bäuerlichen Wirte an den Prämiierungen nur langsam zunimmt und an manchen Schauorten fortdauernd ein so schwacher ist, dafs es den Preisrichtern oft schwer wird, die ausgesetzten Prämien unterzubringen. Bei den stattgehabten gröfseren Ausstellungen ist übrigens die Beteiligung keine bessere, sondern ebenfalls auf den nächsten Umkreis der Ausstellungsorte beschränkt gewesen. Der vorgeschlagene Modus der Prämiierung auf Grund von Stallschauen würde sich schwer ausführen lassen. Eine allmähliche Besserung der Rindviehzucht unter den kleineren Wirten ist im allgemeinen nicht zu verkennen, wieviel davon den Prämiierungen und den Bullenstationen, wieviel der Belehrung und Anregung durch die landwirtschaftlichen Vereine und durch das gute Beispiel Einzelner, sowie namentlich dem höheren Preis des Viehs und der Viehprodukte (Milch und Butter) zuzuschreiben ist, entzieht sich der genauen Beurteilung; das aber glauben wir konstatieren zu dürfen, dafs die staatlichen Subventionen zur Hebung der Rindviehzucht nicht nutzlos verwandt worden sind.“ Einen kleinen Beitrag für die Begründung der Qualitätsverschiebungen liefert der nächste Bericht[2]): „Bezüglich der Zuchtrichtung zeigt sich, dafs in Rücksicht auf die Ochsenzucht und die Mast die Holländer Rasse in ihrer dominierenden Stellung allmählich zurückgeht und dafür Simmenthaler, Oldenburger, Schweizer und hier und dort auch Shorthorns sich mehr verbreiten. In den Rübenwirtschaften wird die Kälberzucht stellenweise eingeschränkt, weil man die Beobachtung gemacht hat, dafs bei der Fütterung der tragenden Kühe mit Rübenschnitzeln die Kälber oft

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 42.

[2]) Bericht pro 1883 S. 36 flg.

an Durchfall leiden und eingehen. Auch über massenhaftes Verkalben der Kühe wird vielfach geklagt; in manchen Wirtschaften herrscht dies Übel schon seit Jahren und hat sich dort so gesteigert, dafs bis zu 50 % der Kühe verkalben (Kolmar, Wreschen). Vielfach wird in den Berichten unserer Zweigvereine hervorgehoben, dafs die Rindviehzucht auch bei den kleineren Wirten durch sorgsamere Zuchtwahl, bessere Ernährung und bessere Pflege Fortschritte macht, doch fehlt es auch nicht an Berichten, in denen über ungenügende Sorgfalt bei der bäuerlichen Rindviehzucht Klage geführt wird. Die Zahl der mit staatlicher Unterstützung ins Leben gerufenen Zuchtstierstationen verringert sich von Jahr zu Jahr, und es gewinnt den Anschein, dafs diese Institution hier bald ganz aufgehoben sein wird. Denn den Stationen errichtenden landwirtschaftlichen Vereinen erscheinen die ihnen durch die Gewährung zinsfreier Darlehne gebotenen Vorteile zu gering, um die damit verbundenen Umständlichkeiten (Garantieleistung für die Rückzahlung der Darlehne, Versicherung der Zuchtstiere gegen Verluste durch Tod und Feuer, Führung von Sprungregistern u. s. w.) auf sich zu nehmen, und die Bauern machen wenig Gebrauch von der Einrichtung, weil sie teils die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Verbesserung ihrer Viehrasse durch edle Zuchtbullen noch nicht einsehen, teils — soweit sie diese erkannt haben — auf den benachbarten Dominien leicht Gelegenheit zur Benutzung der Bullen haben ...“[1]) Über die Ergebnisse der Rindvieh-Prämierungen schreibt Herr Amtsrat Fehlau-Neudorf: „Nachdem ich drei Jahre hintereinander die Provinz Posen behufs Prämiirung des Rindviehs, welches sich im bäuerlichen Besitze befindet, in allen ihren Kreisen besucht habe, kann ich über die Fortschritte der Rindviehzucht in den meisten Kreisen nur durchaus Erfreuliches berichten, besonders in Bezug auf die Verbesserung der Figuren und gute Haltung der Tiere.“ Aber dennoch wird sofort geradezu von „verkommenem Vieh“ in manchen Kreisen (z. B. Schroda) gesprochen und von der geringen Beteiligung an den Rindviehschauen, was auf eigentümliche Weise durch schwere

---

[1]) Diese Darstellung der Vereine steht mit der starken Zunahme der Zuchtbullen, wie sie in der Statistik zum Ausdruck kommt, in argem Widerspruch. Er dürfte so zu erklären sein, dafs teils gerade in letzter Zeit grofse Fortschritte in Posen gemacht wurden, ohne dafs die früher sehr üblen Verhältnisse dadurch wesentlich gebessert wurden, teils dürften Gründe in der Zählung liegen, indem alles als Zuchtbulle gezählt wurde, was nicht Ochse ist.

Beweglichkeit und Transportfähigkeit des Rindviehs und den Modus der Prämienauszahlung motiviert wird.

Mit einem Beleg über die noch herrschende Unklarheit der Rindviehzucht Posens wollen wir unsere Betrachtungen abschliefsen. Marcard [1]) schreibt: „Bei der Rindviehzucht tritt der Umstand am meisten in die Erscheinung, dafs die Ansichten über die für die hiesigen Verhältnisse geeignetste Rasse noch sehr auseinandergehen. Unsere Rindviehbestände stellen daher eine bunte Musterkarte der verschiedenen nieder- und hochdeutschen Rassen und Schläge dar, zu denen noch schweizerische und englische treten, und es ist unverkennbar, dafs hierbei nicht sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie persönliche Liebhaberei der Besitzer, teilweise auch wohl Unklarheit über die Zuchtziele mitspielen. In den letzten Jahren sind mehrfach Simmenthaler eingeführt, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Ochsenzucht; seitdem aber neuerdings der Molkereibetrieb sich erweitert hat und der Stern der Zuckerindustrie im Verbleichen begriffen ist, gewinnt die Vorliebe für die milchreichere Holländer und Oldenburger Rasse wieder an Ausdehnung und die Simmenthaler werden zum Verkauf gestellt oder gemästet.“ Genug, die Rindviehzucht Posens hat gewaltige quantitative, geringe qualitative Fortschritte gemacht.

Schweine.

In Posen ergibt sich nachstehendes prozentisch berechnetes Verhältnis der von der Statistik gemachten Unterscheidungen:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Posen	71,5	28,5	57,1
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Die Schweinezucht überhaupt hat in Posen eine ganz ungewöhnliche Vermehrung erfahren und wird nur in wenigen Gegenden überflügelt. Wenn wir auch da nach den Gründen dieser Veränderungen fragen, so können wir sie weniger in der Entwickelung des Molkereiwesens erblicken, wenn auch dieses nicht ohne Einflufs blieb, als vielmehr in der Rentabilität dieser Zucht überhaupt,

[1]) E. Marcard, die Ergebnisse der preufsischen Landwirtschaft im Jahre 1884 in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern S. 49.

welche auch durch eine rege Nachfrage im Konsum der Provinz selbst, besonders von seiten der ländlichen Bevölkerung bedingt wurde. Mag auch die Behauptung wegen ihrer schweren Erweisbarkeit als eine kühne bezeichnet werden, dafs der Konsum von Schweinefleisch und Fett gerade in solchen Ländern zu einem gröfseren Bedürfnisse geworden, in welchen der Genufs alkoholischer Getränke ein besonders starker ist, insofern nämlich der Alkohol die Funktion der Lösung des Fettes im Organismus übernimmt, so trifft doch diese Voraussetzung in Posen, wo die ländliche Bewohnerschaft gerade oft schrecklich dem Trunke ergeben ist, vollständig zu, ebenso wie die Zunahme des Konsums von Schweinefleisch und alkoholischen Getränken für ganze Länder, auch in ganz Deutschland parallel läuft.

Auch bei Schweinen ist die Stallfütterung in Posen weit weniger üblich, als in anderen Gegenden; einen grofsen Teil seiner Nahrung findet das Schwein in Posen noch auf den ausgedehnten Weiden.

Für den regen Umfang dieser Zucht in Posen spricht am deutlichsten die grofse Zahl an Zuchtsauen, denn die Provinz stellt auch ein schönes Kontingent von Magervieh und von jungen Schweinen für die übrigen Gebiete.

Natürlich hat auch hier die englische Kreuzung Eingang gefunden, allein im Vergleich zu anderen Provinzen in geringerer Weise. Demnach lauten die Berichte [1]) noch günstiger: „Das alte polnische Schwein auf langem, schmalem Kopf und breiten, hängengen Ohren kommt in seiner Reinheit kaum noch vor, auf den Dominien werden die grofsen englischen Rassen rein gezüchtet, wogegen in den kleineren Wirtschaften meistens Kreuzungsprodukte des Landschweines mit englischen Rassen vorhanden sind. Die Schweinezucht wird recht stark betrieben, da sie derjenige Zweig der Viehhaltung ist, welcher seit mehreren Jahren den gröfsten Gewinn abgeworfen hat. Leider wird dieser für den einzelnen Züchter oft in empfindlicher Weise durch den Rotlauf beeinträchtigt, der fast alljährlich bald hier bald dort mit gröfserer oder geringerer Heftigkeit auftritt."

Schafe und Ziegen.

Die drei Gruppen der Schafe Posens beziffern sich nach den letzten Zählungen wie folgt:

---

[1]) Bericht über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Posen 1882 S. 43.

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	1 365 062	367 677	896 660
1883	846 674	303 811	741 851
Die Verhältniszahlen pro 1883 für			
Posen	44,8	16,0	39,2
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- und Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883.			
Posen	— 38	— 17,4	— 17,3
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Die Schafzucht in Posen hat in dem Dezennium 1873 bis 1883 nur um wenig stärker abgenommen als das Reich im Durchschnitte, in seinen einzelnen Unterabteilungen prozentisch ähnlich wie Deutschland.

Die Abnahme der Schafe in dieser Provinz ist wie in allen Gebieten mit vorherrschendem Sandboden eine unausgefüllte Lücke, und für Posen fällt dies nur deshalb etwas weniger ins Gewicht, weil es wenig Weiden besitzt. Schon aus diesem Grnnde mufste hier die enorme Einschränkung der Brache und Ackerweide einen gröfseren Einflufs auf die Abnahme der Schafe äufsern, als in weidereicheren Provinzen.

Eine andere Ursache für den Rückgang der Schafe in Posen haben wir in dem Vorwalten des Grofsgrundbesitzes in dieser Provinz. Die Schafhaltung eignet sich in erster Linie für den Grofsbetrieb, weshalb auch bei diesem die gröfste Abnahme sich zeigen wird. So entfielen im Jahre 1883 auf 1 □km in Posen 88,7 Stück Schafe, im Durchschnitte des Reiches blofs 52,5. Übrigens treten auch hier noch nebensächlichere Gründe aufser den niedrigen Wollpreisen für Einschränkung der Schafzucht hinzu, unter welchen die Lupinose etwas mehr noch in den Vordergrund tritt. Wir citieren zu diesem Zwecke aus den Berichten[1]) nur das Wesentlichste: „Die Schafzucht, welche in früherer Zeit für unsere Provinz von besonderer Bedeutung war, geht mehr und mehr zurück, da die Wollpreise sich von Jahr zu Jahr verringern. Es tritt deshalb bei der Züchtung die Fleischproduktion immer mehr in den Vorder-

[1]) Bericht pro 1881 S. 24.

grund. Die früher dominierenden Typen des Negretti- und Elektoralschafes verlieren sich mehr, und mehr und an ihre Stelle tritt das französische und deutsche Kammwollschaf, ersteres neuerdings auch in dem Typus des Soissonnais. Von den englischen Schlägen, die zur Kreuzung benutzt werden, sind die Shropshires besonders geschätzt." Ein anderer Bericht [1]) gibt über Posens Schafzucht folgende Aufschlüsse: „Die hochfeine Wollschafzucht, wie sie früher durch den Elektoral- und Negretti-Typus repräsentiert wurde, nimmt mehr und mehr ab und ist bereits fast verschwunden. Auf den meisten Gütern dominiert das Kammwollschaf in dem Rambouillet-Typus. Die noch vorhandenen Negrettiherden werden vielfach mit englischen Böcken (Oxfordchires und Hampshires) gekreuzt, und die Nachzucht im Alter von 1 bis 1 1/4 Jahren gemästet. Neuerdings ist auch das Soissonais Schaf (Soissonais precoce) hier eingeführt worden (Wartenberg, Grabow und Niechanowo), welches viel Anklang findet. In den Bauernwirtschaften wird fast ausschliefslich das polnische Landschaf gehalten, welches sich durch seine Genügsamkeit und Widerstandsfähigkeit gegen gesundheitsschädliche Einflüsse auszeichnet. — Durch Lupinose erleiden die Schafzüchter fortdauernd empfindliche Verluste; es ist bisher nicht gelungen Mittel und Wege zu finden, um die Entstehung der Schädlichkeit in den Lupinen zu verhindern [2]), respektive dieselbe daraus wieder zu entfernen oder die Schafe gegen ihren Einflufs zu schützen."

Ähnlich sprechen sich auch andere Berichte aus, von welchen wir nur noch einen Passus [3]) reproduzieren wollen: „Nicht blofs auf gröfseren Gütern, sondern auch in den bäuerlichen Wirtschaften geht die Schafzucht zurück, und zwar in diesen teils der durch die Lupinose verursachten Verluste wegen, teils auch, weil die Schule den Kindern das Hüten nicht mehr gestattet. Die Lupinose hat sich auch im vorigen Jahr wieder an mehreren Orten gezeigt."

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 43.

[2]) Der Vereinsleitung scheinen selbst Versuche von der Tragweite, wie sie in Halle durch Geheim-Rat Professor Dr. Kühn zur Ausführung gelangten und in den Berichten des landwirtschaftlichen Instituts Halle a/S. publiziert sind, vollständig unbekannt zu sein!! Vergl.: Jul. Kühn, Berichte a. d. phys. Labor. u. d. Versuchsanst. d. landw. Instituts der Universität Halle 2. Heft, Dresden 1880 S. 102, und Prof. Dr. Jul. Kühn „zur Erhaltung des Kulturwertes der Lupine" in Dr. Biedermanns Zentralblatt für Agrikulturchemie Jahrg. 1881 Seite 240.

[3]) Bericht pro 1883 S. 38.

Eine kurze Andeutung findet sich blofs in dem Bericht pro 1884 von Marcard [1]): „Die Schafzucht geht fortdauernd zurück, da die Rindviehzucht rentabler ist und auch die Weide auf den zweijährigen Kleeschlägen und den Stoppelfeldern durch beschleunigte Umbrechung mehr und mehr beschränkt wird.“

Es haben sich sonach auch in Posen nicht blofs die amerikanische Konkurrenz, sondern die verschiedensten Umstände kombiniert, der Schafzucht zu Leibe zu gehen, welche sich alle bei richtiger Einsicht in die Verhältnisse gröfstenteils beheben lassen, so dafs die Schafzucht bei Verfolgung der richtigen Zucht auch bei den jetzigen Wollpreisen annähernd auf den früheren Umfang gebracht werden könnte. Dafs es Mittel und Wege gibt, gerade den Sandboden durch Schafhaltung selbst bei den jetzigen Konjunkturen am vorteilhaftesten zu verwerten, haben wir ja bereits früher auseinandergesetzt.

Die Ziegen haben auch in Posen eine ganz aufserordentliche Vermehrung erfahren, worin die Provinz blofs von Ostpreufsen übertroffen wird. In Posen treten zu den Gründen, die bereits früher in anderen Provinzen hervorgehoben wurden, noch die grofse Abnahme der spannfähigen Nahrungen in den Vordergrund, sodafs an die Stelle mancher Kuh ein paar Ziegen getreten sein mögen, während im Grofsbetriebe gerade umgekehrt die Kuh an Stelle der Schafe getreten ist. Für die allgemeine Beurteilung der Lage der Landwirtschaft und Viehzucht sind vielleicht noch einige Schlufsbemerkungen einiger Berichte von Wert, als [2]): „Wir können hier nur nochmals konstatieren, dafs die Besserung der pekuniären Lage unserer Landwirtschaft mit den unleugbar grofsen Fortschritten in dem technischen Betriebe nicht gleichen Schritt gehalten hat. Namentlich aber müssen wir darauf hinweisen, dafs die Lage des kleinen Grundbesitzes in der Provinz eine sehr mifsliche ist und eine Besserung nur durch eine radikale Änderung in der Wirtschaftsführung und in den Lebensgewohnheiten der Besitzer erwarten läfst.“ Ähnlich folgendes [3]): „Wir möchten an dieser Stelle nochmals auf die rege Thätigkeit in unserer Landwirtschaft hinweisen, zu welcher die Erweiterung der landwirtschaftlichen Industrie, und namentlich die Zuckerfabrikation Anlafs gegeben hat. Wohl nie

[1]) a. a. O., S. 61.
[2]) Bericht pro 1881 S. 29.
[3]) Bericht pro 1882 S. 47.

zuvor ist dieselbe eine so animierte gewesen als jetzt. Was unserer Provinz bis jetzt gefehlt hat, eine lukrative Industrie, für welche die heimische Bodenproduktion die Rohstoffe liefert, und durch welche diese in leicht transportable Formen gebracht wird, das besitzen wir jetzt in der Zuckerfabrikation. Reiche Geldmittel sind der Provinz von auswärts zugeströmt und wirken befruchtend nicht bloſs auf die Landwirtschaft, sondern darüber hinaus auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens. Möchte dieser Segen der erst im Aufblühen begriffenen Industrie erhalten bleiben und jede Störung durch unvorsichtige Eingüsse davon fern gehalten werden. Dies ist die helle Seite des Bildes, welches wir zu zeichnen gehabt haben, die dunkeln Partieėn bilden die seitab vom Verkehre liegenden Gegenden, die noch 5 bis 6 Meilen und weiter bis zur nächsten Eisenbahnstation haben und dabei vorwiegend auf Getreidebau angewiesen sind. Diese befinden sich trotz der oft reichen Getreideernte in misſlicher Lage, und es erscheint dringend wünschenswert, daſs auch diesen Gegenden durch Verbesserungen der Verkehrsmittel die hauptsächlichsten Vorbedingungen für eine bessere Verwertung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für eine industrielle Verarbeitung ihrer Rohprodukte gewährt werden."

Diese Citate mögen genügen zu zeigen, daſs, wenn auch die Landwirtschaft in der Rentabilität Rückschritte gamacht haben mag, die kulturellen wirtschaftlichen Fortschritte der Produktion ungestörten Fortgang genommen haben.

Schlesien.

Zahlenmäſsig ergaben sich für diese Provinz folgende Daten:

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen	Reduziertes Haupt Rindvieh
1873	264 449	1 351 431	2 143 768	381 017	153 071	2 070 490
1883	275 122	1 397 130	1 309 495	518 612	175 283	2 085 023
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 4,0	+ 3,4	— 38,9	+ 36,1	+ 14,5	+ 0,7
Dieselbe im Deutschen Reiche.						
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Die Gesamtzunahme der Viehhaltung in Schlesien hielt sich also nach dem reduzierten Viehstande zu schliefsen unter dem Durchschnitte des Reiches, ergab aber nach blofser Zahl beurteilt immer noch ein positives Resultat.

Mit den bisher betrachteten Provinzen verglichen steht Schlesien allen an natürlicher Begünstigung des Ackerbaues voran, selbst Ostpreufsen. Es müssen daher hier, falls nicht gröfsere Erfolge in der Erzielung wertvollerer Individuen dennoch die Resultate der Viehzucht Schlesiens bedeutend erhöhen andere Momente sein, worin diese Provinz jenen hintansteht.

Das Klima [1]) Schlesiens ist zwar lokal sehr verschieden, durchschnittlich aber doch erheblich besser als in den genannten Provinzen. Der gröfste Teil des Landes fällt in einen Strich mit einer höheren Frühjahrstemperatur, als selbst Brandenburg, der übrige den Grenzen sich nähernde Teil steht auf gleicher Linie etwa mit Posen, und nur der an die böhmischen Grenzgebirge sich anschliefsende Teil verhält sich sehr ungünstig.

Ähnlich bevorzugt ist Schlesien in Hinsicht der Bodenverhältnisse. Es dürfte in Summa auch diesbezüglich besser situiert sein als Alt-Preufsen:

Meitzen [2]) enthält folgende Übersicht:

	Anteil am Hundert an Lehm- und Thonboden	Anteil der Gesamtfläche gemischte Sand- und Lehmboden	Sandboden	Moorboden	Wasserflächen
Schlesien	36,8	28,5	31,3	2,2	1,2
Alt-Preufsen	28,2	34,4	30,0	5,2	2,2

Man müfste sich in eine Beschreibung der einzelnen Kreise vertiefen, wollte man die ziemlich ungleiche und wechselvolle Verteilung der schlesischen Boden klarlegen. Der Haupthinweis wird aber bei einem Vergleiche auf die grofse Zahl von Lehm- und Thonboden gemacht werden müssen, welche in ihrer Mehrzahl durch günstige Beschaffenheit hervorragen.

Betrachten wir die Benutzung dieser Flächen, wieviel im Jahre 1883 von 100 ha der Gesamtfläche der Provinz entfielen an:

---

[1]) Vergleiche Meitzens Atlas Tafel IV.

[2]) Meitzen a. a. O., Bd. S. 255 flg.

	Acker- und Gartenland, Weinberge	Wiesen	Weiden
Schlesien	55,9	8,6	2,2
Deutschland	48,7	10,9	9,4

Von 100 ha der Acker- und Gartenfläche betrugen in demselben Jahre

	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterkräuter	Ackerweide und Brache
Schlesien	64,3	19,2	1,7	10,1	3,6
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Schon die Zahlen ohne nähere Erläuterung sprechen deutlich, wie erheblich Schlesien an Intensität des Betriebes den bisher besprochenen Provinzen überlegen ist.

In Oberschlesien [1]) ist der Wirtschaftsbetrieb noch am meisten erschwert durch Ungunst des Klimas und Bodens. Doch bilden hier die Mehrzahl der Güter am rechten Oderufer grofse Herrschaften, denen weder Geld noch Intelligenz gebricht. Aber das linke Oderufer ist in jeder Beziehung sehr begünstigt und ist zum lohnenden Bau aller Früchte geeignet. Die Rustikalen betreiben bereits verbesserte Dreifelderwirtschaft mit besömmerter Brache. Im Regierungsbezirk Breslau herrscht im Grofsbetriebe fast durchweg Fruchtwechsel, ja in den zahlreichen Rübenzuckerbetrieben herrscht vollständig freie Wirtschaft. Es gilt dies selbst teilweise von den Rustikalen, welche die Stallfütterung des Rindviehs schon durchweg angenommen haben. Auch im Regierungsbezirk Liegnitz steht die Intensität des Betriebes kaum zurück.

Der geringe Prozentsatz der Weiden lenkte die Provinz schon früher vom extensiven Betrieb ab. Die Zahl der Wiesen hält sich zwar unter dem Reichsdurchschnitte, allein deren Qualität ist eine gute, sie übertrifft den Durchschnitt von Alt-Preufsen [2]).

	Durchschnittlicher Reinertrag pro Morgen	
	Wiesen	Weiden
Schlesien	52	13
Alt-Preufsen	45,0	14,0

[1]) Nach Meitzen Bd. II S. 181 flg.
[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 295 flg.

Ungünstig ist allerdings die Verteilung, so dafs manchen Orts Mangel vorhanden ist. Er tritt aber vorwiegend nur in den fruchtbaren Strichen auf, was teilweise zu dem allgemeinen Anbau der Futterkräuter geführt hat. Dabei ragt Schlesien noch durch die grofse Ackerfläche überhaupt hervor, wodurch sich die Prozente der einzelnen Früchte noch vergröfsern. Sowohl in Hinsicht des Getreidebaues wie der Hackfrüchte als Handelspflanzen hält sich die Provinz über dem Reichsdurchschnitte, aber den sichersten Beleg für die hohe Stufe der Kultur bietet die geringe Fläche der Brache, die nicht einmal den dritten Teil im Vergleich mit dem Reiche beträgt, in welcher Beziehung es selbst die Provinz Sachsen in Schatten stellt. Nur in Gebieten, wo die Spatenkultur verbreiteter ist, erscheint die Brache noch etwas eingeschränkter. Für die Beurteilung der Entwickelung der Viehzucht in Schlesien wird mafsgebend sein, dafs es ziemlich frühe einen hohen Viehstand grofszog und auch heute auf der Flächeneinheit nach Viehzahl hervorragt, besonders wenn man die geographische Lage der Provinz noch in Anschlag bringt. Es betrug auf 1 □km der Gesamtfläche der reduzierte Viehstand:

	1816	1883
Schlesien	27,8	50,7
Alt-Preufsen	26,0	43,3
Deutschland	—	47,2

Ein auf der Fläche hoher Viehstand steigert die Ausfuhr, besonders dann, wenn hiermit die Qualität gleiche Fortschritte macht, wie das bei Schlesien der Fall ist. Wir haben deshalb gesehen, dafs Posen einen grofsen Absatzplatz für Zuchtvieh aus Schlesien bildet. Sehr bedeutend mit der Leistungsfähigkeit des Individuums wirkte in Schlesien die Zunahme des Hackfruchtbaues. Dieselbe betrug von 1878 auf 1883 in den Regierungsbezirken

	Kartoffeln	Zuckerrüben
Breslau	+ 408,7	+ 16 236,7
Liegnitz	+ 1 908,2	+ 4 505,3
Oppeln	+ 3 433,8	+ 10 946,0
Sa.	+ 5 750,7	+ 31 688,0

Allerdings haben sich die Brennereien vermindert, die Zuckerfabriken jedoch, besonders die Menge verarbeiteter Rüben vermehrt.

Die Brennereien Schlesiens verarbeiteten 1865 in runden Zahlen

etwa 400 Mille kg Kartoffeln und 66 Mille kg Getreide, hingegen im Jahre 1881/82 ungefähr 434 Mille kg Kartoffeln und 61 Mille kg Getreide, aufserdem aber noch 10 Mille kg Melasse und 5,9 Mille kg Mais, welche letzte Rohstoffe früher in geringerem Umfange verwendet wurden[1]).

An Zuckerfabriken bestanden in Schlesien 1866/67 40 Fabriken, die 5,3 Mille Zentner Rüben verarbeiteten, 1881/82 waren 50 Fabriken im Betriebe, welche 9,2 Mille Zentner verarbeiteten.

Am empfindlichsten machte sich in Schlesien in der Abnahme des Gesamtviehstandes die Reduktion der Schafe geltend, welche die aller übrigen Provinzen Deutschlands überstieg, auf deren Ursachen wir später speziell eingehen wollen.

Welchen Effekt die Qualitätsverschiebung in Schlesien hatte, wurde auch bereits früher gezeigt, zur Übersicht sei sie hier nochmals angeführt, nämlich:

		Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+	10 673	×	395	=	4 215 835
Rinder	+	45 699	×	173	=	7 905 927
Schweine	+	137 595	×	57	=	7 842 915
Ziegen	+	22 212	×	14	=	310 968
					+	20 275 645
Schafe	—	834 268	×	13	=	10 845 484
					+	9 430 161 ℳ

Der Rindviehstand war demnach nicht im stande den Ausfall zu decken, wohl aber dieser in Verbindung mit den Schweinen. Es war sonach die Bewegung rücksichtlich Qualitäten in Schlesien doch noch günstiger als in manchen anderen Gebieten, z. B. Brandenburg.

Die Berichte konstatieren, was die allgemeine Lage der schlesischen Viehzucht betrifft, durchgängig die erheblichsten Fortschritte, und Klagen über noch niedrigen Stand von Kultur und Pflege, Fütterung und Haltung der Nutztiere sind weitaus geringer, als in den angeführten, vorangegangenen Provinzen. Im einzelnen ergibt sich für:

---

[1]) Vergl. Meitzen Bd. IV S. 556 und Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien 1882 S. 24.

Pferde.

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	11 863	11 902	9 639	231 045	
1883	11 826	11 791	11 287	240 218	8 618
	Hiervon die prozentualen Gröfsen.				
1873	4,5	4,5	3,7	87,3	
1883	4,3	4,3	4,1	87,3	3,2
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Zunahme der über und unter 3 Jahre alten Pferde betrug in Prozenten:

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Schlesien	+ 4,5	+ 4,0
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Die Zu- und Abnahme von 1873 auf 1883 beläuft sich nach Verwendungsweise der Tiere in Prozenten:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Schlesien	— 9,0	— 0,2	+ 20,5
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Die schlesische Pferdezucht konnte mit der deutschen Pferdezucht, was Zahl betrifft, nicht gleichen Schritt halten. Namentlich ist es der Mangel an Weiden, welcher in Schlesien dieser Zuchtrichtung hinderlich ist, wenn auch besonders der Grofsbetrieb Schlesiens vielfach durch Intelligenz und Umsicht ersetzt, was an natürlichen Bedingungen fehlt, so dafs das ursprünglich kleine, in seinen Formen fehlerhafte polnische Pferd schon meistenteils verdrängt ist. Schlesien deckt auch heute kaum seinen Pferdebedarf und führte vielfach Holsteiner, Oldenburger, Engländer und Percherons ein, die besonders in Mittel- und Niederschlesien mit Trakehnern gekreuzt wurden. Noch stärker war der Füllenbezug aus Böhmen, der erst mit dem Steigen der böhmischen Pferdepreise

nachgelassen hat. Zudem trat in der Provinz selbst ein relativ gröfserer Bedarf an Pferden durch das Emporblühen der Zuckerindustrie ein, woraus sich zugleich die im Vergleich zum Reichsdurchschnitte äufserst geringe Abnahme landwirtschaftlicher Pferde erklärt. Die Vermehrung der Zuchthengste konnte mit diesem rasch zunehmenden Bedarf nicht ebenso schnell in Einklang gebracht werden, was für das Land unzweifelhaft ein grofser Nachteil ist, zumal da die Remontenkommission bei ihren Einkäufen Schlesien berücksichtigt.

Rindvieh.

Innerhalb dieser Viehqualität machte Schlesien nachstehende Bewegung durch:

	Kälber bis ½ Jahr	Jungvieh,		Rindvieh über 2 Jahr alt,		
		Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	139 042	11 208	285 506	13 809	810 695	91 171
1883	153 401	8 723	288 928	22 195	817 783	106 100
	Ab- und Zunahme in Prozenten in Schlesien.					
	+ 10,3	— 22,2	+ 0,1	+ 60,7	+ 0,9	+ 16,4
	Ab- und Zunahme in Prozenten im Deutschen Reiche.					
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Die Rindviehhaltung in Schlesien hat in ihrer Gesamtheit betrachtet eine Ausdehnung erfahren, die weit das Mittel übersteigt, denn sie hat sich mit diesem verglichen um das 34fache vergröfsert. Eine gröfsere Abweichung zeigt nur die Abteilung „sonstiges“ zu Gunsten Schlesiens. Es umfafst diese Gruppe vornehmlich die Ochsen. Die Gebirgslandschaften Schlesiens besonders ziehen nämlich ein ganz ausdauerndes Zugvieh auf, das von den Zuckerfabrikwirtschaften sehr gerne gekauft wird. Die Vorzüge des Viehs an Gängigkeit und Leistungsfähigkeit, wenn es in der Jugend Gelegenheit zur Entwickelung dieser Eigenschaften hatte, sind dem Landwirte zu wohl bekannt, so dafs das Zugvieh mit Vorliebe aus solchen Distrikten gekauft wird. Eine weitere Vermehrung an Ochsenmaterial ist durch den Aufschwung der Zuckerfabrikwirtschaften verursacht, welche ihre Rückstände der Fabrikation am besten durch Ochsenmast verwerten.

Es dürfte auch notwendig sein, um die Fortschritte der schlesischen Viehzucht richtig zu würdigen, auf die Rassen näher einzugehen [1]).

Schon frühzeitig zu Anfang des Jahrhunderts wurde der schlesische Landschlag durch Kreuzungen fremden Blutes umgestaltet. Es waren Berner, Oldenburger, Tiroler, Danziger, Mürzthaler, Holländer, Holsteiner und englisches Vieh, die im Lande Eingang fanden, unter letztem besonders Ayrshires und Shorthorns. Gegen Ende der 70er Jahre prävalierte die Oldenburger Rasse. Im allgemeinen ist dies sehr gemischte Vieh zur Milchnutzung gut und zur Mästung mittelmäfsig geeignet. Es kam früher durch schlechte Haltung in den Wintermonaten sehr zurück; dies hat sich jedoch in neuerer Zeit zum Vorteile geändert. Auch die kleinen Besitzer sind gewahr geworden, dafs sie von einer guten Kuh bei richtiger Pflege und Fütterung das Doppelte und Mehrfache, als sie gewohnt waren, erreichen können. Die hohen Milch- und Butterpreise und die in Schlesien besonders häufigen Tierschauen und Prämiierungen riefen Einsicht und Wetteifer wach, und die landwirtschaftlichen Vereine förderten dieses Streben auch in der Richtung der Mästungs- und Zugfähigkeit. Zurück verhältnismäfsig ist das rechte Oderufer Oberschlesiens. In manchen Gegenden Schlesiens wird von den Rustikalen Vieh in gröfserer Zahl aufgezogen, so im Falkenberger, Grofs-Strehlitzer, Oppelner, Rosenberger und Lublinitzer Kreise, und die dortigen grofsen Güter kaufen deshalb einen Teil ihres Milchviehs auf den Märkten in Friedland, Neifse und Brieg an. Die Falkenberger Gegend liefert ganz ausgezeichnete Zugochsen gröfseren Schlags. Indessen werden die grofsen Ochsenmärkte zu Winzig und Breslau, sowie auch die zu Brieg, Löwen und selbst Falkenkerg auch aus Niederschlesien und dem Mittelgebirge, sowie aus den wiesenreichen Walddörfern an der Malapane, Klodnitz und Birawka, teilweise aber auch aus Galizien versorgt. Die besten Tiere darunter werden von den grofsen Rübenzuckerfabriken und Brauereien gekauft, die sie kurze Zeit zur Ackerarbeit nützen, dann kernfett mäfsten und nach Berlin oder zur Ausfuhr versenden.

Eine gröfsere Bedeutung gewann alljährlich der Breslauer Zuchtviehmarkt, welcher 1863 von einer Aktiengesellschaft angeregt und unternommen wurde. Die kleinen Besitzer in den Fabrikbezirken des schlesischen Gebirges kaufen gerne auch das oberschlesische Vieh, das trotz aller Beschränktheit und Dürftigkeit der Gebirgs-

[1]) Nach Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 454 u. flg.

wirtschaften der schönen Vegetation wegen hier gleichwohl in besseres Futter kommt und dies nach Verhältnis günstig lohnt. Wir können an dieser Stelle nicht umhin, darauf nochmals aufmerksam zu machen, dafs die Berichte der Zentralvereine, je nach optimistischer Auffassung der Verfasser derselben, eine mehr oder weniger subjektive Färbung zur Schau tragen. So sind wir geneigt anzunehmen, dafs in Vergleich zu anderen Provinzen die Berichte für Schlesien die Fortschritte dieses Gebietes zu wenig in den Vordergrund treten lassen, während andere Berichte wieder allerdings in den gegenteiligen Fehler umschlugen.

Die Zunahme [1]) der Bullenstationen in Schlesien zeigen nachstehenden lebhaften Fortgang:

Jahr	Anzahl
1878	125
1879	140
1880	145
1881	159

Der landwirtschaftliche Zentralverein bemerkt in seinem Bericht pro 1881, „dafs viele bäuerliche Wirte sich der Überzeugung von dem hohen Werte einer rationellen Paarung noch immer unzugänglich erweisen; sie führen ihren Muttertieren oft Bullen zu, welche sich im Besitze von benachbarten Eigentümern befinden, ohne Rücksicht auf die meistens sehr fehlerhafte Beschaffenheit dieser Zuchttiere und ihre Minderwertigkeit gegenüber den Stationsbullen. In solchen Gegenden wird voraussichtlich die Inanspruchnahme der letzteren erst steigen, wenn eine Körordnung mit der Einrichtnng von Zuchtstierstationen Hand in Hand geht“.

Günstiger lautet schon der Bericht pro 1882 [2]), in welchem die Prämiierungskommissare aussagen: „dafs die Haltung und Pflege des Rindviehs auch bei den Kleingrundbesitzern befriedigender werde. Bei den jüngeren Tieren, namentlich bei den Färsen machten sich auch in züchterischer Hinsicht Fortschritte bemerkbar. Es befinden sich im Besitze der bäuerlichen Wirte entweder Nachkommen der schlesischen Landrasse oder Kreuzungsprodukte mit niederländisch-norddeutschen Niederungsstämmen. Die Züchtung richtet sich in diesen Schichten der Viehbesitzer ausschliefslich auf die Gewinnung von Tieren, welche Leistungsfähigkeit für alle wirt-

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 59.

[2]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 107 u. ff.

schaftlichen Gebrauchszwecke möglichst vereinigen, allerdings unter Bevorzugung der Milchergiebigkeit. Dieser Zweck scheint auch vorderhand durch rationelle Kreuzung am besten erreicht zu werden. Der Pflege der Vollblutzucht unterziehen sich nach wie vor mit Erfolg die Grofsgrundbesitzer; auf den Schauen zeigten sich vorzugsweise Holländer, Ostfriesen, Oldenburger, Wilstermarsch und von den Gebirgsstämmen Simmenthaler, und in einigen Kreisen englisches Fleischvieh (Shorthorns)". Der Verwaltung 1883 [1]) entnehmen wir: „Der Verbesserung der Rindviehzucht Schlesiens wird fortgesetzt Aufmerksamkeit zugewendet. Der Ausfall der Schauen läfst erkennen, dafs dieses Interesse sich mehr und mehr auch auf die Kreise der kleinbäuerlichen Wirte überträgt. Die Ausbreitung und die zunehmende Frequenz der Bullenstationen und die regere Beteiligung an den Schauveranstaltungen erwecken die Hoffnung, dafs auch in züchterischer Hinsicht Fortschritte allgemeiner zu Tage treten. Der Fütterungs- und Gesundheitszustand aller Nutztiere war normal."

Es wird weiter an dieser Stelle ausgeführt, dafs die schlesische Landrasse bereits stark verdrängt sei und Vatertiere von züchterischem Werte nicht mehr in genügender Zahl zu stellen vermag, auf den Dominien aber ein buntes Gemisch aller auswärtigen Rassen vorhanden wäre, was für oft ganz bestimmte lokale Verhältnisse ein Nachteil sei. Leider vernachlässigen die Berichte aus Schlesien das Molkereiwesen, so dafs man über den Stand dieses Nebengewerbes kein sicheres Urteil gewinnen kann. Blofs eine kleine Notiz im Wirtschaftsjahr 1883 [2]) wollen wir hier nicht übergehen: „Im Regierungsbezirk Oppeln ist die Käsefabrikation in kleinen Betriebsstätten weit verbreitet, hat aber in den letzten Jahren mit dem sinkenden Export abgenommen. Die Fabrikation nach Emmenthaler Art, welche in einem grofsen Etablissement des Neifser Kreises betrieben wird, geht ebenfalls von Jahr zu Jahr zurück, da infolge der überhand nehmenden Verwendung von Rübenschnitzeln zur Viehfütterung bessere Milch, wie sie zur Bereitung dieses Käses erfordert wird, schwer zu beschaffen ist."

Die Fortschritte der schlesischen Rindviehzucht sind nach allem unverkennbare, wenn sie auch die Berichte weniger in das rechte Licht setzen, wie es in anderen Provinzen geschah.

---

[1]) a. a. O., S. 161.

[2]) a. a. O., S. 209.

Es ist in erster Linie der Umstand, dafs die Bestrebungen hier schon in die älteste Zeit zurückfallen, und anderseits der ganze landwirtschaftliche Betrieb hier intensiver ist, als in irgend einer der bisher erörterten Provinzen, die Stallfütterung besonders am einheitlichsten ausgebildet ist.

Schweine.

Das prozentische Verhältnis der einzelnen Altersklassen war 1883 folgendes:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	von 1 Jahr und mehr	
Schlesien	82,8	17,2	36,7
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Nach unseren bisherigen Erfahrungen können wir in Schlesien, wo uns so spärliche Nachrichten über das Molkereiwesen zu Gebote standen, fast den umgekehrten Schlufs ziehen und aus der Vermehrung der Schweine, die den Reichsdurchschnitt weit überragt, auf ein stark entwickeltes Molkereiwesen schliefsen; allein aus den folgenden Betrachtungen wird sich ergeben, dafs dies gewagt wäre. Die prozentischen Abstufungen der reichsamtlich gemachten Unterscheidungen differieren so gering mit denen des Reiches, dafs sich hierfür schwerer überzeugende Gründe auffinden lassen werden. Immerhin finden sich für die geringere Zahl von Zuchtsauen und die grofse Menge von Ferkeln Anhaltspunkte. Z. B. in Meitzen[1]: „In Mittel- und Niederschlesien ist die Schweinehaltung, wie die Viehzahl zeigt, nicht sehr allgemein, namentlich wird die Aufzucht von Schweinen nur von den Dominien, von den Rustikalen beinahe gar nicht betrieben. Diese letzteren kaufen fast ausschliefslich junge Schweine zur Mast, die aus Posen, Polen, Galizien und Oberschlesien herangetrieben werden. Es läfst sich deshalb von einem schlesischen Landschwein auch nicht sprechen. In neuerer Zeit sind auf gröfseren Gütern mit gutem Erfolge englische Schweine zur Zucht gebraucht worden, indes bedarf die Nachzucht einer ungewöhnlichen Pflege, und eignet sich weniger gut, als die der polnischen Schweine für das Klima. In Oberschlesien ist die Schweinezucht bei der ländlichen Bevölkerung etwas verbreiteter. Es wird das gewöhn-

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 538.

liche polnische Schwein gezogen. Indes ist auch hier die Einfuhr aus Polen und Galizien weit überwiegend. In neuerer Zeit wird darüber geklagt, dafs die aus Polen gebrachten Schweine an Güte nachlassen, und es werden auf gröfseren Gütern Ferkelzuchten häufiger, welche bei guten Ferkelpreisen eine erhebliche Einnahmequelle sind. Die Preise schwanken aber, je nach der Zufuhr von aufsen, dem Futtermangel, der Frühlingstemperatur und manchen zufälligen Einflüssen, unberechenbar und geben der Züchtung als Spekulationsunternehmen sehr geringe Sicherheit. Gleichwohl nimmt Oberschlesien an dem Export nach Niederschlesien einigen Teil."

Die neueste Beurteilung der schlesischen Schweinezucht hat hieran rücksichtlich der Qualitätsverbesserung wenig geändert, wenn es heifst [1]: „Der Verbesserung der heimischen Rasse durch Kreuzung mit leistungsfähigen Tieren ausländischer, namentlich englischer Zucht wird immer noch von beschränkten Kreisen, vorzugsweise nur von gröfseren Gütern, Aufmerksamkeit geschenkt. Für den Export sind daher die Produkte der schlesischen Schweinezucht wenig beliebt. Dieser Umstand übt aber eine ungünstige Wirkung auf die Rentablität dieses Zweiges der Viehhaltung, welcher bei sorgsamer Pflege zu der Vermehrung der Einnahmen wesentlich beitragen könnte." Ebenso lautet ein nächster Bericht [2]: „Auf dem Gebiete der Schweinezucht haben sich Veränderungen nicht bemerkbar gemacht. Nach wie vor bleibt die Verallgemeinerung einer rationellen Züchtung, welche bis jetzt meistens nur von einzelnen Grofsgrundbesitzern systematisch betrieben wird, für die Exportfähigkeit der schlesischen Schweine wünschenswert." Wir haben hier ein Beispiel, dafs trotz der günstigen Ergebnisse der Statistik, welche eine grofse Vermehrung nach Zahl aufweist, über den betreffenden Zweig geklagt wird, da das Land Schlesien bis jetzt nicht einmal in der Lage ist seinen eignen Bedarf an Schweinevieh zu produzieren.

Schafe und Ziegen.

Der hauptsächlichste Grund, dafs Schlesien nicht günstiger in Vergleich zu anderen Staaten in Bezug auf die Veränderungen in der Viehhaltung dasteht, ist in dieser Provinz mehr als in einer

---

[1]) Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien 1881 S. 24.

[2]) Bericht pro 1882 S. 22.

anderen die grofse Abnahme der Schafe, welche eine Höhe erreichte, wie sie sonst in keinem Gebiete anzutreffen ist. Besehen wir uns zunächst die Zahlen:

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	1 355 864	188 939	603 960
1883	670 721	241 393	397 381
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Schlesien	51,2	18,5	30,3
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Schlesien	— 50,5	+ 31,2	— 34,2
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Diese Daten zeigen, dafs auch in Schlesien gerade die feinen Wollschafe einen ganz besonderen Rückgang erfahren haben, anderseits die Fleischschafe, welche im Durchschnitte des Reiches gleichfalls eine Abnahme erfuhren, sehr bedeutend prozentisch an Verbreitung gewonnen haben.

Wenn wir uns fragen, welche Bedeutung die Abnahme der Schafe in Schlesien habe, besonders in Rücksicht auf die Gröfse ihrer Ziffer, so werden wir nicht umhin können, gerade für diese Provinz diese Erscheinung als weniger bedrohlich zu betrachten, als in anderen Gebieten.

Schlesien hat nämlich in Bezug auf Schafhaltung eine grofse Vergangenheit und ernährte zu Anfang des Jahrhunderts pro Flächeneinheit einen gröfseren Schafstand, als sich den natürlichen Verhältnissen gemäfs entwickelt hätte, wenn nicht gerade ein zufälliger Anstofs von seiten der Intelligenz des Grofsbetriebes die Schafzucht Schlesiens zu einer die Grenzen der Provinz weit überschreitenden, den Weltmarkt beeinflussenden Kunst in der Zucht erhoben hätte. Nur so ist es erklärlich, dafs auch 1883 trotz der enormen Verluste der Schafstand Schlesiens mit 49,3 Stück pro □ km landwirtschaftliche Fläche dem des Reichsdurchschnittes mit 52,5 Stück Schafen nur wenig nachsteht. Wir müssen hierbei bedenken, dafs für eine gröfsere Zahl der Kreise Schlesiens die äufserst geringe Zahl von Weiden, sowie die nicht allzu umfangreiche Verbreitung

der Sandboden für die Zucht des hochfeinen Wollschafes wenigstens keine allzuzwingende Notwendigkeit wird, so dafs hier in dieser Provinz der Rückgang der Wollschafe — abgesehen von den Distrikten mit vorherrschenden Sandboden — in Hinblick auf die natürlichen Faktoren Brandenburgs, Westpreufsens, Pommerns oder Posens z. B. sich wirtschaftlich ungemein leichter rechtfertigt, ja dafs hier der Ersatz durch das Fleischschaf oder sogar durch Kuhhaltung als ein vollständig äquivalenter bezeichnet werden mufs, ein Urteil, das wir höchstens unter den bisher betrachteten Teilen der Monarchie für Ostpreufsen in ähnlicher Weise aussprechen konnten.

Die Gründe für die Abnahme der Schafe liegen teilweise für Schlesien weit zurück; so lesen wir in Meitzen:[1]) „Im ganzen aber sind die Schafe auf den kleinen bäuerlichen Gütern namentlich seit den Separationen im Verschwinden, und wo sie noch angetroffen werden, sind sie aus den Merzthieren der grofsen Güter gebildet. Meist aber kaufen die Bauern nur zur Zeit der Ernte Brackvieh auf, hüten damit ihre Stoppeln aus und verkaufen es dann weidefett an den Fleischer."

Aber nicht nur der Boden Schlesiens, auch sein Klima und sonstige Umstände bieten gerade der feinen Wollzucht nicht die günstigsten Chancen, und es ist nur ein Beweis von besonderer Energie und Ausdauer der schlesischen Züchter, altbegründete Stammherden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt als ebenbürtige Rivalen behauptet zu haben. So fährt Meitzen weiter unten fort: „Die Hauptsitze der schlesischen Merinoszucht sind von jeher die Kreise Ratibor, Leobschütz, Kosel, Neustadt, auch Namslau und Nimptsch gewesen. Niederschlesien ist teils gebirgig und mit ausgedehnten Heiden bedeckt, teils in den fruchtbareren und bevölkerten Gegenden auf Rindviehzucht hingewiesen. In dem östlichen Oberschlesien, Plefs, Rybnik, Beuthen, ist kein geeigneter Boden für edle Schäferei; die Weiden sind hier nafs, ungesund; in nässereren Jahren herrscht infolgedessen eine grofse Sterblichkeit, welche die Schafzüchter zu einem ununterbrochenen Kampfe, die vorgesetzte Stückzahl zu erreichen oder sich auf der Höhe derselben zu erhalten, nötigt. Es werden deshalb verhältnifsmäsig zuviel Mütter, Jungvieh und altes zum Bracken reifes Vieh gehalten und die eigentlichen Wollträger, die Schöpfe, sind in zu niedriger Zahl vertreten. Dazu kommt dürftige und schwankende Ernährung und häufiges Woll-

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 524.

abstofsen infolge überstandener Krisen, so dafs feine Herden ein viel zu grofses Risiko haben."

Für Schlesien kamen aber nicht blofs die ungünstigen Wollkonjunkturen schädigend für seine Schafzucht hinzu, sondern auch, wie bei allen Zuchtherden, der Rückgang im Bockverkauf; aber dennoch, bemerkt weiter citierter Autor, „setzen gerade die vorgeschritteneren Schäfereien ihren Betrieb, wenn auch mit geringem Gewinn, fort, um ihre Stellung im Welthandel zu behaupten und die Verminderung betrifft mehr die geringen Herden, welche mit Recht vorziehen, statt mit ihrem Kapital höhere Veredelung anzustreben, dasselbe auf andere, sicher lohnende Betriebsweisen zu verwenden".

Ganz besondere Veranlassung für Zuwendung zur Fleischschafzucht bot wieder die bereits hervorgehobene Entwickelung der Zuckerindustrie in Schlesien. Auch die Lupinose fordert in Schlesien vielfach Opfer und schreckt vor Schafzucht zurück; es berichtet der Zentralverein [1]) für diese Provinz: „In der That fordert die Lupinenkrankheit (Lupinose) alljährlich noch zahlreiche Opfer, ohne dafs es bis jetzt gelungen wäre, in der Erkenntnis von den Ursachen dieser Krankheit erheblich fortzuschreiten. Der Mangel einer solchen Erkenntnis ist aber um so mehr zu beklagen, als derselbe die Auffindung wirksamer Vorbeugungsmittel oder, falls die Krankheit bereits zum Ausbruch gelangt ist, zuverlässiger Heilmittel verhindert." [2])

Für die relativ geringe Vermehrung der Ziegenhaltung, die kaum den Reichsdurchschnitt übersteigt, ist eine Ursache vielleicht hierin zu suchen, dafs die Ziegenhaltung in Schlesien schon in früheren Jahren eine bedeutende war und deshalb kein besonderer Anstofs zu neuer Ausbreitung gegeben wurde.

Der Gesamteindruck der Entwickelung der Viehzucht in Schlesien in dem Dezennium 1873 bis 1883 dürfte sich in der Weise kurz

---

[1]) Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien 1881 S. 24.

[2]) Wir haben schon weiter oben unser Bedauern ausgesprochen, dafs die Zentralleitungen ganzer Provinzen die wissenschaftlichen Fortschritte der deutschen Landwirtschaft derart ignorieren, dafs ihnen wirksame Mittel zur Verhütung der Lupinose bekannt wären. Es kann auch an dieser Stelle blofs auf die Berichte des landwirtschaftlich physiologischen Instituts der Universität Halle a. S. verwiesenswerden. Jul. Kühn, Berichte a. d. phys. Labor. u. d. Versuchsanst. d. landw. Instituts der Universität Halle 2. Heft, Dresden 1880 S. 102 und Professor Dr. Jul. Kühn „zur Erhaltung des Kulturwertes der Lupine" in Dr. Biedermanns Zentralblatte für Agrikulturchemie Jahrg. 1881 S. 240.

charakterisieren lassen, dafs relativ geringe quantitative, aber gröfsere qualitative Fortschritte sich vollzogen haben, dafs die grofse Abnahme der Schafe speziell für dies Land eine geringere Bedeutung hat, als für manche andere Provinz, da ein Ersatz durch andere Qualitäten eingetreten ist und dieser Ersatz als nahezu gleichwertiger betrachtet werden kann.

Sachsen (Provinz).

Die Hauptzahlen der letzten zwei Viehzählungen sind für diese Provinz nachstehende:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	171 964	619 039	1 783 727	554 177	243 488	1 214 193
1883	182 485	624 973	1 390 915	719 627	261 225	1 239 468

Prozentuale Zu- oder Abnahme.

1883	+ 6,1	+ 1,0	— 22,0	+ 29,9	+ 7,3	+ 2,1

Prozentuale Zu- oder Abnahme in Deutschland.

1883	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Die Gesamtvermehrung an reduziertem Vieh ergab prozentisch nach diesen Resultaten das Doppelte von dem im Deutschen Reiche.

Grofse Verschiedenheiten finden in Rücksicht der einzelnen Viehqualitäten nicht statt, mit Ausnahme der prozentischen Zunahme des Rindviehes, welche den Reichsdurchschnitt um ein Zehnfaches überragt.

Auch hier werden wir einen Hauptteil der Gründe für die Bewegungen in der Viehhaltung in den natürlichen Verhältnissen zunächst aufsuchen können.

Vor allem ist es das Klima [1], mit dem die ganze Provinz glücklich bedacht ist; es fällt die ganze Provinz in jenen milden Strich Mitteldeutschlands, welcher teilweise von den vorangegangenen Gebieten nur Brandenburg und Schlesien berührt. Ja eine noch engere Zone von ganz besonders milder Frühjahrstemperatur kennzeichnet einen Querstreifen von Nord-West nach Süd-Ost der Magdeburger Börde, jene Gegend, welche den dichtesten Stand der Zuckerfabriken in ganz Deutschland aufweist.

[1] Vergl. Meitzners Atlas Tafel V.

Ähnlich begünstigt ist die Provinz durch ihre Bodenverhältnisse; dieselben verteilen sich nach Hauptbodenarten [1]):

	Anteil am Hundert der Gesamtfläche					
	Lehm- und Thonboden	gemischte Boden	Sand-boden	Moor-boden	Wasser-flächen	darunter Kalklager
Provinz						
Sachsen	58,8	19,5	25,1	3,3	1,3	4,2
Preufsen	28,2	34,4	30,0	5,2	2,2	2,4

Es geht aus diesen Zahlen eklatant hervor, wie freigebig die Natur diese Provinz mit den besten Boden bedacht hat [2]). Die Provinz Sachsen hat bei der grofsen Ausdehnung des sehr fruchtbaren Bodens und den sonstigen günstigen Verhältnissen für den Morgen aller Kulturarten die höchsten durchschnittlichen Reinerträge im Vergleiche zu den anderen Provinzen gegeben. Allerdings bietet die Provinz im einzelnen, worauf wir hier nicht näher eingehen können, grofse Verschiedenheiten dar, indem der humose Lehmboden, welcher den Regierungsbezirk Magdeburg und Merseburg durchzieht, in Verbindung mit technischen Gewerben und durch Aufwendung künstlicher Düngemittel, zu einer ungewöhnlich hohen Kultur gebracht ist, ausgedehnte Landstriche Sandbodens in allen Nuancierungen, dann wiederum den schweren Boden der Flufsniederungen, dem in allen drei Bezirken der Gebirgsboden gegenübersteht; endlich auch eine nicht unerhebliche Verschiedenheit in klimatischen Absatz- und Verkehrsverhältnissen für die einzelnen Landstriche und Kreise hervortritt. Indessen überwiegt der vorzügliche und gute Boden der Provinz erheblich, ebenso wie dieselbe in ihren sonstigen Verhältnissen sehr begünstigt ist, während sie in Bezug auf Bewirtschaftung und Bodenkultur alle anderen Provinzen überragt [3]).

Nach der jüngsten Bodenaufnahme von 1883 verteilten sich von je 100 ha der Gesamtfläche in folgender Weise:

---

[1]) Meitzen, a. a. O., Bd. I S. 265 und Atlas Tafel IV.

[2]) Entnommen: „Die Provinz Sachsen und ihr Boden in Hinsicht auf den jetzigen Zustand und Entwickelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse.“ Nach amtlichen und Privatquellen von Eduard Beiche; Delitsch 1874 S. 38 u. flg.

[3]) Vergl. Amtsblatt des Regierungsbezirk Merseburg 1867.

	Acker-, Garten- und Weinland	Wiesen	Weiden
Provinz Sachsen	60,9	8,3	4,7
Deutschland	48,7	10,9	9,4

sonach auf 100 ha der Fläche des Ackerlandes etc. kamen in demselben Jahre:

	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Sachsen	63,2	22,2	1,3	6,3	5,9
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Zunächst springt der hohe Prozentsatz des Acker-, Garten- und Weinlandes in die Augen, welcher den Anteil der darauf gebauten Früchte noch erhöhen mufs.

Von Wiesen und Weiden stehen nur letztere an Zahl im Vergleiche zum Durchschnitte des Reiches sehr zurück. Die Weiden nahmen früher eine grofse Fläche ein und sind infolge der Separationen und des intensiven Betriebes erst eingeengt und verschwunden. Die Wiesen, vorwiegend dem Schwemmlande angehörend, im Gebirgslande aber höheren, fast doppelten Ertrag gebend, stehen auf hoher Kultur und in sorgsamer Pflege, so dafs der Ertrag derselben besonders hoch anzuschlagen ist. Im ganzen bleibt die Fläche der grastragenden Ländereien im Verhältnis zu der des Staates nicht wesentlich zurück [1]).

Die Intensität des Betriebes in der Provinz drückt sich weiter aus in dem kleinen Umfange der Brache und Ausdehnung des Hackfruchtbaues, der selbst dem Getreide noch eine gröfsere Fläche beläfst, als die Prozentzahl für ganz Deutschland beträgt. Die Futterpflanzen bleiben allerdings hinter dem Reichsdurchschnitte zurück. Es ist dies für die Provinz in sofern charakteristisch, als die Viehzucht trotz ihrer nicht unbedeutenden Ausdehnung und Vermehrung gerade bei den Industriewirtschaften nicht als Haupteinnahmequelle gilt, als vielmehr der Ackerbau, und Vieh nur in der Menge gehalten wird, um die allerdings sehr grofsen Rückstände der Industrie zu verwerten. Es beweist dies aber weiterhin, welcher Vermehrung die Viehzucht gerade in diesen Betrieben noch fähig wäre, wollte man den Betrieb und seine Rentabilität auf Ackerbau und Viehzucht gleichmäfsig stützen.

[1]) Vergl. Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 298 u. flg. und Beiche, a. a. O. S. 160 u. flg.

So wie im Boden lassen sich auch im Wirtschaftsbetriebe[1]) der Provinz im wesentlichen die bedeutenden Gegensätze des Terrains und der Fruchtbarkeit wiedererkennen. Der sandige Nordosten steht der Mark Brandenburg in allen Eigentümlichkeiten sehr nahe, das südwestliche Bergland ist vielfach für Grofswirtschaft ungeeignet, in hohem Grade parzelliert und auf gartenmäfsige Kultur hingewiesen, zwischen beiden liegt am Fufs der Gebirge ein breiter Streifen vorzugsweise fruchtbaren Landes, auf welchem die Grofswirtschaft, gestützt auf eine bedeutende Industrie, zu der reichsten Entwickelung gelangt ist, ohne die durch das Klima ebenso wie durch die Bedürfnisse der Industriebevölkerung begünstigte Kleinwirtschaft gänzlich zu verdrängen. Bezüglich der Art des Betriebes entnehmen wir Beiche[2]): „Im Regierungsbezirk Magdeburg treiben die gröfseren Gutsbesitzer der Altmark eine Fruchtwechselwirtschaft, die sich bei Brennereibetrieb namentlich auf Stallfütterung, Hackfruchtbau und Schafhaltung richtet. Während man auf den höheren und den Sandboden der Altmark die gelbe und weifse Lupine (als Futter und Gründüngung) und Roggen baut und Schafweide treibt, erzeugen die besseren Boden derselben Getreide, Hack- und Ölfrüchte; auch wird ein Teil zu Weide- und Brachschlägen benutzt. Im Regierungsbezirk Merseburg führen die gröfseren Güter der Mulde-, Elbe- und Schwarzen Elsterkreise das Fruchtwechselsystem mit Stallfütterung durch. Die Rustikalen wirtschaften ähnlich. Im Regierungsbezirk Erfurt besteht noch der Übelstand, dafs die meisten Gemarkungen noch nicht separiert sind und auf grofsartige Weise zerstückelt und vermengt sind. Aufserdem herrscht noch der lähmende Flurzwang, dem obendrein die schwere Zugänglichkeit der Ackerstücke höchst hinderlich ist. Man treibt Drei- und Vierfelderwirtschaft.“ Auch hier ist Stallfütterung überwiegend.

Es erhellt aus dem wenigen zur Genüge, dafs in Sachsen die natürlichen Bedingungen für Gedeihen der Viehzucht in ganz aufserordentlich hohem Grade gegeben sind, dafs man wohl behaupten kann, es werden hier die Kräfte des Wirtschaftenden durch die Intensität des Ackerbaus allein schon derartig absorbiert, dafs die Viehhaltung nicht eine diesen ihren Hilfsmitteln und Grundbedingungen entsprechende Vermehrung an Zahl gewonnen hat. Um so mehr wird in Sachsen die Leistungsfähigkeit des Individuums dies aufzuwiegen im stande sein.

---

[1]) Nach Meitzen Bd. II S. 189 a. a. O.

[2]) a. a. O., S. 54 u. flg.

Haben wir gesehen, dafs der Verlauf der Viehbewegung in dem betreffenden Dezennium in Sachsen ein sehr normaler war, so wollen wir noch nachweisen, welche Rolle die Provinz in Rücksicht der Qualitätsverschiebungen spielt. Ihr Gewinn hierbei beträgt fast 11 Millionen ℳ; nämlich an:

		Stück		ℳ		ℳ
Pferden	+	10 521	×	748	=	7 869 708
Rindern	+	5 934	×	247	=	1 465 698
Schweinen	+	165 450	×	51	=	8 437 950
Ziegen	+	17 737	×	13	=	230 581
						18 003 937
Schafen	—	392 812	×	18	=	7 070 616
					+	10 933 321 ℳ

Die Provinz Sachsen steht rücksichtlich des Vorteils, der ihr lediglich aus der Verschiebung der Viehgattungen entsprang, an 4. Stelle, ein Beweis für die richtigen Wege, die sie gegangen ist.

Einen Beweis für die Leistungsfähigkeit des Individuums gibt das Gewicht, welches 365 kg für ein Stück Rindvieh überhaupt gegenüber 321 kg desselben im Deutschen Reiche betrug; ferner das Gewicht für mehr als einjährige Schweine mit 126 kg gegenüber von 116 kg desselben im Reiche. Nur in wenigen Gebieten werden so hohe Durchschnittsgewichte erreicht.

Wenden wir uns nun der Betrachtung der einzelnen Viehqualitäten zu.

Pferde.

Für die Provinz Sachsen liegen folgende Zahlen vor:

	Unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	4 866	5 918	5 301	155 879	
1883	6 108	7 613	7 420	161 344	3 946
	Hiervon die prozentualen Gröfsen.				
1873	2,8	3,4	3,1	90,7	
1883	3,3	4,2	4,1	88,4	2,2
	Die prozentualen Gröfsen im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Trennt man die Pferde nach dem Alter von 3 Jahren, so erhält man hier

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Sachsen	+ 31,4	+ 3,5
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Unter der Zunahme der Pferde in Sachsen ist gerade die stärkere Vermehrung der Fohlen bemerkenswert, die in Hauptsache nicht so sehr auf eigner Nachzucht, als vielmehr Import beruhen dürfte, nachdem die Berichte über eine Veränderung der Zuchtrichtung nicht referieren und Meitzen [1]) in dieser Hinsicht schreibt: „Im allgemeinen sind teils fremde Fohlen, früher namentlich in grofser Ausdehnung hannöversche eingeführt worden, so dafs sich an den nordwestlichen Grenzen der Einflufs der hannöverschen Zucht sehr geltend machte. — Bei den Wirtschafts- und Bodenverhältnissen der Provinz mangelt es aber an Örtlichkeiten, die die Bedingungen der Pferdezucht bieten, und wenn auch grofse und kleine Besitzer Fohlen im Stalle aufziehen, mufs doch ein sehr grofser Teil des Bedarfs als ältere Pferde von auswärts eingeführt werden. Solche Pferde für den landwirtschaftlichen Gebrauch wurden früher hauptsächlich aus Holstein und Dänemark bezogen, in neuerer Zeit sind diese Bezugsquellen fast ganz aufgegeben, dagegen sind andere in Holland, Belgien und vorzüglich in Nordfrankreich eröffnet worden. Diese werden gleichmäfsig von gröfseren Gütern, wie von einigen bäuerlichen Besitzungen benutzt, welche in den fruchtbareren Distrikten der Provinz liegen.“

Nach Verwendungsweise gestaltete sich die Bewegung des Pferdevolkes in Sachsen in angeführter Weise:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivilpferde
Sachsen	— 33,3	— 4,0	+ 43,9
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Leider konnten wir in den Berichten keine Aufklärung über die starke Abnahme der Zuchthengste finden. Dafs sich die Reduktion der landwirtschaftlichen Pferde unter dem Reichsdurchschnitte hielt, ist auf die Intensität des Betriebes in der Provinz zurückzuführen, und weiterhin, dafs sich immer mehr und mehr ein schwe-

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 468.

reres Arbeitspferd einzubürgern beginnt. „Die letzten Schauen [1]) in Sachsen zeigten teilweise die unverwischten Formen der belgisch-französischen Rassen, teilweise mit greifbarer Deutlichkeit die trockeneren, nervigen Formen der englischen kaltblütigen Rassen, namentlich den Typus des Clydesdaler Pferdes.“

Rindvieh.

Die amtlichen Zahlen geben folgendes Bild:

	Kälber bis ½ Jahr	Jungvieh, Zuchtbullen	Jungvieh, sonstiges	Rindvieh über 2 Jahr alt, Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	61 734	4 386	125 823	4 644	369 892	52 560
1883	73 865	3 128	110 703	7 684	365 207	64 386
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
1883	+ 19,7	— 28,7	— 12,0	+ 65,5	— 1,3	+ 22,5
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reich.					
1883	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Mit Ausnahme des starken Plus der Gruppe „sonstiges“ zeigen auch die Qualitäten des Rindviehs keine grofsen Abweichungen vom Reichsmittel. Die Zunahme dieser letztgenannten Abteilung, die vorwiegend die Ochsen enthält, weist natürlich auf den konstanten Fortgang des Mastbetriebes hin, als Konsequenz der Erweiterung der Anbauflächen für Zuckerrübe. Sie erscheint in den Zahlen vorteilhafter als Milchwirtschaft, da die Milchkühe eine kleine Abnahme erlitten. Auch die Milchkühe kommen nämlich nach kurzer Milchnutzung zur Fettmast; da sich der Viehstamm bei Schnitzelfütterung meist nur wenige Jahre ohne Nachteil erhält, so wird gröfstenteils die Kuh mit dem Kalb gekauft und blofs während der Laktationsperiode zum Zwecke der Milchnutzung verwendet, dann sofort dem Maststall überwiesen, so dafs der rascheste Umsatz so stattfindet. Dies natürlich nur in den Fabrikwirtschaften. Sonst aber zieht die Provinz den gröfsten Teil des Viehes selbst auf. Von auswärts wird das Milchvieh meist aus den hannöverschen Marschen und Oldenburg, besonders auch aus Holland bezogen. Zugochsen werden in Menge aus Bayern, Böhmen und Thüringen zugeführt

[1]) Vergl. Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen pro 1881 S. 21.

und kommen fett gemästet auf die Märkte von Neufs, Hamburg und Berlin.

Neuere Vereinsnachrichten geben von den vielseitigen züchterischen Bestrebungen Zeugnis, in welcher Richtung hier nur das Markanteste notiert werden soll [1]: „Aus dem Kreise Jerichow: Rindvieh wird in hiesiger Gegend viel gezogen; es ist nach neumilchendem oder hochtragendem Vieh fast immer Nachfrage. Es werden auch Ochsen gezogen, welche aber gröfseren Ansprüchen an Leitungsfähigkeit nicht entsprechen, sondern vom bayerischen Schlage entschieden übertroffen werden; zu dem sind sie bei weitem nicht so mästungsfähig als letztere. Vereinzelt kommen auch Kreuzungen mit englischem Rindvieh vor, jedoch scheinen dieselben nicht anzusprechen, auch ist zu bemerken, dafs man neuerdings der Haltung und Pflege des Rindviehs viel mehr Sorgfalt und Aufmerksamkei zuwendet."

Häufig lauten in Sachsen Klagen über Maul- und Klauenseuche, welche nicht unerhebliche Verluste in den Reihen des Rindviehs verursachen. Der Verein Worbis berichtet: „Auch in Bezug auf Rindvieh will man ein im Zuge leistungsfähiges Tier von gröfserem Körper und guter Ausnutzungsfähigkeit des gegebenen, nicht immer nährstoffreichen Futters züchten und soll zu diesem Zwecke Zuchtvieh der Vogtländer und bayerischen Rasse eingeführt werden."

Der Verein Ranis schreibt: „Die einheimische Landrasse, eine Kreuzung von Franken und Vogtländern, wird mit Benutzung von guten Stieren der Franken-, Simmenthaler- und Glan-Rasse von den kleineren Landwirten weiter gezüchtet, die Kühe häufig zum Ziehen angelernt, Stiere gezogen und gewöhnt, die Kühe selbst nachgezogen, leider in der Regel zu jung zum Stier gelassen. Auf diese Weise ist eine Rasse entstanden, welche ihren Zweck für alle Ansprüche zur Genüge erfüllt. Aufserdem wird ein sehr schwungvoller Umsatz in Zugochsen getrieben. Auf den Rittergütern kann man sehr schöne und wertvolle Viehstapel sehen: Shortorns, Wilstermarsch, Ditmarschen, Glaner, Franken, Montafuner, Berner, Schecken u. s. w. Alle verfolgen den Zweck, durch teilweise Kreuzung mit anderen Stämmen, bei schönen grofsen Figuren eine möglichste Verbindung von Mastfähigkeit und Milchergiebigkeit herzustellen. Manche Vereine berichten allerdings von noch vorherrschenden Übelständen, von Rückschritten ist aber nichts zu finden.

Genug, die Rindviehzucht ging in Sachsen Hand in Hand mit

[1]) Bericht pro 1883 S. 14 u. flg.

der Industrie und ist durch sie in ihrem Gedeihen bedingt, mehr als eine andere Viehgattung. Sie mufste und hat teilweise die Verluste der Schafhaltung gedeckt.

Schweine.

Die prozentische Zunahme der Schweine hat gegenüber dem Reichsdurchschnitte keine Differenz gezeigt, und auch die Altersklassen derselben machen hierin keine wesentliche Ausnahme:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Sachsen	77,4	22,6	31,5
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Blofs das Verhältnis der Zuchtsauen ist in Sachsen ein niedriges, was am wahrscheinlichsten dadurch erklärlich wird, dafs ein stärkerer Import von Ferkeln stattfindet. In der That bestätigt Meitzen [1]) für die ältere Zeit eine bedeutende Einfuhr polnischer Schweine, welche erst durch Einführung englischer Kreuzungen vorzüglich auf Initiative der Herren v. Nathusius-Hundisburg und Rimpau-Schlanstedt verdrängt wurden, dafs gegenwärtig englische Kreuzungen und Reinzuchten aller Art auf den gröfseren Gütern allgemein verbreitet sind, und es im wesentlichen auch bei den bäuerlichen Besitzern und kleineren Besitzern und kleineren Wirten in Übung gekommen ist, den Bedarf für Herbst und Winter aus den Halbbluttieren der grofsen Wirtschaften zu kaufen.

Schafe und Ziegen.

Vorerst wieder die beiden Viehzählungsergebnisse einander gegenüber gestellt:

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	389 971	183 490	1 210 266
1883	214 324	234 815	941 776
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Sachsen	15,4	16,9	67,7
Deutschland	33,4	12,0	54,6

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 538.

	feine Wollschafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
Die Zu- und Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Sachsen	— 45,0	+ 28,0	— 22,2
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Die Schafzucht hat in Sachsen prozentisch nicht so grofse Verluste erlitten als das Reich im Durchschnitte. Charakteristisch hierbei ist die starke Vermehrung der Fleischschafe und die Abnahme der feinen Wollschafe, eine Verschiebung, welche den Landesverhältnissen durchaus angemessen ist und ihnen zum Vorteile gereicht.

Nähere Aufschlüsse über Gründe dieser Bewegung finden sich einige in Meitzen [1]) und Beiche [2]), wonach in der Provinz die berüchtigte „Traberkrankheit" und die Wollkonjunkturen vorwiegend die Schafzucht gefährdet haben. Der Grofsgrundbesitz ist Ursache, dafs sich dieselbe noch auf dessen Gütern behauptet hat; in den Gegenden des Kleinbesitzes habe die Schafhaltung gröfsere Lücken erlitten, in den Distrikten des grofsen Besitzes bleiben die wirtschaftlichen Verhältnisse grofser Aufsenschläge und Vorwerke auch bei fast ziemlich intensiver Kultur so, dafs eine intensive Bestellung, die viel Arbeit forderte, zu vermeiden sei. Das Schaf erhalte sich dort und sei praktisch, ob die Preise etwas höher oder niedriger ständen.

In den Jahresberichten wird auch sehr häufig auf den enormen Schaden hingewiesen, welchen die Lupinose in den Sandgegenden des Nordens den Schafherden bringt. Von sonstigen Übelständen werden die Wurmkrankheit, Pocken und Räude genannt. Während sich seit Ende vorigen Jahrhunderts bis Mitte dieses eine Umwandlung in der Schafzucht dahin vollzog, dafs ein mehr oder weniger edles Merinoschaf das charakteristische Landschaf der Provinz geworden ist, haben sich seit Rückgang der Wollpreise die Züchtungen von Fleischschafen fortwährend vermehrt, so dafs zugleich mit dem Fortschritt in der landwirtschaftlichen Industrie, namentlich der Rübenzuckerindustrie, eine das Mastfutter verwertende Richtung der Schafzucht ein unentbehrliches Bedürfnis wurde, auf die Reinheit der Rasse begann man fortan weniger Gewicht zu legen. Namentlich erweisen sich Kreuzungen der Southdowns mit Merinos oder Franken-

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 538 u. flg.

[2]) Beiche, a. a. O. S. 185 u. flg.

schafen sehr beliebt und vorteilhaft. Gemästet finden die jungen Southdowns vorwiegend Absatz nach England, die Merinohammel mehr nach Frankreich und in das Inland. Es werden aus Pommern und Mecklenburg jährlich Schafe in grofser Anzahl eingeführt. Für die sandigen Gegenden des Nordens ist der Verlust an Wollschafen entschieden ein wirtschaftlicher Nachteil, und nur zu bedauern ist es, dafs auch von dem Bericht der Zentralleitung pro 1882 [1]) der Irrtum verbreitet wird, dafs es kein Mittel gebe, den Lupinen den schädlichen Stoff zu entziehen, um so mehr, da bis jetzt die Lupine im Sandboden durch keine andere Frucht zu ersetzen ist. In den Gebieten mit schweren Boden aber und Industriewirtschaft ist der Übergang zur reinen Fleischschafzucht das richtige Ziel, welches eingeschlagen wurde, besonders da der Weidegang auf diesem meist nassen Terrain mehr Krankheiten hervorruft als sonstwo, so dafs vorwiegende Stallfütterung hier das rationellste ist.

Die Ziegenhaltung hat sich in dem letzten Dezennium in Sachsen nicht so vermehrt, als es im ganzen Reiche der Fall ist. Um die Ursachen davon zu finden, müssen wir wieder einen Blick zurückthun, und da ergibt sich, dafs die Zahl der Ziegen in früherer Zeit bereits so gestiegen war, dafs sie fast alle Gebiete übertraf. Es erscheint sonach eine geringere prozentische Zunahme im letzten Dezennium weit eher als ein Einlenken in normale Bahnen, als eine Abnahme. Es entfallen nach 1883 an Ziegen

	Auf 1 □ km. landwirtschaftliche Fläche	auf 100 Einwohner
Sachsen	14,3	11,1
Deutschland	7,2	5,8

Sowohl bezüglich landwirtschaftlicher Fläche, als auch bezüglich Einwohnerzahl wird Sachsen nur von ganz wenigen Gebieten an

[1]) Bericht pro 1882 S. 10. Wir können nur abermals auf die verschiedenen Methoden verweisen, das Gift der Lupine zu benehmen, besonders aber auf die Untersuchungen des Geheimen Rats Professor Dr. Kühn, wonach das Iktrogen (so wurde vom Geheirat Kühn jener Giftstoff genannt) durch Dämpfen mit einem „Futterhenze" oder durch das Verfahren von Dr. Oskar Kellner (Landwirtschaftl. Jahrb. Berlin 1880 Bd. IX S. 977) aus den Körnern vollständig beseitigt werden kann. Namentlich den Vereinen wird dringend der Aufsatz von Geheimat Professor Dr. Jul. Kühn „zur Erhaltung des Kulturwertes der Lupine" empfohlen in Biedermanns Zentralblatt für Agrikulturchemie Jahrg. 1881 S. 240. Vergl. auch die Berichte des phys. Labor. u. d. Versuchsst. d. landw. Instituts der Universität Halle 2. Heft, Dresden 1880 S. 102.

Ziegenzahl übertroffen. Der hohe Grundwert sowie das Überwiegen des Grofsbetriebes der Provinz ist zwar einer grofsen Ausdehnung der Ziegenhaltung ungünstig, allein es kommen andere Momente hinzu, die doch in ihrem Einflufs durchschlagen; nämlich die freie, unabhängige Stellung des landwirtschaftlichen Arbeiters einerseits, und der grofse Prozentsatz der Industrie und Handel treibenden Bevölkerung, die einen grofsen Arbeiterstand einschliefst. In Sachsen gehören derselben 50,7 % an, in Deutschland blofs 45,5 %.

Verschiebungen in diesen Verhältnissen influieren natürlich auch die Ziegenhaltung.

Der Fortschritt, welchen die Provinz Sachsen in Hinblick auf die Gesamtviehhaltung machte, ist der ganzen Zunahme der Intensität des Betriebes nach zu schliefsen weit mehr und höher zu veranschlagen, als es der Zahl nach erscheinen mag, insofern hier die Leistungsfähigkeit des Individuums, namentlich was Fleischproduktion anbetrifft, eine seltene Gröfse erreicht hat. Es trat dieser Erfolg ein, trotzdem, wie bereits hervorgehoben wurde, nicht so ganz ausschliefslich, ja sogar nebensächlicher die Rente auf Viehzucht basiert ist, ein Umstand, welcher bei Änderung der Konjunkturen die grofse Überlegenheit der besten Boden für die Zukunft auch ins richtige Licht setzt.

Westfalen.

Die amtlichen Zahlen der letzten 2 Viehzählungen mögen auch bei dieser Provinz den Ausgangspunkt bilden:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	118 073	567 975	484 151	251 840	171 243	870 730
1883	120 646	527 605	416 761	367 844	181 174	857 309
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
1883	+ 2,2	— 7,1	— 13,9	+ 46,1	+ 5,8	— 1,5
Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.						
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Wir haben eine Provinz vor uns, welche in ihrem reduzierten Viehstande eine nicht unbedeutende Abnahme nach Zahl aufweist, eine Abnahme, welche nur von wenigen Gebieten in Deutschland

erreicht oder übertroffen wird. Ursache dieses Resultates ist, wie sich leicht ersehen läfst, der auffällige Rückgang in der Rindviehhaltung, so dafs die Bewegung innerhalb des zu betrachtenden Dezenniums für diese Provinz eine unglückliche genannt werden mufs.

Betrachten wir uns um die Bedeutung dieser Veränderungen richtig zu würdigen, die natürlichen Bedingungen und Voraussetzungen der Viehhaltung Westfalens.

Das Klima [1]) Westfalens ist ein sehr heterogenes und kann nach den drei Regierungsbezirken ungefähr charakterisiert werden. Am besten ist Münster situiert, das mit seinem Bezirke in die Region der wärmsten Frühjahrstemperatur Deutschlands fällt; schon weniger glücklich ist der Regierungsbezirk Minden, indem er etwa so wie der mittlere Teil Deutschlands in seinen Frühjahrstemperaturen sich verhält; aber übel ist geradezu der in die Gebirge fallende Teil der Provinz, der Regierungsbezirk Arnsberg, genannt das Sauerland, bezüglich der Frühjahrswärme bestellt.

Waren über Westfalen schon von 1875 ab besonders schlechte Erntejahre hereingebrochen, von denen wir später zu melden haben werden, wobei die Witterungsverhältnisse nicht die geringste Rolle spielten, so ist das Jahr 1881 ganz dazu angethan, ein Beispiel hierfür zu geben. Ein Vereinsbericht [2]) schildert dies, wovon wir auszugsweise herausgreifen: „Die Witterungsverhältnisse äufserten sich in Extremen so ausgesuchtester Art, dafs seit Menschengedenken derartige Ungunst nicht zu verzeichnen war. Auf einen langandauernden Winter von seltener Strenge folgte ein Frühjahr so rauh und kalt, so dafs es eigentlich als eine Fortsetzung des Winters betrachtet werden konnte. Zugleich herrschte eine Dürre, die jedes Wachstum aufhob. Dürr, kalt und rauh war die Devise der Monate April und Mai, und selbst der Juni brachte nur wenig Besserung. Als endlich die rauhe, kalte, unfreundliche Witterung wich, trat ohne jeden vermittelnden Übergang eine wahrhaft tropische Hitze ein, deren Wirkung auf die Vegetation eine ganz ungewöhnlich ungünstige war. Der Boden zeigte klaffende, tiefe Risse, auf 1 bis $1^1/_4$ m war er vollständig ausgetrocknet, alle Pflanzen fingen an zu welken, und Schrecken ergriff alle Gemüter. Am 9. August kam der so lang ersehnte Landregen. Wie vordem Dürre, so herrschte nunmehr endloses Regenwetter in schreiendem Übermafs über das

---

[1]) Meitzens Atlas Tafel IV.

[2]) Jahresbericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungs-Bezirk Arnsberg pro 1881 S. 54.

Land, um die an sich schon geringe Ernte noch mehr zu entwerten.“

So heterogen das Klima der drei Regierungsbezirke ist, ist auch der Boden [1]). Im allgemeinen gehört Münster der Ebene, Minden und Arnsberg dem Gebirgslande an.

Die Hauptbodenarten verteilen sich folgendermaſsen:

Regierungsbezirk.	Anteil der Gesamtfläche					
	Lehm u. Thonboden	gemischte Lehm- u. Sandboden	Sandboden	Moorboden	Wasserfläche	darunter Kalklager
Münster	29,7	16,4	44,4	9,4	0,1	7,9
Minden	55,0	12,4	29,0	3,5	0,1	21,8
Arnsberg	98,4	8,6	8,0	0,0	0,0	8,5
Westfalen	60,5	10,5	24,6	4,3	0,1	11,8
Preuſsen	28,2	34,4	30,0	5,2	2,2	2,4

Das Gebirge ist also ungemein reicher an Lehmboden. Ganz besonders ist aber dem Gebiete der Grauwackengebirge Aufmerksamkeit zu schenken, das den gröſsten Teil des Regierungsbezirkes Arnsberg bildet, der schon durch sein Klima so übel gekennzeichnet ist. Er unterscheidet sich nicht bloſs von den Ebenen in agronomischer Beziehung, sondern auch von den übrigen Teilen des westfälischen Gebirgslandes. Er bildet plateauartige Hochflächen und Kuppen von groſser Rauhheit mit schroffen Abhängen und engen Thälern, dem Anbau wenig Raum bietend. Der Boden besteht gröſstenteils aus schieferigem, untersetztem Gebröckel, verbunden durch die bündige, lettenartige Reinerde, die feucht, schmierig und klebrig ist.

Sondert man diese Zone der Grauwackengebirge ab, so stellen sich die Zahlen für die übrige Provinz normaler:

	Anteil an der Gesamtfläche					
	Lehm u. Thonboden	gemischte Sand- u. Lehmboden	Sandboden	Moorboden	Wasserflächen	darunter Kalklager
Grauwacken Gebirge	98,0	0,9	0,1	0,0	0,0	7,8
Übrige Provinz	46,4	14,0	33,6	5,9	0,1	13,3

[1]) Nach Meitzen Bd. I S. 276 u. flg.

Die Boden des Kohlengebirges, welche sich anschliefsen, sind von hohem Werte, werden aber von den mit Kreidebildungen vermischten Strichen der Flufsniederungen übertroffen. Die obere Abteilung der Kreidebildungen geht in den sogenannten Klaiboden über, aus einem weichen, milden, weifsen und hellgelblichen Thonmergel allmählich in einen schweren zähen sich verwandelnd. Der Boden des Emscher Bruches bildet teils gute Kulturen, teils strengen Klaiboden. Die hohe Mark und die Hardt bilden dürre Erhebungen, das obere Lippthal zeigt die reichsten Marschboden; die sogenannten Baumberge bilden schwer zu bearbeitende Boden; auch die Platte vom Altenberge und Münster bleibt schwer zu bearbeiten und hängt dabei sehr von der Witterung ab, um sicher zu sein. Den Übergang des Thonbodens in Sandboden bildet an der Lippe der Senkelboden, der bei Nässe breiig, bei Dürre hart und undurchdringlich wird.

Die Münsterländische Ebene endlich kann vermöge ihrer Beschaffenheit bei genügender Kultur recht gute Ergiebigkeit erreichen. Im Teutoburger Walde finden sich vermöge verschiedener geognostischer Mängel blofs geringwertige Flächen für den Ackerbau.

Diese grofse Verschiedenheit in der Bodennatur bedingt auch höchst verschiedene Wirtschaftsweise, deren Betrachtung wir die Bodennutzung vom Jahre 1883 vorausschicken wollen.

Unter 100 ha der Gesamtflächen befanden sich in

	Acker- und Gartenland	Wiesen	Weiden etc.
Westfalen	42,3	7,8	17,3
Deutschland	48,7	10,9	9,4

auf 100 ha des Acker- und Gartenlandes entfielen in

	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide u. Brache
Westfalen	65,7	12,4	1,1	8,5	9,9
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Die kleinere Fläche des dem Ackerbau dienenden Areales wird vorzüglich durch die gröfseren Flächen der Forste eingeschränkt. Wiesen bleiben unter dem Reichsmittel, Weiden übersteigen es bedeutend [1]), indessen ist der Mangel an Wiesenland nur scheinbar, denn es gibt, wie die hohen Tarifsätze in Meitzen für Weiden zeigen, in der

[1]) Vergl. Meitzen Bd. II S. 301.

Provinz höchst ausgedehnte Flächen, welche der bestehenden Wirtschaft nach zwar vorzugsweise zur Hütung von Fett- und Melkvieh benutzt werden und deshalb als Weide angesprochen werden, indessen ihrer gesamten Beschaffenheit nach auch gemäht und dem Wiesenlande zugerechnet werden könnten.

In Rücksicht der Benutzung des Acker- und Gartenlandes ist am meisten auffällig die geringe Fläche der Brache, welche bekanntlich auf schwerem Thonboden gerade unentbehrlich ist. In zweiter Linie der geringe Umfang der Futterpflanzen und des Hackfruchtbaues. Gröfser als der Reichsdurchschnitt gestaltet sich die prozentische Getreidefläche. Die Verteilung von Getreide und Brache hängt mit dem üblichen Wirtschaftssystem zusammen. Bezüglich der Hackfrüchte ist zu erwähnen, dafs sich die Zuckerrüben des Klimas wegen nicht zur Zuckerfabrikation eignen. Unter den Futterpflanzen ist Rotklee die Hauptfutterpflanze, welcher meist genügenden Kalk und Feuchtigkeit findet. Auf dem flachen Boden der Gebirge wintert er sehr leicht aus, jedenfalls ein Hauptgrund des geringeren Umfanges der Futterpflanzen. Indessen ist er doch sicher genug, um Stallfütterung auf ihn zu gründen. Geringere Rolle spielen Esparsette, Spörgel, Buchweizen, Lupinen. Der Wirtschaftsbetrieb gestaltet sich in Westfalen wegen der zahllosen Verschiedenheiten des Terrains und der Fruchtbarkeit höchst verschieden. Es herrscht besonders im Regierungsbezirk Münster freie Wirtschaft mit noch ganz üblichem Weidegang des Viehs, aber auch so wie in den beiden anderen Regierungsbezirken Felder- und Feldgraswirtschaft mit häufig besömmerter Brache.

Im allgemeinen bieten diese Bodenverhältnisse mit Ausnahme etwa des Regierungs-Bezirkes Arnsberg, wo eben der Rotklee auf der Grauwacke unsicher ist, der Viehzucht gerade nicht sehr ungünstige Chancen, keineswegs kann man aber sagen, dafs die Viehzucht durch die natürlichen Verhältnisse in Westfalen irgendwie gefördert würde. Es wird ja noch die weitere Betrachtung ergeben, dafs andere Verhältnisse auf das ungünstige Ergebnis der letzten Viehzählung gerade von Einflufs waren, aber die Erscheinung, dafs Westfalen von 1816 ab bis auf 1883 unter den Provinzen Alt-Preufsens die geringste Viehzunahme aufweist, ja weiterhin, dafs es auch in allen früher angeführten und gemachten Perioden gleichmäfsig an Viehzunahme zurücksteht, glauben wir mit vollem Grunde gröfstenteils in den geschilderten Verhältnissen suchen zu müssen [1].

[1]) Vergl. Tabelle zu S. 12.

Für die neuere Zeit kommen für den grofsen Rückgang noch ganz besondere Ursachen hinzu, die wir aus den Vereinsberichten zu belegen trachten wollen. Das entscheidendste scheint uns die Meldung [1]): „Unser vorjähriger Bericht wies nach, dafs schon 5 schlechte Jahre aufeinander gefolgt seien, allein das Jahr 1881 hat sich fast in jeder Beziehung noch unheilvoller erwiesen. Die Landwirtschaft hat einen entschiedenen Rückgang erfahren.“ Es werden von allen Zweigvereinen die abnormen Witterungsverhältnisse hervorgehoben, der ganz aufsergewöhnliche Mangel an Futter, infolgedessen ungenügende Ernährung des Viehs. Geldmangel hatte zur Folge, dafs Vieh zu Schleuderpreisen verkauft werden mufste. Die Geldnot war ganz aufserordentlich; sonst gut situierte Besitzer mufsten Geld aufnehmen, um ihre Zinsen bezahlen zu können; zahlreiche Besitzwechsel fanden statt. Jeder schränkte sich aufs äufserste ein, weshalb auch Geschäftsleute in den Städten schlechte Geschäfte machten. Mithin hat sich die Lage des Landwirts verschlechtert gegen die bereits traurigen Verhältnisse der Vorjahre. Am schwersten trafen diese Schäden wiederum das Gebirge und die Hochplateaus. Besonders ist hervorzuheben, was die einzelnen Kreisvereine berichten z. B. der von Wiedenbrück [2]), dafs sich ein grofser Mangel an Rindvieh auf den Märkten geltend mache, da infolge Futtermangels selbst junges Vieh verkauft und geschlachtet werden mufste, das von den Wurstfabrikanten zu Schleuderpreisen angekauft wurde. Ähnlich sind die Schilderungen im Regierungsbezirk Arnsberg [3]): „Es ist schwer, die gedrückte Stimmung der Landwirte richtig zu schildern; die Verluste dieses Betriebsjahres sind ungeheuer. Zu der Überflutung unseres Marktes mit fremden Produkten tritt eine verminderte Konsumtionsfähigkeit seitens unserer Landwirte, denn sie ist durch die lange fortgesetzten schlechten Ernten auf ein Niveau gesunken, dafs zahllose Existenzen in hohem Grade gefährdet erscheinen.

Die allgemeine, im Gebiete der Landwirtschaft liegende Notlage ermöglicht jedoch gegenwärtig nicht einmal die Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse, viel weniger gestattet sie unvorhergesehene Auslagen, welche durch die Friktion des Systemwechsels gegeben wären.“

---

[1]) Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur in der Provinz Westfalen pro 1881 S. 8 u. flg.

[2]) a. a. O., S. 6.

[3]) Jahresbericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungs-Bezirk Arnsberg pro 1882 S. 53 u. flg.

Das Jahr 1882 brachte über Westfalen bezüglich Ernte bessere Verhältnisse, jedoch wegen niedriger Getreide- und Strohpreise konnten keine grofsen finanziellen Resultate erzielt werden. Die Viehpreise waren dagegen günstige zum Schaden jener, welche ihre in den letzten Jahren stark reduzierten Viehstände ergänzen wollten. So fährt deshalb der Bericht [1]) fort: „Somit dauert der grofse Geldmangel auf dem Lande im gröfsten Teile der Provinz noch immer fort und hat sich sogar vielfach gesteigert. Der Landwirt konnte mit wenigen Ausnahmen die früher gemachten Schulden nicht bezahlen, mufste vielmehr vielfach neue Kapitalien aufnehmen, und er seufzt vornehmlich in den Industriebezirken, aber auch in manchen ländlichen Kreisen schwer unter dem Druck hoher Steuern. Im grofsen ganzen hat also der Landwirt besser zu leben als in den früheren Jahren, aber es bedarf weiterer guter Jahre, um seine Verhältnisse wirklich zu bessern."

Das Jahr 1883 [2]) war wieder ein ungünstiges für Westfalen. Über die Verschuldungsverhältnisse Westfalens um das Jahr 1883 läfst sich nichts Bestimmtes sagen, aus dem betreffenden Berichte [3]) aber geht hervor, dafs die Verschuldungsverhältnisse nur in den besseren Kreisen normale sind, in anderen aber, besonders dem Gebirge, Besitzwechsel und Verschuldung sich mehren, deren Ursachen teils selbstverschuldete, teils unverschuldete.

Bezüglich Verkehrsverhältnisse liefs und läfst noch die Provinz manches zu wünschen übrig, wenigstens ist in jüngerer Zeit dem dringendsten Bedürfnis namentlich der Gebirgsgegenden für Absatz ihrer Produkte durch Ausbau einiger Sekundärbahnen und Chausseen Rechnung getragen.

Wir müssen auch der Frage der Qualitätsverbesserung gerade in Westfalen gröfsere Aufmerksamkeit schenken, da sich die Zahl zu einem so ungünstigen Urteil für die Provinz zuspitzt. Den letzten Jahrgängen der Vereinsberichte entnehmen wir exzerptweise: „Viele Vereine fahren fort, Zuchttiere — meistens aus Holland und Jeverland — anzukaufen und unter ihre Mitglieder zu versteigern. Die Deckstationen haben zum Teil eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen, und es kann überhaupt konstatiert werden, dafs das westfälische Landesgestüt in den Kreisen der Züchter wachsende Aner-

[1]) Bericht pro 1882 S. 6 flg.
[2]) Jahresbericht pro 1883 S. 4.
[3]) a. a. O., S. 9 flg.

kennung findet. Auch Schweine, namentlich Eber, wurden zur Hebung der Zucht fortgesetzt in verschiedene Kreise importiert [1]).

Da der Körnerbau immer unrentabler wird, so steigt beständig das Interesse für Viehzucht und wird infolgedessen auch die Fütterung eine bessere. Dies geht aus zahlreichen Berichten hervor. Interessant ist besonders die Schilderung des Kreisvereins Wittgenstein, welcher über Erfolge seiner Thätigkeit auf diesem Gebiete über 50 Jahre zurückblickt, welche hier aber zu weit führen würde. Viele Vereine konstatieren ausdrücklich, dafs mehr Kraftfutter gefüttert wird als früher.

Sehr günstig wirkte in manchen Kreisen die Errichtung von Viehmärkten. Ein grofser Teil der Vereine fährt fort, Rindvieh, sowohl Bullen als tragende Rinder, von auswärts einzuführen und unter seine Mitglieder zu versteigern. Durchschnittlich wird hier bei die Holländer respektive Jeverländer Rasse bevorzugt, doch werden für geringe Boden auch die Angler Rasse und für höhere Gebirgspartieen die Westerwälder Rasse genommen [2]).

Aus diesem summarischen Extrakt der Berichte geht zur Evidenz hervor, dafs trotz der schlechten finanziellen Lage der Provinz für die Hebung der Viehzucht zu wirken nicht geruht ward, dafs das Individuum trotz ungünstiger Verhältnisse in Rücksicht seiner Leistungsfähigkeit dennoch gewinnen kann.

In Überzeugung dessen werden die schlechten Beziehungen, wie sie sich auch in der Qualitätsverschiebung während des betreffenden Dezenniums vollzogen haben, eine mildere Beurteilung finden. Sie gestalteten sich in Westfalen:

		Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+	2 573	×	530	=	1 363 690
Schweine	+	116 004	×	54	=	6 264 216
Ziegen	+	9 931	×	15	=	148 965
						+ 7 776 871
Rinder	—	40 370	×	184	=	7 428 080
Schafe	—	67 390	×	19	=	1 280 410
						— 932 069 ℳ

Aufser Württemberg und Baden hat kein Gebiet in ganz Deutschland in dieser Hinsicht ein so ungünstiges Resultat ergeben. Weniger

[1]) Vergl. Jahresbericht pro 1881 S. 21 flg.
[2]) Vergl. Bericht pro 1883 S. 28 bis 32.

der Verlust an Schafen, als vielmehr an Rindvieh war es, welcher der Provinz diese Nachteile brachte.

Für die Landwirtschaft steigert sich der Effekt obiger Berechnung des Verfassers, wenn man die Pferde nichtlandwirtschaftlicher Verwendungsweise ausscheidet:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde
1873	331	87 464
1883	259	73 825
	— 72	— 13 639

Zu- oder Abnahme von 1873 zu 1883 in %

Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivilpferde
— 21,8	— 15,6	+ 70,8

Die Abnahme der Zuchthengste und der landwirtschaftlichen Pferde steigert also noch obiges triste Ergebnis.

Dennoch ist jener Verlust von nicht einmal 1 Million Mark durch Qualitätsverschiebung ausgeglichen worden, schon durch das Steigen der tierischen Produkte an Wert, ohne Rücksicht auf Gewichtszunahme. Denn ein Preisaufschlag von 1 Pfennig pro kg Lebendgewicht des im Jahre 1883 vorhandenen Viehstapels hätte ausgereicht, um den Verlust durch Qualitätsverschiebung, soweit er den ganzen Viehstapel betrifft, zu decken, und die Viehpreise sind, mit Ausnahme etwa der Schweine, auch in Westfalen viel bedeutender gestiegen.

Ein abschliefsendes Urteil über die Viehzucht dieser Provinz wollen wir uns nach Erledigung der speziellen Untersuchung der Viehgattungen reservieren.

Pferde.

In Rücksicht des Alters derselben ergaben die beiden Viehzählungen Unterscheidungen, und zwar:

	Unter 1 Jahr	1 — 2 Jahre	2 — 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	3 755	4 484	4 488	105 346	
1883	5 719	6 673	5 724	102 530	3 874

	Unter 1 Jahr	1 — 2 Jahre	2 — 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
	Hiervon die Prozentzahlen.				
1873	3,2	3,8	3,8	89,2	
1883	4,7	5,5	4,8	85	3,8
	Prozentzahlen für das Deutsche Reich.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Eine Trennung von über und unter 3 Jahre alten Pferden ergibt an Prozenten der Vermehrung oder Abnahme:

	unter	über
	3 Jahre alt	
Westfalen	+ 42,3	— 2,7
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Die Pferde haben sich in Westfalen weniger stark vermehrt als in Deutschland. Die Zunahme trifft einzig und allein die Fohlen, während die älteren, das heifst über 3 Jahre alten Pferde eine Abnahme zeigen. Von den heimischen Typen ist blofs das sogenannte Klaizpferd [1]) zu nennen, das sich vorwiegend auf dem schweren Boden des Regierungsbezirks Münster befindet, auf dessen Zucht schon frühzeitig viel Sorgfalt verwendet wurde. Die Metamorphosen des in den 20er Jahren errichteten Gestütes müssen wir übergehen. Ende der 50er Jahre wurden von den Vereinen vielfach dänische und holsteinische Hengste angeschafft, während sich Percherons, Brabanter und normannische Hengste nicht bewährten. Dagegen hat sich die Suffolk-Rasse wohl bewährt. Nach Meitzen wird mit Ausnahme solchen Zuchtmaterials in die Provinz wenig eingeführt, höchstens kaufen gröfsere Güter schwere Arbeitspferde und Fohlen in Hannover und Norddeutschland, im übrigen züchten die Besitzer selbst oder kaufen die Pferde in ihrer Umgebung. Am gröfsten ist die Einfuhr im Regierungsbezirk Arnsberg, sie beträgt etwa 25 %, findet aber zumeist aus den Kreisen Recklinghausen, Lüdinghausen und Beckum im Regierungsbezirk Münster und nur zum Teil aus Oldenburg, Waldeck und Hannover statt.

[1]) Vergl. Meitzen Bd. II S. 469 flg. a. a. O.

Nach dem Eindrucke der Jahresberichte des Zentralvereins dürfte die Zunahme der Fohlen weit mehr in einem Aufschwung der Pferdezucht, als in Einfuhr ihre vorwiegende Ursache finden, während die Abnahme der ausgewachsenen Pferde mit der Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde, d. i. Intensität des Betriebes zu erklären ist. Wir stellen hier einige Stellen der Berichte zusammen, die etwa einen Einblick hierin zu gewähren vermögen: „Auch in diesem Jahre zeigten sich Fortschritte im Gebiete der Pferdezucht, denn die Zahl der gedeckten Stuten nimmt stetig zu, selbst in den Gebirgskreisen, die früher Pferdezucht gänzlich ablehnten, tritt in neuerer Zeit eine gewisse Vorliebe hervor“ [1]).

„Wenngleich es in den meisten Teilen unserer Provinz an Weiden mangelt, so erhält sich doch die Pferdezucht und macht stellenweise Fortschritte“ [2]).

„Die Pferdezucht macht in vielen Kreisen entschiedene Fortschritte, wovon die Ausstellungen ein erfreuliches Bild liefern. Insbesondere berichten dies die Kreisvereine Hamm und Meschede, sowie der Lokalverein Marsberg“ [3]).

Der Bericht [4]) von 1883 schreibt wohl: „Auf Einladung des Königlichen Gestüts-Direktors versammelten sich im Herbste zahlreiche Vereinsvorstände und Züchter aus der ganzen Provinz in Warendorf zu einer Vorführung und Musterung der Landesbeschäler, und fand der Bestand des Gestütes, auch die Haltung und Pflege der Beschäler allseitig Anerkennung.“ Allein die oben in Ziffern zum Ausdrucke gebrachte Abnahme der Zuchthengste ist jedenfalls ein Verlust für Westfalen.

Für die Pferdezucht in dieser Provinz mag vorwiegend der Umstand mafsgebend sein, dafs die lokalen Eigentümlichkeiten des Landes ein selbst aufgezogenes, den Verhältnissen Rechnung tragendes, schweres Arbeitspferd benötigen und anderwärts schwer oder nur teuer beschaffen lassen, dafs weniger die sonstige Landesbeschaffenheit die Pferdezucht begünstigt. So dürfte ein mäfsiger Fortschritt auf diesem Gebiete der Viehzucht seine Begründung erfahren.

---

[1]) Jahresbericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungs-Bezirk Arnsberg 1882 S. 53.

[2]) Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur in der Provinz Westfalen pro 1881 S. 23.

[3]) Jahresbericht pro 1882 S. 18 flg.

[4]) Jahresbericht pro 1883 S. 35.

Rindvieh.

Im nachstehenden das amtliche Material:

	Kälber bis 1/2 Jahr alt	Jungvieh, Zucht-bullen	Jungvieh, sonstiges	Rindvieh über 2 Jahr alt, Zucht-bullen	Kühe	sonstiges
1873	40 236	6 762	126 448	3 194	375 719	15 616
1883	39 433	4 359	103 630	6 547	360 764	12 872
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
	— 2,0	— 35,5	— 18,0	+ 105,0	— 4,0	— 17,6
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.					
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

So wie eine Abnahme im ganzen in Westfalen bei der letzten Zählung zum Vorschein kam, so betrifft diese alle gemachten Unterscheidungen, mit Ausnahme der Zuchtbullen, welche sogar die des Reichsdurchschnittes bedeutend überflügelte.

Westfalen [1]) besafs im Münsterthale einen Landschlag von bestimmtem Charakter, während in den Regierungsbezirken Minden und Arnsberg schon frühe sich Kreuzungen, namentlich mit ostfriesischem Vieh vorfanden, welche den früheren Landschlag ganz verdrängten.

Indessen wurden die Erfolge dieser allgemein verbreiteten Kreuzungen ebensowenig gelobt, als die der reinen Zucht des ostfriesischen Viehs. Nachdem also alle derartigen Versuche wenig Erfolg gehabt hatten, ist die Überzeugung durchgedrungen, etwa in den 50er Jahren, dafs sich für Westfalen das holländische Vieh sowohl zur Zucht als auch zur Kreuzung am besten eigne. Solches südholländische Vieh feinknochiger Natur ist von mehreren landwirtschaftlichen Vereinen, später auch von gröfseren und kleineren Privatbesitzern in gröfserer Zahl eingeführt worden und hat sich so bewährt, dafs dadurch ein Aufschwung in der Viehzucht bemerkbar ist, der überraschen kann. „Dasselbe übertrifft den einheimischen Schlag und die bisherigen Zuchten und Kreuzungen an Milchergiebigkeit wie an Mastfähigkeit, hat sehr schöne Formen und eignet sich namentlich auch zur Aufbesserung des Landschlages der mittleren und kleineren Besitzer, weil es sehr genügsam ist. Allgemein

[1]) Nach Meitzen a. a. O., Bd. II S. 487 flg.

knüpft man daran grofse Hoffnungen. Jungvieh wird nach Westfalen nicht eingeführt. Überall besteht eigne Aufzucht. Das Siegener Land und der Westerwald führen Ochsen, mehrere Kreise, wie Lübbecke, Wiedenbrück u. a., geringes Weidevieh an die Ruhr und in die rheinischen Fabrikdistrikte aus; dagegen werden den Fettweiden der Lippe- und Emscher-Niederungen zahlreiche Herden aus Holland und vom Niederrhein, aus Kleve und Geldern zur Mast zugetrieben."

Die neuesten Berichte geben auch weniger Anhalt, speziell über die Abnahme des Rindviehs, bezüglich der Bestrebungen aber auf diesem Felde der wirtschaftlichen Thätigkeit kann man doch einiges herausgreifen. Trotz der schlechten finanziellen Lage im Regierungsbezirk Arnsberg meldet man aus diesem [1]): „Unsere Gebirgskreise zeigen in erfreulicher Weise einen stetigen Aufschwung im Gebiete der Viehzucht, und das Kapital der Viehbestände wächst von Jahr zu Jahr. Die Hellwegskreise, die früher der Viehhaltung nicht die verdiente Aufmerksamkeit widmeten, wenden in neuerer Zeit diesem wichtigen Zweige vermehrte Sorge zu. Die in Holland und Ostfriesland angekauften Zuchttiere fanden bei der in Una abgehaltenen Versteigerung reifsenden Absatz, und läfst sich von dieser Mafsregel des direkten Ankaufs guter Zuchttiere eine günstige Einwirkung auf unsere Viehhaltung erwarten. Der Kreisverein Olge fafste den Beschlufs, Zuchttiere der in letzter Zeit mit Recht in guten Ruf gekommenen Westerwälderrasse, die unseren Gebirgsschlägen verwandt ist, von Vereins wegen anzukaufen und mit der Bedingung zu versteigern, dafs die verkauften Tiere eine bestimmte Zeitlang im Vereinsgebiete bleiben. Die Aufzucht von Zucht- und Jungvieh wird allgemein mit Vorliebe betrieben und hat dieselbe nur in jenen Gegenden einer anderen Richtung Platz gemacht, wo die letzten Jahre eine rasche Entwickelung des Molkereiwesens brachten. Die Zunahme der Bestände an Milchvieh findet auch in der Zunahme der Viehversicherung ihren Ausdruck."

Wie der Bericht [2]) vom Jahre 1882 besagt, wird letzte Jahre viel Zuchtvieh der Holländer, Jeverländer, der angelschen und Westerwälder Rasse eingeführt.

---

[1]) Jahresbericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungs-Bezirk Arnsberg pro 1882 S. 68.

[2]) Bericht pro 1882 S. 17.

Die Zucht, Fütterung und Pflege des Rindviehs hebt sich immer mehr und wird rationeller.[1])

Die neuesten Zusammenstellungen von Marcard[2]) geben über die jüngsten Bestrebungen in Hinsicht Viehzucht folgende Aufschlüsse: „Unvermischt mit fremdem Blute sind die alten Landschläge nur noch in sehr wenigen eng beschränkten Gebieten vorhanden, so namentlich das braune und gelbbraune kleine Gebirgsvieh im Westerwalde, Rothaargebirge und Teutoburgerwalde. Diese Gebirgsrasse zeichnet sich durch grofse Genügsamkeit in Fütterung und Haltung, durch grofse Brauchbarkeit als Zugvieh, hübsche Körperformen und gute Mastfähigkeit aus; ihre Vorzüge werden aber wesentlich beeinträchtigt durch langsames Wachsthum geringe Gröfse und geringe Milchergiebigkeit. Diesen Nachteilen sucht man durch Kreuzung mit grofsen schnellwüchsigen, milchreichen Rassen zu begegnen und verwendet dazu die verschiedensten Schläge, Simmenthaler, Miesbacher, Glan-Stiere und fast alle Niederungsrassen. Rein erhalten hat sich die Landrasse vornehmlich im eigentlichen Berglande, namentlich im Kreise Berleburg; aber auch diese Reste der Landrasse werden sehr bald in Kreuzungen aufgehen. Im ebenen Lande der Provinz beschränkte man sich früher meist auf die Kreuzung mit guten Zuchtstieren norddeutscher und holländischer Niederungsrassen; neuerdings werden jährlich sehr beträchtliche Ankäufe von weiblichem und männlichem Zuchtvieh abgeschlossen. Ganze Herden auserlesener Tiere wandern aus Holland, Oldenburg und namentlich Angeln alljährlich über die Grenzen und gelangen bis in die kleinsten Wirtschaften.“

Von Interesse ist auch die Lage der Milchwirtschaften[3]). Es behaupten dieselben bereits einen hervorragenden Platz. Immer neue Sammelmolkereien entstehen, dieselben arbeiten jetzt wohl ausschliefslich mit Zentrifuge und die früher auf das Schwartzsche Verfahren basierten Einrichtungen sind verlassen. Dagegen hat das letztere Verfahren seine Stellung behauptet in den Wirtschaften, die nur die eigne Milch verarbeiten und nicht die abgerahmte Milch verkaufen. Es werden auch die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche sich den Sammelmolkereien entgegenstellen, darunter auch die Fütterungsweise und Viehhaltung der kleinen Landwirte. Für Käsebereitung fehle es an tüchtigen Sennern und Sennerinnen, auch

[1]) Bericht pro 1883 S. 35.

[2]) a. a. S. 50 u. 50 u. 51.

[3]) Nach dem Berichte pro 1881 S. 24.

schwanke der Markt für Magerkäse zu sehr. Einzelne Molkereien besonders im Regierungsbezirk Arnsberg haben sich aus der Schweiz Senner kommen lassen und arbeiten nunmehr mit besseren Resultaten. Auf ähnliche Fehler führt der Bericht [1]) pro 1882 die Verluste mancher Milchbetriebe zurück: Kapitalmangel, Mangel an Sachverständnis, variable Qualität, Schwanken der Preise und andere besondere Umstände.

Hoffnungsvoller sieht ein anderer Bericht [2]) der Zukunft entgegen, indem er meint, einige gutgeleitete Sammelmolkereien hätten sich aus den Schwierigkeiten der ersten Einrichtung und des Beginnes hindurch gearbeitet und schienen zu prosperiren. Selbst das Sauerland sei auf Viehzucht und Milchwirtschaft mit zwingender Notwendigkeit hingewiesen, und der eigne Betrieb in der eignen Wirtschaft sei nicht im stande, das zu leisten, was eine Sammelmolkerei zu leisten vermag.

Bezüglich der Abnahme auch der einzelnen Viehqualitäten waren wir nach Maſsgabe des vorliegenden Materiales keine anderweitigen Ursachen zu entdecken im Stande, als solche in der Finanzlage des Landes und in mit einer Reihe schlechter Jahre verbundenen Miſsständen gelegen sein muſsten. Ob die unleugbar dennoch erzielten Fortschritte geeignet waren den Verlust für das ganze Land zu decken oder ihn selbst übersteigen, läſst sich mit Sicherheit trotz günstiger Färbung der Berichte nicht behaupten, jedenfalls dürfte dies für die einzelnen Kreise eine sehr verschiedene Beantwortung erfordern.

Schweine.

Wir bringen vorerst die Verhältniszahlen für die im Jahre 1883 gemachten Unterscheidungen der Statistik:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Westfalen	76,3	23,7	36,7
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Die Schweinehaltung hat sich in Westfalen gegenüber dem Reichsdurchschnitte sehr bedeutend vermehrt, woran einzig und allein die

[1]) Bericht pro 1882 S. 21 flg.
[2]) Bericht pro 1883 S. 41 flg.

1 Jahr und älteren Schweine die Ursache sind. Schon frühzeitig hatte Westfalen durch seine bedeutende Schinkenausfuhr europäischen Ruf[1]). Mit Ausnahme der zur Mast gestellten wurden die westfälischen Schweine bei offenem Wetter möglichst das ganze Jahr hindurch teils auf Angern oder auf einjährigem weifsen Klee, teils im Holze geweidet, in letzterem auch, je nach Umständen, auf Eichelmast getrieben, wozu die zahlreichen parzellierten Eichenwaldungen, namentlich im Münsterlande Gelegenheit bieten. Aber auch in Westfalen brachen sich die englischen Kreuzungen Bahn. Aufser den Rassetieren führt Westfalen wohl keine Schweine ein, treibt vielmehr in sehr hohem Mafse eigne Aufzucht, dafs es nicht blofs seinen eignen Fleischkonsumtions- und Handelsbedarf deckt, sondern auch Ferkel und trächtige Sauen in gröfseren Massen durch Händler ins Bergische und nach dem Rhein transportiert. Aufserdem haben sich grofse Schlächtereien errichtet, welche die fetten Tiere zu Gewichtspreisen aufkaufen, einschlachten, und dann in ganzen Stücken oder verarbeitet auf gröfsere Plätze versenden. Für fette Schweine ist der Hauptabsatzplatz früher Gütersloh gewesen, aber auch im direkten Verkehr sind lebende, unausgeschlachtete Schweine ein überwiegender Ausfuhrartikel der Provinz und eine Haupteinnahme für gröfsere und kleinere Besitzer.

Die regen Bestrebungen in der Hebung der Schweinezucht währten bis in die jüngste Zeit fort. Die Berichte[2]) weisen darauf hin, dafs namentlich Eber fortgesetzt in die verschiedenen Kreise importiert werden. Beispielsweise der Kreisverein Halle schreibt: „Die schon öfters vorgekommene Einführung englischer Schweine hat hier einen bedeutenden Einflufs auf die Verbesserung der Schweinezucht ausgeübt. Dieser Einflufs darf nicht unterschätzt werden, da die Schweinezucht im hiesigen Bezirke grofse Dimensionen angenommen hat.“

In manchen Kreisen wird die Schweinezucht und -mast grofsartig betrieben. Der Erfolg auf diesem Felde wird einstimmig der Aufbesserung der Rasse durch englische Eber zugeschrieben und der Errichtung von Eberstationen. Der Lokalverein[3]) zu Drolshagen im Kreise Olpe erwähnt, dafs die in grofser Zahl im Vereinsbezirke gezüchteten Ferkel leider gröfstenteils nach auswärts ins Siegenerland

[1]) Siehe Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 539 flg.

[2]) Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur in Westfalen pro 1881 Seite 22.

[3]) Jahresbericht pro 1882 S. 20.

und in die Mark verkauft werden. Hierin aber die Schweinetreiber wieder Ferkel zugetrieben haben.

Im Jahre 1882 erreichten die Preise für Schweineprodukte eine besondere Höhe, sodafs 1883 eine Überproduktion eintrat und die Preise fielen. Dennoch konstatieren viele Vereine, dafs sich die Schweinezucht von Jahr zu Jahr hebt [1]).

Noch immer würden junge Ferkel massenhaft von aufsen eingeführt. Vielleicht werden durch diese letzten übereinstimmenden Meldungen die Zahlen der Statistik verständlich, dafs ein Land von dem Rufe hochentwickelter Schweinezucht prozentisch gerade bezüglich der Zuchtsauen hintansteht. In der That raten auch die Vereine trotz des Preisrückganges im Jahre 1883 eine Vermehrung der eignen Aufzucht an [2]).

Schafe und Ziegen.

Es wurden gezählt:

	feine Wollschafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	16 261	51 340	416 550
1883	14 470	52 025	350 266
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Westfalen	3,5	12,5	84,0
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- und Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883			
Westfalen	— 11,0	+ 1,8	— 15,9
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Der ganze Schafstand hat in Westfalen eine weit geringere Abnahme erfahren, als im Reichsmittel. Ein Blick auf die Verhältniszahlen der reichsamtlich gemachten Unterscheidung gibt sofort den Aufschlufs, indem die feinen Wollschafe in Westfalen nur im geringen Verhältnis gehalten sind und waren. Ursprünglich war in Westfalen — es war dies, wie Meitzen [3]) berichtet, zu Ende vorigen Jahrhunderts — ein ganz ungewöhnlicher Schafstand, der mit der

[1]) Bericht pro 1883 S. 35 flg.
[2]) Bericht pro 1883 S. 36.
[3]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 526 flg.

Teilung der grofsen Gemeinheiten in den Heiden auf ein Zehntel des früheren herabgesunken, indessen noch immerhin bedeutend geblieben sei. Derselbe Autor nennt unter den in Westfalen vorkommenden Schaftypen ein grobwolliges, den Lüneburger Heidschnucken ähnliches und nur an Gröfse überlegenes Heideschaf. Ebenso erinnern im Regierungsbezirk Arnsberg das sogenannte Klaubwollschaf und das seinerzeit von der hessen-darmstädtischen Regierung eingeführte Heilschaf an die früheren Zustände. Die sogenannten Berleburger Heilschafe sind unter diesem Namen auch weiter in Deutschland bekannt und tragen keine Vlieswolle. Allgemein verbreitet sei ein sogenanntes Landschaf von unbekanntem, wohl aus Kreuzungen von rheinischen und anderen Schafen hervorgegangenem Ursprunge. Ein grofser Teil dieser Herden, zwischen 25 und 50 %, besonders aus dem Herzogtume Westfalen und dem Paderborner Lande wurde eingangs Winter in die Winterhutung nach dem Bergischen, an den Rhein oder in das Lippethal getrieben, wo wenig Schnee fällt. Dort wurden sie je nach der Witterung geweidet oder trocken gefüttert. Eine Veredelung durch Merinos konnte sich in Westfalen nie Bahn brechen, denn im ganzen sei die Züchtung durch den Fleischbedarf am Rhein, in den Niederlanden und in Frankreich entschieden auf das Fleischschaf hingewiesen und habe diese Richtung auch mit Eifer durchgeschlagen. Im allgemeinen sei der Handel mit den Hammeln des Landschlages gegen den mit Rassetieren noch überwiegender. Allein auf den 3 Schafmärkten der Stadt Paderborn würden jährlich 30- bis 40000 Stück verkauft, die gröfstenteils dem gemeinen Landschlage angehörten. Mit Einschlufs der kleinen Märkte zu Büren, Lichtenau, Brakel und Warburg würden aus den vier Paderborner Kreisen jährlich mindestens 50000 Stück ausgeführt. Die Mästung finde auf den Fettweiden, namentlich an der Lippe, mit grofsem Vorteile statt. Mästung im Stalle sei nur vereinzelt, um ausrangierte Tiere besser verkäuflich zu machen, in Übung. Das Mästen im Stalle sei in gröfserer Ausdehnung teils deshalb noch schwer ausführbar, weil der Schafhandel landesüblich an gewisse Termine gebunden sei, teils deshalb, weil die Mästung nur im Winter hohen indirekten Wert für die Wirtschaft habe, im Frühjahr aber, wenn die Wolle noch nicht geschoren werden könne, das Schaf schwer zu taxieren und zu verwerten sei, und wenn man es schlachte, die Wolle unter dem Preise verkauft werden müsse.

Die neuen Berichte besagen, dafs mit Vorliebe rauhwollige eng-

lische Tiere verwendet werden, da die Kreuzungsprodukte winter-, marsch- und wetterhart, zum Pferchen geeignet seien und die einheimischen an Schnellwüchsigkeit, Frühreife und Mastfähigkeit überträfen. Die Lämmer bieten vorteilhaften Verkauf nach Paris und London [1]).

In den Gebirgskreisen werden immer mehr Milchschafe aus Ostfriesland eingeführt, welche sich bei den kleinen Landwirten gut zu bewähren scheinen. Sie werden abwechselungsweise im Stalle gefüttert wie auch geweidet, und behaupten die Besitzer, dafs in der Ausnutzung selbst kleiner Weideflächen durch die Milchschafe ein nicht zu unterschätzender Gewinn läge, dafs ihre Milch für den kleinen Haushalt wertvoller, weil viel substanziöser sei und keine andere Viehgattung das gereichte Futter gleich hoch verwerten könne. Im Kreise Wittgenstein werde jetzt die Zucht der Milchschafe selbständig betrieben [2]).

Doch sind die Veränderungen in der Schafhaltung in den einzelnen Kreisen höchst verschieden gewesen. Trotz der unleugbaren Verminderung der Schafe im allgemeinen meldet z. B. der Kreisverein Büren [3]) im Paderborner Bezirke: „Die Schafzucht ist sehr ausgedehnt im Kreise, die feinen Schäfereien zwar sind fast alle eingegangen, dafür hat sich aber die Zucht des westfälischen Landschafes um so mehr ausgebreitet. Dieses ist in den letzten Jahren vielfach mit den sogenannten Teutoburger Böcken gekreuzt worden. Das Interesse für die Schafzucht schwand einigermafsen nach Einführung der Zuckerindustrie, es wird wiederkommen, wenn wir sehen, dafs die Schafzucht recht gut bei Rübenwirtschaften bestehen bleiben kann, zumal hier, wo im höchsten Falle $^1/_7$ des Areals zum Rübenbau bestimmt ist. Für die Rentabilität der Schafzucht ist Züchtung, Ernährung, Haltung und Pflege mafsgebend. Die Züchtung mufs ein Tier schaffen, welches den klimatischen und Boden-Verhältnissen entspricht und welches neben entsprechender Wolle ein möglichst zartes, mit Fett durchwachsenes Fleisch liefert; wir besitzen in unserem Teutoburger Schaf ein unseren Wirtschaftsverhältnissen durchaus angepafstes Fleisch- und Wollschaf.“

In dieser ganzen Entwickelung der Qualitäten der Schafzucht liegt der Grund, warum in Westfalen die Reduktion der Schafe eine

[1]) Bericht pro 1881 S. 23.

[2]) Bericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg pro 1882 S. 70.

[3]) Bericht pro 1883 S. 35.

so geringe war, wie sie nur noch in ganz wenigen Gebieten der Fall ist. Dort wo die Schafhaltung eine so grofse Rolle spielt, wie in Westfalen, wird es zugleich teilweise erklärlich, dafs die Ziegenhaltung nicht in dem Mafse an Bedeutung wachsen konnte, vertritt ja doch auch das Schaf, besonders in jenen Distrikten, wo das Milchschaf Eingang gefunden hat, die Ziege im Kleingrundbesitze. Das Ziegenwachstum erreichte vorwiegend aus genannten Gründen lange nicht den Umfang, wie es sich im Reichsmittel gestaltete.

Wir haben nun noch die gesamte Viehhaltung Westfalens zu überblicken, um uns schlüssig zu werden, ob nicht doch ein Fortschritt zugegeben werden mufs, wenn auch die Anzahl das Gegenteil ankündigt.

Als Beweis, wie schwierig es ist, in Westfalen gerade hierüber zu einem Resultate zu gelangen, wollen wir einige Stimmen, welche mit den Verhältnissen ganz genau vertraut sein sollten, anführen: „Manche Vereine konstatieren einen allmählichen Fortschritt, andere wenigstens keinen Rückschritt der Verhältnisse im ganzen. Dafs jedoch die Finanz-Verhältnisse der Besitzer sich verschlechtert haben, ist oben nachgewiesen und liegt hierin eine ernste Gefährdung des Grundbesitzes. Die Landwirtschaft ist im allgemeinen mehr im Fortschritt als im Rückschritt, und dennoch ist noch sehr, sehr viel zu erreichen, indem nicht behauptet werden kann, dafs der Grund und Boden aller Kreise auf der richtigen Kultur stehe. Jedenfalls kann derselbe mehr wie das drei- und mehrfache liefern, wie er jetzt bringt; es mufs also notwendig nachgeholfen werden“ [1]). Sehr traurig schildert der Bericht für den Regierungs-Bezirk Arnsberg pro 1882 [2]) die Lage: „Aus dem Vorstehenden ist zu entnehmen, dafs die allgemeine Lage unseres landwirtschaftlichen Betriebes durchaus kein erfreuliches Bild bietet. — Die Freude am Schaffen, an der Verbesserung und Hebung des Betriebes ist geschwunden; in dumpfer Resignation leben unsere Landwirte von einem Tag in den anderen. In den Hellwegskreisen, der Kornkammer Westfalens, wo von jeher Wohlstand herrschte, nimmt die Verschuldung stark überhand, in den Gebirgkreisen aber droht ausgedehnter Besitzwechsel und eine Krisis. Es mufs eine Reihe günstiger Jahre kommen, wenn die gegenwärtige, unerträglich gewordene Lage so

[1]) Bericht pro 1881 S. 25.

[2]) Bericht der Landeskultur-Gesellschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg pro 1882 S. 73 flg.

weit gebessert werden soll, dafs die wirtschaftlichen Verhältnisse des gröfsten Teils unserer Landwirte sich wieder konsolidieren und ins Gleichgewicht gebracht werden sollen." Besser spricht sich wieder der Zentralverein aus [1]: „Wenn wir aus allen Berichten ein Gesamtresultat ziehen, so ist in den meisten Kreisen ein kleiner Fortschritt zu bemerken, in einigen Stillstand, in anderen sogar Rückschritt." Im Gebirge überhaupt lauten die Meldungen so übereinstimmend, dafs an einem Rückschritt in der Landwirtschaft dort nicht gut gezweifelt werden kann; wirklich gut klingen die Nachrichten blofs in Kreisen mit Zuckerrübenbau. Dafs dabei im Gebirge trotz des seit mehreren Jahren berichteten Rückganges der Wirtschaften verhältnismäfsig wenige Subhastationen vorkommen, erklärt der Kreisverein [2] Weschede dahin, dafs eine grofse Scheu bestehe, die Subhastation eines Gutes zu beantragen, da der Ruf eines „Güterschlächters" sehr gefürchtet sei. Übrigens seien die Güter namentlich in den abgelegenen Ortschaften wenig begehrt. In diesem gänzlichen Mangel an Kauflust sei der eigentliche Grund zu suchen, dafs der überschuldete Landwirt sich so lange im Besitze erhalten könne.

Derselbe Jahresbericht des Zentralvereins glaubt die Beurteilung der einzelnen Kreisvereine dahin zusammenfassen zu können: „Wenn auch einige Vereine Fortschritte konstatieren, so sind diese doch sehr bescheiden. Im ganzen sind eher Rückschritte konstatiert" [3].

Diese von den Berichten geschilderte allgemeine Lage der westfälischen Landwirtschaft spiegelt sich deutlich in den zu Anfang gegebenen Zahlen.

Nichts bietet dem Landwirt in finanzieller Not die Möglichkeit, seinen Geldbedarf schneller zu decken, als die Veräufserung von Vieh, welche jene grofsen Lücken besonders im Rindviehstapel gerissen hat, wofür sich eben keine anderen Ursachen auffinden liefsen. Wir können aber nicht glauben, dafs die regen Bestrebungen der Vereine namentlich in Westfalen ohne Einflufs auf die Verbesserung der Qualitäten in Zeiten geblieben sind, wo jeder seine äufsersten Kräfte anstrengt, das wenige, das geblieben, mit dem Aufgebot aller Mittel, Sorgfalt und Eifer zu fördern und zu verbessern.

Wir sind aber weit entfernt zu glauben, dafs die jähen Verluste

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 22 flg.

[2]) Bericht über den Zustand der Landeskultur in der Provinz Westfalen pro 1883 S. 42 flg.

[3]) Bericht pro 1883 S. 44.

der schlechten Jahre innerhalb des Dezenniums auch durch den Fortschritt innerhalb desselben Zeitraums bereits gedeckt wurden, diese Kompensation hat sich vielleicht vollzogen mit Zuhilfenahme früherer Perioden oder wird sich erst in späterer Zeit wieder ausgleichen.

Rheinprovinz (samt Birkenfeld).

Die beiden letzten Zählungen förderten für dieses Gebiet zu Tage:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Reduziertes Haupt Rindvieh
1873	142 362	1 000 233	400 430	379 541	232 355	1 368 067
1883	150 598	986 069	338 920	441 044	249 730	1 376 930

Prozentuale Zu- oder Abnahme.

	+ 5,7	— 1,4	— 15,4	+ 16.2	+ 7,5	+ 0,6

Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.

	+ 5,5	+ 0,1	— 23,8	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

Die Anzahl des reduzierten Haupt Rindviehs hat sich also für dieses Gebiet gehoben, allein nicht in dem Maſse, als es im ganzen Reiche der Fall war.

Um zunächst die natürlichen Bedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb und hiermit indirekt auch für die Viehhaltung zu erörtern und hierbei das Klima nur zu streifen, so ist dasselbe lokal so verschieden als nur irgendwo. Den milden Temperaturen am Rhein und seinen Nebenzweigen, welche selbst dem Weinbau eine angenehme Stätte bieten, stehen die rauhen Frühjahrstemperaturen der Gebirge entgegen, das übrige Land in der Mitte sich haltend [1]).

Bezüglich des Hauptcharakters des Terrains, worin wir Meitzen [2]) folgen, ist nicht so sehr zwischen Gebirge und Ebene, als vielmehr dort eine Unterscheidung zu suchen, wo das Grauwackengebirge nach Norden endet. Dieser südliche Abschnitt umfaſst die Regierungsbezirke Trier und Koblenz vollständig und von den Bezirken Aachen, Köln und Düsseldorf Teile.

[1]) Vergl. Meitzens Atlas Tafel V.
[2]) Meitzen, a. a. O. Bd. I S. 288 flg.

Die Verteilung der Hauptbodenarten ist nachstehende:

Anteil am Hundert.

	Lehm- und Thonboden	Lehm- und Sandboden	Sand boden	Moor- boden	Wasser- fläche	darunter Kalklager
Rheinprovinz	67,5	19,1	8,8	1,7	0,3	5,9
Deutschland	28,2	34,4	30,0	5,2	2,2	2,4

Aufserdem ist in obigen Zahlen für die Provinz ein geringer Bruchteil seltener gemischter und seltener Sandbodenarten nicht angeführt und enthalten.

In grofser Übersicht enthält der südliche Teil der Provinz mehr Thonboden also schweren Boden, der nördliche Abschnitt besitzt erhebliche Flächen Sand- und Moorboden, und an gemischten Boden fast soviel als an Lehmboden. Der ganze südliche Teil gehört überwiegend den hohen Gebirgen an und trägt auf der rechten Rheinseite durchaus den Charakter der Bodenverhältnisse der angrenzenden Teile Westfalens. In den Thälern ist der Grund meist ziemlich tief, von lehmiger oder sandig-lehmiger Beschaffenheit und hat Schutt und Gerölle der Grauwackengesteine zur Unterlage, aus welchen die Höhen bestehen, während in der Pflanzen nährenden Schicht der Abhänge und Kämme gelbe, eisenschüssige Letten mit Kies und Steintrümmern die hauptsächlichsten Bestandteile bilden.

Also auch der Boden bildet grofse Gegensätze, von den fruchtbarsten Strecken bis zu den unwirtlichsten Verhältnissen.

Die Benutzung dieses Terrains ist nach der Bodenaufnahme von 1883 im nachstehenden gegeben in Prozenten der Gesamtfläche des Areals:

	Acker und Gartenland	Wiesen	Weiden
Rheinlande	46,8	7,7	9,7
Deutschland	48,7	10,9	9,4

Vom Acker- und Gartenland betrugen in Prozenten die einzelnen Früchte in:

	Getreide	Hackfrüchte	Handels-gewächse	Futter-pflanzen	Ackerweide und Brache
Rheinland	56,8	19,7	0,7	12,5	8,0
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Was wir aus den toten Zahlen für den Betrieb und indirekt die Viehhaltung folgern können, ohne vorderhand die Qualität

zu berücksichtigen, ist, dafs das Acker- und Gartenland nicht erheblich hinter dem Reichsdurchschnitte zurückbleibt. Die Wiesen umspannen zwar ein kleineres Areal, werden aber durch Weiden und Futterpflanzen reichlich ersetzt. Dazu deutet der ausgedehnte Hackfruchtbau und die geringe Fläche der Brache auf die Intensität des Betriebes.

Sehen wir uns jetzt aber auch die Qualität dieser Flächen an, über die wir auch hier Meitzen [1]) zu Rate ziehen: „Auch im Rheinlande sind Wiesen und Weiden nicht überall leicht auseinander zu halten. Ein grofser Teil gerade des vorzüglichsten Wiesenlandes der Rheinauen kann durch Weiden höher genutzt werden als durch Mähen. Es werden diese Weiden entweder als Fettweiden für Ochsen, oder bei weniger fettem, wenngleich besonders gutem Grase für das Melkvieh benutzt. Die letzteren werden häufig einem Schnitte unterworfen, die Fettweiden seltener, indes in der Regel einmal in jedem 3ten oder 4ten Jahre. Auf diese Weise gehen die besten Weiden und besten Wiesen ineinander über. Die ausgezeichnetsten Grasländereien der Provinz, sowohl Wiesen als Weiden, liegen im nördlichen Teile in den Niederungen des Rheins und der Ruhr, von Düsseldorf abwärts bis zur holländischen Grenze. Jedoch auch in den Nebenthälern seien vortreffliche Grasflächen.

Der südliche Abschnitt der Provinz besitzt eine verhältnismäfsig viel bedeutendere und im allgemeinen für das Bedürfnis zureichendere Wiesenfläche als der nördliche. Die Gebirgsbäche und feuchten Abhänge geben überall Gelegenheit zu einigem besonders guten Graslande. Die wertvollsten Grundstücke dieser Art sind die sogenannten Pesche, welche in der Nähe der Häuser liegen und mit Jauche oder Dorfstrafsenwasser berieselt werden. Sie erzeugen frühzeitig grofse Massen Futter, wodurch die geringe Qualität derselben reichlich aufgewogen wird und können drei- bis viermal geschnitten werden.“ Die Weiden des südlichen Teiles der Provinz seien sehr gering.

Der durchschnittliche Reinertrag vom Morgen Wiese und Weide steht weit über dem Durchschnitte des Staates und beträgt nach unserem Autor:

	pro Morgen	
	Wiese	Weide
	Sgr.	Sgr.
Rheinland	7,4	33
Preufsen	45,0	14

[1]) Meitzen a. a. O., Bd. II S. 304 flg.

Was den Wirtschaftsbetrieb [1]) der Rheinprovinz betrifft, so bildet seinen Charakter die starke Parzellierung der Acker- und Gartenländereien, bei der selbst die Grundflächen der wenigen gröſseren Güter meist auſser Schluſs liegen. Ein beträchtlicher Teil des ackerbaren, im ganzen in keinem hohen Verhältnisse vorhandenen Bodens wird deshalb mehr oder weniger mit dem Spaten bearbeitet; zugleich gestattet das Klima in vielen Lagen doppelte Früchte im Jahre von demselben Grunde zu nehmen. Es ist also in der Regel eine freie Wirtschaft geboten oder mindestens jeder Wechsel so leicht durchführbar, daſs feste Fruchtfolgen mehr zufällig, als von der Natur der Verhältnisse gefordert bestehen. Im Regierungsbezirke Düsseldorf ist in den fruchtbaren Niederungen und Ebenen freie Wirtschaft mit mehrjährigen Weideschlägen allgemein. Auf dem höheren Lande wird selten Brache gehalten, dagegen fast zu jeder Frucht gedüngt.

Im Regierungsbezirk Köln ist die Ebene überwiegend gartenmäſsig angebaut. An den Abhängen der Gebirge ist der Boden sehr wechselnd und der Betrieb der Äcker wird ein völlig freier und überall sehr intensiv. In den Kreisen des höheren Gebirges (Gummersbach, Sieg, Waldbroel und Wippenfürth) setzt sich die intensivere Wirtschaft nur noch auf den besseren Thalländereien fort. Es bleibt viel Land als Weide liegen. Im Regierungsbezirk Aachen gehört ähnlich wie im Regierungsbezirk Köln die Ebene und der Abfall der Eifel höchst intensiver Ackerkultur an. Die Eifelkreise des Regierungsbezirks Aachen (Malmedy, Montjoie und Schleiden) bilden den schlechtesten Landstrich der Provinz. Es besteht eine mehr oder weniger extensive Feldgraswirtschaft, welche nur auf den besten Ackerboden in die regelmäſsige Dreifelderwirtschaft übergeht. Im Regierungsbezirk Koblenz besteht bei dem starken Wechsel der Terrainbeschaffenheit eine sehr groſse Mannigfaltigkeit in der Bewirtschaftung.

Durch die Eifel und den Hundsrück ist das Ackerland sehr beschränkt, Gespannvieh ist wenig anwendbar. Es herrscht auch Drei- und Vierfelderwirtschaft, in dem minder rauhen Gebirge schon die pfälzische Zweifelderwirtschaft, in Wetzlar mit Ausnahme der Stadtflur Dreifelderwirtschaft, auf den Rheinauen von Koblenz und den angrenzenden freier Betrieb. Auch im Regierungsbezirk Trier steht dem erfolgreichen Wirtschaftsbetriebe vielfach die Ungunst

[1]) Nach Meitzen a. a. O. Bd. II S. 200 flg.

der Terrain- und Bodenverhältnisse und die herkömmliche Gestalt der agrarischen Einrichtungen entgegen.

Wenn wir die Intensität des Betriebes generell mit den anderen Provinzen vergleichen, so ergibt sich, wie die obigen Durchschnitte des Deutschen Reiches zeigen, eine unzweifelhafte Überlegenheit des Rheinlandes, vorwiegend durch die kleine Brachfläche und den grofsen Umfang der Hackfrüchte und der Futterpflanzen bedingt. Das Bedeutsame ist dabei, dafs letztere, sonst nach Fläche in den meisten Gebieten, also auch im Reichsdurchschnitte in Abnahme begriffen, hier neben Hackfrüchten sich vermehrten. Es betrug nämlich von 1878 auf 1883 die Ab- und Zunahme in einzelnen Regierungsbezirken an ha [1])

	Kartoffeln	Zuckerrüben	Klee
Koblenz	+ 1 443,2	+ 137,4	+ 554,1
Düsseldorf	+ 595,9	+ 1 061,7	+ 399,6
Köln	— 1 430,8	+ 4 433,1	+ 236,0
Trier	+ 2 529,2	+ 29,2	+ 984,8
Aachen	— 22,1	+ 1 851,8	— 174,3

Es kommt dieser Fortschritt im Wirtschaftsbetriebe in den Berichten zum Ausdrucke, wie: „Auch in diesem Jahre ist wieder eine wahrnehmbare Ausdehnung der Zuckerrübenkultur zu verzeichnen. Die in betreff Zuckerrübenbaues gehegten Erwartungen haben sich glänzend bewährt; nicht allein die gröfseren Grundbesitzer und Pächter gröfserer Güter bauen viele Rüben, sondern auch der kleine Bauer folgt dem gegebenen Beispiele“ [2]); oder: „In dem Kalkbodengebiet an der Saar erobern sich der Luzernebau und die Esparsette Jahr um Jahr gröfsere Flächen; die heutige Futterfläche übertrifft diejenige vor 10 bis 12 Jahren um das Zehnfache. Von zuständiger Seite wird aber auch die Mühe nicht gescheut, an Ort und Stelle für sonn- und südseitig gelegene Bergseiten zum Luzernebau und für fruchtbare Lagen zum Feldgrasbau persönliche Anweisung zu geben. In der Nähe von Jülich hat die starke Zunahme der Zuckerrübenkultur vielfach eine Änderung in der bisherigen Fruchtfolge zuwege gebracht und geht man jetzt mehr zum Einmachen der Stoppelrüben über. Auch in der Boden-

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 5.

[2]) Jahresbericht des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreufsen pro 1881 Seite 30.

bearbeitung macht sich mehr oder weniger ein gesunder Fortschritt geltend“ [1]).

Die Vorbedingungen für eine reichlichere Ernährung und gröfseren Umfang der Viehhaltung haben sich nach all diesen Grundlagen entschieden gebessert. Es kommen aber für den Umstand, dafs eine Provinz, für die Viehzucht sonst besser situiert ist, als durchschnittlich das übrige Reichsgebiet, ganz besondere Umstände hinzu, ähnlich wie dies in Westfalen der Fall war. Aus den Ernteberichten des in Betracht kommenden Dezenniums [2]) geht nämlich hervor, dafs die Provinz seit 1874 kein gutes Erntejahr mehr hatte und das Jahr 1883 das schlechteste der letzten 10 Jahre gewesen sei, während im Osten und Süden der Monarchie und auch in den Hauptexportländereien die Ernte vielfach eine gesegnete war. Ein Bericht [3]) meldet: „Infolge des Zusammentreffens aller dieser ungünstigen Verhältnisse ist denn auch in den höher liegenden südlichen Theilen der Provinz ein Notstand ausgebrochen, der dem vom Jahre 1880 kaum etwas nachgibt. Hierzu kam unglücklicherweise zu Ende des Jahres in den Thälern des Rheins und seiner Nebenflüsse das zweimalige Hochwasser, welches in den Niederungen unberechenbaren Schaden verursacht hat.“ Dafs trotz dieser mifslichen temporären Verhältnisse dennoch eine kleine prozentische Vermehrung des Gesamtviehstandes eintrat, ist nur der hohen Stufe der Kultur zu danken, auf welcher die Landwirtschaft dieser Provinz steht.

Die Qualitätsverschiebungen hatten im Rheinlande (nebst Birkenfeld) einen Effekt, wie er sich in beigesetzter Berechnung ausdrückt:

	Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+ 8 285	×	694	=	5 749 790
Schweine	+ 62 185	×	56	=	3 482 360
Ziegen	+ 17 432	×	17	=	296 344
					9 528 494
Rinder	— 14 151	×	209	=	2 957 559
Schafe	— 59 245	×	20	=	1 184 900
					+ 5 386 035 ℳ.

[1]) Bericht pro 1882 S. 34 u. 35.

[2]) Vergl. hierüber die einzelnen Jahresberichte des Zentralvereins für Rheinpreufsen I. Einleitung; Allgemeine Zustände; Insbesondere den Bericht pro 1883 S. 1 flg.

[3]) Bericht pro 1882 S. 2.

Es hat zwar der Gesamtviehstand des Landes durch die Bewegung der Qualitäten ein positives Resultat erzielt, allein da dieses nur durch die Vermehrung des gesamten Pferdebestandes möglich wurde (denn das Plus an Schweinen und Ziegen reicht nicht aus, um das Wertminus der Rinder und Schafe zu decken), so ist dieses nur ein scheinbares. Die landwirtschaftlichen Pferde nahmen, wie aus anzuführenden Zahlen zu ersehen sein wird, auch in Rheinpreufsen ab, so dafs diese Lücke blofs durch andere Faktoren, Hebung der Leistungsfähigkeit des Individuums und des Wertes desselben, ausgeglichen werden konnten.

Die rheinländische Landwirtschaft steht sonach rücksichtlich Viehzucht an der Grenze des Rückschrittes.

Im einzelnen gestaltet sich hierfür die Betrachtung, wie sofort ausgeführt werden soll:

Pferde.

Die Bestände der Altersklassen waren an:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	2 754	3 590	3 425	132 593	
1883	5 602	5 652	6 044	133 300	3 886
Hiervon die prozentualen Gröfsen.					
1873	1,9	2,5	2,4	93,2	
1883	3,7	3,8	4,0	88,5	2,7
Dieselben im Deutschen Reiche.					
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Zu- und Abnahme der unter drei oder über drei Jahre alten Pferde betrug an Prozenten vom Jahre 1873 zum Jahre 1883 in

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Rheinland (nebst Birkenfeld)	+ 77,1	+ 0,5
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Im ganzen stellte sich die Vermehrung der Pferde im Rheinlande kaum höher als die des Reiches, um so mehr wird die ganz

enorme Steigerung der jungen Pferde zu erklären sein, eine Steigerung, wie sie in keinem Gebiete des Reiches vor sich ging. Die Erklärung hierfür dürfte sich in dem Einflusse des deutsch-französischen Krieges auf die Abnahme aller Pferde, besonders der Füllen, zu dem Zählungstermine 1873 in den westlichen Teilen der Monarchie finden. Es fand die Pferdezucht hierdurch neue Anregung, die alten Bestände wieder zu ergänzen, was ihr wohl in der Rheinprovinz, nicht aber in allen anderen Gebieten gelang. Es betrug die Zahl der unter 3 Jahre alten Pferde auf der □ Meile im Rheinlande: [1])

1867	1873	1883
32	20	35

Über die Rassen, welche die Grundlage des heutigen Pferdeschlages im Rheinlande sind, führt Meitzen [2]) in erster Linie das Ardenner Pferd an. Ihm verwandt das Waldländer Pferd, kleiner, behend, höchst genügsam, ausdauernd. Von ähnlichem Charakter sei das Eifeler Pferd. In der Ebene walte der holländische Typus vor. In den Gestüten werden Mecklenburger, Normänner, Oldenburger, Percherons, Brabanter verwendet. Besonders vorherrschend sei die Veredelung durch Percherons.

Die Vereinsberichte behandeln die Pferdezucht sehr stiefmütterlich, so dafs aus neuerer Zeit gerade sehr wenig aus ihnen zu ersehen ist, ja ein Bericht z. B. von 1881 enthält unter Rubrik D: Spezielle Tierzucht blofs eine Berücksichtigung der Bienen. Vom Niederrhein wird berichtet [3]): „Die Pferde sind ziemlich hoch im Preise und das Zuchtgeschäft ist lohnend. Das Zuchtmaterial ist im allgemeinen gut und wird vorzugsweise die belgische Pferderasse gezüchtet. Bei dem raschen Aufschwung, den die Pferdezucht in diesem Dezennium genommen hat, konnten nicht in gleichem Mafse brauchbare Vatertiere nachgeschafft werden [4]). Während im Jahre 1875 die Zahl der von königlichen Gestütshengsten gedeckten Stuten 1512 betrug, stieg dieselbe im Jahre 1879 auf 2526 und im Jahre 1880 bei einem Bestande von 40 Hengsten kaltblütigen Schlages auf 3102. Von den Hengsten waren:

---

[1]) Entnommen E. Kirstein a. a. O., S. 620.

[2]) Meitzen a. a. O., Bd. II S. 471 flg.

[3]) Jahresbericht des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Rheinpreufsen pro 1883 S. 41.

[4]) Vergl. Bericht pro 1881 S. 43.

40 Belgier,
1 Suffolk,
1 Clydesdaler,
2 Angler,
21 Halbblut.

Ebenso stieg die Zahl der von Privathengsten gedeckten Stuten in demselben Zeitraume von 3920 auf 6869. Leider mufste nach Einführung der neuen Hengstkörordnung ein grofser Teil der Privathengste aufser Thätigkeit gesetzt werden. Es wird deshalb die neue Körordnung als Ursache des Mangels an Vatertieren beklagt, obgleich eine wesentliche Verbesserung des vorgeführten Materials konstatiert wird.

Ziffermäfsig kommt dieser Umstand in den amtlichen Erhebungen zu Tage; denn die Zahl der Zuchthengste nahm nicht blofs relativ, sondern sogar absolut ab:

		Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Rheinland (nebst	1873	329	96 690	29 270
Birkenfeld)	1883	297	85 777	40 432
Prozentuale Zu- oder Abnahme.		— 9,7	— 11,3	+ 38,1
Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.		+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Nachdem wir oben angeführt haben, wie sehr sich die Intensität des Wirtschaftsbetriebes in der Provinz vorwiegend durch die Ausbreitung des Hackfruchtbaues und die Abnahme der Brache (von 1878 auf 1883 um 9090,5 ha)[1]) gesteigert hat, ist man notwendig gezwungen, die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde auch als Resultat derselben zu erkälren, vielleicht haben auch bereits die Bestrebungen, ein schweres Arbeitspferd für die Rheinprovinz zu züchten, etwas zur Hebung der Leistungsfähigkeit des Individuums beigetragen. Die Separationen waren in letzter Zeit in dieser Provinz nicht von Bedeutung.

Rindvieh.

Wir haben bei dieser Viehgattung an Veränderungen:

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung 1881 bis 1883 S. 6.

	Kälber bis 1/2 Jahr	Jungvieh, Zucht-bullen	sonstiges	Rindvieh über 2 Jahre alt, Zucht-bullen	Kühe	sonstiges
1873	108 549	5 632	219 062	4 511	580 442	82 037
1883	108 089	4 077	193 789	7 344	597 226	76 544
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
1883	— 0,4	— 27,6	— 11,5	+ 62,8	+ 2,7	— 6,8
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.					
1883	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Das Rindvieh hat eine Abnahme nach Zahl erfahren, und zwar sind alle Gruppen mit Ausnahme der Zuchtbullen und Kühe zurückgegangen, die Kälber erhielten sich aber fast in gleicher Stärke.

Es sind dies Konsequenzen der geschilderten schlechten Ernten und üblen finanziellen Verhältnisse, auf die wir am Schlusse nochmals zurückkommen wollen. Der Bericht[1]) vom Jahre 1881 z. B. schreibt: „Die allgemeine Futternot ist natürlich nicht ohne Einfluſs geblieben auf den Bestand und auf die Preise des Rindviehes. Im Regierungsbezirk Trier stieg der Preis des Heues von 3,50 ℳ im Vorsommer auf 4,50—5,00 ℳ pro 50 kg am Jahresschlusse. Eine solche Futter- und Streunot vermindert den effektiven Viehbestand um mindestens 30 %. Die Preise sind um mehr als 50 % gefallen. Vieh hat überhaupt keinen Absatz. Deshalb sind in vielen Dörfern Kühe geschlachtet worden, und aller Voraussicht nach wird es wenigstens 3—4 Jahre dauern, bevor wieder nennenswerte Erträge aus dem Viehverkaufe gelöst werden können.“ Diese Darstellung dürfte wohl für den ganzen gebirgigen Teil und teilweise auch für die Ebenen der Provinz als zutreffend zu erachten sein. In der Lokalabteilung Köln und auch wohl in den angrenzenden Kreisen nimmt die Aufzucht von Jungvieh von Jahr zu Jahr ab, da die Mehrzahl der Viehbesitzer, gröſsere wie kleinere, namentlich diejenigen, die in der Nähe von gröſseren Städten (Köln) wohnen, fast gar keine Aufzucht mehr treiben, sondern ihr Vieh meistens frischmelkend kaufen und dasselbe mehr oder minder fett an den Fleischer wieder verkaufen. Der Hauptfehler dieser Betriebsart besteht darin, daſs die Preise für Milchvieh viel zu hoch sind und in keinem Verhältnis zu den niedrigen Fettviehpreisen stehen.

[1]) Bericht pro 1881 S. 44 flg.

Deutlicher könnten obige Zahlen nicht interpretiert werden.

Von den Grundelementen, aus welchen sich das jetzige Vieh der Provinz entwickelt hat, seien aus Meitzen [1]) mehr namentlich blofs die wichtigsten hervorgehoben. Der Landschlag der Provinz scheint danach von Glaner, Birkenfelder und Westerwälder abzustammen und finde sich nur in den Gebirgen der Eifel. In den Ebenen und allgemein im Norden der Provinz sei das holländische Vieh vorherrschend, und werde am Niederrhein der niederrheinische Schlag genannt. Das Vieh der nördlichen Kreise sei dem Westerwälder verwandt, gekreuzt mit mannigfachen anderen Schlägen (Westerwälder, Siegnerländer, Wittgensteiner, Ruhrer-, Birkenfelder, Holländer und selbst Durham-Vieh). Auch dieser Autor erwähnt, dafs mehrere vorzugsweise gewerbliche Kreise ganz auf den Ankauf von Vieh angewiesen sind. Sie ziehen nur einen geringen Bruchteil ihres Rindviehes selbst auf. Diesen Ausfall deckt teils Westfalen und Holland, teils die wiesen- und weidenreiche Gegend von Mörs, besonders aber das Vieh der Eifelkreise und ein Teil der rechtsrheinischen Gebirgsstriche.

Von der Eifel geht namentlich von dem Merziger Markte aus Vieh in grofser Zahl nach Bayern, Baden und selbst Württemberg, besonders aber nach Frankreich, dagegen findet eine starke Einfuhr von Zug- und Mastochsen aus Birkenfeld und dem Glanthale in alle Ackerbaugegenden der Provinz statt.

Durch die geschilderten schlechten Verhältnisse des jüngsten Dezenniums wurde die Viehzucht wesentlich beeinflufst.

Über die neuesten Zuchtbestrebungen finden wir an Anhaltspunkten in den Jahresberichten [2]) des Zentralvereins: „Der seit zwei Jahren bestehende, vom Staate unterstützte Verein zur Pflege und Veredelung der Westerwälder Rindviehrasse in Rheinpreufsen hat gute Aufnahme gefunden und zählt bereits eine grofse Anzahl von Mitgliedern; seine nächste Ausstellung findet in Jahrsfeld, Kreis Neuwied, statt. Ebenso hat auch der Verein zur Züchtung und Veredelung der Glanviehrasse im Berichtsjahre seine erste mit einer Verlosung verbundene Ausstellung abgehalten, die über Erwarten reich und zwar auch mit reinblütigen Tieren beschickt war.“

Auch das Urteil über die im Montjoier Lande eingeführte ostfriesische Rindviehrasse lautet fortgesetzt günstig.

---

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 488 flg.

[2]) Bericht pro 1882 S. 47 flg.

Die Lokalabteilung Saarburg geht konsequent schon seit 8 Jahren darauf aus, die Glanzucht, für dortige Verhältnisse die einzig richtige, zu heben. „Es gibt jetzt eine grofse Menge schönes Vieh in diesem Kreise; die bessere Pflege, Haltung, Fütterung wächst entsprechend dem höheren Werte der einzelnen Tiere, und letztere gerade erzielen wir durch den alljährlichen Import von Stieren von Glan.“

Dem Bericht[1]) des Zentralvereins pro 1883 entlehnen wir: „Der Verein zur Züchtung und Veredelung der Westerwälder Rindviehrasse setzt seine Thätigkeit mit sichtbarem Erfolge fort. Dieser in jeder Beziehung aufserordentlich leistungsfähige Viehschlag erfreut sich von Jahr zu Jahr einer gröfseren Verbreitung, mit welcher eine Veredelung, d. h. Verbesserung der Formen und physiologischen Eigenschaften der Tiere Hand in Hand geht. Trotzdem hat man sich in der Lokalabteilung Waldbröl und wohl auch in den angrenzenden Kreisen für die Einführung und Züchtung des Vogelsberger Schlages entschieden. Es wird berichtet, dafs diese Tiere allen Anforderungen an Arbeitsleistung, Mastfähigkeit und Milchergiebigkeit durchaus entsprechen, und dafs an einzelnen Orten vorzügliche Resultate mit der Zucht erzielt worden seien. Wenn auch durchaus kein Grund vorhanden ist, die in dieser Mitteilung enthaltenen Ansichten zu bezweifeln, so ist auf der anderen Seite jedoch nicht zu vergessen, dafs erst vergleichende Versuche über den sicheren Nutzungswert des einen oder anderen Schlages entscheiden können, und dafs die Westerwälder jedenfalls dieses für sich haben, dafs sie in ihren Eigenschaften konsolidiert, d. h. in sich gleichartig sind, während der sogenannte Vogelsberger Schlag ein Gemisch von allen möglichen Formen, Farben und Eigenschaften darstellt. Auch der Verein zur Züchtung der Glanviehrasse macht Fortschritte, wenn auch nicht geleugnet werden kann, dafs die Sachverständigen über die Kriterien der Reinrassigkeit dieser Tiere nicht so einig sind, wie auf dem Westerwalde. Die Folge davon ist, dafs die Ausstellungen von Glanvieh nie ein so gleichartiges Bild darbieten, als die von Westerwäldern. Das Streben des Vereins scheint aber darauf gerichtet zu sein, diese Ungleichartigkeiten mehr noch zu beseitigen.

Butter- wie Käsefabrikation, kurz das Molkereiwesen überhaupt schreitet rüstig vorwärts. Insbesondere sind es der Verein für Hebung der Süfsbutterproduktion zu Nieder-Emmels und die Milch-

[1]) Bericht pro 1883 S. 41 flg.

genossenschaft zu Trier, welche sich auf diesem Gebiete besonders hervorthun."

Beurteilen wir die ganze rheinländische Rindviehhaltung, so können wir von unserem Standpunkte behaupten, dafs in der gegenwärtigen geringen Aufzucht von Jungvieh ein grofser wirtschaftlicher Nachteil für die Provinz gelegen ist, dafs aber für die Zukunft alle Vorbedingungen für eine in allen Branchen geeignete Grundlage erhalten geblieben: eine Vermehrung und Verbesserung des Muttermaterials und sorgfältigste Auswahl der Vatertiere.

Schweine.

Für Schweine haben wir von amtlich erhobenen Zahlen an Prozenten anzuschliefsen:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Rheinland (nebst Birkenfeld)	82,5	17,5	46,6
Deutschland	77,5	22,5	41,3

Die Schweine haben in den Rheinlanden keine so erhebliche Zunahme erfahren als das Reich als Ganzes, vorwiegend der Grund, dafs sich die Vermehrung im reduzierten Viehstande nur sehr mäfsig ausdrückt.

Unter den einzelnen Altersklassen bleiben die über 1 Jahr alten Schweine in Vergleich zu den übrigen zurück, was auf eine gröfsere Ausfuhr dieser zurückzuführen sein dürfte. Von sehr grofser Bedeutung war die rheinländische Schweinezucht eigentlich [1]) auch früher nicht. Die Ebenen mästeten eigentlich nur für ihren Bedarf, und nur die gebirgigen Gegenden züchteten und hatten zum Teil schwunghafte Ausfuhr. Besonders war hier das Eifeler Schwein, ein Abkömmling des deutschen Schweines, beliebt. Es scheint sich dieses in den gebirgigen Teilen hartnäckiger erhalten zu haben, wenigstens schweigen die neuen Berichte hierüber und übergehen dies Gebiet durch ein monotones vacat. In der Ebene eroberte sich natürlich auch der englische Schlag sehr bald das Feld, zunächst aber nur in Form der Kreuzung mit holsteinischen Zuchten. Rheinland bleibt in seinem Durchschnittsgewicht für über 1 Jahr

[1]) Siehe Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 541.

alte Schweine mit 113 kg etwas gegenüber dem Reichsmittel für dieselbe Kategorie mit 116 kg zurück, da das Gebirgsschwein nicht jene Mastfähigkeit erreicht, wie es den sonst verbreiteteren englischen Kreuzungen eigentümlich ist.

Schafe und Ziegen.

Für das Schafvieh haben wir nach den betreffenden näheren Unterscheidungen an:

	feinen Wollschafen	veredelten Fleischschafen	sonstigen Schafen
1873	9 383	42 630	348 417
1883	13 342	38 363	287 215
Die Verhältniszahlen pro 1883 in			
Rheinland (nebst Birkenfeld)	3,9	11,3	84,8
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883.			
Rheinland (nebst Birkenfeld)	+ 42,2	— 10,0	— 17,6
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Rheinland hat wie fast alle Gebiete der Monarchie eine Einbuſse an Schafen erlitten, wenngleich in weit geringerem Maſse als der groſse Durchschnitt aller von der Zählung getroffenen Gegenden. Es tritt uns an dieser Provinz zugleich eine der wenigen Ausnahmen entgegen, wo sich die feinen Wollschafe entgegen der allgemeinen Strömung einer Zunahme erfreuten, im Gegensatz hierzu aber etwas die veredelten Fleischschafe an Verbreitung zurückgingen.

Viel schon erklären hierbei die weiteren Zahlen, nämlich wie wenig die Vermehrung der feinen Wollschafe zu besagen hat, wenn mit derselben im Jahre 1883 der Anteil dieser Qualität am Gesamtviehstande keine 4 % beträgt, sondern den Hauptbestand die Masse der sonstigen Schafe stellt. Auſserdem war von jeher die Schafhaltung in den Rheinlanden keine bedeutende. Meitzen [1]) bringt zum Verständnis der gegenwärtigen Verhältnisse einiges: Am Rhein könne von einer eigentlichen Schafhaltung nur bezüglich der Eifel-

[1]) Meitzen, a. a. O. Bd. II S. 528.

kreise gesprochen werden, obwohl auch hier meist wenige Stück von den Bauern gehalten werden. Das Eifelschaf sei besonders geeignet zur Ausnutzung der Höhen und könne, wenn es der Schnee irgend zulasse, das ganze Jahr auf der Weide bleiben. In Wetzlar sei das fränkische Schaf verbreitet.

Mit Ausnahme der Eifel würden fast in allen Teilen der Provinz, und namentlich überall in der Ebene, nur wenige Schafe gehalten, vielmehr eingeführte westfälische, Sauerländer, Maifelder, auch wohl holländische Tiere zur Weide oder Stallmast angekauft und, wenn sie genügend ausgemästet seien, verkauft und durch neue Einfuhr ersetzt. Es sei deshalb auch von Rasseherden oder Züchtung wenig die Rede. Im grofsen ganzen haben sich bis zum Jahre 1883 diese Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Denn es entfielen im genannten Jahre an Schafen

	pro □ km landwirtschaftliche Fläche	auf 100 Einwohner
Rheinlande nebst Birkenfeld	20,6	8,1
Deutschland	52,5	41,9

Weil also ein geringer Schafbestand vorhanden war, konnte auch die Abnahme nicht bedeutend sein, um so mehr, da gerade dort, wo das Schaf in der Provinz noch häufiger vorkommt, dasselbe zur Ausnutzung des Bodens unentbehrlich und bereits bis auf die Unwirtschaftlichkeit reduziert ist, aber wegen der übeln finanziellen Lage nur langsam nachrekrutiert werden konnte. Der Bericht [1]) pro 1883 bemerkt hierüber: „Im Kreise Prüm hat sich der Schafhandel zu einem lukrativen Geschäft gestaltet. Dabei ist die Ernährung infolge der ausgedehnten Öd- und Weideländereien eine möglichst billige, und es bleibt daher sehr zu bedauern, dafs in den 60er Jahren mit allen Mitteln auf die Reduktion der Schafherden hingewirkt worden ist. Seit dem Jahre 1867 hat sich der Bestand von 36000 auf 18000 vermindert. Heute hört man den Bauer oft klagen, „wenn ich nur Geld hätte, ich kaufte mir gerne wieder Schafe“. Berührt mufs bei dieser Gelegenheit werden, dafs, wenn ein Gut im Kreise vorwärts geht, man sicher darauf rechnen kann, dafs Besitzer Schafe hält und Schafdünger verwendet.“

Der Bericht des Winterschuldirektors für den Bezirk des Hohen

[1]) Jahresbericht pro 1883 S. 43.

Venn spricht sich in ähnlichem Sinne aus: „Die Schafhaltung hat sich ganz besonders in den Kreisen Montjoie und Malmedy auf ein, man möchte sagen, sehr bedenkliches Minimum reduziert. Wenn auch im allgemeinen die besseren und nahegelegenen Weideflächen hiesiger Gegend weit rentabler durch die Haltung von Rindvieh ausgenutzt werden können, so läſst sich anderseits nicht verkennen, daſs es hier auch viele Ödweiden gibt, die wegen ihrer Lage und dürftigen Beschaffenheit am vorteilhaftesten nur durch Schafe ausgenutzt werden können. Als Weiden für das junge Rindvieh, wozu diese öden Flächen jetzt meist benutzt werden, liefern sie diesem nur ein sehr kärgliches Futter, wobei von einer normalen Entwickelung der im Wachsen begriffenen Tiere keine Rede sein kann. Der in der Praxis gar häufig gebrauchte Satz, „da wo zehn Schafe ihr Futter finden, kann auch ein Stück Rindvieh mit Vorteil gehalten werden“, findet auf den schlechten Ödländern der hiesigen höher gelegenen Eifelgegend seine Richtigkeit nicht. Im Gegenteil können auf diesen Ödländereien in ihrem jetzigen Zustande eher zwanzig Schafe mit Vorteil ernährt werden, als ein Stück halbwüchsiges Rindvieh.“

Ein nebensächlicher Grund für eine relativ schwächere Abnahme mag vielleicht darin liegen, daſs Rheinland sehr wenig Lupinen baut (nur gröſsere, intelligent wirtschaftende Gutsbesitzer auf Sandboden), mithin auch die Schrecken und Verluste durch Lupinose keine Rückwirkung äuſsern konnten. Die Schafhaltung stützt sich entweder auf intensive Stallfütterung oder auf das Futter der Weide.

Die Ziegen machten in den Rheinlanden nur einen mäſsigen Ruck, sie erreichten nicht die Schnelligkeit der Vermehrung wie im Reiche, wahrscheinlich da das ohnedies genügsame einheimische Schaf auch im Kleinbetriebe diese Viehgattung, die im Futter etwas wählerisch ist, zu ersetzen vermag.

Um nun auf das gesamte Verhalten der Viehzucht in dem betreffenden Dezennium kurz zurückzublicken, so wird eine mäſsige Bewegung nach vorwärts, wie schon die Zahl des reduzierten Rindviehes zeigt, auch mit Erwägung aller anderen Faktoren zugestanden werden müssen.

Die Viehzucht und der Viehstapel gerade ist nach unserer Meinung wegen seiner schnellen Modifikationsfähigkeit auf die positive und negative Seite, wegen seiner Formbarkeit und seines Anpassungsvermögens an subjektive Verhältnisse das empfindlichste Barometer im landwirtschaftlichen Betriebe und wird hierdurch der

Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des ganzen Betriebes.

Wir werden deshalb auch kraft eines gewissen Parallelismus der Viehhaltung mit der ganzen wirtschaftlichen Lage aus dieser einen Anhalt für jene gewinnen können. Diesbezüglich läfst sich z. B. ein jüngerer Bericht[1]) vernehmen: „Wenngleich auch die Landwirtschaft infolge der vielen Fehlernten viel gelitten hat, so gereicht es doch zur grofsen Beruhigung anerkennen zu müssen, dafs im grofsen und ganzen kein grofser Rückschritt im landwirtschaftlichen Betriebe bemerkbar ist. Die Bearbeitung des Bodens und das ganze Wirtschaftssystem, sowie die Verbesserung der Weiden, lassen für die Zukunft bei geeigneter Witterung gute Resultate erhoffen, die dem Landwirte seine Existenz hoffentlich sichern werden."

Ebenso lautet ein zweiter[2]): „Eine vorurteilsfreie Würdigung der vorliegenden Spezialberichte mufs zu dem Schlusse führen, dafs der technische Betrieb der Landwirtschaft im diesseitigen Vereinsbezirke im Fortschritte begriffen ist. Dies widerspricht durchaus nicht der ebenfalls unverkennbaren Thatsache, dafs die Resultate des Betriebes eher ungenügend als zufriedenstellend sind. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen aber auf Gebieten, die sich der Einwirkung des Einzelnen entziehen. Durch eine, den Forderungen der Gerechtigkeit entsprechende Verteilung der Steuerlasten im Sinne der von dem Vereine mehrfach gestellten Anträge könnte zweifellos unendlich viel gebessert werden, aber es würde falsch sein, von dieser Seite alles zu erwarten. Einen schwerwiegenden Einflufs auf die landwirtschaftliche Rente hat immer die jeweilige Jahreswitterung und der dadurch bedingte quantitative und qualitative Ernteertrag."

Hannover (und beide Lippe).

Für dieses Gebiet sind die vorwiegenden amtlichen Zahlen folgende:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	201 854	937 706	1 920 521	550 290	203 122	1 587 039
1883	210 296	905 214	1 546 534	821 212	229 180	1 599 712

[1]) Bericht pro 1882 S. 55.
[2]) Bericht pro 1883 S. 49.

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 4,2	— 3,5	— 19,5	+ 49,2	+ 12,8	+ 0,8
Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.						
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

In diesem Gebiete vollzog sich die Entwickelung dem reduzierten Viehstande nach fast so wie im ganzen Reiche, relativ in den einzelnen Gattungen normal, bis auf die bedenkliche Abnahme des Rindviehes.

Betrachten wir uns aber zunächst die allgemeinen Bedingungen für Entwickelung der Viehzucht.

Das Klima Hannovers ist vorwiegend Seeklima, gehört jedoch rücksichtlich der Frühjahrstemperaturen drei verschiedenen Strichen an. Ein breiter sehr warmer Streifen zieht als Fortsetzung der Magdeburger Zuckerfabriksregion von Südosten nach Nordwesten über Hannover und endet etwa bei Bremen. Das übrige Land, von dem wieder vorwiegend die Küste etwas kältere Temperatur besitzt, ist aber immerhin ebenso gut rücksichtlich dieses Punktes wie der Hauptstock Mittelost-Deutschlands und ist von den ungünstigen klimatischen Verhältnissen Ost- und Westpreufsens und Pommerns, sowie der gebirgigen Teile weit entfernt [1]).

Das Klima Hannovers ist dennoch im allgemeinen ein gemäfsigtes [2]). Der Wechsel der Bodenverhältnisse, Berg und Thal, Hoch- und Tiefebene und die maritime Lage der Marschgegenden bedingen hingegen recht erhebliche Temperatur-Differenzen. Rauh ist das Klima im Oberharz während des gröfsten Teiles des Jahres; erst Mitte Juni pflegt sich hier ein kurzer, heifser Sommer einzustellen, reich an Gewittern, welche nicht selten von schweren Stürmen begleitet sind, — ähnlich ist's auf den Höhen des Kauffunger Waldes. Milder ist das Klima in den westlich vom Harze belegenen Berg- und Hügellandschaften; milde in vielen Thälern, insbesondere im Ruhmethale, strenger auf den Höhen. Weniger wechselreich als in den Gebirgen gestaltet sich das Klima der ausgedehnten Heideflächen;

[1]) Vergl. Meitzens Atlas Tafel V.

[2]) Nach dem Jahresbericht der Königl. Landwirtschaftsgesellschaft zu Zelle, Zentralverein für die Provinz Hannover pro 1881 S. 23.

schwer und feucht, aber milde ist die Luft in den Marschen, sofern sie dort nicht, was freilich nicht selten geschieht, durch schneidige Nordweststürme aufgewühlt wird.

Bezüglich der Bodenverhältnisse Hannovers steht uns leider kein ziffermäfsiges Material zur Verfügung, um mit den Zahlen von Meitzen, die sich vorwiegend auf die physikalische Beschaffenheit der Bodenbestandteile beziehen, in Vergleich treten zu können. Wir wollen uns deshalb ein Bild an der Hand von Darstellungen zu entwerfen trachten. Der Boden [1]) Hannovers gehört zu 80 % dem norddeutschen Flachlande und zu ca. 20 % dem Berg- und Hügellande an. Unterscheidet man den Boden in die 4 Hauptgruppen: Marsch, Geest, Forst, Heiden (Moore), so entfallen in ungefähren Prozenten auf:

Marsch	Geest	Forst	Heiden (Moore)
8 %	49 %	16 %	26 %

Mit den reichlich 1 % betragenden Wasserflächen beträgt dies 100 % zusammen.

Über den Einflufs der geognostischen Formation [2]) auf die Fruchtbarkeit des Ackerlandes entnehmen wir demselben Berichte einige auf Hannover, bezügliche von Herrn Amtsrat C. Struckmann gemachte Ausführungen:

Von den massigen Gesteinen kommen in unserer Provinz nur wenige zu Tage und sind dann selbst für die Landwirtschaft von geringerer Bedeutung, wie die Basalte im Göttingenschen, Granit, Porphyr, Diorit etc. im Harz.

Von der silurischen und devonischen Formation befinden sich nur unbedeutende Flächen in landwirtschaftlicher Kultur. Sie sowie die ältere Steinkohlenformation ist von Wald bedeckt. Die Zechsteinformation, in schmalem Bande den westlichen und südlichen Harzrand umfassend, ist von etwas gröfserer landwirtschaftlicher Bedeutung, im allgemeinen die Grundlage eines wenig fruchtbaren, leicht dürren Ackerbodens, auf welchem übrigens Klee und Esparsette mit Sicherheit gedeihen. Grofse Flächen werden in der Provinz, namentlich in den hügeligen Teilen des Landes von der Trias eingenommen. Die unterste, der „bunte Sandstein“, ist gewöhnlich sehr arm an Kalk und schon deshalb keine besonders wünschenswerte Unterlage für das Ackerland.

---

[1]) Nach dem Jahresbericht pro 1881 S. 14 u. flg.

[2]) Vergl. hierzu Meitzens Atlas Tafel III, Geognostische Karte des preufsischen Staatsgebietes.

Der Solling besitzt ausgedehnte derartige unfruchtbare Flächen; auch finden wir dieselben südlich vom Harze auf dem Eichsfelde, im Göttingenschen. Im allgemeinen sind die Felder auf dem Bundsandstein als wenig ergiebig zu bezeichnen. Derselbe wird vom Muschelkalk überlagert und ist für die Landwirtschaft Hannovers von der gröfsten Wichtigkeit. Sein gröfserer und geringerer Wert hängt natürlich von verschiedenen lokalen Momenten ab, überall aber bildet er die Grundlage eines schweren und kalkreichen, zum Anbau so ziemlich aller Früchte und vorzugsweise des Weizens, aller Hülsenfrüchte und Kleearten geeigneten Ackerlandes.

Eine ähnlich weite Verbreitung besitzt das jüngste Glied der Trias, der Keuper.

Als Keupermergel bildet er durchschnittlich einen mäfsig guten Ackerboden, als Keupersandstein noch immer eine bessere Grundlage als der Buntsandstein.

Auch die Juraformation ist — sie folgt der Trias — für Hannover in landwirtschaftlicher Beziehung von Einflufs am Kamm und der Basis der Gebirge; das Verhalten ihrer Bodenarten ist sehr ungleich.

Die Wealdenformation hat geringe räumliche Ausdehnung, erhebliche nur im Fürstentum Schwarzburg-Lippe mit vorzüglichem fruchtbaren Ackerboden.

Die Kreideformation ist ziemlich häufig in Hannover zu Tage tretend und zerfällt in mehrere Schichtgruppen. Die unteren Glieder, also Neoköm und der Gault bestehen in hiesiger Gegend vorzugsweise aus fetten, bläulichen oder dunkelgrauen, mehr oder weniger kalkreichen Thonen, Schieferthonen und Thonmergeln, welche die Grundlage eines schweren und ertragreichen, jedoch meist der Drainierung bedürftigen Ackerbodens bilden. Auch die Plänerkalke bilden als mittlere Gruppe fast überall die Grundlage eines fruchtbaren und kalkreichen, meistens schweren und thonigen Bodens. Selten sind die jüngsten Glieder der Kreideformationen, die obere Kreide, ebenso die Tertiärformation. Den gröfsten Teil der Fläche nimmt aber das Diluvium und Alluvium ein. Eine besondere Rolle im Diluvium spielen in der Lüneburger Heide die grofsen Flächen des Diluvialsandes. Das Alluvium hat für den nördlichen Teil besonders die gröfste Wichtigkeit. Es gehören vor allem hierher die fruchtbaren Flufs- und Seemarschen, die aus den feinen, bald lehmigen, bald thonigen Niederschlägen der von den Gebirgen der Ebene und dem Meere zuströmenden Flüsse und Ströme entstanden sind. In dem unteren Teile der Gewässer ist mehr der eigentlich schwere

Marschboden abgelagert; weiter oberhalb in den Flufsthälern wird derselbe meist durch einen mehr sandigen Thon vertreten, der sich vielfach durch hohe Fruchtbarkeit auszeichnet. Ferner gehören zu den Alluvionen die ausgedehnten Torfmoore, ziemlich häufig Rasensteinbildungen, Ursache grofser Unfruchtbarkeit, sowie vielfach Meeresdünen und Flugsand im Innern des Landes.

Über den näheren Charakter dieser weiten Flächen werden uns die Anbauverhältnisse vom Jahre 1883 Aufschlufs geben, wonach in Prozenten von der Gesamtfläche entfielen in:

	Äcker, Gärten, Weinberge	Wiesen	Weiden	Forst- und Holzung	Hausräume
Hannover	32,7	10,4	35,0	16,1	5,8
Lippe	52,2	5,0	11,4	28,0	3,4
Schaumburg-Lippe	45,9	11,7	7,1	22,6	12,7
Deutschland	48,7	10,9	9,4	25,7	5,3

Die prozentische Benutzung des Acker-, Garten- und Weinlandes betrug in

	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide u. Brache.
Hannover	70,1	13,4	1,2	4,9	8,7
Lippe	67,6	11,0	1,8	9,2	5,2
Schaumburg-Lippe	73,6	10,1	3,3	5,7	2,6
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Vor allem fällt die kleine Fläche des Ackerlandes in Hannover in die Augen, welche in erster Linie durch die weit ausgedehnten Weideflächen, besonders der öden Lüneburger Heide herbeigeführt und eingeschränkt wurde. Die Qualität dieser Flächen ist der Hauptsache nach sehr gering; und kommt auch in dieser Provinz die vage Unterscheidung vom Übergang der Wiese zur Weide sehr wohl in Betracht, so tritt dies doch durch die grofsen Flächen in den Hintergrund. Die Zahl der Wiesen ist eine für Deutschland normale und die Qualität derselben höchst verschieden, von der Moorwiese durch fruchtbare Flufswiesen bis zur mageren Bergwiese. In den beiden Lippe ist dies Verhältnis, wie die Zahlen zeigen, ein wesentlich anderes.

Dem vorherrschenden sandigen Charakter des Bodens nach ist

eine grofse Fläche dem Getreidebau bestimmt, und der relativ kleine Umfang der Brache in der Provinz erklärt sich durch deren Einschränkung durch die Weideflächen. Am deutlichsten aber zeigt sich aus dem geringen Umfang der Futterpflanzen, wie ungeeignet der Boden für dieselben beschaffen ist. Weiterhin deutet der unter dem Reichsmittel sich haltende Anbau von Hackfrüchten auf die geringere Intensität des Betriebes hin. In den beiden Lippe ist es mit den Futterpflanzen zwar etwas besser bestellt, den Hackfrüchten ist aber noch ein geringeres Areal eingeräumt.

Nach all diesen Eigentümlichkeiten des Landes erscheint Hannover bezüglich Schafhaltung jedenfalls geeigneter als in Hinsicht auf Rindviehzucht und ist erstere dem Lande geradezu unentbehrlich. Die Reduktion der Schafe hat demnach in dieser Provinz eine ganz empfindlichere Bedeutung als in manchen anderen Gebieten. Für die Viehzucht im ganzen ist das Land von Natur sehr wenig begünstigt, um so erfreulicher aber ist es, dafs auch die Zahl einen wenn auch kleinen Zuwachs in reduziertem Viehstande aufweist.

Ein gutes Teil der Ursachen der Entwickelung der Viehzucht liegt aber natürlich bei Hannover in den allgemeinen Zuständen der Lage des Landmannes. Insbesondere scheinen sich dessen Verhältnisse in dem letzten der Viehzählung 1883 vorangegangenen Jahre wesentlich gebessert zu haben, was nach schlechten Ernten z. B. in Westfalen nicht eintrat; daher auch die Zählung dort ein schlechteres Resultat ergab. Wir wollen auch hier, um nicht zu breit zu werden, blofs den Berichten der jüngsten in Betracht zu ziehenden Zeit das Wichtigste entnehmen[1]), wonach fast alle Berichte nach einer Reihe unglücklicher Jahre auch das Jahr 1881 als ein höchst ungünstiges bezeichnen, so dafs mit Streu- und Futtermangel für das Vieh zu kämpfen war, blofs die meist glänzende Kartoffelernte in diesem Jahre bildete einen Lichtpunkt. Der Bericht aus Ostfriesland drückt sich mit folgenden Worten aus:

„Die durch teilweise völlige Mifsernten der letzten 4 Jahre hervorgerufene Notlage der dortigen Landwirtschaft hat auch durch die Mittelernte des laufenden Jahres nicht gehoben werden können. Namentlich in den Geestdistrikten sind manche Eigner dem Ruin nahe gebracht, in den Marschen gilt dies von manchen Pächtern .... Dafs unter solchen Umständen von erheblichen Fortschritten im Wirtschaftsbetriebe nicht die Rede sein kann, ist leicht verständlich;

[1]) Berichte des Zentralvereins für Hannover pro 1881 S. 1 u. flg.

im Gegenteil läfst sich von vielen Wirtschaften ein Rückschritt behaupten, da die Betriebskosten möglichst beschränkt werden. Der Göttinger Bericht ist der Ansicht, dafs die schlechten Ernten, hohen Löhne, niedrigen Preise, grofsen Abgaben und Lasten bei geringen Einnahmen aus dem Betriebe der letztvergangenen Jahre von dem Jahre 1881 noch übertroffen worden sind; „ein Jahr reich an traurigen Erfahrungen, an Not und Sorgen aller Art". Nur die ausnahmsweise günstige Kartoffelernte habe Vieh und Menschen vor böser Kalamität geschützt und der milde Herbst und Winter habe im Februar Erleichterung geschaffen; wenn die schon in früheren Jahren reduzierten Viehbestände auch noch weiter gelichtet werden müfsten, so müssen sich die üblen Folgen des Jahres auch noch auf spätere Zeiten übertragen.

Der Osnabrücker Bericht klagt: „Die Vermögensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung nehmen ab."

Der Provinzialverein für das Herzogtum Arenberg-Meppen und die Grafschaften Bentheim und Lingen schreibt: „Die völlig ungenügenden Ernten letzter Jahre haben nur drückend auf die allgemeinen Zustände einwirken können, da unser Provinzialvereinsbezirk hauptsächlich von den vorwiegend aus Roggen, Kartoffeln und Buchweizen bestehenden Ernteerträgen abhängt, während Viehzucht und Industrie im allgemeinen doch nur von geringer Ausdehnung und deshalb von geringem Einflusse sind. Stellenweise, wie z. B. im Lingenschen, traten sogar Notstände ein. Eine Folge der ungünstigen Verhältnisse ist fortschreitende Verarmung der Grundbesitzer und der arbeitenden Bevölkerung."

Als einen Lichtpunkt in diesem trüben Gemälde kann der Lüneburger Hauptverein doch konstatieren, dafs trotz der ungünstigen Verhältnisse die dortigen Landwirte mancherorts es nicht unterlassen haben, durch Inangriffnahme verschiedener Verbesserungen, auch durch Beschaffung guten Zuchtmaterials für die Viehzucht zu sorgen.

Die späteren Berichte klingen schon besser, denn das Jahr 1882 brachte eine gesegnete Ernte.

So heifst es [1]: „Was im allgemeinen die Viehhaltung anbelangt, so gelingt es allmählich, die sich noch immer fühlbar machenden Lücken in den Viehbeständen, welche durch den Futtermangel früherer Jahre verursacht sind, wieder auszufüllen."

---

[1]) Jahresbericht des Zentralvereins pro 1882 S. 2 u. flg.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dafs in Gegenden, wo Futtermangel infolge natürlicher Beschaffenheit des Landes leichter und häufiger eintritt, das Schaf das geeignetste Tier ist und Rindvieh immer härter betroffen wird, wie dies die amtlichen Zahlen deutlich spiegeln.

Der bereits genannte Verein für das Herzogtum Arenberg-Meppen und die Grafschaften Bentheim und Lingen bezeichnet neben den Ernteerträgen als Grund von Subhastationen auch die herrschende Einrichtung der Erbteilungen, die Zersplitterung der Bauernhöfe, mangelhafte Wirtschaftsführung, in manchen Fällen auch Trunksucht und Luxus.

Eine ganz besondere Bedeutung für die Viehzucht Hannovers hat der lebhafte bequeme Handel nach den Städten Bremen und Hamburg, wo stets guter und, wir fügen hinzu, meist verlockender Absatz für Viehprodukte vorhanden ist, ein Handel, welcher durch das ziemlich gute Chausseenetz der Provinz wesentlich unterstützt wird.

Aus den Handelsberichten ist zu ersehen, dafs Rindvieh trotz schlechter Preise oft nur aus Futtermangel zu Markte kam.

Die Qualitätsverschiebung in Hannover (nebst beiden Lippe) drückt sich in Werten durch nachfolgende Berechnung aus:

	Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+ 8 442	×	480	=	4 052 160
Schweine	+ 270 922	×	49	=	13 275 178
Ziegen	+ 26 058	×	17	=	442 986
					+ 17 770 324
Rinder	— 32 492	×	192	=	— 6 238 464
Schafe	— 373 987	×	16	=	— 5 983 792
					+ 5 548 068 ℳ

Es ergibt sich hieraus für dies Gebiet das Resultat, dafs die Abnahme der Rinder und Schafe durch die enorme Zunahme der Schweine gedeckt wurde; die landwirtschaftlichen Pferde erfuhren zwar auch in diesem Gebiete eine Reduktion von 14 660 Stück, welche für den landwirtschaftlichen Betrieb fast einzig und allein in Betracht kommen, Luxuspferde und solche für gewerbliche Zwecke weniger von Bedeutung sind, soweit nämlich nicht die Düngungsfrage ventiliert wird; wir werden speziell bei näherer Betrachtung der Pferde nachzuweisen haben, dafs die Intensität des Betriebes in der Provinz deshalb keinen Abbruch erlitt.

Nach den obigen Ausgangspunkten für die Berechnung hat sich die Bewegung in der Viehhaltung der Provinz nicht ungünstig vollzogen.

Betrachten wir im Anschlusse hieran die Resultate der einzelnen Arten:

Pferde.

Die amtlichen Zahlen geben uns die Übersicht:

	Unter 1 Jahr alte Pferde	1—2 Jahre alte Pferde	2—3 Jahre alte Pferde	3 und mehr Jahre alte Pferde	Im Jahre 1882 geborne Füllen
1873	9 970	9 996	9 771	172 117	
1883	11 593	11 876	10 572	176 255	10 768
	Hiervon die prozentualen Gröfsen				
1873	4,9	5,0	4,8	85,3	
1883	5,5	5,7	5,0	83,8	5,3
	Dieselben in Deutschland				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Vermehrung beträgt in Prozenten vom Jahre 1873 bis 1883 in

	unter 3 Jahr alt	über 3 Jahr alt
Hannover (nebst beide Lippe)	+ 14,5	+ 2,4
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Es unterliegt keinem Zweifel, dafs die Pferdezucht Hannovers im letzten Dezennium nur einen mäfsigen Zuwachs erzielte, insbesondere gilt dies von dem Füllenbestande. Der seit jeher berühmte Pferdeschlag der Provinz hat aber qualitativ wieder ganz bedeutende Verbesserungen erfahren. Denn die Nachrichten hierüber lauten durchweg günstig [1]): „Namhafte Fortschritte wurden gemeldet aus den Marschdistrikten des Landdrosteibezirkes Stade und dem nördlichen Teile des Fürstentums Osnabrück, dem Herzogtum Arenberg-

[1]) Preufsens landwirtschaftliche Verwaltung pro 1882 S. 105.

Meppen, Göttingen und Lüneburg. In Drochtersen wurden so viel ausgezeichnete Tiere der Prämiierungskommission vorgeführt, dafs mit den vorhandenen Mitteln schwer auszureichen war. Auch in Buxtehude und Dorum waren wertvolle Exemplare in grofser Zahl am Platze."

Aus den Berichten der Hauptvereine ist zu ersehen, dafs der Pferdezucht überall Interesse entgegengebracht wird.

Der Hauptverein Bremervörde berichtet [1]: „In diesem Jahre hat den 17 Lokalberichten zufolge die Pferdezucht im letzten Jahre quantitativ nicht zu- und nicht abgenommen; nur die Vereine Bremervörde und Himmelpforten berichten eine Abnahme, weil die Rindviehzucht lohnender und Preise für dort gezüchtete Pferdefüllen zurückgegangen seien.

In den Vereinsbezirken der Elbe- und Wesermarschen, wo überhaupt die Pferdezucht infolge des günstigen Bodens rentabler ist, hat dieselbe qualitativ sich gehoben, wie auch durch die auf der Ausstellung zu Hannover erlangten Preise konstatiert worden.

Der Handel mit volljährigen Pferden war in der ersten Hälfte des Jahres besser als in der zweiten Hälfte desselben, wo infolge des Futtermangels die Preise gedrückt und mittelmäfsige Ware kaum zu verwerten war. Die hohen Preise, die hauptsächlich in den Elbemarschen für edle Saughenstfüllen seit mehreren Jahren erzielt werden, sind ebenfalls Beweise des guten Renommees hiesiger Pferdezucht.

Wenn auch noch manche Mängel der Pferdezucht hin und wieder aufgezählt und gerügt werden, so ändert dies doch nichts an dem Gesamturteil. Die grofse Zunahme der Zuchthengste ist dafür ein neuer ziffermäfsiger Beweis.

Es wurden erzielt in

		Zuchthengste	landw. Pferde	andere Zivilpferde
Hannover und beide Lippe	1873	427	149 513	17 635
	1883	667	134 853	35 583
Die Zu- oder Abnahme in % für				
Hannover und beide Lippe		+ 56,2	— 9,8	+ 101,8
Deutschland		+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

[1]) Bericht pro 1881 S. 199 u. flg.

Eine so hohe Vermehrung der Zuchthengste trat mit Ausnahme Bayerns in keinem Gebietsteil Deutschlands ein. Es ist dies für die Provinz um so bemerkenswerter, als diese Zunahme mehr durch die Privathengste als durch die Gestütshengste des Landes erfolgt zu sein scheint. Es heifst im Berichte[1]) des Hauptvereins für Bremervörde: „In den Marschen — sowie in den daran grenzenden Ortschaften und stellenweise an den Nebenflüssen, -- wo die Pferdezucht mit Erfolg betrieben werden kann, weil zu einer rationellen Aufzucht die natürlichen Bedingungen vorhanden sind, hat die Pferdezucht in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Wenn auch die Zahl der Vollbluthengste des Celler Landgestütes sich verringert hat, und infolgedessen die jetzige Zucht an Blut und Nerv eingebüfst hat, so repräsentieren doch die auf den Pferdeschauen mit Staatsprämien ausgestellten Tiere durchweg das Bild eines gutgezogenen Rasse-Tieres.

Auf der Geest, wo die Verhältnisse für die Pferdezucht nicht so günstig, wird selbstverständlich nicht soviel gezüchtet als in den Marschen. Als Beschäler werden vorwiegend Privathengste benutzt, deren Besitzer, durch die hohen Prämien in Bremervörde animiert, in den letzten 20 Jahren sich immer mehr und mehr bemühen, nur gute Beschäler zu halten.“ Anderseits wird aus Arenberg-Meppen gemeldet[2]): „Die Pferdezucht hat durch Aufstellung guter Zuchthengste, durch bessere Pflege und Fütterung der Füllen und Stuten ganz erhebliche Fortschritte gemacht, namentlich im Amte Aschendorf und einem Teile der Grafschaft Bentheim, soll dagegen im Meppenschen in der Nähe der Deckstation Gr.-Fullen zurückgegangen sein, was wohl wieder vorzugsweise auf die schlechten Ernten zurückzuführen ist, wodurch die Pferdezüchter einmal in den Mangel an gutem Futter versetzt wurden, und dann auch des Geldmangels wegen nicht selten genötigt wurden, zur Deckung der Steuern und Lasten die besseren Tiere zu verkaufen.“

Der Zentralbericht[3]) pro 1883 fafst die Resultate der einzelnen Hauptvereinsbezirke dahin zusammen: „Die Nachrichten über die Pferdezucht sind, bedingt durch die lokalen Verhältnisse, voneinander recht abweichend; es erhellt jedoch, dafs die Pferdezucht nach wie vor im allgemeinen mit Sorgfalt betrieben wird.“ Auch dieser Bericht konstatiert, dafs dort, wo die Pferdezucht abgenommen

[1]) Bericht des Zentralvereins pro 1882 S. 148.
[2]) Bericht des Zentralvereins pro 1882 S. 149.
[3]) Bericht pro 1883 S. 169.

hat, Futtermangel die Ursache gewesen sei[1]). Nebenbei wird geklagt, dafs das beste Material ausgeführt wird.

Wie wenig aber die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde in Widerspruch steht mit der Zunahme der Intensität des Betriebes, besagen nicht blofs die einzelnen Berichte, sondern wollen wir durch die Veränderungen in der Bodenbenutzung zwischen den 2 letzten Aufnahmen 1878 und 1883 darlegen. Die Zu- und Abnahme betrug in den einzelnen Regierungsbezirken an ha:

	Kartoffeln	Zuckerrüben	Klee	Brache
Hannover	+ 463,5	+ 2446,8	— 231,8	5470
Hildesheim	+ 309,6	+ 7417,2	— 1129,9	
Lüneburg	+ 2134,7	+ 1478,1	— 2363,3	
Stade	+ 372,0	+ 3,0	— 237,9	
Osnabrück	+ 402,8	—	— 93,2	
Aurich	— 136,8	+ 6,5	+ 150,7	

Bezüglich der Zukunft der hannöverschen Pferdezucht glauben wir, abgesehen von den Zielen, welche die Zucht sich neuerer Zeit zu stecken scheint, deshalb auch ohne Sorge sein zu können, da sich die Ausfuhr weniger auf das Stutenmaterial bezieht und mehr die Hengstfohlen trifft.

Rindvieh.

Die Zählungsergebnisse hierfür waren:

	Kälber bis 1/2 Jahr	Jungvieh, Zuchtbullen	Jungvieh, sonstiges	Rindvieh über 2 Jahr alt, Zuchtbullen	Rindvieh über 2 Jahr alt, Kühe	Rindvieh über 2 Jahr alt, sonstiges
1873	86 069	7233	224 091	5 046	575 350	39 917
1883	94 891	4572	194 461	10 211	560 155	40 924
Die prozentuale Zu- bezw. Abnahme						
	+ 10,3	— 36,8	— 13,2	+ 102,4	— 2,6	+ 2,5
Dieselbe in Deutschland						
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

[1]) Der Haferbau hat in Hannover von 1878 auf 1883 abgenommen und zwar um ha im

Reg.-Bez.	Hannover	— 2416,8
„	Hildesheim	— 2484,8
„	Lüneburg	— 328,9
„	Stade	+ 169,4
„	Osnabrück	— 222,8
„	Aurich	— 2400,3

Das gesamte Rindvieh zeigte in den zu betrachtenden Gebieten eine starke Abnahme, die vorwiegend die Kühe und das Jungvieh verursacht haben.

Die Ursachen der Abnahme sind auch hier in erster Linie in schlechten Jahren zu suchen, dabei hat man doch dem Individuum mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Berichte der Hauptvereine sprechen sich lobend hinsichtlich der überall fortschreitenden Bestrebungen zu Hebung der Rindviehzucht aus. „Machte auch die überaus knappe Futterernte — heifst es im Zentralbericht pro 1881 [1]) — in manchen Bezirken eine erhebliche Reduktion des Bestandes notwendig, bei welchem Verfahren das geringwertige Rindvieh in erster Linie dem Schlachtbeile anheimfiel, so dürfte doch die Mehrzahl der Viehbesitzer aufsergewöhnliche Mittel nicht gescheut haben, um das zu überwinternde Vieh einigermafsen bei Kräften zu erhalten. Allen freilich ist solches nicht gelungen; man sah auf den Herbstmärkten manches Stück abgemagerten und zurückgegangenen Viehes, welches seit Jahren nicht zu so weit herabgedrückten Preisen ausgeboten wurde.“ Der Hauptverein Hannover meldet, dafs auf den grofsen Bruchweiden bei Diepholz und bei Rodewald manches Jungvieh wohl infolge der Dürre und schlechten Weiden eingegangen sei.

Durch Import von Deckstieren nimmt die Zuchtrichtung in manchen Bezirken einen bestimmten Charakter an. So wurde im Göttingenschen ein gemeinschaftlicher Import reiner Glanstiere ausgeführt; gleiche Richtung befolgen die Vereine Dransfeld, Münden und Duderstadt.

In den Vereinsbezirken Göttingen, Reinhausen, Moringen, Uslar und Northeim wird, neben Aufzucht von Harzvieh, auch viel Aufzucht von Simmenthaler, Scheinfelder und Glaner Vieh betrieben. Im Calenbergischen ist das vorhandene Landvieh bezw. das Wesermarschvieh mit ostfriesischen, Oldenburger und holländischen Stieren gekreuzt. Neuerdings hat auch die Shorthornzucht mehr Platz gegriffen.

In der Landdrostei Lüneburg sind auch im Berichtsjahre von verschiedenen Vereinen gute Zuchtstiere aus Ostfriesland und Holland eingeführt.

Einen Beitrag zur Erklärung der gestiegenen Kälberzucht gibt die Nachricht aus dem Lüneburgischen [2]):

[1]) Bericht pro 1881 S. 202.
[2]) Bericht pro 1881 S. 204.

„Im nördlichen Teile der Landdrostei Lüneburg wird immer noch Kälbermast für Hamburg betrieben, obwohl dabei in einigen Gegenden die verbrauchte Milch nicht höher als zu 7 bis 7½ ₰ pro Liter verwertet wird, wo hingegen anderswo das Liter wesentlich höher herausgebracht wird."

Näher beschäftigt sich mit der Rindviehzucht der Zentralbericht vom Jahre 1882 [1]), aus dem wir nur das besonders Anschauliche herausgreifen. Danach wäre in dem Bezirke Hannover das heimische Landvieh selten mehr rein, vorzugsweise gekreuzt mit Ostfriesen, Holländern, Oldenburgern, neuerdings auch Shorthorns. In kleineren Wirtschaften sei das Weservieh beliebt. Das Zuchtziel ist wohl an den meisten Orten Milchergiebigkeit, an zweiter Stelle aber auch Mastfähigkeit. Bei den gegenwärtigen Konjunkturen bricht sich die Auffassung indessen mehr Bahn, man müsse die Mastfähigkeit als gleichberechtigt der Milchergiebigkeit ansehen, weil eben Milchergiebigkeit häufig nicht mehr allein betrieben, sondern mit Mästung verbunden wird. Früher wurde auf der Geest leichtes, wenig mastfähiges Vieh gehalten, gegenwärtig sehen aber viele Landwirte bei entsprechender Ernährung, auch in besseren Geestgegenden der Ämter Syke, Bruchhausen und Freudenberg, die Mastfähigkeit als gleichberechtigt mit der Milchergiebigkeit an und legen dabei zugleich ein erhebliches Gewicht auf schwere Mastkälber. Ja, nach Einführung des Zuckerrübenbaues ging manche Gegend noch weiter und stellte die Mästung durch Züchtung von Shorthorns in den Vordergrund.

Für die Stierhaltung wird ganz besonders viel gethan durch mit Staatshilfe errichtete Stierhaltungs-Genossenschaften und Körordnungen.

Die Aufzucht wird in den besten Ackerbaugegenden, gerade dem südöstlichsten Teile des Vereinsbezirkes, nur mehr von dem mittleren und kleineren Besitzer betrieben und reicht im ganzen zur Deckung des Bedarfes nicht aus. Auf den grofsen Gütern wird der Viehstand an Milchvieh durch Ankauf von trächtigen Rindern aus den Niederungsgegenden, an Zuchtvieh durch Ankauf von Ochsen aus Süd- oder Mitteldeutschland rekrutiert, Aufzucht findet teils gar nicht, teils doch nicht so weit statt, um den ganzen Bedarf zu decken, doch hat sich dieselbe infolge der hohen Viehpreise gegen früher etwas vermehrt.

[1]) Bericht pro 1882 S. 173—179.

Die Haltung und Pflege des Rindviehes im Hauptvereinsbezirke können im grofsen ganzen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die aus den alten Gemeinheitsverhältnissen stammende Neigung, recht viel Vieh zu halten, auch wenn dasselbe nur knapp ernährt werden konnte, um aber aus den Gemeindeweiden gröfstmöglichen Nutzen zu ziehen, hat sich seit der ziemlich überall durchgeführten Teilung der Gemeinheiten mehr und mehr verloren. In den besseren Ackerbaugegenden südöstlich der Linie Hannover-Wunstorf ist Stallfütterung allgemein. Für das aufgezogene Jungvieh wird auf Bewegung im Freien jetzt mehr geachtet, als früher. Die Fütterung ist meist eine ausreichende, manchmal auch eine reichliche; es wird nicht allein auf den Gütern, sondern auch den meisten Bauernhöfen ein wenigstens einigermafsen ausreichendes Verhältnis von Mastfutter gereicht. Die Ernährung des Jungviehes ist manchmal eine zu reichliche, worunter die Milchergiebigkeit mitunter leidet. Man sorgt auch mehr als in früherer Zeit dafür, dafs etwas Trockenfutter auf die Sommerzeit übergespart wird, um schroffe Übergänge zu vermeiden und jungen Klee und Grünfutter bei Nässe durch Zugabe von Trockenfutter bekömmlicher zu machen.

Das Anspannen der Kühe zum Ziehen kommt in kleinen Wirtschaften im ganzen Bezirke vor und wird für sehr zweckmäfsig gehalten. Da die Pferdehaltung in den letzten Jahrzehnten sehr viel teurer, auch die Anzahl der gehaltenen Gespanne geringer geworden ist, so ist für den kleinen Wirt das Lohngespann zu kostspielig; durch eigne Anspannung stellt er sich unabhängiger.

An den Arbeitstagen wird allerdings etwas weniger Milch gewonnen, durch die kräftigere Ernährung aber, welche man den arbeitenden Kühen zu geben pflegt und wirtschaftlich zu geben im stande ist, pflegt eine gewisse Ausgleichung stattzufinden. Von vielen einsichtigen Landwirten wird eine weitere Ausdehnung der Benutzung der Kühe zum Anspannen gewünscht und hervorgehoben, dafs die Kosten der Haltung der Pferde für kleine Stellen, welche tägliche Arbeiten nicht haben, zu teuer kommt.

Von den hauptsächlichsten Nutzungszwecken laufen Milch- und Mastnutzung nebeneinander, erstere ist bei weitem noch verbreiteter. Direkter Milchverkauf hat nur Bedeutung in der Nähe der Städte Hannover, Hameln und Nienburg; nach Bremen wird wenig Milch aus dem diesseitigen Hauptvereinsbezirk versandt.

In der Umgebung von Diepholz findet Milchverkauf an die dortigen Kunstbutterfabriken statt. In dem südöstlichen Teile des

Vereinsbezirkes ist, soweit Milchverkauf nicht stattfindet, die allgemein verbreitete Nutzungsweise der Milch-, Butter- und Magerkäsebereitung. Mästung schwerer Kälber wird besonders in der Leinemarsch betrieben, wohl auch auf der Geest. Von der süfsen Milch wird in den Geestegegenden sowohl als in den Marschen ein ziemlich bedeutender Teil an die jungen Ferkel und auch an Zuchtkälber verfüttert. Der übrige und, soweit keine bedeutende Kälbermast betrieben wird, doch immer noch gröfsere Teil der Milch wird verbuttert. Die saure sog. dicke Milch wird teils als menschliche Nahrung verbraucht, teils gleichfalls an Ferkel und Zuchtkälber, seltener an Mastkälber verfüttert. Was dann noch übrig bleibt, erhalten die älteren Zuchtschweine und auch die Mastschweine. Käsebereitung wird meistens gar nicht oder doch nur in ganz geringem Umfange betrieben.

Von Absatzverhältnissen, soweit sie andere als Milch betreffen, ist in Rücksicht auf Butter, welche nicht in kleineren Städten abgesetzt werden kann, zu sagen, dafs sie nach Hannover, Bremen, Minden, aber auch nach Sachsen, Westfalen oder Rheinland versandt wird. Mastkälber und Mastvieh gehen nach Hannover, Bremen, Westfalen, auch nach Braunschweig und Magdeburg. Das aufgezogene Jungvieh verläfst nur wenig das Land und wird teils nach Westfalen, teils nach Sachsen, Braunschweig etc. versandt.

Bezüglich der übrigen Hauptvereine müssen wir uns sehr kurz fassen.

In Hildesheim ist die Viehhaltung letzte Zeit zweifellos eine bessere geworden. Importiert wurden Ostfriesen, Oldenburger, Wesermarschvieh, Holländer, Allgäuer.

Im Hauptverein Göttingen prävaliert das Höhenvieh. Die Ausstellungen zeigen ein reges Interesse für Hebung der Rindviehzucht. Nach Schätzungen besteht der Viehstand aus 55 % reiner Höhenrasse (davon 35 % Harzer, 20 % Glaner, Franken etc.), 30 % sogenanntem Landvieh (Kreuzung des alten Landschlages mit Höhenrassen) und nur 15 % Niederungsvieh.

Im Hauptvereinsbezirke Lüneburg hob sich im Jahre 1882 nach dem Futtermangel der vorhergegangenen Jahre und Reduktion des Rindviehs wieder die Nachfrage danach. Auch hier wurde Zuchtvieh aus Holland, Ostfriesland und der Wesermarsch eingeführt.

Im Hauptverein von Bremervörde ist aufserdem sehr viel Shorthornblut bereits eingemischt und vertreten. Das Fettvieh wird

meist durch Händler aufgekauft und nach den zunächst liegenden Handels- und Hafenplätzen: Bremerhafen, Geestemünde, Cuxhaven, Hamburg, aber auch nach Hannover und Berlin abgesetzt. Genossenschaftliche Molkereien bestehen hier keine, die meisten Berichte halten dieselben für nicht ausführbar und unnötig.

Die Fütterung besteht in den Marschen während des Sommers in Weidegang, in der übrigen Zeit Stallfütterung. In der Geest besteht dieselbe Einrichtung, reine oder geteilte Stallfütterung ist seltener. Besonders die Winterfütterung hat sich gegen früher schon vielfach gebessert. Die Kälbermast ist ziemlich bedeutend in den Vereinsbezirken Buxtehude, Harsefeld, Zeven, Rotenburg und Achim, Bremervörde, Verden und Hayen. Untergeordneter in den Elb-, Ost- und unteren Wesermarschen, weil die jungen Kälber gleich gut verwertet werden können.

Der Hauptverein Osnabrück konstatiert die Förderung der Viehzucht in seinem Bezirke. Der Bezirk eignet sich unverkennbar sehr zu Viehzucht, wenn auch andererseits die vielen kleinen Besitzungen, vor allen aber die vielen kleinen Pachtungen und der Umstand, dafs die meisten Viehbesitzer Heuerlinge sind, es sehr erschweren eine genügende Anzahl von Bullen zu halten. Die grasreichen und graswüchsigen Gegenden der Haasenniederung geben reichliche Möglichkeit für Fettweiden.

Ebenso geeignet ist der Hauptvereinsbezirk Arenberg-Meppen wegen der günstigen Wiesen- und Weideverhältnisse und wegen der Leichtigkeit, mit welcher gute Zuchttiere aus den benachbarten Gegenden mit gehobener Rindviehzucht, namentlich aus Ostfriesland und Holland zu beziehen sind, der Entwickelung der Rindviehzucht sehr günstig. Auch hier hat der Futtermangel vorhergehender Jahre zu Reduktionen geführt. Der Export an Zuchtvieh richtet sich vorwiegend nach den Rheinlanden und Westfalen und ein Fortschritt auf dem ganzen Gebiete der Rindviehhaltung wird hier, sowie im achten Hauptvereinsbezirke Ostfriesland ausdrücklich anerkannt.

Resümieren wir, so ergibt sich als Hauptursache der Rindviehabnahme in Hannover die Reihe schlechter Jahre und Futtermangel in dem betreffenden Decennium, die vorwiegend bei den Milchkühen zum Ausdruck komt.

Die Mast ist besonders infolge der Lage der Konjunkturen im Zunehmen begriffen, allein rentabler erscheint noch der Absatz oder die Mast von Kälbern, eine Nebenursache für den Rückgang des Jungviehs. So sehr die qualitativen Fortschritte gerade in Han-

nover anerkannt werden, so liegt doch in der Abnahme des Muttermaterials ein grofser Verlust für die Zukunft, der durch grofse Schwere oder andere Momente nicht aufgewogen werden kann.

Schweine.

Vorerst sei die prozentische Gruppierung der von der Statistik gemachten Einteilung gegeben. Es betrugen in

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Hannover (nebst beide Lippe)	76,4	23,6	42,0
Deutschen Reiche	77,5	22,5	41,8

Die Differenzen sind also unwesentlich, wir haben uns deshalb vorwiegend mit der grofsen Vermehrung und Verbesserung dieser Viehgattung an sich zu beschäftigen. So betonen auch sämtliche Berichte der Hauptvereine, soweit sich dieselben auf Schweinezucht erstrecken, den Wert, welcher durch Zufuhr englischer Zuchteber der hiesigen Schweinezucht geleistet worden ist; nur der Bericht der Landdrostei Aurich bedauert, dafs besagte Zuchtrichtung noch nicht in genügendem Umfange durchgeführt wird[1]).

Ganz ausdrücklich schreibt der Bericht von Bremervörde: „Die Schweinezucht ist in den meisten Bezirken — abgesehen von der Marsch — bedeutend und hebt sich in erfreulicher Weise immer mehr. Das eigentliche reine Landschwein ist sehr wenig mehr vorhanden, dieses ist durchwegs mit der grofsen Yorkshire-Rasse gekreuzt; oder es wird auch wohl letztere rein gezüchtet. In den Bezirken mit starker Züchtung werden die gemästeten Ferkel meist in dem Alter von 2—6 Monaten an Händler verkauft, die sie nach Bremen und Hamburg, vorzugsweise aber nach der Rheingegend bringen. „Es wird von vielen Vereinen hervorgehoben, dafs dieser Zweig der Viehzucht in den letzten Jahren durchweg der rentabelste gewesen sei.“ Ähnliches bestätigt der Zentralvereinsbezirk vom

[1]) Jahresbericht des Zentralvereins für die Provinz Hannover pro 1881 S. 209 u. flg.

Jahre 1883 [1]). „Im gröfsten Teile des Landes wird der Schweinezucht ein sehr grofses Interesse gewidmet. Dasselbe erstreckt sich überall auf Verbesserung der Rassen durch Zuführung englischen Blutes, bekundet sich aufserdem aber vielfach durch Vermehrung des Bestandes. Letzteres läfst sich allerdings nicht auf den Bezirk des Hauptvereins Göttingen beziehen. Dort nimmt die Zucht der Schweine in dem Mafse ab, als Mangel an Weideplätzen durch die vorschreitende Verkoppelung erfolgt, so dafs die Haltung von Zuchtsauen demnächst voraussichtlich mehr auf gröfsere Güter und Höfe sich zu beschränken haben wird" [2]).

Die Hauptrichtung der Schweinezucht ist auf den Verkauf von Saugferkeln gelenkt, aber auch mit Schweinemast beschäftigt man sich bedeutend. Der Schweinehandel ist besonders von grofser Bedeutung für die Landdrosteibezirke Lüneburg, Hannover und Osnabrück [3]). Der Bericht des Hauptvereins Hannover schreibt diesen Umstand hauptsächlich der Zollreform zu, „welche nach Wiederbelebung der Industrie die Absatzgebiete mehr konsumptionsfähig gemacht und die amerikanische Einfuhr gemindert hat. Jedoch hat auch der niedere Preis der Kartoffeln viele Landwirte veranlafst, magere Schweine anzukaufen und in Mast zu nehmen." Der Schweinehandel ging vorwiegend in die Städte Hamburg, Hannover, Berlin und Braunschweig [4]).

Abgesehen von den allgemeinen Konjunkturen, welche im ganzen Reiche Ursache der grofsen Schweinevermehrung waren, kommt für Hannover noch hinzu, dafs sich der Futtermangel, wie er den übrigen Viehgattungen empfindlich werden mufste, bei Schweinen, für die von Feldfrüchten besonders Kartoffeln in Betracht kommen, gar nicht eigentlich einstellte und auf die Weise die Schweinezucht ein ganz besonders willkommener Ersatz für die Reduktion des übrigen Nutzviehs wurde. Unterstützt wurde diese Tendenz in hervorragender Weise durch die äufserst günstigen Absatzbedingungen der Provinz.

Schafe und Ziegen.

Wir führen sofort die qualitativen Verschiedenheiten der Schafhaltung, wie sie durch die Zählung ermittelt wurden, an.

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 178 u. flg.
[2]) Vergl. auch Bericht pro 1883 S. 184 bis 186.
[3]) Siehe Bericht des Zentralvereins pro 1882 S. 78.
[4]) Bericht des Zentralvereins pro 1883 S. 39.

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	115 696	118 040	1 686 785
1883	42 767	162 822	1 340 945
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Hannover (nebst beiden Lippe)	2,8	10,5	86,7
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Hannover (nebst beiden Lippe)	— 63,0	+ 37,9	— 20,5
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

Die Abnahme der Schafe in Hannover hat sich etwas unter dem Reichsmittel gehalten und bezüglich der einzelnen Qualitäten sehen wir eine ganz nennenswerte Steigerung der Fleischschafe. Dies, sowie die überaus grofse Abnahme der feinen Wollschafe im Verhältnis zu den Landschafen erklärt sich aus provinziellen Verhältnissen, die wir in ihren letzten Gestaltungen aus den Berichten des Zentralvereins uns vergegenwärtigen wollen. Schon die absoluten Zahlen weisen auf die grofse Verbreitung der Landschafe hin. Es ist das das deutsche Schaf oder sog. Leineschaf, welches rein erhalten in den Landdrosteibezirken Hildesheim, Hannover und Lüneburg vorkommt[1]).

Die Berichte fahren unter anderem fort: Hier gewinnt übrigens die Verbesserung dieser Rasse durch Zuführung von englischem Blut immer mehr Liebhaber. Anderseits werden Leine-Zuchtschafe, insbesondere Bocklämmer, aus der Umgebung von Mandelsloh nach der Gegend von Uelzen ausgeführt. Im Göttingen-Grubenhagenschen legt man auf die Fleischzucht entschieden mehr Gewicht. Im Hauptvereinsbezirke Bremervörde hat bei der Schafabnahme die Haidschnucke relativ am wenigsten eingebüfst. In Ostfriesland wird hoher Wert gelegt auf das genügsame ostfriesische Milchschaf, welches neuerdings nicht nur nach anderen deutschen Bezirken, sondern auch nach dem Auslande exportiert wird.

Im Bezirke Aurich werden diese Tiere überwiegend im Besitze

[1]) Nach dem Jahresbericht des Zentralvereins pro 1881 S. 208 u. flg.

kleiner Leute und nur in geringer Zahl gehalten. In Hannover hat auch die Lupinose Opfer gefordert, besonders im Vereinsbezirke Uchte.

Ueber die Schafzucht Ostfrieslands findet sich eine Schilderung in einem Berichte des dortigen Hauptvereins [1]). Wie in früheren Zeiten wird wieder einmal das ostfriesische Milchschaf als nützlichstes Haustier des kleinen Mannes nach den verschiedensten Gegenden nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes exportiert. Es unterliegt keinem Zweifel, dafs dieses Tier für seine eigne Heimat von der gröfsten Bedeutung ist. Nach der Zählung vom 10. Jänner 1873 waren in Ostfriesland 67 968 Schafe, dagegen nur 2574 Ziegen.

Der gröfste Teil dieser über ganz Ostfriesland verbreiteten Schafe, sicher 60 000 Stück, sind Milchschafe, da Wollschafe (Haidschnucken) und Fleischschafe (Kreuzung des ostfriesischen Schafes mit englischen Fleischschafen) nur in verschiedenem Umfange gehalten werden. Die Zucht des Milchschafes wird in seiner Heimat sowohl von den Bauern, wie vom kleinen Manne betrieben; sie bildet für den letzteren eine ergiebige Einnahmequelle. Auf den meisten Bauernhöfen werden 2—4 Milchschafe gehalten, aufserdem wird den Knechten und Tagelöhnern nicht selten die Weide für Milchschafe oder deren Lämmer eingeräumt. Das ostfriesische Milchschaf ist ausgezeichnet durch seine Abhärtung, seinen Wollreichtum, seine Milchergiebigkeit und seine Frühreife [2]). Sommer und Winter geht das Tier auf die Weide, wird nur während des kältesten Teiles des Winters, wenn hoher Schnee das Hervorscharren des Futters unmöglich macht, zeitweilig Tage auf dem Stalle gehalten. Seine lange schlichte Wolle läfst es die Unbilden der Witterung leicht überstehen. Die Wolle ist ausgezeichnet durch ihre Haltbarkeit und ihren Glanz und wird zum gröfsten Teile im Lande selbst zu Strumpfwaren verarbeitet. Drei Lämmer rechnet man in der Regel von einem Mutterschaf, doch sind Vierlinge, ja Fünflinge nicht selten. Die Milchergiebigkeit des Tieres ist in erster Reihe von seiner Ernährung abhängig; bei kräftigem Futter wird man von einem Schaf, das etwa 60—70 kg wiegt, während der ersten 3 Monate nach dem Lammen täglich 3—4 Liter fettreiche Milch erwarten dürfen, die bis Ausgang Dezember völlig versiegt".

---

[1]) Bericht pro 1882 S. 174 u. flg.

[2]) Die Frühreife dürfte mit der der englischen Fleischschafe nicht zu vergleichen sein. (Der Verfasser.)

Nach dem Berichte von Bremervörde beschränkt sich in der Marsch die Schafzucht auf das Halten von einigen Hausschafen, namentlich bei „kleinen Leuten“, die sie als Milchschafe benutzen und den Ziegen vorziehen, weil sie gleichzeitig den Ertrag von der Wolle und besseres Fleisch haben. In den einzelnen Vereinsbezirken werden gehalten Geestschafe, Haidschnucken, das rheinische Schaf, sowie Kreuzungen davon.

Der Hauptverein Hildesheim weist darauf hin, daſs bei der Züchtung vorwiegend englisches Blut bevorzugt wird, namentlich Oxfordshire. Die Lämmermast sei hier im Aufschwunge, wie denn überhaupt fettes hiesiges Schafvieh zu den vornehmsten landwirtschaftlichen Exportartikeln zu rechnen sei. Eine einzelne Firma gibt an, daſs sie im Jahre 1882 aus dem hiesigen Bezirke allein 30 000 Hammel, Schafe und Lämmer an den Markt in Belgien, Holland, England und Frankreich gebracht habe. In einzelnen Wirtschaften, die sich auf Ankauf von Magervieh zum Zwecke der Mästung beschränken, wird zwei- auch dreimal umgesetzt. Angesichts der mehr platzgreifenden Züchtung in genanntem Sinne ist auch der Transport von englischen Fleischböcken lebhafter.

In gleichem Sinne äuſsert sich der Hauptverein Göttingen, daſs die Richtung auf Fleischzucht immer mehr in den Vordergrund tritt.

Nach den Lüneburger Hauptvereinsberichten verliert auch die Haidschnucke dadurch mehr und mehr an Boden, daſs häufig Kreuzungen mit englischen Böcken in Angriff genommen werden.

Der Jahresbericht des Zentralvereins pro 1883 [1]) enthält gleichfalls manches zum Verständnis der Zahlen Charakteristisches, von dem wir einiges wiederzugeben für wichtig halten. Nach dem Hauptvereine Göttingen-Grubenhagen konnten sich die englischen Kreuzungen nur auf den gröſseren Gütern, die Mastung treiben, Anklang verschaffen, sonst herrscht die Befürchtung vor bei den bäuerlichen Besitzern, daſs die Widerstandsfähigkeit des Leineschafes gegen klimatische Einflüsse durch Kreuzungen zu sehr beeinträchtigt wird. Im Hildesheimschen erstreckt sich die Schafzucht fast nur auf gröſsere Güter, welche englische Fleischschafe gekreuzt oder rein halten.

Die Schnuckenhaltung mit eigener Aufzucht sei im Hauptvereinsbezirke Hannover deshalb im Abnehmen begriffen, weil die

[1]) Bericht pro 1883 S. 182 u. flg.

für die ganzjährige Haltung erforderlichen ausgedehnten Haideweiden fehlen. Es werden jetzt vielmehr aus dem Oldenburgschen zeitig im Frühling Schnucken in grofsen Mengen eingeführt und ein- oder zweimal im Laufe des Sommers umgesetzt, bezw. als Schlachtvieh verkauft. Obgleich nun die Nähe der Köln-Hamburger Bahn den Absatz für einen grofsen Teil der Geest bedeutend erleichtert, so wird speziell bei dem jetzigen hohen Preise des Magerviehes ein geringer Gewinn erzielt. Für viele Bauern seien aber die Schafe als Düngererzeuger nicht zu entbehren. In vielen Bezirken wird die Reduktion der Schafe als Folge der Markeinteilungen teilweise bezeichnet.

Wenn wir nun einen Blick auf die ganze Schafhaltung Hannovers zurückwerfen, so müssen wir nach Gegebenem ganz besonders darauf aufmerksam machen, dafs bei der raschen Zunahme der Zucht auf Fleischnutzung in dieser Provinz, die sich mit einem stetig sich steigernden Umsatz im Jahre (zwei bis dreifacher Wechsel oft!) verbündet hat, die in der amtlichen Statistik zum Ausdruck gebrachte Abnahme durch die Intensitätssteigerung des Betriebes mehr als in manchen anderen Gegenden Ersatz geschaffen hat, dafs ferner die Eigentümlichkeit des heimischen Schafes, das seinem Klima so sehr entspricht, die Abnahme der hochfeinen Wollschafe weniger beklagenswert erscheinen läfst.

Zu den gemeinsamen Ursachen für Rückgang der Schafhaltung treten hier als besonders hervorgehoben Gemeinheitsteilungen hinzu.

Was die Ziegenhaltung speziell der Provinz Hannover betrifft, so war dieselbe hier nie von besonderer Bedeutung, da die Ziege vielfach durch das Milchschaf ersetzt erscheint, wenn aber dennoch eine Vermehrung, wie in allen Gebieten des Reiches, eintrat, so dürfte dies teils auf den Haushalt des Industriearbeiters, teils auf jene Gegenden, wo das Milchschaf nicht gehalten wird, zurückzuführen sein. Vermehrt wird obiges Resultat durch Addition der beiden Lippe, wo die Vermehrung der Ziegen kraft ihrer natürlichen Landesbeschaffenheit eine erheblich stärkere war.

Der Gesamteindruck und das Schlufsurteil, das aus dem Mitgeteilten bezüglich der gesamten Viehhaltung betrachteten Gebietes sich ergibt, dürfte sich unter Kombinierung der Berichte mit der amtlichen Statistik dahin zusammenfassen lassen, dafs ein bedeutender qualitativer und für die Landwirtschaft ein wenn auch sehr mäfsiger quantitativer Fortschritt in dem Decennium von 1873 bis 1883 stattgefunden hat, welcher sich um so wahrscheinlicher bald günstiger

gestalten wird, als die hemmenden Gründe vorwiegend vorübergehender Natur und keineswegs tiefliegend waren.

Die Resultate einer ganz speziellen Erhebung und Untersuchung, einen einzigen Kreis Hannovers betreffend, wollen wir kurz in einer Anmerkung beifügen [1]).

Schleswig-Holstein (nebst Fürstentum Lübeck).

Das Hauptergebnis der beiden letzten Viehzählungen drückt sich für diese Provinz in nachstehender Uebersicht aus:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	149 451	755 014	444 207	191 324	40 456	1 074 813
1883	161 332	745 704	327 286	276 312	46 352	1 093 372
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
1883	+ 7,9	— 1,2	— 26,3	+ 44,4	+ 14,6	+ 1,7
	Prozentuale Zu- oder Abnahme im Deutschen Reiche.					
1883	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,8	+ 1,0

---

[1]) Für den Kreis Göttingen fanden ganz spezielle landwirtschaftlich-statistische Erhebungen in den Jahren 1875 und 1884 statt, deren Ergebnisse von G. Drechsler in einer Broschüre veröffentlicht wurden: „Die Verteilung des Grundbesitzes und der Viehhaltung im Bezirke des landwirtschaftlichen Kreisvereins Göttingen, auf Grund der vom Vereinvsorstande unter Beihilfe des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domainen und Forsten im Jahre 1884 ausgeführten statistischen Ermittelungen".

Die wirtschaftlichen Veränderungen, die sich in diesem Zeitraume vollzogen, sind hier kurz zusammengestellt:

1) Die durchschnittliche Gröfse der Wirtschaften in den verschiedenen Gröfsenkategorien ist nur ausnahmsweise gestiegen, in der Regel gesunken. 2) Das Wiesenareal hat sich im Verhältnis zum Ackerlande in einigen Fällen vergröfsert, in der Regel hat es sich nicht erheblich verändert. 3) Das Areal an Pachtland hat erheblich abgenommen. 4) Infolge von 12 Verkoppelungen ist eine Ersparung von Gespannkräften eingetreten. 5) Infolge der Verkoppelungen und der Beteiligung einer grofsen Anzahl von Wirtschaften am Rübenbau hat sich der Betrieb wesentlich geändert. Die Haltung von Arbeitsochsen und Arbeitskühen hat zugenommen. Die Füllenzucht hat sich vermindert, aber ihr Gewicht ist gestiegen. Die Zahl der Schafe hat sich erheblich vermindert, ebenso die Zahl der Ziegen und Gänse. Als Ersatz hat die Schweinezucht und Mast namentlich in kleineren Wirtschaften an Bedeutung zugenommen.

Der gesamte reduzierte Viehstand dieses für Viehzucht so glücklich angelegten Gebietes ergab also eine etwas stärkere Zunahme, als das ganze Reich aufzuweisen hatte. Die Vorteile, welche von Seite der Natur diesem Territorium gespendet werden, liegen zunächst im Klima [1]). Dasselbe ist eine Folge der Lage zwischen zwei Meeren. Die Jahreszeiten haben keinen so bestimmten Charakter, als in den anderen Landesteilen, doch pflegt der Herbst die beständigere schönere Jahreszeit zu sein. Der Winter ist nicht so strenge als in den anderen Provinzen Preufsens, weil die Meeresdünstungen, vom Winde über das ganze Land verbreitet, die Kälte mildern, im Sommer dagegen der grofsen Hitze entgegenarbeiten. Es sind hiermit die günstigsten Bedingungen für den Bau der Futterpflanzen gegeben.

Der zweite wichtige Faktor, der in Rücksicht zu ziehen wäre, ist der Boden [2]).

Die Herzogtümer zerfallen in 3 Teile, welche sich hinsichtlich der geognostischen Bildung der natürlichen Beschaffenheit des Bodens und der Höhe und Form der Oberfläche genau voneinander unterscheiden. Der eine Teil begreift das fruchtbare Geestland (hohes trockenes Land), an der Ostsee sich fortziehend; der zweite Teil umfafst die unfruchtbare Geest, welche, von Süden nach Norden durch die Mitte des ganzen Landes sich verbreitend, zum gröfseren Teile aus sandigem Lande, grofsen Heidestrecken und Torfmoren besteht und den wirtschaftlichen Beziehungen des Land- und Forstmannes mehr oder weniger unüberwindliche Hindernisse entgegenstellt. Der dritte Teil bildet das fruchtbare Marschland an der Westküste.

Die Charakteristik dieser drei Landstrecken möge sich hier auf das äufserste beschränken:

1. Das östliche Geestland unterscheidet sich von dem mittleren Geestlande nicht allein durch seine gröfsere Fruchtbarkeit, sondern auch durch seine äufsere Gestalt. Es besteht meistens aus ziemlich hohen, sonst gerundeten Hügeln, welche, in allen möglichen Richtungen nebeneinander fortlaufend, nicht sowohl durch in die Länge sich ziehende Thäler: als durch kesselförmige Vertiefungen vonein-

---

[1]) Vergl.: Festgabe für die Mitglieder der III. Versammlung deutscher Land- und Forstwirte. Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Statistik der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Altona, 1847, S. 2 flg.

[2]) Nachfolgendes ist zum Teil wörtlich entnommen zitierter Festgabe Kap. III Geognostische Beschaffenheit und natürliche Einteilung des Landes im allgemeinen,

ander getrennt sind. Oft sind diese hügelweisen Äste von dem Hauptrücken des Landes, der sich, namentlich im Herzogtum Schleswig, in den mannichfaltigsten Windungen um die östlichen Meeresbuchten hinzieht, in Holstein dagegen sich nach der Mitte des Landes hin erstreckt, bei Bornhöved eine Hochebene bildend, der die meisten Gewässer Holsteins entspringen.

Der ganze östliche Geestboden ist vom Delivium gebildet, und nur bei einigen Punkten bei Segeberg ragt das anstehende Gebirge hervor.

Die Küstengebiete, sowie die Thaleinschlüsse, Wasserrisse und Schluchten von geringer Tiefe werden vom Alluvium gebildet[1]).

Als das ausgezeichnetste Diluvialgebilde ist der Lehm anzuführen, welcher mit überwiegendem Thongehalt im östlichen Teile der Provinz vorherrscht, und je näher der Ostsee, desto fetter und fruchtbarer gewöhnlich gefunden wird. Die sanften Abdachungen der Hügel sind gemeiniglich lehmhaltiger, als die Spitzen derselben, und in den Niederungen wird oft schwarze Dammerde gefunden. Der Lehm kommt in den verschiedensten Graden der Magerkeit vor und geht häufig in Lehmmergel über.

Der Boden dieses östlichen Teiles der Provinz wird fast allgemein als guter Weizenboden erkannt, ist vorzüglich graswüchsig und trägt das schönste Laubholz.

2. Der mittlere Landesteil, gröfstenteils noch aus Heiden bestehend, ist an seiner östlichen Grenze am erhabensten und verflacht sich nach Westen zu allmählich in eine weit ausgedehnte Ebene, die häufiger von Moorgründen, als von Höhen durchschnitten wird. Manches hinsichtlich Formation mit dem Boden der östlichen Geest gemein habend, geht der Lehm meist in Sand, die fruchtbaren, Dammerde enthaltenden Niederungen des Ostens in Möre über. Der Sand ist nur ausnahmsweise rein und weifs, sondern in der Regel grobkörnig, eisenschüssig und etwas gelblich gefärbt, er geht häufig in Grand und Grufs und durch Aufnahme von Kalk in Sandmergel, von Thon in „thönigten" Sand über. Meistens zieht sich aber unter der Oberfläche die Fuchserde, Ahl- oder Stückerde fort, welche sowohl der Getreide- als Holzkultur hindernd entgegentritt.

Das wichtigste Alluvialgebilde dieser Gegend ist der Torf, welcher „Möre" von grofser Ausdehnung dort bildet; er füllt viele Thäler und wird auch auf den Höhen in Vertiefungen gefunden, wo der

[1]) Vergl. Meitzens Atlas Tafel III.

Abfluſs des Wassers sistiert. Man findet ihn bis zur Tiefe von 60 Fuſs. Raseneisen wird in den moorigen, sumpfigen Gegenden teilweise in sehr groſser Menge gefunden. Der zum Ackerbau benutzte Boden wird zum Teil als guter Buchweizenboden bezeichnet.

3. Die Westseite der Provinz besteht mit wenigen Ausnahmen aus Marschland, welches sich unmittelbar an den sandigen und moorigen Geestrand anschlieſst.

Die Grundbeschaffenheit der ganzen Marsch macht den Klei aus. Je weniger Sand demselben beigemischt ist, desto schwerer und fruchtbarer ist die Marsch, je mehr Sand, desto geringer. Zuweilen findet sich aber auch in dem Klei der sogenannte Stört, welcher der Vegetation sehr hinderlich ist. Diese Gebiete der Marschen bilden die fruchtbarsten Getreidefluren, welche der Norden überhaupt besitzt und werden durch Deiche vor dem Andringen des Meeres geschützt.

Die Benutzung dieser Flächen sei nach der letzten Aufnahme im Jahre 1883 in Prozenten der Gesamtfläche angegeben.

Es entfielen in:

	Acker, Garten, Weinberge	Wiesen	Weiden etc.
Schleswig-Holstein[1])	58,3	10,8	17,7
Deutschland	48,7	10,9	9,4

Die Benutzung der Ackerfläche betrug in Prozenten in demselben Jahre:

	Getreide	Hackfrüchte	Handelsgewächse	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Schleswig-Holstein[1])	48,1	3,8	1,0	6,2	39,7
Deutschland	60,1	15,1	1,3	9,2	12,7

Trotz der groſsen Ackerfläche, welche in obigen Prozentzahlen ausgewiesen ist, ist doch aus ihnen das Zurücktreten des Ackerbaues gegenüber der Viehzucht herauszulesen. Die hohe Wiesenzahl, besonders aber der Weidenreichtum bieten hierzu die beste Grundlage. Der Futterpflanzenbau erreicht zwar nicht das Reichsmittel, dieser wird aber ersetzt durch die Rubrik „Ackerweide und Brache“, welche in Schleswig vorherrschend den Charakter der

[1]) Für das Fürstentum Lübeck stehen uns die Zahlen nicht zur Verfügung.

ersten trägt. Mit Rücksicht auf das Zurücktreten der Stallfütterung und eines allgemeinen Weideganges, erscheint der Futterbau noch sehr bedeutend. Die ganze Intensität der Wirtschaft hat sich in Schleswig-Holstein so sehr auf Viehzucht konzentriert, dafs z. B. dem Hackfruchtbau noch minimale Aufmerksamkeit zugewendet wird, und dies erst in letzter Zeit.

Allerdings ist auch das Klima dem Hackfruchtbau in mancher Beziehung ungünstig; an Zuckerfabriken bestanden bis 1883 drei[1]) im Lande und sind dieselben nicht ohne Einflufs auf das Wirtschaftssystem geblieben. In leichteren Gegenden hat man wohl auch das Augenmerk auf Anlage von Stärkefabriken gerichtet, dabei allerdings vorausgesetzt, dafs der Kartoffelbau für die Provinz ein sicherer sei, als er sich im allgemeinen seit Jahren gezeigt hat[2]). So bleibt die Nutzung des Bodens durch Anbau von Korn und Futter noch die Regel[3]): „Sommerliche Stallfütterung ist nur vereinzelt durchgeführt. In einzelnen Marschdistrikten im Westen der Provinz dient der weit überwiegende Teil des Landes der Gräsung des Viehs, während der Ackerbau mehr zurücktritt. Eine Abweichung sehen wir vornehmlich dort, wo der Zuckerrübenbau Eingang gefunden hat, in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen. In gleicher Weise wird auch der Ackerbau im östlichen Holstein beeinflufst durch die soeben genannte Frucht, welche für die im Laufe dieses Jahres in Betrieb gekommene Zuckerfabrik Ahrensbök in einer Anzahl von Wirtschaften kultiviert wird. Wo dieses der Fall, da sehen wir das bisher übliche Wirtschaftssystem vielfach ins Wanken kommen, ersetzt durch eine Fruchtwechselwirtschaft."

Immerhin ist es aber zweifelhaft, ob der Zuckerrübenbau eine rasche Verbreitung gewinnen wird, da mit dem Einflufs des Klimas auf den Zuckergehalt sehr zu rechnen sein wird. „In gröfserer Ausdehnung wie bisher — fährt der Bericht fort — wird im Laufe der letzten Jahre die Futterrübe angebaut, nachdem man mehr und mehr die Vorteile erkannt und die Bedenken geschwunden sind, die man bei stärkerer Verabreichung an die Kühe im Hinblick auf die Qualität der Butter glaubte hegen zu müssen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung erscheint ferner das erwachte Bestreben der

[1]) Jahresbericht der ausführenden Direktion des Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Generalvereins pro 1883 S. 53.

[2]) Bericht pro 1881 S. 34.

[3]) Bericht pro 1883 S. 42 u. flg.

Landwirte, der Ansamung und Unterhaltung der Ackerweiden eine vermehrte Sorgfalt zuzuwenden."

Den günstigen Einflüssen, welche Klima und Bodenverhältnisse auf den Betrieb der Viehhaltung ausüben, gesellen sich in Schleswig-Holstein die günstigen Markt- und Handelsverhältnisse für animale Waren hinzu. Für Vieh und Fleisch ist vorwiegend England von eminenter Bedeutung für die Provinz, während die Butter Holsteins auf dem ganzen Weltmarkte erscheint.

Aber in diesen vorteilhaften Bedingungen traten während des Dezennium öfter Veränderungen ein, welche auf die Entwickelung der Viehzucht nicht ohne Rückwirkung bleiben konnten.

Wir führen als Beleg hierfür einen Passus eines Jahresberichtes [1]) an: „Während den Viehmästern der Provinz die Beschickung des Islington Viehmarktes seit Jahren nicht mehr gestattet ist, hat England sofort nach dem Auftreten der Rinderpest in Schlesien auch den Versandt nach dem Markte in Deptfort untersagt. Auch durch das im Juli vorigen Jahres erfolgte Verbot der Einfuhr von Vieh aus Dänemark wurde den Mästern Sorge bereitet. Die Lage der Fettgräser in den Marschen war schon seit mehreren Jahren eine wenig erfreuliche, teils wegen der dem Export nach England bereiteten Erschwerung, teils wegen der hohen Preise des Magerviehs." Erst im Jahre 1882 wurde der Viehexport nach England wieder gestattet, betreffs dessen man aus Eiderstedt[2]) schreibt: „Die Ungunst der Witterung des Jahres 1881 für die Weidewirtschaft, im Verein mit einer Überfüllung des englischen Marktes durch amerikanisches Vieh, hatte für unsere geringe Qualität des genannten Jahres ein bedeutendes Heruntergehen der Preise im Gefolge, so dafs Verluste für die Gräser stattfanden, die in verschiedenen Fällen ans Fabelhafte grenzten."

Über die grofse starke Ausfuhr nach England führen wir als Beispiel den Export pro 1882 von Tönning nach London an, welcher 29881 Stück Rinder und 46216 Schafe betrug, im Vergleich zum Vorjahre 5379 Stück Rinder und 2080 Schafe mehr.

Über den Export des Angler Viehes im Jahre 1881 berichten die Vorsitzenden des Vereins an der Schlei und des Angler landwirtschaftlichen Vereins, dafs durch das abseiten Dänemarks erlassene Verbot der Vieheinfuhr und durch den schlechten Ausfall

[1]) Jahresbericht des Generalvereins pro 1881 S. 14.
[2]) Jahresbericht des Generalvereins pro 1882 S. 12 u. flg.

der Ernte die Preise im Herbste bedeutend zurückgegangen seien. Wegen des letzten Umstandes seien Hannover und Mecklenburg nicht als Käufer aufgetreten; dagegen Schweden, Sachsen, Ostpreufsen, Westfalen, auch Rufsland, Pommern, Westpreufsen und Schlesien [1]).

Wir haben mit Gegebenem die Fundamente gekennzeichnet, auf welchen die Viehzucht Schleswig-Holsteins erstarkt ist. Diese Faktoren waren von jeher von Einflufs, und läfst sich dieser weit zurück in der Viehstatistik beobachten. In Relation zur Einwohnerzahl nahm seit jeher diese Provinz die erste, oder doch eine der ersten Stellen ein. Im Verhältnis zur Fläche bedingt die Weidewirtschaft eine relativ geringere Dichte. Im Jahre 1883 entfielen an reduziertem Rindvieh:

	auf 100 Einwohner	auf 1 □km landw. Fläche
Schleswig-Holstein (nebst Fürstentum Lübeck)	94,4	68,1
Deutschland	55,8	69,9

In Bezug auf die Einwohnerzahl wird die Provinz unter den Gebieten des Deutschen Reiches blofs von Mecklenburg und Herzogtum Oldenburg überragt.

Es bleibt uns noch übrig, den Einflufs der Qualitätsverschiebung auf den Gewinn in der Viehhaltung in angeschlossener Berechnung vor die Augen zu führen:

		Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+	11 881	×	633	=	7 520 673
Schweine	+	84 988	×	83	=	7 054 004
Ziegen	+	5 896	×	15	=	88 440
						14 663 117
Rinder	—	9 310	×	206	=	1 917 860
Schafe	—	116 921	×	36	=	4 209 156
					+	8 536 101 ℳ

Die Schweinevermehrung erscheint als eine so bedeutende, dafs durch sie das Minus an Rindern und Schafen aufgewogen wird. Der Wert der Nutzviehhaltung (also die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde nicht berücksichtigt) hat durch diese Veränderungen

[1]) Jahresbericht des Generalvereins pro 1882 S. 13.

ohne Rücksicht auf Preis oder Qualitätssteigerung eine namhafte Erhöhung erfahren.

Unter den Ursachen dieser günstigen Entwickelung der Viehhaltung überhaupt haben wir die wichtigsten natürlichen Bedingungen für Gedeihen derselben bereits hervorgehoben, allein gerade für diese Provinz darf noch besonders als ein gewisses unterscheidendes Moment auf das hohe Verständnis der Bevölkerung für diesen Beruf hingewiesen werden, es darf die Lust und Liebe zur Sache, die grofse Reinlichkeit und Sorgfalt hierbei ausdrücklich in den Vordergrund gestellt werden.

Der Bericht pro 1883 erwähnt: „Der Umstand, dafs, dank den natürlichen Verhältnissen, die Viehwirtschaft im Laufe der Zeit eine so hervorragende Stelle im landwirtschaftlichen Betriebe der Provinz errungen, hat bewirkt, dafs ein gröfseres Verständnis für den Betrieb und die Handhabung der Viehwirtschaft unter den Landwirten sich herausgebildet hat. Sowohl die vielen Pferde- und Viehbesitzern eignen und genauen Kenntnisse vom Exterieur, als auch ihr Verständnis für die Bedingungen und Bedürfnisse einer gedeihlichen Züchtung erklären es, dafs die überall erwachten Bestrebungen, rationelleren Grundsätzen bei der Züchtung und gesamten Viehwirtschaft Geltung zu verschaffen, gerade in der hiesigen Provinz so viele warme Fürsprecher und energische Förderer gefunden haben“ [1]).

Eine Verkoppelung hat in Schleswig-Holstein auf die Verminderung der Viehhaltung keinen Einflufs nehmen können, denn auf eine Anfrage der königlichen Generalkommission in Hannover stellten die meisten von Seite der Spezialvereine eingelaufenen Antworten das Bedürfnis der Zusammenlegung überhaupt in Abrede und dieser Auffassung mufs beigepflichtet werden, fährt der Generalbericht fort. „Die Aufteilung hat im wesentlichen in der Provinz bereits vor 100 Jahren stattgefunden; auf eine besondere Arrondierung ist schon damals gesehen worden, und die in einem grofsen Teile des Landes herrschende Unteilbarkeit der Stellen hat vor der Zersplitterung des Grundbesitzes geschützt. Es hat weder eine starke Zerstückelung, noch eine die Wirtschaft erschwerende Gemonplage eintreten können. Aus diesen Gründen wird von der Verkoppelung nur ausnahmsweise hier und da, wo eine stärkere Zersplitterung eingetreten ist, Gebrauch gemacht werden, und zwar

[1]) Bericht pro 1883 S. 45.

wird in umfassender Weise die Verkoppelung nicht vorgenommen werden, weil die Drainage auch ohne dieselbe den erfreulichsten Fortgang in der Provinz hat haben können und gehabt hat, und weil die Gräben in den Marschen, die Knicke auf der Geest eine Begrenzung der Grundstücke bilden, welche nur mit sehr grofsen Kosten und Wirtschaftsstörungen geändert werden kann."

Spezielle provinzielle Gründe für die Ab- und Zunahme der einen oder anderen Viehgattung werden sich mit Rücksicht so durchgreifender Einflüsse wohl wenige ergeben.

Pferde.

Die amtlichen Zahlen für die Altersgruppen werden hier mit vorangestellt:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	8 402	6 831	6 252	127 966	
1883	13 158	11 304	8 868	128 002	11 111
	Hiervon die prozentualen Gröfsen.				
1873	5,6	4,6	4,2	85,6	
1883	8,2	7,0	5,5	79,3	6,9
	Dieselben im Deutschen Reiche.				
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Vermehrung von Füllen und Pferden betrug nach Prozenten in:

	unter 3 Jahre alt	über 3 Jahre alt
Schleswig-Holstein nebst Fürstentum Lübeck	55,1	0,003
Deutsches Reich	24,8	2,5

Die Pferdezahl hat sich im ganzen in der Provinz etwas stärker vermehrt, als dies im Durchschnitte des Reiches der Fall war. Es erfolgte dieser Zuwachs hauptsächlich, vielfach einzig durch die vermehrte Aufzucht, da die ausgewachsenen Pferde sich in gleicher Stärke erhielten.

Die Pferdezucht Holsteins wurde hauptsächlich durch die

günstigen Handelskonjunkturen und Absatzverhältnisse für Pferde beeinflufst, wie aus den Berichten hervorgeht, und qualitativ und insofern auch quantitativ vorteilhaft wirkte weiterhin die während dieses Dezenniums meist eingeführte Körordnung. Hiermit steht im Einklang die Vermehrung der Zuchthengste und die zahlreichere Zuführung von Stuten zu Landgestütshengsten und Privatbeschälern [1]).

Die Einfuhr von Füllen ist diesen Quellen nach gering; es geschah dies nur behufs Verbesserung der Zucht, hauptsächlich aus Oldenburg [2]).

Es dürfte auch hier die Verteilung und Bewegung der Pferde nach Verwendung am Platze sein:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
1878	432	110 976	13 448
1883	524	104 512	20 536
Ab- oder Zunahme von 1873 auf 1883.			
	+ 21,3	— 5,8	+ 52,8
Dieselbe im Deutschen Reiche.			
	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

Die Abnahme der landwirtschaftlichen Pferde hat sich hier innerhalb der normalen Grenzen gehalten, wie wir sie früher als unbedenkliche mit der Modifikation im landwirtschaftlichen Betriebe sich einstellende notwendige Folge schon gekennzeichnet haben [3]).

Die Zuchthengste bezeugen aber in ihrer Bewegung eben gesagtes. Ob die Ausdehnung der Anbaufläche für Hafer auch bei der Vermehrung der Pferde eine gewichtige Rolle spielt, lassen wir dahingestellt sein. Sie betrug von 1878 auf 1883 + 2381,4 ha.

---

[1]) Bericht pro 1881 S. 47.

[2]) Bericht pro 1883 S. 50.

[3]) Dafs der Betrieb auch in Schleswig intensiver wurde, beweisen die Anbauveränderungen von 1878 auf 1883

Kartoffeln	+	1605,8
Zuckerrüben	+	963,4
Brache	—	1474,7
Futterpflanzen	+	1854,7

nach Preufsens landwirtschaftlicher Verwaltung 1881 bis 1883 S. 5.

Rindvieh.

Wir haben hier folgende Resultate der Zählungen:

	Kälber bis 1/2 Jahr alt	Jungvieh		Rindvieh über 2 Jahre alt		
		Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	50 919	4 364	204 891	3 145	436 429	55 266
1883	58 311	3 766	187 607	5 262	426 688	64 070
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 14,5	— 13,7	— 8,4	+ 67,3	— 2,2	+ 15,9
Dieselbe im Deutschen Reiche.						
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Die Abnahme des Rindviehs ist durch die Bewegung des Jungviehs und der Kühe veranlafst, während Kälber wie Ochsen an Zahl sich vermehrten. Dieser Zahl nach geurteilt, würde dies eine Einschränkung der Milchproduktion und eine Erweiterung der Mast- und Fleischwirtschaft bedeuten.

Wir können jedenfalls nicht mit Sicherheit behaupten, dafs durch Hebung der gröfseren Leistungsfähigkeit der Kuh der Ersatz an Milch von der um 9741 Stück verminderten Anzahl Ersatz geschaffen wurde, da dieses eine Mehrleistung von etwa 0,15 l pro Tag und Stück innerhalb des Dezenniums voraussetzen würde[1]).

Einerseits haben günstige Chancen des Exportes, anderseits teilweise temporärer Futtermangel und die gröfsere Rentabilität einer anderen Richtung der Zucht die Fleischproduktion, die Kuhhaltung vermindert. Allmählich erwuchs der schleswig-holsteinischen Butter, welche auf dem Weltmarkte eine so grofse Rolle spielte und noch spielt, mehr und mehr Konkurrenz, was auch einen Druck auf die Viehhaltung ausüben mufste.

Schweine.

Unter 100 Schweinen wurden gezählt in:

[1]) Mit der Annahme des unzweifelhaft gröfseren Umsatzes auch unter den Milchkühen könnte natürlich ein sehr günstiges Resultat gefolgert werden, hierzu fehlen aber bekanntlich alle ziffermäfsigen Anhaltspunkte.

	im Alter von		Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
	unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	
Schleswig-Holstein nebst Fürstentum Lübeck	83,8	16,2	57,9
Deutsches Reich	77,5	22,5	41,3

Das Schweinevieh gewann in der Provinz nach im Eingange gegebenen Zahlen in rapider Weise Verbreitung, und zwar ganz besonders ist dies bei den Ferkeln der Fall.

In dieser Provinz, wo der Ausfall an der Futterernte deshalb empfindlicher für andere Viehgattungen wirken mufs, weil wenig Hackfutter gebaut wird und wenig als Viehnahrung dient, denn Weidegang im Sommer bildet die Regel, werden die Schweine anderseits von diesem Nachteil weniger tangiert, denn sie hängen von den Molkereirückständen und von anderweitigem Beifutter ab, von welch letzterem die Kartoffeln an Anbaufläche gewonnen haben. Weiterhin hat sich in dem uns vorschwebenden Zeitraume die Nachfrage nach Schweinen oder deren Produkten gesteigert, wie aus den Belegen des Generalvereins [1]) erhellt: „Der Schweinezucht und Mast wird im Laufe der letzten Jahre vermehrte Aufmerksamkeit zu teil, wie solches schon durch die Resultate der Viehzählung angedeutet ist. Für die einzelnen Kreise innerhalb der Provinz gestaltet sich die Zunahme recht verschieden. Die Ausdehnung der Meiereien hat naturgemäfs auch eine Erweiterung der Schweinehaltung zur Folge gehabt, durch welche der gröfste Teil der Rückstände verwertet zu werden pflegt. Es kommt ferner in Betracht, dafs die Nachfrage nach Mast- und sogenannten Sengschweinen im Laufe der letzten Jahre eine recht lebhafte gewesen ist. Erstere gehen in gröfseren Sendungen über Hamburg hinaus nach dem mittleren Deutschland, nach Holland, Belgien und England. Letztere, die Sengschweine, in einem Lebendgewicht von 130 bis 170 ℔., in einem Alter von 6 bis 9 Monaten, werden gesucht von den im Aufschwunge begriffenen, vorzugsweise für England arbeitenden Exportschlächtereien oder Salzereien in Hamburg oder einzelnen

[1]) Jahresbericht des Generalvereins pro 1883 S. 50 u. flg.

Städten unserer Provinz. Über den Umsatz am Hamburger Markt, über die Herkunft und den Verbleib der dortselbst angetriebenen Schweine sind wir in der Lage, einige Mitteilungen einschalten zu können, die einer im Landwirtschaftlichen Wochenblatte Nr. 44 enthaltenen Arbeit entstammen, welche den Absatz und die Verwertung der Schweine zum Gegenstand einer Erörterung machte:

„Dem Markte an der Sternschanze in Hamburg wurden zugeführt im Jahre 1882: 520 430 Stück Schweine, und zwar kamen von Süden, d. h. in der Richtung über den Klosterbahnhof hinaus 182 559, vom Norden her, d. h. über Altona hinaus 338 541 und zu Schiff und aus der Umgebung 7 330 Stück. Wir gewahren also, daſs der gröſste Teil vom Norden und zwar mit der Altona-Kieler Bahn kommt; der Herkunft nach stammt dieser Teil aus Dänemark, bezw. Schweden und aus unserer Provinz. Die Gesamtzahl der von Vandrup per Bahn und auf dem Seeweg über Kiel nach Hamburg gehenden Schweine belief sich im Jahre 1882 auf 258 509 Stück, so daſs 72 032 Stück für die Provinz Schleswig-Holstein in Anspruch zu nehmen sind, denen noch hinzuzurechnen sind die etwa mit der Lübecker Bahn, also „vom Süden“ kommenden Schweine aus dem südöstlichen Holstein und aus Lauenburg.

Für den Aufschwung der für London arbeitenden Exportschlächtereien sprechen die im Wachsen begriffenen Zahlen der angekauften Sengschweine im Laufe der letzten Jahre, dafür spricht ferner die Erweiterung bestehender, bezw. Errichtung einiger neuer Schlächtereien. Neben dem bekannten groſsartigen Geschäfte Korpmanns waren in Hamburg-Altona 4 Salzereien im Betriebe, im Laufe des letzten Sommers ist noch eine neue in Altona hinzugetreten, während anderseits auch die Errichtung ähnlicher, bezw. gleicher Etablissements in den Mittelstädten der Provinz im Zunehmen begriffen zu sein scheint. Neben Itzehoe und Rendsburg, d. h. neben Geschäften also, die schon seit einigen Jahren bestehen, ist nunmehr auch in der Stadt Schleswig ein solches errichtet, während ferner in Neumünster und in einem kleinen Orte Angelns ähnliche Bestrebungen verfolgt werden. Recht beachtenswert ist auch für die gesteigerte Nachfrage die Thatsache, daſs die Differenz der Preise für irländischen und Hamburger Speck in London immer mehr geschwunden ist. Während vor etlichen Jahren ersterer den letzteren um 10 bis 12 sh. per Ctr. überholte, ist diese Differenz nunmehr auf 2 bis 3 sh. zurückgegangen, dank einer den Londoner Anforderungen mehr entsprechenden Arbeit der Salzereien, dank auch dem besseren

Rohprodukt. Neben den jetzt besprochenen Sengschweinen kommen nun am Hamburger Markte, wie gesagt, besonders die für den Export im lebenden Zustande geeigneten Schweine in Betracht, oder, mit anderen Worten, unter der gröfseren, schweren Ware das Beste, Ausgeglichenste, welches die Kosten eines weiten Transportes zu tragen vermag.

Die vorstehenden Mitteilungen deuten auf recht bedeutende Nachfrage nach Schweinen hin. Thatsächlich ist Hamburg für Nordeuropa der Hauptplatz in dieser Ware; dieser Umstand scheint den zunächst wohnenden Landwirten bezw. Produzenten besondere Bedachtnahme auf thunlichste Ausnutzung dieser Verhältnisse nahe zu legen.“

Schafe und Ziegen.

An Schafen wurden bei den letzten Zählungen erhoben:

	feine Woll-Schafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	32 009	94 127	318 071
1883	17 975	85 410	223 901
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Schleswig-Holstein u. Fürstentum Lübeck	5,5	26,1	68,4
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 für			
Schleswig-Holstein u. Fürstentum Lübeck	— 43,8	— 9,3	— 29,6
Deutschland	— 33,2	— 7,2	— 18,9

In Schleswig-Holstein herrscht noch zum Termin der letzten Zählung das gewöhnliche Landschaf vor, und besonders die feinwolligen Schafe bilden einen sehr geringen Prozentsatz derselben. Unter den einheimischen Schafen sind vorwiegend die dithmarschen, die Eiderstedter und friesischen Schafe zu nennen. Eine relativ gröfsere Zahl umfassen die Fleischschafe, da diese wegen des nahen Absatzes nach England besondere Rente gewähren, wenn auch gemäfs des Weidebetriebes andere Rassen gehalten werden müssen als bei Stallfütterung und Industriebetrieb. Aus diesem Grunde herrschen die gegen Klima abgehärteteren Cotswolds und Oxfords vor

wofür eine Stelle eines Berichtes [1]) Zeugnis ablegen soll: „Gegenüber den Schweinen ist für die Schafhaltung ein recht erheblicher Rückgang zu verzeichnen, der sich gleich wie in den übrigen Provinzen durch die veränderten Konjunkturen erklären wird. Reine Wollschafe werden immer weniger gehalten, dahingegen mag die Fleischschafzucht, bezw. auch Mast von Schafen mancher Orten zugenommen haben. Daraufhin deutet die Steigerung der Exportziffer für Schafe von Tönning nach England. In den Marschen, namentlich in Eiderstedt finden sich einige Reinzuchten, welche Zuchtmaterial im Lande und auch nach auswärts zu guten Preisen verkaufen. Vornehmlich haben sich die Cotswolds und Oxfords eingeführt.“

Die Verkoppelungen waren für die Schafviehbewegung nicht von Einflufs, da, wie oben erwähnt, solche nur in äufserst beschränkter Weise zur Ausführung kamen. Wohl aber hat für manche Orte die werdende Einsicht einen Einflufs geübt, dafs auf fruchtbaren üppigen Stoppeln das Rindvieh eine bessere Rente gewähre, zumal da das Schaf mit seinem schärferen und weiter dringenden Bifs den Graswuchs mehr behindert. Ein Bericht [2]) fährt in diesem Sinne fort: „... ein Übelstand dabei ist der, dafs die Schafe, wenn sie bei beginnendem Frühjahre auf der für Rindvieh bestimmten Weide gehen, jeden aufspriefsenden Grashalm abnagen und einen reichlichen Graswuchs für die Kühe nicht aufkommen lassen; es macht sich das auf kleineren Koppeln der Bauern selbst bei einer geringen Anzahl der Schafe desselben schon recht bemerklich und sollte vermieden werden. In der Marsch jagt man die Schafe in der Zeit, wo das Gras vornehmlich wachsen soll, auf einer Koppel zusammen, und verteilt sie erst später über alle Grasfennen, während man jener abgegrasten Ruhe gönnt und sie alsdann wieder beweidet oder sie zum Mähen bestimmt.“

Die Abnahme der Schafe hat natürlich für die einzelnen so verschiedenen Teile der Provinz eine ganz andere Bedeutung, und wir können gemäfs der von uns öfter geäufserten Meinung die Reduktion der Schafe blofs für den mittleren, unfruchtbaren Teil des Landes, der meist aus sandigem Lande, gröfseren Heideflächen und Torfmooren besteht, als einen thatsächlichen wirtschaftlichen Nachteil hinstellen. In jenen Gebieten, welche günstiger von Natur beanlagt sind, bietet das Rind, wo eine Vermehrung eintrat, einen

[1]) Jahresbericht des Generalvereins pro 1883 S. 52 u. 53.
[2]) Jahresbericht des Generalvereins vom Jahre 1881 S. 48.

vollen Ersatz. Ob dies aber bei der Abnahme des Rindviehs in der ganzen Provinz eingetreten ist, kann man mit Grund bezweifeln. Die Schweinezucht bietet in Rücksicht der direkten Ausnutzung dieser Naturkräfte keinen Ersatz; es ist dies eine Betrachtung, die trotz der in ihrem Totaleindrucke günstigen Gesamtbewegung des Viehstandes nicht von der Hand zu weisen ist.

Die Ziegen haben sich so normal wie im ganzen Reiche vermehrt. Sie haben in Schleswig-Holstein weniger Bedeutung, da sie durch Schafe häufig ersetzt werden. Die Berichte übergehen diese Viehgattung.

Die Veränderungen in der Viehhaltung im letzten Dezennium sind in Schleswig-Holstein vorwiegend eine Folge der günstigen natürlichen Beschaffenheit des Landes. Besondere Ursachen waren mit Ausnahme der Handels- und Absatzkonjunkturen weniger Platz greifend. Das Ergebnis ist mit Hinblick auf die Höhe der Stufe der Viehzucht in diesem Lande als sehr günstig zu bezeichnen.

Wir haben in dem Gange unserer Erörterungen bis jetzt die ganze preufsische Monarchie durchwandert, bis auf Hessen-Nassau. (Hohenzollern liegt so abseits und wird in Folge dieser seiner geographischen Lage, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse so bedeutend beeinflufst, schwer von Württemberg zu trennen sein.) Allein auch bezüglich Hessen-Nassaus (das Fürstentum Waldeck wird wegen seiner angrenzenden Lage hinzugezogen) mufs sich Verfasser auch darauf beschränken, die Bewegungen der Viehzucht in diesem Gebiete mehr in Form eines Anhanges zur Abrundung des preufsischen Staatsgebietes darzustellen, da ihm die nötigen Detailgrundlagen zur genauen Kenntnis des Landes fehlen und ihm blofs die Berichte des Zentralvereins für den Regierungsbezirk Kassel sowie des Hauptvereins nassauischer Land- und Forstwirte zu Wiesbaden zur Disposition stehen. Die Erklärung der amtlichen Zahlen wird deshalb eine mangelhaftere bleiben und soll daher nur eine gewisse Ergänzung des preufsischen Staatsgebietes liefern.

Hessen-Nassau (nebst Waldeck).

Nach den jüngsten Zählungen war das Ergebnis folgendes:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Auf Rindvieh reduziertes Vieh
1873	74 042	498 382	672 001	246 685	129 814	749 122
1883	75 022	500 594	621 003	284 038	136 400	757 603
	Prozentuale Zu- oder Abnahme.					
	+ 1,3	+ 0,4	— 7,6	+ 15,2	+ 5,1	+ 1,1
	Dieselbe im Deutschen Reiche.					
	+ 5,5	+ 0,1	— 23,3	+ 29,2	+ 13,3	+ 1,0

Im ganzen ist das Resultat der zehnjährigen Veränderungen, wie sie im reduzierten Viehstande zum Ausdrucke kommen, eher noch günstiger, als dasselbe sich für das ganze Reich darstellt.

Die Grundlagen des Wirtschaftsbetriebes wollen wir auch blofs an amtlichen Zahlen erörtern; indem wir bezüglich des Klimas voraussenden, dafs ein Blick auf Meitzens Atlas [1]) zeigt, dafs infolge der zumeist gebirgigen Beschaffenheit des Terrains eine ziemlich niedrige Frühjahrstemperatur, die im Lande noch sehr schwankt, vorherrschend ist.

Die Benutzung des Bodens nach letzter Aufnahme vom Jahre 1883 war in:

	Von je 100 ha der Gesamtfläche des betreffenden Staates kamen auf				
	Äcker, Gärten und Weinberge	Wiesen	Weiden	Forst und Holzungen	Hausräume
Hessen-Nassau	39,9	11,6	4,5	40,0	4,0
Waldeck	42,0	8,0	8,7	38,1	3,2
Deutschland	48,7	10,9	9,4	25,7	5,3

	Von je 100 ha der Fläche des Acker- und Gartenlandes des betreffenden Staates kamen daher auf				
	Getreide	Hackfrüchte	Handelspflanzen	Futterpflanzen	Ackerweide und Brache
Hessen-Nassau	64,9	18,5	1,8	8,5	4,8
Waldeck	64,0	9,6	1,9	9,2	13,0
Deutschland	59,4	16,7	2,5	10,5	8,2

[1]) Meitzens Atlas Tafel V.

Gegenüber dem ganzen Reiche ist die Fläche der Forsten in den zu betrachtenden Gebieten eine grofse. Es wird durch sie die Ackerfläche eingeschränkt. In der grastragenden Fläche zeigen sich geringe Unterschiede, insofern die Weiden zwar geringere, die Wiesen hierfür eine gröfsere Ausdehnung besitzen. Waldeck unterscheidet sich auf den ersten Blick durch die geringe Intensität des Betriebes, wegen seines geringen Flächeninhaltes wird dies aber weniger von Einflufs sein. Hessen-Nassau aber unterscheidet sich vom Reichsdurchschnitt durch gröfseres Areal für Hackfrüchte und kleineres für Brache wie Futterpflanzen.

Die Zahlen reichen hin, um darauf mit Sicherheit den Schlufs bauen zu können, dafs der landwirtschaftliche Betrieb in diesem Gebiete ein intensiverer ist, als sich derselbe durchschnittlich in Deutschland gestaltet. Die Veränderungen, welche sich rücksichtlich der wichtigsten Früchte von 1878 auf 1883 vollzogen, sind für die Regierungsbezirke

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Kassel	+ 3471,8	— 2854,3	+ 531,9	+ 588,1	+ 1024,4
Wiesbaden	+ 720,4	— 3224,3	+ 1589,6	+ 801,5	+ 1436,2

	Zuckerrüben	Raps und Rübsen	Klee	Brache
Kassel	+ 2521,5	— 519,8	— 1279,7	5389,0
Wiesbaden	+ 516,1	+ 213,3	— 195,6	

Es liegt hierin ein Fortschritt zu intensiverem Betrieb, wobei namentlich die Abnahme der Brache und die Zunahme des Zuckerrübenbaues zu beachten ist.

Die Verschiebung der Qualitäten ergab folgendes Resultat für Hessen-Nassau und Waldeck:

		Stück		ℳ		ℳ
Pferde	+	980	×	708	=	693 840
Rinder	+	2 212	×	223	=	493 276
Schweine	+	37 403	×	48	=	1 795 344
Ziegen	+	6 586	×	17	=	111 962
						3 094 422
Schafe	—	50 998	×	21	=	1 070 958
					+	2 023 464 ℳ

Das Wertminus der Schafe kompensiert sich für dieses Gebiet reichlich durch das Wertplus der Schweine, so dafs auch nach dieser Richtung das Ergebnis ein günstiges zu nennen ist.

Bezüglich der Hebung der Leistungsfähigkeit des Indviduums können wir darauf hinweisen, dafs die Berichte [1]) öfter hervorheben, dafs die Anwendung von Kraftfuttermitteln immer mehr Verbreitung findet und die Ernährung eine bessere geworden ist, wenn auch hier und da noch viel zu wünschen bleibt. Schreiten wir nun zur Besprechung der einzelnen Viehgattungen:

Pferde.

Die Zahlen für die Altersklassen derselben sind:

	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 und mehr Jahre	im Jahre 1882 geborne Füllen
	alte Pferde				
1873	1 934	2 098	2 029	67 981	
1883	3 139	3 530	3 005	65 348	2 362
Hiervon die prozentualen Gröfsen.					
1873	2,6	2,8	2,7	91,9	
1883	4,2	4,7	4,0	87,1	3,3
Dieselben im Deutschen Reiche.					
1873	4,6	4,9	3,9	86,6	
1883	5,4	5,5	5,0	84,1	4,2

Die Zu- resp. Abnahme der Füllen und Pferde betrug in Prozenten in:

	unter drei Jahre alt	über drei Jahre alt
Hessen-Nassau u. Waldeck	+ 59,6	— 3,9
Deutschland	+ 24,8	+ 2,5

Nach Verwendungsweise der Pferde endlich ergibt sich eine Zu- oder Abnahme 1873 zu 1883 in % in:

	Zuchthengste	landwirtschaftliche Pferde	andere Zivil-Pferde
Hessen-Nassau u. Waldeck	+ 13,4	— 14,5	+ 32,6
Deutschland	+ 9,2	— 5,1	+ 41,2

---

[1]) Z. B. Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur im Gebiete des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte pro 1882 S. 40.

Die Gesamtzunahme der Pferde war in den Gebieten eine weit geringere als im Reich. Die ausgewachsenen Pferde haben sogar abgenommen, während die Füllen um so gröfseren Zuwachs erhielten. Die Vermehrung der Zuchthengste ist dennoch eingetreten, obschon staatliche Beschäler in diesem Zeitraume kassiert wurden, und zwar gilt dies vom Regierungsbezirk Wiesbaden. Wir citieren zum Beweise dessen einen Bericht [1]), welcher zugleich in anderer Hinsicht beachtenswert ist: „Die Pferdezucht ist wegen Mangels an qualifizierten Hengsten in einem sehr bedauerlichen Rückgange begriffen. Das Trächtigkeitsverhältnis der Stuten ist unter 33 %, weshalb die Lust, Pferde zu züchten, sehr erlahmt ist. Die Pflege der Pferde ist gut. Die von auswärts eingeführten Pferde kommen in erster Linie von Oldenburg und Hannover, namentlich Ostfriesland, sowie aus Westfalen (besonders aus der Gegend von Münster, Bochum und Dortmund) und in zweiter Linie aus Belgien für Landwirte, welche mit den Pferden noch im Lohne Eisenstein etc. fahren; die frühere Einfuhr von Pferden aus der Eifel hat neuerlich sehr nachgelassen.

Es ist für die hiesige Landespferdezucht sehr zu bedauern, dafs der Herr Minister für Landwirtschaft, Dominien und Forsten den diesseitigen Vorstellungen wegen Wiederbesetzung der Beschälstationen zu Montabaur, Usingen und Weilburg keine Folge gegeben hat. Auf die ausgiebigste Benutzung der Beschäler seitens unserer Landwirte könnte mit Sicherheit gerechnet werden, sobald erstere von vorzüglicher Qualität wären, und wenn das Deckgeld bei gleichzeitiger Einführung von Füllengeldern ermäfsigt würde.“

Auch die Berichte von 1882 [2]) und 1883 [3]) sprechen wegen dieser Aufhebung der Beschälstationen von einem bedauerlichen Rückgange der Pferdezucht in den betreffenden Bezirken.

Im Regierungsbezirke Kassel hingegen liest man in den Berichten des Zentralvereins nichts von Klagen über Mangel an staatlichen Beschälern. Die Pferdezucht hat hier nur in gewissen Kreisen eine Bedeutung, wie aus einer Berichtstelle [4]) hervorgeht: „In den Gegenden, welche einen guten Boden besitzen, der dem Futterbau

---

[1]) Jahresbericht des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte pro 1881 S. 54.

[2]) Bericht pro 1882 S. 40.

[3]) Bericht pro 1883 S. 19.

[4]) Jahresbericht über den Zustand der Landeskultur im Regierungsbezirk Kassel pro 1883 Seite 12.

günstig ist, und daneben auch noch eine entsprechende Wiesenzulage haben, und wo weiter noch die Bauerngüter nicht unter eine gewisse Gröfse der Ackerfläche herabgesunken sind, — da also, wo die Landbevölkerung eines gewissen Wohlstandes sich zu erfreuen hat — wird die Pferdezucht mit Liebe gepflegt. Es sind dies der Kreis Ziegenhain, die Thalgegend des Kreises Homberg, der Kreis Fritzlar, das fruchtbare Plateau zwischen der Fulda und Schwalm in den Kreisen Melsungen und Homberg, der Ebsdorfer Grund im Kreise Marburg, das Ohmthal im Kreise Kirchhain und die sogenannte Bonstruth im Kreise Frankenberg und der Kreis Rinteln." Da die Reichsstatistik über die Stutenzahl keinen Aufschlufs gibt, so kann nach unserer Meinung weder aus der Zunahme der Pferde im ganzen, noch aus der Abnahme der ausgewachsenen Pferde, noch aus der Vermehrung der Füllen ein Schlufs auf den Fortschritt der Zucht geschlossen werden, die Berichte anderseits geben keinen genügenden Aufschlufs. Letztere heben noch hervor, dafs sich im Regierungsbezirk Kassel nirgends ein bestimmter Typus gebildet hat. Man finde überall Pferde mit viel Blut und den schönen Formen der Araber, Reiterschlag und leichteren Wagenschlag, übrigens auch schwere Pferde, die sich blofs für Fuhrwerk eignen. In letzterer Zeit sei dem Wunsche der Landwirte nach mehr Masse von der Gestütsverwaltung durch Aufstellung schwerer Hengste Rechnung getragen [1]). In anderen Kreisen, wie Rinteln, wurde anderseits der Wunsch nach einem leichteren Schlage laut, wofür der Grund in den Verkoppelungen der Feldwege und den besseren Kommunikationen zu suchen sein dürfte [2]). Ausdrücklich günstige Resultate werden im Regierungsbezirk Kassel nur in einer Anzahl von Kreisen konstatiert, in den Kreisen Kassel, Fritzlar, Melsungen, Homberg, Ziegenhain und Kirchhain [3]).

Mit Rücksicht darauf, dafs die Pferdezahl nur eine Vermehrung von 1,8 % erfahren hat, die Zahl der ausgewachsenen Pferde aber abgenommen hat, die Berichte letzterer Zeit aber gerade in den Kreisen, welche sie nennen, eine Abnahme der zugeführten Stuten nachweisen, glauben wir eher einen Rückgang der Zucht in den betrachteten Gebieten annehmen zu müssen.

---

[1]) Jahresbericht pro 1883 S. 18.
[2]) Jahresbericht pro 1882 S. 13.
[3]) Vergl. Anm. 1.

Rindvieh.

Für dasselbe haben wir folgende Zahlen:

	Kälber bis 1/2 Jahr	Jungvieh,		Rindvieh über 2 Jahre alt,		
		Zuchtbullen	sonstiges	Zuchtbullen	Kühe	sonstiges
1873	50 060	1 972	114 888	2 764	279 228	49 475
1883	57 708	1 071	107 810	5 775	285 242	42 988
Prozentuale Zu- oder Abnahme.						
	+ 15,3	— 45,7	— 6,2	+ 109,0	+ 2,2	— 13,1
Dieselbe im Deutschen Reiche.						
	+ 12,0	— 23,8	— 6,1	+ 60,6	+ 1,4	— 7,6

Der gesamte Rindviehstapel hat ungefähr dieselbe Zunahme erfahren wie im Reiche. Von den Gattungen haben die Kühe und Kälber Zuwachs erhalten, Jungvieh und Ochsen eine Abnahme.

Die vorherrschenden Rassen in Hessen-Nassau sind der Lahnschlag, das Schwalm-, Rhön- und Vogelsbergervieh. Früher war dies vielfach mit Simmenthalern und wohl auch Allgäuern gekreuzt, man kommt aber immer mehr davon zurück. Ein Versuch wurde im Regierungsbezirk Kassel mit Glanvieh gemacht.

Jedenfalls ist in diesen Gebieten gerade die Rindviehhaltung am meisten in den Vordergrund getreten. Es heifst in einem Berichte [1]): „Die Rindviehzucht, welche gegenwärtig den wichtigsten Teil unserer landwirtschaftlichen Viehzucht ausmacht, da dieselbe durch Arbeitsleistung, Fleisch, Häute und Milchproduktion den gröfsten und erheblichsten Nutzen für den Viehzüchter gewährt, erfreut sich in Nassau einer guten Fortentwickelung.“ Ähnlich drücken sich die Berichte des Regierungsbezirkes Wiesbaden aus. Abgesehen von den gewöhnlichen, für andere Provinzen geltenden Gründen für stärkere Pflege der Rindviehzucht ist hier noch besonders die eifrigere Vereinsthätigkeit hervorzuheben. Durch sie sowie durch eine alte nassauische Verordnung wurde das Verständnis des Bauern schon frühe geweckt. Es wird dies vom letztgenannten Berichte [2]) erwähnt, indem er im Zusammenhange fortfährt: „Jeden-

[1]) Jahresbericht des Vereins Hessen-Nassauischer Land- und Forstwirte pro 1883 S. 19.

[2]) Jahresbericht des Vereins Hessen-Nassauischer Land- und Forstwirte pro 1883 S. 19.

falls dürfte dieser Zustand, welcher für den Landwirt und Viehzüchter sehr erhebliche Vorteile gewährt, der alten nassauischen Verordnung vom Jahre 1829 zu verdanken sein, nach welcher gesetzlichen Bestimmung jede Gemeinde gehalten ist, den Zuchtbullen, bevor derselbe zu Zuchtzwecken verwendet wird, durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen, welcher je nach dem Befinden ein Tauglichkeitsattest ausstellt.“

Die Pflege des Rindviehs wird wiederholt als eine gute bezeichnet und werden die Tiere im Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme weniger Orte im Westernwalde im Stalle gehalten [1]).

Im Regierungsbezirk Kassel strebt man die einheimischen Viehschläge mehr aus sich heraus zu verbessern, als mit Kreuzungen vorzugehen, ein Weg, den die Vereinsleitung befürwortet [2]):

Über den Fortgang der Zuchtbestrebungen führen wir folgende Stelle eines Jahresberichtes dieses Regierungsbezirks an [3]). „Die staatsseitig verwilligten Mittel zur Errichtung von Bullenstationen und zur Erteilung von Prämien auf den Tierschauen üben den günstigsten Einfluſs.

Unser landwirtschaftliches Vereinswesen arbeitet mit allen Kräften daran, den wohlwollenden Intentionen der Staatsregierung und diesem Bedürfnisse der Landwirtschaft gerecht zu werden, und man darf sagen, daſs die Tierschauen, welche alle drei Jahre in jedem Kreise abgehalten werden, den Beweis liefern, daſs diese Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben sind. Das Verständnis der mittleren und kleineren Grundbesitzer hat zugenommen und damit auch die Geneigtheit, mehr Aufmerksamkeit auf Rindviehzucht und besonders die Auswahl der Zuchtbullen zu verwenden.“

Leider konnten sich, wie aus den Berichten bis 1883 hervorgeht, noch keine Genossenschaftsmolkereien bilden. — Mit Rücksicht auf die Zunahme des gesamten Rindviehstapels und des Muttermaterials kann man in Verbindung mit den günstigen Vereinsberichten an einen wirtschaftlichen Fortschritt innerhalb der Rindviehzucht ohne Bedenken glauben.

---

[1]) Bericht pro 1881 S. 55.

[2]) Bericht des Zentralvereins für den Regierungsbezirk Kassel pro 1882 S. 15 u. Bericht pro 1881 S. 14.

[3]) Jahresbericht des Zentralvereins für den Regierungsbezirk Kassel pro 1883 S. 18.

Schweine.

Die näheren Unterscheidungen der letzten Zählung für dieses Gebiet waren in:

	% der Gesamtheit Schweine im Alter von unter 1 Jahr	1 Jahr und mehr	Zuchtsauen in % der 1 Jahr und mehr alten Schweine
Hessen-Nassau und Waldeck	74,3	22,5	41,3
Deutschland	77,5	25,7	35,1

Wie meist überall sind auch hier die Unterscheidungen ohne grofse Differenzen, während die Gesamtzunahme der Schweine erheblich gegenüber dem Reichsmittel zurücksteht.

Abgesehen davon, dafs in Hessen-Nassau keine Molkereigenossenschaften Eingang gefunden haben, welche immer eine Schweinezucht im gröfseren Umfange im Gefolge haben, werden von den Berichten für einzelne Kreise ganz besondere Gründe geltend gemacht, die stellenweise für manches Jahr selbst einen Rückgang der Schweinezucht bewirkten. So schreibt man im Dillbezirke diesen Rückgang dem Umstande zu, dafs einerseits eine zu geringe Anzahl von Ebern gehalten, anderseits unter den Kreuzungsprodukten der englischen Eber mit hiesigen Landschweinen unausgesetzte Inzucht getrieben wird. Da es sehr bekannt ist, fährt der betreffende Bericht [1]) fort, dafs dieses Zuchtverfahren gerade bei Schweinen besonders nachteilig wirkt, mufs die schon in früheren Berichten befürwortete Blutauffrischung wiederholt nachdrücklich empfohlen werden. Jedenfalls aber tragen, wie man auch in dem genannten Bezirke sehr richtig annimmt, die zumeist schlechten Stallungen, sowie unzweckmäfsige Ernährung und Pflege einen nicht unwesentlichen Teil der Schuld. Aus dem Unterwesterwaldbezirke berichtet man zwar keinen Rückgang der Schweinezucht, allein es soll auch der Fortschritt nur ein sehr langsamer sein. Am besten sind noch die Nachrichten aus dem Untertaunusbezirke, wo Stalleinrichtung, Ernährung und Pflege der Schweine eine bessere sein soll. Im Regierungsbezirk Wiesbaden wird die Schweinezucht vorzugsweise auf dem Westerwalde, im Lahnthale und dessen Seitenthälern, dem Usinger Lande und im sogenannten blauen Ländchen betrieben

[1]) Jahresbericht des Vereins Nassauischer Forst- und Landwirte pro 1882 S. 42 u. flg.

und — so entnehmen wir einem Berichte [1]) — werden von da zahlreiche Tiere nach anderen Gegenden unseres Vereinsgebietes gebracht. Aufserdem werden auch viele Schweine, namentlich Zuchttiere beiderlei Geschlechts, durch die Händler von auswärts importiert, und zwar besonders aus Westfalen, Hannover, Holstein und über Hamburg aus Dänemark; diese Tiere sind meistens Produkte der Kreuzung des dortigen Landviehs mit Yorkshire-Rasse.

Im Regierungsbezirk Kassel wird die Schweinezucht, und meist gleichfalls nur zum Gebrauch im eignen Haushalte, betrieben. Immerhin deutet die grofse Nachfrage [2]) nach Ferkeln und Läuferschweinen, welche kaum den Bedarf decken, auf eine Zunahme der Schweinezucht.

Eine Ausfuhr findet danach nicht statt und Einfuhr blofs an gemästeten Schweinen für die Fleischer in den Städten.

Allem Anscheine nach machte die Schweinezucht speziell in Hessen-Nassau wohl an Anzahl Fortschritte, wie die amtlichen Ziffern bescheinigen, die qualitativen Errungenschaften dürften hier aber im Durchschnitte bescheidene zu nennen sein.

Schafe und Ziegen.

Nach den Unterscheidungen der Reichsstatistik ergaben sich nachstehende Resultate:

	feine Wollschafe	veredelte Fleischschafe	sonstige Schafe
1873	29 624	27 748	614 629
1883	16 591	29 583	574 879
Verhältniszahlen pro 1883 für			
Hessen-Nassau und Waldeck	2,7	4,7	92,6
Deutschland	33,4	12,0	54,6
Die Zu- oder Abnahme jeder Kategorie von 1873 auf 1883 in			
Hessen-Nassau und Waldeck	— 44,0	+ 6,4	— 6,5
Deutschland	— 32,2	— 7,2	— 18,9

[1]) Jahresbericht des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte pro 1881 S. 56.

[2]) Bericht des Zentralvereins für den Regierungsbezirk Kassel pro 1881 S. 16 und pro 1882 S. 16.

Die Abnahme der Schafe in dem hier zu betrachtenden Territorium war relativ sehr gering. Die Fleischschafe erfuhren sogar eine Zunahme, und das Reichsmittel überschreitet nur die Reduktion der feinen Wollschafe.

Als hinzutretende Ursachen der Schafabnahme werden von den Berichten die Verkoppelungen und das Seuchengesetz in seiner Anwendung auf Schafherden bezeichnet [1]: „Überall wo in einer Gemeinde die Grundstücke zusammengelegt werden, verringert sich die Zahl der Schafe.“ Bezüglich des Seuchengesetzes ist nachstehender Passus [2]) von Bedeutung: „Unseren Schafbesitzern droht aus der Aufnahme der Schafräude in das Reichsviehseuchengesetz eine grofse Plage zu erwachsen und sogar erhebliche Verluste für sie herbeizuführen. Von seiten der Behörden wird darauf gedrängt, die Schafherden gleich nach der Schur einem Bade, welches die Krätzmilben tötet, unter der Aufsicht eines Tierarztes zu unterwerfen, um die Räude mit unbedingt sicherer Wirkung mit einem Schlage zu beseitigen. Der Zweck wird dadurch aber nicht ererreicht, denn die an den Schafen befindlichen Milben sterben zwar, und wenn auch nach 8 oder 14 Tagen das Bad wiederholt wird, so sterben auch die inzwischen etwa ausgekrochenen Jungen. Die Herde ist dann allerdings frei von Krätzmilben, die Schafe werden aber in denselben Pferch getrieben, an dessen Horden von früher her noch Milben sich befinden, sie gehen auf denselben Huten, lagern auf denselben Ruheplätzen und reiben sich an denselben Bäumen, wo sie das alles vor dem Bade auch gethan haben, und so darf angenommen werden, dafs von neuem Krätzmilben an die Schafe kommen und die Räude erzeugen.“

Der Bericht macht sodann einen anderen Vorschlag und fährt fort: „Mafsregeln, wie die Behörden sie auf Grund des allgemeinen Gesetzes hin und wieder ergreifen, sind aber ganz dazu geeignet, die Schäfereibesitzer empfindlich zu schädigen. Zweimaliges Baden unter tierärztlicher Aufsicht kostet nahezu pro Stück 1 ℳ. Wird gar dazu geschritten, die ganze Herde abzuschaffen und durch eine andere Herde aus Gegenden, wo sich Reinvieh findet, zu ersetzen, so ist das mit noch viel gröfseren Opfern verbunden.“

Allerdings gerade das Gegenteil vertritt der Jahresbericht [3]) des Vereins nassauischer Land- und Forstwirte.: „Durch Ausführung

[1]) Jahresbericht des Zentralvereins des Reg.-Bezirks Kassel pro 1883 S. 15.
[2]) Jahresbericht des Zentralvereins des Reg.-Bezirks Kassel pro 1881 S. 15.
[3]) Jahresbericht pro 1882 S. 41.

der Vorschriften des Reichsviehseuchengesetzes ist das sehr erfreuliche Resultat erreicht worden, dafs jetzt nur mehr in zwei Gemeinden, nämlich Gonzenheim und Seulberg, im Amte Homburg, räudekranke Schafe vorkommen, was aber bald aufhören wird. Die Landleute, welche anfangs über das Vorgehen im Sinne des erwähnten Gesetzes vielfach geklagt haben, sind jetzt sehr zufrieden, weil sie die gesunden Schafe und deren Wolle weit besser verwerten."

Aufserdem ist in diesem Regierungsbezirk auch die Klauenseuche vielfach aufgetreten und hat Verluste gebracht.

Nebst den Fleischschafen, die hier an Verbreitung gewinnen, spielt auch das Milchschaf an mehreren Orten eine zunehmende Rolle, insofern es für den kleinen Mann gröfseren Vorteil bringen soll, als die Ziege. Unter den Schafen sind die Merinoherden, wie dies auch die Zählungen ausdrücken, immer mehr verschwunden. Unter den Landschafen ist das gelb- und schwarzköpfige Rhönvieh am weitesten bekannt und berühmt. Auch sie werden mit englischen oder Frankenböcken gemischt. Dazu bemerkt ein Bericht [1]: „Man wird aber nicht zu weit gehen dürfen mit der Einmischung englischen Blutes. Die Schafherden auf den Dörfern haben meist weite Wege zur Weide zurückzulegen und auch Hungerperioden zu ertragen. Zu beiden aber sind englische Fleischschafe nicht geeignet."

Über die Bedeutung der Schafabnahme für dieses Gebiet wollen wir uns wegen mangelnder Lokalkenntnis enthalten zu äufsern. Den Eindruck kann man aber vielleicht aus den Berichten gewinnen, dafs weitgehende qualitative Fortschritte eingetreten sind, welche die relativ geringe Abnahme der Schafe sehr leicht auszugleichen im stande sein könnten.

Ziegen.

Ihre Zahl hat wie überall zugenommen. Die Gründe haben wir ja schon früher erörtert. Wir können aber nicht jenen Vereinen [2]) zustimmen, wenn sie dies als ein schlechthin ungünstiges Symptom auffassen: „Die Zahl der Ziegen nimmt zu, man hält dies für ein ungünstiges Zeichen. Dies hängt mit der Verkoppelung zusammen. Es werden die Hutservituten abgelöst, und vielen Familien ist es dann nicht mehr möglich, eine Kuh zu halten, an ihre

---

[1]) Bericht des Zentralvereins des Regierungs-Bezirks Kassel pro 1882 S. 15 u. 16.

[2]) Z. B. Jahresbericht des Zentralvereins des Regierungs-Bezirks Kassel pro 1885 S. 15.

Stelle tritt die Ziege. Erfahrungsgemäfs nimmt in den verkoppelten Gemeinden die Stückzahl des Rindviehes und der Schafe ab und die der Ziegen und Schweine zu."

Eine Ursache, dafs hier in Hessen-Nassau die Ziegenzunahme weit hinter dem Reiche zurückbleibt, ist vielleicht in der Konkurrenz durch die Milchschafe zu suchen. Ein Bericht [1]) der hessen-nassauischen Land- und Forstwirte besagt, dafs vor mehreren Jahren im Interesse der unbemittelten Winzer im Rheingau Ziegen aus der Gegend von Lyon eingeführt worden seien, dafs aber teils infolge der Rinderpest, teils infolge nicht genügender Sorgfalt ihrer Erhaltung und Züchtung bald das günstige Resultat verloren gegangen sei. An Stelle deren haben sich nun die Milchschafe verbreitet, welchen die Vereinsleitung sehr das Wort redet, „indem dieselben grofse Vorzüge vor den Ziegen besitzen und als das nützlichste Haustier für den kleinen Mann zu betrachten sind". Als Vorzüge der Milchschafe werden die folgenden angeführt: sie liefern reichliche und weit bessere Milch als die Ziegen, ebenso ein viel besseres Fleisch, dann besseren Dünger für das wenige Garten- und Ackerland der armen Leute, ferner einen sehr ansehnlichen Wollertrag, der für diese Bevölkerungsklasse besonders hoch anzuschlagen ist, und endlich sind sie durch grofse Fruchtbarkeit ausgezeichnet.

Wenn wir nun schliefslich den Effekt und Charakter der ganzen Bewegung der Viehhaltung in diesen Gebieten kennzeichnen sollen, so zeichnet sich derselbe durch seine geringe Lebhaftigkeit nach Quantität aus. Im Gegensatze hierzu waren um so wechselnder die qualitativen Veränderungen, welche in ihren Resultaten doch als günstige bezeichnet werden könnten.

Die übrigen zum Deutschen Reiche gehörigen Territorien ist Verfasser nicht in der Lage gewesen, einer solchen induktiven Betrachtung zu unterziehen, da ihm nur für Preufsen die Jahresberichte der Zentralvereine durch gütige Vermittelung des Herrn Ökonomierates und Generalsekretärs in Halle a. S., Herrn H. Mendel von Steinfels, welchem hierfür an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen wird, zur Verfügung standen, auch die genügenden Grundlagen für Kenntnis der lokalen Beschaffenheit und Eigentümlichkeit jedes Landes nicht zu beschaffen waren.

[1]) Bericht pro 1882 S. 42.

Schlufswort.

Es tritt nun an uns die Aufgabe heran, die Resultate der ganzen vorliegenden Untersuchung kurz zu präzisieren und in einem einheitlichen Bilde vor Augen zu führen. Auch dem Leser dürfte es in dieser Hinsicht nicht entgangen sein, dafs es die Natur und Art und Weise der Behandlung des Stoffes (besonders der Teile IV C und V) mit sich bringen mufste, dafs, so mannigfaltig und zahlreich die hierbei gewonnenen Schlüsse und Thatsachen waren, dieselben sich eben wegen ihrer vielseitigen Besonderheit und lokalen Giltigkeit unmöglich erschöpfend zu allgemeinen Thesen vereinigen und unter einen Hut bringen lassen.

Immerhin sei aber unter Verweis auf die Detailausführungen ein kurzer Überblick über die hauptsächlichsten Ergebnisse allgemeiner Natur versucht.

Nachdem die notwendigsten statistischen Grundlagen in den ersten drei Teilen gegeben waren, konnte in dem vierten Teile eigentlich fruchtbringenden Fragen näher getreten werden.

Die brennendste, gerade in jüngster Zeit in der Litteratur vielfach in ungünstigem Sinne entschiedene Frage, ob der Viehstand den vielseitigen Anforderungen der menschlichen Bedürfnisse in gleicher Weise entspreche wie ehedem, eine Frage, die rücksichtlich der Ernährung des Volkes das gröfste volkswirtschaftliche Interesse herausfordert, wurde ziffermäfsig zu beantworten versucht. In der Litteratur finden sich ziffermäfsige Nachweise über Fleischkonsum blofs für einzelne Städte, während uns ein solcher Nachweis ohne anfechtbare Schätzungen für ganz Preufsen nicht bekannt wurde. Aus der gegebenen Berechnung liefs sich, wenn auch ein Vergleich des Jahres 1883 mit 1873 nicht möglich war, doch der sichere Schlufs ziehen, dafs Alt-Preufsen 1883 mehr Fleisch pro Kopf konsumierte, als im Durchschnitte des Jahrhunderts, obschon die auf einen Einwohner entfallende Viehzahl stetig zurückgegangen ist. Die zahlreichen, im Interesse der Unanfechtbarkeit der Berechnung begangenen Fehler, namentlich der nicht in Ziffern zu veranschlagende und deshalb vernachlässigte raschere Umsatz des Viehes liefsen einen untrüglichen Wahrscheinlichkeitsschlufs auf eine bedeutende Zunahme des Konsums zu. Auch jene Einwände, welche sich in der Litteratur fanden und eine Verschlechterung der Fleischqualität behaupten, mufsten als unhaltbar zurückgewiesen werden. In Rücksicht von Milch- und Wollproduktion konnte ein ähnlicher ziffermäfsiger Nachweis zwar nicht erbracht werden, jedoch teils nach

Sachlage der Berichte, teils auf Grund von Schätzungen Sachverständiger mufste man bezüglich Milchproduktion eher eine Steigerung pro Kopf, bezüglich Wolle aber einen kleinen Rückgang annehmen.

Der Nachweis einer vermehrten Düngerproduktion wurde im Abschnitte: „Verhältnis der Viehzahl zum Boden“ angetreten. Demzufolge konnte es als unzweifelhaft erscheinen, dafs das pro Flächeneinheit Ackerfläche erzeugte Düngerquantum auch bis 1883 bedeutend gestiegen ist. Ebenso überzeugend glaubt der Verfasser nachgewiesen zu haben, dafs der stete, fast vollständig gleichmäfsige Rückgang des Spannviehs durch das ganze Jahrhundert hindurch unmöglich in der Notlage der Landwirtschaft seinen Grund haben könne.

Stehen diese bisher gewonnenen Resultate bereits in Widerspruch mit der Lamblschen Depecorationstheorie, so lieferten die übrigen relativen Beziehungen der Viehzucht weitere Ergebnisse, welche am Schlusse dieses letztgenannten Abschnittes in ihrer Gesamtheit in Beziehung zur Lamblschen Depecorationstheorie erörtert wurden. So sehr sich Verfasser dogmatisch für die Richtigkeit der aufgestellten Lehre entschied, so sehr mufste er für Preufsen bestreiten, dafs sich Anzeichen derselben erkennen liefsen, oder dafs in nächster Zukunft der Eintritt des Theorems in praxi zu befürchten wäre.

Im übrigen mufs in Rücksicht dieses Abschnittes wegen der grofsen Vielseitigkeit der Ergebnisse desselben auf den Text verwiesen werden; denn sucht man nach einer allen diesen Beziehungen gemeinsamen Konsequenz, so wäre sie nur die, dafs mit Hilfe des statistischen Materials ohne Eingehen in die Details der Verhältnisse keine sicheren Schlüsse auf die Lage der Landwirtschaft gezogen werden können, ein Fehler, der noch häufig von einseitigen Statistikern begangen wird. Ganz verkehrt wäre es, um nur ein Beispiel herauszugreifen, wenn auch die amtliche Erhebung eine Gewichtsabnahme konstatierte, deshalb einen Rückschritt in der Produktion annehmen zu wollen, ohne die Modifikation der Rasse, des Betriebes u. s. w. in Rücksicht zu ziehen.

Unrichtig wäre es sonach, die Abnahme der Schafe in ihrer Wirkung für alle Gebiete gleich beurteilen zu wollen, ohne die Entbehrlichkeit und ganze Bedeutung für die bestimmte Lokaliät zu prüfen etc.

Diese Forderung eines Eingehens in die Details der Verhältnisse bildet zugleich den Übergang zu dem fünften Teile, in welchem Verfasser, wie in der Einleitung dieses näher ausgeführt wurde, die

Statistik als Rahmen benutzt, um in denselben auf anderem Wege gewonnenes Material hineinzutragen und so ein Bild von der Lage der Landwirtschaft zu erhalten.

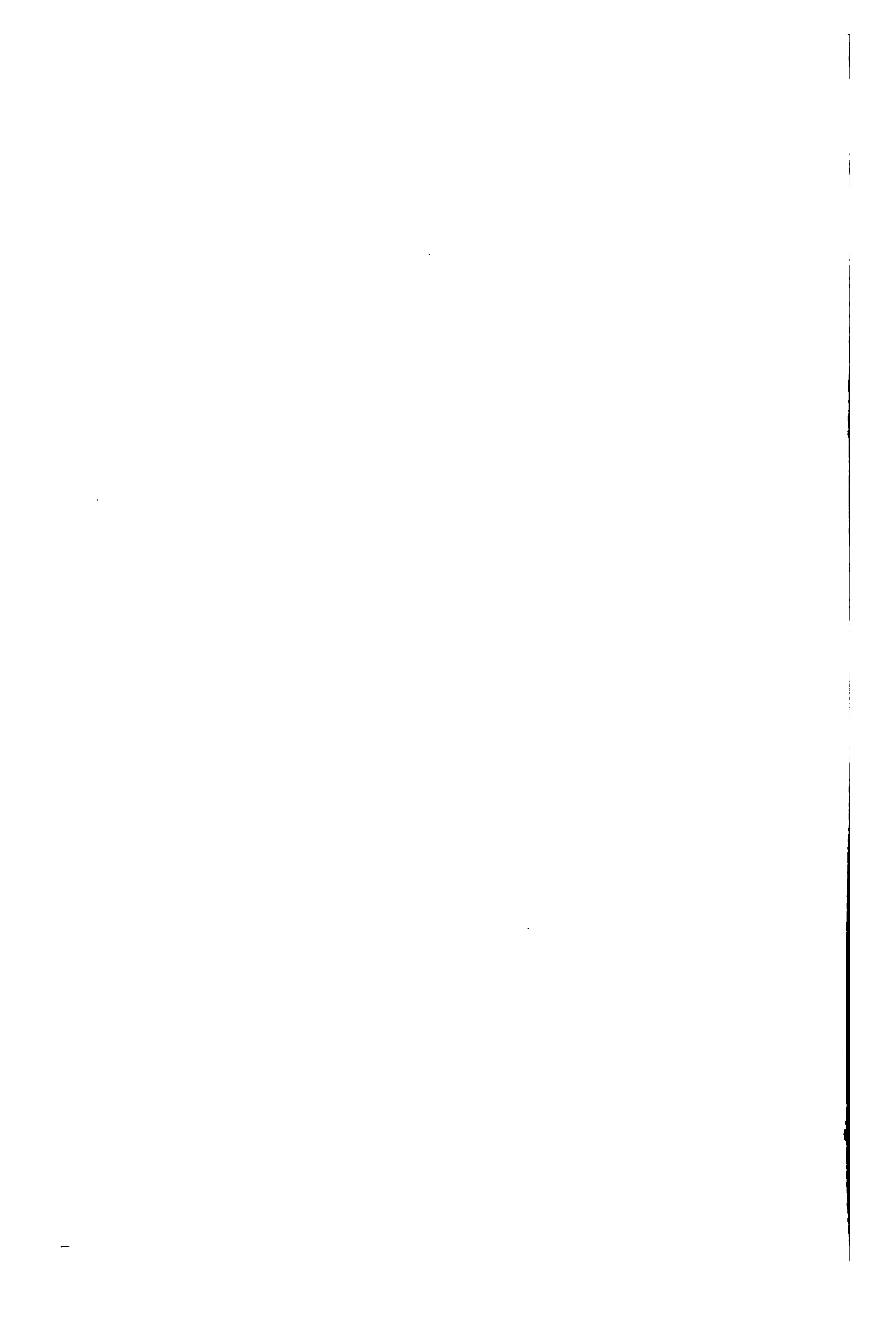
Diese Methode liefs für Preufsen die Verschiedenheit und Vielseitigkeit der Gründe und Ursachen für Entwickelung der Viehzucht, wenn sie auch bei der übersichtlichen und vergleichenden Behandlung des Stoffes keinen Anspruch auf erschöpfende Darstellung und Vollständigkeit erheben können, zur Genüge ersehen.

Der Effekt der Bewegung im Viehstande während des letzten Dezenniums 1873/83 hat sich in den gemachten Abschnitten auch im Lichte der induktiven Behandlung in wirtschaftlich-technischer Beziehung als ein durchschnittlich mäfsiger gezeigt, und zwar waren qualitative Fortschritte wohl nirgends zu vermissen. Die quantitativen verhielten sich sehr verschieden nach den einzelnen Provinzen, insofern er sich hier sehr bedeutend, dort mäfsig, ja an anderen Stellen negativ herausstellte. Allein nur in einer Provinz konnten wir mit Rücksicht auf Beurteilung nach beiden Richtungen als Gesammteffekt einen wirklichen wirtschaftlich-technischen Rückschritt für wahrscheinlich halten, nämlich in Westfalen, wo nur unter Hinzurechnung eines gröfseren Zeitraumes als des letzten Dezenniums ein Fortschritt wahrzunehmen möglich sein dürfte. Es ging aus den Erörterungen weiter hervor, welch verschiedene Bedeutung eine Ab- oder Zunahme an Vieh für lokale Verhältnisse haben kann, dafs ohne deren genaue Kenntnis weder aus der Abnahme auf Rückschritt, noch aus der Zunahme auf wirtschaftlichen Fortschritt ein unbedingt richtiger Schlufs möglich ist.

Ferner dürfte auch aus dem Material zu ersehen sein, wie gewaltiger Steigerung die animale Produktion trotz der grofsen Fortschritte noch fähig ist, dafs aus wirtschaftlich-technischen Rücksichten die Ernährung einer weit gröfseren Bevölkerung leicht möglich wäre, wenn sich nur entsprechend die Nachfrage steigern würde.

Als ein Resultat der ganzen vorliegenden Arbeit mufste sich der Verfasser die Ansicht bilden, dafs die letzte Entwickelung der Viehhaltung Preufsens resp. Deutschlands nicht nur zu keinen Besorgnissen Anlafs geben kann, wie dies oft behauptet wird, sondern dafs vielmehr Deutschlands Viehzucht auf dem richtigen Wege ist, sich eine stets unentbehrlichere, einflufsreichere Stellung im ganzen Betriebe der Landwirtschaft zu sichern und so eine stets sich mehrende Quelle des Reichtums, die Grundlage dauernden Glückes dem kräftig aufblühenden Stamme der Indogermanen zu werden!

Inhalt.



Sammlung

nationalökonomischer und statistischer

Abhandlungen

des

staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S.

herausgegeben

von

Dr. Joh. Conrad,
Professor der Staatswissenschaften zu Halle.

Vierter Band. Sechstes Heft.

JENA,
VERLAG VON GUSTAV FISCHER.
1888.

Das

Ausgabebudget

der

Privatwirtschaften.

Von

Dr. Carl Hampke.

JENA,

VERLAG VON GUSTAV FISCHER.

1888.



Inhalts-Verzeichnis.



Das Ausgabebudget der Privatwirtschaften.

Wir leben jetzt in einer Zeit, in welcher von allen Tagesfragen am meisten die Gemüter die soziale Frage beschäftigt, deren Ursache und Hauptinhalt nicht am wenigsten die Forderung nach Erhöhung der Löhne der Arbeiter ist.

Wenn diese Forderung auch bei den Sozialisten der Ansicht entspringt, daß der Arbeiter, der allein durch seine Arbeit Werte schaffe, einen möglichst großen Teil seines Produkts zu beanspruchen hat, so wird sie auch von der Annahme diktiert, daß die Erhöhung der Löhne mit der allgemeinen Verteuerung des Lebens nicht nur nicht Schritt gehalten, sondern daß auch besonders der Arbeiter von der Preisgestaltung der zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nötigen Güter in den letzten Jahrzehnten mehr als die Angehörigen der besser situierten Klassen zu seinen Ungunsten berührt worden sei. Auch wenn diese Annahme nicht erwiesen, wünscht und fordert man endlich aus humanen, sozialen und politischen Rücksichten Lohnerhöhung.

Sehen wir hier davon ab, ob schon aus diesen Gründen die Steigerung der Löhne zu erstreben sei, so kann dies nicht zweifelhaft sein, wenn durch die Preisbildung der letzten Jahrzehnte am meisten die niederen Stände betroffen worden sind, und es muß daher interessant sein zu untersuchen, welchen Einfluß die Preisgestaltung der letzten Jahrzehnte, also ungefähr seit 1850, auf das wirtschaftliche Leben der verschiedenen Stände ausgeübt habe.

Da die Preisgestaltung, wie sie den Konsumenten trifft, stets einen lokalen Charakter hat, wie Paasche [1]) überzeugend nachgewiesen, so

1) Dr. Paasche, Studien über die Natur der Geldentwertung etc., Jena 1878.

galt es in einem Orte, für uns in Halle a/S., 1) die Preisentwicklung aller zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nötigen Güter, soweit dies möglich, für die Jahre 1850 bis jetzt zu ermitteln, 2) Ausgabebudgets von Familien verschiedener Lebensstellung aus diesen Jahren zu sammeln.

Denn während uns die ad 1 gewonnenen Resultate über die absolute Verteuerung oder Verbilligung der einzelnen Bedürfnisse aufklären mußten, sollten uns die Ausgabebudgets belehren, wie diese Verteuerung oder Verbilligung auf das wirtschaftliche Leben verschiedener Stände einwirkte.

Leider sind uns nur Budgets aus den letztverflossenen Jahren, überhaupt aber so wenige sichere Ausgabebudgets zur Verfügung gestellt worden, z. B. von den gewöhnlichen Hand- und Fabrikarbeitern kein einziges zuverlässiges, daß wir von einer erschöpfenden Behandlung dieser Frage absehen mußten und nur hoffen können, zu der Erledigung derselben einen kleinen Beitrag geliefert zu haben, der den letzten Teil dieser Abhandlung bilden soll.

Der Mißerfolg bei der Erhebung von Budgets in Halle nämlich führte uns dazu, die bisher erschienene diesbezügliche Litteratur zu studieren, nach ihrem Inhalt zu ordnen, und die darin enthaltenen Ausgabebudgets von Privatwirtschaften demgemäß zusammenzustellen, was in dem ersten Teil der Arbeit geschieht.

Diese Beschäftigung mußte uns aber konsequenterweise dazu führen, in einem 2. Kapitel die bisher aus diesem Material von anderer Seite gezogenen Folgerungen zu prüfen, weiter aber selbst den Versuch zu machen, ob daraus eine Gesetzmäßigkeit in dem Verhältnis der einzelnen Ausgaben zu den Gesamtausgaben in den verschiedenen Ständen der Bevölkerung nachzuweisen sei.

Wenn diese Untersuchungen, hauptsächlich auf Budgets von kleinen Handwerkern und Arbeitern fußend, in der Hauptsache sich nur auf diese Stände erstrecken konnten, so erlaubten uns unsere in Halle erhobenen Budgets, wenn auch unter Reserve, in einem 3. Teile der Arbeit vier Stände resp. Wohlhabenheitsstufen miteinander zu vergleichen und die Verschiedenheit derselben, wie sie in ihren Ausgabebudgets zu Tage treten, nach allen Richtungen hin zu konstatieren. Dieser 3. Teil ist zugleich die Vorarbeit zu dem 4. und letzten Abschnitt, in dem, wie schon oben erwähnt, die Einwirkung der Preisgestaltung auf diese vier Wohlhabenheitsstufen in den letzten Jahrzehnten nachzuweisen versucht wird.

„Die Fürsorge für das stetige Vorhandensein der Güter zur Be-

friedigung der Lebensbedürfnisse zur rechten Zeit und in genügender Menge und zuträglicher Beschaffenheit für sämtliche Glieder einer Familie, sowie für die den Lebenszwecken derselben angemessene Verwendung der beschaffenen Güter, nennen wir Haushalten, und unter geordnetem Haushalt verstehen wir den Einklang der Einnahme mit den notwendigen Ausgaben für die Lebenszwecke der Familie", sagt in seinem „Rechnungsbuch der Hausfrau"[1]) Dr. E. Engel, der verdienstvolle ehemalige Direktor des königl. preuß. statistischen Bureaus, der in dieser Schrift nicht nur die Bedeutung desselben für die Wirtschaft der Familie, sondern auch für diejenige der Nation erörtert hat, so daß wir für nähere Beschäftigung mit dieser Frage speziell auf diese Schrift verweisen können.

Ein Mittel zur Führung eines geordneten Haushaltes und der schriftliche Ausdruck derselben ist nun das Haushaltungsbuch.

Wie das Barometer zur schnellen Orientierung über die Verhältnisse des Luftdruckes unerläßlich, so ist das Haushaltungsbuch zur Kenntnisnahme der Verhältnisse des Wirtschaftslebens der Familie nicht zu entbehren.

Ein wie wichtiger Bestandteil einer geregelten Haushaltung die Führung eines Haushaltungsbuches ist, hat jeder erfahren, der sich dieser nicht großen Mühe längere Zeit unterzogen hat. Es ermöglicht ihm eine regelmäßige Einteilung seines Einkommens auf zwölf Monate, so daß er auch noch am letzten Tage des Jahres nicht in Verlegenheit zu geraten braucht. Es setzt ihn in den Stand, die unnützen Ausgaben zu beschränken, wenn er sieht, einen wie großen Teil seines Einkommens er darauf verwendet hat, und die Ausgaben auf seine Bedürfnisse praktischer zu verteilen. Es läßt ihn immer im klaren, wie viel er von dem Einkommen schon verausgabt und wie viel er noch auszugeben hat, und nicht am wenigsten trägt es dazu bei, ihn von mancher Ausgabe überhaupt zurückzuhalten. Das Haushaltungsbuch setzt den Konsumenten in den Stand, den Preis von Waren, die er schon öfter gebraucht, im voraus im großen und ganzen zu wissen und sich vor Übervorteilung zu schützen. Auch lernt er den Wert des Geldes schätzen, indem ihn die Führung des Haushaltungsbuchs zwingt, den kleinsten Ausgaben sein Augenmerk zuzuwenden.

Nicht geringen Wert hat es endlich auch als Beleg für die Bezahlung einer Schuld, wenn von dem Kaufmann eine Rechnung zum

---

1) Dr. E. Engel, „Das Rechnungsbuch der Hausfrau und dessen Bedeutung im Wirtschaftsleben der Natur". Volksw. Zeitfragen, Jahrgang III, Heft 8. 1882.

zweiten Male, oder überhaupt eine Rechnung über einen schon bezahlten Gegenstand zugeschickt wird.

Für die Art der Führung und Einrichtung des Haushaltungsbuches sind die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, und möchten wir in dieser Beziehung außer auf „Das Rechnungsbuch der Hausfrau“ verweisen auf D. Georgens „Blicke und Winke zur geschickten Führung eines Haushaltungsbuches. Mannheim 1851“. „Das Haushaltungsrechnungsbuch für Hannover von 186.. Hannover 1861.“ Schnapper-Arndt, „Fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus. Leipzig 1883“. Ballin, „Der Haushalt der arbeitenden Klassen. Berlin 1883“. Fr. von Danckelmann, „Zur Erhaltung und Beförderung des bürgerlichen Wohlstandes. Tübingen 1886“.

I. Teil.

Die bisherige Erhebung von Ausgabebudgets der Privatwirtschaften.

Der Auszug aus dem Haushaltungsbuche ist das Haushaltungsbudget, welches nach seiner Natur in das Einnahme- und Ausgabebudget zerfällt. Das letztere, denn mit diesem haben wir es hier nur zu thun, enthält also die gesamten Ausgaben eines gewissen Zeitraumes, meist eines Jahres, nach bestimmten Gesichtspunkten geordnet. Auch diese Ordnung der Ausgaben in ein Schema, das ja einen Teil der Einrichtung des Haushaltungsbuches bildet, ist fast ebenso oft anders geschehen, als Vorschläge zur Führung von Haushaltungsbüchern gemacht oder Budgets erhoben worden sind. — Diejenigen Schemata, welche nach unserer Ansicht die besten, sind die von Engel und Ballin in den erwähnten Schriften, wenn man auch beiden zu große Spezialisierung vorwerfen kann. Eine vereinfachte Kombination dieser beiden Systeme stellt das unsere dar, welches wir folgen lassen, und nach dem wir die Ausgaben in unseren Halleschen Budgets gruppiert haben.

Schema für die systematische Gruppierung der Ausgaben.

Ausgaben für:

	M ₰		M ₰
I. Nahrung.		4. Kartoffeln	
1. Brot und Roggenmehl . .		5. Gemüse und Salat	
2. Weißbrot und Weizenmehl		6. Hülsenfrüchte	
3. Graupen, Gries, Hirse, Reis etc.		7. Fleisch, Geflügel, Fische .	
		8. Wurst, Schinken etc. . . .	

	M ₰
9. Eier	
10. Milch und Käse	
11. Butter	
12. Andere Fette	
13. Salz	
14. Gewürze	
15. Kaffee, Cichorie, Thee .	
16. Kakao, Schokolade . . .	
17. Zucker	
18. Getränke, Cigarren . .	
19. Sonstige Ausgaben . .	
Summa	

II. Kleidung.

1. Kleider	
2. Fußbekleidung	
3. Wäsche	
4. Kopfbedeckung, Handschuhe etc.	
5. Sonstiges	
Summa	

III. Wohnung.

1. Miete	
2. Neuanschaffungen von Mobiliar etc. zur Ausstattung der Wohnung . .	
3. dto. der Küche, des Kellers etc.	
4. Andere Wohnungsausgaben, als Reparaturen etc.	
Summa	

IV. Heizung und Beleuchtung.

1. Heizungsmaterial . . .	
2. Beleuchtungsmaterial . .	
Summa	

V. Reinigung.

	M ₰
1. Reinigungsmittel, als Seife etc.	
2. Waschlohn, Plättlohn etc. .	
3. Bäder, Rasieren etc. . .	
Summa	

VI. Gesundheitspflege.

1. Honorar für Ärzte, Heildiener etc.	
2. Medikamente	
3. Brunnen- und Badekuren .	
Summa	

VII. Vorsorglichkeit.

1. Prämien zur Lebens- und Feuerversicherung . .	
2. Beiträge zu Altersrenten, Witwen- und Waisenpensionskassen	
3. Beiträge zur Invaliden- Kranken- und Unfallversicherungskassen . . .	
Summa	

VIII. Geistespflege, Erziehung, Unterricht, geistigen Verkehr und Seelsorge.

1. Schulgeld, Stundengeld .	
2. Lehrgeld	
3. Schulbücher, Schulutensilien, Musikalien . . .	
4. Zeitungen, wissenschaftl. Bücher, Beiträge zu wissenschaftl. Vereinen etc.	
5. Seelsorgerische Handlungen etc.	
Summa	

IX. Steuern, Abgaben etc.

1. Direkte Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindesteuern und Abgaben . . . . *M* ₰
2. Notariats-, Rechtsanwaltsgebühren etc. . . . .

Summa

X. Persönliche Dienstleistungen.

1. Lohn von Dienstboten inkl. Weihnachtsgeschenke .
2. Sonstige derartige Ausgaben . . . .

Summa

XI. Erholung, Vergnügen, Reisen.

1. Theater, Konzerte etc., gesellige Vereine . . .
2. Festlichkeiten in und außer dem Hause, soweit nicht schon bei den anderen Gruppen notiert . . . *M* ₰
3. Vergnügungs- und Erholungsreisen . . . . .
4. Sonstige Ausgaben . . .

Summa

XII. Allgemeine und unbestimmte Ausgaben.

Porti für Briefe etc., Droschken-, Omnibus- und andere Fahrgelder, Trinkgelder, Geschenke, Gaben für milde Zwecke etc. . . . . .

Summa

Womöglich sind die Ausgaben pro Person sowie die Qualia und Quanta einer Ware anzugeben.

Wir glauben zwar, daß dieses Schema für manche Wirtschaften noch zu spezialisiert, für andere nicht spezialisiert genug ist. Je nach den Verhältnissen werden dann von selbst Änderungen in dieser Gruppierung geboten sein.

Eine Erhebung von Ausgabebudgets müßte nun eine Sammlung von solchen, in bestimmten Gruppen zusammengefaßten Auszügen aus Haushaltungsbüchern sein. Leider ist die Führung derselben in den Familien bis jetzt eine Ausnahme, eine systematische Gruppierung der Ausgaben nach obiger Weise kommt noch seltener vor, stehen also einer Erhebung, mag sie nun zu einem Zwecke sein, welchen man will, nur selten Haushaltungsbücher zur Verfügung, so daß man bei den bisherigen Erhebungen, welche man hauptsächlich zur Orientierung über die Lage irgend einer Bevölkerungsklasse veranstaltete, oft zu anderen Hilfsmitteln greifen mußte, die dennoch oft zu richtigen Resultaten führten, was wir in der folgenden Zusammenstellung der bisherigen Litteratur bezüglich der Erhebung von Budgets der Privatwirtschaften sehen werden.

Wir können zunächst dieselben in zwei große Gruppen gliedern, und zwar wird die erste diejenige Litteratur enthalten, welche die Erhebung von Budgets zum Zwecke der Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse einer bestimmten Bevölkerungsklasse behandelt, die zweite diejenigen Schriften begreifen, welche die Erhebung von Budgets zu anderen Zwecken, z. B. zur Vergleichung der Ausgaben verschiedener Stände, zum Gegenstande hat. Die erste Gruppe wird die bedeutend größte sein und deshalb zweckmäßig noch in folgende Unterabteilungen eingeteilt werden.

Die Litteratur bezüglich der Erhebung von Ausgabebudget.

A. Der in der Land- und Forstwirtschaft und in der Gärtnerei als Arbeiter beschäftigten Personen.

B. Der in der Industrie, dem Bergbau und Bauwesen, sowie der im Handel und Verkehr als Arbeiter oder Handwerker beschäftigten Personen.

C. Der sogen. besseren Stände.

Eine Trennung der Litteratur sub B über die Erhebung von Ausgabebudgets der dort zusammengefaßten Bevölkerungsklassen war leider nicht möglich, da Erhebungen über die Budgets der im Handel und Verkehr beschäftigten Personen, ohne gleichzeitige Erhebung über solche von industriellen Arbeitern etc. nicht vorkommen, ein Auseinanderreißen einer Erhebung in zwei oder mehrere Teile aber nicht thunlich erschien. Überhaupt ist die Anzahl der Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der im Handel etc. beschäftigten Personen eine verschwindende. Diejenige Litteratur, welche zwei dieser drei Unterabteilungen (A. B. C.) begreift, wird am besten zwischen denselben erwähnt werden.

In jeder dieser Unterabteilungen der ersten, wie in der zweiten Gruppe wird die Litteratur nach ihrer chronologischen Aufeinanderfolge geordnet sein. Bezüglich jeder einzelnen Erhebung werden wir die Ursache und Art und Weise derselben, auch bei einigen wichtigeren die von dem betreffenden Autor daraus gezogenen Schlußfolgerungen anführen. Die Budgets selbst werden wegen der Übersichtlichkeit besser in einem Anhang zu diesem Kapitel in derselben Reihenfolge wie die betreffende Litteratur folgen.

Einer Kritik der verschiedenen Erhebungsmethoden werden dann die selbst in Halle erhobenen Budgets sich anreihen, bei deren Erhebung wir versucht haben, die Fehler zu umgehen, welche von uns in der vorstehenden Kritik gerügt sind. Dieselben sind am Ende des Anhanges aufgenommen. (S. XLIX—LVII.)

Eine Zusammenstellung der bisherigen Litteratur hat schon Ballin in seinem „Haushalt der arbeitenden Klassen" unter II: „Die Erforschung des Haushalts der arbeitenden Klassen im Deutschen Reiche" vorgenommen, doch ist er nur auf den Inhalt von wenigen Schriften näher eingegangen, hat die anderen vielmehr meistens nur erwähnt, viele ganz fortgelassen, so auch die natürlich, welche sich mit dem Wirtschaftsleben der bemittelten Klassen beschäftigen, daß durch diese Zusammenstellung vielleicht eine wünschenswerte Ergänzung und Vervollständigung erzielt wird. Soweit die Ausgabebudgets selbst offenbare Zeichen der Unrichtigheit an sich trugen, haben wir sie fortgelassen. Weiter haben wir die Budgets selbständiger, unverheirateter Personen nicht aufgenommen, 1) weil diese im Verhältnis zu der Mitgliederzahl der Familien nur eine geringe Zahl ausmachen, 2) weil ihre Lage, da sie nur sich selbst zu versorgen haben, eine relativ günstigere und deshalb ihre Ausgaben einen subjektiveren, mehr der Neigung der Personen entsprechenden Charakter haben. Durch den Umstand, daß sie von ihrem Verdienst nach Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse noch Summen erübrigen, die sie nach ihrer Neigung verwerten können, werden ihre Budgets untereinander und von denen der Familien sehr verschieden, deshalb nicht vergleichbar und für unsere Zwecke im nächsten Kapitel nicht verwendbar. Aus demselben Grunde haben wir die Budgets hauptsächlich nur von solchen Familien aufgenommen, in denen 2—4 noch nicht erwachsene Kinder sich befinden, da diese Kinderzahl am häufigsten vorkommt, und es klar ist, daß die Zahl und das Alter der Kinder von großem Einfluß auf die Höhe der Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse ist. Zum Beweise seien hier einige Zahlen aus dem Budget eines ledigen Arbeiters aus Halle, das von anderer Seite erhoben und uns zur Verfügung gestellt wurde, mit denen aus dem Budget unseres verheirateten Eisenbahnweichenstellers in Halle, dessen Familie noch aus seiner Frau und 2 Kindern von 5 und 2 Jahren besteht (S. L), zusammengestellt und verglichen. Beide Personen nahmen ziemlich gleichviel ein. Er gab aus für:

	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Reinigung	Steuern etc.	Versicherung
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
der Ledige . . .	328,00	98,00	108,00	52,00	24,00	12,00	41,60
„ Verheiratete	532,00	181,50	144,65	62,00	12,00	17,00	17,00

Es bleiben dem ersteren 324 Mk.,

„ „ „ letzteren 140 „ für sonstige Ausgaben und Ersparnisse.

Dann seien noch die Budgets von unserem Maler (S. XLIX) und Schneider (S. LII) aus Halle nebeneinander gestellt. Der Maler hat ein Kind, welches noch nicht erwachsen, der Schneider deren sechs. Da ihre Gesamtausgaben verschieden hoch sind, werden wir die Prozente der einzelnen Ausgaben von der Gesamtausgabe miteinander vergleichen.

Er gab nach seinem Ausgabebudget aus für:

	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Reinigung	Gesundheits-pflege	Versicherung	Erziehung	Rechtsschutz	Sonstige Ausgaben	Summa
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
der Maler . .	49,2	15,1	15,3	5,6	1,9	4,0	2,5	2,2	1,4	2,8	100
der Schneider	59,5	12,6	12,2	5,9	2,7	2,6	1,9	0,6	0,5	1,5	100

Zwar hat Engel versucht, die Gesamtausgaben einer Familie auf die Köpfe derselben nach Maßgabe ihrer Konsumtionsfähigkeit zu verteilen. Nach den Erhebungen des amerikanischen Statistikers Wright, Direktor des „Bureau for statistics of Labor“ in Boston, suchte er in dem „Rechnungsbuch der Hausfrau“ die Ausgaben auf Einheiten zurückzuführen, indem er ein Kind unter 10 Jahren gleich einer Einheit, ein Kind von 10—14 Jahren = 1,25 Einheit, eine männliche Person von über 15 Jahre = 2 Einheiten, eine weibliche Person von über 15 Jahre = 1,5 Einheit setzte. In einem Briefe an Ballin hat er dies Schema in folgendes umgeändert:

	Alter		Einheiten wenn männlich:	Einheiten wenn weiblich:
Eine Person von	0—5 Jahren	=	1,5	1,0
	6—10 „	=	1,8	1,2
	11—15 „	=	2,3	1,5
	16—20 „	=	2,8	1,8
	21—25 „	=	3,3	2,2

ohne für die Richtigkeit auch dieser Zahlen garantieren zu können. Es ist klar, daß dieses Schema der Wahrheit näher kommen wird,

als die Annahme einer gleichen Konsumtion aller Familienglieder, wie es meistens geschieht, oder die Annahme, daß die Kinder unter 14 Jahren halb so viel verbrauchen als die Personen über 14 Jahre, wie es z. B. in den „Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft in Baden 1883" (S. 18) geschehen ist. So lange aber ein allseitig anerkanntes Schema für die Verteilung der Ausgaben auf die Köpfe der Familie nicht existiert, ist es besser, eine bestimmte Familie als Einheit zu nehmen, um durch Annahme einer solchen Konsumtionseinheit die Resultate aus den schon an und für sich selten ganz genauen Budgets nicht zu rein hypothetischen zu machen.

I. Die Litteratur bezüglich der Erhebung von Ausgabebudgets zum Zwecke einer Orientierung über die wirtschaftliche Lage einer Bevölkerungsklasse.

A. Die Litteratur bezüglich der Erhebung von Ausgabebudgets der in der Land- und Forstwirtschaft und in der Gärtnerei als Arbeiter beschäftigten Personen.

Die ersten Spuren einer Beschäftigung mit der Erforschung der Ausgaben dieser Bevölkerungsklasse sind im Anfange dieses Jahrhunderts im Auslande zu suchen. So führt J. Wade in seiner „History of the middle and working classe, London 1833" an (S. 545), daß die Ausgaben einer englischen Tagelöhnerfamilie im Jahre 1762 sich auf 81 % für Nahrung, 3 % für Heizung und Licht, 5 % für Kleider und Betten, 2 % für Miete, 9 % für Krankheit und Wochenbett verteilten. In England war es dann besonders M. Fletscher in dem Anfang der 30er Jahre, welcher auf die Wichtigkeit der Erforschung von Haushaltungsbudgets überhaupt der arbeitenden Klassen hinwies.

In Deutschland gab das Jahr 1848 zuerst den Anstoß zu einer genauen Untersuchung der Verhältnisse der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, welche von dem Preußischen Landesökonomiekollegium ausging und deren Resultate in dem Werke von Prof. Dr. A. von Lengerke, „Die ländliche Arbeiterfrage, Berlin 1849" enthalten sind. Das Landesökonomiekollegium von Preußen legte nämlich folgende Fragen den landwirtschaftlichen Vereinen der Monarchie vor, um von der materiellen Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter Einsicht zu gewinnen.

1. Was bedarf der landwirtschaftliche Arbeiter zu seinem ökonomischen Lebensunterhalt nach der üblichen Lebensweise dieser Klasse?

2. Inwiefern ist derselbe nach den obwaltenden Verhältnissen im Stande, für diese Lebensbedürfnisse auskömmlich und nachhaltig zu sorgen?

3. In welcher Art und Weise befriedigt derselbe seine Bedürfnisse, wie lebt er, wie ist sein physisch-, geistig- und sittlicher Zustand beschaffen? endlich

4. Welche Ansichten werden im allgemeinen darüber gehegt, wie die materielle Lage des ländlichen Arbeiters und seine Zustände wesentlich und nachhaltig zu verbessern sein würden?

Das Zirkular, welches an die Vereine geschickt wurde und diese Fragen näher spezialisiert enthielt, war folgendes:

I. Was bedarf eine ländliche Arbeiterfamilie, deren Bestand im Durchschnitt auf 5 Personen anzunehmen ist, nämlich Mann und Frau, 2—3 Kinder, die das 14. Jahr noch nicht erreicht haben, oder etwa eine alte Person, Vater oder Mutter des Mannes oder der Frau, zu ihrem auskömmlichen Unterhalt nach der üblichen Lebensweise dieser Klasse von Leuten in einer bestimmten Gegend und zwar für 1) Wohnung, 2) Feuerung und Erleuchtung, 3) Nahrung, 4) Kleidung, 5) Viehfuttermittel, 6) Unterhaltung der Arbeitswerkzeuge und des Hausgeräts, 7) Salz, 8) Abgaben an Staat, Kirche, Schule, alles nach den Preisen der betreffenden Gegend zu Gelde gerechnet?

II. Ist der Arbeiter im stande, für diese Lebensbedürfnisse auskömmlich und nachhaltig zu sorgen?

Die Arbeiter wurden in drei Klassen geteilt, hinsichtlich dieser wurden folgende Spezialfragen aufgestellt:

1. Arbeiter, die, ohne selbst ein Grundeigentum zu besitzen, in einem kontraktlichen Dienstverhältnis zu einer Gutsherrschaft stehen und gegen gewöhnliche Naturalemolumente und ein fixiertes Tagelohn ausschließlich ihrer Herrschaft zur Verfügung stehen, also Dienstleute oder Feldgesinde.

Hinsichtlich ihrer würde anzugeben sein:

a) Welche Naturalemolumente sie beziehen an Wohnung, Garten, Ackerland etc.

b) Ob diese Emolumente ihnen zu Gelde gerechnet und der Betrag von ihrem Tagelohnverdienst abgezogen werde, oder ob sie dafür zu gewissen, unentgeltlich zu leistenden Diensten und zu welchen verpflichtet sind?

c) Welchen Tagelohn sie in beiden Fällen erhalten?

d) Ob auch ihre Frauen und sonstigen arbeitsfähigen Mitglieder verpflichtet sind, für die Herrschaft zu arbeiten und zu welchem Tagelohn?

e) Ob die Herrschaft verbunden ist, ihnen und ihren Frauen täglich Arbeit zu geben, oder ob dies nicht der Fall ist?

f) Ob sie auch den Erdrusch zu besorgen haben? welchen Drescherlohn sie in diesem Falle empfangen? und wie viel von jeder der Hauptgetreidearten der Mann täglich auszudreschen pflegt? auch insofern es thunlich ist, wie hoch sich etwa der Verdienst aus dem Erdrusch für einen Arbeiter im Jahre durchschnittlich beläuft?

g) Ob sie in irgend einer anderen Weise auf einen Anteil an dem Ertrag gesetzt sind?

h) Ob sie sich in der Regel eine Kuh, eine Ziege, ein Schwein und Federvieh halten oder nicht?

i) Ob sie noch irgend einen Nebenverdienst haben, z. B. durch Verkauf von Leinwand oder Butter oder Gänsen etc.?

2. Personen, die zwar ein kleines Grundeigentum besitzen, von dem Ertrage allein aber sich nicht ernähren können und deshalb noch Arbeit für Geld suchen müssen, Häusler und Kolonisten. Die Lage dieser Leute kann verschieden sein, im übrigen werden die auf ihre Lage bezüglichen Fragen mit denjenigen zusammentreffen, die sich auf die folgende 3. Klasse von Arbeitern beziehen.

3. Arbeiter, die weder in einem festen Dienstverhältnis stehen, noch auch ein eignes Grundstück besitzen, sondern zur Miete wohnen und sich ganz durch Arbeit zu ernähren haben, Einlieger, Heuerlinge.

a) Ob sich für diese Arbeiter in allen Jahreszeiten Arbeit findet und welche?

b) Ob auch Frauen und Kinder Gelegenheit zum Verdienst haben und welchen?

c) Welchen Tagelohn sie in den verschiedenen Jahreszeiten erhalten?

d) Ob sich auch Akkordarbeit vorfindet und welche? und zu welchem Tagelohn der fleißige Arbeiter es dabei bringt?

e) Ob auch Gelegenheit zu Nebenverdienst, insbesondere zu gewerblichem Nebenverdienst vorhanden ist und zu welchem?

f) Ob sich die Zahl dieser herrenlosen Arbeiter im Verhältnis zu den Dienstleuten vermehrt?

Bis zum Schluß des Jahres 1849 gingen 168 Berichte ein, 56 im Laufe des nächsten Jahres. Das Resultat der Beantwortung der ersten Frage war folgende Tabelle (S. I).

Das Resultat der Beantwortung der Frage II war:

1. Die Dienstleute sind durchweg im Stande, für ihre Bedürfnisse durch ihren Verdienst auskömmlich, wenn auch nicht überall nachhaltig zu sorgen.

2. Die Häusler. Ihre Lage ist im großen und ganzen weniger günstig als die der Dienstleute, ja sogar in mancher Gegend und vielen Fällen keineswegs besser als die der Einlieger oder Heuerlinge.

3. Einlieger. Ihre Existenz ist weit überwiegend eine dürftige und haltungslose.

Da die erwähnte Tabelle aus Erhebungen vieler Landwirte entstanden ist, von denen die einen dabei mehr auf ihre eigenen Erfahrungen, die andern mehr auf die Angaben der Arbeiter selbst gaben, die einen die Erhebung genauer, die anderen weniger genau nahmen etc., so kann sie natürlich nicht korrekte Resultate liefern, wie es ja schon unglaublich ist, daß in zwei benachbarten Regierungsbezirken, Düsseldorf und Köln, der eine Durchschnittsarbeiter 75 ℔, der andere 204 Thaler ausgiebt. Aber diese Erhebung war die erste, eine ganze und große Klasse der Bevölkerung umfassende in Preußen und deshalb und wegen ihrer Vergleichung mit der späteren Erhebung im Jahre 1873 sehr wertvoll, weshalb wir später noch einmal auf sie zurückkommen werden.

Es folgt nun eine größere Pause in der Beschäftigung mit dieser Frage; zu erwähnen ist hier ein Versuch zur Sammlung von Budgets ländlicher Arbeiter, der von Rodbertus, Rud. Meyer und Schuhmacher-Zarchlin ausging, dann die Arbeit von Wessely, „Die Einrichtung des Forstdienstes in Östreich, Wien 1861“; dort finden sich in Teil II, S. 160 ff. Angaben über den Verbrauch eines Knechtes in Steiermark an drei verschiedenen Orten etc., die wir wegen ihrer Unvollständigkeit und zweifelhaften Richtigkeit hier unerwähnt lassen wollen, doch ist zu bemerken, daß Wessely zuerst die Ausgaben für Kleidung etc. in % der Nahrung ausdrückt, was die Übersicht über das Verhältnis der Ausgabe für Nahrung zu den andern noch erleichtert.

Aus den 60er Jahren ist noch das Werk von A. Meitzen, „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Berlin, 1868—71“ zu erwähnen.

In den 70er Jahren häufen sich die Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiter bedeutend mehr. Am 22. Februar 1872 wurde von dem Kongreß deutscher Landwirte der Beschluß gefaßt, durch seinen Ausschuß eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der

landwirtschaftlichen Arbeiterklasse und Berichterstattung darüber an den nächsten Kongress, zu ernennen.

Die Motive zu diesem Beschlusse lauteten: „Die soziale oder die Frage: 'Wie ist den arbeitenden Klassen ein mit dem steigenden Nationalreichtum mitsteigender Lohn zu sichern?' hat sich immer mehr in den Vordergrund gedrängt und ist gegenwärtig Gegenstand amtlicher Untersuchung in Deutschland, Nordamerika und Frankreich geworden. Es ist wahrscheinlich, daß die Erfüllung der in dieser Frage liegenden Forderung nur durch Maßregeln erreicht werden kann, die vom Staate ausgehend ihren Hebel nicht nur an den Einzelbetrieben, oder auch nur an den verschiedenen Arbeiterklassen je besonders, sondern an dem nationalwirtschaftlichen Zustande im ganzen ansetzen.

Aber wie dem sein mag, jedenfalls ist die Erforschung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen eine unumgängliche Vorbedingung eines gedeihlichen Resultats jener amtlichen Untersuchung. Wie hoch ist heute der Arbeitslohn an den realen Gütern des Lebens gemessen? Ist dieser Reallohn vielleicht gar gefallen, während der Geldlohn gestiegen und dasreale Nationaleinkommen auch gestiegen ist? — Diese Erforschung, die unumgänglich den zu ergreifenden staatlichen Maßregeln vorangehen muß, kann aber allerdings, ja muß an den verschiedenen Arbeiterklassen je besonders vorgenommen werden; sie an den ländlichen Arbeiterklassen vorzunehmen, ist durch die allgemeine Dringlichkeit der sozialen Frage ebenfalls dringend geboten, liegt in der natürlichen Kompetenz eines Kongresses deutscher Landwirte und ist seiner großen Aufgaben auch sicherlich würdig."

Die Referenten der gewählten Kommission beschlossen, die zu bejahenden Fragen auf zwei Fragebogen zu verteilen, von denen der eine — A — das Einkommen, der andere — B — die sonstigen Verhältnisse der ländlichen Arbeiter umfassen sollten.

Von den Fragen des Bogens B interessiert uns am meisten die Frage 19: Wie hoch ist der Bedarf einer ländlichen Arbeiterfamilie von 5 Köpfen an Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Abgaben an Staat, Kirche und Schule, und an sonstigen Ausgaben in Geld veranschlagt?

Von dem Fragebogen A wurden 11000, von B 4000 Exemplare gedruckt und in alle Teile Deutschlands, hauptsächlich an landwirtschaftliche Vereine und einzelne hervorragende Landwirte mit der Bitte um Beantwortung gesandt.

Im Sommer 1873 gingen von diesen Formularen 1392 bezw. 716

beantwortet ein und bildeten so das Material zu dem Werke: „Die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich, Bericht etc., erstattet von Prof. Dr. Th. von d. Goltz, Berlin 1875“. Durch dieses Werk ist unsere Kenntnis über die Lage der ländlichen Arbeiter wesentlich bereichert worden.

Uns interessiert hauptsächlich die Beantwortung der schon erwähnten Frage 19 des Bogens B. Die Angaben auf der Tabelle, welche die Fragen und Antworten des Fragebogens B nach den Bezirken geordnet nebeneinander stellt, sind leider in dieser Beziehung oft nicht unerheblich von einander abweichend, was hauptsächlich von der Art der Erhebung und überhaupt von den verschiedenen Erhebungsmethoden der einzelnen Vereine etc. herrühren wird. Eine Wiedergabe der Budgets, zusammengefaßt nach den Regierungsbezirken, bez. Staaten, möge hier folgen. (S. II.)

Aus ihnen geht jedoch nach Prof. v. d. Goltz Meinung durch Vergleichung mit Lengerke sicher hervor, daß die Lebensweise der Arbeiter jetzt eine reichlichere als früher ist. So variiert in der Provinz Preußen der Jahresbedarf einer Familie nach der vorliegenden Enquête durchschnittlich zwischen 150—200 Thlr., nach Lengerke 1848 nur zwischen 71 und 113 Thlr. (Dies ist zwar noch kein Beweis für die reichlichere Lebensweise, denn es könnten durch Preissteigerung bei der alten Lebensführung so höhere Ausgaben bedingt sein.) Dem Werke sind noch beigefügt die Einnahme- und Ausgabebudgets einer Tagelöhnerfamilie aus der Pfalz und eines Gutstagelöhners aus Ostpreußen. Das letztere ist auch erwähnt in dem Werke des Prof. v. d. Goltz, „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung Danzig 1874“ und auch veröffentlicht in der Concordia, 1873, an welcher Stelle wir es bringen werden. Das erstere möge hier folgen. (S. XXI.)

In der Tübinger Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaften, Jahrgang 1879, finden wir weiter ein Budget einer grundbesitzenden Arbeiterfamilie von 6 Personen, wohnhaft auf einer Hallig an der Westküste von Schleswig, für 1875.

Dasselbe ist deshalb wertvoll, weil der Verfasser uns darin nur Zahlen giebt, welche entweder durch Rechnung belegt oder möglichst sorgfältig geschätzt sind. Es schließt sich in der Gliederung der Ausgaben an v. d. Goltz an. Das Budget besteht aus einer sehr genau spezifizierten Angabe der einzelnen Einnahmen und Ausgaben, der

Hausgeräte, Neuanschaffungen und Reparaturen etc., einer Berechnung der Naturalien und der übrigen Ausgaben für jedes Jahr. (S. III.)

Angaben über Einnahmen und Ausgaben finden wir auch in dem Bericht des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Preußens landwirtschaftliche Verwaltung in den Jahren 1878—80 und zwar am Ende des ersten Abschnittes, betreffend „Die Lage der preußischen Landwirtschaft in den drei Berichtsjahren".

Eine von den wenigen Schriften, welche näher auf das wirtschaftliche Leben der Forstarbeiter in Deutschland eingeht, ist die von Dr. Fr. Jentsch, „Die Arbeiterverhältnisse in der Forstwirtschaft des Staates, Berlin 1882". Die Gründerjahre der 70er Jahre hatten, wie er sagt, gezeigt, daß trotz aller Besonderheiten der Forstwirtschaft, welche ihre Arbeitskräfte den nächsten Einflüssen wirtschaftlicher Schwankungen entziehen, gleichwohl die Gefahr nie ausgeschlossen erscheint, daß die möglichen sozialen Umgestaltungen die forstliche Arbeiterfrage wieder zu einer brennenden machen können. Deshalb erschien es ihm interessant, auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslehre eine Darstellung der Bedingungen zu versuchen, nach welchen sich die Arbeiterverhältnisse im Forsthaushalte bilden. Aus dieser Darstellung ist für uns folgendes erwähnenswert.

Jentsch stellt die Erhebungen von v. d. Goltz, Mc. Culloch, Rau, Neßmann, Frief und Wessely über die Ausgaben der Arbeiter für Nahrung nebeneinander und schließt daraus und aus eigenen, die spezielle Lage der Forstarbeiter betreffenden Erwägungen, daß die Ausgaben des Arbeiters selbst für Nahrung 55% seines Gesamtlohnes ausmachen. Da nun ein innerer Konnex des Nahrungsbedürfnisses zu den anderen Bedürfnissen besteht, erscheint es ihm zulässig, diese letzteren auf das erstere als auf die Einheit zurückzuführen, gerade so wie es schon Wessely gethan hatte. Er thut dies, und indem er die 55% für Nahrung $= N$ setzt, erhält er 11% Kleidung $K = 0{,}2\ N$, 7% Wohnung $W = 0{,}13\ N$, 4% Beleuchtung und Heizung $H = 0{,}07\ N$.

Die Ausgaben der Familie, Frau und drei Kinder für diese Bedürfnisse setzt er gleich der Hälfte derer des Mannes, also $\frac{77\%}{2} = 38\%$ des Gesamtlohnes, den Verdienst der Frau = 33% desjenigen des Mannes, so daß also der Mann noch 5% seines Lohnes $= 0{,}09\ N$ zur Ernährung der Familie verwenden muß. Von den noch übrigbleibenden 18% des Lohnes des Mannes berechnet er 8% für Genußmittel, Staats- und Kommunalabgaben, Schulgeld $= 0{,}15\ N$, und 10% für Aufwand zur Erlangung höherer technischer Fertigkeiten und für

größere Opfer an Bequemlichkeit und Lebenssicherheit = 0,18 N, so daß also im ganzen der Lohn des Mannes = 1,82 N ist.

Es ist nun klar, daß es ganz willkürlich ist, die Ausgaben der Frau nebst 3 Kindern für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Feuerung und Beleuchtung = $\frac{1}{2}$ des Mannes zu setzen. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, die Ausgaben für Wohnung, Feuerung und Beleuchtung auf die beiden Parteien zu verteilen, ist es gar nicht denkbar, daß eine Frau mit 3 Kindern halb so viel zur Befriedigung aller dieser Bedürfnisse als der Mann allein brauchen sollte. Man denke nur an die Berechnung der Konsumtionseinheiten von Engel. Angenommen den Fall, Mann und Frau stehen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, und die Kinder sind alle noch nicht 5 Jahre alt, davon eines männlich und die anderen weiblich, so repräsentiert nach Engel der Mann 3,3, die Frau und die 3 Kinder zusammen 5,7 Konsumtionseinheiten, also Frau und Kinder brauchen fast noch einmal so viel als der Mann. Außerdem scheint mir der Verdienst der Frau zu gering, der Aufwand zur Erlangung höherer technischer Fertigkeiten etc. zu hoch angegeben zu sein.

Die ersten Erhebungen über die Lage eines ganzen Erwerbzweiges, welche von der Regierung eines Staates unternommen worden sind, sind diejenigen über die Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum Baden vom Jahre 1883, Karlsruhe 1884, deren Ergebnisse uns jetzt in 3 stattlichen Bänden mit einer, einen kleinen Band füllenden Übersicht vorliegen.

Aus dem Gesichtspunkte heraus, daß die ungünstige Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung eines Ortes in der Regel als das Ergebnis des Zusammenwirkens einer größeren Anzahl Faktoren sich darstellen, wie des Verhältnisses der anwesenden Bevölkerung zu dem zur Verfügung stehenden Areal, der klimatischen und Bodenverhältnisse, des Verhältnisses der verschiedenen Kulturarten und der verschiedenen Besitzarten zu einander etc., beschloß man die Erhebungen so weit zu erstrecken, daß die Wirkung aller dieser Faktoren zum Ausdruck käme.

Das mit dieser Absicht aufgestellte Programm der Erhebung zerfällt in 2 Hauptabschnitte; der erste fordert eine Schilderung der allgemeinen Zustände und Einrichtungen, unter denen die Landwirtschaft der betreffenden Gemeinde betrieben wird, Frage 1—7 des Programms, der zweite Abschnitt fordert die Schilderung der Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes selbst, indem er einerseits über die Konsumtions- und Rentabilitätsverhältnisse, anderseits über die Schuldverhältnisse Aufschluß erhalten will, Frage 8—9 des Programms; durch die Frage 10

endlich soll Gelegenheit gegeben werden, in den Berichten ein abschließendes Urteil über die Gesamtlage, über die Möglichkeit einer Besserung derselben und über die dazu dienlichen Mittel niederzulegen.

Bei der Auswahl der Erhebungsgemeinden, an Zahl 37, wurde auf die natürliche Gliederung des Landes nach Kulturzonen, auf die bäuerlichen Erbrechtsverhältnisse und auf die Verhältnisse der Gemeinde Rücksicht genommen, sodaß in möglichst gleichmäßiger Weise teils Gemeinden in notorisch günstigen, teils solche in mittleren, teils solche in notorisch ungünstigen Verhältnissen vertreten sind.

Als Organe für die Erhebungsarbeiten standen dem Ministerium hauptsächlich die Landwirtschaftslehrer zur Verfügung. Die Erhebungen begannen anfangs Juni und waren anfangs November beendet.

Was nun die Resultate der Erhebung der Konsumtionsverhältnisse anbetrifft, so liegt uns eine große Anzahl spezialisierter Haushaltsrechnungen vor. Sie sind nach eingehendem Befragen des Haushaltungsvorstandes seitens des Erhebenden von beiden zusammengestellt worden, und lassen wir eins hier folgen, soweit die Aufzeichnungen das Ausgabebudget der Haushaltung berühren. (S. IV.)

Wie wir sehen, sind leider die Ausgaben des Haushalts und der Gutswirtschaft nicht von einander getrennt gehalten. Der Arbeitslohn der Magd kann nur dem Haushalt oder nur der Wirtschaft., was wahrscheinlicher, oder beiden zugeteilt werden. Bei der Gebäudeunterhaltung sind die Wirtschaftsgebäude eingeschlossen. Eine Angabe des Wertes des Wohngebäudes und daher der Verzinsung desselben fehlt ganz. Unter den Versicherungsprämien sind auch die für die Wirtschaftsgebäude eingeschlossen etc. Angaben über den Verbrauch von Gemüse, Geflügel, Eiern, für Seife, Soda etc., Bücher, Zeitungen fehlen ebenfalls, und so ist es bei allen Budgets mehr oder weniger, sodaß von einer Verwertung des sonst so reichen Materials für unsere Zwecke leider keine Rede sein kann.

Erwähnenswert ist auch eine Abhandlung im Arbeiterfreund, 1884, „Zur Lage der ländlichen freien Arbeiter in einer der reichsten und fruchtbarsten Gegenden des preußischen Staates, im Magdeburgischen“. Von einem die sozialen Verhältnisse scharf beobachtenden und für das Wohl seiner Gemeinde treu sorgenden Pfarrer ist folgende Jahreseinnahme und -Ausgabe einer Arbeiterfamilie, die auf mehrjährige Beobachtung und Umgang mit den Arbeiterfamilien gegründet ist, eingesandt worden. Er hat zu Grunde gelegt eine ordentliche Arbeiterfamilie, in welcher der Mann unermüdlich thätig, die Frau sparsam ist, mit 3 schul-

pflichtigen Kindern der 1., 2. und 3. Kl. Er schickt Bemerkungen über die Jahreseinnahmen voraus. Sie schließen damit, daß

der Mann	250 Tage à 1 Mk. 50 Pf.,			
	50 „ à 2 „ — „	= 475 Mk.		
die Frau	60 „ à — „ 80 „			
	36 „ à 2 „ — „	= 120 „		
2 Schulkinder zusammen		40 „		
		635 Mk. verdienen.		

Dann folgen Bemerkungen über Gewohnheiten der Familie in Bezug auf die Nahrung, die Quantität und Qualität und Preise im einzelnen. Sie schließen mit folgender Zusammenstellung. (S. V.)

In der „Festschrift zur 50jährigen Jubelfeier des Provinzial-Landwirtschaftlichen Vereins zu Bremervörde, Regierungsbezirk Stade, Stade 1885“ finden wir auch im landwirtschaftlichen Teil C ein Kapitel 6 über die Arbeiter und Gesindeverhältnisse von H. Holtermann (S. 518). Dasselbe bringt uns unter anderem auch eine Tabelle über die Höhe des Lohnes der landwirtschaftlichen männlichen Arbeiter im Bezirke des Provinzial-Landwirtschaftlichen Vereins im Jahre 1884 und 1850, und zwar im Sommer und im Winter, mit und ohne Verköstigung, welche uns für die Feststellung der Lebensverteuerung in dortiger Gegend wichtig sein wird und wir deshalb hier folgen lassen. (S. VI.)

Die Lohnsätze für die landwirtschaftlichen Tagelöhnerinnen pflegen nach Holtermann durchschnittlich die Hälfte der Sätze für die Männer nicht zu übersteigen, doch ist von eigentlicher landwirtschaftlicher Tagelöhnerei durch Frauen dort kaum die Rede, so daß vom Verdienst des Mannes die Familie fast ausschließlich lebt.

Bei den durch Klima und Bodenbeschaffenheit dort meist bedingten hohen Lebensbedürfnissen dürfte der Verdienst des Mannes = 4,50 — 6,50 Mk. pro Tag nur eben zur Ernährung von Mann, Frau und einigen Kindern ausreichen. Doch ist dieser Verdienst aus dem Tagelohn nicht für die Lebenshaltung der Familie maßgebend, da fast sämtliche Familien noch nebenbei einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb haben. — Nach einer interessanten Schilderung des ganzen Haus- und landwirtschaftlichen Lebens der ländlichen Bevölkerung in den verschiedenen Distrikten bringt Holtermann uns im Anhang noch 4 Einnahme- und Ausgabebudgets von je einem Anbauer, Häusling, Tagelöhner und Kötner, von denen Nr. 1 und 2 typisch für die Geestedistrikte sind.

Die Angaben sind von sachkundigen Mitgliedern des Vereins ge-

macht und beruhen auf thatsächlichen Unterlagen. Leider sind sie nicht vollständig, da nur die baren Einnahmen und Ausgaben aufgeführt, aber nicht die Produkte und ihr Wert angeführt sind, welche in der Wirtschaft selbst gewonnen und auch dort verbraucht sind, weshalb sie für unsern Zweck nicht genügen.

Aus den Jahren seit 1870 seien noch „Der Bericht der von dem Mecklenburgischen patriotischen Verein ernannten Kommission zur Beratung über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter etc., Rostock 1873", enthaltend u. a. die Berechnung des Grafen Bassewitz „Über die Einnahmen von Mecklenburgischen Knechten und Mägden im Jahre 1873", sowie später „Der Jahresbericht des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für die Mark Brandenburg, 1877", und das Buch von Bürstenbinder „Die Landwirtschaft des Herzogtums Braunschweig, Braunschweig 1881" wegen der Berechnung der Einnahmen der landwirtschaftlichen Arbeiter, Knechte und Mägde hier erwähnt, und weil sie somit wertvolle Beiträge zur Erforschung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

Bevor wir uns zu der Litteratur bezüglich der Budgets der in der Industrie etc. beschäftigten Personen wenden, sind noch einige Schriften zu erwähnen. Dieselben bringen Budgets von Personen, von denen einige in der Landwirtschaft, einige in der Industrie thätig sind und endlich einige den besseren Ständen angehören.

Da ist zunächst die Arbeit von M. Villermé, „Tableau de l'état physique et moral des ouvriers, employés dans les manufactures de coton, de laine et de soie, Tome seconde, Paris 1840" zu nennen, in der nach einigen allgemeinen Bemerkungen über die materielle Lage der Arbeiter, ihre Wohnung, Kleidung, Nahrung, Einkommen, Ausgaben, Verbesserungen ihrer Lage von 1698 an 3 Arbeiterbudgets angeführt werden. Das erste ist das eines Fabrikarbeiters in Rouen, aufgestellt nach den Erhebungen zweier dortiger Fabrikanten, das zweite eines Arbeiters einer großen Stadt, das dritte eines ländlichen Arbeiters, die letzteren von einem Baron von Morogues 1832 nach Erkundigungen berechnet. Ich lasse dieselben hier folgen. (S. VII.)

Interessant ist es, daß, wenn wir in dem Budget des Fabrikarbeiters zu Rouen die Ausgaben des Mannes für Nahrung, Kleidung, Wäsche gleich 1 setzen, die Ausgaben für die Frau = 0,989, für das Kind von 6 Jahren ebensoviel, für den Arbeiter von 12—16 Jahren

sogar gleich 1,044 des Mannes betragen, ein Beweis dafür, wie falsch die Aufstellung sein muß.

Ein weit umfangreicheres Werk, welches wir ebenfalls einem Franzosen verdanken, ist dasjenige des Hütteningenieurs, Professors und nachmaligen Staatsrats Le Play: „Les ouvriers européens. Études sur les travaux, la vie domestique et la condition morale des populations ouvriers de l'Europe, Paris", das uns in der zweiten sechsbändigen Auflage von 1877/79 vorliegt und welches 45 bis ins einzelne spezialisierte Arbeiterbudgets aus Rußland, Skandinavien, Zentraleuropa, den Grenzländern von Frankreich, England und Frankreich bringt. Eine durch Le Play gegründete Gesellschaft behufs Ergründung der Arbeiterverhältnisse mit ihrem Organ „Les ouvriers des deux mondes" hat in demselben in der alten Spezialisierung weitere Arbeiterfamilien der wirtschaftlichen Analyse unterworfen. Die Veranlassung zu diesem großartigen Werke war, wie Le Play selber in der Vorrede zu der genannten Ausgabe sagt, folgende: „Beim Anblick des durch die Julirevolution von 1830 vergossenen Blutes gelobte ich, mein Leben der Wiederherstellung des sozialen Friedens zu widmen. Ich habe niemals dies Gelübde vergessen und ich biete jetzt dem Volke das Resultat meiner Arbeiten dar. Um das Geheimnis der besten Regierungsweise zu finden, welche den Menschen das Glück des Friedens verschafft, habe ich auf die Betrachtung der menschlichen Gesellschaft Gesetze angewandt, analog denjenigen, welche meinen Geist auf das Studium der Mineralien und Pflanzen gerichtet haben. Ich habe einen künstlichen Mechanismus aufgestellt, mit anderen Worten, ich habe eine Methode geschaffen, welche mir erlaubt, alle Nüancen des Friedens und der Zwietracht, des Wohlbefindens und des Leidens zu erkennen, welche in Europa die Gesellschaft darbietet."

Wie schon die Überschrift zeigt, war es ihm darum zu thun, die Lage des Arbeiters zu ergründen. Er versteht unter Arbeiter (Kapitel VII, § 1, S. 208) „diejenigen Individuen, welche mit ihren Händen Arbeiten verrichten, mit deren Produkten die gewöhnlichen Bedürfnisse der Gesellschaft versorgt werden". Die Budgets dieser Arbeiter sind nun Monographien, sie sind die Schilderung der thatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse einer ganz bestimmten Familie. Über die Erhebungsweise sagt er § 2, S. 220: „Die vielen Details, welche in der Monographie enthalten sind, können nur durch eine lange und genaue Enquête gesammelt sein. Der Beobachter muß in die einzelnen Teile der Wohnung dringen, die Möbel, die Utensilien,

Wäsche und Bekleidung aufnehmen, die Immobilien, die Höhe der disponibeln Gelder, das Material der Arbeiten, der Industrie und im allgemeinen des Eigentums der Familie schätzen etc. Noch delikatere Erforschungen sind diejenigen, welche sich auf das geistige und sittliche Leben und auf die Religion, auf die Erziehung, Erholung, die Gefühle der Verwandtschaft und Freundschaft, die Beziehungen mit den Patronen, Domestiken etc. erstrecken. Doch darf man nicht," fährt er fort, „eine Enquête forcieren, welche dann den Fehler hat, ungenau zu sein; man müsse sich zuerst das Vertrauen und die Sympathie der Familie sichern, indem man sie den Zweck, die öffentliche Nützlichkeit und die Gedanken, welche den Beobachter beseelen, erkennen läßt. Dann müsse man die Aufmerksamkeit und Unterstützung durch Erzählungen aufrecht erhalten, sie für die pekuniären Schäden und den Verlust an Zeit entschädigen, welche ihnen die Enquête auferlegt. Man müsse die Klugheit der Männer, die Schönheit der Frauen, die Artigkeit der Kinder loben und unter ihnen kleine Geschenke verteilen etc.".

Bezüglich der Wichtigkeit der Monographien sagt er Kapitel 7: „Überall besteht das Glück in der Befriedigung zweier hauptsächlicher Bedürfnisse. Das erste ist die Ausübung des mit dem Glauben verbundenen Sittengesetzes, das zweite ist der Genuß des täglichen Brotes. Die Methode der Monographie liefert nun das Mittel zu wissen, ein wie großer Teil der Ausgaben einem der beiden Bedürfnisse gewidmet ist etc. Nachdem 3 oder 4 Monographien vereinigt sind, wird immer konstatiert, daß neue derartige Studien zu keinem neuen Resultate führen. Eben in der Übereinstimmung und Allgemeinheit der durch eine kleine Anzahl von Monographien gegebenen Resultate besteht die Einfachheit und besonders die praktische Nützlichkeit der Methode."

Wir haben hier seine Worte wiedergegeben, um den hohen Wert zu beleuchten, welchen diese Budgets für eine genaue Erkennung der wirtschaftlichen Lage der in der betreffenden Gegend beschäftigten Arbeiter einer bestimmten Industrie haben. Die Einrichtung derselben ist nun folgende:

Vorgängige Betrachtungen.

I. Nähere Auskunft über den Ort, die gewerbliche Beschäftigung und die Familie.

§ 1. Zustand des Bodens, der Industrie und der Bevölkerung.

§ 2. Zivilverhältnisse der Familie.

§ 3. Religion und sittliche Gewohnheiten.
§ 4. Gesundheitspflege.
§ 5. Stand der Familie.

II. Existenzmittel der Familie.

§ 6. Eigentum.
§ 7. Unterstützungen.
§ 8. Arbeiter- und Industrieverhältnisse.

III. Art und Weise der Ausgaben der Familie.

§ 9. Nahrungsmittel und Mahlzeiten.
§ 10. Wohnung, Mobiliar und Kleidung.
§ 11. Erfrischungen.

IV. Geschichte der Familie.

§ 12. Hauptsächliche Lebenslagen.
§ 13. Sitten und Einrichtungen, welche das körperliche und sittliche Wohlbefinden der Familie sichern.
§ 14. Einnahmebudget des Jahres.
§ 15. Ausgabebudget des Jahres.
§ 16. Rechnungsabschluß.

V. Diverse Einzelheiten der sozialen Einrichtungen.

Diese Darstellungen, welche in allen Teilen Europas gesammelt sind, sind von Engel in Nr. 8 und 9 des Jahrgangs 1857 der Zeitschrift des statistischen Bureaus des Königl. Sächs. Ministeriums des Innern in der Arbeit über: „Die vorherrschenden Erwerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen, Teil 2: 'Das Gesetz der Dichtigkeit'“ und von Laspeyres in der Concordia, Jahrgang 1875, „Statistische Untersuchungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der sogenannten arbeitenden Klassen“, beides Arbeiten, auf die wir an anderer Stelle eingehen müssen, in eingehender und für unsere Zwecke wertvoller Weise verarbeitet worden, daß wir glauben, sie hier in der Hauptsache übergehen zu können. Wir wollen nur, um die Art und Weise der Gruppierung der Ausgaben zu geben, 3 Budgets deutscher Arbeiter anführen. (S. VIII—IX.)

Drittens sind in der „Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage“, die in Berlin 1872—76 erschien, Budgets veröffentlicht worden, die sowohl Personen der voraufgegangenen als auch der folgenden Kategorie angehören. Diese Zeitschrift hat verschiedentlich darauf hingewiesen, wie wichtig für eine sichere Beurteilung der arbeitenden Klassen es sei, genau zu wissen, wie viel eine Arbeiterfamilie zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse gebraucht. Wir lassen hier die Ausgabebudgets dreier ländlicher Arbeiterfamilien auf Domänen bei Wernigerode, aufgenommen von Regierungsdirektor v. Hoff daselbst, folgen. Er hat dieselben auf Grund sorgfältiger Ermittelungen zusammengestellt, welche sowohl bei den betreffenden Familien selbst, als auch bei anderen unbeteiligten Personen gemacht wurden. Die Einheitssätze sind pro Tag ausgeworfen, und nach denselben ist der Bedarf pro Jahr für die einzelnen Konsumtibilien berechnet worden; zugleich sind uns durch Herrn Professor Paasche in Marburg die Ausgabebudgets pro Tag von 11 landwirtschaftlichen, Chaussee- und Bergarbeitern in und bei Wernigerode 1873 zugegangen, die ebenfalls von Herrn v. Hoff erhoben sind, und über die eine allgemeine Übersicht in der Concordia enthalten ist. (S. X—XIII.)

Weiter möge hier folgen das Budget eines ländlichen Arbeiters in Ostpreußen, erhoben von Herrn Professor v. d. Goltz und dem Gutsherrn des betreffenden Arbeiters und zwar in der Weise, daß sie einige der verständigsten Arbeiter über ihre jährlichen Bedürfnisse ausfrugen; die gemachten Angaben wurden später noch von einer Anzahl benachbarter Gutsbesitzer geprüft und als mit denen ihrerseits hierüber erzielten Erfahrungen im wesentlichen übereinstimmend gefunden. (S. XIII.)

Weiter folge das Budget einer freien ländlichen Familie im Magdeburgischen. Einsender dieses hat seit einiger Zeit in seinem Dorfe bei Magdeburg Notizen zur Beantwortung der Frage gesammelt: „Wie hoch belaufen sich in jetziger Zeit die Einnahmen und die Ausgaben einer ländlichen Arbeiterfamilie von 5 Gliedern im Magdeburgischen? Nachstehendes hat sich ihm ergeben aus wiederholter Prüfung von Mitteilungen zuverlässiger Hausväter und Hausmütter aus dem Arbeiterstande, glaubwürdiger Handwerker und Krämer; dazu fügt er seine eigenen Berechnungen (S. XIV). Anschließend folgt eine Spezifikation der Kleidung des Hausvaters, der Mutter, der 2 Knaben und des Mädchens; Schulutensilien, Kaufmannswaren für eine Woche berechnet, dazu Bemerkungen über die Zahl der Ein-

nahmen und Ausgaben; endlich ist die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben beachtenswert. Sie gleicht sich aus entweder durch Mehreinnahmen oder durch verminderte Ausgaben, je nachdem die Verhältnisse günstig oder ungünstig sind. Bringen wir von der Gesamtausgabe $\frac{1}{5}$ für Notzeiten in Abzug (179 Mk.), so verbleibt eine Summe von 719 Mk., welche nahe an die durchschnittliche Einnahme von 729 Mk. heranreicht.

Endlich sind in derselben Zeitschrift in Nr. 10 des Jahrgangs 1875 13 Handwerker- und Arbeiterbudgets aus Königsberg in Preußen von A. Samter veröffentlicht worden. Derselbe hatte an Handwerker daselbst Fragebogen versandt, in denen zur Beantwortung folgender Fragen aufgefordert wurde:

Sind Sie verheiratet?

Wieviel Kinder haben Sie, die an ihrem Haushalt teilnehmen?

Was verausgaben Sie jährlich:

für Essen, Getränke?

„ Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung?

„ Schule und Bücher, Abgaben, diverse Ausgaben (Wäsche, Wirtschaftsgegenstände)?

Wieviel verdienen Sie? Was verdient Ihre Frau? Tragen die Kinder, die bei Ihnen sind, etwas zu Ihrem Haushalte bei?

Nach Ausscheidung der Budgets, deren Angaben unwahrscheinlich waren, blieben noch folgende übrig, die zum größeren Teil besser situierten Handwerkern angehören. (S. XIV.)

Jetzt gelangen wir zu einer Schrift, die schon mehrfach herangezogen eigentlich als Vorläufer dieses Teils unserer Arbeit zu betrachten ist, nämlich zu dem „Haushalt der arbeitenden Klassen, eine sozialstatistische Untersuchung von Ballin, Berlin 1883“. Der erste Teil, welcher uns nur vorliegt, hat nach einer kurzen Einleitung folgenden Inhalt:

I. Die Gliederung der arbeitenden Klassen des deutschen Reiches a) die landwirtschaftlichen Arbeiter; b) die industriellen und gewerblichen Arbeiter; c) das Gesinde.

II. Die Erforschung des Haushalts der arbeitenden Klassen im deutschen Reiche mit einem kurzen Kapitel „Die Aufnahme von Arbeiterbudgets“.

III. Haushaltsrechnungen des deutschen Arbeiters und Mittelstandes: a) landwirtschaftliche Arbeiter; b) industrielle und gewerbliche Arbeiter; c) Dienstboten; d) Mittelstand.

Der zweite Teil, dessen Erscheinen für Juni 1883 ankekündigt war, aber noch nicht erschienen ist, sollte enthalten:

I. Die Einnahmen der landwirtschaftlichen Arbeiter.
II. Die Einnahmen der industriellen und gewerblichen Arbeiter.
III. Die Einnahmen des Gesindes.
IV. Die Ausgaben der arbeitenden Klassen.
  1. Nahrung. 2. Kleidung. 3. Wohnung. 4. Feuerung.
  5. Sonstige Bedürfnisse.
V. Die Erforschung des Haushaltes der arbeitenden Klassen des Auslandes.

Die von ihm selbst erhobenen Budgets werden genau sein, da er zur Erhebung eines jeden nach seiner Aussage 3—4 mehrstündige Sitzungen mit dem betreffenden Haushaltungsvorstand gebraucht hat. Leider gehören die betreffenden Budgets mit zwei Ausnahmen, welche wir hier folgen lassen, nur Familien an, die nicht zu der Kategorie der Normalfamilien zu rechnen sind. (S. XV—XVI.)

B. Die Litteratur bezüglich der Erhebung von Ausgabebudgets der in der Industrie, dem Bergbau und Bauwesen, sowie der im Handel und Verkehr als Arbeiter oder Handwerker beschäftigten Personen.

Im Königreich Sachsen wurde zuerst und zwar im Jahre 1841 eine Untersuchung der industriellen Verhältnisse vorgenommen, wo die ersten Aufnahmen von Haushaltungen stattfanden, die jedoch der notwendigen Zuverlässigkeit entbehrten.

Eine Folge der früher erwähnten Anregungen von M. Fletscher war nun das bekannte Werk des belgischen Generalinspektors der Gefängnisse Ed. Ducpétiaux, „Budgets économiques des classes ouvrières en Belgique, Bruxelles 1855“, welches kurz nach dem ersten internationalen statistischen Kongresse in Brüssel, der im September 1853 tagte, im Jahre 1855 erschien. Doch stand es mit den Beschlüssen des statistischen Kongresses in keiner Beziehung, vielmehr war es die Frucht eines schon im Juni 1853 gefaßten Beschlusses der Zentralkommission für die Statistik in Belgien, Erhebungen von Haushaltungsbudgets der Arbeiter durch Provinzialkommissionen, deren Mitglieder sich freiwillig der Mühe unterziehen würden, zu veranstalten, sowie alle ökonomischen Thatsachen zu erforschen, die sich auf die Existenz des Arbeiters, seine Bedürfnisse, Gewohnheiten etc. beziehen. Sie sollten durch eine möglichst genaue Erhebungsweise

dazu dienen, seine Lage zu taxieren und in dieser Hinsicht eine Vergleichung zwischen den verschiedenen Landesteilen zu ermöglichen. Zugleich sollte dieser Versuch klar legen, ob diese Erhebungsweise genügend praktisch sei, um sie allgemein bei späteren Enquêten, die denselben Zweck verfolgen, annehmen zu können.

Es heißt dann weiter in der Schrift, die dem Minister des Innern überreicht wurde, um seine Genehmigung zur Erhebung und die Hilfe der betreffenden Behörden zu erlangen: „Die Zahlen, welche den Betrag jeder Ausgabe angeben, müssen Durchschnittssummen aus der Prüfung und dem Vergleich besonderer und identischer Berechnungen sein. Sie müssen die Lebensweise einer möglichst großen Zahl von Familien, die in analoger Lage sich befinden, erkennen lassen."

„Um möglichst genaue Durchschnittsresultate zu erlangen, wird es nötig sein, Angaben über den Haushalt eines städtischen und eines ländlichen Arbeiters zu sammeln und zwar in jedem Arrondissement oder wenigstens in jedem Bezirke, welcher von Natur von anderen verschiedene und ausgeprägte Typen zu enthalten scheint."

„Um den Zweck zu erreichen, welchen man sich vorgenommen, würde es notwendig sein, daß die Gouverneure dem Minister vor dem nächsten 1. August (in kaum 2 Monaten) die Antworten der Provinzialkommissionen übersendeten, damit die Zentralkommission Zeit habe, sie zu ordnen und sie zum Gegenstande einer zusammenfassenden Arbeit zu machen, welche dem Kongreß vorgelegt werden könnte. Es würde zugleich wegen der Uniformität der Antworten nützlich sein, wenn dieselben nach den beigefügten Mustern entworfen würden."

Der Vorschlag der Zentralkommission wurde von dem Minister genehmigt und den Provinzialkommissionen ihr Wirkungskreis zugewiesen, aber der Erfolg war zuerst ein sehr geringer. Bis zum Kongreß war nur eine geringe Anzahl von Budgets eingegangen, sodaß ihre Verarbeitung keine genaue und umfassende Übersicht über die Lage der Arbeiter gegeben hätte; später kamen mehr. Nach Aussonderung der Budgets, welche nicht die Garantie einer wünschenswerten Genauigkeit boten, blieben noch 200 übrig, deren Zusammenfassung in Tabellen in dem Ministerium des Innern auf den Bureaux der Statistik vorgenommen wurde. Alles übrige ist Ducpétiaux Werk.

Was nun das Buch selbst betrifft, so zerfällt es in zwei Teile, von denen der zweite Teil Betrachtungen über die Qualität der Nahrungsmittel, über die Löhne und das Wachstum der Bevölkerung in ihren Beziehungen zu der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter enthält. Der erste wichtigere Teil besteht erstens aus den Tabellen. Dieselben sind

entstanden, indem die Budgets nach den Kommunen, die einer Provinz angehören, zusammengefaßt, und daher soviel Tabellen als Provinzen vorhanden sind. In den Kommunen sind wieder die Arbeiter in drei Kategorien nach ihren Einkommen eingeteilt und ist, wenn möglich, von einem Durchschnittsarbeiter jeder Kategorie ein Budget angeführt worden. Dieselben sind, wie aus dem Gesagten hervorgegangen sein wird, nicht sogenannte Monographien, wie wir sie bei Le Play trafen, sondern der Ausdruck des Wirtschaftslebens mehrerer Arbeiter in derselben Lage, also eine Zusammenfassung mehrerer Arbeiterbudgets zu einem.

Die Gruppierung der Ausgaben ist im großen und ganzen dieselbe, wie sie vom internationalen Kongreß acceptiert wurde. Dieselbe lautet folgendermaßen:

Ausgaben (überall mit Angabe der Menge und des Preises der Gegenstände):

A. Ausgaben für die physische Erhaltung und zwar für:

a) Nahrung:

Brod (Weizen, Roggen, Mischfrucht), Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch, Eier, Fisch, Butter, Öl, Fett, Gewürze, Salz u. a., Thee, Kaffee, Zichorie, Bier, Apfelwein, Wein (im Hause verzehrt).

b) Wohnung (Anzahl der Räume).

c) Kleidung mit Unterscheidung derjenigen für Erwachsene und für die Kinder.

d) Betten oder Nachtlager.

e) Heizung.

f) Beleuchtung.

g) Wäsche.

h) Gesundheitspflege, Reinlichkeitspflege, Bäder.

i) Krankenpflege.

j) Erhaltung und Reparatur der Wohnung, Feuerversicherung.

k) Ankauf von Mobilien und Erhaltung derselben.

l) Steuern, Abgaben, Taxen.

m) Briefporti und diverse ähnliche Ausgaben.

n) Ausgaben für Berufsausführung (excl. Ankauf der Rohstoffe).

o) Ausgaben für die Garten- oder Feldbestellung (wenn die Haushaltung sich im Genusse des Ertrages eines Gartens oder eines Stück Landes befindet).

B. Ausgaben für kirchliche, moralische und intellektuelle Zwecke.

a) Gottesdienstliche Ausgaben.

b) Schulgeld.

c) Lehrgeld und verwandte Kosten.

d) Ausgaben für Bücher, Bilder etc.

e) Beiträge zu Vereinen für kirchliche, moralische und intellektuelle Zwecke.

f) Beiträge zu Kranken-, Invaliden-, Pensions-, Grabkassen.

g) Sparkasseneinlagen.

C. Ausgaben für Luxus.

a) Besuch von Kaffeehäusern, Schenken, Ausgaben für Spirituosen und gegohrene Getränke.

b) Tabak.

c) Spielverlust, Lotterie.

d) Putz.

e) Theater.

f) Feste und öffentliche Festlichkeiten.

g) Anleihen und Leihhausgebühren (bei Versetzung von Pfandstücken).

Nach jeder Tabelle einer Provinz, deren neun vorhanden, folgen Anmerkungen, einzelne spezifizierte Budgets, Bemerkungen über die Lebensweise in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.

Das so erhaltene reiche und wertvolle Material ist zuerst von Engel, dann von Laspeyres in den bei der Besprechung des Le Play'schen Werkes erwähnten Schriften verarbeitet worden, auf welche wir an anderer Stelle eingehen müssen.

Aus den sechziger Jahren ist nur die in der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statistischen Bureaus im Jahre 1868 veröffentlichte Arbeit des Geh. Regierungsrats Jacoby über „Arbeitslöhne in Niederschlesien" zu erwähnen.

Die siebenziger Jahre bringen nun eine Fülle von Arbeiten über den Haushalt der Privatwirtschaften. Ballin erwähnt, daß von sozialdemokratischer Seite 1872 im Pforzheimer „Genossenschafter" das Wochenbudget eines Gold- und Silberarbeiters veröffentlicht wurde: ähnliche Berechnungen hatten in demselben Jahre zu Nürnberg und in Lörrach in Baden stattgefunden, doch sind diese Budgets zum Teil mit bestimmten politischen Absichten aufgestellt, haben also keinen Wert.

Wichtiger ist die im Jahre 1873 erschienene Arbeit vom Professor Dr. Böhmert „Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrich-

tungen in der Schweiz, Zürich". Notwendigerweise mußte der Verfasser, um ein Gesamtbild über die Lage der Arbeiter zu erhalten, sich auch Budgets verheirateter und Angaben über die Kostgelder lediger Arbeiter aus verschiedenen Gegenden zu verschaffen suchen und dieselben miteinander vergleichen. Zu diesem Zwecke ließ er sich aus allen Kantonen darüber Berichte schicken. Die eingesandten Budgets und Angaben sind meistens von den Arbeitgebern zusammengestellt worden und können deshalb, wie wir später zu erwähnen Gelegenheit haben werden, nur annähernde Richtigkeit haben. Folgendes Budget ist aber von einem zuverlässigen Arbeiter nach eigenen Erfahrungen zusammengestellt worden und sei es deshalb hier erwähnt. Dasselbe ist leider nur ein Minimalbudget, denn es wirft z. B. keinen Etat für Seife, Soda, Faden, Gewürz, Strickgarn, Schnupf- und Rauchtabak etc. aus. Bedenklich ist auch, daß die Summe der Ausgaben nicht verdient wird, und wenn auch dieser Arbeiter durch ein kleines Vermögen die Ausgaben, die seinen Verdienst übersteigen, decken kann, so ist doch sein Budget nicht der Ausdruck der wirtschaftlichen Lage der Mehrheit der Schweizer Fabrikarbeiter. (S. XVII).

Mit der wirtschaftlichen Lage der Fabrikarbeiter in Schlesien beschäftigt sich die im Arbeiterfreund 1875 veröffentlichte Schrift des Geh. Regierungsrats Jacoby, dem wir schon einmal auf diesem Gebiete begegnet sind, „Über den neuesten Stand der gewerblichen Arbeitslöhne in Niederschlesien". Aus der richtigen Folgerung, daß man den realen Wert der Geldlöhne erst durch Aufmachung von Haushaltsrechnungen für Arbeiterfamilien ins Klare stelle, hat er sich durch Unterredung mit ordentlichen Arbeitern, deren Angaben er aufzeichnete und zusammenstellte, derartige Haushaltsrechnungen zu verschaffen gesucht. Von diesen scheinen mir folgende schon wegen ihrer Vollständigkeit noch am ersten geeignet zu sein, hier erwähnt zu werden. Daß dieselben auch nicht ganz genau sein können, ist nach der Erhebungsmethode selbstverständlich. (S. XVIII.)

Endlich beschäftigt sich mit demselben Gegenstande noch das Werk vom Bergassessor Frief, „Die wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter in Schlesien und die zum Besten derselben bestehenden Einrichtungen, Breslau 1876". Dasselbe wurde durch den Wunsch des Verfassers veranlaßt, einen möglichst vollständigen Überblick über die zum Besten der Fabrikarbeiter in der Provinz Schlesien bestehenden Einrichtungen bei der im Laufe des Sommers 1876 in Brüssel stattfindenden internationalen Ausstellung für Gesundheitspflege und Rettungswesen zu geben, bei welcher in

einer besonderen Abteilung auch diejenigen Einrichtungen zur Anschauung kommen sollten, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter bestehen. Im ersten Abschnitt, „Die wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter" betitelt, bringt er uns in dem Abschnitt über die Bedürfnisse einer Fabrikarbeiterfamilie nach einigen Angaben von Solger über die im Jahre 1858 entsprechenden Verhältnisse oberschlesischer Arbeiter, aus denen hervorgeht, daß die Ausgaben für Nahrung im Jahre 1876 fast ebensoviel als die Ausgaben für den gesamten Hausstand im Jahre 1858 ausmachen, zunächst drei Ausgabebudgets von Arbeitern mit 3, 5 und 6 Mitgliedern, die nach von sachkundiger Seite gemachten Mitteilungen zusammengestellt sind und wir folgen lassen. (S. XIX.)

Wie wir sehen, steigern sich gemäß der Zunahme der Kinder die Gesamtsausgaben, als ob der Arbeiter bei Zunahme der Familie auch zugleich immer mehr verdiente; das mag häufig der Fall sein, weil der Arbeiter, wenn er älter, auch geschickter wird, und die Kinder, wenn sie über 14 Jahre alt werden, häufig mit verdienen helfen. Oft aber wird sich die Nahrung verschlechtern, es werden mehr Kartoffeln, weniger Fleisch genossen, um mit denselben Einnahmen die gesteigerten Ansprüche an die Quantität bestreiten zu können.

Dann hat Frief noch das von K. Schwedler angeführte Budget, welches wir später erwähnen werden, in die Preise von 1876 umgerechnet, welche Umrechnung hier folgt. (S. XX.)

Dagegen sehr wertvoll ist die Enquête über Hausstand, Einnahmen und Ausgaben schlesischer Fabrikarbeiterfamilien, welche von dem Verfasser selbst ausgeführt wurde. Er sandte zu diesem Zwecke im Dezember 1875 ungefähr 350 Exemplare eines Fragebogens von nachfolgender Beschaffenheit an Vertrauenspersonen nach allen Teilen der Provinz mit Ausnahme von Breslau, und zwar an Arbeitgeber behufs weiterer Verabfolgung an die Arbeiter und an Personen, die dem Arbeiterstande gesellschaftlich näher standen. Das Formular ist so gebildet, daß seine Resultate mit den Erhebungen von Le Play und Ducpétiaux verglichen werden können. Dasselbe lautet:

I. Der Hausstand der Familie zu Kreis . . . . besteht aus dem Manne, der Frau, . . . Kindern über 14 Jahre, . . . Kindern unter 14 Jahren, . . . Angehörigen, zusammen aus . . . . Personen, von denen

Einnahmen haben der Mann als . . jährlich . . . Mark,
die Frau „ . . „ . . . „
die Kinder „ . . „ . . . „
Angehörige „ . . „ . . . „
sodaß der gesamte Hausstand jährlich einnimmt . . . Mark.

II. Die Ausgaben desselben betrugen

a) für Nahrung, b) Kleidung, c) Wohnung, d) Beleuchtung und Heizung, e) versch. Geräte, f) Kirche und Schule, g) Steuern und Versicherung, h) Kranken- und Sparkassen, i) persönliche Bedürfnisse . . . . Mark.

so daß die Gesamtausgaben betrugen . . . . Mark.

Von den versandten Fragebogen gingen 238 ein, von denen 3 gänzlich unbrauchbar waren. Die übrigen 235 Budgets hat er in einer Tabelle zusammengestellt. Das ganze so erhaltene wertvolle Material hier anzuführen, würde wohl ohne Nutzen sein, doch werden wir nicht ermangeln, an der betr. Stelle die Resultate, die Frief gezogen und die noch daraus gezogen werden können, anzuführen.

Im Jahre 1875 wurde von dem Mittelrheinischen Fabrikantenvereine eine Enquête über den Sachlohn der Arbeiter angestellt, und zwar glaubte man am besten durch Aufstellung und Sammlung von Arbeiter-Budgets zu diesem Ziele zu gelangen, die eine bis ins kleinste ausgearbeitete Darlegung der Ausgaben und Einnahmen eines bestimmten Haushalts während einer Woche enthalten sollten. Auch war eine Sammlung von Budgets früherer Jahre in Aussicht genommen; leider ist dieses Unternehmen als vollständig verunglückt zu betrachten, so daß wir nicht näher darauf eingehen.

Einen Beitrag für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage der industriellen Arbeiter am Rhein bringt die Schrift von Thun „Die Iudustrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Leipzig 1878."

Es sei hier ein Buch erwähnt, welches zwar außereuropäische, nämlich amerikanische, Arbeiterverhältnisse behandelt, aber einen Deutschen zum Autor hat. Im Jahre 1876 reiste A. v. Studnitz nach Nordamerika und machte dort zur Basis seiner „Untersuchungen über die nordamerikanischen Arbeiterverhältnisse, Leipzig 1879" ein Circular, welches er an alle statistischen Bureaux etc. sandte; er bat darin um Auskunft über

I. Die allgemeinen Arbeiterverhältnisse in den Vereinigten Staaten.
II. Den Einfluß der Gesetzgebung auf den Arbeitmarkt.
III. Die Löhne.
IV. Die Arbeitszeit.
V. Das Verhältnis der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern.
VI. Das häusliche Leben des Arbeiters. Seine Wohnung, das Budget einer Arbeiterfamilie, Zahl der Kinder und von welchem Alter, Miete, Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Erholungen

in einer abgegrenzten Zeit. Andere Ausgaben. Detaillierung der Ausgaben.

VII. Die Initiative des Arbeiters zur Verbesserung seiner Lage.

VIII. Arbeitseinstellung und Arbeitssperre.

IX. Arbeiterpresse.

X. Was hat das Publikum zur Wohlfahrt der arbeitenden Klassen gethan?

Uns interessiert hauptsächlich die Beantwortung der Frage VI. Das Resultat der Antworten ist folgende Tabelle, deren Angaben auf Mitteilungen des statistischen Bureau in Washington beruhen und den Durchschnitt einer sehr bedeutenden Zahl von Individualangaben bilden. Zu ihrem Verständnis sei bemerkt, daß die Zahl der Familienmitglieder aus 2 Erwachsenen und einer wechselnden Zahl von Kindern bestand, und daß sich die Anfragen auf gelernte und ungelernte Arbeiter, aber nicht auf Werkführer erstreckten. Sämtliche Zahlen beziehen sich auf 1874. (Siehe S. XXII.)

Sehr eingehende Darstellungen der Arbeiterverhältnisse besitzen wir für Elsaß. Hier hat besonders die „Société industrielle de Mulhouse“ außerordentlich viel Segensreiches geschaffen und darüber eingehend berichtet. In letzter Beziehung ist zu nennen: „Enquête décennale sur les institutions d'initiative, destinées à favoriser l'amélioration de l'état matériel et moral de la population dans la Haute-Alsace. Rapport présenté à la Société industrielle par son comité d'utilité publique à l'occasion de l'exposition universelle de 1878. Paris et Mulhouse 1878.“ Dieser Bericht enthält neben Mitteilungen über die vielen und großartigen Wohlfahrtseinrichtungen, die im Ober-Elsaß für die Arbeiter geschaffen worden sind, auch solche über Löhne und Preise, Wohnungs- und Haushaltungsverhältnisse. Von 16 Familien ist der Bedarf für Nahrung, getrennt nach Brod, Fleisch, Milch, Krämerwaren und sonstigen Nahrungsmitteln, ferner die Ausgaben für Kleidung, Wohnung und andere Bedürfnisse angegeben, und da hier wirklich typische Arbeiterfamilien ausgewählt wurden, so sind diese Angaben von großem Werte. Wir entnehmen dieselben den Annalen des deutschen Reichs 1879. (S. XXIII—XXIV.)

Von den statistischen Bureaux der Städte wurde die Erforschung der Arbeiterbudgets auch in die Hand genommen, und zwar wurde dieselbe in der Konferenz der Direktoren der statistischen Bureaux deutscher Städte unter Vorsitz des Direktors des statistischen Amts

von Berlin, Herrn Geh.-Rat Böckh, im Oktober 1878 beschlossen. Das Schema für die Gliederung der Ausgaben wurde, wie folgt, festgesetzt:

A. Wohnung: Zahl der Räumlichkeiten, ob besondere Küche, Lage der Wohnung nach hinten oder vorn, wie viel Treppen hoch; Mietspreis jährlich.

B. Mobiliar und Hausgerät: Bei gemieteten Möbeln: Mietspreis, bei eigenem Mobiliar: Wert und Unterhaltungskosten desselben, sowie Neubeschaffung, Küchengerät.

C. Heizung: Art und Quanta derselben; Angabe, ob die für Küche und Wäsche verbrauchten Quanta mitgegriffen sind; Kostenpreis, Zeit und Dauer der Heizung.

D. Beleuchtung: Art und Quanta, thatsächliche Kosten; Zeitdauer der regelmäßigen Beleuchtung.

E. Nahrung: Bei Einzelnen: Was kostet das Frühstück, bestehend aus

Mittagsessen, bestehend aus
Abendessen, „ „

und bezüglich auch 2tes Frühstück und Vesper. Bei eigenem Haushalt: Wie hoch stellt sich monatlich der Verbrauch an Fleisch, Eiern, Fisch, Gemüse, Kartoffeln, Brod, Kaffee, Milch, Butter, Bier oder sonstigen Nahrungsmitteln? Zu welchem Preise werden dieselben bezogen und wie hoch stellt sich der monatliche Aufwand für Nahrung überhaupt? Wo werden die einzelnen Mahlzeiten verzehrt, im Arbeitsraum, in der eignen Wohnung oder im Wirtshaus?

F. Kleidung und Wäsche: Wieviel Kleidung wird durchschnittlich im Jahre verbraucht? Und wie hoch stellt sich der Preis der einzelnen Arten (Rock, Hose, Weste, Stiefel, Hut)? Wäsche: Jährlicher Verbrauch; wieviel ist auf Anschaffung und Reparatur und wieviel auf Waschen zu rechnen?

G. Steuern: Höhe der Personalsteuern für Staat und Kommune und sonstige direkte Abgaben.

H. Gesundheits- und Krankheitspflege: Wirklicher Bedarf, bezüglich Krankenkassen-, Sterbekassen- und Versicherungsbeiträge, Bäder.

I. Unterricht und geistiges Bedürfnis: Wirklicher Bedarf, Beiträge zu einem Handwerker- oder Arbeiterbildungsvereine. Für Kinder: Schulgeld und sonstige Kosten des Unterrichts, Zeitung, Bücher etc.

K. Sonstige Bedürfnisse: Worin bestehen dieselben orts-

üblich? Preise derselben, Tabak, Branntwein und Sonntagsvergnügungen.

L. Ersparnisse.

Als Typen für diese Erhebungen wurden die Fabrikarbeiter der Metallindustrie, Tischlergesellen, Zigarrenarbeiter, Schneidergesellen, Schuhmacher, Maurer, Drucker, Schreiber, Tagelöhner bezeichnet und zwar mit Unterscheidung der Familienväter und der Einzellebenden, ferner die Fabrikarbeiterinnen in der Textilindustrie, Schneiderinnen, Näherinnen, Wäscherinnen. Bei den Familien wollte man besonders solche mit drei oder vier Kinder beobachten, wobei die Altersstufen von 2, 6 und 10 Jahren zu Grunde zu legen waren. Darauf wurden von gemeinnützigen Vereinen zu Berlin und Frankfurt Arbeiterbudgets eingeschickt und im Jahrgang 1881 des statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin veröffentlicht. Es sind im ganzen Budgets von 7 ledigen und 8 verheirateten Arbeitern aus Berlin und von 9 ledigen und 5 verheirateten Arbeitern aus Frankfurt. Leider beruhen dieselben nur auf ungefähren Schätzungen der betreffenden Arbeiter selber, weshalb wir sie hier übergehen.

Zugleich wurden im Sommer 1880 an eine Anzahl von Personen der arbeitenden Klasse Bücher verteilt, in welchen die Ausgaben für Nahrungsmittel wöchentlich, die übrigen monatlich niedergeschrieben werden sollten; leider wurden dieselben nur von einem Tischler und Schlosser vollständig geführt, deren Budgets, weil die Inhaber unverheiratet, wir nicht anführen.

Auch die Concordia, „Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter", welche in Mainz 1879—82 erschien, bringt uns im Jahrg. 1882 einige Arbeiterbudgets. Dieselben entstanden, indem an die Magistrate großer Städte, sowie an die Fabrikinspektoren Fragebogen über die Löhne und Arbeitszeiten, sowie die Preise der Lebensmittel und Wohnungen geschickt und die ausgefüllt zurückgeschickten veröffentlicht wurden. Diese Budgets beruhen also auch mehr auf Schätzung als auf Originalaufzeichnungen der Arbeiter. Doch lassen wir sie folgen, soweit sie vollständig und richtig zu sein scheinen. (S. XXV.)

Wenn auch nicht eigentlich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen von Waldarbeitern,. so doch mit denen der Bewohner von Walddörfern beschäftigt sich das bekannte Werk von Gottlieb Schnapper-Arndt, „Fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus, Leipzig 1883". Dasselbe ist in seiner Art als das eingehendste und beste Buch zu betrachten, welches bis jetzt über diesen

Gegenstand geschrieben ist. Leider konnte es aber wegen seiner Genauigkeit nur einen sehr kleinen Teil Deutschlands behandeln, dessen Bewohner noch dazu eine exzeptionelle Stellung zu den anderen Vertretern der arbeitenden Klasse einnehmen. Wenige werden auch wohl so viel Zeit und Geld haben, um Jahre lang sich derartigen Erhebungen ausschließlich widmen zu können, weshalb solche Arbeiten nur vereinzelt vorkommen.

Schon im Jahrgang 1880 der von A. Wagner & Schäffle herausgegebenen „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ veröffentlichte er eine Beschreibung der Wirtschaft eines Uhrschildmachers im Badischen Schwarzwalde, erhoben 1878. Nach einer detaillierten Schilderung des Zivilstandes, Besitzes, Erwerbs, der Wohnung, Kleidung, Nahrung, geistigen Bedürfnisse, Gesundheitszustandes, der Geschichte und Zukunft der Familie stellt er die Einnahmerechnung der Familie auf, die sich aus Einnahmen aus 1) dem Besitz, 2) Gemeindenutzung und Gratiszuwendung, 3) der Arbeit zusammensetzt. Derselben folgt eine Konsum-Rechnung, die wir nach unserem Schema wiedergeben. Es ist darin überall in zwei verschiedenen Kolumnen der Betrag der konsumierten Werte 1. in natura, 2. gegen bar bezogen angegeben. Dieselben sind wie bei Le Play in 4 größere Gruppen zusammengefaßt und zwar in I. Nahrung, II. Hauswesen, III. Kleidung und Schmuck, IV. moralische Bedürfnisse, Vergnügungen, Reinlichkeit und Körperpflege, Krankenpflege, Dienstleistungen des Staats und der Gemeinde, gerichtliche Unkosten, Strafen, Verluste. Am Schlusse folgt noch eine Zusammenstellung und Vergleichung der Einnahme und Konsumrechnung und einige Anmerkungen über die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. (S. XXVI—XXVII.)

Diese Arbeit fand durch die Sorgfalt der Erhebungen schon damals ungemeines Interesse bei den Statistikern. So hatte Schnapper-Arndt zu dieser Aufnahme dreißig mehrstündige Sitzungen bei dem Uhrschildmacher mit Berechnungen und Erwägungen zugebracht, ein Beweis für die große Gründlichkeit der Aufnahme. Ebenfalls Monographien sind die Budgets, die in dem zuerst genannten Werke enthalten sind; leider entsprechen diese Familien den Anforderungen der sogenannten Normalfamilie nicht, weshalb wir die Zahlenangaben derselben hier auch nicht aufführen wollen, jedoch wird über die Art der Aufstellung etc. derselben manches zu sagen sein.

Anlage 7 bringt uns die Monographie einer besitzlosen Chausseearbeiterfamilie in einem Feldbergdorfe nebst Einnahme- und Verbrauchsberechnung, aufgenommen im Frühjahr und Herbst 1877. Die

Erhebung derselben und die Verbrauchsberechnung entsprechen denen des vorigen Budgets.

Anlage 8 bringt uns die Konsum- und Geldausgaben einer Landwirtschaft treibenden Nagelschmiedfamilie während des Jahres 1876. In diesem Budget sind noch die Ausgaben für die letzten drei vorhin genannten Gruppen in 5 Kolonnen verteilt worden. In Kolonne I sieht man die Abnutzung des älteren Inventars, also desjenigen, welches in diesem konkreten Jahr weder gegen Geld noch Arbeitsmühe, noch gratis erlangt worden, sondern einfach überkommen ist. Kolonne II giebt dann die im Laufe des Jahres in natura erlangten und zugleich wieder verbrauchten Werte an. Die Kolonnen III und IV weisen nur die Geldausgaben nach; aber nur mit einem Teile reichen sie in die Abteilung Konsum hinein, nämlich mit demjenigen, welcher den Dingen oder der Quote derjenigen Dinge entspricht, welche im Laufe des Jahres konsumiert werden, bez. als konsumiert angenommen werden können. Mit dem anderen Teile greifen sie über den Jahreskonsum hinaus und lassen erkennen, was von der verzeichneten Ausgabe zur Erhöhung des Inventarwerts im folgenden Jahre gereicht hat. Man vergleiche z. B. Abteilung II Hauswesen. Die jährliche Abnutzung einer älteren Tapete, welche alle 5 Jahre erneuert wird, ist in Kolonne I, die Ausgaben für Anstriche, die thatsächlich im betreffenden Jahre stattgefunden haben, aber noch ein Jahr vorhalten, zur Hälfte in Kolonne II, zur andern in Kolonne III eingestellt; ein etwa im Jahre angekaufter Anzug, welcher 5 Jahre vorhält, mit $^1/_5$ in Kolonne III und $^4/_5$ in Kolonne IV berechnet. Demnach ergiebt eine Addition von I, II und III den Jahreskonsum, eine solche von III und IV die Geldausgaben. Ein Vergleich von I und IV läßt erkennen, inwiefern die Neuanschaffung der Abnutzung des Inventars entspricht. Die Summe in Kolonne V „der in natura bezogene und auf das Inventar des folgenden Jahres sich übertragende Wert“ gehört eigentlich in das Einnahmebudget. Den Ausgaben folgt noch eine genaue Berechnung der Anschaffungskosten des Inventars eines Bettes, der Mobilien, des Hausgeräts, der Kleidung nebst Angaben über die Unterhaltungskosten.

Endlich sind in Anlage 9, No. 7 Angaben aus der Haushaltung eines Handstrickers im Kreise Biedenkopf, aufgenommen im Herbst 1875.

Wir finden noch in der Zeitschrift des Königl. Sächs. Stat. Bureaus, 31. Jahrg. 1885, Heft 3 und 4, „Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung der Handweber im Bezirke der Amtshauptmannschaft Zittau von R. v. Schlieben. Von den in Bezug auf das Ein-

kommen gemachten Erhebungen sei hier nur erwähnt, daß nach den Steuerabschätzungslisten 1885 daselbst

1042 Weber, d. i. 42,53 %, 255,13 Mark p. a.
736 „ „ „ 30,04 %, 343,76 „ „ „
672 „ „ „ 27,43 %, 506,75 „ „ „

also im Durchschnitt 350,77 Mark verdienen, ein Zeichen, wie arm der größte Teil der Handweber dortselbst ist. Was die Lebenshaltung der Handweberfamilien betrifft, die uns hier hauptsächlich interessiert, so wurde durch sorgfältige Spezialuntersuchungen, welche von, mit mündlichen Instruktionen versehenen, mit der Handweberei und den örtlichen Verhältnissen vertrauten Personen geführt worden, die gesamte Lebenshaltung einzelner Handweberfamilien thunlichst genau festgestellt, wobei das Augenmerk darauf gerichtet wurde, daß nicht nur eine möglichst große Anzahl Ortschaften und die verschiedensten Branchen der Handweberei Berücksichtigung fanden, sondern daß sich auch die Fragesteller an besonders zuverlässige Familien wandten, die zum Teil schriftliche Aufzeichnungen über ihre Einnahmen und Ausgaben besaßen. Aus 18 Ortschaften des Erhebungsbezirks gingen durch besondere Fragebogen ermittelte Angaben über die Lebenshaltung von 52 Handweberfamilien ein, von denen wir 40 Budgets in nachfolgender Tabelle bringen. Soweit die Angaben durch eine zu niedrige Schätzung selbst gebauter Kartoffeln und Früchte, sowie die Ausgaben für Vergnügen zu niedrig angegeben sind, haben wir sie zu verbessern gesucht. Diese Handweberfamilien sind viel wohlhabender als der Durchschnitt der gesamten Handweberfamilien, da sie im Durchschnitt 592,98 Mark ausgeben. (S. XXIX—XXX.)

Es folge noch ein ausgefüllter Fragebogen zur Ermittelung der Lebenshaltung einer Weberfamilie in Hayn bei Oybin, soweit er das Ausgabebudget berührt. (S. XXVIII.)

Die Ausgaben für Nahrung, Seife etc., Beleuchtungsmaterial sind also pro Woche erhoben, und bei den einfachen Verhältnissen der Handweber genügt das auch, was die allgemeine Übereinstimmung der Einnahmen und Ausgaben zeigt.

Hier seien noch eine Zusammenstellung der Lebensmittelpreise in einzelnen Weberdörfern des amtshauptmannschaftlichen Bezirks Zittau in den Jahren 1855, 65, 75, 85, sowie einige Angaben über Lohnerhöhungen seit 1852 ca. angeführt. (S. XXXI.)

Endlich liegt uns „Der Jahresbericht der Königl. Sächs. Gewerbe- und Berginspektoren für 1885 vor, der uns unter V Mitteilungen über die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der

Arbeiterbevölkerung, Wohlfahrtseinrichtungen etc. bringt, deren relativ günstige wirtschaftliche Lage unwillkürlich zu einem Vergleiche mit der traurigen der Handweber desselben Kreises herausfordert. Wir entnehmen aus diesem Abschnitt des Jahresberichts folgendes:

Die Inspektion in Leipzig hatte sich von einer Anzahl Arbeiter Aufstellungen ihrer wöchentlichen, beziehentlich jährlichen Ausgaben unter Anführung des regelmäßigen Verdienstes geben lassen. Da von den Leuten nur selten Ausgabebücher geführt wurden, konnten diese Aufstellungen derartigen Büchern auch nur in seltenen Fällen entnommen werden, sondern es wurden die Ausgaben einer oder zweier Wochen zu Grunde gelegt und die jährlichen Ausgaben darnach berechnet. Wenn auch die Erhebung nur einer Woche bei den einfachen Verhältnissen z. B. der Handweber im Kreise Zittau genügt, um daraus sichere Schlüsse auf die Ausgaben des ganzen Jahres zu machen, so haben doch die industriellen Arbeiter des Bezirks Leipzig schon ein zu hohes Einkommen, sie nehmen im Durchschnitt 1162 Mark ein, als daß diese Erhebungsweise zu genauen Resultaten führen konnte. Die Angaben der Ausgaben pro Woche sind meistens zu hoch gegriffen, daher auch das Mißverhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe, das sich in vielen Fällen findet. Von 16 angeführten Arbeitern fand sich bei 11 ein Defizit von durchschnittlich 165 Mark. Im übrigen sind die Verzeichnisse von Haushaltungsvorständen zusammengestellt, die von den Arbeitgebern als ordentliche Leute bezeichnet wurden. Von den 16 angeführten Haushaltungsüberschlägen sind im Anhang 5 spezialisiert angeführt, von denen wir eins folgen lassen, da es ohne Defizit schließt. (S. XXXII.)

Interessant sind noch folgende Bemerkungen in dem Jahresbericht: Im Kreise Zwickau waren die Mietspreise für Arbeiterwohnungen in der Stadt 60—105 Mk., in den Dörfern 45—72 Mk., also in der Stadt um circa 42 % höher als in den Dörfern. In Dresden und Meißen ist ein erheblicher Rückgang der Brodpreise trotz der Billigkeit des Getreides nicht zu beobachten gewesen. Die Fleischnahrung der Arbeiterbevölkerung hat aber in Dresden und Plauen zugenommen, da beispielsweise in Dresden der jährliche Fleischverbrauch pro Kopf $38^1/_2$ kg, 1885 42 kg betrug. Dieser Mehrverbrauch ist jedenfalls mehr auf die Fabrikarbeiter als auf die bemittelten Klassen der Bevölkerung zurückzuführen.

Eine Erhebung über die Verbreitung des Branntweins in Fabriken veranstaltete im Frühjahr der Vorsitzende des Dresdener Bezirksvereins, Geh. Reg.-Rat Dr. Böhmert. Von 106 deutschen Betrieben

mit etwa 104000 Arbeitern liefen Beantwortungen der ausgesandten Fragebogen ein. Die Erhebung lieferte folgende Auskunft über die Ernährung der Arbeiter.

Es hatten von hundert

	männl. —	weibl.
	Arbeitern	
ungenügende Ernährung (vorwiegend Kartoffeln, Butterbrod, Kaffee)	8	26
annähernd genügende (teilweise Fleischnahrung)	26	23
gute und ausreichende, welche wenigstens bei den Hauptmahlzeiten ziemlich regelmäßig aus Fleisch besteht	55	40
sehr gute, wobei nicht nur das Mittagsessen aus Fleisch besteht, sondern auch beim Frühstück und Abendbrot zuweilen Fleisch, Wurst, Eier etc. genossen wurden	11	11
	100	100

Hiernach ist die Quote derjenigen, die sich ungenügend ernähren, bei den weiblichen Arbeitern viel größer als bei den männlichen, was aus der Putz- und Vergnügungssucht der Fabrikmädchen sich erklären läßt.

Als Übergang zu der nächsten Gruppe der Litteratur sind die von Paul Dehn gesammelten Haushaltungsbudgets zu erwähnen, welche in den Annalen des deutschen Reichs, Jahrg. 1879—81 veröffentlicht sind. Derselbe wurde dazu durch den Gedanken veranlaßt, daß, wo man soziale Schäden heilen, soziale Wirren lösen will, man die öffentliche Aufmerksamkeit auf den thatsächlichen Boden lenken müsse, in dem sie entstehen. In Deutschland sei zu wenig dafür gethan. Die Budgets sollten nun, indem sie ganz objektiv die thatsächliche finanzwirtschaftliche Lage einer Anzahl deutscher Haushaltungen darstellten, Beiträge zu weiteren, auf besserer Kenntnis der Verhältnisse beruhenden Erörterungen der sozialen Frage in Deutschland sein. Die folgenden Budgets sind also alle Monographien, doch beruhen sie nicht sämtlich auf originalen Aufzeichnungen der betreffenden Haushaltungsvorstände, sondern sind zum Teil nur Schätzungen derselben. Außer den schon vorhin erwähnten Budgets Oberelsässischer Arbeiter im Jahrg. 1879 mögen von den in dem Jahrg. 1880 und 81 veröffentlichten einige erwähnt werden. (S. XXXIII—XXXVI).

C. Die Litteratur bez. der Erhebungen von Ausgabebudgets der sogenannten besseren Stände.

Gegenüber den Erhebungen von Budgets der unteren Klassen ist diejenige von Budgets der sogenannten besseren Stände sehr vernachlässigt worden, und dies ist auch kein Wunder, da, je wohlhabender eine Familie ist, desto schwieriger die Ausgabebudgets zu erheben sind. Wir haben deshalb nur eine Schrift zu nennen, welche uns einige Budgets aus dem Mittelstande bringt.

Die „Sozial-Korrespondenz von Böhmert & Studnitz" veröffentlicht dieselben im Jahrgang 1882, sie sind Auszüge aus geführten Haushaltungsbüchern. (S. XXXVII.)

II. Litteratur über die Erhebung von Budgets zu bestimmten Spezialzwecken.

Im Jahre 1866 hat Pfeiffer in seinem Buche „Die Staatseinnahmen, Stuttgart 1866" sich von 5 Familien einer größeren Stadt, deren jede, abgesehen von den Dienstboten, aus 5 Köpfen besteht, genaue Angaben über ihren jährlichen Verbrauch zu verschaffen gesucht und zwar von Haushaltungen, welche als Beispiele einer geordneten und regelmäßigen Wirtschaft unter den bestimmten Lebensverhältnissen gelten konnten. Er hatte dies gethan, um durch die Vergleichung der fünf Budgets nachzuweisen, daß die Ärmeren durch die Aufschlagssteuern bei weitem mehr belastet würden, wie die Reichen. In der Tabelle, welche diese fünf Budgets zusammenfaßt und die wir hier folgen lassen, repräsentiert A. dasjenige eines hohen Staatsbeamten mit bedeutendem Repräsentationsaufwand, B. dasjenige eines reichen Bankiers, der mit Equipage und Dienerschaft Luxus treibt, C. dasjenige eines wohlhabenden Kaufmanns, D. dasjenige eines Beamten, der mit 900 Thlr. standesgemäß auskommen muß, E. dasjenige eines Arbeiters mit 300 Thlr. Verdienst; die Budgets sind leider nicht vollständig. (S. XXXVIII.)

Die Litteratur führt uns nun in das Ausland und zwar nach der Schweiz. Im Jahrg. IX. der Zeitschrift für Schweizerische Statistik erschien 1873 ein Aufsatz von Chatelanat, Sekretär des Berner Statistischen Bureaus, „Die Lebensverteuerung und die Staatsdienerbesoldungen. Ein Beitrag zur Besoldungserhöhungsfrage; I. Teil „Die Lebensverteuerung." Der Zweck der Arbeit war darzuthun, daß im Verhältnis zur Preissteigerung der zur Befriedigung des Menschen nötigen Güter die

Gehälter nicht in dem Maße gestiegen seien. Im ersten Teil „der Lebensverteuerung" sucht er nachzuweisen, in welchem Maße in den 27 Jahren von 1845/50 bis 1870/72 die Preise gestiegen sind. Nach einem Überblick über die Ursachen, welche auf die Gestaltung der Preise von Einfluß sind, wie die Edelmetallproduktion, die Produktionskosten der Konsumtibilien, die große Transportrevolution der letzten Jahrzehnte, geht er zur Berechnung der Lebensverteuerung über, die sich aus der Preissteigerung der Waren und dem Mehrverbrauch derselben zusammensetzt. Um diese Lebensverteuerung, als auch speziell die durch Preissteigerung, und ihre Wirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse der Bevölkerung zu konstatieren, führt er mehrere Budgets aus dem Handwerker- und Subalternbeamtenstande in Gestalt von Monographien aus dem Jahre 1872 an und rechnet die Quantitäten der im Jahre 1872 verzehrten Konsumtibilien etc. in Preise der Jahre 1840—50 um. Weiter hier auf die Arbeit einzugehen wäre unnütz, da wir an anderer Stelle auf sie zurückkommen müssen, und wollen wir hier nur die aufgestellten Budgets folgen lassen. Es ist bei den ersten 4 zu beachten, daß es sich bei ihnen nicht um die Feststellung der Gesamtsumme des Verbrauchs, sondern darum handelt, das Verhältnis des Verbrauchs der Lebensbedürfnisse zu ermitteln, und daß nur der zum Lebensunterhalt nötige Verbrauch in Betracht kommt. Das letzte Budget, obgleich vollständig, ist nur als annähernder Durchschnittsmaßstab zu betrachten. Von den 5 Budgets ist eben nur das 4te der Auszug aus dem Haushaltungsbuche einer Familie, die anderen sind nur nach ungefähren Berechnungen zusammengestellt. (S. XXXIX—XXXXII.)

Wie Chatelanat, so hat in Deutschland K. Schwedler „Arbeitslöhne in der Schlesischen Textilindustrie und Unterhaltsbedarf in den letzten 10 Jahren", Arbeiterfreund, Jahrg. 1874, die Lohnbewegung mit der der Preise verglichen und zu diesem Zwecke eine Tabelle, enthaltend die Preisbewegung der Lebensmittel etc. innerhalb der letzten 10 Jahre unter Berücksichtigung des Konsums in einer Arbeiterfamilie von 4 Personen (Mann, Frau, 2 Kinder), aufgestellt. Der Verfasser ist Geschäftsführer des Konsum-Vereins in Wüstegisdorf in Schlesien und hatte in dieser Eigenschaft die beste Gelegenheit, einen tiefen Einblick in die Lohn- und Verbrauchsverhältnisse der Arbeitnehmer zu erhalten und die Preisbewegung des Unterhaltsbedarfs festzustellen. Wir glauben deshalb, daß die Tabelle genau und ein wertvoller Beitrag zur Feststellung der Lebensverteuerung nur durch Preissteigerung

ist; wir werden deshalb später auf sie zurück kommen müssen. (S. XXXXIII—XXXXIV.)

Es mögen hier noch zwei Schriften genannt werden, deren Zweck bei der Aufstellung ihrer Budgets ähnlich dem von Chatelanat in der erwähnten Arbeit befolgten der war, die Lebensverteuerung und die Gehälter bezw. die Löhne miteinander zu vergleichen, um daraus die Berechtigung der Beamten auf Gehalts- resp. der Arbeiter auf Lohnerhöhung zu untersuchen. Die Art und Weise, die Ursache der Entstehung der Budgets in der einen Schrift „Beteiligung am Gewinne und Nationalversorgung, Braunschweig 1876" von Oberbaurat Dr. H. Scheffler wird am besten aus des Autors eigenen Worten hervorgehen:

„Ehe wir uns zu der Art und Weise, wie die Beteiligung der Beamten und Arbeiter am Gewinne praktisch zu gestalten sei, wenden, ist es unerläßlich, eine Betrachtung über die Minimalbesoldungen und Arbeitslöhne anzustellen, welche dem Personale außer dem Gewinnanteile zu bewilligen sein werden. An die Spitze dieser Betrachtung stellen wir die Frage, ob die gegenwärtig herrschenden Besoldungen und Löhne, sowie die Preise der Lebensbedürfnisse zu hoch sind, und ob sie eine Ermäßigung gestatten oder erwarten lassen.

Eine mathematische Formel für die Angemessenheit der Löhne und Preise giebt es nicht: man muß sich also zur Beurteilung dieser Frage an allgemeine Symptome halten. Hierzu dient eine vergleichende Übersicht der Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse und der Arbeitslöhne der Beamten und Arbeiter. Nach diesen Preistabellen sind zugleich die Gesamtkosten des Haushalts einer aus 6 Personen bestehenden Beamten- und Arbeiterfamilie in der Stadt Braunschweig berechnet. Wiewohl diese Kosten nicht blos nach der Kopfzahl der Familien, sondern auch nach den individuellen Bedürfnissen und Gewohnheiten variieren, auch durch andere, teils notwendige, teils auf Luxus beruhende Ausgaben für Steuer, Gesundheitspflege, Schulgeld, Vergnügungen etc. vermehrt werden, so dürften doch die aus den Endsummen der letzteren Tabelle sich ergebenden Verhältniszahlen in ziemlich zutreffender Weise die Steigerung der Bedürfnisse in den gedachten Perioden für eine gleich starke Familie darstellen."

Dies ist aber nicht der Fall. Erstens hat Scheffler nicht die Steigerung der Bedürfnisse in der Periode dargestellt, sondern die Steigerung der Ausgaben für dieselben Bedürfnisse. Zweitens angenommen, daß er dies gewollt hat, können wir uns nicht mit der Art und Weise seines Verfahrens einverstanden erklären. Er hat z. B. für Fleisch,

Butter, Kaffee gleiche Qualitäten in seinen beiden Budgets des Beamten und des Handwerkers zur Anrechnung gebracht. Dann scheinen uns die Ansätze für den Schuhmacher im Verhältnis zum Schneider bei dem Arbeiterbudget zu hoch, ebenso diejenigen für Fleisch, Weißbrot, Butter, im Gegenteil diejenigen für Kartoffeln und Hülsenfrüchte zu niedrig zu sein. Überhaupt ist das Arbeiterbudget nach unserer Meinung zu günstig dargestellt. Wenn der Bahnarbeiter, wie Scheffler selbst angiebt, 20—22 Sgr. pro Tag im Jahre 1876 verdiente, wo sollte er das Geld hernehmen, um allein für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung 465,3 Thaler ausgeben zu können? Er verdient ja kaum mehr als die Hälfte. Soll vielleicht die Frau die andere Hälfte verdienen? Wir haben aus diesen Gründen diese Budgets hier unerwähnt gelassen.

Die andere Schrift ist „Die Verteuerung des Lebensunterhalts und Staatsdienerbesoldungen“ von Kollmann, Oldenburg 1876. Der Verfasser sucht die Unzulänglichkeit der Staatsdienerbesoldungen in Oldenburg darzuthun und vergleicht zu diesem Zwecke die Ausgaben einer höheren Beamtenfamile mit 3 Kindern und einem Dienstmädchen im Jahre 1850 mit denen im Jahre 1875. Um eine derartige Berechnung anzustellen, sind vorgängig die sorgfältigsten Ermittelungen über den mutmaßlichen Bedarf vorgenommen und namentlich die Erfahrungen einsichtsvoller und durchaus kundiger Personen zu Rate gezogen worden. Diese Forschungen haben zu dem nachstehenden Ergebnisse geführt. Die Bedürfnisse, welche eine solche Familie zur standesgemäßen Existenzbefriedigung in den Jahren 1850—75 im allgemeinen gehabt haben wird, dürften in folgenden näher angeführten Gegenständen begriffen sein. (S. VL.)

Endlich sind uns von Herrn Prof. Dr. Conrad drei Budgets gütigst zur Verfügung gestellt worden, die er selbst in Jena resp. Mühlhausen zu dem Zwecke gesammelt hatte, neben der Feststellung der Verschiedenheit in dem Konsum verschiedener Bevölkerungsklassen die Belastung jeder derselben durch die indirekt wirkenden Steuern zu konstatieren. Diese Budgets sind bis jetzt noch nicht veröffentlicht und lassen wir dieselben Seite IVL—IIIL folgen [1]).

---

1) Erst nach Abschluß der Arbeit kommt uns die Schrift von Ignaz Gruber „Die Haushaltung der arbeitenden Klassen“, Jena 1887, in die Hände, weshalb es nicht mehr möglich war, dieselbe zu erwähnen.

Zu der Erhebung voraufgegangener Ausgabebudgets seien noch einige Worte über die Art und Weise derselben hinzugefügt, die, wie wir gesehen haben, eine sehr verschiedene gewesen ist. Und dies mußte der Fall sein, je nachdem die Erhebungen

1) von Privatpersonen,
2) von größeren wirtschaftlichen Korporationen, wie landwirtschaftlichen und Fabrikanten-Vereinen und
3) von Staats- oder Kommunalbehörden

veranstaltet wurden, welcher Moment wieder auf ihren Umfang, den Zweck, welchen sie verfolgten, und auf die Zeit, in der sie vollendet sein sollten, von großem Einfluß sein mußte.

Der Privaterhebung sind meistens keine Grenzen bezüglich der Zeit, wohl aber ihrer Ausdehnung gesetzt, sie wird deshalb nur wenige Budgets, aber diese genau erheben können. Die Erhebung von Budgets durch größere wirtschaftliche Genossenschaften ist meistens bezüglich der Zeit, weniger des Umfangs beschränkt. Sie wird deshalb eine größere Anzahl von Budgets, aber diese weniger genau erheben können. In der Art und Weise der Erhebung von Budgets durch staatliche und andere Behörden endlich sind zweierlei Möglichkeiten vorhanden. Entweder geschieht dieselbe in der Form einer statistischen Aufnahme oder einer Enquête. Bei Erhebung von Detailfragen geht man am besten in der Form einer Enquête vor. Wo eben die Verhältnisse, die festgestellt werden sollen, nicht überall gleichmäßig erhoben werden können, muß man die Erhebung in einer spezialisierten Weise an einzelnen Orten für die einzelnen Zwecke besonders durchführen. Stellt man aber Erhebungen an, die einen Aufschluß allgemeiner Art geben sollen, wird die statistische Aufnahme angebracht sein. Es werden so viel wie möglich Fragebogen gleicher Beschaffenheit verteilt und die aus den ausgefüllten Fragebogen gewonnenen Resultate generalisiert. Für spezielle Untersuchungen würde man durch die statistische Aufnahme nicht überall das Richtige erhalten.

Die amtliche wie die private Statistik werden sich auch hier gegenseitig ergänzen müssen. Während die erstere und diejenige der wirtschaftlichen Korporationen, auf viele mehr oder weniger korrekte Budgets gestützt, sichere Resultate zu gewinnen sucht und dies auch kann, da die Unrichtigkeiten der einzelnen Budgets sich ausgleichen oder in der Masse der Budgets verschwinden, sucht die Privatstatistik auf wenige, aber bis ins einzelne genaue Budgets, welche den Durchschnitts- oder sogenannten Normalfamilien der betreffenden Bevöl-

kerungsklasse entnommen sind, zu demselben Resultate zu kommen, außerdem noch schätzenswerte Einzelheiten dem Erhebenden bietend.

Für den Statistiker selbst sind nun noch folgende Momente zu beachten.

Nehmen wir die umfassendste und wichtigste, nämlich die Erhebung von Arbeiterbudgets heraus, so ist es zuerst von Wichtigkeit, ob die Erhebung bei den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern geschieht. Bei den widerstreitenden Interessen derselben ist es kein Wunder, wenn ein Budget nach den Angaben eines Arbeitgebers ein ganz anderes Gesicht trägt, als das nach den Angaben des Arbeitnehmers aufgestellte. Der Arbeitgeber wird oft, selbst nach bestem Wissen, den Naturalwert des Geldlohns wie den Wert der gelieferten Naturalemolumente zu hoch, der Arbeiter zu niedrig anrechnen, so daß das Budget nach Angaben des ersteren mit einem Überschuß, des letzteren mit einem Defizit schließt, während das Richtige in der Mitte liegt. Da ist es also von großem Nutzen, wenn die Budgets von der anderen Partei durch vorurteilsfreie Männer kontrolliert werden. Geschieht dies nicht oder kann es nicht geschehen, dann sind die von zuverlässigen Arbeitern den von Arbeitgebern aufgestellten Budgets vorzuziehen, da dieselben über ihre Verhältnisse am besten orientiert sein müssen und unwahrscheinliche Angaben durch Vergleichung mit anderen Budgets den Blicken des geübten Statistikers nicht entgehen.

Weiter ist es von Bedeutung, wie und was damit eng zusammenhängt, in welcher Zeit die Erhebung der Arbeiterbudgets vor sich geht. Wenn geführte Haushaltungsbücher nicht vorliegen, und dies ist meistens der Fall, so kann eine genaue Erhebung nur in längerer Zeit, in kurzer Zeit nur eine weniger genaue Erhebung stattfinden. Das genaueste Haushaltungsbudget wird immer ein Auszug aus einem Haushaltungsbuch sein, welches ein Jahr lang geführt und kontrolliert worden ist. Auch Auszüge aus Haushaltungsbüchern, die nur $^1/_2$ oder $^1/_4$ Jahr oder einzelne Monate, selbst Wochen geführt worden sind und aus denen das Budget eines Jahres berechnet ist, kann an Genauigkeit dem ersten nahe kommen, wenn bei der Berechnung des Jahresbudgets genügend Rücksicht auf die Konsumtionsverhältnisse der verschiedenen Jahreszeiten und auf die wechselnden Einnahmeverhältnisse genommen werden ist. Wird das Haushaltungsbuch noch kürzere Zeit geführt, also vielleicht nur 14 oder 8 Tage, in denen natürlich nur die täglich wiederkehrenden Ausgaben, also hauptsächlich für Nahrungsmittel, aufgeschrieben werden, und aus diesen Angaben der Verbrauch an Nahrungsmitteln, durch Schätzung die Ausgaben für

die anderen Bedürfnisse pro Jahr berechnet werden, so kann man nur bei einfachen Verhältnissen, wie z. B. die der Handweber in Sachsen sind, zu richtigen Resultaten gelangen. Andernfalls verhindert selbst die schärfste Kontrolle und die Berücksichtigung der vorhin genannten Umstände nicht, daß die erhaltenen Budgets entweder zu hoch oder zu niedrig sind, wie die Budgets der industriellen Arbeiter des Königreichs Sachsen es uns gezeigt haben. Meistens sind sie zu hoch, indem der Haushaltungsvorstand, von dem Konsum bei gutem Verdienst ausgehend, glaubt, daß derselbe sich das ganze Jahr gleich bleibt, und er seine Nahrungsbedürfnisse in demselben hinreichenden Maße befriedigen kann. Anderseits sind dann auch die Angaben über den Gebrauch an Kleidung, Heizung und Beleuchtung etc. pro Jahr oft zu hoch angegeben, da man nicht daran denkt, daß in Zeiten schlechten Verdienstes einmal die Stube nicht geheizt oder beleuchtet wird, ein Rock noch ein halbes Jahr länger halten muß als sonst. Wo also ein Defizit in einem solchen Budget erscheint, ist es meistens darauf zurückzuführen, denn lange kann ein Arbeiter mit Schulden nicht existieren, und man kommt dem wahren Ausgabebudget am ehesten nahe, wenn man die Ausgaben auf die Einnahme reduziert, indem man die Ausgaben für die entbehrlichsten Bedürfnisse demgemäß beschränkt. Zu niedrige Ausgabebudgets kommen seltener vor und werden meistens von landwirtschaftlichen Arbeitern aufgestellt, die ihren Lohn zum Teil in Naturalemolumenten bekommen, indem dieselben den Geldwert dieser Emolumente zu gering anschlagen und daher ihre wirtschaftliche Lage schlimmer erscheint, als sie ist.

Daß auch ohne Führung von Haushaltungsbüchern genaue Haushaltungsbudgets aufgestellt werden können, zeigen die Budgets von Schnapper-Arndt. Aber immerhin müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Haushaltung einfache, es müssen die Vorstände derselben zuverlässige Leute sein, oder es muß der Erhebende oft mit dem Vorstande verkehren, ihn ausforschen, damit man mit dieser jedenfalls unangenehmen Erhebungsweise auch richtige Resultate bekomme. Geschieht dies nicht, sucht man nur aus allgemeinen Erkundigungen, die man bei den Leuten einzieht, nach eigenem Ermessen die Budgets aufzustellen, wie es geschehen ist, so kommen jene Produkte zu Tage, die eher alles andere sind, als auf wahren Verhältnissen beruhende Ausgabebudgets.

Während wir uns bis jetzt nur mit der Erhebungweise derjenigen Haushaltungsbudgets beschäftigt haben, die seit Le Play als Monographien bezeichnet werden, sind noch diejenigen zu erwähnen, welche

aus den vereinigten Angaben vieler Familien in derselben wirtschaftlichen Lage entstanden, man füglich als Durchschnittsbudgets bezeichnen kann, wie sie von der Belgischen Enquête über die Lage der industriellen Arbeiter 1853 und in denjenigen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter von 1849 und 1873 in Preußen erhoben worden sind. Sie haben vor den nur durch Angaben einzelner Haushaltungsvorstände entstandenen Monographien den Vorzug, daß die Unrichtigkeiten dieser Erhebungsweise bei ihnen mehr und mehr verschwinden; ja man kann im Zweifel sein, ob sie nicht den Monographien, die Auszüge aus Jahre lang geführten Haushaltungsbüchern sind, mindestens gleich stehen, da ein solches Durchschnittsbudget die Lebensweise einer ganzen Klasse der Bevölkerung fixiert, während der Monographie die individuellen Eigentümlichkeiten einer bestimmten Familie anhaften, Eigentümlichkeiten, die bei jeder Familie verschieden sind.

Einen Übelstand behält aber immer die amtliche Statistik, sowie diejenige größerer wirtschaftlicher Vereinigungen, nämlich den, daß zu viel verschiedene Personen dazu verwandt und deshalb auch die Resultate verschiedener Art sind. Wenn auch nach dem Gesagten es notwendig erscheint, daß Durchschnittsbudgets, sowie Monographien erhoben werden, so ist auch klar, daß das erstere den beiden zuerst genannten Erhebungsweisen, die letztere dem Privatstatistiker vorbehalten und empfohlen bleiben muß.

In bezug auf die Momente, welche der Privatstatistiker bei der Erhebung von Monographien zu beobachten hat, machen wir auf die Ratschläge aufmerksam, die Le Play in so ausführlicher Weise gegeben und wir an entsprechender Stelle angeführt haben, so daß wir denselben nichts mehr hinzuzufügen haben.

II. Teil.

Versuch zur Feststellung einer Gesetzmäfsigkeit in dem Verhältnis der einzelnen Ausgaben zu den Gesamtausgaben.

Nachdem einmal die Wichtigkeit der Haushaltungsbudgets weiteren Kreisen zur Erkenntnis gelangt und die Sammlung derselben seit den fünfziger Jahren größere Fortschritte machte, mußte es nahe liegen, dieses wertvolle Material nach verschiedenen Richtungen hin zu durchforschen und aus demselben Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik der Privathaushaltungen zu ziehen. Ducpétiaux*) und Le Play**) hatten zwar aus ihren Budgets schon einige Schlüsse auf die Lage der Bevölkerung, der sie ihre Angaben entnommen, gezogen, doch sind dieselben, soweit sie nicht bloße Umschreibungen der Zahlen sind, mehr intuitiver als induktiver Natur. Sie suchten aus der Betrachtung der Befriedigungsweise eines jeden Bedürfnisses auf die Lage der Bevölkerung, aus der Beschaffenheit der Nahrung, Kleidung etc. auf das Wohlbefinden, Fortschritt und Gedeihen der Arbeiter oder das Gegenteil Schlüsse zu ziehen, dachten aber nicht daran, daß die Höhe der Ausgaben für das eine Bedürfnis durch die für ein anderes bedingt sein könnte, daß also zwischen den einzelnen Ausgaben und dieser zu den Gesamtausgaben vielleicht eine gewisse Gesetzmäßigkeit bestehe, und daß, wenn es gelänge, derselben in mehr oder weniger allgemeinen Regeln Ausdruck zu geben, man nicht nur ein Mittel gefunden habe, aus den Budgets einer Bevölkerungsklasse sich schnell über die ganze wirtschaftliche und soziale Lage derselben als auch aus Budgets aller Bevölkerungsschichten über diese Lage des ganzen Volkes zu orientieren, sondern man auch der Bevölkerung vielleicht Rat erteilen könne, wie sie ihre Haushaltung zu führen habe, um ihrem Stande gemäß ihr

---

*) A. a. O. Seite 27.
**) A. a. O. Seite 22.

Einkommen auf die rationellste Weise nach der Wichtigkeit jedes Bedürfnisses zu verwerten. Wenn also z. B. Ducpétiaux das hohe Verdienst hatte, die großenteils traurige Lage der belgischen Arbeiter ans Licht gefördert und eine Besserung derselben angeregt zu haben, so hatte doch seine Arbeit zunächst nur Bedeutung für Belgien selbst und eben auch nur diese eine Bedeutung.

Engel war der erste, welcher in der richtigen Erkenntnis der Bedeutung des belgischen und französischen Materials für die Auffindung einer Gesetzmäßigkeit in dem Verhältnis der Gesamtausgaben der Arbeiterbevölkerung zu ihren Bestandteilen in dem erwähnten Aufsatze: „Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern etc.“ *) diese Budgets daraufhin untersuchte und speziell bezüglich der Nahrung sein bekanntes Gesetz aufstellte. Er kam zu folgenden Resultaten.

Es gaben aus im Durchschnitt:

Bezeichnung der Kategorien und Gruppen der Arbeiter.	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung etc.	Geräte etc.	Erziehung etc.	Öffentliche Sicherheit	Gesundheitspflege	Persönliche Dienstleistungen	Vorgenannte Bedürfnisse zusammen
	Francs									
A. Belgische Budgets.										
Arbeiter der 1. Kateg.	459,85	76,21	56,64	36,48	4,15	2,37	0,96	10,92	1,20	648,68
„ „ 2. „	569,55	111,25	70,41	46,60	9,80	9,02	3,94	23,52	1,35	845,44
„ „ 3. „	757,98	170,39	109,81	65,67	28,03	14,77	10,63	52,27	4,89	1214,44
„ d. 1., 2. u. 3. „ im Durchschnitt	601,64	121,13	79,96	50,16	14,46	8,96	5,37	29,72	2,55	913,95
B. Budgets, mitgeteilt von Le Play.										
I. Nomadenvölker	459,82	92,77	32,62	21,50		16,48	13,49	6,68		643,36
II. Russische Arbeiter	655,54	319,25	71,99	75,24		15,46	396,54	24,80		1558,83
III. Skandinavische Arbeiter	874,14	168,86	65,80	19,08		9,50	1,50	21,47		1179,81
IV. Arbeiter von Zentraleuropa	513,13	120,48	58,73	38,53	2,04	9,41	16,96	30,89		790,21
V. Arbeiter v. den Grenzländern Frankreichs	723,89	233,58	118,56	77,48		18,22	29,03	10,30		1200,61
VI. Englische Arbeiter	1150,72	306,29	248,34	112,32		35,25	18,98	49,54		1921,45
VII. Französische Arbeiter	590,34	157,25	62,32	36,78	30,00	14,38	26,96	14,09		932,14

Die drei Kategorien der belgischen Arbeiter sind nach dem Einkommen eingeteilt, und zwar enthält Kategorie 1 ganz unbemittelte und dürftige Arbeiterfamilien, welche zum Teil durch öffentliche Wohl-

*) A. a. O. Seite 24.

thätigkeit unterhalten werden müssen, Kategorie 2 wenig bemittelte Familien, welchen jedoch keine öffentlichen Unterstützungen zufließen, Kategorie 3 so weit bemittelte Familien, daß sie hinsichtlich ihrer Existenz in keiner Weise von anderen abhängig sind.

Von je 100 Frcs. Ausgaben kommen auf:

Bezeichnung der Kategorien und Gruppen der Arbeiter.	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung etc.	Geräte etc.	Erziehung etc.	Öffentliche Sicherheit	Gesundheitspflege	Persönliche Dienstleistungen	Vorgenannte Bedürfnisse zusammen
A. Belgische Budgets.										
Arbeiter der 1. Kategorie	70,89	11,74	8,72	5,63	0,64	0,86	0,15	1,68	0,19	100
„ „ 2. „	67,37	13,16	8,33	5,51	1,16	1,06	0,47	2,78	0,16	100
„ „ 3. „	62,42	14,03	9,04	5,41	2,31	1,21	0,88	4,30	0.40	100
Arbeiter der 1., 2. u. 3. Kategorie durchschnittlich	65,83	13,26	8,75	5,49	1,58	0,98	0,58	3,25	0,25	100
B. Budgets, mitgeteilt von Le Play.										
I. Nomadenvölker . .	71,47	14,42	5,07	3,34		2,56	2,10	1,04		100
II. Russische Arbeiter	42,05	20,48	4,62	4,82		0,99	25,44	1,60		100
III. Skandinavische Arbeiter	74,09	14,31	5,58	3,23		0,80	0,13	1,86		100
IV. Arbeiter von Zentraleuropa . .	64,94	15,25	7,43	4,87	0,26	1,19	2,15	3,91		100
V. Arbeiter von Grenzländern Frankreichs	59,77	19,29	9,79	6,40		1,50	2,40	0,85		100
VI. Englische Arbeiter	59,89	15,94	12,92	5,85		1,83	0,99	2,58		100
VII Französische Arbeiter	63,33	16,87	6,69	3,95	3,22	1,54	2,89	1,51		100
In allen Gruppen durchschnittlich	59,70	17,84	8,19	5,01	0,83	1,43	5,58	1,92		100
Exklusive Nomadenvölker und russische Arbeiter im Durchschnitt . .	62,80	16,80	8,90	5,06	1,01	1,49	2,05	1,99		100

Aus dieser Berechnung schließt er, daß im Durchschnitt ein belgischer Arbeiter der Industrie also 65,83 % für Nahrung, 13,26 % für Kleidung, 8,75 % für Wohnung, 5,49 % für Heizung und Beleuchtung, 1,58 % für Geräte, 0,98 % für Erziehung, 0,58 % für öffentliche Sicherheit, 3,25 % für Gesundheitspflege, 0,28 % für persönliche

Dienstleistungen ausgiebt. Nach Übertragung der Ausgaben für Geräte auf die für die ersten vier Posten würden ausgeben in Sachsen

Konsumtionszwecke.	Eine bemittelte Arbeiterfamilie	Eine Familie des Mittelstandes	Eine Familie des Wohlstandes
	%	%	%
Nahrung	62	55	50
Kleidung	16	18	18
Wohnung	12 } 95	12 } 90	12 } 85
Heizung und Beleuchtung .	5	5	5
Erziehung und Unterricht. .	2	3,5	5,5
Öffentliche Sicherheit . . .	1 } 5	2 } 10	3 } 15
Gesundheitspflege	1	2	3
Persönliche Dienstleistungen .	1	1,5	3,5

Da die Arbeiterverhältnisse in Belgien und Sachsen sehr ähnlich, hat er die aus dem belgischen Material gewonnenen Zahlen mit einigen durch die Verhältnisse gebotenen Modifikationen auf Sachsen übertragen. Die Prozentzahlen für die Ausgaben des Mittelstandes und des Wohlstandes hat er aus mehrfachen langjährigen und exakten Beobachtungen gewonnen. Da nun nach seinen Berechnungen die Ausgaben für Nahrung im Verhältnis bei Abnahme des Wohlstandes wachsen und zwar in einer geometrischen Progression, so entsprechen nach seiner Meinung, wenn man die wenigen Glieder der Progression als einen sicheren Anhalt zur Berechnung der übrigen betrachten darf, die Angaben folgender Tabelle ziemlich nahe den Bedingungen des Gesetzes.

Wenn das gesamte jährliche Einkommen einer Familie beträgt:	so nehmen die Ausgaben für Nahrung davon in Anspruch %	Wenn das gesamte jährliche Einkommen einer Familie beträgt:	so nehmen die Ausgaben für Nahrung davon in Anspruch %
200	72,96	1700	59,79
300	71,48	1800	59,37
400	70,11	1900	58,99
500	68,85	2000	58,65
600	67,70	2100	58,35
700	66,65	2200	58,05
800	65,69	2300	57,84
900	64,81	2400	57,63
1000	64,00	2500	57,45
1100	63,25	2600	57,30
1200	62,55	2700	57,17
1300	61,90	2800	57,06
1400	61,30	2900	56,97
1500	60,75	3000	56,90
1600	60,25		

Das Hauptresultat dieser Untersuchung ist das berühmte Engelsche Nahrungsgesetz: „Die Höhe der Ausgaben für Nahrung, in

Prozenten der Gesamtausgaben ausgedrückt, wächst bei Abnahme des Wohlstandes in geometrischer Progression."

Auf diesem Resultate Engels weiter bauend hat nun Laspeyres in den schon erwähnten „Statistischen Untersuchungen über die wirtschaftliche und soziale Lage der sogenannten arbeitenden Klassen"*) in der Concordia 1875 in neun Abschnitten über I. die Ausgabebudgets der arbeitenden Klassen, II. die Ausgaben für Nahrung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben, III. die Ausgaben für Wohnung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben, IV. die Ausgaben für Kleidung und sonstige Bedürfnisse, V. die Einnahmebudgets der arbeitenden Klassen, VI. die einzelnen Hauptnahrungsmittel, VII. den gesamten Nährwert des Nahrungskonsums, VIII. Unterschiede zwischen den ländlichen und städtischen Arbeitern, IX. Vorschläge zur Begründung einer Arbeiterstatistik, das ihm vorliegende, speziell das Material von Ducpétiaux und Le Play, weiter verwertet und ist, was unsere Abhandlung anbelangt, zu folgenden Resultaten gekommen.

Er hat von den zuerst gesammelten 36 Le Play'schen Budgets 18 und von den 37 in den „Ouvriers des deux mondes" neu aufgenommenen 21 Budgets von Arbeitern aus Frankreich und den Nachbarländern, also im ganzen 39 Arbeiterbudgets zu seinen Untersuchungen benutzt, deren Familien im Durchschnitt 5¼ Köpfe stark sind. Um die französischen Arbeiterbudgets mit den belgischen vergleichbar zu machen, hat er die ersteren auf diejenigen von Normalfamilien reduziert, indem er nicht nur auf die Anzahl der Kinder, sondern namentlich auf das Alter derselben Rücksicht nahm.

Die Ausgaben von 39 franz. Arbeiterfamilien, geordnet nach der Wohlhabenheit (Summe aller Ausgaben) im Durchschnitt von je 10 Familien.

Ausgaben für	Die 9 ärmsten Familien		Die 10 zweitärmsten Familien		Die 10 zweitreichsten Familien		Die 10 reichsten Familien		Alle 39 Familien	
	Frcs.	%	Frcs.	%	Frcs.	%	Frcs.	%	Frcs.	%
Nahrung . .	404,10	63,28	647,00	58,77	897,10	56,21	1312,50	51,94	821,10	55,53
Kleidung . .	108,89	16,96	199,27	18,11	249,97	15,98	361,37	14,29	231,56	15,06
Wohnung . .	46,53	7,29	61,89	5,62	123,61	7,90	210,89	8,85	112,45	7,61
Heizung und Beleuchtung.	27,14	4,25	46,89	4,26	96,59	6,17	87,66	3,47	66,34	4,40
Geräte . . .	1,94	0,30	19,72	1,79	23,77	1,52	27,08	1,07	18,54	1,26
Erziehung u. Belehrung .	12,84	2,01	22,78	2,07	66,57	4,25	45,61	1,80	37,40	2,54
Öffentliche Sicherheit . .	4,54	0,70	26,12	2,37	3,81	2,14	30,10	1,19	16,44	1,11
Gesundheitspflege u. Sparsamkeit etc.	10,93	1,71	43,38	3,94	106,45	6,81	282,00	11,16	113,26	7,66
Alle Ausgaben	616,34	100,00	1067,05	100,00	1549,81	100,00	2357,26	100,00	1417,29	100,00

*) A. a. O. Seite 24.

Er kombiniert diese Resultate mit den von Engel aus den belgischen Arbeiterbudgets gefundenen und erhält dann folgende Tabelle:

Es wird ausgegeben im Durchschnitt pro Kopf:

Familien		Gesamtausgaben frcs.		Nahrungsausgaben frcs.		Nahrungsausgaben %	
Belgien.	Frankreich.	Belgien.	Frankreich.	Belgien.	Frankreich.	Belgien.	Frankreich.
48		130		98		70,9	
	9		166		105		63,3
51		169		114		67,4	
54		243		152		62,4	
	10		286		168		58,8
	10		406		228		56,8
	10		655		341		51,9

Den Engelschen Satz: „*Je ärmer durchschnittlich eine Familie ist, um so mehr Prozente der Gesamtausgaben verwendet sie durchschnittlich auf Nahrung*“, erweitert er dahin: „*Je wohlhabender durchschnittlich eine Familie ist, eine um so größere Summe, aber einen um so geringeren Bruchteil der Einnahmen verwendet sie durchschnittlich auf Nahrung, oder die Nahrungsausgaben wachsen nicht parallel den Gesamtausgaben, sondern langsamer*“. — Neben dem Nachweise der Richtigkeit des Engelschen Nahrungsgesetzes glaubt er zugleich bewiesen zu haben, daß man schon aus einer geringen Anzahl sorgfältig erhobener Budgets eben so berechtigt sei, Schlüsse zu ziehen, als aus einer großen. — Auch wenn er dieselben Budgets nach dem Naturalwert der Gesamtausgaben per Familien ordnet, erhält er dieselben Resultate.

Endlich hat er noch 40808 Hamburger Familienbudgets, welche er den Anlagen zum Protokoll der im Dezember 1863 wegen des Zolls und der Accise eingesetzten Senats- und Bürgerschaftskommission in Hamburg 1864 entnommen hatte, auf die Gültigkeit des Engelschen Nahrungsgesetzes hin geprüft und dasselbe auch durch diese bewiesen gefunden. Er fand nämlich

Hamburger Familienbudgets	Alle Ausgaben Frcs.	Nahrungsausgaben Frcs.	%
1. Kategorie im Durchschnitt per Familie	750	503	67
2. „ „ „	1125	750	66,7
3. „ „ „	1800	1020	56,7
4. „ „ „	3750	1500	40
5. „ „ „	5700	1950	34,2
6. „ „ „	18000	3910	21,7

Die Ausgaben für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Kleidung und die übrigen Bedürfnisse sind weniger eingehend von Laspeyres

untersucht worden. Was zunächst die Ausgaben für Wohnung betrifft, so hatte nach Laspeyres Schwabe in der Schrift „Das Verhältnis von Miete zu Einkommen in Berlin“ in dem Buche „Berlin und seine Entwickelung für 1868“ das Engelsche Gesetz auch für die Wohnungsausgaben zutreffend gefunden, nämlich: „Je wohlhabender durchschnittlich eine Familie ist, eine um so größere Summe, aber um so weniger Prozente der Gesamtausgaben verwendet sie durchschnittlich auf Wohnungsmiete“. Durch Verarbeitung des von Schwabe und Bruch aus Berlin mitgeteilten Materials, sowie des aus Hamburg*) von Ducpétiaux und Le Play gelieferten, hat Laspeyres ersehen, daß bis zu einem Einkommen von 1500 Thaler die Ausgabenprozente für Wohnung ziemlich dieselben bleiben, daß erst bei dem genannten Einkommen die prozentigen Wohnungsausgaben mit Steigerung des Wohlstandes, wenn auch langsam, fallen.

Für die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung hat er kein absolutes Gesetz auffinden können, sondern die größten Schwankungen zwischen den einzelnen Wohlhabenheitskategorien konstatiert. Als wesentlichstes Moment für die Höhe dieser Ausgaben fungiere die Breitenlage, in welcher der betreffende Arbeiter wohnt.

Was die Ausgaben für Kleidung anbetrifft, so nimmt er von vorn herein an, daß dieselben wenigstens in den unteren Klassen, mit steigenden Einnahmen stärker als dieselben steigen, sie also vom Gesamtbudget mit steigender Wohlhabenheit auch steigende Prozente hinfort nehmen. Dafür sprechen die Resultate aus dem belgischen Material.

200 belgische Familien nach Geldausgaben geordnet per Familie.

Familien	Alle Ausgaben in Frcs.	Kleidungsausgaben in Frcs.	in %
50	520,14	54,17	10,4
50	754,71	94,92	12,5
50	760,41	125,70	13,1
50	1500,20	204,02	13,6
100	637,42	72,55	11,4
100	1230,30	162,87	13,4
200	933,86	118,71	12,7

Dagegen sprechen aber die Resultate aus dem französischen Material. Da dies nun zu gering ist, um sichere Schlüsse daraus zu ziehen, so will er die Frage noch offen lassen.

*) A. a. O. Seite 55.

Was endlich den Rest der Ausgaben anbelangt, so bleibe derselbe für andere Bedürfnisse und zwar mit absoluter und relativer Steigerung von den Ärmeren zu den Wohlhabenderen, wie aus dem belgischen und französischen Material hervorgehe.

200 belgische Arbeiterfamilien per Familie.

Familien	Alle Ausgaben in Frcs.	Ausgaben für Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Ersparnisse in Frcs.	in %
50	520,14	15,21	2,92
50	754,71	30,25	4,01
50	960,41	40,22	4,17
50	1500,20	91,53	6,10
100	637,42	22,73	3,58
100	1230,30	65,87	5,35
200	933,86	44,31	4,75

39 französische Arbeiterfamilien per Familie.

Familien	Alle Ausgaben in Frcs.	Ausgaben für Erziehung, Sicherheit, Gesundheit und Ersparnisse in Frcs.	in %
9	638,60	27,95	4,38
10	1100,90	92,28	8,39
10	1564,00	176,86	11,30
10	2527,10	357,71	14,15
19	881,90	61,82	7,01
20	2045,50	267,29	13,09
39	1478,60	167,10	11,31

In Nr. 31 und 32 desselben Jahrgangs der Concordia hat v. d. Goltz die 243 Budgets, welche in dem erwähnten Enquêtewerk*) des Kongresses deutscher Landwirte über die Lage der ländlichen Arbeiter in den Tabellen B sub col. 19 abgedruckt sind, tabellarisch zusammengestellt und darauf hin untersucht, ob das Engelsche Nahrungsgesetz und die Laspeyres'schen Erweiterungen auch durch sein Material bewiesen werden. Er ist zu einem entgegengesetzten Resultate gekommen, nämlich zu dem, daß bei einer Vergleichung der ländlichen Arbeiter aus den verschiedenen Teilen Deutschlands die größere oder geringere Wohlhabenheit überhaupt von keinem erheblichen Gewicht für die Verteilung der Gesamtausgaben auf die einzelnen Lebensbedürfnisse ist.

*) A. a. O. Seite 14.

Seine Resultate sind

	Gesamt-ausgaben	Nahrung	Ausgaben für Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Abgaben etc.
	Rthlr.			%		
I. Gruppe	198,9	65,2	18,5	6,8	6,9	2,6
II. „	236,4	65,1	17,4	6,6	7,1	3,8
III. „	298,5	67,4	15,8	7,0	6,6	3,7

Von den fünf Kategorien der Tabelle zeigen bloß die Ausgaben für die Kleidung eine regelmäßige Abnahme; je geringer die Gesamtausgaben sind, desto größer ist verhältnismäßig der Gesamtaufwand für Kleidung, also kommt v. d. Goltz zu einem in jeder Beziehung umgekehrten Resultate wie Laspeyres.

Dieser hat darauf in der „Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaften von 1876" in einem Aufsatz: „Zur wirtschaftlichen Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reiche" das Material von v. d. Goltz einer Kritik unterzogen und dessen Annahme, daß das Engelsche Gesetz nicht richtig sei, zu widerlegen gesucht. Die Goltzschen Zahlen brauchten nach seiner Meinung deshalb das Engelsche Gesetz nicht nachzuweisen, weil die Budgets aus den verschiedensten Teilen Deutschlands mit den verschiedensten Preis- und Konsumtionsverhältnissen zusammengestellt seien, und die Gesamtausgaben per Familie nicht den Grad der Wohlhabenheit anzeigen, den sie anzuzeigen scheinen. Dieser Ansicht schließt sich auch W. Lexis in seinem Aufsatz: „Die volkswirtschaftliche Konsumtion", § 23 in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, I. Aufl. an.

Weiter hat Frief das Engelsche Gesetz auf seine Richtigkeit hin geprüft und dazu die Budgets von 235 schlesischen Fabrikarbeiterfamilien mit einem durchschnittlichen Hausstand von fünf Personen (Mann, Frau, drei Kinder unter 14 Jahren) benutzt, welche er im Jahre 1875 erhoben und in seinem von uns erwähnten Buche*) veröffentlicht hat. Er teilt die Arbeiter nach der Höhe der Ausgaben und erhält folgende sechs Gruppen mit den entsprechenden Durchschnittssätzen, geordnet nach der Höhe der Ausgaben.

NB. Siehe Seite 60 und 61.

Nach seiner Meinung beweist die Tabelle, daß die Arbeiter der ärmeren Klassen gezwungen sind, für Nahrung, Beleuchtung und Heizung eine ziemlich große Summe auszugeben, welche die Ausgaben für Nahrung herunterdrückt. Erst nachdem die Gesamtausgaben

*) A. a. O. Seite 31.

eine Höhe erreicht haben, bei welcher die Ausgaben für Wohnung und Heizung mehr zurücktreten, beginnen die Ausgaben für die Nahrung sich normal zu gestalten, d. h. sie nehmen nach °/₀ der Gesamtausgaben ab; gleichzeitig kann nun aber mit weiter zunehmender Wohlhabenheit mehr auf Kleidung verwandt werden; das Engelsche Gesetz tritt in seine Rechte, dessen Richtigkeit er also nur sehr bedingt zugiebt.

Bevor wir auf diese von Engel, Laspeyres, v. d. Goltz und Frief gewonnenen Resultate näher eingehen, möchten wir einige allgemeine Gesichtspunkte geltend machen.

Es ist von vornherein klar, daß zwei Familien mit verschiedenem Einkommen nicht gleichviel für dasselbe Bedürfnis ausgeben werden. So wird z. B., um einen eklatanten Fall herauszugreifen, eine Familie, die im Ganzen 1000 Mark ausgiebt, nicht so viel für Nahrung aufwenden, als eine Familie mit 10000 Mk. Weiter ist es aber selbstverständlich, daß beide Familien nicht gleich große Prozente der Gesamtausgaben für Nahrung, also beide z.B. 55 °/₀ verwenden werden. Es liegt zwar in der Natur aller menschlichen Bedürfnisse, bei Steigerung des Wohlstandes ebenfalls zu wachsen, doch bedingt auch wieder die spezielle Beschaffenheit eines jeden Bedürfnisses, daß dies nicht im gleichen Maße geschieht. So sind z. B. die Grenzen, welche dem Mehrverbrauch an Nahrung gesetzt sind, viel engere als diejenigen, welche die Ansprüche an das Vergnügen bei Steigerung des Wohlstandes beschränken. Während also die Ausgaben für Nahrung und Vergnügen bei der Familie mit 10000 Mk. Gesamtausgaben absolut viel größer sein werden, als bei derjenigen mit 1000 Mk., wird der Anteil der Nahrungsausgaben am Ausgabebudget bei der letzteren Familie größer sein als bei der ersteren, derjenige der Ausgaben für Vergnügen bei der ersteren größer sein als bei der letzteren. Daraus geht also hervor, daß auf den verschiedenen Wohlhabenheitsstufen einer Bevölkerung die Ausgaben zur Befriedigung eines Bedürfnisses einen verschiedenen Anteil von dem Ausgabebudget fortnehmen, und es handelte sich bei Engel etc. darum, wie schon am Anfang dieses Kapitels erwähnt, ob für diese °/₀ der Ausgaben für ein Bedürfnis sich irgend eine Gesetzmäßigkeit feststellen ließe. Von den bisher in dieser Beziehung gemachten Berechnungen und Schlüssen wollen wir zuerst das Engelsche Nahrungsgesetz heraus-

No. der Familien	Industriezweige.	Hausstand: Mann	Frau	Kinder über 14 Jahre	Kinder unter 14 Jahren	Angehörige	Summa der Personen	Ausgaben: für Nahrung	für Kleidung	für Wohnung	für Beleuchtung und Heizung	für Geräte	für Kirche und Schule
1—35	I. Sämtliche	35	34	6	67	2	144	9547	1935	1579	1456	256	96
	Durchschnitt in °/₀	1	1		2		4	273	55	45	42	7	3
36—81	II. Sämtliche	46	43	19	126	1	235	16817	2933	2258	2564	498	295
	Durchschnitt in °/₀	1	1		3		5	365	64	49	56	11	6
82—124	III. Sämtliche	43	42	12	82	10	189	19051	3764	2516	2558	631	263
	Durchschnitt in °/₀	1	1		2		4	443	88	58	59	15	6
125—166	IV. Sämtliche	42	42	15	121	5	225	21710	4406	2958	2596	570	317
	Durchschnitt in °/₀	1	1		3		5	515	105	70	62	14	7
167—204	V. Sämtliche	38	38	35	94	4	209	22757	5774	2655	2313	787	232
	Durchschnitt in °/₀	1	1	1	2		5	599	152	69	60	21	6
205—235	VI. Sämtliche	31	31	43	87	5	197	25212	6824	2481	1773	1041	535
	Durchschnitt in °/₀	1	1	1	3		6	813	220	80	57	34	17

in Mk.						in °/₀ betragen die Ausgaben								
für Steuern etc.	für Kranken- u. Sparkassen	für persönl. Bedürfnisse	Summa	Überschüsse	Schulden	für Nahrung	für Kleidung	für Wohnung	für Beleuchtung und Heizung	für Geräte	für Kirche und Schule	für Steuern u. Assekuranz	für Kranken- u. Sparkasse	für persönl. Bedürfnisse
271 8	225 6	547 15	15909 454	207 155 5	52	60	12,16	9,92	9,16	1,61	0,60	1,70	1,41	3,44
412 9	329 7	1242 27	27348 594	179	256 77 1	61,5	10,72	8,26	9,38	1,82	1,08	1,5	1,2	4,54
536 12	451 11	1177 27	30947 719	579	865 286 6	61,56	12,23	8,13	8,26	2,39	0,85	1,73	1,45	3,8
663 16	614 15	1365 32	35199 838	520	779 259 6	61,68	12,52	8,4	7,38	1,62	0,87	1,89	1,76	3,88
558 15	865 23	1631 43	37572 998	945 173 5	772	60,57	15,37	7,06	6,16	2,09	0,62	1,49	2,3	4,34
1077 35	965 31	1829 59	41737 1346	753 238 40	515	60,4	16,35	5,45	4,25	2,49	1,28	2,58	2,31	4,39

nehmen, das von Laspeyres verteidigt, von v. d. Goltz überhaupt und von Frief zum Teil angegriffen, keineswegs in der absoluten Engelschen Form festzustehen scheint.

Sehen wir zunächst von dem Material, auf welchem die verschiedenen Resultate beruhen, ab und versuchen wir es mit dem uns sonst noch zu Gebote stehenden. Da fällt unser Blick zuerst auf die Tabelle, welche in dem Werke von A. v. Lengerke „Die ländliche Arbeiterfrage, Berlin 1849“*) enthalten ist. Nach Fortlassung der Budgets aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Koblenz und Trier, deren Angaben in der Enquête als fraglich bezeichnet sind, nach Vereinigung der Ausgaben für Nahrung, Viehfuttermittel, Salz und Gewürze zu einem Posten haben wir die Budgets nach der Höhe der Ausgaben geordnet, in drei Gruppen zusammengefaßt und die %ige Höhe jeder Ausgabe eines jeden Budgets wie jeder Gruppe ausgerechnet; wir erhalten dann folgende Tabelle:

Tabelle I.

Regierungsbezirk.	Ausgaben per Durchschnittsfamilie für:												
	Nahrung.		Kleidung.		Wohnung.		Heizung und Beleucht.		Unterh. der Werkz. etc.		Abgaben an Staat etc.		Sa.
	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr	%	Thlr.
Gumbinnen	48	67,60	10	14,08	4	5,63	5	7,05	2	2.82	2	2,82	71
Breslau	63	65.62	16	16,67	5	5.20	6½	6,77	2½	2,61	3	3.13	96
Oppeln	61	63,54	17	17,72	5	5.20	8	8,33	3	3,13	2	2,08	96
Posen	54½	54.00	23½	23,50	7½	7,50	8	8,00	5	5,00	2½	2,00	100
Danzig	69	68,32	14	13,86	7	6,93	6	5,94	2	1,98	3	2,97	101
Marienwerder	66	62,86	18	17,14	8	7,62	8	7,61	3	2,86	2	1,91	105
Magdeburg	68½	64,67	12	11,32	8	7,55	11	10,38	2½	2,31	4	3,77	106
im Durchschnitt	61,68	63,80	15,79	16,38	6,29	6,52	7,95	7.78	2.86	2,96	2,31	2,66	96,43
Liegnitz	67½	63,09	18	16,82	5	4,67	9	8,41	3½	3,27	4	3,74	107
Merseburg	69	64,48	15	14,02	9	8.41	7	6,54	3	2,81	4	3,74	107
Aachen	66	61,68	18	16,82	8	7,48	11	10,37	2	1,88	2	1,87	107
Erfurt	66½	61,57	11	10,19	10	9.26	11	10,18	3	2,76	7	6,44	108
Arnsberg	66	60,50	15	13,56	11	10,18	11	10,18	3	2,75	3	2,75	109
Köslin	70	61,95	20	17,69	11	9,74	7	6,19	2	1,77	3	2,66	113
Königsberg	72	63,79	20	17,69	8	7,08	7	6,19	4	3,56	2	1,69	113
im Durchschnitt	68,14	62,44	16,71	15,26	8,86	8,12	9	8,29	2,93	2,69	3,57	3,20	109,20
Münster	82½	67,07	16	13,01	7	5,29	10	8,13	3	3,25	3	3,25	123
Frankfurt	83½	63,04	20	15.39	8	6,15	8	6,15	6	4,61	5	3,76	130
Stettin	78½	59,47	25	18,93	9	6,82	11½	8,72	4	3.03	4	3.03	132
Stralsund	96	67,60	20	14,09	9	6,34	10	7,04	3	2,11	4	2,82	142
Potsdam	92	62,16	33	22,29	8	5,41	8	5,41	3	2,02	4	2,71	148
Köln	83	51.55	35	21,74	15	9.32	15	9,32	5	3,10	8	4,97	161
im Durchschnitt	85.86	61.96	24,83	17,38	9.33	6,56	10,42	7,46	4	3.02	4.67	3.42	139.30
Im D. aller 3 Gruppen		62,73		16,32		7,07		7,83		2,89		3,09	

*) A. a. O. Seite 11.

Wir sehen, daß, trotzdem die Durchschnittsbudgets aus allen Provinzen des damaligen Preußens genommen sind, bei Zunahme der Gesamtausgaben die % für Nahrung fallen. Sind diese Zahlen vielleicht richtiger als die Goltzschen oder stellte das damalige Preußen ein in dieser Beziehung einheitlicheres Wirtschaftsgebiet dar als das ganze Deutschland? Diese Gedanken veranlaßten uns, noch einmal die Goltzschen Zahlen zu untersuchen. Vielleicht war es von v. d. Goltz falsch, Budgets aus Süd- und Norddeutschland, welche sich in wirtschaftlicher Beziehung doch so bedeutend unterscheiden, zu kombinieren.

Scheiden wir also die süddeutschen Staaten aus und ordnen die bleibenden Budgets wieder in drei Gruppen, so erhalten wir folgende Tabelle:

Tabelle II.

	Gesamtausgaben einer Arbeiterfamilie in Thlr.	Ausgaben in % für				
		Nahrung. %	Kleidung. %	Wohnung. %	Heizung, Beleucht. %	Abgaben etc. %
Schlesien	159,9	62,2	18,0	6,4	8,4	4,0
Preußen	188,5	63,1	20,5	6,7	7,9	2,7
Oldenburg, Bremen, Waldeck	190,6	65,2	17,7	8,1	6,1	2,8
Schleswig-Holstein	197,6	71,0	17,7	5,6	4,3	1,4
Posen	210,4	62,3	20,4	7,3	7,9	2,1
im Durchschnitt	189,4	64,9	18,9	6,8	6,9	2,6
Rheinprovinz	214,7	63,3	17,2	8,5	7,9	3,4
Braunschweig	223,4	62,2	23,1	5,8	7,2	2,2
Pommern	225,7	61,7	20,2	6,9	8,1	3,1
Sachsen	231,6	68,4	16,0	6,5	7,1	2,0
Hannover	233,9	68,7	15,6	5,9	7,9	2,8
im Durchschnitt	225,9	64,8	18,4	6,6	7,7	2,7
Thüringen	234,4	65,2	18,8	6,8	5,7	4,5
Brandenburg	248,8	65,1	18,2	5,9	7,3	3,5
Westphalen	259,7	62,2	18,7	6,1	8,2	4,8
Hessen Nassau	299,0	65,1	18,4	5,9	6,9	3,6
im Durchschnitt	261,9	64,4	18,4	6,05	7,0	4,1
do. aller Provinzen		64,7	18,6	6,5	7,2	3,0

Wenn auch die Differenzen zwischen den Prozentzahlen für Nahrung 64,9, 64,8, 64,4 gering sind, so scheinen doch diese Zahlen unsere vorige Annahme zu bestätigen, daß eine Kombination von Nord- und Süddeutschland nicht thunlich sei. Scheiden wir aber die preußischen Provinzen und deutschen Staaten noch aus, die bei Lengerke sich nicht finden, und rechnen dann den prozentigen Anteil der Ausgaben

für Nahrung aus, so erhalten wir in der ersten Gruppe 62,9 %, in der zweiten 64,5 %, in der dritten 62,4 % und im Durchschnitt 63,3 % für Nahrung von den Gesamtausgaben und sehen dann die Goltzsche Unregelmäßigkeit der Prozentzahlen wiederkehren. Zu demselben Ergebnis kommen wir, wenn wir die Resultate der Erhebungen des Jahres 1873 nicht nach den Provinzen, sondern nach den Regierungsbezirken (s. S. II—III) zusammenfassen, wie es Lengerke gethan hat, und die Durchschnittsbudgets der Regierungsbezirke nach der Höhe der Gesamtausgaben ordnen. Wir erhalten dann:

Tabelle III.

Ausgaben pro Durchschnittsfamilie:

	Gesamtausgaben in Thlr.	Nahrungsausgaben in Thlr.	in %
1. Kategorie	166,2	104,8	63,0
2. „	224,7	141,05	62,8
3. „	246,1	157	63,8

Ist dies Zufall oder sind die Resultate der beiden vorhergehenden Tabellen nur zufällige? Wir glauben das erstere annehmen zu müssen. Die Differenzen zwischen den einzelnen Prozentzahlen in den beiden ersten Tabellen sind so gering, daß, wenn wir in Tabelle I z. B. die Prozentzahl für Nahrung im Regierungsbezirk Köln und in Tabelle II die Prozentzahl für Nahrung in der Provinz Schleswig-Holstein fortnehmen, die Bestätigung des Engelschen Gesetzes in das Gegenteil umschlägt. Wir erhalten dann in Tabelle I folgende Reihenfolge der Prozentzahlen: 63,8. 62,44. 64,05 und in Tabelle II: 63,4. 64,8 und 64,7 %.

Also auch Preußen im alten Umfange umfaßt, was nach der zerstreuten Lage seiner Gebiete vorauszusehen war, Länder, deren Produkte und Mittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse einer verschiedenen Preisentwickelung unterworfen sind, und dieser verschiedene Geldwert der Lebensmittel schließt die Möglichkeit aus, die erwähnten Durchschnittsbudgets aus den einzelnen Provinzen nach der Höhe der Gesamtausgaben zu ordnen und daraus richtige Resultate zu gewinnen. Damit ist freilich noch gar nicht die Behauptung von v. d. Goltz erwiesen, daß bei einer Vergleichung der ländlichen Arbeiter in den verschiedenen Teilen Deutschlands die größere oder geringere Wohlhabenheit überhaupt von keinem erheblichen Gewicht für die Verteilung der Gesamtausgaben auf die einzelnen Lebensbedürfnisse ist. Wenn es gelänge, den wirklichen Naturalwert einer Ausgabe zu kennen, also wenn man ermitteln könnte, welches Quantum an Nahrung bestimmter Art nebst Kleidung, Wohnung etc. an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit für eine bestimmte Summe Geldes dem Menschen zur Verfügung steht, und man die Budgets

nach der Menge und Güte dieser Naturalwerte ordnete, welche man für die unter den Gesamtausgaben angegebenen Thaler bekommt, so würde wahrscheinlich die Reihenfolge der Budgets eine ganz andere und das Engelsche Gesetz bewiesen werden.

Aus diesem Resultate schließen wir aber nicht nur rückwärts, daß es nur Zufall ist, wenn der Beweis einer Abnahme der Nahrungsprozente bei Steigerung der Gesamtausgaben erbracht wird aus Budgets, die in verschiedenen Gegenden eines größeren Staats gesammelt worden sind, sondern daß es auch nicht möglich ist, aus solchen Budgets einer ganzen Bevölkerungsklasse eine Direktion zu geben, einen wie hohen Prozentsatz des Ausgabebudgets sie für ein bestimmtes Bedürfnis verwenden darf, wenn sie rationell leben will. Auch für dieselbe Bevölkerungsklasse sind die Lebensbedingungen von Ort zu Ort verschieden und daher auch die Regeln, nach welchen in dem privatwirtschaftlichen Leben sich die Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse gestalten. Ein Gesetz, das bei einem bestimmten Einkommen festsetzt, wieviel eine Familie, mag sie in einem Dorfe Ostpreußens oder in Berlin wohnen, für die Nahrung ausgeben muß, um wirtschaftlich zu leben, giebt es eben nicht.

Zur Illustration dieses Ergebnisses sei hier eine Tabelle aus dem Werke von Mulhall, „History of prices since the year 1850, London 1885", welches auf kleinem Raume eine schätzenswerte und große Menge von Thatsachen zusammenstellt, angeführt. Dieselbe zeigt den Wert der menschlichen Nahrung, welche jährlich in den betreffenden Staaten verbraucht wird.

in	Verbrauch an: Getreide	Fleisch	Getränke	Verschiedenes	Total	Verdienst	Verdienst % der Nahrung
	Millionen Pfund Sterling						
England	55	140	102	176	273	1247	37,8
Frankreich	70	105	84	128	387	965	40,1
Deutschland	80	126	86	148	440	850	51,8
Rußland	110	119	84	198	511	848	60,1
Österreich	60	88	62	110	320	602	53,1
Italien	42	25	39	80	186	345	54,0
Spanien	28	21	20	50	119	218	54,6
Belgien u. Holland	19	17	19	45	100	224	44,6
Skandinavien	15	15	13	31	74	151	49,0
Vereinigte Staaten	85	110	74	265	534	1420	37,6
Zusammen	564	766	583	1231	3144	6970	45,0

Aber sehen wir in der Untersuchung über die Richtigkeit des Engelschen Gesetzes fortfahrend zu, ob auch nur für eng begrenzte Gebiete dasselbe Gültigkeit hat oder nicht. Es stehen uns zunächst

14 Budgets von Domänen-, Chaussee- und Bergarbeitern aus Wernigerode und Umgegend zu Gebote (s. S. XI—XIII), welche von Herrn v. Hoff im Jahre 1873 aufgenommen worden sind,*) doch sind davon nur 11 zu unseren Zwecken zu gebrauchen. Da die Ausgaben pro Tag aufgestellt, ist zu erwarten, daß dieselben auch pro Tag erhoben sind, und deshalb für die Richtigkeit der Resultate nicht garantiert werden kann. Wir legen deshalb auch kein großes Gewicht auf die aus diesen Budgets geschöpften Resultate.

Tabelle IV.

	Gesamt-Ausgaben	Es geben aus täglich für: Nahrung		Kleidung		Wohnung		Heizung und Beleuchtung		Gesundheit, Vorsicht, Reinlichkeit		Unterricht		Öffentliche Sicherheit		Sonstige Ausgaben	
	Thlr.Sgr.Pf.	Sgr. Pf.	%	Sgr.Pf.	%	Sgr.Pf.	%	Sgr.Pf.	%	Pf.	%	Pf.	%	Pf.	%	Sgr.Pf.	%
I. Bergmann	240. 6	11. 2	56,5	4.10	24,3	1. 4	6,5	1	5,0	7,75	3,5	5,75	2,5	2,75	1,2		
II. Domänenarbeiter	292	16. 8	67,2	3. 2	12,4	1.10	7,9	—.3	1,2	7	2,5	3	1,2	1,50	0,6	1.6,50	7,0
III. Domänenarbeiter	292. 4.6	16. 2	66,5	3. 8	14,9	1. 1	4,4	1. 9	7,3	5	1,7	4,60	1,4	2,10	0,7	6,09	3,1
IV. Chausseearbeiter	293	15. 6	61,8	3. 2	13,3	1. 9	7,5	1. 4	5,4	11	3,6	5	2,1	2	0,8	1.5	5,5
Im Durchschnitt	279.10.1	14.10	64,5	3. 9	16,5	1. 6	6,6	1. 1	4,8	7,69	2,9	4,59	1,8	2,09	0,8	1.17	3,9
V. Arbeiter	294.15	16. 6	67,2	3. 3	13,2	1.10	7,5	—.2	0,7	8	3,2	3	1,2	,50	1,2	1.3	5,8
VI. Domänenarbeiter	297.3.8	16. 6	66,6	3.8,5	14,9	1. 6,6	5,3	1. 6	6,1	6,5	2,2	3,23	1,3	2,14	0,7	6.27	2,9
VII. Arbeiter (Schleifer)	301.15	14	55,6	4.6,5	15,3	1. 8,7	7,1	1. 5,5	6,0	10,3	3,8	1,3	0,4	4	1,6	1.6	10,2
VIII. Chausseewärter	304.15	14. 2	55,0	3. 8	14,8	1. 9	7,2	2. 3,3	9,2	11,9	4,0	9	3,2	2	0,8	1.3,30	5,8
Im Durchschnitt	299.12.2	15. 3	61,1	3. 9	14,5	1. 9	6,8	1. 4	5,5	9	3,3	4	1,5	3	1,1	1.2	4,9
IX. Chausseewärter	317.10	15.10	58,0	3. 9	14,6	1. 9	6,9	2. 3,2	9,6	7	2,5	8,4	3,1	2	0,8	1.1	4,5
·X. Waldarbeiter	320	14	56,9	6.9,4	22,0	1. 8,7	6,7	1. 3	4,7	4,58	1,5	7,5	2,5	2	0,8	1.4	4,9
XI. Chausseewärter	365.22	18.11	61,9	4	13,7	2. 3,6	7,7	2. 5,6	8,3	4,5	1,8	3,3	1,1	2,5	0,8	1.4,30	4,7
Im Durchschnitt	334.11	16. 3	58,9	4.10	16,7	1.10	7,0	2	7,5	5	2,4	6,9	1,7	2,2	0,8	1.3,10	4,7
Im Durchschnitt aller	304.11.1	15. 5	61,5	4. 1	16,0	1. 8	6,8	1. 6	5,9	7,23	2,7	5,16	1,7	2,43	0,9	1.0,72	4,5

*) A. a. O. Seite 25.

Weiter haben wir die Königsberger Handwerker- und Arbeiterbudgets von A. Samter in der Concordia 1875 (s. S. XIV). Von den 13 Budgets lassen wir 2 aus den schon früher erwähnten Gründen fort. Die diversen Ausgaben enthalten auch solche für Wäsche und Wirtschaftsgegenstände, so daß eine teilweise Verteilung der diversen Ausgaben auf Kleidung und Wohnung notwendig ist, doch würde die Art und Weise dieser Verteilung hier zu erwähnen zu weit führen. Die 11 Budgets geben nach der früheren Methode gruppiert folgende Tabelle:

Tabelle V.

	Köpfe in den Familien zusammen	Gesamtausgaben	Ernährung		Kleidung		Wohnung		Heizung		Schule		Abgaben		Kassen		Diverse	
		Thlr.	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%
I. Kategorie 4 Familien Im Durchschnitt	17,0	246,0	141,5	57,5	26,5	10,8	43,75	17,8	27,75	11,30	0,25	0,10	2,25	0,90	2,75	1,1	1,25	0,50
II. Kategorie 4 Familien Im Durchschnitt	17,0	315,0	178,5	56,7	39,75	12,6	63,75	20,3	22,25	7,06	1,75	0,55	2,00	0,63	3,50	1,1	3,50	1,06
III. Kategorie 3 Familien Im Durchschnitt	17,0	466,7	243,8	52,1	60,88	13,0	66,00	14,1	30,00	6,40	23,30	5,00	4,00	0,86	29,30	6,3	10,47	2,24
Im Durchschnitt aller Familien	4,3	342,6	187,8	55,4	42,19	12,1	57,88	17,4	26,70	8,25	8,30	1,88	2,75	0,79	11,85	2,8	5,18	1,38

Tabelle VI.

	Einkommen im Durchschnitt	Kinder im Ganzen			Ausgaben für															
					Nahrung		Kleidung		Wohnung		Heizung und Beleuchtung		Reinigung u. Versicherung		Erziehung		Steuern		Vergnügen	
	Mk.	über 14,	6—14,	unter 6 J.	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
16 Budgets Einkommen v. 298—500 M.	453,72	4	14	20	330,98	72,90	26,88	5,9	28,90	6,3	39,41	8,7	10,19	2,30	5,62	1,20	5,40	1,2	6,34	1,50
			38																	
14 Budgets Einkommen v. 500—700 M.	572,77	2	25	11	394,84	68,80	41,14	7,0	43,15	7,4	53,05	9,3	10,84	1,90	10,40	1,80	11,05	1,9	9,00	1,90
			38																	
10 Budgets Einkommen v. 700-1138 M.	843,60	7	19	8	533,23	63,20	100,00	11,9	57,30	6,8	70,19	8,3	17,47	2,07	10,46	1,24	16,00	2,0	29,95	4,49
			34																	
Im Durchschnitt aller 40 Budgets	592,98	13	58	39	406,22	69,04	50,15	7,8	41,00	6,8	51,88	8,8	12,26	2,10	8,26	1,42	10,27	1,6	12,94	2,44
			110																	

Weiter stehen uns die 40 Budgets der Handweber im Königreich Sachsen in der Amtshauptmannschaft Zittau zu Gebote (s. S. XXIX—XXX), welche in der Zeitschrift des königl. sächs. statistischen Bureaus, Jahrg. 1885, Heft 3 und 4 veröffentlicht wurden.*) Dieselben ergeben die auf S. 68 befindliche Tabelle. Die Ausgaben für Vergnügen sind meistens solche für außerhalb des Hauses genossene Nahrungsmittel und Getränke, so daß dieselben auch zur Nahrung gezogen werden können.

Endlich bieten ein wertvolles Material die elsässischen Tagelöhner- und Maschinenarbeiterbudgets der Enquête décennale de la société industrielle à Mulhouse, welche Paul Dehn in den Annalen des deutschen Reichs 1879 veröffentlichte**) (s. S. XXIII—XXIV). Von den 16 sehr sorgfältig erhobenen Budgets können wir zu unseren Zwecken zwölf gebrauchen, die, wie bisher immer behandelt, folgende Resultate uns liefern.

Tabelle VII.

Stand der Arbeiter	Gesamtausgaben in Frcs.	Ausgaben für: Nahrung Frcs.	%	Kleidung Frcs.	%	Wohnung Frcs.	%	Verschiednes insgesamt Frcs.	%
I. Tagelöhner	1183,95	711,00	60,05	229,20	19,00	157,75	13,00	86,00	7,95
II. "	1240,00	824,00	66,50	155,00	12,00	201,00	16,00	60,00	5,50
III. Maschinenwärter	1240,00	824,00	66,50	155,00	12,00	201,00	16,00	60.00	5,50
IV. Tagelöhner	1263,25	724,65	59,00	247,50	20,00	214,40	17,00	58,74	4.00
Im Durchschnitt	1231,80	770,91	63,01	196,90	15,75	193,04	15,50	66,18	5,75
V. Maschinenarbeiter	1506,00	946,00	62,80	195,00	13,00	278,00	18,00	87,00	6.20
VI. Maschinenarbeiter	1555,00	835,00	53,60	352,00	23,00	215,00	16,00	118,00	7,40
VII. Maschinenarbeiter	1571,00	1008,00	64,00	195,00	12,00	278,00	18,00	90,00	6,00
VIII. Maschinenarbeiter	1664,00	1099.40	66,10	116,00	7,00	308,00	19,00	141,10	7,90
Im Durchschnitt	1574,12	972.10	61,75	214,50	13,75	269,80	17,75	109,20	6,75
IX. Maschinenarbeiter	1756,00	881,00	50,20	411,00	23,00	252,00	14,80	212,00	12,00
X. Walzendrucker	1838,00	1130,00	61,50	216,00	12,00	288,00	16.00	204,00	10,50
XI. Maschinenwender	1974,50	1172.00	59,40	520,00	26,00	156,00	8,00	128,50	6,60
XII. Walzendrucker	2304,00	1388,00	60,10	350,00	15,00	350,00	15,00	219,00	9,90
Im Durchschnitt	1968,12	1142,00	57,80	374.30	19,00	261,50	13.25	190,90	9,75
Im Durchschnitt aller Budgets	1591,34	971,64	60,85	261,90	16,17	241,45	15,50	122,09	7,42

*) A. a. O. Seite 38. **) A. a. O. Seite 34.

Diese Tabellen zeigen ohne Ausnahme, daß bei Steigerung des Einkommens die Ausgaben für Nahrung absolut zu-, relativ abnehmen. Die Differenz zwischen den einzelnen Durchschnittszahlen 3,4 und 2,2 oder 0,8 und 4,6 oder 4,1 und 5,6 oder 1,26 und 3,95 sind zu groß, als daß man sie nur durch Zufall erklären sollte.

Nachdem also für kleinere Gebiete, welche auch durch ihre gleichmäßige Beschaffenheit eine gleiche Lebensweise der Bewohner mit derselben Beschäftigung bedingen, bewiesen ist, daß mit Steigerung der Gesamtausgaben diejenigen für Nahrung sich relativ vermindern, bleibt uns noch übrig, auf Frief zurückzukommen, welcher bekanntlich diese Regel nicht ohne weiteres zugiebt. Derselbe hatte aus der Verarbeitung seines Materials folgende Prozentsätze für Nahrung erhalten.

	Gesamtausgaben.	Nahrungsausgaben.	
	Mk.	Mk.	%
Arbeiter der I. Kategorie im Durchschnitt	454	273	60,00
" " II. " " "	594	365	61,50
" " III. " " "	719	443	61,56
" " IV. " " "	838	517	61,68
" " V. " " "	988	599	60,57
" " VI. " " "	1346	813	60,40

Sehen wir uns zunächst die Gesamtausgaben dieser schlesischen Arbeiter an, so finden wir, daß wir es im Durchschnitt mit einer sehr armen Bevölkerung zu thun haben. Zwar giebt auch Jacobi die Ausgaben einer wohlgestellten Arbeiterfamilie der schlesischen Gebirgsgegend im Jahre 1874 mit 561,50 Mk. an (s. S. XVIII), so berechnet doch Schwedler (s. S. XXXXIII—XXXXIV) die Ausgaben einer in besseren Verhältnissen befindlichen Familie von vier Personen der schlesischen Textilindustrie in demselben Jahre mit 966,07 Mk., und von sachkundiger Seite wird sogar Frief das Ausgabebudget einer schlesischen Familie des Hauptbergwerks- und Hüttenbezirks von fünf Mitgliedern im Jahre 1875 auf 1195,6 Mk. angegeben (s. S. XIX), während von den Friefschen Arbeitern nicht $^2/_3$ in ihren Ausgaben die Schwedlersche Summe erreichen, und die letzte überschreitet nur der 6. Teil derselben. Daß diese Summen keine ungewöhnlichen sein können, lehrt uns der Blick auf die Ausgaben der in derselben Industrie beschäftigten Arbeiter anderer Gegenden. So verdient ein Bergmann im Harz nach v. Hoff (s. S. XI—XIII) 1873 720,60 Mk., ein Züricher Metallarbeiter nach Böhmert mit fünf Personen im Jahre 1872 (s. S. XVII) 2213,17 Frcs. oder 1770,54 Mk., die elsässischen Maschinenarbeiter im Jahre 1875 mit derselben Personenzahl verdienen von 1240 Frcs. oder 992 Mk. an bis 2304 Frcs. oder 1843 Mk. (s. S. XXIII—XXIV) etc. Ob höhere Preise

des Lebensunterhalts diese höheren Ausgaben mit bedingen mö
ist hier nicht unsere Aufgabe zu untersuchen.

Doch es ist klar, daß mindestens die Hälfte der Friefschen
beiter, also die ersten drei Klassen, noch nicht auf dem Punkte
Lebenshaltung angekommen sind, welchen zur nötigsten Be
digung der physischen und moralischen Bedürfnisse wir für wünsch
wert halten müssen. Ob zufällig Frief Budgets meist armer Arb
zugeschickt worden, ob die Budgets der Arbeiter zufällig
großen Teil zu niedrig angegeben sind, was am ehesten w
scheinlich, oder ob das Gros der schlesischen Arbeiter wirklich
arm ist, was wieder nach den ziemlich hohen Löhnen wie nach
Behauptung Friefs, daß der Schlesier bei mäßiger Lebensweise
bei nicht zu ungünstigen Familienverhältnissen mit seinen Ausg
auskommen kann, nicht anzunehmen ist, bleibe dahin gestellt.
teressant und ausschlaggebend für uns ist eine Herbeiziehung
Ducpétiauxschen Budgets. Es gaben aus in Belgien 1853

Arbeiter der I. Kategorie	648,68 Frcs.	oder 518,94 Mk.
„ „ II. „	845,44 „	„ 676,35 „
„ „ III. „	1214,44 „	„ 971,55 „
Im Durchschnitt	913,95 „	„ 722,28 „

Da uns leider Mitteilungen über die Lebensverteuerung in Bel
fehlen, müssen wir uns nach anderem diesbezüglichen Material ums

Nach einer von Frief angeführten Mitteilung von Solger bra
eine Familie von 3—4 Mitgliedern im Bezirk Kattowitz 1858 im ga
durchschnittlich 430,20 Mk. pro Jahr. Nach einer Frief von
kundiger Seite gemachten Mitteilung brauchte 1875 in demselben B
eine Familie von drei Mitgliedern zusammen 827,92 Mk. (s. S. X
also in 17 Jahren 397,72 Mk. oder ca. 92 % mehr als im Jahre
und in 22 Jahren von 1853—75 bei einer gleichgroß angenomm
Verteuerung in den fünf vorhergehenden Jahren 119 %. Durch let
Annahme machen wir uns deshalb keiner Überschätzung schuldig,
durch die Auffindung der Goldfelder Kaliforniens und Australien
dem Anfang der fünfziger Jahre ein mindestens eben so großes Mo
zur Preissteigerung gelegen hat als in der Milliardenzahlung Frankr
an Deutschland im Anfang der siebziger Jahre. — Zwei Familien
vier Mitgliedern in dem Bezirk Kattowitz gaben nach Frief im D
schnitt 1875 aus 695 Mark, also 245 Mark oder ca. 57 % un
22 Jahren von 1853 — 75 ca. 74 % mehr als eine gleiche Fa
1858. Endlich hat sich nach Schwedler (siehe S. XXXXIII—XXX
das Leben für eine Familie von vier Personen der schlesischen T
industrie von 1865—74, also in 10 Jahren um 35 % oder i

Jahren von 1853—75 um 77 % verteuert. Nehmen wir an, das Leben habe sich in Belgien für die industriellen Arbeiter nur um rund 70 % während dieser Zeit verteuert, dann würden dieselben belgischen Arbeiter 1875 ausgeben:

Arbeiter der I. Kategorie	882.20	Mark.
„ „ II. „	1149.80	„
„ „ III. „	1651,64	„
im Durchschnitt	1227,88	„

Wenn auch diese Zahlen auf absolute Genauigkeit natürlich keinen Anspruch machen können, da der Prozentsatz der Lebensverteuerung nur ein ungefährer, und auch in Belgien die Preisbildung nicht denselben Gang wie in Schlesien genommen haben wird, so werden doch die Zahlen der Wahrheit nahe kommen, und mehr ist hier auch nicht nötig.

Wir ersehen aus den Zahlen, daß die belgische Arbeiterbevölkerung, aus deren Budgets Engel seinen bekannten Satz gefolgert hat, nicht nur wohlhabender ist als die schlesische, sondern auch, und das ist die Hauptsache, daß das Durchschnittsbudget der ärmsten Kategorie von Ducpétiaux jenem der 4. Klasse bei Frief entspricht, von welcher an das Engelsche Gesetz in Geltung trat. Dieses Zusammenfallen ist nach unserer Meinung nicht ganz zufällig.

Frief hatte damals seine Resultate wörtlich so erklärt: Der Arbeiter der ärmeren (3) Klassen sei gezwungen, für Wohnung sowie für Heizung und Beleuchtung eine ziemlich große Summe auszugeben. Diese Summe steige wohl mit zunehmender Wohlhabenheit, aber keineswegs der Gesamtausgabe entsprechend.

Die Folge hiervon ist, daß diese unvermeidlichen Kosten für diese drei Bedürfnisse zu hoch sind, und dadurch die Ausgaben für Nahrung herunterdrücken. In der That seien auch die Wohnungsverhältnisse der bez. Klassen wenig verschieden, die Miete nahezu gleich, und um die fast gleichen Räume in gleicher Weise zu erwärmen und zu erleuchten, braucht jede der Klassen der Summe nach fast dasselbe, die ärmeren Klassen aber relativ das meiste.

Erst nachdem die Gesamtausgaben eine Höhe erreicht haben, bei welcher die Ausgaben für diese Bedürfnisse zurücktreten, begönnen die Ausgaben für Nahrung sich normal zu gestalten, d. h. sie nehmen nach % der Gesamtausgaben ab; gleichzeitig aber kann nun mit weiter zunehmender Wohlhabenheit mehr auf Kleidung verwandt werden."

Wir können dem Gesagten nur beistimmen, möchten aber betonen, daß diese Resultate nicht die allgemeine Richtigkeit des Engelschen Gesetzes in Frage stellen können, sondern uns zu dem Ergebnis führen,

daß erst von dem standard of life des Arbeiters an, bei welchem nach Befriedigung der standesgemäßen Bedürfnisse für Kleidung, Wohnung etc., das übrige Einkommen hinreicht, mindestens dem Existenzminimum bezüglich der Nahrung zu genügen, die Ausgaben für Nahrung, in °/₀ der Gesamtausgaben ausgedrückt, abnehmen. Der Grund dafür, daß unsere vier anderen Tabellen bei Steigerung der Gesamtausgaben die Abnahme der °/₀ für Nahrung zeigten, ist eben der, daß diese Arbeiter schon auf diesem Punkt der Lebenshaltung angekommen sind. Man kann nicht dagegen anführen, daß die sächsischen Handweber doch viel ärmer und dennoch ihre Ausgaben für Nahrung der Regel folgen. Ihre standesgemäßen Bedürfnisse, bezügl. der Kleidung, Wohnung etc., sind eben so gering, daß nach Befriedigung derselben ihnen ein viel größerer Teil des Einkommens für Nahrung übrig bleibt, als dem schlesischen Arbeiter. So blieb dem letzteren bei einer Höhe der Gesamtausgabe von 454 Mark, 273 Mark, dem sächsischen Handweber aber 330 Mark zur Verausgabung für Nahrung übrig, trotzdem die Preise für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung 1885 im Durchschnitt eher niedriger als höher wie 1875 waren.

Laspeyres hat dann aus dem schon erwähnten Hamburger Material nachgewiesen, daß auch in den besser situierten Familien bei Steigerung der Gesamtausgaben diese Abnahme der °/₀ für Nahrung sich fortsetzt. Leider haben wir, um diese Behauptung prüfen zu können, nur wenig Material, dem außerdem noch die Mängel anhaften, welche die Verschiedenartigkeit der Art und Weise, der Zeit und des Ortes der Erhebung mit sich bringt.

Es stehen uns 15 Budgets*) aus den besseren Kreisen zu Gebote. Daraus entnehmen wir folgendes:

Tabelle VIII.

	Es gaben aus von den Gesamtausgaben.	Mk.	Für Nahrung. Mk.	°/₀	
1.	Beamter in Bern	2427,30	899,30	37,20	41,7 °/₀
2.	„ einer größeren Stadt	2700,00	993,00	36,50	
3.	„ in Bern	2983,20	1539,92	51,60	
4.	Kaufmann in Berlin	3001,00	1422,00	47,38	39,9 °/₀
5.	Rentier in Halle	3045,15	1246,00	40,90	
6.	Beamter in Dresden	3305,00	1042,00	31,53	
7.	Privatbeamter in Berlin	4337,00	1020,00	23,50	28,8 °/₀
8.	Kaufmann „ „	5997,00	2100,00	35,00	
9	Kaufmann einer größeren Stadt	6000,00	1681,50	28,00	
10.	Höherer Beamter in Oldenburg	6384,38	2485,04	38,90	36,1 °/₀
11.	Literat in Straßburg	6400,00	2640,00	41,80	
12.	Fabrikbes. in Halle	7964,30	2230,00	28,00	
13.	Hoher Beamter in Halle	18206,00	2842,00	16,00	17 °/₀
14.	Banquier in einer größeren Stadt	51000,00	7401,00	14,52	
15.	Hoher Staatsbeamter „ „	75000,00	13402,00	18,52	

*) A. a. O. Seite XXXV—LVII.

Eine Abnahme der Nahrungsprozente ist nicht verkennbar und tritt noch mehr hervor, wenn man je drei aufeinander folgende Budgets zusammenfaßt. Doch treten uns auch große Unregelmäßigkeiten in der Abnahme entgegen. Man kann dieselben auf die schon gerügten Mängel des Materials, weiter auf die wechselnde Anzahl der Personen jeder Haushaltung beziehen. Dies zugegeben, so wirken doch noch andere Umstände, speziell ein Umstand, der schon bei den Friefschen Budgets erwähnt wurde, auf die Höhe der Ausgaben für Nahrung ein, wir meinen die Standesbedürfnisse. Diese müssen zuerst befriedigt werden, und je nachdem dieselben größer oder kleiner, können die Ausgaben für Nahrung kleiner oder größer sein. Es ist hier also nachträglich zu betonen, daß die anderen Ausgaben sich nicht nach denjenigen für Nahrung richten, sondern daß es umgekehrt der Fall ist. Verringert sich das Einkommen, so wird zuerst an der Nahrung gespart, bis daß dies nicht mehr möglich, vermehren sich die Ausgaben, so werden zuerst die Standesbedürfnisse befriedigt. Daraus resultiert natürlich, daß Einkommen von gleicher Höhe ganz verschieden verwandt werden, je nachdem der betr. Haushaltungsvorstand z. B. ein wohlhabender Handwerker, Kaufmann oder Beamter ist. Im ersteren Falle werden die Standesbedürfnisse am geringsten, im letzteren Falle am größten sein, und die bisher angeführten Budgets zeigen manche Illustrationen hierzu. Daraus folgert auch, daß von einer gleichmäßigen Abnahme der Nahrungsprozente mit Steigerung der Gesamtausgaben höchstens in demselben Stande die Rede sein kann und auch da vielleicht von den besseren Klassen nur in dem Beamtenstande, in dem am meisten die Verhältnisse uniformiert sind. Aber auch in diesem wird das nicht immer zutreffen, denn je größer die Einnahmen, desto größer wird die Möglichkeit, dieselben nach subjektivem Ermessen zu verwenden, desto weniger lassen sich die Ausgaben unter irgend welche Gesetze bringen. Deshalb kann man zwar zugeben, daß bei Steigerung des Wohlstandes die Nahrungsprozente in demselben Stande, als auch im Durchschnitt aller abnehmen werden. Jedenfalls aber wird die Abnahme bei den vermögenden Klassen eine viel unregelmäßigere, als bei den arbeitenden sein.

Was nun die geometrische Progression betrifft, welche Engel in der Abnahme der Nahrungsprozente bei Zunahme des Einkommens bis zu 3000 Frcs. entdeckt hat, so geht schon aus dem Gesagten hervor, daß dieselbe unhaltbar ist. Von den besser situierten Ständen ganz abgesehen, können wir uns mit Engel bezüglich der geometrischen Progression in den Nahrungsprozenten auch nur der Arbeiterbudgets

nicht einverstanden erklären. Zwar geht aus dem belgischen Mat
dieselbe ziemlich sicher hervor, aber es ist uns nicht gelungen, si
allem anderen Material, was uns zu Gebote stand, zu finden, un
also die Auffindung der geometrischen Progression leider dem Z
zuzuschreiben, daß Engel nur ein sicheres Material zu Gebote s
wir sagen leider, weil wir kein anderes mathematisches Geset
Stelle der geometrischen Progression setzen können, welche, wen
richtig gewesen wäre, das Engelsche Gesetz für den Arbeiter zu e
genauen Regulator seiner Nahrungsausgaben, den Volkswirt abe
einem Ratgeber des Arbeiterstandes in diesen so wichtigen Inter
gemacht hätte.

Wenn also eine geometrische Progression in der Abnahme
Nahrungsprozente bei Steigerung der Gesamtausgaben nicht anzunel
ist, so steht doch fest, daß dieselben von einem gewissen Punkte
standard of life i. A. abnehmen, und es wird auch möglich sein, je
Stand der Bevölkerung ungefähr die Grenzen anzugeben, zwis
welchen sich die Prozente der Nahrungsausgaben zu bewegen ha
wenn die Familie rationell leben will.

Die erwähnte Regel wird aber nur dann erscheinen, wenn ma
der Wahl der Budgets, aus denen man dieselbe nachweisen will,
sichtig ist. Wir wiesen schon darauf hin, daß eine Vermengung
Budgets mit verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu die
Zwecke unstatthaft sei. Dasselbe ist aber auch der Fall für Bud
desselben Landes, welche zu verschiedenen Zeiten gesammelt wo
sind, und noch weniger verschiedener Länder, wie es Laspeyres ge
hat.*) Derselbe hat die belgischen Arbeiterbudgets aus dem Jahre 1
mit den französischen von Le Play, die in den fünfziger bis siebz
Jahren erhoben worden sind, zum Beweise des Engelschen Gese
nebeneinander gestellt. Wir sehen, sowie sich die Prozentzahlen
einander vermischen, tritt eine Unregelmäßigkeit ein, und dieselbe wi
noch mehr erscheinen, wenn sich die Gesamtausgaben der belgis
und der anderen Arbeiter noch mehr vermengten. Dies ist aber n
möglich, da die Arbeiter von Le Play in Wirklichkeit viel wohlhabe
als die von Ducpétiaux sind, wenn sie auch, da ihre Budgets
großen Teil später erhoben wurden, besser situiert als in Wirklich
erscheinen. Z. B. müßte auch ein belgischer Arbeiter, der 1853
Mark ausgab, 1875 ungefähr 882 Mark ausgeben,**) ohne daß er 1
im Verhältnis zu der anderen Bevölkerung besser gestellt wäre
1853. Zum Beweise aber, daß genannte Vorsichtsmaßregel auch

*) A. a. O. Seite 54 ff. **) A. a. O. Seite 72.

die Vergleichung von Budgets aus demselben Lande gilt, machen wir nur auf die aus den Untersuchungen über die Lage der ländlichen Arbeiter im Jahre 1849 und 1873 von v. d. Goltz und uns gemachten Bemerkungen aufmerksam.*) Da der landwirtschaftliche Arbeiter, der 1849 nach Lengerke am meisten verdiente, weniger Einnahme als derjenige, welcher 1873 nach v. d. Goltz am wenigsten einnahm, hat, so würde, wenn man in einer vergleichenden Tabelle die von genannten Autoren aufgestellten Budgets nach der Höhe der Gesamtausgaben ordnete, der erstere als ärmerer Arbeiter angeführt werden, was natürlich ganz falsch sein würde.

Endlich sei noch ausdrücklich betont, was eigentlich selbstverständlich und aus den angeführten Tabellen klar hervorgeht, daß es für die Höhe der Nahrungsausgaben wie aller übrigen wichtig und demgemäß bei der Vergleichung derselben zu beachten ist, ob die betr. Familie in der Stadt oder auf dem Lande wohnt.

So ist denn aufs neue sicher bewiesen, daß bei Zunahme des Wohlstandes die Ausgaben für Nahrung im allgemeinen progressiv absolut zu- und relativ abnehmen, ohne daß aber diese relative Abnahme irgend einem mathematisch fixierbaren Gesetze gehorcht. Diese allgemeine Regel wird sich aber nur in dem Teile der Bevölkerung eines wirtschaftlich einheitlichen Gebietes innerhalb eines eng begrenzten Zeitraumes nachweisen lassen, dessen Einkommen eine Höhe erreicht hat, die für eine gleichmäßige physische und moralische Entwickelung des bez. Standes mindestens wünschenswert ist.

Wenn wir bei dem Verhältnis der Nahrungsausgaben zu den Gesamtausgaben längere Zeit verweilen mußten, weil in dieser Beziehung sich widersprechende Untersuchungen vorlagen, so werden wir bei den anderen Ausgaben uns nicht so lange aufzuhalten brauchen.

Die Ausgaben für Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung werden am besten zusammen betrachtet. Daß bei der Aufstellung eines Gesetzes bezüglich des Verhältnisses dieser Ausgaben zu den Gesamtausgaben Ort und Zeit der Erhebung des Budgets sowie die bekannte untere Grenze des standard of life eine ebensolche beschränkende Bedeutung haben wie für das Nahrungsgesetz, ist bei der Beschaffenheit der Bedürfnisse vorauszusehen und wird sich auch bestätigen.

Was zunächst die Ausgaben für Kleidung betrifft, so hatte, wie bekannt, Laspeyres aus dem belgischen Material gesehen, daß wenigstens

*) A. a. O. Seite I, II, III, 57—58, 62—64.

in den unteren Klassen mit steigenden Ausgaben dieselben stä steigen als die Gesamtausgaben:

200 belgische Familien nach Geldausgaben geordnet per Fam

Familien.	Alle Ausgaben. Frcs.	Kleidungsausgaben. Frcs.	%
50	520,14	54,17	10,4
50	754,71	94,92	12,5
50	960,41	125,70	13,1
50	1500,20	204,02	13,6
100	637,42	72,55	11,4
100	1230,30	162,87	13,4
200	933,86	118,71	12,7

Die französischen Budgets hatten ihm aber das Gegenteil bewie

39 französische Familien nach Geldausgaben geordnet per Fam

Familien.	Alle Ausgaben. Frcs.	Bekleidungsausgaben. Frcs.	%
9	616,34	108,32	16,96
10	1067,05	199,27	18,11
10	1549,81	249,97	15,98
10	2537,01	361,37	14,29
19	841,69	153,79	17,58
20	2043,41	305,67	15,18
39	1442,55	229,73	16,83

Dieses Resultat kann aber nach Beschaffenheit der Budgets ihrer Aufnahme nach Ort und Zeit nichts beweisen, und wenden uns zu unserem übrigen Material.

Tabelle IX.

Es hatte eine Familie der schlesischen Fabrikarbei (siehe S. 60—61):

	Der	Gesamtausgaben. Mk.	Kleidungsausgaben. Mk.	%
(Nach Frief)	IV. Kategorie	838	105	12,52
	V. „	988	152	15,37
	VI. „	1346	220	16,53
	Im Durchschnitt	1057	159	14,75

der Harzer Arbeiter (siehe S. 66).

Der	Gesamtausgaben. Mk.	Kleidungsausgaben. Mk.	%
I. Kategorie	838	114	16,5
II. „	898,22	114	14,5
III. „	1003,10	147	16,7
Im Durchschnitt	913,11	125,1	15,9

der Elsässer Arbeiter (siehe S. 69).

Der	Gesamtausgaben. Frcs.	Kleidungsausgaben. Frcs.	%
I. Kategorie	1231,80	196,9	15,75
II. „	1574,12	214,5	13,75
III. „	1968,12	374,3	19,00
Im Durchschnitt	1591,84	261,9	16,17

der Königsberger Handwerker und Arbeiter (siehe S. 67).

Der	Gesamtausgaben. Mk	Kleidungsausgaben. Mk.	°/₀
I. Kategorie	738	79,50	10,80
II. „	945	119,25	12,60
III. „	1400,10	180,99	13,00
Im Durchschnitt	1027,80	126,57	12,10

der sächsischen Handweber (siehe S. 68).

Der	Gesamtausgaben. Mk.	Kleidungsausgaben. Mk.	°/₀
I. Kategorie	453,72	26,88	5,90
II. „	572,97	41,14	7,00
III. „	873,60	100,00	11,90
Im Durchschnitt	592,98	50,15	7,80

Wir sehen, daß unsere 1., 4. und 5. kleine Tabelle deutlich mit dem Steigen der Gesamtausgaben ein absolutes und ein relativ noch größeres Steigen der Kleidungsausgaben zeigen. Nur bei den Harzer und Elsässer Arbeitern fallen in der 2. Kategorie die Prozente für Kleidung, um in der 3. wieder zu steigen. Die Gründe hierfür sind leicht aus der Betrachtung der betr. Budgets zu ersehen. Der hohe Prozentsatz der Kleidungsausgaben (16,5 °/₀) in der 1. Kategorie der Harzer Arbeiter rührt davon her, daß ein Arbeiter derselben unverhältnismäßig viel, nämlich 4 Thlr 10 Sgr. oder 24,8 °/₀ täglich für Kleidung ausgiebt, eine absolut und relativ große Ausgabe, die von keinem anderen besser situierten Harzer Arbeiter nach ihm erreicht wird, und bei der geringen Anzahl von Budgets in jeder Kategorie mußte eine solche abnorme Zahl einen bemerkenswerten Einfluß ausüben. Lassen wir dieselbe weg, so bleibt als Durchschnittszahl 13,5 °/₀ und wir erhalten eine aufsteigende Reihe der Prozentzahlen, nämlich 13,5, 14,5, 16,7 °/₀. Ebenso ist es mit den Elsässern. Dort giebt in der 2. Kategorie ein Arbeiter nur 116 Frcs. oder 7 °/₀ seiner Gesamtausgaben für Kleidung aus, eine absolut relativ so kleine Zahl, wie sie kein ärmerer Arbeiter nur annähernd erreicht, sodaß mit Weglassung derselben die Prozentzahl der 2. Kategorie 16 und die Reihenfolge der Prozentzahlen 15,75, 16 und 19 auch eine aufsteigende wäre. — Diese soeben bemerkten Abnormitäten sind leicht zu erklären, da oft in einem Jahre gerade für Kleidung sich die Ausgaben häufen, um in den nächsten Jahren desto geringer zu sein. Daher würde man viel sicherer gehen, wenn man, sobald nur eine geringe Zahl von Budgets zu Gebote steht, die Ausgaben für Kleidung aus mindestens drei aufeinander folgenden Jahren von jeder Familie zur Berechnung heranziehen könnte, da dann diese Unregelmäßigkeiten verschwinden müßten. Bei

einer großen Anzahl Budgets würde das nicht nötig sein, da in großen Anzahl derselben die Unregelmäßigkeiten sich gegeneina ausgleichen.

Was also Laspeyres aus dem belgischen Material erkennt, durch die französischen Budgets widersprochen, nicht zur Regel zu heben wagte, daß nämlich mit Steigerung der Wohlhab heit die Ausgaben für Kleidung auch steigende Proze vom Gesamtbudget hinwegnähmen, ist uns nicht allein dem zahlreichen schlesischen und sächsischen Material, sondern von der kleinen Zahl der Budgets aus dem Harz, Elsaß und Kö berg von neuem bestätigt worden, so daß wir dieses Resultat Regel für die unteren Klassen, natürlich unter den bei Nahrungsgesetze gemachten Kautelen, anerkennen können.

Was in dieser Beziehung die besseren Stände anbelangt, so s uns nur das schon erwähnte mangelhafte Material zur Verfügung.

Tabelle X.

Es gaben aus von den Gesamtausgaben für Kleidung

				%	
1.	Beamter in Bern	Mk. 2427,30	465,00	19,1	15,9
2.	„ einer größeren Stadt	„ 2700,00	360,00	13,8	
3.	„ in Bern	„ 2983,20	499,00	15,05	
4.	Kaufmann in Berlin	„ 3001,00	500,00	16,6	14,4
5.	Rentier in Halle	„ 3045,15	314,04	10,3	
6.	Beamter in Dresden	„ 3305,00	540,00	16,3	
7.	„ in Berlin	„ 4337,00	426,00	9,8	10,6
8.	Kaufmann „	„ 5997,00	870,00	14,5	
9.	„ einer größeren Stadt	„ 6000,00	450,00	7,5	
10.	Beamter in Oldenburg	„ 6384,00	1058,15	16,6	13,1
11.	Litterat in Straßburg	„ 6400,00	779,00	12,2	
12.	Fabrikant in Halle	„ 7964,30	863,25	10,5	
13.	Hoher Beamter in Halle	„ 18206,00	1554,00	8,5	10,8
14.	Bankier einer größeren Stadt	„ 51000,00	4080,00	8,0	
15.	Hoher Staatsbeamter einer größeren Stadt	„ 75000,00	12000,00	16,0	

Soweit man daraus folgern kann, ist mit Bestimmtheit weitere Steigerung der Prozente für Kleidung mit Steigerung Wohlhabenheit nicht nachzuweisen. Im Gegenteil nehmen die I zente wieder ab, nachdem sie bei einem Einkommen von 2400 3300 Mk. ihren Höhepunkt erreicht haben, was sich aus dem Zust unserer gesellschaftlichen Verhältnisse leicht erklären läßt. Daß Prozente der Bekleidungsausgaben in den angeführten Budgets verschieden, ist nach dem schon früher bei der Betrachtung der N rungsausgaben Gesagten kein Wunder. In der Kleidung kann ersten Luxus getrieben werden, aber auch der Stand erheischt in Kleidung eine Befriedigung seiner Bedürfnisse. Je nachdem

Standesansprüche groß oder klein, sind es auch die Ausgaben für Kleidung; eine Regel bezüglich der Gestaltung der Prozente für Kleidung läßt sich also bei den Einkommen über ungefähr 3000 Mk. nicht aufstellen.

Die Wohnungsausgaben zeigen in den verschiedenen Gegenden die Tendenz, bei Zunahme der Gesamtausgaben der Arbeiter eine ganz verschiedene Stellung zu denselben einzunehmen. Absolut steigen die Ausgaben zwar überall, aber relativ nehmen sie z. B. bei den schlesischen Arbeitern ab, während sie bei den Harzbewohnern steigen und bei den Königsbergern und sächsischen Arbeitern gar keinem Gesetze folgen.

Tabelle XI.

Es giebt eine Familie im Durchschnitt aus		bei einem Gesamteinkommen	für Wohnung	
		Mk.	Mk.	%
der schlesischen Arbeiter (siehe S. 60—61).	I. Kategorie	838,00	70,00	8,40
	II. "	988,00	69,00	7,36
	III. "	1346,00	80,00	5.95
	Im Durchschnitt	1057,00	73,00	7,14
			tägl. Pf.	
der Harzer Arbeiter (siehe S. 66).	I. Kategorie	838,00	15	6,6
	II. "	898,22	18	6,8
	III. "	1003,10	19	7,0
	Im Durchschnitt	913,11	17	6,8
			Mk.	
der Königsberger Handwerker und Arbeiter (siehe S. 67).	I. Kategorie	738,00	131,25	17,8
	II. "	945,00	191,25	20,3
	III. "	1400,10	198,00	14,1
	Im Durchschnitt	1027,80	173,49	17,4
der sächsischen Handweber (siehe S. 68).	I. Kategorie	453,72	28,90	6,3
	II. "	572,97	43,15	7,4
	III. "	843,60	57,30	6,8
	Im Durchschnitt	592,98	41,00	6,8

Aus diesen sich widersprechenden Erscheinungen geht, was auch Laspeyres glaubt, hervor, daß in den unbemittelten Schichten der Bevölkerung die Ausgaben für Wohnung einen ungefähr gleichen Anteil an dem Gesamtbudget ausmachen. Die Arbeiter unserer ersten Kategorien brauchen eben eine gewisse Anzahl von Räumlichkeiten, die sie nicht entbehren können, die aber nach ihren Verhältnissen nur mit den dürftigsten Möbeln etc. ausgestattet sein können. Steigern sich nun die Einkommen, so werden sie entsprechend dieser Steigerung ihr früher dürftiges, kahles Heim auszuschmücken suchen, werden aber nicht gleich eine größere Wohnung

suchen, da die alte ihren gesteigerten Ansprüchen bezüglich Raums noch vollkommen genügt. Die höheren absoluten Ausgaben Arbeiter der II. und III. Kategorie rühren also von jenen erwäl Ausgaben her, und da dieselben zwar ungefähr mit der Mehrung Gesamtausgaben bis zu einem gewissen Grade fortschreitend, vollkommen den subjektiven Ansprüchen des Arbeiters an die stattung seiner Wohnung, den Sitten etc. überlassen sind, so sich das Schwanken in den Prozentsätzen obiger Tabellen leich klären. Die schlesischen Fabrikarbeiter wenden im Verhältnis zu Steigerung ihrer Gesamtausgaben weniger auf die Wohnung, wei dortigen Arbeiterwohnungen nach Größe und Einrichtung für Arbeiter gleichartig sind; bei den Harzer Arbeitern steigen soga Prozente, während bei den belgischen und Königsberger Arbeitern und sächsischen Handwebern dieselben regellos schwanken.

Zu einem interessanten Resultate aber kommt man, wenn die Wohnungsausgaben der bemittelten Klassen heranzieht. Schwa glaubte aus Vergleichung Berliner Mieten mit den Einkommen, d aus der Einkommensteuer resp. aus den Gehältern von Staats- Kommunalbeamten mit weniger als 1000 Thlr. Gehalt gewonnen h das Gesetz gefunden zu haben: „Je wohlhabender durchschnittlich Familie ist, eine um so größere Summe, aber um so weniger Pro der Gesamtausgaben verwendet sie durchschnittlich auf Wohnu miete." Laspeyres, welcher die mangelhafte Sicherheit des Schwabes Materials und die deshalb zweifelhafte Richtigkeit seines Gesetze kannte, untersuchte das bessere Hamburger Material **) darauf welches folgende Resultate lieferte:

Ausgaben für Miete von 13084 Hamburger Familie

Einkommen von Thlr.	Zahl der Familien.	Durchschnitts-Einkommen. Thlr.	Durchschnitts-Miete. Thlr.	Miete % vom Einkommen.
81—160	493	149	38	25,5
161—400	8844	252	51	20,3
401—800	1606	603	121	20,0
801—1200	568	1050	205	19,5
1201—1600	339	1480	281	19,0
1601—4000	708	2610	432	16,5
4001—20000	470	7060	775	9,7
20001—104000	56	33800	1255	3,7
81—1000	11230	315	64	20,2
10001—104000	1854	4484	436	10,8
81—104000	13084	906	124	13,6

*) A. a. O. Seite 56. **) A. a. O. Seite 55.

Diese Tabelle weist eine deutliche Abnahme der Prozente für Wohnungsmiete mit Steigerung des Einkommens nach. Da man aber, wenn man die Höhe des Einkommens kennt, noch nicht weiß, wieviel von dem Einkommen verbraucht, wieviel gespart wird, und da mit Steigerung des Einkommens die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Sparens immer größer wird, somit also die Laspeyres'schen Prozentzahlen mit Steigerung des Einkommens einen immer kleineren Teil der wirklichen Prozentzahlen angeben, so versuchten wir uns in Halle Material zu verschaffen, das diese Fehlerquelle vermindert.

Im allgemeinen kann man wohl annehmen, daß unter den Halleschen Postbeamten wenig vermögende sind, daß sie vielmehr in der Hauptsache ihren Gehalt zu verzehren haben, von dem sie auch selten etwas zurücklegen. Wir sagen „im allgemeinen", denn wir wollen das Gesagte nicht als Regel aufstellen, sondern geben sehr wohl zu, daß es sowohl unter den höheren als unter den unteren Postbeamten Personen giebt, die von Hause aus oder durch die Mitgift ihrer Frau ein Vermögen haben und dessen Rente mit verzehren. Diese Beamten werden aber auch sehr oft die Zinsen ihres Vermögens sparen. Nach dem Gesagten glauben wir annehmen zu können, daß das Gehalt der Postbeamten im großen und ganzen auch die Höhe ihrer Ausgabebudgets bestimmt, und wir haben uns deshalb die Gehälter der verheirateten Halle'schen Postbeamten auf dem Zentral-Steuerbureau in Halle verschafft und dieselben nur in den Fällen geändert, wenn wir die Höhe der Gesamtausgaben eines Postbeamten näher erfahren hatten. Außerdem war uns noch die Höhe der Ausgabebudgets von einigen Halle'schen reichen Familien annähernd bekannt. Von diesen und den Postbeamten erfuhren wir auf dem Mietssteuerbureau die Höhe der von ihnen bezahlten Miete und benutzten dieses Material zu folgender Tabelle:

NB. Tabelle siehe folgende Seite.

Im allgemeinen ist nach der Natur des Materials anzunehmen, daß die Prozentzahlen für Miete etwas zu hoch, weil die Gesamtausgaben bei manchen Familien zu niedrig angesetzt sind. Dadurch wird aber in dem Verhältnis der Prozentzahlen zu einander nicht viel geändert werden.

Diese Tabelle liefert uns sehr interessante Resultate. Zunächst bestätigt sie, daß in den unteren Schichten der Bevölkerung, den Arbeitern, kleinen Handwerkern, Subalternbeamten, die Ausgaben für Wohnungsmiete ungefähr den gleichen Anteil von den Gesamtausgaben fortnehmen. Die hohe Prozentzahl 17,5 bei den Familien mit einer Höhe

Tabelle XII.

Ausgaben für Miete von 264 Halle'schen Familien 1886.

Gesamtausgaben von Mk.	Zahl der Familien.	Durchschnittl. Gesamtausgaben. Mk.	Durchschnittl. Miete. Mk.	Miete °/₀ von den Gesamtausgaben.
800—1080	34	1002,10	176,30	17,6
1081—1280	33	1210,70	189,80	16,6
1281—1430	34	1380,25	233,90	16,6
2032—2532	35	2342,20	385,50	16,6
2533—3032	27	2761,50	485,10	17,5
3033—3500	20	3315,80	476,70	14,4
3501—4000	12	3719,00	536,60	14,4
4001—5000	22	4456,70	588,30	13,2
5001—7000	16	5916,20	744,60	12,6
7001—10000	18	8213,20	1019,70	12,4
10001—25000	10	11684,30	1267,00	10,8
15001—30000	3	25851,00	2250,00	8,7
800—1430	101	1197,70	200,00	16,8
2032—5000	116	3150,10	478,50	15,5
5000—30000	47	9295,60	1057,20	11,9

der Gesamtausgaben von 2533 bis 3032 Mk. korrespondiert mit der früher für diese Familien gefundenen hohen Prozentzahl für Kleidung und läßt sich, wie diese, aus den Anforderungen der Gesellschaft, speziell hier an den Beamten, erklären. Von da nehmen die Prozente für Wohnungsmiete langsam ab und sinken bei einer Höhe der Gesamtausgaben von 15000 bis 30000 Mk. bis auf 8,7 °/₀ derselben. Deshalb läßt sich wohl mit Sicherheit die Regel aufstellen: „Erreichen die Ausgaben einer Familie die Höhe von 3000 Mk., so werden die Ausgaben für Wohnungsmiete, je wohlhabender die Familie ist, einen desto geringeren Teil der Gesamtausgaben ausmachen.

Unser Material hat noch denselben Mangel wie dasjenige von Laspeyres, daß es uns nur die Ausgaben für Miete, nicht diejenigen für Renovierung der Wohnung, für Neuanschaffungen und Reparaturen an Möbeln und den zur Wirtschaft notwendigen Geräten angiebt, Ausgaben, die doch auch zur Ausstattung der Wohnung nötig sind. Aus den selbst erhobenen Budgets*) geht hervor, daß die untere Klasse durchschnittlich 1—2 °/₀ für diese Bedürfnisse, der Mittelstand 2—4 °/₀, die am besten situierten Stände bis zu 7 und mehr Prozent ausgeben. Addieren wir diese Ausgaben zu denen für Miete (Tab. XII), so gestalten sich die Gesamtausgaben für Wohnung wesentlich anders:

*) A. a. O. Seite XLIX—LVII.

Tabelle XIII.

Ausgaben für Wohnung in Halle.

Gesamtausgaben von	Durchschnittl. Gesamtausgaben.	Ausgaben für Wohnung.	
Mk.	Mk.	Mk.	%
800—1430	1197,70	212,00— 224,00	17,8—18,8
2032—5000	3150,10	3556,00— 3963,00	17,5—19,5
5000—30000	9295,60	11579,80—14763,00	15,9—18,9

Wir sehen, daß die Prozente der Ausgaben für Wohnung im wesentlichen in allen Ständen gleich sind, und daß die Ausgaben speziell in Halle ungefähr zwischen 16—20 % der Gesamtausgaben schwanken. Die untere Grenze (16 %) dieser Zahl wird wahrscheinlich etwas zu hoch gegriffen sein, da im allgemeinen die Gesamtausgaben etwas zu niedrig angesetzt sind.

Das Resultat unserer Betrachtungen über das Verhältnis der Wohnungsausgaben zu den Gesamtausgaben ist also kurz dieses. Während bei den Einkommen über 3000 Mk. mit Steigerung der Wohlhabenheit die Prozente für Miete abnehmen, nehmen die Prozente für Instandhaltung der Wohnung etc. in dem Maße zu, daß das Verhältnis aller Wohnungsausgaben zu den Gesamtausgaben in allen Bevölkerungsklassen eines Orts ziemlich dasselbe ist.

Da die Ausgaben der belgischen und französischen Arbeiter für Heizung und Beleuchtung in den einzelnen Kategorien schwanken, glaubte Laspeyres, daß keine Gesetzmäßigkeit in denselben bezw. der verschiedenen Wohlhabenheitsstufen festzustellen sei. Sehen wir, was uns unsere Budgets in dieser Beziehung zeigen.

Tabelle XIV.

Es gaben aus von den		Gesamt-Ausgaben	für Heizung u. Beleuchtung	
		Mk.	Mk.	%
Die schlesischen Arbeiter durchschnittlich (siehe S. 60—61).	I. Kategorie	838,00	62,00	7,38
	II. „	988,00	60,00	6,16
	III. „	1346,00	57,00	4,25
	Im Durchschnitt	1057,00	60,00	5,90
Die Königsberger Arbeiter durchschnittlich (siehe S. 67).	I. Kategorie	738,00	83,25	11,3
	II. „	945,00	66,75	7,06
	III. „	1400,10	90,00	6,4
	Im Durchschnitt	1027,80	80,70	8,25
Die sächsischen Handweber durchschnittlich (siehe S. 68).	I. Kategorie	453,72	39,41	8,7
	II. „	572,97	53,05	9,3
	III. „	843,60	70,19	8,3
	Im Durchschnitt	592,98	51,88	8,6

Nach dieser Tabelle gestaltet sich die Frage anders. Zwar herrscht in dem Verhältnis der Ausgaben für Heizung und Beleuchtung zu den Gesamtausgaben nicht dieselbe Regelmäßigkeit, wie z. B. in dem der Nahrungsausgaben, doch ist eine bestimmte Tendenz in demselben nicht zu verkennen. Die absoluten Ausgaben steigen zwar nicht regelmäßig mit Steigerung der Gesamtausgaben, die relativen zeigen jedoch mehr oder weniger die Tendenz zu fallen, und dies hängt mit den Wohnungsverhältnissen in den unteren Schichten der Bevölkerung eng zusammen. Dieselben haben in der Regel außer der Küche nur ein heizbares Zimmer, welches auch allein beleuchtet wird, sofern nicht die Thätigkeit des Mannes noch besondere Räume erfordert. Da nun ein Ofen und eine Lampe nur eine gewisse Quantität Heizungs- und Beleuchtungsmaterial verbrauchen, und in Bezug auf diese kein großer Luxus getrieben werden kann, so werden bei Zunahme der Wohlhabenheit die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung nur wenig steigen, sie also im Verhältnis zu den Gesamtausgaben fallen. Damit ist nicht gesagt, daß in Familien mit ungefähr gleichen Einkommen diese Ausgaben auch ungefähr gleich groß sein müßten, da die größere oder geringere Wirtschaftlichkeit der Hausfrau hier nicht ohne Einfluß ist. — Verbindet sich weiter mit dem höheren Einkommen aber auch zugleich eine gesellschaftliche Stellung, die an ihren Eigentümer bezüglich der Wohnung, also auch der Heizung und Beleuchtung, höhere Anforderungen stellt, so werden diese Ausgaben auch absolut steigen, und deshalb ihrem relativen Fallen ein Einhalt geboten werden, bis, bei weiterer Hebung der Wohlhabenheit ohne gleichzeitige Steigerung der gesellschaftlichen Verpflichtungen die Prozente für Heizung und Beleuchtung wieder geringer werden. Dies beweist

Tabelle XV.

Es gaben aus von den	Gesamtausgaben Mk.	für Heizung u. Beleuchtung Mk.	%	
1. Beamter in Bern*)	2427,30	176,00	7,2	
2. „ einer größeren Stadt	2700,00	276,00	10,2	7,4 %
3. „ in Bern	2983,00	138,40	4,7	
4. Kaufmann in Berlin	3001,00	136,00	4,5	
5. Rentier in Halle	3045,15	91,70	3,01	4,1 „
6. Beamter in Dresden	3305,00	158,00	4,8	
7. Privatbeamter in Berlin	4337,00	100,00	2,3	
8. Kaufmann „ „	5997,00	240,00	4,0	4,4 „
9. „ einer größeren Stadt	6000,00	423,00	7,0	
10. Höherer Beamter in Oldenburg	6384,83	255,79	4,0	
11. Litterat in Straßburg	6400,00	188,00	3,0	3,3 „
12. Fabrikant in Halle	7964,30	238,93	3,0	
13. Hoher Beamter in Halle	18206,00	470,00	2,6	
14. Bankier einer größeren Stadt	51000,00	1576,00	3,1	2,9 „
15. Hoher Staatsbeamter einer größeren Stadt	75000,00	2184,00	2,9	

*) A. a. O. Seite XXXV—LVII.

Diese Tabelle zeigt trotz ihrer Mängel nicht nur, daß die wohlhabenden Klassen relativ weniger ausgeben als die anderen, sondern es ist auch nicht zu verkennen, daß innerhalb derselben mit Steigerung der Gesamtausgaben die Prozente für Heizung und Beleuchtung abnehmen, wenn auch, wie nach dem oben Gesagten selbstverständlich, dies nicht regelmäßig geschieht.

Wenn man also mit Sicherheit behaupten kann, daß in den unteren Klassen mit Zunahme der Wohlhabenheit die Prozente der Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im allgemeinen abnehmen, so ist dies für die besser situierte Bevölkerung nur unter Bedingungen einzuräumen.

Was die übrigen Ausgaben anbelangt, so versteht es sich von selbst, daß dieselben mit Steigerung des Ausgabebudgets nicht nur absolut, sondern noch stärker als die Gesamtausgaben steigen werden, denn die Verminderung in den Prozenten für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung kommt nicht allein den Ausgaben für Kleidung zu gute.

Tabelle XVI.

Es gaben aus von den Gesamtausgaben für die übrigen Bedürfnisse:

		M.	M.	Proz.
Die schlesischen Arbeiter durchschnittlich (siehe S. 60—61).	I. Kategorie	838	70	8,40
	II. „	988	87	8,75
	III. „	1346	142	10,56
	im Durchschnitt	1057	99,7	9,2
Die Königsberg. Arbeiter durchschnittlich (siehe S. 67).	I. Kategorie	738	19,50	2,6
	II. „	945	32,25	3,34
	III. „	1400,1	201,21	14,40
	im Durchschnitt	1027,8	84,32	6,78
		Frcs.	Frcs.	
Die Elsässer Arbeiter durchschnittlich (siehe S. 69).	I. Kategorie	1231,8	66,18	5,75
	II. „	1574,12	109,2	6,75
	III. „	1968,12	190,9	9,75
	im Durchschnitt	1591,84	122,9	7,42
		M.	M.	
Die sächs. Handweber durchschnittlich (siehe S. 68).	I. Kategorie	453,72	27,55	6,2
	II. „	572,97	41,29	7,5
	III. „	843,60	73,88	9,8
	im Durchschnitt	592,98	47,57	7,8

Wie wir sehen, schwanken diese Ausgaben zwischen 6 und 9 % des Budgets, sind also nicht sehr voneinander verschieden. Sie setzen sich zusammen aus den Ausgaben für Reinlichkeit, Gesundheitspflege, Versicherung, Kirche und Schule, Steuern, Vergnügen und div. Ausgaben. Da diese Ausgaben jede für sich nur einen sehr geringen Teil und daher nur einen sehr kleinen Prozentsatz des Budgets der Arbeiter ausmachen, würde es gewagt sein, aus unserem Material eine Regel hinsichtlich ihres Verhaltens zu den Gesamtausgaben bei Steigerung des Wohlstandes aufzustellen. Im Anfange werden sie sowohl absolut als auch relativ steigen. Folgende Tabelle beweist unsere Annahme.

Tabelle XVII.

	Ausgaben für							
	Kirche und Schule		Steuern		Krankenkassen etc.		Persönliche Bedürfnisse	
	M.	Proz.	M.	Proz.	M.	Proz.	M.	Proz.
A. Schlesische Arbeiter (siehe S. 60—61).								
I. Kategorie durchschnittl.	7,00	0,87	16,00	1,89	15,00	1,76	32,00	3,88
II. „ „	6,00	0,62	15,00	1,49	23,00	2,30	43,00	4,34
III. „ „	17,00	1,28	35,00	2,58	31,00	2,31	59,00	4,39
im Durchschnitt	10,00	0,92	22,00	1,99	23,00	2,12	45,00	4,20
B. Königsberger Arbeiter (siehe S. 67).								
I. Kategorie durchschnittl.	0,75	0,10	6,75	0,90	8,25	1,1	3,75	0,50
II. „ „	5,25	0,55	6,00	0,63	10,50	1,1	10,50	1,06
III. „ „	69,90	5,00	12,00	0,86	87,90	6,3	31,41	2,24
im Durchschnitt	24,9	1,88	8,25	0,79	35,55	2,8	15,45	1,38
C. Sächsische Handweber (siehe S. 68).								
I. Kategorie durchschnittl.	5,02	1,20	5,40	1,2	10,19	2,30	6,34	1,50
II. „ „	10,40	1,80	11,05	1,9	10,84	1,90	9,00	1,90
III. „ „	10,46	1,24	16,00	2,0	17,47	2,07	24,95	4,49
im Durchschnitt	8,26	1,42	10,27	1,6	12,26	2,1	12,90	2,44

Aus der Tabelle XVIII, welche uns die Höhe der absoluten wie der relativen Ausgaben der Familien aus den besseren Ständen, soweit deren Budgets uns zugänglich, für Gesundheitspflege, Reinigung, Für- und Vorsorge, Geistespflege, Rechtsschutz, persönliche Dienstleistungen, Erholung und Allgemeines zeigt, läßt sich mit Sicherheit nur erfahren, daß diese Ausgaben viel höher sind als bei den unteren

Tabelle XVIII.

	Gesamt-Aus-gaben.	Ausgaben für																Summa	
		Gesund-heitspflege		Reinigung		Ver-sicherung		Geistes-pflege		Rechts-schutz		Persönl. Dienst-leistungen		Erholung		Allgemeines			
	Mk.	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
1. Beamter in Bern*)	2427,30	30,40	1,3	82,40	3,4					72,00	3,0					218,40	9,0	403,20	16,7
2. Beamter in einer größeren Stadt	2700,00											96	3,6	90,00	3,3	420,00	5,1	606,00	12,0
3. Beamter in Bern	2983,20	40,00	1,4	86,40	2,9	19,20	0,6			83,20	2,8	154	5,2			4,00	0,2	386,80	13,1
4. Kaufmann in Berlin	3001,00	25,00	0,8	33,00	1,1	20,00	0,6	205,00	6,8					60,00	2,0			343,00	11,3
5. Rentier in Halle	3045,20	30,00	1,0	75,00	2,5	10,00	0,3	317,80	10,4	70,60	2,3	73	2,4	190,50	6,2	103,60	2,6	840,48	27,7
6. Beamter in Dresden	3305,00	45,00	1,3	24,00	0,7	265,00	8,0	348,00	10,5	150,00	4,5	137	4,1	126,00	3,8	65,00	1,9	1160,00	34,8
7. Privatbeamter in Berlin	4337,00	54,00	1,2			204,00	4,7	607,00	14,0	159,00	3,6			354,00	8,2	830,00	18,2	2208,00	49,9
8. Kaufmann in Berlin	5997,00	96,00	1,7	90,00	1,5	75,00	1,2	342,00	5,7	440,00	7,3	150	2,5	300,00	5,0			1487,00	28,9
9. Kaufmann in einer größeren Stadt	6000,00											156	2,6	390,91	6,5	2089,50	34,9	2635,50	44,0
10. Höherer Beamter in Oldenburg	6384,80	120,00	1,9	158,20	2,5			300,00	4,7	305,40	4,8	130	2,0	630,00	9,9			1623,50	24,8
11. Litterat in Straßburg	6400,00	898,00	1,5			312,00	4,9	690,00	10,7	83,00	1,3	190	3,0			335,00	5,2	1908,00	26,6
12. Fabrikant in Halle	7964,30	278,75	3,5	211,50	2,7	250,00	3,1	565,50	7,1	454,00	5,7	450	5,7	501,75	6,3	712,70	8,9	3424,60	43,0
13. Hoher Beamter in Halle	18206,0	1350,0	7,4	675,00	3,7	915,00	5,0	1210,0	6,7	895,00	4,9	2750	14,7	1150,0	6,3	235,00	1,9	8630,00	50,6
14. Banquier in einer größeren Stadt	51000,0											2705	4,3	14808,0	33,4	15792,0	30,9	33305,0	68,6
15. Hoher Staatsbeamter einer größeren Stadt	75000,0											3420	4,6	33360,0	44,5	5052,00	6,0	41832,0	55,1

*) A. a. O. Seite XXXV—LVII.

Klassen. Sie steigen von 11,3 bis 68,3 °/₀ des Budgets. Aber nicht nur wegen der schon früher erwähnten Mängel des Materials, als auch vielmehr deshalb, weil in den Rubriken für die einzelnen Bedürfnisse in manchen Budgets Ausgaben aufgenommen sind, die in den anderen fehlen, würden weitere Schlußfolgerungen gewagt sein. Die Tabelle zeigt jedoch deutlich, wie verschieden in den besseren Ständen je nach Stellung, Vermögen, Liebhabereien, Gewohnheiten etc. die Ausgaben für die einzelnen Bedürfnisse sind, und wie wenig es daher angeht, allgemeine Regeln für diese Ausgaben aufzustellen.

NB. Tabelle siehe Seite 88.

Aus diesen Erörterungen geht, um das Gesagte noch einmal zusammenzufassen, hervor, daß ein Gesetz in dem Verhältnis der einzelnen Ausgaben zu den Gesamtausgaben für die einzelnen Wohlhabenheitsstufen der Bevölkerung nicht anzunehmen ist, wohl aber eine gewisse Regelmäßigkeit in dem Verhältnis zwischen den Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung zu dem Gesamtbudget.

Dies vorausgesetzt, fällt auch der schöne Gedanke Engel's fort, daß man den Angehörigen der einzelnen Wohlhabenheitsstufen raten könne, wieviel sie für jedes einzelne Bedürfnis auszugeben haben, um, kurz gesagt, rationell zu leben, wenn auch für Personen in einfachen Verhältnissen, also z. B. für Arbeiter, sich unter bestimmten Voraussetzungen diesbezügliche allgemeine Normen aufstellen lassen werden.

III. Teil.

Vergleich von vier Wohlhabenheitsstufen der Bevölkerung in Halle.

Bei der Vergleichung von Ausgabebudgets verschiedener Wohlhabenheitsstufen war es uns, auf die bisherigen Erhebungen angewiesen, nicht möglich, Budgets aus verschiedenen Ständen miteinander zu vergleichen, da dieselben mit Ausnahme der 3 Budgets in dem Buch von Pfeiffer „Die Staatseinnahmen“ (siehe S. XXXVIII) und den drei von Herrn Prof. Conrad in Jena erhobenen Budgets (siehe S. XXXXVI bis XXXXVIII) unseres Wissens von niemandem bisher erhoben worden, die erwähnten Budgets aber unvollständig waren. Es wird daher zugleich als Vorarbeit zu dem nächsten und letzten Kapitel interessant sein, unsere Halleschen Budgets (siehe S. IL—LVII) miteinander zu vergleichen und die für unsere Zwecke wichtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Eine Trennung der Bevölkerung in die einzelnen Stände ist sehr schwierig und wird nach den mancherlei Gesichtspunkten, die dabei zu beobachten, auch in der verschiedensten Weise ausgeführt. Wir wollen über diese Schwierigkeit hier hinfort sehen und gehen im folgenden von der, wie uns wohl bewußt, nicht immer zutreffenden Annahme aus, daß die beiden Begriffe Stand und Wohlhabenheitsstufe sich decken. Einer Trennung der Halleschen Bevölkerung nach Wohlhabenheitsstufen sind wir aher überhoben, da uns nur 6 Ausgabebudgets zur Verfügung stehen, von denen 3 in der Höhe von 800—1250 Mk. jedenfalls einer Wohlhabenheitsstufe angehören, während die anderen wegen ihrer großen Differenz jedes für sich eine besondere Wohlhabenheitsstufe repräsen-

tieren. Wir hätten also im ganzen 4 Wohlhabenheitsstufen. Die unterste wird vertreten durch die Budgets zweier Handwerker, eines Schneiders und Malers, sowie durch das eines Eisenbahnsubalternbeamten mit Ausgabebudgets von 800—1250 Mk., die 2. Stufe durch das Budget eines Rentiers mit 3000 Mk., die 3. durch das eines Fabrikanten mit 7900 Mk., die 4. durch das eines hohen Beamten mit 18 200 Mk.

Die Mängel unseres Materials sind folgende:

1) Es sind nicht alle Wohlhabenheitsstufen vertreten, so speziell nicht diejenige, deren Ausgabebudget nicht die Höhe von 800 Mk., und nicht diejenige, deren Ausgabebudget eine Höhe von 1500—2500 Mk. erreichen würde.
2) Es ist nur je ein Repräsentant in den 3 letzten Wohlhabenheitsstufen vorhanden.
3) Die Zusammensetzung der Familien ist nicht in allen Wohlhabenheitsstufen dieselbe.

Der erste und letzte Mangel ist leider nicht aufzuheben, der zweite wird dadurch etwas gemildert, daß die betreffenden Familien einen sehr geordneten Haushalt führen. In der untersten Wohlhabenheitsstufe, in welcher wir 3 Budgets von Familien mit sehr verschiedener Kinderanzahl, nämlich mit einem, zwei und sechs Kindern haben, wird durch eine Zusammenfassung der 3 Budgets zu einem, das dann einer Familie mit der Durchschnittszahl der Kinder dieser drei Familien, nämlich mit 3 Kindern unter 14 Jahren, gehört, ein sog. Normalbudget erhalten werden.

Bei einer Vergleichung der 4 Budgets und damit der 4 Wohlhabenheitsstufen wird es zunächst zweckmäßig sein, dieselben nach den Ausgaben für die schon früher in 12 Gruppen zusammengefaßten Bedürfnisse zugleich mit Angabe der Prozente jeder einzelnen Ausgabe von den Gesamtausgaben nebeneinander zu stellen.

NB. Tabelle siehe folgende Seite oben.

Diese Tabelle zeigt deutlich, wie verschieden nicht nur die absoluten Ausgaben für dasselbe Bedürfnis, sondern auch die relativen sind. Wenn die erste Erscheinung als selbstverständlich einer näheren Erörterung nicht weiter bedarf, so wird es doch wünschenswert sein, bei der letzteren etwas zu verweilen.

Woher dieselbe rührt, haben wir schon früher erwähnt, sie läßt sich durch die verschiedene Ausdehnungsfähigkeit des Verbrauchs für die zwölf Bedürfnisse, sowie durch die Ausgaben, welche die Zahl der Kinder, der Stand, die Gesellschaft, überhaupt die äußere Lebensstellung einer Familie mit sich bringt, erklären. Diese beiden Faktoren be-

Tabelle XIX.

Ausgaben für Bedürfnisse an	Wohlhabenheitsstufen							
	I. Maler. 3 Pers. 1 Kind von 5 Jahr. Weichensteller. 4 Pers. 2 K. von 5 und 10 Jahren. Schneider m. 1 K. über 14 J. u. 5 K. unt. 14 J. Durchschnittsbudget.		II. Rentier. 5 Personen. 2 Knaben von 18 u. 10 Jahren und eine Tochter von 13 Jahren.		III. Fabrikant. 5 Personen. 2 Knaben von 12 und 7 Jahren und eine Tochter von 9 Jahren. 1 Dienstmädchen.		IV. Hoher Beamter. 6 Personen. Ein Kind über 14 Jahre und 3 unter 14 Jahren. 4 Dienstboten.	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
I. Nahrung	555,50	52,9	1246,00	40,90	2211,00	28,0	2842,00	16,0
II. Kleidung	163,70	15,8	314,04	10,30	863,25	10,5	1554,00	8,5
III. Wohnung	140,15	13,4	552,85	18,10	1234,47	15,5	4060,00	22,3
IV. Heizung u Beleucht.	59,70	5,7	91,70	3,01	238,98	3,0	470,00	2,6
V. Reinigung	23,15	2,2	75,00	2,50	211,43	2,7	675,00	3,7
VI. Gesundheitspflege	22,15	2,1	30,00	1,00	278,75	3,5	1350,00	7,4
VII. Vor- und Fürsorge	20,80	2,0	10,00	0,30	250,50	3,1	915,00	5,0
VIII. Unterricht etc.	18,60	1,8	317,82	10,40	565,46	7,1	1210,00	6,7
IX. Abgaben	10,85	1,0	70,56	2,30	454,00	5,7	895,00	4,9
X. Persönliche Dienstleistungen *			73,00	2,40	450,00	5,7	2750,00	14,1
XI. Vergnügen	14,40	1,4	190,50	6,20	501,75	6,3	1150,00	6,3
XII. Diverses	20,30	1,7	73,68	2,59	712,76	8,9	335,00	1,9
Gesamtausgaben	1049,40	100,0	3045,15	100,00	7945,30	100,0	18206,00	100,0
Ausgaben für Gruppe I—V	942,20	90,0	2279,59	74,81	4732,08	59,7	9601,00	53,1
Ausgaben für Gruppe VI—XII	107,20	10,0	765,56	25,19	3213,22	40,3	8105,00	46,9
Gesamtausgaben	1049,40	100,0	3045,15	100,00	7945,30	100,0	18206,00	100,0

stimmen, natürlich neben der Forderung des Bedürfnisses nach seiner Befriedigung die Höhe vorstehender Prozentzahlen. Nehmen wir an, daß diese beiden Faktoren in der Wohlhabenheitsstufe I gleich 0 sind, d. h. daß in derselben nur genannter Forderung der Bedürfnisse genügt wird, so können wir, wenn wir alle Prozentzahlen in derselben gleich einer bestimmten Zahl, z. B. gleich 100 setzen und die Prozentzahlen in den übrigen Wohlhabenheitsstufen darauf hin umrechnen, die Wichtigkeit dieser beiden Faktoren für die zwölf Be-

* Diese Zahlen enthalten auch bei III. und IV. die Ausgaben für Ernährung der Dienstboten, bei III. 330 Mark oder 4,2 %, bei IV. 1600 Mark oder 8,4 %.

dürfnisse in den übrigen 3 Wohlhabenheitsstufen gegenüber der Wohlhabenheitsstufe I und gegeneinander deutlich sehen.

Wir machen in folgender Tabelle diese Operation und erhalten:

Tabelle XX.

Bedürfnisse	Wohlhabenheitsstufen			
	I.	II.	III.	IV.
1. Nahrung	100	77	53	30
2. Kleidung	100	65	67	54
3. Wohnung	100	135	116	166
4. Heizung und Beleuchtung	100	53	53	46
5. Reinigung	100	113	123	168
6. Gesundheitspflege	100	48	167	352
7. Versicherung	100	15	155	250
8. Unterricht	100	578	394	356
9. Abgaben	100	230	570	490
10. Persönl. Dienstleistungen		100	237	612
11. Vergnügen	100	443	450	450
12. Diverses	100	152	523	112

Wir sehen daraus, daß die Wichtigkeit dieser beiden Faktoren in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung für die 4. Wohlhabenheitsstufe mit Steigerung der Gesamtausgaben immer geringer wird etc.

Durch den Umstand, daß die Befriedigung eines Bedürfnisses je nach der Wohlhabenheitsstufe einen verschieden großen Teil des Ausgabebudgets hinfortnimmt, ist wieder die Erscheinung bedingt, daß die zwölf Bedürfnisse nach der Höhe ihrer Befriedigung eine verschiedene Rolle in jedem Budget spielen, was nachfolgende Tabelle verdeutlicht.

Die Stellung, welche jedes Bedürfnis nach seiner Wichtigkeit in jedem Budget einnimmt, ist folgende:

Tabelle XXI.

Bedürfnisse	Wohlhabenheitsstufen			
	I.	II.	III.	IV.
1. Nahrung	I.	I.	I.	II.
2. Kleidung	II.	IV.	III.	IV.
3. Wohnung	III.	II.	II.	I.
4. Heizung und Beleuchtung	IV.	VII.	XI.	XI.
5. Reinigung	V.	VIII.	XII.	X.
6. Gesundheitspflege	VI.	XI.	IX.	V.
7. Versicherung	VII.	XII.	X.	VIII.
8. Unterricht	VIII.	III.	V.	VI.
9. Abgaben	XI.	X.	VIII.	IX.
10. Persönl. Dienstleistungen		IX.	VII.	III.
11. Vergnügen	X.	V.	VI.	VII.
12. Diverses	IX.	VI.	IV.	XII.

Interessant ist noch eine Betrachtung der materiellen Bedürfnisse für sich, d. h. eine Untersuchung, wieviel von dem Ausgabebudget für diese Bedürfnisse die einzelnen derselben in den 4 Wohlhabenheitsstufen in Anspruch nehmen, da dieselbe uns das Verhältnis der materiellen Bedürfnisse zu einander in den 4 Wohlhabenheitsstufen lehren wird.

Es wurde von dem Ausgabebudget für materielle Bedürfnisse ausgegeben:

Tabelle XXII.

für	In Wohlhabenheitsstufe			
	I	II	III	IV
1. Nahrung	58,9 %	54,6 %	46,8 %	31,0 %
2. Kleidung	17,4 „	13,8 „	17,7 „	15,9 „
3. Wohnung	14,9 „	24,2 „	26,1 „	41,4 „
4. Heizung u. Beleuchtung	6,3 „	4,0 „	5,0 „	4,8 „
5. Reinigung	2,5 „	3,4 „	4,4 „	6,9 „
	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Diese Tabelle ist deshalb sehr lehrreich, weil sie u. a. sehr deutlich zeigt, daß das Verhältnis, in welchem die Ausgaben für obige Bedürfnisse zu dem gesamten Ausgabebudget stehen, ein ganz anderes ist, als dasjenige, in welchem dieselben zu ihrem Ausgabebudget sich befinden. Der Grund hierfür ist eben der, daß das Budget für die materiellen Ausgaben in den 4 Wohlhabenheitsstufen verschieden groß, und von diesem Ausgabebudget die einzelnen materiellen Bedürfnisse nicht den entsprechenden Anteil als von dem Gesamtbudget fortnehmen.

Wir wollen nun in einer folgenden Tabelle dazu übergehen, die Ausgaben für die einzelnen Nahrungsmittel in den vier Budgets nebeneinander zu stellen. Leider konnten in den Budgets III und IV die Ausgaben, welche zur Ernährung der Dienstboten gemacht worden sind, von den Gesamtausgaben nicht getrennt werden. Die folgende Tabelle enthält also in den Budgets III und IV die gesamten Ausgaben für Nahrung inkl. derjenigen für die Dienstboten. In dem Budget III macht das nicht viel aus, da in der betreffenden Familie nur ein Dienstmädchen gehalten wird, dessen Unterhalt auf 330 Mk. geschätzt wurde. Das Budget IV gehört aber einer Familie mit einem Dienstpersonal von 4 Personen an, dessen Unterhalt auf 1600 Mk. angegeben, und der das gesamte Nahrungsbudget um ungefähr $^1/_3$, die Ausgaben für die einzelnen Nahrungs- und Genußmittel um mehr oder weniger als $^1/_3$ derselben erhöhen mußte, je nachdem das Dienstpersonal mehr oder weniger

als $^{1}/_{8}$ des Verbrauchs der Familie eines jeden Nahrungsmittels konsumiert. Eben weil die Dienstboten nicht in jeder Hinsicht den Tisch der Herrschaft teilen, war es unmöglich, den Unterhalt derselben aus dem Rechnungsbudget auszuscheiden. Halten wir uns also bei einer Betrachtung der Tabelle immer gegenwärtig, daß im allgemeinen von den einzelnen Ausgaben im Budget der Wohlhabenheitstufe III nur $^{7}/_{8}$, der Wohlhabenheitsstufe IV nur $^{2}/_{3}$ für den Nahrungskonsum der betreffenden Familie in Rechnung zu ziehen sind.

Tabelle XXIII.

Ausgaben für	Wohlhabenheitsstufen							
	I. Maler. 3 Pers. 1 K. v. 5 Jahren. Weichensteller. 4 Pers. 2 K. von 5 und 10 Jahren. Schneider mit 1 K. über 14 J. und 5 K. unter 14 Jahren. Durchschnittsbudget.		II. Rentier. 5 Personen. 2 Knaben von 18 und 10 Jahren und 1 Tochter von 13 Jahren.		III. Fabrikant. 5 Personen, 2 Knaben von 12 und 7 Jahren und eine Tochter v. 9 Jahren. Ein Dienstmädchen.		IV. Hoher Beamter. 6 Personen. 1 Kind über 14 Jahre und 3 unt. 14 Jahren. 4 Dienstboten.	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
1. Roggenmehl und Brot	117,07	10,60	92,55	3,08	154,00	1,90	187,00	1,00
2. Weißbrot und Weizenmehl	22,58	2,10	66,00	2,20	87,00	1,10	277,00	1,50
3. Graupen, Gries, Nudeln, Reis etc.	9,29	0,90	10,00	0,30	25,80	0,80	34,00	0,18
4. Kartoffeln	28,32	2,70	27,55	0,90	36,70	0,46	85,00	0,50
5. Gemüse, Salate etc.	18,99	1,80	29,30	0,96	33,80	0,42	101,00	0,60
6. Hülsenfrüchte	8,42	0,80	12,20	0,40	14,15	0,18	24,00	0,12
7. Fleisch, Fische, Geflügel	72,45	7,00	315,50	10,30	837,60	10,50	1188,00	6,50
8. Wurst, Schinken etc.	25,94	2,40	85,00	2,80	122,40	1,50	224,00	1,20
9. Eier	17,82	1,70	28,80	0,94	92,00	1,20	80,00	0,40
10. Milch und Käse	37,16	3,60	36,80	1,20	111,00	1,40	169,00	0,90
11. Butter	55,77	5,30	98,50	3,20	232,50	2,90	482,00	2,70
12. Andere Fette	26,98	2,50	49,80	1,80	50,90	0,63	40,00	0,24
13. Salz	2,17	0,20	5,80	0,19	8,40	0,10	10,00	0,06
14. Gewürz	1,82	0,10	4,20	0,14	17,30	0,22	15,00	0,08
15. Kaffee, Zichorien und Thee	26,34	2,50	46,00	1,50	173,80	2,20	253,00	1,40
16. Chokolade und Kakao	0,62	0,06	15,00	0,50	20,70	0,26	23,00	0,14
17. Zucker und Saft	8,42	0,80	33,00	1,10	117,50	1,50	160,00	0,88
18. Getränke und Zigarren	62,48	6,04	262,50	8,98	310,25	3,90	645,00	3,60
19. Verschiedenes	17,51	1,80	27,50	0,90	95,70	1,58	445,00	2,40
Summa	553,85	52,90	1246,00	40,84	2541,00	32,20	4442,00	24,40

Wir sehen, daß die absoluten Ausgaben von links nach rechts fast ohne Ausnahme mit jeder Wohlhabenheitsstufe steigen, wie das natürlicherweise sein mußte. Die Nahrungsmittel, geordnet nach der Höhe der Steigerung der Ausgaben für dieselben von der untersten Wohlhabenheitsstufe bis zur obersten, würden folgende Reihenfolge ergeben. Am wenigsten ist der Konsum der Fette außer Butter gestiegen, dann kommen: Roggenbrot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gries, Reis etc., Milch, Eier, Salz, Gemüse, Butter, Gewürz, Wurst etc., Kaffee, Getränke und Zigarren, Weißbrot, Fleisch etc., Zucker, Verschiedenes, Chokolade. Aus dieser Reihe kann man nach unserer Meinung nicht nur ersehen, in welchen Konsumtibilien bei Steigerung der Wohlhabenheit am meisten der Konsum kann ausgedehnt und Luxus getrieben werden, sondern sie zeigt auch die Wichtigkeit jedes Nahrungsmittels für die Ernährung des Menschen überhaupt. Diejenigen Konsumtibilien, in denen der Konsum am meisten bei Steigerung aller Ausgaben steigt, sind auch am ehesten bei Abnahme der Wohlhabenheit wieder zu entbehren. Am deutlichsten tritt die Steigerung des Konsums der Nahrungsmittel auf den einzelnen Wohlhabenheitsstufen hervor, wenn wir die absoluten Ausgaben in der Wohlhabenheitsstufe I gleich 1 setzen und die Ausgaben in den übrigen Wohlhabenheitsstufen darauf beziehen.

Giebt die Familie der I. Wohlhabenheitsstufe 1 aus, so geben aus:

Tabelle XXIV.

Für	die Familien der Wohlhabenheitsstufen		
	II.	III.	IV.
1. Roggenmehl und Brot	0,8	1,4	1,7
2. Weizenmehl u. Weißbrot	3,0	3,9	12,2
3. Graupen, Gries etc.	1,0	2,7	3,7
4. Kartoffeln	0,9	1,6	3,0
5. Gemüse etc.	1,6	1,8	5,3
6. Hülsenfrüchte	1,4	1,7	3,0
7. Fleisch etc.	4,3	11,6	8,6
8. Wurst etc.	3,3	4,8	16,4
9. Eier	1,6	5,2	4,5
10. Milch etc.	1,0	3,0	4,5
11. Butter	1,8	4,2	8,3
12. Andere Fette	1,8	1,8	1,5
13. Salz	2,7	4,0	5,0
14. Gewürze	2,8	10,6	9,3
15. Kaffee etc.	1,7	6,6	9,6
16. Kakao etc.	24,2	33,4	37,1
17. Zucker etc.	4,0	14,0	20,0
18. Getränke etc.	4,2	5,0	10,3
19. Verschiedenes	1,6	5,5	23,7

Interessant ist die bedeutende Steigerung des Konsums an Weißbrot gegenüber dem des Roggenbrotes und anderer Cerealien, der Butter gegenüber dem der anderen Fette, der übrigen Genußmittel gegenüber dem des Kaffees etc. Es ließen sich aus den absoluten Zahlen noch manche Folgerungen bezüglich der Verschiedenheit des Konsums in den einzelnen Wohlhabenheitsstufen ziehen, welche aber mehr intuitiver als induktiver Natur uns auch hier zu weit führen würden, weshalb wir uns zu der wichtigeren Betrachtung der Prozentzahlen wenden wollen. Zuvor sei aber noch erwähnt, daß, wenn es gelungen wäre, den Konsum der Dienstboten auszuscheiden, der Mehrkonsum in der dritten, hauptsächlich aber in der vierten Wohlhabenheitsstufe ein bedeutend geringerer, bei den ersten Gliedern der vorher genannten Reihe vielleicht in einen Minderkonsum umgeschlagen sein würde. Weiter ist darauf aufmerksam zu machen, daß gleich große Zahlen auf den verschiedenen Wohlhabenheitsstufen nicht gleich große konsumierte Quantitäten repräsentieren. Je wohlhabender eine Familie ist, desto besser ist die Qualität, desto kleiner die Quantität ihrer Nahrungsmittel. Gleich große Zahlen des Konsums drücken also auf der zweiten Wohlhabenheitsstufe eine kleinere Quantität als auf der ersten aus. Diese Thatsache wird etwas durch den Umstand ausgeglichen, daß eine Familie, je ärmer sie ist, in desto kleineren Quantitäten einkauft, daher auch mehr bezahlt, oder weniger für dasselbe Geld bekommt, als der Wohlhabendere. Also gleich große Ausgaben für dasselbe Nahrungsmittel repräsentieren auf der höheren Wohlhabenheitsstufe meistens eine kleinere, an Qualität bessere Quantität als auf der niederen.

Die Prozente der einzelnen Nahrungsmittel müssen, da die Prozente für die gesamte Nahrung von Wohlhabenheitsstufe zu Wohlhabenheitsstufe abnehmen, natürlich auch kleiner werden, doch geht schon aus unseren letzteren Ausführungen hervor, daß dies bei allen Nahrungsmitteln nicht in gleicher Weise geschehen wird. Am deutlichsten wird die Größe dieser Abnahme gemacht, wenn wir die Prozente für die einzelnen Ausgaben in der Wohlhabenheitsstufe I gleich 100 setzen, und dieselben in den anderen Wohlhabenheitsstufen darauf beziehen.

Tabelle XXV.

	Wohlhabenheitsstufen			
	I. %	II. %	III. %	IV. %
1. Roggenmehl und Brot	100	28,6	17,9	8,4
2. Weizenmehl u. Weißbrot	100	104,5	52,4	66,6
3. Graupen, Gries etc.	100	33,3	33,3	20,0
4. Kartoffeln	100	33,3	17,0	15,0
5. Gemüse etc.	100	53,3	26,6	31,6
6. Hülsenfrüchte	100	50,0	22,5	15,0
7. Fleisch etc.	100	147,1	150,0	90,0
8. Wurst etc.	100	116,6	62,5	50,0
9. Eier	100	55,3	70,6	23,5
10. Milch etc.	100	33,3	39,0	22,2
11. Butter	100	60,4	54,7	47,1
12. Andere Fette	100	52,0	25,2	8,0
13. Salz	100	95,0	50,0	25,0
14. Gewürze	100	130,0	220,0	50,0
15. Kaffee etc.	100	60,0	88,0	52,0
16. Chokolade etc.	100	83,3	433,3	200,0
17. Zucker etc.	100	132,5	187,5	105,0
18. Getränke etc.	100	148,7	64,0	56,0
19. Verschiedenes	100	50,0	85,0	145,0

Es ist klar, daß der relative Verbrauch derjenigen Nahrungsmittel, deren absoluter Verbrauch von Wohlhabenheitsstufe zu Wohlhabenheitsstufe am wenigsten gestiegen, am meisten fällt, wie uns auch vorstehende Tabelle beweist. Die Nahrungsmittel, geordnet nach der Höhe der Abnahme ihres relativen Verbrauchs, bilden folgende Reihe: Fette außer Butter, Roggenbrot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Graupen, Reis etc., Milch etc., Eier, Salz, Gemüse etc., Butter, Gewürz, Wurst etc., Kaffee etc., Getränke und Zigarren, Weißbrot, Fleisch etc., Zucker, Verschiedenes, Kakao; der relative Konsum von Weißbrot, Wurst etc. und Getränken etc. ist sogar in der 2. Wohlhabenheitsstufe, der von Fleisch, Gewürzen in der 2. und 3. Wohlhabenheitsstufe, der von Cacao etc. in der 3. und 4., der von Zucker in allen drei Stufen und der von Verschiedenem in der 4. Wohlhabenheitsstufe gestiegen. Diese Konsumtibilien sind sicher die, in denen der Mensch bei Besserung seiner Verhältnisse am liebsten und am meisten seinen Konsum ausdehnt und ausdehnen kann.

Die Wichtigkeit der Nahrungsmittel für jede Familie wird nun durch folgende Tabelle verdeutlicht, in welcher in jedem Budget dieselben nach der Höhe der für sie gemachten Ausgaben geordnet sind.

Tabelle XXVI.

	Wohlhabenheitsstufen			
	I.	II.	III.	IV.
1. Roggenmehl, Brot	1	4	5	8
2. Weißbrot, Weizenmehl	10	6	11	5
3. Graupen, Reis etc.	14	17	15	15
4. Kartoffeln	6	13	13	12
5. Gemüse etc.	11	11	14	11
6. Hülsenfrüchte	15	16	18	16
7. Fleisch etc.	2	1	1	1
8. Wurst, Schinken	9	5	6	7
9. Eier	13	12	10	13
10. Milch	5	9	9	9
11. Butter	4	3	3	4
12. Andere Fette	7	8	12	14
13. Salz	17	18	19	19
14. Gewürze	18	19	17	18
15. Kaffee etc.	8	7	4	6
16. Kakao etc.	19	15	16	17
17. Zucker etc.	16	10	7	10
18. Getränke etc.	3	2	2	2
19. Verschiedenes	12	14	8	3

Interessant wird es auch festzustellen sein, einen wie großen Prozentsatz des Nahrungsbudgets allein die einzelnen Lebensmittel in den 4 Wohlhabenheitsstufen in Anspruch nehmen, da wir aus einer derartigen Berechnung ersehen können, 1) wie viel in den 4 Budgets für jedes Nahrungsmittel ausgegeben würde, wenn wir nur das Bedürfnis uns zu ernähren hätten, 2) speciell die Wichtigkeit jedes Nahrungsmittels in jedem Nahrungsbudget. Wir setzen also in folgender Tabelle die Ausgaben für Nahrung = 100 und berechnen den prozentigen Anteil jedes Konsumtionsmittels.

NB. Tabelle siehe folgende Seite oben.

Die Verschiedenheit dieser Prozentsätze von denen des gesamten Ausgabebudgets läßt sich aus dem Seite 94 Gesagten leicht erklären.

In der nächsten Tabelle seien zunächst noch die 19 Rubriken der Nahrungsmittel in 10 zusammengefaßt und endlich diese 10 Rubriken in die 3 Hauptnahrungsmittelgruppen der Cerealien, Viehprodukte und Kolonialwaren verteilt.

NB. Die diesbezügliche Tabelle siehe Seite 101.

Es seien endlich die Ausgaben für Kleidung und Wohnung für die vier Wohlhabenheitsstadien nebeneinander gestellt, da wir die

Tabelle XXVII.

Es fiel von den Ausgaben für Nahrung auf	In Wohlhabenheitsstufe I. %	II. %	III. %	IV. %
1. Roggenmehl und Brot	20,0	7,5	6,1	4,4
2. Weizenmehl u. Weißbrot	4,2	5,4	3,5	6,1
3. Graupen, Gries, Reis etc.	1,6	0,9	1,1	0,8
4. Kartoffeln	5,1	2,3	1,5	2,0
5. Gemüse, Salate	3,2	2,4	1,4	2,3
6. Hülsenfrüchte	1,5	0,9	0,6	0,5
7. Fleisch etc.	13,1	25,3	32,9	26,8
8. Wurst, Schinken	4,6	6,8	4,8	5,0
9. Eier	3,2	2,3	3,7	1,8
10. Milch, Käse	6,9	2,9	4,4	3,8
11. Butter	10,0	7,9	7,2	10,9
12. Andere Fette	4,9	3,9	2,1	0,9
13. Salz	0,3	0,4	0,4	0,2
14. Gewürze	0,2	0,3	0,7	0,3
15. Kaffee etc.	4,8	3,6	6,9	5,7
16. Kakao, Chokolade	0,2	1,2	0,9	0,4
17. Zucker etc.	1,3	2,7	3,7	3,6
18. Getränke und Zigarren	11,2	21,1	12,3	14,5
19. Diverses	3,7	2,2	3,8	10,0
Summa	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle für den nächsten und letzten Teil unserer Arbeit brauchen werden.

Tabelle XXIX.

Ausgaben für	Wohlhabenheitsstufen I. Mark	I. %	II. Mark	II. %	III. Mark	III. %	IV. Mark	IV. %
Kleidung:								
1. Kleider	83,58	7,9	199,00	6,5	522,25	6,60		
2. Schuhwerk	52,47	5,0	44,00	1,5	88,25	1,10		
3. Wäsche	11,75	1,1	36.54	1,2	67,75	0,85		
4. Kopfbedeckungen, Handschuhe etc.	10,62	1,0	34.50	1,1	108,50	1,30		
5. Sonstiges	5 28	0,8			49,50	0,65		
Summa	163.70	15.8	314.04	10,3	836,25	10,50		
Wohnung:								
1. Miete	121,30	11,6	450,00	14,72	750,00	9,40	2700,00	14.8
2. Anschaffungen zur Ausstattung der Zimmer			10,00	0,32	200,00	2,50	600,00	3.4
3. Anschaffungen zur Ausstattung der Küche	18,85	1,8	32,35	1,06	164,00	2,10	400,00	2,1
4. Reparaturen etc.			60,50	2,00	120,47	1,50	360.00	2,0
Summa	140,15	13,4	552,85	18,10	1234,47	15,50	4060,00	22,3

Tabelle XXVIII.

Nahrungsmittel	Wohlhabenheitsstufen											
	I. Maler. 3 Pers. 1 Kind von 5 J. Weichensteller. 4 P. 2 Kinder von 5 und 10 J. Schneider mit 1 K. über 14 J. und 5 K. unter 14 J. Durchschnittsbudget.			II. Rentier. 5 Personen: 2 Knaben von 18 und 10 Jahren und 1 Tochter von 13 Jahren.			III. Fabrikant. 5 Personen. 2 Knaben von 12 und 7 Jahren und 1 Tochter von 9 Jahren. 1 Dienstmädchen.			IV. Hoher Beamter. 6 Personen. 1 Kind über 14 Jahren und 3 unter 14 Jahren. 4 Dienstboten.		
	Mark	% der Gesamt-ausgaben	% der Nahrungs-ausgaben	Mark	% der Ges.-Ausg.	% der Nahr.-Ausg.	Mark	% der Gesamt-Ausg.	% der Nahr.-Ausg.	Mark	% der Gesamt-Ausg.	% der Nahr.-Ausg.
1. Mehl, Brot, Graupen, Gries etc.	142,94	13,60	25,8	168,55	5,53	13,8	266,80	3,30	10,7	498,00	2,68	11,3
2. Kartoffeln, Gemüse und Hülsenfrüchte	55,73	5,30	9,8	69,05	2,26	5,6	84,65	1,06	3,5	210,00	1,22	4,8
3. Fleisch, Wurst etc.	98,39	9,40	17,7	400,50	13,10	32,1	960,00	12,00	37,7	1412,00	7,70	31,8
4. Eier	17,82	1,70	3,2	28,80	0,94	2,3	92,00	1,20	3,7	80,00	0,40	1,8
5. Milch und Käse	37,16	3,60	6,9	26,80	1,20	2,9	111,00	1,40	4,4	169,00	0,90	3,8
6. Butter und andere Fette	82,70	7,80	14,9	148,30	4,50	11,8	283,40	3,53	11,3	522,00	2,94	11,8
7. Salz und Gewürze	3,79	0,30	0,5	10,00	0,33	0,7	25,70	0,32	1,1	25,00	0,14	0,5
8. Kaffee, Kakao, Zucker etc.	35,38	3,36	6,3	94,00	3,10	7,5	310,50	3,96	11,5	436,00	2,42	9,7
9. Getränke und Zigarren	62,43	6,04	11,2	262,50	8,98	21,1	310,25	3,90	12,3	645,00	3,60	14,5
10. Verschiedenes	17,51	1,80	3,7	27,50	0,90	2,2	95,70	1,53	3,8	445,00	2,40	10,0
Summa	553,85	52,90	100,0	1246,00	40,84	100,0	2541,00	32,20	100,0	4442,00	24,40	100,0
I. Cerealien (1—2)	198,67	18,90	35,6	237,60	7,79	19,4	351,45	4,36	14,2	708,00	3,90	16,1
II. Viehprodukte (3—6)	236,07	22,50	42,7	604,40	19,74	49,1	1446,40	18,13	57,1	2183,00	11,94	49,2
III. Kolonialwaren etc (7—10)	119,11	11,50	21,7	404,00	13,31	31,5	743,15	9,71	28,7	1551,00	8,56	34,7
Summa	553,85	52,90	100,00	1246,00	40,84	100,0	2541,00	32,20	100,0	4442,00	24,40	100,0

IV. Teil.

Die Lebensverteuerung und ihr Einfluſs auf vier Wohlhabenheitsstufen in Halle a. d. S.

Wir kommen jetzt zu demjenigen Kapitel, welches nach unserer ersten Absicht den Hauptkern unserer Untersuchung bilden sollte, zu der Lebensverteuerung, zu jener Erscheinung, die als die Summe der Steigerung der Ansprüche des Menschen ans Leben und der Gesellschaft an den Menschen, zweitens der Preissteigerung der Lebensbedürfnisse oder der Geldentwertung zu betrachten ist. Wenn wir sagen, die Lebensverteuerung ist die Summe dieser zwei Ursachen, so ist uns wohl bewußt, daß beide nicht immer zusammen durch gleichzeitige Wirkung, sondern auch jede einzelne das Leben verteuern kann. Ebenso ist es möglich, daß die eine die Summe des Verbrauchs erhöht, während die andere dieselbe in sinkender Tendenz beeinflußt. Dann kann ihre Wirkung gleich 0 sein, d. h. die Kosten der Bedürfnisbefriedigung bleiben dieselben, oder sogar eine negative sein, d. h. die Lebensführung wird billiger. Da es nun in der Entwicklung der Kultur liegt, daß die Ansprüche des Menschen an's Leben eine immer steigende oder höchstens sich gleichbleibende Tendenz haben, so kann nur in der Preisbildung eine rückläufige Bewegung eintreten, wie es z. B. in den letzten Jahren im allgemeinen der Fall ist. Wird also konstatiert, daß jemand jetzt billiger lebt als früher, so kann diese Erscheinung nur von dem Rückgang der Preise herrühren, eine Steigerung der Ansprüche des Menschen ans Leben kann trotzdem stattgefunden haben. Wenn wir also in Zukunft für die ganze Gestaltung der Lebenshaltung kurz Lebensverteuerung sagen, so wissen wir wohl, daß dieselbe zu Zeiten gleich 0 oder negativ werden kann, wir brauchen diesen Ausdruck nur der Kürze wegen, und weil im allgemeinen die Lebensverteuerung die Regel ist.

Die genannten beiden Ursachen der Lebensverteuerung gestalten sich nun in jedem Orte verschieden und üben in jedem Stande eine verschiedene Wirkung aus, die erste aus dem Grunde, weil die Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung, ihre Anschauungen über Lebensgenuß und Zweck nicht nur nach Ort, sondern auch nach Stand und Beruf verschieden sind, die zweite Ursache, weil trotz der Festsetzung der Engrospreise im Welthandel jeder Ort seine besondere lokale Preisentwickelung hat, die im allgemeinen den Engrospreisen folgend, jedoch im Detailhandel eine ganz besondere und von der Gestaltung der Engrospreise oft sehr verschiedene ist. Da weiter die Umstände, die auf die Preisgestaltung der verschiedenen menschlichen Lebensbedürfnisse von Einfluß sind, bei jedem derselben andere oder ungleich große sind, so ist auch die Preisentwickelung der Produkte und Waren eine verschiedene. Und da endlich, wie wir gesehen haben, die Bedürfnisse des Menschen nach der Höhe des Einkommens einen größeren oder geringeren Teil der Gesamtausgaben zu ihrer Befriedigung erfordern, so muß auch die Preisgestaltung einen verschiedenen Einfluß auf das Wirtschaftsleben der verschiedenen Stände ausüben.

Diese Erwägungen führten uns zu dem Resultate, daß eine Feststellung der Lebensverteuerung nur durch Erhebungen an jedem Orte für sich geschehen kann und für jeden Stand geschehen muß. Damit ist nicht gesagt, daß die Lebensverteuerung für jeden Ort und jeden Stand stets eine verschieden große ist, sondern es kann und wird Momente geben, die diese Erscheinung für viele Gegenden und die verschiedensten Bevölkerungsklassen ähnlich machen. Aber es soll hier erstens dagegen protestiert werden, daß die Lebensverteuerung aus an verschiedenen Orten gesammelten Preisen der Lebensmittel oder sogar aus den Engrospreisen, wie sie im Großhandel auftreten und den Konsumenten gar nicht treffen, berechnet wird, und zweitens, daß man die Lebensverteuerung, die für eine Bevölkerungsklasse berechnet worden, eo ipso auf die anderen Klassen ausdehnt.

Ein weiterer Beweis der Annahmen, die uns zu obigem Resultat führten, ist hier nicht unsere Aufgabe; daß die Sitten und Gewohnheiten, die Auffassung des Werts der verschiedenen Lebensgenüsse nach Ort und Stand verschieden, liegt auf der Hand; daß die Lebensbedürfnisse einen nach Ort und Bevölkerungsklasse ungleich großen Teil des Einkommens zu ihrer Befriedigung fortnehmen, haben wir früher bewiesen. Es wäre also eigentlich nur noch zu konstatieren, daß unsere Ansichten bezüglich der Preisgestaltung richtige sind. Dies würde aber zu einer eingehenderen Untersuchung über die Natur derselben führen, die wir

um so eher hier unterlassen können, als dieselbe unter anderen von Professor Dr. Paasche in seinen „Studien über die Natur der Geldentwertung und ihre praktische Bedeutung in den letzten Jahrzehnten. Jena 1878" schon nach allen Richtungen geschehen ist, auf dessen Standpunkt wir voll und ganz stehen.

In der Voraussetzung also, daß unsere Annahme richtig, wird es sich darum handeln, wie jene Feststellung der Lebensverteuerung am besten geschehen könne. Die gesamte Lebensverteuerung für einen Stand wird sich nur aus Haushaltungsbudgets nachweisen lassen, die, zu verschiedenen Zeiten gesammelt, Familien mit derselben Zusammensetzung entnommen sind. Leider haben wir in Halle nur Budgets aus den 80er Jahren erhalten können, so daß wir von einer Behandlung dieser Frage ganz absehen müssen. Daß der Mehrverbrauch für sich allein auch nur aus Haushaltungsbudgets festzustellen ist, ist wohl nie bezweifelt, aber auch außer von Chatelanat*) unseres Wissens nicht versucht worden. Derselbe wird auch, wie die gesamte Lebensverteuerung, erst dann sicher konstatiert werden können, wenn das Interesse an einer regelmäßigen Führung von Haushaltungsbüchern alle Kreise der Bevölkerung durchdrungen hat, und einer späteren Verarbeitung zu diesem Zwecke eine große Anzahl von Budgets vieler aufeinander folgender Jahre und aller Stände vorliegen, die ja auch für die Feststellung der Lebensverteuerung nur durch die Preisgestaltung von großer, wenn auch nicht ausschließlicher Bedeutung sein würden. Denn liegen uns Haushaltungsbudgets aus allen Ständen für ein Jahr und einen Ort vor, und sind wir zugleich in dem Besitze der lokalen Preisentwickelung der menschlichen Bedarfsartikel durch einen längeren Zeitraum, so brauchen wir nur die in einem Jahre verbrauchten Quantitäten in die Preise der anderen Jahre umzurechnen, und wir ersehen aus der Vergleichung dieser Budgets die Lebensverteuerung an diesem Orte nur durch Geldentwertung.

Noch bequemer ist die Art und Weise, wie Chatelanat die Lebensverteuerung durch Preissteigerung fand. Derselbe berechnete zuerst die Verteuerung der Einheit eines jeden Bedürfnisses. Wenn z. B. für 1 Pfd. Rindfleisch 1848/50 im Durchschnitt 33 Ctms, 1870/72 65 Ctms. gegeben wurden, so hatte sich das Rindfleisch um 93 % verteuert. Gab nun die Familie, deren Budget er 1872 erhoben hatte, damals z. B. 166 Frcs. für Rindfleisch aus, so schloß er, würde die

*) A. a. O. Seite 42.

Familie 1858/50 bei Annahme einer 96 % Verteuerung des Rindfleisches 85 Frcs. dafür ausgegeben haben. So rechnete er alle Ausgaben der Jahre 1870/72 nach vorheriger Feststellung der Verteuerung jeder Bedürfniseinheit seit 1848/50 in die dieser Jahre um, addierte die so erhaltenen Ausgaben zusammen und berechnete aus dem Vergleich des Gesamtverbrauchs des Durchschnitts beider Jahresperioden die gesamte Lebensverteuerung durch Preissteigerung.

Wenn wir zu dieser Methode der Berechnung der Lebensverteuerung durch Preissteigerung auch greifen müssen, weil in unseren Budgets die Angaben der konsumierten Quantitäten fehlen, so treten auch dieser sehr viele Hindernisse entgegen, an denen dieselbe beinahe scheitert. Erstens setzt man bei ihr voraus, daß die Qualität der Befriedigungsmittel in der vergangenen Zeit dieselbe war, wie sie in dem betr. Erhebungsjahr des Budgets ist. Dies ist aber, wie allbekannt, nicht der Fall. Zum Teil sind die Qualitäten schlechter, zum Teil besser geworden. Aber meistens drücken sich die schlechteren oder besseren Qualitäten wieder im Preise aus, so daß diese Fehlerquelle nicht eine zu große sein wird. Weiter nimmt man nicht nur an, daß die menschlichen Bedürfnisse noch auf dieselbe Weise wie früher befriedigt werden, was z. B. bei der Beleuchtung nicht der Fall, sondern auch, daß unsere Bedürfnisse noch dieselben sind wie früher, und keine neuen hinzugekommen sind. Dieselben haben sich aber sehr geändert. Z. B. gehört die Befriedigung von Bedürfnissen, die man vor 30 Jahren in den unteren Kreisen der Bevölkerung noch gar nicht kannte, jetzt notwendig zum Leben. Man denke nur an die Ausstattung der Zimmer früher und jetzt. Setzt man nun die Preise früherer Jahre für die jetzt konsumierten Quantitäten ein, so kommt man zu einem ganz falschen Resultate, da diese Quantitäten ja früher gar nicht konsumiert worden sind. Man kommt also hier mit der Lebensverteuerung durch Mehrverbrauch in Kollision. Der größte Mangel ist aber der, daß man für viele Bedarfsartikel absolut keine zahlenmäßigen Angaben über die Preisgestaltung findet. Die Detailpreise von Fleisch, Brot etc. zu verfolgen, wird nicht schwer sein, da sie meistens auch von den kommunalen Behörden aufgezeichnet werden. Aber wo findet man Angaben z. B. über die Preise der verschiedenen Bestandteile der Kleidung, wie der Kleidung im ganzen und der vielen zur Ausrüstung der Wohnung notwendigen Gegenstände? Selbst wenn man darüber Angaben fände, was nicht der Fall, welch' eine riesengroße Arbeit wäre es, alle diese Waren etc. im Preise zu verfolgen und den Ein-

fluß zu konstatieren, den die Preisbildung jeder dieser Hunderte von Gegenständen auf die Wirtschaft des Menschen ausgeübt hat? Außerdem würde man aber auch kein Haushaltungsbuch finden, das so spezialisiert jeden Gegenstand aufführt. Zumal in den besseren Ständen giebt es so viele Bedürfnisse, die der Stand, die Bildung, die Beschäftigung des Mannes erfordern, die mit der Zeit, mit der Mode wechseln, immer aber, wie wir gesehen haben, einen ziemlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen, deren Preisbildung von einer auch nur annähernden ziffermäßigen Festsetzung ausgeschlossen ist.

Wir sehen also, daß von einer genauen Berechnung der Lebensverteuerung auch nur durch Preissteigerung keine Rede sein kann. Wohl aber wird es möglich sein, die Einwirkung der Preisveränderung vieler Konsumtionsgegenstände auf die Budgets der verschiedenen Klassen nachzuweisen und aus allgemeinen Betrachtungen über die Preisbildung der anderen Bedürfnisse zu einem annähernd richtigen, allgemeinen Gesamtresultat zu gelangen. Außer unseren Halleschen Budgets stehen uns für diese Zwecke bezüglich der Preisgestaltung der Nahrung, einiger Reinigungs- und Beleuchtungsgegenstände monatliche Durchschnittspreise der hauptsächlichsten Marktartikel zu Gebote, wie sie auf dem Rathhause zu Halle in amtlichen Listen geführt worden sind. Dieses Material hat nur einen Mangel, nämlich, daß es nicht vollständig ist, da nicht alle Konsumtionsgegenstände auf den Markt kommen, außerdem sind auch manche Waren des Marktverkehrs nicht mit in die Listen aufgenommen. Bezüglich einiger Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungsartikel stehen uns die Auszüge aus den Rechnungen des Waisenhauses der Frankeschen Stiftung zu Halle a. S., sowie einige Angaben Sachverständiger zu Gebote. Das bis jetzt erwähnte Material ist uns gütigst von Herrn Professor Dr. Paasche in Marburg zur Verfügung gestellt worden. Herr Professor Paasche hat dasselbe selbst gesammelt und sich die Veröffentlichung vorbehalten. Wir können also nur unsere aus dem Material gewonnenen Resultate hier wiedergeben. Ueber die Verteuerung der übrigen Bedürfnisse haben wir eigene Erhebungen veranstaltet, die hauptsächlich auf den Angaben Sachverständiger fußen, die schon lange in Halle wohnen; ein besseres Material war bei der Beschaffenheit dieser Bedürfnisse nicht zu erlangen. Wir werden die Einwirkung der Preisgestaltung auf die Ausgabebudgets unserer 4 Wohlhabenheitsstufen auf die Jahre 1850/85 beschränken, da außer anderen Gründen die Beschaffenheit unseres Materials ein weiteres Zurückgreifen auf frühere Jahre verhindert, und zwar werden wir die Durchschnitte der in den Jahres-

perioden 1850/60, 1861/70, 1871/75, 1876/80, 1881/85 gezahlten Preise aller Lebensmittel miteinander vergleichen.

Bevor wir uns aber zu der eigenen Untersuchung wenden, werden wir kurz die bisher gefundenen Resultate über die Lebensverteuerung in anderen Gegenden vorausschicken und versuchen, ob aus den von anderer Seite erhobenen und von uns angeführten Budgets eine Lebensverteuerung auch für andere Gegenden berechnet werden kann.

Chatelanat (siehe S. 42) war der erste, der die Lebensverteuerung als solche, als auch diejenige nur durch Preissteigerung entstandene zu berechnen versuchte. Er stellt die Lebensverteuerung für Subalternbeamte, Handwerker und Arbeiter zu Bern von 1840/50 bis 1873 auf 75—100 %, diejenige nur durch Preissteigerung auf 59—72 % und diejenige durch Mehrkonsum also auf 16—28 % fest. Seine Budgets können auf große Genauigkeit keinen Anspruch machen. Sein Material bezüglich der Statistik der Preise und seine Berechnung der Preissteigerung der einzelnen Lebensbedürfnisse und Waren läßt deshalb zu wünschen übrig, weil er die Hamburger Preisstatistik von Laspeyres mit dazu benutzte und zugleich aus der Preisbildung der Rohmaterialien auf diejenige der fertigen Gegenstände schloß. Dieselben Mängel sind Kollmann (siehe S. 45) in noch höherem Maße vorzuwerfen, der die gesamte Lebensverteuerung für die Beamten in Oldenburg auf nahezu 80 % berechnete. Endlich ist noch von K. Schwedler (siehe S. 43) die Lebensverteuerung nur durch Preissteigerung für eine Arbeiterfamilie von 4 Personen der schlesischen Textilindustrie von 1865 bis 1874 berechnet worden, und ist diese Arbeit ein wertvoller Beitrag zur Berechnung der Lebensverteuerung, da nicht nur das zu Grunde liegende Budget genau, sondern auch die Preise einen streng lokalen Charakter tragen. Nach Schwedler hat sich das Leben für den schlesischen Textilarbeiter nur durch Preissteigerung seit 1865 für die aufeinander folgenden Jahre um 2, resp. 9, 10, 7, 6, 14, 21, 32, 35 % bis 1874 verteuert.

Damit haben wir die erwähnenswerte Litteratur genannt, und es sei noch versucht, aus den bisherigen Erhebungen, die zu verschiedenen Zeiten gemacht, in derselben Gegend dieselbe Bevölkerungsklasse zum Gegenstand ihrer Untersuchung haben, die betreffende Lebensverteuerung zu berechnen.

Da liegt zunächst nahe, die Erhebungen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter 1849 und 1873 miteinander zu vergleichen, und daraus die Lebensverteuerung in den 24 Jahren zu berechnen. Genau werden ja die Prozentzahlen der Lebensverteuerung nicht sein,

da beide Erhebungen wegen ihrer Art und Weise nur zu annähernd richtigen Resultaten gelangen konnten; da aber beide an demselben Mangel leiden, wird die Berechnung der Lebensverteuerung aus ihnen zwar auch mangelhaft sein, aber doch der Wahrheit nahe kommen.

NB. Tabelle siehe folgende Seite.

Nach dieser Tabelle war die durchschnittliche Lebensverteuerung in den alten Provinzen 90,3 %. Sie war am größten in Westphalen 123,9, am kleinsten in Schlesien 60,1 %. Die Nahrung hatte sich um 97,1 %, am meisten in Posen 141,7 %, am wenigsten in Schlesien 58,3 % verteuert, die Kleidung um 107,7 %, am meisten in Westphalen um 213,5 %, am wenigsten in der Rheinprovinz um 53,3 %, die Wohnung um 73,2 %, am meisten in Schlesien um 106 %, am wenigsten in der Rheinprovinz um 45,1 %, die Heizung und Beleuchtung um 80,6 %, am meisten in Posen um 107,5 %, am wenigsten in der Rheinprovinz um 3 % verteuert, die Abgaben waren um 97,1 % gestiegen, am meisten in Westphalen um 210,8 %, in Sachsen waren sie sogar um 0,8 % gefallen.

Es ist noch zu bemerken, daß in den Gesamtausgaben der ländlichen Arbeiter 1849 die Ausgaben für landwirtschaftliche Werkzeuge und Geräte eingeschlossen sind. Die Ausgaben für Werkzeuge gehören ja eigentlich nicht in das Ausgabebudget des Haushalts, und deren Fortlassung würde also die Ziffer der Lebensverteuerung noch erhöhen. Die Ausgaben für Geräte würden eigentlich unter Rubrik Wohnung kommen, und damit die Verteuerung der Wohnung erniedrigen. Wenn auch, wie wir noch einmal betonen, die Prozentzahlen nicht ganz richtig sein werden, so erhalten wir doch für die einzelnen Provinzen sehr interessante Zahlen über die Lebensverteuerung der landwirtschaftlichen Arbeiter von 1849 bis 1873. Ein Vergleich der Provinzen zeigt uns bemerkenswerte Verschiedenheiten in der Lebensverteuerung überhaupt, als auch in der Verteuerung der einzelnen hauptsächlichen Bedürfnisse.

Weiter ersehen wir aus der Tabelle über die Höhe des Lohns der landwirtschaftlichen männlichen Arbeiter des Provinziallandwirtschaftlichen Vereins zu Bremervörde, welche in der „Festschrift zur 50jährigen Jubelfeier desselben 1885“ (siehe S. 20) enthalten ist, Folgendes: Der Lohn ohne Beköstigung hat sich im Durchschnitt des Bezirks um 113,8 % für den Sommer, um 100,2 % für den Winter, mit Beköstigung um 125 % im Sommer, um 139,5 % im Winter gehoben.

Im Durchschnitt hat der ländliche Arbeiter verdient:

Tabelle XXX.

Im Durchschnitt gab ein landwirtschaftlicher Arbeiter aus:

In der Provinz	Von den Gesamtausgaben			für Nahrung			für Kleidung			für Wohnung			für Heizung und Beleuchtung			für Abgaben etc.		
	1849 Thlr.	1873 Thlr.	Verteuerung %	1849 Thlr.	1873 Thlr	Verteuerung %	1849 Thlr.	1873 Thlr.	Verteuerung %	1849 Thlr.	1873 Thlr.	Verteuerung %	1849 Thlr.	1873 Thlr.	Verteuerung %	1849 Thlr.	1873 Thlr.	Verteuerung %
Preußen	97,5	188,7	94,5	62,75	118,7	86,3	15,5	38,5	148,4	6,75	12,6	85,3	6,5	13,2	103,0	2,75	5,1	82,1
Schlesien	99,7	159,9	60,1	63,80	101,0	58,3	17,0	28,9	70,0	5,00	10,3	106,0	8,0	13,4	67,5	3,00	6,3	110,0
Posen	100,0	210,4	110,4	54,17	131,0	141,7	23,5	43,0	83,6	7,50	15,4	105,0	8,0	16,6	107,5	2,20	4,4	100,0
Sachsen	107,0	231,6	116,4	68,00	158,4	133,4	12,6	37,1	192,1	9,00	15,0	77,8	9,6	16,5	71,9	5,00	4,6	—,8
Westfalen	116,0	259,7	123,9	74,25	161,3	117,0	15,5	48,6	213,5	9,00	15,8	77,6	10,5	21,5	104,5	3,00	12,5	210,8
Pommern	129,0	225,7	75,0	81,50	139,8	70,9	21,7	45,5	109,7	9,60	15,6	62,5	9,5	18,2	91,6	3,70	7,1	92,0
Rheinprovinz	131,5	214,7	63,3	73,80	136,1	84,4	24,0	36,8	53,3	12,60	18,3	45,1	13,0	16,8	3,0	4,00	6,7	67,5
Brandenburg	139,0	248,8	79,0	87,50	161,9	85,0	26,5	45,3	80,0	8,00	14,8	85,0	8,0	18,2	127,5	4,50	8,6	91,1
Im Durchschnitt	115,0	217,0	90,3	70,5	138,5	97,1	19,5	41,5	107,7	8,50	14,7	73,2	9,2	16,7	80,6	3,50	6,9	97,1

ohne	Beköstigung	1884	im	Sommer	2,80	Mark,	im	Winter	1,64	Mark
"	"	1850	"	"	1,07	"	"	"	0,80	"
mit	"	1884	"	"	1,35	"	"	"	0,90	"
"	"	1850	"	"	0,60	"	"	"	0,38	"

Angenommen 300 Arbeitstage, davon 200 mit Sommerlohn und 100 Tage mit Winterlohn, so nahm der landwirtschaftliche Arbeiter ein

ohne	Beköstigung	1884	624	Mark
"	"	1850	294	"
mit	"	1884	360	"
"	"	1850	158	"

Also hat sich das Einkommen für den landwirtschaftlichen Arbeiter

ohne	Beköstigung	um	112,3 %,
mit	"	"	121,5 %

erhöht.

Da in der Festschrift gesagt wird, daß das Einkommen eines männlichen Arbeiters, soweit letzterer nur auf Verdienst aus Tagelohn angewiesen ist, nur eben zur Ernährung von Mann, Frau und einigen Kindern ausreicht, Ersparnisse also nicht gemacht werden, die Frauen durch eigenes Verdienst aber sehr wenig demjenigen des Mannes hinzufügen, so kann wohl obige Prozentzahl (112,3) der Lebensverteuerung für die betreffenden Arbeiter als annähernd richtig angenommen werden.

Dann ist es uns möglich, die Lebensverteuerung resp. Verbilligung nur durch Preissteigerung resp. Verminderung der sächsischen Handweber von 1855 bis 1885 wenigstens zum größeren Teil zu berechnen und zwar aus dem schon erwähnten Zahlenmaterial, welches uns in der Zeitschrift des Königl. Sächs. Stat. Bureaus, 31. Jahrgang, 1885, Heft 3 und 4 (siehe S. 38) zur Verfügung steht. Die dort angegebenen Budgets sind den relativ wohlhabenderen Klassen der Handweber entnommen, so daß die unterste der 3 Kategorien, die wir schon im 2. Teile machten, noch besser gestellt ist, als der Durchschnitt der Handweber. Die Ausgaben dieser Kategorie wollen wir, in Ermangelung eines besseren Materials, unseren Berechnungen zu Grunde legen. Dieselben betrugen im Durchschnitt:

453,72 Mark,

davon	330,98	Mark,	oder	72,9 %	für	Nahrung,
	26,88	"	oder	5,9 %	"	Kleidung,
	28,90	"	oder	6,3 %	"	Wohnung,
	39,41	"	oder	8,7 %	"	Heizung u. Beleucht.,
	10,19	"	oder	2,3 %	"	Reinig. u. Versich.,
	5,62	"	oder	1,2 %	"	Erziehung,
	5,40	"	oder	1,2 %	"	Steuern,
	6,34	"	oder	1,5 %	"	Vergnügen.

Von den 330,98 Mk. oder 72,9 % für Nahrung gaben sie aus:

47,30	Mark	oder	14,3 %	für Kartoffeln,
8,20	„	„	2,5 %	„ Gemüse,
129,50	„	„	39,1 %	„ Brot,
20,55	„	„	6,2 %	„ Mehl,
63,40	„	„	19,2 %	„ Butter,
14,00	„	„	4,2 %	„ Rindfleisch,
3,55	„	„	1,1 %	„ Schweinefleisch,
10,00	„	„	3,0 %	„ Fett,

also zusammen 296,55 Mk. oder 89,6 % der Nahrungs- oder 65,4 % der Gesamtausgaben. Von 8 Ortschaften sind uns die Preise aus den Jahren 1855, 1865, 1875, 1885 von Kartoffeln, Brot, Schweinefleisch, Rindfleisch und Butter zusammengestellt. Wir werden mit Recht annehmen können, daß die Preise von Gemüse denselben Gang der Entwickelung durchgemacht haben werden, wie der von Kartoffeln, von Mehl denselben wie von Brot, von Schweinefett denselben wie von Schweinefleisch, so daß wir diese Nahrungsmittel mit in unsere Berechnung ziehen können.

Dann gab also der Handweber 1885 aus:

für Kartoffeln und Gemüse	55,50	Mark	oder	12,2 %	der Gesamtausgaben,
„ Brot und Mehl	150,05	„	„	33,1 %	„ „
„ Butter	63,40	„	„	14,0 %	„ „
„ Rindfleisch	14,00	„	„	3,1 %	„ „
„ Schweinefleisch und Fett	13,55	„	„	3,0 %	„ „
Summa	296,50	Mark	oder	65,4 %	der Gesamtausgaben.

In den vier Jahren 1855, 1865, 1875, 1885 waren in den 8 Ortschaften im Durchschnitt die Preise für diese Bedürfnisse folgende:

	1855	1865	1875	1885
Kartoffeln pro Ztr.	3,05 Mark.	2,55 Mark.	2,88 Mark.	1,83 Mark.
Brot pro Kilo	27,2 Pf.	17,8 Pf.	21,6 Pf.	18,8 Pf.
Schweinefl. „ „	1 Mark.	1 Mark.	1,25 Mark.	1,20 Mark.
Rindfleisch „ „	76 Pf.	79 Pf.	1,04 Mark.	1,08 Mark.
Butter „ „	1,68 Mark.	1,86 Mark.	2,20 Mark.	2,40 Mark.

Für die Quantitäten gleicher Qualität, welche im Jahre 1885 konsumiert wurden, gab der Handweber in den Jahren 1855, 1865, 1875, umgerechnet nach den Preisen dieser Jahre, aus:

Tabelle XXXI.

	1855	1865	1875	1885
Kartoffeln und Gemüse	92,00 Mark.	71,27 Mark.	87,34 Mark.	55,50 Mark.
Brot und Mehl	217,00 „	142,07 „	172,40 „	150,05 „
Butter	44,38 „	49,14 „	58,12 „	63,40 „
Rindfleisch	9,85 „	10,33 „	13,48 „	14,00 „
Schweinefleisch und Fett	11,28 „	11,28 „	14,11 „	13,55 „
Summa	374,51 Mark.	284,09 Mark.	345,45 Mark.	296,50 Mark.

Danach hätte sich der bei weitem größte Teil der Nahrungsausgaben (89,6 %) und die größere Hälfte der Gesamtausgaben (65,4 %) 1885 durch Preisabnahme seit 1855 um 29,7 % verbilligt, durch Preissteigerung seit 1865 um 4,6 % verteuert, durch Preisabnahme seit 1875 um 16,5 % verbilligt.

Für die ärmeren Handweber, die mehr Brot und Kartoffeln essen, wird sich das Verhältnis noch günstiger gestalten. Daß diese Prozentzahlen natürlich nicht ganz genau sind, ist selbstverständlich, denn erstens konnte nur die Preisgestaltung aus 8 Orten benutzt werden, während uns Budgets aus 12 zum Teil anderen Ortschaften zur Verfügung standen, weiter ist die Preisgestaltung in den einzelnen Dörfern von einander oft so verschieden, daß die Durchschnittszahl für manchen Ort auch nicht annähernd die Entwickelung der Preise wiedergiebt.

So viel steht aber fest, daß die Lage der Handweber seit 1855 sich verbessert hat, wenn auch nicht in dem Maße, als es nach den angeführten Zahlen zu sein scheint, da das Jahr 1855 ein Teuerungsjahr war. — Während die Löhne, wie man aus einzelnen Notizen ersehen kann, seit den 50er Jahren ungefähr nur 20 bis 25 % gestiegen sind, hat sich die Nahrung nur 25 bis 30 % verbilligt, das bedeutet eine Erhöhung der Lebenserhaltung um 45 bis 55 % (!), wenn die Ausgaben für die übrigen Bedürfnisse sich gleich geblieben sind. Und wenn die Lage der sächsischen Handweber noch jetzt eine sehr traurige ist, wie traurig muß sie erst 1855 gewesen sein? Auch seit 1875 hat sich der Weber verbessert, die Löhne sind dieselben geblieben, die Nahrung hat sich um ca. 15 % verbilligt.

Wenn somit für einen sehr kleinen Teil der deutschen Arbeiter bei der Preisgestaltung der letzten Jahrzehnte eine Besserung ihrer Lage konstatiert werden kann, so ist dies anderenteils für den Arbeiterstand der gesamten zivilisierten Welt von Mulhall in seiner schon erwähnten „History of prices" geschehen, doch konnte dieser Nachweis bei der geringen Größe des Werks und der ungeheuren Größe der gestellten Aufgabe natürlich nur sehr allgemein gehalten sein.

Aus dem reichen statistischen Material sei hier zunächst eine Tabelle wiedergegeben, welche zeigt, wieviel dieselben Quantitäten von Produkten und Waren, die durchschnittlich jährlich in der Zeit von 1881—1884 in den größeren europäischen und in den Vereinigten Staaten verbraucht worden sind, zu den Preisen der früheren Perioden gekostet haben würden.

	Millionen Pfund Sterling				
	1841—50	1851—60	1861—70	1871—80	1881—84
Korn	1419	1724	1658	1547	1326
Fleisch	560	628	661	747	830
Eisenwaren	576	525	504	593	384
Milchprodukte	236	266	303	333	340
Baumwollenwaren	386	335	484	346	302
Wollenwaren	263	245	280	268	223
Bauholz	428	338	338	301	273
Kohlen	224	241	241	241	189
Leder	218	202	212	188	184
Kartoffeln	115	125	154	164	181
Wein	86	105	111	111	130
Rohe Baumwolle	76	85	183	101	87
Wolle	160	145	125	97	83
Bücher	120	115	105	87	79
Seidene Stoffe	68	82	104	88	73
Leinenwaren	77	74	78	74	70
Zucker	106	100	106	84	61
Kaffee	23	30	38	50	42
Tabak	29	44	53	38	37
Thee	16	20	24	21	16
Total	5186	5429	5762	5479	4910

Die genannten 20 Konsumtibilien umfassen 90 % aller menschlichen Produkte und lassen uns daher korrekt auf die Schwankungen der Preisbewegung in der Welt schließen, deren Resultat im Verhältnis zu der Kaufkraft des Goldes im Durchschnitt der Jahre 1841—1850 folgendes ist:

Jahre	
1841—50	100,0
1851—60	104,7
1861—70	111,1
1871—80	105,7
1881—84	94,7

Wenn aus dieser Tabelle hervorgeht, daß in der zivilisierten Welt der Preisrückgang der menschlichen Verbrauchsartikel seit den 70er Jahren ein fast allgemeiner ist, so hat weiter Mulhall in den Kap. XX bewiesen, daß im Gegenteil die Löhne in den letzten Jahrzehnten bedeutend gestiegen sind.

Folgende Tabellen mögen aus diesem Kapitel angeführt sein.

Löhne eines Tagelöhners	Pence			Pence	
	1835	1884		1835	1884
Frankreich	15	25	Österreich	10	20
England	16	28	Italien	5	12
Deutschland	8	18	Belgien und Holland	9	20
Rußland	6	12	Skandinavien	8	14

Löhne eines	Pence pro Tag: England 1840	1860	1884	Frankreich 1850	1880	Mittlere Steigung seit 1840—50
Grobschmieds	42	56	64	25	35	45 %
Maurers	46	60	70	22	35	55 %
Zimmermanns	40	50	60	22	35	55 %
Bleigießers	44	60	70	22	33	55 %
Baumwollenspinners	36	40	48	24	36	42 %

Durchschnittliches Einkommen eines Fabrikarbeiters in den Vereinigten Staaten:

Jahre	Pence pro Tag im Durchschn.	Pfund Sterling pro Jahr: Neu-England	Mittel-Staaten	Süden	Westen	im Durchschn.
1850	40	51	51	40	58	51
1860	48	56	58	57	68	61
1870	53	73	72	43	64	69
1880	57	75	76	48	70	73

Aus den angeführten Tabellen folgert Mulhall, daß, während die Preise seit 1850 um 5 % gefallen, die Löhne bedeutend gestiegen sind, und zwar die der ländlichen Tagelöhner um 90, die der industriellen Arbeiter um 50 %.

Wenn auch gegen diese Beweisführung für die Verbesserung des standard of life der Arbeiter das im Anfang dieses Kapitels Gesagte einzuwenden ist, so wird doch obiges Resultat durch die Führung des Nachweises seinerseits unterstützt, daß in den letzten Jahrzehnten der Verbrauch der hauptsächlichen Konsumtibilien pro Kopf der Bevölkerung in England und Frankreich zugenommen hat, was nachstehende Tabellen beweisen:

Konsum an Weizen in England.

Jahre	Millionen Scheffel	Preis in Pence pro Scheffel	pro Einwohner: Pfund Weizen	Kosten in Schillings
1841—60	136	81	273	32,8
1861—70	175	78	321	37,2
1871—80	191	72	325	34.8
1881—84	217	63	340	31,8

Konsum in Frankreich.

an	pro Einwohner in Pfund: 1840	1860	1880
Rindfleisch	19	27	40
Hammelfleisch	5	7	12
Schweinefleisch	19	23	19
	43	57	71

Konsum an Fleisch in England.

	Pfund pro Einwohner
1851—60	81
1861—70	91
1871—80	96
1881—83	105

Konsum an Getränken in England.

	Gallonen pro Einwohner		
	Bier	Wein	Branntwein
1858	26	0,22	0,96
1860	26	0,26	0,93
1871	31	0,51	1,06
1883	28	0,40	1,06

Konsum an importierten Waren in England pro Einwohner.

		1851—60	1861—70	1871—80	1881—84	Ratio 1851—60	Ratio 1881—84
Zucker	Pfund	31	38	58	70	100	226
Reis	"	6	6	11	14	100	233
Speck	"	1	3	10	11	100	1100
Butter	"	2	4	5	7	100	350
Käse	"	1	3	5	5	100	500
Rosinen	"	2	4	4	4	100	200
Eier	Stück	5	12	20	24	100	480
Thee	Unzen	38	52	70	75	100	197
Kaffee	"	21	17	15	14	100	67
Tabak	"	18	21	23	23	100	128

Die Steigerung des Konsums pro Kopf, speziell noch des Fleisches, bedeutet naturgemäß immer eine Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung. Dieselbe kommt aber zum bei weitem größten Teile der Arbeiterbevölkerung zu Gute, da die besser situierten Klassen schon immer für ihre materiellen Bedürfnisse nachhaltig haben sorgen können.

Nehmen wir also die drei Momente der Preisreduktion, Steigerung der Löhne und des Konsums zusammen, so wird mit Mulhall eine wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes in den letzten Jahrzehnten mit Sicherheit konstatiert werden können, und wir werden bei der Untersuchung, welche wir, auf unser Hallesches Material gestützt, nun beginnen werden, zu demselben Resultat kommen.

Eine Betrachtung der Lebensverteuerung der verschiedenen Bevölkerungsklassen durch Preissteigerung in Halle a. S. zerfällt naturgemäß in zwei Teile, in eine Untersuchung der Preisgestaltung an und für sich und in die Anwendung der daraus gefundenen Resultate auf die Budgets der Bevölkerungsklassen. Man könnte nun auch, wie Chatelanat und Kollmann es gethan, die Lebensverteuerung nach diesen beiden Teilen getrennt in 2 Kapiteln betrachten. Es liegt uns aber weniger daran, die Lebensverteuerung durch Preissteigerung an und für sich zu untersuchen, als ihre Einflüsse auf das wirtschaftliche Leben der verschiedenen Stände zu konstatiren. Wir werden deshalb am besten gemäß den zwölf Bedürfnissen des Menschen in zwölf Abteilungen jedesmal zuerst kurz auf die Verteuerung eines jeden Bedürfnisses eingehen, um dann ihren Einfluß auf die verschiedenen Stände hervorzuheben.

A. Nahrung.

Nach den auf dem Rathause geführten amtlichen Listen ist die Preisentwickelung nachbenannter Konsumtionsartikel folgende gewesen:

Tabelle XXXII.

Es haben gekostet	1851—60	1861—70	1871—75	1876—80	1881—85
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Roggenmehl 1 Ko.	0,18	0,16	0,30	0,28	0,26
Brot "	0,22	0,22	0,25	0,28	0,27
Weizenmehl 1 Ko.	0,28	0,27	0,46	0,38	0,36
Semmel "	0,48	0,48	0,48	0,48	0,37
Graupen "	0,46	0,46	0,52	0,48	0,50
Reis "	0,48	0,60	0,58	0,56	0,60
Hirse "	0,36	0,36	0,44	0,40	0,40
Kartoffeln 1 Scheffel	2,39	2,30	2,97	2,83	2,40
Erbsen "	8,58	9,00	10,23	9,41	9,04
Bohnen "	8,59	9,57	10,04	9,02	9,81
Linsen "	9,04	10,16	11,60	12,24	14,95
Rindfleisch 1 Ko.	0,86	1,02	1,25	1,20	1,18
Schweinefleisch 1 Ko	0,94	1,00	1,14	1,20	1,20
Kalbfleisch "	0,52	0,70	1,00	0,96	1,02
Hammelfleisch 1 Ko.	0,78	0,90	1,20	1,16	1,16

Es haben gekostet	1851—60	1861—70	1871—75	1876—80	1881—85
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Eier 1 Schock	2,21	2,58	3,43	3,28	3,28
Milch 1 Liter	0,11	0,13	0,16	0,16	0,16
Butter 1 Kilo	1,74	2,10	2,68	2,66	2,62
Talg "	1,46	1,36	1,26	1,26	1,26
Speck "	1,68	1,68	1,88	1,82	1,52
Zitrone 1 Stück	0,10	0,15	0,13	0,11	0,10
gebr. Kaffee 1 Ko.	4,50	3,00	3,36	3,60	3,34
Zucker hart 1 Ko.	1,23	1,09		1,09	0,94
Zucker weich 1 Ko.	1,14	0,92		0,92	0,78
Kornbranntwein 1 Liter	0,58	0,51	0,53	0,52	0,51
Kartoffelbranntw. 1 L.	0,44	0,37	0,43	0,42	0,40
Braunbier "	0,13	0,14	0,16	0,13	0,13
Lagerbier "	0,20	0,20	0,25	0,30	0,38
Geb. Pflaumen 1 Ko	0,51	0,55	0,72	0,81	0,73

Setzen wir die in der Periode 1851—60 im Durchschnitt gezahlten Preise = 100, so ist die Preissteigerung resp. -Abnahme vorbenannter Konsumtibilien folgende gewesen.

Tabelle XXXIII.

	1851—60	1861—70	1871—75	1876—80	1881—85		1851—60	1861—70	1871—75	1876—80	1881—85
Roggenmehl	100	91	170	145	145	Eier	100	116	155	148	148
Brot	100	100	114	126	122	Milch	100	118	145	145	145
Weizenmehl	100	96	170	128	128	Butter	100	120	155	154	150
Semmel	100	100	100	100	77	Talg	100	93	86	86	86
Graupen	100	100	100	109	109	Speck	100	100	113	99	90
Reis	100	125	120	120	125	Zitrone	100	150	130	110	100
Hirse	100	100	122	111	111	Gebr. Kaffee	100	66	71	80	74
Kartoffeln	100	96	125	118	104	Harter Zucker	100	88	88	88	76
Erbsen	100	105	119	109	105	Weicher Zucker	100	81	81	81	68
Bohnen	100	111	117	105	114	Kornbranntwein	100	88	89	89	88
Linsen	100	112	128	135	165	Kartoffelbranntwein	100	84	99	96	91
Rindfleisch	100	119	147	147	147	Braunbier	100	107	123	100	100
Schweinefleisch	100	107	123	128	128	Lagerbier	100	100	125	150	190
Kalbfleisch	100	134	192	184	204	Geb. Pflaumen	100	108	141	159	141
Hammelfleisch	100	115	154	144	150						

Wie wir sehen, fehlen uns einige mehr oder minder wichtige Konsumtionsartikel, wie Gemüse, Obst, Wurst etc. Wir werden der Wahrheit am nächsten kommen, wenn wir annehmen, daß ihre Preisentwicklung ebenso wie die derjenigen Nahrungsmittel vor sich gegangen ist, welche sie zu ersetzen vermögen oder welche dieselben Bedürfnisse der Menschen befriedigen. So setzen wir voraus, daß die Preise der gesamten sogenannten weißen Backwaren sich wie die der Semmel, der Gemüse sich wie die der Hülsenfrüchte, der Wurst, des Schinkens etc. wie die des Schweinefleisches, des Geflügels, der Fische wie die des Fleisches überhaupt, des Gewürzes wie die der Zitronen, des Weines und der Zigarren wie die des Lagerbiers sich gestaltet haben, was sich nach unseren Erkundigungen auch im allgemeinen bestätigt. Der Preis des Salzes ist sich gleich geblieben. Ueber die Preisgestaltung von Obst-, Konditorei- und Delikateßwaren haben wir keine zuverlässigen Nachrichten erhalten können.

Wenn wir nun dieses Material verwerten wollen, um mit Hülfe unserer Budgets die Einwirkung der Preisgestaltung der Nahrungsmittel auf das Nahrungsbudget unserer vier Wohlhabenheitsstufen nachzuweisen, so stehen uns große Schwierigkeiten entgegen, welche die Genauigkeit unserer Resultate verhindern.

Erstens gehören unsere Budgets, wenn auch den 80er Jahren, so doch verschiedenen Jahren an, nämlich den Jahren 1882 bis 1885, und auch ohne zahlenmäßigen Beweis, der leicht beizubringen wäre, wird man zugeben, daß die Preise in diesen Jahren verschieden waren, d. h. immer mehr gesunken sind. Zweitens haben wir in der Tabelle XXXII den Durchschnittspreis eines jeden Nahrungsmittels der Jahre 1881 bis 1885 mit denen der anderen Jahresperioden verglichen; der erstere Durchschnittspreis wird aber den Preisen nicht ganz entsprechen, die in den Budgets gezahlt worden sind, sondern er wird mindestens etwas zu hoch sein, weil die Budgets aus den letzten Jahren der Periode 1881 bis 1885 stammen. Drittens sehen wir, daß wir nur die Preisentwicklung je einer Qualität jedes Nahrungsmittels haben, während je nach der Höhe der Wohlhabenheit bessere oder geringere Qualitäten konsumiert werden; der wohlhabende Mann trinkt eben besseren Kaffee als der arme. Die Annahme einer gleichmäßigen Preisgestaltung der verschiedenen Qualitäten desselben Nahrungsmittels ist daher für uns geboten, wenn auch nicht erwiesen. Viertens ist zu beachten, daß Kauf en détail nicht bei allen Wohlhabenheitsstufen dasselbe bedeutet. Der Wohlhabendere kauft manche Waren in größerer Quantität und hat daher den Vorteil der billigeren Preise, die der Kaufmann, der Händler etc. bei größerer Abnahme berechnet. Aus demselben Grunde kann er auch seine Einkäufe dann machen, wenn die betreffenden Konsumtibilien am billigsten sind, z. B. die Kartoffeln im Herbst, während der ärmere seine Bedürfnisse an diesen Waren durch kleinere Einkäufe während des ganzen Jahres deckt und deshalb ihn andere, für ihn ungünstigere Preise treffen. Fünftens sind in den Budgets Nahrungsmittel ohne Angabe der konsumierten Quantität in eine Rubrik gebracht, deren Preisentwickelung jedoch eine verschiedene, wenigstens eine nicht ganz übereinstimmende ist. Wir werden diese Fehlerquelle möglichst vermeiden, wenn wir nach dem Eindruck, den wir bei der Erhebung der Budgets erhalten haben, in jedem Budget das Verhältnis des Verbrauchs dieser Nahrungsmittel zu einander berücksichtigen. So wird in Wohlhabenheitsstufe I zum Teil selbst gebacken, zum Teil das Brot gekauft, in den drei übrigen Wohlhabenheitsstufen geschieht nur das letztere, wir werden daher in Wohlhabenheitsstufe I zum Teil die Preisgestaltung des Roggenmehls, zum Teil die des Brotes, in Wohlhabenheitsstufen II, III und IV nur die des Brotes in Betracht ziehen müssen etc.

Wir glauben, daß mit dem Gesagten noch nicht alle Umstände erschöpft sind, die hier zu beachten und die eine Berechnung der Nahrungsverteuerung für die 4. Wohlhabenheitsstufe aus unseren

Budgets zu einer unsicheren machen. Daß dies aber der Fall, ist wohl erwiesen, und wir können uns nur mit dem Gedanken trösten, daß diese Umstände nicht alle nach einer Richtung hin wirkend sich zum Teil aufheben und dennoch das Resultat ein der Wahrheit ziemlich entsprechendes ist.

Wir haben zunächst auf dieselbe Weise wie Chatelanat den Konsum an Nahrung für den Durchschnitt der Jahre 1851—1860, 1861—1870, 1871—1875, 1876—1880 in den 4 Wohlhabenheitsstufen berechnet.

NB. Tabellen siehe Seite 120 und 121.

Zunächst sehen wir, daß in allen Budgets die gesamten Nahrungsausgaben vom Durchschnitt der Jahre 1851—1860 nach dem der Jahre 1861—1870 gemäß der Preisgestaltung der meisten Nahrungsmittel langsam zunehmen, um dann im Durchschnitt der Jahre 1871—1875 plötzlich bedeutend zu wachsen. Während aber in den Wohlhabenheitsstufen II, III und IV die Nahrung sich auch in den folgenden Zeitabschnitten, wenn auch wenig, verteuert, nehmen die Ausgaben für Nahrung in der Wohlhabenheitsstufe I in den folgenden Durchschnitten der Jahre ab. Besser sichtbar wird das soeben Gesagte, wenn wir den Nahrungskonsum im Durchschnitt der Jahre 1851 bis 1860 gleich 100 setzen und den der anderen Zeitabschnitte darauf beziehen (siehe Tab. XXXIV unten). Dann hat sich die Nahrung für Wohlhabenheitsstufe I um 1,0 resp. 25, bei Wohlhabenheitsstufe II um 4 resp. 23, bei Wohlhabenheitsstufe III um 3 resp. 22, bei Wohlhabenheitsstufe IV um 0,7 resp. 18 % bis 1860/70 resp. 1871/75 verteuert, von 1851/60—1861/70 am wenigsten in Wohlhabenheitsstufe IV, am meisten in Wohlhabenheitsstufe II, von 1861/70—1871/75 ebenfalls am wenigsten in Wohlhabenheitsstufe IV, am meisten in Wohlhabenheitsstufe I. Von der Mitte der 70er Jahre an ändert sich aber die Sachlage und es tritt deutlich ein Gegensatz zwischen der ersten Wohlhabenheitsstufe und den übrigen hervor. Während nämlich die Prozentzahl der Nahrungsverteuerung von 25 1871/75 auf 22,8 % 1876/80 und 1881/85 auf 21,8 % fällt, steigen die Prozentzahlen in den übrigen Wohlhabenheitsstufen weiter, am meisten in Budget II von 23 auf 25,7 % resp. 28,7 %, am wenigsten in Budget IV von 18,0 auf 20,7 resp. 23 %.

Hierdurch ist deutlich nachgewiesen, daß, während der Einfluß der Lebensmittelpreise von 1851—1875 auf das Nahrungsbudget unserer vier Wohlhabenheitsstufen ein ziemlich gleicher, derselbe seit Mitte der 70er Jahre am günstigsten für die unteren Klassen gewesen ist, da er ihre Nahrung etwas verbilligt, am ungünstigsten aber unsere Wohl-

Tabelle XXXIV.

Konsum an	In Wohlhabenheitsstufe I. In den Jahren					In Wohlhabenheitsstufe II. In den Jahren				
	1851—60	61—70	71—75	76—80	81—85	1851—60	61—70	71—75	76—80	81—85
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Roggenbrot und Mehl	83,45	79,28	118,51	112,66	111,00	75,55	75,85	86,78	95,58	92,58
Weißbrot und Weizenmehl	24,04	23,80	29,60	26,20	22,60	75,85	75,10	88,75	81,17	66,00
Reis, Gries etc.	8,08	8,81	9,30	9,13	9,30	8,69	9,47	9,89	9,82	10,00
Kartoffeln	27,21	25,16	34,01	32,10	28,32	26,48	25,43	33,11	31,25	27,55
Gemüse, Salate	17,43	18,82	20,56	18,65	18,99	22,88	24,95	27,68	27,28	29,30
Hülsenfrüchte	7,70	8,32	9,09	8,24	8,42	9,53	10,38	11,53	11,05	12,20
Fleisch etc.	52,84	59,78	72,07	72,32	72,45	200,95	239,13	309,47	301,43	315,50
Wurst, Schinken	20,26	21,68	24.92	25,15	25,94	66,40	71,05	73,86	85,00	85,00
Eier	12,04	13,96	18,60	17,82	17,82	19,45	22,57	30,16	28,80	28,80
Milch und Käse	25,62	30,24	37,16	37,16	37,16	25,37	29,84	36,80	36,80	36,80
Butter	39,18	44,61	57,62	58,58	55,77	65,66	78,80	101,78	101,12	98,50
Andere Fette	30,95	29,64	29,40	27,85	26,93	56,59	54,32	56,02	52,06	49,80
Salz	2,17	2,17	2,17	2,17	2,17	5,80	5,80	5,80	5,80	5,80
Gewürze	1,62	2,43	2,16	1,78	1,62	4,20	6,30	5,46	4,62	4,20
Kaffee und Zichorien, Thee	35,59	23,49	25,27	28,47	26,34	62,16	41,02	44,13	49,72	46,00
Kakao und Chokolade	0,83	0,55	0,59	0,67	0,62	20,27	13,37	14,39	16,21	15,00
Zucker und Saft	12,40	10,03	10,03	10,03	8,42	45,80	38,73	38,73	38,73	33.00
Getränke und Zigarren	43,86	49,52	50,55	53,63	62,43	157,18	160,32	190,19	215,34	262,50
Verschiedenes	11,50	13,00	14,50	16,00	17,51	19,50	21,75	23,00	25,25	27,50
Summa	454,87 100,00	459,33 101,00	566,13 125,00 100,00	558,63 122,80 99,00	553,85 121,80 98,00	968,30 100,00	1004,80 104,00	1187,10 123,00 100,00	1217,00 125,70 103,00	1246,00 128.70 105,00

Fortsetzung von Tabelle XXXIV.

Konsum an	In Wohlhabenheitsstufe III. In den Jahren					In Wohlhabenheitsstufe IV. In den Jahren				
	1851—60	61—70	71—75	76—80	81—85	1851—60	61—70	71—75	76—80	81—85
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Roggenbrot und Mehl	126,20	126,20	135,75	159,00	154,00	153,40	153,40	174,60	193,10	187,00
Weißbrot und Weizenmehl	113,00	113,00	113,00	113,00	87,00	360,00	360,00	360,00	360,00	277,00
Graupen, Reis etc.	19,80	24,40	25,60	25,40	25,80	29,60	31,00	33,60	33,20	34,00
Kartoffeln	35,30	32,90	44,10	41,70	36,70	81,70	78,40	102,10	96,40	85,00
Gemüse und Salate	32,50	31,20	40,60	38,80	33,80	97,10	93,20	121,40	114,60	101,00
Hülsenfrüchte	11,30	12,25	13,70	13,10	14,50	17,10	19,20	20,90	20,50	24,00
Fleisch	536,90	638,90	816,10	805,40	837,60	756,90	900,50	1139,65	1091,30	1188,00
Wurst und Schinken	95,60	102,30	117,20	122,40	122,40	175,00	187,10	215,10	224,00	224,00
Eier	62,10	72,10	96,40	92,00	92,00	54,20	62,70	83,80	80,00	80,00
Milch und Käse	76,60	90,80	111,00	111,00	111,00	116,50	137,50	169,00	169,00	169,00
Butter	155,00	186,00	240,25	238,75	232,50	321,30	385,60	498,00	494,25	482,00
Andere Fette	57,85	55,50	57,85	53,80	50,90	45,50	43,60	45,50	42,80	40,00
Salz	8,40	8,40	8,40	8,40	8,40	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Gewürze	17,30	25,95	22,50	19,00	17,30	15,00	22,50	19,50	16,50	15,00
Kaffee und Thee	234,70	154,50	173,00	187,90	173,30	342,00	225,70	242,70	273,50	253,00
Kakao und Chokolade	28,00	18,50	19,80	22,40	20,70	31,10	20,60	22,10	24,90	23,00
Zucker	163,20	137,10	137,10	137,10	117,50	222,20	186,70	186,70	186,70	160,00
Getränke und Zigarren	165,50	165,50	204,10	244,90	310,25	341,10	341,10	426,30	511,60	648,00
Verschiedenes	75,70	80,70	85,70	90,70	95,75	345,00	370,00	395,00	420,00	445,00
Summa	2014,95	2079,60	2463,25	2524,25	2541,00	3614,70	3628,80	4265,95	4361,85	4442,00
	100,00	103,00	122,00	125,00	126,00	100,00	100,70	118,00	120,70	123,00
			100,00	102,00	103,00			100,00	102,00	104.00

habenheitsstufe II, den sogenannten guten Mittelstand, getroffen hat. Jedoch auch die wohlhabende und reiche Klasse der Bevölkerung, wie wir wohl unsere Wohlhabenheitsstufen III und IV nennen können, sind, wenn auch weniger als der Mittelstand, von der Preisgestaltung seit 1876 bis jetzt zu ihren Ungunsten berührt worden.

Diese Prozentzahlen geben aber noch nicht vollständig den Einfluß der Verteuerung resp. Verbilligung der Nahrung auf die vier Wohlhabenheitsstufen an, sondern es ist noch der Prozentsatz der Nahrungsausgaben von dem Ausgabebudget zu berücksichtigen. Derselbe betrug für

Wohlhabenheitsstufe	I.	II.	III.	IV.
	52,9 %	40,9 %	28,0 %	16,0 %

und es verhält sich z. B. die wahre Größe der Verbilligung resp. Verteuerung der Nahrung für die einzelnen Wohlhabenheitsstufen von 1871/75—1881/85 wie die Zahlen

Wohlhabenheitsstufe	I.		II.		III.		IV.
	— 105,8	:	+ 204,5	:	+ 84,0	:	+ 64,0.

Diese Zahlen erhalten wir, wenn wir die Prozentzahl der Verbilligung resp. Verteuerung von 1871/75—1881/85 mit der Prozentzahl der Nahrung vom Ausgabebudget multiplizieren, und lassen dieselben noch mehr den Vorteil der Wohlhabenheitsstufe I., den Nachteil der Wohlhabenheitsstufe II erkennen.

Die Behauptung einer sozialistischen Agitation, daß der Preisrückgang in dem letzten Jahrzehnt am meisten oder allein dem Besitzenden, am wenigsten oder gar nicht dem Arbeiter zu gute gekommen ist, ist bezüglich der Nahrung nicht zuzugeben, sondern es ist das Gegenteil der Fall. Der Preisrückgang der meisten Lebensmittel ist am meisten oder nach unserer Berechnung allein dem Arbeiter zu gute gekommen.

Der Grund dafür, daß zwischen den vier Wohlhabenheitsstufen eine Verschiedenheit in der Verteuerung der Nahrung speziell seit 1876 eintreten konnte, liegt einfach in dem verschiedenen Konsum jeder Familie an jedem Nahrungsmittel und in der verschiedenen Preisbildung derselben.

B. Kleidung.

Bezüglich dieses Bedürfnisses ist es uns leider nicht gelungen, irgendwie sichere Angaben über seine absolute Preisgestaltung als auch über den Einfluß derselben auf das Ausgabebudget der verschiedenen Stände zu erhalten, und dies war auch, wie aus dem Folgenden ersichtlich, nicht möglich. —

Was zunächst die Kleidung im engeren Sinne betrifft, so haben sich im allgemeinen wie überall auch in Halle die zur Kleidung des männlichen wie des weiblichen Geschlechts verwandten Stoffe dermaßen verändert, daß, wie uns von sachverständiger Seite allgemein versichert wurde, es kaum einen Stoff giebt, der früher und jetzt noch fabriziert und allgemein getragen wird, mit Ausnahme derjenigen Stoffe, die zur Verfertigung von Anzügen dienen, welche nur bei gewissen Gelegenheiten getragen werden. Diese nehmen aber für das Kleidungsbudget nur eine untergeordnete Rolle ein. Jener Wechsel in den Stoffen, wenigstens der Bekleidung des männlichen Geschlechts dienenden, rührt hauptsächlich seit den 60er Jahren her, wo die englische Konkurrenz in Deutschland die Oberhand gewann und ihre Fabrikate maßgebend wurden. Die englischen Stoffe sind aber durchgängig weniger haltbar und billiger wie die verdrängten deutschen und bedingen somit auch häufigen Wechsel der Mode sowohl in den Stoffen wie in dem Schnitt der Kleidung. Da also die Stoffe zur Kleidung des Menschen jetzt ganz andere, war es nicht möglich, die Preisgestaltung derselben Jahrzehnte hindurch zu verfolgen. Aber auch, wenn man von der Verschiedenheit der Stoffe absieht, wird es nicht leicht möglich sein, die Frage zu beantworten: „Wieviel kostet die Kleidung einer Familie von fünf Personen, wenn die Ansprüche derselben an die Kleidung in den einzelnen Zeitabschnitten dieselben geblieben sind?“ Diese Ansprüche sind eben der Mode folgend jetzt ganz andere wie früher, und es würde ein vergebliches Bemühen sein, sich eine Familie mit denselben Ansprüchen durch alle Zeitabschnitte hindurch zu konstruieren. Während bezw. der Männerkleidung früher die guten deutschen, aber teuren Stoffe die längere Tragbarkeit derselben bedingten, und es daher Sitte war, alle Kleidungsstücke, weil teuer, längere Zeit, ja manche das ganze Leben hindurch zu tragen, bedingen die schlechteren, aber billigen englischen Stoffe, die ja natürlich auch in Deutschland fabriziert werden, die entgegengesetzte Geschmacksrichtung. Seit Anfang der 70er Jahre wird in allen Ständen allgemein viel häufiger mit der Kleidung gewechselt. Dies ist möglich, weil sie viel billiger ist, es ist notwendig, weil die Stoffe schnell zerreißen.

Es ist nun fraglich, ob die dauerhafte, aber teure Kleidung aus der Zeit vor den 70er Jahren oder die billige, aber wenig haltbare Garderobe der Gegenwart vorteilhafter ist. Das Urteil der Sachverständigen spricht zu gunsten der ersteren, und dies ist uns leicht erklärbar. Zunächst wurde allgemein behauptet, daß der Anzug aus dem

Stoffe, von dem die Elle damals $2^1/_2$ Thlr. kostete, mehr als dreimal so lange hält, als der Anzug, von dem die Elle jetzt nur 2,50 Mk. zu stehen kommt. Weiter aber ist die Steigerung der Schneiderlöhne in Betracht zu ziehen. Dieselben sind seit Ende der 50er Jahre bis jetzt mindestens um 50—75 % gestiegen. Die hauptsächlichste Steigerung trat natürlich in dem Anfang der 70er Jahre ein, aber die damals gezahlten Löhne sind bis jetzt eher noch gewachsen, als sich gleich geblieben. Da also die Anzüge in den 50er und 60er Jahren, abgesehen von den Reparaturen, nur einmal Schneiderlohn und zwar den billigen dieser Jahre kosteten, die höchstens gleichwertigen drei Anzüge der Neuzeit aber dreimal Schneiderlohn und zwar den um 50—75 % höheren kosten, so kann man annehmen, daß die Kleidung für alle Stände nach der Gründerzeit sich ungefähr um 150 bis 200 % verteuert hat. Dies wäre der Fall, wenn nicht ein Umstand hinzukäme, der diesen Schluß über den Haufen wirft. In Halle hat sich wie wohl in allen Orten hauptsächlich seit der Gründerzeit die sogenannte jüdische Konfektion der Bekleidungsindustrie bemächtigt. Dieselbe läßt hauptsächlich in der stillen Zeit ihre Waren verfertigen, und da in derselben weniger zu thun und ihre Arbeitnehmer froh sind, nur etwas zu verdienen, drückt sie die Löhne auf das möglichst geringste Minimum, auf die Lohnsätze früherer Jahrzehnte herunter. Dadurch ist es ihr natürlich möglich, ihre Verkaufsgegenstände sehr billig herzustellen, zumal sie auch mit Vorliebe die schlechtesten und billigsten Stoffe verarbeitet, so in neuerer Zeit einen Stoff aus Zupfwolle bestehend, Shoddy genannt. Aus allen Kreisen der Bevölkerung, speziell aber aus den unteren, strömt ihnen die Kundschaft zu. Sie setzt viel um, und je mehr sie umsetzt, einen desto geringeren Profit braucht sie bei jedem Stück zu nehmen, desto billiger kann sie verkaufen. Es ist natürlich, daß dieses geschäftliche Gebahren Rückwirkungen auf die anderen Geschäfte derselben Branche ausüben muß und somit ein wesentliches Moment ist, die Kleidung auch im allgemeinen zu verbilligen.

Von einer Berechnung der Verteuerung der Kleidung im engeren Sinne für eine bestehende Familie, ob mit oder ohne Änderung der Ansprüche kann wohl nach dem Gesagten keine Rede sein. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Kleidung speziell in der Gründerzeit teurer geworden ist, aber wieviel die Verteuerung für jede unserer Jahresperioden ausmacht, ob die Kleidung auch noch in den Jahren 1876/80 resp. 1881—85 sich verteuert hat, ist nicht zu sagen.

Für die Einwirkung dieser Verhältnisse auf das Kleidungsbudget der verschiedenen Stände lassen sich natürlich auch nur allgemeine Gesichtspunkte geltend machen. Nach unserer Meinung, die wir aus den Erkundigungen uns gebildet haben, sind die unteren Klassen, also in unserem Falle die Familie der ersten Wohlhabenheitsstufe, weniger von der Verteuerung getroffen werden, als die übrigen, speziell unsere Wohlhabenheitsstufe II. Wenn wir die Verteuerung der Kleidung hauptsächlich als das Produkt von drei Faktoren betrachten, nämlich der Verschlechterung der Stoffe, dem häufigen Wechsel der Mode und der Erhöhung der Arbeitslöhne, so würde, wenn diese 3 Faktoren von gleicher Einwirkung auf die Kleidungsbudgets unserer 4 Wohlhabenheitsstufen gewesen wären, am meisten Wohlhabenheitsstufe I davon betroffen sein, da die betreffende Familie am meisten für Kleidung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben von den 4 Familien ausgiebt; dem ist aber nicht so. Der Handwerker, Arbeiter etc. ist in seiner Kleidung der Mode wegen seiner verschwindend geringen gesellschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht unterworfen. Ja, man kann in Halle noch heute sehr viel ältere Angehörige dieses Standes mit Kleidungsstücken sehen, die noch aus den Jahren vor 1870 stammen, welche natürlich in den anderen Wohlhabenheitsstufen schon längst verschwunden sind. Zweitens aber kann er sich den hohen Arbeitslöhnen entziehen, wenn er seinen Bedarf in den vorhin genannten jüdischen Konfektionsgeschäften deckt, was den Angehörigen der anderen 3 Wohlhabenheitsstufen aus bestimmten Rücksichten nicht in dem Maße frei steht. Deshalb kann man wohl annehmen, daß die Angehörigen unserer 1. Wohlhabenheitsstufe, obgleich sie einen höheren Prozentsatz als die übrigen für die Kleidung ausgeben, nicht mehr, eher weniger durch die allgemeine Gestaltung der diesbezüglichen Verhältnisse zu ihren Ungunsten getroffen worden sind.

Was von der Kleidung im engeren Sinne gesagt worden ist, gilt im allgemeinen auch von den anderen weniger wichtigen Bestandteilen der gesamten Bekleidung des Menschen. Es sei noch die Fußbekleidung hervorgehoben, der zweitwichtigste Bestandteil der Bekleidung, der ja sogar in Wohlhabenheitsstufe I 2 % der Gesamtausgaben in Anspruch nimmt.

Aus dem uns von Herrn Prof. Paasche zu Gebote gestellten Material ersehen wir, daß die Preise für bestellte Schuhwaren von 1830—1875/81 um 100—140 %, die Ladenpreise für fertige Waren um 113—138 % sich verteuert haben, die Löhne für bestellte Waren von

1830—1867 um 39—46 %,
1880—1881 „ 147—160 %

gewachsen sind, so daß z. B. ein Paar lange Stiefeln nach Bestellung 1830: $3^1/_2$ Thlr., 1875/80: 7—9 Thlr. kostete, der Lohn dafür 1830: $17^1/_2$—20 Sgr., 1867: 25 Sgr., 1880: 1 Thlr. 15 Sgr. bis 1 Thlr. 20 Sgr. betrug, und dieselben Stiefeln fertig gekauft 1830: 1 Thlr. 25 Sgr. bis 2 Thlr. 1875—80: 4—5 Thlr. kosteten. Ein Unterschied in der Preisbildung der Schuhwaren verschiedener Qualität ist nicht mit Bestimmtheit zu behaupten, also auch die Einwirkung derselben auf die verschiedenen Stände nicht nachweisbar. Im allgemeinen wäre das von der Kleidung Gesagte auch bezüglich des Schuhwerks zu wiederholen, wenn auch die Mode nicht in dem Maße gewechselt, das Rohmaterial sich nicht in dem Grade verschlechtert hat.

C. Wohnung.

Den größten Teil der Ausgaben für dies Bedürfnis nimmt die Miete in Anspruch. Zur Gewinnung eines Urteils über die Höhe derselben in den einzelnen Jahresperioden stehen uns nicht nur mehrere Urteile Sachverständiger, die sich schon lange in Halle mit dem Vermieten von Wohnungen beschäftigen, zu Gebote, sondern auch, hauptsächlich bezw. der Wohnungen, die jetzt für 150 Mk. und weniger bis 300 Mk. vermietet werden, zahlreiche Beispiele über die bei dem Vermieten derselben in verschiedenen Jahren gezahlten Mietspreise, daß wir schon mit größerer Sicherheit als bei der Kleidung über die Verteuerung der Wohnungsmiete uns ein Urteil werden bilden können. Da aber das letztere Material zum größeren Teil Herrn Prof. Paasche gehört, müssen wir uns begnügen, unsere daraus gewonnenen Resultate hier wiederzugeben. Es sind, gemäß unserer Absicht, die Lebensverteuerung nur durch Preissteigerung festzustellen, hier nur Wohnungen in Betracht gezogen, deren Beschaffenheit sich im Laufe der Jahre nur so weit geändert hat, als es nötig war, um die Räume in bewohnbarem Zustande zu erhalten. Wohnungen, deren Miete schon durch bedeutende Verbesserungen während der Zeit steigen mußte, sind hier natürlich unberücksichtigt gelassen. Das Gesamtergebnis aus der Kombination beiderseitigen Materials ist folgendes:

Tabelle XXXV.

Es haben sich verteuert seit 1851—60 die Wohnungen, die jetzt 1881—85 kosten	bis 1861—70 um	bis 1871—75 um	bis 1876—80 um	bis 1881—85 um
150 Mark und darunter	34 %	68 %	83 %	119 %
151—300 Mark,	27 „	72 „	87 „	105 „
301—500 „	23 „	41 „	58 „	75 „
501—1000 „	16 „	24 „	50 „	60 „
1001 Mark und darüber	16 „	22 „	45 „	50 „
seit 1871—75			um	um
150 Mark und darunter			9 %	30 %
151—300 Mark,			15 „	26 „
301—500 „			12 „	24 „
501—1000 „			21 „	29 „
1001 Mark und darüber			19 „	23 „

Wie wir sehen, sind am meisten die Wohnungen von 150 Mk. und darunter im Preise gestiegen, und stufenweise abnehmend die anderen Wohnungen, so daß diejenigen von 1001 Mk. und darüber am wenigsten gewachsen sind. Während aber die Wohnungen bis 500 Mk. auch in den 80er Jahren sich nicht unerheblich verteuert haben, ist dies bei den Wohnungen über 500 Mk. nur in ganz geringem Maße der Fall. Wir glauben freilich nicht, daß diese Tabelle der Wirklichkeit ganz entspricht. Diese Annahme verbietet erstens der Umstand, daß das Material, auf welchem unsere Berechnungen fußen, doch im Verhältnis zu der Wirklichkeit nur ein sehr geringes ist und sein kann. Zweitens aber ist die Steigerung der Miete das Ergebnis vieler nach einer Richtung hin wirkenden Ursachen.

Zunächst wird dieselbe verursacht von der, durch die Vermehrung der Bevölkerung veranlaßten größeren Nachfrage nach Wohnungen. Um derselben zu genügen, werden neue Häuser gebaut, deren Bau durch folgende Umstände gegen den der alten Häuser verteuert wird:

a) Durch die Erhöhung der Arbeitslöhne der Maurer und Zimmergesellen. Dieselben betrugen inkl. Meistergebühren:

1856	2,50	Mark,
1864	2,75	„
1868	3,05	„
1876	3,50	„
1885	3,90	„

Dementsprechend sind auch die Mietspreise staffelweise von 1856/64—64/68—68/76—76/86 gestiegen.

b) Durch die wesentliche Steigerung der Preise des Grund und Bodens. Nach Paasche*) kostete der Morgen mitten in der Feldflur bei Halle 1801—60 Thlr., 1832—135 Thlr., 1848—230 Thlr., 1875—300 Thlr., also ist der Preis des Bodens gegen 1832 um 120, resp. gegen Anfang des Jahrhunderts um 400 % gestiegen. 1875 wurden sogar 5 derartige Morgen zu Bauplätzen für Arbeiterhäuser zum Preise von 1000 Thlr. pro Morgen verkauft, ebenso erzielten 35 Morgen, die im Jahre 1832 für 135 Thlr. pro Morgen erstanden wurden, als Bauterrain im Jahre 1873 einen Preis von 70 000 Thlr.; der Morgen war also auf 2000 Thlr. gestiegen, d. h. gegen die 1830er Jahre um ca. 1380 % in die Höhe gegangen.

Während jene größeren Komplexe, in der äußersten Peripherie der Stadt gelegen, Mitte der 70er Jahre pro □Rute einen Preis von etwas über 11 Thlr. erreichten, wurden für die □Rute der kleinen Parzellen, die mitten im verkehrreicheren Leben der Stadt lagen, vielfach 70 bis 80, selbst 100 Thlr. gezahlt. So wurde ein Grundstück von 20 Morgen, das noch 1855 für 22 000 Thlr. gekauft war, nachher parzelliert und 1870 die □Rute mit 35 bis 36 Thlr., 1876 dagegen mit 70 Thlr. wieder verkauft.

c) Durch die freilich nur wenig erhöhten Preise der Baumaterialien.

Dadurch ist der höhere Mietspreis der neuen Wohnungen bedingt, der natürlich auch die Mieten der alten Wohnungen gleicher Beschaffenheit in die Höhe treibt. Die Preise der alten Wohnungen steigen aber noch mehr als die der neuen, da die neuen Häuser immer mehr und mehr entfernt von dem Zentrum der Stadt, dem Sitze des Verkehrslebens, gebaut werden, und dadurch die alten Wohnungen wegen ihrer Lage in größerer Nähe desselben mehr gesucht sind. Gleicherweise wie die neugebauten Häuser und damit die Wohnungen in denselben durch die erhebliche Verteuerung der Ausbaukosten des zu Straßen und Baustellen vorzubereitenden Terrains, durch die umfassenden Anlagen der Kanalisierung, des verbesserten Pflasters und Trottoirs, der Einrichtung von Wasserleitung verteuert werden, steigen auch die Mietspreise der Wohnungen in den alten Häusern, deren Besitzer diese Anlagen auch machen müssen.

So sind es viele Ursachen, welche zu der Verteuerung der Wohnung abgesehen von der Steigerung des Komforts mitwirken, und da

*) Dr. Paasche, „Die Entwickelung der Preise und der Rente des Immobiliarbesitzes zu Halle a/S.“ 1875.

dieselben nicht immer gleichartig dazu beitragen, bei mancher Wohnung die eine mehr als die andere den Preis der Miete steigern, ist es sehr schwer, das Gesamtergebnis in einer Stadt wie Halle richtig in Zahlen auszudrücken.

Wie wir vorhin sahen, ist die Steigerung der Miete verschieden nach der Größe der Wohnung gewesen. Am meisten sind die kleinsten Wohnungen, am wenigsten die größten Wohnungen seit 1851/60 im Preise gestiegen. Und dies ist aus verschiedenen Ursachen in Halle auch sehr natürlich. Die Bevölkerung hat sich daselbst wie in allen großen Städten derartig vermehrt, daß die unteren Bevölkerungsklassen an Kopfzahl am meisten, und so stufenweise abnehmend die oberen Klassen am wenigsten zugenommen haben. Wenn dadurch schon die Nachfrage nach kleineren Wohnungen stärker als diejenige nach größeren sein mußte, so wurde dieselbe noch dadurch erhöht, daß in Halle mehr größere Wohnungen für unsere 2., 3. und 4. Wohlhabenheitsstufe als kleinere für unsere Wohlhabenheitsstufe I gebaut wurden. Diese Handlungsweise der Bauunternehmer wurde uns von einem derselben durch folgendes Beispiel erklärt. Baut jetzt jemand ein Haus mit 3 Stockwerken, jedes zu 9 Wohnräumen, so wird er das Stockwerk sehr leicht durchschnittlich zu 750 Mk. vermieten können. Macht er aber aus jedem Stockwerk 3 Wohnungen mit 3 Pièცen, so wird er für jede Wohnung durchschnittlich nicht mehr als 180 Mk. oder für das Stockwerk 540 Mk. Miete bekommen. Es ist eben vorteilhafter, Häuser mit größeren Wohnungen, als mit kleineren zu bauen, da der Erwerb des Bodens, sowie die Arbeitslöhne und Baumaterialien gleich hoch zu stehen kommen.

Es ist also nicht zu leugnen, daß die ärmere Klasse durch die Verteuerung der Miete mehr betroffen wird, als die übrigen, aber wir werden sehen, daß dies auch mit das einzige Bedürfnis ist, welches sich für unsere Wohlhabenheitsstufe I am meisten verteuert hat.

Wenn wir die in obiger Tabelle gewonnenen Resultate auf unsere Budgets beziehen, um die in den vier Wohlhabenheitsstufen in den fünf Zeitabschnitten bezahlten Mietspreise zu berechnen, so erhalten wir folgende Resultate:

NB. Die diesbezügliche Tabelle siehe folgende Seite oben.

Die übrigen Ausgaben für die Wohnung nehmen in Wohlhabenheitsstufe I nur einen sehr geringen Teil des Ausgabebudgets in Anspruch, so daß diesbezügliche Preisgestaltungen dieselbe auch nur wenig berühren werden.

Tabelle XXXVI.

Es wurde bezahlt an Miete	In Wohlhabenheitsstufe:			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
1851—60	55,88	257,15	468,75	1800,00
1861—70	74,22	316,20	543,80	2088,00
1871—75	93,05	362,60	581,25	2196,00
1876—80	101,36	406,30	703,15	2600,00
1881—85	121,30	450,00	750,00	2700,00

Die Möbel gleicher Beschaffenheit etc. zur Ausstattung der Wohnräume sind mit Ausnahme einer Steigerung in der Gründerzeit durchschnittlich im Preise sich gleich geblieben, ohne Unterschied der Qualitäten voneinander. Anders verhält es sich mit den Küchengeräten. Dieselben stiegen in den 70er Jahren bedeutend im Preise, erreichten den Höhepunkt in dem Jahre 1873, um dann aber in dem letzten Jahrzehnt in dem Maße zu fallen, daß sie jetzt billiger sind als in den 50er und 60er Jahren. In Zahlen ausgedrückt ist die Entwickelung der Preise der Küchengeräte ungefähr folgende gewesen. Kosteten die Küchengeräte im Jahre 1851/60 im Durchschnitt 100, so kosteten dieselben:

1861—70	1871—75	1876—80	1881—85
90	130	100	75

Die Preise der Küchengeräte wären noch mehr gefallen, wenn jetzt nicht eine Konvention der Eisenblechindustriellen bestände, die auch gehalten wird, nach der der Preis des Eisenblechs auf einen bestimmten Preis festgesetzt wird.

Die Kosten für Reparaturen sind natürlich mindestens in demselben Maße gestiegen, wie die Arbeitslöhne der betreffenden Handwerker, welche im Durchschnitt sich verhalten wie

1851—60		1861—70		1871—75		1876—80		1881—85
100	:	120	:	175	:	180	:	180

Wenn wir diese Betrachtungen, die natürlich nur sehr allgemeiner Natur und daher auch nur im allgemeinen zutreffend sind und sein können, verwerten, um die diesbezüglichen Ausgaben in unseren vier Budgets für die von uns zusammengefaßten Zeiträume zu berechnen, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Es wurde ausgegeben

Tabelle XXXVII.

1851—60 für	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
Anschaffungen z. Ausstattung der Zimmer	—	10,00	200,00	600,00
Anschaffungen z. Ausstattung der Küche etc.	13,30	43,15	218,65	533,00
Reparaturen	4,90	33,65	66,90	200,00
Summa	18,20	86,80	485,55	1333,80

1861—70 für	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
Anschaffungen z. Ausstattung der Zimmer	—	10,00	200,00	600,00
Anschaffungen z. Ausstattung der Küche etc.	12,00	38,80	196,80	480,00
Reparaturen	5,85	40,15	80,15	120,00
Summa	17,85	88,95	476,95	1200,00

1871—75 für	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
Anschaffungen z. Ausstattung der Zimmer	—	12,00	240,00	720,00
Anschaffungen z. Ausstattung der Küche etc.	17,30	56,10	284,30	693,30
Reparaturen	8,60	58,80	117,15	350,00
Summa	25,90	126,90	641,45	1763,30

1876—80 für	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
Anschaffungen z. Ausstattung der Zimmer	—	10,00	200,00	600,00
Anschaffungen z. Ausstattung der Küche etc.	13,30	43,15	218,65	533,65
Reparaturen	8,85	60,50	120,47	360,00
Summa	22,15	113,65	529,12	1493,65

Fassen wir alle Ausgaben für Wohnung außer Miete zusammen, so erhalten wir folgende Tabelle:

Es wurde ausgegeben für obige Bedürfnisse:

Tabelle XXXVIII.

In den Jahren	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
1851—60	18,20	86,80	485,55	1333,30
1861—70	17,85	88,95	476,95	1200,00
1871—75	25,90	126,90	641,45	1763,30
1876—80	22,15	113,65	539,12	1493,65
1881—85	18,85	102,85	484,47	1360,00

Setzen wir die Ausgaben in den Jahren 1851—60 = 100, so haben sich die Ausgaben für obige Bedürfnisse (bei Annahme gleicher Befriedigung derselben in den früheren Jahresabschnitten) verteuert:

Tabelle XXXIX.

	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. um	II. um	III. um	IV. um
	%	%	%	%
1861—70	— 2	+ 2	— 2	—10
1871—75	+42	+46	+32	+33
1876—80	+22	+31	+11	+12
1881—85	+ 4	+18	—	+ 2

Absolut am ungünstigsten wird also Wohlhabenheitsstufe II getroffen, aber auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben ist dies beinahe der Fall, denn es wurde für obige Bedürfnisse in Wohlhabenheitsstufe

I.	II.	III.	IV.
1,8 %	3,38 %	6,1 %	7,5 %

des Ausgabebudgets ausgegeben und es verhält sich der Grad der Verteuerung von 1851/60—1881/85 für die vier Wohlhabenheitsstufen wie

Wohlhabenheitsstufe I.		II.		III.		IV.
7,2	:	61,2	:	0	:	90,0

Endlich möge noch eine Zusammenfassung der gesamten Ausgaben für Wohnung für jede Wohlhabenheitsstufe in den fünf Zeitabschnitten folgen.

Es wurde für Wohnung ausgegeben:

Tabelle XXXX.

In den Jahren	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
1851—60	73,58	343,95	954,30	3133,30
1861—70	92,07	405,15	1020,75	3288,00
1871—75	118,95	489,50	1222,70	3959,30
1876—80	123,51	519,95	1242,12	4093,65
1881—85	140,15	552,85	1234,47	4060,00

und es hat sich die Wohnung verteuert

seit 1851/60 um	%	%	%	%
1861—70	25	16	7	5
1871—75	61	42	28	26
1876—80	68	50	30	31
1881—85	90	61	29	30
seit 1871/75 um	%	%	%	%
1876—80	4	6	2	3
1881—85	18	13	1	2

Wie vorauszusehen, hat sich absolut die gesamte Wohnung für Wohlhabenheitsstufe I am meisten, für Wohlhabenheitsstufe II am zweitmeisten, sowohl von 1851/60—1881/85, als auch von 1871/75—1881/85 verteuert. Wenn wir berücksichtigen, einen wie großen Teil der Gesamtausgaben in jeder Wohlhabenheitsstufe diese Preissteigerung der Wohnung trifft, so ergiebt sich, da in Wohlhabenheitsstufe

I.	II.	III.	IV.
13,4 %	18,1 %	15,5 %	22,3 %

der Gesamtausgaben die Wohnung fortnimmt, daß Wohlhabenheitsstufe I zwar am härtesten von der Verteuerung, Wohlhabenheitsstufe II aber nur unbedeutend weniger hart getroffen wird, während Wohlhabenheitsstufe III am günstigsten in dieser Beziehung gestellt ist.

D. Heizung und Beleuchtung.

Die Veränderungen in den zur Erleuchtung und Heizung benutzten Materialien innerhalb der Jahre 1851/85 sind so große und daher das uns zu Gebote stehende Material ein so unvollkommenes, daß wir, ähnlich wie bei der Kleidung, nur zu allgemeinen Schlüssen bezüglich der Preisgestaltung dieser Bedürfnisse berechtigt sind. Nach den auf dem Rathause zu Halle geführten amtlichen Marktlisten und nach den Rechnungen des Waisenhauses haben gekostet:

Tabelle XXXXI.

	1851/60 Mark	1861/70 Mark	1871/75 Mark	1876/80 Mark	1881/85 Mark
1 kbm hartes Holz	8,40	8,62	11,12	14,00	13,00
1 „ weiches „	7,80	7,64	9,80	11,10	10,64
1000 St. Braunkohlensteine	14,00			15,50	15,00
1000 „ Preßkohlensteine				19,00	16,00
1 Kilo raffiniertes Rüböl	0,92	1,17	0,85	0,85	0,80
1 „ Solaröl			0,28	0,25	0,24
1 „ Petroleum				0,35	0,30
1 „ Talglichte	1,35	1,40	1,40	1,40	1,33
1 „ Stearinlichte		1,90	1,95	1,93	1,90

Das Holz, welches noch in den fünfziger Jahren viel gebrannt wurde, wird in der Neuzeit nur noch zum Anfachen des Feuers verwandt. An Stelle der Braunkohlensteine sind fast allgemein die Preßkohlensteine getreten, die zwar teurer sind, aber viel mehr Heizkraft besitzen. Das raffinierte Rüböl wie die Talglichte werden in neuerer Zeit fast gar nicht mehr gebrannt. An ihre Stelle sind das bedeutend billigere und mehr Leuchtkraft besitzende Solaröl und Petroleum, sowie die Stearinlichte getreten, die zwar teurer als die Talglichte, jedoch wegen ihrer besseren Konsistenz vorteilhafter sind.

Aus diesen wenigen Worten ergiebt sich zur Genüge die Unmöglichkeit, sowohl die Preisgestaltung der Heizung und Beleuchtung für die einzelnen Perioden bei Annahme gleichen Brennmaterials nach Quantität und Qualität, als ohne diese Annahme festzustellen. Aber es ist ersichtlich, daß im allgemeinen, also auch für alle Bevölkerungsklassen die Heizung und Beleuchtung immer billiger geworden sind. Von dieser Verbilligung werden unsere 4 Wohlhabenheitsstufen je nach dem Prozentsatz profitieren, welchen diese Ausgaben in Anspruch

nehmen, also am meisten wieder Wohlhabenheitsstufe I, welche 5,7 % dafür ausgiebt, während die übrigen 3,01 resp. 3,0 und 2,6 % ihrer Budgets darauf verwenden.

E. Reinigung.

Die Preisgestaltung folgender Reinigungsmaterialien steht uns aus den im vorigen Kapitel genannten Quellen zu Gebote.

Es hat gekostet:

Tabelle XXXXII.

	1851/60 Mark	1861/70 Mark	1871/75 Mark	1876/80 Mark	1881/85 Mark
1 Kilo weiße Seife	1,08	1,10	0,96	0,90	0,78
1 „ grüne Seife	0,60		0,60	0,63	0,57
1 Kleiderbürste	0,40	0,46	0,58	0,50	0,50
1 Schuhbürste	0,28	0,35	0,50		
1 Dutzend weiße Hornkämme	2,68	3,00	3,70	3,00	2,75
1 enger Staubkamm	0,76	0,78	0,69		
Lohn der Waschfrau pro Tag	1,00	1,00	1,25	1,25	1,50

Wie wir sehen, fehlt uns die Preisentwicklung von Soda, Waschblau und vielen anderen zur Reinlichkeit des Menschen und seiner Umgebung nötigen Substanzen, von denen wir annehmen können, daß sie derjenigen der Seife im großen und ganzen gefolgt sind, weiter der kalten und warmen Bäder, der Taxen der Barbiere, die in Halle im Laufe der Jahre bedeutend gestiegen sind. Bezüglich der kalten und warmen Bäder kann man annehmen, daß die dafür gezahlten Preise sich verhalten wie

1851/60	1861/70	1871/75	1876/80	1881/85
100 :	100 :	150 :	200 :	200

Aehnlich verhält es sich mit den Taxen der Barbiere und Friseure.

Die Einwirkung dieser Preisveränderung auf unsere vier Wohlhabenheitsstufen mußte nun eine verschiedene sein, und zwar tritt auch hier wieder Wohlhabenheitsstufe I in Gegensatz zu den übrigen Wohlhabenheitsstufen. Sie kann durch dieselbe nur profitiert haben. Von der Preisgestaltung obiger Reinigungsmittel und Dienstleistungen kommt für sie hauptsächlich die Verbilligung der Seife etc. und die Verteuerung der Barbiertaxen in Betracht. Der Verbrauch an Seife etc. überwiegt aber so bedeutend die an den Barbier gezahlte Summe, daß eine Ver-

billigung der Reinigung für die unteren Bevölkerungsklassen sicher anzunehmen ist. Anders ist es mit den drei übrigen Wohlhabenheitsstufen. Bei denen kommen außer den Ausgaben für die vorgenannten Bedürfnisse noch die Ausgaben für die Waschfrau, Plätterin etc., für Bäder in Betracht, die gestiegen sind, so daß die Verbilligung der Seife und anderer Reinigungsmittel nicht nur durch die Verteuerung der Dienstleistungen aufgehoben wird, sondern das Bedürfnis der Reinigung sich mit der Zeit noch verteuert hat. In einer folgenden Tabelle wollen wir nach den Erfahrungen, die wir bei Erhebung der Budgets über die Höhe der einzelnen Ausgaben in den vier Wohlhabenheitsstufen gemacht haben, und nach den obigen Resultaten die Ausgabebudgets unserer Familien für Reinigung in den fünf Jahresperioden zusammenstellen. Natürlich kann dieselbe auch nur auf sehr allgemeine Richtigkeit Anspruch machen.

Es wurde ausgegeben für Reinigung:

Tabelle XXXXIII.

In	Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
1851—60	27,60	58,30	159,85	515,90
1861—70	27,80	58,80	160,35	516,80
1871—75	26,10	67,40	187,80	604,20
1876—80	25,90	72,90	209,85	614,40
1881—85	23,15	75,00	211,43	675,00

und es sind die Ausgaben gegenüber denjenigen der Jahre 1851/60 gefallen resp. gestiegen:

Tabelle XXXXIV.

	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. um	II. um	III. um	IV. um
	%	%	%	%
1861—70	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1
1871—75	— 5	+16	+18	+16
1876—80	— 7	+25	+31	+19
1881—85	—16	+28	+32	+31

Diese Tabellen bestätigen unsere Voraussetzung, daß das Bedürfnis für Wohlhabenheitsstufe I in den $3^1/_2$ Jahrzehnten immer billiger, für

die drei anderen Wohlhabenheitsstufen immer teurer geworden ist. Da in Wohlhabenheitsstufe

II.	III.	IV.
2,5 %	2,7 %	3,7 %

des Ausgabebudgets für Reinigung ausgegeben worden, so ist am meisten Wohlhabenheitsstufe IV zu ihren Ungunsten betroffen worden.

F. Gesundheitspflege.

Die Natur dieses Bedürfnisses verbietet von selbst, mit Genauigkeit seine Verteuerung oder Verbilligung für die einzelnen Stände festzustellen. Zu den Ausgaben für Gesundheitspflege gehören diejenigen für Medizin, ärztlichen Rat, Badekuren und Badereisen.

Die Medizin ist billiger geworden.

Die ärztlichen Honorare sind in Halle im allgemeinen während der Jahrzehnte nur sehr wenig gestiegen, hauptsächlich nur die Akkordhonorare für die Hausärzte der wohlhabenden Familien, welche von 30 Mk. in den 50er Jahren auf 75—100 Mk. seit 1871 gestiegen sind. Daß Badekuren und Reisen in dieser Zeit immer kostspieliger geworden, ergiebt sich schon allein aus dem Umstand, daß das Leben eben viel teurer geworden ist, ihre Steigerung entzieht sich aber vollständig einer ziffermäßigen Feststellung. Aus diesen wenigen Worten ergiebt sich, daß die Ausgaben für Gesundheitspflege für Wohlhabenheitsstufe I und II wenigstens sich nicht erhöht, wohl aber, daß dies für Wohlhabenheitsstufe III und IV der Fall ist. Übrigens werden die Angehörigen der unteren Klassen, sofern sie den Bedürftigkeitsnachweis beibringen, in der Kgl. Klinik in Halle ohne Entgelt behandelt.

G. Vorsorge und Fürsorge.

Eine Veränderung der Ausgaben für Versicherung ist nur für die Wohlhabenheitsstufe I mit Sicherheit zu konstatieren, und zwar haben sich dieselben in der letzten Zeitperiode speziell für die Arbeiter nicht unwesentlich erhöht, nämlich durch das Gesetz betr. die Krankenversicherung vom 15. Juni 1883.

Zwar war es durch die preußische Gewerbeordnung von 1845, die Novelle von 1849 und das Gesetz vom 3. April 1854 den Gemeinden freigestellt, resp. dieselben verpflichtet, alle am Ort ansässigen

Arbeiter zum Beitritt der bestehenden Kassen zu zwingen. Durch das Reichsgesetz vom 7. und 8. April 1876 blieb zwar der landesgesetzliche Kassenzwang aufrecht erhalten, es wurde aber den danach Verpflichteten überlassen, entweder einer offiziellen oder einer freien Kasse anzugehören. Erstere verloren somit den Charakter von Zwangskassen, und das Zwangskassensystem wurde dadurch illusorisch, daß es an allen Normativbestimmungen und jeder Kontrole der Kassen fehlte. Diese Mängel beseitigte das Gesetz von 1883, durch welches alle Personen, welche gegen Kost, Gehalt oder Lohn in einem Gewerbebetrieb beschäftigt sind, versichert sein müssen. Die Beiträge derselben betragen je nach der Krankenkasse, der sie angehören, $1^{1}/_{2}$—3 % des ortsüblichen Tagelohns, wofür ihnen aber auch im Falle der Erkrankung mindestens freie Arznei, ärztliche Behandlung, sowie Brillen etc. und ein Teil des Lohns gewährt wird.

H. Erziehung und Unterricht.

Zu den Ausgaben für dieses Bedürfnis gehören diejenigen für Schulgeld, Musikunterricht, Zeitungen, Bücher und Schreibmaterialien. Es ist uns durch die Güte der Expedition der Franckeschen Stiftungen in Halle wie des Herrn Schulrat Krähe daselbst gelungen, die Schulgeldsätze auf allen Schulen obiger Anstalt sowie auf den städtischen Elementarschulen seit 1851 zu erhalten, welche wir hier wiedergeben:

NB. Die diesbezügliche Tabelle siehe folgende Seite oben.

An den städtischen Elementarschulen, d. h. der seit 1. April 1836 bestehenden Bürgerschule und der seit 1. April 1862 errichteten Volksschule, welche letztere bei ihrer Errichtung die bis dahin bestandene sog. Frei- oder Armenschule aufnahm, sind folgende Schulgeldsätze zur Erhebung gelangt:

Tabelle XXXXV[b].

a) Bei der Bürgerschule.

Zeitraum	Betrag	Klassen	Bemerkung
1836—1855:	6 Mark	in den Unterklassen	für jedes Kind, neben 1 Mk. Holzgeld und bei den Mädchen für den fakultativen Strickunterricht 6 Mk. Strickstundengeld.
„	9 „	„ „ Oberklassen	
1855—1861:	12 „	in allen Klassen für ein Kind	gegen Fortfall des Holz- und Strickgeldes.
„	18 „	„ „ 2 u. mehr Kinder einer Familie	

Tabelle XXXXVa.

Es betrug das Schulgeld auf:

der Latina

in den Jahren	in Klasse	Mark
1851—62	allen Kl.	48
1863—68	I. und II.	60
„	III. und IV.	54
„	V. und VI.	48
1869—74	I. und II.	72
„	III. und IV.	60
„	V. und VI.	48
1875—85	I.—III.	84
„	IV.—VI.	72
1885—87	allen Kl.	90
von 1887 2. Quartal ab in allen Klassen		100

der Bürgerschule

in den Jahren	in Klasse	Mark
1856	allen Kl.	18
1857—65	I.—VI.	24
„	VII.—VIII.	18
1866—68	I.—VI.	30
„	VII.—VIII.	24
1869—87	I.—VI.	36
„	VII.—VIII.	30

dem Realgymnasium

in den Jahren	in Klasse	Mark
1851—53	allen Kl.	48
1854—56	I—V.	48
„	VI.	36
1857—62	I.—II.	60
„	III.—V.	48
„	VI.	36
1863—71	I—II.	72
„	III.—V.	60
„	VI.	48
1872—74	I.—III.	72
„	IV.—VI.	60
1875—80	I.—III.	84
„	IV.—VI.	72
1881—87	I.—III.	90
„	IV.—VI.	84
von 1887 2. Quartal ab in allen Klassen		100

d. höheren Töchterschule

in den Jahren	in Klasse	Mark
1851—56	I.—III.	45
„	IV.—V.	42
„	VI.—VII.	39
1857—65	I.—III.	54
„	IV.—V.	48
„	VI.—VII.	42
1866—68	I.—IV.	60
„	V.—VI.	54
„	VII.—VIII.	48
1869—74	I.—IV.	72
„	V.—VI.	60
„	VII.—VIII.	48
1875—80	I.—IV.	84
„	V.—VI.	72
„	VII.—VIII.	60
1881—87	I.—IV.	96
„	V.—VI.	84
„	VII.—VIII.	72

der Vorschule

in den Jahren	in Klasse	Mark	in den Jahren	in Klasse	Mark
1851—56	allen Kl.	36	1866—74	allen Kl.	48
1857—65	„	42	1875—87	„	60

1861—1862: 12 Mark in allen Klassen für ein Kind.
„ 24 „ „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
1862—1874: 18 „ „ für ein Kind.
„ 36 „ „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
1874—1885: 30 „ „ für ein Kind.
„ 60 „ „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
„ 36 „ „ für jedes auswärtige Kind.

Vom 1. April 1885 ab von Hiesigen, von Auswärtigen.

von Hiesigen	von Auswärtigen
30 Mark für das Kind,	45 Mark für das Kind.
24 „ für das 2. Kind,	36 „ für das 2. Kind.
12 „ für das 3. Kind,	18 „ für das 3. Kind.

Für das vierte und jedes weitere Kind nichts.

b) Bei der Volksschule:

1862—1864: 6 Mark für ein Kind.
„ 9 „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
1864—1874: 12 Mark für ein Kind.
„ 18 „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
1874—1885: 18 „ für ein Kind.
„ 36 „ für 2 und mehr Kinder einer Familie.
Von 1885 ab: 18 „ für das erste Kind.
„ 12 „ für das zweite „
„ 6 „ für das dritte „
Für das vierte und jedes weitere Kind nichts.

Hiernach betrugen die durchschnittlichen Schulgeldsätze aller Klassen

Tabelle XXXXVI[a].

In den Jahren	In den Franckeschen Stiftungen. auf der Latina Mark	auf dem Realgymnasium Mark	auf den Vorschulen zu beiden Anstalten Mark	auf der Höheren Töchterschule Mark	Auf den städtischen Schulen. auf der Knaben- u. Mädchen-Bürgerschule Mark	auf den Bürgerschulen Knaben- Mark	auf den Bürgerschulen Mädchen- Mark	auf den Volksschulen Mark
1851—60	48	46	39	42	21	10,25	10,25	
1861—70	54	60	45	51	24	12,00	12,00	9
1871—75	60	66	48	60	33	15,00	15,00	12
1876—80	78	78	60	72	33	18,00	18,00	18
1881—85	78	87	60	84	33	18,00	18,00	18

und es hat sich das Schulgeld gegen 1851—60 in allen Schulen verteuert um

Tabelle XXXXVI[b].

	%	%	%	%	%	%	%	%
1861—70	13,0	30	16	21	14	17	— 9	
1871—75	25,0	43	23	43	57	46	+13	33
1876—80	62,5	76	54	71	57	75	36	100
1881—85	62,5	90	54	100	57	75	36	100
gegen 1871/75 um:	%	%	%	%		%	%	%
1876—80	30	20	25	20	—	20	20	50
1881—85	30	32	25	40	—	20	20	50

Daraus ist ersichtlich, daß die Schulgeldsätze an der Volksschule, also an derjenigen Schule, welche die Kinder der Familien in der Wohlhabenheitsstufe I besuchen, am meisten gestiegen sind. Diese Thatsache wird aber zu gunsten der Wohlhabenheitsstufe I durch den Umstand geändert, daß sowohl auf den städtischen Volksschulen Kinder, deren Eltern das testimonium paupertatis beibringen oder eine starke Familie haben oder in sonstigen ungünstigen Verhältnissen sich befinden, kein Schulgeld zu zahlen brauchen, als auch auf den Franckeschen Stiftungen Freischulen existieren, deren Schulkinder auch kein Schulgeld bezahlen. Es werden aber nur Kinder aufgenommen, deren Eltern außer obigen Zeugnissen auch dasjenige der Frömmigkeit vom

Geistlichen ausgestellt wird. So bezahlt der Schneider, dessen Budget mit in unserer Wohlhabenheitsstufe I enthalten ist, kein Schulgeld, weil er eine starke Familie hat, er ist also von der Verteuerung des Schulgeldes gar nicht betroffen worden. Man kann also auch gar nicht bestimmt sagen, wie die Verteuerung des Schulgeldes auf Wohlhabenheitsstufe I gewirkt hat. Aus obiger Tabelle steht aber die Verteuerung des Schulgeldes von Periode zu Periode für Wohlhabenheitsstufe II, III und IV fest, nur daß das Schulgeld auf einigen höheren Schulen in dem letzten Jahrzehnt sich gleich geblieben ist. Am meisten ist durch das Steigen desselben die Wohlhabenheitsstufe II betroffen worden, da in Wohlhabenheitsstufe

II.	III.	IV.
8,9 %	3 %	1,4 %

der Gesamtausgaben für Schulgeld ausgegeben wurde.

Die Preisgestaltung der Schulutensilien und -Bücher, der Zeitungen und wissenschaftlichen Werke, welche auch sehr schwierig festzustellen sein würde, wird die Wohlhabenheitsstufen je nach der Höhe des relativen Verbrauchs derselben berührt haben.

Was endlich den Musikunterricht betrifft, so ist es ebenfalls schwer festzustellen, wie hoch die dafür gezahlten Honorare in den fünf Jahresabschnitten waren, da dasselbe meistenteils durch Vereinbarungen zwischen den beiden beteiligten Parteien festgesetzt wird. Im allgemeinen ist aber anzunehmen, daß das Honorar längst nicht in dem Maße wie die Schulgeldsätze gestiegen ist.

Wenn wir also nach dem Gesagten davon absehen müssen, die prozentige Verteuerung dieses Bedürfnisses seit 1851/60 für die vier Wohlhabenheitsstufen festzusetzen, so ist doch bestimmt anzunehmen, daß es sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verteuert hat, und daß damit die Ausgaben für Unterricht etc. ungefähr in dem Maße für jede Wohlhabenheitsstufe gestiegen sind, als diese Ausgaben an den Gesamtausgaben partizipieren, also am meisten für Wohlhabenheitsstufe II, am wenigsten für Wohlhabenheitsstufe I.

I. Abgaben.

Dieselben umfassen für das Haushaltungsbudget in der Hauptsache die Staats- und Kommunalsteuern.

Die Staatssteuern sind seit den 50er Jahren nicht gestiegen. Im Gegenteil wurden durch das Gesetz vom 25. Mai 1873 die Personen

mit Einkommen von unter 420 Mk., durch das Gesetz vom 26. März 1883 die zwei untersten Stufen der Klassensteuer mit einem Einkommen bis ca. 900 Mk. von der Klassensteuer befreit und den übrigen zehn Klassensteuerstufen die Steuer für drei Monate erlassen. Nach demselben Gesetze blieben auch bei der ersten Stufe der klassifizierten Einkommensteuer zwei Monatsraten und bei der zweiten Stufe eine Monatsrate außer Hebung. Von diesem Erlaß haben also nur unsere beiden Wohlhabenheitsstufen I und II profitiert.

Dafür sind in Halle die Kommunalsteuern gewachsen. Im Jahre 1866 wurde in Halle eine Wassersteuer eingeführt, die 1872 in die Mietssteuer überging. Dieselbe beträgt für den Mieter 5 % von dem Mietswerte der bezahlten Räume. Ihre Wirkung auf die vier Wohlhabenheitsstufen während der letzten zwei Jahrzehnte entspricht natürlich dem Prozentsatz, welchen die Wohnungsmiete von den Gesamtausgaben fortnimmt, und der Steigerung der Wohnungsmiete in jeder Wohlhabenheitsstufe.

Es wurde Mietssteuer gegeben:

Tabelle XXXXVII.

	In Wohlhabenheitsstufe			
	I. Mark	II. Mark	III. Mark	IV. Mark
1866—70	3,71	15,81	27,19	104,40
1871—75	4,65	18,13	29,06	109,88
1876—80	5,07	20,82	35,15	130,00
1881—85	6,06	22,50	37,50	135,00

und dieselbe ist gestiegen gegen 1866/70 um

	%	%	%	%
1871—75	25	17	7	5
1876—80	37	29	29	24
1881—85	63	42	38	29

Da aber in Wohlhabenheitsstufe

I.	II.	III.	IV.
11,6 %	14,7 %	9,4 %	14,8 %

der Gesamtausgaben für Wohnungsmiete ausgegeben wurden, so sind die vier Wohlhabenheitsstufen seit 1866/70—1881/85 in dem Maße von der Mietssteuer getroffen worden, als sich die Zahlen 73 : 62 : 36 : 42 verhalten, also am meisten Wohlhabenheitsstufe I, nicht viel weniger Wohlhabenheitsstufe II.

Von den Personen, deren Budgets in der Wohlhabenheitsstufe I zusammengefaßt sind, bezahlte der Schneider infolge des erwähnten Steuererlasses von 1883 keine Klassensteuer, wegen großer Kinderzahl auch keinen Kommunalsteuerzuschlag, der Maler nur Kommunalsteuerzuschlag zur 2. Klassensteuerstufe, der Weichensteller Klassensteuer in der 3. Stufe und Kommunalsteuerzuschlag, so daß einer Steuerabnahme von durchschnittlich 4,75 Mk. durch den Steuererlaß im Jahre 1883 eine Steuerzunahme durch die Mietssteuer von 1866/70 bis 1881/85 um 2,35 Mk. gegenübersteht, also die direkten Steuern in unserer Wohlhabenheitsstufe I jetzt gegen 1866/70 um 2,40 Mk. geringer sind.

In der Wohlbabenheitsstufe II (Klassensteuerstufe VI) haben die Staatssteuern durch den bekannten Erlaß um 6 Mk. seit 1883 abgenommen, die Mietssteuer ist um 6,69 Mk. seit 1866/70 gestiegen, so daß die Familie der Wohlhabenheitsstufe II jetzt nur 0,69 Mk. p. a. mehr direkte Steuern bezahlt, als 1866/70. Die Wohlhabenheitsstufen III und IV sind von dem Steuererlaß von 1883 nicht berührt worden.

Die Wirkung der Erhöhung der indirekten Steuern auf die vier Wohlhabenheitsstufen ist schon bei der Berechnung der Nahrungsverteuerung mit zum Ausdruck gekommen.

K. Persönliche Dienstleistungen.

Dieses Bedürfnis haben nur die 3 letzten Wohlhabenheitsstufen, sie werden allein von einer Verteuerung derselben getroffen, welche nicht unbedeutend gewesen ist. So wurde in Halle einem Dienstmädchen

1851—60	72 Mark
1861—70	78—84 Mark
1871—75	90 Mark
1876—85	90—120 Mark

Lohn gegeben. Es hat sich also der Lohn seit 1850/60 gesteigert, während

1861—70	um 12 %
1871—75	„ 26 „
1876—85	„ 46 „

Der Lohn der Aufwartungen ist nicht in dem Maße, derjenige der Köchinnen, Lohndiener etc. aber noch mehr gestiegen, so daß wir annehmen können, daß folgende Löhne in den drei Wohlhabenheitsstufen während der 35 Jahre durchschnittlich gezahlt worden sind:

Tabelle XXXXVIII[a].

	In Wohlhabenheitsstufe		
	II.	III.	IV.
	Mark	Mark	Mark
1851—60	54,08	72,00	657,15
1861—70	60,60	81,00	722,90
1871—75	64,90	90,00	985,70
1876—85	73,00	120,09	1150,00

und es hat sich der Lohn verteuert gegen 1851/60

Tabelle XXXXVIII[b].

	In Wohlhabenheitsstufe		
	II.	III.	IV.
um:	%	%	%
1861—70	12	12	10
1871—75	20	26	50
1876—85	35	66	75

Da der Lohn in Wohlhabenheitsstufe

II.	III.	IV.
2,4 %	1,5 %	6,3 %

der Gesamtausgaben beträgt, so sind die drei Wohlhabenheitsstufen seit 1850/60 bis 1876/85 in dem Maße von der Erhöhung des Lohns betroffen worden, als sich die Zahlen 84 : 99 : 472 verhalten, also am meisten Wohlhabenheitsstufe IV. Außerdem sind noch die Wohlhabenheitsstufen III und IV entsprechend ihren Nahrungsausgaben für Dienstboten von der Verteuerung der Nahrung berührt worden.

L. Vergnügen und Diverses.

Bezüglich der Ausgaben für diese Bedürfnisse fehlt uns jeder zahlenmäßige Anhalt zur Beurteilung ihrer absoluten Preisgestaltung wie der Einwirkung derselben auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung. Daß Vergnügungen jetzt mehr kosten, daß z. B. der Besuch von Theater, Konzerten, Bällen, daß Vergnügungsreisen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt teurer geworden, wird niemand leugnen. Daß weiter z. B. die Droschkentarife gestiegen sind, das Trinkgeldunwesen

von Jahr zu Jahr mehr überhand nimmt, ist auch nicht zu bestreiten. Um wieviel dies aber überhaupt geschehen, und um wie viel es in den vier Wohlhabenheitsstufen zur Verteuerung des Lebens beigetragen, wer wollte dies feststellen? Daher können wir nur behaupten, daß die diversen Ausgaben und diejenigen für Vergnügen gewachsen und annehmen, daß die vier Wohlhabenheitsstufen gemäß der Höhe ihrer prozentigen Ausgaben für diese Bedürfnisse darunter zu leiden gehabt haben.

Letztere betrug in Wohlhabenheitsstufe

I.	II.	III.	IV.
3,1 %	8,79 %	15,2 %	8,2 %

der Gesamtausgaben.

Wenn es auch, wie aus unseren Ausführungen genügend ersichtlich, uns nicht möglich war und sein konnte, zahlenmäßig festzustellen, wie hoch die gesamte Lebensverteuerung nur durch Preissteigerung für unsere vier Wohlhabenheitsstufen seit 1851/60 bis jetzt ist, so haben wir doch wenigstens für einige Bedürfnisse diese Verteuerung in Zahlen angeben, für die übrigen allgemeine diesbezügliche Erörterungen machen können, und sei in den beiden folgenden Tabellen der Versuch gemacht, die gewonnenen Resultate übersichtlich zusammenzustellen. Die erste Tabelle enthält die absolute, die zweite die relative Preisentwicklung unserer Bedürfniskategorien von 1851/60—1881/85.

NB. Die diesbezüglichen Tabellen siehe Seite 146 und 147.

So viel steht gewiß fest, daß das Leben auch bei Stabilität der Ansprüche sich von Anfang der 50er bis Ende der 70er Jahre erheblich verteuert hat, ohne daß man mit Gewißheit sagen könnte, für welche Wohlhabenheitsstufe dies am meisten der Fall ist. Aber man wird nicht irren, wenn man auf unsere Resultate gestützt behauptet, daß durch die fernere Preisgestaltung ein gewisser Gegensatz in den wirtschaftlichen Verhältnissen der unteren gegen den Mittelstand und die oberen Klassen der Bevölkerung entstanden ist.

Der Preisrückgang vieler Konsumtibilien in den letzten Jahren, wie er auch in Halle konstatiert werden konnte, ist der leicht erklärliche Grund dieses Gegensatzes. Während durch diese rückläufige Bewegung der Preise das Budget der arbeitenden Klassen entlastet wurde, da gerade ihre wichtigsten Verbrauchsartikel derselben unterlagen,

Tabelle XXXXIX[a].

	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung u. Beleucht.	Reinigung	Gesund-heitspflege	Versich.	Unterricht	Steuern	Persönl. Dienst-leistungen	Vergnügen und Diverses
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1851—60.											
Wohlhabenheitsstufe I	454,86		73,85		27,60						
„ II	968,30	?	343,95	?	58,30		?			54,08	?
„ III	2014,95		954,30		159,85					333,90	
„ IV	3614,70		3133,30		515,90					1957,95	
1861—70.											
Wohlhabenheitsstufe I	459,88		92,07		27,80				13,25		
„ II	1004,30	?	405,15	?	58,80		?		69,87	60,60	?
„ III	2079,60		1020,75		160,35				443,69	350,80	
„ IV	3628,80		3288,00		516,80				864,40	2064.40	
1871—75.											
Wohlhabenheitsstufe I	566,18		118,95		26,10				14,19		
„ II	1187,10	?	489,50	?	67,40		?		72,19	64,90	?
„ III	2463,25		1222,70		187,80				445,56	409,50	
„ IV	4265,95		3959.80		604,20				869,88	2520,70	
1876—80.											
Wohlhabenheitsstufe I	558,65		123,51		25,90				14,61		
„ II	1217,00	?	519,95	?	72,90		?		74,38	73,00	?
„ III	2524,25		1242,12		209,85				451,65	445,00	
„ IV	4361,85		4093,65		614,40				890,00	2720,00	
1881—85.											
Wohlhabenheitsstufe I	553,85	163,70	140,15	59,70	23,15	22,15	20,80	18,60	10,85		34,70
„ II	1246,00	314,04	552,85	91,70	75,00	30,00	10,00	317,82	70,56	73,00	264,18
„ III	2541,00	863,25	1234,47	238,93	211,43	278,75	250,50	565,46	454,00	450,00	1214,51
„ IV	4442,00	1554,00	4060,00	470,00	675,00	1350,00	915,00	1210,00	895,00	2750,00	2035,00

Tabelle XXXXIXᵇ.

	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung u. Beleuchtung	Reinigung	Gesundheits-pflege	Versicherung	Unterricht	Steuern	Persönliche Dienst-leistungen	Vergnügen und Diverses
1851—60.											
Wohlhabenheitsstufe I	100,0		100,0		100,0						
„ II	100,0	?	100,0	?	100,0		?			100,0	?
„ III	100,0		100,0		100,0					100,0	
„ IV	100,0		100,0		100,0					100,0	
1861—70.											
Wohlhabenheitsstufe I	101,0		125,0		101.0				100,0		
„ II	104,0	?	116,0	?	101,0		?		100,0	112,0	?
„ III	103,0		107,0		101,0				100,0	105,1	
„ IV	100,7		105.0		101.0				100,0	105,4	
1871—75.											
Wohlhabenheitsstufe I	125,0		161,0		95,0				106,7		
„ II	123,0	?	142,0	?	116,0		?		103,4	120,0	?
„ III	122,0		128,0		118,0				100,5	119,6	
„ IV	118,0		126,0		116.0				100,6	128,7	
1876—80.											
Wohlhabenheitsstufe I	122,8		168,0		93.0				109,8		
„ II	125,7	?	150,0	?	125,0		?		106,6	135,0	?
„ III	125,0		130,0		131,0				101,9	130,8	
„ IV	120,7		131,0		119.0				102.9	139.0	
1881—85.											
Wohlhabenheitsstufe I	121,8		190,0		84.0				81.6		
„ II	128,7	?	161,0	?	128,0		?		101,1	135,0	?
„ III	126,0		129,0		132,0				102,4	134.8	
„ IV	123,0		130,0		131,0				103,5	140,0	

wurde die übrige Bevölkerung nur wenig davon berührt, einmal deshalb, weil die sich verbilligenden Produkte einen nur geringen Teil ihres Budgets umfaßten, zweitens, weil andere Verbrauchsgegenstände sich in demselben oder noch höheren Maße verteuerten, was bei den Arbeitern von nur wenigen und außer der Wohnungsmiete nicht so wichtigen Bedürfnissen gesagt werden kann.

Wenn wir auch wegen der Mangelhaftigkeit unseres Materials nicht bestimmt behaupten können, daß das Leben unserer Wohlhabenheitsstufe I seit Ende der 70er Jahre bei Voraussetzung gleicher Ansprüche billiger geworden ist, so glauben wir dies eher als das Gegenteil annehmen zu müssen, während die Ausgaben für die übrigen drei Wohlhabenheitsstufen sich ohne Zweifel noch gesteigert haben. Auf jeden Fall sind, abgesehen von der Stabilität der Löhne, durch die Preisentwickelung der letzten Jahre die unteren Klassen am günstigsten, am ungünstigsten aber der sog. gute Mittelstand in Halle gestellt worden. Wenn also irgend eine Bevölkerungsklasse in Halle Grund zu klagen hat, so ist es nicht die der Arbeiter, sondern diese.

Hoffen wir, daß die Erkenntnis dieser Sachlage, unterstützt durch ähnliche Untersuchungen, dazu beitrage, die Mißgunst der unteren Volksschichten gegen die oberen zu mildern und die diesbezüglichen Lehren der Sozialdemokratie zu entkräften und auf ihren wahren Wert als Agitationsmittel zurückzuführen.

Ausgabebudgets.

(Prof. Dr. A. v. Lengerke, „Die ländliche Arbeiterfrage". Berlin, 1849.)

Wahrscheinlicher Mittelsatz des auskömmlichen Unterhaltsbedarfs einer ländlichen Arbeiterfamilie von 5 Personen in den Königl. Preuſs. Staaten.

Regierungbsezirke.	Wohnung	Feuerung, Erleuchtung	Nahrung (reichlich)	Kleider	Viehfuttermittel	Unterhalt der Werkzeuge	Salz, Gewürze	Abgaben an Staat etc.	Summa
	Thaler								
Königsberg . . .	8	7	60	20	8	4	4	2	113
Gumbinnen . . .	4	5	35	10	9	2	4	2	71
Danzig	7	6	55	14	11	2	3	3	101
Marienwerder . .	8	8	48	18	13 reichl.	3	5	2	105
Provinz Posen . .	7½	8	40⅝	23½	8⅝	5	4½	2⅛	100
Potsdam	8	8	90	33	bei Nahrung	3	2	4	148
Frankfurt	8	8	80⅜	20	„	6	2½	5	130
Stettin	9	11½	60	25	16	4	2½	4	132
Köslin	11	7	50	20	16	2	4	3	113
Stralsund	9	10	83	20	10	3	3	4	142
Breslau	5	6½	53	16	7	2½	3	3	96
Oppeln	5	8	50	17	8	3	3	2	96
Liegnitz	5	9	58	18	7½	3½	2	4	107
Magdeburg . . .	8	11	63	12	3½	2½	2	4	106
Merseburg . . .	9	7	62	15	5	3	2	4	107
Erfurt	10	11	58	11	6	3	2½	7 (etc.)	108
Münster	7	10	80	16	bei Nahrung	4	2½	4	123
Arnsberg	11	11	55	15	8	3	3	3	109
Köln	15	15	80	35	bei Nahrung	5	3	8 (etc.)	161
Düsseldorf . . .	15	9⅜	36½ ?	12	—	1½	—	1	75⅜?
Koblenz	13	16	130?	35	—	4	2	4	204?
Trier-Prüm . . .	12½	12½	30?	20	15	8	6	5	109
Aachen	8	11	60	18	4	2	2	2	107

(Prof. Dr. Th. v. d. Goltz, „Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reiche". Berlin 1875).

Es giebt ein ländlicher Arbeiter in Preußen aus:

Regierungsbezirk	für					Summa
	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Abgaben etc.	
Gumbinnen	115	$42\frac{1}{2}$	$10\frac{3}{4}$	$10\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{8}$	180,5
Königsberg	109,5	$32\frac{1}{2}$	15	15	$7\frac{1}{8}$	169
Danzig	107,6	$32\frac{1}{5}$	$14\frac{2}{7}$	$12\frac{1}{5}$	6	172,4
Marienwerder	120	45	$11\frac{3}{4}$	$15\frac{1}{4}$	$4\frac{5}{8}$	196,7
Köslin	150	$52\frac{1}{2}$	15	$19\frac{1}{2}$	$9\frac{1}{2}$	246,5
Stettin	134	$43\frac{1}{6}$	$15\frac{5}{6}$	$17\frac{5}{6}$	$6\frac{1}{6}$	219
Posen	131	43	$15\frac{2}{5}$	$16\frac{3}{5}$	$4\frac{3}{5}$	210,2
Potsdam	167	$44\frac{3}{5}$	$15\frac{3}{5}$	$17\frac{3}{4}$	$6\frac{2}{5}$	251,7
Frankfurt	138	$47\frac{1}{2}$	11	20	17	233,5
Liegnitz	108	27	$9\frac{8}{10}$	12	5	161,8
Breslau	96	34	13	$14\frac{1}{2}$	$9\frac{7}{10}$	167,2
Oppeln	77,3	$20\frac{1}{3}$	$7\frac{3}{5}$	$12\frac{3}{5}$	$4\frac{3}{5}$	122,7
Merseburg	176,3	$40\frac{3}{5}$	$17\frac{1}{5}$	$10\frac{3}{5}$	5	250
Magdeburg	159,5	$47\frac{1}{2}$	11	20	17	255
Erfurt	152,5	$35\frac{5}{6}$	$13\frac{1}{3}$	18	$4\frac{1}{3}$	224
Hannover und Hildesheim	$166\frac{2}{3}$	$47\frac{1}{2}$	$13\frac{1}{2}$	19	$11\frac{2}{3}$	$258\frac{1}{3}$
Lüneburg	149	$33\frac{1}{2}$	$15\frac{7}{10}$	$16\frac{3}{5}$	$3\frac{3}{5}$	218
Osnabrück	$170\frac{2}{3}$	$28\frac{1}{3}$	$6\frac{2}{3}$	14	6	232
Stade und Aurich	$158\frac{3}{4}$	$38\frac{3}{4}$	$16\frac{1}{4}$	$16\frac{1}{4}$	7	237
Holstein	146	30	$11\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$	4	198
Schleswig	$136\frac{2}{3}$	$38\frac{1}{3}$	$10\frac{3}{8}$	$9\frac{3}{8}$	2	197
Münster	150	40	15	20	20	245
Minden	207,5	$43\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$	24	$11\frac{1}{2}$	299
Arnsberg	129	58	21	20	$10\frac{1}{5}$	$238\frac{1}{5}$
Düsseldorf	155	$46\frac{1}{4}$	$20\frac{1}{2}$	$22\frac{3}{4}$	$6\frac{1}{4}$	251
Köln	131,5	28	$19\frac{1}{4}$	$15\frac{5}{8}$	$4\frac{1}{2}$	199
Aachen	170	$44\frac{1}{6}$	21	$16\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{3}$	258
Trier	101	$30\frac{1}{5}$	15	$13\frac{1}{6}$	$6\frac{1}{3}$	166
Koblenz	100	$41\frac{2}{3}$	20	$18\frac{1}{3}$	$11\frac{2}{3}$	192
Kassel	192,7	$54\frac{1}{2}$	14	$18\frac{3}{5}$	$11\frac{3}{5}$	$291\frac{3}{5}$
Wiesbaden	200	$57\frac{1}{2}$	$26\frac{1}{4}$	25	9	318

Es giebt ein ländlicher Arbeiter aus:

in	für					Summa
	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Abgaben etc.	
	Thaler					
Waldeck	80	60	16	12	5	173
Bremen	140-170	30-40	15-20	12-16	8-14	205-260
Oldenburg	$125\frac{1}{6}$	$29\frac{1}{6}$	15	$11\frac{1}{6}$	$4\frac{5}{12}$	185
Braunschweig.						
Kreis Braunschweig und Wolfenbüttel	149,4	58,4	11	19,6	6,8	245,2

in	für Nahrung	für Kleidung	für Wohnung	für Heizung und Beleuchtung	für Abgaben etc.	Summa
	Thaler					
Kreis Helmstedt, Gandersheim und Holzminden	126,25	43,15	12,8	11,75	2,3	195,26
Anhalt	165,5	64	10,5	14	20,5	274,5
Schwarzburg-Sondershausen	100	30	15	4,5	0,5	150
Sachsen-Weimar	161,6	35	15	15,6	14,3	241,5
„ -Altenburg	160	43	16	13	6,5	238,5
„ -Meiningen	108	24	12	7,5	1,9	153,4
Reuß j. Linie	180	70	20	10	3	283
Kgr. Baiern:						
Rheinpfalz	184,5	48,5	23	26,5	24,5	307
Unterfranken	165,2	41,2	20,7	13	8,5	248,9
Oberfranken	160,25	29,75	11,1	2,7	5,0	148,08
Oberpfalz und Regensburg	137	21,2	11,6	13,75	5,8	187,11
Niederbaiern	170	36	15	10,7	2,7	234,4
Oberbaiern	192,7	48,3	21,1	15,5	8,4	286
Schwaben und Neuburg	138,75	24,75	20,5	14,25	11	208,8
Kgr. Württemberg:						
Neckarkreis	259,5	52,1	36,1	25,5	6,25	379,45
Jaxtkreis	161,7	30,7	14,3	20,2	5,5	232,4
Schwarzwaldkreis	142	37	18	20,5	16,75	234,25
Baden:						
Kreis:						
Untere Rheintalebene	201,3	38,1	19,1	16	9,4	283,9
Obere „	230,4	46,8	21,2	18,2	12,8	310,4
Unteres Hügelland	197,2	45,2	17	19,7	10,4	289,5
Oberes Gebirgsland	226,5	25	14,3	20	6,3	292,1
Seekreis	176	37	17,5	10,7	7,3	248,5
Hessen-Darmstadt:						
Kreis Starkenburg	127	59	19,3	23,3	12	240,6
„ Rheinhessen	114	23	23	12	3	175
„ Oberhessen	132,5	34	17	10,5	7	201
Elsaß-Lothringen:						
Unter-Elsaß	190,0	42,7	24,3	17,4	9,3	283
Ober-Elsaß	186,5	33,3	21,5	27,8	24,2	293,3
Lothringen	180,5	49	20,5	16,5	12	278,5

(Tübinger Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaften, Jahrg. 1879.)

Budget einer grundbesitzenden Arbeiterfamilie von 6 Personen, wohnhaft auf einer Hallig an der Westküste von Schleswig, für 1875.

Mann, Frau, Tochter von 15 Jahren, 3 Söhne von 12, 9 und 3 Jahren.
Grundstück mit Land ca. 40 ha, Wert 4000 Mark. Das Land nicht pfluggängig.
2 Kühe, 11 Schafe; Mietwert des Hauses 36 Mark, des Landes 184 Mark.

Einnahmen: 1147,40 Mark.

Ausgaben:

A. Nahrung.	Mark		Mark
Fleisch, Schwein- u. Hammel-, 438 Pfd.	157,35	Milch 1040 l à 7½ ₰	78,00
Gesalzene Fische	4,05	Butter und Hammeltalg, 124 Pfd.	98,48

	Mark
Roggen 885 l.	108,22
Weizenmehl, 87 l	21,00
Reis, 14 Pfd. à 18½ ₰	2,62
Erbsen, 26 l	5,40
Kartoffeln, 1182 l	42,55
Gemüse, 69½ l gelbe Rüben	1,50
Obst, 6 Pfd. Pflaumen und Rosinen	2,85
Zucker, 27 Pfd.	14,81
Syrup, 35½ Pfd.	10,05
Kaffee, 4 Pfd.	4,95
Thee, 16½ Pfd.	35,70
Cichorie	0,11
Gewürz inkl. 40 Pfd. Salz	15,33
Wein, 4 Flaschen à 60 ₰	2,40
Branntwein, 12 l	4,99
Wirtshausverzehr	3,00
	613,36

B. Wohnung.

Unterhaltung des Wohngebäudes	29,85
Möbel, Küchen- und Hausgerät	7,05
Feuerung	62,25
Beleuchtung	5,52
	104,67

C. Kleidung.

	Mark
Manufakturwaren	40,23
Kleider	42,52
Bett	9,60
Wäsche	4,50
Fußzeug	28,97½
	125,82½

D. Schulsachen.	2,47½
	Sa. 846,33

Betriebskosten

a) für Unterhaltung des Hauses und der Wirtschaftsgebäude	25,50
b) „ Viehversicherung, Salz, Futter, Hirte, Bulle	24,90
c) „ Gerätschaften zum Gewerbebetrieb	4,99
d) „ Kleen, Mähen, Bier zur Ernte	67,87½
e) Verlust auf das im Vieh angelegte Kapital	30,00
	Sa. 153,26½
Im ganzen	1118,53

Einnahmen:	1147,40	Mk.
Ausgaben:	1118,53	„
Ersparnisse	28,87	„

(„Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft in Baden 1883, Karlsruhe 1884“.)

Haushaltsberechnung eines der größeren Bauerngüter von Ellmendingen.

Landwirt N. N. 40 Jahre alt, verheiratet, 3 Kinder von 13, 7 und 1 Jahr, Besitzer eines Bauerngutes von 5,64 ha = 15430 Mark nach Steueranschlag; — 1 Magd und 1 Tagelöhner (für 31 Tage), im ganzen ca. 5 Erwachsene.

Der Wert des vorhandenen Viehstandes beträgt (spez.) 1530 Mk.
„ „ „ toten Inventars beträgt (spez.) . . . 519 „
„ „ „ Hauses beträgt . . . . 1404 „

I. Naturalbedarf für die Familie.

a) Brot- und Weißfrucht, 35,02 Ztr.	264,82 Mk.	
Davon zugekauft 2,74 Ztr. Weißbrot	55,00 „	
b) Kartoffeln, 27 Ztr. 59 Pfd.	82,50 „	
c) Fleisch, 2 selbstgezogene Schweine 1 Ztr. 80 Pfd.		
Zugekauft vom Metzger 1 „ 55 „		
3 Ztr. 35 Pfd.	194,30 „	
d) Schmalz, 52 Pfd.	36,40 „	
e) Butter, 26 Pfd.	26,00 „	
f) Milch, 913 Liter	100,43 „	
g) Wein, 500 „ pro hl 40 Mk.	200,00 „	
h) Obstmost, 225 Liter	20,25 „	979,70 Mk.

II. Berechnung der baren Ausgaben.

a) Arbeitslohn. 1 Magd 95 Mk.		95,00 „
b) Gebäudeunterhaltung		50,00 „
c) Steuern.		
Staatssteuern à 26 ₰ von 100 Mk. auf 16430 Mk. Kapital	42,72 Mk.	
Gemeindeumlagen à 50 ₰ von 100 Mk.	82,23 „	
Schulgeld pro Kind à 3,20 Mk.	6,40 „	131,35 Mk.

d) Versicherungsprämien.				
Brandkassengeld	9,92	„		
Gebäudefünftel	2,70	„		
Mobiliar- und Inventarversicherung	19,00	„	31,62	„
e) Kleidung und Schuhwerk.				
Für den Mann alle 3 Jahre einen bessern Anzug zu 54 Mk, also pro Jahr	18,00	„		
1 Werktaganzug	16,00	„		
1 paar Stiefel oder Vorschuhe.	16,00	„		
Für die Frau durchschnittl. jährl. für bessere Kleider	22,00	„		
jährlich 1 Werktagskleid	9,00	„		
1 paar Schuhe	6,00	„		
Kleider und Schuhwerk für 3 Kinder	63,00	„	150,00	„
f) Heizung und Beleuchtung.				
2 m Holz und 50 Wellen, für Kohlen	14,00	„		
Petroleum	6,00	„	20,00	„
g) Zukauf von Nahrungsmitteln.				
Kaffee und Zucker	42,00	„		
Salz, Gewürze, Reis	30,00	„	72,00	„
h) Arzt, Tierarzt, Apotheke			18,00	„
i) Allgemeine Wirtschaftskosten.				
Ausgaben auf Märkten			64,00	„
			1611,67	Mk.

(Arbeiterfreund 1884.)

Zur Lage der ländlichen freien Arbeiter in einer der reichsten und fruchtbarsten Gegenden des preufs. Staates, im Magdeburgischen.

I. Nahrung.

1.	Brot, ½ Ztr. wöchentlich à 3,50 Mk.	182,00	Mk.
2.	Ein Schwein, 150 Pfd. (bare Auslagen: Ankauf 21 Mk., Schrot 3½ Ztr.)	50,00	„
3.	Wöchentlich 1 Pfd. Fleisch à 60 ₰	61,20	„
4.	„ 1 „ Butter à 110 ₰ = 57,20 Mk. 1 „ Schmalz à 90 ₰ = 46,80 „	104,00	„
5.	60 Scheffel Kartoffeln à 1 Mk. (selbstgebaut)	60,00	„
6.	Kaffee, monatl. 1 Pfd. à 1,60 Mk. und wöchentl. 1 Stange Cichorien à 5 ₰	21,80	„
7.	Milch, wöchentlich 1½ Liter à 15 ₰	11,70	„
8.	Zucker, wöchentlich ¼ Pfd., Pfd. à 50 ₰ (jetzt 38 ₰)	6,50	„
9.	Insgemein: Salz 8 Mk., Seife 9 Mk., Tabak 8 Mk.	25,00	„
		522,20	Mk.

II. Wohnung und Heizung.

1.	Wohnung	72,00	„
2.	Heizung (30 hl. Braunkohlen à 40 ₰, Fuhrlohn à hl. 20 ₰)	36,00	„
		108,00	Mk.

III. Kleidung und Schuhwerk.

1.	Schuhwerk (Mann 30 Mk., Frau 10 Mk., pro Kind 10 Mk.)	70,00	„
2.	Kleidung („ 40 „ „ 15 „ „ „ 10 „)	85,00	„
		155,00	„

IV. Steuern und Abgaben.

1.	Kommunal-, Kreis-, Chaussee-, Schul-, Klassensteuer (3 Mk.) pro 1883	5,43	Mk
2.	Schulgeld pro Kind 3 Mk.	9,00	„
3.	Schulutensilien, I. Kl. 3,38 Mk., II. Kl. 1 Mk., III. Kl. 50 ₰	4,88	„
4.	Kirchliche Gebühren, Opfer, Kollekten	1,75	„
		21,06	„
	Alles zusammen	806,26	Mk.

Festschrift zur 50jährigen Jubelfeier des Provinzial-Landwirthschafts-Vereins zu Bremervörde (Reg.-Bez. Stade) Stade 1885.

Bezeichnung des Vereinsbezirks.	Der Lohn betrug im Jahre 1884 im Sommer mit Beköstigung	1884 im Sommer ohne Beköstigung	1884 im Winter mit Beköstigung	1884 im Winter ohne Beköstigung	1850 im Sommer mit Beköstigung	1850 im Sommer ohne Beköstigung	1850 im Winter mit Beköstigung	1850 im Winter ohne Beköstigung
	Mark							
Achim	I—I,50	2—2,50	0,80—I	I—I,50	0,50—0,63	0,63—I	0,38—0,50	0,50—0,75
Aumund	I,50—2	2—3	I—I,50	I,50—2	0,50—0,75	I—I,25	0,38—0,63	0,75—I
Bremervörde	I	—	0,75	—	0,50—I	0,75—I,50	0,25—0,60	0,50—I
Buxtehude	I—I,25	2	—	—	0,50	0,80—I	0,38	0,75
Dorum	I,50	3—4	I	—	0,50—0,75	I—I,25	0,25—0,50	0,65—I
Freiburg	I—2	—	I—I,50	—	0,50—0,75	I—I,25	0,25—0,38	0,75—I
Geestendorf	I,50—2	2,50—3	—	—	0,50—0,75	0,88—2	0,38—0,63	0,63—I,25
Hagen	I	2	0,75	I,75	0,30—0,60	0,70—I,25	0,25—0,45	0,50—0,75
Harsefeld	0,70—I	I,50—I,75	0,50—0,75	I—I,25	0,50	0,80—I	0,38	0,75
Himmelpforten	I,25	2	—	—	0,50—0,75	0,75—I,25	0,25—0,38	0,50—0,88
Jork	I—2	—	0,35—I	—	0,50	I	0,38	0,75
Lehe	2	3	I—I,50	2—2,50	0,50—0,75	0,88—2	0,38—0,63	0,63—I,25
Otterndorf	—	2	—	I,50—I,80	0,50—0,75	I—I,50	0,25—0,56	0,75—I,50
Rothenburg	0,75	I,57	—	—	0,25—0,75	0,50—I	0,13—0,50	0,38—I
Scharmbeck	I,50—2	2—2,50	—	—	0,45—0,75	0,63—I,25	0,13—0,35	0,25—I
Selsingen	I	—	0,75	—	0,38—0,75	0,75—I,25	0,25—0,38	0,50—I
Steinau	I,50	—	0,50	—	0,63	I,13—I,38	0,13—0,25	0,38—0,88
Stotel	I,50	2,50	0,75	I,75	0,50—0,75	0,88—2	0,38—0,63	0,63—I,25
Werden	I,25	2	1	I,50	0,50—0,75	0,63—0,88	0,25—0,50	0,50—0,65
Wisselhövede	I	2	0,75	I,20—I,60	0,25—0,75	0,50—I	0,13—0,50	0,38—I
Zeven	I,50	—	I	—	0,38—0,75	0,75—I,25	0,25—0,38	0,50—I
Lederkesa	I,50—2	3	I,25	2	0,50—I	I—I,50	0,25—0,50	0,75—I

(M. Villermé, „Tableau de l'état physique et moral des ouvriers, employés dans les manufactures de coton, de laine et de soie, Paris 1840".)

A. Hauptsächliche Ausgaben der gewöhnlichen Arbeiter der Fabrik zu Rouen pro Tag.

Für	Nahrung	Kleidung	Wäsche	Wohnung
	Francs			
einen Mann	0,70—0,75	0,09—0,15	0,03—0,04	0,08—0,10
eine Frau	0,65—0,69	0,07—0,17	0,05—0,11	0,09—0,10
ein Kind von 6 Jahren	0,69—0,72	0,10—0,11	0,05—0,07	—
einen jungen Arbeiter oder Arbeiterin von 12—16 Jahren	0,78	0,09	0,05	—

B. Ausgaben eines Arbeiters in einer großen Stadt, 1832.

Die Familie besteht aus Mann, Frau, 3 Kindern, oder 2 Kindern und einem Greis.

Ausgaben für:

1. Nahrung. (Francs)

	Francs
Brot à 32 Lot pro Person oder für 5 Personen während 365 Tage 912 Kgr. à 32½ Cts.	296,40
Fleisch, Eier, Käse, Gemüse, Gewürze, Salz à 50 Cts. pro Tag	182,50
Gegohrene Getränke à 25 Cts. pro Tag für die Familie	91,25
Summa	570,15

2. Wohnung.

	Francs
Miete	50,00
Feuerung und Licht	40,00
Direkte Steuern	10,00
Erneuerung und Unterhaltung des Mobiliars	30,00
Summa	130,00

3. Kleidung.

	Francs
Kleidung und Wäsche für den Mann	50.00
„ „ „ „ die Frau	30,00
„ „ „ „ „ 3 Kinder	60,00
Summa	140,00

4. Unvorhergesehene Ausgaben.

	Francs
Utensilien, Tabak etc.	19,85
Alles zusammen	860,00

C. Ausgaben eines ländlichen Arbeiters, dessen Familie ebenso zusammengesetzt ist.

1. Für Nahrung.

	Francs
Hausbacken Brot à 38 Lot pro Person oder für 5 Personen während 365 Tage 1084 Kgr. à 28 Cts.	303,52
Milch, Gemüse, Fleisch, Gewürze, Salz à 25 Cts. pro Tag für 5 Personen	91,25
Gegohrene Getränke à 10 Cts. pro Tag	36,50
Summa	431,27

2. Wohnung.

	Francs
Ein Haus mit einem kleinen Garten	40,00
Feuerung und Licht	10,00
Direkte Steuern	5,00
Unterhaltung des Mobiliars	15,00
Summa	70,00

3. Kleidung.

	Francs
Kleidung und Wäsche für den Mann	35,00
„ „ „ „ die Frau	20,00
„ „ „ „ „ 3 Kinder	45,00
Summa	100,00

4. Unvorhergesehene Ausgaben.

	Francs
Utensilien, Tabak etc.	18,73
Alles zusammen	620,00

(Le Play, „Les ouvriers européens. Etudes sur les travaux, la vie domestique et la condition morale des populations ouvriers de l'Europe, Paris 1877/79".)

Ausgabebudgets von drei Familien.

1. Budget eines Bergmannes in den Silber- und Bleiminen des Harzes, 1845, aufgenommen von Le Play und M. A. de Saint-Léger.

Er ist 40 Jahre alt, seine Frau 35 Jahre. Er hat 2 Söhne von 14 und 8 Jahren und eine Tochter von 11 Jahren, der Sohn von 14 Jahren arbeitet ebenfalls mit.

2. Budget eines Tagelöhners im Hundsrück, 1851, aufgenommen von Le Play.

Er ist 47 Jahre, seine Frau 48 Jahre alt. Ein Sohn von 17 Jahren und eine Tochter von 15 Jahren arbeiten ebenfalls. Außerdem ist noch ein Sohn von 8 Jahren vorhanden.

3. Budget eines Leinewebers in Gutsberg 1848, aufgenommen von A. Cochin und St. Léger.

Er ist 39 Jahre alt, seine Frau 32 Jahre. Sie haben 2 Söhne von 12 und 6 Jahren und eine Tochter von 9 Jahren.

Bezeichnung der Ausgaben.	Budget der Familie 1.				2.				3.			
	a.	b.	c.	d.	a.	b.	c.	d.	a.	b.	c.	d.
I. Nahrung (im Hause).	Kgr.	frcs.			Kgr.	frcs.			Kgr.	frcs.		
1. Roggen-, Waizen-, Gersten-Brot	889	0,278	70,32	176,86	1042	0,176	36,96	154,35	1022	0,135		137,97
2. Fette, als Butter, Speck, Schmeer, Öl	24,4	1,402		34,22	65,7	1,289	72,72	12	38,5	1,758	37,00	168,65
3. Milch, Käse, Eier	118,5	0,161		19,11	460,5	0,179	82,66		60,0	0,08	4,80	—
4. Fleisch und Pilze	85,5	0,317		69,85	77,7	0,748	18,92	40	73,0	0,07	—	48,91
5. Kartoffeln, Gemüse, Obst, Salate	873	0,083	25,14	47,15	3394	0,042	124,23	17,66	1325,0	0,05	35,65	29,4
6. Gewürze u. Reizmittel, als Salz, Zuckersirup, Kaffee, Weinessig	43,5	0,338		14,71	61,4	0,614		37,78	53	0,861	—	45,63
7. Gegohrene Getränke, Bier, Branntwein	173,0	0,164		28,30					48	0,33		15,84
8. Nahrungsmittel, außerhalb des Hauses genossen			25,53									
Summa			120,99	390,20			334,69	262,70			77,45	308,43

a) Die Zahlen bedeuten das Gewicht der konsumierten Objekte in Kgr.
b) „ „ „ den Preis derselben in Frcs.
c) „ „ „ den Wert der in natura verzehrten Gegenstände.
d) „ „ „ die baren Ausgaben.

VIII

Bezeichnung der Ausgaben.	Budget der Familie 1. c.	1. d.	2. c.	2. d.	3. c.	3. d.
	Francs					
II. Wohnung.						
1. Miete	48,90	7,50	79,15	1,21		43,12
2. Mobiliar	2,50	8,05	—	7,20		7,94
3. Feuerung	31,25	44,80	24,66	1,71	17,37	
4. Erleuchtung		12,00		20,27		6,72
Summa	82,65	72,35	103,81	30,89	17,37	57,78
III. Kleidung.						
1. Kleidung für den Mann	2,08	57,54	4,65	67,24		31,19
2. „ „ die Frau	2,19	69,21	2,32	33,62		33,75
3. „ „ die Kinder	3,55	116,04	2,33	33,62		15,00
4. Wäsche		31,70		13,32		11,87
Summa	7,82	274,49	9,30	147,80		91,81
IV. Moralische Bedürfnisse, Erfrischungen, Gesundheitspflege.						
1. Kultus		1,25	—	1,96		1,00
2. Unterricht der Kinder		4,37	9,0	5,12	6,00	2,00
3. Unterstützungen und Almosen		44,00		—	—	—
4. Erfrischungen und Feste		27,12		9,72	—	15,84
5. Gesundheitspflege		7,50	4,20	1,80	—	5,00
Summa		84,24	13,20	18,60	6,00	23,84
V. Ausgaben betr.						
1. Schulden		37,50		93,60	—	4,50
2. Steuern	27,17	12,50			—	
3. Versicherung	10,00		13,20	2,16	—	
Summa	37,17	50,00	13,20	15,76		4,50
Alles zusammen	462,33	743,78	260,50	682,75	100,82	486,36

(Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage. 1874.)

Für	Es gab aus					
	I. In Schmalzfeld eine Familie aus 5 Personen bestehend. Bedarf		II. In Beckenstedt eine Familie aus 5 Personen bestehend. Bedarf		III. In Langeln eine Familie aus 7 Personen bestehend. Bedarf	
	pro Tag.	pro Jahr.	pro Tag.	pro Jahr.	pro Tag.	pro Jahr.
	₰	Mk.	₰	Mk.	₰	Mk.
Wohnung	—	29,81	—	45,68	—	35,00
Kleidung und Wäsche	—	76,05	—	76,5	—	150,7
Schuhmacherarbeit	—	45,68	—	46,51	—	53,94
Feuerung	—	45,63	—	39,55	—	53,94
Beleuchtung	—	18,26	—	15,21	—	22,30
Nahrung, nämlich für						
Brot inkl. Weißbrot	48	170,34	48	170,34	36	130,36
Butter	35	124,71	35	124,71	18	62.36
Fleisch	23	82,13	22	79,10	38	135.87
Fett, Speck etc.	9	27,39	9	27,39	5	15,00
Mehl	8	24,34	8	24,34	$3\frac{1}{2}$	10,14
Kartoffeln	6	18,26	6	18,26	11	36,8
Hülsenfrüchte und Gemüse	4	12,18	4	12,18	$2\frac{1}{2}$	7,61
Reis, Graupen etc.	5	15,21	4	12,18	$4\frac{1}{6}$	12,68
Kaffee und Zichorien	8	24,34	$7\frac{3}{7}$	22,61	10	36,50
Salz		5,18	—	5,21	—	7,11
Seife		9,13	—	12,18	—	12,18
Bier	5	15,21	5	15,21	2	6,10
Branntwein	10	36,50	10	36,50	5	15,21
Tabak	—	9,18	—	7,82	—	15,21
Milch	8	24,34	10	30,42	3	9,13
Zucker	—	3,05	—	5,21	—	—
Verschiedenes, nämlich für						
Zwirn, Garn, Nadeln	—	9,13	—	10,48	—	1,74
Sand, Besen, Wichse	—	6,10	—	7,40	—	18,26
Schreibmaterialien, Bücher	—	6,10	—	5,21	—	3,5
Schulgeld	—	6,10	—	6,10	—	3,5
Steuern und Abgaben	—	6,10	—	7,40	—	3, 6
Krankenkassenbeiträge	—	—	—	—	—	6,71
Abnützung der Hausgeräte	—	9,13	—	10,87	—	29,81
Doktor und Apotheker						18,26
Unvorhergesehene Ausgaben	—	18,26	—	18,26	—	11,65
		876,45		891,39		921,68

Zusammen-

verschiedener Aufstellungen der notwendigsten Lebensbedürfnisse von Herrn Professor

Laufende Nr.	Materialien	A. Chaussee-aufseher Wenzel 5 Personen.		B. Dippe 7 Personen.		C. Chausseewärter Schwan-necke 4 Personen.		D. Chausseewärter Brückner 4 Personen.	
		Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.
1.	Wohnung (Hausmiete)	1	6	1	6	1	6	1	6
2.	Brot inkl. Weißbrot	5	8	6	2	6	—	5	—
3.	Butter	2	11	3	2	2	7	3 und	1 Käse
4.	Fleisch	1	8	1	7	} 1	4	1	6½
5.	Fett (Speck etc.)	—	7	—	8 4/7			—	7
6.	Mehl	—	6	—	—	—	—	—	—
7.	Kartoffeln	1	—	1	5	1	8	1	5
8.	Hülsenfrüchte und Gemüse	} 1	4	1	1 3/7	—	—	—	—
9.	Reis, Graupen, Essig etc.							—	6
10.	Kaffee und Zichorien	—	9 3/5	—	6 4/7	2	8	—	8
11.	Salz	—	1	—	1 5/7	—	8	—	1 4/7
12.	Seife	—	3 4/5	—	4	—	—	—	8
13.	Rüböl	—	1 1/5	—	5	—	—	—	6
14.	Petroleum und anderes Öl	—	5	—	8	—	—	—	6
15.	Bier (Haustrank)	—	4	—	5	} 1	4	—	3½
16.	Branntwein	—	6	—	10			—	10
17.	Tabak	—	4	—	5	—	6	—	2½
18.	Milch	—	7	—	10	—	—	—	5
19.	Zucker	—	2	—	—	—	—	—	—
20.	Feuerung	1	10	1	4	1	4	1	9½
21.	Kleidung und Wäsche	2	—	2	—	1	8	1	10
22.	Schuhmacherarbeit	1	8	1	8	1	6	1	8
23.	Zwirn, Garn, Nadeln	—	1	—	1½	—	—	—	1 5/7
24.	Sand, Besen, Wichse etc.	—	2	—	2 3/7	—	—	—	1 5/7
25.	Schreibmaterialien und Bücher	—	2 3/5	—	2 4/7	—	—	—	—
26.	Schulgeld	—	6	—	6	—	5	—	9
27.	Steuern und Abgaben	—	2	—	2	—	2	—	2
28.	Krankenkasse, Totenkasse, Büchsenkassenbeiträge	—	—	—	—	—	—	—	—
29.	Abnutzung der Möbel, Geräte etc.	—	3	—	2 2/7	—	3	—	3
30	Doktor- u. Apothekerkosten	—	2	—	2 4/7	—	2	—	2
31	Unvorhergesehene Ausgaben	} —	3	—	2	—	4	—	3
32	Diverse (insgemeine) „								
	Sa. à Tag	26	1	27	½	24	1	25	—

stellung

Arbeiterfamilien 1873, gesammelt von Herrn von Hoff, mitgeteilt von Paasche-Marburg.

E. Voges 5 Personen.		F. Landwirtschaftlicher Arbeiter (F. Buddeus zu Goldbach.) 5 Personen.		G. Wernigeröder Domänenarbeiter 5 Personen.		H. Ilsenburger Arbeiter 5 Personen.		I. Ilsenburger Arbeiter (Schleifer Stolte) 4 Personen.		K. Büchenberger (Bergleute) 5 Personen.		L. Waldarbeiter (Schmidt) 5 Personen.	
Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.	Sgr.	Pf.
2	1	1	6	1	6	1	6	1	7 5/7	1	4	1	7 5/7
7	6	6	9	4	3 3/7	5	—	4	3 3/7	4	3 3/7	4	3 3/7
3	7	—	—	2	9 1/3	3	8	2	6 3/4				
1	8 1/7	} 3	4 1/2	3	8 1/2	2	1 4/7	1	8 3/4	} 3	6 4/7	4	3 3/7
—	7							u. Salz	10				
—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	} 2	1 4/7	—	—
2	7	—	—	1	1 1/7	1	—	—	11			} 4	3 3/7
—	3 3/7	—	—	1	1 5/7	1	5 1/7	—	4 5/12				
—	8 6/7	—	—	—	2 1/4	u. Saft	3 1/2	—	4	} 1	5	—	—
—	8 4/7	—	7	—	9 3/7	—	10 1/3	—	10 1/4			1	—
—	1 5/7	—	1 1/3	—	—	—	—	—	—			—	2
—	4 3/7	—	—	—	—	—	—	—	4 3/8	—	—	—	—
—	8	—	—	—	6	} —	4 1/3	—	—	—	—	—	—
—	8 3/7	—	3	—	—			—	5 1/3	—	—	—	—
—	—	—	—	—	6	—	8 2/3	1	9 3/7	—	—	} —	6
—	10 3/7	1	6	—	6	1	—	—	—	—	—		
—	3 3/7	—	—	—	4 3/7	—	—	—	4	—	—	—	—
—	5 1/7	—	7	—	8 4/7	—	9	—	8 1/2	—	—	—	—
—	—	—	—	—	8 4/7	—	5 1/7	—	1 3/8	—	—	—	—
1	09 1/7	1	7 3/8	wird gesammelt.		—	—	1	—	1	—	1	3
1	9 4/7	} 2	5 3/8	2	3/4	2	1/3	2	6 1/3	3	3	4	3 3/7
2	1 4/7			1	1 6/7	1	2 3/8	2	—	1	7 3/8	2	6
—	1 1/7	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—
—	2	—	—	—	2	—	—	—	3	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	} —	5 3/4	—	7 1/2
—	3 3/7	} —	1	—	3	—	3	—	1/3				
—	2 4/7			—	1 1/2	—	3 1/2	—	4	—	2 3/4	—	2
—	—	—	—	—	2	—	6	—	3	—	—	—	—
—	2 4/7	—	—	—	4 1/2	—	4	—	1	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 3/4	—	4 1/2
—	2 4/7	—	—	—	8 1/6	—	5	—	4 3/4	—	—	—	10
		—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		Lebensversicherung und Familienangelegenheiten.											
30	5/7	19	9	24	—	24	2 1/2	24	9 1/3	19	8 11/12	26	3 1/2

	Personenzahl.	Nach umstehender Berechnung beläuft sich die Ausgabe für 365 Tage oder für ein Jahr auf			Danach kommt nach der Annahme von 300 Arbeitstagen auf einen Arbeitstag			Bemerkungen.
		Thlr	Sgr	Pf	Thlr	Sgr	Pf	
A. Wenzel, Chausseewärter	5	317	10	—	1	1	8⅘	ad G.: Wird manches durch Arbeit, bei der Schweinezucht, Kartoffelernte noch erspart: hier sind indes das gemästete Schwein von 250 Pfd. Gewicht mit 40 Thlr. und die selbstgeernteten Kartoffeln zum Kaufpreise berechnet worden.
B. Dippe, „	7	328	27	—	1	2	10½	
C. Schwannecke, „	4	293	—	—	—	29	3⅗	
D. Brückner, „	4	304	5	—	1	—	5	
E Voges, „	5	365	22	—	1	6	6⅘	
F. Buddeus, landwirtschaftlicher Arbeiter . .	5	240	8	9	—	24	⅕	
G. Wernig. Domänenarbeiter	5	292	—	—	—	29	2⅖	
H. Ilsenburger Arbeiter .	5	294	15	—	—	29	5⅕	
I. „ „ .	4	301	15	—	1	—	1½	
K. Büchenberger „ .	5	240	6	—	—	24	¼	
L. Waldarbeiter	5	320	—	—	1	2	—	

(Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage. 1873.)

Budget eines ländlichen Arbeiters in Ostpreufsen.

	Mk.	Pf.
I. Nahrung.		
40 Scheffel Getreide (1¾ Scheffel Roggen und Hülsenfrüchte) à 4,50 Mk.	180	—
60 Scheffel Kartoffeln à 1,25 Mk.	75	—
1 Schwein à 250 Pfund à 40 Pf.	100	—
50 Pfund sonstiges Fleisch à 30 Pf.	15	—
¾ Tonne Heringe	13	50
900 Liter Milch à Liter 7½ Pf.	67	50
100 Pfund Salz à 10 Pf. . . .	10	—
5 Pfund Kaffee à 1,20 Mk. . .	6	—
13 „ Zucker à 60 Pf. . .	7	80
26 Liter Branntwein à 40 Pf. .	10	40
Gewürz etc.	1	30
Sa.	486	50
II. Kleidung.		
2 paar Männerstiefeln à 10,50 Mk.	21	—
2 „ Frauenschuhe à 4 Mk. .	8	—
4 „ Kinderschuhe à 2 Mk. .	8	—
An Flachs, Wolle, Baumwolle zum Spinnen	45	—
Für Tücher und kleinere Kleidungsstücke	8	—
100 Tage Arbeit der Frau beim Spinnen, Weben etc. à 30 Pf.	30	—
Sa.	120	—

	Mk.	Pf.
III. Wohnung.	60	—
IV. Heizung und Beleuchtung.		
7 Klafter Knüppel oder Stückholz à 6 Mk.	42	—
7 Liter Petroleum à 50 Pf. . .	3	50
Sa.	45	50
V. Sonstige Haushaltungsbedürfnisse.		
4 Liter Thran zum Stiefelschmieren à 1,20 Mk.	4	80
27 Pfd. Seife à 35 Pf. . . .	9	45
Unterhaltung der Küchengeschirre	3	—
Unterhaltung der Betten und des Hausmobiliars	15	—
Unterhaltung des Handwerkszeugs	7	50
Für Arzt und Apotheke . . .	9	—
Sa.	48	75
VI. Lohn, Abgaben etc.		
Lohn des Scharwerkers . . .	60	—
Abgaben	6	—
Schulgeld	3	—
Sa.	69	—
Alles zusammen	829	75

In dem obigen Ausgabebudget sind die Kosten für den Scharwerker, welchen jede Familie halten muß, mit einbegriffen. Dieselben belaufen sich auf Lohn = 60 Mk., Beköstigung etc. = 120—150 Mk., zusammen 180—210 Mk. Dies abgezogen von dem obigen Ausgabebudget bleibt für die Familie 615—645 Mk.

(Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage. 1873.)

Budget einer ländlichen Arbeiterfamilie im Magdeburgischen, 1872.

Einnahmen.

	Mk.
280 Arbeitstage des Hausvaters à 1,50 Mk.	420,00
Verdienst der Frau	210,00
Verdienst der 2 Knaben, 10—14 Jahre alt	99,00
Sa.	729,00

Ausgaben.

	Mk.
Wohnung.	54,00
Feuerung.	
15 Tonnen Braunkohle à 2 Mk.	30,00
Holzspähne zum Anheizen à Woche 50 Pf.	26,00
Sa.	56,00
Kleidung	
des Hausvaters	51,10
der Mutter	24,76
der 2 Knaben	61,00
des Mädchens	16,47
Sa.	153,33
Nahrung.	
Fleischwaren à Woche 5 Pfd. à 35 Pf.	91,00
Schmalz	18,00
Backkorn à Woche ½ Schffl. = 3,50 Mk.	182,00
Kartoffeln, 1 Wispel, à Schffl. 2 Mk.	48,00
Kaufmannswaren	211,34
Bier à Sonntag 13 Pf.	6,50
Ziegenmilch à Tag ½ Maß à 8 Pf.	29,28
Sa.	586,12
Verschiedenes.	
Barbier	3,00
Schulutensilien	2,73
Bettwerk und Leinen instandhalten	15,00
Haus- und Küchengerät	3,00
Steuern	3,00
Krankenkasse	4,89
Vergnügen und Gastfreundschaft	9,00
Sterbekasse	6,00
Arzt, Apotheker, Wasserträger	1,50
Milde Gaben	0,50
Kirchliche Abgaben, Accidenzien	1,60
Kalender, Bücher, Zeitung	0,50
Sa.	50,72
Alles zusammen	900,17

(Jahrgang 1875).

13 Arbeiter- und Handwerkerbudgets aus Königsberg, gesammelt von A. Samter.

	Köpfe	Ausgaben für Ernährung. Thlr.	Kleidung. Thlr.	Wohnung. Thlr.	Heizung und Beleuchtung. Thlr.	Schule. Thlr.	Abgaben. Thlr.	Kassen. Thlr.	Diverse Thlr.	Summa Thlr.
I	7	86	25	30	37	2	1	7	17	205
II	5	130	30	40	20	—	2	—	8	230
III	3	120	30	36	30	—	2	—	20	238
IV	5	140	25	28	37	1	2	7	15	255
V	4	176	8	40	24	—	3	4	6	261
VI	3	148	33	70	25	2	2	—	—	280
VII	4	150	50	70	30	—	2	—	10	312
VIII	6	208	30	50	14	5	2	11	—	320
IX	4	208	40	60	20	—	2	3	15	348
X	7	260	—	65	30	7	2	—	—	364
XI	5	230	30	60	25	15	4	26	10	400
XII	6	250	50	40	45	5	4	31	43	468
XIII	6	250	75	84	20	50	4	31	18	532
	65	2356	426	673	357	87	32	120	162	4213
Durchschnitt	5	181	33	52	27					324

Von diesen Budgets scheinen uns auch noch I wegen der sehr geringen Ausgabe für Nahrung bei 7 Köpfen und X wegen des gänzlichen Mangels an Ausgaben für Kleidung und an diversen Ausgaben nicht genau zu sein.

(„Der Haushalt der arbeitenden Klassen von Paul Ballin", Berlin 1883.)

Einnahmen und Ausgaben eines Gartenarbeiters in Charlottenburg, aufgenommen 1882.

Die Familie besteht aus Mann, Frau und 4 Kindern von 18, 13, 7 und 1 Jahr. Der Mann arbeitet im Königl. Schloßgarten, die älteste Tochter verdient ihren Lebensunterhalt durch Plätten und zahlt an die Eltern für Wohnung und Kost wöchentlich 5 Mk.

Einnahmen.

Mann:	35 Wochen à 12 Mk., 17 Wochen à 9 Mk.	573,00 Mk.
	Nebenverdienst durch Überstunden, Nachtwachdienst im Königl. Garten etc.	210,00 „
Tochter:	Zuschuß zum Haushalt	260,00 „
	zusammen	1043,00 Mk.

Ausgaben.

		wöchentlich	jährlich
Nahrung:	Fleisch	1,00 Mk.	52,00 Mk.
	Milch	1,05 „	54,60 „
	Käse oder Wurst	0,60 „	31,20 „
	Schmalz	2,00 „	104,00 „
	Schwarzbrot	3,00 „	156,00 „
	Weißbrot etc.	1,40 „	72,80 „
	Kartoffeln	1,00 „	52,00 „
	Gemüse	0,50 „	26,00 „
	Zucker	0,70 „	36,40 „
	Kaffee	0,55 „	28,60 „
	Salz, Gewürze	0,10 „	5,20 „
	Branntwein	0,60 „	31,20 „
		12,50 Mk.	650,00 Mk.
Kleidung:	Geschätzt auf (ohne die Kleidung der ältesten Tochter)		100,00 „
Wohnung:	Hof, eine Treppe hoch, Stube, Kammer, Küche		132,00 „
Feuerung:	Feuerungsmaterial		70,00 „
	Petroleum		14,40 „
	Streichhölzer, Docht etc.		5,20 „
		zusammen	89,60 Mk.
Sonstige Ausgaben:			
	Reinigungsmaterial		17,10 „
	Rasieren, wöchentlich 10 Pf.		5,20 „
	Gesundheitspflege		9,00 „
	Steuern		7,38 „
	Tabak und sonstige Ausgaben		31,20 „
		zusammen	69,88 Mk.
		Sämtliche Ausgaben	1041,48 Mk.

Die Familie hat keine Ersparnisse, aber auch keine Schulden.

(„Der Haushalt der arbeitenden Klassen von Paul Ballin“, Berlin 1883.)

Einnahmen und Ausgaben eines anderen Gartenarbeiters in Charlottenburg, aufgenommen 1882.

Die Familie besteht aus Mann, Frau und 4 Kindern von 10, 5, 3 und 2 Jahren. Der Mann arbeitet im Königl. Schloßgarten, die Frau wäscht außer dem Hause, jedoch nicht regelmäßig.

Einnahmen.

Mann:	Verdienst, einschließlich der Nebeneinkommen	741,75 Mk.
Frau:	Waschlohn durchschnittlich, ohne die beim Waschen empfangene Kost	150,00 „
	zusammen	891,75 Mk.

Ausgaben.

		wöchentlich	jährlich
Nahrung:	Fleisch und Wurst, 1½ Pfd.	1,00 Mk.	52,00 Mk.
	Milch	0,70 „	36,40 „
	Eier und Käse	0,30 „	15,60 „
	Butter ½ Pfd. à 1,20 Mk.	0,60 „	31,20 „
	Schmalz 1½ Pfd. à 80 Pf.	1,20 „	62,40 „
	Brot, 6 Stück à 50 Pf.	3,00 „	156,00 „
	Mehl, Reis, Erbsen etc.	0,50 „	26,00 „
	Kartoffeln, ½ Schffl. à 2 Mk.	1,00 „	52,00 „
	Gemüse	0,50 „	26,00 „
	Zucker, 1 Pfd. à 40 Pf.	0,40 „	20,80 „
	Kaffee, ¼ Pfd. à 1,20 Mk.	0,30 „	15,60 „
	Zichorie, Salz, Essig etc.	0,20 „	10,40 „
	Bier und Branntwein	0,70 „	36,40 „
		10,40 Mk.	540,80 Mk.
Kleidung:	Geschätzt auf		96,00 „
Wohnung:	Hof, drei Treppen hoch (nur Stube und Küche		132,00 „
Feuerung:	Kohlen und Holz		60,00 „
	Petroleum, monatlich 50 Pf. bis 1 Mk.		9,00 „
	Streichhölzer. Docht etc.		3,60 „
		zusammen	72,60 Mk.
Sonstige Ausgaben:			
	Haus- und Küchengerät		5,00 „
	Reinigungsmaterial		20,00 „
	Rasieren, wöchentlich 10 Pf.		5,20 „
	Arzt und Apotheker		5,00 „
	Steuern (befreit).		
	Tabak, wöchentlich 25 Pf.		13,00 „
		zusammen	48,20 Mk.
		Sämtliche Ausgaben	889,60 Mk.

Die Familie hat keine Ersparnisse und auch keine Schulden.

(Prof. Dr. Böhmert, „Arbeiterverhältnisse u. Fabrikeinrichtungen der Schweiz", Zürich 1873.)

Budget einer Züricher Metallarbeiterfamilie von 5 Personen.

	Nahrung.	Jährlicher Verbrauch			
1.	Fleisch pro Tag 1½ Pfd.	465	frs.	37	ctms.
2.	Brot „ „ 4 „	321	„	20	„
3.	Kartoffeln 10 Ztr. à 5 fr.	50	„	—	„
4.	Milch 1½ Maß à 28 cts.	153	„	30	„
5.	Butter	75	„	—	„
6.	Kaffee und Zichorien, wenigstens	39	„	—	„
7.	Mehl	20	„	50	„
8.	Gemüse pro Tag für 15 cts.	54	„	75	„
9.	Wein	100	„	—	„
	Sa.	1279	frs.	12	ctms.
10.	Wohnung	350	„	—	„
	Kleidung.				
11.	Schuhwerk wenigstens	100	„	—	„
12.	Kleider	100	„	—	„
13.	Wäsche und Bettzeug	50	„	—	„
	Sa.	250	frs.	—	ctms.
	Für Heizung und Beleuchtung.				
14.	Brennmaterialien	100	„	—	„
15.	Beleuchtung	18	„	75	„
	Sa.	118	frs.	75	ctms.
	Verschiedenes.				
16.	Arzt und Medizin	50	„	—	„
17.	Lehrmittel für Kinder	6	„	50	„
18.	Militär (Arbeitsversäumnis und Verbrauch während der Übungszeit von durchschnittlich 10 Tagen	50	„	—	„
19.	Geburts- und Sterbefälle	40	„	—	„
20.	Steuern	28	„	—	„
21.	Monatlicher Beitrag in die Kranken- etc. Kassen	40	„	80	„
	Sa.	215	frs.	30	ctms.
	Summa	2213	frs.	17	ctms.

Der Arbeiter hat pro Tag 5 Cts., also jährlich 15 Frs. in die Krankenkasse, und in die Gewerkvereinskasse der Metallarbeiter monatlich 1 Fr. 90 Cts. zu steuern.

(Jacobi, „Über den neuesten Stand der gewerblichen Arbeitslöhne in Niederschlesien", Arbeiterfreund 1875.)

I. Budget eines Maurergesellen, Liegnitz 1875,

Mann, Frau und 2 Kinder. Er ist ein sehr ordentlicher und strebsamer Mann. Das Budget ist von dem Maurergesellen selbst geführt und deshalb genau.

Nahrung:		
Brot	130 Mk.	
Butter	156 „	
Kartoffeln	24 „	
Fleisch	52 „	
Kaffee, Zucker etc.	104 „	466,00 Mk.
Kleidung		150,00 „
Wohnung		90,00 „
Feuerung		52,00 „
Schulgeld, Bücher		18,00 „
Kassenbeitrag		26,70 „
Klassensteuer		3,00 „
Kommunalsteuer		7,20 „
		812,90 Mk.

II. Budget eines wohlgestellten Arbeiters der Gebirgsgegend,

bestehend aus ihm, seiner Frau und 4 unerzogenen Kindern. 1874.

Ausgabe.

	die Woche		das Jahr	
	Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.
Brot	1	—	52	—
Butter und Quark	—	13	22	16
Kartoffeln	—	12	20	29
Mehl zum Kuchen	—	3	5	6
Kaffee, Zucker, Gewürze	—	8	13	26
Salz	—	¾	1	12
Milch	—	3½	6	1
Fleisch und Gemüse			4	20
Branntwein und Bier			7	10
Zigarren			1	22
Gemeinde- und Kirchensteuern			—	8
Kleider			20	—
Stiefel und Schuhe			14	—
Miete			8	—
Holz			9	—
Geräte und Geschirre			2	15
			187	5

(Frief, „Die wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter in Schlesien und die zum Besten derselben bestehenden Einrichtungen“. Breslau 1876.)

Nach einer von sachkundiger Seite gemachten Mitteilung ist gegenwärtig im Hauptbergwerks- und Hüttenbezirk zu verrechnen auf:

Konsumartikel.	Fabrikarbeiterfamilie mit 3 Mitgliedern.		Fabrikarbeiterfamilie mit 5 Mitgliedern.		Fabrikarbeiterfamilie von 6 Mitgliedern, ein Kind über, die übrigen unter 14 Jahren.	
	Ko.	Mk.	Ko.	Mk.	Ko.	Mk.
Brot	220	80,00	400	144,00	540	198,00
Kartoffeln	2700	108,00	4050	162,00	4500	180,00
Gemüse	180	36,00	360	72,00	450	90,00
Fleisch und Fett	180	180,00	252	252,00	324	324,00
Kaffee, Zucker, Mich, Salz und Essig		72,00		108,00		144,00
Genußmittel, Bier und Schnaps		53,00		72,00		105,00
Nahrung		529,00		810,00		1041,00
Kleidung						
des Mannes		55,00		55,00		55,00
der Frau		35,00		35,00		35,00
der Kinder		15,00		44,00		75,00
zusammen		105,00		134,00		165,00
Stiefeln und Schuhe		50,00		70,00		90,00
Hausgeräte, Seife etc.		30,00		60,00		70,00
Steuern		12,00		12,00		12,00
Knappschaftsbeitrag		28,00		28,00		36,00
Wohnung		52,32		60,00		60,00
Heizung und Beleuchtung		21,60		21,60		21,60
		827,92		1195,60		1495,60

(Frief, „Die wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter in Schlesien und die zum Besten derselben bestehenden Einrichtungen“. Breslau 1876.)

Konsum einer Arbeiterfamilie von 4 Personen (Mann, Frau und 2 Kinder).

Konsumartikel.	Verbrauch pro Jahr.	Januar 1876. Berechnet nach den amtlichen Bekanntmachungen der Preise.	
		Einheitssatz	Gesamtbetrag
		Mk.	
Kartoffeln, Sack à 150 Pfd.	6 Sack	2,80	16,80
Brot, à Stück 5 Pfd.	251 Stück	0,70	175,70
Weizenmehl Nr. I.	185 Pfund	0,18	33,30
Erbsen	64 „	0,10	6,40
Graupen Nr. IV	27 „	0,30	8,10
Gries	27 „	0,20	5,40
Reis	27 „	0,30	8,10
Butter	81 „	1,15	93,15
Milch	358 Liter	0,15	53,70
Kaffee, gebrannt	26 Pfund	2,00	52,00
Zichorien	52 Pakete	0,12	6,24
Zucker	58 Pfund	0,60	34,80
Speck, amerikanischen	26 „	0,67	17,42
Fett, amerikanisches	29 „	0,60	17,40
Rindfleisch	104 „	0,50	52,00
Schweinefleisch	78 „	0,60	46,80
Salz	52 „	0,10	5,20
Seife	23 „		
Stärke	7 „		11,70
Soda	10 „		
Petroleum	52 „	0,23	11,96
Talglichte	1 „	0,48	0,70
Rüböl	6,5 „	2,00	2,80
Kohlen, 1 Tonne à 4 Ztr.	25 Tonnen	12,20	50,00
Holz, 1 Klafter = 3 Raummeter . .	1½ Klafter		13,78
Wohnungsmiete			72,00
Kleider, Wäsche und Betten			120,00
Staats-, Kommunalsteuer, Schulgeld . .			16,80
Sa.			932,27

(Nachtrag zu Prof. Dr. Freih. v. d. Goltz, „Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reiche“. Berlin 1875.)

Ausgaben einer grundbesitzenden Tagelöhnerfamilie aus Dirnstein in der Pfalz.

Die Familie ist gut situiert und besteht aus Mann, Frau und 3 Kindern, von denen eins aus der Schule entlassen.

Ausgaben für

Nahrung:

Rindfleisch, wöchentlich 1½ Pfd. . . .	44,70	Mk.
Fleisch und Schmalz von einem Schweine einschließlich des Ankaufs (17,10 Mk.)	67,20	„
Milch, 900 Liter à 11½ Pf.	102,90	„
Brot, täglich 5 Pfd.	234,60	„
Kartoffeln, 70 Ztr.	120,00	„
Kaffee, wöchentlich 1 Pfd.	59,40	„
Zichorie, 104 Pack	6,00	„
Salz, 78 Pfd.	7,80	„
Wein, Bier, Kuchen u. s. w.	34,20	„
Gelbrüben	37,10	„
	713,90	Mk.

Kleidung:

Wäsche	85,80	„
Schuhwerk	37,80	„
	123,60	Mk.

Wohnung:

Nutzung im eigenen Hause	61,80	„
Kleine Reparaturen im Hause	3,30	„
	65,10	Mk.

Feuerung:

Kohlen, 50 Zentner und etwas Holz . .	85,80	„
Beleuchtung (inkl. Salatöl)	17,10	„
	102,90	Mk.

Sonstige Ausgaben:

Ökonomiegeschirr, Arzt, Apotheke . .	8,70	„
Steuern, Umlagen, Brandkassen . . .	17,10	„
	25,80	Mk.
Sa.	1031,30	Mk.

(A. v. Studnitz, „Nordamerikanische Arbeiterverhältnisse“. Leipzig 1879.)

Das Wochenbudget einer Fabrikarbeiterfamilie der Vereinigten Staaten Nordamerikas im Jahre 1874.

Ausgaben für	Neu-england-Staaten.	Mittel-Staaten.	Süd-Staaten.	West-Staaten.	Pacific-Staaten und Territorien.	Ver-einigte Staaten.
	Dollars					
Mehl, Brot	1,18	1,14	1,21	0,80	1,00	1,06
Fleisch	1,69	1,91	1,83	1,57	1,97	1,76
Fett	0,28	0,28	6,40	0,28	0,47	0,33
Butter	0,64	0,91	0,66	0,67	0,93	0,75
Käse	0,20	0,25	0,21	0,19	0,29	0,22
Zucker und Sirup	0,66	0,67	0,78	0,70	0,86	0,70
Milch	0,46	0,47	0,51	0,37	0,88	0,52
Kaffee	0,18	0,44	0,47	0,37	0,48	0,39
Thee	0,21	0,32	0,24	0,21	0,32	0,25
Fisch	0,35	0,39	0,28	0,25	0,35	0,33
Seife, Stärke, Salz, Pfeffer, Essig etc.	0,26	0,41	0,41	0,33	0,51	0,37
Eier	0,27	0,47	0,31	0,28	0,69	0,39
Kartoffeln und Gemüse	0,38	0,64	0,64	0,57	0,89	0,60
Obst	0,37	0,48	0,42	0,32	0,70	0,43
Feuerungsmaterialien	0,89	1,00	0,97	0,97	2,25	1,14
Öl und andere Beleuchtungsstoffe	0,18	0,20	0,22	0,24	0,62	0,27
Vermischtes	0,45	0,43	0,58	0,53	2,19	0,79
Spirituosen und Tabak	0,29	0,44	0,67	0,47	1,15	0,56
Hauszins	2,15	3,05	3,07	2,02	4,93	2,92
Erziehung, Religion, Wohlthätigkeitszweck	0,79	0,66	0,49	0,68	1,20	0,67
Durchschnittlicher Betrag der wöchentlichen Ausgaben	10,78	13,05	13,18	10,50	20,85	13,10
Gesamtsumme für 52 Wochen	560,56	678,00	685,39	546,00	1084,20	681,20
Kleidung jährlich	106,65	113,82	128,28	154,78	221,48	132,82
Abgaben „	3,67	24,92	4,35	18,35	—	13,67
Durchschnittlicher Betrag aller Ausgaben im Jahre	670,22	786,42	818,07	714,75	1321,45	791,44

(„Annalen des Deutschen Reichs". 1879.)

16 Budgets elsässischer Arbeitsfamilien, aufgenommen 1875.

Stand der Arbeiter.	Ausgaben für								Einnahme in fr.
	Wohnung		Kleidung		Nahrung		Verschiedenes		
	insgesamt in fr.	in %	insgesamt in fr.	in %	insgesamt in fr.	in %	insgesamt in fr.	in %	
I. Tagelöhner mit 8 Kindern . . .	214,40	17	247,50	20	742,65	59	58,74	4	1263,25
II. „ „ 3 „ . . .	157,75	13	229,20	19	711,00	61	86,00	7	1183,95
III. Maschinenarbeiter mit 8 Kindern	252,00	14	411,00	23	881,00	51	212,00	12	1756,00
IV. „ „ 6 „	364,00	18	263,00	13	1292,00	63	137,00	6	2056,00
V. „ „ 8 „	278,00	18	195,00	13	946,00	63	87,00	6	1506,00
VI. „ „ 3 „	308,00	19	116,00	7	1099,40	66	141,10	8	1664,50
VII. „ „ 8 „	293,20	18	95,50	6	1198,00	72	62,35	4	1649,05
VIII. „ „ 3 „	215,00	16	352,00	23	835,00	54	118,00	7	1555,00
IX. „ „ 3 „	278,00	18	195,00	12	1008,00	64	90,00	6	1571,00
X. Maschinenwender „ 8 „	201,00	16	155,00	12	824,00	66	60,00	6	1240,00
XI. „ „ 4 „	156,00	8	520,00	26	1172,00	60	128,50	6	1974,50
XII. Tagelöhner „ 8 „	201,00	16	155,00	12	824,00	66	60,00	6	1240,00
XIII. Walzendrucker „ 3 „	350,00	15	350,00	15	1385,00	60	219,00	10	2304,00
XIV. „ „ 5 „	326,00	11	600,00	20	1710,00	56	407,00	13	3043,00
XV. „ „ 8 „	288,00	16	216,00	12	1130,00	61	204,00	11	1838,00
XVI. „ „ 5 „	450,00	14	700,00	21	1840,10	56	298,50	9	3288,60
	4367,85	15	4800,00	16	17598,05	61	2367,15	8	29132,85

XXIII

Fortsetzung.

Stand der Arbeiter.	Ausgaben für: Brot insgesamt in fr.	Brot in %	Fleisch insgesamt in fr.	Fleisch in %	Milch insgesamt in fr.	Milch in %	Krämerwaren insgesamt in fr.	Krämerwaren in %	Verschiedenes insgesamt in fr.	Verschiedenes in %	Insgesamt in fr.
I. Tagelöhner mit 3 Kindern von 3, 12 und 16 Jahren	286	39	83,20	11	123,05	16½	115,00	15½	135,40	18	742,65
II. " " 3 " " 3, 12 " 16 "	238	48	26,00	3½	43,80	6	143,00	20	160,20	22½	711,00
III. Maschinenarbeiter mit 3 Kindern von 3, 12 und 16 Jahren	364	42	45,00	5	240,00	27	35,00	4	197,00	22	881,00
IV. " " 6 " bis 15 Jahren	468	36	150,00	11½	160,00	12½	300,00	23	214,00	17	1292,00
V. " " 3 " von 8—16 Jahren	260	26	50,00	9	180,00	19	260,00	28	166,00	18	946,00
VI. " " 3 " " 8, 12 und 16 Jahren	300	27	195,00	18	104.00	10	300,00	27	200,40	18	1099,40
VII. " " 3 " " 4, 10 " 16 "	300	25	312,00	26	90,00	8	300,00	25	196,00	16	1198,00
VIII. " " 3 " " 8—16 Jahren	260	26	90,00	9	180,00	18	312,00	31	166,00	16	1008,00
IX. " " 3 " " 8, 12 und 15 Jahren	360	43	30,00	4	240,00	29	35,00	4	170,00	20	835,00
X. Maschinenwender " 3 " " 8—16 Jahren	260	32	40,00	5	138,00	16	260,00	32	126,00	15	824,00
XI. " " 4 " " 7, 16, 18 u. 20 Jahren	305	31	327,00	28	—	—	300,00	26	180,00	15	1172,00
XII. " " 3 " " 8—16 Jahren	260	32	40,00	5	138,00	16	260,00	32	126,00	15	824,00
XIII. Walzendrucker " 3 " " 8, 11 und 18 Jahren	360	26	330,00	24	120,00	9	417,80	30	157,20	11	1385,00
XIV. " " 5 " " 1, 2, 6, 8 und 22 Jahren	550	32	260,00	15	200,00	12	437,80	26	262,20	15	1710,00
XV. " " 3 " " 5½, 9 und 11½ Jahren	420	57	180,00	16	120,00	10	256,80	23	153,20	14	1130,00
XVI. " " 5 " " 1, 15, 18, 23 und 25 Jahren	600	33	200,00	11	261,10	14	517,60	28	262,40	14	1841,10

XXIV

(Concordia, Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter. Mainz 1882, Nr. 72/73.)

Arbeiter in der Apotheke eines Vororts von Berlin.			**Fabrikarbeiter in Wallwitzhafen bei Dessau.**
Die Frau ist Wäscherin. 2 Kinder von 11 und 6 Jahren. Ein Sohn wird noch mit Kleidung versehen.			Mann, Frau, 4 Kinder von 8, 5 und 3 Jahren und 6 Monaten.
Einnahme		1365,00 Mk	Einnahme 624,00 Mk.
Ausgaben.			
Nahrung:	wöchentl.	jährl. Mk.	Mk.
Fleisch und Speck	3½ Pfd. à 65 Pf.	118,25	46,80
Milch		46,80	14,56
Butter	¾ Pfd. à 1,10—1,20 Mk.	46,80	36,40
Käse			10,40
Fett	3½ Pfd. à 80 Pf.	145,60	15,60
Schwarzbrot	4½ St. à 50 Pf.	117,00	156,00
Weißbrot	ca. 7 Pfd. à 20 Pf.	72,80	
Kartoffeln	20 Liter à 5 Pf.	52,00	41,60
Gemüse, Reis		52,00	18,20
Mehl			Reis etc. 18,20
Kaffee und Zichorien		36,40	18,20
Zucker 1 Pfd.		26,00	5,72
Salz und Gewürz		7,80	14,56
Bier und Tabak		3,00	6,76
	Sa.	724,45	Sa. 403,00
Kleidung:			
Kleidung		76,00	} 72,80
Wäsche		36,00	
Schuhwerk		64,20	
	Sa.	176,20	
Wohnung:			
Jahresmiete		126,00	104,00
Feuerung:			
Heizmaterial		75,00	41,60
Beleuchtung		15,00	5,72
	Sa.	90,00	Sa. 47,32
Sonstige Ausgaben:			
Haus- und Küchengerät		15,00	
Bettzeug		12,00	
Reinigungsmaterial		10,00	15,60
Schulgeld 15 Mk., Bücher etc. 9 Mk.		24,00	13,00
Steuern		13,20	5,20
Kranken- und Sterbekasse		15,60	5,20
	Sa.	89,80	Sa. 39,00

Arbeiter in der Apotheke:

Einnahmen 1365,00 Mk.
Ausgaben 1206,45 „
Überschuß 158,55 Mk.

Fabrikarbeiter in Wallwitzhafen:

Einnahme 624,00 Mk.
Ausgaben 666,00 „
Defizit 42,12 „ durch die Frau gedeckt.

(Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, Jahrgang 1880.)

Budget eines Uhrschildmachers im badischen Schwarzwalde (Hausindustrie), aufgenommen von G. Schnapper-Arndt 1878.

Mann, Frau, Sohn 8½ Jahr, Tochter 7½ Jahr.

Besitz:		
Möbel, Wäsche, Haus- und Küchengerät	962,60	Mk.
Arbeitsgeräte	78,10	„
Kleidung, Leibwäsche, Schmuck . . .	538,00	„
Ersparnisse	160,00	„
zusammen	1783,70	Mk.

Ausgaben.

I. Für Nahrung.

	Mk.
1. Getreide, Mehl, Mühlenfabrikate.	
Weizenmehl 37½ Pfd. à 23 Pf.	8,62
„ 12½ „ à 21 „	2,62
Gries 3 Pf. à 24 Pf.	0,72
Hafermehl 30 Liter à 23 Pf. .	6,90
	18,86
2. Brot, täglich 1 St. à 4 Pfd. à 14 Pf.	204,40
Weißbrot, wöchentl. 1 „ à 20 „	10,40
	214,80
3. Kartoffeln jährl. 450—540 Liter (15 L. = 1 Mk.)	33,00
4. Gemüse etc.	
Weißkohl 70 Köpfe à 8 Pf. .	5,60
Weiße Rüben 7½ Liter à 4 Pf.	0,30
Schoten 6 Liter à 7½ Pf. . .	0,45
Blumenkohl, Salat, Rettig, Zwiebeln	7,40
Reis 3 Pfd. à 30 Pf.	0,90
Erbsen 3½ Pfd. à 30 Pf., davon selbst geerntet für 7 Mk. . .	1,05
	15,70
5. Fleisch.	
Kuhfleisch, Sonntags 1 Pfd. à 64 Pf.	33,28
Produkte eines halben Schweines	84,00
	117,28
6. Eier 80—100 St.	4,00
7. Milch wöchentl. 9 Liter à 16 Pf.	74,88
8. Butter 30 Pfd. à 90 Pf. . .	27,00
Käse 10 „ à 15 „ . . .	1,50
	28,50
9. Andere Fette, Schmalz . .	11,50
10. Gewürze.	
Salz 52 Pfd. à 12 Pf. . . .	6,24
Zimt 24 Gramm	0,10
Salatöl 2 Liter à 1,60 Mk. . .	3,20
Essig, 4—5 Liter à 18 Pf. . .	0,80
	10,34
11. Genußmittel.	
Zucker 20 Pfd. à 55 Pf. . .	11,00
Honig ½ Liter	0,70
Kaffee 3 Pfd. à 1,50 Mk. . .	4,50
Zichorie 8 Pfd. à 40 Pf. . .	3,20
Schokolade 3 Täfelchen . . .	0,36
	19,76
12. Getränke.	
Wein 60 Liter à 50 Pf. . . .	30,00
Tabak und Zigarren	8,40
Branntwein 4½ Liter	2,75
	41,15

	Mk.
13. Sonstige Ausgaben.	
Obst	4,53
14. Verzehr außer dem Hause.	
Bier	30,00
dazu Freitisch eines Kindes bei den Großeltern	72,00
zusammen	696,80

II. Kleidung.

	Mk.
Kleidung des Mannes	18,00
„ der Frau und Knaben	20,00
Wäsche	10,30
Fußbekleidung des Mannes	13,00
„ der Frau	9,00
Sonstige Ausgaben	10,32
	80,62

III. Wohnung

	Mk.
Miete	80,00
Mobiliar und Hausgerät	38.60
Andere Wohnungsausgaben	4,90
	123,50

IV. Heizung und Beleuchtung.

	Mk.
Brennmaterial	79,08
Beleuchtungsmaterial	16,50
	95,58

V. Gesundheitspflege, Reinlichkeit, Vorsorglichkeit.

	Mk.
Arzt und Apotheke	80,00
Seife, Soda, Stärke, Haaröl	13,36
	93,36

VI. Geistespflege.

	Mk.
Schulgeld	3,60
Schulutensilien, Bücher, Kalender etc.	9.50
Sonstige Ausgaben	5,20
	18.30

VII. Rechtsschutz etc.

	Mk.
Staats- und Gemeindesteuer	16,98
Alles zusammen	1125,64

Einnahme	1302,02	Mk.
Ausgabe	1125,64	„
Rest	176,38	Mk.

(Zeitschrift d. Königl. Sächs. Stat. Bur., Jahrg. XXXI 1885, Heft 3 und 4.)

Budget einer Weberfamilie in Hayn bei Oybin.

Alter des Mannes 45 Jahr. Alter der Frau 38 Jahr. Zahl der Kinder 4 im Alter von 15, 10, 4 und 2 Jahren.

Vorfragen:

1. Aus welchen Räumen besteht die Wohnung? 1 Stube, 1 Kammer, 1 Bodenraum, 1 Kellergelaß.
2. Welche Nahrungsmittel sind die hauptsächlichsten, Brot, Kartoffeln, Gemüse und Mehl? Brot und Kartoffeln.
3. Wie oft in der Woche besteht die Tagesmahlzeit aus Fleischspeisen? — mal. Welches Fleisch (Rind- oder Schweinefleisch) hat den Vorzug?

Die Ausgaben für den Lebensunterhalt betragen pro Woche:

Bezeichnung der Bedarfsgegenstände.	Liter	Kilo	Stück	Mk.	Pf.	Bemerkungen.
Brot	—	21	—	4	6	
Weizenmehl	—	—	—	—	—	
Roggenmehl	—	1	—	—	26	
Kartoffeln	—	—	—	—	—	Werden selbst erbaut.
Gemüse (Erbsen, Linsen, Bohnen, Muß etc.)	—	—	—	—	—	
Kaffee	—	—	—	—	—	
Zichorien	—	—	—	—	9	
Zucker	—	—	—	—	—	
Semmel	—	—	—	—	—	
Milch (zu dem Haushalt gehört eine Kuh)	—	—	—	—	—	
Eier	—	—	—	—	—	
Butter	—	½	—	—	40	Böhmische.
Fett	—	—	—	—	—	
Quark	—	—	—	—	—	
Speck	—	—	—	—	—	
Fleisch	—	—	—	—	—	
Fische (Heringe)	—	—	—	—	—	
Salz	—	½	—	—	10	
Pfeffer und ander Gewürz	—	—	—	—	—	
Seife	—	½	—	—	10	
Stärke	—	—	—	—	—	
Soda	—	—	—	—	—	
Petroleum	½	—	—	—	12	
Rüböl	—	—	—	—	—	
Talglichte	—	—	—	—	—	

Sa. 5 M. 13 Pf. × 52 Wochen = 266,76 Mk.

Dazu:

Wohnungsmiete pro Jahr? Das Haus ist Eigentum	— Mk.
Schuldzinsen für 1350 Mk. zu 4 %	54,00 „
Kleidung pro Jahr (Schuhmacher und Schneider)	— „
Wäschartikel, Zwirn, Band etc.	12,00 „
Kohlen und Holz pro Jahr	20,00 „
Kochgeschirr und Küchengerät etc. pro Jahr	2,00 „
Schulgeld pro Jahr	5,20 „
Staatssteuern pro Jahr, Brandversicherung 2,24 Mk., Rente 1,28 Mk., Grundsteuer 1,04 Mk., Einkommensteuer 1 Mk.	5,56 „
Gemeindesteuern pro Jahr	9,81 „
Beitrag f. Lebensversicherung, Krankenversich., Verein (Militär-, Turnverein)	— „
Ausgaben für Vergnügungen, Bier außer dem Hause, Tabak etc.	10,00 „
	385,33 Mk.

(Zeitschrift d. Königl. Sächs. Stat. Bur.,

Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung von R. v.

Budgets von

Ort	Zahl der Kinder über 14	Zahl der Kinder 6—14	Zahl der Kinder unter 6	Gesamt-Jahres-Ausgaben	pro Woche: Brot	Mehl	Kartoffeln	Gemüse	Genußmittel	Milch	Eier
				Mark	Pfennige						
Johnsdorf	2	—	—	395,84	270	26	60	10	14	17	—
Hirschfelde	—	1	—	477,86	232	39	40	42	47	12	—
Johnsdorf	—	—	2	439,36	224	42	150	—	10	10	—
Oberseifersdorf	1	—	1	443,52	238	36	48	20	40	60	—
Wittgendorf	—	1	1	493,00	186	63	180	60	58	36	—
Hainewalde	—	1	2	462,00	248	48	75	9	13	7	—
dito	—	—	4	464,14	226	30	90	—	35	30	—
Mitteloderwitz	1	2	—	424,84	250	48	80	16	10	15	—
Niederoderwitz	—	1	1	298,00	110	38	89	8	10	10	—
Oberseifersdorf	—	2	—	455,58	228	45	72	20	38	43	—
Ostritz	—	1	1	435,00	156	25	67	15	51	42	—
dito	—	2	2	469,50	174	36	89	20	30	42	—
Schönfeld	—	—	2	478,32	220	50	175	—	35	35	—
Seifhennersdorf	—	3	—	425,10	350	25	90	7	13	10	—
Spitzkunnersdorf	—	—	2	481,36	$193\frac{1}{2}$	38	75	15	39	35	—
Wittgendorf	—	—	2	398,32	220	48	75	—	8	6	—
Berzdorf	—	2	2	590,19	300	78	80	—	26	42	—
Niederoderwitz	—	2	—	563,56	272	38	100	26	15	11	—
Spitzkunersdorf	1	2	—	511,89	280	52	120	—	10	10	—
Berzdorf	—	2	1	538,17	330	78	65	20	10	14	—
Hainewalde	—	2	—	558,96	298	65	98	45	35	12	—
Mittelweigersdorf	—	1	1	547,82	248	21	150	—	47	20	10
Seifhennersdorf	—	2	1	525,99	$250\frac{5}{12}$	26	25	20	10	24	—
Spitzkunersdorf	—	2	2	536,69	275	36	120	30	25	30	—
Hainewalde	—	3	2	637,55	360	70	11	—	40	—	—
Mitteloderwitz	—	3	1	609,17	336	56	130	—	17	15	—
Obersdorf	—	2	1	614,92	230	53	137	10	15	105	2
Schönfeld	—	3	1	653,98	288	50	300	—	18	15	—
Waltersdorf	—	1	1	651,93	381	39	16	—	25	—	—
Großschöna	1	2	—	615,37	299	78	—	9	22	21	—
dito	1	1	—	701,97	320	31	—	10	23	—	—
dito	—	3	1	776,76	400	54	67	16	4	—	15
Mittelweigersdorf	—	3	1	761,96	440	72	200	10	35	42	—
Spitzkunersdorf	2	1	—	711,82	378	84	—	64	49	—	—
Tittelsdorf	1	4	3	706,10	487	90	150	—	26	7	—
Seithennersdorf	—	2	—	930,20	$350\frac{5}{12}$	54	180	70	10	35	—
Waltersdorf	—	2	3	891,89	399	88	150	10	50	70	—
Mittelweigersdorf	2	—	—	982,34	385	56	180	24	49	36	10
Großschöna	1	1	—	1138,80	398	66	150	15	115	70	30
dito	—	2	—	1075,32	220	35	225	20	78	56	10

XXXI. Jahrg. 1885, Heft 3 und 4.)

der Handwerker im Bezirk der Amtshauptmannschaft Zittau Schlieben.

Weberfamilien.

berechnet.							pro Jahr berechnet.							
Butter	Fett	Fleisch	Gewürze	Summa	Reinigung	Beleuchtung	Miete	Kleidung	Heizung	Küchengerät	Schulgeld	Steuern, Gemeindeabgaben	Versicherung	Vergnügungen
Pfennige							Mark							
100	—	35	10	542	15	20	—	45,00	16,00	2,00	—	15,79	—	8,00
120	8	38	11	584	13	21	72	24,00	25,40	2,00	7,00	4,50	—	8,50
136	15	14	10	611	20	36	27	30,00	18,00	2,00	—	14,52	—	1,00
180	41	35	6	704	17	28	—	31,10	25,00	1,50	—	15,05	2,40	—
120	—	56	10	769	18	17	—	15,00	30,00	—	5,00	4,20	—	20,07
120	30	68	11	629	14	22	30	24,00	28,00	2,00	5,00	3,20	—	24,00
100	60	77	10	658	23	36	30	18,00	31,00	1,00	—	3,20	3,00	5,10
104	28	40	10	601	16	15	39	20,00	30,00	1,00	5,20	1,00	—	—
55	20	41	11	392	16	12	27	20,00	24,00	1,00	12,48	2,50	—	—
180	—	37	10	673	16	19	15	23,40	20,74	2,00	12,48	3,60	2,40	7,80
100	8	59	9	532	25	24	45	40,00	30,00	3,00	6,00	5,50	—	5,00
100	20	25	10	546	30	24	48	50,00	35,00	4,00	12,00	5,50	—	3,00
200	10	—	13	738	20	18	18	20,00	30,00	1,00	3,60	2,20	—	—
76	20	500	12	1103	15	22	30	39,50	34,20	1,00	25,00	2,00	—	4,00
150	48	$15\frac{8}{40}$	12	$620\frac{19}{20}$	22	22	30	20,00	36,00	3,00	3,50	3,62	1,80	10,00
110	—	—	10	477	15	24	25	10,00	30,00	—	—	—	—	5,00
220	6	42	10	804	21	12	45	40,00	40,00	2,00	3,00	7,58	1,46	—
110	50	36	11	669	16	22	87	30,00	40,00	2,50	10,40	18,02	—	8,00
96	30	24	16	638	19	29	40	44,00	41,00	2,00	11,04	12,18	—	—
165	40	76	15	813	13	12	—	50,00	20,00	2,00	14,40	5,91	—	10,00
180	25	31	13	802	17	24	33	35,00	30,00	4,00	10,00	3,60	—	5,00
180	—	—	23	699	20	22	—	92,00	39,00	4,00	5,20	2,60	—	3,00
152	36	$10\frac{8}{20}$	12	$565\frac{79}{800}$	13	22	67	17,00	45,00	1,50	12,05	2,36	3,00	20,00
160	10	20	11	717	19	47	36	20,00	50,00	1,00	11,04	3,38	—	—
240	40	74	21	856	28	25	—	54,00	50,00	3,00	15,00	25,97	4,00	12,00
240	40	12	18	864	23	20	72	36,00	36,00	3,00	10,40	22,18	—	—
240	45	53	12	902	21	23	10	24,00	40,00	2,60	10,40	16,00	—	20,00
300	5	—	23	999	18	22	12	36,00	45,00	1,00	5,20	14,50	—	—
—	60	97	20	638	20	26	69	80,00	48,00	5,00	8,00	16,25	—	40,00
164	20	32	13	658	13	32	108	38,00	43,00	1,50	19,40	42,50	7,60	8,00
190	60	59	13	706	15	27	86	125,00	65,00	3,00	12,00	23,43	—	15,00
110	75	76	20	837	24	35	75	50,00	50,00	6,00	21,60	3,25	—	15,00
150	8	44	20	1021	26	16	—	90,00	40,00	3,00	15,60	13,00	—	6,00
160	42	117	21	915	26	43	75	20,00	60,00	4,00	5,76	19,88	7,50	8,00
240	90	30	13	1133	33	14	—	60,00	20,00	—	—,00	—	—	12,50
324	—	$114\frac{8}{20}$	7	$1144\frac{79}{800}$	20	22	96	35,00	47,00	2,00	18,00	3,40	6,00	65,00
195	43	97	25	1127	32	17	72	90,00	50,00	2,00	10,00	28,78	—	12,00
240	40	50	25	1095	34	54	—	30,00	20,00	3,00	—,00	17,98	—	10,00
90	50	156	35	175	54	67	75	100,00	60,00	8,00	7,20	28,68	—	36,00
240	75	123	14	1096	34	36	54	130,00	60,00	15,00	14,40	21,50	3,60	120,00

(Zeitschrift d. Königl. Sächs. Stat. Bur., XXXI. Jahrg. 1885, Heft 3 und 4.)

Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung der Handwerker im Bezirke der Amtshauptmannschaft Zittau.

Ort.	Es kosteten																			
	Kartoffeln pro Ztr.				Brot pro Kilo.				Schweinefleisch pro Kilo.				Rindfleisch pro Kilo.				Butter pro Kilo.			
	1855	1865	1875	1885	1855	1865	1875	1885	1855	1865	1875	1885	1855	1865	1875	1885	1855	1865	1875	1885
	Mk.				Pf.															
Bertsdorf . .	3,00	2,50	4,00	2,00	18	16	22	18	80	90	140	120	60	68	112	108	160	200	200	220
Großschönau .	2,00	1,80	1,60	1,20	28	24	23	20	120	100	130	120	80	80	100	108	280	220	220	240
Hirschfelde . .	3,50	2,65	3,50	1,80	29	20	22	19	130	120	120	120	100	100	108	108	150	180	220	260
Reichenau . .	3,00	3,00	2,50	2,00	28	20	20	18	96	100	130	120	60	68	108	108	160	200	220	240
Mitteloderwitz .	3,60	1,50	2,10	1,80	36	16	23	19	—	90	124	120	—	72	100	108	120	160	220	240
Mittelweigersdorf	2,70	3,00	3,20	2,00	24	17	21	18½	100	112	130	120	80	88	100	100	160	200	220	240
Seifhennersdorf	3,50	3,00	3,50	2,00	18	16	18	19	72	100	120	120	60	80	108	108	140	160	220	240
Spitzkunersdorf	—	2,00	2,30	2,00	—	15	22	18	—	88	110	120	—	70	100	108	—	180	220	208

Die Löhne für gewebte Stoffe haben sich nach verschiedenen Angaben folgendermaßen erhöht:

in Großschönau . . von 1852/59—1872/85 um 24,5 %, Die Löhne von 1872—85 sind sich gleich geblieben.
„ 1859/62—1872/85 „ 25,8 %,
„ 1864—1885 „ 19,38 %,
in Hörnitz, Johnsdorf „ 1852/55—1884/85 „ 22,2 %,
„ 1856—1872/85 „ 9,5 %, während der Preis der Waren von 1850—72 um 12,4 %, von 1850—85 nur um 10,08 % sich gesteigert hat.

Hiernach hat die Preissteigerung des Jahres 1872 eine Lohnerhöhung, die Preisminderung des Jahres 1885 bis jetzt noch keine Abminderung des Lohnes im Gefolge gehabt.

XXXI

(Jahresbericht der Königl. Sächs. Gew.- und Berginspektoren für 1885.)

Budget eines Schlossers.

Mann, Frau und 2 Mädchen im Alter von 11 und 13 Jahren.

Wöchentliche Ausgaben.

Wohnungsmiete	3,00	Mk.
Feuerung	1,20	„
Steuern	0,54	„
Schulgeld	0,50	„
Krankenkasse	0,64	„
Feuerversicherung	0,08	„
Lektüre	0,12	„
Schulbücher und Schreibmaterial	0,15	„
Kleidung	3,00	„
Schuhwerk	0,80	„
Bettwäsche und Handtücher	0,30	„
Garn, Zwirn, Band	0,20	„
Seife, Soda	0,40	„
Petroleum	0,35	„
Wichse und Streichhölzer	0,12	„
Brot, täglich 2½ Pfd.	2,00	„
Fleisch, täglich ½ Pfd.	3,00	„
Kartoffeln, täglich 2 Ltr.	0,80	„
Hülsenfrüchte	0,50	„
Gemüse	0,40	„
Butter 3 Stück	2,10	„
Käse	0,28	„
Eier	0,20	„
Mehl	0,25	„
Salz	0,05	„
Essig und Speiseöl	0,10	„
Kaffee	0,50	„
Zucker	0,10	„
Milch	0,35	„
Bier	0,70	„
Sa.	22,73	Mk.

Giebt im Jahre 1181,96 Mk.
Verdienst . . 1200,00 „

(P. Dehn, Annalen des deutschen Reichs, Jahrg. 1880—81.)

Münchener Arbeiterbudgets 1880.

Maurergeselle, Ehepaar mit 2 Kindern von 1 und 8 Jahren.

Einnahme 1300 Mk.

Ausgaben:

Nahrung (des Mannes, 312 Tage außer dem Hause):

	tägl.	jährl.	
Frühstück mit Bier	18 Pf.	56,16	Mk.
Mittag	60 „	187,20	„
Vesper	22 „	68,64	„
Abendessen	20 „	62,40	„
Bier extra 1½ Ltr.	36 „	112,32	„
Sonstige Nahrungsmittel		89,34	„
Bier Sonntags		49,92	„
Kostgeld für Kinder		365,00	„
		980,98	Mk.

Kleidung	107,00	Mk.
Wohnung	72,00	„
Feuerung	43,00	„
Hausgerät	4,00	„
Seife	5,60	„
Zeitung	5,00	„
Schulgeld	12,00	„
Gesundheitspflege	40,00	„
Abgaben	8,50	„
Feuerversicherung	1,50	„
Krankenkasse	19,60	„
Vergnügen	20,00	„
Tabak	8,00	„
	1337,18	Mk.

Defizit 37,18 Mk.

Tischlergeselle, Ehepaar mit 2 Kindern von 1 und 8 Jahren.

Einnahme 1512 Mk.

Ausgaben:

Nahrung.

	tägl.	jährl.	
Fleisch	41 Pf.	149,46	Mk.
Milch	30 „	109,50	„
Butter oder Schmalz	18 „	65,70	„
Brot	32 „	116,80	„
Kartoffeln, Gemüse	20 „	73,00	„
Zucker	5 „	18,25	„
Kaffee	12 „	43,80	„
Mehl, Salz	11 „	40,15	„
Käse, Eier, Obst	15 „	54,75	„
Bier 2 Ltr.	48 „	175,20	„
Vesper des Mannes außer dem Hause		112,00	„
		958,80	Mk.

Kleidung.

Kleidung	110,00	Mk.
Wäsche	12,00	„
Schuhwerk	52,00	„
	174,00	Mk.

Wohnung	144,00	Mk.
Feuerung	80,00	„
Sonstige Ausgaben.		
Hausgerät	5,00	„
Reinigung	22,95	„
Arzneien	9,00	„
Zeitung	5,00	„
Schulgeld	17,00	„
Vereine	3,00	„
Abgaben	8,50	„
Krankenkasse	39,20	„
Lebensversicherung	15,00	„
Feuerversicherung	1,50	„
Vergnügen	15,00	„
Tabak	10,00	„
	146,15	Mk.

Einnahme	1512,00	Mk.
Ausgaben	1502,95	„
Überschuß	9,05	Mk.

(P. Dehn, Annalen des deutschen Reichs, Jahrg. 1880—81.)

	Nürnberger Arbeiterfamilie. Mann, Frau und Kind von 2 Jahren.		**Monteur einer Maschinenfabrik in Nürnberg.** Mann, Frau, 3 Kinder von 1, 9 und 15 Jahren.	
Nahrung:	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Fleisch	163	80	255	—
Milch	54	60	110	—
Brot	130	30	200	—
Zucker	24	96	} 236	—
Kaffee	25	—		—
Krämerwaren	182	50		—
Bier	87	60	87	—
Kleidung:				
Kleider	70	—	} 150	—
Schuhwerk	40	—		
Wohnung:				
Miete	136	—	155	—
Feuerung:				
Holz	54	—	} 100	—
Steinkohlen	15	—		
Beleuchtung	15	60		
Sonstige Ausgaben:				
Arzt und Apotheke	—	—	40	—
Schulgeld und Bücher	—	—	14	—
Abgaben	—	—	10	—
Krankenkasse	} 62	—	32	—
Lebensversicherung			27	—
Feuerversicherung	—	—	3	—
Verschiedene Ausgaben	30	—	30	—
	1091	96	1449	—

(P. Dehn, Annalen des deutschen

Berliner Mittel-

A. Kaufmännische Familie. Kinder 14, 11 und 5 Jahre alt. Dienstmagd.

		Ungefähre Ausgaben
Wohnung: 5 Zimmer mit allem Komfort.		Mk.
Miete (jährlich)		1200
Mietssteuer		80
Möbel, Haus- und Küchengerät		100
Heizungsmaterialien, täglich drei Zimmer 5 Monate hindurch geheizt mit je 20 Preßkohlensteinen = 9000 Preßkohlensteine	81 Mk.	
dazu für Küche Holz für	39 „	
Torf	30 „	
		150
Beleuchtung (meist Petroleum)		90
Lohn der Magd		150
Nahrungsmittel: pro Kopf und Tag 1 Mk.		
Die Hausfrau erhält 188 Mk. Haushaltungsgeld monatlich und verbraucht für		
Weißbrot	12,00 Mk.	
Brot	15,00 „	
Milch, täglich 2 Ltr. à 20 Pf.,	12,00 „	
Fleisch, täglich 2 Pfd à 80 Pf.,	48,00 „	
Gemüse	10,00 „	
Kaffee, pro Woche 1 Pfd.,	6,50 „	
Kartoffeln	7,50 „	
Butter, wöchentlich 4 Pfd. à 1,30	20,00 „	
Schmalz, 4 Pfd. monatlich,	3,00 „	
Zucker, 6—8 Pfd. monatlich	4,00 „	
Aufschnitt, Obst und Käse	25,00 „	
Bier für die Familie	12,00 „	
Seife, Wichse, Bürsten	5,00 „	
	180 × 12 =	2160
Kleidung:		
Für Mann		150
„ Frau		150
„ Kinder		300
Schuhwerk:		
Für Mann		50
„ Frau		50
„ Kinder		50
Wäsche		120
Direkte Steuern:		
Kommunal-, Einkommensteuern je 3 % von 6000 Mk. Einkommen		180
Staatssteuern		180
Gesundheits- und Krankenpflege:		
Arzt und Arzneikosten		90
Versicherungs-Beiträge		75
Bäder		30
Geistige Bedürfnisse:		
Unterricht, Schulgeld für 2 Kinder 192 Mk., Musikstunden 100 Mk.,		292
Zeitungen, Bücher		50
Vereine		—
Sonstige Bedürfnisse:		
Theater, Konzerte, Vergnügen		150
Tabak und Zigarren		75
Bier für den Mann		75
	Summa	5997

Reichs, Jahrgang 1880.)

stands - Budgets.

B. Bürgerliche Familie. Kinder 16, 14 und 10 Jahre alt.

im Jahre 1880.

Wohnung: drei Zimmer, Kammer und Küche. Mk.

. . . . 600
. . . .

. . . . —

täglich 2 Zimmer 5 Monate hindurch geheizt mit je 15—20 Preßkohlensteinen,
= 5500 Stück . . . . 50 Mk.
. . . . 20 „
. . . . 30 „

100

. . . . 36
. . . . —

Die Hausfrau erhält monatlich 120 Mk. Haushaltungsgeld und verbraucht für
Brot und Frühstück . . . . 15,00 Mk.

. . . . . 1½—2 Ltr. . . . . 9,00 „
. . . . . täglich 1½ Pfd. à 80 Pf . . . . 36,00 „
. . . . 7,50 „
. . . . . 3 Pfd. . . . . 4,50 „
. . . . . 1½—2 Scheffel . . . . 4,00 „
. . . . . wöchentlich 2 Pfd. à 1,20 Mk. . . . . 12,00 „
. . . . . monatlich 2—2½ Pfd. . . . . 1,50 „
. . . . . monatlich 6—8 Pfd. . . . . 4,00 „
. . . . 20,00 „
. . . . 5,00 „
. . . . 1,50 „

120 × 12 = 1440

. . . .
. . . . 300
. . . .

. . . .
. . . . 110
. . . .
. . . . 90

Steuern sind bei der Wohnung verrechnet.

. . . . 25
. . . . 20
. . . . 15

. . . . 180
. . . . 25
. . . . —

. . . . 60
. . . . —
. . . . —

Summa 3001

(Sozial-Korrespondenz von Böhmert und Studnitz, Jahrg. 1882.)

Budget einer Dresdener Beamtenfamilie.

Mann, Frau, 2 Knaben v. 12 u. 13 Jahren.

Kapitel.	Ausgaben im Jahre 1880 Mk.	1881 Mk.
1. Beköstigung	1086	1009
2. Wein und Zigarren . .	18	33
3. Kleidung und Wäsche .	511	363
4. Schuhmacher	156	177
5. Wohnungsmiete	368	368
6. Mobilien u. Wirtsch.-Geräte	62	39
7. Heizung und Beleuchtung .	118	158
8. Unterricht u. Schulbücher	242	278
9. Vereinsbeiträge	78	68
10. Seife und Soda	19	24
11. Staatssteuern u. städtische Abgaben	150	150
12. Versicherungs- und Pensionskassen-Beiträge . .	258	265
13. Doktor und Apotheker .	104	45
14. Dienstmädchen	130	137
15. Geschenke	51	36
16. Porto, Fracht, Botenlohn .	30	23
17. Reise und Vergnügungen .	118	126
18. Insgemein	10	6
	3509	3305

Budget eines Mitarbeiters der Sozial-Korrespondenz.

4 Kinder von 14—20 Jahren. 1 Dienstbote. Wohnung in der dritten Etage. 6400 Mk. Einkommen 1881. Reichslande.

Kapitel.	Ausgaben Mk.	%
1. Miete, Wasserleitung, Hausdiener	935	14,6
2. Haushaltungkost. u. Octroi	2640	41,3
3. Holz und Kohlen . . .	188	3,0
4. Kleidung und Wäsche .	779	12,2
5. Unterhaltung der Möbel und Zimmer	150	2,3
6. Lebens- und Feuer-Versicherung	312	4,9
7. Schulgeld und Bücher für 3 Kinder	325	5.0
8. Musikunterricht und Noten für 2 Mädchen	275	4,3
9. Beiträge zu wissenschaftl. und wohlth. Vereinen . .	90	1,4
10. Lohn und Weihnachten für Mädchen	190	3,0
11. Steuern	83	1,3
12. Doktor und Apotheker .	98	1,5
13. Diverses	335	5.20
	6400	100

Budget eines Berliner Privatbeamten 1875—81 mit Vermögen.

1881 waren 3 Kinder und zwar 1 Sohn von 18, 2 Töchter von 17 und 20 Jahren vorhanden.

Kapitel.	Ausgaben in Mark 1875	1876	1877	1878	1879	1880	1881
1. Haushalt	981	943	977	1020	1002	1014	1020
2. Kleidung und Wäsche	308	270	294	271	532	456	426
3. Schuhmacher	101	86	61	94	67	76	102
4. Wohnungsmiete	615	570	525	500	456	432	432
5. Wirtschaftsgeräte	28	102	97	87	45	75	49
6. Heizung und Beleuchtung	96	48	71	69	55	126	100
7. Musikalien, Bücher und Instrumente .	37	58	64	182	114	814	153
8. Schul- und Stundengeld	180	136	295	248	192	280	454
9. Steuern	81	116	155	179	175	174	159
10. Pensionskasse, Versicherung	260	157	193	199	252	207	204
11. Doktor und Apotheker	—	—	15	36	47	23	54
12. Kleine Ausgaben	389	426	562	604	753	880	830
13. Geschenke, Weihnachten etc. . . .	110	140	132	150	163	181	354
	3186	3052	3441	3639	3855	4732	4337

(Pfeiffer, „Staatseinnahmen Stuttgart 1866".)

Ausgaben für	A.		B.		C.		D.		E.	
	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%	Thlr.	%
Nahrung	**4348**	**18,02**	**2381**	**14,02**	**530,5**	**26,5**	**306**	**33,37**	**164,8**	**54,4**
nämlich für										
Mehl und Brot	325	1,3	215	1,3	76,0	3,8	64	7,1	52,0	17,3
Fleisch	1175	4,7	835	4,9	212,0	10,6	155	17,2	45,0	15,0
Wildpret und Fische	890	3.8	365	2,2	14,0	0,7	—	—	—	—
Salz	4	0,02	4	0,02	2,0	0,1	3	0.3	2,0	0,7
Zucker	90	0,4	92	0,5	32,5	1,6	17	1,9	5,0	1,8
Kaffee, Thee, Chokolade	124	0,5	110	0,6	34,0	1,7	24	2,07	5,8	1,7
Andere Materialien	980	3,7	520	3,1	80,0	4,0	14	1,6	7,0	2,3
Wein, Bier, Branntwein	760	3,4	240	1,4	80,0	4,0	39	3.2	48,0	16,0
Kleidung	4000	16,0	1360	8,0	150,0	7,5	120	13,8	28,0	9,3
Wohnung	2000	8,0	1800	10,5	300,0	15,0	180	20,0	57,0	19,0
Heizung und Beleuchtung	728	2,9	524	3,1	141,0	7,0	92	10,2	24,0	8,0
Zigarren und Tabake	120	0,5	86	0.5	30,0	1,5	25	2,8	6,0	2,0
Theater, Konzerte und derartige Unterhaltungen	1000	4,0	350	2,1	20,0	1,0	5	0,5	—	—
Vergnügungsreisen	6500	26,0	2500	14,7	80,0	4,0	—	—	—	—
Equipage und Pferde	3500	14,0	2000	11,8	—	—	—	—	—	—
Dienstboten	1140	4,6	735	4.3	52,0	2,6	32	3,6	—	—
	23316	**94,0**	**11736**	**69,1**	**1303.5**	**65,1**	**760**	**94,9**	**279**	**92,5**
Gesamtausgaben	**25000**		**17000**		**20000**		**900**		**300**	

NB. Die Bedeutung der Buchstaben A. B. C. D. E. s. Seite 42.

XXXVIII

(„Zeitschrift für Schweizerische Statistik, Jahrgang 1873“, I. Quartalheft.)

I. Minimalbudget eines Handwerkers oder Subalternbeamten.

Haushaltung von 5 Personen.

Jährlicher Verbrauch.

		Frcs.
1. Miete		360
2. Kleider 260 Fr., Schuhe 65 Fr.		325
3. Nahrung		887
nämlich für	Frcs.	
Brot, 3 Pfd. p. Tag	230	
Milch, 2 Mß. p. Tag	219	
Fleisch, 4 Pfd. pro Woche	167	
Fett, 1 Pfd. pro Woche	60	
Kaffee und Surrogate 2 Pfd. pro Monat	31	
Käse ½ Pfd. pro Woche	24	
Kartoffeln, Gemüse etc., Marktgeld 3 Fr. p. Woche	156	
4. Befeuerung und Licht		168
nämlich für	Frcs.	
Holz, 2 Klaftern	120	
Torf, 1 Fuder	30	
Petroleum, 1 Pfd. pro Woche	18	
5. Wäsche, 1 Fr. pro Woche		52
6. Arzt und Apotheke		30
7. Steuern		61
	Sa.	1883

II. Budget einer Lehrerfamilie von 5 Personen.

Verbrauchsgegenstände.	Verbrauch per				Gegenwärtiger Jahresverbrauch	Preissteigerung von 1840/50 bis 1870/72 resp. 1846/50 bis 1867/72	Der gleiche Verbrauch würde somit in den 30er Jahren gekostet haben pro Jahr
	Tag	Woche	Monat	Jahr			
					Frcs.	%	Frcs.
I. Nahrung.							
Brot	3 Pfd.	—	—	—	229	31	158
Milch	2 Maß	—	—	—	219	166	82
Fleisch (Rind-)	—	4 Pfd.	—	—	166	96	85
Butter	—	1 „	—	—	60	61	37
Kartoffeln, Gemüse etc. Marktgeld	—	3 Frcs.	—	—	156	59	95
Kaffee	—	—	2 Pfd.	—	31	71	18
Käse	—	½ Pfd.	—	—	23	85	12
II. Bekleidung.							
Kleider					260	30	200
Fußbekleidung					65	49—57	42
III. Wohnung.							
Miete					360	100	180
IV. Befeuerung u. Beleuchtung.							
Holz	—	—	—	2 Klftr	120	101	60
Torf	—	—	—	1 Fdr.	30	101	15
Petroleum	—	1 Pfd.	—	—	18	6	17
V. Wäsche	—	1 Frc.	—	—	52	66	31
VI. Steuern von 2000 Frcs. im Jahre 1872					70	75	40
VII. Gesundheitspflege jährlich					30	33	23
					1889	70,9	1095

Fortsetzung.

III. Budget einer Subalternbeamtenfamilie von 4 Personen.

Verbrauchs-gegenstände.	Verbrauch per Tag	Verbrauch per Woche	Verbrauch per Jahr	Jahres-verbrauch nach den jetzigen Preisen	Jahres-verbrauch nach den früheren Preisen	Preis-steigerung 1845/50 bis 1870/72 in %
				Frcs.	Frcs.	
I. Nahrung.						
Brot	—	18 Pfd.	—	197	150	31
Fleische aller Art	2 Pfd.	—	—	535	304	76
Milch	25—30Cts.	—	—	160	60	166
Kartoffeln	—	½ Maß	—	29	21	43
Fette (Schmer und Butter)	—	3 Pfd.	—	174	115	51
Kaffee	—	1½ „	—	94	55	71
Mehl	—	2 „	—	25	19	31
Gemüse	45 Cts.	—	—	164	103	59
Käse	—	1 „	—	42	23	85
Eier	—	60 Cts	—	31	21	55
Spezereien	—	2 Frcs.	—	104	91	31
II. Bekleidung.						
Kleideranschaffungen jährlich						
neue				270	294	30
Hüte				36		
Hemden				40		
Unterkleider				6		
Kleiderflicken (Materialien) per Jahr				30		
Schuhe (3 Paar 9 Mal sohlen)				90	59	49—57
III. Wohnung				300	150	100
IV. Beheizung und Beleuchtung.						
Holz	—	—	2 Klaftern	120	60	101
Torf	—	—	1 Fuder	30	15	100
Koaks	—	—	2 Ztr.	10	10	—
Petroleum	—	2 Fl.	—	57	53	6
Kerzen	—	1 St.	—			
V. Wäsche	—	2½ Frcs.	—	125	75	66
VI. Steuern:						
Von Fr. 2400 Einkommen pro 1872				79	45	75
VII. Gesundheitspflege				30	22	33
				2778	1745	60

Fortsetzung.

IV. Auszug aus dem Haushaltungsbuch einer Familie von 5 Personen.

Lebensbedürfnisse.	Verbrauch pro Jahr.	Verbrauch in Geld nach jetzigen Preisen	Verbrauch in Geld zu Preisen der 40er Jahre	Preisaufschlag 1848/50 1870/72
		frcs.	frcs.	%
I. Nahrung.				
Brot und Mehl . .	1336 Pfd.	267,0	204	31
Fleisch	212 „	138,0	70	97
Butter	56 „	69,0	43	62
Schweinefett . . .	24 „	24,0	18	31
Milch	836 Maß	251,0	94	166
Kaffee und Surrogate	40 Pfd.	44,0	24	72
Gemüse, Obst und Kartoffeln . . .	—	131,0	82	59
Käse	92 „	74,0	40	80—90
Spezereien	—	27,0	21	31
Eier	36 Dtzd.	29,0	19	55,5
Haberkerne und Reis	12 Pfd.	3,6	2	56
Zucker	56 „	34,0	29	15
Salz	16 „	1,6	1,6	—
Wein	88 Maß	33,0	15	120
Schabzieger . . .	5 Pfd.	3,0	3	—
II. Bekleidung.				
Kleider und Hüte etc.		462,0	355	30
Fußbekleidung . .		119,0	78	49—57
III. Miete		600,0	300	100
IV. Brennmaterial und Beleuchtung.				
Holz	8½ Klafter	195,0	97	101
Petroleum	44 Pfd.	21,0	} 23	6
Kerzen	5 „	4,0		
V. Wäsche		97,0	58	66
Seife	12 „	6,0	5	11
VI. Steuern		90,0	51	75
VII. Arzt und Arzneien . .		38,0	29	33
Totalsumme		2761,0	1676	61,

Fortsetzung.

V. Normalbudget einer Beamtenfamilie in der Stadt Bern von 5 Personen.

(Ehegatten, zwei Kinder und eine Magd.)

Verbrauchsgegenstände.	Verbrauch per				Summa per Jahr nach den Mittelpreisen von 1872.
	Tag	Woche	Monat	Jahr	
					Frs.
I. Nahrung.					
Brot	3 Pfd.	—	—	—	246
Fleisch aller Art	—	10 Pfd.	—	—	338
Fette	—	3 „	—	—	108
Milch	2 Maß	—	—	—	219
Mehl	—	3 „	—	—	47
Kartoffeln	—	3 Immi	—	—	58
Eier	—	12 Stück	—	—	42
Kaffee	—	1 Pfd.	—	—	62
Wein	1 Flasche	—	—	—	180
Marktgeld für Gemüse etc.	—	6 Frcs.	—	—	364
Spezereien und Gewürze	—	5 „	—	—	260
II. Bekleidung.					
Kleider und Hüte etc.	—	—	—	—	472
Fußbekleidung	—	—	—	—	89
III. Wohnung	—	—	—	—	600
IV. Wäsche	—	2 „	—	—	108
V. Befeuerung und Beleuchtung.					
Holz	—	—	—	2 Klaftern	120
Torf	—	—	—	1 Fuder	30
Petroleum	—	1 Pfd.	—	—	23
VI. Arzt und Arznei, Minimum	—	—	—	—	50
VII. Dienstleistung, Lohn	—	—	15 Frcs.	—	180
VIII. Krankenkassenbeiträge Freiwillige Beiträge und Unterstützungen	—	—	—	—	29
IX. Steuern von Frs. 3000	—	—	—	—	104
					3729

(Arbeiterfreund 1874. „Arbeiterlöhne in der schlesischen Textilindustrie

Preisbewegung der Lebensmittel etc. innerhalb der letzten 10 Jahre

4 Personen (Mann,

	Verbrauch pro Jahr.	1865		1866		1867		1868	
		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.	
		Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.
Kartoffeln à Sack 130 Pfd. . . .	6 Sack	400	24,00	250	15,00	350	21,00	280	16,80
Brot à 5 Pfd. . .	251 St.	41	102,51	49	119,23	57	140,15	60	146,42
Weizenmehl Nr. I.	185 Pfd.	14	26,21	18	33,93	21	38,55	19	35,46
Erbsen	64 „	8	5,33	10	6,40	11	6,93	11	6,93
Graupen No. IV. .	27 „	20	5,40	20	5,40	21	5,73	23	6,08
Gries	27 „	23	6,09	25	6,68	28	7,43	29	7,78
Reis	27 „	25	6,75	25	6,75	25	6,75	25	6,75
Butter	81 „	96	77,63	80	64,80	93	74,93	90	72,90
Milch	358 Ltr.	10	35,80	10	35,80	10	35,80	10	35,80
Kaffee, gebrannt .	26 Pfd.	140	36,40	140	36,40	140	36,40	140	36,40
Zichorie	52 Pak.	13	6,50	13	6,50	13	6,50	13	6,50
Zucker	58 Pfd.	60	34,80	60	34,80	60	34,80	60	34,80
Speck } amerik. .	26 „	68	17,33	68	17,33	68	17,33	68	17,33
Fett } amerik. .	29 „	60	17,40	60	17,40	60	17,40	60	17,40
Rindfleisch . . .	104 „	35	36,40	35	36,40	36	37,70	38	39,00
Schweinefleisch . .	78 „	50	39,00	50	39,00	55	42,90	55	42,90
Salz	52 „	10	5,20	10	5,20	10	5,20	10	5,20
Seife	23 „		}						
Stärke	7 „		} 11,77		11,77		11,77		11,77
Soda	10 „		}						
Petroleum . . .	52 „	30	15,60	30	15,60	30	15,60	30	15,60
Licht (Talg) . .	1 „	70	0,70	70	0,70	70	0,70	70	0,70
Rüböl	6½ „	53	3,47	53	3,47	50	3,25	50	3,25
Kohlen (1 Tonne = 4 Ztr.). . . .	25 T.	135	33,75	145	36,25	145	36,25	145	36,25
Holz (1 Klafter = 3 Raummtr.) .	1⅛ Kl.	1130	12,38	1090	12,15	800	9,00	900	10,12
Wohnungsmiete .			48,00		51,00		54,00		57,00
Kleider, Wäsche, Betten			90,00		93,00		96,00		96,00
Staats- und Kommunalsteuern . .			} 16,80		16,80		16,80		16,80
Schulgeld . . .			}						
Summa pro Jahr			715,18		727,82		778,85		781,93
Es ergiebt sich somit eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse um wie viel °/₀ gegen 1865.					2°/₀		9°/₀		10°/₀

und Unterhaltsbedarf in den letzten 10 Jahren von K. Schwedler".)

unter Berücksichtigung des Konsums in einer Arbeiterfamilie von Frau, 2 Kinder).

1869		1870		1871		1872		1873		1874	
Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.		Einh.-Pr.	
Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.
280	16,80	276	16,50	400	24,00	420	25,20	450	27,00	450	27,00
49	119,23	47	115,05	53	131,78	56	138,05	63	156,88	66	163,15
16	29,29	17	30,83	19	35,46	21	38,54	23	41,63	22	40,08
8	5,33	11	6,93	11	6,93	11	6,93	12	7,47	12	7,47
23	6,08	23	6,08	23	6,08	25	6,75	25	6,75	27	7,20
29	7,78	27	7,09	29	7,78	30	8,10	34	9,00	34	9,00
25	6,75	25	6,75	25	6,75	25	6,75	25	6,75	25	6,75
100	81,00	97	78,30	100	81,00	105	85,06	120	97,20	130	105,30
10	35,80	10	35,80	12	41,77	13	47,73	15	53,70	15	53,70
140	36,40	140	36,40	148	38,13	150	39,00	170	44,20	184	47,67
13	6,50	13	6,50	13	6,50	13	6,50	13	6,50	13	6,50
60	34,80	60	34,80	60	34,80	60	34,80	60	34,80	60	34,80
68	17,33	68	17,33	68	17,33	68	17,33	68	17,33	68	17,33
60	17,40	60	17,40	60	17,40	60	17,40	60	17,40	60	17,40
38	39,00	40	41,60	40	41,60	45	46,80	50	52,00	50	52,00
55	42,90	55	42,90	55	42,90	63	48,75	70	54,60	70	54,60
10	5,20	10	5,20	10	5,20	10	5,20	10	5,20	10	5,20
	11,77		11,77		11,77		11,77		11,77		11,77
30	15,60	30	15,60	33	17,33	28	14,73	27	13,87	24	12.13
70	0,70	70	0,70	70	0,70	70	0,70	70	0,70	70	0,70
50	3,25	50	3,25	47	3,04	50	3,25	45	2,93	43	2,82
145	36,25	135	33,75	165	41,25	190	47,50	216	53,75	216	53,75
850	9,57	850	9,57	880	9,90	1180	13,28	1220	13,73	1220	13,73
	60,00		63,00		66,00		69,00		72,00		72,00
	99,00		99,00		105,00		111,00		120,00		120,00
	16,80		16,80		16,80		16,80		16,80		16,80
	760,52		758,88		817,18		866,92		943,94		966,07
	7%		6%		14%		21%		32%		35%

(Kollmann, „Die Verteuerung des Lebensunterhalts und Staatsdienerbesoldungen". Oldenburg 1876.)

Budget einer höheren Beamtenfamilie.

3 Kinder. Dienstmädchen. Oldenburg.

an	Es betrug der Aufwand 1850	Es betrug der Aufwand 1875	die Veränderung absolut	die Veränderung in %
	Mk.	Mk.	Mk.	
Nahrungsmittel.				
Brot	205,14	309,95	+ 104,81	51,09
Fleisch	312,08	703,54	391,46	125,44
Butter	185,25	413,40	228,15	123,16
Milch	41,06	87,60	46,56	113,39
Eier	33,86	56,58	22,72	67,10
Kartoffeln	21,24	55,80	34,56	162,71
Kaffee	13,54	33,17	19,63	144,98
Wein	25,50	45,00	19,50	76,47
Sonstige Bedürfnisse für Küche und Keller	468,00	780,00	312,00	66,67
Sa.	1305,67	2485,04	+1179,37	90,33
Feuerung und Beleuchtung	196,12	255,79	+59,67	30,33
Kleidung	570,00	900,00	330,00	57,89
Wohnung	360,00	750,00	390,00	108,33
Wäsche	98,27	158,15	59,88	60,93
Sa.	1224,39	2063,94	+839,55	68,70
Bedienung	66,00	130,00	+64,00	96,97
Arzt und Arznei	70,00	120,00	50,00	71,43
Schule und Lehrmittel	120,00	180,00	60,00	50,00
Abgaben aller Art etc.	205,73	305,40	99,67	48,45
Erholung, Geselligkeit	345,00	630,00	285,00	82,61
Litterarische Bedürfnisse	60,00	120,00	60,00	100,00
Erhaltung des Inventars	200,00	350,00	150,00	75,00
Sa.	1066,73	1835,40	+768,67	72,10
Totalsumme	3596,79	6384,38	+2787,59	77,50

(Drei Budgets, gesammelt von Herrn Prof. Dr. Conrad in Halle.)

I. Haushalt eines Handwerkers zu Mühlhausen i. Thüringen 1872.

Personen: bei den Lebensmitteln z. Teil 4, im übrigen nur 2 beteiligt.

Einnahmen etwa 200 Rthlr., inkl. der Pensionsgelder etwa 270 Rthlr.

Ausgaben:

	Rthlr.	Sgr.
Milch à Ltr. 1½ Sgr.	16	7,5
Rindfleisch à Pfd. ca. 5¼ Sgr.	6	28
Hammelfleisch à Pfd. 5 Sgr.	2	5
Schweinefleisch à Pfd. 6½ Sgr.	15	11,5
Kalbfleisch à Pfd. 8½ Sgr.	1	15,5
Schmer à Pfd. 9 Sgr.	1	12,25
Butter à Pfd. ca. 5 Sgr.	12	7,25
Käse	2	27,75
Wurst (Schinken selten) à Pfd. 8 Sgr. (Garwurst)	3	27
Speck à Pfd. 9 Sgr.	2	24,5
Brot à Pfd. 1 Sgr.	23	21,75
Mehl und Nudeln, à Pfd. Mehl 1 Sgr. 11 Pf., à Pfd. Nudeln 5 Sgr.	3	8,5
Weizengries à Pfd. 3 Sgr. 4 Pf. Reis à Pfd. 2½ Sgr.	—	28,2
Gewürz (Festzeiten nicht berücksichtigt)	—	3,25
Gebr. Kaffee à Pfd. 14 Sgr. 2 Pf.	4	19,75
Kornkaffee à Päckchen 6 Pf.	1	22
Bier (zu Hause) à Ltr. 2 Sgr.	3	7,5
Schokolade	3	23,75
Zucker à Pfd. 6 Sgr.	3	1
Semmeln etc.	7	20,75
Backgeld	—	13
Gemüse	1	22
Branntwein	—	13
Hering	1	2,5
Eier (Osterzeit unberücksichtigt) à Mdl. 7 Sgr.	—	28
Latus:	122	11,2

	Rthlr.	Sgr.
Transport	122	11,2
Samenöl	—	15
Bier (im Wirtshaus unten werden 2 Seidel = 1 Ltr. angenommen) à Seidel 1—1¼ Sgr.	17	10
Mohnöl	—	6
4 Scheffel Kartoffeln	4	—
2 Metzen Linsen	—	10
1 Metze Erbsen	—	5
15 Erdkohlrabi	—	6
60 große Kraut ?	1	15
60 kleine „	—	15
Von einigen Gemüsen nicht festgestellt	—	—
	147	3,2
Dazu kommen:		
Solaröl 18 Ltr.	2	12
Waschen und Seife	2	22½
Toilettenseife	—	8
Tabak	1	22
Zigarren	4	10
Miete	44	—
Heizung	20	—
Kleidung zu 20 Rthlr. angenommen	20	—
Steuern	2	5
Sterbekasse	—	16
Zeitungen	2	19½
Summa	262	28,2

Besteuerung obigen Haushaltes, berechnet sowohl nach den Tarifen der hall. Schlacht- und Mahlsteuer als den indir. Steuern überhaupt.

Steuergegenstand.	Preis des Verbrauchsquantums		Steuerbeitrag	
	Rthlr.	Sgr.	Rthlr.	Sgr.
Rindfleisch	6	28	} —	78
Schweinefleisch	15	11,5		
Hammelfleisch	2	5		
Kalbfleisch	1	15,5		
Schmer	1	12,25		
Wurst	3	27		
Speck	2	24,5		
Brot	23	27,75	—	53,4
Mehl, Nudeln	3	8,5		
Semmeln	7	20,75		
Weizengries, Reis	—	28,2	—	1½
Gewürz	—	3,25		
gebr. Kaffee	4	19,75		
Bier	3	7,5		
	17	10	1	12½
Schokolade und Kaffee	3	23,75	—	18
Zucker	3	1	—	16,5
Branntwein	—	13	—	1½
Tabak	1	22	} —	12½
Zigarren	4	10		

Diejenigen Lebensmittel, die einen Bestandteil der Mittagsmahlzeit bilden, sind für 4 Personen berechnet.

II. Haushalt einer Jenenser Familie.

Beamter. 3 Personen.

Einnahme und Besoldung 1871: 770 Rthlr. 17 Sgr.

Ausgaben:

Lebensmittel:	Rthlr.	Sgr.	Pf.		Rthlr.	Sgr.	Pf.
Rahm	4	26	6	Wild	3	8	3
Milch	5	2	10	Gewürz	3	11	8
Butter	33	28	8	Gemüse	19	1	7
Eier	10	18	6	Obst	4	3	2
Brot	2	2	11	Reis	—	8	2
Semmel	5	9	3	Zitronen, Mandeln, Rosinen	3	17	6
Mehl	18	7	1	Hering und Fisch	9	1	2
Graupen, Gries, Mandeln	2	7	5	Salz	1	23	—
Kaffee	12	21	2	Weißbier, Schnaps, Rum	23	8	5
Zucker	16	21	—	Käse	1	28	4
Rindfleisch	7	—	10	Knochen zur Brühe	1	9	6
Schweinefleisch	3	16	11	Kuchen und Backwerk	1	27	3
Schöpsenfleisch	4	2	4	Kaninchen	4	15	9
Kalbfleisch	7	24	2	Kartoffeln	3	15	7
Geflügel	5	17	3	Hirse	—	14	6
Wurst und Rauchfleisch	11	7	2	Essig	—	23	3
Zunge	—	22	—				
Schmer und Speck	3	26	6		227	29	7

Die Ausgaben für Lebensmittel machen 29,5 % von den Gesamtausgaben aus.

III. Ausgaben einer Familie in Jena.

Lohndiener, 4 Personen. 1864.

Ausgaben für:

	Rthlr.	Sgr.	Pf.
Milch	9	10	2
Butter	20	19	4
Eier	2	25	11
Brot	18	7	5
Semmel	12	2	4
Mehl	5	19	8
Graupen, Reis, Nudeln	—	18	6
Kaffee	4	25	4
Zucker	2	11	9
Rindfleisch	1	19	8
Schweinefleisch	2	20	5
Schöpsenfleisch	—	4	—
Kalbfleisch	—	11	11
Geflügel	—	20	3
Wurst und Rauchfleisch	3	2	5
Schmer und Speck	—	—	—
Gewürz	—	14	3
Gemüse	3	26	1
Obst	3	28	6
Reis	—	15	7
Zitronen, Mandeln, Rosinen	1	8	3
Hering und Fisch	—	25	5
Salz	—	22	3
Bier, Schnaps, Rum	4	12	11
Käse	2	1	9
Hirse	—	4	9
Schokolade und Kakao	—	5	—
Sonstiges Backwerk	—	29	9
Essig	—	8	8
Kaninchen	—	5	—
Kartoffeln	9	22	3
	114	19	5

Dazu:

	Rthlr.	Sgr.	Pf.
Öl	1	5	10
Brennmaterial	13	7	6
Wohnung	28	—	—
	42	13	4

Gesamtausgaben betrugen 250 Rthlr. — Sgr. — Pf.

folglich bilden die Ausgaben für	
Lebensmittel	45,8 %
Öl	0,5 %
Brennmaterial	5,3 %
Miete	11,2 %
	62,8 % der Gesamtausgaben,
es bleiben übrig:	37,2 %.

Hallesche Ausgabebudgets.

I.

Der Haushaltungsvorstand ist **Maler**. Die Familie besteht aus ihm, seiner Frau und einem Kinde von 5 Jahren. Ein Kind von 1½ Jahren ist im Mai des Jahres 1885 gestorben. Die Frau verdient ebenfalls als Aufwartung. Ersparungen werden nicht gemacht. Das Budget ist dem Jahre 1885 entnommen und zwar der Auszug aus einem, ein Jahr lang geführten Haushaltungsbuche:

Ausgaben für:

		Mk.	Pf.	°/₀ der Gesamtausgaben
I. Nahrung:				
1. Brot		62	—	7,7
2. Weißbrot und Weizenmehl		20	36	2,5
3. Graupen, Gries, Reis		9	60	1,3
4. Kartoffeln		25	12	3,1
5. Gemüse und Salate		10	25	1,3
6. Hülsenfrüchte		3	31	0,4
7. Fleisch und Heringe		61	25	7,6
8. Wurst und Schinken		20	07	2,5
9. Eier		31	56	3,9
10. Milch		29	68	3,7
11. Butter		29	00	3,6
12. Schmalz und Talg		19	68	2,4
13. Salz		2	50	0,3
14. Gewürz		1	62	0,2
15. Kaffee und Zichorie		19	16	2,4
16. Zucker		4	—	0,5
17. Tabak und Zigarren		16	—	4,5
18. Bier und Schnaps		20	—	
19. Sonstige Ausgaben		9	48	1,3
	Summa	394	64	49,2
II. Kleidung:				
1. Kleider für den Mann	32,50 Mk.			
„ „ die Frau	16,00 „			
„ „ das Kind	10,00 „	58	50	7,3
2. Schuhwerk für den Mann	20,00 Mk.			
„ „ die Frau	18,00 „			
„ „ das Kind	10,00 „	48	—	6,0
3. Wäsche		15	—	1,8
	Summa	121	50	15,1
III. Wohnung:				
1. Miete		108	—	13,5
2. Sonstige Ausgaben		15	—	1,8
	Summa	123	—	15,3
IV. Heizung und Beleuchtung:				
1. Heizung		28	—	3,5
2. Beleuchtung		17	—	2,1
	Summa	45	—	5,6
	Latus:	684	14	85,2

	Mk.	Pf.	% der Gesamtausgabe
Transport:	684	14	85,2
V. Gesundheitspflege	32	30	4,0
VI. Reinlichkeit	15	20	1,9
VII. Vorsorge und Fürsorge	20	—	2,5
VIII. Unterricht, Seelsorge etc. Bücher, Zeitungen und seelsorgerische Handlungen	17	60	2,2
IX. Steuern etc.	11	12	1,4
X. Vergnügen	10	90	1,6
XI. Diverse Ausgaben:			
1. Porti	2	50	0,3
2. Weihnachtsgeschenke	4	20	0,5
3. Sonstige Geschenke etc.	3	40	0,4
Summa	10	10	1,2
Summa aller Ausgaben	801	36	100

II.

Der Haushaltungsvorstand ist Eisenbahnweichensteller. Die Familie besteht aus ihm, seiner Frau und 2 Kindern von 2 und 7 Jahren resp. von 5 und 10 Jahren. Es stand uns ein mit großer Sorgfalt seit 1882 bis jetzt geführtes Haushaltungsbuch zu Gebote, aus dem wir die für 1882 und 1885 gemachten Auszüge wiedergeben.

	1882	1885
Einkommen des Mannes	1037,00 Mk.	1052,00 Mk.
„ der Frau	80,00 „	130,00 „
Summa	1117,00 Mk.	1182,00 Mk.
Ausgaben	1044,90 „	1092,60 „
Erspart wird	62,10 Mk.	89,40 Mk.

Die Ersparnisse werden auf die Kasse des Saalkreises getragen.
Von den Nahrungsmitteln werden Kartoffeln und Gemüse zum Teil selbst geerntet.

Ausgaben für:	1882 Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	in % der Ges.-Ausg.	1885 Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	in % der Ges.-Ausg.
I. Nahrung:										
1. Roggenmehl und Brot	91	6			8,7	88	80			8,1
2. Weißbrot u. Weizenmehl	23	9			2,2	20	47			2,0
3. Gries, Nudeln, Reis	9	88			1,0	5	15			0,4
4. Kartoffeln	16	—			1,5	18	63			1,7
5. Gemüse und Salate	19	56			1,9	23	34			2,2
6. Hülsenfrüchte	5	34			0,4	3	94			0,3
7. Fleisch und Heringe	64	21			6,1	81	1			7,4
8. Wurst und Schinken	15	70			1,5	22	75			2,1
9. Eier	7	49			0,7	5	76			0,5
10. Milch	56	23			5,4	28	—			2,6
11. Butter	41	46			4,0	56	50			5,2
12. Andere Fette	30	43			2,9	20	40			1,9
Latus:	380	45			36,3	374	75			34,4

	1882					1885				
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	in °/₀ der Ges.-Ausg.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	in °/₀ der Ges.-Ausg.
Transport:	380	45			36,3	374	75			34,4
13. Salz	2	60			0,2	2	55			0,2
14. Gewürze	—	84			0,1	—	87			0,1
15. Kaffee und Zichorie	28	58			} 2,8	27	55			} 2,6
16. Kakao und Schokolade	—	60				—	95			
17. Zucker	38	67			3,7	2	80			0,3
18. Bier, Zigarren	76	10			7,4	95	30			8,6
19. Obst	8	98			0,8	14	—			1,3
20. Verschiedenes	5	10			0,5	6	95			0,6
Summa			531	92	51,8			525	72	48,1
II. Kleidung:										
1. Kleider	104	15			9,9	124	40			11,4
2. Schuhwerk	51	10			4,9	57	65			5,3
3. Kopfbedeckung, Handschuhe	8	50			0,8	15	—			1,4
4. Wäsche	9	10			0,9	4	25			0,4
5. Verschiedenes	8	67			0,8	10	65			0,9
Summa			181	52	17,3			211	95	19,4
III. Wohnung:										
1. Miete	130	—			12,4	124	—			11,4
2. Sonstige Ausgaben	14	65			1,4	22	70			2.0
Summa			144	65	13,8			146	70	13,4
IV. Heizung und Beleuchtung:										
1. Heizung	39	6			3,7	36	50			3,3
2. Beleuchtung	22	88			2,2	23	95			2,2
Summa			61	94	5,9			60	45	5,5
V. Gesundheitspflege			10	45	1,0			2	45	0,2
VI. Reinigung			12	46	1,2			20	85	1,9
VII. Versicherung			17	10	1,6			17	20	1,6
VIII. Erziehung			24	51	2,3			30	30	2,8
IX. Steuern			16	92	1,07			14	76	1,4
X. Sonstige Ausgaben:										
1. Vergnügen	5	30			0,5	19	20			1,8
2. Weihnachtsgeschenk etc.	23	20			2,2	24	—			2,2
3. Porto	—	88			0,08	2	78			0,2
4. Verschiedenes	14	04			1.25	16	25			1,5
Summa			43	42	4,08			62	23	5,7
Summa aller Ausgaben			1044	90	100,00			1092	60	100,00

III.

Der Haushaltungsvorstand ist Schneidermeister. Die Familie besteht aus ihm, seiner Frau und 6 Kindern im Alter von 3—14 Jahren. Das Budget ist einem mit Sorgfalt von Juni 1884 bis Juni 1885 geführten Haushaltungsbuche entnommen. Der Verdienst des Schneiders war damals durch Extraarbeiten, die er für eigne Kunden in der Nacht und am Sonntage ausführte, ein sehr hoher. Er arbeitet am Tage in der Schneiderwerkstatt einer Tuch- und Kleiderhandlung und verdient gewöhnlich 12—15 Mk. pro Woche, also 654 — 780 Mk. das Jahr. Die Frau verdient nichts. Die Ausgaben für Kleidung sind sehr gering, weil er und seine Frau selbst alle Sachen anfertigen. Er ist befreit von Schulgeld, Klassensteuer und Kommunalsteuerzuschlag. Ersparnisse werden nicht gemacht.

Ausgaben für:			% der Gesamtausgaben	
I. Nahrung:				
1. Brot- und Roggenmehl	182,42 Mk.		14,6	
2. Weißbrot und Weizenmehl	26,12 „		2,1	
3. Graupen, Gries, Reis	13,12 „		1,0	
4. Kartoffeln	41,20 „		3,3	
5. Gemüse und Salate	23,40 „		1,9	
6. Hülsenfrüchte	17,90 „		1,4	
7. Fleisch	75,10 „		6,0	
8. Wurst	35,00 „		2,8	
9. Eier	16,15 „		1,3	
10. Milch und Käse	53,80 „		4,3	
11. Butter	81,80 „		6,5	
12. Fett, Speck, Talg	45,70 „		3,7	
13. Salz	1,45 „		0,1	
14. Gewürze	2,38 „		0,2	
15. Kaffee und Zichorie	32,30 „		2,6	
16. Schokolade	0,90 „		1,4	
17. Zucker	18,46 „		0,1	
18. Bier, Schnaps, Zigarren	56,00 „		4,5	
19. Kuchen	6,30 „		0,5	
20. Obst	10,45 „		0,8	
21. Verschiedenes	5,35 „		0,4	
Summa		746,08 Mk.		59,5
II. Kleidung:				
1. Kleider	67,80 Mk.		5,4	
2. Schuhwerk	51,75 „		4,1	
3. Wäsche	16,00 „		1,3	
4. Kopfbedeckungen	16,85 „		1,4	
5. Verschiedenes	5,20 „		0,4	
Summa		157,60 Mk.		12,6
III. Wohnung:				
1. Miete	132,00 Mk.		10,5	
2. Sonstige Wohnungsausgaben	18,85 „		1,7	
Summa		150,85 Mk.		12,2
IV. Heizung und Beleuchtung.				
1. Heizung	45,52 Mk.		3,6	
2. Beleuchtung	28,20 „		2,3	
Summa		73,72 Mk.		5,9
Latus:		1128,25 Mk.		90,2

			°/₀ der Gesamtausgaben
Transport:		1128,25 Mk.	90,2
V. Gesundheitspflege		32,00 „	2,6
VI. Reinigung		33,40 „	2,7
VII. Vorsorge und Fürsorge		25,20 „	1,9
VIII. Zeitungen und Bücher etc.		7,90 „	0,6
IX. Steuern		6,64 „	0,5
X. Sonstige Ausgaben:			
1. Geschenke	6,83 Mk.		0,4
2. Vergnügen	13,00 „		1,0
3. Verschiedenes	2,95 „		0,1
Summa		22,78 Mk.	1,5
Summa aller Ausgaben		1254,20 Mk.	100,00

IV.

Der Haushaltungsvorstand ist Rentier und war früher Kaufmann. Seine Familie besteht aus ihm, seiner Frau, zwei Söhnen von 18 und 10 Jahren und einer Tochter von 13 Jahren. Aus dieser Zusammensetzung resultiert die hohe Ausgabe für Unterricht etc. Die Familie hat sehr viel gesellschaftliche Verpflichtungen, daher rühren die hohen Ausgaben für Vergnügen. Es wird schon seit Jahren, speziell von der Frau des Hauses, Buch über alle Ausgaben der Familie geführt, und ist dieses Budget der Auszug aus dem im Jahre 1885 geführten Haushaltungsbuche.

Ausgaben für:			°/₀ der Gesamtausgaben
I. Nahrung:			
1. Brot	92,55 Mk.		3,03
2. Weißbrot und Weizenmehl	66,00 „		2,2
3. Graupen, Gries, Reis, Sago, Nudeln	10,00 „		0,3
4. Kartoffeln	27,55 „		0,9
5. Gemüse	29,30 „		0,96
6. Hülsenfrüchte	12,20 „		0,4
7. Fleisch, Heringe, Fische, Geflügel	315,50 „		10,3
8. Wurst, Schinken	85,00 „		2,8
9. Eier	28,80 „		0,94
10. Milch, Käse	36,80 „		1,2
11. Butter	98,50 „		3,2
12. Andere Fette	49,80 „		1,3
13. Salz	5,80 „		0,19
14. Gewürze	4,20 „		0,14
15. Kaffee, Zichorie, Thee	46,00 „		1,5
16. Kakao, Schokolade	15,00 „		0,5
17. Zucker	33,00 „		1,1
18. Zigarren, Wein, Bier, Rum	262,50 „		8,98
19. Sonstige Ausgaben	27,50 „		0,9
Summa		1246,00 Mk.	40,9

			% der Gesamtausgaben	
Transport:		1246,00 Mk.		40,9
II. Kleidung:				
1. Kleider	199,00 Mk.		6,5	
2. Schuhwerk etc.	44,00 „		1,5	
3. Wäsche	36,54 „		1,2	
4. Kopfbedeckungen, Handschuhe etc. / 5. Sonstiges	34,50 „		1,1	
Summa		314,04 Mk.		10,3
III. Wohnung:				
1. Wohnungsmiete	450,00 Mk.		14,72	
2. Anschaffungen zur Ausstattung der Zimmer etc.	10,00 „		0,32	
3. Anschaffungen zur Ausstattung der Küche etc.	32,35 „		1,06	
4. Reparaturen	60,50 „		2,0	
Summa		552,85 Mk.		18,1
IV. Heizung und Beleuchtung:				
1. Heizung	75,40 Mk.		2,5	
2. Beleuchtung	16,30 „		0,51	
Summa		91,70 Mk.		3,01
V. Gesundheitspflege (Arzt, Medizin)		30,00 „		1,0
VI. Reinigung (Seife, Soda etc., Barbier, Bäder, Waschfrau)		75,00 „		2,5
VII. Versicherung (Feuerversicherung)		10,00 „		0,3
VIII. Geistespflege:				
1. Schulgeld	270,00 Mk.		8,9	
2. Übrige Ausgaben für dies Bedürfnis	47,82 „		1,5	
Summa		317,82 Mk.		10,4
IX. Öffentliche Sicherheit (Klassensteuer, Kommunalsteuer, Mietssteuer)		70,56 „		2,3
X. Persönliche Dienstleistungen (Aufwartung)		73,00 „		2,4
XI. Vergnügen (Reisen, Konzerte, Bälle, Theater)		190,50 „		6,2
XII. Diverses (Porto, Droschken, Pferdebahn etc.)		73,68 „		2,59
Summa aller Ausgaben		3045,15 Mk.		100,00

V.

Der Haushaltungsvorstand ist ein größerer Fabrikant und lebt in guten Verhältnissen. Die Familie besteht noch aus seiner Frau und drei Kindern, zwei Söhnen und einer Tochter im Alter von 12, 9 und 7 Jahren. Es wird ein Dienstmädchen gehalten, deren Unterhalt auf 330 Mk. von der Hausfrau geschätzt wird. Das Budget stammt aus dem Jahre 1882—1883 und ist aus Notizen der Hausfrau und einer mündlichen eingehenden Besprechung mit derselben und dem Hausherrn zusammengestellt. Immerhin wird es nicht ganz so genau wie die übrigen Budgets sein.

Ausgaben für:

			% der Gesamtausgaben	
I. Nahrung:				
1. Brot	154,00 Mk.		1,9	
2. Weißbrot und Weizenmehl	87,00 „		1,1	
3. Graupen, Reis, Fadennudeln etc.	25,80 „		0,3	
4. Kartoffeln	36,70 „		0,46	
5. Gemüse, Salate, Gurken	33,80 „		0,42	
6. Hülsenfrüchte	14,15 „		0,18	
7. Fleisch, Fisch, Geflügel, Wild	837,60 „		10,50	
8. Wurst, Schinken etc.	122,40 „		1,5	
9. Eier	92,00 „		1,2	
10. Milch, Käse	111,00 „		1,4	
11. Butter	232,50 „		2,9	
12. Andere Fette	50,90 „		0,63	
13. Salz	8,40 „		0,1	
14. Gewürz	17,30 „		0,22	
15. Kaffee und Thee	173,30 „		2,2	
16. Kakao, Schokolade	20,70 „		0,26	
17. Zucker	117,50 „		1,5	
18. Getränke und Zigarren	310,25 „		3,9	
19. Diverses	95,70 „		1,53	
Summa		2541,00 Mk.		32,2
II. Kleidung:				
1. Kleider	522,25 Mk.		6,6	
2. Schuhwerk	88,25 „		1,1	
3. Wäsche	67,75 „		0,85	
4. Kopfbedeckungen, Handschuhe etc.	108,50 „		1,3	
5. Sonstiges	49,50 „		0,65	
Summa		836,25 Mk.		10,5
III. Wohnung:				
1. Miete	750,00 Mk.		9,4	
2. Anschaffungen zur Ausstattung der Zimmer	200,00 „		2,5	
3. Anschaffungen zur Ausstattung der Küche etc.	164,00 „		2,1	
4. Reparaturen	120,47 „		1,5	
Summa		1234,47 Mk.		15,5
IV. Heizung und Beleuchtung:				
1. Heizung	175,50 Mk.		2,2	
2. Beleuchtung	63,43 „		0,8	
Summa		238,93 Mk.		3,0
Latus:		4850,65 Mk.		61,2

			% der Gesamtausgaben	
Transport:		4850,65 Mk.		61,2
V. Gesundheitspflege (Badekuren, Arzt, Medizin)		278,75 „		3,5
VI. Reinigung (Bäder, Seife etc., Friseur etc.)		211,43 „		2,7
VII. Versicherung (Feuer-, Witwenkassenbeiträge)		250,50 „		3,1
VIII. Erziehung, Unterricht etc.:				
1. Schulunterricht	246,00 Mk.		3,1	
2. Musikunterricht	114,00 „		1,4	
3. Schreibutensilien	18,30 „			
4. Wissenschaftliche Werke und Schulbücher	52,00 „		2,6	
5. Unterhaltungslektüre	36,00 „			
6. Diverse Ausgaben	18,60 „			
Summa		565,46 Mk.		7,1
IX. Steuern (Einkommen-, Kommunalzuschlag-, Mietssteuer)		454,00 „		5,7
X. Persönliche Dienstleistungen (ein Dienstmädchen)		120,00 „		1,5
XI. Vergnügen (Reisen, Theater, Konzerte)		501,75 „		6,3
XII. Diverse Ausgaben (Porto, Geschenk etc.)		712,76 „		8,9
Summa aller Ausgaben		7945,30 Mk.		100,0

VI.

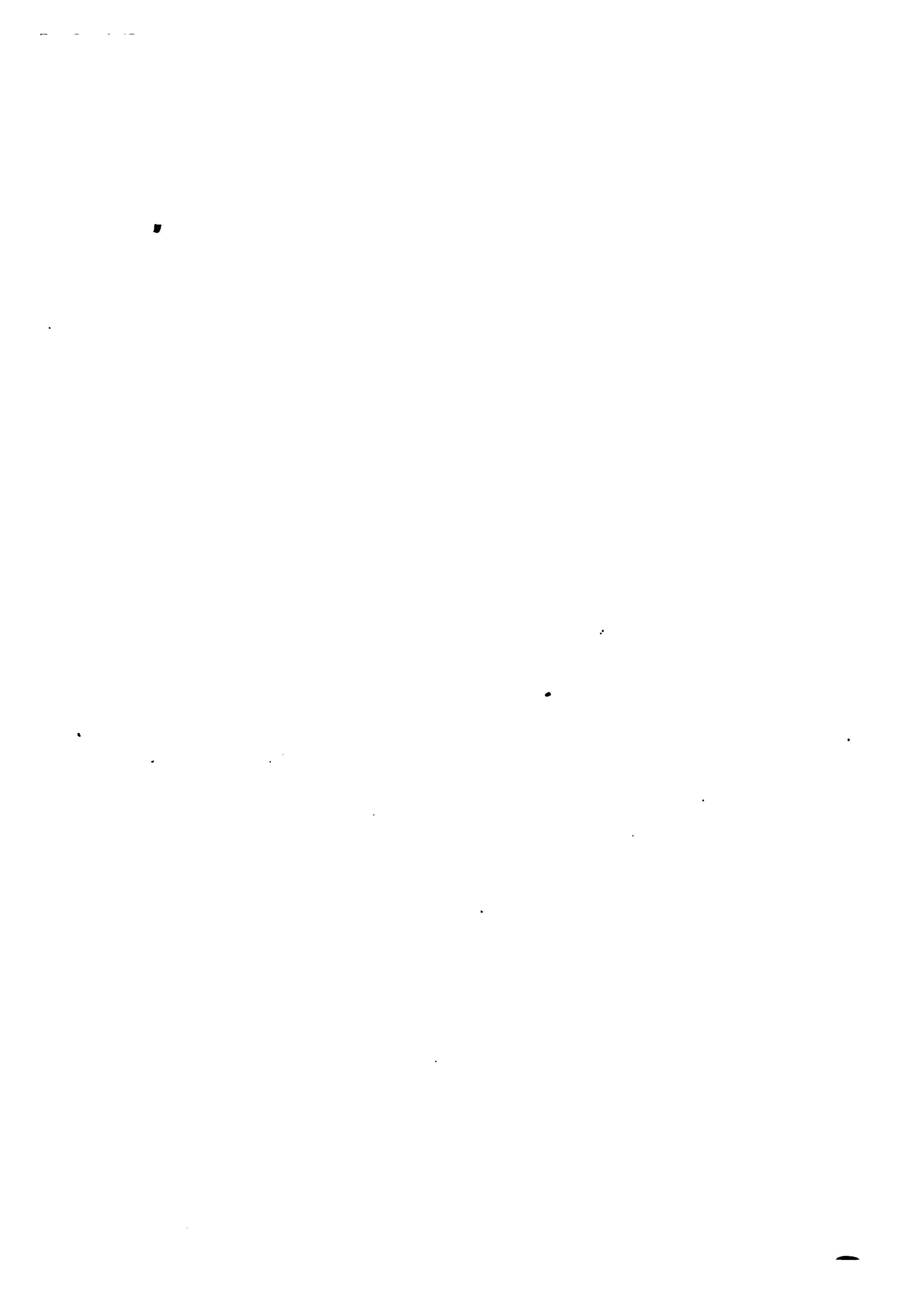
Der Haushaltungsvorstand ist ein hoher Beamter. Seine Familie besteht aus ihm, seiner Gemahlin und vier Kindern, von denen ein Mädchen über 14 Jahre alt, die anderen unter 14 Jahre alt sind, und zwar sind alle Kinder tüchtige Esser. Es werden vier Dienstboten gehalten, deren Unterhalt auf ca. 1600 Mark geschätzt wurde. Das folgende Budget ist einem von 1883 bis 1886 geführten Haushaltungsbuche entnommen, und zwar ist es das Ergebnis der durchschnittlichen Ausgaben dieser Jahre.

Ausgaben für:

I. Nahrung:		% der Gesamtausgaben
1. Brot	187 Mk.	1,0
2. Weißbrot und Weizenmehl	277 „	1,5
3. Reis, Gries, Nudeln etc.	34 „	0,18
4. Kartoffeln	85 „	0,5
5. Gemüse und Salate	101 „	0,6
6. Hülsenfrüchte	24 „	0,12
7. Fleisch, Fische, Wild, Geflügel	1188 „	6,5
8. Wurst und Schinken	224 „	1,2
9. Eier	80 „	0,4
10. Milch und Käse	169 „	0,9
Latus:	2369 Mk.	12,9

	Mk.		% der Gesamtausgaben	
Transport:	2369 Mk.		12,9	
11. Butter	482 „		2,7	
12. Andere Fette	40 „		0,24	
13. Salz	10 „		0,06	
14. Gewürze	15 „		0,08	
15. Kaffee und Thee	253 „		1,4	
16. Kakao und Schokolade	23 „		0,14	
17. Zucker	160 „		0,88	
18. Zigarren, Wein, Bier, Rum	645 „		3,6	
19. Verschiedenes	445 „		2,4	
Summa		4442 Mk.		24,4
II. Kleidung		1554 „		8,5
III. Wohnung:				
1. Miete	2700 Mk.		14,8	
2. Größere Anschaffungen und sonstige Ausgaben	600 „		3,4	
3. Kleinere Wirtschaftsausgaben	400 „		2,1	
4. Handwerker	360 „		2,0	
Summa		4060 Mk.		22,3
IV. Heizung und Beleuchtung:		470 „		2,6
V. Reinigung:				
1. Wäschen	550 Mk.		3,0	
2. Sonstige Ausgaben	125 „		0,7	
Summa		675 Mk.		3,7
VI. Gesundheitspflege:				
1. Arzt und Apotheke	350 Mk.		1,9	
2. Badekuren und Reisen	1000 „		5,5	
Summa		1350 Mk.		7,4
VII. Versicherung (Lebensversicherung, Witwenkassenbeiträge)		915 „		5,0
VIII. Unterricht etc.:				
1. Schulgeld, Schulbücher und Musikunterricht	660 Mk.		3,8	
2. Bücher, Zeitungen etc.	550 „		2,9	
Summa		1210 Mk.		6,7
IX. Steuern und sonstige Abgaben		895 „		4,9
X. Persönliche Dienstleistungen (Lohn an 4 Dienstboten)		1150 „		6,3
XI. Vergnügen (Vergnügungsreisen, Theater, Konzerte etc.)		1150 „		6,3
XII. Diverse Ausgaben (Porto, Droschken etc.)		335 „		1,9
Summa aller Ausgaben		18206 Mk.		100,0

Frommannsche Buchdruckerei (Hermann Pohle) in Jena.










GENERAL LIBRARY - U.C. BERKELEY
B000714984



